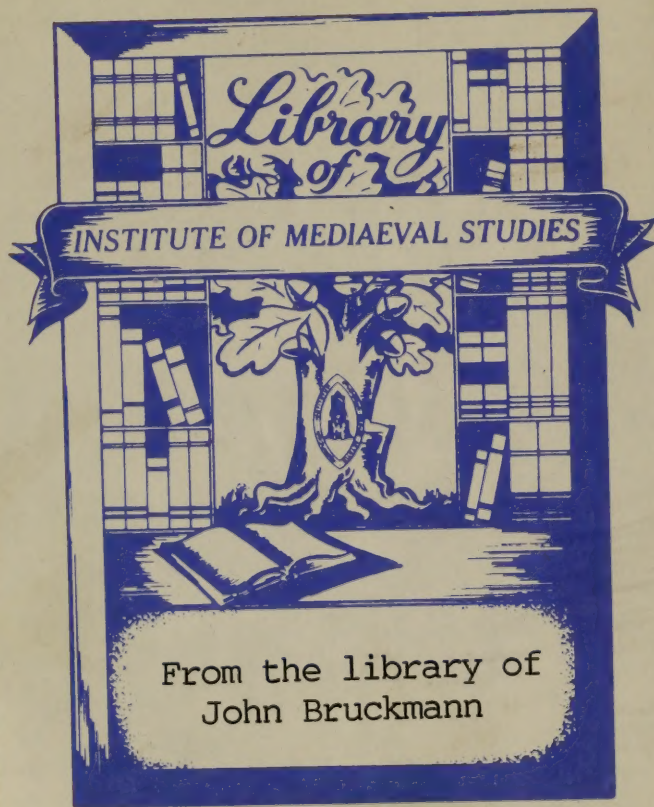




John Bruckman




25-

2 vol







Digitized by the Internet Archive  
in 2011 with funding from  
University of Toronto



---

■ **Denkwürdigkeiten** ■  
des Fürsten Chlodwig zu  
Hohenlohe-Schillingsfürst

---







F. László pinx.

*F. Hokenlohe*

---

# Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe= ..... Schillingsfürst .....

---

Im Auftrage des  
Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst  
herausgegeben von Friedrich Curtius

Zweiter Band

Mit drei Bildnissen und einer Faksimile-Beilage



Neuntes bis fünfzehntes Tausend.

---

Stuttgart und Leipzig  
Deutsche Verlags-Anstalt

1907

---

Alle Rechte, insbesondere das Uebersetzungsrecht, vorbehalten

---

Published October 10, 1906  
Privilege of Copyright in the United States reserved under the act approved March 3, 1905 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

---

Papier und Druck der  
Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

---

LIBRARY  
Pontifical Institute of Medieval Studies  
113 ST. JOSEPH STREET.  
TORONTO, ONT., CANADA M5S 1J4

JAN 19 1994

## Inhalt des zweiten Bandes

	Seite
Fünftes Buch: Im Reichstag 1870 bis 1874 . . . . .	1
Sechstes Buch: Botschafter in Paris 1874 bis 1885 . . . . .	122
Siebentes Buch: Statthalterschaft in Straßburg 1885 bis 1894 . . . . .	370
Achtes Buch: Die Reichskanzlerschaft und das Lebensende 1894 bis 1901	516
Personenregister . . . . .	545

### Illustrations-Beigaben:

	Seite
Fürst Chlodwig Hohenlohe. Nach dem Ge- mälde von F. Laszlo . . . . .	Titelbild
Fürst Chlodwig Hohenlohe. Nach einer Aufnahme aus der Straßburger Zeit . . . . .	vor 433
Fürst Chlodwig Hohenlohe. Nach einer Aufnahme aus den letzten Jahren	vor 537
Faksimile-Beilage: Kaiser Wilhelm an den Fürsten . . . . .	vor 401



## Fünftes Buch

# Im Reichstage

1870 bis 1874

Aus einem Briefe des Kardinals.

Rom, 18. März 1870.

... Es ist eine schlimme Zeit jetzt, namentlich hier. Friedrich ist eine große Ressource für mich, und trotz aller Anfeindungen habe ich ihn bei mir behalten können. Was nun in den großen Fragen entschieden werden wird, ist gar nicht abzusehen. Stupidität und Fanatismus reichen sich die Hand und tanzen die Tarantella und machen dazu eine Ragamusik, daß einem Hören und Sehen vergeht.<sup>1)</sup> Der Bischof von Mainz, fürchte ich, fährt die deutsche Minorität in einen Chauffeegraben. Er besticht die Herren durch sein Schimpfen gegen Rom u. s. w., aber hinter dem Rücken agiert er gegen sie, und die guten Herren glauben ihm aufs Wort! Wer bei allem am meisten leidet und verliert, ist die Kirche. Rom hat in diesen letzten Monaten selbst bei einem großen Teile des Episkopats unendlich verloren. Und doch ermannt sich der Episkopat nicht. Denn die paar Eingaben sind für nichts. Man hört nicht auf sie, on passe outre. Du kannst Dir kaum eine Vorstellung machen, was alles hier vorgeht ...

Daß Du nicht mehr die schwierige, dornenvolle Stellung hast, kann man auf der einen Seite beklagen, aber persönlich ist es mir lieber, daß Du wenigstens auf einige Zeit Ruhe hast und das Geschimpfe auf einige Zeit suspendiert ist. Unter dem französischen und deutschen Episkopat lassen Dir viele jetzt volle Gerechtigkeit widerfahren, und man wird es wohl erst nach und nach, aber dann allgemein Dir danken, was Du getan hast. In mein Brevier habe ich eine aus Deinem Briefe herausgeschnittene Stelle gelegt, die ich jeden Tag lese. Du sagst: „Ist das Leben selbst ohnedies doch nichts als Kampf, und tröstlich ist es, sich am Ende seiner Tage sagen zu können, daß man einen guten Kampf gekämpft hat.“ Ich freue mich jedesmal dieser herrlichen Worte. Nun Gott befohlen!

---

<sup>1)</sup> Am 20. Februar hatte der Papst die neue Geschäftsordnung erlassen, welche das Prinzip des Majoritätsbeschlusses auch in Glaubensfragen proklamierte. Ein Protest der Minderheit vom 3. März blieb ohne Antwort. Am 6. März ließ der Papst dem Konzil einen Zusatzartikel, der die Unfehlbarkeit definierte, zugehen. Am 12. verlangte die Mehrheit von dem Präsidium, daß der Frage der Unfehlbarkeit der Vorrang vor allen andern eingeräumt werde.

## Aufzeichnung des Fürsten vom 24. März 1870.

(Vermutlich ein Entwurf eines Journalartikels.)

Die Besorgnis, welcher die bekannte Zirkulardepesche des Fürsten Hohenlohe vom 9. April v. J. Ausdruck gab, hat sich als vollkommen gerechtfertigt erwiesen. Was jenes Rundschreiben als bevorstehend bezeichnete, ist in allen Punkten eingetroffen. Die einundzwanzig Kanones enthalten die Verdammungsurteile des päpstlichen Syllabus vom 6. Dezember 1864 und unterliegen der Beratung des Konzils, und die Annahme des Dogmas der Unfehlbarkeit steht in naher Aussicht. Je größer die Beunruhigung ist, welche sich der Gemüther bei dieser Kriegserklärung der Kirche gegenüber dem modernen Staate und angesichts der Folgen bemächtigt, welche sich daran knüpfen werden, um so mehr begegnet jener Schritt der bayrischen Regierung der nachträglichen Billigung. Diese Anerkennung findet auch in einem längeren Aufsatze der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ Nr. 78 Ausdruck. Dabei wird aber der bayrischen Regierung oder vielmehr dem damaligen Leiter der auswärtigen Politik der Vorwurf gemacht, daß er die damals eingenommene Position sofort aufgegeben und nicht dem ersten Schritt einen zweiten habe folgen lassen durch Absendung eines Gesandten zum Konzil oder durch nachdrückliche Protesterhebung gegen die Konzilsbeschlüsse. Allerdings nennt der Herr Korrespondent den Fehler einen entschuldbaren, weil bei einem solchen diplomatischen Schritte die Isolirtheit um so peinlicher sei, je kleiner der betreffende Staat, und weil die unselige Spaltung des bayrischen Volks verhängnisvoll auf jede Intervention hätte wirken müssen.

Ein „entschuldbarer“ Fehler bleibt aber immer ein Fehler, und es wird deshalb gestattet sein, die Maßregeln näher zu beleuchten, aus deren Unterlassung der bayrischen Regierung ein Vorwurf gemacht wird. Die Vertretung der bayrischen Regierung im Konzil hätte vorausgesetzt, daß der Gesandte angenommen werde und daß er nicht das einzige weltliche Mitglied des Konzils sei. Nun ist die Frage der Beschickung des Vatikanischen Konzils durch Gesandte vielfach und von allen Regierungen in Erwägung gezogen worden. Statt aber diese Erörterung gemeinsam, etwa in einer europäischen Konferenz, wie dies im Vorschlage des Fürsten Hohenlohe lag, vorzunehmen, haben es die europäischen Regierungen vorgezogen, die Frage gesondert und zwar negativ zu entscheiden. Als die bayrische Regierung hiervon Kenntniß erhielt, blieb ihr nichts übrig, als auf die Absendung eines Gesandten zum Konzil zu verzichten. Ein bayrischer Gesandter oder Orator als einziges weltliches Mitglied wäre nicht angenommen worden oder hätte, wenn man ihn zugelassen, eine äußerst traurige, wenn nicht lächerliche Rolle gespielt. Was den Protest gegen

die Konzilsbeschlüsse betrifft, so wird die Bemerkung genügen, daß eigentliche Konzilsbeschlüsse, gegen welche zu protestieren wäre, auch bis heute nicht gefaßt sind, daß aber der Kardinal Antonelli jeden Gesandten, der auch nur Auskunft über die auf dem Konzil zur Sprache kommenden Gegenstände zu erhalten versuchte, mit der höflichen Bemerkung abwies, daß der Heilige Vater und er selbst von der bevorstehenden Tätigkeit der ökumenischen Versammlung nichts wissen könnten, daß die Freiheit der Beratung des Konzils jede Einwirkung ihrerseits ausschliesse u. s. w. Gegen was und bei wem hätte man also protestieren sollen? Nicht ihre Isoliertheit würde die Regierung abgehalten haben, eine an sich notwendige Maßregel zu ergreifen, wohl aber mußte die Erwägung entscheiden, daß eine Regierung keinen Schritt tun darf, dessen Erfolglosigkeit von vornherein außer Zweifel steht.

Man hat sich seinerzeit vielfach bemüht, die Zirkulardepesche vom 9. April als einen solchen Schritt darzustellen. Sie war es nicht. Wenn nicht der Einfluß der Jesuiten an den Höfen und in den Kreisen der Staatsmänner, wenn nicht die Rücksicht auf die innere Situation der einzelnen Staaten das Eingehen auf die Vorschläge der Depesche vom 9. April verhindert hätte, so konnte die in jener Depesche vorgeschlagene Konferenz eine gleichmäßige oder gemeinsame Haltung der europäischen Regierungen ermöglichen, welche von dem entschiedensten Einflusse auf die Haltung der Kurie gewesen wäre. Einer ernststen Mahnung der auf einer europäischen Konferenz vertretenen Regierungen hätte der Papst sein Ohr nicht verschlossen. Aber auch nur das gemeinschaftliche Vorgehen der Regierungen konnte einen Erfolg herbeiführen, ebenso wie die Aufhebung des Jesuitenordens nur durch die gemeinschaftliche Aktion der europäischen Regierungen bei Klemens XIV. durchgesetzt werden konnte.

Wenn sich die bayrische Regierung seit der Depesche vom 9. April zu keinen entscheidenden Schritten veranlaßt gesehen hat, so lag der Grund davon nicht allein in den oben dargelegten Verhältnissen, sondern auch in den durch die innere Lage des Landes bedingten Erwägungen. Die Partei, welche die Schritte des Fürsten Hohenlohe gegenüber dem Konzil in den Organen ihrer Presse auf das heftigste verdammt, hatte in den Maiwahlen die Majorität erlangt. Die liberale Partei blickte mit Geringschätzung auf das Konzil und auf die Tätigkeit des bayrischen Ministers in den der gegenwärtigen Zeit so fernstehenden, angeblich theologischen Streitigkeiten. So fehlte der Halt der öffentlichen Meinung, welchen diplomatische Schritte nicht entbehren können. Diplomatische Noten, welchen man den Vorwurf entgegenhalten kann, daß sie im Widerspruch mit der durch die Mehrheit der Landesvertretung repräsentierten Anschauung des Landes stehen, sind immer eine mißliche Sache.

Deffenungeachtet blieb die Regierung nicht untätig. Die an die theologischen und juristischen Fakultäten der Universitäten München und Würzburg gerichteten Fragen liefern dafür den Beweis. Die Antworten liefern wertvolles Material für die weiteren Kämpfe, welche aus den Beschlüssen des Konzils hervorgehen werden, und sie haben wesentlich dazu beigetragen, die wissenschaftliche Behandlung der dem Konzil vorgelegten Fragen in Fluß zu bringen. Und hätten jene Fragen auch keinen andern Erfolg gehabt als den, den ehrwürdigen, in seinem katholischen Glauben felsenfesten Veteranen der Münchner Universität zu jener Aeußerung zu veranlassen, welche eine entschiedene Verurteilung der durch die Majorität der Konzilväter vertretenen Meinungen enthält, so wäre dies genug. Wenn solche Worte wie das Botum des Dr. von Bayer unbeachtet verhallen konnten, wenn die Ratschläge und Warnungen der treuesten Anhänger der katholischen Kirche als Arroganz und Auflehnung wider die Kirche verurteilt werden, so beweist dies und alles, was in Rom vorgeht, daß kein vereinzelter Schritt einer Regierung irgendeinen Erfolg gehabt haben würde und nur die gemeinsame Aktion aller europäischen Regierungen mächtig genug gewesen wäre, das drohende Unheil von Kirche und Staat abzuwenden.

### Journal.

Berlin, 23. April 1870.

Nachdem ich vorgestern<sup>1)</sup> hier angekommen, meldete ich mich gestern beim König und der Königin und wurde Abends zum Tee eingeladen. Ich fand nur Roggenbach, so daß wir zu vier, der König, die Königin, Roggenbach und ich, in der sogenannten Bonbonniere am Teetisch saßen. Die Majestäten erkundigten sich nach verschiedenen Familienangelegenheiten, und dann ging das Gespräch auf das Konzil über. Die Königin fragte verschiedenes, u. a., warum Leute wie Dupanloup, Gratry und Montalembert so wenig von der öffentlichen Meinung in Frankreich unterstützt würden. Ich antwortete, daß dies daher komme, daß es in Frankreich nur Ultramontane und Atheisten gebe, der eigentlich wohldenkende, ruhige Katholik gemäßigter Gesinnung schwach vertreten sei. Der König schien genau über die Vorgänge in Rom informiert, und ich erkannte in seinen Aeußerungen mir bekannte Depeschen Arnims. Die Konzilbriefe<sup>2)</sup> scheint die Königin mit Aufmerksamkeit gelesen zu haben. Der Gedanke einer Besprechung deutscher katholischer Theologen hatte ihren ganzen Beifall, und sie forderte mich auf, darauf hinzuwirken, daß dies bald geschehe.

<sup>1)</sup> Das Zollparlament war am 21. April eröffnet worden. Die Hauptvorlage war der revidierte Vereinszolltarif.

<sup>2)</sup> Die in der Augsburger Allgemeinen Zeitung erscheinenden „Briefe vom Konzil“.

Später kam die Unterhaltung auf Oesterreich. Roggenbach bestritt das Bestehen des Zerfalles der österreichischen Monarchie, da in derselben manche Elemente seien wie Ungarn und Polen, die durch das Zerfallen nichts gewinnen, sondern nur verlieren könnten.

Um 1/2 11 Uhr wurden wir entlassen mit der Versicherung, bald wieder berufen zu werden. Auf dem Heimwege sprach Roggenbach über die hiesigen Zustände. Er erzählte, daß Bismarck die Absicht habe, den König zur Annahme der deutschen Kaiserkrone zu bewegen. Er schmeichelt sich, daß die Könige von Württemberg und Bayern durch ihre Demokraten so in Verlegenheit geraten werden, daß ihnen die Anlehnung an Preußen als etwas Erwünschtes erscheinen werde. Was Bayern betrifft, so irrt sich Bismarck. Auch soll Bismarck geäußert haben: So könne es nicht mehr bleiben, man müsse weitergehen, und er mache sich nicht auf einen, sondern auf vier Kriege gefaßt. Preußen sei aber in der Lage, diese Kriege siegreich zu führen.

Berlin, 24. April 1870.

Gestern ging ich nach der Sitzung, welche wegen Mangel an Beschlußfähigkeit im Sande verlief, mit Löwe spazieren. Er erzählte viel von der Unzufriedenheit über das protestantische Claquewesen des Ministers Mühler. Aus seinen Äußerungen entnehme ich aber, daß man an der Idee des deutschen Einheitsstaates in allen liberalen Fraktionen festhält und trotz Mühler und Guleburg die Regierung in ihrer Aktionspolitik unterstützt. Von Föderalismus will man nichts wissen. Das sagte mir auch Bennigsen ganz entschieden. Südbund, weiterer Bund u. s. w. sind alles Utopien. Es handelt sich um Krieg und Frieden. Wenn die Ultramontanen nicht wollen, müssen sie sich auf den Krieg gefaßt machen. Man scheint sich hier darauf vorzubereiten.

Berlin, 27. April 1870.

Vorgestern Abend war die erste Versammlung der süddeutschen Abgeordneten der Fraktion „zur Mainbrücke“. Ich fand dort u. a. Bluntschli, Bamberger, Kochau und die Bayern. Man saß um einen großen Tisch und trank Bier. Barth hatte den Vorsitz. Es wurde viel über die Tarifvorlage<sup>1)</sup> gesprochen. Roggenbach sprach sehr vernünftig und sachgemäß. Bluntschli schlug am Ende der Beratung vor, ein gemeinschaftliches Essen mit andern Nationalen zu halten, was von einigen Mitgliedern freudig begrüßt wurde. Im stillen hatten Roggenbach und Bamberger Bedenken.

---

<sup>1)</sup> Die Debatte darüber begann am 29. April. Die Regierung hatte auf die früher projektierte Petroleumsteuer verzichtet, dagegen eine Erhöhung des Kaffeegolles vorgeschlagen.

Bamberger sagte mir, wenn man alles zusammentrüge, was schon für die deutsche Einheit gegessen worden sei, so könne man den Main damit ausfüllen.

Am Morgen desselben Tages hatte ich bei der Vizepräsidentenwahl meine Rede gehalten, die mit viel Beifall aufgenommen wurde. Simson hatte mir zugeredet, mich nicht auf einfachen Dank zu beschränken.<sup>1)</sup> Roggenbach sagte mir neulich, man werde hier nach und nach dahin kommen müssen, die norddeutschen Staaten mit Preußen zu verschmelzen, sich gegenüber Süddeutschland auf ein mehr ausgebildetes Allianzverhältnis zu beschränken und sich mit Oesterreich zu verständigen, indem man den Allianzverträgen die Auslegung gäbe, daß sie Oesterreich gegenüber nur Defensivbündnisse seien. Dagegen erwiderte ich, das sei ein Ideal, dem ich zustimmen könne, dessen Durchführung aber daran scheitern werde, daß Preußen mehr will, Oesterreich nicht traut und Bayern sich auf eine ehrliche Aufrechterhaltung der Verträge nicht einlassen wird. Er gab die Bedenken zu, deutete aber auf einen Wechsel im preußischen Ministerium, der Oesterreich mehr Garantien des guten Willens gebe. Er meint, daß Oesterreich durch die gegenwärtige Krisis erstarken werde, und dann müsse Preußen seine Politik ändern. Ich zweifle, daß man dazu gelangen wird.

Die inneren Verhältnisse in Preußen und im Norddeutschen Bund sind unbefriedigend. Doch scheint es mir, man würde sich täuschen, wenn man daraus ableiten wollte, die ganze Organisation des Nordbunds könne sich wieder auflösen. Ich glaube das doch nicht. Die Diplomaten rennen seit einigen Tagen umher und stecken die Köpfe zusammen. Sie behaupten, daß Bismarck mit dem Gedanken umgehe, den König zu veranlassen, den deutschen Kaisertitel anzunehmen. Bayern und Württemberg bleibe dabei ihre unabhängige Stellung gewahrt. Dagegen müßten diese Staaten wohl die Oberherrlichkeit anerkennen! Roggenbach behauptet, diese Befürchtung sei unbegründet. Ich kann bis jetzt nicht erfahren, was daran wahr ist.

---

<sup>1)</sup> In der Sitzung des Zollparlamentes vom 25. April wurde Fürst Hohenlohe zum ersten Vizepräsidenten mit 179 von 212 Stimmen wiedergewählt. Er nahm die Wahl mit den Worten an: „Ich kann mit Recht stolz darauf sein, in der ganzen Legislaturperiode das Wohlwollen einer Versammlung nicht verloren zu haben, welche, wenn auch ihre Befugnisse beschränkt sind, eine hohe Bedeutung dadurch hat, daß in ihr die Vertreter der deutschen Nation zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten vereinigt sind. Wenn jüngst ein Mitglied des Hauses dem Zollparlament beim Ausscheiden vorwarf, dasselbe beruhe auf Täuschung und schmücke sich mit dem Nimbus eines deutschen Parlaments, so antworte ich: in dieser Tatsache gemeinsamer Arbeit deutscher Abgeordneter liegt keine Täuschung, sie ist ein Gewinn, an dem wir festhalten sollen. Sie ist der feste Grund, worauf der Anker der nationalen Hoffnung beruht.“

Auch die Reise des Großherzogs von Darmstadt<sup>1)</sup> wird mit diesem Gedanken in Verbindung gebracht. Man behauptet, der Großherzog habe viele Schulden und hoffe auf diese Art herauszukommen. Ebenso meinen diese Politiker, der Kaiser von Rußland sei dem Kaiserprojekt günstig und hoffe dadurch den Thron seiner Schwester gegen die Demokraten zu schützen und habe den Großherzog zur Reise nach Berlin veranlaßt. Von Varnbüler vermutet man, daß er ebenfalls gewonnen sei (?).

Berlin, 5. Mai 1870.

Den 3. Mai war um 11 Uhr Sitzung über die Tarifvorlage. Wie vorausgesehen, wurde dieselbe vom Zollparlament in einer Weise modifiziert, die zunächst wenig Aussicht auf Zustandekommen ließ. Doch war überall unter den nationalgesinnten wie unter den konservativen Mitgliedern der Wunsch ersichtlich, das Zollparlament nicht unverrichteter Sache auseinandergehen zu lassen. Schon während dieser Sitzung wurde also vielfach hin und her geredet, ob sich nicht eine Verhandlungsbasis finden lasse. Blankenburg bat mich, mit der süddeutschen Fraktion zu verhandeln, Barth und Marquardsen verhandelten mit den Nationalliberalen, ich dann noch mit den Freikonservativen. Franckenstein teilte mir jedoch bald mit, daß seine Fraktion sich auf keine annehmbare Unterhandlung einlasse. Unterdessen gingen aber die Verhandlungen mit den übrigen Fraktionen um so besser, und als mir der König beim Diner sein Bedauern aussprach, konnte ich ihm schon Hoffnung machen, daß die Sache besser gehen werde. Bei dem Diner waren verschiedene Bundesratsmitglieder und einige Abgeordnete des Zollparlaments anwesend. Ich saß neben der Königin, uns gegenüber die Gräfin Arco, dann Schlör und andre. Ich bewunderte die Gewandtheit, mit welcher die Königin die von mir verlangten und gegebenen Notizen benützte, um mit den verschiedenen Herren aus Bayern zu sprechen. Nach Tische sprach ich mit dem rudolstädtschen Minister von Vertrab, der dort sehr angegriffen wird;<sup>2)</sup> er sagte, es werde ihm besonders zum Vorwurf gemacht, daß er katholisch sei.

Gestern wieder Sitzung, aber erst um 1 Uhr, die jedoch bis 5 Uhr dauerte. Dann Diner bei Perglas und um 8 Uhr Fraktionssitzung, wo die schließliche Formulierung des Kompromisses festgestellt wurde. Abends war ich bei der Königin. Ich wurde vielfach ausgefragt über die königliche Familie in Bayern, über Bauten in München, das Münchner

---

<sup>1)</sup> Der Großherzog von Hessen traf am 26. April zu mehrtägigem Besuche in Berlin ein.

<sup>2)</sup> Der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt hatte am 1. März eine Adresse an den Fürsten mit einem Mißtrauensvotum gegen den Minister beschloffen.

Klima u. s. w. Heute die letzte wichtige Sitzung. Der Antrag Patow<sup>1)</sup>, den ich mit unterschrieben hatte, wurde mit großer Majorität angenommen. Böck sprach für den Antrag und zitierte zweimal meine Worte über den „Anker der nationalen Hoffnungen“.

Mittags Diner bei Eulenburg, Abends Soiree bei Schleinitz. Frau von Schleinitz sprach viel von Wagner und bat mich, ihr Nachricht zu geben, bis wann die „Walfüre“ gegeben werde. Die Königin war wie immer ganz besonders freundlich für mich. Der König sagte Viktor, daß er mir das Großkreuz des Roten Adlerordens verleihen werde.

7. Mai.

Heute Morgen 8 Uhr sah ich mir mit Viktor, Hugo, Frankenberg u. a. die neuen Schlachthäuser Stroussbergs an. Ein großartiges Etablissement mit Ställen, Markthallen, Fettesiedereien.

Heute Mittag ist die letzte Sitzung und um 3 Uhr feierlicher Schluß im Weißen Saal des Schlosses.

### Aus einem Briefe des Kardinals.

Rom, 7. Mai 1870.

Auf zwei liebe Briefe habe ich Dir zu antworten. Ich danke Dir innigst dafür. Eigentlich hoffte ich dies persönlich tun zu können, aber auch diesmal erhielt ich keine Erlaubnis. Da die frommen Väter an hoher Stelle regieren und, wie mir scheint, das Projekt dieser Patres dahin geht, zwischen uns Geschwister Uneinigkeit zu bringen oder wenigstens uns stets so viel als möglich voneinander fernzuhalten, so ist es ganz natürlich, daß ich keine Erlaubnis bekam . . . Von unsern Zuständen hier wüßte ich nichts Besonderes zu berichten. Ich gehe so wenig als möglich in die Konzillongregationen. Professor Friedrich, der unter den gegebenen oder vielmehr gewordenen Verhältnissen wenig hier zu tun hat, bat mich, nach München abreisen zu können. Ich habe ihm keine Schwierigkeiten gemacht, wiewohl es für ihn ein großer Verlust ist. Ketteler verfolgt ihn unterderhand auf eine niederträchtige Weise, wie aus dem letzten Schriftchen hervorgeht, wo er ihn offenbar verleumdet. Aber dieser Kirchenfürst ist durch seine Manöver bei den guten deutschen Bischöfen wieder oben auf, der „edle Ketteler“ heißt es u. s. w. Es kommt alles auf das hinaus, was ich dir vor nun bald einem Jahre schrieb. Und was ich von Dupanloup sagte, kann man auch von Ketteler sagen. Aber es ist unendlich schwer, klarzusehen und seine Ruhe zu behalten, deshalb können noch

<sup>1)</sup> Der Antrag Patow — Annahme der von der Regierung verlangten Erhöhung des Kaffeezolls gegen verschiedene andre Zollerleichterungen — wurde mit 186 gegen 84 Stimmen (Fortschrittspartei und süddeutsche Fraktion) angenommen.

die fabelhaftesten Konfusionen eintreten, und die bons pères werden dabei herrliche Fischerei im trüben haben. Wenn sie dabei nur einmal im Morast stecken blieben!

König Wilhelm an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 10. Mai 1870.

Lieber Fürst!

Als Beweis meiner hohen Achtung und meines Vertrauens sende ich Ihnen anbei das Großkreuz meines Roten Adlerordens, was der Welt meine Stellung zu Ihnen dokumentieren wird.

Ihr

Ihnen treu ergebener

Wilhelm.

Journal.

11. Mai.

Am Tage der letzten Sitzung hatte ich mit Graf Münster noch ein längeres Gespräch. Ich wußte durch Viktor, daß er etwas pikirt über das Gerücht sei, daß ich hier Minister werden sollte, und ergriff eine passende Gelegenheit, um ihn zu versichern, daß ich nicht daran denken könne. Er erzählte mir nun, Windthorst habe ihm gesagt: „Wissen Sie das Neueste? Bismarck wird sich zurückziehen und Hohenlohe seine Stelle übernehmen.“ Es scheint also, daß dies Gerücht in den ultramontanen Kreisen, wenn auch nicht erfunden, doch vielfach kolportiert wird, um mir in München das Terrain zu verderben. Ich bewies nun Münster, daß für mich keine Aussicht sei. Unter den bestehenden Verhältnissen könne ein ehemaliger bayrischer Minister nicht daran denken, Minister des Norddeutschen Bundes zu werden, und in einem geeinigten Deutschland sei für mich aus dem Grunde keine Aussicht auf eine Ministerstelle, weil ich ohne Zweifel den sogenannten deutschen Staat nicht mehr erleben würde. Dies beruhigte ihn sichtlich. Doch halte ich Münster nicht für einen genügend befähigten Mann, um Bismarck zu ersetzen, der übrigens nicht daran denkt, abzutreten.

Sonntag den 8. Mai war ich Morgens in der Kirche; Nachmittags fuhr ich zum Rennen nach Hoppegarten mit der Bahn und kam Abends zurück. Dann Soiree bei der Königin, wo ich mich verabschiedete. Außer mir war nur noch Roggenbach da. Der König teilte uns die Telegramme aus Petersburg mit, in welchen einige Details über die Ermordung Arenbergs<sup>1)</sup> enthalten waren.

<sup>1)</sup> Am 7. Mai wurde der Major Prinz Arenberg, österreichischer Militärattaché in Petersburg, das Opfer eines Raubmords.

Montag den 9. sah ich die große Parade auf dem Kreuzberg. Die ganze Garnison von Berlin war ausgerückt. Großer Glanz von Generalen, Prinzen u. s. w. Ich mischte mich unter das Publikum und war frappiert durch die Teilnahme des niedrigsten Volkes an militärischen Dingen. Keine Spur von der früheren Animosität gegen das Militär, die sonst im Pöbel zu bemerken war. Der gemeinste Arbeiter sah die Truppen mit dem Gefühl an, daß er dazu gehöre oder gehört habe. Ueberall Erzählungen über Königgrätz, Düppel u. s. w. von ausgedienten Soldaten, die sich unter den Zuschauern befanden. Ich ging dann lange noch mit Herrn von Sybel umher, der die gleiche Bemerkung gemacht hatte. Nachmittags machte ich Abschiedsbesuche bei Simson u. a. Simson erzählte interessant von seinem Aufenthalt in Frankfurt. Charakteristisch war folgender Zug. Als im Jahr 1851 vor Olmütz die liberalen Kammermitglieder zum Kriege mit Oesterreich drängten, habe er diese Kollegen mit folgender Bemerkung beschwichtigt: „Sind Sie denn sicher, daß, wenn die preußische Armee in einem Siegeszug bis vor Wien geht, der König dann nicht den Augenblick für gekommen erachtet, Schlesien an Oesterreich zurückzugeben?“ So sehr war Simson von der Abenteuerlichkeit der Ansichten des Königs Friedrich Wilhelms IV. durchdrungen. Daran reihten sich Erzählungen über die Wahl in Frankfurt im April 1849 und die Ablehnung der Kaiserkrone.

In bezug auf die deutsche Frage zweifelt Simson nicht an dem Erfolg Preußens, sieht aber zurzeit gar keinen Ausweg.

#### Aus einem Briefe des Kardinals.

Rom, 18. Juli 1870.

Vor kurzem schrieb ich Dir durch Staatsrat Gelzer. Unterdessen haben religiöse und politische Angelegenheiten sich überstürzt, und Gott weiß, was daraus wird. Wir werden in treuer Bruderliebe zueinander halten und an der heiligen Kirche festhalten. Ich bin noch recht betrübt, daß der gute Friedrich mir nicht diese Zeit noch Gesellschaft leisten konnte, er hätte mir manchen Nutzen bringen können, aber es war für ihn unumgänglich nötig, daß er fortkam. Ich empfehle ihn Dir noch besonders. Heute wird nun die Sitzung stattfinden, wo der Papst das Dogma der Infallibilität proklamieren soll. Die Bischöfe der Minorität sind teils schon gestern Abend abgereist, unter andern der Erzbischof von München, teils reisen sie heute Abend, gehen aber nicht in die Sitzung und haben einen Protest eingesandt. Ich bin nicht ganz wohl und gehe auch nicht in die Sitzung. An Kardinal Schwarzenberg habe ich heute Morgen ein paar Worte geschrieben, die ich hier abschreibe, weil sie meine Gesinnungen klar dartun, natürlich in tiefem Vertrauen:

„Eminenz erlauben mir einige Worte über die sogenannten Konzilsangelegenheiten. Der wichtigere Teil des Episkopats geht heute nicht in die Sitzung.

Wenn ich auch in bezug auf die Frage der Infallibilität mich ganz mit dem Cardonischen Werke einverstanden erkläre, so würde ich mit ‚non placet‘ gestimmt haben, da die Frage nicht opportun ist und nicht conciliariter verhandelt wurde und ich nicht mit schuld haben will an dem Unglück, daß so viele Seelen irre gemacht werden an dem Glauben — durch dies Vorgehen.

Dann ist aber das Konzil gar nicht mehr Konzil, es ist höchstens legaliter zusammenberufen worden, aber von dem Tage an, wo der ‚methodus‘ u. s. w. uns oktroniert wurde, hörte der konziliariſche Beſtand dieſer traurigen Verſammlung auf. Das Schlimmſte aber kommt noch. Denn es iſt feierlich ſogar in dem ‚Giornale di Roma‘ bekanntgemacht worden (Sonabend den 16. Juli), ‚daß das Konzil weder ſuſpendiert noch prorogiert werde‘. Unterdeſſen biß zum November werden dann und wann einige Sitzungen ſtattfinden mit einigen jeſuitiſchen Biſchöfen als Repräſentanten des Episkopats. In dieſen Sitzungen kann man ſich denken, was alles beſtimmt wird. Vielleicht wird darin die Unfehlbarkeit der Jeſuiten und aller ihrer Schliche ausgeſprochen, jedenfalls das, was man dem jezt hier anweſenden Episkopat nicht vorzulegen wagte. Dieſe Eventualität bitte ich im Auge zu behalten und auch Ihren biſchöflichen Mitbrüdern zu bedenken zu geben, damit ſie, wenn ſie in ihren Diözeſen zurück ſind, ſchon darauf gefaßt und vorbereitet ſind.“

Soweit mein Brief an Kardinal Schwarzenberg. Es iſt traurig genug, daß man ſo ſprechen muß, und ich bin von einem ſo intenſiven Schmerz im Innerſten der Seele durchdrungen, daß ich es kaum aushalten könnte, wenn ich nicht den Troſt in der heiligen Meſſe hätte. Und der arme Papſt, der, wie mir Viſconti noch geſtern ſagte, nun „diventato schiavo dei Gesuiti come mai Papa lo fù . . .“

Der Ausbruch des Kriegs führte den Fürſten im Juli 1870 nach München zur Teilnahme an den Verhandlungen der Kammer der Reichsräte.

Am 18. Juli brachte die bayriſche Regierung bei der Kammer der Abgeordneten einen Geſezentwurf ein, durch welchen „für den Fall der Unvermeidlichkeit des Kriegs“ zur Aufſtellung des Heeres ein einmaliger außerordentlicher Kredit von 5 600 000 Gulden und ferner für die Dauer des über den Friedensetat erhöhten Bedarfs zum Unterhalt des Kriegsetats der erforderliche Zuſchuß zu dem Friedensetat gefordert wurde. Am 19. Juli wurde das Geſez von der Kammer der Abgeordneten mit 101

gegen 47 Stimmen angenommen. Die Kammer der Reichsräte hielt am 20. Juli zunächst um 11 Uhr eine geheime und dann um 12 Uhr eine öffentliche Sitzung. In der ersteren wurde der Beschluß gefaßt, den Gesetzentwurf in der öffentlichen Sitzung ohne Diskussion anzunehmen. Der Oberkonsistorialpräsident von Harleß hatte den persönlichen Wunsch ausgesprochen, in der öffentlichen Sitzung zu reden, zog aber demnächst diesen Wunsch zurück. Die Annahme des Gesetzentwurfs erfolgte einstimmig.

### Journal.

München, 20. Juli 1870.

Wir hatten zuerst eine vertrauliche Sitzung, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, die Sache ohne Diskussion anzunehmen. Hier sprachen außer Thüngen und Brandt nur Bomhard und Harleß. Letzterer wünschte in der öffentlichen Sitzung zu reden, da man, er wisse nicht warum, Zweifel im Lande über seine Abstimmung hege. Ich nahm deshalb das Wort und sagte, das komme von seiner Haltung bei der Adreßdebatte.<sup>1)</sup> Meine Rede war aber so gefaßt, daß mir Harleß nachher gerührt die Hand drückte. Ich hatte eigentlich nur gesprochen, um zu probieren, wie ich rede, da ich so lange geschwiegen. Nach der Sitzung ging ich mit dem Kriegsminister, dem ich sagte, wenn er mich brauchen könne, so solle er mich rufen. Er meinte, man werde mich, wenn es sich um den Friedensschluß handle, sehr nötig brauchen, um dann mit Bismarck zu verhandeln. Die Gefahr, daß ich wieder das Ministerium übernehmen müsse, ist vorläufig beseitigt. Die Telegramme, welche von Bülckendorff und Schanzenbach ausgingen, waren veranlaßt durch die Unruhe der Deutschen Partei einerseits und durch den Wunsch anderer, mich aus persönlichen Gründen wieder im Amte zu sehen. Ernsthilich war davon im Kabinett nicht die Rede, man sieht dort ein, daß es jetzt nicht ginge. Sollte Bray körperlich nicht mehr aushalten, so wird man Luz das Ministerium des Aeußern übertragen, der danach strebt, die Stellung Pfordtens zu erlangen, und für Jahre der mächtige Ministerpräsident zu sein. Eisehart ist ganz unter seinem Einfluß. Ich hätte jetzt nur einen Finger zu rühren gehabt, um wieder Minister zu werden. Ich mußte es aber unterlassen schon im Interesse der Sache. Zudem möchte ich nicht derjenige sein, der die Verantwortung für das zu tragen hat, was in den nächsten Monaten über Bayern kommen wird. Wenn wir siegen, so wird, fürchte ich, die deutsche Strömung so überhandnehmen, daß die Regierung zum Eintritt in den Nordbund gezwungen werden wird.

<sup>1)</sup> Bd. I S. 417.

München, 22. Juli 1870.

Die Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 19. war für mich persönlich von größerer Wichtigkeit, als ich anfangs glaubte, und ich kann Gott danken, daß die Regierungsvorlage angenommen wurde. Wäre statt der Kriegskostenbewilligung die Neutralität beschlossen worden, so würde das ganze Ministerium zurückgetreten sein. Dann würde man ohne Zweifel an mich gekommen sein mit dem Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden. Dies hätte nur ein sehr entschieden fortschrittliches sein können, welches die Kammer aufgelöst, die Verfassung suspendiert, den Belagerungszustand verkündet und den Krieg begonnen hätte. Das wäre ein sehr gefährliches Experiment gewesen, bei dem ich meinen Hals riskiert hätte. Denn wäre die Sache schlecht ausgefallen, siegten die Franzosen, so hätte ich dieselben Schreier gegen mich gehabt, die jetzt den Krieg wollen, und ich würde mit Schimpf und Schande davongejagt worden sein. Aber auch bei günstigem Ausgang hätte Bayern wenig profitiert. Es war also nicht viel zu gewinnen. Jetzt ist die Sache im Gang, geht Bray jetzt ab, was Gott sei Dank nicht zu erwarten ist, so kann der Minister nichts anderes tun als auf dem eingeschlagenen Weg ruhig fortgehen.

Gestern verbreiteten sich hier Gerüchte über drohende Haltung von Oesterreich. Dazu trugen die Nachrichten bei, die Quadt von Paris mitbrachte und welche die Tätigkeit Metternichs als eine sehr kriegerische bezeichnen. Ich war gestern bei Döllinger, den ich bat, darauf hinzuwirken, daß der Erzbischof etwas tue, um auf die Geistlichen beruhigend einzuwirken, daß sie jetzt, wo die Entscheidung einmal getroffen ist, nicht unsre Soldaten aufheizen. Er riet mir, zu Haneberg<sup>1)</sup> zu gehen, was ich auch tat. Haneberg war meiner Ansicht und versprach mir, mit dem Erzbischof zu reden. Diese Hekereien haben jetzt keinen Sinn mehr. Die Mobilisierung der bayrischen Armee geht rasch vor sich. Hätten wir gute Gewehre, so wäre alles gut.

Der Herzog von Augustenburg ist hier, um sich dem König zur Disposition zu stellen. Ich werde mit ihm heute zu Brannsch gehen.

München, 26. Juli 1870.

Gestern von Schillingsfürst zurück. Unterwegs viele Soldaten gesehen, die zu ihren Regimentern einrückten. Die Franken gehen meistens mit frohem Mut. Der Bauer sagt: „Der Krieg ist nötig, sonst bekommen wir keine Ruh! Der elende Tropf, der Napoleon, muß weggejagt werden. Dann wird's besser.“ An einzelnen Orten, auch in Schillingsfürst, heßt die katholische Geistlichkeit noch unter dem Eindruck des „Volksboten“. In

---

<sup>1)</sup> Damals Abt von St. Bonifaz in München, später Bischof von Speyer.

Treuchtlingen soll deshalb ein Pfarrer zuerst von einem Unteroffizier gehrfeigt und dann arretiert worden sein. Seitdem es bekannt geworden, daß solche Aufhebung kriegsrechtlich behandelt und mit dem Tode bestraft werden soll, ist einige Vorsicht in die Herzen gekommen. Mit Berchem sprach ich heute über seine politische Haltung im Hauptquartier. Ich riet ihm, sich ganz auf dem blaumeißen Standpunkt zu halten, seine fortschrittlichen Sympathien zu unterdrücken, schon wegen der Stellung zum Prinzen Luitpold und dann auch im Interesse Bayerns. Wir müssen den Standpunkt festhalten, daß der Status quo auch nach dem Krieg aufrechterhalten bleibe. Will man uns im Norddeutschen Bund, so wird man uns das schon sagen, dann ist es Zeit, unsre Bedingungen zu machen. Die Frage hängt vom Ausgang des Kriegs und von dem Erfolg der bayrischen Waffen ab. Blamieren sich die Bayern, so wird die Stimmung im Lande ganz fortschrittlich. Halten sie sich gut, so gewinnt das Nationalbewußtsein der Bayern größeren Halt und Nachdruck, und die öffentliche Meinung dringt auf Erhaltung der Selbständigkeit.

Muffee, 30. Juli 1870.

Am Mittwoch früh 11 Uhr ging ich zum Herzog von Schleswig-Holstein, um mich mit ihm in die Straßen zu begeben, durch welche der Kronprinz kommen sollte. Die Schützenstraße, der Platz vor der Eisenbahn und die umliegenden Plätze waren voll Menschen. Kaum hatten wir uns vor dem Sterngarten aufgestellt, so erschien auch im Tor des Bahnhofes die Kürassiereskorte, und ihr folgte der Wagen, in welchem der König mit dem Kronprinzen von Preußen und Prinz Otto saßen. Das Publikum grüßte freundlich und schrie Hurra, aber nicht besonders stark. Die untere Klasse, Arbeiter u. s. w. waren vorzugsweise vertreten, und diese sind in München weder für den Krieg besonders begeistert, noch geneigt, einem preußischen Prinzen ein Hoch auszubringen. Mittags empfing der Kronprinz die Generäle, den Magistrat u. s. w., und um 5 Uhr war Familientafel. Ich war nach derselben zum Kronprinzen beschieden und fuhr deshalb um 6 Uhr in die Residenz. Dort fand ich Graf Usedom, mit welchem ich mich etwa eine Stunde unterhielt, bis der Kronprinz, geleitet von dem König und Prinz Otto, erschien. Letztere verließen ihn an der Tür, und der Kronprinz nahm mich mit in sein Schreibzimmer. Er begann gleich mit den Worten: „Nun, Sie haben es ja richtig vorausgesagt.“ Ich wußte nicht, worauf sich das bezog, worauf der Kronprinz (den ich in Berlin nicht gesehen hatte) mir erzählte, die Kronprinzessin habe ihm gesagt, ich hätte bei meiner Unterredung mit ihr Anfang Mai meinen Befürchtungen über kriegerische Absichten der Franzosen Ausdruck gegeben. Er sprach dann vom Krieg, „der ein Kampf bis aufs Messer“ werden würde, verhehlte nicht die Gefahren, fügte aber

einen Satz bei, der mich angenehm berührte, da er von großem Selbstvertrauen zeugt, er sagte nämlich: „Der Kaiser ist doch furchtbar verblendet, daß er diesen Krieg anfängt.“ Ferner bedauerte er, daß wir eigentlich, selbst wenn wir siegten, nicht viel gewinnen könnten, da es schwer sei, zu sagen, in welcher Weise die Zustände in Frankreich gestaltet werden müßten, um zu einem dauernden Frieden zu führen. Er sprach dann von Oesterreich, von dem er hofft, daß es neutral bleiben werde, und sagte: „Ihr Bruder soll, nach unsern Berichten, ganz besonders für den Krieg agitieren. Es tut mir leid, ich habe Ihren Bruder sehr gern. Was will Oesterreich? Wir werden Oesterreich nicht beunruhigen.“ Ich erwiderte, die Oesterreicher fürchteten, daß, wenn sich infolge des Krieges Deutschland einige, ihre deutschen Provinzen zu Deutschland gravitieren würden und Oesterreich dadurch in seinem Bestand gefährdet werden könne. Darauf meinte er, wir könnten ja schon eine Form finden, welche diese Gefahr beseitige. Mir schien, als spiele er damit auf eine Reform der norddeutschen Bundesverfassung in mehr föderativem Sinne an. Da er aber wenig Zeit hatte, so mußten wir das Gespräch abbrechen, und er entließ mich mit der Hoffnung, daß wir uns in gehobener Stimmung wiedersehen möchten.

Ich fuhr nun nach Hause, um mich umzuziehen, und eilte dann ins Theater. Die Vorstellung hatte schon begonnen; der Empfang des Königs und seines Gastes soll glänzend gewesen sein, auch der Prolog ließ nichts zu wünschen übrig. Die Vorstellung, „Wallensteins Lager“, war bald vorüber. Als der Vorhang fiel, entstand allgemeines Bravorufen, Händeklatschen und Hurra. Der Kronprinz trat vor an die Logenbrüstung und verneigte sich nach drei Seiten. Dann ging der Vorhang wieder auf, und Kindermann sang eine eingelegte Strophe zu dem letzten Lied, in welchem vom freien Rhein u. s. w. die Rede war. Hierauf abermals unbeschreibliches Hochrufen und Enthusiasmus. In der Nacht fuhr der Kronprinz nach Stuttgart weiter, und ich traf meine Vorbereitungen zur Abreise für Donnerstag Abend. Um 8½ Uhr fuhr ich mit Fritz Holstein, der, nachdem er bayrischer General geworden, wieder auf einige Tage nach Hause geht, bis Lambach und von dort über Gmunden nach Ischl.

#### Aus Briefen des Kardinals.

Rom, 4. August 1870.

... Unterdessen ist der Krieg da, und ich bin fortwährend bei Euch und bete zu Gott und lasse viel beten, daß er der gerechten Sache bald den Sieg verleihen wolle. Ich wäre selbst gern gekommen, um auf dem Schlachtfelde den armen Verwundeten und Sterbenden zu assistieren. Vorderhand findet man es hier untunlich wegen politischer Rücksichten . . .

Tivoli, 9. August 1870.

Ich konnte das Treiben in Rom nicht mehr ansehen. Die Lage des Kirchenstaats hängt nun<sup>1)</sup> einzig von Italien ab, und bis jetzt ist alles ruhig. Prognostika werden gestellt und Projekte gemacht. Ich baue auf Gott, daß er seine Kirche schützen wird. Sollte, wie viele Furchtsame glauben, wirklich Gefahr sein, so wird das Unglück eine Strafe Gottes sein, und ich habe dann das gleiche Schicksal mit den andern . . .

Was den bewußten Artikel betrifft,<sup>2)</sup> so bin ich darin aus Versehen auch mit genannt. Ich habe den Heiligen Vater seit dem 21. Juni nicht mehr gesehen, noch weniger ihm geschrieben, ich konnte also Seiner Heiligkeit nichts manifestieren, weder „di mente“ noch „di cuore“. Ich habe auch, was speziell die Infallibilität betrifft, immer daran festgehalten, was man mir in der Schule von San Apollinare schon vor zweiundzwanzig Jahren gesagt hat: „Papam ex cathedra loquentem esse infallibilem.“ Weiter weiß ich aber von Erklärungen, was das sogenannte Konzil betrifft, von meiner Seite gar nichts, und bedurfte es meiner Erklärungen gar nicht. Ich habe es vermieden, über das Konzil und seine Gültigkeit zu sprechen, und halte nur meine Ansicht über die Unfehlbarkeit fest. Nach dem 18. Juli erhielt ich von Monsignore Cenni, Privatsekretär des Papstes, und Dir wohlbekannt, einem alten Freunde von mir, ein paar Zeilen, worin er mir dankt im Namen des Papstes für eine Spitze, die ich dem Papste geschickt hatte. Er sagt darin: „Voleva dir Le queste parole in San Pietro il giorno del 18. Luglio sperando trovare Vostra Eminenza, ma rimasi deluso.“ Darauf schrieb ich ihm ein paar Worte des Dankes für seinen Brief und sagte: „Aveva ragione d’aspettarmi in San Pietro quel giorno, ma era troppo afflitto ed adolorato per causa che sarebbe troppo lungo a raccontare e poi le forze fisiche pure non mi assisterano. Del resto tutto il mondo sa, ch’ io ho creduto, credo e col adjuto di Dio crederò sempre nell’ Infallibilità del Papa.“ Weiter nichts. Hier ist nun doch von Konzil und dogmatischer Konstitution keine Rede, und noch weniger habe ich dies dem Papste geschrieben, sondern dem Monsignore Cenni, ohne den geringsten Auftrag, es Seiner Heiligkeit mitzuteilen. Solange ich nicht überzeugt bin, daß das Konzil gültig ist, so lange kann ich nicht mehr tun, da ich doch auch einmal Rechenschaft vor Gott abzulegen habe und da nicht in eine unangenehme Lage kommen möchte.

1) Nach dem Rückzuge der französischen Besatzung von Rom.

2) Ein Artikel der „Unità cattolica“ vom 27. Juli meldete, daß der Kardinal Prinz Hohenlohe und drei andre Kardinäle — Schwarzenberg, Rauscher und Mathieu —, die in der Konzilsitzung vom 18. Juli gefehlt hatten, dem Papste persönlich ihre volle und freiwillige Zustimmung zu dem Beschlusse erklärt hätten.

## Journal.

München, 15. August 1870.

Gestern um 1/26 Uhr früh Ankunft in München. Beim Aussteigen sah ich auf dem freien Platze vor den Wartesälen einen Trupp Leute in Zivil mit Militärmützen. Ich glaubte zuerst, es seien Rekruten, doch machte mich Fritz<sup>1)</sup> darauf aufmerksam und sagte, es seien Krankenpfleger, die auf den Kriegsschauplatz gingen. Nun sah ich mir die Leute näher an und fand, daß es lauter mir bekannte Persönlichkeiten aus der Stadt, Gelehrte, Kommiss u. s. w., waren, die auf der Mütze und am Arme das Rote Kreuz hatten. Auch Professor Carrière war dabei, der sich in dem halb-militärischen Aufzug sehr sonderbar ausnahm. Gustav Castell findet diese durch den jungen Schulze organisierte Expedition sehr unpraktisch, aber sie beweist den unwiderstehlichen, alle Klassen durchdringenden Wunsch der Bevölkerung, an dem großen Kampf in irgendeiner Weise tätig zu sein. Um Mittag waren zwei erbeutete Kanonen vor die Residenz gebracht worden. Sie blieben den ganzen Tag dort stehen, und ich sah sie mir an, indem ich mich durch die Menge drängte. Es sind keine Hinterlader, welche die Franzosen überhaupt nicht haben, sind aber gezogen. Im übrigen sahen sie schlecht aus. Die Frage des „Nachher“ wird hier privatim viel besprochen. Gestern Abend fand ich Mohl, Werthern und Usedom im „Café National“. Sie waren alle über Bray unzufrieden, und Werthern behauptet, zu meiner Zeit habe ein rückhaltloserer Verkehr mit den Gesandten bestanden als jetzt. Ich glaube, Bray weiß nichts und tut so, als sei er lediglich zugeknöpft. Daß der bayrische Partikularismus durch den Krieg eher gekräftigt wird, scheint mir ziemlich wahrscheinlich. Lange wird die Freude aber nicht dauern.

München, 17. August 1870.

Gestern früh mit Bölderndorff über die Frage der Verfassungsprojekte gesprochen. Tauffkirchens Projekt ist wohlgemeint, aber unpraktisch. Tauffkirchen ist jetzt nach der Pfalz, um dort im Interesse des Vereins für Verwundete zu verhandeln und manche Irregularitäten mit Görz zu bereinigen.

Um 11 Uhr ging ich auf den Klub und in das Süddeutsche Korrespondenzbureau und erhielt die Nachrichten von dem Gefecht vor Metz. Um 1/22 Uhr zu Castell zum Essen, wo ich Schanzenbach fand, der uns Details über den Tod seines Schwagers, des Majors von Schlichtegroll, mitteilte. Dieser fiel bei einem Angriff bei Wörth, von einer Kugel im Unterleib getroffen, und starb sogleich. Die Bayern haben dort viele Leute

<sup>1)</sup> Prinz Wittgenstein.

verloren. Schanzenbach führte uns dann in verschiedene Spitäler. Sehr gut sind die sogenannten Barackenspitäler nach amerikanischem Muster. Es sind Bauten von Holz, nach einer Seite offen, durch Segeltuch zu schließen. Die Betten stehen an der festen Wand. Alle mit zwei Kopfkissen, wollenen Decken, Pantoffeln darunter, alles sehr reinlich; drei barmherzige Schwestern versehen den Dienst. Es werden erst heute Verwundete hineinkommen. Im Militärspital in der Müllerstraße, wohin wir dann fuhren, fanden wir viele Verwundete, Franzosen, Bayern und Preußen. Das Lazarett ist schmutzig und ohne Zweifel der Pyämie ausgesetzt. Die Ventilation ist schlecht, der Dienst mangelhaft. Man will einen Teil der dortigen Verwundeten in die Baracken abholen. Ich sprach mit einigen Franzosen, die alle ganz gutmütig aussehende Leute sind. Dagegen machen die Turkos einen unangenehmen Eindruck. Es sind teils Neger, teils Araber, teils unbestimmtes gelbes Gefindel. Ein Neger, ein Familienvater, war durch seinen arabischen Herrn an der Stelle des Sohnes des letzteren in die Konfiskation gegeben, und lag nun ganz elend da. Ein Sergeantmajor schien ein gebildeter Mann. Die Wunden sind alle zu heilen, doch fürchtet Schanzenbach, daß in diesem Spital Pyämie eintreten werde. Ein Preuße, der gestern gestorben ist, hatte nur eine leichte Wunde. Ich gestehe, daß sich hier der Krieg in seiner traurigsten Gestalt darstellte. Als ich Nachmittags in den Zoologischen Garten zu einem patriotischen Gartenfest ging, hatte ich den Eindruck davon immer gegenwärtig. Alle diese Spießbürger, die bei Bier und Kalbsbraten unter Fahnen Hurra schrien, kamen mir widerwärtig vor, und in den Klang des Liedes „Die Wacht am Rhein“ mischte sich der Ton der Stimme des verwundeten Franzosen, den ich im Spitalgarten auf dem Rasen liegend fand, und der „mon Dieu, mon Dieu!“ rief. Das Fest war übrigens recht hübsch arrangiert. Alles hatte goldene Eichenblätter als Eintrittszeichen, die sich die Patrioten als Ordenszeichen ansteckten. Der unermüdliche Knorr<sup>1)</sup> hatte die Sache in Szene gesetzt. Ich wurde vielfach begrüßt und mir die Hoffnung ausgesprochen, daß ich nun bald wieder Minister werden und Deutschland mit fertig machen würde. Die guten Leute lassen sich von den Schwierigkeiten noch nichts träumen.

München, 17. August 1870.

Heute waren Barth und der Abgeordnete Stauffenberg bei mir. Letzterer war eben von Berlin zurückgekommen und berichtete über seine dortigen Eindrücke. Er sagt, man sähe es dort als ganz selbstverständlich an, daß nun Deutschland gegründet sei. Dies „man“ bezieht sich auf seine

---

<sup>1)</sup> Julius Knorr, Eigentümer der „Münchener Neuesten Nachrichten“.

Gespräche mit Könneritz, dem Darmstädter Hofmann und der national-liberalen Partei. Man bildet sich dort ein, daß hier der Elan patriotique so stark sein werde, um uns zu veranlassen, Vorschläge über Konstituierung des Deutschen Reiches zu machen. Von der reaktionären Strömung hier haben sie dort noch keine Ahnung. Der deutsche Kaisertitel scheint entschieden beabsichtigt. Nun berieten wir, was zu tun sei. Eine Agitation hier ins Leben zu rufen, hielten wir alle für unzweckmäßig, da dieselbe sofort eine ultramontane numerisch stärkere Gegenagitation hervorrufen werde. Allenfalls könnten sich Sympathien auch im ultramontanen Lager für eine konstituierende Nationalversammlung finden, aber dazu sei immer noch Zeit. Vorläufig werde es, meinten wir, das beste sein, die hier maßgebenden Persönlichkeiten vor den Gefahren einer antinationalen Politik zu warnen, und in Berlin sei darauf hinzuwirken, erst eine Verständigung der deutschen Regierungen über eine deutsche Verfassung zu veranlassen, welche dann einem konstituierenden Parlament vorgelegt werden könnte. Auch der Gedanke der Zusammenberufung deutscher Fürsten zu einem Fürstentage wurde erwähnt. Ich halte letzteren Gedanken für den passendsten und am ersten geeignet, dem zersetzenden Einfluß fremder Konferenzen, sogenannter europäischer Kongresse entgegenzuarbeiten. Man wird es jetzt den deutschen Regierungen nicht verbieten können, sich untereinander über ihr gegenseitiges Verhältnis zu verständigen. Ich bezweifle, ob dieser Gedanke dem König sehr willkommen sein wird, aber wenn er vorgeschlagen wird, kann sich Bayern allein nicht fernhalten. Je länger man wartet, desto mehr wird sich die Stimmung abkühlen, und desto mehr werden auswärtige Intrigen Boden gewinnen. Ich zweifle aber, ob Bismarck lange warten wird. Ohne Zweifel hat er seinen Plan gemacht, was um so wahrscheinlicher ist, weil er sich im Hauptquartier von aller Kommunikation mit andern Leuten abschließt.

München, 19. August 1870.

Gestern war an allen Straßenecken die Nachricht von der Schlacht am 16. bei Metz oder Mars la Tour, oder wie sie sonst heißen soll, angeheftet und wurde viel besprochen. Man glaubt, daß damit die Franzosen von ihrer Rückzugslinie abgeschnitten sind. Es wird also demnächst wieder zu einer Schlacht auf Tod und Leben kommen. Verlieren die Franzosen diese ebenfalls, so bleibt nur das Korps bei Chalons und die angebliche Armee im Süden von Frankreich. Hoffentlich wird dann Frieden gemacht.

Je näher das Ende des Feldzugs herankommt, um so mehr beschäftigen sich die Politiker mit der nachherigen Gestaltung Deutschlands. Man findet, es sei nötig, sich schon jetzt klarzumachen, welche Stellung Bayern

in Deutschland erstreben wolle, damit die Regierung nicht durch die nationale Bewegung zu ungünstigen Bedingungen gezwungen werde. Man behauptet, die preußenfeindliche Stimmung in den altbayerischen Provinzen verliere sich mehr und mehr.

Heute wurden wieder drei Kanonen und eine Mitrailleuse vor der Residenz ausgestellt. Sie waren auch bei Wörth erbeutet. Die Mitrailleuse sieht von weitem aus wie eine Kanone. Hinten ist der Apparat zum Drehen, und vorn im Lauf sieht man die Kugellöcher. Näher konnte ich mir die Sache noch nicht ansehen, da eine Masse Menschen sich zu drängte.

In Ingolstadt sind nun schon viertausend französische Gefangene. Wenn noch mehr kommen, so weiß man nicht, wo man sie unterbringen soll. Der Kriegsminister wird sie wohl im Lager auf dem Lechfeld etablieren müssen.

Das Publikum glaubt, ich würde nun demnächst wieder Minister. Die Minister aber denken nicht daran, abzugehen. Auch Bray will nun bleiben und den Posten in Wien an Schrenck geben. Schlör sah mich mit Schrecken am Horizont auftauchen, da er wohl weiß, daß mein Eintritt sein Austritt sein würde. Ebenso sieht Holnstein meine Anwesenheit ungern, da er sich selbst als künftigen Ministerpräsidenten betrachtet. Es läßt sich denken, daß jetzt viel intrigiert wird. Glücklicherweise ist der König in Berg nach wie vor unzugänglich und wird seine Ruhe zu erhalten suchen, bis er gezwungen ist, durch die Verhältnisse, die bevorstehen, eine Aenderung zu machen.

So scheint es, daß ich vorläufig auch noch der Ruhe werde pflegen können. Ich tue keinen Schritt. Wenn man mich braucht, muß man mich suchen, und dann werde ich meine Bedingungen stellen.

München, 20. August 1870.

Gestern Abend auf dem Klub große Erregung über den Sieg bei Rezonville. Ich ging sofort auf das Telegraphenbureau, um die gute Nachricht weiterzusenden. Damit scheint der Krieg seinem Ende nahe zu sein. Auf dem Wege nach Hause traf ich Werthern. Er erzählte mir, daß Bray schon vor der Kriegserklärung ihn gebeten habe, in Berlin Bedingungen zu stellen, unter welchen Bayern an der Aktion teilnehmen werde, und zwar das Veto im Zollverein und die Revision der Allianzverträge. Bismarck habe ihm aber geschrieben, daß er zu Konjunkturalpolitik keine Lust und zu Zeitungsartikeln keine Zeit habe. Auch nach dem Beginn des Krieges sei Bray auf die Sache wieder zurückgekommen. Bismarck habe sich aber auf nichts eingelassen, sondern auf eine Depesche verwiesen, in welcher er Schweiniß seine Ansichten bezüglich der Stellung

Preußens zu Süddeutschland darlegt. Darin beteuert er, daß Preußen von Annexionsgedanken fern sei und den süddeutschen Staaten freie Hand lasse. Dies ist aber eben unsre Gefahr. Während der Kronprinz noch dem Gedanken einer Reform der Bundesverfassung auf föderalistischer Grundlage zugänglich zu sein schien, wird mir nach allen Nachrichten, die ich höre, immer klarer, daß Bismarck uns nach dem Kriege ebenso wie früher die Alternative stellen wird, entweder einfach in das Deutsche Reich einzutreten oder draußen zu bleiben. Uns zuliebe die norddeutsche oder deutsche Bundesverfassung zu ändern, wird ihm nicht einfallen. Damit bestätigt sich, was ich schon im August 1866 gesagt habe. Damals hätte Pfordten statt der Allianzverträge den Eintritt in einen Deutschen Bund durchsetzen können, und zwar unter Bedingungen, die unsre Selbständigkeit dauernder gewahrt hätten, als dies die bestehende norddeutsche Bundesverfassung erwarten läßt. Aus diesen Tatsachen erklärt sich auch die Hinneigung zu Oesterreich, die sich in den hiesigen Regierungskreisen kundgibt. Bray soll einem Grafen Stadion gesagt haben: „Ihr seid in Oesterreich sehr dumm gewesen, uns nicht sofort den Krieg zu erklären, wenn wir mit Preußen gingen.“ So behauptet W.

Ob man sich hier dazu entschließen wird, eine ehrliche deutsche Politik einzuschlagen, sich unter Hingabe eines Theils der Selbständigkeit an Deutschland anzuschließen und dafür gewisse Bedingungen zu stellen, das bezweifle ich. Wie ich die jetzigen Minister kenne, werden sie die Ereignisse abwarten und unter dem Druck derselben dann alles tun, was man ihnen zumutet.

München, 21. August 1870.

Gestern ging ich mit Bölderndorff spazieren, mit welchem ich über die Frage des Friedensvertrags und der zu konstituierenden deutschen Verhältnisse sprach. Er meinte, daß der österreichische Einfluß sich hier wieder sehr geltend mache, daß von dort die Parole ausgegeben sei: „Keine Gebietsabtretung von Frankreich“ und daß man hier dieser Warnung um so geneigter Folge leisten wolle, als man hoffe, durch Ablehnung einer Territorialvergrößerung mehr Chancen zu gewinnen, die „Selbständigkeit“ Bayerns intakt zu erhalten. Er sieht das einzige Mittel, Bayern von dieser gefährlichen Bahn abzubringen, in einem Ministerwechsel und riet mir deshalb, mit Eisenhart zu sprechen. Ich hatte eine gewisse Scheu, mich jetzt den maßgebenden Kreisen zu nähern, da ich von dem Grundsatz ausgehe, daß man mich suchen muß, wenn man mich braucht, ging aber zu Eisenhart, um Erkundigungen einzuziehen; da ich denselben aber nicht fand, so sprach ich bei Marquard Barth vor. Dieser hatte Briefe aus Baden, Berlin und Stuttgart. Alle diese Korrespondenten seiner Partei gingen von der auf die Tatsache der raschen Entschlüsse des bayrischen Ministeriums

gegründeten Voraussetzung aus, daß in Bayern ein großer Umschwung im nationalen Sinne stattgefunden habe, sie glaubten deshalb, daß man Bayern, sowohl der Kammer als der Regierung, die Initiative zu einer patriotisch-deutschen Tat überlassen könne. Daß dies Täuschung sei, hat ihnen Barth geantwortet und sich zugleich bereit erklärt, sich einer Agitation anzuschließen, die zweierlei bezwecken soll: Abtretung von Elsaß-Lothringen und Bildung eines einigen Deutschlands. Zu ersterem Zwecke wird die Presse verwendet werden, zum letzteren war von einem sogenannten Vorparlament die Rede, was aber Barth meines Erachtens mit Recht ablehnt, wogegen er sich zu einer Beschickung eines deutschen Abgeordnetentags in Berlin im Namen seiner Partei bereit erklärt. Barth sagt, diese Agitation werde große Dimensionen annehmen und dann erst werde der Augenblick gekommen sein, wo die bayrische Regierung, in Verlegenheit gesetzt, sich nach Hilfe umsehen werde. Bis dahin rät er mir, mich fernzuhalten. Sei einmal der Augenblick gekommen, wo man mich nötig habe, dann könnte ich entschieden auftreten und Bedingungen stellen, die meiner ministeriellen Tätigkeit eine gesunde Grundlage geben würden.

Auch ich teile diese Ansicht und habe mich deshalb entschlossen, vorläufig nichts zu tun, sondern abzuwarten, bis jene Agitation ihre Früchte getragen haben wird.

München, 28. August 1870.

Heute waren Barth und Professor Marquardsen bei mir. Letzterer war in Frankreich, in der Pfalz und in Heidelberg gewesen. Er sagt, die Stimmung der bayrischen Soldaten sei ganz preußenfreundlich geworden, und die Armee werde eine große Propaganda für die Vereinigung mit Norddeutschland machen, wenn sie zurückkomme. Insbesondere seien die Offiziere von der Notwendigkeit größerer Einheit in der Armeeorganisation überzeugt. Von Heidelberg erzählte er, daß dort (wie in ganz Baden) die Stimmung unbedingt für den Eintritt in den Norddeutschen Bund sei. Einige, namentlich Bureaukraten, wünschten eine Vergrößerung Badens durch das Elsaß und die Bildung eines Königreichs Alemannien. Als Marquardsen einigen Herren in Heidelberg darauf den Vorschlag gemacht habe, Mannheim und Heidelberg dafür an Bayern abzutreten, hätte sich aber alles dagegen ausgesprochen. Diese in Aussicht stehende Zumutung und die Gefahren, welche der Regierung aus einer solchen Vergrößerung drohen (wenigstens die Verlegenheiten), scheinen die größere Zahl der Liberalen und die Regierung für die Akquisition des Elsaß nicht sehr günstig zu stimmen. Man trägt sich mehr mit dem Gedanken, daß die neu erworbenen Gebietsteile deutsches Reichsland werden sollten. Marquardsen bestätigte die früheren Nachrichten, welche dahin gingen, daß eine Dezentralisation und eine Reform der norddeutschen Bundesverfassung im Sinne des Föderalismus nicht zu erwarten

sei. Barth fügte bei, dies könne um so weniger von Bismarck erwartet werden, als sich die norddeutsche Bundesverfassung in der gegenwärtigen Krisis bewährt habe. Alles was zu hoffen sei, wären einzelne Konzessionen an Bayern, wie er sie in seinem „Präliminarvertrag“ aufgesetzt hat. Württemberg werde uns nachfolgen und suchen, auch noch etwas dabei zu erreichen. Die Frage sei, ob man hier den Hebel beim Könige ansetzen solle, nachdem es verlautete, daß er nationale Sympathien hege, oder ob man mit der Agitation anfangen solle. Ich erwiderte, daß mir die nationalen Sympathien des Königs nicht so kräftig scheinen, um sich darauf zu verlassen. Der König werde mehr tun und sich leichter entschließen, wenn er die Notwendigkeit infolge des Eintritts von Baden und Hessen und der nationalen Bewegung einsehe.

Wir sprachen noch über die schwarzrotgoldene Fahne, wo sich ergab, daß die Herren wenig Gewicht darauf legten, wenngleich sie behaupteten, daß es klug wäre, wenn Preußen die Farben annähme. Schließlich sagte Barth, er werde mir die Versammlungen bei Junemann<sup>1)</sup> anzeigen für den Fall, daß ich daran teilnehmen wolle. Vorläufig sei aber noch nichts Dringendes da, und ich könnte mich ruhig auf vierzehn Tage noch entfernen. Wenn aber der Friede herankäme und die Fragen der inneren Konstituierung Deutschlands zur Sprache kommen, sei meine Anwesenheit nötig.

Bölderndorff erzählt mir soeben, daß Eisenhart in seinen Ansichten umgestimmt sei und einen Ministerwechsel ebenfalls für nötig halte. Bölderndorff behauptet nach wie vor, daß derselbe unumgänglich sei. Es gibt Leute, die Tauffkirchen als Ministerpräsidenten wollen. Der König wird es nicht wollen, doch meint Bölderndorff, es würde nicht möglich sein, ihn bei einer Neubildung des Ministeriums zu umgehen. Sein Anhang sei hier groß und ihn zum Feinde zu haben bedenklich. Ebenso sei Barth nicht zu vermeiden, wie auch Stauffenberg. Das Programm müsse den Nichteintritt in den Norddeutschen Bund und die Selbständigkeit Bayerns an die Spitze stellen, aber Neugestaltung Deutschlands, d. h. Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf Gesamtdeutschland und Vorbehalt der einzelnen Punkte, welche früher schon besprochen.

München, 29. August 1870.

Bölderndorff behauptete heute, wenn ich nicht jetzt eintrete, während alles noch im Fluß ist, könnte ich später auf die Seite geschoben werden. Ich sagte ihm und auch Barth, der mit mir einverstanden ist, daß ich lieber gar nicht wieder einträte als halb, d. h. mit Konzessionen in Personen und Sachen dem Könige gegenüber. Der König ist noch nicht reif zu deutschen

---

<sup>1)</sup> Weinwirtschaft.

Entschlüssen. Mancherlei bereitet sich aber vor. Prinz Luitpold ist beauftragt, hier anzufragen, wie sich Bayern zu Deutschland stellen wolle. Man muß also hier zum Entschluß kommen. Die deutschgesinnte Partei arbeitet an meinem Wiedereintritt. Ich glaube nicht, daß es zweckmäßig wäre, wenn ich von Bray den Auftrag übernähme, die Friedensverhandlungen zu führen. Was ich auch erlangen könnte, würde immer bekräftelt werden. Mir scheint, daß die Macht der Verhältnisse die Friedensbedingungen und die Formation Deutschlands bestimmen wird, nicht die Stellung eines einzelnen Unterhändlers. Wenn ich nötig bin, wird man mir Konzessionen machen; bin ich nicht nötig, so muß ich die Kapricen des Königs dulden. Dazu habe ich keine Lust.

München, 29. September 1870.

Gestern nach mehrwöchentlicher Abwesenheit wieder nach München zurück. Ich habe mich in diesen ersten vierundzwanzig Stunden bemüht, etwas Richtiges aus allen widersprechenden Gerüchten über die Verhandlungen über die deutsche Verfassungsfrage zu erfahren. Es scheint nun so zu stehen:

Auf die aus dem Großen Hauptquartier ausgegangenen Anregungen, Bayern möge seine Vorschläge bezüglich der deutschen Verfassungsfrage machen, ging von Bray das Verlangen aus, Delbrück möchte auf seiner Rückreise aus Frankreich über München kommen. Delbrück kam nun vor einigen Tagen hierher, und es wurden Besprechungen zwischen ihm und den Ministern, wobei auch Mittnacht anwesend war, veranstaltet und das Resultat in einer sogenannten Registratur zu Papier gebracht. Es scheint, soviel ich bisher gehört habe, die bayrische Regierung dabei von dem Projekt eines „weiteren Bundes zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten“ ausgegangen zu sein, welches Projekt in einer Beratung von Ministerialreferenten unter meinem Voritze im Frühjahr 1867 besprochen, dann aber wieder beiseite gelegt worden war, da uns Preußen damals durch die plötzliche Erneuerung des Zollvereinsvertrags „auf parlamentarischer Grundlage“ einen Strich durch die Rechnung machte. Man ist nun selbstverständlich von diesem Projekt wohl weiter abgegangen und hat größere Konzessionen gemacht, allein man hält sich noch immer an die Idee des „weiteren Bundes“. Wie aber diese Idee ausgeführt werden soll, wenn Baden und Württemberg in den Norddeutschen Bund eintreten, wie dieser Bund heißen, wie der weitere Bund aussehen, wie beide ineinander greifen sollen, ist mir noch nicht klar. Die sogenannte Registratur hat Delbrück mitgenommen und wird darüber an Bismarck berichten. Ich denke, darüber werden dann Verhandlungen gepflogen werden. Der König soll eingeladen sein, ins Hauptquartier zu kommen, um dort mit in Paris einzuziehen; er will aber natürlich nicht. Man soll im Haupt-

quartier wünschen, er möchte kommen, um dem König Wilhelm an der Spitze der deutschen Fürsten die Kaiserkrone anzubieten, doch ist das nicht sicher. Ich würde ihm abraten, es zu tun, und habe es auch Eisehart sagen lassen. Das würde ihn vor Europa lächerlich machen. Es sei denn, daß er für diese Demonstration irgendeinen reellen Gewinn einstecken könnte, d. h. irgendeine positive Konzession herauschläge. Dann könnte er am Ende als Gegenleistung die Komödie spielen.

Eben waren Barth und Marquardsen bei mir. Sie berichteten über ihre Verhandlungen mit Lasker und Bennigsen. Diese machen Bayern die Konzession bezüglich des Malzausschlags, der Eisenbahnen und Telegraphenverwaltung und der Heeresführung im Frieden. Das Nähere bekomme ich noch, da mir Barth das Protokoll mitteilen will. Die Ultramontanen werden wahrscheinlich ihre in der neulichen Beratung von Abgeordneten ihrer Partei festgesetzte Resolution, die gegen den Eintritt in den Nordbund lautet, veröffentlichen. Dann erhält die Fortschrittspartei eine Handhabe, um das Ministerium zu fragen, ob es diese Politik teile, und wenn nicht, ob es die Kammer auflösen wolle. „Damit gewinnen wir Boden zu weiterer Agitation,“ sagten Barth und Marquardsen. Die Idee des „weiteren Bundes“ ist vollkommen unpraktisch, nachdem Baden jedenfalls und Württemberg wahrscheinlich in den Norddeutschen Bund eintreten werden. Bismarck rechnet auf unsre Isolierung und berechnet sehr schlau, daß er uns dann ohne Konzessionen hineinzwängen wird. Er läßt deshalb den bayrischen Ministern das harmlose Vergnügen, unpraktische Entwürfe auszudenken, die er schließlich zurückweisen wird, besonders wenn man hier wie bisher keine Persönlichkeiten mit bestimmten Aufträgen und Instruktionen ins Hauptquartier schickt, sondern Sauer und Tauffkirchen ohne Auftrag handeln. Bray oder Luz sollten selbst hingehen; sie wollen aber nicht.

Ich werde, wenn der König in das Hauptquartier geht, was sehr zweifelhaft, suchen mitzukommen.

München, 17. Oktober 1870.

Nachdem Delbrück von hier weg ist, scheint sich die Lage nicht viel verändert zu haben. Eine Antwort auf die Vorschläge der bayrischen Regierung ist noch nicht gekommen.

Bismarck scheint aber nicht ganz mit jenen Vorschlägen zufrieden zu sein. Wenn die Antwort kommt, so meint Barth, den ich heute sprach, würde ein wirkliches Projekt ausgearbeitet, dieses unter den Regierungen vereinbart und dann in Berlin dem Reichstag und hier und in den übrigen süddeutschen Staaten den Kammern zur Annahme vorgelegt werden. Nun hat die Regierung die Absicht, die alte Kammer der Abgeordneten wieder einzuberufen. Ich machte nun Barth darauf aufmerksam, daß dies von

den Ministern aus dem Grund geschehe, um durch die Kammern Schwierigkeiten gegen das von ihnen selbst vorgelegte Projekt erheben zu lassen, um sich dann darauf zu berufen, daß man ja das Seinige getan, oder daß die Minister durch die Kammern das Ganze so modifizieren lassen, daß es Preußen dann nicht mehr annehmen und wir dann ganz von selbst isoliert sein würden. Barth sagt dagegen, das sei möglich, aber seine Partei werde genau aufpassen und in diesem Falle auf Auflösung der Kammer dringen. Die Gewalt der Tatsachen werde so mächtig werden, daß daran die kleinlichen Intrigen scheitern müßten. Es ist möglich, daß er recht hat, ich fürchte aber, daß zwischen Schlör, Luz und der ultramontanen Kammer noch manche Intrige angesponnen werden wird.

Der Landtag wird Mitte November zusammentreten. Die Minister hoffen sich mit den Ultramontanen zu verständigen. Sie wollen das Budget für 1871 zustande bringen.

18. Oktober.

Es scheint nun bestimmt zu sein, daß Bray und Brandt ins Hauptquartier gehen, um die deutsche Verfassungsfrage zu besprechen. Es soll ein Handschreiben des Königs, in welchem der Kaisertitel dem König von Preußen angeboten wird, mitgenommen werden. Der König tut alles, wenn man ihn nur in Berg ruhig läßt. Im übrigen scheint man aber über die einzelnen Bestimmungen der künftigen deutschen Verfassung keineswegs im klaren zu sein. Werthern und die Redaktion der „Neuesten Nachrichten“ drängen. Die Minister tun alles, um nur ihre Stellen zu behalten. Eine politische Ueberzeugung und klare Pläne finde ich nirgends. Man wird die Dynastie im Stich lassen von seiten der Bureaukratie, um sich mit Preußen gut zu stellen, von seiten der Armee, um eine gute Stellung zu den norddeutschen Kameraden zu haben, und von seiten des Volks, das den König wegen seiner Untätigkeit nicht achtet. So wird Bayern ganz leise in das künftige Deutsche Reich eingefügt, was unter den obwaltenden Umständen nicht zu beklagen ist. Allerdings ist nichts anderes zu machen. Aber man konnte es mit etwas mehr Würde tun.

München, 28. November 1870.

Durch eigentümliche Umstände bin ich in die Lage gekommen, über die letzten Vorgänge in Versailles genaue Nachrichten zu erhalten, die ich hier aufschreiben will, soweit ich dieselben nach dem gehaltenen Gespräche wiedergeben kann.

Ueber die Besprechungen zwischen Thiers und Bismarck folgende Anekdote: Bismarck beklagte sich, daß die Franzosen zu ihrer Hilfe barbarische Volksstämme beigezogen hätten. Hierauf erwiderte Thiers, daß ja auch Preußen die Ulanen aufgeboden habe, in welchen Thiers auch

einen wilden Volksstamm sah. Bismarck bemühte sich, ihm zu erklären, daß dies Soldaten wie die andern seien, die sich nur durch die Waffe und den Schnitt der Uniform auszeichneten, fand aber bei Thiers keinen vollen Glauben.

Thiers kam nach Versailles mit der echt französischen Erklärung, daß nur auf den Wunsch der fremden neutralen Mächte Frankreich sich zu Verhandlungen über den Waffenstillstand herbeilasse. Worauf Bismarck ihm kategorisch bemerkte, mit den Neutralen hätte Preußen schon selbst Verbindung und bedürfe zu diesem Zweck nicht der Vermittlung der französischen Regierung. Thiers solle einfach erklären, ob die französische Regierung die Verhandlung über den Waffenstillstand wünsche oder nicht, was dann Thiers bejahte.

Mitte November war Bismarck sehr aufgeregt über den Einfluß von Moltke und insbesondere von Tresckow auf den König, weil dadurch die politische Aktion gelähmt würde. Nachher scheint sich das gebessert zu haben.

Ueber Bayern und Württemberg war Bismarck damals sehr aufgebracht. Er warf Bayern vor, daß es die Kaiserfrage zum Schein angeregt habe und jetzt weitgehende Zugeständnisse verlange. Bray war einmal auf dem Punkt, abzureisen. Besonders genierte Preußen die Forderung der eignen Armee, der völkerrechtlichen Vertretung und die Teilnahme an der auswärtigen Politik durch Kontrolle; alles Punkte, die später zugegeben wurden.

Merkwürdig ist die Abneigung des Königs Wilhelm gegen die Kaiseridee. Er kann sich nur schwer dazu entschließen, mit seiner Vergangenheit und den preußischen Traditionen zu brechen. Nur die Erwägung, dadurch die militärische Einheit zu fördern und das konservative Prinzip zu stärken, konnte ihn damit versöhnen. Er kam in seinen vertrauten Gesprächen immer wieder darauf zurück, daß ihm die Annahme des Kaisertitels „entsetzlich“ sei. Der Kronprinz ist dafür. Die bayrischen Minister scheinen die Konzessionen, welche sie erhalten haben, durch das Zugeständnis erkaufte zu haben, daß sie den König von Bayern zum Vorschlag der Annahme des Kaisertitels bewegen würden. Danach würde sich auch die Verfassung modifizieren und an die Stelle des Bundesrats zum Beispiel ein Reichsrat treten.

Erzbischof Ledochowski hat wirklich einen Auftrag des Papstes gehabt. Er sollte einen Protest Preußens gegen die Okkupation Roms bewirken und um ein Asyl für den Papst in der preußischen Monarchie bitten. Bismarck und der König waren gegen den Protest. Der König bemerkte dem Erzbischof, daß er als protestantischer König nicht mit dem Protest vorangehen könne. Täten es die katholischen Mächte, so würde

Preußen erwägen, ob es sich diesem Schritt anschließen werde. Was das Asyl betrifft, so war der König dagegen, Bismarck dafür. Bismarck sah nur den politischen Vorteil, unterschätzt die Wirkung, welche der Aufenthalt des Papstes auf die Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens haben wird, und glaubt den Papst dann für seine Zwecke benutzen zu können. Der König dagegen fürchtet die Verwicklungen, die daraus entstehen können, meiner Ansicht nach mit Recht. Ledochowski ist unverrichteter Sache abgereist. Sehr hübsch ist, daß Bismarck ihm u. a. gesagt hat, ob die weltliche Herrschaft für die Kirche nötig sei, könne doch nicht er, sondern müsse der unfehlbare Papst entscheiden. Also müsse der Papst erst sagen, was denn in dem Protest enthalten sein solle.

Die Verhandlungen mit den bayrischen Ministern bezeichnet Bismarck deshalb als schwierig, weil jeder von ihnen etwas anderes sage, so daß man nicht ermessen könne, was die Regierung wolle.

Sachsen hat immer noch den Hintergedanken, auf den alten Bund zurückzukommen. Der Kronprinz von Sachsen ist antipreußischer als je. Seine Ernennung zum Armeekommandanten sah er als ein ihm zukommendes Recht an und dankte kaum. Weimar steht unter diesem Einfluß, verhielt sich anfangs der Kaiseridee gegenüber kühl, sprach von Kapitulation, scheint sich aber später mit dem Gedanken ausgesöhnt zu haben. Koburg will ein Oberhaus und Reform der Bundesverfassung.

Bismarck scheint längere Zeit wirklich den Gedanken gehabt zu haben, Napoleon wieder einzusetzen. Moltke war dagegen. Dadurch erkläre ich mir die Haltung Bazaines, der ohne Zweifel mit Bismarck korrespondierte, bis es dann zum Durchbruch zu spät wurde. Als mir Grammont gestern sagte, daß Bazaine ein Verräter par ambition sei, erwiderte ich ihm: „Il a fait de la politique au lieu de faire la guerre.“ Was er zugab mit dem Bemerkten: „Un soldat ne doit pas faire de la politique.“

In den Konzessionen an Bayern scheint man sehr weit gegangen zu sein. Das Zugeständnis der selbständigen Armee war dem König Wilhelm schwer. Auch der Kronprinz wollte nicht so viel zugestehen als Bismarck, und dieser hatte infolge seines Gesprächs mit dem Kronprinzen sein gewöhnliches Gallenerbrechen.

Prinz Otto ist vom König hierherberufen worden. Er hat keine Mission von Versailles. Der König wollte ihn hören, und Otto hat nun hier gegen die Kaiseridee, gegen Reise und alles geheßt. Der König soll, als die Königin ihn sprechen wollte, ihr haben sagen lassen: „Ich bin nicht in der Stimmung, eine preußische Prinzess zu sehen!“

So schwankt man hier zwischen Wollen und Nichtwollen, zwischen Nachgiebigkeit und altem Familienstolz. Und schließlich unterwirft man sich aus Furcht.

München, 30. November 1870.

Gelzer<sup>1)</sup> erzählte mir, daß er auf seiner Reise hierher auch Bischof Gesele in Rottenburg besucht habe. Derselbe habe ihm den Eindruck eines Mannes gemacht, der eine Wunde in der Brust habe. Er sei insbesondere sehr gebeugt durch den schmachvollen Abfall der deutschen Bischöfe. Nachdem diese sich in Rom vor der Abreise das Wort gegeben hatten, nichts beschließen zu wollen bezüglich des Infallibilitätsdogmas, ohne sich vorher zu beraten, hätten sie sich trotzdem einzeln unterworfen. Melchers habe sogar geradezu abgeleugnet, daß eine solche Verabredung stattgefunden hätte.

Es scheint, daß Ketteler ein durchaus falsches Spiel gespielt hat. Wenn man die sittliche Verkommenheit, den vollständigen Mangel ehrenhafter Gesinnung bei den Bischöfen betrachtet, so schaudert man über den Einfluß, den das jesuitische Element in der katholischen Kirche auf die menschliche Natur ausübt.

Hier sind alle Theologen abgefallen. Nur Döllinger, Friedrich und Silbernagl halten fest. Huber glaubt, daß nur Döllinger allein ausharren werde.

Die Gemeinde Mering<sup>2)</sup> wird vielleicht Anlaß zu einer weitergehenden Bewegung im niederen Klerus geben. Man ist hier sehr gespannt auf den Ausgang.

2. Dezember.

Nach den neuesten Nachrichten und insbesondere infolge eines Telegramms von Viktor, welches mir sagt, daß die Annahme des Vertrags mit Bayern zweifelhaft und meine Ankunft nützlich sei, reise ich heute Nachmittag nach Berlin. Ich warte nur darauf, daß Barth zu mir kommt, um mir seine Erfahrungen in Berlin mitzuteilen. Er ist ohne Zweifel gestern Abend von Berlin zurückgekommen. Ueber den Vertrag von Versailles<sup>3)</sup> sind die Ansichten im Publikum noch unklar. Die Fortschrittspartei findet ihn schlecht, die Ultramontanen arbeiten auch dagegen. Wenn man aber die Folgen der Nichtannahme bedenkt, so müssen alle Bedenken gegen die Annahme schwinden. Wenn er verworfen würde, so hätten nur die Ultramontanen den Vorteil davon. Der angebliche Umschwung in der Stimmung im Lande ist zweifelhaft. Sehen die Ultramontanen, daß sie ihn zu Fall bringen können, so werden sie es tun. Fällt der Vertrag

1) Staatsrat Gelzer (siehe Bd. I S. 210) verweilte damals im Auftrage des Großherzogs von Baden in München, um für den Kaisertitel zu wirken.

2) Der Pfarrer Renstle in Mering bei Augsburg hatte mit Zustimmung seiner Gemeinde gegen die Infallibilität protestiert.

3) Geschlossen am 23. November.

und wir bleiben isoliert, so werden die Ultramontanen Macht genug im Lande haben, um die Isolierung durchzusetzen und dem Lande plausibel zu machen. Die österreichisch-französisch-ultramontane Clique wird dann das Ihrige tun, um uns ganz in die Hände von Oesterreich zu bringen. Die Jesuiten tun so, als ob sie Oesterreich haßten. Es ist aber nur Schein und dauert so lange, bis sie dort wieder die Oberhand gewinnen. Auf die fränkischen protestantischen Provinzen ist nicht zu zählen. Die geographische Lage macht diesen den Abfall unmöglich. Ist aber einmal ein Keil in die deutsche Einheit eingetrieben, so weiß man nicht, wie weit sich dessen Wirkung verbreiten wird.

Berlin, 3. Dezember 1870.

Abreise von München Abends 5 Uhr per Ostbahn. Sehr kalte Fahrt bei etwa 8° Kälte. In Leipzig traf ich mit dem Reichstagsabgeordneten Blum zusammen. Wir fuhren in einem Coupé bis Berlin. Er setzte mich au fait bezüglich der Auffassung der Parteien im Reichstag über den Vertrag mit Bayern. Er meint, so wie der Vertrag laute, sei er nicht anzunehmen. Man wolle ihn nicht verwerfen, aber modifizieren. Ich versuchte umsonst, ihn umzustimmen. Um 2 Uhr war ich in Berlin. Ich ging gleich in den Reichstag; die Sitzung war aber schon vorüber. Die Mitglieder kamen mir entgegen. Die deutsche Frage ist noch nicht verhandelt worden. Viktor traf ich unterwegs. Dann kam Luz, der die Gefahr von Modifikationen besonders darin sieht, daß dann auch bei uns modifiziert werden würde. Er teilt natürlich ganz meine Ansicht über die Notwendigkeit der einfachen Annahme. Delbrück, dem ich ebenfalls auf der Straße begegnete, sprach mir seine Freude aus, mich hier zu sehen, und hoffte, daß es mir gelingen werde, für die Annahme zu wirken. Bald darauf begegneten wir auch Münster und Bennigsen. Beide schienen über die Annahme noch zweifelhaft, so daß ich etwas bedenklich wurde. Als ich aber zu Simson kam, hörte ich bessere Nachrichten. Dieser glaubt, daß eine große Majorität für die Annahme ohne Modifikation stimmen würde. Man hat doch in der nationalliberalen Partei so viel Vertrauen zu Bismarck, daß man sich sagt, er müsse ganz besondere Gründe gehabt haben, die ihn bestimmt hätten, so große Konzessionen an Bayern zu machen. Die Leute vergessen hier, daß ja niemand Bayern zwingen konnte und wollte. Simson ist gegen den Kaisertitel. Er findet in dem Wort Kaiser ein Fremdwort, von Cäsar, einem Eigennamen, abgeleitet, und ist deshalb dagegen. An dem Titel „Reich“ hat er nichts auszusetzen, doch wird er seine Liebhabelei oder Antipathie verschweigen.

Abends sprach ich noch Friedenthal, der sich ebenfalls für Annahme der Verträge erklärt.

Heute um 1 Uhr war Fraktionsitzung der Freikonservativen, zu der ich eingeladen war. Ich fand dort Bethusy, Friedenthal, Münster, Pleß, Frankenberg (letzterer von Versailles eben ankommend) und viele andre Reichstagsmitglieder.

Bethusy führte den Vorsitz, richtete an die Versammlung einige einleitende Worte und bat mich dann im Namen der Versammlung um Auskunft über unsere Stellung dem Vertrage gegenüber. Ich sagte mit wenigen Worten, wenn der Vertrag hier verworfen würde, so werde die ultramontane Majorität dies in Bayern gern akzeptieren, würden Modifikationen gebracht, so würden auch bei uns solche gemacht werden, dann stehe die Sache in der Luft. Ich riet also, einfach zuzustimmen. Die Verträge ließen allerdings viel zu wünschen, doch möge man es einmal mit einer schlecht redigierten Verfassung probieren, nachdem man mit den schönsten Verfassungen in Frankfurt und Erfurt kein Resultat erzielt habe. Ich bat dann, wenn die Herren eine Auskunft haben wollten, sich mit Fragen an mich zu wenden.

Bethusy fragte nun, ob ich ihnen etwas Näheres über die Nachricht mitteilen könne, daß der König von Bayern dem König von Preußen die Kaiserkrone angeboten habe, dies würde von großem Gewicht bei der Beratung über die Annahme sein.

Ich sagte darauf, daß ich darüber weder mit dem König noch mit den Ministern gesprochen hätte, also auch keine authentische Auskunft geben könne, daß ich aber glaube, die Nachricht sei richtig. Dies machte großen Eindruck und beseitigte alle weiteren Bedenken. Zugleich hatte Bethusy den Gedanken, daß der Reichstag bei der Beratung eine Modifikation in bezug auf Titulatur in die Verfassung bringen möge. Ich riet davon ab, ebenso Friedenthal.

Nachher entspann sich noch eine Konversation zwischen mir und Münster über die Frage, ob in den Fällen, wo es sich nach Annahme eines Gesetzes durch den Reichstag noch um die Zustimmung der bayrischen Regierung handle, diese noch die Zustimmung der bayrischen Kammern erhalten müsse. Ich verneinte letzteres, riet aber, darüber nicht weiter zu reden.

Schließlich wurde ein Antrag der Konservativen (von Blankenburg verfaßt) verlesen, worin der Vorschlag gemacht wird, nach der Annahme der Verfassung den Wunsch wegen eines zu gründenden Staatenhauses an den Bundesrat zu richten. Dieser Vorschlag fand aber bei den Freikonservativen keinen Beifall. Man will hier jetzt nur das annehmen, was geboten ist, und verspart sich alle Modifikationen auf die Zeit, wo man doch an die Revision der Verfassung gehen müsse. Schon der Kaisertitel wird dahin führen.

In einer Privatunterhaltung erzählte mir Münster von seinem Aufenthalt in England. Er hat dort mit vielen Staatsmännern gesprochen und sagt, man freue sich in England allgemein über die Niederlage der Franzosen. Der „Standard“, welcher gegen Preußen schreibt, sei von dem Herzog von Cambridge und dessen konservativen Freunden gekauft.

Die englischen Staatsmänner raten, vor allem eine Monarchie herzustellen und die republikanische Form des Präsidenten des Bundes zu beseitigen.

Berglas sah ich einen Augenblick. Er ist sehr verstimmt, beklagt sich wie gewöhnlich, daß man ihn nicht au courant der Schwenkung gesetzt habe, die das Ministerium in München gemacht. Er zweifelt nicht an der Annahme durch den Reichstag und meinte, das Mißvergnügen der Nationalliberalen sei nur Komödie.

Von Versailles hörte ich durch Pleß und Frankenberg, daß man noch kein Ende absehe. Die Krankheiten in der Belagerungsarmee nehmen zu. Man streitet sich im Hauptquartier, ob man bombardieren solle oder nicht. Vorläufig ist aber die Munition noch nicht vollständig.

5. Dezember.

Heute um  $\frac{1}{2}$  12 Uhr bei der Königin im „Morgenanzuge“. Sie sprach sehr bedauernd über die lange Dauer des Kriegs. Dann über die katholische Frage. Der Abfall der deutschen Bischöfe und das ganze Treiben infolge der römischen Intrige scheint sie sehr in ihrer guten Meinung vom Katholizismus irre gemacht zu haben. Ich erzählte ihr von Hefele und dann von der Meringer Angelegenheit.

Dann im Reichstag, wo Schulze-Delitzsch gegen den Vertrag sprach. Delbrücks Verlesung des Briefs des Königs von Bayern machte großen Eindruck, trotzdem man die Behandlung dieser großen folgenreichen Tatsache kleinlich fand.<sup>1)</sup> Windthorst's Rede war, wie es schien, darauf berechnet, seine Münchner Freunde gegen den Vertrag aufzuheizen. Lasfer antwortete ihm sehr treffend. Seine Kritik des bayrischen Vertrags war richtig. Zum Diner bei der Königin, wo auch Luz war.

Abends im Woltersdorffschen Theater, wo „Wir Barbaren“ gegeben wurde. Ein rechtes Zeitstück. Die Bayern spielen da keine besonders glänzende Rolle. Ueberhaupt ist die Art, wie sich Bayern in den Bund hineinzwängen läßt, hier der Gegenstand des Spottes. Hätte man das, was man doch tun mußte, mit Eilat und früher getan, so würde uns das die Achtung der Welt eingetragen haben, während man uns jetzt auslacht.

---

<sup>1)</sup> Der Abgeordnete Friedenthal brachte im Einverständniß mit der Regierung die Frage des Kaisertitels zur Sprache, worauf Delbrück den Brief des Königs von Bayern verlas.

Berlin, 8. Dezember 1870.

Gestern bei der Kronprinzessin um 11<sup>1/2</sup> Uhr. Viktor und ich waren zum Luncheon geladen. Die Kronprinzessin empfing uns an der Treppe und führte uns in eine Galerie, in welcher Kriegsbilder aufgehängt sind. Es war darin so kalt, daß ich mich zusammennehmen mußte, nicht mit den Zähnen zu klappern. Dann kam die Prinzess Alice von Hessen, und wir gingen zum Frühstück. Die Konversation drehte sich vorzugsweise um die Tagesfrage. Die Kronprinzessin erzählte, daß sie gar nicht wisse, wie es mit der Kaiserfrage stehe, und ich konnte ihr versichern, daß die Annahme in Versailles um so weniger zweifelhaft sei, als das Schreiben des Königs von Bayern dort vereinbart worden sei. Ueber den Vertrag mit Bayern war sie sehr unzufrieden, hörte jedoch meine Verteidigung der bayrischen Eigentümlichkeiten und Berechtigungen aufmerksam an. Mir schien es, als wenn sie und die Prinzessin Alice diese Bevorzugung andrer Dynastien in Deutschland nur ungern anerkannten. Selbst mit Sachsen waren sie nicht zufrieden. Sie schwärmen augenscheinlich für ein einiges Reich ohne jede Ausnahme. Der föderative Gedanke ist ihnen zuwider. Vom König von Bayern war viel die Rede, und die Kronprinzessin empfahl mir die ältere Tochter des Prinzen Friedrich Karl als eine vortreffliche Frau für den König. Diese Prinzess kam zufällig nach dem Luncheon. Es ist eine hübsche, sanft aussehende fünfzehnjährige<sup>1)</sup> Prinzess. Ob sie die nötige Energie haben würde, den König zu leiten, ist mir zweifelhaft.

Abends im Kasino begegnete ich einem preussischen Legationsrat von Holstein,<sup>2)</sup> der mir viel von seinen Jagden in den amerikanischen Prärien erzählte. Er meint, es sei in drei Monaten abzumachen.

Unter den Papieren in dem Landhause Rouhers hat man auch einen Bericht von Cadore gefunden, in welchem es heißt, wenn man auf eine Kooperation Bayerns in einem Kriege gegen Preußen zählen wolle, so müsse man mich vor allem aus dem Ministerium verdrängen.<sup>3)</sup> Jedenfalls das ehrenvollste Zeugnis meiner politischen Laufbahn.

<sup>1)</sup> Die Prinzessin Elisabeth, geboren den 8. Februar 1857, spätere Erbgroßherzogin von Oldenburg, hatte damals das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet.

<sup>2)</sup> Vor kurzem als Wirklicher Geheimer Rat und Direktor der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts aus dem Dienst geschieden.

<sup>3)</sup> Dieser Vorfall wird in der „Kölnischen Zeitung“ vom 21. Oktober 1900 näher wie folgt dargestellt: „Damals (1870) wurden auf einem dem französischen Minister Rouher, dem sogenannten Vizekaiser, gehörigen Landtische von deutschen Soldaten Schriftstücke gefunden, darunter auch Depeschenbücher des französischen Ministeriums des Auswärtigen. Wahrscheinlich waren dieselben Rouher zu seiner Unterrichtung für Parlamentsreden oder für andre Zwecke zugesandt und dann vergessen worden. Ein solches Depeschenbuch enthielt Berichte über deutsche

Heute Abend begegnete ich Roggenbach, der eben von Versailles kommt, um im Reichstag für die Annahme der Verträge zu wirken. Er sagt, er lese gar nicht, was in den Verträgen stehe. Man müsse jetzt den Moment ergreifen, da man nie wieder einen König von Bayern finden werde, der wegen Zahnschmerzen die Kaiserkrone anbiete! Ueber die Tätigkeit Holnsteins scheint sich Bismarck ziemlich geringschätzig geäußert zu haben. Ich stimme Roggenbach bei, wenn er sagt, daß wir uns unfähig blamieren würden, wenn wir in Deutschland den Moment der endlichen Einigung ungenutzt vorübergehen ließen. Er sprach sich für die Annexion von Elsaß-Lothringen aus, bestritt, daß der Kronprinz dagegen sei. Doch müsse man die Grenze über die Vogesen hinüberlegen wegen der Kohlengruben für Mülhausen. Die Abtretung des Streifens von Hagenau an Bayern hält er nicht für unmöglich.<sup>1)</sup> In bezug

---

Zustände aus dem Jahre 1866/67, darunter einen auszüglichen Bericht des französischen Gesandten in München, Marquis de Cadore, in dem zwei Unterredungen wiedergegeben werden, die Cadore nach seinem unmittelbar vorher erfolgten Amtsantritt in München zuerst mit König Ludwig und dann mit dem Fürsten Chlodwig Hohenlohe gehabt hatte, der damals (31. Dezember 1866) gerade zum bayrischen Ministerpräsidenten ernannt worden war. Cadore, ein früherer durch Gunst emporgestommener Marineoffizier, erzählt, daß er gleich bei seiner ersten Unterredung mit dem König Ludwig in mehr seemännischer als diplomatischer Geradheit die Rede auf den für Bayern unglücklichen Krieg von 1866 gebracht und den König direkt gefragt habe, wie Bayern sich im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen stellen würde. Auf diese Frage habe der König sich „mehr niedergeschlagen als resigniert“ gezeigt, so daß der Gesandte den Eindruck erhielt, als ob der König keineswegs fest entschlossen sei, bei einem Kriege zu Preußen zu stehen. Gleich darauf hatte Herr von Cadore auch eine Unterredung mit dem Fürsten Hohenlohe, an den er die gleiche Frage richtete. Nach anfänglicher Zurückhaltung habe der Fürst ihm erwidert, daß Bayern, falls es zu einer Entscheidung genötigt würde, unter allen Umständen auf die Seite Preußens treten werde, ohne Rücksicht auf die Ursache des Krieges oder auf das Programm, auf das hin Frankreich den Krieg eröffne. Der Gesandte faßte den Eindruck, den er von dieser Unterredung gehabt hatte, dahin zusammen, daß, falls Frankreich nicht auf die Möglichkeit verzichten wolle, Bayern im Falle eines Krieges als Verbündeten auf seiner Seite zu haben, man vor allem und zunächst den König von Bayern bewegen müsse, sich einen andern Ministerpräsidenten zu nehmen, da unter dem Fürsten Hohenlohe ein französisches Einvernehmen mit Bayern ganz ausgeschlossen sei. Diese Schriftstücke sind seinerzeit dem Deutschen Kaiser eingesandt worden, und es liegt nahe, daß, als der als bayrischer Ministerpräsident (7. März 1870) gestürzte Fürst Hohenlohe später zum Botschafter des Deutschen Reiches in Paris ernannt wurde, jene zufällig bekannt gewordene Depesche, die der unbedingten nationalen Zuverlässigkeit des Fürsten ein so glänzendes Zeugnis ausstellte, auf seine Ernennung nicht ohne Einfluß gewesen ist.“

<sup>1)</sup> Der bayrische Minister Graf Bray hatte den Fürsten gebeten, sich dafür zu verwenden.

auf den Krieg meint er, daß man sich nicht mit der bloßen Kapitulation von Paris begnügen müsse, sondern gleichzeitig auf Abschluß von Friedenspräliminarien zu dringen habe. Er ist gegen jeden Waffenstillstand. Der Titel des Königs von Preußen soll, wie ich höre, sein: „König von Preußen, Kaiser von Deutschland“.

München, 14. Dezember 1870.

Der Kriegsminister hatte mich eingeladen, ihn einmal zu besuchen. Es schien mir, als fühle er das Bedürfnis, sich vor mir wegen des Versailleser Vertrags zu rechtfertigen. Er erzählte mir heute, als ich zu ihm kam, wie er anfangs mit Roon sich nur schwer habe verständigen können. Brandt erklärte, daß er sich nach der Schablone von Baden und Hessen nicht richten könne. Darauf entgegnete Roon, daß er sich dann auf ein Verfassungsbündnis nicht einlassen könne, sondern daß sie ein internationales Band schließen könnten. Dies akzeptierte Brandt. Nun war aber Bismarck damit durchaus nicht zufrieden und setzte es beim König gegen die Militärpartei durch, ohne Roon mit Brandt zu unterhandeln, wo er diesem alles zugestand.

Ueber Holnsteins Reise nach Versailles war Brandt sehr ungehalten. Er kam hin ohne Wissen der Minister und ohne denselben über seine Zwecke Mitteilung zu machen.

Von Gelzer erfuhr ich dann noch Näheres über diesen Punkt. Holnstein hat dem Großherzog von Baden über die Art, wie er den König zu der Kaiseridee gebracht habe, rückhaltlose Mitteilungen gemacht. Es scheint, daß Holnstein nach Versailles gegangen ist unter dem Vorwand, dem König das Mittel zu verschaffen, die Reise zu vermeiden. In Versailles setzte sich Holnstein mit Bismarck in Verbindung (der ihm nicht traut) und verabredete den Brief. Dann ging er nach Hohenschwangau und ließ dem König sagen, er habe einen geheimen Auftrag für ihn von Bismarck, „um die Neugierde des Königs rege zu machen“, wie er dem Großherzog sagte. Als er nun bei dem König war, beredete er ihn zu dem Brief und reiste damit nach Versailles zurück.

Bray hat sich in Versailles gründlich blamiert. Noch vor seiner Abreise hatte sich Bray ein Memoire von Bölderndorff geben lassen, in welchem ihm klargemacht wurde, daß man beim Großherzog von Baden die Frage der Abtretung von Heidelberg und Mannheim nicht anregen dürfe, da die Ansprüche Bayerns nur dann gerechtfertigt sind, wenn die jetzt regierende Familie Baden-Hochberg als unebenbürtig betrachtet wird. Das scheint Bray vergessen zu haben und hat mit dem Großherzog darüber gesprochen, der natürlich sehr unangenehm wurde, worauf dann Bray wie ein begoffener Pudel abzog. Es ist dies um so dümmer, als

schon vorher Bismarck ihm die Unterhandlung über diese Frage definitiv abgeschlagen hatte. Darauf bezieht sich auch eine Aeußerung von Roggenbach, der sich sehr geringschätzig über die Fähigkeiten der bayrischen Minister aussprach. Württemberg hat in Versailles Hohenzollern haben wollen, Darmstadt wollte Nordhessen abtreten und dafür einen Teil der Pfalz, beide Staaten wurden aber von Bismarck entschieden abgewiesen. Da sprechen die Preußen von „Seelenverkäuferei und Länderschacher“. Wenn es sich aber um Elsaß-Lothringen handelt, dann sagen sie: „Der Vien muß.“

Rede des Fürsten Hohenlohe in der Verhandlung der Kammer der Reichsräte, „die deutschen Verfassungsverträge betreffend“, am 30. Dezember 1870.

Ich stimme für die Annahme des Vertrages; wenn ich mir erlaube, mein Votum mit einigen Worten zu begründen, so geschieht es nicht in der Absicht, Ihnen zu beweisen, daß diese Verträge die Selbständigkeit Bayerns unbeeinträchtigt lassen.

Ich gestehe dem Herrn Vorredner zu, daß die bayrische Selbständigkeit, oder besser gesagt, die Sonderstellung Bayerns in Deutschland durch diesen Vertrag mehr und tiefer erschüttert wird, als dies durch irgendeine staatsrechtliche oder internationale Verbindung geschehen ist, in der sich Bayern seit Abschluß des Westfälischen Friedens befunden hat.

Allein, meine hohen Herren, mir scheint die Frage nicht so zu liegen, ob durch diesen Vertrag die bayrische Selbständigkeit gefährdet sei und wir ihn deshalb ablehnen müßten, sondern wir müssen die Frage so stellen:

Sollen wir trotz der Beschränkung der Selbständigkeit, welche dieser Vertrag mit sich bringt, ihn dennoch annehmen?

Und auf diese Frage muß ich entschieden mit ja antworten. Ich stütze mich nicht auf die Gründe, welche der Herr Vorredner für die Annahme vorgebracht hat, sondern auf die uns vorliegenden Tatsachen. Wollen Sie mich aber nicht mißverstehen.

Ich bin kein blinder Anbeter des Erfolgs. Ich glaube, meine politische Vergangenheit gibt dafür Zeugnis. Wenn ich also von der bestimmenden Macht historischer Tatsachen rede, so meine ich nicht die großen Ereignisse dieses Jahres allein, sondern ich gehe auf die ganze deutsche Entwicklung zurück. Und da scheint es mir nun, daß zwei Tatsachen vor allem eingewirkt haben, die bayrische Politik in neue Bahnen zu leiten und die Stellung Bayerns, wie sie sich in den letzten Jahrhunderten entwickelt hat, zu modifizieren und Bayern fester an Deutschland anzuschließen.

Die eine dieser Tatsachen ist das erwachte Nationalgefühl des deutschen Volkes, die andre Tatsache ist die veränderte Machtstellung der deutschen Großmächte. Mit der Königswürde hatte Bayern im Jahre 1806 den Höhepunkt der Politik erreicht, die ich als die Sonderstellung bezeichnet habe und die in der allgemeinen Lage des Deutschen Reiches und in der Abwesenheit jedes Nationalgefühls ihre Erklärung, wenn nicht ihre Berechtigung fand. Der deutsche Reichsverband, seit dem Westfälischen Frieden mehr und mehr zerbröckelnd, war endlich ganz zusammengebrochen. Bayern hatte wenigstens in formeller Beziehung die volle Souveränität erlangt. Allein schon wenige Jahre darauf verzichtete es auf wesentliche Rechte zugunsten des Deutschen Bundes, und was hier vor allem bestimmend eingewirkt hat, war die Achtung vor dem erwachten Nationalgefühl des deutschen Volkes. Nach der Erhebung der Freiheitskriege war eine Fortsetzung der Rheinbundpolitik nicht möglich. Und als im Jahre 1866 Bayern nach Auflösung des Deutschen Bundes zum zweiten Male jene zweifelhafte Freiheit der Entschließung zuteil wurde, beeilte es sich sofort, die gewonnene Selbstbestimmung im Allianzvertrage vom 22. August zum Opfer zu bringen, augenscheinlich geleitet von dem Gedanken, daß das Nationalgefühl des deutschen Volkes eine andre Politik als die, welche im Allianzvertrage Ausdruck gefunden hatte, nicht möglich machen werde. Auch Sie, meine hohen Herren, standen im Herbst 1867 vor einem solchen Wendepunkte der bayrischen Geschichte, als es sich um die Erneuerung des Zollvereins und um Annahme oder Ablehnung der darauf bezüglichen Verträge handelte.

Sie haben sich in Ihrer Majorität damals nicht dazu entschließen können, die Sonderstellung Bayerns in wirtschaftlicher Beziehung zu versuchen, die folgerichtig zur politischen Isolierung geführt hätte. Sie haben nach ernststen Zweifeln Ihren Entschluß gefaßt und Sie haben zugestimmt, weil eine undeutsche Politik in einem deutschen Staate nicht mehr möglich war. Und als im Sommer dieses Jahres der entscheidende Augenblick an Sie herantrat, wo es zum letzten Male möglich schien, den Weg zu betreten, der Bayern die Stellung des Jahres 1806 hätte zurückgeben können, da haben Sie den Lockungen widerstanden, die eine Partei dem bayrischen Volke vormalte, die man mit Recht die vaterlandslose nennt; Sie haben die Neutralität zurückgewiesen, die zur französischen Allianz geführt haben würde, und haben mit einstimmigem Beschlusse den Weg betreten, der für uns nicht allein der Weg der Ehre war, sondern der auch für unsre Armee zum Wege der Ehre und unvergänglichen Ruhms geworden ist.

Damals rief mir ein politischer Gegner zu: „Nun ist das Deutsche Reich fertig!“

Und nicht deshalb ist jene Voraussagung Wahrheit geworden, weil, wie ein Herr Redner gesagt hat, die Waffenbrüderschaft auch mit Nothwendigkeit die Unterordnung unter den mächtigeren Alliierten zur Folge haben mußte, sondern deswegen ist jenes Wort zur Wahrheit geworden, weil das deutsche Nationalgefühl in diesem Kriege eine Macht geworden ist und eine Gewalt erlangt hat, vor welcher sich auch die Vorliebe für altgewohnte Verhältnisse beugen muß und vor welcher die Antipathie der deutschen Stämme gegeneinander verschwunden ist.

Dieses Selbstbewußtsein der Nation ist aber keine bloße Abstraktion geblieben; es hat eine tatsächliche Grundlage gewonnen in der emporsteigenden Macht des Hauses Hohenzollern. Wie die Machtstellung Bayerns im Deutschen Reiche hervorgewachsen ist aus dem Zerfalle der Reichsmacht, so war die Stellung Bayerns im Deutschen Bunde das Ergebnis des Dualismus; in der Rivalität der beiden deutschen Großmächte lag das Lebensprinzip der bayrischen Selbständigkeit während der letzten fünfzig Jahre. Als nun im Jahre 1866 der Erfolg der preußischen Waffen den Bund gesprengt und Oesterreich aus Deutschland ausgeschlossen hatte, konnte das Uebergewicht Preußens in Deutschland nicht länger zweifelhaft sein.

Für Bayern blieb seit jener Zeit nur die Wahl, sich entweder den Bemühungen derjenigen anzuschließen, welche die Ergebnisse des Jahres 1866 durch erneute Kämpfe vernichten wollten, oder zu versuchen, eine den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende, für die bayrische Selbständigkeit möglichst günstige Stellung zu erlangen.

Sie wissen, meine hohen Herren, daß ich mich der letzteren Meinung angeschlossen habe, und Sie kennen die Bemühungen, welche die bayrische Regierung während meiner Amtsführung aufgewendet hat, um zu diesem Ziele zu gelangen. Wenn diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben sind, so kann ich meine politischen Gegner des In- und Auslandes nicht von aller Schuld freisprechen.

Das geringe Maß von Opfern, mit welchen damals noch die Verbindung mit dem Norden von Deutschland zu erreichen gewesen wäre, erschien meinen politischen Gegnern des Inlandes als übergroße Beschränkung der Selbständigkeit; das Ausland, dessen Einfluß sich geltend machte, erblickte darin eine Verletzung des Prager Friedens.

Das Lösungswort jener Zeit war Aufrechterhaltung des Status quo, wohl nicht ohne die geheime Hoffnung auf Wiederherstellung des Status quo ante, d. h. auf Wiederherstellung eines dem ehemaligen Deutschen Bunde ähnlichen Zustandes, unter gleichzeitiger Niederwerfung Preußens.

Diese Pläne und Hoffnungen hat die von den Gegnern unterschätzte Macht des preußischen Volkes und Heeres, hat die deutsche Gesinnung

Süddeutschlands, hat endlich und vor allem der männliche Entschluß unsers Königs im Juli dieses Jahres zunichte gemacht, und jene Hoffnungen sind begraben worden in den Schlachten des Deutschen Krieges und in den Verträgen von Versailles.

Diese Verträge sind aber nicht das Resultat norddeutscher Ueberlistung oder süddeutscher Schwäche, sie sind — und ich glaube es nachgewiesen zu haben — das naturnotwendige Ergebnis einer historischen Entwicklung, in welche einzugreifen nicht dem einzelnen Individuum und nicht Staaten von der Größe Bayerns vergönnt ist.

Was nun den Vertrag in seinen Teilen betrifft, so will ich nicht näher darauf eingehen, um so mehr, als ich nicht die Absicht habe, Änderungen in Vorschlag zu bringen oder denselben, wenn sie gemacht werden sollten, zuzustimmen.

Ich gestehe übrigens offen, daß mir der Wert mancher der in dem Vertrage enthaltenen Reservatrechte für Bayern selbst mehr als zweifelhaft erscheint. Ich hätte gewünscht, daß weniger Gewicht auf die Sicherung des Partikularismus, auf Erhaltung einzelner Institutionen und Gesetzgebungsbruchteile für die spezifisch bayrische Regierungstätigkeit, als darauf gelegt worden wäre, daß in der deutschen Gemeinsamkeit nach föderativem Prinzipie überall die Teilnahme Bayerns an der Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten gewahrt geblieben wäre.

Ich will aber, wie gesagt, keine Kritik üben, ich will vielmehr nicht versäumen, auszusprechen, daß die Männer, welche diesen Vertrag unter schwierigen Verhältnissen zustande gebracht, sich ein großes Verdienst erworben haben; denn der Vertrag in seinen einzelnen Teilen tritt zurück vor der großen Tatsache des neugegründeten Deutschen Reiches. Hier ist der Keim einer großen Zukunft für Deutschland gelegt, und die hochherzige Initiative unsers Königs und die unverzügerte Zustimmung der deutschen Fürsten gibt die Bürgschaft, daß das neue Deutsche Reich auch wirklich Wesen und Inhalt gewinnen wird. Wenn unser heutiges Votum dazu beiträgt, daß ein Deutsches Reich geschaffen wird mit starker Centralgewalt und freigewählter Volksvertretung, wenn von nun an an die Stelle ruhelofer und unfruchtbarer Sonderbestrebungen eine deutsche Politik tritt, an der wir loyal und ehrlich mitarbeiten, wenn, wie Seine Königliche Hoheit<sup>1)</sup> mit Recht bemerkt haben, eine feste Gestaltung des Deutschen Reiches die Möglichkeit gewährt, mit dem österreichisch-ungarischen Nachbarreiche dauernde freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, welche die einzige Garantie für den europäischen Frieden sind, wenn ferner von nun

---

<sup>1)</sup> Bezieht sich auf die Rede des Prinzen Ludwig von Bayern, der vor dem Fürsten gesprochen hatte.

an jeder Deutsche stolz darauf sein wird, in allen Ländern des Erdballs sich Bürger des Deutschen Reiches zu nennen — des Reiches, das ihn schützt und in seinen Interessen fördert —, wenn diese Ziele erreicht werden, dann, meine hohen Herren, können wir wahrhaftig sagen, daß wir teilhaben an einer großen Tat, indem wir diesem Vertrage zustimmen, und daß die Ströme von Blut und Tränen, die dieser Krieg kostet, nicht umsonst geflossen sind.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Verfaillés, 12. Februar 1871.

Aus Eurer Durchlaucht geehrtem Schreiben vom 3. d. M. habe ich ersehen, mit welcher lebhaften Teilnahme Sie die Entwicklung der deutschen Verhältnisse begleitet haben, für deren segensreichen Verlauf das deutsche Volk zu einem nicht geringen Teile Ihnen selbst dankbar verschuldet bleibt.

Mit Vergnügen werde ich Eurer Durchlaucht Empfehlung des Grafen Marogna Folge geben, und bemerke ich zur Berichtigung des von Ihnen beregten Gerüchts, daß es mir von Beginn der Okkupation an jederzeit erwünscht gewesen ist, bayrische Beamte in den französischen Verwaltungen zu verwenden und daß es nur an der geringen Zahl der auf wiederholte Anfragen erfolgten Anmeldungen liegt, wenn es bisher nicht in ausgedehnterem Maße, als geschehen ist, erfolgte.

Journal.

München, 6. März 1871.

Vor einigen Tagen kam ich nach einem Diner mit Baron Bruck<sup>1)</sup> in ein längeres politisches Gespräch, dessen Gegenstand das Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich wurde. Wir stimmten darin überein, daß es für den Frieden der Welt von großem Vorteil sein werde, wenn sich ein freundliches Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland bilde. Ich hob dabei hervor, daß eine dauernde staatsrechtliche Verbindung für Deutschland mehr Garantien biete und eher geeignet sei, die russische Allianz entbehrlich zu machen, als ein bloßes Allianzverhältnis. Ohne sich auf diese Seite der Frage einzulassen, beteuerte Bruck, daß man auch jetzt noch nach dem Ministerwechsel in Wien<sup>2)</sup> den höchsten Wert auf gute Beziehungen zu Deutschland lege, und bat mich, meine Stellung in Berlin dahin auszunutzen, um dieser Ueberzeugung auch in Berlin Eingang zu verschaffen. Er selbst erbot sich zu weiteren Vermittlungen, wenn meine Schritte von Erfolg begleitet sein sollten.

<sup>1)</sup> Oesterreichischer Gesandter.

<sup>2)</sup> Ministerium Hohenwart, 7. Februar 1871.

Heute kam er nun wieder und sagte, er habe jene Unterhaltung an Graf Beust mitgeteilt, worauf ihm der Reichskanzler einen ausführlichen Brief geschrieben habe, den er mitbrachte und mir vorlas. Darin wiederholt Graf Beust, wie sehr es im Interesse Oesterreichs sei, gute Beziehungen zu Deutschland zu haben, und wie diese Politik nicht das Resultat vorübergehender Anschauungen, sondern vielmehr das Ergebnis politischer Notwendigkeit sei. Eine staatsrechtliche Verbindung hält Graf Beust nicht für ausführbar, glaubt aber, daß sich auch ohne diese eine Verständigung erzielen lasse. Er beauftragt Bruck, mich davon in Kenntnis zu setzen.

Bruck führte mündlich den Gedanken weiter aus und bat mich, in Berlin dahin zu wirken, daß irgend etwas geschehe. Vielleicht könne man auf dem Wege des Handelsvertrags seitens Preußens schon den guten Willen bekunden. Uebrigens sei jeder Weg, der zu dem Ziele dauernder Verständigung führe, gleich genehm. Beust wolle nur deshalb nicht auffallende entgegenkommende Schritte tun, um sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß er sich jetzt aus Furcht vor der preußischen Macht beuge. Jedes Entgegenkommen werde aber dankbar angenommen und erwidert werden. Man sei in Oesterreich von der Notwendigkeit, mit Deutschland zu gehen, durchdrungen, und keine Partei, selbst die Tschechen nicht, würde dagegenarbeiten. Er erbot sich, wenn Graf Bismarck irgendeinen Vorschlag zur Anbahnung eines günstigen Verhältnisses mache, denselben auf dem Privatwege zu übermitteln.

An den Grafen Münster.

München, 10. März 1871.

Verehrtester Graf!

Sie hatten die Güte, mir in Ihrem geehrten Schreiben vom 18. v. M. Ihre Ansichten über eine neue Parteibildung im kommenden Reichstage mitzuteilen, wofür ich Ihnen meinen herzlichen Dank ausspreche. Da ich nun keineswegs sicher war, in den Wahlbezirken, in welchen man mich als Kandidaten aufgestellt hatte, gewählt zu werden, so mußte ich meine Antwort bis zum Abschluß der Wahl<sup>1)</sup> verschieben, will aber nun nicht länger zögern.

Was Sie mir über die bisherigen Fraktionen der Konservativen und Freikonservativen sagen, war mir als Charakterisierung der Persönlichkeiten äußerst interessant, und finde ich darin die teilweise Bestätigung meines nur auf flüchtige Bekanntschaft gegründeten Urteils. Ich glaube,

---

<sup>1)</sup> Die Reichstagswahlen hatten am 3. März stattgefunden. Fürst Hohenlohe war in dem Wahlkreise Forchheim-Kulmbach gewählt worden.

beide Fraktionen werden wesentlichen Aenderungen entgegengehen. Was aber meinen Beitritt zu einer zu bildenden neuen Fraktion auf der von Ihnen angegebenen Grundlage betrifft, so bitte ich, mir zu erlauben, mir die Sache erst in der Nähe genau ansehen zu dürfen. Ich weiß nämlich nicht, ob eine genauere Durchberatung der einzelnen Punkte des aufzustellenden Programms zur Ueberzeugung führen wird, daß unsre Ansichten genügend übereinstimmen, um ein ersprießliches Zusammenwirken in einer Fraktion hoffen zu lassen. Sie dürfen nicht vergessen, daß es bei uns in Süddeutschland eine konservative Partei im Sinne der norddeutschen Konservativen nicht gibt. Bei uns ist schon im sozialen Leben der Adel, wenn ich so sagen soll, etwas demokratisiert. Aristokratische Bestrebungen ohne religiöse Färbung existieren hier nur in der Theorie, und wer ernsthaft Politik treibt, dem bleibt nur die Wahl, sich einer der beiden großen Parteien anzuschließen, welche bei uns um Herrschaft und Einfluß ringen, deren eine von Rom abhängt und entschieden theokratische Tendenzen verfolgt, und deren andre, auf dem praktischen Boden der Verfassung stehend, den modernen Rechtsstaat zu verwirklichen strebt. An diese beiden Parteien schließen sich je nach der Situation die sozialdemokratische und die konservativ-liberale Partei an. So kam es zum Beispiel, daß, während es in andern deutschen Staaten, wie in Baden, eine konservativ-nationale Partei gab, davon hier nicht die Spur zu finden ist. Wer also von politisch tätigen Männern nach Berlin kommt, der gehört bereits einer der beiden Parteien, wenn auch nicht durch Siegel und Unterschrift, doch durch seine politische Vergangenheit an und ist deshalb in seinen Bewegungen nicht vollkommen frei.

Was nun speziell die flüchtig berührten Punkte Ihres Programms betrifft, so darf ich dieselben wohl mit den Worten zusammenfassen: Aufbau des deutschen Staates, Reichsministerium und Oberhaus, nicht Staatenhaus.

Hier gestehe ich zunächst, daß mir der deutsche Staat noch zu fern zu liegen scheint, um ihn zum Gegenstand eines Programms zu machen. Ich halte mich an das, was vorliegt, und das ist die Föderation des Deutschen Reichs. Ein Verlassen dieser Grundlage dürfte bedenklich sein. Wir können hier einen gewissen Grad von Partikularselbständigkeit nicht aufgeben. Ehe ich mich aber für das verantwortliche Reichs- oder Bundesministerium ausspreche, möchte ich das Räderwerk des Reichs erst in Bewegung sehen. Das Oberhaus, wie Sie es denken, scheint mir den Einheitsstaat als gegeben oder in nächster Nähe bevorstehend vorzusetzen. Allein ich habe dagegen noch andre Bedenken. In der Theorie halte ich die aristokratische Republik, wie sie sich in England aus dem Feudalstaat entwickelt hat, für eine sehr beneidenswerte Staatsform. Es

ist aber der eigenthümlichen Lage Englands, der Klugheit seiner Aristokratie und dem Gange der englischen Geschichte zu danken, daß die englischen Feudalherren den modernen Staat vermieden und den Uebergang der Feudalaristokratie in die Oligarchie des Geldbeutels vermitteln konnten. Eine der englischen nachgebildete aristokratische Staatsform würde bei uns eine leere Nachbildung bleiben, weil ihr die historische Entwicklung, die Erbweisheit des Adels und die materielle Macht der zur Herrschaft berufenen Klassen fehlen würden. Ueberhaupt bin ich der Meinung, daß es immer vom Uebel ist, Parteien mit Rücksicht auf Verfassungsänderungen zu konstruieren. Vor allem aber jetzt. Ich meine, wir sollen die Bundesverfassung, die sich denn doch in Norddeutschland seit vier Jahren als lebensfähig erwiesen hat, erst weiterarbeiten lassen, um zu sehen, wo eine Aenderung etwa am Platze wäre. Gehe ich von diesen Grundsätzen aus, so drängt sich mir die Pflicht auf, mich vorläufig abwartend zu verhalten. Ich werde mich der Partei nicht anschließen, welche unter dem Titel „bundesstaatlich konstitutionell“ Elemente in sich vereinigt, welche auf die Auflösung der eben gewonnenen Einheit des Deutschen Reichs hinarbeiten. Ich werde mich aber ebensowenig einer Partei anschließen können, welche das eben Gewonnene nur als einen Stützpunkt betrachtet, von welchem aus das Werk völliger Unifizierung und Beseitigung der Partikularselbständigkeit weiter fortgesetzt werden kann.

In der Beseitigung der Hindernisse, welche unberechtigter Partikularismus der Entwicklung der Macht und der Wohlfahrt des Reichs und seiner Bürger entgegenstellt, bleibt für praktische Männer, die guten Willens sind, reiche Gelegenheit zu fruchtbarer Tätigkeit. Ob ich eine Fraktion, die diesen Grundsätzen huldigt, finden werde, das muß ich freilich abwarten.

### Journal.

Ankunft in Berlin den 21. März 1871. Schon während der Fahrt hatte ich gehört, daß die Eröffnung des Reichstages um 1 Uhr stattgefunden habe. Davon hatte man in München nichts gewußt, obgleich es hier in allen Zeitungen stand und seit Wochen bekannt war, und Perglas, wie er mir heute sagte, dies an Bray schon mehrmals berichtet hatte!

Um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr war Reichstagsitzung. Ich ging gleich hin, fand Roggenbach und Barth dort, mit welchen ich die Frage der Parteibildung besprach. Wir kamen zu dem Entschluß, eine Einladung ergehen zu lassen an alle süddeutschen liberalen Mitglieder, um uns über die Frage zu beraten, ob man eine neue Partei bilden oder sich einer der bestehenden Parteien anschließen solle.

Abends 8 Uhr war Fraktionsitzung der Freikonservativen. Hier wurde die Frage der Auflösung der Partei und die Neubildung einer größeren Fraktion beraten. Ich war mit Roggenbach, Hermann Langenburg und Wagner, dem ehemaligen württembergischen Kriegsminister, dort. Aufgefordert, uns zu äußern, erklärte ich, daß ich mich in die Entschlüsse der Partei, ob sie fortbestehen wolle oder nicht, nicht mischen wolle. Was uns betreffe, so seien wir bereit, ein neues Parteiprogramm mit unsern süddeutschen Parteigenossen zu beraten, bäten aber erst, uns die einzelnen Punkte des Programms mitzuteilen. Bethusy hielt dann eine ziemlich konfuse, schwülstige Rede, aus der wenig zu entnehmen war. Hierauf folgten noch Diskussionen zwischen Ujest, Renard, Friedenthal und andern. In einer etwas stockenden Rede setzte dann ein dicker, gemüthlicher Mann auseinander, er sei aus Bayern und nur deshalb der freikonservativen Fraktion beigetreten, weil er gehört habe, daß der Herr Fürst von Hohenlohe, für den er eine persönliche Verehrung hege, derselben angehöre. Ich erfuhr, daß der mir wohlwollend gesinnte Mann Herr von Swaine ist. Ich wollte ihm die Freude nicht verderben und unterließ es, ihm zu sagen, daß ich keineswegs zur freikonservativen Fraktion gehöre, doch wurde ihm das von anderer Seite gesagt. Seitdem ist er noch stiller als vorher.

Gestern, am 22., war erst eine Beratung der süddeutschen Abgeordneten, die zu keinem Resultat führte, wo wir aber hörten, daß die Württemberger bereits der nationalliberalen Partei beigetreten seien. Ohne Zweifel, um ihren bayrischen Gesinnungsgegnern den Rang abzulaufen! Um 12 Uhr war Audienz aller fürstlichen Personen beim Kaiser. Es wimmelte von roten Johanniterröcken und andern Uniformen. Abenteuerliche mediatifizierte Gestalten, die ihre Schlösser verlassen hatten, um dem Deutschen Kaiser aufzuwarten. Um 1 Uhr war Cour des Bundesrats, wozu auch der Alterspräsident des Reichstags, der fünfundachtzigjährige Freiherr von Frankenberg, und die Präsidenten des Zollparlaments geladen waren. So kam ich zu dieser Vorstellung. Der Kaiser begrüßte die Versammlung mit einer Rede, worin er sagte, Deutschland habe ihn, ohne daß er es gesucht, an die Spitze gestellt, und dann Wünsche für das Gedeihen des Reiches anknüpfte und auf die Pflichten hinwies, die allen oblägen.

Um 5 Uhr war großes Festessen in Arnims Hotel, wo der gesamte Reichstag tafelte. Ich saß zwischen Roggenbach und Herrn von Oheimb, mit welchem ich vor dreißig Jahren in Bonn studiert hatte. Frankenberg brachte als Alterspräsident den Toast auf den Kaiser aus. Andre Toaste waren verboten „durch die stets befolgte Sitte“. Abends große Illumination. Um 9 Uhr großes Konzert im Palais des Kaisers. Wieder fabelhafte Uniformen, Ordensbänder und Fürstlichkeiten beiderlei Geschlechts.

Ich fand auch den Fürsten von Bückeberg, den ich seit 1847 nicht gesehen hatte. Wir unterhielten uns von alten Zeiten, doch schien er ziemlich zerstreut, denn bei jeder Pause in der Konversation fragte er mich: „Nun, wie geht es deiner Frau?“ Dieses Intermezzo mag sich wohl zehnmal wiederholt haben. Um 1 Uhr war ich endlich wieder zu Hause.

Heute, den 23., Sitzung der Abteilung, der ich zugeteilt bin. Die Konservativen wollten mich zum Vorstand wählen, da aber die Nationalliberalen die Mehrheit hatten und diese nach der bei ihnen beliebten Parteilichgewohnheit nur den wählen, der sich ihnen mit Leib und Seele verschreibt (gleichwie die Jesuiten), so wurden Hölder von Stuttgart und Marquardsen zu Vorständen gewählt. Die Plenarsitzung begann um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr. Simson wurde zum ersten, ich zum zweiten, Weber zum dritten Präsidenten gewählt. Simson sprach seinen Dank in den gewohnten fein und zierlich gewundenen Sätzen aus. Meine Rede fand viel Beifall. Viktor, der oben zuhörte, ebenso Weichs bestätigten mir den günstigen Eindruck. Nach der Sitzung Besprechung mit den Altliberalen und einigen Sachsen, um eine neue Zentrumsfraktion zustande zu bringen. Wir hoffen noch, daß es gelingen wird. Mit den Nationalliberalen können wir nicht gehen. Mit den Freikonservativen allein wollen wir nicht gehen, ebensowenig mit dem katholischen Zentrum. Es handelt sich also darum, die Wilden zu sammeln und dann eine Fusion mit den Freikonservativen anzubahnen. Letztere sind unzufrieden, daß sie uns nicht sofort einsangen konnten. „Wir“ heißt Roggenbach, Langenburg, Wagner, Hörmann, Luxburg u. a. Ob Barth mitgehen wird und von der bayrischen Fortschrittspartei viele zu uns kommen werden, ist zweifelhaft.

#### Rede des Fürsten nach der Wahl zum ersten Vizepräsidenten des Reichstags am 23. März 1871.

Ich bin bereit, die Ehrenstelle anzunehmen, die mir der Reichstag übertragen hat. Es wird mir schwer, den entsprechenden Ausdruck zu finden für das tiefe Gefühl des Danks, mit welchem mich die hohe Auszeichnung erfüllt, deren Sie mich würdig erachten. Ich lege um so höheren Wert auf diesen Beweis Ihres ehrenden Vertrauens, als ich einem Lande angehöre, dessen Vertretung die letzte gewesen ist, welche den Verträgen beigestimmt hat, deren Abschluß uns hier zusammenführt. Lassen Sie mich daher in Ihrer Wahl eine günstige Vorbedeutung, ein Zeichen zunehmender Ausöhnung der Gegensätze erblicken. Ja, meine Herren, wir haben in Bayern gezögert, den Verträgen beizustimmen, weil wir der Einheit des Gesamt Vaterlands den altgewohnten Gedanken abgesonderten staatlichen Bestehens zum Opfer bringen mußten. Wir haben aber nicht gezögert —

und Sie werden uns das Zeugnis nicht versagen —, als es galt, für deutsche Ehre einzutreten, als es galt, die Bundestreue mit dem Blute unsrer Söhne und Brüder zu besiegeln, und wir werden nicht zögern, uns Ihnen anzuschließen als ehrliche Genossen bei dem bevorstehenden Werke, als treue Mitarbeiter an dem Wiederaufbau der deutschen Nation, damit das wiedervereinigte Deutschland sich gestalten zu einem Reiche der Macht, der Wohlfahrt und der Freiheit.

### Journal.

Berlin, 24. März 1871.

Heute 4 Uhr Diner bei Hof, wo der ganze Reichstag geladen war. Interessant war die Vorstellung einer Deputation Elsässer Notabeln, die ich mit ansah. Man behandelte sie mit großer Liebenswürdigkeit. Roon machte mich darauf aufmerksam. Ich sah und sprach Prinz Karl, Prinz Friedrich Karl, den Kronprinzen, Bismarck, Moltke, Podbielski, überhaupt alle Berühmtheiten der letzten Zeit. Bismarck ist jetzt Fürst geworden und wird bedurchlauchtet.

Nach Tisch allgemeine Gemütlichkeit. Pfretschner<sup>1)</sup> ist schon ganz zu Hause und gewinnt die Herzen aller Hofdamen durch seine zarten Manieren. Auch die Kaiserin sprach mir ihr Wohlgefallen an dem Finanz-Mdonis aus. Meine glänzende Wahl und Redesufzeß machen Luß sorgenvoll. Der Großherzog von Weimar hält die Reise des Königs von Bayern nach Berlin für unumgänglich nötig. Ich habe ihm gesagt, er soll sehen, ob er ihn dazu bringt.

Berlin, 25. März 1871.

Gestern um 10 Uhr Abteilungsitzung. Ich war zum Referenten einer Wahlsache ernannt und beeilte mich, die Akten durchzusehen. Zufällig war ich der erste Vortragende. Der Fall war nicht ganz ohne Bedenken, und es entspann sich eine kleine Diskussion, doch löste sich alles zur Zufriedenheit und mein Antrag wurde angenommen. Um 12<sup>1/2</sup> war Plenum. Nach der Sitzung war die Versammlung der zu einer neuen Fraktion zusammen tretenden Mitglieder unter meinem Vorsitz. Zu meinem Erstaunen waren auch Böck und Fischer gekommen. Man einigte sich bald, eine Kommission zu ernennen, um ein Programm zu entwerfen. Um 5 Uhr Diner bei Viktor. Nach demselben ging ich zu Münster, um ihm zu sagen, daß ich es für besser hielt, nicht zur Beratung der freikonservativen Fraktion zu gehen, da ich den Herren doch nur zu sagen hätte, daß wir uns konsti-

---

<sup>1)</sup> Bayrischer Finanzminister und Bundesratsbevollmächtigter.

tuieren wollten und die Frage der Vereinigung der neuen Fraktion mit den Freikonservativen einer späteren Zeit vorbehielten. Münster und Bethusy drängten aber zum Mitgehen. Ich fuhr also hin und gab dort die Erklärung ab, die den Herren natürlich sehr unangenehm war.

Den Abend beim Kaiser zum Tee. Gestern, Samstag, lange Sitzung im Komitee über die Frage des Programms. Dann Abteilung. Dann noch einmal Komitee. Um 4 $\frac{1}{2}$  Diner beim Kronprinzen. Ich saß neben ihm. Interessantes Gespräch über den König Ludwig und die bayrische Armee. Als ich ihm sagte, wir hätten gehofft, ihn in München zu sehen, antwortete er: „Sagen Sie selbst, ob es von mir taktvoll gewesen wäre, nach München zu kommen, nachdem sich der König in dieser Weise seiner Armee gegenüber benommen hat?“ Ich konnte darauf nur schweigen. Seine Äußerungen waren sehr vorsichtig, doch merkte ich wohl, wie man den König beurteilt. Vom Prinzen Otto sagt er, daß er Mut habe, aber nie pünktlich sei.

Abends bei Bismarck. Es waren einige Damen und auch mehrere Herren da. Viktor und Amélie ebenfalls. Ich wurde auf ein Kanapee gesetzt vor einen Tisch mit Teetassen und Bierflaschen, auch Heringe und Austern waren da. Bald kam die neue Durchlaucht und setzte sich zu mir. Zuerst vertilgte er eine Unzahl Austern, Heringe und Schinken und trank dazu Bier mit Sodawasser. Wir sprachen anfangs über Warzin, Holzhandel, Ackerbau u. s. w. Nach und nach wurde er mitteilender und kam auch auf die Politik zu sprechen. Ueber die Zustände in Paris sagte er, daß er es Thiers vorausgesagt habe, daß die französische Regierung nicht in der Lage sein werde, das bewaffnete Gefindel ohne deutsche Hilfe zu entwaffnen. Thiers habe es nicht glauben wollen. Auf die deutsche Frage übergehend, meinte er, der Reichstag mache ihm den Eindruck wie das, was ihm seine Eltern von seiner Kindheit erzählt hätten. Er habe einen Garten bearbeitet und da jeden Tag die Pflanzen herausgezogen, um zu sehen, wie dick die Radieschen seien. So mache es der Reichstag mit sich selbst. Er habe einmal eine Schonung angelegt, und da habe ihm sein Förster gesagt: „Herr Graf, gehen Sie einmal drei Jahre nicht in die Schonung!“ Man müsse im Deutschen Reiche die Dinge sich von selbst entwickeln lassen und Geduld haben. Er habe nur einmal gefürchtet, und das sei in Versailles gewesen. Wenn nämlich Bayern damals nicht abgeschlossen hätte, so würde auf Jahrhunderte hinaus eine feindliche Stellung zum Süden daraus gefolgt sein. Es sei möglich, daß er sich geirrt habe, indem er uns so große Konzessionen gemacht; allein das sei in der Politik nicht zu ändern, da müsse der später erst eintretende Erfolg abgewartet werden, ehe man einen Staatsmann verurteile. So wurde viel hin und her gesprochen. Endlich um  $\frac{1}{2}$  12 brach ich auf.

28. März.

Heute lange Fraktionsitzung. Man einigte sich unter meinem Vorsitz über ein Programm. Einige verschämte Ultramontane wurden durch einen Artikel des Programms gezwungen, Farbe zu bekennen, und werden wohl nicht beitreten. Abends bei der Königin um 1/28 Uhr. Doch wurden wir unterbrochen durch die Ankunft des Königs von Sachsen, so daß die Audienz nur eine Viertelstunde dauerte.

Programm der „liberalen Reichspartei“ vom 28. März 1871.

1. Den Einigungspunkt für unsre gemeinsame Tätigkeit als Mitglieder des Reichstages erblicken wir in der aufrichtigen Mitwirkung zur praktischen Durchführung der unter dem Einflusse der großen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit vereinbarten Verfassung des Deutschen Reiches.

2. Wir werden die Befugnisse der Reichsgewalt wie die Autonomie der Bundesglieder auf der Grundlage der Reichsverfassung gleichmäßig wahren, jeder unnötigen Zentralisation zwar entgegentreten, aber zu solchen Kompetenzerweiterungen oder sonstigen Verfassungsänderungen, für welche sich im Interesse gesunder Entwicklung ein Bedürfnis herausstellt, gern mitwirken.

3. Neben der organischen Einheit ist es die Gewähr der persönlichen, bürgerlichen und politischen Freiheit, welche das deutsche Volk verlangt. Wir werden diesem Verlangen auf allen einschlägigen Gebieten der Reichsgesetzgebung, namentlich bei der Regelung des Preß- und Vereinswesens, im Sinne wahren Fortschritts entschieden Rechnung tragen.

4. Wir werden den Zeitpunkt gewissenhaft wahrnehmen, in welchem die Lasten des Volkes ohne Gefährdung der Sicherheit des Reiches in nachhaltiger Weise gemindert werden können.

5. Wir lassen es dahingestellt, ob nicht in der Folge es nötig werden kann, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche mehr oder minder in die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung zu ziehen, halten aber zurzeit ausreichende Gründe dafür nicht gegeben. Jedenfalls würden wir der Aufnahme eines die Selbständigkeit der Religionsgesellschaften verbürgenden Satzes in die Reichsverfassung nur bei gleichzeitigem Erlaß eines den Gegenstand eingehend regelnden und die unentbehrlichen Rechte des Staates sowie die volle Freiheit der einzelnen Staatsangehörigen auf dem religiösen Gebiete wahrenen Reichsgesetzes zustimmen.

Berlin, 16. April 1871.

Rückkehr nach Berlin den 14. Abends. Früh am Samstag zu Simson, um ihn über das Fest am Montag<sup>1)</sup> zu befragen. Er teilte mir mit,

---

<sup>1)</sup> Fest der Stadt Berlin zu Ehren des Reichstags.

daß nur eine Begrüßung seitens des Magistrats stattfinde und also auch nur eine Antwort von seite des Präsidiums nötig sei. Dann Abteilungs-sitzung. Nachmittags Besuche. Um 5 Uhr Diner mit Viktor, Amélie, Hugo und dem Prinzen Wilhelm von Baden. Abends Tee bei der Kaiserin. Ich saß längere Zeit zwischen dem Kaiser und der Kaiserin an einem Tisch, an welchem noch drei Fürstinnen (Biron, Radziwill und Gagarin) saßen. Der Kaiser brachte die neuesten Depeschen. Es wurde viel über Paris gesprochen. Die Nachrichten lauten für die Insurgenten günstig.

Auch von der Erklärung der katholischen Adligen Schlesiens gegen ihre Standesgenossen in der freikonservativen Fraktion war die Rede. Der Kaiser fragte mich danach, und ich erklärte ihm den Stand der Sache. Auffallend war mir, daß dann die Kaiserin halb ängstlich fragte, ob ich mit dem Kaiser über die religiösen Fragen gesprochen hätte, was ich ihr zu ihrer Beruhigung verneinte, indem ich den Gegenstand des Gesprächs mitteilte. Die Kaiserin ist in einer steten Angst vor konfessionellen Streitigkeiten. Als wenn das zu vermeiden wäre! Sie will nicht einsehen, daß die Jesuiten den Kampf begonnen haben und dabei ihre Gegner zu passivem Verhalten veranlassen möchten. Hier erkennt man die Gefahr nicht. Leichtsin, Ängstlichkeit, Unkenntnis oder falsche Berechnung auf eine Allianz mit einer Macht, die mit Preußen nie auf die Dauer gehen wird, die nur die katholische Liga gegen das protestantische und nicht-jesuitische Deutschland beabsichtigt, bilden die Elemente des Denkens und Treibens der hiesigen politischen Welt. Selig in dem Vertrauen auf die errungenen Siege, glaubt man jetzt ausruhen zu können, während die Feinde nicht ruhen.

Abends 11 Uhr fuhr ich noch zu Bismarck. Dort hatte die große Masse der Eingeladenen sich schon verlaufen, ich fand nur noch die Intimen um die große Soupertafel vereinigt. Ich begrüßte Bismarck und die Fürstin und setzte mich zu Graf Kleist, dem Reichstagsmitglied, einem vernünftigen Mann, mit dem ich mich unterhielt und Maiwein trank, bis wir auseinander gingen.

Heute, Sonntag, langes Gespräch mit Roggenbach über die religiöse Frage. Dann Besuche. Bei Frau von Schleinitz wieder dasselbe Thema, das mehr und mehr Gegenstand der Besprechung wird.

Berlin, 18. April 1871.

Gestern Sitzung des Reichstags bis 1/25. Nach der Sitzung Besprechung mit Simson und Weber, bei der auch der Magistratsrat Runge zugezogen wurde, über das Zeremoniell bei dem Feste im Rathhaus. Simson las uns seine Antwort auf die Ansprache vor, die der Vorstand des

Magistrats an ihn halten sollte. Dann wurde die Frage eines Toastes auf die Stadt Berlin erörtert. Die Berliner Herren hatten gehört, daß ein naseweiser Württemberger, ich glaube Professor Römer, einen solchen Toast im Busen trage, und waren darüber in Aufregung. Sie hatten mich gebeten, ich solle den Toast ausbringen, und bei der Beratung bei Simson wurde die Bitte an mich wiederholt. Ich sagte mit schwerem Herzen zu, weil etwas Gutes doch wohl nicht mehr zustande zu bringen war. Nach dieser Besprechung (es war  $\frac{1}{2}6$ , und um  $8\frac{1}{2}$  sollte das Fest beginnen und ich war noch nüchtern) begab ich mich auf einen langen Spaziergang in öde Straßen und überdachte mir die Ansprache. Sie wurde auch bald fertig. Ich dachte zu sagen, Berlin sei zwar die neue Hauptstadt des Deutschen Reiches, aber schon seit lange habe das Reich des deutschen Geistes sie zur Hauptstadt erwählt, hier, so wollte ich fortfahren, hätte der deutsche Geist seine Werkstätten aufgeschlagen u. s. w. Auch Hegel, Schelling und Fichte hätten hier eine Heimat gefunden, aus der sie ihre mächtigen Lichtstrahlen ausgesandt, und so wollte ich dann zum üblichen Schluß gelangen. Die Sache war fertig bis  $\frac{1}{2}7$ , wo ich dann zu Tisch ging, und um  $8\frac{1}{2}$  war ich im Rathause. Die Präsidenten nahmen auf einem erhöhten Standpunkt in drei Fauteuils Platz, Simson in der Mitte. Der Vertreter des kranken Bürgermeisters Seidel, ein Herr Hedemann, las von seinem Klapphut eine lange Rede an Simson ab. Von Zeit zu Zeit erhob sich seine Stimme an ganz ungeeigneten Stellen zu einem gellenden Schrei, dann las er wieder weiter. Ich mußte, da ich sehr exponiert war, meine Gesichtsmuskeln krampfhaft festbannen. Simson stand da wie aus Stein gehauen. Ebenso blieb er, als er seine ziemlich lange Antwort frei sprach. Nur mit seinen schwarzen Augenbrauen, die er bei besonderen Stellen in die Höhe zog, gestikulirte er. Sonst hielt er seinen Hut ohne Bewegung aufs Bein gestützt und rührte sich nicht.

Nach dieser Zeremonie kamen der Kaiser und die Kaiserin und die Prinzen. Es wurde daraus ein endloser Cercle, und um  $\frac{1}{2}12$  stürzte alles in die oberen Räume zum Souper. Ich fand dort zu meiner Freude den Kaiser mit den Prinzen, die schon an einem Tisch saßen; ich setzte mich an denselben Tisch zu Simson und Wrangel, welcher letzterer mir wiederholte Liebeserklärungen machte. Durch das unerwartete Bleiben des Kaisers beim Souper wurde das Programm geändert und alle Toaste fielen weg. Ich konnte also meinen Speech verschlucken.

Berlin, 30. April 1871.

Die letzten Tage waren für mich sehr mühsam. Das Gesetz, die Entschädigung bei Eisenbahnunfällen und Unglücksfällen in Bergwerken u. s. w. betreffend, lag vor und wurde, wie dies hier Sitte ist, in einer freien

Kommission beraten. Da mir Simson gesagt hatte, daß er aus persönlichen Gründen (sein Sohn ist Justitiarius bei einer Eisenbahngesellschaft) nicht präsidieren könne, wenigstens nicht bei der Beratung aller Paragraphen, so mußte ich mich genau vorbereiten und ging deshalb zu den Kommissionsitzungen. Diese und die Plenarsitzungen nahmen viel Zeit in Anspruch. Am Donnerstag fand nun die Sitzung statt. Ich hatte mit Lasfer und mit Simson die Fragestellung der Artikel des Gesetzes beraten, und da nur der erste Artikel zur Debatte kam, so ging es mit der Abstimmung ganz gut. In der Debatte kam es nur einmal zu einem Zwischenfall, der zu Unannehmlichkeiten hätte Anlaß geben können. Herr Prince-Smith, ein bekannter nationalökonomischer Schriftsteller, verlangte das Wort zur Geschäftsordnung und warf mir vor, ich müsse eine Rednerliste haben, was nach der Geschäftsordnung verboten ist, da er schon oft das Wort verlangt habe, ohne es zu erhalten, während ich Rednern das Wort gäbe, die, soviel er bemerkt habe, nicht das Wort verlangt hätten. Nun hatte der Mann allerdings recht, allein da sich immer zehn und mehr Redner auf einmal zum Wort melden, muß man sich die Leute, die sprechen wollen, notieren, und darunter die wählen, welchen man das Wort gibt. Beim Zollparlament bestand eine Rednerliste. In der Geschäftsordnung des Reichstags ist diese verboten, und der Präsident soll dem das Wort geben, der sich zuerst meldet, was natürlich nicht möglich ist. Trotzdem also, daß der Herr Prince-Smith recht hatte, mußte ich ihm entgegentreten und tat dies in so nachdrücklicher Weise, daß er verstummte und eine Sensation prolongée der Versammlung mir bewies, daß meine Worte ebenso viel Ueberraschung als Eindruck hervorgebracht hatten. Ich habe damit meine Stellung als Präsident wesentlich befestigt und die, welche mich bisher als einen höflichen Mann betrachtet hatten, sehen in mir den Tyrannen der Versammlung, was der Präsident immer sein muß.

Neulich hatte ich ein interessantes Gespräch mit Moltke, der, wenn er auf einen Gegenstand kommt, der ihn interessiert, keineswegs schweigsam ist. Er beklagte sich über Thiers, der sich in die militärischen Dinge aus Eitelkeit und Eifersucht einmische und Mac Mahon hindere, durchzugreifen. Sonst, meinte er, müsse die Insurrektion schon zu Ende sein.

Beim Kronprinzen war gestern große Soiree. Alle Notabilitäten der Politik, Wissenschaft u. s. w. waren vereinigt. Ein kleiner General, mit den höchsten Orden geschmückt, erregte meine Neugierde. Ich fragte und erfuhr, es sei Werder. Ich ließ mich ihm vorstellen. Es ist ein Mann wie viele in der preussischen Armee, heiter und unbefangen, dem man es nicht ansieht, daß er eine der schwierigsten Aufgaben gelöst hat. Er erzählte davon wie von einem glücklichen Zufall und rechnete sich das Verdienst nicht hoch an. Die Soiree war sehr ermüdend. Erstickende Hitze

und keine Luft. Glücklicherweise dauerte sie nur bis  $1\frac{1}{2}$  11 Uhr. Also nur zwei Stunden. Hier wird viel über die Döllingersche Angelegenheit <sup>1)</sup> gesprochen. Anfangs wollten die Mitglieder des Reichstags durchaus etwas tun, nämlich die Nichtultramontanen. Ich legte aber in einer deshalb abgehaltenen Versammlung dar, <sup>2)</sup> daß es sich vor allem für uns darum handle, in der katholischen Kirche zu bleiben. Solange wir keine Bischöfe, keinen Klerus, keine Gemeinde, sondern nur eine Anzahl gebildeter Laien hätten, könnten wir nicht von einer altkatholischen Kirche sprechen. Es komme darauf an, zu warten, bis der Papst sterbe, dann sei Hoffnung, daß ein besserer Geist in die katholische Kirche komme. Treten wir aus der Kirche, was doch die Folge jedes ernsthaften Schrittes sein könne, so verlöre die katholische Kirche so viel vernünftige Menschen mehr ohne Nutzen. Machten wir aber eine bloße Demonstration, so täten wir etwas, was der Reichstagsmitglieder nicht würdig sei. So beschloß man denn, sich ruhig zu verhalten. Ich glaube nicht, daß die Bewegung große Resultate herbeiführen wird. Das Interesse an der Person und dem Schicksal Döllingers, denn mehr ist es nicht, macht keine Reformation. Ein Interesse für dogmatische Spitzfindigkeiten existiert nicht mehr. Es gibt nur Gläubige, die durchaus katholisch bleiben wollen, und die es bleiben würden, selbst wenn der Papst sich zum Dalai-Lama dekretieren und die buddhistische Gebetstrommel einführen würde, und Indifferente, die überhaupt wenig glauben und ihre Vernunft nicht zum Opfer bringen wollen. Diese letzteren aber werden sich nicht zu einem Kampfe gegen das Dogma der Unfehlbarkeit begeistern, bei dem sie an allen andern Dogmen festhalten müßten, die sie schon längst nicht mehr glauben oder von welchen sie wenigstens nur einen Teil glauben. In dieser Weise wird keine neue Kirche gebildet, und so wird der ganze Lärm bald verstummen. Höchstens wird die Zahl der Freidenker um einige Tausend vergrößert. Dies wird aber alles sein, und wenn siebzig Millionen Menschen glauben, kommt es nicht mehr darauf an, ob sechstausend abfallen. Das macht die Stärke des Jesuitenordens.

In der Zentrumsfraktion ist Ketteler mit Windthorst in Streit geraten. Ersterer ist abgereist. Man sagt, Ketteler habe Windthorst vorgeworfen, er mißbrauche die kirchliche Frage zu politischen Zwecken. Windthorst hätte ihm antworten können, Ketteler mißbrauche die Politik zu kirchlichen Zwecken; ob er es getan hat, weiß ich nicht. Jedenfalls ist Ketteler fort. Ebenso sein treuer Schildknappe Löwenstein. Die ganze Fraktion ist ärgerlich, daß die Allianz mit den Konservativen mißlungen ist. Nun werden wohl im geheimen neue Pläne ausgebrütet.

<sup>1)</sup> Am 17. April war über Döllinger die größere Exkommunikation verhängt worden.

<sup>2)</sup> Siehe die folgende Aufzeichnung.

Aufzeichnung des Fürsten mit der Ueberschrift:  
„Antiultramontane Demonstration.“

Ich bin der Ansicht, daß das Concilium Vaticanum von 1869/70 kein ökumenisches ist und daß die Zeit kommen wird, wo die durch dasselbe verkündete Unfehlbarkeit des Papstes als Häresie erklärt werden wird. Nachdem aber sämtliche Bischöfe und fast der ganze Klerus die verkündete Lehre angenommen haben, muß derjenige, welcher diese Lehre verwirft, aus der katholischen Kirche ausscheiden. Damit tritt er in die Gemeinschaft der Altkatholiken, und jede Tätigkeit innerhalb der katholischen Kirche hört für ihn auf.

Ich habe es deshalb unterlassen, meine Ansicht öffentlich auszusprechen. Ich habe es insbesondere deshalb getan, weil ich annehme, daß die altkatholische Kirchengemeinschaft nicht da wird stehen bleiben können, wo sie jetzt steht, sondern weitergedrängt werden wird. Ich habe aber kein Interesse daran, daß sich eine neue Sekte bilde, wenn ich auch die Altkatholiken vollkommen begreife und die Motive achte, die sie zu ihrem öffentlichen Auftreten veranlaßt haben.

Was mich betrifft, so will ich, daß die katholische Kirche sich aus sich selbst reformiere. Das kann und wird sie nur unter Mitwirkung ihrer Bischöfe. Diese Mitwirkung wird aber erst dann eintreten, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo ein wahres ökumenisches Konzil zusammentritt. Ist das eine leere Hoffnung, so ändert es nichts an meiner jetzigen Haltung. In diesem Falle ist die katholische Kirche dem Untergange geweiht, und dann werden sich andre Religionsformen bilden, über die wir jetzt nicht zu diskutieren haben. Vorläufig habe ich diese Hoffnung, und deshalb warte ich ab. Deshalb bleibe ich in der Kirche, ohne zu den Ultramontanen überzugehen. Dies zur Begründung meines persönlichen Standpunkts.

Was uns zusammenführt, ist, wenn ich nicht irre, rein negativer Natur. Wir wollen konstatieren, daß es Katholiken gibt, welche nicht ultramontan sind.

Ich kann den Begriff des Ultramontanismus nicht anders definieren als so: Derjenige ist ultramontan, welcher seine Meinungen und Handlungen durch die Instruktionen des Jesuitenordens bestimmen läßt.

Nachdem nämlich das Vatikanische Konzil die Tat des Jesuitenordens war, nachdem die Bischöfe sich diesem Konzil unterworfen haben und den Jesuiten weiter Folge leisten, sind auch diejenigen Katholiken, welche nach den Instruktionen ihrer Bischöfe oder der von den Jesuiten geleiteten Presse handeln, unter dem Einflusse des Jesuitenordens.

Unsere Gemeinschaft kann also im Grunde als eine Opposition gegen den Jesuitenorden bezeichnet werden. Das führt auf das Programm:

Da der Jesuitenorden die Interessen der katholischen Religion durch politische Tätigkeit fördern zu müssen glaubt und die Politik nach religiösen Interessen betreibt, so wäre das Programm einfach dahin zu formulieren, daß wir treu zum Deutschen Reiche stehen und jede religiös-politische Agitation zurückweisen.

### Journal.

Berlin, 5. Mai 1871.

Nachdem ich vorgestern Bolderndorffs Brief erhalten hatte, welcher mir sagt, daß in München die Absicht bestehe, Bray zu entlassen und ein Ministerium Hohenlohe-Luz zu kombinieren, sprach ich mit Barth. Dieser meint, es sei tunlich, mit Luz zusammenzugehen, vorausgesetzt, daß ich wenigstens drei Kollegen hätte, auf die ich mich verlassen könne. Als solche bezeichnet er, nachdem er mein direktes Offert, selbst mit einzutreten, angenommen hatte, Fischer für das Innere und Hocheder für den Handel. So hätten wir, da er den Kultus übernehmen will, die Majorität im Ministerrate. Ich werde nun Bolderndorff antworten und ihm im allgemeinen meine Bereitwilligkeit zum Wiedereintritt erklären, jedoch unter der Bedingung, daß ich das Ministerium selbst bilden bzw. meine desfallsigen Vorschläge dem König machen könne.

Nachher sprach ich mit Arco, der, eben von München kommend, über die Döllingersche Bewegung berichtete. Es scheint aber nach allem, was ich von Arco höre, daß die Herren in München noch nicht wissen, wie sie eigentlich zum Ziel kommen wollen. Der Klerus geht nicht mit der Bewegung, die Massen werden sich passiv halten, und der Regierung wird nichts andres übrigbleiben, als von Fall zu Fall die Frage zu entscheiden.

Nachträglich muß ich noch beifügen, daß ich mit Barth auch die Frage wegen Hörmann besprochen habe. Er ist meiner Ansicht, die auch von vielen Mitgliedern der Fortschrittspartei geteilt wird, daß Hörmann nicht der Mann sei, den wir brauchen können. Ueberdem habe sich Hörmann in einer so unvorsichtigen Weise gegen den Wiedereintritt von Luz erklärt, daß es ihm nicht möglich sein werde, davon abzugehen.

Gestern Abend Soiree bei Hofe. Ich saß wieder am Tische der Kaiserin; neben mir der Minister Jolly aus Baden, der mir Interessantes über den Klerus in Baden mitteilte. Die Roheit desselben ist dort ebenso groß wie bei uns. Der Kaiser, der sich über Unwohlsein beklagte, zog sich bald zurück.

11. Mai.

Diese Tage stets Sitzungen, Diners und Soireen bei Hof oder Fraktionsberatungen. Gestern wurde die Nachricht des Friedensabschlusses

bekannt.<sup>1)</sup> Nach der Sitzung hatte ich ein interessantes Diner bei Roggenbach mit Brandis, Curtius, Bunsen und Schölzer. Lekterer, längere Zeit Gesandter in Mexiko, geht jetzt nach Washington und nimmt Ludwig Arco als Gesandtschaftssekretär mit. Dieser war auch unter den Gästen.

Um 7 Uhr Kommissionsitzung über Elsaß-Lothringen. Die Hitze war so groß, daß ich bald wegging und mich in den „Leipziger Garten“ begab, wo die Reichstagsabgeordneten jeden Mittwoch zu Bier zusammenkommen. Lurzburg brachte die Elsäßer mit, die Bismarck berufen hat. Es waren Klein von Straßburg und noch drei andre Herren. Auf den Wunsch Lurburgs klingelte ich an meinem Glas und stellte die Elsäßer der Versammlung vor, und sagte, daß ich im Sinne der Versammlung zu sprechen glaubte, indem ich sie freundlich willkommen hieß. Darauf große Erregung. Dann wollten einige Herren, ich sollte noch eine Rede auf den Frieden halten. Da ich aber eben erst gesprochen hatte, und die Hitze und der Tabakdunst so stark waren, daß mir übel wurde, so ließ ich mich nicht darauf ein und eilte in die frische Luft und dann zu Bett.

Berlin, 12. Mai 1871.

Heute waren die Tribünen des Reichstags ziemlich besetzt, da man wußte, daß Bismarck von Frankfurt zurück sei und dem Reichstag den Abschluß des Friedens mitteilen werde. Bis 2 Uhr war eine langweilige Debatte über das Postgesetz. Da erschien Bismarck, begrüßt vom ganzen Reichstag. Bald darauf erhob er sich und entschuldigte sich zuerst, die Debatte „durch einen heterogenen Gegenstand“ zu unterbrechen. Er erzählte, anknüpfend an seine frühere Mitteilung von der Verzögerung der Verhandlungen in Brüssel, daß er sich entschlossen habe, selbst mit Jules Favre zusammenzukommen, und deshalb nach Frankfurt gereist sei. Dort sei es ihm gelungen, zum Ende zu kommen. Er teilte dann die bekannten Friedensbedingungen mit und schloß, indem er sagte, das sei nach seiner Ansicht ein auf vernünftige Bedingungen gegründeter Friede, er hoffe, daß es ein dauernder Friede sein werde und daß die französische Regierung die Kraft haben werde, ihn durchzuführen. Die Ratifikationsfrist läuft am 20. Mai ab. Nachdem kam Bismarck unter die Versammelten und ließ sich gratulieren. Mir drückte er die Hand. Ich fragte ihn, ob er Schwierigkeiten gehabt hätte, was er bejahte und beisezte, die französischen Unterhändler seien zuerst sehr schwierig gewesen. Er hat es durch das Gewicht seiner Persönlichkeit durchgesetzt. Es ist dies um so besser, als Molke und seine Untergebenen immer gegen Bismarck rasonieren und an

<sup>1)</sup> Fürst Bismarck hatte sich infolge der Erfolglosigkeit der Brüsseler Friedensverhandlungen am 5. Mai nach Frankfurt begeben, wo er am 10. Mai mit Favre und Pouyer-Quertier den Friedensvertrag schloß.

allem, was er tut, etwas auszusagen haben. Diese beiden Größen sind schwer zu vereinigen, und es ist eines der großen Verdienste des Kaisers, daß er es durch seine taktvolle Liebenswürdigkeit immer zustande bringt, diese beiden Herren im richtigen Geleise zu halten. Es ist nicht genug hervorzuheben, daß gerade die milde Persönlichkeit des Kaisers das größte Verdienst bei den großen Erfolgen hat, welche im vergangenen Jahr errungen worden sind. Auch gehört eine große Selbstverleugnung dazu, die Ovationen, welche Bismarck und Moltke erhalten, ohne Neid mit anzusehen. Meine Verehrung für den alten Herrn hat deshalb sehr zugenommen.

Für Oesterreich ist man hier sehr gut gestimmt. Man will alles vermeiden, was wie eine Begünstigung eines der österreichischen Regierung feindlichen Elementes angesehen werden könnte.<sup>1)</sup> Diese Stimmung ist nicht nur in den Regierungs- und Hofkreisen, sondern auch in den Kreisen der Abgeordneten vorherrschend. Ebenso vorsichtig ist man in den katholischen Fragen. Die Döllingersche Bewegung findet hier wenig Anklang. Eine Unterstützung der Partei Moy durch preussischen Einfluß ist undenkbar. Man kann sich hier für diesen dogmatischen Streit nicht erwärmen. Die katholische Kirche als solche, wie sie ist und wie sie selbst sein will, ist der Regierung recht. Was sich dem Papste nicht unterwirft, gilt für abgefallen. An dieser Gleichgültigkeit der Protestanten wird die Bewegung in Bayern wohl zugrunde gehen, wenn nicht an eigener Unhaltbarkeit.

Berlin, 17. Mai 1871.

Gestern Abend bei Bismarck. Es war dort die gewöhnliche Gesellschaft. Frau von Arnim, Bismarcks Schwester, dann Spikemberg mit Frau, ein württembergischer Diplomat Graf Uexküll und einige andre. Um 11 Uhr kam Bismarck. Es wurde Bier und Maitrank getrunken und geraucht. Nach und nach kam Bismarck ins Erzählen. Er behandelt alles mit einem gewissen Uebermut. Das gibt ihm gegenüber den ängstlichen Gemüthern der alten europäischen Diplomatie das große Uebergewicht. Das hat er zu allen Zeiten getan. Jetzt aber kommen ihm noch die großen Erfolge zustatten, so daß er der Schrecken aller Diplomaten ist. Die Verhandlungen in Frankfurt mit Favre und Pouyer-Quertier hat er in dieser Weise zu Ende geführt. Er drohte den französischen Unterhändlern, wenn sie seinen Forderungen nicht nachgäben, würde er sofort nach Paris telegraphieren und die deutsche Armee anweisen, Versailles anzugreifen. Entweder müßten sie Alliierte sein oder Feinde. Ein drittes gäbe es nicht. Le Clerc, der auch mitgekommen war und als guter

<sup>1)</sup> Das Ministerium Hohenwart stieß damals bei seiner förderalistischen Politik auf entschiedenen Widerstand der Deutschen. Die Regierung bemühte sich, durch Polizeikünste die Siegesfeiern in den deutschen Städten zu hindern.

Diplomat bekannt ist, wurde von Bismarck gar nicht zugelassen. Er unterhandelte nur mit Favre und Pouyer-Quertier, die von diplomatischen Unterhandlungen nichts verstehen. Daher erklärt es sich, daß die Bedingungen in Frankfurt für Deutschland so günstig ausgefallen sind.

Er erzählte dann von den früheren Verhandlungen mit Thiers, erwähnte die bekannte Ulanengeschichte und machte sich über Thiers lustig. Dieser habe einmal bei der Unterhandlung behauptet, Rouen liege auf dem linken Ufer der Seine. Als dies Bismarck bestritt, bemerkte Thiers ganz pikiert: „Vous êtes le vainqueur et nous sommes les vaincus, Vous n'avez qu'à décider.“ Nun ließ Bismarck eine Karte kommen, und da zeigte Thiers auf die Eisenbahnlinie, die ein dicker schwarzer Strich war, worauf ihm Bismarck bemerklich machte, daß dies nicht die Seine, sondern die Eisenbahnlinie sei. So klärten sich Thiers' geographische Begriffe auf.

Auch die Szene erzählte er, wie Thiers und Favre in ihn hineingesprochen hätten, und als er sich nicht mehr habe retten können, habe er ihnen gesagt, er könne auf französisch gegen ihre Beredsamkeit nicht aufkommen und werde deshalb nun deutsch antworten. Darauf habe er angefangen, mit ihnen deutsch zu sprechen. Darauf große Verzweiflung. Favre sei im Zimmer herumgelaufen, und Thiers habe nichts mehr gesprochen und ihm endlich ohne zu sprechen einen Zettel hingehalten, auf dem er die Konzeption, die Bismarck wollte, geschrieben hatte. Er habe nur gesagt: „Est-ce que cela fait votre affaire?“ Worauf Bismarck geantwortet: „Parfaitement“, und darauf sei alles wieder in Ordnung fortgegangen.

Daraus erklärt sich, daß Thiers und Favre von Bismarck sagen konnten: „C'est un fier barbare.“ So erzählte Bismarck selbst.

18. Mai 1871.

Gestern infolge des Maitranfs Kopfschmerz. Sitzung bis 4 $\frac{1}{2}$  Uhr. Abends die Mittwochversammlung der Abgeordneten bei Bier im „Leipziger Garten“. Mit Brochhaus, Schrieker, Weber und Stadthagen soupiert. Allgemein wird wieder von meinem Eintritt ins Ministerium gesprochen. Ich weiß davon nichts.

Berlin, 26. Mai 1871.

Gestern war noch ein politisch belebter Tag. Auf der Tagesordnung des Reichstags stand die Elsaß-Lothringer Sache in dritter Beratung. Da erschien Bismarck und erklärte plötzlich, daß er den Reichstag bitte, das Amendement, welches wir in zweiter Beratung angenommen hatten und welches die Kontrahierung von Schulden für Elsaß und Lothringen von der Zustimmung des Reichstags abhängig macht, wieder zurückzunehmen. Er stellte die Sache so, daß er es zu einer Vertrauens- oder Mißtrauens-

sache machte. Dadurch kamen wir nun in die größte Verlegenheit. Einerseits wäre es absurd gewesen, dem Reichskanzler wegen dieser Formsache ein Mißtrauensvotum zu geben, andernteils konnte man doch dem Reichstag nicht zumuten, bloß auf den Wink Bismarcks einen unter nur schwachem Widerspruch des Bundeskommissärs angenommenen Beschluß wieder aufzuheben. Alles rannte ratlos umher. Die Zentrumsparthei, an ihrer Spitze Windthorst, freute sich über unsre Verlegenheit, die Fortschrittspartei, verrannt wie immer, wollte den Konflikt, die Rechte die Unterwerfung. Ich riet, die Debatte zu vertagen, und meldete mich dazu bei Simson zum Wort. Vorher aber kam Hennig und beantragte Zurückweisung an die Kommission. Dem schloß ich mich nun mit wenigen Worten an, und mit knapper Majorität wurde unser Antrag angenommen. Abends war dann Kommissionsitzung. Hier saß nun auch Bismarck, anfangs sehr borstig, bis er durch kluge Behandlung der Kommissionsmitglieder endlich dahin gebracht wurde, daß er gar nicht mehr wußte, warum er sich erhob hatte. Der stets geschäftige und kluge Friedenthal brachte mit Lamey einen Vorschlag, der alle Teile versöhnte, und so endigte dieser Zwischenfall in befriedigender Weise. Heute war wieder Sitzung anberaumt. Ein Ultramontaner beantragte aber Auszählung, und da fand sich, daß wir nur 172 waren, worauf Simson erklärte, er werde die nächste Sitzung am Mittwoch nach Pfingsten um 1 Uhr halten. So reißt nun alles auf einige Tage ins Freie.

Berlin, 1. Juni 1871.

Die Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und in der „Provinzialkorrespondenz“ gegen den Reichstag haben in den Kreisen der Abgeordneten ebenso viel Erstaunen als Mißstimmung erregt. Sie sind durchaus nicht gerechtfertigt, und man fragt sich umsonst, was Bismarck dazu veranlaßt haben könnte, in dieser Weise vorzugehen. Heute kam Miquel in der Sitzung zu mir und Bernuth und schlug uns vor, wir möchten uns auch mit der nationalliberalen Partei vereinigen und bewirken, daß das Pensionsgesetz zurückgezogen und an dessen Stelle nur ein Kreditgesetz vorgelegt werde, welches dem Kaiser die Summen zur Disposition stelle, welche die Regierung für die im gegenwärtigen Kriege invalid Gewordenen nötig habe. Bernuth war dem Gedanken geneigt, Roggenbach dagegen, weil er, und wohl mit Recht, bemerkte, die Nationalliberalen wollten die Schwierigkeiten, welche das Gesetz biete, umgehen und sich dahinter wegdrücken.

Nach der Sitzung ging ich noch zu Simson und fragte ihn um Rat, was ich tun sollte, wenn der Kaiser mich danach frage. Simson sprach im Sinne Miquels und ohne Zweifel unter dessen Inspiration; er sieht

Gefahren in der Beratung des Pensionsgesetzes und fürchtet einen Konflikt, „den er dem neuen Reiche nicht in die Wiege legen möchte“. Nachher kam ich noch mit Roggenbach zusammen, der an dem Gedanken festhält, daß es nur Scheu der Nationalliberalen sei, wenn sie jetzt das Pensionsgesetz vertagen wollten. Man solle es durchmachen, denn jetzt käme man besser damit zu Ende als nach sechs Monaten.

Sehr gespannt war ich, was mir der Kaiser heute beim Diner sagen würde. Man hatte verbreitet, er und der ganze Hof seien gegen den Reichstag irritiert. Ich fand den Kaiser wie immer. Er kam zuerst auf mich zu, sprach dann mit Wilhelm Löwenstein, den er seit dem Kriege nicht gesehen hatte, und meinte: „Wir sind seitdem ein ganzes Stück weitergekommen,“ dabei faßte er mich am Arm und sagte in seiner gewohnten scherzhaften Weise: „Und dieser Mann hat uns dabei allerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt.“

Dann bei Tisch saß ich neben dem Kaiser. Ich wartete immer auf den Ausbruch übler Laune über den Reichstag. Es kam aber nichts. Endlich sagte er: „Was haben Sie heute im Reichstag gemacht?“ Ich antwortete, daß wir den Lasferschen Antrag<sup>1)</sup> verworfen hätten. Das war dem Kaiser sehr lieb. Als er nun immer nicht mit dem Mißfallen, das man mir vorausgesagt hatte, herauskam, fing ich selbst davon an und sagte, der Reichstag daure sehr lange, und ging dann über auf seine Haltung. Im allgemeinen sei der Reichstag doch sehr gut gesinnt, allerdings hätte er einige Anträge gestellt, die Mißfallen erregt hätten, allein dies rechtfertige nicht die Angriffe, die in den offiziellen Zeitungen gegen uns geschleudert worden seien. Zu meinem Erstaunen meinte der Kaiser nur, ja, die Minister seien darüber irritiert. Dann sprach er seine Befürchtungen darüber aus, daß der Reichstag das Pensionsgesetz teilen könne, d. h. die Pensionen für die Kriegsinvaliden in einem andern Gesetz beraten wolle als die für die Friedensinvaliden, und sagte, in diesem Falle werde man das Gesetz zurückziehen. Ich bestritt, daß dies die Absicht der Gesamtheit des Reichstages sei. Allerdings hätte ich gehört, daß man den Vorschlag diskutiere, dem Kaiser einen Kredit zu bewilligen für die Pensionen der Kriegsinvaliden und das Gesetz beruhen zu lassen. Davon wußte der Kaiser nichts. Ich fragte ihn nun, ob er überhaupt Wert auf das Gesetz lege und es für notwendig halte, was er entschieden bejahte; in diesem Falle, sagte ich, sei es besser, das Gesetz jetzt durchzubearbeiten, wo der Reichstag noch unter dem Eindruck der Ereignisse stehe.

<sup>1)</sup> Der Abgeordnete Lasker hatte einen Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem durch Beschluß des Reichstages Gesetzentwürfe von ungewöhnlich großem Umfange einer Kommission überwiesen werden könnten, welche in der Zwischenzeit zwischen zwei Sessionen derselben Legislaturperiode in Tätigkeit treten sollte.

Nur dann möge man auf den Gedanken der Creditbewilligung eingehen, wenn man überhaupt auf das Gesetz keinen Wert lege und es beim alten lassen wolle. Dies scheint nun aber der Kaiser nicht zu wollen, sondern er ist der Ansicht, daß ein solches Gesetz nötig sei. Aus der ganzen Unterredung entnahm ich, daß von einer Mißstimmung des Kaisers gegen den Reichstag keine Rede ist.

Es waren verschiedene militärische Berühmtheiten bei Tisch. Tresckow, der vor Belfort kommandiert hat, von der Goltz, der bei Metz eine Brigade führte, dann General Dannenberg, Rauch u. a. Der Kaiser erzählte von der Unruhe, in der er vor Ausbruch der Feindseligkeiten gelebt habe, immer erwartend, daß die Franzosen früher fertig sein würden.

4. Juni.

Den darauffolgenden Tag war die Beratung des Gesetzentwurfs über die Beihilfe für Ausgewiesene. Patow machte allerlei Ausstellungen am Gesetz, ebenso Bamberger u. a. Doch Bismarck wollte nichts davon wissen, daß die Angelegenheit einer Zentralkommission überwiesen werde. Ich sprach nach der Sitzung noch mit Bismarck, der aber auf seiner Ansicht beharrte. Ich glaube, er will nicht viel von der ganzen Sache wissen, möglichst wenig dazu geben und zieht vor, daß das Odium über ungenügende Unterstützung auf die einzelnen Staaten falle.

In der gestrigen Sitzung über Elsaß-Lothringen kam der Gesetzentwurf mit der Modifikation, welche die Kommission vorgeschlagen hatte, zum Abschluß. Bismarck sprach öfters, aber auffallend mühsam. Als ich Abends bei der gewöhnlichen Samstagssoiree zu ihm kam, erzählte er mir und Weber, daß er sehr müde gewesen sei. Er schlafe zehn bis zwölf Stunden und könne sich doch nicht ausruhen. Nur wenn er einige Flaschen Bier trinke, beruhigten sich seine Nerven. Um sich Durst zu machen, aß er große Quantitäten Kaviar. Weber und ich saßen mit ihm eine Zeitlang an einem kleinen Tisch, wo er uns die Gründe auseinandersetzte, warum er gegen die Annectierung des Elsaß an Preußen gewesen sei. Die Elsässer würden sich eher daran gewöhnen, Deutsche zu werden als prussiens. Später kam noch ein Herr Hartmann aus dem Elsaß zu uns, der, als Bismarck wegging, manches Interessante über Versailles erzählte, wo er eben war. Er sagt, Thiers sei zu sehr befangen in seinen parlamentarischen Gewohnheiten und habe nicht die nötige Energie zum Handeln. Ueber die Zukunft befragt, sagte Hartmann, die meiste Aussicht habe der Duc d'Almale als Präsident der Republik. Henri V. sei unmöglich. Doch müsse sich Almale von dem Einfluß der Klerikalen freihalten. Man brauche diese allerdings auf dem Lande, in den Städten seien sie aber verhaßt, und wenn eine Regierung sich unter ihren Einfluß beuge, werde

sie sich nicht halten. Die Proklamierung der Monarchie ist nach Hartmanns Meinung der Bürgerkrieg. Was Elsaß-Lothringen betreffe, so müsse Bismarck den Einfluß des Klerus auf die Schulen beseitigen; nur dadurch könne er Elsaß deutsch machen. Die Geistlichkeit werde immer in französischem Sinne wirken.

11. Juni.

Heute mit Gelzer ein langes Gespräch über verschiedene hiesige Persönlichkeiten und Dinge. Er hat mit dem Kaiser gesprochen und dort viel Anklang für die Idee gefunden, daß das Verhältnis zwischen Kirche und Staat Reichssache werden müsse. Ministerkonferenzen über ein neues deutsches Konkordat. Bedenken, ob Bismarck dem zustimmen werde. Einfluß der Jesuiten auf Bismarck (Frage, ob nicht Bismarcks persönliche ehrgeizige Pläne in betreff des Elsaß der verwundbare Punkt seien, die Achillesferse, an der die Jesuiten Bismarck gepackt haben könnten). Was die Kaiserin betrifft, so scheint der Einfluß der Jesuiten auf dieselbe sehr bedeutend zu sein. Die Partei strengt sich ungeheuer an, um hier Einfluß zu gewinnen, und scheut Versprechungen und Drohungen nicht.

12. Juni.

Heute Sitzung, dann um 5 Uhr Fraktionsdiner. Ich hatte Frankenberg eingeladen. Mir lag die Pflicht ob, das Präsidium der Fraktion leben zu lassen. Ich hielt eine längere Rede, in welcher ich erst Barth apostrophierte als den Mann, der stets für Freiheit und Recht gekämpft und stets das nationale Banner hochgehalten habe, ich hob dann seine Eigenschaften als Präsident hervor und ging dann über auf Bernuth, den Typus und das Vorbild des preussischen Juristen, und dann richtete ich an das dritte Mitglied, Roggenbach, das Wort, den Diplomaten im wahren und guten Sinne des Wortes, der in dem Labyrinth der diplomatischen Intrigen nie den Faden verliere, der ihn wieder herausführe, und der es dadurch möglich gemacht habe, ein ehrlicher, ehrenhafter Mann zu bleiben und doch ein guter Diplomat zu sein. Die Rede gelang mir sehr gut und machte den besten Eindruck.

Bernuth antwortete mir in gehobener Stimmung, indem er mir alles mögliche Lob sagte und hervorhob, daß ich eigentlich gesät hätte, wo die nationale Partei ernte. Es folgten dann Toaste auf Toaste, bis schließlich beim Kaffee ein Herr aus Murnau eine poetische Rede hielt, in welcher er von den „grotesken Bergen“ seiner Heimat sprach.

14. Juni.

Gestern erste Beratung über das Dotationsgesetz. Es wurde beschlossen, erst eine Vorberatung in einer geheimen Kommission vorausgehen zu lassen. Die Kommission wurde gleich nach der Sitzung gewählt. Ich

war von unsrer Fraktion vorgeschlagen mit Marquard Barth. Die Kommission konstituierte sich sofort, und ich wurde zum Vorsitzenden gewählt. Ich schickte dann gleich ein Schreiben an Bismarck, um ihn für abends 7 Uhr zu einer Sitzung einzuladen.

Um 7 Uhr war ich wieder im Reichstag, um pünktlich auf meinem Posten zu erscheinen. Wir warteten bis  $1\frac{1}{2}$  8 Uhr, da Bismarck erst beim Kaiser gewesen war. Nachdem ich die Sitzung mit der Bemerkung eröffnet hatte, daß man sich am Vormittag dahin entschieden habe, keinen Referenten zu ernennen, entstand eine Pause. Man wartete gegenseitig, worauf Bismarck die Stille unterbrach und sich bereit erklärte, Auskunft zu erteilen, wenn man ihn frage. Zunächst nahm nun Hennig das Wort und verlangte Auskunft, wer Dotationen erhalten solle, darauf aufmerksam machend, daß auch Delbrück nicht ausgeschlossen werden solle. Dann kam Schulze-Delitzsch, der sich im allgemeinen gegen Dotationen aussprach. Bismarck sagte nun, daß man über die Namen noch nichts sagen könne. Es sei noch zweifelhaft, ob Prinz Friedrich Karl und der Kronprinz von Sachsen Dotationen bekommen sollten. Vom Kronprinzen von Preußen sei keine Rede; er, Bismarck, sei auch nicht dabei beteiligt, da der König ihm die Grundlage zu seinem Fürstentitel in anderer Weise geben würde. Wegen des Kronprinzen von Sachsen und wegen der bayrischen Generale müsse man erst bei den betreffenden Souveränen anfragen. Man werde nicht unter die kommandierenden Generale heruntergehen, und vielleicht nur bezüglich einzelner Chefs der Generalstäbe eine Ausnahme machen. Es würden etwa ein Duzend Generale werden.

von Lenthe sprach dann heftig gegen jede Dotation. Die Generale könnten sich mit ihrem Ruhm genügen lassen. Bismarck antwortete ihm, hob dabei besonders hervor, daß man ja im Jahre 1815 auch Dotationen gegeben habe, wo das Land ausgezogen gewesen sei. Jetzt habe man Geld genug, und es komme auf ein paar Millionen nicht an.

Kiefer sprach gegen die Verallgemeinerung der Dotationen, im ganzen aber für die Vorlage. Reichensperger dafür, will aber die Prinzen ausgeschlossen wissen.

Graemer ist für Bewilligung von vier Millionen, will aber selbst dagegenstimmen.

Franckenberg und Friedenthal sprechen gegen die Aufnahme der Namen in das Gesetz.

Bennigsen will eigentlich weniger bewilligen; stellt aber kein Amendement. Schulze sagt, die Vorlage sei noch nicht reif.

Bismarck sagt, bewillige man nur drei Millionen, so würden die Prinzen unberücksichtigt bleiben. Mir ins Ohr sagte er dann, es sei ihm lieber, wenn die Prinzen nichts bekämen. Ich konnte aber doch nicht

dagegenstimmen, weil ich, wie Barth dann ausführte, der Meinung war, man solle nicht markten.

Schließlich wurde ein Amendement angenommen, damit auch Delbrück mit berücksichtigt werden könnte.

Wir trennten uns nach 11 Uhr und gingen dann noch in die Weinhandlung von Rubin, wo bis  $\frac{1}{2}$  1 Uhr „gefneipt“ wurde. Am darauffolgenden Tag, d. h. dem 14., war die zweite Beratung. Das Gesetz wurde bei namentlicher Abstimmung angenommen. Bennigsen's Referat war meisterhaft.

Am 15., Donnerstag, letzte Sitzung des Reichstags und Schluß im königlichen Schlosse. Morgen Einzug der Truppen.

Der Einzug,<sup>1)</sup> den ich von der Tribüne des Reichstags mit ansah, war der Glanzpunkt der Festtage. Ich konnte das Gefühl nicht ausdrücken, zu bedauern, daß es mir nicht vergönnt war, an den kriegerischen Ereignissen wenigstens als Zuschauer teilgenommen zu haben. Der Jubel war ungeheuer. Besonders wurden Moltke, der eben vom Kaiser den Marschallstab erhalten hatte, und Bismarck begrüßt. Der Vorbeimarsch vor dem Kaiser fand vor der Tribüne statt, auf der wir saßen. Man hatte den Reichstag, das diplomatische Korps und den Bundesrat auf die beiden Tribünen zwischen Palais und Opernhaus und zwischen Opernhaus und Kronprinzlichem Palais untergebracht. Das Wetter war prachtvoll, nur die Hitze sehr stark. Prinz Albrecht erlitt einen kleinen Schlaganfall und wurde weggebracht. Als die Bayern mit den übrigen deputierten Soldaten vorbeifamen, wurde mein Nachbar, Herr von Beer, so gerührt, daß er mir dafür dankte, daß ich das zuwege gebracht. Um  $3\frac{1}{2}$  Uhr war alles vorüber, dann Enthüllung des Denkmals Friedrich Wilhelms III. Dann Diner bei Viktor. Abends Illumination. Ich ging bis zum Rathaus. Das Museum sehr schön. Die Bilder von Schinkel waren mit bengalischen Flammen erleuchtet.

Sonnabend den 17. war das große Diner im Schloß. Abends Festtheater bei einer Hitze von  $36^{\circ}$  Reaumur. Allgemeines Zerfließen. Der Text der Festspiele war höchst unbedeutend. Bennigsen, mit dem ich darüber sprach, verwies auf Goethe, der ja auch nur sehr elende Gelegenheitsgedichte gemacht habe, worauf ich ihm erwiderte, daß er aber auch solche Gelegenheiten nicht gehabt habe. Leider fehlt uns aber ein Goethe, um diese Zeit zu besingen. Sonntag Konzert bei Hof. Abermals Hitze. Cercle. Die Musik sehr gut gewählt. Unzahl von Souveränen, Prinzen, Generalen u. s. w.

---

<sup>1)</sup> Am 16. Juni.

Den Montag Abend ging ich zu Bismarck. Ich saß lange im Salon mit den Damen, ehe er kam. Um 11 Uhr erschien er und kam sogleich auf mich zu, um mich zu bitten, mit ihm in sein Kabinett zu gehen und den Brief anzuhören, den er an Frankenberg <sup>1)</sup> geschrieben hatte. Er ließ den Brief holen (der ja auch in den Zeitungen veröffentlicht werden wird) und fragte mich, ob ich damit zufrieden sei und ob es nicht zu stark wäre. Ich sagte, ich hätte nichts dagegen zu erinnern, die Klerikalen würden dadurch freilich nicht angenehm berührt sein. Darauf erwiderte Bismarck: „Ich will ihnen auch nichts Angenehmes sagen,“ und sagte dann noch, daß die Allianz der Klerikalen mit den Demokraten wie Schröder-Lippstadt seinen ganz besonderen Unwillen erregt, „dem Fuß den Boden ausgeschlagen hätte“. Er werde jetzt gegen sie aggressiver vorgehen und namentlich im Kultusministerium die Clique Kräzsig austreiben. Nach einigen Besprechungen über Bray, <sup>2)</sup> den er zwar gernhat, aber nicht im Bundesrat brauchen kann, da er nur den gewöhnlichen Diplomatenjargon verstehe, aber kein Geschäftsmann sei, nachdem er über Perglas sich ungünstig geäußert, auf die Münchner Krise aber nicht weiter eingegangen war, sagte er: „Jetzt müssen wir aber in den Salon zurück, sonst glaubt Pfretschner (der da war), daß wir konspirieren.“ Um 12<sup>1/2</sup> Uhr empfahl sich alles.

Muffee, 13. Juli 1871.

Bei meiner Rückkehr nach München am 6. d. M. bemühte ich mich vor allem, mich über die Situation in Bayern zu orientieren. Es ergab sich nun folgendes: In einem Ministerrat wurden die Grundsätze besprochen, von welchen Fuß von nun an in der kirchlichen Frage ausgehen wollte. Hier zeigte sich nun Meinungsverschiedenheit zwischen Bray einerseits und den übrigen Ministern anderseits. Bray steht auf dem römischen Standpunkt, die andern Minister wollen den Uebergriffen der Geistlichkeit gegenüber eine mehr defensive, vielleicht sogar aggressive Stellung einnehmen. Ob wirklich von einer Kündigung des Konkordats die Rede war, weiß ich nicht. Hiernach muß sich jetzt der König entscheiden, ob er Bray behalten und die andern Minister entlassen will, oder ob er Bray entlassen will. Letzteres würde er tun, wenn er einen Ersatz für ihn hätte. Die Minister wissen, daß ich mit Schlör nicht zusammengehen kann und

---

<sup>1)</sup> In diesem Briefe stellte der Reichskanzler fest, daß Kardinal Antonelli die Haltung der Zentrumsfraktion im Reichstage mißbilligt habe. Der parlamentarische Einfluß der Fraktion wurde dahin charakterisiert, daß er „in derselben Richtung ins Gewicht falle wie die Tätigkeit derjenigen Elemente, welche die Herstellung des Deutschen Reichs prinzipiell anfechten und negieren“.

<sup>2)</sup> Der Minister des Aeußern in München, Graf Bray-Steinburg, forderte am 17. Juni seine Entlassung.

will, deshalb wissen sie nicht, was sie dem König raten sollen. In ihrer Verlegenheit, da sie Schlör behalten wollen, mit welchem einige von ihnen eng verbunden sind, sollen sie sogar an Stauffenberg gedacht und ihm vorgeschlagen haben, als Minister des Aeußern in ihre Mitte einzutreten. Ob Stauffenberg abgelehnt hat oder ob die ganze Geschichte nur ein Gerücht ist, kann ich nicht sagen. Bölderndorff meinte, Luz würde in diesen Tagen zu mir kommen und mit mir Unterhandlungen anknüpfen und mich zu bestimmen suchen, mit Schlör einzutreten. Der König soll, wie gesagt, noch nichts von mir wissen wollen. Ich glaube aber, daß, wenn Luz wollte, Eisehart den König für mich stimmen würde und daß er sich nur dahinter versteckt, der König wolle nicht. Huber, dem ich auf der Straße begegnete, schien Lust zu haben, selbst Kultusminister zu werden. Diese Anzahl von Ministerkandidaten ist sehr interessant. Ich beriet mich darüber mit Bölderndorff. Wir stimmten darin überein, daß ich mit Schlör nicht im Ministerium sein könne, daß aber Luz, Pfretschner und Brändl zu erhalten seien. Für das Ministerium des Innern wäre Pfeufer, für Justiz Bölderndorff zu nehmen. Das Handelsministerium wäre aufzuheben, ein Teil an das Finanzministerium, ein Teil an das Ministerium des Innern abzugeben und die Verkehrs- und Handelsangelegenheiten mit dem Ministerium des Aeußern zu vereinigen. Ergäben sich aber aus der Aufhebung des Handelsministeriums zu große Schwierigkeiten, so könnte auch Braun, der früher im Handelsministerium gearbeitet hat, die Leitung desselben übernehmen. Am Montag war ich wieder bei Bölderndorff. Er sagte, der König sei noch nicht zu bewegen, Bray die Entlassung zu geben. Nicht aus Neigung für Bray, sondern aus Bequemlichkeit und Furcht, einen Entschluß zu fassen. Eisehart ging am Montag (dem 10.) nach Hohenschwangau. Jedenfalls steht irgendeine Entscheidung in naher Aussicht. Holnstein soll, wie Werthern sagte, sich dahin geäußert haben, daß die Sache demnächst zur Entscheidung kommen werde. In dieser Woche und während der Einzugsfeierlichkeiten war übrigens nicht daran zu denken, daß Unterhandlungen mit mir begonnen werden würden; deshalb reiste ich am 11. Abends hierher.

München, 28. August 1871.

Heute Abend war Hegnenberg<sup>1)</sup> bei mir. Er hatte sich mittels eines Briefes angemeldet. Ich hätte den Besuch gern vermieden, aber es war nicht möglich. Er setzte mir die Gründe auseinander, warum er sich genötigt gesehen habe, anzunehmen, und behauptet, dies in meinem Interesse getan zu haben, da meine Zeit noch nicht gekommen sei und ich zu viele

<sup>1)</sup> Graf Hegnenberg-Dur war am 21. August zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen ernannt worden.

Schwierigkeiten gehabt haben würde. Rührende Fürsorge! Er steht finanziell schlecht und die Ministerbesoldung ist ihm erwünscht. Er sah dick und fett aus und von dem angeblichen Herzfehler<sup>1)</sup> schwieg er still. Dann sprach er von Bolderndorff; er wisse nicht, wie er mit ihm stehe. Bolderndorff habe um dreimonatlichen Urlaub gebeten, wolle also nichts mit ihm zu tun haben u. s. w. Aus allem ging hervor, daß er unter dem Einfluß von Luz steht. Ich riet ihm, Bolderndorff in dem Referat zu lassen, wo er sei, da ich wußte, daß er dies wünschte. Dann bat ich ihn, darauf hinzuwirken, daß der Reichstag nicht am 1. Oktober, sondern am 15. berufen werde. Dann kann ich länger in Aussen bleiben, und zum Landtag hierher gehe ich nicht.

Abends mit Philipp Ernst im Zirkus. Hier fand ich Holnstein, der mich eine Strecke begleitete und sehr verlegen und konfus sprach. Auch er ist, wie ich deutlich sah, unter dem Einfluß von Luz. Er behauptete auch, daß es nur in meinem Interesse sei, wenn ich jetzt nicht Minister würde, beklagte sich, daß die Presse darüber räsonniere, daß ich nicht gefragt worden sei, schob die Schuld auf Bolderndorff. Ich erwiderte, daß Bolderndorff und ich daran sehr unschuldig seien, und sagte ihm direkt, ich wisse, daß Luz gegen meinen Wiedereintritt ins Ministerium gewirkt habe, was Holnstein zugab. Dieser Einfluß von Luz ist überall zu sehen und ekelt mich so an, daß ich nichts mehr von der Sache wissen will. Ich werde nun abwarten, wie es mit meinem Rechenschaftsbericht wird. Dieser ist aber jetzt unumgänglich notwendig. Der Aerger über die ganze Wirtschaft in München hat für mich das Gute, daß er mir keine Ruhe läßt und mich zum Arbeiten antreibt. Es ist für die menschliche Natur besser, solchen aufrüttelnden Aerger mit sich herumzutragen, als sich in einer wohlwollenden Stimmung zu ergehen.

München, 11. September 1871.

Am Donnerstag dem 7. erhielt ich ein Telegramm von Assessor Thelemann aus Forchheim, der mir mitteilte, er habe die Versammlung der liberalen Wähler auf Sonntag den 11. angesetzt. Demzufolge reiste ich Sonnabend ab, ging mit Gustav bis Ansbach und von da nach Erlangen, wo ich nach vielfachen Verzögerungen um 10 Uhr ankam und in der „Glocke“ übernachtete. Während ich das gute Erlanger Bier trank und zu Abend aß, kam die Wirtin, um mir Gesellschaft zu leisten, und knüpfte ein Gespräch über die teuren Fleisch- und Brotpreise, über Arbeiterunruhen u. s. w. an. Dann kamen einige Erlanger Bürger von einem „Keller“, wo sie so viel Bier getrunken hatten, daß sie alle in heiterer Stimmung waren.

<sup>1)</sup> Siehe Bd. I S. 416.

Ich überließ diese ihrem Schicksal und legte mich zu Bett. Während Erlangen bei Tag so still ist wie ein Kirchhof, läuft alles singend und johlend während der Nacht umher, was mir meine Ruhe störte. Den andern Morgen besuchte ich Professor Marquardsen und Professor Sörgel. Letzterer zeigte mir die Merkwürdigkeiten, und beide fuhren dann um 1/2 2 Uhr nebst mehreren andern Notabilitäten der Fortschrittspartei mit nach Forchheim. Dort erwartete mich eine Deputation mit dem Bürgermeister und Bezirksamtman an der Spitze auf dem Bahnhof. Eine große Menschenmasse stand umher und staunte mich an. Nach verschiedenen Begrüßungen gingen wir zuerst in das naheliegende Hotel, wo Kaffee getrunken wurde. Um 3 Uhr wurde ich ins Rathaus gefahren, wo im Saal schon eine Menge Menschen warteten. Die Feier begann mit einer Rede des Bürgermeisters, der mir am Schluß seiner Rede das Wort zu meinem Bericht gab. Eine Art Rednerbühne mit rotem Tuch befand sich vorn am sogenannten Podium. Glücklicherweise hatte ich mich so gut vorbereitet, daß ich frei sprechen konnte. Ich hielt nun meinen Vortrag, der etwa eine Stunde dauerte. Nachdem ich geendet, sprach ein Dr. Schmidt und erklärte im Namen der Wähler ihre Zustimmung. Niemand nahm weiter das Wort. Der Bürgermeister brachte mir ein Hoch aus, worauf ich einige Worte erwiderte. Dann ging ich mit meiner Suite in eine Kirche, um dort die Merkwürdigkeiten, Bilder von Wohlgemuth u. s. w. anzusehen, und auch in die alte Kaiserwohnung. Die Stadt ist altertümlich und interessant. Um 5 1/2 Uhr fuhren wir auf den „Keller“, ein sehr hübsches Etablissement mit schönem Eichenwald und Fernsicht. Dort wurde Bier getrunken, dazu Blechmusik, Liedertafel, gegenseitige Hochs u. s. w. Abends 9 Uhr wieder im Gasthof und um 2 Uhr Abfahrt nach München.

Berlin, 20. Oktober 1871.

Ueber die Ankunft und die ersten Tage nichts Besonderes zu berichten. Große Liebenswürdigkeit von allen Seiten für mich. Dies zeigte sich bei der Konstituierung der Abteilungen, wo ich (in der dritten) zum Vorsitzenden gewählt wurde. Münster, der auch in der Abteilung war und Anspruch darauf zu haben glaubte, war etwas verstimmt. Alle Fraktionen waren vertreten, und alle wählten mich. Ebenfogut ging es bei der Wahl zum ersten Vizepräsidenten. Hier wurde ich gestern mit 193 von 213 Stimmen gewählt. Nach der Sitzung war ich beim Kaiser. Er war wie immer sehr liebenswürdig. Abends lange Beratung des Bureaus oder Vorstandes bei Simson über die Restaurationsfrage. Die verschiedenen Wirte wurden durchgenommen, noch kein Beschluß gefaßt. Später Fraktionsberatung, wo ich beauftragt wurde, in den nächsten Tagen einen Vortrag über Zivil-ehe zu halten. Das wird viel Arbeit machen.

Mittags Sitzung im Reichstag. Graf Culenburg, Präsident der Regierung in Wiesbaden, bat mich, mich zu beteiligen bei einer Versammlung zur Gründung eines Nationaldenkmals zu Ehren der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs, und zwar soll es auf dem Niederwald gemacht werden. Kosten 300000 Taler. Gelegenheit zu großen Festivitäten und Reden bei der Grundsteinlegung. Die Versammlung soll demnächst stattfinden, wo das Nähere festgestellt werden wird. Mit Wehrenpfennig über die Korruption der österreichischen Presse gesprochen. Es werde schwer sein, anständige Leute zu finden, die bereit wären, in die dortigen Journale zu schreiben.

22. Oktober.

Gestern abermals beim kaiserlichen Diner. Diesmal in meiner Eigenschaft als Vizepräsident. Um  $\frac{3}{4}$  5 Audienz des Präsidiums, Simson an der Spitze, und dann Diner. Ich rechts neben dem Kaiser, links Feldmarschall Herwarth von Bittenfeld. Wie der zum Feldmarschall kommt, ist mir unklar. Neben mir saß Kameke, der bei Spichern kommandiert und die Belagerung von Paris mit geführt hat. Ein recht durchtriebenes Gesicht eines militärischen Strebers. Freund von Konstantin (er war lange in Wien), hat auch Ähnlichkeit mit ihm. Einer, der es wohl noch zum Marschallstab bringen wird. Podbielski in Husarenuniform. Es ist sonderbar, wie die tüchtigsten Menschen Freude an Kindereien haben. Dieser berühmte General ist glücklich, sich in einer Husarenuniform zu präsentieren und hat sich deshalb seinen Vollbart abgeschnitten, um sich ein ungarisches Ansehen zu geben.

Die Konversation bei Tische bewegte sich in militärischen Erinnerungen. Es war der Jahrestag eines französischen Ausfalls. Der Kaiser erzählte mir davon. Sein schlesisches Grenadierregiment war den Tag zum Diner geladen, d. h. die Offiziere. Die Stunde war 4 Uhr. Da wurde um 1 Uhr alarmiert, das Regiment rückte ins Gefecht. Um 6 Uhr war alles vorbei, und als der Kaiser zurückkam, fragte ihn der Hofmarschall, wie es mit dem Diner sei. Er antwortete: „Laden Sie die Offiziere also auf morgen,“ da kam der Adjutant des Regiments, meldete, daß das Regiment gleich einrücken werde, und so bestimmte der Kaiser, daß sie so, wie sie seien, zum Diner kommen sollten. Das geschah, und bald darauf saß alles bei Tisch. „Eben erst im Gefecht und dann in den wahrhaft prachtvollen Sälen“, welche damals der Kaiser bewohnte.

Berlin, 25. Oktober 1871.

Gestern Abend war die Fraktionsitzung, in welcher ich den Vortrag über Zivilehe zu halten hatte. Ich tat dies in ziemlich ungefährlicher Weise, sprach zuerst von der Veranlassung des Vortrags, von dem Wunsch

der norddeutschen Fortschrittspartei, unsre Ansicht zu kennen, von den Ursachen, welche zu dem Wunsch nach Zivilehe geführt hätten, von der historischen Entwicklung der Formen der Eheschließung, von den Bedenken, welche der Zivilehe entgegenstünden, und schloß mit der Erörterung der Kompetenzfrage. Daran knüpfte sich eine längere Debatte, die bis 10 Uhr dauerte, und dann unterbrochen wurde. Die Sachsen waren gegen die Zivilehe, die Bayern und auch die Preußen dafür. Man kam aber schließlich darin überein, daß man vorsichtig vorgehen müsse. Die Diskussion wurde auf heute vertagt.

Als ich heute in die Fraktionsitzung ging, begegnete mir Lasfer, der mir seine Bedenken gegen den Antrag mitteilte. Er ist mit mir darin einverstanden, daß es besser wäre, wenn die einzelnen Staaten erst versuchten, die Zivilehe einzuführen. Gelänge ihnen das wegen des Widerstandes im Lande nicht, so könnte dann immer der Reichstag eintreten. Jetzt sei es noch zu früh, das Odium auf uns zu nehmen. Bismarck sei nicht gerade dagegen, aber auch nicht dafür. Lasfer war der Meinung, man solle die Sache beruhen lassen, schon der Gefahr wegen, daß die Klerikalen infolge dieses Antrags in eine Allianz mit den Konservativen kommen könnten. In der Fraktion wurde wieder viel leeres Stroh gedroschen. Schließlich wurden Bernuth, Roggenbach und ich beauftragt, uns mit den andern Fraktionen über die Sache ins Benehmen zu setzen. Mir scheint es überflüssig, daß der Reichstag dem bayrischen Ministerium die Kastanien aus dem Feuer hole.

Berlin, 29. Oktober 1871.

Die Angelegenheit bezüglich der Zivilehe ist in ein neues Stadium getreten. Die Bedenken gegen die Opportunität des Antrags haben die Oberhand gewonnen, und man hat den Antrag totgemacht, indem man einen Antrag auf Ausdehnung der Kompetenz des Reichstags auf das ganze Zivilrecht einbringen will. Hörmann und Fischer waren dagegen und wollten erst hören, was das Ministerium in München dazu sagte. Während ich auf der Jagd war, kamen Roggenbach und Fischer in der Fraktion aneinander, und ersterer wollte schon die ganze Fraktion sprengen und zeigte sich in dieser Sache als ein etwas aufgeregter Politiker, beruhigte sich aber wieder. Nach und nach sahen alle Fraktionsmitglieder ein, es sei besser, sich dem obigen Antrag anzuschließen, welcher von den Nationalliberalen eingebracht, von den Freikonservativen und der Fortschrittspartei unterstützt und auch vielleicht von den Konservativen unterzeichnet werden wird. Ich wurde als Antragsteller mitaufgeführt.

Gestern Abend war Soiree der Abgeordneten bei Bismarck. Die Fürstin war krank, nur die Tochter und Frau von Spitzemberg bildeten die Damenwelt. Als ich bei den beiden Damen saß, kam auch Bismarck.

Wir sprachen von den Ultramontanen, und er zitierte eine Anekdote von einem Schulmeister, der einem Jungen, der schon vor der Schule weinte, sagte: „Junge, wenn du jetzt schon heulst, wie wirst du erst heulen, wenn ich dich haue.“ So machten es die Ultramontanen mit ihm, der ihnen ja noch gar nichts zuleid getan hätte.

4. November.

Gestern war eines der üblichen Diners, welche Delbrück den Reichstagsabgeordneten zu geben pflegt. Ich saß zwischen Camphausen und dem alten Frankenberg. Gegenüber neben Delbrück Bismarck und Simson. Das Diner dauerte sehr lange, wie es bei Gasthofsdiners der Fall zu sein pflegt. Nach dem Essen tranken wir Kaffee in den verschiedenen Salons, die an den Speisesaal anstoßen, und mich führte der Zufall mit Bismarck in einen kleinen Salon, in welchem sich ein Kreis von Zuhörern um ihn sammelte. Bismarck wurde nun durch verschiedene Fragen der Anwesenden angeregt, uns aus den letzten Jahren zu erzählen. Zuerst sprach er von seinem Aufenthalt in Frankfurt, gab u. a. eine sehr komische Schilderung von den Mitteln, mit welchen die österreichische Regierung die Bundestagsgesandten von sich abhängig machte. Ihm selbst hätten sie eine Rente von 30000 Talern angeboten. Viele Bundestagsgesandten hätten Söhne in der österreichischen Armee gehabt. Habe nun so ein Gesandter oder kleinstaatlicher Minister sich den Wünschen der österreichischen Regierung entsprechend aufgeführt, so hätte man seine Söhne avanciert, wenn er einmal anders gestimmt hätte, so seien diese Söhne sofort in ein entferntes Land versetzt worden, wo sie, von Flöhen und Wanzen gepeinigt, Hilferufe an ihre Väter gerichtet hätten. Die Geschichte mit den Zigarren erzählte er auch ausführlich. Thun habe in den Ausschusssitzungen immer allein geraucht. Das sei ihm aufgefallen, und eines Tags hätte er Thun um eine Zigarre gebeten und von nun an auch mitgeraucht. Das sei so Jahr und Tag gegangen. Darauf hätte plötzlich auch Schrenck, dem es um das Rauchen nicht zu tun gewesen sei, ein Zigarrenetui mitgebracht und feierlich eine Zigarre angezündet. Nach einiger Zeit sei dann auch ein anderer Gesandter gekommen, habe eine ganz gelbe leichte Zigarre angezündet, während er vorher nie geraucht hatte, und habe sie dann bald wieder unter den Tisch fallen lassen, und schließlich hätte jeder Gesandte wenigstens durch einmaliges Rauchen Besitz von dem Recht ergriffen. Später kam Bismarck auf Benedetti zu sprechen. Er sagte, er habe noch ganze Kisten mit Aktenstücken, die er noch gar nicht alle durchgelesen hätte, in welchen sich die merkwürdigsten Dinge fänden. Es sind die Kisten, die im Landhaus von Rouher gefunden wurden. Darin fänden sich sehr kompromittierende Korrespondenzen. Ueber sein Verhalten gegenüber von Benedetti erzählte er folgendes: Schon im Sommer 1866 hätte Benedetti angeklopft

wegen einer Kompensation. Er habe sich zwar nie getraut, Abtretungen in Deutschland zu verlangen, aber von Belgien gesprochen. Dann hätte die Sache geruht bis Anfang 67. Bismarck sagte: „Ich hätte ja Benedetti gleich die Treppe hinunterwerfen können, die Folge wäre aber der Krieg gewesen, und den wollte ich vermeiden, da ich immer hoffte, er könne ganz vermieden werden. Zudem wären wir mit jedem Jahr stärker geworden. So ließ ich ihn sprechen und glauben, ich sei der schlechte Kerl, der sein Land zu verraten fähig sei. Als er es nicht mehr glaubte, brach sofort der Krieg aus.“ Als Grammont zum Minister ernannt wurde, sagte Bismarck zu Benedetti, das deute darauf hin, daß der Kaiser auf irgend etwas Schlechtes sinne, sonst würde er keinen so dummen Menschen zum Minister gemacht haben. Benedetti behauptete, der Kaiser kenne Grammont zu wenig, worauf ihm Bismarck bemerkte, daß der Kaiser Napoleon ihm gegenüber Grammont „un ancien bellâtre“ genannt habe.

So wurde fortgezählt bis 10 Uhr.

Vom alten Frankenberg habe ich auch gehört, daß Bismarck anfangs des Sommers an seinen Rücktritt gedacht habe. Er war damals sehr verstimmt und wurde es noch mehr durch eine Differenz mit Stillsfried, der ihm keinen wirklichen Fürstenhut auf sein Wappen setzen wollte. Das ist dann durch Frankenberg beigelegt worden.

Bismarck erzählte auch, er habe schon im Jahre 1852 einmal in Wien gesagt, er möchte in zehn Jahren Minister werden, dann zehn Jahre Minister bleiben und dann noch weitere zehn Jahre sich ausruhen und über das Erlebte nachdenken. Dies sei eingetroffen, denn 1862 sei er Minister geworden, und nächstes Jahr wäre die Zeit gekommen, wo er aufhören könne. Darauf allgemeine Protestation der Anwesenden.

### An den Grafen Hegenberg.

Berlin, 30. Oktober 1871.<sup>1)</sup>

Eurer Excellenz geehrtes Schreiben vom 24. d. M. enthält einen dreifachen Auftrag, erstens die Stimmung des Reichstags über den in der mitgeteilten Novelle enthaltenen Gegenstand zu erforschen, dann die Ansicht

<sup>1)</sup> Graf Hegenberg hatte dem Fürsten durch Schreiben vom 24. Oktober 1871 den Entwurf einer Novelle zum Strafgesetzbuch (Kanzelparagraph) mitgeteilt, welcher veranlaßt war durch die „maßlose Agitation, welche die Regierung von seiten des Klerus, und zwar vor allem durch die Kanzelvorträge desselben, zu beklagen hatte“. Er bat den Fürsten, festzustellen, ob dieser Entwurf auf eine Mehrheit im Reichstage und im Bundesrat rechnen könne, da die bayrische Regierung „viel lieber auf den ganzen Entwurf verzichten als ihn der Möglichkeit des Scheiterns aussetzen wollte“. Graf Hegenberg wünschte, daß der Antrag durch eine dem politischen Standpunkte des Fürsten nahestehende Persönlichkeit eingebracht würde.

des Bundesrats zu sondieren, und endlich eine meinem politischen Standpunkte nahestehende Persönlichkeit im Bundesrat in Vorschlag zu bringen, welche mit der Einbringung des Antrags beauftragt werden könnte. Was den Reichstag betrifft, so glaube ich nicht irre zu gehen, wenn ich dessen Zustimmung voraussetze. Schwieriger war es für mich, die beiden andern Aufträge auszuführen, da ich mit den Persönlichkeiten des Bundesrats wenig bekannt bin. Ich entschloß mich also kurz und trug dem Fürsten Bismarck die Sache vor, da ich annahm, daß seine Ansicht stets die maßgebende im Bundesrat ist, um so mehr, wenn er sich mit der bayrischen Regierung im Einklang befindet. Fürst Bismarck nahm die Sache sehr entgegenkommend auf und bemerkte, es werde der Haltung der Ultramontanen gegenüber mehr und mehr nötig, ernste Stellung zu nehmen und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche schärfer abzugrenzen. Der fragliche Antrag schiene ihm ganz passend und werde von seiner Seite unterstützt werden. Im Tenor des Artikels hat der Fürst nur das auszusagen, daß Geldstrafen gedroht werden, die sich für solche Vergehen nicht eigneten. Uebrigens nahm er den Entwurf zu sich, um die Motive näher zu prüfen. Was die Behandlung der Sache betrifft, so meinte Fürst Bismarck, es sei nicht tunlich, den Antrag durch ein andres Mitglied des Bundesrats als den bayrischen Bevollmächtigten einbringen zu lassen. Wolle man dies nicht, so bliebe noch ein andrer Weg, nämlich der, den Antrag durch einen der bayrischen Reichstagsabgeordneten in Vorschlag bringen zu lassen. Dazu würde sich wohl jemand finden. Jedenfalls werde der Antrag, von wem immer ausgehend, im Bundesrat günstig aufgenommen werden. „Alle werden damit einverstanden sein,“ sagte der Fürst, „vielleicht mit Ausnahme des Herrn von Berglas.“ Als Fürst Bismarck im Laufe des Gesprächs erwähnte, auch das Reichskanzleramt beabsichtige im nächsten Frühjahr Abänderungen im Strafgesetzbuch in Vorschlag zu bringen, fragte ich ihn, ob er meine, daß man auch diese Sache bis zum Frühjahr vertagen solle. Dies verneinte er aber.

Nach dieser Unterredung wandte ich mich an die alte parlamentarische Autorität Dr. Barth. Dieser erklärte mir, wenn es verlangt werde, würde sich schon eine Anzahl Unterzeichner des Antrags finden, „vorausgesetzt, daß man sicher sei, im Bundesrate nicht auf Widerspruch zu stoßen“. Hiernach stelle ich nun Gurer Excellenz anheim, mich entweder mit dem weiteren Auftrage zu beehren, einige Unterzeichner für den fraglichen Antrag im Reichstage ausfindig zu machen oder dem Räte des Fürsten Bismarck zu folgen und die Sache direkt in Vorlage bringen zu lassen. Widerspruch werden Sie weder auf dem einen noch dem andern Wege bei Fürst Bismarck oder im Bundesrate finden.

Ich muß schließlich noch eine Bemerkung des Fürsten Bismarck

erwähnen. Er meinte, es sei gut, das Publikum durch solche Anträge, wenn sie von der Regierung ausgingen, nicht zu überraschen, sondern durch die Presse vorbereiten zu lassen. Ob der Rat befolgt werden kann, hängt von dem Entschluß ab, den Eure Excellenz fassen werden. Denn es scheint mir, daß dieser Rat nur auf die Eventualität Bezug hat, daß der Antrag von seiten des Bundesrats eingebracht wird.

Ich weiß nicht, ob ich den Intentionen Eurer Excellenz entsprechend gehandelt habe. Jedenfalls scheint mir, daß in der Sache nichts verdorben ist.

Weiteren gütigen Mitteilungen entgegensehend, habe ich die Ehre zu sein u. s. w.

### Journal.

Berlin, 30. November 1871.

Ungefähr Mitte des Monats wurde in den Fraktionen die Frage zuerst besprochen, ob man auf den Gedanken der bayrischen Regierung eingehen und einen Gesetzentwurf vorschlagen wolle, um den politischen Predigten der katholischen Geistlichen entgegenzutreten. Ich gab die Sache, da ich selbst nichts damit zu tun haben wollte, an Barth, der sie verbreitete. Nun wurde eine Versammlung von Delegierten verschiedener Fraktionen veranstaltet, die mich zum Vorsitzenden wählte. Hier erörterte Fischer zunächst die Sache. Löwe sprach sich dagegen aus, erklärte aber, wenn alle dafür wären, würde er sich auch nicht ausschließen. Er erkennt die politische Bedeutung der Sache an, es widerstrebt ihm und der Fortschrittspartei aber, gerade in dieser Weise die ultramontane Frage zur Sprache zu bringen.

Bennigsen hielt es für nötig, einen Schritt zu tun, um die Ultramontanen aus ihrer defensiven Stellung herauszubringen. Eine andre Gelegenheit lasse sich jetzt nicht mehr finden. Die Rücksicht auf den Süden sei ebenfalls maßgebend.

Miquel glaubt, ein Schlag gegen die Ultramontanen sei nötig, aber er dürfe nicht geschehen, wenn nicht alle liberalen Parteien darüber einig seien. Unter diesen Voraussetzungen sage er ja. Die Bayern kämen mit einer Bitte um Schutz. Das müsse das Reich ergreifen und sie nicht abweisen.

Bamberger verspricht sich keinen großen Erfolg davon, wenn aber die Bayern es für nötig hielten, so sei er nicht dagegen.

Hörmann hätte auch lieber einen andern Weg gewünscht; doch werde eine Rundgebung des Reichstags die liberalen Parteien in Bayern stärken.

Fordtenbeck sagt, der Kampf mit den Jesuiten sei eine Machtfrage. Seit 1870 sei er nicht ohne Glück geführt. Die ultramontane Partei

habe ihre letzten Mittel verwendet, sie sei beim Bannstrahl angekommen. Auch in Norddeutschland entspinne sich der gleiche Kampf. Forckenbeck meint, daß die Liberalen Fortschritte machten und die Ultramontanen an Einfluß verlören (eine etwas optimistische Ansicht!). Es sei ihm nahegelegt worden, ein Gesetz in Vorschlag zu bringen, das den Besitz der Gemeinden am Kirchenvermögen regele; doch habe er die Sache als undurchführbar aufgegeben. Es bleibe nichts andres übrig als der vorliegende oder vorzulegende Gesetzentwurf. Doch müßten alle liberalen Parteien einig sein und die Presse es verteidigen.

Zedlitz erklärt sich im Namen der Freikonservativen dafür.

Kraußhold hat Bedenken, daß die Polizei in die Kirche getragen werden solle.

Bennigsen dafür. Er rät, daß die liberale Reichspartei den Antrag aufstellen und dann den andern Fraktionen mitteilen solle.

Das geschah nun den andern Tag. Doch fanden sich so viele redaktionelle Bedenken, auch fielen wieder so viele ab, daß sich Luz entschloß, den Antrag selbst in den Bundesrat und dann an den Reichstag zu bringen.<sup>1)</sup>

Am 10. November Nachmittags beim Kronprinzen, der mich fragte, ob ich glaube, daß das Reich sich konsolidiere. Die Abneigung des Kaisers, den preußischen König und das Preußentum aufzugeben, die diese Abneigung fördernden Bemühungen des märkischen Adels flößen ihm Bedenken ein.

Am 11. hatte ich ein Diner bei Bunsen, dem ein Herr Childers, früherer Marineminister, bewohnte. Ich ging mit Lascker, der auch dabei war, nach Hause. Lascker, der etwas vom Diner erregt war, sprach über die süddeutschen Minister mit unverhehlter Mißachtung. Namentlich Mittnacht hat seinen ganzen Hohn erregt. Das Resümee des Gesprächs war eigentlich, daß diese Minister ihre Monarchen verrieten und daß man hier davon profitiere. Abends Soiree bei Redern.

Den 22. November war die Sitzung über den Geschäftsordnungsantrag, wobei ich präsiidierte. Der Antrag Windthorst's<sup>2)</sup> schien so harmlos, daß ich bei der Abstimmung die Sache vielleicht zu leicht nahm.

1) Der Bundesrat nahm den Antrag am 19. November an. Die Beratung im Reichstage begann am 23. November und wurde durch eine Rede des bayrischen Ministers Luz eingeleitet.

2) In der Sitzung vom 8. November 1871 hatte der Präsident mit Ermächtigung des Hauses dem Abgeordneten Bebel das Wort entzogen. In der Sitzung vom 9. November griff Bebel diese Entscheidung des Hauses als der Geschäftsordnung widersprechend an, weil nach § 43 der Geschäftsordnung nur nach zweimaligem Rufe „zur Ordnung“ die Entziehung des Wortes zulässig sei. Der Präsident erwiderte, daß er zwar nicht zweimal die Worte: „Ich rufe Sie zur

Hätte ich die Fragen anders gestellt, mehr Nachdruck darauf gelegt, überhaupt die Versammlung auf die Tragweite des Windthorst'schen Antrags aufmerksam gemacht, so würde er nicht angenommen worden sein. Ich und viele andre gingen in die Falle, die Windthorst gestellt hatte, um Unheil anzurichten. Simson, dem ich nachher zuredete, den Antrag nicht zu ernst zu nehmen, sagte, er wolle sich die Sache überlegen. Den 23. aber kam er nicht in die Sitzung. Ich präsidirte, und während der Sitzung kam der Brief, in welchem er sein Präsidium niederlegte. Ich übergab Weber das Präsidium und ging hinunter, um mich zu beraten mit den Chefs der Fraktionen. Wir kamen überein, daß ich die Wahl des Präsidenten für denselben Abend ansetzen solle. Das wurde nun zum Erstaunen des Hauses angekündigt.

Um 7 Uhr war Versammlung der Kommissarien der Gruppe III, in der ich den Vorsitz führte. Roon war da. Bethusy brachte mit einer wahnsinnig schwungvollen Rede den Antrag auf Verlängerung des Pauschquantums aus auf drei Jahre. Roon erst dagegen,<sup>1)</sup> erklärte endlich, den Antrag als Gesetz selbst bringen zu wollen.

Um 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> gingen wir in den Sitzungssaal, wo Weber unterdessen die Sitzung eröffnet hatte, um die Wahl Simsons vorzunehmen. Viele Herren, welche eilig diniert hatten, waren in heiterer Stimmung. Webers schwäbischer Akzent wurde verspottet, es wurde ihm schwer, Ordnung zu

---

Ordnung!“ gebraucht, aber den Abgeordneten zweimal auf die in seinen Worten enthaltene Verletzung der Ordnung aufmerksam gemacht habe und zum Gebrauche jener Formel nicht verpflichtet zu sein glaube. Die Entscheidung dieser Frage wurde der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Die Geschäftsordnungskommission sprach sich im Sinne des Präsidenten aus. Ihr Bericht kam in der Sitzung vom 22. November zur Verhandlung. In dieser Sitzung stellte Windthorst, ohne der Geschäftsordnungskommission, soweit es sich um ihre Auslegung des § 43 handelte, zu widersprechen, den Antrag, die Frage an dieselbe Kommission zurückzuverweisen mit dem Auftrage, Vorschläge zu machen, um das Verfahren, welches der Entziehung des Wortes vorhergehen muß, schärfer und bestimmter zu regeln. Fürst Hohenlohe erklärte nun, er werde zuerst den Antrag Windthorst zur Abstimmung bringen; werde dieser angenommen, so würde damit der Antrag der Geschäftsordnungskommission als erledigt zu betrachten sein. Trotz des Widerspruchs der Abgeordneten Schwarze und Lasker, welche ausführten, daß mit der Annahme des die Zukunft betreffenden Antrags Windthorst die Beantwortung der von dem Präsidenten gestellten Frage betreffend den Vorgang am 8. November, auf welche dieser einen Anspruch habe, nicht gegeben sei, wurde die von dem Fürsten vorgeschlagene Fragestellung beschlossen und der Antrag Windthorst demnächst angenommen.

<sup>1)</sup> Die Regierung hatte ihre militärischen Forderungen anfangs auf das nächste Etatsjahr beschränkt, aber deren Erhöhung in den kommenden Jahren voraussehen lassen. Am 25. beschloß der Bundesrat, sich den Vorschlag des Pauschquantums von 225 Talern für drei Jahre anzueignen.

habe ihre letzten Mittel verwendet, sie sei beim Bannstrahl angekommen. Auch in Norddeutschland entspinne sich der gleiche Kampf. Forckenbeck meint, daß die Liberalen Fortschritte machten und die Ultramontanen an Einfluß verlören (eine etwas optimistische Ansicht!). Es sei ihm nahegelegt worden, ein Gesetz in Vorschlag zu bringen, das den Besitz der Gemeinden am Kirchenvermögen regele; doch habe er die Sache als undurchführbar aufgegeben. Es bleibe nichts anderes übrig als der vorliegende oder vorzulegende Gesetzentwurf. Doch müßten alle liberalen Parteien einig sein und die Presse es verteidigen.

Zedlitz erklärt sich im Namen der Freikonservativen dafür.

Kraußhold hat Bedenken, daß die Polizei in die Kirche getragen werden solle.

Bennigsen dafür. Er rät, daß die liberale Reichspartei den Antrag aufstellen und dann den andern Fraktionen mitteilen solle.

Das geschah nun den andern Tag. Doch fanden sich so viele redaktionelle Bedenken, auch fielen wieder so viele ab, daß sich Luz entschloß, den Antrag selbst in den Bundesrat und dann an den Reichstag zu bringen.<sup>1)</sup>

Am 10. November Nachmittags beim Kronprinzen, der mich fragte, ob ich glaube, daß das Reich sich konsolidiere. Die Abneigung des Kaisers, den preußischen König und das Preußentum aufzugeben, die diese Abneigung fördernden Bemühungen des märkischen Adels flößen ihm Bedenken ein.

Am 11. hatte ich ein Diner bei Bunsen, dem ein Herr Childers, früherer Marineminister, bewohnte. Ich ging mit Lasfer, der auch dabei war, nach Hause. Lasfer, der etwas vom Diner erregt war, sprach über die süddeutschen Minister mit unverhehlter Mißachtung. Namentlich Mittnacht hat seinen ganzen Hohn erregt. Das Resümee des Gesprächs war eigentlich, daß diese Minister ihre Monarchen verrieten und daß man hier davon profitiere. Abends Soiree bei Redern.

Den 22. November war die Sitzung über den Geschäftsordnungsantrag, wobei ich präsiidierte. Der Antrag Windthorst's<sup>2)</sup> schien so harmlos, daß ich bei der Abstimmung die Sache vielleicht zu leicht nahm.

1) Der Bundesrat nahm den Antrag am 19. November an. Die Beratung im Reichstage begann am 23. November und wurde durch eine Rede des bayrischen Ministers Luz eingeleitet.

2) In der Sitzung vom 8. November 1871 hatte der Präsident mit Ermächtigung des Hauses dem Abgeordneten Bebel das Wort entzogen. In der Sitzung vom 9. November griff Bebel diese Entscheidung des Hauses als der Geschäftsordnung widersprechend an, weil nach § 43 der Geschäftsordnung nur nach zweimaligem Rufe „zur Ordnung“ die Entziehung des Wortes zulässig sei. Der Präsident erwiderte, daß er zwar nicht zweimal die Worte: „Ich rufe Sie zur

Hätte ich die Fragen anders gestellt, mehr Nachdruck darauf gelegt, überhaupt die Versammlung auf die Tragweite des Windthorst'schen Antrags aufmerksam gemacht, so würde er nicht angenommen worden sein. Ich und viele andre gingen in die Falle, die Windthorst gestellt hatte, um Unheil anzurichten. Simson, dem ich nachher zuredete, den Antrag nicht zu ernst zu nehmen, sagte, er wolle sich die Sache überlegen. Den 23. aber kam er nicht in die Sitzung. Ich präsidirte, und während der Sitzung kam der Brief, in welchem er sein Präsidium niederlegte. Ich übergab Weber das Präsidium und ging hinunter, um mich zu beraten mit den Chefs der Fraktionen. Wir kamen überein, daß ich die Wahl des Präsidenten für denselben Abend ansetzen solle. Das wurde nun zum Erstaunen des Hauses angekündigt.

Um 7 Uhr war Versammlung der Kommissarien der Gruppe III, in der ich den Vorsitz führte. Roon war da. Bethusy brachte mit einer wahnsinnig schwungvollen Rede den Antrag auf Verlängerung des Pauschquantums aus auf drei Jahre. Roon erst dagegen,<sup>1)</sup> erklärte endlich, den Antrag als Gesetz selbst bringen zu wollen.

Um 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> gingen wir in den Sitzungssaal, wo Weber unterdessen die Sitzung eröffnet hatte, um die Wahl Simsons vorzunehmen. Viele Herren, welche eilig diniert hatten, waren in heiterer Stimmung. Webers schwäbischer Akzent wurde verspottet, es wurde ihm schwer, Ordnung zu

---

Ordnung!“ gebraucht, aber den Abgeordneten zweimal auf die in seinen Worten enthaltene Verletzung der Ordnung aufmerksam gemacht habe und zum Gebrauche jener Formel nicht verpflichtet zu sein glaube. Die Entscheidung dieser Frage wurde der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Die Geschäftsordnungskommission sprach sich im Sinne des Präsidenten aus. Ihr Bericht kam in der Sitzung vom 22. November zur Verhandlung. In dieser Sitzung stellte Windthorst, ohne der Geschäftsordnungskommission, soweit es sich um ihre Auslegung des § 43 handelte, zu widersprechen, den Antrag, die Frage an dieselbe Kommission zurückzuverweisen mit dem Auftrage, Vorschläge zu machen, um das Verfahren, welches der Entziehung des Wortes vorhergehen muß, schärfer und bestimmter zu regeln. Fürst Hohenlohe erklärte nun, er werde zuerst den Antrag Windthorst zur Abstimmung bringen; werde dieser angenommen, so würde damit der Antrag der Geschäftsordnungskommission als erledigt zu betrachten sein. Trotz des Widerspruchs der Abgeordneten Schwarze und Lasker, welche ausführten, daß mit der Annahme des die Zukunft betreffenden Antrags Windthorst die Beantwortung der von dem Präsidenten gestellten Frage betreffend den Vorgang am 8. November, auf welche dieser einen Anspruch habe, nicht gegeben sei, wurde die von dem Fürsten vorgeschlagene Fragestellung beschlossen und der Antrag Windthorst demnächst angenommen.

<sup>1)</sup> Die Regierung hatte ihre militärischen Forderungen anfangs auf das nächste Etatsjahr beschränkt, aber deren Erhöhung in den kommenden Jahren voraussehen lassen. Am 25. beschloß der Bundesrat, sich den Vorschlag des Pauschquantums von 225 Talern für drei Jahre anzueignen.

halten, und als er beim Reden sitzen blieb, schrien viele: „Aufstehen!“ „Wann wird denn der Kerl aufstehen?“ u. s. w., bis ihm die Schriftführer sagten, er sollte aufstehen.

Als die Wahl Simsons entschieden war, ging ich mit Weber zu ihm. Wir fanden ihn im Bett, es war 10 Uhr, und er erklärte sich zur Annahme bereit. Als ich ihn fragte, ob ich es der Versammlung mitteilen solle, sagte er, er würde es selber tun.

In den Fraktionen wurde an den folgenden Abenden viel über das Pauschquantum von drei Jahren diskutiert.

Am 27. Abends hatten wir die entscheidende Fraktionsitzung. Die Sachsen und einige Bayern waren dagegen.

Ich machte auf die allgemeine politische Situation aufmerksam, fragte, ob überhaupt jemand glauben könne, daß wir in den nächsten drei Jahren unter 225 Reichstaler heruntergehen könnten, ob man etwa das Milizsystem einführen wolle? Wenn das aber verneint würde, so sei die angebliche Ausübung „des konstitutionellen Rechts“ eine Illusion. Wir müßten Ordnung in den Militärsachen haben, eine starke Armee, und müßten dem Ausland beweisen, daß wir drei Jahre lang gewaffnet seien. Dazu profitierten wir, indem wir nicht genötigt seien, mehr zu bewilligen.

In den darauffolgenden Plenarsitzungen wurde noch das Gesetz über die Pfarrer und dann das Militärgesetz beraten. Ueber ersteres und insbesondere über das Auftreten von Luz waren die Ultramontanen empört. Auch andre schüttelten den Kopf. So sagte u. a. Münster, wenn die Bischöfe so sind, wie Luz sie schildert, so müßte man sie ja „alle totschießen“. Man folgert daraus, daß es unklug sei, das Uebel, mit welchem man ja doch fortleben müsse, so grell darzustellen. Die Diplomaten mißbilligen das Benehmen von Luz. Auch hiesige Minister haben mir in der gleichen Weise gesprochen. Schleinitz meinte sogar, Luz bereue jetzt, was er getan habe.

Am 28. Diner im Hotel de Rome mit der amerikanischen Kolonie. Bancroft hatte mich eingeladen. Ich saß zwischen ihm und seiner Frau. Er hielt Reden über Reden und hatte auch mich im Programm aufgezeichnet. Ich brachte den Toast auf die Vereinigten Staaten aus, der hier beiliegt. Bancroft war damit sehr zufrieden und will ihn nach Washington an Grant schicken.

Meine Herren! Wenn Sie durch die kleinen Städte und Märkte meiner Heimat und insbesondere des fränkischen Landes reisen, so werden Sie nicht leicht einen Ort finden, in welchem nicht einer oder mehrere Bewohner durch Beziehungen der Familie oder des Verkehrs mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika verknüpft wären.

Es kann auch nicht anders sein.

Lange Jahre der Zeit, die hinter uns liegt, und in welcher die Gesetzgebung die freie Entwicklung des gewerblichen Verkehrs gehemmt hat, waren die Vereinigten Staaten die Zuflucht von Tausenden fleißiger Arbeiter.

Lange Jahre politischen Ringens in Deutschland war Nordamerika die Zuflucht mancher ehrlicher Kämpfer für die Sache, die heute gesiegt hat. Lange Jahre hindurch hat Deutschland auf die riesenhafte Entwicklung des amerikanischen Freistaats geblickt und daraus Trost und Hoffnung geschöpft.

So haben sich geistige und materielle Bande geschlossen, beide gleich unzerreißbar. Jeder Pulsschlag des amerikanischen Lebens wird diesseits des Ozeans gefühlt.

Mit welcher Spannung sind wir den Phasen des großen Kampfes gefolgt, den im letzten Jahrzehnt die Union für ihre Einheit gekämpft hat. War es doch ein Kampf, in welchem auch für unsre Einheit gestritten wurde. Und auch unsre letzten großen Kämpfe haben sich der gleichen Teilnahme des Volkes der Vereinigten Staaten zu erfreuen gehabt. Wir haben davon die großartigsten und erhebendsten Beweise erhalten, und ich bin glücklich, heute berufen zu sein, den Dank Deutschlands auszusprechen.

So bringe ich denn dies Glas den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie waren in der Zeit unsrer Anfangsentwicklung für Deutschland eine Stütze. Sie waren in der Zeit unsrer großen Siege neidlose Freunde, sie werden, so darf ich wohl sagen, in der Zeit der friedlichen Entwicklung unsrer Größe treue Verbündete sein.

Die Vereinigten Staaten von Amerika leben hoch!

München, 5. März 1872.

Heute Diner bei dem preußischen Gesandten mit Döllinger, Reinkens und Werthern zu Ehren Harry Arnims, der hier durchreist nach Rom, um dort sein Abberufungsschreiben zu übergeben. Bei Tisch äußerte sich Reinkens in gewohnter offener Weise und bekämpfte die Notwendigkeit der Nunziaturen in Deutschland. Arnim hält sie für ungefährlich.

Nach Tische kam ich mit Arnim in ein längeres Gespräch. Er ist mit Tauffkirchen nicht zufrieden, den er nicht für geschickt genug hält. Von Rom sprach er mit vieler Sachkenntnis. Den gegenwärtigen Papst nennt er eine Monstrosität, wie sie noch gar nicht dagewesen. Ueber den Nachfolger, wenn Pius IX. einmal sterben sollte, ist man in Berlin noch nicht im klaren. Arnim hält einen deutschen Kardinal für geeignet. So viel steht aber fest, daß Bismarck den Kampf mit Rom aufnehmen und durchführen will. Er macht sich keine Illusionen über die Tragweite des Kampfes, aber er hat seinen Entschluß gefaßt. Arnim wird eine

„Kriegserklärung“ nach Rom bringen.<sup>1)</sup> Es scheint, daß die kompromittierenden Papiere, die man bei den Jesuiten in Posen gefunden hat, dem Faß den Boden ausgeschlagen haben.<sup>2)</sup> Es ist richtig, daß man auch Briefe von Windthorst an Rozmian gefunden hat, in welchen der erstere den Polen Verhaltensmaßregeln in der Schulfrage u. s. w. gegeben hat.

Berlin, 10. Mai 1872.

Gestern verbreitete sich das Gerücht, Bismarck sei wieder so unwohl, daß er auf ein halbes Jahr aufs Land gehen müßte. Nachdem ich ihn erst vor wenigen Tagen frisch und gesund gesehen hatte, kam mir dies sonderbar vor, und ich vermutete irgendeine Schulkrankheit. Dies ist auch der Fall. Bismarck hat mit dem Kaiser Schwierigkeiten. Seine gewalttätige, ungeduldige Natur erträgt den Druck, den der alte Herr auf ihn ausübt, nicht gern. In der kirchlichen Frage will Bismarck entschieden vorgehen, der Kaiser fürchtet aber den Kampf, oder besser gesagt, er will sich seine letzten Lebensjahre nicht durch einen Kampf verbittern lassen, der ihm wenig Ruhm zu bringen verspricht.

Gestern war ich mit Prinz Wilhelm von Baden, Hermann Langenburg, Benda, Kardorff, Simson und Lasfer bei Münster. Ich saß neben Lasfer. Das Gespräch kam auf schöne Literatur, und da hörte ich mit Interesse, daß Lasfer Heine nicht leiden kann. Er erzählte, er hätte einmal eine Wette gewonnen; als in einer Gesellschaft Heine gerühmt worden sei, habe er den Anhänger Heines aufgefordert, etwas von Heine vorzulesen, er werde dann das Schönste von Platen lesen, und die Gesellschaft solle entscheiden. Als nun nach der Vorlesung Heinescher Lieder er, Lasfer, die berühmtesten der Platenschen Balladen vorlas, hätte sich die Gesellschaft für ihn entschieden. „Heine machte dagegen den Eindruck eines Bänkelsängers.“ Henje stellt Lasfer, was die Schönheit des Stils betrifft, dem Boccaccio gleich.

Lasfer ist dadurch so bedeutend, daß er vollkommen bedürfnislos ist. Er braucht kein Geld, sucht keine Stelle, ist unzugänglich nach allen Seiten. Niemand kann ihm ankommen, und er verwendet sein Talent nur zur Befriedigung seines Ehrgeizes.

---

1) Der zum Botschafter in Paris ernannte Graf Arnim überreichte dem Papste sein Abberufungsschreiben am 21. März.

2) Wegen eines angeblichen Attentatsversuchs auf den Reichskanzler war am 23. Februar eine Hausdurchsuchung bei dem Prälaten Rozmian in Posen vorgenommen worden, bei welcher keine Beweise für das Attentat, aber Brieffschaften gefunden waren, die für die Beziehungen des Zentrums zu den Polen kompromittierend waren.

Die Jesuitenfrage beschäftigt, neben dem Kardinal, <sup>1)</sup> die Reichstagsmitglieder. Letzterer wird jetzt weniger besprochen, nachdem die Sache abgemacht ist und der Papst ihn nicht angenommen hat. Was die Jesuitenfrage betrifft, so gehen die Ansichten noch sehr auseinander. Schließlich wird wohl der Vorschlag Gneists in der Petitionskommission angenommen und beschlossen werden, die Bitte an die Reichsregierung zu stellen, die Gesetzgebung der süddeutschen Staaten auf das Reich zu übertragen. Eine milde Form der Vertreibung des Ordens. Niemand will recht „ziehen“. Die Notwendigkeit, den Jesuitenorden auszuweisen, ist noch nicht so ins Volk eingedrungen, als dies nötig wäre, wenn man ein einfaches Ausweisungsgesetz beschließen wollte. So scheint wenigstens die Meinung vieler zu sein. Ich selbst bin wenig dabei beteiligt. Gestern kam Lascker in der Sitzung zu mir und brachte mir den Antrag, die Kompetenz des Reichs auch auf das Zivilrecht, Prozeß- und Gerichtsorganisation auszuweiten. Er hatte schon dieselben Unterschriften wie vorigen Herbst und wollte, daß ich wieder als Antragsteller mitunterzeichnen möchte. Da aber der Antrag beim König wegen des Hereinziehens der Gerichtsorganisation großes Mißfallen erregt hatte, so sagte ich Lascker, daß ich nicht unterzeichnen könnte, wenn die Gerichtsorganisation mitbenannt wäre. Stauffenberg und Herz hatten schon unterschrieben. Bernuth war in großer Verlegenheit, er fürchtete sich vor Lascker. Auf meine offene Erklärung, daß ich nicht wolle, erklärte Lascker zu meinem größten Erstaunen, daß er suchen werde, den Antrag nach meinen Wünschen zu modifizieren. Es scheint, daß er großen Wert auf meine Unterschrift legt. <sup>2)</sup>

Die fremden Diplomaten räsonieren darüber, daß Bismarck die Ernennung des Kardinals ebruiert habe, ehe die Antwort von Rom da war. Sehr rücksichtsvoll für Gustav ist dies nicht, und es wird ihm schaden. Allein man konnte es voraussehen, daß er es so machen würde.

Bei Beratung des Statistiks für die Gesandtschaft bei dem päpstlichen Stuhle am 14. Mai 1872 hatte der Abgeordnete von Bennigsen

---

<sup>1)</sup> Am 25. April hatte der deutsche Geschäftsträger dem Kardinal-Staatssekretär vertraulich mitgeteilt, daß der Kaiser den Kardinal Prinzen Hohenlohe zum Botschafter ernannt habe und daß der Kardinal nach Rom kommen werde, um sich zu vergewissern, daß seine Ernennung dem Papste genehm sei, und in diesem Falle sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Auf Ersuchen des Geschäftsträgers vom 1. Mai um Antwort auf die Notifikation vom 25. April erfolgte am 2. Mai die Antwort des Kardinal-Staatssekretärs, daß der Papst den Kardinal Hohenlohe zur Annahme des Amtes nicht autorisieren könne.

<sup>2)</sup> Am 29. Mai erklärte Lascker, daß die Worte des früher schon zweimal angenommenen Antrags „einschließlich der Gerichtsorganisation“ weggelassen seien auf Wunsch mehrerer Mit Antragsteller, „die wir nicht entbehren wollten“.

die Zurückweisung des Kardinals, welchen die Reichsregierung zum Gesandten in Rom ernennen wollte, besprochen. Der Abgeordnete Windthorst hatte dabei den Kardinal angegriffen und ihm namentlich vorgeworfen, daß er am 22. September 1870, zwei Tage nach der Einnahme Roms durch die Italiener, nach Deutschland gereist sei und auch zurzeit noch ohne Auftrag des Papstes in Deutschland verweile.

Fürst Hohenlohe erwiderte darauf:

Der Herr Abgeordnete Windthorst hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß hier Fragen angeregt worden seien, ohne daß der Versammlung die Gelegenheit gegeben sei, sich aus Aktenstücken zu informieren. Wenn ich in dieser Beziehung mit dem Herrn Abgeordneten Windthorst einverstanden sein kann, so kann ich doch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß dieses Bedauern den Herrn Abgeordneten Windthorst nicht abgehalten hat, ohne Kenntniß der Aktenstücke, die hier in Betracht kommen, Kritik über einen Kirchenfürsten in einer Weise zu üben, die ich in Ermangelung eines parlamentarischen Ausdrucks nicht näher bezeichnen kann. Der Herr Abgeordnete Windthorst hat hervorgehoben, daß der Kardinal aus Rom zu einer Zeit abgereist sei, als der Heilige Vater bedroht war. Nun muß ich konstatieren, daß der Kardinal während der Belagerung Roms in Rom selbst war und erst nach der Einnahme von Rom abgereist ist. Der Herr Abgeordnete Windthorst hat ferner das Verbleiben des Kardinals in Deutschland einer Kritik unterworfen. Ich glaube ihn dazu nicht berechtigt und kann darauf nur antworten, daß ohne Zweifel dem Kardinal in Rom nicht diejenige Wirksamkeit im gegenwärtigen Augenblick zu Gebote gestanden hat, die seinen Fähigkeiten und seinen Wünschen entspricht.

In einer persönlichen Bemerkung gegen den Abgeordneten Reichensperger (Krefeld) bemerkte der Fürst, daß der Kardinal mit voller Zustimmung des Heiligen Vaters von Rom weggegangen und weggeblieben sei.

Berlin, 16. Mai 1872.

Gestern Beginn der Jesuitendebatte. Da die Fraktion mich dazu aufgefordert hatte, für sie zu sprechen, so tat ich es und meldete mich bei Simson. Ich hatte dazu um so mehr Veranlassung, als ich, dem Wunsche Kiefers entsprechend, mich bei dem Antrag Lamey-Kiefer als Antragsteller mitunterzeichnet hatte.<sup>1)</sup> Der Zudrang zu den Zuschauerräumen war ganz

<sup>1)</sup> Der Antrag ging dahin, die Regierungen zu veranlassen, „baldmöglichst einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen den Mitgliedern der Gesellschaft Jesu und den ihr verwandten Kongregationen die Errichtung von Niederlassungen sowie die Ausübung geistlicher Funktionen und der Lehrtätigkeit unter Androhung von Strafe verboten wird“.

ungeheuer. Es strömten die Leute von allen Seiten herbei. Zuerst sprach Moufang, dessen Rede ganz gut vor die meinige paßte. Wagner, der nachfolgte, nahm mir von meiner Rede manches weg, ich kümmerte mich aber nicht darum, sondern hielt meine Rede flottweg, wie sie war, nur mit den durch Moufangs Rede veranlaßten Zusätzen. Von der Rednerbühne spricht es sich sehr angenehm. Der Gesetzentwurf, den ich am Schlusse meiner Rede als nötig bezeichnete und spezifizierte, machte auf das Centrum einen tiefen Eindruck. Einige Herren, die in der Nähe des Centrums sitzen, erzählten es mir.

Sehr merkwürdig war mir, daß Bismarck, den ich im Heruntergehen von der Rednerbühne begrüßte, mir sagte: „Ja, so ein Gesetzentwurf wird ja wohl kommen müssen, wie Sie ihn angedeutet haben.“

Ich bekam kein Bravo. Weil meine Rede ohne Schlusseffekt endete, so wußte niemand, daß ich aufhören würde. Ich tat es aber absichtlich, weil ich die Sache für zu ernst halte und jeden Effekt sorgfältig vermeiden wollte. Die Rede wird Lärm genug machen. Marquard Barth drückte mir, als ich bei ihm vorbeiging, die Hand und sagte: „Sehr gut.“ Das Urtheil des alten groben Parlamentariers ist immer ein Zeichen, daß die Rede gut war.

#### Rede des Fürsten Hohenlohe in der Sitzung des Reichstags vom 15. Mai 1872.

Meine Herren! Die uns heute vorliegenden Petitionen <sup>1)</sup> stellen dem Reichstage eine Aufgabe, die auf den ersten Anblick schwer zu lösen scheint. Wenn man die Begründung dieser Petitionen liest, wenn man die Aufzählung der Verdienste der Jesuiten durchgeht, welche sie enthalten, so wird man fast zu der Annahme geführt, es sei die Aufgabe der Reichstagsmitglieder, in einer Doppelgestalt, halb Geschworenen-Richter halb Historiker, zu Gericht zu sitzen über die Taten der Jesuiten in den drei Jahrhunderten ihres Bestehens. Wenn so die Aufgabe läge, so wäre sie allerdings schwer zu lösen. Allein, meine Herren, so liegt die Sache keineswegs. Wir haben uns nicht um die Taten der einzelnen Jesuiten zu kümmern, sondern um den Orden als Gesamtheit, und ich bin so sehr überzeugt von der Nothwendigkeit, diesen Unterschied festzuhalten, also zu unterscheiden zwischen der Tätigkeit der einzelnen Jesuiten und der Tendenz des Ordens, daß ich gern bereit bin, dem ersten Herrn Redner zuzugeben, daß es viele Jesuiten zu allen Zeiten gegeben hat, die sich ausgezeichnet haben durch Gelehrsamkeit, durch untadelhaften Lebenswandel, durch die Uebung aller Werke christlicher Barmherzigkeit. Ja, meine

<sup>1)</sup> Gegen den Jesuitenorden und für denselben.

Herren, ich gehe noch weiter, ich behaupte, kein Mensch kann die Pflichten erfüllen und insbesondere die Demütigungen ertragen, die der Orden seinen Mitgliedern auflegt, wenn er nicht im Innersten der Seele durchdrungen ist von der Ueberzeugung, daß er arbeitet zur wahren Ehre Gottes — ad majorem Dei gloriam — im eigentlichen Sinne des Worts, und zum Heile der Menschen, wenn er nicht überzeugt ist, daß die großen Gegensätze, welche unsre Zeit bewegen, nur auf dem Wege gelöst werden können, den der Jesuitenorden als den richtigen bezeichnet, wenn er nicht überzeugt ist mit Dr. Jörg, dessen Worte ich zitieren will,

daß der Syllabus Pius' IX. das wahrhaft bewundernswerte Meisterwerk staatsmännischer Weisheit in sich schließt und den Grundriß liefert zum Neubau christlicher Staaten.

Allein, meine Herren, wenn ich auch den einzelnen Jesuiten alle Gerechtigkeit widerfahren lasse, wenn ich sogar dem Herrn Abgeordneten Dr. Mousang zugebe, daß es deutschgesinnte und patriotische Jesuiten gibt, so kann ich doch nicht weniger behaupten, daß das Urteil richtig bleibt, welches Herr von Radowiz in der Paulskirche zu Frankfurt über den Jesuitenorden gefällt hat. Herr von Radowiz sagte damals:

„Der Nutzen, welchen man sich aus dem Jesuitenorden für die katholische Kirche in Deutschland versprechen könnte, würde in gar keinem Verhältnisse zu den tiefen Störungen und Gefahren stehen, welche seine Gegenwart hervorrufen muß.“

Herr von Radowiz, der damals im Parlamente die anwesenden Katholiken vertrat und dessen Urteil uns jedenfalls näher liegt als das von dem Herrn Abgeordneten Mousang zitierte Urteil Friedrichs des Großen, hat richtig vorausgesehen. Die tiefen Störungen sind eingetreten, und wir stehen vor Gefahren, deren Bedeutung in dem Kommissionsberichte und in den Petitionen gegen die Jesuiten ausreichend geschildert ist.

Meine Herren, was mich bei der ganzen jesuitischen und antijesuitischen Bewegung unsrer Tage in Erstaunen setzt, das ist, daß die Jesuiten und ihre Freunde sich darüber wundern, daß der moderne Staat sie perhorresziert, und doch hat sich der Orden die Bekämpfung des modernen Staats zur Aufgabe gestellt, und seine Mitglieder verkünden es mit der rückhaltlosesten Offenheit: der Zweck des Ordens ist, die Einheit der kirchlichen Lehre und des kirchlichen Lebens im festen Anschluß an den Mittelpunkt der Kirche zu wahren. Darin läge an sich keine Gefahr, allein die Auslegung, welche diese ursprüngliche Bestimmung des Stifters gefunden hat, enthält eine entschiedene Kriegserklärung des Jesuitenordens gegen die Grundlagen unsers staatlichen Lebens. Ich will mich nicht auf die Frage einlassen, ob die Enzyklika vom 8. Dezember 1864 und der damit ver-

bundene Syllabus eine Entscheidung des Papstes *ex cathedra* sei oder nicht — es ist dies eine Frage, die innerhalb der Kirche selbst kontrovers ist —, das aber wird wohl nicht bestritten werden können, daß dieser Syllabus für die Tätigkeit des Jesuitenordens und die Zielpunkte seiner Bestrebungen die Richtschnur gibt. Auch lassen darüber die Schriften der Jesuiten nicht den geringsten Zweifel. Nun, meine Herren, einige Sätze des Syllabus hat mein Herr Vorredner bereits angeführt, Sie kennen den Syllabus. Ich habe bemerkt, daß sogar mehrere Exemplare des Syllabus hier im Saale vorhanden sind. Ich beschränke mich also darauf, Sie daran zu erinnern, daß der Syllabus dem Fortschritt, dem Liberalismus und der modernen Zivilisation den Krieg erklärt, ferner daß der Syllabus die Preßfreiheit, die Kultusfreiheit, die Gleichberechtigung der Konfessionen und auch die von dem Herrn Abgeordneten Mousfang angerufene Gewissensfreiheit als verderbliche Irrtümer verdammt. Alle Schriftsteller des Ordens verteidigen diese Grundsätze, ich muß also annehmen, daß sie der Orden als solche adoptiert, und dann wundern sich die Jesuiten, wenn dieser von ihnen verdamnten Welt endlich die Augen aufgehen und sie sich fragt: Können wir ein Institut in unsrer Mitte dulden, das uns die Grundlage unsrer Existenz unter den Füßen wegziehen will? Ja, wenn diese Sätze aufgestellt würden von einzelnen Gelehrten, die, von dem Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch machend, sie der Kritik der gelehrten Welt preisgeben, so würden wir wenig dagegen zu erinnern haben. Allein der Jesuitenorden, der diese Sätze vertritt, ist ein wohlorganisiertes Heer, gegründet auf eine Disziplin, die jede militärische Organisation weit hinter sich läßt. Seine Streiter sind den Obern zu einem Grade des Gehorsams verpflichtet, der nicht allein das Opfer des freien Willens, sondern auch das Opfer der Intelligenz verlangt. Wenn Sie darüber irgend im Zweifel sind, so lesen Sie den Brief des Ignatius Loyola vom Jahre 1553: „*De virtute obedientiae*“. Sie werden dann über die Streitfrage, ob bedingter oder unbedingter Gehorsam, ausreichend aufgeklärt sein. Der Orden ist eine Macht, die wohl jedes Mitglied dieser Versammlung kennen zu lernen Gelegenheit hatte oder noch kennen zu lernen Gelegenheit haben wird. Und, meine Herren, diesem feindlichen Heere sollen wir freie Hand lassen, jene Grundsätze durch die Macht, welche Seelsorge, Beichtstuhl und Unterricht geben, zu verbreiten, sie denen als Nahrung zu bieten, die da hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit! Meine Herren, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen, können wir solche Zustände nicht länger dulden. Dieser Zustand ist im eigentlichen Sinne des Worts ein Notstand.

Meine Folgerung aus diesen Bordersätzen geht dahin, daß es der zweckmäßigste Weg gewesen wäre, einen Gesetzentwurf nach dem Beispiele

der Schweiz zu beschließen, der den Jesuitenorden einfach verbietet; es würde dazu ungefähr eines Gesetzentwurfs bedurft haben in drei Paragraphen, dessen erster den Grundsatz aufgestellt hätte:

Der Jesuitenorden und die mit ihm in Verbindung stehenden Orden sind in Deutschland verboten,  
dessen zweiter Paragraph zu lauten hätte:

Jeder Deutsche, welcher in den Jesuitenorden eintritt, verliert dadurch sein Staatsbürgerrecht.

Und der dritte Paragraph würde meines Erachtens so lauten müssen:

Kein Deutscher, welcher in einer von Jesuiten geleiteten Lehranstalt gebildet worden ist, kann in Deutschland in Staats- und Kirchendiensten angestellt werden.

Ich habe aber darauf verzichtet, Ihnen das Vergnügen zu machen, einen solchen Gesetzentwurf hier der Diskussion zu unterstellen. Ich habe geglaubt, daß die Formulierung eines solchen Antrags nicht Sache der Petitionskommission des Reichstags bei Gelegenheit einer Petitionsberatung sei, sondern daß es zweckmäßiger sein würde, wenn ein solcher Gesetzentwurf von seiten der verbündeten Regierungen eingereicht würde. Ich habe mich deshalb dem Antrage angeschlossen, welcher von einigen Mitgliedern dieses Hauses heute Morgen eingereicht worden ist. Ich habe es aber getan in der Erwartung, daß dieser Antrag, wenn er hier Annahme findet, den verbündeten Regierungen die Grundlage geben wird, einen Gesetzentwurf in meinem Sinne vorzulegen. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag, er hat jedenfalls den Vorteil, daß er die verbündeten Regierungen nicht veranlassen wird, halbe Maßregeln zu ergreifen.

#### Fortsetzung des Journals vom 16. Mai.

Als ich heute in die Sitzung kam, war man bemüht, die Konservativen für den Vermittlungsantrag<sup>1)</sup> zu gewinnen. Dies gelang auch. Ebenso mit den Freikonservativen, die es jedoch widerstrebend taten, da sie sich in ihrem Programm zugunsten der freien Bewegung der religiösen Genossenschaften engagiert hatten. Lamey zog unsern Antrag zurück, und so bekam der Vermittlungsantrag die große Majorität. Nach der Debatte sprach ich noch mit Bismarck und Friedberg, die Lust haben, noch diesem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen.

---

<sup>1)</sup> Des Abgeordneten Marquardsen, welcher einen Gesetzentwurf forderte zur Regelung der rechtlichen Stellung der religiösen Orden und zur Bestrafung ihrer staatsgefährlichen Tätigkeit, namentlich der der Jesuiten. Der Antrag wurde mit 205 gegen 84 Stimmen angenommen.

Abends Ball bei Jkenplitz. Der Kaiser begrüßte mich besonders freundlich, die ultramontanen Damen mit sauersüßem Lächeln. Fürstin Belagie Radziwill hatte der ganzen Verhandlung angewohnt.

18. Mai.

Gestern mit Friedberg über die Fassung des Gesetzentwurfes gesprochen. Ebenso mit Gneist. Meine drei Artikel werden von allen Seiten als die Grundlage des neuen Gesetzes angesehen und vielfach besprochen.

Berlin, 14. Juni 1872.<sup>1)</sup>

Die Jesuitenfrage, die in diesem Augenblick im Reichstag debattiert wird (eben steht Windthorst auf der Tribüne, spricht aber auffallend schwach), macht uns viel Arbeit. Ich werde von allen Seiten als der eigentliche Vater der Maßregeln gegen die Jesuiten angesehen, ohne daß ich bei dem schlecht redigierten Gesetzentwurf irgendwie beteiligt bin. Gestern war Fraktionsitzung, in welcher ich den von Bennigsen mir mitgeteilten Entwurf der Nationalliberalen der Fraktion mitteilte, der auch im wesentlichen die Zustimmung der Fraktion erhielt. Nachher, es war schon  $\frac{1}{2}$  11, ging ich noch in die Versammlung der sogenannten Freien Vereinigung, die sich über das Gesetz unterhielt. Ich fand da Roggenbach, Friedenthal, Münster, Miquel u. a. Mir machte die Debatte den Eindruck, als hätten alle Redner keine rechte Courage und suchten nach Mitteln, um sich die unbequeme Jesuitensache vom Hals zu schaffen. So proponierten Miquel und Roggenbach, man müsse erst fragen, was man bei den verbündeten Regierungen durchsetzen werde, andre brachten andre. Mir, der ich in der Ecke des Zimmers ruhig zuhörte, ging zuletzt die Geduld aus. Ich machte die Herren darauf aufmerksam, daß wir vor einem bereits gefaßten Beschluß des Reichstags stünden, daß dieser Beschluß die Beunruhigung über die Tätigkeit des Jesuitenordens gewissermaßen bestätigt und autorisiert habe, es sei Pflicht, die Mittel anzunehmen, um der Gefahr entgegenzutreten. Diese Mittel biete der Gesetzentwurf, wenn auch in unvollkommener Form. Etwas müßten wir aber beschließen. Der Bundesrat werde das tun, was wir ihm vorschlagen würden, er werde nicht den Mut haben, das Gesetz dann nicht zu sanktionieren. Dies schien Eindruck zu machen, denn es wurde sofort eine Kommission gewählt von drei Mitgliedern, darunter auch ich, die sich mit den Fraktionen ins Benehmen setzen und einen Entwurf ausarbeiten sollten. Es war  $\frac{1}{2}$  12 Uhr Nachts, als wir auseinander gingen.

Die heutige Debatte war nur eine erste, also nur allgemeine Diskussion. Beschlüsse werden da nicht gefaßt. Nach der Sitzung hatten

<sup>1)</sup> Erste Lesung des vom Bundesrat vorgelegten Jesuitengesetzes.

wir unser Fraktionsdiner. Ich hatte Simson und Bennigsen eingeladen. Ersterer war aber nicht imstande, zu kommen. Bennigsen saß neben mir, gegenüber Prinz Wilhelm von Baden, den Rabenau eingeladen hatte. Bernuth hielt auf das Präsidium des Reichstags eine schwungvolle Rede, in welcher er sagte, daß die Namen Simson, Bennigsen und Hohenlohe-Schillingsfürst immer hervorragen würden in der Geschichte der deutschen Einigung; daß Simson im fernen Osten, Bennigsen im Westen und ich im Süden gewirkt hätten u. s. w.

Bennigsen antwortete in unserm Namen in einer längeren Rede. Raftner trank dann auf das Wohl der drei Vorstände der Fraktion, vergaß aber, daß ich seit vorigem Jahr an die Stelle Roggenbachs getreten war, und nannte Barth, Bernuth und Roggenbach, was große Heiterkeit veranlaßte und Roggenbach zwang, zu antworten. So kam ich um den mir zugebachten Toast auf die Fraktion. Nach dem Diner ging ich mit Barth und Bennigsen in den Reichstag, wo die Versammlung der Delegierten aller Fraktionen versammelt war, um das Jesuitengesetz zu beraten. Ich wurde sofort durch Akklamation zum Vorsitzenden gewählt. Wir berieten bis  $1\frac{1}{2}$  12 und brachten auch einen Entwurf zustande, der am Montag wahrscheinlich ins Haus gebracht werden wird. Nach dem Schluß dieser Sitzung ging ich mit Lamey und andern in die Restauration Wilde, wo ich den dort versammelten Herren die Resultate bekanntgab.

Berlin, 20. Juni 1872.

Gestern dritte Beratung über das Jesuitengesetz. Ich war auch diesmal vorbereitet zu sprechen, fand aber keine Veranlassung. Die Reden von Dorn und Gneist waren für die Freunde der Jesuiten vernichtend, die Brüder Reichensperger konnten den Schaden nicht wieder gutmachen, so sehr sie sich auch anstrebten.<sup>1)</sup> Nach Erledigung der Tagesordnung wurde der Reichstag von Delbrück im Namen des Kaisers geschlossen. Vorher hatte der Alterspräsident noch eine sehr hübsche Dankrede an Simson gerichtet, die dieser wie gewöhnlich in gewählten Ausdrücken beantwortete.

Abends im Woltersdorf-Theater, wo eine Posse gegeben wurde, in welcher wie gewöhnlich Papst, Unfehlbarkeit, Jesuiten u. s. w. besungen wurden.

Dann in der sogenannten Parlamentarischen Vereinigung. Nachdem ich mich einige Zeit mit Thomas und Swaine unterhalten hatte, ging ich weg. Beim Weggehen hielt mich zuerst Marquardsen auf, der mir sagte,

---

<sup>1)</sup> In der Sitzung vom 19. Juni wurde das Jesuitengesetz in der unter den Delegierten der Fraktionen vereinbarten Fassung in dritter Lesung angenommen.

Fäustle wünsche sehr meinen Eintritt ins Ministerium,<sup>1)</sup> und es frage sich nur, ob ich geneigt sei, mit Luz zusammenzugehen. Ich bejahte dies für den Fall, daß die Fortschrittspartei Luz nicht fallen lasse, was er bestimmt verneinte. In dieser Beziehung sei kein Zweifel, sie würden jedenfalls an Luz festhalten. Danach scheint es mit dem Ministerium Ernst zu werden; denn das ist die Hauptfrage. Marquardsen war jedenfalls von den Ministern beauftragt, mich auszuholen. Bennigsen kam dann und hob hervor, wie notwendig es sei, daß ich in Bayern jetzt Minister würde. Es werde für die hiesige Regierung von größtem Wert sein, jemand dort zu haben, auf den sie zählen könnte. Das gleiche war mir von den Führern aller andern Parteien versichert worden. Es würde Torheit sein, sich durch die Universitätsgeschichten<sup>2)</sup> abhalten zu lassen, in das Ministerium einzutreten. Würde man hier und in der Fortschrittspartei gegen Luz sein, so wäre es, bei dem Wunsche, mich in München wieder im Ministerium zu sehen, ein leichtes, ihn wegzubringen. Da man ihn aber festhalten will, so muß ich ihn in den Kauf nehmen.

Ems, 9. Juli 1872.

Gestern Ankunft in Ems um 11 Uhr.

Heute früh auf der Promenade. Ich sah den Kaiser gehen, ging ihm nach und wurde dann eingeladen, den Kaiser auf dem Spaziergang zu begleiten. Wir sprachen über die bayrischen Verhältnisse. Er wünscht, daß ich wieder Minister würde. Ich begegnete dann dem General Grafen Stolberg, den ich, da er keinen Wagen hatte, einlud, mit mir nach Nassau zu fahren. Um 10 Uhr fuhren wir fort. Wir kamen gegen 11 Uhr nach Nassau. Dort war bei der Gräfin Kielmannsegge, der Enkelin Steins, schon alles zum Empfang der höchsten Herrschaften bereit. Die Damen in großer Toilette; der Urenkel Steins, ein kleiner Junge von zwölf Jahren, in hellblauer Jacke. Alles mit Buketten. Der Salon war mit Eichengirlanden dekoriert, was mir übel machte. Ich fand das Komitee, Simson, Bunsen und Arnim Boitzenburg, die mir die höchst unerfreuliche Nachricht brachten, daß ich den Toast auf den Kaiser auszubringen hätte. Um  $\frac{1}{2}$  12 Uhr kam die Kaiserin mit dem Kronprinzen. Erstere etwas kühl, der Kronprinz sehr liebenswürdig, will im August nach Schillingsfürst kommen. Bald darauf kam der Kaiser von Ems. Darauf Diner, und gegen 1 Uhr setzte man sich in Bewegung nach dem Denkmal. Ich fuhr mit Bancroft und Albedyll bis an den Fuß des Berges, worauf das Denkmal errichtet

<sup>1)</sup> Der Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Graf Hegnenberg-Dux war am 2. Juni gestorben.

<sup>2)</sup> Bezieht sich auf die Differenzen zwischen der Universität München und der Zweiten Kammer, welche die Anstellung infallibilistisch gefinnter Professoren forderte.

ist. Wir warteten im Schmutz hinaus, es hatte bis dahin geregnet. Oben Pavillon für den Kaiser u. s. w., wir um das Denkmal. Rede von Simson und Sybel. Letzterer sprach eine Stunde. Enthüllung, Hurra, „Heil dir im Siegerkranz“, weißgekleidete Mädchen, Schulkinder u. s. w. Darauf Cercle und endlich Abzug. Ich ging zu Arnim, wo wir die Stunde des Festmahls abwarteten. Um 4 Uhr in den Kursaal. Ich saß zwischen Eulenburg und Simson. Neben mir ein riesenhafter Kuchen mit Büsten des Kaisers, Bismarcks u. s. w. Nach dem Fisch stand ich auf und sagte: „Meine Herren! Es ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, den ersten Toast auszubringen. Ich glaube mich nicht besser dieser Aufgabe unterziehen zu können, als wenn ich Sie erinnere an ein Wort, welches der große Kurfürst im Jahre 1660 niedergeschrieben hat. Er sagte: ‚Gedenke, daß du ein Deutscher bist!‘ Diese Worte sind ein Vermächtnis, ein Mahnwort geworden für seine Nachkommen, und die Hohenzollern sind diesem Vermächtnis treu geblieben. Dafür ward ihnen der schönste Gewinn. Sie stehen nun an der Spitze von Deutschland, geachtet und geliebt von allen. Keinem aber von allen Fürsten des erlauchten Hauses war es in gleichem Maße vergönnt, jenen Grundsatz in glänzende Taten zu übertragen, als unserm Kaiser, Wilhelm dem Siegreichen. Die Nachwelt wird dankbar auf ihn blicken als auf den Wiederbegründer des Deutschen Reichs. Wir, denen es vergönnt war, die Taten des Kaisers mitanzuschauen, wir, die wir nicht allein den Kaiser verehren, sondern auch den lebenswürdigsten der Menschen lieben, wir wollen ihm einen herzlichen Gruß bringen, und so fordere ich Sie auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: Der Kaiser Wilhelm und das ganze kaiserliche Haus lebe“ u. s. w.

Dann noch viele Toaste. Allgemeine Bedufelung. Abends Festwiese. Dann nach Ems zurück.

München, 1. August 1872.

Eben aus der Universität zurück, wo Döllinger bei Gelegenheit des Jubiläums der Münchner Universität eine glänzende Rede gehalten hat. Prinz Ludwig, Adalbert und Karl Theodor waren anwesend. Viele Bekannte begrüßt. Die sorgenvollen Gesichter der Minister erklären sich auf folgende Weise. Der König hat hinter dem Rücken Ebenharts Gasser beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden! Dieser hat mit Brandt und Pfretschner konferiert, und sämtliche Minister haben ihre Entlassung eingereicht. Das Ministerium, welches Gasser bilden wird, ist ein wesentlich partikularistisches. Es wird auch so von Preußen angesehen werden, und damit wird Klarheit in die Situation kommen. Wer von den alten Ministern in das Ministerium treten wird, ist noch nicht gewiß. Pfeufer jedenfalls nicht, ob Luz bleiben wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls werden sich diejenigen der angeblich liberalen Minister, welche bleiben, gründlich

blamieren. Der König behandelt den Kaiser und den deutschen Kronprinzen ganz schlecht. In St. Bartholomä soll der Kronprinz vom Personal der Forstverwaltung nicht in das Haus eingelassen worden sein. Die Spannung zwischen Berlin und hier ist im Steigen. Will sich aber der König mit Preußen brouilliren, so wird er nicht daran denken, mich ins Ministerium zu berufen, auch könnte ich, so wie die Lage ist, es gar nicht einmal annehmen. Das Resultat dieser geradezu wahnfinnigen Politik wird ohne Zweifel zur Mediatisierung Bayerns führen. Ich wäre sehr froh, wenn das Ministerium Gasser zustande kommt, damit die nationalliberale Partei endlich hier eine natürlichere Stellung bekommt. Gasser und Schrenck sind so ziemlich gleichbedeutend. Bis jetzt weiß hier niemand etwas von der Sache, außer König, Minister, Gasser und einige Eingeweihte.

Abends 8 Uhr. Eben komme ich von dem Festessen im Odeon. Döllinger hat den Toast auf den König ausgebracht, Prinz Ludwig auf die Münchner Universität, Herzog Karl Theodor auf die deutschen Universitäten, beide sprechen gut. Nachher allgemeine Besoffenheit. Ich ging bald nach Hause und gehe heute Abend noch zu Döllinger, der mich eingeladen hat.

München, 2. August 1872.

Heute Festessen zu Ehren der Universität im Rathhause. Die beiden Prinzen Ludwig und Theodor waren wieder da. Ich saß diesen gegenüber zwischen Könneritz und Brey, dem Bierbrauer und Vorstand des Gemeindefolklegiums. Das Essen war besser als gestern, auch der Wein, von dem ich übrigens fast nichts trank, sehr gut. Der Bürgermeister brachte den Toast auf den König, Wilfert auf den Kaiser, der zweite Bürgermeister auf die Universität, Döllinger auf die Stadt München aus. Dann lösten sich die Bande, und gewöhnlich sprachen zwei auf einmal. Ein norwegischer Professor sprach lange, ohne daß ihn jemand gehört hätte. Professor Halm stand auf einem Stuhl und gestikulirte mit seinem Glas, wobei er einen unter ihm sitzenden Ministerialrat begoß. Beim Braten wurden Zigarren verteilt, und dann wogte alles im Saale umher. Ich habe vergessen, Böls Toast auf Döllinger zu erwähnen, der noch gehört und mit Beifall aufgenommen wurde. Auch ein eignes Zeichen der Zeit, Bölk auf Döllinger, wenn man sich der Jahre 48 und 49 und der damaligen Stellung Döllingers erinnert.

Das Projekt Gasser wird von vielen Seiten bezweifelt. Könneritz glaubt nicht daran. Fäustle sagte mir, er werde nicht bleiben, wenn Gasser eintrete. Ich habe ihn darin bestärkt. Wir wollen sehen, ob Fäustle tun wird, wie er jetzt sagt. Schleich kam zu mir und sagte, ich möchte wieder ins Ministerium treten! Auch eine eigentümliche Wendung!

Von allen Seiten wurde ich von angetrunkenen Leuten begrüßt und mir von der Hoffnung gesprochen, ich würde wieder Minister werden. Luz hält sich fern. Ich glaube mehr und mehr, daß der Vorschlag, den Luz und die übrigen Minister bezüglich meiner an den König gemacht haben, nicht ernst gemeint war und daß Luz doch hofft, noch selbst Ministerpräsident zu werden.<sup>1)</sup>

Abends sogenanntes Kellerfest beim Augustinerbräu. Ich wurde sofort in die Bierhalle geleitet, wo ich dem unvermeidlichen Prinzen Ludwig gegenüber vor einem großen Bierkrug zwischen Madame Brey und Madame Wiedenhausen saß. Döllinger wurde mit „nicht enden wollendem“ Jubel begrüßt. Die Hitze und die neugierige Menschenmasse waren unaussprechlich. Um 9 Uhr hatte ich genug stupide Gesichter gesehen und ging, während ein Feuerwerk abgebrannt wurde, unbemerkt nach Hause.

Aus einem Briefe des Fürsten an seinen Schwager, den Fürsten Friedrich Karl zu Hohenlohe-Waldenburg.

Muffee, 9. August 1872.

Abgesehen von der Tätigkeit des Ordens in der Presse, ist es bekannt, daß die Jesuiten überall als die Feinde Deutschlands auftreten. Ganz besonders ist dies in Posen der Fall, wo die Jesuiten unter Leitung des Erzbischofs Ledochowski offen das Deutschtum bekämpfen. Hätte man sie ferner gewähren lassen, so würden die „Stützen der Autorität“ Posen bald revolutioniert haben. Gerade diese polnischen Intrigen des Jesuitenordens waren das wesentliche Motiv, gegen ihn vorzugehen. Bismarck scheute den Kampf. Er mußte sehr wohl, daß der Kampf nicht bei den Jesuiten stehen bleiben würde. Er hatte früher den Orden als Alliierten gegen die Revolution gefördert. Allein er ist schließlich gezwungen worden, seine früheren Freunde aufzugeben. Der Jesuitenorden kann gar nicht anders als ein Reich bekämpfen, dessen Grundlage die Parität der Konfessionen ist. Eine Grundlage, die der Orden nie anerkannt hat und auch nie anerkennen wird. Folgerichtig ist ihm die protestantische Hohenzollerndynastie an der Spitze von Deutschland ebenso verhaßt. Ich glaube, ein Jesuit würde es für eine Beleidigung ansehen, wenn man von ihm annähme, daß er ein Förderer des neuen Deutschen Reichs sein könnte. Daß der Kampf gegen die Jesuiten nicht bei diesen stehen bleiben wird, ist allerdings wahrscheinlich und sehr zu beklagen. Wenn die günstige Stellung, welche die katholische

---

<sup>1)</sup> Die Versuche des bayrischen Gesandten in Stuttgart, von Gassers, zur Bildung eines ultramontan-partikularistischen Ministeriums mißlingen. Am 19. September wurde der bisherige Finanzminister von Pfretschner zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen ernannt.

lische Kirche in Preußen einnahm, nun eine schlechtere wird, wer trägt die Schuld? Doch niemand als diejenigen, die den Papst seit Jahren zu den abenteuerlichsten Erklärungen gegen den Staat, gegen die Zivilisation, gegen die Gleichberechtigung der Konfessionen u. s. w. in neuester Zeit gegen das Deutsche Reich veranlaßt haben. Unter „diejenigen“ verstehe ich aber die Jesuiten, die den Papst beherrschen, jene Doktrinäre der katholischen Kirche, welche aus theokratischen Liebhabereien das unterste zu oberst lehren. Da muß denn doch schließlich auch die schafmässigste Geduld reißen. Wenn wir Liberalen aber bei dem Jesuitengesetz nicht stehen bleiben wollen, so heißt das nicht, daß wir damit die katholische Kirche bekämpfen wollen, wir wollen nur Frieden haben. Wenn die Geistlichkeit unter der Aufsicht des Staats erzogen werden soll, so heißt das nicht, daß Altkatholiken und Juden die Geistlichen erziehen sollen, aber der Staat hat ein Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, daß nicht in den Seminarien Feinde aller staatlichen Ordnung und Werkzeuge der Jesuiten dressiert werden. Und was die Bischöfe betrifft, so können sie sich am allerwenigsten beklagen, nachdem sie sich den Jesuiten blind unterworfen haben, wenn der Staat sie mit diesen auf die gleiche Stufe stellt, wenn auch nicht in gleicher Weise behandelt.

Es wundert mich, daß einem Historiker die Analogie entgangen ist, welche zwischen den heutigen Kämpfen mit der römischen Kurie und den Kämpfen des Mittelalters doch offenbar besteht. Was mich betrifft, so stehe ich auf der Seite der Waiblingen und will da stehen bis zu meinem Ende.

Aus einem Briefe an denselben.

Musfee, 8. September 1872.

... Ich verwahre mich dagegen, daß ich die Verurteilung des Jesuitenordens nicht durch Tatsachen, sondern durch die Presse und öffentliche Meinung begründet hätte. Das Urteil der öffentlichen Meinung kann keine Verurteilung begründen, wenngleich ein allgemeines Verdammungsurteil der öffentlichen Meinung dem Politiker Anlaß gibt, die Frage, um die es sich dabei handelt, zu prüfen. Die Presse habe ich in dem Streit nur insofern für mich zitiert, als sie der Ausdruck der Meinung und der Absichten der Jesuiten ist. Was jemand sagt, davon darf ich annehmen, daß es seine Meinung ist und daß er danach seine Pläne macht. Wenn aber Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, von welchen es notorisch ist, daß sie von Jesuiten redigiert und inspiriert sind, gewisse Grundsätze aussprechen, so ist damit die Tendenz des Ordens kundgegeben. Denn das kann ich nie anerkennen, daß ein Jesuit unabhängig von seinen Oberen etwas tue. Dazu ist die Disziplin des Ordens zu stramm. Ich unterscheide selbstverständlich zwischen strafbaren Handlungen einzelner

Mitglieder, welche durch menschliche Schwäche veranlaßt sind, und Handlungen, welche auf einem durchdachten Plane beruhen, wie politische Agitationen und Publikationen. Für erstgenannte Kategorie kann ich den Orden nicht verantwortlich machen, für letztere allerdings. Wenn also ein Jesuit, wie dies in Brest vorgekommen, mit einer Dame durchgeht, so ist natürlich der Orden nicht dafür verantwortlich. Wenn aber die Jesuiten in Posen und im Elsaß agitieren, so handeln sie unter dem Befehl ihrer Oberen, im Auftrage ihres Ordens, und dieser ist dafür verantwortlich. Wenn der Jesuitenpater Schrader in seiner Schrift „Der Papst und die modernen Ideen“ ein ganzes System staatsgefährlicher Theorien aufstellt, wenn die „Civiltà cattolica“ und die „Korrespondenz“ von Genf, erstere unter den Augen des Papstes, letztere unter dessen ausdrücklicher Approbation, beide von Jesuiten redigiert, die Herrschaft der Kirche über den Staat proklamieren, wenn die unter dem Einfluß des Jesuitenpaters Weißer stehenden bayrischen Lokalblätter täglich die Zertrümmerung des Reichs predigen, wenn der von Jesuiten geleitete „Observatore Romano“ daran erinnert, daß kein Keger deutscher Kaiser sein könne, der Papst ihn absetzen und das Volk ihn verjagen müsse, so sind das keine Ausschreitungen „heißsporniger Zeitungsschreiber“, sondern Thatfachen von so ernster Bedeutung, daß sich niemand die Augen davor verschließen kann. Es kann vom katholischen Standpunkt aus beklagt werden, daß wir nicht ein katholisches Reich mit einer katholischen Dynastie sind. Allein dieses objektive Bedauern darf nicht zur Richtschnur der Politik gemacht, und ebensowenig darf geduldet werden, daß es jemand in Deutschland zum Ausgangspunkte seiner Angriffe gegen Deutschland macht. Das haben die Jesuiten seit dem Bestehen des Ordens getan, und dazu sind sie gegründet, das heißt zur gewaltsamen Vertilgung des Protestantismus. Was soll daraus werden, wenn wir Tendenzen dulden, denen wir den Dreißigjährigen Krieg verdanken und die zu nichts anderm führen können als zur Erneuerung der Religionskriege? Ich bin deshalb noch immer der Ansicht, daß die Vertreibung der Jesuiten ein Akt der Nothwehr des deutschen Volks ist, und wenn Du mir vorwirfst, daß ich als katholischer Fürst unrecht habe, mich dabei zu beteiligen, so sage ich Dir, daß ich vor allem deutscher Fürst bin und als solcher meine Pflicht tun muß.

Was die Bischöfe getan haben, müssen sie mit ihrem Gewissen abmachen. Meine Meinung geht aber dahin, daß es ihre Pflicht gewesen wäre, im Konzil Zeugnis abzulegen von dem in ihren Diözesen geltenden Glauben, nicht sich den Inspirationen der Jesuiten in Rom zu unterwerfen. Daß ich übrigens deshalb, weil die Bischöfe meines Erachtens gegen Pflicht und Gewissen gehandelt haben, aus der Kirche austreten sollte, fällt mir nicht ein. Wenn ich wegen aller skandalösen Vorkomm-

nisse, welche sich in der katholischen Kirche zugetragen haben, aus der Kirche austreten wollte, so hätte ich schon bei dem Studium der Kirchengeschichte austreten müssen. Ich meine, die Kirche hat schon Schlimmeres überstanden und wird auch den gegenwärtigen Zustand siegreich überdauern. Du sprichst von Schritten, die ich gegen das Konzil getan habe. Davon ist mir nichts bekannt. Wohl aber weiß ich, daß meine ultramontanen Gegner in ihrer gewöhnlichen Art diese Redeweise erfunden haben, um mich zu verdächtigen. Ich mache Dir daraus keinen Vorwurf, wenn Du durch das allgemeine Geschrei irregeführt worden bist. Die Wahrheit ist aber, daß ich nichts weiter getan habe, als eine Zirkulardepesche an unsere Gesandtschaften zu richten, in welcher ich den europäischen Regierungen riet, sich über die Haltung zu verständigen, die sie in bezug auf das Konzil (welches noch nicht beisammen war) einnehmen wollten. Hätten die Regierungen meinen Rat befolgt und vor dem Konzil eine Konferenz zusammentreten lassen und, wie das bei früheren Konzilien der Fall war, Gesandte zum Konzil geschickt, so würden allerdings die Pläne der Jesuiten durchkreuzt worden sein, die Kirche selbst aber hätte offenbar keinen Schaden gelitten. Daß die Regierungen es nicht getan haben, war nicht meine Schuld. Napoleon fürchtete den Einfluß der Jesuiten beim bevorstehenden Plebiszit und Beuß denselben Einfluß bei seinem Monarchen. So fehlten die zwei größten katholischen Staaten, und damit mußte mein Projekt fallen. Wenn ein kleines Entrefilet Deines Briefes die Deutung zuläßt, Du könntest mich für einen Freimaurer halten, so bemerke ich vorsorglich, daß ich nicht Freimaurer bin. Ich teile Deine Ansicht, daß, wenn die Massen in ihrem Glauben wankend werden, sie dem Unglauben verfallen und zu Mord und Totschlag kommen. Nur bestreite ich, daß die Jesuiten dazu gemacht sind, im deutschen Volke den Glauben zu erhalten.

Ich gebe zu, daß wir manchen Gefahren entgegengehen; wenn ich aber ebensowenig wie Du die Erbschaft Bismarcks antreten und sein Nachfolger werden möchte, so liegt das daran, daß mein Ehrgeiz nicht so weit geht und ich mich dieser Aufgabe nicht gewachsen fühle. Wenn es aber etwas gäbe, was mich veranlassen könnte zu wünschen, Bismarcks Nachfolger zu werden, so wäre es die Freude, die ich empfinden würde, den von ihm begonnenen Kampf zu Ende zu führen.

### Journal.

Berlin, 19. März 1873.

Seit dem 11. d. M. zum Reichstage hier. Audienzen, Visiten, Hofdiners und Soireen. Der persische Gesandte und die japanische Gesandtschaft nahmen an verschiedenen Hoffestlichkeiten teil, beide in europäischem

Kostüm. Die Japaner sind zahlreich, fünf Botschafter und die entsprechende Suite. Sie sind alle klein. Der Perser ist ein feiner Mann.

Die Kaiserin seufzt nach Frieden und Versöhnung. Sie sagte es mir allein und wiederholte ihre Mahnung, als ich ihr mit Simson aufwartete. Die Kronprinzessin drückte bei einer Soiree in flüchtigen Worten ihr Mißfallen aus über die kirchenseindliche Politik der Regierung. Wir wurden aber allzu schnell gestört, so daß sie ihren Satz kaum aussprechen und ich ihn nicht beantworten konnte. Gestern kam ich beim Diner neben sie zu sitzen, und da fing sie wieder davon an. Sie meinte, man solle nur die Volksbildung wirken lassen, das werde die Leute von selbst unabhängig von der Hierarchie machen. Ich bestritt das auf das entschiedenste. „Ich verkenne,“ sagte ich ihr, „den Wert der Volksbildung keineswegs, aber die Partei, die wir bekämpfen, würde jede Volksbildung hemmen, wenn sie nicht in ihre Schranken zurückgewiesen wird.“ Die Kronprinzessin sagte dann: „Ich rechne auf die Intelligenz des Volks, das ist eine große Macht.“ Ich darauf: „Eine viel größere Macht ist die menschliche Dummheit, die müssen wir vor allem in Rechnung bringen.“ So zog sich das Gespräch die ganze Tafel über hin. Sie erwähnte auch des Hasses, mit dem sie von den orthodoxen Protestanten verfolgt wird. Was sie besonders verlezt hat, war das Wort eines Pfarrers, der, als er den Tod des kleinen Prinzen, des Sohns der Kronprinzessin, erfuhr, äußerte, er hoffe, diese Prüfung sei ihr vom Herrn geschickt, um dieses harte Herz zu demütigen.

Berlin, 30. März 1873.

Gestern machte ich einen Besuch bei Präsident Friedberg. In dem Gespräche über verschiedene Dinge kamen wir auch auf die bayrische Politik, und ich war erstaunt, bei Friedberg die Meinung zu finden, daß es für das Gedeihen des Reichs von Nutzen gewesen wäre, wenn Gasser das Ministerium zustande gebracht hätte. „Ich würde mich gefreut haben, wenn Gasser in den Bundesrat gekommen wäre,“ sagte er, „wir hätten ihn in drei Monaten so weit gebracht, daß er entweder den Austritt Bayerns aus dem Bunde oder seine Uebereinstimmung mit uns hätte erklären müssen. Jetzt sind wir immer bemüht, die Stellung der bayrischen Minister nicht zu gefährden, und kommen nicht einen Schritt weiter. Das wissen auch die bayrischen Minister, daß sie nur hier ihre Stütze haben und daß sie verloren sind, wenn wir sie nicht halten.“ Friedberg meint, daß der Durchgang durch das Ministerium Gasser gar nicht zu vermeiden sei.

Ich fragte ihn, woher die Verstimmung des preußischen Kriegsministers gegen Oberst Fries komme. Er wußte mir aber nichts Positives anzugeben. Bezüglich der Kirchengesetze ist er guten Muts. Die Befürchtung,

daß Unruhen daraus entstehen, verwirft er. Seien einmal die Gesetze angenommen, so werde die Agitation von selbst aufhören. Man werde übrigens Energie genug haben, um Gesetzesüberschreitungen zu unterdrücken.

In der Soiree bei Bismarck fand ich Sybel, der mir die Ansicht Friedbergs bestätigte. „Wie kann man glauben,“ sagte er, „daß die Bischöfe, die sich in Rom so erbärmlich benommen haben, den Mut finden werden, Bismarck entgegenzutreten!“ Nur beklagte er, daß Falk aus Rücksicht auf die Kaiserin etwas zu vorsichtig gegenüber den Schulbrüdern auftrete. Dann zog mich Bismarck beiseite und sprach mir von seiner veränderten Stellung.<sup>1)</sup> Er sehe mehr und mehr, daß er recht daran getan habe, die Stellung im preussischen Ministerium aufzugeben. Dadurch komme mehr Klarheit in das Verhältniß zwischen Preußen und dem Reich. Der Kaiser müsse sich erst daran gewöhnen, einzusehen, daß er als Kaiser mehr sei als in seiner Eigenschaft als König von Preußen. Der Kaisertitel komme ihm vor wie der Majorstitel eines Schwadronschefs. Dann zu den bayrischen Verhältnissen übergehend, beklagte er das Mißtrauen der hiesigen leitenden militärischen Kreise gegen den Oberst Fries, den er nicht für geeignet hält, weil er nicht die nötige hervorragende Stellung einnehme (d. h. weil er nur Oberst ist). Ein bayrischer General, der wisse, was er wolle, der die bayrischen Sonderrechte offen verteidige, aber nicht finassiere, sei hier notwendig. Einen Teil der Schuld wirft er auf Perglas, von dem er behauptet, daß er weniger reichsfreundlich sei als der König von Bayern und daß man in Berlin doch wünschen müsse, einen bayrischen Gesandten zu haben, der ebenso weit gehen wolle wie sein König. Wir wurden dann gestört, und ich konnte nicht darauf antworten. Auch hätte ich nur sagen können, daß Perglas denn doch die geheimen Gedanken seines Monarchen vertritt, was ich aber selbstverständlich nicht gesagt haben würde.

Berlin, 3. April 1873.

In den letzten Tagen ist die Besetzung des Botschafterpostens in London hier viel besprochen worden. Ich hörte zunächst davon durch Hermann,<sup>2)</sup> dem der Kronprinz seinen Wunsch aussprach, ihn als Botschafter dort zu sehen. Der Kronprinz wird wohl auch mit Bismarck darüber gesprochen haben, und dadurch muß das Gerücht sich verbreitet haben und auch auf mich bezogen worden sein. Roggenbach ist der Annahme, der er begegnete, entgegengetreten, daß ich mich um den Posten

<sup>1)</sup> Fürst Bismarck war am 21. Dezember 1872 auf sein Gesuch von dem Amte des Ministerpräsidenten enthoben worden. Am 1. Januar 1873 war Graf Roon sein Nachfolger geworden.

<sup>2)</sup> Den Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg.

bewerbe. Roggenbach meint, daß Bismarck Manteuffel von hier fernhalten und nach Paris vorschlagen wolle. Deshalb wird die Sache jetzt auch noch nicht so bald entschieden werden, da er noch nicht weiß, was dann mit Arnim geschehen soll. Münster wünscht dringend, nach London zu kommen. Vielleicht gelingt es ihm.

Bei einem Diner bei Rameke sprach ich mit diesem von Fries. Es scheint, daß mehr dessen etwas zurückhaltende Art zu der Verstimmung in militärischen Kreisen Anlaß gegeben hat. Positives wußte auch Rameke nicht an ihm auszusagen.

Gestern war die Sitzung über den Lasferschen Antrag.<sup>1)</sup> Ich wollte erst sprechen, unterließ es aber dann, nachdem Braun (Gera) meine Argumente alle vorgebracht hatte, da ich zu deren Wiederholung keine Lust hatte.

Mittags war ich mit den andern Reichstagspräsidenten zum Diner beim Kaiser. Die Kaiserin, neben welcher ich saß, sprach von den Extremen, die zu vermeiden seien. Ich benutzte die Gelegenheit, ihr zu demonstrieren, daß die germanische Rasse sich gewöhnlich von Extremen fernhalte, und daß es eine Eigentümlichkeit der lateinischen Rasse sei, zu Extremen in Politik und Religion zu gelangen. Der Romane sei entweder bigott oder radikal. Der Deutsche halte die Mitte, ziehe nicht die äußersten Konsequenzen der Prinzipien, und zum Beweise führte ich ihr den Protestantismus an. Als die Kaiserin dagegen den Dreißigjährigen Krieg anführte, bemerkte ich ihr, daß das eigentliche Unheil des Dreißigjährigen Krieges uns aus dem Auslande zugekommen sei. Das schien ihr doch auch unbestreitbar. Ein Weichenbukett, das mir die Kaiserin dann gab, betrachtete ich als ein Zeichen, daß meine Diskussion die Allerhöchste Unzufriedenheit nicht erregt hatte.

Abends war ich in der parlamentarischen Soiree, wo ich zuerst mit Stefani sprach, der sehr vernünftige Ansichten über die Schwierigkeiten entwickelte, in welche die liberale Partei durch ihre regierungsfreundliche Stellung komme, da die deutsche liberale Partei daran nicht gewöhnt sei. Wehrenpfennig, der sich dann zu mir setzte, erwähnte der Intrigen, die um den Kaiser getrieben werden, und daß man ihm jetzt die radikalsten Berliner Blätter zukommen lasse, um ihm zu beweisen, daß Zustände wie im Jahre 1848 zu besorgen seien. Zachariä erzählte mir und Hinschius von den Verhandlungen in der Kommission des Herrenhauses für die Kirchengesetze. Da geht nichts vorwärts. Man wird deshalb morgen im Herrenhause eine Interpellation in Szene setzen, wobei Bismarck die

<sup>1)</sup> Den bereits wiederholt angenommenen Antrag auf Ausdehnung der Kompetenz der Reichsgesetzgebung auf das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren. Der Präsident Delbrück stellte diesmal die Annahme in Aussicht.

Kommission fragen wird, was sie zustande gebracht habe, worauf dann wahrscheinlich das Herrenhaus der Kommission die Sache abnehmen und im Plenum beraten wird.

Berlin, 21. April 1873.

Heute Wiederbeginn der Reichstagsitzungen. Wir, das heißt die Präsidenten, waren zu dem Galadiner zu Ehren der Vermählung des Prinzen Albrecht eingeladen. Da nun das Diner um 3 Uhr, der Reichstag aber erst um 1 Uhr beginnen sollte, so war es nicht möglich, beides zu vereinigen. Ich schlug deshalb Simson und Bennigsen vor, zum Diner zu gehen und mir den Vorsitz zu überlassen. Nun wurde aber die Sitzung schon um 2 Uhr geschlossen, und so konnte ich ungehindert zu dem Diner mitgehen. Alles was an gros bonnets in Berlin war, konnte man da sehen. Ich saß zwischen zwei Hofdamen. Von Konversation war aber keine Rede, denn die Militärmusik oben auf der Galerie machte einen Heidenlärm. Sie begann mit der Ouvertüre zu „Fidelio“ und ich meinte einen Parademarsch zu hören. Nach Tisch kam Bismarck zu mir und sagte: „Sie waren der Gefahr ausgesetzt, vom Reich in Anspruch genommen zu werden, und zwar für den Posten in London.“ Ich sagte: „Das wundert mich, denn ich hatte bisher gemeint, der Kronprinz habe für meinen Vetter Langenburg gesprochen.“ Bismarck darauf: „Nein, es war von Ihnen die Rede. Ich habe Sie mit den andern Kandidaten dem Kaiser in Vorschlag gebracht, und der Kaiser sagte von Ihnen: „Der wäre mir gewiß am angenehmsten, wenn er es annimmt.“ Allein ich konnte dem Kaiser nicht verhehlen, daß Ihre Ernennung auch Nachteile haben würde. Sie sind der einzige Grandseigneur in Bayern, der reichstreu ist und der zugleich das Vertrauen des Königs von Bayern hat. Sie können also in Deutschland mehr wirken als in England. Diese Erwägung hat auch dazu geführt, davon abzusehen.“ Ich sagte darauf, „Ich sei für die gute Meinung sehr dankbar, hätte aber London nicht annehmen können. Käme einmal der Fall vor, daß ich dem Kaiser an irgendeiner Stelle nützlich sein könne, so hätte ich das in der Weise zu machen, daß der Kaiser an den König von Bayern schriebe und ihn bitte, mich ihm für ein paar Jahre zu borgen.“ „Ja,“ sagte Bismarck, „das ist der richtige Weg.“ Dann sprachen wir von Bismarcks Reise nach München. Er sagte, er habe die Absicht, dem Könige aufzuwarten. Ich erzählte ihm, was ich dem König darüber gesagt habe, daß nämlich Bismarck in seiner Eigenschaft als Reichskanzler sich als den Diener des Königs von Bayern ansehe und sich verpflichtet halte, dem Könige seine Huldigung darzubringen. Das sei ganz richtig, meinte Bismarck, er werde es auch tun, wenn er nach Bayern komme. Er brauche dazu keinen preussischen Gesandten. Er könne zu jeder Stunde hingehen und fragen, ob der König ihn sehen

Hälfte vom Schreien schwindlig wurde und ich beinahe stecken geblieben wäre. Es ging aber gut ab und der Zwischenfall wurde nur von den Zunächststehenden bemerkt.

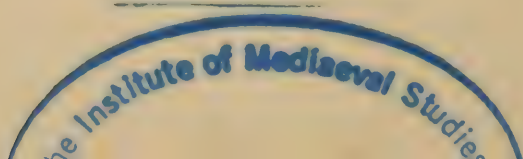
Abends Soiree bei Meier und dann bei Mosle. Sehr elegante Wohnungen.

Am andern Tag früh  $1\frac{1}{2}$  7 Uhr Fahrt mit der Bahn nach Bremerhaven. Dort schifften wir uns auf dem schönen Dampfer des Norddeutschen Lloyd ein. Es ist das einer der dreißig Dampfer, die nach New York gehen und zwölfhundert Passagiere führen können. Die Einrichtung ist sehr komfortabel, der Dienst vertrauenerweckend. Es sollen jetzt die besten Schiffe nach Amerika sein. Hier natürlich Dejeuner, Reden, allgemeiner Jubel. Später wurde die See etwas bewegt, doch nur wenige spürten Seekrankheit. Das Wetter war herrlich. Zahlreiche Schiffe fuhren mit. Später bei der Einfahrt in den Jadebusen wurde ein kleines Manöver von drei Kriegsschiffen, „Ariadne“, „Gertha“ und „Coreley“, aufgeführt. Vor Wilhelmshaven sahen wir noch drei Torpedoexplosionen an, die gut gelangen. Die Wirkung, die sich uns darstellte, war, daß das Meer über dem explodierenden Torpedo in einer wundervollen dicken Fontäne in die Luft getrieben wurde. Dann zu Fuß Besichtigung der Werften und einiger Schiffe, „Augusta“ und „Friedrich Karl“. Die Manöver, die auf letzterem Schiffe von den Matrosen ausgeführt wurden, das Segelhisfen u. s. w. waren sehr interessant. Um 5 Uhr großes Diner auf dem „König Wilhelm“ mit den obligaten Reden. Hier hatte ich die Vertretung des Reichstags an Bennigsen übergeben, der seine Sache sehr gut machte. Um 9 Uhr gingen wir nach dem Bahnhofe, der etwa zehn Minuten vom Hafen entfernt liegt, und fuhren mit einem Extrazug nach Berlin zurück, wo wir heute Morgen  $1\frac{1}{2}$  7 Uhr ankamen. Ich saß mit Moltke, Stosch und einem Marineoffizier in einem Salonwagen, wo jeder von uns ein Kanapee zum Schlafen hatte, so daß ich ausreichend ausgeruht hier ankam.

Berlin, 5. Juni 1873.

Gestern von Grabowo<sup>1)</sup> zurück. Die Reichstagsitzung war schwach besucht, und so fand denn auch auf Antrag des Freiherrn von Ketteler die Auszählung statt, die ergab, daß wir nicht beschlußfähig waren, worauf die Sitzung aufgehoben wurde. Während der Sitzung hatte ich im Vorsaal eine interessante Unterhaltung über das Reichstagsgebäude. Es fand sich eine Anzahl Abgeordneter mit Delbrück vor dem Stadtplan ein und diskutierte den Platz für das neue Gebäude. Ich sah zu meiner Freude, daß alle darüber mit mir einverstanden waren, daß das beste sei, das Gebäude in dem Raum bei der Porzellanfabrik aufzuführen. Von Kroll

<sup>1)</sup> Gut in der Provinz Posen, das der Fürst erworben hatte.



wollte niemand etwas wissen. Abends war Galatheater für den Schah von Persien. Der Kaiser wohnte der Vorstellung nicht bei. Der Schah führte die Kaiserin in die Loge und benahm sich da ziemlich ungeniert. Er war in schwarzem, mit Diamanten benähtem Rock und der schwarzen Mütze. Er trägt eine goldene Brille. Im Zwischenakt war in dem großen Foyer Cercle. Ich stellte mich in die Nähe, als der Schah mittels Dolmetschers mit Bismarck sprach, den er über vieles auszufragen schien. Die Antworten, die ihm Bismarck geben ließ, schienen ihn mehrmals in Erstaunen zu setzen. Er soll sehr lernbegierig sein, und sein Stolz ist, der Peter der Große für Persien zu sein. Das Ballett „Sardanapal“ war furchtbar langweilig, und ich benutzte eine günstige Gelegenheit, um den Brühofen um 9 Uhr zu verlassen.

6. Juni.

Gestern Abend Soiree in Potsdam im Neuen Palais. Prachtvolle Gartenbeleuchtung. Der Schah kam etwas spät. Dann Promenade im Garten und Souper und um 1/2 11 Uhr Rückfahrt nach Berlin. Heute Reichstagsitzung, wo wir mühsam beschlußfähig waren. Während der Sitzung kam der Schah für eine Viertelstunde, um sich den Reichstag anzusehen.

Heute Abend Fraktionsdiner der Reichspartei für Münster, wobei ich toastieren muß.

7. Juni.

Das gestrige Bankett für Münster verlief sehr gut. Hermann brachte die Gesundheit des Kaisers aus, Friedenthal hielt einen wahren Nekrolog auf Münster, dieser dankte. Dann trank Lucius auf die Gäste und besonders auf das Präsidium. Ich dankte in einer ziemlich langen Rede, die viel Anklang fand.

Abends um 10 Uhr war ich dann in der Kommissionssitzung. Heute Reichstagsitzung und um 5 Uhr Diner bei Bismarck. Nach Tisch lange Konversation um den runden Tisch, wo Bismarck fast immer allein sprach. Es war von den Versailler Verträgen, von der Stellung der einzelnen Staaten gegenüber dem Reich, vom Kaisertitel u. s. w. die Rede.

Berlin, 16. Juni 1873.

Freitag den 13. hatte ich ein interessantes Diner bei Minister Delbrück. Neben einigen Bundesratsmitgliedern und Beamten waren Bismarck und Gulenburg anwesend, die nach Tisch auf dem Balkon bei der Zigarre in ein eigentümliches Zwiegespräch gerieten, welches sich darin konzentrierte, daß Gulenburg Bismarck vorwarf, daß er seine Stellung so zurechtmache, wie es ihm passe und wie nur er es durchführen könne. Bismarck ver-

teidigte seinen Standpunkt. Samstag Abend war ich bei Bismarck. Es war da viel die Rede von Viktors Adresse schlesischer Katholiken,<sup>1)</sup> und Bismarck war sehr erfreut, daß Viktor sich dazu hatte bereit finden lassen. Er hofft, daß das gute Folgen haben werde, und gab mir den Inhalt der Antwort an, die der Kaiser darauf erlassen werde. Wir wollen sehen, was daraus folgen wird. Sonntag war ich mit Viktor und Carl Salm nach Babelsberg zum Diner geladen. Wir trafen auf dem Bahnhofe mit Roggenbach zusammen. Der Park von Babelsberg war in seinem schönsten Zustand. Der Kaiser schien wohl und heiter. Ebenso der Kronprinz. Die Kaiserin unterhielt sich mit mir über seltene Bücher. Nach Tische zeigte sie uns ihre Hühner. Dann Rückkehr nach Berlin.

Heute Reichstagsitzung, am Schlusse der große Spektakel zwischen Bismarck und Lasfer. Beide hatten unrecht. Bismarck fehlte in der Form. Das Zentrum hatte Freude an dem häuslichen Zwist.<sup>2)</sup>

Berlin, 23. Juni 1873.

Der Reichstag geht zu Ende. Photographien werden ausgetauscht und Fraktionessen gehalten. Wir hatten gestern unser Essen. Ich hatte Simson und Gneist eingeladen und die Einladung zum sogenannten Schrippenfest in Potsdam mit Stillschweigen übergangen. Um 4 Uhr versammelte sich die Fraktion in der Restauration des Reichstagsgebäudes. Wir waren wenig zahlreich, was beim Reden störend ist, da dann die nötige Anregung der zuhörenden Menge fehlt. Ich hatte den Toast auf den Kaiser auszubringen und tat dies mit wenigen Worten. Dann brachte Vernuth Simsons Gesundheit aus. Dieser antwortete in längerer kunstvoller Rede. Er dankte und bemerkte, daß er die Erfolge seiner parlamentarischen Wirksamkeit seiner Tätigkeit als Richter verdanke. Auf diese Tätigkeit und die erfreulichen Erfahrungen übergehend, sprach er von Frankfurt, von der Verbindung Süddeutschlands, der Einigung aller Stämme und kam dann auf mich zu sprechen, in sehr liebenswürdiger Weise den Goetheschen<sup>3)</sup> Vers auf mich zitierend:

<sup>1)</sup> Die nach der Publikation der Kirchengesetze an den König gerichtete Adresse nichtultramontaner Katholiken vom 14. Juni 1873. Der König dankte in einem Schreiben an den Herzog von Ratibor vom 22. Juni.

<sup>2)</sup> Lasfer hatte mit Bezug auf Initiativanträge von „Rechten des Volks“ gesprochen. Bismarck tadelte die „deklamatorische Abschweifung auf die sogenannten Volksrechte“ als „Reminiszenzen aus einer vergangenen Zeit“. Er erklärte, auch Volksvertreter zu sein, und verbat sich, „den Namen des Volks zu monopolisieren und ihn davon auszuschließen“.

<sup>3)</sup> Herr Professor Erich Schmidt hatte die Güte, dem Herausgeber mitzuteilen, daß diese Verse aus dem Gedichte stammen: „Die Feier des 28. August dankbar zu erwidern“, 1819, Weimarer Ausgabe 4, 42.

„Freigesinnt, sich selbst beschränkend,  
 Immerfort das Nächste denkend,  
 Tätig treu in jedem Kreise,  
 Still beharrlich jeder Weise,  
 Nicht vom Weg, dem graden, weichend  
 Und zuletzt das Ziel erreichend.“

Ich nehme das Wort als ein erfreuliches Zeugnis mit fort. Gneist sprach dann sehr gut wie immer und zuletzt Völk, sein Lieblingsthema, die Ultramontanen, berührend.

Heute ist Sitzung bis 3 Uhr, dann Pause und Abendsitzung. Donnerstag wird wohl alles vorüber sein.

Bismarck hat sich von den Geschäften des preußischen Ministeriums beurlauben lassen. Wissende meinen, daß er dies tue, um seine Gegner besser aus dem Sattel zu heben. Er werde vorläufig den Geschäften fernbleiben und dann, wenn es an die Beratung der Militärorganisation geht, sagen, er könne diese nur mit einem homogenen Ministerium durchsetzen. Dann werden Roon und Culenburg fallen und an die Stelle des letzteren Forckenbeck treten. Er hat recht, es zu tun, wenn er es durchsetzt.

Heute Beratung über die Zustimmung zu der Katholikenadresse. Es fanden sich nur wenige, um die Sache zu unternehmen. Völk ist dafür, auch Bürgers. Die andern wollen nichts davon wissen. Ich drängte nicht und lasse die Sache fallen.

Berlin, 25. Juni 1873.

Heute Schluß der Session. Bismarck schloß den Reichstag am Ende der letzten Sitzung.

Gestern Abend war ich noch in der Restauration Rubin, wo ich neben Marquardsen saß, der mir sagte, ich würde ohne Schwierigkeiten in meinem Wahlkreise wiedergewählt werden. Miquel, der auch dort war, sprach seine Indignation über den Minister Culenburg aus, der die wichtigsten Stellen seinen Freunden und Verwandten gebe. Der Präsident Culenburg in Hannover taue nicht, noch weniger der Präsident in Breslau, Nordensflucht, der sogar ultramontane Velleitäten habe. Man müsse jedenfalls im nächsten preußischen Landtage Culenburg stürzen.

Heute war noch eine wenig besuchte Fraktionsitzung, wo Vernuth der Fraktion den Dank des Vorstands, Schleiden dem Vorstande den Dank der Fraktion aussprach. Man verhandelte dann noch, ob man sich an der Debatte über die Besetzung oder Nichtbesetzung des römischen Postens beteiligen wolle. Löwe, der seinen Antrag auf Streichung des Botschafterpostens bringen wollte, besann sich auf meinen Rat eines Besseren und sprach nicht.

Heute den 26. bei Simson. Dieser glaubt, daß keine Wahlen stattfinden werden, sondern derselbe Reichstag wieder berufen werden wird.

Wir sprachen lange von dem neuen Oberpräsidenten Nordenflicht, den Simson sehr rühmt. Wir schieden unter gegenseitigen Freundschaftsversicherungen.

Um 4 Uhr nach Babelsberg, wo ich mit Prinz Wilhelm von Baden, dem Prinzen Wilhelm von Württemberg und Gulenburg bei dem Kaiser aß. Der Kaiser sieht wohl aus, aber er kommt mir doch etwas gealtert vor. Es ist, als wenn plötzlich das hohe Alter über ihn gekommen wäre. Bei Tisch war die Unterhaltung sehr lebhaft. Der Kaiser saß oben am Ende der Tafel, die beiden Prinzen neben ihm, dann Gulenburg und ich und die übrigen Gäste. Nach Tisch dankte mir der Kaiser für alles, was ich im Reichstage gewirkt habe. „Ich weiß,“ sagte er, „wo Sie Ihre Hand darin haben, da geht die Sache gut.“ Ich trennte mich mit Wehmut von dem alten Herrn, den ich vielleicht nicht wiedersehen werde. Hoffentlich erholt er sich.

Auffsee, 7. September 1873.

Heute Ankunft Gelzers. Er kam von Gastein, wo er dem Kaiser über seinen Aufenthalt in Rom Bericht abgestattet hatte.<sup>1)</sup> Er ist von Anfang April bis Ende Juni dort gewesen, um für den Fall des Todes des Papstes beim Konklave anwesend zu sein. Als der Papst sich erholt hatte und Gelzers Informationen vollständig waren, reiste er wieder ab. Er ist über Bern hingereist und hat dort viel mit Welti, dem Mitgliede des schweizerischen Bundesrats, verkehrt. Er rühmt diesen sehr als einen in seinen Beziehungen zur Kurie vorsichtigen und energischen Mann. Der Nunzius hat sich alle Mühe gegeben, die Schweiz von Deutschland zu trennen. Man hat den Schweizern jedes mögliche Zugeständnis in Aussicht gestellt, wenn sie eine feindliche Stellung gegen das Deutsche Reich einnehmen wollten. Welti ist darauf nicht eingegangen. Der österreichische und der bayrische Gesandte haben diese Intrigen eifrigst unterstützt.

Wir kamen dann auf Gelzers Stellung zum Kaiser und zu Bismarck. Gelzer will nicht wieder nach Rom gehen, wenn ihn Bismarck nicht besser behandelt als bisher. Vom Kaiser sagt Gelzer, daß er sehr wohl aussehe. Sein Gedächtnis lasse aber sehr nach und er habe nicht mehr die nötige Energie, um Bismarck entgegenzutreten, oder etwas zu beschließen, ohne Bismarck vorher gefragt zu haben. Diese Hoffnung müsse man ganz aufgeben. Ich habe sie schon lange nicht mehr gehegt. Wilmowski behauptet, der Kaiser spreche nicht mehr mit der Kaiserin über kirchliche Dinge. Gelzer bezweifelt das; ich auch.

---

<sup>1)</sup> Staatsrat Gelzer verweilte während des Kulturkampfes im Auftrage des Kaisers und des Großherzogs von Baden wiederholt in Rom, um über die dortigen Verhältnisse Erkundigungen einzuziehen und Berichte zu erstatten.

Von Gustav sagt Gelzer, daß dessen Freunde seine Rückreise nach Rom jetzt nicht für nötig halten. Daß er aber zum Konklave zurückkomme, wird als eine Notwendigkeit angesehen, der er sich nicht entziehen könne. Gelzer will ihm in diesem Sinne schreiben. Man glaubt, daß der Papst mit der kälteren Jahreszeit wieder die Anfälle bekommen könne, an denen er in diesem Frühjahr gelitten hat, und die sehr gefährlich waren, Anschwellungen des Körpers mit Kongestionen, die den Tod herbeiführen können.

Altauffee, 9. September 1873.

Gestern Fortsetzung der Unterhaltung mit Gelzer. Was die künftige Papstwahl betrifft, so hat Gelzer erfahren, daß Riario Sforza früher von der italienischen Regierung als geeigneter Kandidat angesehen wurde, jetzt aber von ihr wieder aufgegeben ist. Es scheint, daß in den Tagen, in welchen Pius IX. krank war, eine Sondierung des Kardinals Riario stattgefunden hat, aber ohne Resultat geblieben ist, oder wenigstens kein erwünschtes Resultat gehabt hat. Jetzt hat die italienische Regierung keinen Kandidaten. Gelzer glaubt, die deutsche Regierung könne sehr wohl Einfluß auf das Konklave haben und müsse auch auf die italienische Regierung drücken, damit diese ihre Fäden spielen lasse. Es sei wahrscheinlich, daß irgendein alter Kardinal gewählt werde, der in der bisherigen Weise fortgehe. Doch kann man gar nicht voraussagen, wie die Wahl ausfallen wird. Wir besprachen dann die Frage, was für Deutschland besser sei, die Wahl eines enragierten Zeloten, der von Rom weggehe und alles drunter und drüber bringen wolle, oder eines gemäßigten. Gelzer neigt zu der Meinung, daß letzteres zweckmäßiger sei, da man nicht wisse, wie weit die Bevölkerungen zu fanatisieren seien. Ueberhaupt denkt er viel darüber nach, wie die kirchlichen Wirren zu beenden seien, und tadelt, wenn auch ganz leise, das zu große Vertrauen in die Kirchengesetze und in die Gesetze überhaupt. Es sei schwer zu entscheiden, ob es gefährlicher sei, die Bischöfe zu Märtyrern zu machen oder die Gesetze nicht in ihrer ganzen Strenge zur Anwendung zu bringen. Ein Mittelweg könne gefunden werden, doch bedürfe man dazu in Rom eines aufgeklärten Mannes, mit dem ein vernünftiges Wort zu reden wäre. Dieser fehle durchaus. Eben deshalb hoffe er auf einen gemäßigten Papst.

Der Kronprinz hat sich Gelzer gegenüber nicht ganz zustimmend geäußert. Die Kronprinzessin tadelt den Kirchenkonflikt, weil er von Bismarck hervorgerufen sei, den sie haßt. Trotzdem glaubt Gelzer, daß der Kronprinz, wenn er zur Regierung kommen sollte, sich nicht von seiner Frau leiten lassen werde. Er wird, wie wir beide glauben, Bismarck fortdauernd als Ratgeber behalten.

Abends begleitete ich Gelzer in den Markt, wo wir uns um 7 Uhr trennten.

Berlin, 19. November 1873.

Heute früh bei Falk. In betreff des kirchlichen Konflikts ist er entschieden, vorwärts zu gehen, Ledochowski wird demnächst abgesetzt und vielleicht auch eingestekt werden. Die Zivilehe hält Falk für unumgänglich nötig. Die Sache wird in diesen Tagen dem Kaiser vorgelegt. Da Falk entschieden ist, abzutreten, wenn der Kaiser nicht zustimmt, so wird sich der Kaiser wohl dafür entscheiden, wenngleich in seiner Umgebung alles aufgeboten wird, um ihn davon abzuhalten und dadurch den Konflikt für die Regierung schwieriger zu machen. Denn Falk sagt ganz richtig, daß man die Verwirrung, die jetzt durch die Renitenz der Geistlichen in Ehesachen hervorgerufen wird, in den Massen nicht den Bischöfen, sondern der Regierung in die Schuhe schiebt. Es ist also eine Lebensfrage für die Regierung, dem ein Ende zu machen.

Karl von Roschentin,<sup>1)</sup> mit dem ich von dem kirchlichen Konflikt sprach, meinte, daß die Säkularisation aller Kirchengüter, die Umwandlung der Bezüge der Pfarrer in Besoldungen und die Aufhebung des Patronats notwendig seien. Ich erwähnte diese Fragen Falk gegenüber, der sie als „später wohl nicht zu vermeiden“ bezeichnete. Mit Karl, Bennigsen, Lascker u. a. zu Mittag gegessen. Lascker trägt Grüße an Stauffenberg auf. Er soll sich wieder etwas von der Fortschrittspartei entfernen.

Berlin, 18. Februar 1874.

Nachdem mir Viktor vor einigen Tagen die Absicht Bismarcks mitgeteilt hatte, mich als Botschafter nach Paris zu schicken, und ich in der Zwischenzeit in Düsseldorf mit Marie darüber beraten hatte, wurde ich gestern Abend 9 Uhr zu Bismarck gerufen. Er empfing mich in seinem Kabinett, ließ Zigarren und Eau de Vichy geben und sprach zuerst von verschiedenen Dingen. Dann kam er auf die Botschaft. Er setzte zuerst auseinander, daß er Schwierigkeiten habe, Botschafter zu finden, daß die Grandseigneurs in Preußen sich nicht dazu eigneten und er vorziehe, einen Nichtpreußen zu nehmen. Dann sprach er von Petersburg, wo Reuß unentbehrlich sei, von London, wo sich Münster ganz vortrefflich mache, und von Wien, wo Schweinitz nicht wohl weggenommen werden könne, da er für Paris nicht passe. Für mich sei Wien zu unbedeutend. Außerdem sei es kein reiner Reichsposten. So wenig ein Krieg mit Oesterreich ein europäischer Konflikt sei, so wenig sei der diplomatische Posten ein europäischer. In Paris sei das anders. Krieg und Frieden mit Frankreich seien von europäischer Bedeutung. Zudem würde ich gegenüber dem König von Bayern in Wien in eine weniger günstige Stellung kommen, während ich in Paris Bayern mitverträte.

---

<sup>1)</sup> Prinz Karl von Hohenlohe-Ingelfingen.

Ueber Arnim erzählte er in ziemlich bitterer Weise alles, was ihm auf dem Herzen lag. Es scheint, daß Arnim sich als der Mann gezeigt hat, als den ich ihn immer angesehen habe, eitel, selbstsüchtig, falsch, aber äußerst geschickt. Arnim hat bereits für Konstantinopel angenommen, und das ist kein Hindernis. Wenn der türkische Botschafter ernannt werden wird, wird Arnim von Paris abgerufen. Bismarck will aber, um den Reichstag nicht zu indisponieren, jetzt seine Ernennung nicht vornehmen, sondern erst nach Schluß der Session. Ich fragte ihn, ob ich an den König von Bayern schreiben müsse, was er sehr natürlich fand. Wir sprachen über den Inhalt des Schreibens. Eine Genehmigung ist nicht nötig, aber es ist gut, eine derartige Wendung zu gebrauchen, daß der König den Schein der Zustimmung hat.

Urlaub werde ohne Bedenken auf drei Monate und mehr erteilt. Die Zeit der Geschäftsstille sei, meint Bismarck, wenn die Seebäder anfangen, also Juli, August, September. Ueber die politische Seite der Frage sprachen wir nur wenig, weil dazu immer noch Zeit ist. Bismarck sagte nur: „Wir wollen den Frieden erhalten, aber wenn die Franzosen so fortrüsten, daß sie in fünf Jahren fertig und entschlossen sind, dann loszuschlagen, dann fangen wir den Krieg in drei Jahren an. Das habe er ihnen offen sagen lassen. Daß Arnim Thiers gestürzt hat oder ihn nicht gehalten hat, während er es tun sollte, macht ihm Bismarck zum großen Vorwurf. Frankreich werde durch Konsolidierung allianzfähiger, und Thiers war dies weniger, also war sein Verbleiben für uns nützlich.

Berlin, 22. Februar 1874.

Gestern Abend kam ein Telegramm von Eisenhart: „Daß von mir heute Nachmittag vorgelegte Gesuch fand günstigste Aufnahme.“ Damit ist diese Seite der Frage zur Zufriedenheit erledigt. Ich bin sehr froh darüber, da es mir in dieser Weise die Rückkehr erleichtert, wenn ich wieder in Bayern nützlich sein kann und will.

Ich war Abends in der Soiree bei Bismarck, wo ich ihm und Bülow das Telegramm mitteilte. Auch Viktor war sehr erfreut und erzählte mir, daß Frankenberg ihn gefragt habe: „Der Botschafterposten in Paris soll ja besetzt sein?“, worauf Viktor mit: „Ja, ich habe es auch gehört,“ geantwortet hat. Frankenberg und Maltzahn, die sich beide als die unentbehrlichen Freunde Bismarcks für Botschafter- oder Gesandtschaftsposten berufen fühlen, werden mir gram werden, wenn sie es auch nicht sagen.

Mit dem Dean of Westminster (Stanley), der von Petersburg kommt, wird großes Wesen gemacht. Gestern Abend war er bei Bismarck mit seiner Frau, bis wir ihn mit Zigarrendampf vom Soupertische weg-räucherten. Er ist ein feiner Mann, sehr einflußreich bei Hof. Er trägt

daß Habit habillé der Geistlichen offen, darunter eine Art schwarzen Unterrock bis ans Knie. Er sieht aus, als wenn er aus Versehen einen schwarzen Kopphaarunterrock seiner zehnjährigen Tochter über die Weste angezogen hätte.

Gestern hat Bismarck seinen offiziellen Antrag an den Kaiser abgeschickt. So wird in den nächsten Tagen die Bombe plagen. Böldern-dorff schreibt mir sehr erfreut.

In meinem Besuch an den König hatte ich des „Kronbeamten“ nicht Erwähnung getan, weil es sich, wenn mir der König die Genehmigung zur Annahme des Botschafterpostens erteilt, von selbst versteht, daß ich dieses Amt beibehalte. Bezüglich des Staatsrats habe ich auf Fäustles Rat gebeten, Seine Majestät möge Anordnung treffen, daß mir nach Beendigung meiner Funktionen als deutscher Botschafter der Wiedereintritt in meine Stelle als Staatsrat a. D. ermöglicht werde. Nach dem Telegramm von Eichenhart ist dies gesichert.

Fürst Peter zu Sayn-Wittgenstein, damals russischer Militärbevollmächtigter in Paris, der Bruder der Fürstin, schrieb dieser am 1. März über die Aufnahme, welche der Fürst in Paris zu erwarten habe:

Depuis mon retour à Paris je me suis occupé de tâter le terrain et de faire de la réclame en votre faveur en faisant sonner bien haut, qu'on devait être flatté de l'envoi d'un grand seigneur indépendant qui certes ne venait pas à Paris dans le but de faire des chicanes. J'ai pu constater que le monde officiel, le Président et son entourage, comptent vous faire l'accueil le plus hospitalier. Hier j'ai dîné chez le Président et ai longuement parlé de tout cela avec qui de droit. Une partie de la société vous accueillera de même, mais je crois que vous aurez de grandes difficultés avec les cléricaux qui répandent déjà le bruit que votre mari, ami de Doellinger et vieux catholique, vient ici pour accentuer encore la politique anticatholique de Bismarck. Voilà le point difficile et on ne peut se dissimuler que ces gens-là sont fort dangereux ici. Maman peut beaucoup vous servir pour dissiper ces bruits fâcheux, si elle le veut franchement. Mais le voudra-t-elle? <sup>1)</sup> voilà la question. En outre Clodwig aura pour ennemis plusieurs juifs allemands qui font semblant d'être patriotes français et servent d'espions à Arnim en échange de nouvelles politiques que celui-ci leur donne et au moyen desquelles ils tripotent

---

<sup>1)</sup> Die Stiefmutter der Fürstin, Fürstin Léonille zu Sayn-Wittgenstein, geborene Fürstin Variatinskij, war mit der Kirchenpolitik des Fürsten nicht einverstanden.

à la Bourse. Ces individus, craignant de ne pas pouvoir conserver les mêmes relations avec Clodwig, font une propagande active pour Arnim et contre Clodwig. Je me suis déjà empressé de jeter quelques bâtons dans leurs roues grâce à mes relations dans le monde des affaires, mais néanmoins les juifs sont partout à peu près aussi dangereux que les jésuites.

### Journal.

Berlin, 1. März 1874.

Gestern ist die Nachricht wegen der Botschaft durch die „Nationalzeitung“ veröffentlicht worden. Von allen Seiten wird mir gratuliert. Lasfer drückte mir seine Zufriedenheit darüber aus. Auch bei Benda, wo ich mit mehreren elsässischen Deputierten zum landwirtschaftlichen Kongreß zu Mittag aß, war viel davon die Rede. Diese Herren waren alle sehr gut gesinnt. Diese und Graf Dürckheim, ehemaliger Präsekt und Grundbesitzer im Elsaß, erzählten und erklärten viel. Sie behaupten, die Elsässer würden sich schon in die neue Lage der Dinge finden, doch wollten sie nicht den Schein haben, als trennten sie sich so leicht vom alten Vaterlande.

Abends Soiree bei Bismarck. Ich konnte mit ihm nur wenig sprechen, da er von den Abgeordneten umlagert war. Moltke war mit meiner Ernennung auch einverstanden. Er meint, die Bonapartisten hätten die meisten Chancen und seien auch für uns viel weniger bedenklich als die Orleanisten. Von Chambord sei keine Rede mehr. Der hätte nur die weiße Fahne proklamiert, um nicht nach Frankreich gehen zu müssen.

Herr von Schulte, der echte deutsche Professor, ist immer unzufrieden, daß man ihn nicht mehr konsultiert, daß er überhaupt nicht so zur Geltung kommt, wie er gehofft zu haben scheint. Er bewegt sich immer in alten Geschichten über das Konzil, um die sich jetzt kein Mensch mehr kümmert, und hat allerlei Skandalgeschichten über die deutschen Bischöfe, die auch niemand mehr interessieren, wenn sie auch wahr und bedauerlich bleiben.

In der Militärorganisationsfrage herrscht noch Unklarheit. Soviel ist nach der letzten Rede von Mallinckrodt sicher, daß die Ultramontanen den Gedanken aufgegeben haben, um den Preis der Militärorganisation Frieden zu machen. Ihre Anerbietungen scheinen zurückgewiesen worden zu sein. Das Gesetz, die Internierung und Verbannung widerspenstiger Geistlicher betreffend, soll dem Reichstag noch vorgelegt werden. Es scheint, daß Bismarck das tut, um zu beweisen, daß der Kampf vorwärts geht, damit die Gegner sich nicht der Illusion hingeben, er weiche zurück. Im übrigen bin ich überzeugt, daß man die Hand zum Frieden nicht zurückweisen wird. Aber sie muß gereicht werden.

Berlin, 6. März 1874.

Ich begegne mehr und mehr unfreundlichen Gesichtern unter der preußischen Aristokratie und den jungen Diplomaten, die an meiner Ernennung Anstoß nehmen und sich in ihren Avancementshoffnungen gestört sehen. Seitdem meine Designation bekannt ist, war ich schon wenigstens viermal bei Hof. Niemals aber hat die Kaiserin mit mir darüber gesprochen. Es gibt doch sonderbare Leute in der Welt. Die Opposition gegen Bismarck führt die Kaiserin zu den sonderbarsten Dingen. Die Kronprinzessin sagte mir: „Ihnen gelingt ja alles, was Sie anfangen.“ Die Zeitungen sprechen im allgemeinen günstig über die Sache. Die einen sagen alles Gute von mir, die andern sprechen mir viele gute Eigenschaften ab. An der Ernennung aber findet niemand etwas zu erinnern. Windthorst gratulierte mir eben in der Sitzung. Er sagt, die größte Schwierigkeit sei nicht in Paris, sondern in den Aufträgen, die ich von hier bekommen würde.

Die gestrige Soiree, der der Kaiser nicht bewohnte, war zu Ehren des Grafen und der Gräfin von Flandern. Er ist ein höflicher Mann, der in Uniform sehr unmilitärisch aussieht. Sie eine echte Schwarzwälderin.<sup>1)</sup>

Bismarck ist an rheumatischen Leiden krank. Gestern war nur die Fürstin mit ihrer Tochter bei der Soiree. Es wurde eine französische Komödie aufgeführt. Warum die Kaiserin nicht deutsche Vorstellungen geben läßt statt dieser schlechten französischen Truppe, ist mir unerklärlich. Die hiesigen deutschen Schauspieler sind doch zehnmal besser. Beim Souper saß ich nicht wie sonst am Tisch der Kaiserin, sondern zum ersten Male an dem der Kronprinzessin. Natürlich, denn ich gehöre ja jetzt nicht mehr zu denen, mit welchen sie über die schlechten Zeiten seufzen kann. Neben mir saß Prinz Hassan, der Sohn des Vizekönigs von Aegypten. Ein netter, wohlherzogener Mann, der Leutnant bei den Gardedragonern ist.

Im Reichstag findet die Debatte über den Impfszwang statt, eine Frage, in der, wie es scheint, die Ultramontanen mit den Sozialdemokraten gemeinschaftliche Sache machen. Beide sind gegen den Impfszwang. Die Diskussion wird sich wohl noch mehrere Stunden fortspinnen. Ich unterbreche mein Journal, weil mich die Diskussion zu sehr stört.

Berlin, 16. März 1874.

Das Gesetz, die Internierung und Ausweisung renitenter Geistlicher betreffend, wird im Bundesrat beraten und soll schon angenommen sein. Aengstliche Gemüter im Reichstag wünschen, daß es nicht beraten werden

---

<sup>1)</sup> Geborene Prinzessin von Hohenzollern.

möchte. Auch der Verfasser des Gesetzes, Krüger, sagte, es wäre gut, wenn das Gesetz, sofern die Krankheit Bismarcks fortdaure, bis zum Herbst beruhen bliebe. Besonders die Württemberger, wie Barnbüler und Hermann,<sup>1)</sup> wünschen, daß es nicht zur Sprache komme, weil sie fürchten, daß sie dann den Kirchenkonflikt auch nach Württemberg bekommen könnten, von dem sie bisher frei waren. Bismarck sagt, er könne das Gesetz nicht entbehren. Mit der bloßen Einkerkierung komme man nicht aus, die Internierung helfe auch nicht, und man müsse die Möglichkeit haben, die Bischöfe und Geistlichen, die sich auflehnen, aus dem Lande zu schaffen. Er beruft sich dabei auf die Schweiz, wo dies Mittel gute Dienste geleistet habe. Die Ultramontanen fürchten das Gesetz und bieten an, die Militärorganisation durchgehen zu lassen, wenn man jenes Gesetz nicht vorlege. Sie wollen dann zwölf Mitglieder hinausschicken und dadurch die Minorität gegen das Gesetz zustande bringen. In der Frage der Militärorganisation gehen die Meinungen noch weit auseinander. Die Fraktion der National-liberalen, das heißt diejenigen, welche in ihr den Ausschlag geben — darunter Lasker und die Süddeutschen —, wollen nicht mehr an Friedenspräsenzstärke bewilligen, als was nötig ist, um die in § 2 aufgeführten Cadres zu füllen und die jetzige Organisation zu erhalten. Dazu, meinen sie, genügten 360 000 Mann. Das Kriegsministerium findet das zu wenig, würde vielleicht auf 380 000 Mann eingehen. Eulenburg sagte mir aber, er könne sich noch nicht vorstellen, wie man den Kaiser dazu bewegen wolle, auch nur einen Mann von den im Gesetze vorgesehenen 401 000 Mann aufzugeben.

Bismarck geht es besser. Ob aber so gut, daß er noch vor Ostern die Militärorganisation beim Reichstag wird vertreten können, ist eine große Frage. Wenn er nicht kommen kann, wird man die Sache wohl bis nach Ostern vertagen. Die Meinung, nach Ostern, etwa bis zum 20. April, weiterzutagen, findet leider mehr und mehr Anklang. Heute ein liebenswürdiger Brief von Apponyi<sup>2)</sup> aus Paris, der mich als neuen Kollegen begrüßt und sich mir zur Disposition stellt. Das erwähnte Kompromiß mit den Ultramontanen wird so wenig Anklang finden wie das früher angebotene. Die Regierung riskiert dabei, das Mißtrauen der liberalen Fraktionen zu erregen und sich dann zwischen zwei Stühle zu setzen, und das tut Bismarck nicht. Dazu ist er zu vorsichtig.

Berlin, 19. März 1874.

Morier,<sup>3)</sup> den ich gestern besuchte, sprach mit einer gewissen Irritation von Bismarck. Er findet, daß meine Sendung nach Paris sehr gut sei

<sup>1)</sup> Fürst zu Hohenlohe-Sangenburg.

<sup>2)</sup> Oesterreichischer Botschafter in Paris.

<sup>3)</sup> Damals englischer Gesandter in München.

und beruhigend wirken werde. Die Stellung Bismarcks gegen Frankreich sei provozierend. Man wolle Frankreich zum Kriege zwingen u. s. w. Ich erwiderte, wenn die Franzosen ihr Geschrei nach Revanche aufgeben wollten, so wäre die Gefahr beseitigt.

Ziegler<sup>1)</sup> sagte heute, der Weg ins Reichskanzleramt gehe über Paris. Ich hoffe, daß diese Prophezeiung nicht richtig sein möge.

Berlin, 26. März 1874.

Gestern mit Gelzer gesprochen: kirchlicher Konflikt, Bismarcks Krankheit und die Möglichkeit einer Reaktion und Einfluß Manteuffels. Er meint, Bismarck müsse sich einen Stellvertreter suchen, der dem Kaiser und ihm gleiches Vertrauen einflöße, und das sei ich. Ich hob hervor, daß man vorsichtig sein müsse. Der Name „Bismarck“ sei eine Macht und dürfe nicht beiseite gesetzt werden. Ich selbst sei zu dieser Stelle nicht geeignet.

Heute Abend bei dem Großherzog. Er sprach in ähnlichem Sinne wie Gelzer, nur erwähnte er nicht, daß er mich zum Nachfolger oder Stellvertreter Bismarcks ausersehen habe. Bezüglich des Kirchenkonflikts bedauert er die Art, wie dieser angefangen sei. Längere Vorbereitung sei nötig gewesen und bessere Leute als die, deren Bismarck sich bediene. Die gegenwärtige Lage hält er für bedenklich. Die Haltung der national-liberalen Partei in der Frage der Militärorganisation werde benutzt, um den Kaiser gegen sie aufzuheben. Bismarck sei nicht da, um diesen Einflüssen entgegenzuarbeiten. Manteuffel, der nichts zu tun habe, ein phantastischer, ehrgeiziger Mann, arbeite daran, sich bei dieser Gelegenheit an Bismarcks Stelle zu setzen. Das würde eine ungeheure Verwirrung herbeiführen. Der Großherzog meint, daß eine Stellvertretung für Bismarck notwendig sei. Auf meine Einwendung, daß ein verantwortliches Ministerium denselben Dienst leisten würde, erwiderte er, daß Bismarck dies selbst anordnen und einleiten müßte, und dazu sei er jetzt nicht in der Lage. Er hält Bismarck für sehr krank.

Auch Bülow, den ich Abends bei Hofe traf, bestätigte, daß Bismarck noch sehr krank sei.

Die Kaiserin sprach mir heute zum ersten Male von der Botschaft und machte mir Vorwürfe, daß ich nicht mit ihr davon gesprochen hätte. Ich sagte, daß ich das nicht gewagt hätte. Sie empfahl mir, möglichst versöhnlich zu verfahren, und meinte, daß ich dazu geeignet sei, die Gegensätze auszugleichen.

---

<sup>1)</sup> Oberbürgermeister von Breslau, Mitglied des Reichstags.

Großherzog Friedrich von Baden an den Fürsten  
Hohenlohe.

Karlsruhe, 3. April 1874.

Ihr freundliches Schreiben aus Schillingsfürst vom 31. März habe ich gestern früh erhalten und spreche meinen verbindlichsten Dank dafür aus.

Ich bedaure sehr, daß Sie durch meine an und für sich ganz unvermeidlich gewesene Handlungsweise sich unangenehm berührt fühlten, und will daher versuchen, Ihnen zu beweisen, daß meine Vorschläge durchaus unbefangen waren und sein mußten.

Die Verschlimmerung, welche in den letzten Tagen meiner Anwesenheit in Berlin in dem Gesundheitszustande des Reichskanzlers eintrat, führte mich aus besonderen Gründen in die intimeren Kreise seines Hauses. Der behandelnde Arzt wünschte Friedreich von Heidelberg beizuziehen und wandte sich an mich mit der Bitte, die Berufung Friedreichs zu übernehmen, um das öffentliche Aufsehen zu vermeiden und zugleich die Familie nicht zu erschrecken. Ich sagte zu, mich erkundigen zu wollen, wo Friedreich sich befinde, da er eine Ferienreise nach Italien mit seiner Frau und wegen ihrer angetreten hatte. Es mußte von dieser Berufung Abstand genommen werden, respektive sie wurde für spätere Zeit verschoben; aber inzwischen war ich in Details des Krankheitszustands und dessen wahrscheinlich längere Dauer eingeweiht worden, die mir die ganze Lage der Dinge als sehr kritisch erscheinen ließen. So entstand die Frage einer eventuellen und temporären Stellvertretung des Reichskanzlers, und ich begegnete dieser Frage sogar bei solchen, die über den wirklichen Krankheitszustand des Reichskanzlers nicht so genau unterrichtet waren.

Ich entschloß mich, die Frage bei dem Fürsten Bismarck selbst anzuregen, und da er persönlich nicht zu sprechen war, besuchte ich die Fürstin, seine Frau, und bemühte mich, sie für den Gedanken einer Stellvertretung von dem Gesichtspunkte aus zu interessieren, der ihr als Gattin der werteste ist, d. h. im Interesse der Gesundheit ihres Mannes. Sie ging auch freudig auf meinen Gedankengang ein, ohne daß ich es in der ersten Unterredung unternahm, ihr einen Namen zu nennen; ja, sie sagte mir sogar zu, den Fürsten dafür zu stimmen.

Inzwischen erfuhr ich von Herrn von Schulte, daß Windthorst-Meppen ihm die Absicht ausgesprochen habe, bei Wiederzusammentritt des Reichstags eine Adresse an den Kaiser zu beantragen, in welcher er gebeten werden soll, für eine verantwortliche Vertretung des Reichskanzlers dem Reichstage gegenüber zu sorgen, insolange der Reichskanzler zu erscheinen verhindert ist. Diese Nachricht teilte ich an verschiedene gut orientierte Personen mit und fand bei allen die Ansicht, welche ich selbst

hatte, es sei nötig, diesem Antrage zuvorzukommen durch baldige Ernennung eines Stellvertreters des Reichskanzlers mit ganzer Verantwortlichkeit. Ich wurde sogar gebeten, die Sache vorzubereiten, damit der Antrag vom Fürsten Bismarck selbst ausgehe und er dem Kaiser mit der Sache auch gleich die Person vorschlage.

Gern übernahm ich das nicht, aber der ernststen Pflicht wollte ich mich um so weniger entziehen, als nur wenige Lust tragen, so heikle Angelegenheiten zu behandeln und mir das Reichsinteresse zu hoch steht, als daß ich scheuen durfte, in Verlegenheiten zu geraten.

Ich tat meine Schritte mit großer Vorsicht und befolgte besonders der Fürstin Bismarck gegenüber das gleiche Verfahren wie beim ersten Besuche. Die Absicht von Windthorst kam mir besonders gelegen, und da die Fürstin sogleich Manteuffel im Hintergrund befürchtete, so erschien ihr Ihr verehrter Name als eine wahre Rettung in der Not. Meine Versicherung, daß der Vorschlag lediglich von mir ausgehe und Sie demselben ganz fremd seien, wiederholte ich um so eindringlicher, als ich ihr darlegte, der ganze Vorschlag, sowohl sachlich als persönlich, habe nur dann Wert, wenn Fürst Bismarck ihn selbst aufnehme und durchführe; deshalb hätte ich auch nichts anderes unternommen, als die Frage durch Vermittlung der Fürstin beim Fürsten anzuregen. Nehme der Fürst die Frage auf, so stehe es ja dann bei ihm, die Person seines Vertrauens zu wählen. Ich schied von der Fürstin mit der Ueberzeugung, daß sie mich richtig verstanden habe und hier keine Irrung möglich sei, also auch das Mißtrauen ausgeschlossen sei, als seien Sie bereits im Einverständnis mit mir. Dies erwähne ich ganz besonders, da ich weiß, wie vorsichtig man sein muß, um solches Mißtrauen nicht zu erwecken und weil ich es Ihnen schuldig bin, zu erklären, daß ich diese Seite der Frage gewissenhaft beachtet habe.

Infolge Ihres freundlichen Briefes habe ich heute sofort an die Fürstin Bismarck geschrieben, um sie zu bitten, dem Fürsten mitzuteilen, daß Sie inzwischen von meinen Vorschlägen Kenntnis erhalten haben und an mich die Bitte richteten, Ihren bestimmten Wunsch an maßgebender Stelle auszusprechen, man möge von Ihrer Person Abstand nehmen, da Sie nicht imstande seien, einen solchen Antrag anzunehmen. Ich fügte hier noch das Nötige bei, um wiederholt jedem weiteren Mißverständnis vorzubeugen.

Ich glaube nun nach Ihren Wünschen gehandelt zu haben und hoffe, daß Sie auch mein bisheriges Handeln als gerechtfertigt betrachten werden.

Seit einigen Tagen soll eine wesentliche Besserung in dem Befinden des Reichskanzlers eingetreten sein, und wenn sich das bestätigt, so fällt die Voraussetzung für eine Stellvertretung selbstredend weg.

Sie erlauben mir aber wohl, Ihrer Beurteilung der Frage entgegenzutreten, daß Sie nicht die rechte Person für eine solche Stellvertretung sein sollten. Es wäre unbescheiden, in die Begründung, welche Sie mir für Ihre Anschauungen mitteilen, tiefer einzugehen. Ich möchte nur den einen Gesichtspunkt hervorheben, der mich bei meinen Erwägungen geleitet hat. Im Vordergrund aller Angelegenheiten, die das Reich bewegen, steht unzweifelhaft der Konflikt mit Rom. Diesen richtig zu führen, ist deshalb auch die wichtigste Aufgabe; sie ist wichtiger als etwaige besondere Redefähigkeit im Reichstage, ja, ich schlage sogar das Mehr-oder-weniger-Vertrauen-besitzen in den verschiedenen Parteien weit geringer an, denn das hängt doch meist vom Erfolge ab.

Sie, lieber Fürst, gehören zu den wenigen hervorragenden Persönlichkeiten, welche sich eingehend mit den kirchlichen Angelegenheiten beschäftigt haben und zur rechten Zeit das rechte Wort sprachen, weil Sie die ganze Bedeutung der drohenden Gefahren erkannten. Ihre Erfahrungen würden für die Interessen des Reichs von größtem Nutzen sein, sowohl bei der Leitung der inneren Angelegenheiten als bei Behandlung der auswärtigen Politik, welche wohl noch für längere Zeit durch die kirchenpolitischen Fragen stark berührt bleiben wird. Ihr maßvolles Wesen ist das, was uns besonders nützt, und somit das, was uns auf rechte Bahn leiten und auf derselben erhalten würde. Unter solchen Voraussetzungen würde es Ihnen an Unterstützung nicht fehlen, und es entstünde das, was so nötig ist, eine feste, gute, zuverlässige Regierungspartei, welche, auf konservativer Grundlage ruhend, den Entwicklungsgang der Reichsangelegenheiten in freisinnigen, aber festen Bahnen zu fördern imstande und gewillt ist.

Sie lenken meine Aufmerksamkeit auf Herrn von Forckenbeck als den rechten Mann für eine etwaige Stellvertretung des Reichskanzlers und glauben, daß er sich allmählich zum vollendeten Staatsmann herbilden würde.

Ich kenne Herrn von Forckenbeck kaum und kann daher nicht beurteilen, ob er sich für eine solche Aufgabe eignen würde. Ihr Urteil ist mir daher von größtem Interesse und von besonderem Wert, da Sie Gelegenheit hatten, gewichtige Erfahrungen über diesen Mann zu sammeln. Je mehr Männer von unabhängiger Gesinnung und festem Charakter gefunden werden, desto mehr Hoffnung erweckt das für die Zukunft. Ob aber die von Ihnen gerühmten Eigenschaften des Herrn von Forckenbeck genügten, um die Aufgaben zu behandeln, von denen wir reden, das möchte ich nicht unbedingt annehmen. Der leichte Verkehr in allen Kreisen des öffentlichen und Geschäftslebens, also auch in diplomatischen Kreisen, dürfte Forckenbeck abgehen, und das wäre ein Mangel, der sich schwer

fühlbar machen würde, da er, sofort zu seinen Ungunsten benutzt, ihm große Hemmnisse bereiten müßte. Die Behandlung der auswärtigen Politik gehört doch zu den bedeutendsten Aufgaben eines Reichskanzlers, und dazu gehört Erfahrung und eine routinierte Sachkenntnis, welche auf der bisherigen Laufbahn des Herrn von Forckenbeck nicht wohl zu erlangen war.

Ich hoffe übrigens, daß wir bald wieder Gelegenheit finden, über diese und ähnliche Aufgaben der Zukunft mündlich zu verkehren, denn es ist mir ungemein wertvoll, Ihre Erlebnisse und Erfahrungen in bezug auf Personen und Verhältnisse kennen zu lernen.

Schon zu lange habe ich Ihre Zeit in Anspruch genommen, daher schließe ich nun und verbleibe in aufrichtiger Verehrung

Ihr ergebener

Friedrich, Großherzog von Baden.

### Journal.

Berlin, 12. April 1874.

Heute Spaziergang mit Gelzer. Dieser war neulich beim Kaiser, gerade an dem Tage, wo der Kaiser mit Bismarck das Kompromiß<sup>1)</sup> verabredet hatte, und fand den Kaiser noch unter dem Eindrucke der gehaltenen Besprechung. Der Kaiser sagte, Bismarck sei geistig so frisch wie immer gewesen, nur die Körperkräfte seien noch gering. Dann sprach Gelzer mit ihm über den Kirchenkonflikt, bei dem man — sagte Gelzer — bedauern könne, daß er so begonnen worden sei, den man aber nicht aufgeben könne, ohne ein zweites Olmütz zu haben. Damit war der Kaiser einverstanden. Dann sprachen sie über die Schwierigkeiten der Lage und von der Zweckmäßigkeit, einen Vertreter für den kranken Reichskanzler zu haben. Als Gelzer mich nannte, stimmte der Kaiser bei, wußte aber auch schon, daß ich abgelehnt habe. „Das ist seine Bescheidenheit,“ sagte er dann. Von Forckenbeck, den ihm Gelzer darauf nannte, scheint er nichts wissen zu wollen, denn er machte eine abwehrende Bewegung.

Wir sprachen dann noch von Rom, Paris, Berlin u. s. w.

Dann zur Fürstin Bismarck. Sie erzählte von Bismarcks Krankheitsgeschichte, die sie zurückführt auf ein Unwohlsein in Petersburg, wo man ihm ein so scharfes Pflaster auf die Kniekehle gelegt habe, daß dadurch ein Blutgefäß zerstört worden sei, was jetzt den Blutumlauf störe. Ueber die Pläne für den Sommer ist nichts bestimmt. Er will nicht nach Rissingen, und die Aerzte wollen ihn dorthin schicken.

---

<sup>1)</sup> Der entscheidende Vortrag des Reichskanzlers, auf welchen die Annahme des Kompromisses (Friedenspräsenz nach der Forderung der Regierung mit der Beschränkung auf sieben Jahre) folgte, fand am 10. April statt.

Um 5 Uhr aß ich mit Gelzer und Forckenbeck in einer Restauration. Mir lag daran, Gelzer mit Forckenbeck bekannt zu machen, um Gelzers Absichten bezüglich einer Stellvertretung Bismarcks auf den jüngeren und kräftigeren Forckenbeck und von mir abzulenken. Ich glaube, das ist mir gelungen. Es wurde sehr langsam serviert, und das Diner endete erst um  $\frac{1}{2}$  9 Uhr, so daß die Herren Zeit hatten, sich kennen zu lernen. Mich kostete diese Manipulation einundzwanzig Taler.

Abends mit der Reichspartei bei Frankenberg, Radowiz war auch dort. Er stellte mir in Aussicht, mich in die orientalische Politik einzuweihen, mit der ich in Paris zu tun haben werde. Er glaubt, daß Arnim so bald nicht von Paris wegzubringen sei. Jedenfalls werde ich nicht vor Mitte Mai daran denken können, da zwei Botschafter in Paris zuviel wären.

Aus der Tischrede des Fürsten bei der von der Reichspartei veranstalteten Abschiedsfeier am 24. April.

... Meine Herren! Sie geben mir heute Gelegenheit, es auszusprechen, von welchem schmerzlichen Gefühl ich bewegt bin bei dem Gedanken, daß ich nun von dem deutschen Reichstag Abschied nehmen soll und damit von einer Versammlung, in der mir Auszeichnung und Nachsicht in einem Maße zuteil geworden ist, das mit meinen Leistungen in keinem Verhältnis steht.

Sie geben mir Gelegenheit, es auszusprechen, wie hoch ich mich geehrt fühle, einer Versammlung angehört zu haben, die berufen war, die Grundlagen der deutschen Einigung festzusetzen.

Ja, meine Herren, unsre Nachkommen werden uns beneiden, daß wir zur Arbeit berufen waren in einer der glänzendsten Epochen der deutschen Geschichte. Unsre Nachkommen werden uns beneiden, daß uns das Glück zuteil geworden ist, die ersten Hammerschläge zu tun auf dem Grundstein des deutschen Neubaus. Meine Herren, Sie haben mir durch den Mund Ihres Redners anerkennende Worte aussprechen lassen. Ich gehöre nun leider zu den bescheidenen Menschen, und jedes schmeichelhafte Wort verliert bei mir sofort seinen Lustre durch die ätzende Lauge unerbittlicher Selbstkritik. So weit aber geht meine Bescheidenheit nicht, daß sie mir den Stolz und das Selbstvertrauen nehmen könnte, welche ich aus der Tatsache schöpfe, daß ich in allen Legislaturperioden durch das Vertrauen der Vertreter des deutschen Volks auf die zweite Ehrenstelle des deutschen Reichstags erhoben worden bin, daß ich dieses Vertrauens in diesen Jahren nicht verlustig gegangen bin. Diese Tatsache ist die beste Mitgabe für einen Botschafter, der berufen ist, Kaiser und Reich bei einer Nation zu

vertreten, der wir, die gewählten Vertreter des deutschen Volks, das Verdienst zuerkennen müssen, zuerst unter allen Völkern des Kontinents jene großen Gedanken politischer Freiheit zum Ausdruck gebracht zu haben, auf welchen der moderne Staat beruht.

Die Erinnerung an diese Tatsache werde ich festhalten in meinem neuen Verufe und zugleich die Instruktion befolgen, die mir in Ihrem Namen der geehrte Redner gegeben hat, die Instruktion, die Erinnerung an die treuen Freunde zu bewahren.

### Journal.

Berlin, 28. Mai 1874.

Gestern war ich bei der Fürstin Bismarck, mit der ich von ihrer Konversation mit dem Großherzog sprach. Sie sagt, daß Bismarck davon nichts wisse, und bedauert, daß der Großherzog über diese Sache mit zu vielen Leuten gesprochen habe. Sie versprach mir, bei Bismarck die Sache so klarzustellen, wie sie ist, damit nicht Bismarck gegen mich das Mißtrauen bekommt, als habe ich mich an seine Stelle drängen wollen.

Berlin, 2. Mai 1874.<sup>1)</sup>

Heute hatte mich Bismarck auf 2 Uhr zu einer Besprechung bestellt. Ich fand mich pünktlich ein und wurde von der Fürstin empfangen, bis der Fürst fertig gerichtet war. Ich fand ihn in seinem Bette in weißer Nachtjacke liegend. Er sah ziemlich wohl aus und fing gleich an von Arnim zu sprechen; das nahm viel Zeit in Anspruch. Er wiederholte, was er mir schon früher gesagt hatte, daß er sich auf Arnim nicht verlassen könne und daß er es ihm selbst gesagt habe, daß er ihn nicht brauchen könne. Arnim wurde aber immer vom Kaiser gehalten. Als zuletzt der Kaiser zustimmte, ihn von Paris wegzutun, riet Bismarck, ihn nicht zur Disposition zu stellen, sondern nach Konstantinopel zu schicken, was Arnim annahm. Statt aber ruhig hinzugehen, fing er die Geschichte mit der Veröffentlichung des Briefes in der Wiener „Presse“ an und dann folgten alle weiteren Enthüllungen.

Ueber Frankreich sagte er, daß wir vor allem dabei interessiert seien, daß Frankreich nicht so mächtig im Innern und so angesehen nach außen werde, um Verbündete zu gewinnen. Eine Republik und innere Wirren seien eine Garantie des Friedens. Eine starke Republik sei allerdings, das gebe er zu, für das monarchische Europa ein schlimmes Beispiel. Dennoch schien ihm, wie ich glaube verstanden zu haben, die Republik weniger gefährlich als die Monarchie, die im Ausland allerhand Unfug begünstige.

---

<sup>1)</sup> Das Beglaubigungsschreiben war dem Fürsten am 29. April zugestellt worden.

Wenig günstig würde für uns die Monarchie unter den Orleans sein. Chambord hält er nicht für wahrscheinlich, da dieser keine Lust habe, sich den Unannehmlichkeiten der Regierung auszusetzen. Die Bonapartes seien für uns von allen Monarchen Frankreichs noch die besten. Könne aber der jetzige Zustand fort dauern, so sei das besser.

Ueber die allgemeine europäische Politik äußerte er sich nachdrücklich dahin, daß wir ein wesentliches Interesse hätten, die guten Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland zu erhalten. Kämen diese in Streit, so hätten wir zwischen beiden zu optieren, und das sei schlimm.

In bezug auf die französische Politik erwähnte er die Tendenzen Frankreichs, mit Tunis anzubinden und sich da festzusetzen. Das sei gut für uns, denn Frankreich werde sich da engagieren und dort festgehalten werden. Allerdings leide der Handel der Deutschen in Tunis. Bismarck schien aber das politische Interesse höher anzuschlagen als diese Handelsinteressen.

Bismarck wünscht, daß ich so bald als möglich nach Paris gehen möchte.

Berlin, 6. Mai 1874.

Heute Morgen im Auswärtigen Amt. Studien in den Akten. Russells Interpellation<sup>1)</sup> mit Bucher und Styrum besprochen und zu dem Resultat gekommen, daß sie von Morier inspiriert war. Dann besuchte ich die Fürstin Bismarck, um sie zu bitten, mich bei Bismarck zu melden. Darauf Einladung zum Diner. Hier fand ich den Bruder Bismarcks. Er ist Bismarck ins Harmlose des märkischen Rittergutsbesizers übersetzt. Bei Tisch erzählte Bismarck vom Jahre 1870, von seiner Besprechung mit Roon und Moltke, die über die Renunziation des Fürsten Hohenzollern und die Nachgiebigkeit des Königs außer sich waren. Dann das Telegramm von Abeken und Bismarcks abbreviierte Veröffentlichung, wodurch der Krieg unvermeidlich wurde. Dann von Oesterreich 1866 und den Schwierigkeiten bei dem Friedensschluß. Bismarck fragte Moltke: „Was würden Sie tun, wenn die Franzosen über den Rhein gingen?“ „Ich würde,“ sagte Moltke, „mit 100 000 Mann die Elblinie decken und gegen Frankreich marschieren.“ Das schien Bismarck nicht klug, deshalb schloß er Frieden, da man von Oesterreich das hatte, was man brauchte, nämlich freie Hand in Deutschland.

Nach Tisch erzählte ich, daß die Kronprinzess mich aufgefordert habe, ihr zu schreiben. Er hält das für Phrase und rät davon ab, weil das

---

<sup>1)</sup> Lord Russell interpellirte die Regierung im Oberhaus am 4. Mai über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland und die Aussichten auf Erhaltung des Friedens.

den Kaiser verletzen könne. Wenn ich dem König von Bayern berichten wollte, so sei das eine andre Sache, das könne ich sehr gut tun. Ich fragte ihn, wie ich mich den Bonapartisten gegenüber zu verhalten habe. Er sagt, nichts für sie, aber auch nichts gegen sie tun. Es sei immer die beste Monarchie in Frankreich in unserm Interesse, da sie im Innern Schwierigkeiten haben würde. In der Kirchenfrage, sagte ich, würde ich seine Politik vertreten, bat aber, daß man mich sofort benachrichtigen möchte, wenn etwa eine Wendung eintreten sollte. Bismarck sagte das zu und bemerkte, daß dazu keine Aussicht sei, wenn man nicht von der andern Seite einen Modus vivendi vorschläge, denn zu etwas anderm könnten wir mit Rom doch nicht kommen.

Schließlich empfahl ich mich, um sein Wohlwollen und seine Nachsicht bittend. Er sagte: „Ich brauche Ihnen nicht zu empfehlen, nicht trop de zèle zu entwickeln. Sie haben genug in großen Geschäften gearbeitet. Es ist immer gut, sich die Sachen ruhig zu überlegen, ehe man handelt. Sie sind aber so schon vorsichtig.“

Berlin, 7. Mai 1874.

Heute war Bleichröder bei mir. Er gab mir während zwei Stunden wertvolle Notizen über Paris.

Ein gewisser Landsberg ist von ihm auf Veranlassung Bismarcks für das Wolffsche Telegraphenbureau gewonnen. Er weiß noch nicht, ob er ihn mir empfehlen kann, wird dies aber, wenn der Mann sich bewährt, später tun. Er will mir einen Brief an Alphonse Rothschild schicken, den ich diesem schicken kann, worauf Rothschild mir einen Besuch machen wird.

Von Bismarck sagt er, daß dieser keine Rücksichten kenne und die Leute wie eine Zitrone auspresse. Ein gewisser Schlesinger schreibt aus England. Den will er instruieren, daß er auch mir schreibe. Schließlich sagte er, ich würde im Sommer kaum von Paris wegkommen, da ich dort zu viel zu tun finden würde. Der Sommer werde sehr stürmisch sein. Er verspricht, Berichte über die hiesigen Zustände zu geben. Den Brief von Peter hält er für sehr richtig.<sup>1)</sup> Die Juden sind avertiert, daß ich ihr Feind sei, was er bestritten hat. Ueberhaupt behauptet er, mir das Terrain geebnet zu haben.

Bleichröder erwartet ohne Zweifel, daß ich einst der Nachfolger von Bismarck werde und will sich deshalb gut mit mir stellen.

Berlin, 7. Mai 1874.

Heute Abschiedsaudienz beim Kaiser. Er empfing mich in seinem Kabinett, lud mich ein, mich ihm gegenüber zu setzen, und war sehr freundlich.

<sup>1)</sup> Siehe Seite 107.

Er sagte, Bismarck, bei dem er heute war, habe ihm gesagt, daß er mir schon Instruktionen gegeben habe. Er wünsche, so gute Beziehungen als möglich mit Frankreich zu erhalten. Bismarck lege besonderes Gewicht darauf, daß Frankreich nicht zu stark und bündnisfähig werde. Das sei ganz gut. Doch sei es nicht möglich und anständig, daß wir selbst darauf hinarbeiten sollten, daß Frankreich zerrüttet werde und in Unordnung gerate. Dann sprach er von den Bonapartisten. Der Kaiser Alexander und Gortschakow hätten ihm gesagt, daß die Bonapartes an Terrain gewännen, ohne aber anzugeben, worin das bestände. „Uns kann es ja ganz recht sein, wenn die wieder ans Ruder kommen, nur weiß ich nicht, wie der junge Mann von achtzehn Jahren ein Land wie Frankreich regieren soll.“ Der Kaiser meint, es wäre gut, wenn noch einige Jahre vergingen, damit der junge Napoleon so viel älter würde. Ich erzählte dann meine Unterredung mit Napoleon vom Jahre 1867,<sup>1)</sup> die den Kaiser sehr interessierte. Dadurch kam er auf ein Gespräch, welches er damals mit Nigra hatte. Er sagte Nigra in der Absicht, daß es Napoleon wieder erzählt werden möchte, folgendes: „Ich werde die Einheit Deutschlands nicht erleben, vielleicht auch nicht mein Sohn. Aber kommen wird sie. Wenn dann Napoleon diese zu verhindern sucht, dann wird er sich ins Verderben stürzen.“ Das wurde Napoleon erzählt, der darauf sagte: „Da irrt sich der König. Ich werde diesen Fehler nicht begehen.“ „Und,“ schloß der Kaiser, „es ist doch so gekommen, wenn auch ohne die Schuld Napoleons.“

Dann sprach er über Arnim, augenscheinlich unter dem Eindruck der eben gehaltenen Unterredung mit Bismarck.

Am Schluß dankte er mir für das Opfer, das ich brächte, indem ich nach Paris ginge: „Die Fürstin wird es auch empfinden.“ Ich sagte, kein Opfer sei mir zu groß, wenn ich ihm dienen könne. Ich sei hochgeehrt durch sein Vertrauen und danke ihm für die Ehre, die er mir erwiesen habe. So schloß die Konversation mit der Versicherung des Kaisers, daß er volles Vertrauen in mich setze.

Noch ist zu merken, daß der Kaiser mir auftrag, den Marschall Mac Mahon von ihm zu grüßen. Ebenso der Kronprinz.

---

<sup>1)</sup> Bd. I S. 258.

## Sechstes Buch

# Botschafter in Paris

1874 bis 1885

Paris, 22. Mai 1874.

**A**nfahrt in Paris Montag Abend den 18. Mai. Den 19. früh im Botschaftshotel. Nachmittags Promenade auf den Boulevards. Diner bei der Fürstin Wittgenstein.

Den 20. Besichtigung des Botschaftshotels. Besuch bei Apponyi. Um 6 Uhr bei Decazes.<sup>1)</sup>

Nach den üblichen gegenseitigen höflichen Redensarten ging Decazes auf die gegenwärtige Situation ein.<sup>2)</sup> Er meint, daß die konservative Partei sich wieder sammeln und zur Besinnung kommen werde. Das Ministerium sei noch nicht gebildet, aber es werde zustande kommen. Ihm sei es lieb, daß das nicht zu schnell geschehe, er wolle kein replâtrage, sondern etwas, was mehr Aussicht auf Dauer habe. Die Konservativen müßten erst empfinden, daß sie vor einer Gefahr ständen. Die heutigen Gerüchte bewiesen, daß das Mittel, das Publikum zu beunruhigen, gewirkt habe. Was ihn betreffe, so sei er gern bereit, Minister zu bleiben, da er stets seinem Lande dienen wolle, wenn er nützlich sein könne. Aber er wolle wissen, wie er daran sei. Er werde daher, und das habe er auch dem Marschall erklärt, bleiben, wenn ihm die Kollegen, die Goulard<sup>3)</sup> zusammenbringen werde, gefielen und wenn das Programm seinen Ansichten entspräche. Dieses Programm sei Organisation der Attribute des Marschalls auf diese oder eine andre Weise. Ueber die Einzelheiten könne man sich verständigen. Wenn er aber die Geschäfte dauernd wieder übernehmen sollte, so werde es sein eifrigstes Bestreben sein, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, soweit es an ihm sei, zu den besten zu machen. Ich begnügte mich, ihm zu erwidern, daß ich mich glücklich schätzen würde, mit ihm in geschäftlichen Beziehungen zu bleiben und daß

---

1) Duc Decazes, der Minister des Auswärtigen.

2) Am 16. Mai hatte der Ministerpräsident Duc de Broglie für den der Nationalversammlung vorliegenden Entwurf des Wahlgesetzes die Priorität vor dem Gesetzentwurf über die Gemeindeverfassung gefordert und dabei die Vertrauensfrage gestellt. Die Regierung unterlag mit 317 gegen 381 Stimmen. Das Ministerium Broglie gab darauf seine Demission.

3) Der Marschall hatte Goulard mit Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, der aber kein Ministerium zustande brachte.

meine Instruktion dahin gehe, die guten Beziehungen zwischen beiden Regierungen zu befestigen und zu entwickeln.

Die Audienz wird eine feierliche sein. Samstag um 1 Uhr im Elysée.

Paris, 25. Mai 1874.

Gestern bei der Herzogin von Magenta um 1 Uhr. Dann bei dem Minister Fourtou, der das Innere übernommen hat.<sup>1)</sup> Ein noch junger Mann, sehr wohlredend und gewandt. Er bedauert, das Kultusministerium verloren zu haben, weil damit die schönen Künste vereinigt waren. Der Kultus habe ihm allerdings einige Schwierigkeiten gemacht. Namentlich zur Zeit der Mandements.<sup>2)</sup> Sein Zirkular an die Bischöfe habe aber sehr gewirkt. Ich sagte, man habe das in Berlin anfangs nicht erwartet, worauf er erwiderte, auch habe er sich damit nicht begnügt, sondern noch Gelegenheit genommen, den Bischöfen Mäßigung zu predigen. Auch Decazes hat mir das gesagt. Man ist noch immer unter dem Eindruck der Noten, die damals Arnim mitgeteilt hat.

Was die Zukunft des neuen Ministeriums betrifft, so zeigte sich Fourtou sehr beruhigt. Das Ministerium werde ohne Zweifel die Majorität erhalten. Man werde erst das Municipalgesetz, dann das Gesetz über die Wahlen und endlich den Grand Conseil<sup>3)</sup> beraten. Was das Ministerium an sich betrifft, so erklärt er dasselbe für mac-mahonien.

Abends war der Justizminister bei mir, heute der General Admiral, Gouverneur von Paris. Dann in der Tribüne des Marschalls beim Rennen in Auteuil. Hier traf ich Montaignac, den neuen Marineminister, dann den Polizeipräfekten, einen noch jungen Mann, den türkischen, englischen und russischen Botschafter und verschiedene Adjutanten an.

Paris, 28. Mai 1874.

Gestern Visite von Fabrice, dem sächsischen Gesandten in Brüssel. Dann Landsberg, ein gescheiter, recht anständiger Journalist.

<sup>1)</sup> In dem am 22. gebildeten Ministerium Cissy.

<sup>2)</sup> Verschiedene französische Bischöfe hatten im Jahre 1873 Hirtenbriefe erlassen, in welchen Italien, die Schweiz und Deutschland wegen der „Kirchenverfolgung“ auf das heftigste angegriffen wurden. Der Bischof von Nancy hatte zu Gebeten für die Wiedervereinigung von Straßburg und Metz mit Frankreich aufgefordert. Deutschland forderte eine Zurechtweisung des Bischofs. Am 10. Oktober 1873 wurde Graf Arnim instruiert, unumwunden zu erklären, daß Deutschland „die Haltung der französischen Presse und die parallelen Kundgebungen hochstehender weltlicher und geistlicher Beamten als eine Provokation betrachte“. Am 30. Oktober hatte Arnim eine Unterredung mit dem Duc de Broglie, „der davon sehr impressioniert war“. Die Verhandlungen darüber setzten sich bis in den Februar 1874 fort.

<sup>3)</sup> Das projektierte Oberhaus.

Nachmittags bei Decazes zum Diplomatentag. Ich erledigte eine Geschäftssache und ging bald wieder weg. Dort traf ich u. a. den schweizerischen Gesandten Kern, der einen guten Eindruck macht.

Abends „Bouffes Parisiennes“, wo auch Fürst und Fürstin Metternich waren.

Heute nach Versailles. Zuerst dort bei Buffet. Empfang im Schloß. Wenig Leute. Admiral La Roncière, der bedeutendste unter den französischen Admiralen, ein lebenswürdiger alter Herr. Während wir zusammen sprachen, kam ein junger schlanker Mann herein mit einem Begleiter, den er Buffet vorstellte. Er trug ein blaues Band. Der Admiral hielt ihn für einen Diplomaten. Es zeigte sich aber, daß es der Comte d'Eu war, der Sohn des Herzogs von Nemours, der Schwiegersohn des Kaisers von Brasilien. Er erinnert an die Koharysche Familie.

Dann zum Marschall. Dort war es ziemlich voll. Auch da war schon der Comte d'Eu. Ich sprach Broglie, Ciffey,<sup>1)</sup> den englischen Militärattaché, den Minister Cumont,<sup>2)</sup> der behauptete, der Sozialismus sei ein Produkt der deutschen Philosophie. Er verstummte aber, als ich ihm die französischen Sozialisten und Kommunisten von Babeuf bis Louis Blanc zitierte. Die Räumlichkeiten der Präfektur sind sehr schön. Man war sehr lebenswürdig für uns. Die Fahrt im Wagen nach Versailles und zurück war sehr ermüdend.

An den Reichskanzler.

Paris, 30. Mai 1874.

Eure Durchlaucht haben vielleicht einen Artikel der Wiener „Presse“ gelesen, der mir die Aeußerung zuschreibt, „meines Bleibens in Paris werde nur so lange sein, als mir eine gewisse Selbständigkeit verbleibe“. Eure Durchlaucht kennen mich genügend, um überzeugt zu sein, daß es mir nicht beifallen konnte, meinen Eintritt in den Reichsdienst mit der Rundgebung eines gewissermaßen oppositionellen Programms zu begleiten. Ich würde deshalb über diese wie über viele andre mich betreffende Zeitungserfindungen stillschweigend hinweggegangen sein; der vorliegende Artikel gerade dieses Blattes scheint aber in der Absicht geschrieben zu sein, bei Eurer Durchlaucht Mißtrauen gegen mich zu erwecken. Zudem benutzt er in perfider Weise eine von mir ausgesprochene Ansicht, die ich deshalb richtigstellen muß. Ich erinnere mich, bei der Besprechung bekannter Vorkommnisse in der Diplomatie des Deutschen Reichs, wenn ich nicht irre, im Vorfaal des Reichstags die Aeußerung getan zu haben, ich könne nicht verstehen, wie ein Vertreter des Reichs im Amte bleiben möge, der sich

1) Ministerpräsident und Kriegsminister.

2) Unterrichtsminister.

mit dem Leiter der auswärtigen Politik in prinzipiellem Widerspruch befindet. Nur wenn hier Uebereinstimmung herrsche, sei die Tätigkeit des ersteren von Erfolg. Auch sei ich der Ansicht, daß das Bewußtsein, sich in Uebereinstimmung zu befinden mit den Grundsätzen, nach denen die Politik des Landes, dem man dient, geleitet wird, dem diplomatischen Vertreter die zur Lösung seiner Aufgabe unentbehrliche Selbständigkeit gebe.

Was mich betrifft, so bin ich den Ereignissen, die sich unter der Leitung Eurer Durchlaucht vollzogen haben, mit genügender Aufmerksamkeit gefolgt, um zu wissen, daß ich mich mit Eurer Durchlaucht in Uebereinstimmung befinde, und ich zweifle nicht, daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Zum Schlusse erlaube ich mir, unter Bezugnahme auf den ganz vertraulichen Erlaß vom 17. Mai d. J. zu bemerken, daß ich Graf Arnim bei seiner Anwesenheit hier gesprochen habe. Ich habe mich darauf beschränkt, seine Versicherung, nicht zu wissen, wie er sich das Mißfallen Eurer Durchlaucht zugezogen habe, stillschweigend anzuhören und ihm geraten, sich fernerer Veröffentlichungen in der Presse im eignen Interesse zu enthalten. Eine nachteilige Wirkung des vom Grafen Arnim hier über mich gefällten Urteils habe ich bisher noch nicht empfunden.

Eure Durchlaucht werden meine Berichte noch etwas mager finden. Zurzeit scheint mir aber, wie es nicht anders sein kann, Herr Lindau<sup>1)</sup> besser unterrichtet als ich, und ich glaube wohl daran zu tun, mich auf diejenigen Mitteilungen zu beschränken, die ich vermöge meiner amtlichen Stellung allein zu beschaffen imstande bin.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Barzin, 2. Juni 1874.

Telegramm.

Brief vom 30. mit Dank erhalten. Das darin benannte Blatt verdient keine Beachtung, weil persönlich tendenziös.

Journal.

Paris, 3. Juni 1874.

Heute in Versailles in der Nationalversammlung.<sup>2)</sup> Eigentümlicher Eindruck des Saales. Ueber dem Präsidentenstuhl oben an der Decke die drei bourbonischen Lilien. Lindau, der mit mir war, zeigte mir die Hauptpersonen. Gambetta, ein gemein aussehender, dicker, untersehter Mann mit langen schwarzen Haaren. Grévy, ein Genre von Simson, er ist nicht mehr Präsident. Jules Favre, Ricard, Crémieux, Léon Say,

<sup>1)</sup> Damals Attaché an der Botschaft.

<sup>2)</sup> Am 2. Juni hatte die Beratung des Wahlgesetzentwurfs begonnen.

Casimir-Périer und viele andre Berühmtheiten waren da zu sehen. Thiers war nicht anwesend, auch Dufaure nicht.

Erst eine anderthalbstündige Rede des jungen Herrn von Castellane, der mit unglaublicher Sicherheit sprach und unter vielfachem Widerspruch der Linken und Gelächter den Suffrage universel bekämpfte. Dann trat Ledru-Rollin auf. Er verteidigte den Suffrage universel und bestritt der Versammlung das Recht, das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen. Er konnte nicht mehr als jedesmal einen Satz aussprechen, worauf dann jedesmal eine minutenlange Unterbrechung folgte. Der alte Biel-Castel, dann Dahiret von der Rechten unterbrachen nicht durch einzelne Worte, sondern durch ganze lange Phrasen. Dazwischen allgemeines Geschrei, kurz eine wahre Komödie. Der Präsident, ein mir unbekannter Vizepräsident, kam nicht in Betracht. Ich habe seine Stimme nur gehört, als er Ledru-Rollin nannte, den niemand kannte. Ledru-Rollin sprach sehr ruhig und gut. Um 5 Uhr mußte ich weg, um noch zur rechten Zeit nach Hause zu kommen. Abends Diner bei Durand mit den Herren der Botschaft. Toast von Rudhart,<sup>1)</sup> von mir beantwortet.

Den 4. Morgens bei Peter. Dieser ist der Ansicht, daß die einzige Regierung, welche in Frankreich Aussicht auf Existenz habe, die bonapartistische sei. Der Franzose sei démocrate und autoritaire. Das sei durch das Empire zu realisieren.

Um 1/2 6 Uhr fuhr ich nach dem Bahnhof Mont Parnasse, um zum Diner nach Versailles zu gehen. Baude und Desprez, der politische Direktor im Ministère des affaires étrangères fuhren im Waggon mit mir. Das Diner war sehr zahlreich: ein großer Teil des diplomatischen Korps Lyons, Orlov, Washburne, Nigra. Letzterer ein Mann mit klugen, aufmerksamen Augen. Washburne ein amerikanisches Original. Nach Tisch bei der Zigarre im Arbeitszimmer des Marschalls mit verschiedenen Herren. Kern sprach viel und freundschaftlich mit mir, der echte Schweizer. Bei Tisch hatte ich neben dem Marschall gegessen, der mir von Königsberg<sup>2)</sup> erzählte.

Paris, 9. Juni 1874.

Gestern den ganzen Vormittag bis gegen 5 Uhr mit Berichten beschäftigt, da Bülow<sup>3)</sup> Abends abreiste, der dieselben mitnehmen sollte. Dann mit Peter „au Moulin“ zu Mittag gegessen (Restaurant in den Champs Élysées). Abends bei der Duchesse de Galliera. Dort traf ich den Prince de Joinville, den Herzog August von Kohary, der mich seiner Frau, der

<sup>1)</sup> Bayrischer Gesandter.

<sup>2)</sup> Wo Mac Mahon bei der Krönung König Wilhelms Frankreich vertreten hatte.

<sup>3)</sup> Militärbevollmächtigter an der Botschaft.

Prinzessin Klementine, vorstellte. Dann ließ ich mich durch den Hausherrn dem Duc de Nemours vorstellen. Das Fest war halb in den Salons des Erdgeschosses, halb im Garten. Bengalisches Feuer, bunte Lampen u. s. w. Ein Chor des Conservatoire sang verschiedene Musikstücke. Der Duc de La Rochefoucauld Bisaccia, Botschafter in London, ließ sich mir vorstellen.

Heute Mittag war der Prinz Joinville bei mir. Er sprach von den Zuständen in Frankreich, lobte den Marschall, hob hervor, daß nur ein Militär geeignet sei, Frankreich zu regieren, nachdem man es versäumt habe, die Monarchie herzustellen. Er glaubt, Thiers hätte dies tun können gleich nach der Niederwerfung der Kommune. Er meint, daß die Nationalversammlung sich nicht dazu verstehen werde, die Auflösung zu beschließen, ohne vorher die seconde chambre gebildet zu haben. Auf diese legt er ganz besonderen Wert, weniger auf das Wahlgesetz für die Zweite Kammer. Das ist auch sehr natürlich, weil die Orleans gerade durch diese Zweite oder Senatoren-Kammer ihre Monarchie herzustellen hoffen. Ebendeshalb aber werden die Republikaner nicht und die Legitimisten schwerlich darauf eingehen. Der Prinz scheint sehr wohl informiert zu sein. Die Konversation ist wegen der Taubheit schwer.

Paris, 3. Juli 1874.

Eben geht Reumont<sup>1)</sup> von mir, der von Florenz kommt und sich hier einige Tage aufhält. Nach allgemeiner Konversation kam die Rede auf die kirchlichen Fragen und den deutschen Konflikt. Er beklagt denselben, bestreitet dessen Notwendigkeit und stellt sich mehr, wenn auch nicht ganz, auf die ultramontane Seite. Er bestreitet, daß die Kirche angefangen, daß der Syllabus und die Unfehlbarkeitserklärung die Regierungen berechtigten, sich auf die Defensive zu stellen, und vertritt den sentimentalen Standpunkt seines alten Gönners Friedrich Wilhelm IV. Ich bemühte mich, meinen und der Regierung Standpunkt und die Kirchengesetze zu rechtfertigen. Aber umsonst. Als er nun sich immer nicht überzeugen ließ, von der Kirchenverfolgung, von dem eisernen Fuß, den man auf den Nacken der Kirche setze, und ähnlichem lamentierte, ging mir die Geduld aus. Ich sagte ihm, ich hätte genug Erfahrungen mit den Ultramontanen in Bayern gemacht, um sie zu kennen, und ich könne ihm nur versichern, daß ich es gewesen, der dem Fürsten Bismarck geraten habe, sich der Kirche gegenüber vorzusehen, und daß, wenn wirklich Fürst Bismarck den eisernen Fuß auf den Nacken der Kirche zu setzen gezwungen sei, ich ihn dabei nach Kräften unterstützen würde. Das erschreckte ihn, und er zog ganz betroffen ab.

---

<sup>1)</sup> Alfred von Reumont, der Freund Friedrich Wilhelms IV., der damals in Bonn lebte und regelmäßig im Frühjahr einen Aufenthalt in Florenz machte.

Paris, 8. Juli 1874.

Gestern sollte die Interpellation Lucien Bruns über die Unterdrückung der „Union“<sup>1)</sup> stattfinden. Als ich nach Versailles fuhr, sah ich, daß alles hinströmte, was sich ein Billett hatte verschaffen können. Auch die Abgeordneten waren zahlreich vertreten. Thiers erschien auch. Von der Bahn aus ging ich mit Chaudordy zu Fuß. Alindworth,<sup>2)</sup> dem ich begegnete, hielt mich auf, erzählte allerlei Neuigkeiten, behauptete, daß die Minister die „Union“ unterdrückt hätten, um auch ein Manifest, das von Chislehurst erwartet wurde, unterdrücken zu können, kam dann auf sein Lieblingsthema zu sprechen, daß die Großmächte die Familie Orleans einsetzen und das Kaiserreich wie die Republik verhindern müßten, und hielt mich so lange auf, daß, als ich in den Sitzungssaal kam, alle Plätze besetzt waren und ich den mir zukommenden Sitz auf den ersten Bänken nur dann hätte einnehmen können, wenn ich eine unter den verschiedenen darsitzenden Damen hätte aufstehen lassen. Das wollte ich nicht, und so ging ich in den Park, hörte eine Stunde der Musik zu und ging spazieren, und als ich um 5 Uhr wieder in die Assemblée kam, war die Interpellation noch gar nicht an der Reihe. Ich hatte also nichts versäumt. Auch wurde die Debatte auf heute verlegt, wo ich wieder hinfahren werde. Auf dem Rückweg kam ich in einen Waggon mit Chabaud-Latour und Chagnier. Beim Aussteigen traf ich Thiers, den ich begleitete. Es war merkwürdig zu sehen, mit welcher Freundlichkeit er vom Publikum begrüßt wurde. Der türkische Botschafter, den ich nachher sprach, behauptete, das sei gemacht und bestellt. Mir schien es ziemlich spontan zu sein. Uebrigens ging Thiers auf eine Unterhaltung über das Resultat der heutigen Debatte nicht ein. Er schien nicht sehr zufrieden über die günstigen Aussichten des Ministeriums.

Ich aß mit Lindau und Holstein<sup>3)</sup> im Café d'Orsay und beendete den Tag bei Musard, wo u. a. Beethovens „Adelaide“ sehr schön gespielt wurde.

9. Juli.

Gestern den ganzen Nachmittag mit Orlov, Apponyi und Lyons in der Nationalversammlung, wo Lucien Brun seine Interpellation begründete und Fourtou die Regierung verteidigte.<sup>4)</sup> Abends mit Chaudordy und Kern zurück.

<sup>1)</sup> In welcher am 2. Juli ein Manifest des Grafen Chambord erschienen war.

<sup>2)</sup> Ein politischer Agent.

<sup>3)</sup> Siehe Seite 33, damals Rat an der Botschaft.

<sup>4)</sup> Die Tagesordnung Lucien Brun wurde gegen die Stimmen der äußersten Rechten abgelehnt, die der Regierung erwünschte Tagesordnung aber auch und die einfache Tagesordnung beschlossen. Das Ministerium reichte seine Entlassung ein, die der Marschall aber nicht annahm.

Paris, 16. Juli 1874.

Heute Morgen Besuch bei Thiers. Er begann damit, mir zu sagen, daß er beabsichtigt habe, mich heute zu besuchen, um mir seine Teilnahme an dem Attentat<sup>1)</sup> auszusprechen. Er sei mit dem Fürsten Bismarck schon seit langer Zeit befreundet, und die Friedensverhandlungen hätten dies Gefühl noch vermehrt. Der Fürst habe ihm die Sache sehr erleichtert und die Bedingungen so viel als möglich ermäßigt. „Je ne dis pas cela à mes compatriotes qui trouvent qu'on a été beaucoup trop dur,“ aber seine Meinung sei es, und deshalb sei er Bismarck zu Dank verpflichtet. Er erzählte dann von den Attentaten Fieschi und Louvel. Von letzterem sagte er, er habe keine Teilnehmer gehabt. Im Augenblick allgemeinen leidenschaftlichen Hasses handelten solche politischen Mörder immer allein. Fieschi habe Mitverschworene gehabt. Die Erzählung des Fieschischen Attentats war sehr interessant. Er war damals Minister des Innern und ritt neben Louis Philipp. An einer Stelle der Boulevards hörten sie plötzlich den Knall und waren in der größten Verwirrung, zweiundvierzig Menschen wurden teils getötet, teils verwundet, Thiers' Pferd wurde auch verwundet. Ein Marschall wurde getötet. Thiers ging dann mit einer Abteilung Gardes de Paris in das Haus, wo sie Fieschi fanden. Dieser hatte das Attentat im Auftrage der radikalen Partei jener Zeit ausgeführt, ohne selbst großes Interesse daran zu haben. „Je l'ai fait,“ sagte er, „comme on brûle des pétards.“

Dann kam Thiers auf die Lage. Er meint, Magne werde sich kaum halten können.<sup>2)</sup> Thiers bedauert das, denn Magne sei ein guter Finanzminister aus der Schule des Barons Louis, eines finanziellen Genies, bei dem auch er in der Lehre gewesen sei. Es sei wahr, daß Magne Bonapartist sei, aber „un homme sensé“. Den Bericht des M. de Ventavon in der gestrigen Sitzung<sup>3)</sup> nennt er „une chose ridicule“. Der Bericht sei sehr schlecht aufgenommen worden und werde verworfen werden. Was dann? Das weiß Thiers auch nicht. Er glaubt, daß gar nichts zustande kommen wird. Die Auflösung rücke immer näher. Entweder werde sich die Versammlung bald auflösen, und die Wahlen würden dann im September stattfinden, oder man werde auseinandergehen, im Herbst wieder zusammenkommen und dann die Auflösung beschließen. „Je ne peux pas croire que l'assemblée passera l'année“. Thiers will übrigens das Ende

1) Kullmanns Attentat auf Bismarck in Rissingen am 13. Juli.

2) Der Finanzminister Magne erbat am 15. Juli seine Entlassung, nachdem die Nationalversammlung die zur Deckung des Defizits beantragten neuen Steuern abgelehnt hatte.

3) Ueber den die Befugnisse des Marschalls betreffenden Artikel des konstitutionellen Gesetzes.

nicht abwarten, sondern früher aufs Land gehen, da er die Hitze nicht ertragen könne. Die Sitzungen in der nächsten Woche werden sehr stürmisch werden.

Paris, 20. Juli 1874.

Gestern Nachmittag war Thiers bei mir, um sich vor seiner Abreise nach der Schweiz zu verabschieden. Er sagt, es werde ihm hier zu heiß. Mir scheint, daß er seine Freunde allein arbeiten lassen will und sicher ist, daß er wieder gerufen wird, wenn etwa der Marschall gestürzt würde. Er erzählte vielerlei. So vom Jardin des Plantes. „J'ai dépensé 30 millions pour le Jardin des plantes“, nämlich als er unter Louis Philipp Minister war. Er rühmte die Sammlungen sehr, namentlich die Mineralien.

Dann kam er auf Napoleon III. zu sprechen. Dieser habe ihn oft konsultiert. Persönlich vor dem Staatsstreich und durch Walewski während des Kaiserreichs. Im Jahre 1849 habe Napoleon nach der Schlacht bei Novara gegen Oesterreich Krieg führen wollen und deshalb Thiers gefragt. Dieser habe ihm entschieden abgeraten. Das sei ihm gelungen, nur weil er die notwendigen Dekrete vorgeschlagen, die den Kaiser dann stutzig gemacht hätten. Er rief dann Fübner herbei, der damals hier Geschäftsträger war, und bestimmte diesen, der österreichischen Regierung eine Verminderung der Friedensbedingungen vorzuschlagen, die dann auch angenommen und durch die der Krieg mit Frankreich abgewendet wurde.

Er sprach dann von dem Krieg von 1866, von dem nachteiligen Einfluß, den die passive Haltung Napoleons, zu der Goltz ihn bestimmt hatte, auf das Kaiserreich ausgeübt habe. Von da an datiere der Verfall des Kaiserreichs. Die Kaiserin sei, ebenso wie die ganze bonapartistische Partei, der Ansicht gewesen, der Krieg sei nötig, um das Prestige Napoleons herzustellen. Sie habe gesagt: „Mon fils ne régnera jamais, si le prestige n'est pas rétabli par une guerre victorieuse.“ Die Deputierten seien eigentlich gegen den Krieg gewesen und hätten ihn gebeten, dagegen zu stimmen, aber aus Furcht, das Kaiserreich zu schädigen, hätten sie dann doch dafür gestimmt und ihn allein gelassen. So sei es auch bei der mexikanischen Expedition gewesen. Ueber die gegenwärtige Krisis sprach er sich nicht eingehend aus. Er sagte nur: „Si on pouvait faire quelque chose du maréchal“ — dann sei wohl ein Ausweg zu finden. Daß er nicht mehr Präsident ist, scheint ihm immer das größte Unglück.

Wir sprachen dann auch über meine bayrische Politik und meine Versuche, einen süddeutschen Bund zu gründen, die er natürlich sehr gut fand.

21. Juli.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung bot wenig Interessantes, da die Debatte über den Antrag Casimir-Periers<sup>1)</sup> auf Donnerstag vertagt wurde. Cissay verkündete der Versammlung die Ernennung von Chabaud-Latour zum Minister des Innern<sup>2)</sup> und Mathieu Bodet zum Minister der Finanzen.

Paris, 28. Juli 1874.

Vorgestern erhielt ich von Berlin den Auftrag, Decazes über die schlechte Grenzbewachung und die Begünstigung der Karlisten eine unangenehme konfidentielle Mitteilung zu machen, in welcher in Aussicht gestellt wird, daß wir offiziell diplomatische Schritte gegen Frankreich tun und auch andere Maßregeln an der Küste ergreifen würden, wenn der Unfug nicht aufhört.

Ich fuhr nachmittags nach Versailles, nahm einen Wagen nach dem Petit Trianon, wo Decazes wohnt. Ich meldete mich zuerst bei der Herzogin, der ich einen Besuch schuldig war. Dann kam der Minister selbst und proponierte einen Spaziergang in den Garten. Da sich dieser sehr in die Länge zog, so benutzte ich einen Augenblick, wo der Baron Hirsch mit der Duchesse ging, und machte meine Eröffnung. Darüber dann langes Gespräch. Was daraus werden wird, weiß Gott. Die Franzosen entschließen sich schwer, ihre Begünstigung der Karlisten aufzugeben, und bei uns wird gehehrt. Als ich wegfahren wollte, war es 7 Uhr, und zwei Verwandte des Herzogs kamen zu Tisch, der alte Graf St. Aulaire und Herr von Langsdorff. Decazes lud mich ein, à la fortune du pot bei ihm zu essen. So blieb ich. Es waren noch zwei Kinder bei Tisch und ein langer Abbé, der sich mit Interesse nach Dœllinguère erkundigte. Nach Tisch erzählte Decazes allerlei Kuriosa, so die Idee des Marshalls, den Prinzen von Joinville zum Minister des Innern zu machen. Gestern schickte ich den Feldjäger fort, hatte deshalb viel zu tun und kam erst um 1/2 7 Uhr zum Spazierengehen. Dann Diner bei d'Orsay und Palais Royal, wo ich mit Holstein „Le lit à trois“ sah. Ein furchtbarer Blödsinn.

Paris, 22. August 1874.

Gestern Abend gegen 9 Uhr begab ich mich, gefolgt von zwei Landauern, nach dem Straßburger Bahnhof, um den König von Bayern zu empfangen. Ich wartete mit Beckmann und einem Polizeikommissar bis 9 Uhr 10 Minuten. Der König kam mit Holstein und Lindau, den ich entgegen-

1) Welcher die definitive Anerkennung der Republik bezweckte.

2) Fourtou hatte infolge von Enthüllungen über die bonapartistische Agitation seine Entlassung gegeben.

geschickt hatte. Ich führte ihn zum Wagen und fuhr mit ihm in die Botschaft. Dort war alles in vollem Lichtglanz und Blumenschmuck. Der König war sehr erstaunt über die Pracht der ihm eingeräumten Gemächer. Er soupierte dann allein, ich mit Holnstein und dem Generaldirektor Schomberger. Heute früh hat er sich ein Bad bestellt und als besonderen Spaß das Frühstück in dem kleinen türkischen Kabinett neben dem Bad. Heute Mittag Empfang der Herren der Botschaft. Der Empfang fand in der Weise statt, daß sämtliche Herren im Frack und weißer Krawatte sich in dem großen Salon versammelten und daß ich einen nach dem andern zum König hineinführte. Nachher fuhr der König allein mit Holnstein nach Versailles. Mit Lindau hat der König gestern sehr lange gesprochen. Unter anderm sagte er, daß er mit dem Kaiser und mit Bismarck auf dem besten Fuße stehe. Weniger gut sprach er von dem Kronprinzen, von dem er sagte, er werde eine andre Politik einschlagen und den einzelnen Staaten ihre Selbständigkeit zu nehmen trachten. Ich fragte Holnstein, worin eigentlich diese Abneigung gegen den Kronprinzen ihren Grund haben möge. Er sagte, der Prinz Karl von Bayern habe dem Könige erzählt, der Kronprinz habe in Augsburg Offizieren gegenüber die Aeußerung getan, in zehn Jahren werde alles ganz anders sein, was er natürlich auf die Haltung der Truppen bezog, was aber die, welche es dem Prinzen Karl erzählten, so darstellten, als habe der Kronprinz damit gemeint, daß in politischer Beziehung alles ganz anders aussehen werde. Das ist in dem König haften geblieben und mag einer der Gründe seiner Abneigung sein.

Paris, 24. August 1874.

Gestern, Sonntag, sollte um 11 Uhr in die Messe gegangen werden. Da jedoch der König mit Ankleiden und Frühstück erst um 1/2 1 Uhr fertig wurde, mußte auf den Kirchgang verzichtet werden. Um 2 Uhr wurde endlich aufgebrochen. Wir fuhren nach der Conciergerie, der Sorbonne, dem Panthéon, der Sainte Chapelle und nach verschiedenen andern Merkwürdigkeiten, auch nach der Großen Oper. Es war unterdessen 1/2 6 Uhr geworden. Als wir an den Invalidendom kamen, wollten wir eben aussteigen, als der König erfuhr, daß der Kommandant, nicht der Gouverneur ihn erwartete. Da er nun gegen solche Empfangsfeierlichkeiten einen ganz besonderen Abscheu hat, so ließ er umkehren und fuhr in scharfem Trabe nach Hause. Er aß dann allein in seinem Zimmer, ging mit Holnstein und mir in das Théâtre français, wo er bis zum Ende blieb. Es wurden Molières „Avare“ und ein modernes Lustspiel „Le gendre de M. Poirier“ gegeben, was den König sehr zu interessieren schien. Montag fuhr der König mit Holnstein nach Versailles. Unterwegs schlug ihm dieser vor, am andern Tage ein Diner in der Botschaft zu gestatten, bei welchem

die Mitglieder der Botschaft zugezogen werden sollten. Der König ging aber darauf nicht ein, sondern erklärte, dann wolle er lieber ganz in Versailles bleiben und gar nicht nach Paris zurückkehren, worauf Holnstein den Gegenstand nicht weiter berührte.

Dienstag den 25. fuhr ich Morgens nach Trianon, um Decazes zu sagen, daß der König ihn um 2 Uhr empfangen würde. Der König war unterdessen im Park von Versailles, wo die Wasser sprangen. Er hatte sie um 11 Uhr bestellt. Das Publikum war anständig, nur einige Versailler Jungen wurden arretiert, die sich damit unterhielten, hinter dem König dessen Gang nachzumachen. Ich fuhr Nachmittags wieder zurück. Abends kam der König in das Théâtre du Gymnase, wo „Der Vater der Debutantin“ gegeben wurde. Abends Brouille mit Holnstein.

Den 26. fuhr der König nach Fontainebleau mit Lindau, da Holnstein den ganzen Tag im Bette blieb. Abends ging der König in das Théâtre français.

Berlin, 31. August 1874.

Gestern wurde ich telegraphisch zum Kaiser nach Babelsberg beschieden. Ich fuhr mit dem Zuge um 12 Uhr. Der Kaiser empfing mich in seinem Schreibzimmer, einem schönen großen Zimmer, das aber, wie dies in gotischen Gebäuden immer ist, durch allerlei unbequeme Treppen und Eckchen höchst unbehaglich wird. Wir sprachen von Paris, vom König von Bayern und von der Anerkennung Serranos.<sup>1)</sup> Der Kaiser schien sich noch nicht darüber zu beruhigen, daß ihn Bismarck dazu gezwungen hat. Er beklagte sich, daß Bismarck ihm gleich mit Rücktritt drohe, um seinen Willen durchzusetzen, daß das nicht so fortgehen könne. Bismarck sei in großer Aufregung, und man wisse gar nicht, wohin er ihn, den Kaiser, noch führen werde. Man müsse jetzt konservativ werden, Bismarck sehe dies selbst ein, aber wie sei dies möglich zu machen, nachdem man schon so weit gegangen sei! Der Kaiser, der glaubte, ich ginge nach Barzin, bat mich, ihm dann Bericht zu erstatten, wie ich Bismarck gefunden hätte. Ich sagte, ich hätte nicht die Absicht, ohne Aufforderung von Bismarck nach Barzin zu gehen, was der Kaiser auch billigte. Ich frühstückte dann mit dem Kaiser und der Kaiserin, nachdem ich letztere allein gesprochen hatte. Die Kaiserin äußerte sich sehr ungehalten über das Zeitungsgerücht, daß der Kaiser nach Italien gehen solle. Es sei ganz dummes Zeug, der Kaiser könne nicht alles im Stich lassen. Ich dachte mir dabei das Meinige und wie es dem alten Herrn wohl zu

<sup>1)</sup> Serrano hatte im Januar durch einen Staatsstreich die Regierung ergriffen. Ende Juli knüpfte die deutsche Regierung Unterhandlungen mit den Mächten über seine Anerkennung an, um ihm gegen die Karlisten eine moralische Unterstützung zu gewähren.

gönnen wäre, wenn er einen Winter in einem milden Klima zubrächte. Allein ich hätte durch Widerspruch nur geschadet und nichts bewirkt.

Dann fuhr ich ins Neue Palais, wo ich aber die Kronprinzlichen Herrschaften nicht fand.

Noch muß ich bemerken, daß mir der Kaiser sagte: „Man kann einem so hohen Herrn keine Schmeicheleien sagen, aber ich muß es Ihnen doch sagen, daß ich sehr zufrieden mit Ihren Leistungen bin, und daß mir die Art Ihrer Berichterstattung sehr gut gefällt. Ihre Berichte interessieren mich sehr.“ Am Schlusse, als ich mich verabschiedete, sagte er noch: „Ich sage Ihnen weiter nichts als: fahren Sie so fort!“

Barzin, 24. Oktober 1874.

Nachdem ich Thurnau und Kulmbach<sup>1)</sup> abgemacht hatte, fuhr ich vorgestern nach Berlin, kam dort in der Nacht an und fuhr Morgens 8<sup>30</sup> vom Stettiner Bahnhofe ab. Ich fand Herrn von Winter, mit dem ich mich bis Schlawa unterhielt. Das Wetter war trüb und stürmisch, zuletzt goß es. Der erste Teil von Pommern ist häßlich. Von Köslin aus kommen Wiesen, Buchenwälder und Hügel. Das bleibt bis Schlawa. Hier fand ich den zweiten Sohn Bismarcks, der mit demselben Zuge gekommen war, und fuhr mit ihm bei strömendem Regen nach Barzin, 1½ Stunden in einer Postkutsche. Wir kamen in der Dämmerung an, doch konnte ich noch die schönen Bäume des Parks bewundern. Fürst und Fürstin Bismarck empfingen mich sehr freundlich und führten mich gleich ins Eßzimmer, wo das Diner schon begonnen hatte. Abends saß ich mit Bismarck am Kamin, den er selbst, als körperliche Bewegung, heizte, indem er von Zeit zu Zeit Kiefernfrüchte auf eine Schaufel lud und hineinwarf. Da diese Dinge sehr schnell verbrennen, so hatte er Bewegung genug. Dabei rauchte er aus seiner großen Pfeife. Er ist augenscheinlich sehr wohl und keineswegs aufgereg, sondern sehr milde und wohlwollend gesinnt. Wir gingen dann zum Tee. Die Zeitungen wurden gelesen und die von mir mitgebrachten „Wespen“ fanden viel Anklang.

Heute Morgen heller Sonnenschein. Ich sehe von meinem Fenster aus die prachtvollen Buchen des Parks. Ich finde Gegend und Umgebung reizend. Das Haus ist wohnlich, aber alt. Um 9 Uhr meldete mir der Diener, daß die Fürstin beim Frühstück sei. Ich ging hinunter. Der Fürst kam später und proponierte mir, mit ihm einen Gang durch den Park zu machen. Unser politisches Gespräch wurde immer unterbrochen durch Bemerkungen über Bäume und Anlagen oder über die gekauften Wälder und Wiesen. Dieser Park von Barzin ist wirklich etwas ganz

<sup>1)</sup> Wo der Fürst am 22. Oktober zu seinen Wählern gesprochen hatte.

Apartes, und ich begreife, daß Bismarck sich schwer von hier trennt. Heute Mittag machen wir einen Ritt durch die weitere Umgebung. Die Arnimsche Sache bespricht Bismarck sehr ruhig. Arnim war hier in Pommern bei einer Wahl unterlegen, und war sehr erstaunt, daß er so wenig bekannt war. Nun wollte er von sich reden machen und fing den Skandal über die Papiere an. Die Verhaftung ist lediglich Sache des Gerichts. Morgen fahre ich wieder nach Berlin.

Barzin, 24. Oktober 1874.

Bei meiner gestrigen Unterredung mit Fürst Bismarck berührte ich meine Unterhaltung mit dem Kaiser in Babelsberg. Der Reichskanzler bemerkte, er begreife die Mißstimmung des Kaisers. Die Sache war so. Als ich die Anerkennungsfrage nach der Erschießung des Hauptmanns Schmidt<sup>1)</sup> in Anregung brachte, beauftragte Bismarck Herrn von Bülow,<sup>2)</sup> bei den Mächten anzufragen, d. h. zu sondieren, wie sie über die Anerkennung der spanischen Regierung dächten. Bülow, statt sich an diese Instruktion zu halten, legte dem Kaiser gleich eine Zirkulardepesche mit dem Vorschlag auf Anerkennung vor. Diese wurde nicht akzeptiert und darauf wurde dann eine zweite vorgelegt und genehmigt. Bismarck erfuhr davon nichts und war sehr erstaunt, als plötzlich die Anerkennung akzeptiert wurde, „wie Pflaumen, die vom Baume geschüttelt werden“. In der Zwischenzeit war Schweinitz beim Kaiser gewesen und hatte diesen wieder irre gemacht. Andre Einflüsse machten sich geltend, und als der Kaiser nach Berlin kam, wollte er nicht mehr. Da wurde Bismarck dringend, ohne jedoch Bülow bloßzustellen, und bestimmte dann den Kaiser zur Zustimmung, indem er sagte, nachdem man so weit gegangen sei, könne man nicht stehen bleiben. Das war es, worauf der Kaiser anspielte.

Er erzählte mir noch vieles über die Kaiserin. Zum Beispiel im April 1848 kam G. Vincke zu Bismarck<sup>3)</sup> und sagte ihm, der vereinigte Landtag wolle und müsse darauf antragen, daß der König abdankte, der Prinz von Preußen auch und daß die Prinzessin von Preußen Regentin an Stelle ihres Sohnes werde. Bismarck widersprach und sagte, daß das Volk diese Manipulation nicht verstehen würde. Als Vincke insistierte,

---

<sup>1)</sup> Der preußische Hauptmann a. D. Schmidt, der sich als Kriegskorrespondent verschiedener Blätter bei den Regierungstruppen aufgehalten hatte, war in die Hände der Karlisten gefallen, vor ein Kriegsgericht gestellt, verurteilt und erschossen worden.

<sup>2)</sup> Den Staatssekretär.

<sup>3)</sup> Siehe die Biographie der Kaiserin Augusta von Petersdorff in der A. d. B. Bd. 46 S. 105 u. 106.

sagte Bismarck: „Wenn Sie morgen den Antrag einbringen, so gebe ich Ihnen mein Ehrenwort, daß ich den Antrag stellen werde, Sie als Hochverräter zu arretieren.“ Darauf Vincke: „Ja, dann muß die Sache aufgegeben werden.“ Bismarck: „Ja, sagen Sie das Ihrer Prinzessin,“ worauf Vincke lächelnd abging. Schon vorher hatte die Prinzessin mit Bismarck in einem Tone gesprochen, der ihm klarmachte, daß sie gegen ihren Mann intrigierte.

Auf meine Frage, wie Bismarck mit dem Kaiser stehe, antwortete er: „Ganz gut. Es geht jetzt alles ganz glatt zwischen uns.“

Ueber Arnim äußerte er sich ganz ruhig. Ihm könne es ganz recht sein, wenn die Aktenstücke veröffentlicht würden. Nur der Kaiser werde dadurch bloßgestellt, und deshalb verhindere er es.

Ich fragte Bismarck, ob ihm Giech und Reuß als Attachés in Paris recht seien. Er versprach mir, in dieser Beziehung alle meine Vorschläge zu genehmigen.

Heute bei der Promenade sprachen wir über die Kirchenfrage. Der Kaiser, sagt Bismarck, könne keinen Schritt zurücktun. Dem Kronprinzen werde es leicht sein, Frieden zu machen. Die katholische Presse, auch die liberale, hätte den Streit verbittert. Wenn die Geistlichkeit von Rom angewiesen werde, Waffenstillstand zu machen, so würde sich alles leichter machen. Dazu sei keine Aussicht. Besonders müsse die Presse der Hezkapläne zur Ruhe gebracht werden. Darauf hinzuwirken ist jetzt nötig.

Varzin, 24. Oktober 1874.

Heute Spazierritt mit Bismarck, Tochter und Sohn. Dann Besichtigung des Neubaus. Abends, nachdem ich mich schon verabschiedet hatte, kam Bismarck noch in mein Zimmer herauf und sagte mir, er habe eine Thronrede verfaßt, d. h. den Schlußsatz, betreffend die auswärtigen Angelegenheiten, in welchem den Verdächtigungen entgegengetreten würde, mit welchen fremde Mächte die deutsche Reichsregierung verfolgten. Es werde ihm telegraphiert, daß der Kaiser diesen Schlußsatz als eine Drohung ansehe, das sei nicht der Fall, man dürfe aber die Versicherung, daß man keinen Krieg führen wolle, nicht in eine Form kleiden, die Furcht verrate. Wolle der Kaiser das abschwächen, so könne er, Bismarck, nicht danebenstehen und eine Wendung gutheißen, die seinen Ansichten nicht entspreche. In diesem Falle werde er, und das soll ich Herrn von Bülow sagen, die Sache nicht ernst nehmen, aber irgendein Unwohlsein vorschützen und erst einige Tage später nach Berlin kommen. Bülow soll dem Kaiser sagen, daß Bismarcks Autoreneitelkeit zu groß sei, um diese Korrektur auf eigene Rechnung zu nehmen.

Berlin, 25. Oktober 1874.

Heute Audienz bei dem Kaiser. Wir sprachen anfangs von der Königin von Bayern und ihrer Konversion.<sup>1)</sup> Der Kaiser war darüber sehr ungehalten, um so mehr, als es sich nach Briefen der Prinzess Karl von Hessen herausgestellt hat, daß die Königin gar nicht vorbereitet und unterrichtet gewesen ist und den Schritt getan hat, ohne recht zu wissen, was sie tue. In der Arnimschen<sup>2)</sup> Angelegenheit beklagte der Kaiser die Sache an sich wegen des Skandals, daß ein so hochgestellter Beamter solche Dinge tun könne. Das Bedauern für Arnim selbst habe er verloren, nachdem sich herausgestellt habe, daß dieser ihn in der Angelegenheit der Wiener „Presse“ und in andern Dingen ohne Not belogen habe.

Ich sagte dann, daß ich von Barzin komme, richtete die Empfehlungen des Reichskanzlers aus und beantwortete die Fragen nach dessen Gesundheit. Auf die Frage, wann Bismarck kommen würde, rückte ich mit meinen Nachrichten bezüglich der Thronrede in möglichst schonender Weise heraus, sagte, der Fürst sei weit entfernt, daraus den Grund einer Bouderie gegen den Kaiser zu machen, aber wenn der betreffende Passus so abgeändert würde, daß er den Ansichten des Fürsten nicht entspreche, so glaube dieser, daß es ihm nicht übelgenommen werden würde, wenn er eine seiner Ueberzeugung nicht entsprechende Stelle, die sein Ressort angehe, nicht durch seine Gegenwart vertreten wolle. Der Kaiser zitierte dann die Stelle aus dem Gedächtnis und knüpfte daran die Befürchtung, es möchte daraus abgeleitet werden, daß wir mit Frankreich wieder Krieg anfangen wollten. Davon wolle er nichts wissen. Er sei zu alt, um noch Krieg anzufangen, und er befürchte, daß Fürst Bismarck ihn nach und nach wieder in einen Krieg hineinführen wolle. Deshalb sei er so mißtrauisch. Ich sagte darauf, von einer solchen Absicht des Fürsten müsse ich doch vor allem in Kenntnis gesetzt sein, ich habe aber davon nie das geringste gemerkt. Anderseits seien die Franzosen ungezogene Kinder, die man mit Güte nicht gewinnen könne und die immer in Schrecken gehalten werden müßten. Jene Stelle der Thronrede gehe nicht auf Koalitionen gegen uns, sondern auf die Verdächtigungen, die gegen uns geschmiedet würden. Der Kaiser strich seinen Bart und sagte, ohne auf meine Aeußerungen zu antworten: „Ich werde in dieser Beziehung noch mit dem Fürsten Bismarck in Streit kommen, und es wird mir lieb sein, wenn Sie in meinem Sinne mit dem Fürsten sprechen wollen.“

<sup>1)</sup> Die Königin-Witwe von Bayern, geborene Prinzessin von Preußen, war am 12. Oktober zum Katholizismus übergetreten.

<sup>2)</sup> Graf Arnim war am 4. Oktober in Untersuchungshaft genommen worden.

Berlin, 9. November 1874.

Durch die Abwesenheit Bismarcks werde ich abgehalten abzureisen. Ich habe heute mit Forckenbeck gesprochen und ihm meine Befürchtungen mitgeteilt, daß Bismarck plötzlich einmal abgehen und daß der Kaiser ihn gehen lassen könnte. Forckenbeck ist mit mir einverstanden, daß es eine große Torheit wäre, sich einzubilden, daß es jetzt noch ohne Bismarck gehen werde, und wird seinerseits handeln und verhüten, daß ein Konflikt zwischen der Majorität und Bismarck ausbricht. In der Kirchenfrage erzählt Forckenbeck, daß sich in Schlesien die Dinge ziemlich friedlich anlassen und glaubt an einen *Modus vivendi*. Doch meint er, daß man der ultramontanen Partei gegenüber sehr vorsichtig verfahren müsse. Wollte diese wirklich den Frieden, so sei für sie der geeignete und wenig compromittierende Weg der, daß Windthorst mit Miquel verhandle, da sie sich kennen und Miquel in die Sache sehr eingeweiht ist. Eine Verhandlung mit den Bischöfen direkt hätte den Nachteil, daß die niedere Geistlichkeit in ihrer Befürchtung bestärkt werde, daß man sie schließlich im Stiche lassen und den Bischöfen à discrétion überantworten werde.

Forckenbeck war mit mir einverstanden, daß eine Aenderung in der Person des Reichskanzlers den europäischen Frieden gefährde, weil es eine Schwäche Deutschlands offenkundig machen werde. Er versprach mir, in vorsichtiger Weise meine Notizen zu verwerten.

10. November.

Miquel behauptet, die Ultramontanen in Deutschland wünschten eine Verständigung mit der Regierung, weil sie einsehen, daß sie zu viel Boden in Deutschland verlieren. Windthorst und Reichensperger sind sehr unzufrieden mit der päpstlichen Politik, d. h. den Eingebungen der Jesuiten, und sollen in diesem Sinne nach Rom schreiben. Windthorst wollte schon im vorigen Jahre zu Bismarck, der ihn aber nicht annahm, weil er glaubte, daß es noch nicht an der Zeit sei. Jetzt glauben die Ultramontanen, daß sie mit Bismarck überhaupt keine Verständigung erlangen werden. Miquel sagt, die Bischöfe von Osnabrück und Hildesheim hofften auf eine Verständigung und vermieden deshalb jeden Konflikt. Wir sprachen dann von der Notwendigkeit der Abschaffung der Patronate und kamen überein, daß der Staat ablösen, die Lasten übernehmen und auch das Besetzungsrecht bekommen müsse. Keine Wahl der Gemeinden.

Berlin, 12. November 1874.

Lasker, mit dem ich gestern lange sprach, fing an von Bismarcks Gedanken des Rücktritts zu sprechen. Er hält es für Komödie. Bismarck sei eine zu dämonische Natur, um die Gewalt aus der Hand zu geben.

Auf meine Bemerkung, daß mir die Sache wegen der Stimmung am Hof bedenklich scheine, meinte Lasker, das sei nicht zu fürchten. Im entscheidenden Augenblick werde man sich nicht dazu entschließen, Bismarck gehen zu lassen, da man keinen Ersatz für ihn habe. Strohmannen gebe es genug, welche glaubten, Bismarck ersetzen zu können, allein der Kaiser werde sich zweimal besinnen, ehe er einen solchen an Bismarcks Stelle setze.

Es würde gut sein, wenn Bismarck etwas mehr an den Reichstagsangelegenheiten teilnähme. Aber man müsse ihn nehmen, wie er sei. Wenn Bismarck sich darüber beklage, daß er kein ihm homogenes preussisches Ministerium habe, so liege der Grund davon darin, daß er keinen Widerspruch ertrage und nur Bureauchefs haben wolle. „Am liebsten wäre es ihm, wenn er Wagner zum Handelsminister machen könnte.“ Ich kann mir denken, daß Bismarck den kleinen durchtriebenen Juden haßt. Das ist mir wieder klar geworden, daß der Schwerpunkt der Politik in der nationalliberalen Partei liegt. Bismarck mag wollen oder nicht, er muß sich doch nach diesen Herren richten und durch sie vieles ausführen lassen, was er selbst nicht tun kann.

Heute war die letzte Sitzung des Reichstags. Ich fragte Bismarck, wann ich ihn noch sprechen könne, und er lud mich auf 5 Uhr zum Diner ein.

Beim Abschied hob er hervor, daß wir das größte Interesse hätten, den gegenwärtigen Status quo in Frankreich zu erhalten. Die Republik und sogar die röteste sei uns günstig. Die monarchische Gestaltung Frankreichs mache dieses bündnisfähig und sei uns gefährlich.

In der orientalischen Frage möge ich, sagte er, immer den Gesichtspunkt festhalten, daß wir kein direktes Interesse hätten. Wir könnten wohlwollend beiseite stehen und dafür Sorge tragen, daß Rußland und Oesterreich sich verständigen und dann ihre Interessen mitunterstützen. Diese Verständigung habe jetzt noch nicht stattgefunden. Oesterreich sei etwas zu weit gegangen. Er begreife, sagte Bismarck, nicht, wie Andrassy die Selbständigkeit Rumäniens begünstigen könne, da doch Ungarn so viele rumänische Elemente enthalte. Er könne aber nicht, wie Rußland wünsche, seinen Einfluß auf Oesterreich geltend machen, um es zu der Auffassung Rußlands zu bestimmen. Er hoffe indessen, daß Oesterreich und Rußland sich verständigen würden. Wäre dies der Fall, so würden wir uns ihnen anschließen. England sei in dieser Frage mit uns einverstanden, doch sei auf England kein Verlaß, da seine auswärtige Politik mit den Ministerien wechsele.

Am Schluß sprach Bismarck die Hoffnung aus, mich während des Verlaufs der Session wieder hier zu sehen. Hätte ich etwas zu besprechen, so möge ich den Vorwand der Reichstagssession gebrauchen und hierherfahren.

Paris, 27. Oktober 1874.

Bei meiner Unterredung mit Gelzer in Straßburg erzählte mir dieser, daß Bismarck im vergangenen Frühjahr eine Depesche an Reudell gerichtet hat, aus welcher eine gewisse Ungeduld hervorgeht, daß der Kirchenkonflikt nicht zu Ende gehe. Er hat Reudell den Auftrag erteilt, im kirchialistischen Lager die Anschauung zu fördern, daß Rom am besten allein und mit Bismarck selbst Frieden machen könne. Reudell wußte nicht, was er damit anfangen sollte, und bat Gelzer, ihm dabei zu helfen. Dieser veranlaßte nun auf Umwegen, daß Antonelli ihn rufen ließ, und hatte mit diesem ein längeres Gespräch, das aber zu keinem Ziele führte. Gelzer bemühte sich, Antonelli nachzuweisen, daß der Kirchenkonflikt der Kirche schade, und dieser dagegen bewies Gelzer, daß der Staat darunter Schaden leide. Gelzer ging weg ohne Resultat und ließ Antonelli etwas erstaunt zurück, der von Gelzer mehr erwartet hatte. Ich gab Gelzer recht, daß er sich so reserviert gehalten, und riet ihm, im Verlaufe des Winters nach Berlin zu gehen und zu versuchen, ob er nicht die dortigen Ultramontanen zu entgegenkommenden Schritten bestimmen könne.

Gelzer sprach auch von der Befürchtung, daß Bismarck den Krieg wolle. Er hatte mit dem Großherzog gesprochen und dort den Eindruck erhalten, daß dieser die Befürchtung teile. Ferner berief er sich auf Russell. Ich redete ihm das aus und machte ihn darauf aufmerksam, daß die englischen Diplomaten alle systematisch aus Haß gegen Bismarck in diese Lärmtrompete stoßen.

Paris, 19. Dezember 1874.

Bei dem gestrigen offiziellen Empfang in der Botschaft kam zum großen Erstaunen aller auch Herr Thiers mit seiner Frau. Wir unterhielten uns längere Zeit, und Herr Thiers kam sogleich auf die Arnimsche Sache. Er verhehlte nicht sein Mißfallen über Arnims Benehmen und sagte: „Ich habe alles getan, um Arnims Stellung in Paris zu verbessern. Ich weiß aber sehr wohl, warum er gegen mich aufgebracht war. Hinter ihm standen einige Bankiers, die gewünscht hätten, die Anleihen für sich auszubeuten. Ich konnte darauf nicht eingehen, da ich jedem die Teilnahme daran offenhalten wollte. Das hat diese Bankiers geärgert, und diese haben Arnim aufgehekt.“ Wir sprachen dann von der Veröffentlichung der Dokumente, und ich gab ihm die schon in meinem Berichte niedergelegten Gründe an, daß die Papiere bekannt waren, daß sie sich in den Händen verdächtiger Individuen befunden hatten und daß Fürst Bismarck jeden Augenblick auf eine Reihe von Jahren hinaus Enthüllungen ausgesetzt gewesen wäre, die einen ganz andern Eindruck gemacht haben würden als die offene Darlegung der ganzen Sache vor Gericht. Das schien Thiers einzuleuchten.

Decazes benachrichtigte mich, daß in der Sache Rochefort<sup>1)</sup> zwei Deutsche kompromittiert seien, die ihm bei seiner Entweichung geholfen haben. Von diesen wird einer ausgewiesen.

Die Soiree war ganz gelungen. Gegen vierhundert Personen waren erschienen.

Paris, 20. Dezember 1874.

Heute war Landsberg bei mir und erzählte vom Prozeß Arnim. Er wundert sich über das Urteil und behauptet, daß er sein möglichstes getan habe, um seine Standesehre zu wahren und nichts zu sagen, was ausfähe, als wenn er Arnim anklage. Mir wurde der Eindruck, daß es Landsberg leid tat, nicht mehr gegen Arnim getan zu haben. Er ist auch bei Bismarck gewesen und erzählte von seiner Audienz mit großem Stolz. Der Fürst habe ihn zwar zuerst hart angelassen wegen seiner Zurückhaltung in der Arnimschen Sache, sei aber nachher sehr liebenswürdig geworden und habe ihm vieles über Arnim erzählt. Dabei habe er gesagt, wenn Arnim mit dem Urteil der ersten Instanz zufrieden sei, so werde er bei dem König auf Begnadigung antragen. Wenn aber Arnim appelliere, so werde man noch neues Material bringen, insbesondere Geldangelegenheiten, Kriegsschadigungen, Friedensschluß u. s. w. Manteuffel könne da sehr Gravierendes aussagen. Landsberg meint, daß das Urteil Bismarck sehr wenig befriedigen werde, und hält die Gründe des Urteils für kindisch.

Paris, 2. Januar 1875.

Den 31. Dezember Empfang im Elysée zur Neujahrsgratulation beim Marschall. Die ganze Zeremonie war ziemlich ungeschickt arrangiert. Wenn man Präsident einer Republik ist, so kann man nicht den König spielen.

Den 1. Besuch des spanischen Vertrauten des Königs<sup>2)</sup> el Doyen, der mit mir über die Proklamation Alfonsos sprach. Infolgedessen Telegramm nach Berlin und viel zu schreiben. Auch Kurierexpedition für den folgenden Tag vorbereitet. Bis 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr geschrieben.

Den 2. etwas mehr Ruhe. Abends bei der Fürstin Trubekoy, wo ich Emile Girardin sprach und ihm einiges Schmeichelhafte über seinen Artikel in der „France“ sagte. Dann mit el Doyen, den die Fürstin

<sup>1)</sup> Rochefort war am 29. März aus seiner Haft in Neukaledonien entflohen.

<sup>2)</sup> Alfons, der Sohn der Königin Isabella, welcher am 28. November volljährig geworden war, hatte schon an diesem Tage in England eine Huldigungsadresse der Mehrzahl der spanischen Granden empfangen. Am 28. Dezember traf er bei seiner Mutter in Paris ein. Am 31. Dezember wurde er von den Regierungstruppen überall als König ausgerufen.

bereden will und den ich bestimmen sollte, zu Orlow zu gehen. Der vorsichtige Spanier ging aber nicht darauf ein, denn er sagte, er wisse nicht, wie der Kaiser Alexander gesonnen sei. Ich konnte ihm nur recht geben. General Fleury begrüßte mich, worauf ich ihn anredete. Wir sprachen über seine Reise mit dem Kaiser nach Salzburg<sup>1)</sup> und über Konstantin, den er sehr rühmte. Es war ein eigentümliches Gemisch aller Arten von merkwürdigen Leuten.

Paris, 13. Januar 1875.

Bei der heutigen Soiree im Elysée fand ich Gelegenheit, mit dem Marschall Mac Mahon längere Zeit über die gegenwärtige Lage zu sprechen. Er erwähnte die Ministerkrisis<sup>2)</sup> und daß es für Broglie unmöglich gewesen sei, jetzt einzutreten und sich sofort bei der Beratung der konstitutionellen Gesetze einer Niederlage auszusetzen. Uebrigens, sagte er, habe man noch Zeit zu Entschlüssen bis nach der Beratung der Gesetze. Ich sagte ihm: „Vous serez content, quand vous serez débarrassé des lois constitutionnelles.“ Das gab er zu. Bis jetzt habe er daran festhalten müssen, wenn ihn aber die Versammlung davon dispensiere, so sei es ihm auch recht. Es werde auch ohne die konstitutionellen Gesetze gehen. Man werde dann vor allem suchen, ein besseres Wahlgesetz zu bekommen und dann die Versammlung auflösen. Ich sagte: „Sie werden wohl die Versammlung selbst die Auflösung beschließen lassen, was nicht schwer sein wird, wenn die Regierung es will?“ Das bejahte er und fügte hinzu: „Mais ce ne sera pas avant six mois.“ Jetzt würde die Beratung des Budgets und vieler Gesetze noch Zeit brauchen. Er wiederholte mit Nachdruck: „Pas avant six mois.“ Mir machte das ganze Gespräch den Eindruck, als wenn es dem Marschall eine besondere Befriedigung gewähre, Zeit zu gewinnen und bis zu der Entscheidung noch Monate einer ruhigen Existenz zu haben. Auf die konstitutionellen Gesetze zurückkommend, sagte er, es sei allerdings schlimm, wenn nichts vorgesehen sei für die Nachfolge für den Fall, daß er plötzlich sterbe. Aber, tröstete er sich dann wieder: „Alors l'assemblée trouvera moyen de me remplacer.“ Ich schloß das Gespräch mit dem Wunsche: „J'espère que le bon Dieu vous conservera à la France,“ worauf wir uns trennten.

Denselben Abend wurde ich auch der Königin Isabella vorgestellt, die mir von der Liebenswürdigkeit des Prinzen Karl sprach. Dann fragte ich sie, ob sie gute Nachrichten vom König habe, was sie bejahte. Es

<sup>1)</sup> Siehe Bd. I S. 258.

<sup>2)</sup> Das Kabinett Giffen hatte am 6. Januar seine Entlassung gegeben infolge einer Niederlage in der Kammer bei der Abstimmung über die Reihenfolge der Beratungen.

gehe alles sehr gut. Ich sprach ihr meine Befriedigung darüber aus und versicherte sie des Interesses, das wir an dem Gelingen der Aufgabe ihres Sohnes hätten.

Paris, 14. Januar 1875.

Graf Apponyi glaubt durchaus nicht an die Möglichkeit einer orleanistischen Monarchie. Abgesehen davon, daß formell der Graf von Paris von den Entschlüssen des Grafen von Chambord abhängig sei und deshalb, ohne unehrlich zu handeln, bei Lebzeiten des letzteren gar nicht auf den französischen Thron reflektieren dürfe, stehe ihm entgegen, daß seine Partei nur ein Generalstab ohne Armee sei. Das Volk sei entweder demokratisch-republikanisch oder imperialistisch. Das Kaisertum werde die Lösung der gegenwärtigen Wirren sein.

Paris, 23. Januar 1875.

Um den in dem Telegramm von Berlin erhaltenen Auftrag auszuführen, fuhr ich ins Elysée. Ich überlegte mir, daß es schwer sein würde, den Besuch in unauffälliger Weise zu wiederholen, wenn ich mich melden ließe und durch einen Zufall abgewiesen würde. Ich benutzte also eine Einladungsangelegenheit und besuchte zunächst den Vicomte d'Harcourt.<sup>1)</sup> Wir kamen sofort auf ein politisches Gespräch. D'Harcourt schien es daran gelegen zu sein, mir seine Ansicht auszusprechen. Er schien niedergeschlagen über die gestrige Sitzung.<sup>2)</sup> Die vollständige Unfähigkeit der Versammlung, etwas zustande zu bringen, die Unmöglichkeit, die alte Majorität wiederherzustellen, und ohne Zweifel auch die Zerstörung der orleanistischen Hoffnungen mag ihn trübe stimmen. Er tröstete sich zwar mit der Behauptung, die Rede Jules Favres hätte viele Mitglieder der gemäßigten Rechten und des rechten Zentrums, die bisher zur Verständigung mit dem linken Zentrum bereit gewesen wären, degoutiert und die Proklamierung der Republik dadurch unmöglich gemacht. Er gab aber gleichzeitig zu, daß es mit der Proklamierung der Monarchie noch schlimmer aussehe. Die äußerste Rechte wolle nur alles verhindern, indem sie unerfüllbaren Hoffnungen nachgehe. Von den Orleanisten sprach er nicht, allein indem er sagte: „Il n'y a que les Bonapartistes qui ont le pays pour eux“, schien er auch in bezug auf die Orleans die Hoffnung aufzugeben. Als

1) Vicomte d'Harcourt, der Sekretär des Präsidenten.

2) Vom 21. bis 24. Januar fand die erste Beratung des von der Kommission der Nationalversammlung ausgearbeiteten Entwurfs eines Gesetzes betreffend „den Uebergang der Gewalten“ statt (Einführung einer zweiten Kammer und Vereinigung beider Kammern zum Kongresse im Falle der Erledigung der Gewalt des Präsidenten). Es wurde beschlossen, in die Spezialdebatte einzutreten, vor dieser aber die erste Lesung des Senatsgesetzes vorzunehmen.

ich ihn fragte, was er nun erwarte, meinte er, es bleibe nichts anderes als die Auflösung, und es werde die Aufgabe der Regierung sein, diese nicht zu hindern, wenn, wie es den Anschein habe, die Parteien selbst einsähen, daß sie die Auflösung beschließen müßten. In der Zwischenzeit werde man suchen, die Wahlen par arrondissement einzuführen und die Wahlen par scrutin de liste abzuschaffen. Auf diese Weise, hoffe er, werde man eine konservative Versammlung bekommen, in der wohl hervorragende Persönlichkeiten fehlen würden, wie z. B. der Duc de Broglie. Als ich erstaunt aufsaß, sagte er: „C'est au moins l'avis de tous les préfets.“ Er erörterte die Frage nach der Wirkung der Wahl par arrondissement noch eingehender. Schließlich fragte ich ihn, was der Marschall mache und ob er zu Hause sei, dann würde ich ihm meinen Besuch machen, worauf er mich zu dem Marschall führen ließ. Diesen fand ich sehr heiter. Ich leitete meine Unterredung ein, indem ich sagte, die Gerüchte von entscheidenden Entschlüssen, die er zu fassen im Begriff sei, hätten mich lebhaft beunruhigt. Er erwiderte, man habe das sehr übertrieben. Es sei kein Grund da, jetzt abzugehen: „Je reste.“ Darauf kamen wir auf die Situation im allgemeinen. Ich fand ungefähr die gleichen Räsonnements wie beim Vicomte d'Harcourt. Die konstitutionellen Gesetze, sagte der Marschall, würden unzweifelhaft verworfen werden. Das lasse sich nicht ändern. Allein er hoffe, daß man die Versammlung zur Annahme anderer Gesetze bestimmen werde, so der Aenderung des Wahlgesetzes, des Rechts der Auflösung für den Präsidenten und eines suspensiven Vetos. „Et la question du ministère?“ fragte ich. Diese werde man, antwortete der Marschall, nach der Verwerfung der konstitutionellen Gesetze in Angriff nehmen. Challemel-Lacour werde abgehen. Er sei ihm dankbar, daß er das Amt so lange geführt habe, man könne ihn aber nicht länger halten, da er zu fränklich sei. Fourtou sei ein guter Minister des Innern; er sei nicht Bonapartist, wie man ihm vorwerfe, aber ein energischer Mann. Nun brachte ich meine Bemerkung bezüglich Decazes' an. Hier erklärte der Marschall mit großer Entschiedenheit, daß er ihn halten werde.

Damit wußte ich, was ich wissen wollte, und zog mich nach einigen unbedeutenden Bemerkungen zurück.

Paris, 23. Januar 1875.

Heute Abend Soiree bei der Fürstin Trubekoy. Auch diesmal wieder eine Sammlung von Merkwürdigkeiten und Berühmtheiten. Die Fürstin stellte mir Lachaud, den Verteidiger Bazaines, vor und zugleich Mazade. Mit beiden längeres Gespräch, zuerst über Jules Favre. Von ihm erzählte Lachaud folgenden charakteristischen Zug. Der Anlaß, daß

Favre seine unehelichen Kinder als eheliche eintragen ließ, war seine älteste Tochter. Als sein zweites Kind geboren wurde, wollte Favre eben zu dem Zivilstandsbeamten gehen, um die Geburt des Kindes anzuzeigen. Die älteste Tochter hörte dies und rief: „Papa, je veux aller avec toi pour faire inscrire mon petit frère.“ Als Favre nun zu dem Bureau kam, fragte, wie üblich, der Beamte: „Vous êtes marié?“ Da rief das Töchterchen: „Comment, papa, on demande si tu es marié?“ Da hatte Favre nicht den Mut, nein zu sagen, und so wurde das neugeborene und die späteren als eheliche Kinder eingetragen, während das älteste Kind richtig eingetragen war. Lachaud sagt, Favre sei ein liebenswürdiger Mann, aber schwach, besonders gegen unwürdige Freunde. Wir kamen dann auf die Wahlen, den Scrutin de liste und den Scrutin par arrondissement. Der letztere finde so viele Gegner, weil die Wahl eines einzelnen Deputierten zu viel koste. Eine Wahlmanipulation erfordere immer 30 000 bis 40 000 Franken. Während wir sprachen, kam die Fürstin Trubekoy und stellte mir la Guéronnière<sup>1)</sup> vor. Ein großer Mann mit weißem Haar und einem Schnurrbart. Wir sprachen von der italienischen Frage. Er erzählte, daß der Kaiser den Gedanken gehabt habe, eine italienische Konföderation mit dem Papste an der Spitze zu bilden. Wenn Rom und die klerikale Partei in Frankreich nicht dagegen gearbeitet hätte, würde die Sache gelungen sein. Cavour hätte sich fügen müssen. Eine klerikale Partei gebe es jetzt in Frankreich nicht. Auf meinen Einruf: „Veuillot!“ erwiderte er: „Veuillot n'est qu'une individualité.“

Mit Raoul Duval, dem bekannten imperialistischen Abgeordneten, sprach ich über die Situation. Er behauptet, daß die Orleans keinen Anhang hätten. Die Franzosen wollten keine Aristokraten. „Nous ne nous soucions pas de la liberté mais seulement de l'égalité.“ Das Kaiserreich war demokratisch und hielt die Autorität aufrecht, das entspricht dem französischen Charakter. Ich lernte in Raoul Duval einen entschiedenen, energischen Imperialisten kennen. Später kam noch Emile Girardin.

### An den Reichskanzler.

Paris, 10. Februar 1875.<sup>2)</sup>

Eure Durchlaucht wollen mir gestatten, mich über eine mir dienstlich fernliegende, aber begreiflicherweise persönlich nahestehende Frage, die bayerischen Verhältnisse betreffend, vertraulich zu äußern. Der Minister Fäustle

<sup>1)</sup> Vor dem Kriege französischer Gesandter in Brüssel.

<sup>2)</sup> Dieses Schreiben war veranlaßt durch einen Brief des Ministers Dr. Fäustle vom 6. Februar, in welchem die herannahende Gefahr eines ultramontanen Ministeriums in Bayern besprochen wurde.

schreibt mir, daß er darauf gefaßt ist, in nicht langer Zeit ein Ministerium Franckenstein in Bayern am Ruder zu sehen. Die Person des in Aussicht genommenen Ministers ist den bayrischen Ultramontanen durch Windthorst bezeichnet worden, der natürlich hinter Franckenstein als Souffleur stehen würde. Die Partei entwickelt die größte Tätigkeit, um diesen Plan besonders durch Vorbereitung klerikaler Wahlen möglichst schnell zur Ausführung zu bringen. Ob eine solche Eventualität auf die Dauer ausgeschlossen sein wird, bezweifle ich, und von dieser Annahme ausgehend, würde ich es für verhältnismäßig günstig ansehen, wenn der Zwischenfall sich abspielte, solange Frankreich seine volle Kraft noch nicht wiedererlangt hat und besonders, solange Eure Durchlaucht an der Spitze der Reichsregierung stehen. Es ist dies einer der Gründe, welche mich zu der Ansicht führen, daß die leitende Tätigkeit Eurer Durchlaucht für den Fortbestand des Deutschen Reichs eine absolute Notwendigkeit ist.

Diese Notwendigkeit bleibt natürlich auch bestehen, wenn ich mir anderseits die Möglichkeit vergegenwärtige, daß Eure Durchlaucht etwa im Hinblick auf die ungewisse Dauer des europäischen Friedens selbst ein vorübergehendes ultramontanes Regiment in Bayern für bedenklich halten. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß eine reichsfeindliche Regierung sich angelegen sein lassen wird, die in und außerhalb von Bayern vorhandenen reichsfeindlichen Elemente aus dem Losen in einen festen Zustand zu bringen, um sie in einem ersten Augenblick als organisierte Kraft zur Unterstützung äußerer Reichsfeinde oder mindestens zur Lähmung patriotischen Aufschwungs zu verwerten. Daß zuvor die Diplomatie der Mittelstaaten bestrebt sein würde, sich wieder zu einem politischen, internationalen Faktor zu erheben, liegt in der Natur der Sache. Allein diese nicht zu bestreitende Gefahr wird meines Erachtens aufgewogen durch die Erwägung, daß die reichsfreundlichen Elemente in dem eine Bevölkerung von anderthalb Millionen Protestanten zählenden Lande jetzt noch sehr stark sind, daß die Offiziere der bayrischen Armee fast ausnahmslos auf seiten des Reichs stehen und daß alle reichsfreundlichen Elemente, die von Tag zu Tag an Boden verlieren, durch die Tatsache eines klerikalen Ministeriums zu energischerer Tätigkeit angetrieben werden und aus der oppositionellen Stellung neue Kraft schöpfen würden. Denn die bekannte Kauflust meiner bayrischen Landsleute bringt es mit sich, daß derjenige die Sympathie gewinnt, der sich in der Opposition gegen die Regierung befindet, während die regierungsfreundliche Partei und ihre Führer der dem politischen Kampfe, wie einer Kauferei, zusehenden Masse in kurzer Zeit gleichgültig werden. Endlich kommt in Betracht, daß das gegenwärtige Ministerium doch nur mühsam sein Leben fristet und, wie Eurer Durchlaucht genugsam bekannt ist, entscheidenden Fragen aus Furcht vor

den Ultramontanen aus dem Wege geht. Diese ängstliche Haltung mindert das Ansehen der Regierung bei Freund und Feind und läßt den Nutzen, den sie dem Reiche bringen könnte, sehr gering anschlagen. Wenn Eurer Durchlaucht überhaupt geneigt wären, der bayrischen Reaktion während einer von Ihnen vorausgesehenen Friedensperiode Gelegenheit zu einer Demonstratio ad absurdum zu gewähren, so dürfte es besser sein, den Zeitpunkt selbst zu wählen, als die Katastrophe in eine Zeit fallen zu lassen, in welcher dem Reiche ernste Nachteile daraus entstehen könnten. Ob der gegenwärtige Zeitpunkt der geeignete ist, wage ich nicht zu entscheiden. Ich hielt es aber für Pflicht, meine auf persönliche Erfahrung gegründete Ansicht der Prüfung Eurer Durchlaucht vorzulegen.

Eben lese ich in den französischen Blättern, daß der Erzbischof von München den König von Bayern in seinem Hirtenbriefe angegriffen hat.<sup>1)</sup> Ich werde mich erkundigen, ob dies wahr ist, und welchen Eindruck das auf Seine Majestät gemacht hat.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 18. Februar 1875.

Eurer Durchlaucht kann ich auf den interessanten Brief vom 10. nur wenige Worte mit heutiger Gelegenheit erwidern und behalte die eigentliche Antwort der nächsten Sendung vor.

Prinzipiell teile ich Ihre Ansicht, daß der frühere Ausbruch des Geschwüres nützlicher, weniger gefährlich wäre als der spätere, nicht nur der Ausländer, sondern auch der zwei Augen wegen, auf die es ankommt. Gott erhalte sie! Aber sie sind eben isoliert, und der Fall wird tiefer und ernster, wenn sie sich schließen. In das Rad der Geschichte einzugreifen würde ich aber nur wagen, wenn ich sicher wäre, daß der König mit uns bewußterweise dasselbe Ziel erstrebte und die herbeizuführende Episode als solche auffaßte. Haben Sie darüber eine Meinung? Ist es möglich, ein Verständnis darüber herbeizuführen? Ohne solches ist die Gefahr zu groß, daß das ganze bayrische Gefühl mit dem König an der Spitze in Konflikt mit dem Reich gesetzt würde. Das Einschreiten des Reichs würde notwendig erfolgen, sobald dessen Autorität in Frage gestellt würde. Diese Frage zu stellen würde die Geschicklichkeit der Gegner in

---

<sup>1)</sup> In seinem Hirtenbriefe vom 4. Februar hatte der Erzbischof gesagt, daß „das letzte Jubeljahr 1826 unter aktiver Teilnahme des Königs Ludwig I., als eines gläubigen Sohnes der Kirche, in würdiger und erhebender Weise begangen werden konnte, daß aber leider die gegenwärtige Jubelfeier nicht wie sonst sich entfalten könne“. Der König unterließ deshalb die Beteiligung an dem Schlusse des vierzigstündigen Gebets in der Michaelskirche.

der Hand haben. Wäre dann die Episode abgeschlossen, sobald die letzten verfassungsmäßigen Konsequenzen angekündigt werden? Oder würde das königliche Selbstgefühl sich verpflichtet halten, sie wirklich eintreten zu lassen und sich dagegen mit allen Machtmitteln zu wehren? Die letztere Alternative ist so verhängnisvoll und würde so dauernde Nachwirkungen haben, daß ich nicht wage, sie freiwillig zu fördern, so unverzagt ich ihr auch entgegentreten würde, wenn sie sich uns aufdrängte. Der Herr in Frage ist mir immer gnädig gewesen, und ich möchte gegen ihn persönlich zu nichts die Hand bieten, was ich ihm nicht vorher sagen und was ich nicht auch für seines Dienstes halten könnte. Es kommt mir daher alles darauf an, ob er das Unternehmen wenigstens innerlich billigt und sich das Ziel vergegenwärtigt. Tut er das, so ist es vergleichsweise gefahrlos, jedenfalls ratsam, tut er es nicht, so ist das Spiel höher, als wir freiwillig verantworten können. Da Sie ihm persönlich ergeben sind, so nehme ich an, daß unsre Ansichten identisch sind. In dem Falle würde ich sehr dankbar sein, wenn wir die Frage mündlich besprechen könnten, wozu ein Anlaß leicht herbeizuführen.

Verzeihen Sie die Hast dieser Zeilen. In freundschaftlicher Ergebenheit der Ihrige

von Bismarck.

#### An den Reichskanzler.<sup>1)</sup>

Eurer Durchlaucht erlaube ich mir meinen ganz gehorsamsten und aufrichtigsten Dank für die wohlwollende Aufnahme auszusprechen, welche mein Brief gefunden hat, sowie für dessen eingehende Beantwortung.

Ich bin bei meiner Äußerung von der Voraussetzung ausgegangen, daß ein Ministerwechsel in Bayern noch vor den Wahlen bevorstehe und glaubte, daß es ratsam sein dürfte, demselben nicht hindernd in den Weg zu treten. Seitdem höre ich wieder durch Minister Fäustle, daß die ultramontane Partei davon absehen will, den König jetzt durch Angriffe zu irritieren, um nicht den Allerhöchsten Widerwillen gegen ein „katholisches Ministerium“ zu verstärken, und daß sie ihre Kraft auf die Wahlen aufspart. Unter solchen Umständen tritt die Frage nach der Stellung der Reichsregierung gegenüber den bayrischen Zuständen mehr in den Hintergrund, und ich darf hoffen, noch Gelegenheit zu haben, vor den bayrischen Wahlen mündlich mit Eurer Durchlaucht zu sprechen. Der unauffällige Anlaß dazu würde sich vielleicht ergeben, wenn ich meinen Sohn, für den ich Seine Majestät um Aufnahme in die Garde bitten will, nach Berlin begleiten werde.

<sup>1)</sup> Das Konzept trägt kein Datum.

Uebrigens muß ich schon jetzt bemerken, daß mich die Frage, die Eure Durchlaucht mir vorlegen und von deren Beantwortung Sie Ihre Entschließung abhängig machen, mit Bedenken erfüllt. Ich kann nach meiner Kenntniß der Individualität des Königs Ludwig nicht unbedingt bejahen, daß der König bewußterweise dasselbe Ziel mit uns verfolgt. Ich kann nur sagen, daß Seine Majestät klug genug ist, um die Gefahr zu ermessen, die ihm die klerikale Politik in Bayern bereiten könnte. Ob diese Klugheit soweit reicht, um ihn dauernd abzuhalten, die Konsequenzen der mit Bildung eines katholischen Ministeriums eingetretenen Politik zurückzudrängen, vermag ich jetzt nicht zu beurteilen. Die Führer der ultramontanen Partei sind übrigens, wie ich zu wissen glaube, mehrfach der Frage nähergetreten, ob nicht im gegebenen Augenblick der König durch den Prinzen Luitpold oder Ludwig am Steuer des Staats zu ersetzen sein würde. Möglicherweise hat man dabei an das Recht des Papstes gedacht, welches ihm die Befugnis einräumt, Fürsten zu entsetzen. Die Zurückhaltung, welche der König, trotzdem daß manche Teile des ultramontanen Programms ihm zusagen mögen, bisher dieser Partei gegenüber beobachtet hat, könnte den Gedanken nahelegen, daß jene Pläne dem König bekannt geworden sind. Andererseits würde sich freilich diese Zurückhaltung auch durch das dem Könige angeborene allgemeine Mißtrauen oder durch das Erkennen der objektiven Schwierigkeiten erklären. Immerhin lassen sich die Entschließungen des Königs nicht voraussagen und deshalb erkenne ich vollkommen die Schwere der Verantwortung, die ein Eingreifen in die Entwicklung der bayrischen Krisis mit sich führt. Nur kann ich mich noch nicht davon überzeugen, daß es einem ultramontanen Ministerium gelingen könnte, mehr zu tun, als sich in mißtrauische Haltung gegen das Reich einzupuppen. Zu einer reichsfeindlichen Aktion würde größere Einheit in der Partei selbst gehören. Diese besteht aber nicht bloß aus Ultramontanen, sondern auch aus Partikularisten, d. h. solchen, deren reichsfeindliche Gesinnung sich auf die Forderung beschränkt, die dem bayrischen Staate vorbehaltenen Rechte ungeschmälert zu bewahren. Dazu gehört insbesondere die Bureaukratie, also die Organe, mit welchen das Ministerium seine Politik durchführt. Diese wird durch die *Vis inertiae* auch den kühnsten ultramontanen Minister bald brachlegen. Und mir scheint, daß ein solches intrigierendes, Projekte machendes, aber zur Machtlosigkeit verurteiltes Ministerium im eignen Lande bald den Boden und die Majorität verlieren würde und daß nach dessen Sturze gesunde Zustände zu erwarten wären.

Allein, wie gesagt, ich bin weit entfernt, diese Ansicht als die richtige hinzustellen und werde mein Urteil erst nach mündlicher Rücksprache mit Eurer Durchlaucht definitiv bilden.

## Journal.

Paris, 18. Februar 1875.

Die Verständigung in der Nationalversammlung über den Senat und insolgedessen über die konstitutionellen Gesetze scheint nahe bevorzustehen.<sup>1)</sup> Damit verliert das Kaiserreich an Aussicht. Die Furcht vor den Bonapartisten hat die Einigung gefördert.

Thiers, den ich heute Abend besuchte, glaubt auch an das Zustandekommen und meint, daß dies die Auflösung der Versammlung nur näherbringen wird. Diese sei nötig, und wenn die Linke und das linke Zentrum bei der Verständigung mitwirke, so geschehe es nur, um desto eher zur Auflösung der Versammlung zu kommen. Ich fragte Thiers, ob er nicht glaube, daß damit die Chancen des Duc d'Umale zunähmen, und sprach die Meinung aus, daß man den Marschall Mac Mahon veranlassen werde, seine Entlassung zu geben, damit der Platz für Umale frei werde. Daß Mac Mahon abgehen werde, hält Thiers auch nicht für unmöglich, doch bestritt er ganz bestimmt, daß der Duc d'Umale Aussicht habe, gewählt zu werden. „Il n'aura pas 200 voix dans la Chambre.“ „Aber der Senat?“ fiel ich ein. Auch dieser werde Umale nicht wählen, meinte Thiers. Er hält nur das Kaiserreich oder die Republik für möglich. Das erstere werde aber nur dann kommen, wenn die Republik sich als lebensunfähig erwiesen habe. Diese aber kräftige sich jetzt mehr und mehr, und das Land sei in seiner Mehrheit republikanisch. Daß die Orleans Aussicht hätten, zur Regierung zu kommen, davon sei keine Rede. Mir schien, daß er sich allein für möglich hält, wenn der Marschall abgehen sollte. Darin kann er sich täuschen.

Bei Thiers waren einige ältere Herren. Darunter Emanuel Arago, mit dem ich ins Gespräch kam. Madame Thiers schloß fest, Mademoiselle Dosne von Zeit zu Zeit. Thiers saß am Kamin und erzählte der Fürstin Trubekoy und Arago seine Erlebnisse während der Februarrevolution von 1848, seine Unterredungen mit Louis Philipp, dessen Flucht und wie man ihn, Thiers, auf der Place de la Concorde gedrosselt und am Boden herumgeschleift habe. „Mais le peuple n'est pas méchant. Ils m'ont un peu secoué, mais je n'en ai pas eu grand mal.“

Um 11 Uhr ging ich weg. Am Schlusse sagte er mir: „Faites mes compliments au Prince de Bismarck!“

---

<sup>1)</sup> Durch die Einigung der verschiedenen Gruppen der Linken und die Verständigung des linken mit dem rechten Zentrum über die Zusammensetzung des Senats, welche zur Annahme des Senatsgesetzes am 24. Februar führte. Am 25. nahm der Marschall die Demission des Kabinetts Giffen an und beauftragte Buffet, den Präsidenten der Nationalversammlung, mit der Bildung eines Ministeriums.

Paris, 21. Februar 1875.

Bei einem Besuche, den mir Thiers heute machte, äußerte er, daß er, an das Zustandekommen des Senatsgesetzes glaube. Nur schien er Zweifel zu hegen, ob es möglich sein werde, die Majorität bis zuletzt zusammenzuhalten. Die Schwierigkeiten, meinte Thiers, werden erst nach dem Zustandekommen der Verfassung beginnen. Man glaube sich gegenseitig übervorteilen zu können, indem man sich vereinige. Wenn die Republik konstituiert sei, würden die Republikaner darauf dringen, daß Änderungen im Verwaltungspersonal vorgenommen würden, damit ihnen nicht bei den Wahlen durch monarchisch gesinnte Präfekten Schwierigkeiten bereitet würden. Wer die Verwaltung in der Hand habe, der habe in Frankreich auch die Wahlen in der Hand. Der Marschall, der von den Konservativen an die Spitze der Regierung gestellt sei, werde von diesen und von den Republikanern angegriffen werden und die Minister würden in die schwierigste Lage kommen: „Ce sera l'enfer.“ Das scheint alles sehr wahrscheinlich. Ueberhaupt ist die Bahn, die die Regierung des Marschalls einschlägt, eine sehr gefährvolle. Die Linke hält sich jetzt ruhig, weil ihr daran liegt, die Rechte zu sprengen und die Tatsache der Republik herbeizuführen. Hat sie diese erst einmal, so wird sie sie auch ganz und mit allen Konsequenzen haben wollen. Gibt der Marschall darin nach, so wird er immer weiter nach links geführt werden. Gibt er nicht nach, so entstehen Zwürfnisse und Zustände, denen der Marschall nicht gewachsen zu sein scheint. Die Schwierigkeit wird besonders das Ministerium treffen, das ganz oder doch zum größten Teil aus Mitgliedern des rechten Zentrums zusammengesetzt ist. Es wird in eine Abhängigkeit von der linken Fraktion kommen, die seine Existenz gefährden kann.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 26. Februar 1875.

Bei Abgang des Kuriers erfahre ich, daß deutsche Pferdehändler Auftrag haben, zehntausend Militärreitpferde für Frankreich ohne Preisbeschränkung mit fünfzig Franken Provision per Stück ohne Verzug anzukaufen. Wenn die Maßregel auch nur natürliches Ergebnis der beschlossenen Reorganisation sein mag, so haben wir doch keinen Anlaß, eine Reorganisation, die den Charakter einer Kriegsrüstung trägt, einer Rüstung, die notorisch gegen uns gemeint ist, mit deutschen Pferden beschleunigen zu helfen. Es scheint daher geboten, Gegenmaßregeln zu treffen. Bevor ich die desfallsigen Anträge stelle, bitte ich um Ihren und des Herrn von Bülow schleunigen Bericht über die Tragweite der Maßregel nach dortigem Gesichtspunkt. Ich glaube nicht an Kriegsabsicht im nächsten Jahre, aber zehntausend Reitpferde wären ein Ueberlaß, den wir noch empfinden würden,

wenn wir etwa in drei Jahren mobil zu machen hätten, und wenn wir Frankreichs Vorbereitungen, welches außerhalb Deutschlands diese Menge von brauchbaren Pferden schwer findet, auch nur verlangsamten, so kann auch darin schon ein Gewinn liegen.

Der Ihrige

von Bismarck.

Journal.

Berlin, 21. März 1875.

Gestern Vormittag im Auswärtigen Amt bei Bülow, Bucher u. a. Ueberall freundliche Aufnahme. Um 5 Uhr Diner bei Bismarck mit dem diplomatischen Korps. Bismarck sprach ich nur einen Augenblick, da er ganz von den fremden Diplomaten absorbiert war.

Abends Soiree bei der Kaiserin. Hier sprach ich lange mit Excellenz Bülow über politische und viele andre Dinge. Auch über den Arnim'schen Prozeß und Landsberg. Er sagt, ich würde mit dem Prozesse nichts zu tun haben.

Heute Morgen beim Kaiser. Dieser sprach viel von der zwischen Rußland und England bestehenden Verstimmung. Der Kaiser Alexander sei davon lebhaft präoccupiert. Kaiser Wilhelm hofft, daß es Schuwalow gelingen werde, das Mißtrauen Englands zu beschwichtigen. Wir kamen dann auf Frankreich. Er hatte alles gelesen, war vollkommen au fait. Bezweifelt nicht, daß die Franzosen rüsten, um gegen uns loszugehen, wenn sich die Gelegenheit darbietet, und sieht dieser Eventualität mit Ruhe entgegen. Die Dislozierung der Division Panot hält er für einen feindlichen Schachzug. Ich berichtete dann über den Staatsstreich, der bevorzustanden haben soll, was den Kaiser sehr interessierte. Ueber meine Berichterstattung sagte er, daß meine Berichte „wunderbar klar“ wären, wie er noch keine gelesen habe, und sagte noch viel Freundliches.

Am Montag dem 22. war ich bei Bismarck zu Tisch. Nachher nahm er mich mit in sein Kabinett, wo wir über die politische Lage sprachen. Er ging die verschiedenen Allianzen durch, die gegen uns gemacht werden könnten. Wenig Wert legt er auf die Allianz Oesterreich-Italien-Frankreich, der seien wir gewachsen, da wir gegen Oesterreich mit 400000 Mann fertig werden könnten. Bedenklicher Frankreich-Rußland. Dabei sei aber Italien ohne Bedeutung. Auf dieses Land legt er kein Gewicht, da die Armee schlecht und die Politik ganz unzuverlässig sei. Eine Verständigung mit Rom auf der von mir angedeuteten Basis wäre ihm willkommen. Ueber die weltliche Herrschaft könnte ich mit Decazes sprechen.

Dann über Bayern. Der Grund, warum er gegen ein ultramontanes Ministerium ist, liegt darin, daß er ein Einschreiten gegen Bayern für nötig hält, wenn die Autorität des Reichs gefährdet würde, und weil er eine solche Eventualität vermeiden will.

Berlin, 25. März 1875.

Gestern längeres Gespräch mit dem Großherzog von Baden. In bezug auf Frankreich hofft der Großherzog, daß man doch noch zu friedlichen Beziehungen kommen und den Krieg vermeiden werde. Ich sprach dagegen meine Zweifel aus. Möglich sei es, aber nicht wahrscheinlich. Dann auf die innere Lage in Deutschland übergehend, sprach er mir zuerst unverständliche Befürchtungen aus über die Entwicklung des Reichsgedankens. Ich verstand nachher, daß er eine größere Einigung für notwendig hält und den Partikularismus fürchtet. Dieser müsse beschränkt werden, besonders in Preußen selbst. Reichsministerium und deutsche Armee. Ich sagte ihm, daß es ratsam sei, die deutschen Fürsten nicht zu erschrecken und ihnen tatsächlich den Beweis zu geben, daß ihre Stellung im Reiche gesicherter sei, als sie früher während des Bundestags gewesen. Was die deutsche Armee betrifft, so wisse ich nicht, ob sich der Kaiser darauf einlassen werde. Es scheint, daß der Großherzog die in national-liberalen Kreisen auftauchende Idee teilt, daß der Kaiser um den Preis der Assimilation der bayrischen Armee die preußische Armee zur deutschen machen werde. Wie aber die Verträge ändern?

In bezug auf den Kirchenkonflikt sprach er sein Bedauern aus, ohne anzugeben, wie jetzt andre Wege eingeschlagen werden könnten.

Bemerkenswert war mir, was er mir, ohne daß ich dazu Anlaß gab, über die Gespräche mit Marquis Pepoli erzählte. Dieser teilt vollkommen meine Ansicht, daß die Verständigung zwischen der Kurie und Italien das Ziel einer mächtigen Partei in Italien ist und daß die Verständigung teilweise schon besteht. Die Pläne, welche jene Partei auf das Zusammengehen der italienischen Regierung mit der Kurie baut, seien ganz extravagante. Es stimmt dies ganz mit dem überein, was mir Decazes gesagt hat und dürfte dort zu verwerten sein.

26. März.

Abends bei Bismarck. Dieser sagt, wir dürfen jetzt nicht Frieden machen. Erst müsse die Gesetzgebung in Preußen von allem gereinigt werden, was in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. in Preußen das Verhältnis zwischen Staat und Kirche verwirrt habe. Nachher sei er zum Frieden bereit. Bismarck wünscht, daß ich nach München gehe, um dort an den Beratungen des Reichsrats teilzunehmen.

Paris, 26. April 1875.

Michaud<sup>1)</sup> erzählt, daß die meisten der während der Kommune erschossenen Geiseln Gegner der Jesuiten waren, darunter Darboy, Erzbischof von Paris, der den Jesuiten wegen seiner Haltung auf dem

<sup>1)</sup> Ultrakatholik, seit 1876 Professor an der christkatholischen Fakultät in Bern.

Konzil verhaftet war, Senator Boujean, ein bekannter liberaler Katholik, de Guery, liberaler Priester, Chaudet, Redakteur des „Siècle“, dann die Dominikaner von Arcueil, die der Richtung Lacordaires angehörten und den Jesuiten in ihrer Anstalt der Rue de la Poste Konkurrenz machten, vier Jesuiten, die zu der liberaleren Richtung des Ordens gehörten, darunter Pater Olivain. Niemand weiß, wer diese Geiseln der Kommune benannt hat. Der bekannte Generalvikar Lagarde, der nach Versailles geschickt wurde, um dort für die Befreiung der Geiseln zu wirken, kam nicht nach Paris zurück, wie er versprochen hatte. Als er nach der Einnahme zurückkam, mußte er der Indignation des Klerus wegen seine Entlassung nehmen. Jetzt hat ihn der Erzbischof Guibert wieder zum grand vicaire gemacht! Guibert ist in den Händen der Jesuiten und protegirt die Klostergeistlichen zum Nachteil des Weltklerus.

Schillingsfürst, 9. Mai 1875.

Bei meinen Unterredungen mit dem Kardinal und mit den Geistlichen hörte ich noch folgendes über die römische Frage.

Von italienischen Staatsmännern gibt es nicht wenige, die Brüder im Jesuitenorden haben. Dazu gehören Ponza di San Martino, Ricasoli, der verstorbene Massimo d'Azeglio und Silvio Pellico. Der General der Jesuiten wohnt in Paris und wird von König Viktor Emanuel verpflegt, d. h. er lebt dort auf Kosten des Königs.

Den Jesuiten ist gestattet worden, ihre Bücher heimlich aus der Bibliothek des Gesu herauszutragen. Dies geschah Nachts während mehrerer Wochen. Ueberhaupt sagen die italienischen Geistlichen, daß die italienische Regierung die Jesuiten besonders begünstige.

Der König von Neapel sagt, daß er die Beweise habe, daß der Jesuitenorden dem Hause Bourbon den Untergang geschworen habe und an den Unfällen dieses Hauses hauptsächlich schuld sei.

Unter den Kardinälen und Prälaten, mit denen man unterhandeln könnte und die den Jesuiten feindlich sind, nannte Gustav folgende:

Kardinal Franchi,

Kardinal Guidi,

Kardinal de Luca,

Kardinal Mertel, dieser besonders verschwiegen,

Kardinal de Angelis in Fermo,

dann den Nunzius Jacobini in Wien.

Auch die Fürstin Karoline Wittgenstein soll zu den Gegnern des Ordens gehören und würde zu verwenden sein.

München, 15. Mai 1875.

Heute bei Döllinger. Er sprach vom Kirchenkonflikt und verglich die preußische Regierung mit einem Manne, der in einen Fluß geht, ohne dessen Tiefe zu kennen und bei jedem Schritt auf unerwartete Untiefen trifft. Wenn nur, meinte Döllinger, das Wasser den Unkundigen nicht mit fortreißt! Er bedauert, daß man es nicht verstanden habe, die Bischöfe teilweise für sich zu gewinnen. Das würde anfangs möglich gewesen sein, jetzt sei es zu spät. Wolle man aber einmal Frieden machen, so möge man nicht mit Rom verhandeln, denn dort sei die Unkenntnis über deutsche Dinge zu groß, sondern mit den deutschen Bischöfen. Sie ständen allerdings unter dem Einfluß und unter dem Befehl der Kurie. Diese aber erteile ihre Befehle erst, nachdem sie die Bischöfe selbst um ihre Meinung befragt habe. Auch rät er, ja recht vorsichtig zu sein, wenn man Frieden schließe, um das Gute festzuhalten, das man durch die jetzige Gesetzgebung erlangt habe. Dazu rechnet er ganz besonders die Gesetze über die Erziehung des Klerus. Er empfiehlt die Konzession zu machen, die in Württemberg bestehe, wo ein bischöflicher Kommissar an den Staatsprüfungen der Geistlichen teilnehme.

In bezug auf die weltliche Herrschaft des Papstes teilt er meine Ansicht, daß diese den Papst an manchen extremen Schritten gehindert haben würde, glaubt aber nicht, daß man darauf zurückkommen könne. Die Herrschaft der Jesuiten über den Papst hält er natürlich auch für ein Unglück und hofft, daß ein künftiger Papst sich davon befreien werde.

Wir sprachen über den Bischofsitz in Bamberg. Er hat Gustav vorgeschlagen, aber ohne Erfolg. Denn nachher sagte mir Pfeufer, daß ein oberpfälzischer Pfarrer dazu ausersehen sei.

Pfeufer ist der Meinung, daß die Wahlen, dank einer richtigen Einteilung der Wahlbezirke, nicht allzu schlecht ausfallen würden und daß der Status quo in der Kammer erhalten werden dürfte. In Oberfranken sei die Stimmung günstiger. Ueber den Prinzen Ludwig sagt er, daß dieser sich ganz den Ultramontanen angeschlossen habe und darin weiter gehe als sein Vater. Der König sei jetzt sehr ängstlich und werde durch anonyme Drohbriefe noch ängstlicher gemacht.

Berlin, 18. Mai 1875.

Heute Besprechung mit Bülow, der mir die in den nachstehenden Auszügen erwähnten Punkte darlegt. Bei dieser Gelegenheit bittet er im Auftrage des Fürsten Bismarck, gelegentlich mit Decazes über Gontaut zu sprechen und ihm zu sagen, „daß es uns nicht möglich sei, im Interesse des Friedens und des guten Einvernehmens hier mit Gontaut die guten Beziehungen in derselben befriedigenden Weise zu führen, wie wir

solche in Paris zwischen dem Duc Decazes und dem Fürsten Hohenlohe bestehen sehen, so lange ein legitimistischer ultramontaner Botschafter die Stelle einnimmt, mit dem Fürst Bismarck nicht frei und offen reden kann und der auch nicht die nötige Geschäftskennntnis besitzt. Dazu kommt, daß seine Töchter die inneren Zustände des Landes in einer Weise besprechen, die nicht der Rolle von Mitgliedern einer botschaftlichen Familie entspricht. In gleicher Weise sei der Militärattaché Prince Polignac nicht an seinem Platze. Die Art, wie er sich über aggressive Tendenzen der preußischen Generale geäußert hat, hat Anstoß erregt." Ich soll dann an Bülow schreiben, ohne die Sache zu nennen, daß ich „die fragliche Unterredung mit Decazes gehabt habe und welchen Eindruck meine Mitteilung gemacht hat. Wenn es möglich ist, möge ich dahin trachten, daß Polignac zuerst wegkomme“.

Mit Radomiz sprach ich dann über den eventuellen Nachfolger, und wir fanden als den besten St. Vallier.

Der Kaiser sprach längere Zeit über die nachteiligen Folgen der Zeitungsartifel, erzählte dann von Verstimmungen zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck, dann von der Anwesenheit des Kaisers von Rußland<sup>1)</sup> und wie sich dieser von der Unwahrheit der Gerüchte<sup>2)</sup> überzeugt habe. Bei dem Schluß der Unterredung sagte er: „Grüßen Sie den Marschall Mac Mahon und sagen Sie ihm, daß Sie nicht allein der Friedensbote sind, sondern daß der wahre Friedensbote hier steht.“

#### Auszug aus mitgeteilten Aktenstücken.

Telegramm vom 9. Mai, in welchem Münster mitgeteilt wird, daß der englische Botschafter im Auftrage seiner Regierung sagt, die englische Regierung bemerke mit Bedauern, daß Europa in Unruhe sei wegen französischer Maßregeln, in denen Deutschland Kriegsgefahr erblicke.<sup>3)</sup> England teile diese Befürchtungen nicht, wünsche zur Beschwichtigung beitragen zu können und stelle sich der hiesigen Regierung zur Disposition. Münster solle danken und sagen, daß die Beunruhigungen von der Presse veranlaßt seien, besonders von der „Times“.

Im gleichen Sinne ein längerer Erlaß, darin besonders: „England möge Frankreich zu beruhigen suchen.“

In einem Privatbriefe wird die Lächerlichkeit der englischen Friedensbemühungen geißelt. England hätte dies 1870 tun sollen. Die englische

<sup>1)</sup> Vom 10. bis 13. Mai.

<sup>2)</sup> Kriegerischer Absichten Deutschlands.

<sup>3)</sup> Das französische Cadresgesetz vom 12. März, durch welches die Regimenter von drei auf vier Bataillone gebracht wurden und eine Erhöhung der Kriegsstärke der Armee um 144000 Mann herbeigeführt wurde. Die Annahme durch die Nationalversammlung erfolgte fast einstimmig.

Diplomatie arbeite in Wien und in Petersburg in dem Sinne, der Regierung des Deutschen Reichs kriegerische Velleitäten zuzuschreiben. Odo Russell habe gewiß nicht in diesem Sinne berichtet. Lyons treibe Norfolkische Hauspolitik und lebe in französischen Anschauungen. Die französische Botschaft sei ultramontan, ebenso Polignac.

Erlaß an die Botschafter in Wien und Petersburg, in welchem über Gontaut und Polignac gesprochen wird.

Münster antwortet am 13. Mai. Dann schickt er einen Bericht eines Liberalen, in welchem Beust als Hauptagitator in der englischen Presse und auch in Pariser Blättern bezeichnet wird. Granville Murray vermittelt dies.

Bericht Perponchers vom 11. Mai: Der belgische Minister beklagt sich bei ihm über das Drängen Deutschlands<sup>1)</sup> und sagt, daß ein liberales Ministerium nicht mehr tun könne.

Darauf Erlaß vom 14. Mai. Bismarck sagt: Die belgische Sache würde viel weiter und befriedigender gestellt sein, wenn die belgischen Minister die Reform der Gesetzgebung und die Duchesnesche Untersuchung entweder gleich in Angriff genommen, oder wenigstens unzweideutig zugesagt hätten. Statt dessen eine Antwort in Phrasen, nicht höflich, und der Versuch, Deutschland durch entstellte Angaben zu verdächtigen. Die von Perponcher akzeptierte Aeußerung des belgischen Ministers, daß der Rücktritt des Ministeriums die belgische Unabhängigkeit gefährde, findet Fürst Bismarck eine starke Unterschätzung der Lebensfähigkeit Belgiens. Für uns sei es keineswegs erfreulich, Belgien von Ministern einer Partei regiert zu sehen, welche mit uns im Krieg ist. Die ultramontane Richtung gravitiere zu Frankreich. Je länger das klerikale Regiment dauere, um so abhängiger werde das Land von den Jesuiten. Daß Perponcher die Ueberhebung des belgischen Ministers ohne Bemerkung einberichtet, überrascht. Zugleich wird ihm empfohlen, da er noch im Gasthaus wohne, den Erlaß zu verbrennen!

Paris, 21. Mai 1875.

Wenn bisher darüber Zweifel obgewaltet haben, wer der Verfasser des bekannten „Times“-Artikels<sup>2)</sup> sei, so glaube ich diese vollkommen beseitigen zu können. Der Verfasser jenes Alarmartikels ist niemand anders als

<sup>1)</sup> Der Belgier Duchesne hatte an den Erzbischof von Paris ein Schreiben gerichtet, worin er sich erbot, für eine bestimmte Summe den Fürsten Bismarck zu ermorden. Deutschland forderte eine Ergänzung der belgischen Gesetzgebung, welche die Bestrafung solcher Gefährdungen des inneren Friedens und der Sicherheit der Personen in befreundeten Nachbarstaaten ermögliche. Darauf ein längerer Depeschenwechsel.

<sup>2)</sup> Anfangs Mai brachte die „Times“ einen Artikel, welcher Kriegsbefürchtungen wachrief.

der bekannte Korrespondent der „Times“ in Paris, Herr von Blowitz. Schon am 2. Mai, als ich ihn in der Soiree bei dem Duc Decazes traf, teilte mir Blowitz seine Absicht mit, über die bestehende Beunruhigung einen Artikel zu schreiben, von dem er sich einen günstigen Erfolg versprach. Blowitz erörterte mit mir die in seinem Korrespondenzartikel enthaltenen Punkte. Meine Einwürfe hat er unberücksichtigt gelassen, weil er, wie ich seitdem erfahren habe, der Ueberzeugung war, durch die offene Darlegung der bestehenden Beunruhigungen Gegenerklärungen zu provozieren, die zur Befestigung des Friedens beitragen würden. Außerdem ist er weiter gegangen, als er mir gegenüber zugegeben hatte. Sein Raisonement, das in der mündlichen Unterredung einen unparteiischen Charakter hatte, ist das geworden, was ich ihm schon mündlich warnend entgegengehalten hatte, ein Angriff gegen Deutschland. Die Redaktion der „Times“ hat seinen Artikel am Mittwoch dem 5. Mai erhalten und dann von verschiedenen Korrespondenten auf dem Kontinent telegraphisch Auskunft über die in dem Blowitzschen Artikel enthaltenen Punkte verlangt, vielleicht auch mit Londoner Politikern Rücksprache genommen. Erst als sie sich, wie sie glaubte, von der Richtigkeit der Blowitzschen Angaben überzeugt hatte, ließ sie den Artikel drucken. Die Vermutung, daß der Artikel durch Börsenspekulanten eingegeben sei, scheint der Begründung zu entbehren. Es war eine im französischen Interesse von Blowitz erfundene Taktlosigkeit, mit der dieser Gutes zu stiften und für den europäischen Frieden zu arbeiten glaubte.

Paris, 21. Mai 1875.

Bei meinem heutigen Besuche bei Decazes brachte ich die Gontautsche Frage in Anregung. Ich bezog mich auf die bereits gestern andeutungsweise gegebene Notiz und bat Decazes, deshalb nichts an Gontaut zu schreiben, da dies doch nichts nützen werde. Durch das Benehmen Gontauts könne die Tatsache nicht geändert werden, daß er legitimistisch-ultramontan gesinnt sei und zu den Gegnern der deutschen Regierung in freundschaftlichem Verhältnisse stehe. Wenn Decazes Wert darauf lege, daß die Beziehungen zwischen dem französischen Botschafter und dem Reichskanzler befriedigende würden, und wenn er das Vertrauen erhalten wolle, das der Fürst Bismarck in ihn, Decazes, setze, so müsse er eine Aenderung eintreten lassen. Decazes hörte mich mit großer Aufmerksamkeit an und erklärte, er sei in Verlegenheit, weil er gerade die beste Gelegenheit habe vorübergehen lassen. Gontaut habe gewünscht, nach London zu kommen. Decazes habe ihn im Interesse der bestehenden guten Beziehungen mit Berlin gebeten, dort zu bleiben. Jetzt sei es schwer. Indessen fügte er bei: „Il est évident, qu'il ne peut être question de faire des affaires entre deux hommes qui se regardent comme des chiens de fayence.“ Der

Eindruck, den meine Auseinandersetzung machte, war der großer Ueber-  
raschung und zugleich der Ueberzeugung, daß etwas geschehen müsse. Decazes  
wird sein möglichstes tun, um unsre Wünsche zu befriedigen.

Paris, 23. Mai 1875.

Decazes, den ich heute besuchte, teilte mir mit, daß ein in Limoges  
erscheinendes Blatt niedriger Gattung ein Gespräch zwischen dem Kaiser,  
Bismarck und Moltke gebracht habe, welches injuriösen Inhalts sei. Er  
sagt, da dort nicht der Belagerungszustand bestehe, könne man nicht da-  
gegen einschreiten, ohne daß wir dazu Veranlassung gäben. Doch sei das  
Parkett insoweit vorgegangen, daß es dem Blatt auf einige Zeit den  
Straßenverkauf untersagt habe. Ich erwiderte, daß das Blatt zu wenig  
gelesen sei und ich es daher für das beste hielte, nichts weiter zu tun.

Dann kamen wir wieder auf Gontaut. Er hofft, daß Deslô von  
Petersburg bald abgehen und dann Gontaut dorthin gehen könne.

Paris, 29. Mai 1875.

Gestern kam Herr Thiers zu mir. Er fand, daß es in meinem Salon  
zu kalt sei und ließ sich seinen Paletot kommen. Dann setzte er sich und  
sagte: „Eh bien, nous voilà dans une crise.<sup>1)</sup> Du reste,“ setzte er  
hinzu, „ce ne sera rien.“ Ich erzählte ihm nun von den Gerüchten  
eines Staatsstreichs, den der Marschall beabsichtige, worüber er lachte  
und sagte: „Tout cela sont des bêtises.“ Ich konnte das nur bestätigen,  
erlaubte mir aber einzumerken, daß die ultramontane Partei allen Grund  
habe, sich gegen den Sieg der Republik, die sie mit der Revolution  
identisch halte, zu wehren. Thiers meinte, die ultramontane Partei sei  
erschreckt und habe keinen Mut, etwas Außerordentliches zu unternehmen.  
Der angebliche Staatsstreich sei eine gefährliche Sache für die, welche ihn  
unternehmen. Die gegenwärtige Lage sei der Ungeschicklichkeit Buffet's  
zuzuschreiben. Dieser sei ein „entêté, un sot politique. Dieu me garde  
de dire qu'il soit un sot, mais on peut être un homme d'esprit et  
un sot en politique et Buffet en est un.“ Buffet sei durch seine Un-  
geschicklichkeit am 4. September schuld. Er schilderte dann die Tage des  
3. und 4. September mit großer Lebhaftigkeit. „Damals kam man zu mir,  
um mich im Namen der Kaiserin zu bitten, die Leitung der Geschäfte zu  
übernehmen. Ich ließ der Kaiserin sagen, ich könnte ihr nicht helfen.  
Ich hatte keine besondere Achtung vor diesem Hofe, aber ich würde sie  
gerettet haben, wenn ich die Macht dazu gehabt hätte. Ich hatte sie aber

<sup>1)</sup> Infolge der Verhandlungen über das Wahlgesetz. Die Regierung verlangte  
den Scrutin d'arrondissement, die vereinigte Linke den Scrutin de liste.

nicht, und es wäre umsonst gewesen, den Versuch zu wagen. Die Kaiserin beging den Fehler, den Grafen Palikao zu berufen, der mit Buffet die Regierung leiten sollte. Wir Mitglieder des Corps législatif waren der Meinung, daß diesem die Gewalt zu übertragen sei. Dieser Körperschaft mußte die Aufgabe zufallen, den Frieden zu schließen. Damals hätte man noch bessere Bedingungen bekommen. Der Kaiser selbst hatte eigentlich schon aufgehört zu regieren. In der Versammlung durfte man ihn schon seit vierzehn Tagen nicht mehr nennen, ohne den Ruf zu provozieren: „Ne parlez pas de cet homme!“ Nun kam man zu mir, ich sollte einen Beschluß formulieren, der die Regierung in die Hände des Corps législatif lege. Ich tat es. Während wir aber damit beschäftigt waren, wurden Trochu und Buffet interpelliert, was die Truppen bedeuteten, die um das Corps législatif herumständen. Trochu und Buffet ließen sich dadurch einschüchtern und schickten die Truppen weg. Da sagte ich: „Eh bien, nous aurons notre affaire. Bientôt la salle sera envahie.“ So geschah es. Während wir mit dem fraglichen Antrag beschäftigt waren, drängte sich eine große Menge Leute herein. Lauter anständig gekleidete Männer. Auch Decazes war darunter. Einer von ihnen schrie: „Sauvez-nous, monsieur Thiers!“ Sie hatten alle den Kopf verloren. Ich erwiderte: „Si je dois vous sauver, allez-vous en.“ Darauf gingen sie ruhig weg. Unterdessen rannte aber das Volk in das Hotel de Ville. Das hörte man im Corps législatif, und nun eilten verschiedene Abgeordnete dorthin, um zu verhindern, daß sich die Kanaille der Regierung bemächtige. Auch Jules Favre und Simon waren dabei. So kamen diese dazu, die Regierung zu übernehmen. Sie erschienen denn auch alsbald wieder in dem Corps législatif, berichteten, was sie getan hätten, und zankten sich mit Buffet, worauf ich dann erklärte, es könne zu nichts führen, sich zu zanken. Die Regierung sei konstituiert, man müsse sich ihr unterwerfen. Ich hob die Versammlung auf, und wir gingen alle nach Hause.“

Thiers erzählte dann von der Kommune, von den Unruhen in Lyon und Paris unter Louis Philipp, von der Rue Transnonain und so weiter. Zuletzt auf die gegenwärtige Krisis zurückkommend, sagte er: „Nous roulerons tout doucement vers la dissolution dans la petite voiture du 25 février.“<sup>1)</sup> Die Lage kennzeichne sich dadurch, daß keine der sich bekämpfenden Dynastien stark genug sei, um zur Regierung zu gelangen. Auch wenn der Graf von Chambord die weiße Fahne aufgegeben hätte, würde er nicht zur Regierung gekommen sein. Ebenso wenig seien die Orleans oder das Kaiserreich stark genug. Die Republik sei deshalb eine Notwendigkeit. Er habe das den Leuten von der Rechten schon vor dem

<sup>1)</sup> Siehe Seite 150.

24. Mai<sup>1)</sup> gesagt. Damals habe man ihn gebeten, „de dire seulement quelques bonnes paroles“. Er habe das zurückgewiesen. Er habe sie nicht betrügen wollen. Ebenjowenig habe er das Recht gehabt, die Republik, die man ihm in Bordeaux anvertraut habe, in eine Monarchie umzuwandeln und damit die Republikaner zu betrügen. Die Monarchisten hätten ihm damals nicht geglaubt. Jetzt stehe die Wahrheit vor aller Augen.

Paris, 2. Juni 1875.

Der Duc d'Audiffret-Pasquier bestreitet, daß die Franzosen sich mit den Ultramontanen identifizieren, weil sie in ihnen Alliierte gegen uns erblicken. Ich behauptete das ihm gegenüber, als er gestern bei mir war. Er dagegen behauptet, der Gallikanismus sei noch sehr verbreitet. Wir glauben alle nicht an die „Unfehlbarkeit des Papstes“, wir sind Gegner der Jesuiten, die hier nicht die Majorität für sich haben u. s. w. Das waren alles recht schöne Worte. Meine Ansicht ist aber doch richtig. Auch Blowitz, den ich nachher sprach, ist meiner Ansicht und sagt, ich hätte vollkommen recht, wenn ich behaupte, daß der Kampf zwischen Liberalen und Klerikalen in Frankreich erst dann beginnen werde, wenn in Deutschland der Friede zwischen Papst und Regierung hergestellt sei. Audiffret-Pasquier sagt, die Zustände in Frankreich seien deshalb so ernst, weil die Konservativen durch eigne Schuld Boden verloren hätten und weil die Gefahr bestehe, daß die höheren Stände, die Aristokratie des Geldes und der Familie, die Leitung der Politik verlören. Ob Scrutin de liste oder d'arrondissement sei gleichgültig. Es sei zu fürchten, daß allerlei Mittelmäßigkeiten, Advokaten und Streber in die Versammlung gewählt werden würden. Blowitz meint, es werde ein Teil republikanisch, ein Teil bonapartistisch sein und dazwischen eine „masse flottante, indécise“, der die eigentliche Entscheidung zufallen werde. Damit würden die Zustände und Intrigen, wie sie jetzt sind, dauernd. Man werde weder eine ordentliche Republik noch eine ordentliche Monarchie haben.

Paris, 21. Juni 1875.

Mendes Real, der portugiesische Gesandte, ist der größte Jesuitenriecher, der mir vorgekommen ist. Er behauptet, die Internationale sei unter der Leitung der Jesuiten, die Jesuiten wollten Don Carlos auf den französischen Thron bringen, der ganze Modewarenhandel in Paris sei in ihren Händen, auch der Guanohandel u. s. w. Wenn die Engländer erst einmal einsehen würden, daß die Jesuiten ihrem Handel Konkurrenz machten, würden sie schon gegen sie auftreten.

<sup>1)</sup> Am 24. Mai 1873 war Thiers durch die Rechte der Nationalversammlung gestürzt und durch Mac Mahon ersetzt worden.

Die spanische Sache machte mir viel Schreiberei. Heute großer Bericht nach Berlin darüber.

Gestern mit Lindau und Holstein auf den Buttes Montmartre. Auf dem Wege dahin besahen wir auf dem Kirchhofe die Gräber von Heinrich Heine und Cavaignac. Ersteres ein einfacher Stein mit dem Namen, letzteres eine sehr schöne liegende Statue von Cavaignac. Leider war das Wetter schlecht, die Aussicht durch Regen und Nebel beschränkt. Wir sahen uns dann den Grundstein der neuen Kirche des Sacré Cœur an, der vor einigen Tagen gelegt worden ist.

Decazes ist krank. Ich kann deshalb keine Geschäfte mit ihm abmachen, und es bleibt vieles liegen.

Gestern Abend war ich im Vaudeville, wo ein Stück: „Le procès Vauradieux“ gegeben wurde. Sehr komische Szenen.

Am 21. Mittags fuhr ich nach Versailles. Reden von Buffet und du Temple. Greulicher Lärm.<sup>1)</sup>

Am 23. großes Diner und Soiree in der türkischen Botschaft.

Am 24. Diner bei mir. Oberbürgermeister Hobrecht und sein Bruder, Rudhart, die Herren der Botschaft u. a.

Am 25. Nachmittags bei Decazes, der noch krank ist.

Paris, 22. Juni 1875.

Herr Ed. Simon, Redakteur des „Mémorial diplomatique“, war bei mir, um zu bitten, man möchte, wie die andern Regierungen, ihm die Personalveränderungen in der Diplomatie und dem Konsulatsdienst mitteilen, damit er sie veröffentlichen könne. Er teilte mir dann einen Brief eines Korrespondenten mit, der ihm erzählt, die beunruhigenden Nachrichten seien von Rußland nach England gekommen. Auch sei General Bessô derjenige, der hierher berichtet habe, man solle sich in acht nehmen. Die Stimmung in Rußland sei deutschfeindlich, und die Sympathie des Kaisers Alexander für Deutschland werde dort nicht geteilt. Ich erwiderte ihm, ich kenne die Russen genau und wisse, daß man ihre frondierenden politischen Bemerkungen ebenso wenig au sérieux nehmen müsse wie die provozierenden Redensarten mancher russischen Damen. Wenn es ernst würde, überlegten sie sich die Folgen. Er sagte, daß zwischen den Russen und den Engländern eine Annäherung statfinde. Mir schien, als wenn er gekommen sei mit dem Auftrage, mich graulen zu machen. Er hat sich überzeugt, daß das nicht verfinz. In der Sache der ägyptischen Reform sieht er

---

<sup>1)</sup> Der Gesekentwurf über die öffentlichen Gewalten wurde von der äußersten Linken und der äußersten Rechten auf das heftigste angegriffen. Der Legitimist du Temple wendete sich gegen den Marschall persönlich.

etwas schwarz und meint, daß Decazes einen schweren Stand haben werde.<sup>1)</sup> Die Opposition gehe aus Privatinteressen hervor. Viele Leute hätten Reklamationen in Aegypten, andre wollten dort den Khedive bestehlen, andre hätten ein Interesse an dem Gerichtshof in Aix, der nun eingehen müsse, wenn die Reform zustande käme. Frankreich werde isoliert, wenn es ablehne. Die Abneigung gegen Bismarck, den man als den Protektor der Reform ansehe, trage auch zu der Opposition bei, ebenso der Haß der äußersten Rechten gegen Decazes.

Metternich, sagte er, habe seine Ernennung schon in der Tasche. Er habe hier angefragt und günstigen Bescheid erhalten. Doch komme alles auf die hiesige Entwicklung an. Wenn sich die Republik befestige, werde Metternichs Stellung schwer werden, da man ihn doch immer als einen Bonapartisten ansehe. Ueber die innere Politik, sagt Simon, daß sich Broglie sehr viel Mühe gebe, den Scrutin de liste zu bekämpfen. Der eigentliche Grund sei, daß er befürchte, Thiers und Gambetta würden in vielen Bezirken gewählt werden, und dadurch werde die Stellung des Marshalls erschüttert werden. Wenn der Scrutin de liste durchgehe, meint Simon, werde Thiers, falls er nicht bis dahin gestorben sei, wieder Präsident werden.

Paris, 26. Juni 1875.

Die Herzogin von Santoña, Marquesa de Manzanedo, schickte mir gestern ihre Karte, um mich zu bitten, ihr eine Stunde zu bestimmen. Ich ging heute um 2 Uhr ins Hotel du Louvre. Sie ist eine dicke Frau in mittleren Jahren mit ziemlich gemeinen Zügen, aber von vieler Energie im Ausdruck. Sie sagte, sie sei von Madrid hierhergekommen, um die Königin zu bestimmen, nach Madrid zurückzukehren. Die Königin wolle aber keinen Entschluß fassen, ehe sie meine Ansicht wisse und die der deutschen Regierung. Sie begründete die Notwendigkeit der Rückkehr der Königin durch eine lange Erzählung der spanischen Zustände. Sie sagte, die gegenwärtigen Minister seien daran interessiert, den Krieg nicht zu Ende gehen zu lassen und müßten deshalb durch andre ersetzt werden. Der Mann, der dazu am besten geeignet wäre, sei Posada-Herrera. Auf meine Frage, welcher Partei er gehöre, sagte sie, er sei Spanier, und alle Parteien würden mit ihm gehen. Der König habe nicht die nötige Entschiedenheit, um das Ministerium zu entlassen, und man brauche des-

---

<sup>1)</sup> Frankreich bestand auf Beibehaltung seiner Konsulargerichtbarkeit und stimmte daher der Eröffnung der neuen internationalen Gerichtshöfe zunächst nicht zu. Am 18. Juni fand die Installation der Gerichtshöfe statt. Der Beginn ihrer Tätigkeit wurde aber Frankreichs wegen mehrfach, zuletzt auf den 1. Januar 1876 verschoben. Am 17. Dezember erklärte die Nationalversammlung ihre Zustimmung.

halb seine Mutter, um ihm die erforderliche Stütze und den Mut zur Entlassung des Ministeriums zu geben. Ich wendete ein, daß ich befürchte, die Ankunft der Königin werde der Anfang neuer Verwirrungen sein. Das bestritt sie. Die Königin habe entsagt und werde ihrem Sohn den Thron nicht mehr streitig machen. Ohne die Königin werde es aber nicht gehen, denn der König fürchte sich vor seinen Ministern. Sie erklärte sich bereit, nach Ems zu gehen und mit dem Kaiser selbst zu sprechen. Ich sagte ihr, es gebe auch andre Mittel, um den Krieg mit den Karlisten zu Ende zu bringen. Eine diplomatische Pression der Großmächte würde auch dahin führen. Das verneinte sie nicht, kam aber gleich wieder auf ihren Plan zurück. Mir scheint, daß hier eine Intrige im Spiel ist, die lediglich den Zweck verfolgt, die Moderados ans Ruder zu bringen und die Liberalen zu stürzen. Von einer Berufung der Cortes wollte sie nichts wissen. Ich sagte ihr, die Sache sei zu ernst, als daß ich ihr gleich antworten könnte. Ich würde morgen wiederkommen.

27. Juni.

Heute war ich wieder bei der Herzogin. Ich sagte ihr, ich habe mir die Sache näher überlegt, glaube aber, es ablehnen zu müssen, in meiner Eigenschaft als Botschafter mich bezüglich der Rückkehr der Königin in Berlin zu erkundigen. Wir hätten den Grundsatz, uns nicht in die spanischen Dinge einzumischen, und dies würde einer Einmischung ähnlich sehen. Uebrigens sei ich bereit, mit der Königin selbst zu sprechen. Wir kamen überein, daß die Herzogin mich auf morgen bei der Königin melden solle. Das Gespräch kam dann wieder auf die spanischen Zustände. Die Herzogin wiederholte, daß Canovas ein Intrigant sei, ein hochmütiger Mensch, der sich einbilde, Bismarck kopieren zu können. Eine Kopie taue aber nichts, Bismarck sei nicht zu kopieren. Sesto sei „une bête“ und ein unmoralischer Mensch, der seine Schulden bezahle man wisse nicht mit welchem Gelde. Castro sei schwach, aber arm und habe viele Kinder und hänge deshalb am Portefeuille. Der König sei in einer gewissen Abhängigkeit von seinen Ministern, er sehe ein, daß sie ihn betrügen, könne aber nicht zu dem Entschlusse kommen, sie zu entfernen. Man müsse deshalb die Königin auf kurze Zeit zurückkommen lassen, damit sie die Männer ans Ruder bringe, die allein den Krieg beenden könnten. Das seien Posada-Herrera, Moriones, Sagasta und Cabresa. Moriones und Sagasta erwartet die Herzogin hier. Ich fragte, ob sie von dem Projekt gehört habe, nach welchem Spanien geteilt werden solle, der Norden an Don Carlos, der Rest Republik. Das bestritt sie. Sie habe allerdings schon davon reden hören, das Projekt sei aber unausführbar. Die Städte des Nordens, Pamplona, Bilbao, San Sebastian u. a.,

feien für Alfons. Was den Krieg betrifft, so sagt sie, Moriones würde die Karlisten in die Berge treiben und die Ernten zerstören. Dann würden die Karlisten sich nicht mehr halten können, weil sie nichts zu essen haben würden.

Auf die Königin zurückkommend, sagte sie, die Königin habe sich dem Papst gegenüber durch Briefe kompromittiert. Sie bedaure das, denn sie sehe ein, daß die „*unité catholique*“ unmöglich sei. Auch die Königin Christine sehe dies ein und sei der Ansicht, daß man der Zeit Rechnung tragen müsse. Der Einfluß des Klerus sei nur im Norden groß, nicht in den andern Provinzen. Wenn man die Karlisten besiegt habe, müsse man die sämtlichen Pfarrer in die östlichen Provinzen von Spanien versetzen und an ihre Stelle Pfarrer aus diesen Provinzen. Spanien sei leicht zu regieren, man müsse nur die nötige Energie entwickeln.

28. Juni.

Nachdem ich gestern die Herzogin von Santoña gebeten hatte, mich bei der Königin Isabella zu melden, fuhr ich heute zu ihr. Ich mußte lange im Salon warten, da kurz vor meiner Ankunft der spanische Botschafter zur Königin gekommen war. Ich hörte lebhaftes Konversation zwischen der Königin und Molins im Nebenzimmer. Endlich kam die Königin. Ich sagte ihr, daß ich mich bei ihr melde, weil die Herzogin von Santoña mir Aufträge von ihr ausgerichtet habe. „*Oui, que me conseillez-vous?*“ sagte sie. Ich erwiderte, daß es für mich schwer sei, ihr einen Rat zu geben. Einmal müsse ich als Botschafter vermeiden, auf meine Regierung den Schein zu ziehen, als wolle sie sich in die spanischen Angelegenheiten mischen, und dann sei ich auch noch nicht genügend orientiert, um ein maßgebendes Urteil zu fällen. „*Oh, le gouvernement allemand sait tout,*“ antwortete die Königin, „*il sait ce qui se passe dans tous les pays du monde.*“ Ich erwiderte, da die Königin doch noch Persönlichkeiten aus Spanien erwarte, so sei es wohl ratsam, deren Ankunft, insbesondere die Ankunft von Moriones abzuwarten. Das schien der Königin einzuleuchten. Ich sprach dann von der Herzogin von Santoña und fragte, ob die Königin Vertrauen zu ihr habe. Das bejahte sie. Sie sei allerdings geringer Herkunft, die Frau des Bankiers Manzanedo, den der König erst zum Herzog von Santoña gemacht habe, aber sie sei sicher und kenne alle politischen Persönlichkeiten genau. Ich fragte dann die Königin, was sie eigentlich machen wolle und ob sie nicht fürchte, durch ihre Ankunft in Spanien Verwicklungen herbeizuführen. Darauf sagte sie, sie wolle warten, bis der König sie rufe. Sie sei müde, Politik zu treiben, sie wolle sich nicht einmischen. Wenn sie sich aber nützlich machen könne und wenn der König ihres Rats bedürfe, so werde sie nach

Spanien gehen. Nun bat sie mich, meiner Regierung zu sagen, daß man nicht fürchten möge, daß sie eine den Intentionen der deutschen Regierung entgegengesetzte Politik anraten werde. „Je suis pour l'unité catholique,“ sagte sie, „je suis compromise, je ne veux pas mentir, mais je comprends que cette politique n'est plus possible. Le pays ne veut pas l'unité catholique,“ sie werde also dem Könige nicht raten, den Anschauungen seines Volkes entgegen zu handeln. Die Minister taugten aber nichts. Der König müsse sich auf die Armee stützen, und diese habe nur Vertrauen auf Moriones. Sie kenne ihn nicht persönlich, aber sie glaube, daß er der rechte Mann sei. Ebenso sei Bojada-Herrera der Mann, dessen das Land bedürfe. Die Minister wollten den Krieg nicht beenden und seien dabei interessiert, ihn fortzuführen. Ich fragte sie, ob der Botschafter etwas wisse. Sie sagte: „Il ne sait rien. Il ne sait jamais rien de ce qui se passe.“

Schließlich versicherte sie mir, daß sie unbedingtes Vertrauen in mich habe und daß sie mir mitteilen werde, sobald sich Weiteres ereignen werde. Ich empfahl mich und versicherte sie meiner Bereitwilligkeit, ihr zu dienen.

Paris, 8. Juli 1875.

Eben war ich bei Thiers in seinem neuen Hause auf der Place St. George. Das Haus ist hübsch, hat vorn einen grünen Rasenplatz und auf der andern Seite einen wohlgepflegten Garten mit Rasenplatz und Bäumen. Die Treppe ist noch provisorisch von weiß angestrichenem Holz. Ich fand Thiers in einem Schlafzimmer, das zugleich sein Schreibzimmer ist. Es hat die Aussicht auf den Garten und ist sehr freundlich. Das Bett war mit einer grünen Seidendamastdecke unter einem gleichen Vorhang gedeckt.

Thiers sagte, er sei ganz wiederhergestellt. Auch war er frisch und munter. Von der Nationalversammlung sagte er, er glaube, daß sie sich bald auflösen werde. Er glaube das aber erst seit gestern. Wenn die Nationalversammlung so rasch weiterarbeite, werde sie bald fertig und dann genötigt sein, sich aufzulösen. Die nächsten Wahlen würden nicht radikal ausfallen. Nur werde sich eine große Abneigung gegen die Ultramontanen zeigen. Die Legitimisten hätten wenig Chancen. Die gemäßigten Republikaner würden die Majorität bilden. Ueber die Zahl von Bonapartisten wolle er sich nicht aussprechen. Doch hätten sie sehr an Boden verloren. Die Orleans hätten wenig Anhang, „pas de clientèle“. Er erwähnte dann die Sammlung für die Ueberschwemmten, die bezeichnend sei für den Einfluß der Journale. Der „Temps“, das Organ der reichen Bourgeois, habe 157 000 Franken gesammelt, der „Rappel“ 50 000, letztere seien ein Zeichen großer Verbreitung, da diese Summe

zehnfachweise zusammengekommen sei. Die „République“ habe nur 20 000 Franken, weil sie die doktrinaire Partei der Republik vertrete, deren Chef durch „modération trop empressée“ an Popularität verloren habe. Denn er sei ein „homme de beaucoup de valeur, malheureusement trop ignorant“. Die legitimistischen Blätter hätten keine Sammlungen auszuschreiben gewagt, da sie voraussahen, daß sie sich dabei blamieren würden. Der „Figaro“ auch nicht, da er zu verachtet sei. Der „Gaulois“ habe 7000 Franken zusammengebracht als das Organ der Bonapartisten.

Ich sprach dann von den Kriegsgerüchten. Thiers sagt, diese würden aus Parteirückichten verbreitet. Das werde noch zunehmen. Denn man werde diese Gerüchte als Wahlmanöver verwerten. Wir sollten uns dadurch nicht irreführen lassen.

Thiers meint, daß das Unterrichtsgesetz <sup>1)</sup> im nächsten Jahre wieder umgestoßen werden wird. Ich glaube dies nicht und sagte das auch Thiers.

Paris, 11. Juli 1875.

Bei einem Besuche, den ich gestern der Fürstin Trubekoy machte, traf ich Emile Girardin. Wir sprachen von dem Unterrichtsgesetz, und er meinte, dieses werde in Deutschland schlecht beurteilt werden und auf den Fürsten Bismarck einen für die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nachteiligen Einfluß üben. Ich erwiderte, ich wisse nicht, wie Fürst Bismarck über das Gesetz denke, was aber meine Meinung betreffe, so könne ich das Gesetz nur insofern mit Freude begrüßen, als es zu einem „affaiblissement moral“ Frankreichs führen werde, das uns nur willkommen sei. Girardin hörte aufmerksam zu, und ich vermute, er hat seinen heutigen Artikel in der „France“ dementsprechend modifiziert. Ich fand Spuren unsrer Konversation in dem Artikel.

Heute hatte ich eine längere Unterredung mit Molins, der sehr erfreut ist, daß es in Spanien besser geht. Er ist stolz darauf, daß Spanien auch wie Italien sagen kann: „Fa da sè.“ Von Don Carlos sagte er, daß er eine „vie de polichinelle“ führe, seine Frau Donna Margherita sei sehr unglücklich. Er sei ein gemeiner Kerl. Der Vater des Don Carlos ist hier, „un fou“.

12. Juli.

Gestern Abend in dem Salon Thiers'. Delow war da. Wir sprachen vom Alter. Ich sagte, ich sei sechsundfünfzig Jahre alt. Thiers meinte, das sei sehr zu beneiden. „C'est vingt-deux ans de différence et vous

<sup>1)</sup> Das Gesetz betreffend die Freiegebung des höheren Unterrichts wurde in den Tagen vom 8. bis 12. Juli durchberaten und mit einer Mehrheit von 50 Stimmen angenommen, ein klerikaler Erfolg.

pourriez me céder la moitié. 56 ans c'est la jeunesse.“ Ich fragte ihn dann nach der angeblichen österreichisch-türkischen Verwicklung. Er sagt, daß sei lauter Schwindel von Börsenspekulanten. Wir sprachen dann von Alindworth, den Thiers als einen „vieux coquin“ bezeichnet, der schon dreimal aus Frankreich ausgewiesen sei und immer wieder sich einzuschleichen wisse.

Paris, 29. Juli 1875.

Mein Ausflug nach Trouville hat einige politische Notizen eingetragen. Die Fürstin Trubekoy, unter deren unzusammenhängenden Mitteilungen ab und zu ein interessantes Wort aufzufinden ist, erzählte mir, daß die südslawischen Bevölkerungen von Serbien, Bosnien und der Herzegowina eine südslawische republikanische Konföderation anstreben und daß der Präsident dieser Konföderation seinen Sitz in Konstantinopel haben solle. Bischof Stroßmayer, von dem sie diese Notiz haben will, soll für den Gedanken der südslawischen Republik wirken. Sie meint ferner, der Krieg werde im nächsten Frühjahr ausbrechen, und es würden auf der einen Seite Rußland und Deutschland, auf der andern Seite Oesterreich, Frankreich und England stehen. Von Schumalow in London erzählt sie, daß er mit Gortschakow schlecht stehe und sich dort durch unpassendes Benehmen unmöglich mache. Das stimmt mit Zeitungsnachrichten. Es ist nicht unmöglich, daß Gortschakow seinen Gegner auch von London weghaben will. Die Entrevue zwischen Thiers und Gortschakow in Bern habe keine Bedeutung. Es werde nur ein freundschaftlicher Meinungsaustausch sein. Sie will selbst auch nach Bern, um ihre beiden alten Freunde zu beobachten.

Simon, den ich bei meiner Rückkehr sprach, sagt, was die auswärtige Politik betreffe, so arbeite alles darauf hin, Deutschland zu isolieren. In der inneren Politik sei Broglie allein maßgebend und dirigiere den Marshall. Blowitz behauptet, Frankreich erwarte den Krieg. Jedermann in Frankreich, wenigstens in den Regierungskreisen, sei überzeugt, daß Deutschland auf die Dauer seine Rüstungen nicht ertragen könne. Man werde also gezwungen sein, entweder zu entwaffnen oder Krieg zu führen. Da man nun nicht entwaffne, so werde man Krieg führen. Sein heutiger „Times“-Artikel gibt dieser Beunruhigung Ausdruck.

Paris, 1. August 1875.

Bei dem gestrigen Diner erzählte mir die Fürstin Helene Kotschubey, die neben mir saß, daß Gortschakow ihr gesagt habe, Bismarck nenne ihn seinen Lehrer, worauf Gortschakow sehr stolz sei. Die Fürstin fragte mich dann, ob ich denn mit der Bismarckschen Politik ganz einverstanden sei. Ich fragte, sie meine wohl die Kirchenpolitik, was sie bejahte. Darauf

sagte ich ihr, das sei so sehr der Fall, daß ich sogar beim Beginn des ganzen Konflikts beteiligt gewesen sei. Ich hätte in Bayern von den Ultramontanen genug zu leiden gehabt, um ihnen feind zu sein. Ich wies dann auf das hin, was hier vorgeht, auf die Schwäche und Nachgiebigkeit der französischen Regierung gegenüber der ultramontanen Partei und wie diese Leute trotzdem immer mehr Konzessionen von der Regierung verlangten. Wir sprachen dann von der Kaiserin Augusta. Die Fürstin versicherte mir, die Kaiserin sei trotz meiner „*méfais*“ noch sehr gut für mich gestimmt und wisse es mir zu großem Danke, daß ich die Beziehungen zu Frankreich auf gutem Fuße hergestellt habe.

Mit Decazes sprach ich über Gontaut. Er erzählte, Gontaut beklage sich über Radowiz, der an allem schuld sei und seine Unterredungen mit ihm unrichtig berichtet habe.

Paris, 5. August 1875.

Bei meinem heutigen Besuche sprach der Duc Decazes von dem Gerüchte meiner Ernennung zum Reichsvicekanzler und meiner Ersetzung durch Radowiz. Der Herzog behauptet, es sei dies mit der Gontautschen Sache in Verbindung zu bringen, und es liege darin eine Art Drohung. Er gebrauchte nicht dieses Wort, sondern nannte es „*avis*“ oder „*leçon*“. Ich bezweifelte das. Darauf erzählte er die ganze Gontaut-Radowizsche Geschichte. Er erinnerte an unsre Unterredung vor meiner Abreise Anfang Mai. Damals hatte ich ihm gesagt, es scheine, daß Gontaut die Unterredung mit Bülow und Radowiz doch zu optimistisch aufgefaßt habe. Schon das habe ihn stutzig gemacht. Kaum sei ich weg gewesen, so sei ein Bericht von Gontaut gekommen, in welchem dieser erzählte, Radowiz habe nun in einem andern Sinne mit ihm gesprochen und dabei sich des Ausdrucks bedient, es sei politisch und christlich, den Krieg anzufangen, solange Frankreich nicht vollständig fertig sei. Dieses Gespräch sei die eigentliche Veranlassung, daß damals die große Beunruhigung entstanden sei. Er selbst gestehe, daß er ernstlich gefürchtet habe, die Äußerung von Radowiz werde zur Wahrheit werden. Nachdem dann eine friedliche Wendung eingetreten sei, habe Radowiz sich über seine eigne Unvorsichtigkeit geärgert und die Schuld auf Gontaut geschoben. An der Unterredung zweifelt Decazes nicht. Er zitierte mir noch andre Äußerungen, die für deren Wahrscheinlichkeit sprechen. Insbesondere habe Radowiz von dem preussischen Generalstab und dessen Beunruhigung gesprochen.

Was die Zeitungsartikel betrifft, die Gontauts Stellung besprechen, so erzählt Decazes, dies sei so zu erklären und werde in den Kreisen der fremden Diplomaten so erzählt: Fürst Bismarck habe sich in ungünstiger Weise über Gontaut geäußert, und das sei nach der Abreise des Fürsten den Journalisten zu Ohren gekommen, die es dann verwertet hätten.

Mit Gontaut sei er nun in einiger Verlegenheit. Wenn dieser jetzt unter dem Eindruck jener Zeitungsgerüchte abgerufen wurde, so rufe das einen ganz andern bitteren Eindruck hervor, als wenn er in ganz natürlicher Weise auf einen andern Posten gekommen wäre. Decazes hat Gontaut beauftragt zu sehen, ob er nicht eine Unterredung mit dem Reichskanzler im Laufe dieses Sommers erlangen könne, um selbst zu erfahren, wie es mit ihm stehe. Denn Decazes meint immer noch, es sei nicht der Reichskanzler, sondern Radowiz, der Gontaut weghaben wolle.

Paris, 10. August 1875.

Blowiz, der sich in seiner Jugend in den südslawischen Ländern herumgetrieben hat, legt der Bewegung in der Herzegowina<sup>1)</sup> keine große Bedeutung bei. Solange sich Montenegro ruhig verhalte, sei anzunehmen, daß Rußland den Ausbruch nicht veranlaßt habe und eine allgemeine Erhebung nicht wünsche. Dies sei auch natürlich. Rußland wisse, daß ihm Konstantinopel und die ganze Erbschaft der Türkei zufallen müsse wie eine reife Birne. Das sei nur eine Frage der Zeit. Es beeile sich nicht damit. England habe sich in den Gedanken gefunden und werde, wenn es einmal zum Zerfall der Türkei komme, wahrscheinlich Aegypten für sich nehmen. An die Bildung einer südslawischen republikanischen Föderation glaubt Blowiz nicht. Das könnten Rußland und Oesterreich nicht dulden. Das wäre auch seiner Ansicht nach unmöglich. Jene Volksstämme seien zu roh, um eine Republik zu gründen. Alle diese Völker gravitirten nach Rußland und würden ihm auch einst zufallen. Wenn dies geschehe, so würde sich Rußland in zwei Teile teilen. Das mongolische werde gegen Asien hin gebildet werden, das slawische mit der Hauptstadt Konstantinopel. Dann werde Oesterreich zu existieren aufhören; denn wenn seine slawischen Länder zu Rußland fielen, würden die deutschen von selbst an Deutschland fallen. Diese Eventualität sieht Blowiz voraus, aber wir würden, meint er, es nicht erleben.

Paris, 16. August 1875.

Herr Thiers war heute bei mir, um mir seinen Abschiedsbesuch zu machen, da er in die Schweiz reist. Wir sprachen zuerst von der Herzegowina, dann kam er auf alte Erinnerungen, auf sein Ministerium im Jahre 1840 und die damaligen Kriegsgerüchte. Er beschuldigte Louis Philipp, zu früh den Mut verloren zu haben.

Dann auf die Herzegowina zurückkommend, sagte er, es werde wohl ein neuer gächis daraus werden. Wir hätten dann einen gächis mehr

<sup>1)</sup> Die im Juli ausgebrochen war.

neben dem spanischen. Wenn die Sache jetzt nicht unterdrückt werde, so könne sie noch Jahre dauern. Am Ende meinte er, könne man wohl Oesterreich eine Vergrößerung durch Bosnien und die Herzegowina gönnen. Aber ob die andern dann bei der Türkei bleiben wollten, sei eine andre Frage. Wenn die Türkei ganz auseinander falle, so sei die große Frage, was man mit Konstantinopel machen solle. Man sollte den Papst dorthin schicken. „Il ne serait pas à plaindre.“

Varzin, 8. September 1875.<sup>1)</sup>

Fahrt von Berlin nach Schlawa, von dort mit Extrapost nach Varzin. Ankunft zu Tisch. Ich fand Fürst Bismarck ziemlich wohl. Er beklagt sich aber über seine Gesundheit und ist weniger gesund als im vorigen Jahr. Der Ausfall der Rissinger Bäder schadet ihm. Wir sprachen darüber, was er noch tun müsse. Er scheut den Aufenthalt in Badeorten wegen des Zudrangs der Menschen. Nach Tisch längere Unterredung. Er erzählte von Reuß und dessen Heiratsprojekt. Dann kamen wir auf die Heiratsprojekte der Königin Isabella. Er schien den Gedanken der Konvertierung einer preussischen Prinzessin nicht für unmöglich zu halten.

Ueber den Kirchenkonflikt sagte er, dieser sei eigentlich aus kleinen Anfängen entstanden. Das Ueberhandnehmen des polnischen Elements in den östlichen Provinzen und die Bildung einer katholischen politischen Partei habe ihn dazu getrieben. Ketteler habe er dies offen gesagt. Dieser habe darauf geschwiegen.

Eine längere Auseinandersetzung veranlaßte die Frage der Kriegsgerüchte in diesem Frühjahr. Auf Radowik's Gespräche mit Gontaut und anderes legte er wenig Gewicht. Ich konnte das Thema nicht verfolgen. Sei es, daß er selbst die Tätigkeit von Radowik als nicht ersprießlich ansieht, sei es, daß er ihn halten will, jedenfalls ging er auf verschiedene vorsichtige Einleitungen nicht näher ein, so daß ich den Gegenstand nicht weiter zu verfolgen wagte. Der Fürst schreibt alles der Kaiserin, der Königin von Holland und der Fürstin Léonille zu. Gontaut habe seine Nachrichten aus diesen Quellen geschöpft, und daher komme alles. Das scheint beim Fürsten vorgefaßte Meinung zu sein, und er will nicht, daß jemand anders die Schuld trage als eben die Kaiserin. Gegen England ist er noch sehr gereizt. Ebenso gegen Orlov, dem er schuld gibt, daß er dazu beigetragen habe, das russische Friedenswerk mit bengalischer Beleuchtung in Paris geltend zu machen. Von Gontaut sagt er, daß dieser nie verlangt habe, ihn zu sprechen. Es komme ihm vor, als ob Gontaut

<sup>1)</sup> Durch ein Schreiben vom 27. August hatte Graf Herbert Bismarck im Auftrage seines Vaters den Fürsten zu einem Besuche in Varzin eingeladen.

sich nicht traue, mit ihm zu verkehren, weil er eben ein böses Gewissen habe. Er wünscht sehr, einen Mann als Botschafter zu haben, mit dem man vertraulich reden könne. Pouyer-Quertier, St. Vallier, La Roncière, wären ihm recht. Gegen Polignac und dessen Frau sprach er sich ganz besonders aus.

Im allgemeinen fand ich den Fürsten unverändert. Das bedauerlichste ist, daß er nicht gesund ist. Er schläft schlecht, trinkt zu viel Wasser und ist matt. Geistig ist er frisch wie immer.

9. September.

Heute machte ich mit dem Fürsten einen längeren Spaziergang im Park. Er kam auf Bülow<sup>1)</sup> zu sprechen. Dieser lasse sich, meinte er, durch Radowicz aufputzen. „Seien Sie versichert,“ sagte er, „daß diese beiden zusammen, wenn ich nicht das Sicherheitsventil wäre, in vier Wochen den Krieg herbeiführen würden.“ Ich meinte, Radowicz werde wohl durch einen längeren Aufenthalt auf einem Gesandtschaftsposten Gelegenheit haben, sich zu kalmieren. „Ja,“ sagte er, „er soll auch nach Athen gehen.“ Ich bin froh, daß der Fürst in dieser Beziehung klar sieht, und brauchte nicht weiter zu insistieren.

Berlin, 3. November 1875.

Vorgestern 12 Uhr Nachts Ankunft von Wiesenheid.<sup>2)</sup> Gestern Vormittag Besuch bei Bülow. Er teilte mir mit, daß Reuß nicht Botschafter in Petersburg bleiben wird, da der Kaiser von Rußland, wahrscheinlich durch die weimarischen Herrschaften und durch die Großfürsten bestimmt, dies als „inadmissible“ bezeichnet hat. Auch die Kaiserin war dagegen, wie sie überhaupt die Heirat ihrer Nichte mit Reuß als eine Mesalliance ansieht. Schweinitz wird nun auf besonderen Wunsch des Kaisers nach Petersburg gehen, sehr à contre-cœur, und Reuß wird wohl Wien bekommen, doch ist darüber noch nichts bekannt.

Ueber die italienische Reise<sup>3)</sup> sprach Bülow sehr befriedigt. Große Resultate seien dabei nicht erreicht worden, doch habe sich bei dem König und den Ministern viel guter Wille gezeigt, mit Deutschland in gutem Einvernehmen zu bleiben.

<sup>1)</sup> Bernhard von Bülow, seit 1873 als Nachfolger Thiles Staatssekretär des Auswärtigen.

<sup>2)</sup> Die zweite Tochter des Fürsten, Prinzessin Stephanie, war seit dem 12. April 1871 vermählt mit dem Grafen Arthur von Schönborn-Wiesenheid in Wiesenheid, Regierungsbezirk Unterfranken.

<sup>3)</sup> Kaiser Wilhelm besuchte den König Viktor Emanuel in Mailand vom 18. bis 23. Oktober.

Dann war ich im Reichstag. Forckenbeck sagte mir, man wolle suchen, bis Weihnachten fertig zu werden, alle größeren politischen Diskussionen vermeiden und dahin trachten, den Reichstag nur zu einem geschäftlichen zu machen. Ob ihm dies gelingen wird, steht dahin, besonders wenn Bismarck darauf besteht, die Strafgesetznovelle <sup>1)</sup> beraten zu sehen. Uebrigens ist die Stimmung so, daß, wenn Bismarck sich auf die Hinterbeine stellt, er doch nicht durchdringen wird. Gneist meinte aber, daß die schwüle Stimmung, von der man spricht, wieder verziehen werde. Windthorst paßt darauf, sich die Situation zunutze zu machen, mit Bismarck sich zu verständigen und ihm das Zentrum als konservative Partei zuzuführen. Ein jedenfalls gefährliches Experiment.

Mittags bei Bülow. Dieser sagte mir, daß die Russen hinter der türkischen Zinsreduktion stecken. Er sieht die Frage der Herzegowina so an, daß daraus der Zerfall der Türkei folgen werde. Der Aufstand werde den Winter überdauern, und dann würden im Frühjahr Serbien und Montenegro mittun und die Türkei den kürzeren ziehen. Bezüglich der Annexion Bosniens durch Oesterreich habe Andrássy an das bekannte Wort des Fürsten Signe erinnert, dem jemand gesagt habe, daß seine Frau ihm untreu sei, worauf er erwidert habe: „Comment? quand on n'y est pas obligé?“

Abends parlamentarische Soiree im Kaiserhof: Schulte, Benda, Schmidt-Stettin, Bernuth und Bamberger.

4. November.

Gestern Nachmittag beim Kaiser. Erzählung von Mailand. Dann über Rußland und Polen, endlich über Wesdehlen, <sup>2)</sup> den der Kaiser sehr lobt. Von Reuß sagt der Kaiser, es sei schade, daß er die Karriere verlasse. Daß er wiedereintreten werde, sagte er nicht. Ich hütete mich daher auch, darauf einzugehen.

An den Reichskanzler.

Paris, 16. November 1875.

Eure Durchlaucht wollen mir erlauben, Ihnen meinen aufrichtigen Dank auszusprechen, daß Sie bei der Erörterung der Frage der Wiederbesetzung des Petersburger Botschafterpostens, wie ich durch Graf Herbert erfahren habe, mein Interesse in so gütiger Weise wahrgenommen und mich bei dem bevorstehenden Revirement außer Berechnung gelassen haben.

<sup>1)</sup> Deren politische Bestimmungen wegen ihrer Unbestimmtheit und Dehnbarkeit in liberalen Kreisen lebhaften Widerspruch erregten.

<sup>2)</sup> Botschaftsrat Graf Wesdehlen.

Ich entnehme daraus, daß Eure Durchlaucht mit meiner hiesigen Amtsführung nach wie vor zufrieden sind. Was mich betrifft, so gehen meine Wünsche nicht weiter, als so lange man mich gebrauchen kann und so lange meine Kräfte dauern, auf dem Pariser Posten auszuharren.

In der Angelegenheit der Arnimschen Broschüre<sup>1)</sup> berichte ich, daß der hiesige „Times“-Korrespondent aus Zürich Nachricht erhalten hat, daß ein zweites Heft vorbereitet wird, angeblich mit Privatbriefen hochgestellter Persönlichkeiten über innere und äußere Politik. Hier wird die Arnimsche Schrift in allen Kreisen als ein verabscheuungswürdiges Machwerk angesehen.

Genehmigen Eure Durchlaucht den erneuten Ausdruck meiner aufrichtigen Verehrung und Ergebenheit.

### Journal.

Paris, 20. November 1875.

Die Königin Isabella sagte mir gestern, man habe sie sehr hart behandelt. Sie wolle gar nicht nach Spanien zurück; es sei deshalb ganz überflüssig gewesen, es ihr zu verbieten. Das Schlimmste sei aber die Behandlung Marforis.<sup>2)</sup> Dieser habe ruhig nach Spanien zurückkehren wollen, um sich dort dauernd auf dem Lande aufzuhalten. Die Art, wie man ihn behandelt habe, sei eine Schmach für sie, „on voulait me marquer là,“ sagte sie und schlug sich vor die Stirne. Auf meine Bemerkung, daß der König der Königin gegenüber sich stets als ergebener Sohn benommen habe, sagte die Königin: „Oui, il est bon pour moi, mais il est mal entouré. Ils jouent à la raquette, les ministres disent que c'est le roi qui a pris des mesures, et le roi dit que ce sont les ministres!“ Von dem Aufstand sagte sie, das könne noch lange dauern. Nur ein „convenir“ könne ihn beendigen. Aber man müsse das geschickt machen. Das wiederholte sie öfters „avec habileté“, und dabei sah sie mich mit ihren wasserblauen Augen an, als wollte sie sagen: Erinnerst du dich, daß ich im Sommer gesagt habe, daß nur ich mit Don Carlos erfolgreich unterhandeln kann? Dann kam sie auf den Unterschied zwischen Deutschen und Spaniern. Die Deutschen seien ein junges Volk, die Spanier aber alt, und die bourbonische Rasse taue schon gar nichts mehr. Da sie selbst über dieses mot lachte, konnte ich nichts Besseres tun, als mitzulachen. Sie entließ mich dann mit der Versicherung, daß sie großes Vertrauen zu mir habe.

<sup>1)</sup> „Pro Nihilo“, Heft 1, war Anfang November erschienen.

<sup>2)</sup> Der Günstling der Königin, Marfori, war anfangs November in Madrid verhaftet worden.

Paris, 27. November 1875.

Blowitz, der heute bei mir war, sprach von der Suezkanalaffäre<sup>1)</sup> und meint, daß diese auf lange Jahre hinaus eine Verstimmung zwischen Frankreich und England herbeiführen werde. Dann sprach er über die Orientfrage im allgemeinen. Er erzählt, Andrassy habe im Jahre 1872 gesagt, wenn man die orientalische Frage in Fluß bringen wolle, brauche man nur 300 000 Franken in der Herzegowina zu verwenden. Wer die 300 000 Franken verwendet habe, sei ihm nicht klar. Doch erinnere er sich, daß seit dem Jahre 1872, seit der Kaiserzusammenkunft in Berlin, Rußland sich stets mit friedlichen Versicherungen umgebe. Das sei ihm verdächtig.

Paris, 27. November 1875.

Heute habe ich mit Renan bei der Fürstin Trubekoy gegessen. Renan ist in seiner ganzen Art und Weise ein deutscher Professor. Ein liebenswürdiger Mann. Er erzählte viel von Italien, wo er eben gewesen war. Er rühmt die Klugheit — sagesse — der italienischen Regierung in den kirchlichen Angelegenheiten. Bei dem Tode Pius' IX. sieht er große Katastrophen für die katholische Kirche voraus. Es werde ohne Zweifel ein fanatischer Papst gewählt werden. Diesen werde man in Rom nicht dulden. Er werde gehen: „Dieu nous préserve, qu'il n'aille pas en France!“ Ihm würde sich die jesuitische Partei anschließen, und in Italien würden sich schon italienische Kardinäle finden, um einen italienischen Papst zu wählen. Dieser werde sich mit der italienischen Regierung verständigen. Damit sei ein Gegenpapst geschaffen und daran werde das Papsttum zugrunde gehen. An eine längere Dauer des Papsttums glaubt Renan nicht.

Von Frankreich sagt er, daß der Gallikanismus vollständig aufgehört habe. Napoleon I. habe ihn zerstört, indem er die katholische Kirche in Frankreich bureaukratisiert habe. Die in unsrer Zeit liegende Zentralisation habe den Gallikanismus unmöglich gemacht. Die Bischöfe seien nur Präfekten des Papstes. Die Bevölkerung Frankreichs sei zu einem Drittel fanatisch, zu einem Drittel gemäßigt und zu einem Drittel anti-religiös. Das gelte auch von einigen Landbezirken. Insbesondere an der Marne sei eine kirchenfeindliche Landbevölkerung.

Paris, 13. Dezember 1875.

Bei einer Besprechung mit dem Duc Decazes über Gontaut machte ich ihn darauf aufmerksam, daß die Beziehungen zwischen dem Reichsfanzler und der Botschaft nicht eher besser werden würden, als Gontaut

<sup>1)</sup> Am 25. November kaufte England dem Khedive die in seinem Besitze befindlichen Suezkanalaktien ab.

durch einen andern Botschafter ersetzt sei. Decazes erwiderte, er sei darüber in Verlegenheit. Erstens glaube er, was ich bestritt, daß die Abberufung Gontauts als ein Zeichen der Verschlimmerung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich betrachtet werden würde, und zweitens habe er keinen, den er hinschicken könne. Er bat mich, die Sache nochmals mit dem Fürsten-Reichskanzler zu besprechen. Gontaut sei kein conspirateur. Indem er versucht habe, sich bei Hofe gut zu stellen, habe er geglaubt, seine Stellung zu verbessern. Wenn er das Gespräch mit Radowiz so wiedergegeben habe, wie Radowiz sich geäußert, so habe er als Diplomat nicht anders handeln können. „On n'invente pas ces choses.“ Das Gespräch, wie es berichtet sei, trage zu sehr den Charakter der Wahrheit an sich. Mir scheint, daß Decazes, der sich in seiner Stellung erschüttert sieht, weil man ihm vorwirft, er wahre nicht genug die Ehre Frankreichs, die Abberufung Gontauts als eine Schwächung seiner Stellung, eine abermalige Demütigung Frankreichs betrachtet und fürchtet. Er erzählte mir folgendes Zwiegespräch. Fürst Gortschakow sagte ihm: „On vous fait des misères pour Gontaut?“ „Non,“ antwortete Decazes, „il y a eu bien quelques conversations à ce sujet.“ „Non, non, je le sais.“ „Il est vrai,“ erwiderte Decazes, „que j'ai eu l'idée de vous l'envoyer.“ Gortschakow: „Très bien, il sera bien reçu. Ils sont difficiles à Berlin avec les diplomates. Nous sommes plus accommodants. Nous en avons déjà un qui n'allait pas à Berlin et nous en sommes très contents.“

Decazes bat mich nochmals, mit dem Fürsten über Gontaut zu sprechen und ihn zu bitten, es noch einmal zu versuchen.

Berlin, 17. Dezember 1875.

Ankunft in Berlin den 15. Abends nach einer Fahrt von vierundzwanzig Stunden mit einer Französin, die mich halbtot geschwagt hat. Abends bei Viktor und Amélie.

Mittwoch Vormittag in den Reichstag. Nachmittag zu Excellenz Bülow, über Gontaut gesprochen. Bismarck beharrt dabei, ihn wegzuhaben. Bülow schien damit nicht ganz einverstanden zu sein. Abends im Unionklub und dann im „Kaiserhof“, wo ich mit Barnbüler, Bamberger, Viktor und Hermann sprach.

Gestern um 12 Uhr zum Kronprinzen. Unterredung über den Suezkanal. Freude über die Annäherung an England.

Berlin, 18. Dezember 1875.

Heute aß ich bei Bismarck. Nach Tisch kamen wir in ein längeres Gespräch. Ueber Gontaut sagte er, er habe persönlich nichts gegen ihn,

er möge ein braver Mann sein. Aber er könne nicht mehr mit ihm verkehren. Ich erzählte das Wesentliche meines Gesprächs mit Decazes. Bismarck antwortete darauf, das sei alles ganz gut, aber Gontaut habe sich hier eine Stellung bei Hofe gemacht, die ihn zur Fortführung der diplomatischen Geschäfte ungeeignet erscheinen lasse. Das möge zur Zeit der Kaiserin Katharina II. ganz praktisch gewesen sein, in unsrer Zeit könne er es nicht dulden, so wenig ein englischer Minister eine dem Ministerium feindliche Intimität fremder Diplomaten mit der Königin dulden werde. Ich sagte dann Bismarck, daß nach den neuesten Notizen Gontauts Stellung hier wohl zu Ende sei, worüber er seine Freude äußerte. Ihm liege vor allem daran, mit einem französischen Botschafter reden zu können. Daß Gontaut in Petersburg Kriegsbesürchtungen geäußert hat und sich dabei andeutungsweise auf die Kaiserin bezogen hat, scheint außer Zweifel. Wir kamen dann auf das Gespräch zwischen Gontaut und Radowiz. Bismarck sagte, Radowiz leugne, etwas Verhängliches gesagt zu haben. Wenn er aber auch eine Unvorsichtigkeit geäußert hätte, so habe Gontaut unrecht getan, darüber zu berichten. Der Rat des Auswärtigen Amts sei nicht der Minister. Daß es hier mit Gontaut zu Ende ist und daß auch der Kaiser nichts gegen seine Abberufung haben wird, ist außer Zweifel. Was Radowiz betrifft, so sprach ich die Hoffnung aus, er werde von Berlin fernbleiben. Bismarck sagte, er werde wieder zurückkommen, der Staatssekretär könne nicht ohne ihn existieren. Ich riet ihm, unter Bezugnahme auf seine eignen Äußerungen, Radowiz lieber zum Botschafter zu machen, als ihn im Auswärtigen Amt zu behalten. Bismarck scheint sich in dieser Beziehung durch Bülow haben breitschlagen lassen. Ich nannte Bojanowski. Diesen erkennt Bismarck als fähig an, sagt aber, er habe in einer Vertragsangelegenheit die Interessen des Reichs geschädigt.

Was die Botschaft betrifft, so wird Holstein erster, Stumm zweiter und Arco dritter werden. Wohin Bescheiden kommt, ist noch nicht bestimmt, entweder nach Bukarest, Weimar oder Darmstadt. Reuß soll mit der Zeit an Werthers Stelle nach Konstantinopel, nach Wien Flemming oder Werther, Andráffy will Reudell.

Berlin, 19. Dezember 1875.

Nach einem Diner bei dem Reichskanzler brachte ich das Gespräch auf Gambetta und die Eventualität, daß dieser die Macht in die Hand bekommen könne. Der Reichskanzler fiel mir sofort in die Rede und sagte: „Der ist uns nicht gefährlich, wenn er auch Frankreich noch so stark organisiert. Wir sind auch einem starken Frankreich stets gewachsen. Die Gefahr liegt bloß in der Koalition und diese wird die französische Republik gegen uns nicht zustande bringen.“ Er sprach dann von Rußland

und Oesterreich. Ersteres habe in diesem Frühjahr einen Fehler gemacht, indem es sich auf unsre Kosten den Ruhm des Friedensstifters erwerben wollte. Gortschakow habe aber den Fehler eingesehen und sei jetzt um so liebenswürdiger gewesen. Die Schuld jener Episode schreibt der Kanzler dem Fürsten Orlov und Gontaut zu. Ersterer habe sich bei Gortschakow liebenswürdig machen wollen, und letzterer sei durch den Hof irregeführt worden. Rußland werde immer einsehen, daß es an uns einen uneigennütigen Nachbar habe. Wenn es sich einmal zu präpotent benehmen wolle, so sei Oesterreich da, um ihm Schach zu bieten. Die Allianz mit Oesterreich gegen Rußland habe aber keine Bedeutung, wenn auch Rußland daraus Gefahren entstehen könnten.

In Oesterreich sieht der Reichskanzler zwei Parteien sich gegenüberstehen, die von Andrássy und die von Schmerling. Ersterer mit uns gehend, letzterer, das vereinigte und zentralisierte Oesterreich, mehr gegen uns. Dazu slawische Vergrößerung, Unterdrückung Ungarns. Erzherzog Albrecht. Oesterreichisch-russische Allianz und gegenseitige Begünstigung bei Landesteilungen.

Wir kamen dann auf Arnim. An eine Auslieferung seitens der Schweiz werde nicht gedacht. Er wolle ihm lieber die Mittel geben, wenn er sie nicht hätte, um das Weite suchen zu können. Daß Arnim sich bei der Kriegsschadigungsfrage bereichert habe, gehe aus Briefen hervor, die in Beschlag genommen worden sind. Diese Akten hat der Staatsanwalt. Das wird noch in die Oeffentlichkeit kommen, und selbst Decazes, der mitspekuliert hat, könne, wenn er wolle, als Zeuge vernommen werden.

Der Staatssekretär sprach heute Nachmittag über die orientalische Frage. Die Reformvorschläge sind ganz gut. Es kann aber schließlich doch noch zum Einrücken der Oesterreicher kommen. Am Schluß der Unterredung faßte der Reichskanzler das Gespräch zusammen: Gontauts Abberufung sei nötig, und Gambettas Regiment sei uns gleichgültig.

An den Fürsten Bismarck.

Paris, 1. Januar 1876.

In ultramontanen Kreisen wird die Erzählung kolportiert, die auch den Weg in einzelne öffentliche Blätter gefunden hat, daß ich mich entschieden gegen den sogenannten Arnim-Paragraphen <sup>1)</sup> der Strafgesetznovelle ausgesprochen hätte. Ich lege zu großen Wert auf das Vertrauen, mit dem Eure Durchlaucht mich zu beehren die Güte haben, um dasselbe der Gefahr auszusetzen, durch böswilliges Gerede erschüttert zu werden. Ich

<sup>1)</sup> Der § 35 der Vorlage, welcher Beamte des Auswärtigen Amtes bezüglich der Entfremdung von Aktenstücken unter eine besondere Strafdrohung stellte.

erlaube mir daher zu erklären, daß die Erzählung auf Erfindung beruht. Ich betrachte den fraglichen Artikel mit großem Gleichmut. Wäre dies nicht der Fall, so würde ich mir gestattet haben, meine Bedenken Eurer Durchlaucht gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Ich kenne und würdige die Motive, welche Eure Durchlaucht veranlaßt haben, den fraglichen Gesetzesvorschlag vorzulegen. Das, was in dem Artikel für die Beamten des Auswärtigen Amtes bedrohlich sein mag, berührt mich nicht, da ich stets von dem Grundsatz geleitet werde, ein Botschafter dürfe nur so lange im Amte bleiben, als er das Vertrauen des Kaisers und des leitenden Staatsmanns besitzt.

Vielleicht ist diese Darlegung überflüssig. Eure Durchlaucht wollen indessen daraus ersehen, wie groß der Wert ist, den ich auf Ihr mir stets bewiesenes Wohlwollen lege. Ich bitte darum auch für die Zukunft und schließe, indem ich Eurer Durchlaucht meinen aufrichtigen Glückwunsch zum neuen Jahre ausspreche. Möge Gott Ihnen Kraft und Freudigkeit erhalten, das schwere Amt auch ferner zum Heile von Kaiser und Reich fortzuführen.

### Journal.

Paris, 6. Januar 1876.

Herr Dutrey, früher Interpret der französischen Botschaft in Konstantinopel, geht im Auftrage der französischen Regierung mit einem Herrn von Vogué nach Kairo, um dem Vizekönig anzubieten, die ägyptische schwebende Schuld durch den Crédit foncier und die Anglo-ägyptische Bank konsolidieren zu lassen. Damit soll der englische Einfluß beseitigt werden. Dieses Projekt ist auf die Hoffnung gegründet, daß der Vizekönig, dem die bevormundende Haltung der englischen Finanziers unbequem ist, die französische Hilfe, die unter Gewährung freier Bewegung bewilligt würde, vorziehen werde. Um diesen Schritt vorzubereiten, haben die Franzosen seit Wochen am Sturze Rubar Paschas<sup>1)</sup> gearbeitet und ihn durchgesetzt. Der Nachfolger Rubar Paschas, Rhageb Pascha,<sup>2)</sup> war schon einmal zwei Jahre lang geisteskrank und ist jetzt alt und schwach. Der Vizekönig hat ihn gewählt, weil er selbst die Leitung der Geschäfte in die Hand nehmen will. Die Folge der gegenwärtigen Schritte der französischen Regierung, wenn Dutrey reussiert, dürfte sein, daß die Engländer sich zurückziehen. Geschieht das, so würden die englischen Kapitalisten, welche viel ägyptische Papiere haben, diese auf den Markt werfen und dadurch die Finanzen

<sup>1)</sup> Gab seine Demission am 4. Januar.

<sup>2)</sup> Rubar Pascha hatte das Ministerium des Aeußern und das Handelsministerium verbunden. Die Trennung beider Ministerien bestimmte ihn zum Abgang. Rhageb Pascha wurde Handelsminister.

des Rhedive schädigen. Zur Erklärung für die Beteiligung des Crédit foncier ist noch zu bemerken, daß dieses Institut, das mit einem Kapital von 100 Millionen arbeitet, 60 Millionen in ägyptischen Schatzbons angelegt hat, deren Wert zurzeit ziemlich problematisch ist. Soubeyran, der Direktor des Crédit foncier, ist ein Verwandter des Duc Decazes.

Paris, 25. Januar 1876.

Gestern Soiree bei der Herzogin von Koburg, Prinzess Klementine<sup>1)</sup> und beim Duc d'Almale. Schöne Räume. Hofähnliche Versammlung. Dann Soirée dansante bei Baron Santos. Fürstin Trubekoy behauptet, daß Decazes nicht gewählt werde. Er sei zu schlecht angeschrieben. Auch Gambetta könne ihn, wenn er auch wolle, nicht durchbringen.

Heute Diner bei dem Marineminister. Ich zwischen Madame de Montaignac<sup>2)</sup> und Madame Buffet, die sich in Lobsprüchen über das Institut der Rue de la Poste (Jesuiten) ergingen.

Dann zu Léon Say,<sup>3)</sup> wo ich Gelegenheit nahm, mit Dufaure<sup>4)</sup> über den Bauffremontschen<sup>5)</sup> Prozeß zu sprechen. Ich setzte ihm auseinander, welchen übeln Eindruck die Verhandlung der Bauffremontschen Sache und insbesondere der Umstand hervorbringe, daß die Prinzessin deshalb verdammt werde, weil sie sich in Deutschland habe naturalisieren lassen. Ich sei überzeugt, daß dies ganz anders sein würde, wenn die Prinzessin Italienerin oder Russin geworden wäre. Ich zitierte die Autorität des französischen Juristen Dalloz, welcher das Verfahren der Prinzessin als ein nach französischem Recht zulässiges darstelle, und sprach die Hoffnung aus, daß wenigstens die Anklage wegen Bigamie nicht erhoben werden würde. Dufaure bestritt meine Auffassung. Soweit diese den französischen Chauvinismus betreffe, sei ich im Irrtum. Jedoch gab er zu, daß er die Plaidoyers der Advokaten und der Staatsanwaltschaft, auf welche ich mich bezogen hatte, nicht gelesen habe. Auch wenn die Prinzessin eine andre Nationalität als die deutsche gewählt hätte, würde sie ebenso behandelt worden sein. Die französische Magistratur sei ihr bei ihrem früheren Prozesse günstig gewesen. Aber weil die Prinzessin die Erwartung, sie werde sich nun ruhig verhalten, getäuscht und sich in Widerspruch zu dem

1) Geborene Prinzessin von Bourbon-Orleans, vermählt mit dem Prinzen August von Sachsen-Koburg-Gotha, Mutter des gegenwärtigen Fürsten von Bulgarien.

2) Marquis de Montaignac, Marineminister im Ministerium Buffet.

3) Minister der Finanzen.

4) Minister der Justiz im Ministerium Buffet.

5) Die Gattin des rumänischen Fürsten Bibesco hatte sich, um die Scheidung von ihrem Gemahl zu erlangen, in Deutschland naturalisieren lassen.

französischen Gesetze gebracht habe, sei der Umschlag um so entschiedener gegen sie. Man müsse das französische Prinzip der Unauflöslichkeit der Ehe aufrechterhalten und verhindern, daß das französische Gesetz illusorisch gemacht werde. Herr Dufaure war bereits durch Herrn Thiers, den ich darum gebeten, von dem übeln Eindruck unterrichtet worden, den der Bauffremontsche Prozeß in Deutschland hervorgerufen hat, und schien davon impressioniert. Er versicherte mir, das Kriminalverfahren gegen die Prinzessin wegen Bigamie werde nicht eingeleitet werden; den Prozeß wegen Nichtigkeitserklärung der Ehe mit dem Fürsten Bibesco werde die Prinzessin indessen verlieren. Dagegen ist auch meines Erachtens nichts zu machen.

Paris, 30. Januar 1876.<sup>1)</sup>

Heute bei Decazes. Er sagt, daß bis um 5 Uhr Nachmittags Nachricht da war von 80 Senatorenwahlen. Davon 40 Republikaner und 40 Konservative. Er fürchtet, daß die Majorität des Senats republikanisch werden wird. Was seinen Wahlbezirk im XIII. Arrondissement für die Deputiertenkammer betrifft, so ist seine Aussicht schwach, aber heute etwas besser: „J'ai gagné du terrain.“ Die ultramontane Partei sei gegen ihn, die Bonapartisten auch, doch weniger heftig.

Es scheint außer Zweifel, daß die Republikaner im Senat die Oberhand gewinnen werden. Das macht ihm Sorge. Broglie hat dem Marschall geraten, sich mit dem linken Zentrum zu verständigen, wenn dieses die Majorität bekommen sollte.

1. Februar.

Nachdem ich gestern das Telegramm von Bülow erhalten hatte, daß der Reichskanzler bei dem Kaiser die Aufhebung des Pferdeausfuhrverbots beantragen werde, konnte ich heute Decazes von meinen desfallsigen Schritten und deren Resultat Kenntnis geben. Ich tat dies noch spät Nachmittags. Decazes, der mich wieder eintreten sah, dachte sich, daß etwas Wichtiges kommen werde, und daß dies etwas Unangenehmes sein werde, war ihm nicht zweifelhaft. Um so angenehmer war er überrascht, als er erfuhr, was ich getan und was dies bewirkt hatte. Er war ganz gerührt „de ce procédé aimable“, dankte mir und bat mich, dem Reichskanzler seinen Dank auszusprechen. Bezüglich der Wahlen sagte er, man könne mit dem Resultat zwar nicht zufrieden sein, aber es sei möglich, damit vorwärts zu kommen. In der Umgebung des Marschalls fürchte man, daß Thiers sich zum Präsidenten des Senats erwählen lassen werde. Er glaube das nicht. Auch werde Thiers in Audiffret-Pasquier einen Gegner

<sup>1)</sup> Tag der Wahlen zum Senat.

finden, der bestimmt darauf rechne, Präsident des Senats zu werden und der deshalb auch dem rechten Zentrum gegenüber bei der Senatorenwahl die etwas zweifelhafte Rolle gespielt habe, um sich mit so großer Majorität wählen zu lassen.

Was die Art betrifft, wie Decazes das oben erwähnte Telegramm verwerten will, so sagte er mir, er werde sich in einer heute stattfindenden Wählerversammlung interpellieren lassen, wie es mit dem Pferdeausfuhrverbot stehe; dann werde er seine Bereitwilligkeit erklären, Schritte zu tun. Wenn dann die Aufhebung kommt, kann er sich damit großtun.

Paris, 6. Februar 1876.

Gestern Abend bei Fürstin Urussow. Es waren da Tscherkersky, Soukowsky junior und Turgenjew. Dieser erzählte u. a. von Victor Hugo, den er öfters besucht. Er sagt, Victor Hugo sei außerordentlich höflich und liebenswürdig als Hausherr, er lebt hier in einer gemieteten Wohnung, ist reich, aber sparsam. Turgenjew hat neulich mit ihm über Goethe gesprochen, wobei allerlei Abenteuerliches zutage kam. Unter anderm schrieb Victor Hugo „Wallenstein“ Goethe zu. Er haßt Goethe und ging darin so weit, daß er sagte: „Personne n'ignore que c'est Ancillon qui a écrit les ‚Wahlverwandtschaften‘ et pas Goethe.“ Turgenjew erzählte von der Exklusivität der französischen Literaten höheren Ranges, wie Flaubert und Daudet, die von weniger gut schreibenden Autoren wie Arsène Houffaye und Alexandre Dumas nichts wissen wollen. Turgenjew sprach dann von den Radierungen von Goya, die anfangs dieses Jahrhunderts erschienen sind. In der Schilderung der einzelnen Bilder entwickelte er sein bekanntes Talent. Dann las er uns einige Poesien einer Madame Ackerman vor, die ungefähr auf dem Standpunkt Schopenhauers steht und Gott und die Welt verflucht. Turgenjew hat etwas von der Suffsance eines berühmten Autors, aber doch in einem sehr geringen und nicht unangenehmen Grade. Er ist dabei liebenswürdig und natürlich.

7. Februar.

Die Fürstin Trubekoy sagte mir gestern Abend, Thiers sei sehr betrübt, daß ich ihn nicht encouragiert hätte, die Präsidentschaft des Senats anzunehmen. Geschehe dies, so werde der Marschall sich nicht halten lassen und abgehen. Und Thiers sei doch diese Satisfaktion zu gönnen. Um mich für Thiers günstig zu stimmen, sagte sie: „Thiers se désiste de l'élection de Decazes.“ Es sollte also augenscheinlich ein Geschäft sein. Ich soll die Präsidentschaft von Thiers im Senat fördern, und dafür soll Decazes gewählt werden. Ich hielt mich reserviert.

Paris, 22. Februar 1876.

Decazes erzählte mir heute von der Fürstin Trubekoy folgende Geschichte. Herr L. S., der der Fürstin den Hof machte, sagte ihr einmal, man beklage es, daß die Fürstin in dem Ruße stehe, daß Thiers ihr Amant sei. Darauf die Fürstin: „Ah, Thiers! Il prétend qu'il s'est livré sur moi à tous les excès, mais je ne m'en suis pas aperçue.“

Heute war Prinz Friedrich der Niederlande bei mir. Er sah sich mit großem Interesse im Botschaftshotel um, das er seit 1814 nicht gesehen hatte. Er zeigte mir den Platz im Garten, wo Friedrich Wilhelm III. immer gegessen und gelesen habe.

27. Februar.

Herr Thiers kam gestern Nachmittag wieder einmal zu mir. Er setzte sich und sagte: „Eh bien, nous voilà en pleine révolution“ und lachte über seinen Witz.<sup>1)</sup> Er führte dann aus, daß kein Grund zur Beunruhigung durch die Wahlen gegeben sei, da die Versammlung zum größten Teil aus Leuten bestehe, die den gegenwärtigen Zustand, d. h. die Republik, aufrechterhalten wollten. Selbst das Gesetz über den höheren Unterricht werde die entschieden antiklerikale Kammer nicht aufheben, sondern nur modifizieren und die Kollation des Grades beschränken.

Paris, 5. März 1876.

Es scheint, daß das Ministerium Périet doch nicht zustande kommt.<sup>2)</sup> Gestern sagte mir Herr Ed. Simon, Thiers und Gambetta trügen sich mit dem Gedanken einer Neutralisation Frankreichs auf vier Jahre. Was das sein soll, weiß ich nicht. Es könnte doch nur ein Vertrag sämtlicher Mächte oder eine von allen Mächten Frankreich zuzusprechende Neutralität sein. Da Deutschland nicht zustimmen würde, so wäre es eine Allianz sämtlicher Mächte gegen Deutschland. Jedenfalls ist die Sache im Auge zu behalten.

Paris, 6. März 1876.

Heute Abend bei Herrn Thiers. Es war voll und ich kam erst spät dazu, mit ihm allein zu sprechen. Er erzählte von den Verhandlungen zwischen Dufaure und Casimir-Périer. Er hält sie nicht für gänzlich gescheitert, da man mit Dufaure nie ganz zu Ende komme. Dufaure und

<sup>1)</sup> Die Wahlen zur Deputiertenkammer hatten am 20. Februar stattgefunden und einen entscheidenden Sieg der Republikaner herbeigeführt.

<sup>2)</sup> Buffet hatte am 21. Februar seine Entlassung genommen. Dufaure hatte das Präsidium und provisorisch auch das Ministerium des Innern übernommen. Mit dem entschieden konservativen Republikaner Casimir-Périer wurde über die Bildung eines Ministeriums verhandelt, Mac Mahon nahm aber seine Bedingungen nicht an.

Buffet hätten ziemlich gleiche Ziele, nur daß Buffet sie als „butor“ verfolge, während Dufaure als „sournois“ handle. Man hätte die beste Lage. Wenn man handle wie König Leopold, so werde man eine Majorität von 350 Stimmen bekommen. Man verstehe aber nicht, die Lage zu benutzen. „Il ne faut pas marchander,“ dieses Markten verstimme. Wenn die Abgeordneten hereinkämen, müßten die Präfekten beseitigt sein, welche sie als Radikale bekämpft hätten.<sup>1)</sup> Geschehe dies nicht und erfahre die Kammer die Unterhandlungen und dieses Hinundherziehen und Markten, so werde Verstimmung an die Stelle der Adhäsion treten, deren man sonst sicher gewesen wäre. Der Marschall sei vernünftiger als seine Umgebung. Er sehe ein, daß Broglie und Buffet ihm keinen guten Rat gegeben hätten. Da er an seiner Stelle bleiben wolle, so habe er ein feines Gefühl für Ratschläge, die diese Stellung nicht befestigten. Aber er sei hinundhergezerrt von seiner Umgebung und habe nicht die Kraft, seiner Inspiration zu folgen. „Cela ne deviendra pas tragique, mais cela se gâtera,“ meinte Thiers. Im übrigen sei nichts zu befürchten. In der auswärtigen Politik wolle Frankreich nichts als Ruhe. Ich spitzte die Ohren und glaubte, daß Gelegenheit sein würde, etwas über die Neutralisation zu hören, aber er kam wieder auf die orientalische Frage, die ihm Sorge macht, weil er die Erzeßse der Mohammedaner fürchtet. Da sei die Gefahr, die alle Konsuln berichteten. Wir in Deutschland könnten dabei ruhig sein. Allein eine „conflagration de l'orient“ werde kommen.

Er kam dann auch auf Gontaut zu sprechen und sagte, es sei unpassend, daß Frankreich und zwar die französische Republik durch einen Mann vertreten sei, der anlässlich der letzten Wahlen immer so herumgegangen sei. Dabei griff er sich an den Kopf mit beiden Händen und ging im Zimmer herum.

Paris, 2. April 1876.

Um jemand zu sprechen, der mir über die ägyptische Finanzfrage Auskunft geben könne, fuhr ich mit dem Zuge 1<sup>25</sup> nach Versailles. Der Zufall führte mich in das Coupé, in welchem Thiers und Léon Say saßen. Ersterer wußte nichts von der Sache, und Léon Say wollte nicht herausgehen. Thiers sprach von dem englischen Titel „Kaiserin“ und behauptete, die Königin „n'y était pour rien“. Es sei die romantische Tendenz von Disraeli, welche sich hier geltend mache. Als wir nach Versailles kamen, hielt er mich noch am Bahnhofe zurück und erzählte mir, Léon Say hätte Decazes gefragt, was er mit dem Berliner Botschafter=

<sup>1)</sup> Die vollständige Erneuerung des Personals war eine der von Casimir-Périer gestellten Bedingungen.

posten machen werde. Decazes sei aber „inabordable“ und behaupte, die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland würden durch die Abberufung leiden! Thiers ist nach wie vor der Ansicht, daß Gontaut weg müsse. Was den Nachfolger betreffe, so sei es schwer, einen zu finden. St. Vallier sei „trop nerveux“, Lamoricière unzuverlässig, Chaudordy „un personnage ignoble“. Wir kamen überein, daß wir uns darüber noch ferner unsre Gedanken mitteilen wollten. Thiers kam dann auf das Dreikaiserbündnis zu sprechen und hob hervor, daß es keine Dauer haben werde. Es sei deshalb gut, wenn Frankreich und Deutschland gute Beziehungen pflegten. Ich sagte, mir liege auch daran, aber ich sähe nicht recht ein, wie dies bei der bestehenden Mißstimmung in Frankreich möglich sein werde.

Ich ging dann in die Nationalversammlung, wo ein junger Duc de Feltre seine Wahl verteidigte. Da dies eine Abstimmung par scrutin verlangte, so ging ich bald wieder und fuhr nach Hause.

Abends bei der Fürstin Trubekow fand ich Blowitz, der mir sagte, England habe sich noch nicht wegen des ägyptischen Kommissars entschieden. Er sieht die Sache schwarz an und behauptet und beweist, daß der französische Geldmarkt nicht stark genug sei, um die ägyptischen Finanzen in der Bilanz zu halten.

Dann zur Fürstin Urussow, wo ich Turgenjew fand, der Gedichte vorlas und allerlei in seiner malerischen Weise erzählte.

Um 1 Uhr nach Hause.

Paris, 16. April 1876.

Thiers feierte gestern seinen Geburtstag. Er ist neunundsiebzig Jahre alt geworden. Es war Diner bei ihm, und ich ging um 1/211 Uhr zu ihm. Ich fand noch die Gesellschaft, die sich aber bald zerstreute. Fürstin Trubekow mit Tochter, dann Fürst und Fürstin Brancovan, Arco u. a.

Thiers sprach über die orientalische Frage. Was die Sache gefährlich mache, sei, daß bei Fortdauer der Greuelthaten die öffentliche Meinung in Europa sich beunruhigen werde. „L'Europe a des nerfs.“ Alle die einzelnen Länder, Serbien, Montenegro, Bosnien, wollten sich unabhängig machen. Die Türkei könne es nicht verhindern. Der Sultan sei ein coquin, der sich unter anderm die Coupons für die Anleiheobligationen, die er im Besitz habe, auszahlen lasse.<sup>1)</sup> Die Aufregung auch gegen ihn nehme zu.

Wir kamen auf den Gedanken von Decazes, durch Territorialabtretungen den Fürsten Nikolaus und den Fürsten von Serbien zu desinteressieren.

<sup>1)</sup> Obwohl die Pforte in ihrer Finanznot die Auszahlung der am 1. April fälligen Coupons auf den 1. Juli verschoben hatte.

Vor sechs Monaten, meinte Thiers, hätte dies nützen können, jetzt sei es zu spät.

Auf die innere Politik Frankreichs übergehend, hob Thiers hervor, daß die Gemeinsamkeit der Interessen in der Bekämpfung des Ultramontanismus eine Garantie für die Fortdauer guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sei. Der Marschall habe zwar Lust, sich auf die klerikale Seite zu stellen, es werde ihm aber nicht möglich sein, das auf die Dauer durchzuführen.

Dann von Gontaut. Thiers hat deshalb mit Dufaure gesprochen, der seine Ansicht gegen Gontaut zu würdigen anfange.

Paris, April 1876.

Die Nachricht, daß Beust Aussicht habe, hierher zu kommen, gibt mir zu denken. Es kommt dabei noch in Betracht, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich gespannt zu werden drohen. Während Oesterreich im Orient mit allen Kräften zu pazifizieren sucht, helfen die Russen nur mit halber Dampfkraft. Es scheint, daß sich Oesterreich unter diesen Umständen nach Alliierten umsieht. Es wäre wenigstens nicht zu verwundern, wenn es das täte. Da bietet sich nun England. In österreichischen Kreisen meint man, daß der gegenwärtige Orientkonflikt vielleicht die letzte günstige Gelegenheit für England bieten werde, seinem fortlaufenden Antagonismus gegen Rußland einen tatkräftigen Ausdruck zu geben. Wenn Beust, der als der natürliche Apostel dieser Theorie erscheint, nun auch das hiesige Terrain vorzubereiten Gelegenheit fände, so würde für Deutschland mehr als bisher die Persönlichkeit des Grafen Andrassy und die Fortdauer seiner Tätigkeit ins Gewicht fallen.

Paris, 7. Mai 1876.

Die inneren Fragen scheinen Herrn Thiers, den ich gestern gesehen habe, keine Sorge zu machen. Er meint, daß die Amnestie<sup>1)</sup> unbedingt verworfen werde und daß sich auch die Frage der Mairewahlen<sup>2)</sup> befriedigend lösen werde. In letzterer Beziehung ließ er sich aber nicht auf Näheres ein, da ihm diese Frage unangenehm ist. Was zu bedauern ist, meint Thiers, wäre nur der Mangel an Leitung. Eine Kammer müsse geführt werden, sonst steuere sie im Unbestimmten herum. Als ich ihn fragte, ob denn niemand in der Kammer die Leitung übernehmen werde,

<sup>1)</sup> Radikale Senatoren und Deputierte hatten die vollständige Amnestie für die Ereignisse der Kommune beantragt. Die Regierung wies diese allgemeine Amnestie entschieden zurück (29. März).

<sup>2)</sup> Am 2. April beschloßen die Fraktionen der Linken und des linken Zentrums die Regierung zu ersuchen, daß den Gemeinderäten das Recht der Wahl der Maires zurückgegeben werde.

meinte er, das ginge nicht. Die Leitung müsse die Regierung übernehmen. Dufaure habe dafür keinen Sinn, er vertiefe sich in seine Akten, lese alle Berichte der Generalprokuratoren und kümmere sich zu wenig um die parlamentarischen Dinge. Decazes stehe zu weit rechts, auch sei seine Stellung zu sehr erschüttert, sowohl wegen der Nichtbesetzung der diplomatischen Posten als durch seine Beziehungen zu Soubeyran in den ägyptischen Finanzfragen. Gambetta werde die Führung nicht bekommen. Die Kammer sehe ihn mit Mißtrauen an. Dieser Mangel an Leitung werde nicht zu Gefahren führen. „Il y aura seulement du gâchis dans la chambre.“

Was die auswärtige Politik betrifft, so glaubt Thiers zu wissen, daß die Konferenz der Kanzler in Berlin<sup>1)</sup> zum Beschlusse führen werde, daß Oesterreich in Bosnien einrücke. Das sei, sagt Thiers, auch das vernünftigste, was man tun könne. Nur so könne der Friede hergestellt werden.

Thiers ging dann davon ab und kam wie gewöhnlich auf den Fürsten Bismarck zu sprechen. Er sagte: „Le prince est plus libre dans sa politique.“ Als ich auf diese unbestimmte Rede nicht reagierte, fuhr er fort: Bisher hätten Frankreich und Deutschland jenen Windhunden ähnlich gesehen, die man aneinander fettet und die dann immer nach den entgegengesetzten Richtungen ziehen. Jetzt sei dies anders. Man komme nach und nach auf denselben Weg und könne sich verständigen. Ich erwiderte, das sei richtig, nachdem Frankreich und so lange es denselben Gegner bekämpfe. Herr Thiers scheint aber im Hintergrunde doch noch seinen alten Lieblingsgedanken zu verfolgen, eine Annäherung an Deutschland zu bewerkstelligen oder wenigstens so zu tun, als wolle er diese. Dabei kommt mir aber die Erinnerung an das, was Orlov sagte, „que Thiers aime à jouer à la bascule“, mit jedem tour à tour freundschaftliche Beziehungen zu pflegen.

Paris, 14. Mai 1876.

Das Diner, welches ich zu Ehren Delbrücks<sup>2)</sup> geben wollte, wäre fast zu einem Rumpfdiner geworden. Ich hatte von den Ministern Decazes, Léon Say, Waddington<sup>3)</sup> und Teisserenc de Bort<sup>4)</sup> geladen.

1) Bei der Durchreise des russischen Kaisers durch Berlin trafen Gortschakow, Andrassy und Bismarck dort zusammen, am 13. Mai. Sie einigten sich über ein Memorandum, dem auch England, Frankreich und Italien beizutreten eingeladen wurden.

2) Der am 25. April seine Entlassung aus dem Amte des Präsidenten des Reichskanzleramts erbeten und zum 1. Juni erhalten hatte.

3) Der neue Kultusminister.

4) Der neue Handelsminister.

Am Freitag Morgen, dem Tage des Diners, starb Ricard!<sup>1)</sup> Hätte ich sofort Nachricht gehabt, daß die Minister nicht kämen, so hätte ich das Diner verlegen können. Die Absagen kamen aber erst Nachmittags. Zugleich erbot sich die Duchesse,<sup>2)</sup> dennoch zu kommen. Auch Madame Say kam. Arco wurde zu Madame Waddington geschickt, um diese zu holen. Der Mann war aber nicht zu Hause, und ohne dessen Genehmigung wagte Madame Waddington nicht zu kommen. Glücklicherweise kamen Fürstenberg und Mollard, so daß doch noch ein einigermaßen anständiges Diner zustande gebracht wurde. Gestern war ich bei Decazes, der mir das Verlangen der englischen Kolonie in Pera mitteilte, eine Flotte vor Pera zu haben. Fürstin Urussow, der ich davon sprach, hofft, daß einige Engländer umgebracht werden möchten.

Mit dem Ministerium des Innern hat man viele Schwierigkeiten. Der Marschall hätte ganz gern den Jesuiten Jules Simon genommen. Die Fürstin Lise<sup>3)</sup> behauptet, dieser werde nicht eintreten, wenn nicht Decazes austrete. Sie mag diesmal recht haben, denn die Kandidatur ist so schnell verschwunden, als sie gekommen ist. Marcère<sup>4)</sup> wird wohl Minister werden, obgleich ihn Baude einen Farceur nennt, der schon oft die Farbe gewechselt habe. Thiers möchte Casimir-Périer bei dieser Gelegenheit an den Quai d'Orsay versetzen. Er scheint aber, wie Baude erzählt, sich darein zu finden, daß die Sache jetzt noch nicht so geht, wie er wünscht. Abends bei Ladmirault in einer schrecklichen Soiree, dann zur Fürstin Trubekoy.

Paris, 18. Mai 1876.

Heute in Versailles, wo ich den alten Raspail sprechen sah, aber nicht hörte. Dann sprach ein mir unbekannter Mann, dessen Rede das war, was man in Berlin Blech nennt. Später kam Dufaure, der mit großer Entschiedenheit die Kommune verurteilte und die Amnestie bekämpfte. Zuletzt trat Floquet auf, der wieder für die Amnestie sprach und die Kommune entschuldigte.

In einer Pause sprach ich Decazes, der seine Befriedigung über die Berliner Beschlüsse<sup>5)</sup> ausdrückte. Der Waffenstillstand von zwei Monaten

1) Der Minister des Innern, gestorben am 12. Mai.

2) Decazes.

3) Trubekoy.

4) Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern de Marcère wurde am 16. Mai zum Minister ernannt.

5) Das Memorandum (Seite 187), in welchem ein Waffenstillstand von zwei Monaten zwischen der Pforte und den Aufständischen gefordert wurde.

werde, meinte er, Zeit gewähren, um Frieden zu stiften. Daß mit den Insurgenten verhandelt werden solle, werde von diesen als eine wertvolle Konzession angesehen werden und zur Beruhigung der Gemüter beitragen. Auch die Ernennung und Betätigung der Delegierten hält er für nützlich. Daß, wie man hier behauptet hat, Fürst Gortschakow mit dem Resultat der Berliner Konferenz unzufrieden sei, bestreitet Decazes. Wohl aber meint er, daß Gortschakow den Russen gegenüber so tun müsse, als sei er nicht zufrieden und habe mehr erreichen wollen. Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in der Behandlung der Salonikiffrage<sup>1)</sup> sei, sagt Decazes, von den parlamentarischen Kreisen mit Interesse und Beifall aufgenommen worden.

Der türkische Botschafter war über die Beschlüsse weniger erfreut. Er meint, der Waffenstillstand sei deshalb beschloffen, „pour tuer la Turquie goutte à goutte“. Wenn die zwei für den Krieg günstigen Monate vorüber seien, würde es zu spät sein, entscheidende Schläge zu führen. Die Bedrohung der Christen in Konstantinopel bestreitet Sadig Pascha und stellt überhaupt die türkische Bevölkerung als vollkommen friedlich dar.

Paris, 20. Mai 1876.

Thiers, bei dem ich gestern Abend einen Augenblick war, äußerte sich sehr zufrieden über die Zweite Kammer. Er nennt sie „excellente“ und glaubt, daß sie ganz gut verlaufen werde. Das dominierende Element in ihr sei jener Teil der Bourgeoisie, der reich geworden sei oder reich werden wolle und dem an der Form der Regierung nichts gelegen sei, sofern die Ruhe und der sichere Erwerb weiterer Reichtümer gewährt werde. Die Hoffnungen der Monarchisten seien ihnen unbequem: „Laissez-nous tranquilles avec votre Comte de Chambord et avec vos Princes d'Orléans! Cela nous ennuie.“ Deshalb seien diese Leute Republikaner.

In der Orientfrage kam er wieder auf seine alte Meinung, „que Bismarck doit bien rire“.

Heute Nachmittag war ich bei Decazes, um ihm den mir aufgetragenen Dank auszusprechen, was ihm große Freude machte. Von England, sagte er, seien schlechte Nachrichten da. England wolle nicht mittun: „Eh bien, nous marcherons à 5 au lieu de marcher à 6.“ Disraeli sei ein Phantast, der irgendeinen Coup d'éclat meditiere, mit dem er Effekt machen wolle.

---

<sup>1)</sup> Bei den Unruhen in Saloniki am 6. Mai wurden der deutsche und der französische Konsul ermordet. Deutschland und Frankreich verlangten gemeinsam Genugthuung und waren durch Delegierte ihrer Botschaften bei der am 11. Mai beginnenden Untersuchung vertreten.

Er erzählte von einer Unterredung zwischen Odo Russell und Gontaut. Odo Russell habe gesagt, England denke so wenig daran, Aegypten zu nehmen, als Frankreich daran denke, Tunis zu nehmen. Gontaut habe darauf erwidert, Tunis habe für Frankreich kein Interesse, da es froh sei, einen Nachbar zu haben, der seine Grenze decke. Russell habe aber dies nicht anerkannt. Er scheint dies Frankreich als eine Kompensation in Aussicht gestellt zu haben. Decazes sagte dann, die Zurückhaltung Englands<sup>1)</sup> werde auf die Haltung der Türkei nachteilig wirken, und er fürchte, daß der Waffenstillstand bei der Türkei auf Schwierigkeiten stoßen werde.

Die bedenkliche Lage in Bulgarien wird mir von Hirsch bestätigt, der ebenso wie Decazes davon überzeugt ist, daß der Aufstand von den Russen gefördert und begünstigt wird. Nicht von der Regierung, sondern von der russischen Nation.

21. Mai.

Heute Morgen sagte mir der Duc Decazes, daß er von Berlin Nachricht habe, daß Fürst Gortschakow vorschlage, sofort mit Entschiedenheit in Konstantinopel vorzugehen. Dieser Schritt, fürchtet Decazes, werde England verlegen, dem man etwas mehr Zeit gönnen solle, auf seinen Entschluß zurückzukommen. Gehe man zu rasch vor, so zerstöre man die Hoffnung, England zu gewinnen. Es wäre seiner Ansicht nach ratsam, Zeit zu gewinnen. Er wird wohl in diesem Sinne an Gontaut geschrieben haben.

Die Engländer sollen dadurch verletzt sein, daß Schuwalow an Disraeli das Ersuchen gestellt hat, sich bald zu entscheiden. Disraeli hätte geantwortet: „Est-ce que la Russie nous prend pour le Monténégro pour nous fixer un terme de 24 heures?“

Paris, 21. Mai 1876.

Diner bei der Princesse de Sagan. Prachtvolles Hotel. Anwesend Duchesse de Galliera, Herzog und Herzogin von Sagan, Balençay, Nigra u. a.

Nachher zu Decazes. Blowitz findet, daß die Engländer recht haben, nicht beizutreten. Es sei Prinzipsache bei ihnen, an keiner Intervention teilzunehmen, und diese stehe bevor, sei wenigstens beabsichtigt. Der Waffenstillstand werde zur Folge haben, daß die Türken in diesem Jahre nichts mehr machen können und daß sich der Aufstand also in das nächste Jahr hinüberspielen werde. Die Intervention hält er aber für unmöglich, weil

---

<sup>1)</sup> Frankreich und Italien waren dem Berliner Memorandum beigetreten, England hatte den Beitritt abgelehnt.

die Türken sie nicht dulden werden und daraus Krieg entstehen müsse. Einen selbständigen Staat aus Bosnien und der Herzegowina zu machen, hält er nicht für leicht. Der türkische Botschafter meinte, er würde längst dem Sultan geraten haben, dies zu tun, wenn nicht 45 % der Bevölkerung Mohammedaner wären. Die Folge der Gründung eines selbständigen Staats würde der Bürgerkrieg zwischen den Einwohnern sein.

Paris, 26. Mai 1876.

Der Duc Decazes erwartete gestern noch von London die Antwort auf seine Vorstellungen. Heute sagt mir Ruffstein, daß die Antwort gekommen sei und ablehnend laute. Der Duc Decazes will aber dennoch mit den übrigen Mächten vorgehen. Er hat auch ganz recht. Fürstin Trubezkoy meinte, Oesterreich werde jetzt mit England gegen Rußland gehen. Sie und ihre Gefinnungsgenossen der slawophilen russischen Partei wünschen dies natürlich. Daher dieses Gerede.

Heute Abend bei der Fürstin Trubezkoy. Dort war der Prinz von Oranien, den ich seit vier Jahren nicht gesehen hatte und viele Bonapartisten. Mr. Nadaud sang lange Chansonetten am Klavier.

Hier sprechen die Leute auf der Straße davon, daß England Frankreich den Krieg erklärt habe.

Hirsch hofft viel von der Bewegung der Softas und glaubt, daß vielleicht daraus eine heilsame Umgestaltung des türkischen Reichs hervorgehen könne, insbesondere weil die durch die Softas vertretene Partei sich mit der christlichen Bevölkerung zu verständigen suche. Ignatiem werde dies allerdings zu verhindern suchen. Der scheint überhaupt der böse Genius der Türkei zu sein. „C'est son métier.“

Vorher war ich in der Société de Sauvetage, wo Lamoricière präsidiert.

29. Mai.

Vorgestern teilte mir Decazes die Londoner Antwort mit, die ich nach Berlin telegraphierte.

Paris, 12. Juni 1876.

Gestern Grand Prix. Mit Wesdehlen und Lindau hinausgefahren. Auf der Tribüne des Marschalls der Großfürst Michael und die Großfürstin, dann die Botschafter und die marokkanische Botschaft. Der Alte sieht sehr gut aus. Alle waren in weißen Mänteln, nur der Cawadji, der Kaffeesieder, in braunem Kostüm, und zwar in sehr schmutzigem. Ich sagte Decazes, daß ich gehört habe, sie kämen, um sich über den spanischen Eroberungsplan zu beklagen. Decazes antwortete, das sei bis jetzt nicht der Fall gewesen.

Der Großfürst war sehr liebenswürdig gegen mich, ebenso die Großfürstin. Die Marschallin desgleichen. Das Ueberreiten des Publikums habe ich zufällig mit meinem Fernrohr genau mitangesehen. Es sah merkwürdig aus, wie die Leute durch die Rennpferde umgeworfen wurden.

Paris, 14. Juni 1876.

Bei Thiers Abends mit Lyons und Molins. Thiers erzählte, daß er zufällig erfahren habe, es würde ein Antrag vorbereitet, die Dienstzeit von fünf auf drei Jahre herabzusetzen. Der Antrag, welcher zirkuliert hatte, war schon von vielen Abgeordneten unterschrieben, als Thiers davon Kenntnis erhielt, der dann sofort „usant des privilèges du vieillard“ den Abgeordneten eine große Szene machte. Dies hatte zur Folge, daß die Unterzeichner sich teilweise der Abstimmung enthielten. Gambettas Rede war von Thiers veranlaßt, der damit sehr zufrieden war.<sup>1)</sup>

16. Juni.

Gestern auf der Revue. Ich wollte erst nicht hingehen und hatte Decazes den Abend vorher den Grund gesagt, der darin bestand, daß wir Botschafter keine Einladung in die Tribüne des Marschalls erhalten hatten. Keiner der Botschafter wäre gegangen. Meine Äußerung veranlaßte Decazes, die Dummheit des Herrn Mollard wieder gutzumachen. Ich bekam die Karte wie alle Botschafter um 2 Uhr, so daß ich gerade noch hinausfahren konnte. Ganz Paris war auf den Beinen, „pour assister à ce spectacle de la grandeur militaire de la nation française“. Ich fand, daß die Infanterie vorbeibummelte, die Kavallerie, wie gewöhnlich, statt im Trab zu defilieren, Schwärmattaken machte, und habe überhaupt gefunden, daß die Armee keinen besseren Eindruck machte als vor zwei Jahren. Daß der Großfürst Michael neben dem Marschall nicht in Uniform erschien, kränkte die Pariser tief. An diesem Tage verwünschten viele Pariser die Republik.

Eben stürzt Beckmann herein und meldet die Ermordung der türkischen Minister.<sup>2)</sup>

Paris, 18. Juni 1876.

In der Loge der Fürstin Trubekoy fand ich gestern Grammont und M. de Favorney. Ersterer sprach seine Enttäuschung aus, daß „wir in Frankreich unter der Herrschaft der Lüge leben“. Man habe die Republik dem Namen nach, im Wesen sei es eine Monarchie, in der die Orleanisten

<sup>1)</sup> Gambetta sprach am 12. Juni gegen die Herabsetzung der Dienstzeit.

<sup>2)</sup> Der Kriegsminister und der Minister des Außern wurden am 15. Juni im versammelten Ministerrat ermordet, der Marineminister verwundet.

regierten. Man solle nur einmal die Republik wirklich werden lassen und alle Freiheiten geben, die zur Republik gehören, dann würden die Franzosen die Sache bald satt bekommen. Favorney stimmte dem bei.

Die Fürstin erzählte von einer Soiree bei der Königin Isabella, wo die Königin mit ihrem Sekretär eine Romanze en duo gesungen hatte. Ich fragte, was für eine Stimme die Königin habe, worauf die Fürstin erwiderte: „De temps en temps on entendait un son.“ Das Duo war sehr zärtlich, und es kamen Stellen vor wie „io vivo — io amo“ und ähnliches. Die Fürstin sagte der Königin, wie hübsch die Romanze sei, worauf die Königin sagte: „Et comme c'est vrai! Ne le sentez-vous pas aussi?“ Der Sekretär hat den Grand Cordon des Gregoriusordens bekommen, den ihm der Nunzius selbst überbracht hat, „pour récompenser les œuvres pies auxquelles il se livre“, wie Decazes sagte. Die dicke Frau des Sekretärs hat den Theresienorden bekommen. Die Fürstin behauptet, daß dies auch seine eignen Gründe habe.

Auffallend ist, daß Thiers der Fürstin Trubekloy allerlei Schreckbilder vorgemacht hat, die der jetzige Zustand der europäischen Politik bringen könne. Er behauptet, Rußland werde isoliert und von England und Deutschland bekriegt werden. Wahrscheinlich tut er dies, um die Russen für Frankreich zu gewinnen und Frankreich als den Retter hinzustellen, der Rußland helfen werde.

Paris, 23. Juni 1876.

Die gestrige Sitzung der Akademie war merkwürdig. Jules Simon, der an die Stelle von Rémusat getreten ist, hielt seine Lobrede auf seinen Vorgänger. Form und Inhalt der Rede wie der Vortrag waren meisterhaft. Die Stellen, in welchen er bei Besprechung der letzten Lebensjahre Rémusats auf Thiers zu sprechen kam, wurden mit lebhaftem Beifallsklatschen begrüßt. Störend war, daß der kleine Thiers in gestickter Akademieuniform danebensaß. Die Stelle, wo er von Manteuffel sprach, wurde als eine taktvolle Bemerkung betrachtet, der Admiral Bothau machte mich nachher ganz besonders darauf aufmerksam. Es ist wahrscheinlich, daß Thiers diesen Passus inspiriert hatte. Ich saß zwischen Orlow und Mademoiselle Dosne. Buffet begrüßte ich vor dem Beginn der Sitzung. Fürstin Trubekloy war nicht da. Vom diplomatischen Korps außer Orlow und mir niemand.

Abends um 6 Uhr Besuch bei der Duchesse Decazes. Sie sprach sich beunruhigt über die Lage aus. Der Marschall, meinte sie, werde sich nicht bis 1880 halten. Man werde trachten, ihren Mann und Ciffen und auch Dufaure zu entfernen und dann, wenn der Marschall ganz in den Händen der Freunde des Herrn Thiers sei, ihn leicht beseitigen.

Abends fuhr ich nach Versailles. Schreckliches Wetter. Ich unterhielt mich längere Zeit mit d'Harcourt. Er sprach sehr vernünftig über die Stellung des Senats zur Zweiten Kammer und beklagte den Fehler, den der Senat begehe, indem er sich zu sehr auf die klerikale Seite stelle. Man wolle nun einmal im Lande nichts von den Klerikalen wissen. Ein Konflikt werde die antiklerikale Strömung nur verstärken. Ueber die Stellung von Decazes sagte er, sie sei nicht gefährdet, denn die Linke habe niemand, den man an seine Stelle setzen könne. Das sei die Garantie für Decazes, daß man ihn schließlich auf seiner Stelle lassen müsse.

Thiers äußert sich über die orientalische Frage vorsichtig. Er rückt nicht mit der Sprache heraus. Er war ganz präokkupiert von den inneren Fragen. Die Zweite Kammer sei piktiert gegen den Senat. Sie verlange einen Erfolg, und wenn der Senat ihr diesen Erfolg in der Frage der Collation des grades<sup>1)</sup> streitig mache, so werde sich ihre mauvaise humeur auf einen andern Gegenstand werfen. Nehme der Senat das Gesetz an, so werde man ruhig auf vier Monate nach Hause gehen. Diese klerikale Intrigue sei bedauernswert. Der Marschall sei schlecht beraten. Es sei unrichtig, „que nous voulons le renverser. Si nous le voulions, il n'y aurait rien de plus facile, nous n'aurions qu'à renverser le Ministère et le Maréchal tomberait avec lui. Mais il n'a qu'à rester.“ Dufaure will man in Ruhe lassen. Von Decazes sprach er nicht, was ein gutes Zeichen für Decazes ist. Mit der gestrigen Ovation war er sehr zufrieden. Er strahlte noch unter dem Eindruck der empfangenen Auszeichnung.

Paris, 24. Juni 1876.

Orlow war heute bei mir und erzählte von seinen Unterredungen mit Thiers. Orlow hatte Thiers gefragt, warum er gegen Decazes sei. Thiers hatte geantwortet, ohne bestimmte Anklagen zu formulieren. Orlow meint, Thiers, der dem Herzog Mangel an Tatkraft in der orientalischen Politik vorwerfe, bewege sich noch in der Erinnerung an seine eigne Politik im Jahre 1840, die zur Quadrupelallianz gegen Frankreich geführt habe und vergesse, daß jene Politik eher ein „four“ gewesen sei. Thiers sei Turko-phile und würde einer Intervention gegen die Insurgenten beistimmen. Von einer russisch-französischen Allianzidee bemerkte ich keine Spur. Thiers

---

<sup>1)</sup> Der neue Unterrichtsminister Waddington hatte eine Vorlage gemacht betreffend die Beschränkung der katholischen Universitäten durch Rückgabe des ausschließlichen Rechts zur Verleihung der akademischen Grade an den Staat. Die Vorlage wurde in der Deputiertenkammer mit großer Majorität angenommen. Der Senat wählte in die Kommission für dieses Gesetz am 21. Juni sechs Gegner unter neun Mitgliedern.

ist, wie Orlow sagt, sehr unzufrieden, daß Orlow, wie er es tut, den gegenwärtigen Zustand in Frankreich für eine vorübergehende Komödie und das Kaiserreich für die eigentliche Zukunft Frankreichs hält.

Daß Gambetta und Chaudordy immer noch zusammenhalten, ist mir von Orlow bestätigt worden. Gambetta will, daß Chaudordy an Deslô's Stelle als Botschafter nach Petersburg gehe. Dieses Zusammenhalten, das auf ihre gemeinschaftliche Tätigkeit in Tours zurückzuführen ist, ist eigentümlich. Sollte Gambetta den Plan haben, mit Hilfe der Ultramontanen, denn das ist Chaudordy, und mit Rußland, wenn er dereinst zur Regierung kommt, die Revanche gegen Deutschland zu ermöglichen?

Paris, 28. Juni 1876.

Bei einer Unterredung mit Decazes sagte mir dieser, der türkische Botschafter glaube nicht, daß die Serben wirklich den Krieg anfangen würden. Das serbische Volk wolle ihn nicht. Ich teile diese optimistische Auffassung nicht. Wenn General Tschernajew<sup>1)</sup> nicht dort wäre, dann eher. Gontaut hat an Decazes berichtet, daß der Kaiser Wilhelm über die serbischen Nachrichten beunruhigt sei. Er habe gesagt: „Si on massacre les chrétiens, l'Europe ne peut pas assister sans rien faire.“ Mir scheint, daß man das Gefindel dort sich selbst überlassen sollte, nachdem man den richtigen Zeitpunkt der Intervention versäumt hat.

Paris, 1. Juli 1876.

Nachmittags bei der Fürstin Lise, wo ich Marcère traf, den die Fürstin hat, das Munizipalgesetz zurückzuziehen,<sup>2)</sup> was er lächelnd ablehnte. Madame Daelman, die ich dann besuchte und die von Petersburg kommt, sagt, daß dort alles zum Krieg bereit sei.

16. Juli.

Ich werde von einem Gedanken verfolgt, der mich nicht losläßt. Es ist folgender: Sollte nicht der Unglaube unsrer Zeit daraus entstanden sein, daß sich die Philosophen in der Aufstellung des Gottesbegriffs ebenso

<sup>1)</sup> Der russische General Tschernajew kommandierte die serbische Hauptarmee. Am 3. Juli erklärte Serbien der Türkei den Krieg.

<sup>2)</sup> Der am 29. Mai den Kammern vorgelegte Entwurf eines Gemeindegesetzes gab die Wahl der Maires allen Gemeinden zurück, mit Ausnahme der Hauptorte der Kantone, Kreise und Departements. Am 12. Juli wurde das Gesetz von der Deputiertenkammer angenommen. Die am 25. Juli bestellte Kommission des Senats hatte fünf reaktionäre gegen vier liberale Mitglieder. Am 11. August verwarf der Senat den von der Deputiertenkammer beschlossenen Artikel 3 des Gesetzes, nach welchem die Neuwahlen der Gemeinderäte in ganz Frankreich binnen drei Monaten stattfinden sollten.

geirrt haben wie die Theologen? Die deistischen Philosophen genügen in ihrer Definition der Gottheit nicht, weil sie, ebenso wie die Theologen, der Gottheit Eigenschaften zuschreiben, die mit der Vernunft in Widerspruch stehen. Die Allgegenwart, die Allmacht u. s. w. führen zu Unsinn. Ebenso ist die alldurchwaltende, alldurchdringende Einheit, das Göttliche als Substanz aller Dinge (nach Spinoza) ein leerer Begriff, die Negation des Gottesbegriffs, der überhaupt noch einer ist. Diese alldurchdringende Einheit als die göttliche Substanz soll nicht geleugnet werden, aber sie ist nicht der Gott des Deismus und kann neben diesem bestehen. Der Begriff des persönlichen Gottes darf nicht zu weit gefaßt werden. Warum soll sich nicht, gerade wie sich im Gehirn des Menschen das Selbstbewußtsein bildet, an einer Stelle des Universums, und zwar eines räumlich begrenzten Theils des Universums ein Selbstbewußtsein bilden, das zu dem fraglichen Teil des Universums in demselben Verhältnis steht wie die menschliche Seele zum Körper? Wir hätten damit eine in ihren Äußerungen beschränkte, der Naturkraft untergeordnete, aber immer noch recht ansehnliche Persönlichkeit. Lindau sagt, damit kommen wir zum Jehova der Juden. Warum nicht?

Paris, 16. Juli 1876.

Gestern kam Herr Thiers, um mit mir über seine Vorladung zum Zeugenverhör in der Arnimschen Sache zu sprechen. Er wollte meine Meinung über das, was er tun sollte, wissen. Ich sagte ihm, ich könne ihm keinen Rat geben. Arnim habe ihn als Entlastungszeugen gebeten. Die Regierung sei in dem Prozesse in gewissem Sinne Partei. Ich könne ihm also weder zuraten noch abraten, nach Berlin zu gehen. Nach Berlin wolle er nicht gehen, erwiderte Thiers, allein ich möchte ihm mein Privat-urteil abgeben über seine Antwort. Er wolle antworten, er wisse zwar nichts über die Sache, er werde aber aus Achtung vor den preußischen Gerichten und aus Pflichtgefühl jede Frage beantworten, die man ihm vorlege. Der beste Weg dazu sei wohl der der üblichen Commissions rogatoires. Dann erzählte er noch, Arnim habe ihm gegenüber nicht anständig gehandelt. Er habe ihm seine Stellung hier so viel wie möglich zu erleichtern gesucht, und zum Dank dafür habe Arnim Depeschen geschrieben, die nicht so seien, wie sie sein sollten. Arnim habe sich wohl zu entschuldigen gesucht, sowohl durch die Fürstin Trubekow wie durch andre, allein das ändere nichts an der Sache. Wahrscheinlich komme Arnims Aerger daher, daß Thiers nicht darauf eingegangen sei, Henczel bei der Anlehnsoperation zu bevorzugen.

Wir kamen dann auf Bazaine. Thiers sagte, er sei immer dagegen gewesen, Bazaine vor Gericht zu stellen. Bazaine habe ihn um Rat ge-

fragt, was er tun ſolle, als die Enquetekommiſſion ſich ungünstig über ihn geäußert habe. Thiers habe es abgelehnt, einen Rat zu erteilen, habe es aber ſehr beklagt, als ſich Bazaine dazu entſchloſſen habe, „de demander des juges“. Er, Thiers, würde Bazaine nie vor Gericht geſtellt haben. Das ganze Verfahren ſei eine Infamie. Er habe es aber nicht hindern können. Auch erzählte Thiers, Broglie habe nach der Verurteilung Bazaines bis Mitternacht gebraucht, um Mac Mahon zu beſtimmen, das Todesurteil nicht zu unterſchreiben. Darin habe Broglie ſich ſeines Vaters würdig gezeigt, der als junger Pair de France allein gegen die Verurteilung des Marſchalls Ney geſprochen und geſtimmt habe.

Dann ging ich zu Morier, der wieder wohl iſt und mir viel von der Zweckmäßigkeit eines Zusammengehens Deutschlands mit England ſprach. Ich ſagte ihm, die einzige Gefahr ſei, daß England jetzt ſeine günstige Stellung zu rücksichtslos ausbeute und Rußland zu demütigen ſuche. Da könne es vorkommen, daß Rußland zum Äußerſten getrieben werde. Morier ſtimmte dem bei und verſprach, in dieſem Sinne mit Lord Derby und Diſraeli zu ſprechen.

Decazes behauptet gehört zu haben, Biſmarck ſei mit den Jeſuiten über die künftige Papſtwahl einig.

Paris, 20. Juli 1876.

Am Dienſtag mit der Ducheſſe Decazes nach St. Germain, wo ich bei der Baronin Löwenthal dinierte mit Decazes und Wimpffen.

Abends bei Thiers. Man war voll des Lobes über die Rede von Jules Simon im Senat.<sup>1)</sup> Thiers war nicht ſicher, ob das Geſetz über die Collation des grades durchgehen würde. Wenn dies nicht der Fall iſt, ſo hält er eine Miniſterkriſis nicht für unmöglich. Es ſei nun einmal ſo, daß Frankreich republikaniſch ſei und eine Regierung habe, die die Monarchie vorziehe. Er meint, es wäre möglich, daß dann der Marſchall ein Miniſterium Fourtou nehmen werde. Einen Staatsſtreich werde der Marſchall nicht machen. Ueber die auswärtige Politik war Thiers beruhigt. Nur dürfe England „ne pas trop tracasser la Russie“.

Gaſtein, 2. Auguſt 1876.

Abreiſe den 1. Auguſt früh von Aufſee. Ankuſt um 6 Uhr. Der Kaiſer wohnt im Badeſchloß. Ich beſuchte Bückler und meldete mich. Bülow II erzählt, die Beſprechung des Kaiſers mit Biſmarck ſei veranlaßt worden durch die Aufregung, in der der Kaiſer in Ems geweſen ſei. Beunruhigende, zu engliſch gefärbte Briefe Münſters hätten dazu bei-

<sup>1)</sup> In der Debatte über das Geſetz betreffend die Collation des grades. Der Senat lehnte das Geſetz am 21. Juli mit 144 gegen 139 Stimmen ab.

getragen, Korrespondenzen mit der Kaiserin und der Königin Viktoria u. s. w. Neues gibt es nicht. Ich gehe heute wieder zu ihm, um Akten zu lesen.

Heute früh war Stolberg bei mir. Er sagt, daß ihm die Politik Andrássys, die keine Veränderung im Orient wolle, unklar scheine. Ueber die Annexion von Bosnien sei Andrássy weggegangen, ohne sich auszusprechen. Stolberg meint, es sei doch möglich, daß man sich schließlich darauf einlassen werde, um wenigstens eine Lösung zu haben.

Aus den Akten, die ich bei Bülow las, ersah ich, daß der Reichskanzler an dem Dreikaiserbündnis festhält und Kaiser Wilhelm warnt, sich nicht durch England bestimmen zu lassen, etwas zu tun, was jenes Bündnis lockern könnte. Die Kaiserin Augusta und die Königin Viktoria haben an dem Kaiser gebohrt, um ihn schwankend zu machen. Es scheint, daß Augusta sich jetzt vor der englischen Flotte fürchtet und das englische Kriegsgeschrei für bare Münze nimmt.

Der Kaiser erzählte mir von Ems, von der Beunruhigung des Kaisers Alexander, von dessen Aerger über die Angriffe in der österreichischen und englischen Presse. Daß der Kaiser Alexander den Frieden wolle, darüber sei kein Zweifel, auch darüber, daß er nicht daran denke, Konstantinopel nehmen zu wollen. Die Schwierigkeit der Lage bestehe darin, daß alle Mächte mit Ausnahme Oesterreichs einig seien, durch die Autonomie von Serbien und Montenegro die Sache zu Ende zu bringen, daß aber Oesterreich auf der Forderung von Reformen beharre. Ganz gab aber der Kaiser die Hoffnung nicht auf, zu einer Lösung zu kommen, insbesondere wenn Oesterreich bestimmt werden könne, Bosnien zu nehmen.

Dann sprach der Kaiser über die innere Lage von Frankreich, hörte zu, als ich ihm erzählte, und schien besonders ungünstig gegen die Orleans gestimmt zu sein.

Am 3. August Partie auf den Gamsfahrkogel. Nachmittags zurück und Visiten. Besuch des Kaisers bei uns.

Paris, 27. August 1876.

Vor einigen Tagen besuchte ich Abends Decazes. Wir rauchten eine Zigarre und unterhielten uns bis 1½1 Uhr von verschiedenem. Da er mir mit großem Aerger mitteilte, daß Arnim auch ihn als Entlastungszeugen habe zitieren lassen, so kam die Rede auf diesen. Das erstemal, daß Decazes mit Arnim zusammentraf, war bei dem Duc d'Almale. Nach dem Diner bemerkte Decazes, daß Arnim ihn auf eine unangenehme Art fixierte. Das ärgerte ihn. Gleich darauf aber kam Arnim auf ihn zu, redete ihn freundlich an und erinnerte ihn daran, daß sie sich schon anderwärts gesehen hätten. Dann sei die Konversation gut geworden. Nach einigen Monaten wurde Decazes Minister. Er erzählte dann die Roth-

schildische Geschichte und andres. Eines Tags hätten sie ganz heiter über gleichgültige Dinge gesprochen, endlich sei Arnim aufgestanden und nach der Tür gegangen, habe sich dann noch einmal umgedreht und gesagt: „J'ai oublié de vous dire une chose. Rappelez-vous bien que je vous défends de vous emparer de la Tunisie!“ Decazes habe die Sache ins Komische ziehen wollen und einige Scherze gemacht, worauf Arnim nochmals mit Nachdruck wiederholt habe: „Oui, je vous le défends.“

Bezüglich dieser Äußerung Arnims habe ich die Akten nachgesehen. Danach war Arnim allerdings gewissermaßen befugt, jene Äußerung zu tun. Mit den darauf bezüglichen Erlassen aus dem Dezember 1873 steht aber des Fürsten Bismarck mir gegenüber mündlich ausgesprochene Meinung im Widerspruch, nach der es für uns keineswegs nachteilig wäre, wenn Frankreich sich in Tunis weiter engagierte.

Paris, 31. August 1876.

Gräfin Fontenille, die sich im Skating das Bein gebrochen hat und die ich mitunter besuche, erzählte mir gestern von der bevorstehenden Heirat des Prince de Chimay mit Mademoiselle Lejeune. Deren Vater, Herr Lejeune, ist der Sohn des natürlichen Sohnes eines gewissen Michel, den man wegen eines Kriminalprozesses, in welchen er verwickelt war, „Michel l'assassin“ nannte. Ich kenne die Geschichte nicht. Natürlich ist der Faubourg über diese Verbindung entrüstet, die denn noch schlimmer ist als die Heirat des Fürsten Radziwill mit Mademoiselle Blanc. Niemand soll auch vergnügter über die Heirat des Prinzen Chimay sein als der junge Radziwill. Zuerst wollte Chimay Mademoiselle Blanc heiraten. Er machte aber die Bedingung, daß im Heiratsvertrag dreißigtausend Franken jährlich ausgesetzt würden, die einer seiner Freunde zu einem bestimmten wohltätigen Zwecke verwenden werde. Dieser Zweck war kein anderer, als für Madame de Girardin, mit der der Prinz Chimay seit Jahren gelebt und von der er zwei Kinder hat, eine Rente zu konstituieren. Mademoiselle Blanc erfuhr dies und brach deshalb die Heirat ab. Mademoiselle Lejeune war weniger skrupulös und akzeptierte die Rente für Madame de Girardin und die Kinder ihres Gemahls. Chimay fragte den Duc de Bisaccia, ob er seine Frau empfangen werde. Dieser bat sich Bedenkzeit aus, und als Chimay wiederkam, sagte er ihm, seine Frau könne sich nicht dazu entschließen. Bisaccia meinte aber, die Zeit werde manches ändern „et si vous pouviez voyager 14 ou 15 ans, peut-être tout s'arrangerait“. Dieser Termin für die Hochzeitsreise schien aber dem jungen Manne etwas lang, er verzichtete also auf die Aussicht und will seine junge Frau, die sehr häßlich sein soll, nächsten Winter hier ausführen. Da der Vater zwanzig Millionen besitzt und der Tochter

einige ablassen wird, so zweifle ich nicht, daß man sie mit offenen Armen empfangen wird.

Ferner erzählte die Gräfin Fontenille, daß der Herzog von Groy und die Herzogin von Ossuna entschlossen seien, sich nach dem Tode des Herzogs zu heiraten. Unterdessen leben sie als gute Nachbarn. Der alte Ossuna kann aber, wie alle Troddel, sehr lange leben und die Berechnung sich als irrig erweisen.

Die Gräfin Fontenille ist ihrer Personalkenntnis wegen eine sehr schätzenswerte Bekanntschaft.

Paris, 1. September 1876.

Gestern machte ich die Bekanntschaft des Kriegsministers,<sup>1)</sup> eines feinen, gebildeten Offiziers, mit dem sehr gut zu verkehren ist.

18. September.

Heute Morgen den Großherzog von Sachsen-Weimar bei der Abreise nach Biarritz am Bahnhofe becomplimentiert mit Stumm und Arco. Da es noch zu früh war, machten wir einen Spaziergang in den Jardin des Plantes. Der Großherzog war sehr erfreut über unsre Aufmerksamkeit.

Erlanger, der eben bei mir war, sagt, daß das Gerücht, der König von Bayern sei in Geldverlegenheit, erfunden ist. Wenn der König Geld brauche, so wende er sich an seinen Vater, der ihm fünfhunderttausend Gulden zu keiner Zeit verweigern werde. Ebenso unsinnig sei die Behauptung, daß hier ein Konsortium gebildet worden sei, um dem König Geld zu verschaffen.

Barzin, 28. September 1876.

Am 26. kam ich von Paris in Berlin an. Heute früh Abreise nach Barzin. Dort angekommen zum Essen um 6 Uhr. Zuerst kam die Rede auf ein Bild der Berliner Ausstellung, wo Bismarck den Kaiser Napoleon bei Sedan zu Pferde begleitet. Das veranlaßte den Reichskanzler, jenen ganzen Vorgang noch einmal zu erzählen.

Um 5 Uhr früh kam General Reille zu Bismarck nach Donchéry und sagte ihm, der Kaiser Napoleon wolle ihn sprechen, er sei schon auf dem Wege zu ihm. Bismarck zog sich rasch an, ließ ein Pferd satteln und ritt dem Kaiser entgegen. Diesen fand er in einer niedrigen viersitzigen Droschke mit drei Generalen. Er hielt an, stieg vom Pferde und begrüßte den Kaiser. Dieser war anfangs betroffen, als er aber sah, daß Bismarck

<sup>1)</sup> General Gissen war am 17. August entlassen und durch General Berthaut ersetzt worden.

ihn so höflich behandelte wie in den Tuilerien, beruhigte er sich. Der Kaiser wünschte nicht in die Stadt Donchéry zu fahren, weil da viele französische Gefangene waren und er schon, wie Bismarck erfahren hatte, von seinen Leuten insultiert worden war. Während sie weiterfuhren, bemerkte der Kaiser ein einsam stehendes Arbeiterhaus und bat, dorthin zu fahren. Das tat Bismarck und führte den Kaiser dorthin. Beide gingen in den ersten Stock, wo sie einen Tisch und zwei Stühle fanden. Bismarck fragte den Kaiser, was er tun wolle, ob er über den Frieden verhandeln wolle. Der Kaiser lehnte das ab und sagte, er sei Gefangener und könne nicht verhandeln. Auf Bismarcks Frage, mit wem er unterhandeln solle, antwortete der Kaiser: „Avec le gouvernement à Paris.“ „Also,“ sagte der Kanzler, „avec S. M. l'Impératrice. Croyez-vous que cela durera?“ Ueber diese Frage wunderte sich der Kaiser, da er nicht an einen Umsturz glaubte. Nun sagte Bismarck, da er nur berechtigt sei, über den Frieden zu verhandeln und die Verabredungen betreffend den Waffenstillstand die Generale angingen, so habe er nichts mehr zu sagen. Sie sprachen dann über andre Dinge. „Das war die unangenehmste Situation,“ sagte Bismarck, „da es so schwer war, von der Vergangenheit zu sprechen, ohne sich unangenehme Dinge zu sagen.“ Unterdessen meldete jemand, daß ein Schloß Bellevue in der Nähe sei, wo der Kaiser gut wohnen könne. Dahin fuhr nun der Kaiser. Bismarck ritt voraus. Dann fuhr Bismarck zum Könige und veranlaßte diesen, den Kaiser Napoleon nicht zu sich zu rufen, sondern selbst zu ihm zu reiten, wozu sich der König nach einigem Zögern entschloß.

Die ganze Geschichte hat das Generalstabswerk übergangen, weil die Generale neidisch sind, daß Napoleon Bismarck und nicht einen General hatte rufen lassen.

Nachher kam Herbert Bismarck und brachte ein dechiffriertes Telegramm von heute, in welchem von London gemeldet wird, daß die Russen in Wien vorschlagen, Oesterreich solle Bosnien und Rußland Bulgarien besetzen, wenn die Türken die Friedensbedingungen nicht annehmen. Derby ist darüber beunruhigt. Bismarck hält es für das beste, wenn Oesterreich zustimmt. Die Türken würden am Ende doch nachgeben und dann sei der russische Vorschlag ein Schlag ins Wasser. Bismarck skizzierte die deutsche Politik, daß wir die Sachen gehen lassen können. Wenn Rußland die Türken angreife, könnten wir zusehen. Was wir tun, wenn Rußland und Oesterreich in Krieg geraten, darüber brauchen wir uns noch nicht schlüssig zu machen. Rußland gegenüber handeln wir, wie Rußland uns gegenüber gehandelt hat. Fürstin Trubekoy soll ich sagen, daß Bismarck keine Zeit zu Korrespondenzen hat und sie außerdem als seine Feindin ansieht, da sie die Freundin seiner Feinde ist.

Varzin, 29. September 1876.

Bismarck sprach gestern Abend wieder von seiner Absicht, das Amt aufzugeben. Er könne nicht immer die Verantwortung für alles tragen, was geschieht, und doch ohne Mittel sein, sich seine Kollegen selbst zu wählen. Diese arbeiteten ihm entgegen. Namentlich beklagte er sich über Camphausen, der seine, des Fürsten, Reformpläne im Steuerwesen unberücksichtigt lasse. Gulenburg sei zu schwach, lasse alle alten Oberpräsidenten und habe radikale und reaktionäre Räte zugleich im Ministerium. Das könne nicht so fortgehen. Er hätte deshalb schon längst seinen Abschied verlangt, aber er sehe voraus, daß dann die auswärtigen Angelegenheiten schlecht gehen würden, da niemand dem Kaiser gegenüber die Macht habe, die er sich erworben habe. Er habe deshalb daran gedacht, sich eine Stellung zu bilden, in der er auf die auswärtigen Angelegenheiten Einfluß üben könne, ohne die Last und Verantwortung des Reichskanzlers zu haben. Wenn der Kaiser ihn zum Generaladjutanten mache, so sei das der einzige Weg. Ich entgegnete, daß er sich vielleicht täusche. Wenn der Kaiser in ihm nicht mehr den Reichskanzler mit seiner ganzen Macht sehe, so werde er sich seinem Einfluß entziehen, und andre würden leichtes Spiel gegen ihn haben. Dagegen meinte Bismarck, er werde sich auch zum Abgeordneten wählen lassen, das werde ihm das nötige Ansehen und die nötige Macht geben. Und wenn nicht, so bliebe ihm immer der vollständige Rücktritt von den Geschäften. Dagegen erhob ich Einsprache. Denn dem können wir uns nicht aussetzen. Es scheint, daß ihm besonders Camphausen auf den Nerven liegt.

Um 12 Uhr Mittags kam ein Telegramm von Berlin, demzufolge die englische Regierung Nachricht hat, daß die Türken keine Vorschläge und keine Vernunft annehmen wollen. Demnach wird wohl der Einmarsch der Russen in Bulgarien und der Oesterreicher in Bosnien stattfinden.

Nachmittags kam Bismarck zu mir und sprach über unser Verhältnis zu Oesterreich und Rußland. Wenn Rußland mit England in Konflikt gerate, so sei das für uns kein Nachteil. Sie könnten sich gegenseitig wenig Schaden zufügen, und wir könnten den Kampf ruhig mit ansehen. Viel übler sei es, wenn Rußland und Oesterreich aneinander gerieten. Hielten wir uns neutral, so würden die Geschlagenen es uns nie verzeihen. Wenn Oesterreich ganz vernichtet werde, so sei das für uns kein Vorteil, da wir zwar die Deutschen annektieren könnten, aber nicht wissen würden, was wir mit den Slawen und Ungarn machen sollten. Gegen Oesterreich in den Krieg zu ziehen mit Rußland, erlaube die öffentliche Meinung in Deutschland nicht. Rußland ist für uns gefährlich, wenn Oesterreich zugrunde geht. Mit Oesterreich können wir Rußland in Schach halten, Bismarck hofft, daß Andrassy, wenn ihm kein anderer Weg übrigbleibt,

in Bosnien einrücken und dieses Land behalten wird. Andrássy tut dies ungern, aber immer lieber als ein serbisches Königreich entstehen zu lassen.

Ich fragte dann nach seiner Ansicht über die Ausstellung. Er ist entschieden dagegen, daß Deutschland sich beteilige und daß wir etwas dafür bewilligen. Solange Deutsche in Frankreich schlecht behandelt würden, weil sie Deutsche seien, könne Deutschland nicht mittun. „Aber,“ sagte er, „ich streite mich nicht darüber, da ich ja gar nicht weiß, wie lange ich noch Minister sein werde.“ Ich machte darauf aufmerksam, daß die Enthaltung jetzt einen schlechten Eindruck machen werde, nachdem die Zeitungen sich günstig ausgesprochen hätten und dies die Hoffnung erregt habe, daß wir mittun würden. Das machte aber keinen Eindruck. Bismarck sagte, das sei gleichgültig. Er verhehle sich nicht, daß unter den Beamten und Ministern viele Stimmen für die Beteiligung seien.

Ich sprach dann noch von Gontaut und dessen Ersetzung. Bismarck sagte, er werde nicht mit Gontaut verkehren. Gontaut habe sich mit der Kaiserin eingelassen, und dadurch sei er nicht mehr vertrauenswürdig. Ich fragte, ob ihm Noailles recht sei. Er überlegte es und sagte, die Frau werde doch unüberwindliche Schwierigkeiten in Berlin finden. Fournier wäre ihm recht, ebenso St. Vallier und Dutreil. Ich nannte auch Lambert St. Croix, der ihm ohne Zweifel zusagen würde.

Mit der Kommandierung Philipp Ernsts nach Paris ist er einverstanden.

Abends kamen noch Telegramme an; Werther telegraphiert, daß die Pforte sich übermorgen erklären werde. Die Engländer hoffen, die Pforte doch wieder zum Nachgeben zu bestimmen. Ich fragte, ob ich nach Paris zurückgehen sollte, was er verneinte. Es komme nicht darauf an, die französische Regierung zu bestimmen oder abzuhalten, da die Franzosen jetzt doch nichts tun wollten. Stolberg und Schweinitz seien auf ihren Posten nötig. In Paris sei ich jetzt nicht unbedingt nötig.

Berlin, 8. November 1876.

Ueber die Frage der Beteiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung sind die Meinungen geteilt. Die Süddeutschen neigen mehr dafür, die Norddeutschen sind dagegen. Im Auswärtigen Amt weht der Wind für die Ausstellung feindlich. Ich habe gesagt, mir ist es gleich, nur soll man sich bald entscheiden. Der Reichstag würde, wenn Bismarck will, die Kosten bewilligen. Wenn Bismarck nicht will, wird man sich freuen, sechs Millionen zu sparen. Ich glaube also, daß wir uns nicht beteiligen. Die Folgen werden für mich persönlich in Paris nicht angenehm sein. Allein ich kann nichts machen.

In der konservativen Fraktion habe ich mich für Geschworene bei Preßvergehen ausgesprochen. Es war nötig.<sup>1)</sup>

Heute Audienz bei dem Kaiser. Er erzählte, daß man in Petersburg noch große Schwierigkeiten voraussehe. Mit England ist man dort zufrieden. Dem Lord Loftus sagte der Kaiser Alexander:<sup>2)</sup> „*Avant tout imprimez-vous trois points:*

1. *Le testament de Pierre le Grand n'existe pas.*
2. *Je ne ferai jamais des conquêtes aux Indes.*
3. *Je n'irai jamais à Constantinople.*“

Diese Aeußerung hat in England sehr guten Eindruck gemacht.

Trotzdem ist Kaiser Wilhelm beunruhigt, weil er sagt, daß Gortschakow die Eventualität, die Forderungen Rußlands mit Gewalt durchzusetzen, noch vor Augen habe. Die russische Armee sei nicht besonders, immer aber besser als die türkische, die in vier Monaten nur sechs Meilen weit vorgebrungen sei.

Denselben Tag war ich zum Diner geladen. Es waren da Prinz August von Württemberg, Lichnowski, Stillfried, Dechend u. a. Mich interessierte, den General Werder von Petersburg kennen zu lernen. Der Kaiser, neben dem ich saß, war sehr heiter. Als die Gesellschaft auseinanderging, gab mir der Kaiser die Hand und sagte: „Reisen Sie glücklich, und machen Sie es so gut wie bisher.“

Paris, 12. November 1876.

Heute Visitentournee bei den Botschaftern. Gialdini kennen gelernt, der mir besser gefällt als der süßliche Nigra. Man kann doch mit ihm reden. Dann zu Molins, wo ich nur die Marquise traf. Der Nunzius war besonders mitteilend und eingehend. Er erkundigte sich vorzugsweise nach den Vermögensverhältnissen der Familie Wittgenstein.

Decazes empfing mich mit offenen Armen. Ueber die orientalische Frage sagte er: „*Mon cher Prince, il faut nous serrer les coudes.*“ Wir müssen zusammenhalten, um den Frieden bei den Konferenzen zu bewahren. Chaudordy<sup>3)</sup> wurde von ihm gerühmt. Wird wohl suchen, sich uns angenehm zu machen. Bourgoing sei naiv. Er nehme die Reform-

<sup>1)</sup> Dem Reichstage waren am 1. November die Berichte seiner Justizkommission über die Reichsjustizentwürfe vorgelegt worden.

<sup>2)</sup> In Livadia, wo der Kaiser Alexander vom 2. Oktober bis 5. November verweilte. Er empfing dort den deutschen Botschafter in Wien, General von Schweinitz, und den englischen Botschafter in Petersburg, Lord Loftus.

<sup>3)</sup> Graf Chaudordy war am 10. November zum außerordentlichen Bevollmächtigten neben dem Botschafter Bourgoing zur Vertretung Frankreichs bei der Konferenz der Botschafter in Konstantinopel ernannt worden.

frage au sérieux. Decazes hat ihm gesagt: „Tout cela ne m'intéresse pas et si on nous propose quelque énormité, je l'accepte, pourvu qu'elle soit également acceptée par la Russie et l'Angleterre. Je veux empêcher la guerre. Tout le reste m'est égal.“ Diese Anschauung wird auch von Chaudordy geteilt, der, wie Decazes sagt, ein fluger, vorsichtiger Mann ist. Ohne Zweifel ist Gambetta bei der Wahl Chaudordys mit im Spiel.

Paris, 19. November 1876.

Herr Thiers, der mich heute besuchte, zeigte sich über die Lage sehr beunruhigt. Er äußerte sein Erstaunen über die russische Politik, indem er sagte: „Wenn ich russischer Minister wäre, würde ich mich dem Kaiser zu Füßen werfen und ihn beschwören, Frieden zu halten.“ Rußland verkenne die Macht Englands, ein Lieblingsthema des Herrn Thiers. Wenn auch Rußland der Türkei gewachsen sei, so werde doch England genötigt sein, ihm entgegenzutreten. Daß Rußland erkläre, nicht nach Konstantinopel gehen zu wollen, sei lächerlich. Wer könne dafür stehen, wohin es im Verlauf eines siegreichen Feldzugs geführt werde! Wahnsinn aber sei es von Rußland, wenn es den Krieg anfangen, ohne unsrer Neutralität ganz sicher zu sein. Ich hatte keine Veranlassung, über die deutsche Politik gegenüber Rußland meine Ansicht auszusprechen. Herr Thiers fuhr dann nach einer Pause fort: „Mir scheint, daß die deutsche Regierung sich nicht äußert, weil sie in Verlegenheit ist. Ich kann nicht glauben, daß Sie ein Interesse dabei haben, Oesterreich zugrunde gehen zu lassen. Sie haben aber auch keine Lust, feindlich gegen Rußland aufzutreten. Ihre Regierung schweigt und tut wohl daran.“

Im Laufe der Konversation kam er auch auf die Frage der Donaumündungen und sagte: „Es kann Ihnen doch nicht gleichgültig sein, wer die Donaumündungen besitzt und daß Rußland die europäische Türkei beherrsche.“ Ich erwiderte, daß davon zunächst noch keine Rede sei. Aber ich mußte ihm gestehen, daß mir die Frage der Donaumündungen, die, wie Thiers hervorgehoben hatte, in Süddeutschland ventilirt wird, unverständlich sei. Vom handelspolitischen Gesichtspunkte schiene es mir gleichgültig, ob Rußland, Rumänien, Oesterreich oder die Türkei die Donaumündungen hätte. Unser Handel werde diesen Weg benutzen, wer auch der Herr der Donaumündungen sei. Vom politischen Gesichtspunkt könne ich die Ausdehnung Rußlands nach den südslawischen Ländern nicht als ein so großes Unglück betrachten, denn die Russen selbst sehen in dem Besitz von Konstantinopel den Keim ihres Untergangs. Herr Thiers erwiderte, darin möge etwas Wahres liegen. Aber ich vergäße, daß große Reiche in der Zeit der Eisenbahnen und Telegraphen größere Dauer versprächen als früher. Man könne jetzt mittels des Telegraphen Rußland

von Konstantinopel aus beherrschen. Indessen, fügte er hinzu, daß Rußland Konstantinopel nicht bekäme, dafür würden die Engländer Sorge tragen, wenn sie nicht zu viel Zeit verlören. Die Besetzung Konstantinopels durch die Engländer sieht er für den Fall des Kriegs als ganz selbstverständlich an.

Daß Frankreich den Frieden unter allen Umständen wolle, sei selbstverständlich. Daß Deutschland den Frieden wolle, sei ihm ebenfalls nicht zweifelhaft. „Aber,“ fügte er nochmals hinzu, „Ihre Regierung könnte viel dazu beitragen, den Frieden zu erhalten. Sie können nicht gegen Rußland auftreten, aber Sie können Rußland im Zweifel lassen, was Sie tun werden.“

Dann kam er auf die innere Lage, bestätigte die in meinem Bericht erwähnte Tendenz des Herzogs von Broglie, setzte aber hinzu, daß der Marschall, wenn er dem nachgäbe, seine Stelle rischiere.

„Cette politique de M. Buffet est odieuse au pays. On n'en veut pas. Le peuple est démocrate. C'est un fait qu'il faut accepter. Il faut en prendre son parti.“

Paris, 5. Dezember 1876.

Heute Abend Soiree im Elysée zu Ehren der Königin von Holland. Da das Theaterstück schon angefangen hatte, als ich ankam, so blieb ich im ersten Zimmer mit d'Harcourt, der mir sagte, daß Audiffret-Pasquier abgelehnt hat.<sup>1)</sup> Duclerc war da, und wir sprachen über ihn. Es scheint, daß man Lust hat, ihn zu nehmen. Nur sein Mangel an Rednertalent stört. Wir kamen dann auf den Berliner Botschafterposten zu sprechen. Ich empfahl ihm Leute wie Duclerc oder Léon Say. Er meinte, man solle einen gewiegten Diplomaten hinschicken. Ich erwiderte, daß mir das weniger nötig schiene. Was man dort brauche, sei ein Politiker von Ansehen, mit dem Fürst Bismarck sich rückhaltlos unterhalten könne. Das werde weiter führen als diplomatische Künste. Das sah er ein. Nur meinte er, man müsse Gontaut unterbringen, und das sei jetzt schwer, da Gontaut nicht nach Rom gewollt hat, weil er sagt, er sei schon so als Alerikaler verschrien, daß er nicht noch mehr in den Ruf kommen wolle, was geschehen würde, wenn er zum Papst ginge.

Mit dem Marschall kam ich zuletzt in ein Gespräch, aus welchem ich ersah, daß man ihn gedrängt hat, ein Ministerium der Rechten zu wählen. Er findet aber, daß das jetzt nicht an der Zeit sei. Er weiß, daß er bei

<sup>1)</sup> Das Ministerium Dufaure hatte am 2. Dezember 1876 seine Demission gegeben infolge einer Differenz zwischen dem Minister des Innern und dem Kriegsminister. Die Krise dauerte bis zum 12. Dezember, wo ein Kabinett unter dem Präsidium von Jules Simon gebildet wurde.

der Auflösung der Kammer nichts gewinnen würde, da das Land ihm nicht recht geben würde. Die Wahlen, meint er, würden jetzt nicht besser ausfallen. Man müsse warten, bis das Land mit den Radikalen unzufrieden sei.

D'Harcourt sagte mir noch, daß der Marschall wünsche, Dufaure möchte das neue Ministerium bilden, und es sei immer noch möglich, daß dies gelinge.

7. Dezember.

Abends im Elysée. Dort große Aufregung. Der Plan, das Ministerium zu behalten, scheitert an den Forderungen, die die Linke an das Ministerium stellt. Heute Abend Versammlung der Delegierten der Linken bei Grévy. Thiers ist gegen die Bildung des Ministeriums Duclerc. Er arbeitet daran, wie Decazes sagt, den Marschall zu stürzen, und hintertreibt die Bildung des Ministeriums. Er wollte heute die Beratung des Budgets hintertreiben, wurde aber geschlagen, da die Kammer sich für die Beratung entschied. Decazes ist noch entschlossen und ruhig, d'Harcourt nervös. Morgen wird sich die Sache entscheiden.

Wir sprachen dann über Gontaut. Decazes behauptet, er hätte Gontaut nicht nach Rom versetzen können, weil gerade damals der Kaiser Gontauts Bleiben in Berlin verlangt habe! Doch gab er zu, daß das nicht hindere, daß man Gontaut von Berlin wegtun müsse. Das macht die Sache schwierig, daß Kaiser und Kanzler gegeneinander arbeiten.

Ich teilte dann Decazes meinen Auftrag wegen der Ausstellung mit. Er behauptet, die fremden Aussteller könnten nicht abgewiesen werden. Als ich ihm sagte, sie müßten dort einen Kommissär haben, sagte er: Nein, nur einen Kommissionsär. Es gebe eine Abteilung „Varia“, wo alle die ausstellen könnten, deren Regierungen sich als solche an der Ausstellung nicht beteiligten. Davon wollte er nicht abgehen, obgleich ich ihm sagte, daß wir die Ausstellung der Elsaß-Lothringer als eine Verletzung des Friedensvertrags ansehen müßten. Ich werde noch deutlicher darauf zurückkommen müssen. Vielleicht wird eine energische Verbalnote nötig sein.

Paris, 6. Januar 1877.

Madame Waddington hat zu Arco gesagt, die Marschallin habe geäußert, Paris werde in diesem Winter wenig gesellige Vereinigungen haben. Sie selbst werde nur zwei Bälle geben, und auf den Botschaften werde auch nicht viel sein. In der deutschen Botschaft werde man wohl nichts geben, weil die „relations un peu tendues“ seien zwischen Deutschland und Frankreich.

Nachdem man durch die Ablehnung der Beteiligung an der Ausstellung fundgegeben hat, daß man in Deutschland keinen Wert auf gute

Beziehungen legt, so können wir uns wohl enthalten, unser Geld en pure perte auszugeben. Die Stimmung ist hier seit jener Sache entschieden schlechter geworden.

Paris, 9. Januar 1876.

Gestern Nachmittag kam Thiers zu mir. Er wollte sich augenscheinlich erkundigen, was an den Gerüchten wahr sei, die über eine Verstimmung zwischen Deutschland und Frankreich kursieren. Ich sagte ihm, ich sähe keine Wolfe. Ich wisse wohl, daß man hier über unsre Abstention von der Ausstellung verstimmt sei, bei uns aber könne man daraus keinen Anlaß zum Groll gegen Frankreich nehmen.

Heute sagte ich Decazes, daß Thiers bei mir gewesen sei. Er mußte das schon und daß ich Thiers beruhigt habe. Als ich ihm sagte, ich ginge heute Abend noch zu Thiers, erwiderte er: „On dit que vous n'en sortez pas.“

Paris, 23. Januar 1877.

Mit Thiers, den ich heute Abend besuchte, kam ich auf die Streitigkeiten zwischen der deutschen und der französischen Presse zu sprechen. Wir konstatierten, daß es Elemente gebe, welche ein Interesse daran hätten, Deutschland und Frankreich hintereinander zu bringen. Im übrigen sieht Thiers den Frieden als gesichert an. Die Türken, welche bisher schon viel Geschicklichkeit bewiesen haben, werden auch so gescheit sein, die Konzessionen jetzt von selbst zu machen und den Serben, Montenegrinern u. s. w. günstige Friedensbedingungen gewähren.<sup>1)</sup> Monsieur de Bismarck könne nicht darauf ausgehen, Europa in einen allgemeinen Krieg zu stürzen. Das Gerede darüber sei lächerlich. Bismarck wisse sehr wohl, daß ein Krieg zwischen England und Rußland auch noch weitergehen könne. Deutschland brauche aber Frieden, um sich zu konsolidieren. Preußen sei nach Friedrich dem Großen von seiner Höhe wieder herabgestürzt worden; es sei also in seinem Interesse, die gewonnene Position zu erhalten und das könne es nur durch friedliche Entwicklung. Daß Deutschland Krieg gegen Frankreich führen wolle, wie man es hier fürchte, glaube er nicht. Wir könnten dabei nichts gewinnen. Was sollten wir denn nehmen? Wieder Milliarden? Aber um diese zu bekommen, müßte man auch viel Geld ausgeben. Französisches Land erobern? Davon hätten wir ohnedies schon genug. Und was Frankreich betreffe, so denke dieses nicht an einen Krieg mit Deutschland. Allerdings müsse Frankreich militärisch stark

<sup>1)</sup> Nachdem die Konferenz in Konstantinopel am 21. Januar ohne Verständigung geschlossen war, knüpfte die Pforte Friedensverhandlungen mit Serbien und Montenegro an.

sein, um seine Stellung in Europa zu erhalten, aber von Krieg sei keine Rede. „Wo sehen Sie jemand, der Krieg will? Ist in Frankreich eine Kriegspartei? Der Marschall will nur an seiner Stelle bleiben. An etwas anderes denkt er nicht. Gambetta will sich für die Präsidentschaft bereit halten. Ich denke nicht an Krieg.“ Nach Herrn Thiers ist Frankreich in diesen drei Personen konzentriert. Auch sei Frankreich nicht fertig. Die Nachahmung der deutschen Wehrverfassung sei eine Sottise. Diese passe nicht für Frankreich, das keinen militärischen Adel habe wie Preußen.

Paris, 8. März 1877.

Die Anwesenheit des Generals Ignatiow <sup>1)</sup> beschäftigt alle Welt. Jedermann spißt die Ohren. Wimpffen hat erfahren, daß Ignatiow mit dem Entwurf eines Protokolls ankomme, das die Mächte unterzeichnen sollen und das dann Rußland die Möglichkeit gewähren soll, den Krieg zu unterlassen.

Heute kam die Fürstin Urussow und schlug mir vor, um 5 Uhr zu ihr zu kommen und dort ihren Vetter Ignatiow zu treffen. Ich ging um die bezeichnete Stunde hin. Ignatiow war schon da. Sein Äußeres ist frappant. Ein breites Gesicht, starkes Kinn und stets heiterer Mund. Er kam auf Berlin zu sprechen und erzählte von Bismarck. Mit einer gewissen Selbstzufriedenheit hob er die Ähnlichkeiten in Charakter und Gewohnheiten hervor, die er mit Bismarck habe, und erklärte sich als „son élève“, wenn auch unter Beteuerungen der Bescheidenheit. Bescheiden ist er nun nicht, aber ein ganz bedeutender Kerl, der auch nicht nötig hat, bescheiden zu sein. Er ist einer, aus dem Reichskanzler gemacht werden. Rücksichtslos im Aussprechen seiner Gedanken und dabei doch klug und falsch. Er kam auch auf Chaudordy zu sprechen. Er habe ihn, sagt er, bei Bismarck verteidigt. „C'est un homme superficiel mais amusant.“ Von hier sagt er, daß er große Ängstlichkeit gefunden habe bezüglich Deutschlands. Die Indiskretionen Ignatiows über den Verdacht Bismarcks, daß Frankreich gegen Deutschland rüste, haben den Duc Decazes sehr erschreckt. Dieser beteuert, daß Frankreich nicht an Krieg denke. Auch die Kavallerieansammlungen an der deutschen Grenze sind zur Sprache gekommen. Ich sagte Ignatiow, daß Gontaut die eigentliche Ursache der übeln Laune des Reichskanzlers sei, was er begriff. Er tadelt Decazes, daß er Gontaut nicht abberuft.

Ueber die orientalische Frage sprach er sich sehr rückhaltlos aus. Die Türkei werde bei dem ersten Choc zusammenfallen. Daraus würden

<sup>1)</sup> Der im Auftrage der russischen Regierung nach Wien, Berlin, Paris und London reiste.

Verlegenheiten entstehen. „Wenn wir die Türkei in Baumwolle und Essig legen könnten, um sie zu konservieren, würden wir es tun.“ Dieser Zwischenzustand könne aber nicht fort dauern. England übernehme eine große Verantwortung, wenn es dem unschuldigen russischen Vorschlage nicht zustimme. Er habe dies auch in Paris der Lady Salisbury gesagt und ihr aufgetragen, dies ihrem Manne zu sagen, wenn sie nach Hause komme.

Blowitz, den ich heute Abend in der Soiree bei Decazes traf, sagt, die englische Regierung werde dem Protokoll nicht zustimmen. Ein Artikel, den er zugunsten des Protokolls eingeschickt habe, sei nicht aufgenommen worden. Er glaube, man werde in England Bedenken tragen, die Konferenz gewissermaßen fortzusetzen, solange Rußland gerüstet bleibe. Auf meine Erwiderung, daß Rußland das Protokoll vorschlage, um abrüsten zu können, meinte er, dann solle Rußland erklären, daß es abrüste. Das würde die öffentliche Meinung günstiger stimmen. Ich teilte diese Äußerung Ignatiem mit, der darüber nachdenklich wurde. Decazes hofft noch auf die Zustimmung von England.

In bezug auf die Fassung des Protokolls fragte ich Decazes, ob er daran etwas auszufügen habe, was er verneinte. Nur sei es zu lang, und man könne es kürzer machen, ohne daß der Zweck darunter leide.

Die meisten Politiker, die ich gesprochen habe, zweifeln an der Zustimmung Englands.

Berlin, 19. März 1877.

Gestern um 11 Uhr fuhr ich zum Reichskanzler. Es waren verschiedene Leute da, u. a. auch Reuß, was dazu beigetragen haben soll, ihn schweigsam zu machen. Doch kam er auf die russisch-türkische Frage und meinte, daß die Forderung Englands, Rußland solle eine Erklärung abgeben, daß es entwaffne, es Rußland schwer machen werde, sich herauszuziehen.

Heute hörte ich im Reichstage die Debatte über das Reichsgericht. Moltke kam, und ich begrüßte ihn. Er wunderte sich über die Meinung, die in Paris verbreitet sei, daß wir Rußland zum Kriege drängten, um gegen Frankreich freie Hand zu haben. Wir hätten ja doch viel mehr freie Hand, wenn Rußland, ohne in einen Krieg verwickelt zu sein, hinter uns stehe und uns schütze. Die orientalische Verwicklung beklagt er und tadelt die Politik Gortschakows, die den Kaiser in diese Lage gebracht habe. Er bedauert, daß Rußland den Krieg nicht führt, weil das eine Verbitterung und Unzufriedenheit im Gefolge haben werde. Auch sei es immer bedenklich, wenn man einen unzufriedenen Nachbar neben sich habe. Ueberhaupt sei Deutschland zwischen Rußland, Frankreich und Oesterreich

in einer gefährlichen Lage und müsse über seine Kräfte rüsten. Frankreich rüste zu sehr. Es vermehre seine Armee in einer Weise, die uns gefährlich sei oder uns wenigstens nötige, immer weiter zu gehen. Die hundertfünf Hauptleute, die man verlange, seien nur durch die französischen Rüstungen veranlaßt.

Ich ging dann zu Bismarck. Hier hörte ich nun allerlei Unerwartetes. Der Grund, weshalb man nicht will, daß ich die Dinge zu friedlich schildere, ist nur, weil der Kaiser unter dem Einfluß der Kaiserin und Gontauts sich scheut, die Armee an der französischen Grenze so sehr zu verstärken, daß wir den Franzosen gleich sind. Es stehe so viel Kavallerie und Artillerie an der Grenze, daß Metz bedroht sei. Die Franzosen könnten jeden Augenblick losschlagen und uns in die schlimmste Lage versetzen. Dabei sei der Kaiser nicht dazu zu bewegen, mehr Kavallerieregimenter nach den Grenzprovinzen zu schicken, bloß aus Furcht, die Franzosen zu erschrecken. Der Einfluß der Kaiserin nehme immer zu, und dahinter stehe Gontaut.

Berlin, 23. März 1877.

Der gestrige achtzigste Geburtstag ist festlich begangen worden. Schon früh am Morgen war alles auf den Beinen. Um 10 Uhr begannen die Equipagen nach dem Palais zu fahren. Die Fürstlichkeiten hatten ihre Audienz um 12 Uhr. Wir fanden im Salon des Kaisers eine Menge Damen und Herren. Alles mediatisierte und andre Fürsten und Fürstinnen. Die Herren in Uniform, die Damen in Morgentoilette. Obenan die Fürstin Bismarck in hellblauer Seide. Die übrigen Damen meistens hell. Fürstin Marie Pleß und Marie Radziwill allein nicht in ganz hellem Kleide. Zuerst kam die Kaiserin und die Großherzogin von Baden und begrüßten die Damen. Dann kam der Kaiser und machte die Runde. Unten standen Elisabeth, Mary Ratibor und Marie Ujest. Sie übergaben dem Kaiser einen Stuhl, der mit Kornblumen geziert war. Ich hatte das Gedicht, das sie erst übergeben wollten, umgearbeitet und galt als der Dichter. Der Kaiser winkte mich herbei und dankte mir in lebenswürdiger Weise. Er wunderte sich, einen poetischen Botschafter zu haben.

Um 6 Uhr war Diner der Diplomaten bei Bismarck. Ich saß zwischen der Tochter des Hauses und einem fremden Diplomaten. Wir sprachen von vielem. Marie Bismarck sagte u. a., ich sei der einzige Mensch, auf den der Reichskanzler sich verlassen könne. Auch erwähnte sie, ihr Vater habe oft an mich gedacht, wenn er müde sei, sich zu ärgern, und abgehen wolle. Nachher sprach ich mit Gontaut. Ich finde, daß der Reichskanzler viel zu viel Gewicht auf ihn legt. Er ist doch ein unbedeutender Schwäger. Ebenso überschätzt Bismarck die Phrasen der Kaiserin.

Die Soiree war sehr brillant. Die Zimmer und Galerien im Schloß sind doch in ihrer Rokokoart sehr schön. Um 1 1/2 Uhr fuhren wir todmüde nach Hause.

Heute Morgen Unterredung mit Bennigsen und Dernburg. Beide beklagen die gegenwärtigen Zustände. Bismarck mutet sich zuviel zu. Er hat niemand, der ihn unterstützt. So geht alles aus dem Leim. Ich sprach mit Dernburg, als dieser einen Brief aus dem Ministerium bekam, der ihn aufforderte, heute Abend zu Bismarck zu kommen. Ich riet ihm, die Gelegenheit zu benutzen, offen mit dem Reichskanzler zu sprechen und ihm Jolly zu empfehlen. Mit Hofmann wird es nicht mehr lange gehen. Heute Abend wieder Hoffsoree.

Berlin, 25. März 1877.

Gestern früh fand ich im Reichstag Dernburg, der den Abend vorher bei Bismarck gewesen war. Er befand sich noch unter dem Eindruck der Unterredung und war etwas bestürzt über die Vorwürfe, die der Kanzler der nationalliberalen Partei gemacht hatte. Auch fürchtete er, daß Bismarck in die Sitzung kommen und seinen Rücktritt erklären würde. Doch verging die Sitzung, ohne daß der Kanzler kam, und ich atmete auf, als Forckenbeck die Sitzung schloß. Nachmittags bemerkte ich die Fürstin Bismarck und gab ihr das von ihr verlangte Gedicht. Holstein erzählte, daß der Beifall des Kaisers mir viele Neider zugezogen habe.

Heute Morgen beim Kronprinzen, den ich ruhig und vernünftig fand, wie immer. Wir sprachen über die Ausstellung und über Frankreich. Dann zu Bismarck. Er ist ganz aufrichtig in seiner Friedensliebe, aber er traut den Franzosen nicht. Seit dem sechzehnten Jahrhundert gebe es in Deutschland keine Familie, aus der nicht in jeder Generation einer gegen Frankreich gefochten habe. Ein solcher Nachbar sei eine immerwährende Bedrohung. Ueber die Kaiserin äußerte er sich sehr bitter. Er behauptet, daß Nesselrode mit der „Reichsglocke“ in Verbindung gestanden habe, er sprach gegen Schleinitz und dessen Einfluß. Erzählte viel von der Tätigkeit der Kaiserin und wurde um so mitteilender, je mehr ich anfangs bestritten hatte, daß die Intrigen der Kaiserin ernst zu nehmen seien. Diese und die linke Seite der Nationalliberalen mache ihm das Leben sauer. Er will deshalb auf ein Jahr Urlaub nehmen. Ich fragte, wer ihn dann ersetzen solle, und da meinte er, das würden Camphausen und Bülow tun.

Paris, 3. April 1877.

Die angebliche Demission des Fürsten Bismarck <sup>1)</sup> war gestern Abend Gegenstand des Gesprächs beim spanischen Botschafter. Auf der Börse

<sup>1)</sup> Am 1. April hatte Fürst Bismarck sein Entlassungsgesuch eingereicht. Am 10. April wurde die Entlassung verweigert und dem Fürsten ein Urlaub auf unbestimmte Zeit erteilt.

hatte das Gerücht kursiert, daß ich an die Stelle Bismarcks berufen sei, und die Baronin Gustav Rothschild brachte es in den Salon Molins. Heute hat auch der „Figaro“ davon gesprochen, und ich ging deshalb in das Auswärtige Amt, um zu veranlassen, daß man in den Zeitungen dem entgegenetrete. Das ist auch geschehen.

Abends ging ich zu Thiers. Er fragte mich aus, und ich antwortete, was mir zweckmäßig schien. Als ich ihm erzählte, daß Feldmarschall Manteuffel Herrn Thiers zum Kriegsminister wünsche, lachte er sehr, war aber geschmeichelt. Von Bismarcks Rücktritt war er nicht sehr affiziert. Er glaubt nicht daran. Bezüglich der orientalischen Frage war er beruhigter als sonst. Er glaubt, daß man jetzt zum Frieden kommen werde. Papst, der Eigentümer des „Journal des Débats“ ist nicht der gleichen Ansicht. Er meint, die Russen warten nur das schöne Wetter ab, um loszuschlagen.

Paris, 11. April 1877.

Als ich heute Nachmittag Decazes besuchte, der von Cannes zurückgekommen ist, traf ich dort Fürst Orlov. Dieser war in sehr deprimierter Stimmung und sagte, er sehe keinen Ausweg für Rußland als den Krieg. Decazes war derselben Ansicht. Als Orlov weg war, sprach er noch längere Zeit mit mir über die Lage. Decazes sieht für Rußland keinen Vorteil in dem Krieg. Rußland habe ein Interesse daran, den Ausweg vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer offen zu erhalten. Der Krieg werde nur dazu führen, daß England die Dardanellen besetze. Dieselbe Ansicht hat auch Herr Thiers wiederholt ausgesprochen. Schließlich sagte Decazes, wenn wirklich der Krieg ausbreche, so sei es die Aufgabe Deutschlands und Frankreichs, durch gemeinsame Tätigkeit und die vereinte Kraft ihres Einflusses den Frieden in Europa zu erhalten und den Krieg zu lokalisieren. „Tous les conseils que vous me donnerez à ce sujet, je les accepterai avec la plus grande confiance et je m'empresserai à m'y conformer.“

Nachher erzählte er mir seine Unterredung in Cannes mit einem italienischen Geistlichen. Der Papst sei sehr schwach, und sein Zustand lasse erwarten, daß er noch diesen Sommer sterben werde.

Decazes sagte mir noch, Alphonse Rothschild, der eben von Wien zurückkam, habe mit Andrássy wegen eines Anlehens verhandelt und dabei habe ihm Andrássy gesagt, die Russen möchten Krieg führen oder nicht, einrücken oder nicht einrücken, Oesterreich werde sich nicht rühren: „Nous ne bougerons pas.“ Den Gedanken eines Einrückens der Oesterreicher in Bosnien hält Decazes nicht für wahrscheinlich, da dann Oesterreich entweder mit der Türkei oder gegen diese Krieg führen müßte. Auch bemerkte

er, daß Italien dies sehr ungern sehen würde. Wenn also Oesterreich Bosnien oder die Herzegowina besetzte, könnten andre Verwicklungen daraus entstehen.

Paris, 25. April 1877.

Heute Empfang beim türkischen Botschafter um 3 Uhr. Als ich hereintrat, nahm er mich beim Arm und sagte mir, er habe eben gute Nachrichten. Lyons lese eben die Depesche. Ich setzte mich zu diesem und fand die Zirkulardepesche,<sup>1)</sup> in welcher die Türkei auf Grund von Artikel 8 des Pariser Vertrags die Mediation verlangt. Ich sagte Rhadil Pascha, daß dies etwas spät sei, aber nicht schaden könne. Lyons meint, daß es nur der Türkei schaden werde, da die Russen nun während der Unterhandlung ruhig in Rumänien einrücken könnten.

Dann ging ich zu Decazes, der mir sagte, er habe das Zirkular erhalten, aber noch nicht mit Rhadil Pascha gesprochen. Er habe die Absicht, ihn zu fragen, ob die Pforte das Protokoll annehme und ihre Zirkulardepesche zurückziehe. Dann könne man weiter reden. Er ist der Ansicht, daß das Protokoll schon ein Mediationsversuch war, der gescheitert ist.

Gontaut hat berichtet, Bülow habe ihn gefragt, ob Decazes die Schiffe in den türkischen Gewässern vermehren wolle. Er habe noch nicht geantwortet, da er Mühe habe, seinen Kollegen von der Marine dazu zu bewegen. Er sei aber von der Notwendigkeit überzeugt, drei Schiffe mehr hinzuschicken, die dann mit den deutschen und italienischen die Neutralen repräsentierten und sich in die Beobachtung der türkischen Häfen teilen könnten. Panzerfregatten wolle er nicht hinschicken, die hätten einen zu aggressiven Charakter.

Was Rumänien betrifft, so hat ihm Callimaki gesagt, wenn die Mächte Rumänien nicht vor der türkischen Invasion schützten, so würde Rumänien sich nur durch die Eingebungen seiner Verzweiflung leiten lassen. Decazes hat gefragt, er vermute, daß die Verzweiflung Rumänien veranlassen werde, sich mit Rußland zu verständigen.

Da Callimaki dies bejahte, so sagte Decazes, in diesem Falle stände es ihm als dem Minister eines neutralen Staats nicht zu, ein Urteil zu fällen oder einen Rat zu erteilen.

Ein Herr Plogino, früher Präsident des rumänischen Senats, kam zu mir und erzählte mir, daß er zum Kommissar bei den russischen Truppen ernannt sei, und wollte von mir Auskunft. Ich verweigerte jede Auskunft, und da er mich dann um Rat fragte, so erwiderte ich, an seiner Stelle würde ich einen guten Posten annehmen.

<sup>1)</sup> Vom 23. April, am 24. erfolgte die russische Kriegserklärung.

Paris, 30. April 1877.

Decazes, den ich heute Abend besuchte, las mir seine Erklärung vor, die er morgen in der Abgeordnetenkammer lesen will, und fragte mich, was ich davon hielte. Ich fand sie friedlich und taktvoll gehalten und sagte ihm das. Dann zeigte er mir eine Stelle im Gelbbuch, das auch morgen verteilt werden wird, worin einer Aeußerung des Kaisers an Gontaut Erwähnung getan wird.

Was ihn beunruhigt, ist die Aufregung in England, wo man „affolé“ sei und allerlei Schreckliches erwarte, und die Lust Italiens, „de pêcher dans l'eau trouble“.

Molins war bei mir und erzählte mir die Geschichte des Grafen von Paris mit Don Carlos. Die Mitglieder des „Comité des Concours hippiques“ haben zuerst den Duc de Nemours mit Don Carlos zusammengebracht, und dann hat Don Carlos den Duc de Nemours gebeten, ihn dem Grafen und der Gräfin von Paris, die eben weggehen wollten, vorzustellen, was auch geschah. Der Graf von Paris war bei Molins und hat ihm die Sache expliziert. Molins behauptet, dem Grafen von Paris gesagt zu haben, er schade sich dadurch in Frankreich.

Rhadil Pascha war bei mir. Ich sagte ihm meine Meinung über die Ablehnung unsers Protektorats über die russischen Untertanen in der Türkei. Das erschreckte ihn etwas.

Paris, 16. Mai 1877.

Die Ministerkrisis war schon seit längerer Zeit vorbereitet.<sup>1)</sup> Die Stellung des Ministeriums versprach keine Dauer. Es trug schon den Keim des Zerfalls in sich. Die Majorität hatte es in der Kammer nur dann, wenn Gambetta sie ihm gewährte. Mit Jules Simon und Martel hatte das Ministerium Elemente der Linken, die allen Wünschen der Linken zustimmten, ohne daß das Ministerium dagegen das nötige Ansehen der Kammer gegenüber geltend machen konnte. Dazu kam, daß man dem Marschall in den Ohren lag, daß das Ministerium zu weit gehe, ohne daß es die Majorität für sich habe. In dem Gesetz über die Munizipalverfassung hatte Simon dem Marschall versprochen, die Bestimmungen wegen der Permanenz und wegen der Oeffentlichkeit der Sitzungen zu hintertreiben. Statt dessen tat er nichts dagegen. Bei dem Preßgesetzentwurf hatten er und Martel im Ministerrat zugesagt, daß sie gegen das ganze Gesetz und insbesondere gegen den Artikel sprechen würden, der die

<sup>1)</sup> Am 16. Mai richtete Mac Mahon ein Schreiben an Jules Simon, welches das ganze Kabinett veranlaßte, zu demissionieren. Am 18. Mai wurde das reaktionäre Ministerium Broglie-Fourtau gebildet. Der Duc Decazes blieb auf Drängen des Marschalls in dem neuen Ministerium.

Aburteilung der Preßvergehen gegen fremde Souveräne den Geschworenen zuweisen will. Auch hier schwiegen sie. Darüber war der Marschall ärgerlich und schrieb Jules Simon den in der „Agence Havas“ abgedruckten Brief, der das Entlassungsgeſuch Simons veranlaßte. Der Marschall nahm sie ſoſort an. Die andern Miniſter folgten.

Decazes war Jules Simon ſchon lange zuwider. Er hat jedenfalls dazu beigetragen, daß Jules Simon geſtürzt worden iſt.

Decazes hält die Auflöſung für unvermeidlich, ein „ministère de dissolution“ aber für gefährlich. Er hat mit Léon Renault geſprochen und will ein liberales Miniſterium, das aber Energie genug beſitzt, um ſich nicht ganz ins Schlepptau der Linken nehmen zu laſſen, und das die Auflöſung durchführt, ohne daß man über Reaktion ſchreit und dadurch die Wahlen verdirbt. Das einzige, was Decazes geniert, iſt, daß die klerikale Debatte noch zu nahe iſt<sup>1)</sup> und daß man die Entlaſſung Simons mit dieſer Debatte in Verbindung bringen wird. Augenscheinlich iſt der Marschall zu früh losgegangen. Decazes hatte noch einige Zeit warten wollen. Er fragte mich, wie man bei uns die Auflöſung aufnehmen würde. Schlecht, ſagte ich, in der öffentlichen Meinung, wenn ſie von Buffet und Fourtou gemacht würde.

Paris, 24. Juni 1877.

Heute war ich zum Diner bei Decazes. Ich ſaß neben der Herzogin, die mich einlud, ſie in Arcachon, wohin ſie anfangs Auguſt geht, zu beſuchen. Neben mir ſaß die kleine Wiener Rothschild. Nach Tiſch bei der Zigarre wurde viel von Bordeauxweinen geſprochen. Monſieur de Tracy, der Präfekt von Bordeaux, erzählte davon.

Später kam ich mit Decazes in ein längeres Geſpräch. Er gab die Analyſe einer beruhigenden Depeſche nach Berlin, rühmte das entgegenkommende Benehmen Bülow's, verteidigte ſich gegen den Vorwurf, daß die franzöſiſche Regierung ultramontan ſei, und führte zum Beweiſe die Inſtruktionen an, die er Baude gegeben, und dem er gedroht haben will, ihn von Rom abzurufen, wenn er nicht beruhigend auf den Papſt einwirke, inſbeſondere in bezug auf Deutſchland. Ich ſprach mein Bedauern in bezug auf die Reiſe Gontauts nach Ems<sup>2)</sup> aus, erinnerte an Benedetti und verhehlte ihm nicht den Eindruck, den das Verweilen Gontauts in Ems auf Biſmarck mache. Decazes verteidigte Gontaut, ſuchte nachzuweiſen, daß dieſer bloß ſeiner Geſundheit wegen nach Ems gehe. Ich drang

1) Dieſe hatte am 4. Mai ſtattgefunden. Die Tagesordnung der Kammer (361 gegen 121 Stimmen) hatte die Kundgebungen der Ultramontanen als „eine Gefahr für den innern und äußern Frieden“ bezeichnet.

2) Wo ſich Kaiſer Wilhelm ſeit dem 15. Juni aufhielt.

nicht weiter in den Herzog, da es jetzt nutzlos sein würde, vor dem Ausfall der Wahlen eine Aenderung zu erzwingen, weil Decazes keinen andern Botschafter finden würde, der uns angenehm wäre.

28. Juni.

Abends war ich bei Thiers. Er schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß die Wahlen<sup>1)</sup> für die Republikaner günstig ausfallen und daß diese mit 400 Stimmen wieder kommen werden, in welchem Falle der Marschall abtreten würde. Ich erzählte Herrn Thiers, daß mir von einem Royalisten gesagt worden sei, sie hätten in Bordeaux 500 Stimmen für sich gehabt und hätten die Monarchie gründen können, wenn Thiers sich nicht dagegen gestemmt hätte. Herr Thiers ging lebhaft darauf ein und erklärte mir in längerer Auseinandersetzung, daß jene Behauptung unrichtig sei. Er habe sich in Bordeaux einer Necessité absolue gegenüber befunden. Die Assemblée habe nicht 500, sondern nur 200 Royalisten gehabt. 300 Stimmen waren Republikaner. Es war deshalb unmöglich, an eine Wiederherstellung der Monarchie zu denken. Er habe dazu keinen Beruf und auch nicht die Macht gehabt. Eine Monarchie könne nur von einem Sieger an den Pyramiden oder bei Rivoli gegründet werden. Zudem habe er keine Truppen gehabt. Sie seien dort von 6000 Bordeauxer Nationalgarden beschützt worden, die Republikaner waren. Als die Prinzen von Orleans ankamen, haben sowohl die Legitimisten wie die Republikaner schon Verrat gewittert. Wenn er nicht große Zermürbungen entstehen lassen wollen, so habe er die Republik aufrechterhalten müssen. Er erzählte dann von den Friedensverhandlungen in Versailles u. s. w. Die ganze Rechtfertigung trug das volle Gepräge der Wahrheit an sich.

Paris, 3. Juli 1877.

Gestern kam Herr Thiers zu mir und fragte mich, ob ich heute zu ihm kommen wolle, um Gambetta zu sprechen. Er werde um 1/2 12 Uhr kommen. Ich sagte natürlich zu und ging hin. Gambetta war schon da, als ich in das schöne Schreibzimmer des Herrn Thiers kam. Wir begrüßten uns und setzten uns, Thiers auf einer Seite, ich auf der andern, Gambetta uns beiden gegenüber in der Mitte. Wir sprachen von allerlei, vom Krieg in der Türkei, von England u. s. w. Dann erzählte Thiers seine alten Geschichten von Metternich, Talleyrand und Louis Philipp. Gambetta und ich hörten respektvoll zu. Ich habe nie in zwei Leuten so die Gegenwart und die Vergangenheit verkörpert gesehen wie in diesen Männern. Gambetta, den die alten Geschichten wenig interessiert haben mögen, hörte

<sup>1)</sup> Am 25. Juni war die Kammer aufgelöst worden.

mit der Aufmerksamkeit eines Sohns zu und zeigte das größte Interesse. Ich benutzte eine Pause, um ihn nach den Wahlausichten zu fragen. Er behauptete, seit 1789 werde keine solche Wahl mehr gewesen sein. Frankreich sei entschlossen, die Gegner der Republik zu schlagen und werde es tun. Die früheren Wahlen hätten die Legitimisten und dann die Orleanisten ekrafiert, diese würden die Bonapartisten vernichten. Auf meine Frage, was ihn zu dieser Hoffnung berechtige, sagte er, daß die Bonapartisten sich durch ihre Allianz mit den Klerikalen unmöglich gemacht hätten. Er rechnet darauf, daß von 80 Bonapartisten nur 40 gewählt werden. Von den Klerikalen sagt er, daß sie in Frankreich keinen Boden hätten, wenn auch die höhere Bourgeoisie an ihrem Ueberhandnehmen schuld sei. Er meint, daß man die Kongregationen vertilgen müsse. Also Austreiben der Jesuiten. Gambetta macht einen guten Eindruck. Er ist höflich und liebenswürdig und dabei sieht man in ihm den selbstbewußten, energischen Staatsmann.

Paris, 16. Juli 1877.

Herr Thiers besuchte mich heute Nachmittag. Er hatte keinen besonderen Zweck als den, meinen Besuch von neulich zu erwidern. Er kam zuerst auf die Erziehung der Jugend unter Napoleon I. zu sprechen, erzählte mir ausführlich den Unterricht, den er in Marseille in dem von dem Kaiser errichteten Lycée erhalten habe, wo er die Neigung für militärische Dinge erworben hat. Daß er damals die Uniform der Garde Impériale mit hohen Gamaschen getragen hat, schien ihn noch zu freuen. Er sprach dann von der Dienstzeit, von der Notwendigkeit einer Dienstzeit von fünf Jahren u. s. w. Nachher kam er auf die französischen Zustände, wiederholte, daß es ganz unmöglich gewesen sei, die Monarchie in Frankreich herzustellen, und daß ihn kein Vorwurf treffe, denn in Bordeaux habe es sich nur darum gehandelt, die Regierung überhaupt zu bilden und nicht Anlaß zur Uneinigkeit zu geben. Er selbst sei ein treuer Diener Louis Philipps und der Monarchie gewesen, aber er habe nichts andres tun können, als die Republik zu akzeptieren. Auch sei es nur unter der Republik möglich gewesen, das zustande zu bringen, was in jener Zeit habe getan werden müssen.

An dem Ausfall der Wahlen zweifelt Thiers nicht. Er ist überzeugt, daß die Majorität republikanisch sein und zwischen 360 und 400 Stimmen zählen wird. Spuller, der mit Gambetta die republikanische Wahlbewegung leitet, rechne sogar auf 418 republikanische Stimmen. Herr Thiers sagt, er würde die Präsidentschaft nur ungern wieder übernehmen, aber er könne sich dem Dienste des Landes nicht entziehen, auch wenn es ihn das Leben koste. Er fragte, wie sein Wiedereintritt in Deutschland aufgenommen

werden würde, und war sehr befriedigt, als ich ihm sagte, daß man dies in Berlin freudig begrüßen würde, und stimmte mir bei, als ich beifügte, daß die Befestigung der Republik eine *détente* in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen werde.

Thiers ist beunruhigt über die orientalische Frage. Er behauptet, die Russen gingen mit einer *étourderie* vor, die schließlich Oesterreich und England zwingen würde, mit teilzunehmen. Dadurch würde eine große Vermicklung entstehen. „Et qu'est-ce que vous ferez alors?“ Ich antwortete nicht.

Paris, 9. August 1877.

Thiers besuchte mich heute Nachmittag. Ueber die hiesigen Verhältnisse sagte er, es herrsche bei der Regierung „de la consternation“. Man sehe, daß das Volk gegen die Beunruhigung, in die man durch die Schuld des Marschalls gestürzt worden, „exasperiert“ sei. Man sage: „Mais que veut donc cette vieille bête?“ Mac Mahon sei überall „déconsidéré“. Während der Reise<sup>1)</sup> habe man überall sehr laut „Vive la république!“ gerufen. Es sei möglich, daß der Marschall seine weiteren Reisen deshalb unterlassen werde.

Ich fragte ihn, ob es ihm recht wäre, wenn ich ihn in Dieppe besuchen würde. Er sagte ja wohl, denn das Land werde daraus den Beweis entnehmen, daß die republikanische Partei mit Deutschland und mit dem Ausland überhaupt bessere Beziehungen unterhalte als das gegenwärtige Gouvernement. Da er aber wahrscheinlich nach St. Germain gehen wird, so werde ich ihn wohl dort und nicht in Dieppe besuchen.

Gastein, 5. September 1877.

Abreise von München Montag früh. In Salzburg mit Fürstin Urussow gegessen. Nach Bischofshofen. Von dort nach Vond. In der Dunkelheit und bei Regen nach Gastein. Dort kleines Zimmer im Schweizerhaus. Herbert Bismarck kam zu mir, um mir die Nachricht von Thiers' Tode<sup>2)</sup> zu bestätigen. Heute früh Bad, dann Spaziergang und Kaffee in der Wandelbahn. Dann Besuch bei der Fürstin Bismarck. Um 1 Uhr beim Reichskanzler, den ich sehr wohl und frisch fand. Er bedauert den Tod des alten Thiers, glaubt, daß es ein großer Verlust für Frankreich sei, und fügte bei, daß Thiers der einzige Mann in Frankreich gewesen sei, der eine Allianz der Westmächte mit Oesterreich mit Erfolg hätte suchen können. Jetzt werde Frankreich noch uneiniger werden als bisher. Was die Allianz betrifft, so fürchtet sie Bismarck nicht, solange Andrassy bleibt.

<sup>1)</sup> Mac Mahons in die Normandie am 16. August.

<sup>2)</sup> Am 3. September.

Aber auch ein feindliches Oesterreich sei in jener Allianz nicht zu fürchten, solange wir Rußland für uns haben. Im vergangenen Sommer habe Gortschakow darauf hingearbeitet, uns mit Oesterreich zu brouillieren und Deutschland einen wenn auch nur diplomatischen échec beizubringen. Das sei ihm nicht gelungen.

Der Reichskanzler meint, daß Rußland keinen Frieden schließen könne, ehe es sein militärisches Prestige wiedergewonnen habe. Sei es genötigt, nach einer zweiten unglücklichen Kampagne Frieden zu schließen, so könnten innere Unruhen entstehen, und Rußland werde dann nach einigen Jahren wieder, etwa mit Oesterreich, Krieg anfangen müssen. Er hält es für möglich, daß Rußland doch noch siegt, wenn es die Sache nur etwas geschickter anfange. Die jetzige Niederlage verdanke es der schlechten Führung.

Bei Tisch sprachen wir über die französischen Dinge. Thiers' Tod bedauert Bismarck. Wir tranken auf seine Aufforderung ein stilles Glas zu seinem Andenken. Von Gontaut sagte der Fürst, es sei unbegreiflich, wie man ihn, der mit Polen, Ultramontanen und andern Reichsfeinden gegen die Reichsregierung intrigiere und konspiriere, in Berlin lassen könne. Er würde sich für die Anwesenheit des Duc de Chartres bei den Manövern erklärt haben, wenn nicht Gontaut in Berlin wäre. So aber habe er befürchten müssen, daß die Kaiserin die Anwesenheit des Prinzen benutze, um ihr Spiel weiterzuführen.

Abends saß ich noch lange beim Fürsten. Er erzählte vom Besuche des Grafen von Paris beim Kronprinzen, und daß dieser sehr für den Grafen gewonnen sei. Mir schien der Reichskanzler milder gegenüber den Orleans gestimmt zu sein. Jedenfalls zieht er sie den Bonapartisten vor, die er für gefährlich hält, da sie Krieg führen müßten. Dem Kanzler liegt sehr an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Oesterreich. Die Einmischung Oesterreichs und Englands in den Krieg hält er für bedenklich. Er sagt übrigens, Oesterreich sei bereit gewesen, in Bosnien einzurücken, wenn die Russen gesiegt hätten. Bismarcks Plan ist jetzt, England und Rußland zu versöhnen und dahin zu trachten, daß sie sich im Orient auf Kosten der Türkei verständigen. Frankreich will er bei allen Manipulationen der hohen Politik außer Betracht lassen und jede Annäherung vermeiden.

6. September.

Heute, vor meiner Abreise, als ich bei der Fürstin war, kam der Reichskanzler und lud mich ein, mit ihm einen Spaziergang zu machen. Ich hatte nur noch eine halbe Stunde und ließ den Wagen warten. Wir gingen auf die Kaiserpromenade. Zuerst sprachen wir noch von den französischen Wahlen, und Bismarck sagte, es werde nötig sein, während der Wahlen noch etwas bedrohlich aufzutreten. Das brauche aber nicht in

Paris zu geschehen, sondern werde von Berlin aus in Szene gesetzt werden. Der Kaiser mache die Durchführung der Politik gegenüber Frankreich schwer, da er sich durch Gontaut immer bestimmen lasse, auf die „Solidarität der konservativen Interessen“, die alte Arnim'sche Politik, Wert zu legen, statt darauf zu sehen, daß Frankreich allianzunfähig und uneinig bleibe. Er behauptete dann, die Meher Reise Gontauts<sup>1)</sup> sei durch die Kaiserin veranlaßt worden, und der Kaiser sei nicht ohne Anteil an dem 16. Mai, weil er in obigem Sinne mit Gontaut gesprochen habe. Der Reichskanzler sagte mir, Bleichröder bekomme Rothschild'sche Nachrichten aus Paris, die ihm mitgeteilt würden und die seinerzeit den 16. Mai voraussagten. Der Reichskanzler sagte, es sei eine starke Zumutung, ihn glauben machen zu wollen, daß die Kaiserin nicht Politik treibe und nicht gegen ihn agitiere. Er finde die Kaiserin seit fünfzehn Jahren überall als Gegnerin. Sie lasse sich Korrespondenzen schreiben, die sie dann dem Kaiser vorlese, und zwar beim Frühstück, und immer nach dem Frühstück erhalte er unangenehme Handbilletts des Kaisers. Der Kaiser sei im Prinzip mit der Kirchenpolitik einverstanden, im einzelnen mache er Schwierigkeiten, veranlaßt durch die Einmischung der Kaiserin. Schleinitz, Goltz, Nesselrode und andre arbeiteten gegen ihn mit der Kaiserin. Er könne es sich nicht gefallen lassen, daß man seine Feinde auszeichne. So habe Nesselrode einen Orden bekommen, obgleich er sich an der „Reichsglocke“ beteiligt habe. Wenn das nicht aufhöre, werde er abgehen und dann kein Blatt vor den Mund nehmen. Alles, was der Reichsregierung feindlich sei, werde von der Kaiserin unterstützt. Solange Gontaut in Berlin sei, bestehe eine Art Gegenministerium, mit dem er zu kämpfen habe. Von der Kronprinzessin sagt Bismarck, sie mische sich nicht in Politik, wenn sie auch Vergnügen daran finde, oppositionelle Elemente zu sich einzuladen. Wir trennten uns erst, als ich in den Wagen stieg.

Ich fuhr über Lend nach Bischofshofen, Steinach, soupierte in Friedstein<sup>2)</sup> und kam gegen 12 Uhr nach Aussen.

Berlin, 22. Oktober 1877.

Heute hatte ich Audienz bei dem Kaiser. Er kam sofort auf die französischen Zustände zu sprechen, und ich konnte bemerken, daß er unter einem fremden Einflusse stand, in seinem Urteil von fremden und fremdartigen Einflüssen geleitet war. Er rühmte die Konsequenz und die Energie des Marschalls, lobte dessen Bestreben, dem Radikalismus entgegenzutreten,

1) Mac Mahon hatte am 7. Mai Gontaut, der gerade in Paris war, zur Begrüßung Kaiser Wilhelms in des Marschalls Namen nach Meß geschickt. Kaiser Wilhelm verweilte vom 1. bis 9. Mai im Reichslande.

2) Schloß der Prinzessin Konstantin Hohenlohe.

betonte ganz besonders seinen Abscheu vor Gambetta, der jedenfalls, wenn er Präsident werden sollte, Krieg mit Deutschland anfangen würde, und erging sich überhaupt in Betrachtungen, die man sonst in den Organen des Elysée und des Duc de Broglie zu lesen gewohnt ist. Er beklagte die Ausschreitungen der deutschen Presse, selbst der offiziellen, gegen die französische Regierung und gab der Befürchtung Ausdruck, solche fortwährenden Nadelftiche könnten mit der Zeit die Geduld der Franzosen ermüden und ihnen Grund zu einem Kriege mit Deutschland geben, wo dann das Unrecht auf unsrer Seite sein werde. Ich erlaubte mir, dieser Befürchtung entgegenzutreten. Ferner bemerkte ich unter anderm, ich könne nicht glauben, daß die Republik Gambettas den Krieg gegen Deutschland unternehmen werde. Zum Krieg gehöre innere Kraft und Einigkeit und Allianzen. Gambetta werde genötigt sein, den Kampf mit der klerikalen Partei aufzunehmen, und werde dadurch einen Konflikt hervorrufen, der viel weiter greifen werde als unser Kulturkampf. Er werde im Innern zu viel zu tun finden, um an Krieg mit uns auch nur zu denken. Mit Gambetta werde schwerlich eine fremde Macht eine Allianz gegen uns eingehen u. s. w. Der Kaiser hörte meinen Ausführungen aufmerksam zu, schien aber dadurch nicht überzeugt zu sein.

Wir kamen dann auf die innere Politik. Der Kaiser meinte, es sei jetzt Zeit, mit dem Liberalisieren einzuhalten. Er habe viele Konzessionen gemacht. Aber jetzt sei es genug. Der Reichskanzler sei in dieser Beziehung mit ihm einverstanden. Er knüpfte daran Bemerkungen über die Städteordnung und über Guleburgs Rücktritt. Frappiert hat mich, daß er auf den glänzenden Empfang hinwies, der ihm überall zuteil geworden sei, und daraus den Schluß zog, daß die Hingebung des Volks an seine Person so groß sei, daß deshalb weitere Konzessionen an den Liberalismus nicht erforderlich schienen. Ich hielt es nicht für erlaubt, ihm zu sagen: „Ja, wie würden Eure Majestät empfangen worden sein, wenn Sie reaktionäre Politik getrieben hätten?“ Eine Aeußerung meinerseits mußte um so mehr unterbleiben, als mir die Gesetze und Gesetzentwürfe, um die es sich handelte, nicht genügend oder gar nicht bekannt waren. Es scheint mir, als wenn die Jesuiten den Kaiser auf eine reaktionäre Bahn treiben wollten. Damit würden sie ihr Ziel sehr bald erreichen. Die schon bestehende Mißstimmung würde hier und insbesondere in Süddeutschland einen ganz bedenklichen Grad erreichen, und es brauchte dann nur noch einer bald herbeigeführten äußeren Verwicklung, um das mühsam zustande gebrachte Werk in Frage zu stellen. Das liberale deutsche Bürgertum ist nicht so exzessiv in seinen Anschauungen, daß sich eine monarchische Regierung nicht mit ihm verständigen könnte. Wenn man es aber, wie Mac Mahon in Frankreich tut, mit Demokraten und Sozialdemokraten in einen

Topf wirft, dann verschmilzt es mit den übrigen, ihm eigentlich fremden Elementen zu einer schwer zu bewältigenden revolutionären Masse. Ich hoffe, daß der Kaiser, wenn er eine Zeitlang dem Einflusse fernbleibt, der ihn jetzt beherrscht, wieder ruhiger werden wird. Die russischen Niederlagen beschäftigen ihn sehr. Er sieht darin Ohrfeigen, die allen christlichen Mächten erteilt worden seien.

24. Oktober.

Heute bei Bleichröder, der mir in zweistündiger Unterredung viel Interessantes sagte. Er glaubt, daß die Russen finanziell nicht in der Lage wären, den Krieg über Weihnachten hinaus zu verlängern. Sie hätten schon fünfhundert Millionen Rubel ausgegeben und müßten noch fünfhundert ausgeben, wenn sie im Frühjahr noch weiter Krieg führen wollten. Bismarck will von einer Friedensvermittlung nichts wissen, weil er mit Recht sagt, daß die Russen uns dann die Schuld eines faulen Friedens zuschreiben würden.

In der inneren Politik arbeitet Bleichröder an einer Reform der Handelsgesetzgebung, Schutzzoll u. s. w.

Der Marschall Mac Mahon sei in den Händen der Rothschilds. Sie gehen mit ihm. Bleichröder fürchtet, daß sich dort die Sachen zuspitzen würden.

Paris, 27. Oktober 1877.<sup>1)</sup>

Gestern Abend hier angekommen. Heute früh Besuch von Anton Radziwill und Rubar Pascha.

Letzterer erzählte von seiner Unterredung mit Midhat Pascha, dem er schuld gibt, wenn auch nicht zum Kriege getrieben, doch die Mittel, ihn zu vermeiden, nicht ergriffen zu haben. Er behauptet, Midhat Pascha<sup>2)</sup> habe den Krieg als ein Mittel angesehen, den Sultan ganz in seine Hände zu bekommen. Mit der Konstitution und einem Siege habe er gehofft, ganz Herr der Situation zu sein. Sein Sturz sei das Werk der Jungtürken gewesen. Diese seien keineswegs Freunde europäischer Zivilisation, wie man fälschlich annehme, sondern wollten die Türkei auf den Stand zurückführen, auf welchem sie zur Zeit Solimans des Großen gewesen sei, d. h. sie wollten die Türkei auf der Grundlage des mohammedanischen Fanatismus und mit den materiellen Mitteln der Zivilisation, aber im Geiste der alten Zeit rekonstruieren. Eine moderne Verfassung sei ihren Plänen zuwider.

<sup>1)</sup> Die Wahlen zur Deputiertenkammer hatten am 14. Oktober stattgefunden. Ergebnis: 201 Konservative, 314 Republikaner.

<sup>2)</sup> Präsident des Staatsrats, das Haupt der türkischen Reformpartei.

Nubar sagt, die Not sei in Konstantinopel sehr groß und das Volk hungere. Die Türken wünschten den Frieden. Er sah aber sehr wohl ein, daß dazu wenig Hoffnung sei. Nachher fuhr ich zum Marschall, den ich nicht traf. Lyons, der zu Hause war, behauptet, es habe schon eine gewisse Détente in der gegenseitigen Erbitterung stattgefunden. Vor acht Tagen habe man im Elysée vom Staatsstreich und im republikanischen Lager von Anklage des Marschalls gesprochen. Er und in derselben Weise Wimpffen, den ich nachher aufsuchte, hielten einen Staatsstreich für unmöglich und eine Verständigung oder den Rücktritt des Marschalls für unausbleiblich. Fürst Orlov dagegen hält es nicht für unmöglich, daß sich der Marschall zu extremen Maßregeln treiben lassen werde. Man könne bei einem Manne wie der Marschall gar nicht wissen, wozu der sich treiben lasse. Decazes fand ich nicht zu Hause. Der Nunzius lamentierte bloß, ohne etwas Besonderes zu sagen.

Wimpffen behauptet, was ich für übertrieben halte, daß die meisten derjenigen Konservativen, die seinerzeit dem 16. Mai zugestimmt hätten, nun zur Versöhnung rieten. Man sagt mir, Decazes, Broglie und Berthaut werden abgehen. Wenn das der Fall ist, so beweist dies, daß das Elysée über irgendeiner kolossalen Dummheit brütet. H.,<sup>1)</sup> dem ich heute Abend begegnete, sagte mir, er sehe sehr schwarz in die Zukunft. Auch im Elysée und im Ministerium sei man sehr perplex. Ich erwiderte, daß es auffallend sei, wenn man sich jetzt über die Folgen des 16. Mai wundere, die doch vom ersten Tage an vorauszusehen waren. Er meinte, die Regierung habe sicher auf eine konservative Mehrheit gerechnet. Fourtou habe es noch am letzten Tage versichert. Ich sagte ferner, es sei doch ganz einfach, aus der Situation herauszukommen, da der Marschall sich nur auf den Standpunkt zu stellen brauche, er sei konstitutioneller Monarch und lehne die Verantwortung für das Geschehene ab und schiebe es den abtretenden Ministern zu. Ja, sagte H., wenn nur das fatale Manifest<sup>2)</sup> nicht wäre! Der Marschall hält sich für gebunden gegenüber den Präfekten und andern Beamten, denen er nicht aufgehört hat zu versichern, daß er sie nicht verlassen werde. Jetzt sei er durch seine Ehre gebunden, sie nicht zu verlassen. Dagegen, wendete ich ein, hilft es dem Marschall und seinen Präfekten gar nichts, wenn er jetzt ihretwegen einen Coup d'Etat macht. Nur daß er und die Präfekten dann zusammen in die Brüche gehen und Frankreich mit. Es ist doch, sagte ich, nichts andres, als der Präfekten

<sup>1)</sup> Vermutlich ist der Sekretär des Präsidenten Vicomte d'Harcourt gemeint.

<sup>2)</sup> Das Wahlmanifest Mac Mahons vom 19. September, in welchem der Marschall seine Verdienste hervorhob, zum Kampfe gegen den Radikalismus aufforderte, die Aufstellung offizieller Kandidaturen ankündigte und den ihm ergebenden Beamten seinen Schutz zusicherte.

wegen Frankreich in heillose Verwirrung bringen. Wenn der Marschall kein Manifest, aber einen einfachen Zeitungsartikel in einem konservativen Blatt schreiben läßt, dahin gehend: Der Marschall hat den Präfekten das und das versprochen. Er würde verpflichtet sein, es auszuführen, wenn der Senat ihm dazu die Möglichkeit gewährte; die und die Senatoren haben ihm aber erklärt, daß sie nicht mit ihm gehen, mithin wird die Majorität des Senats ihm défaut machen, mithin bleibt dem Marschall nichts, als ein Ministerium der Majorität zu nehmen, selbst wenn dieses ein Revirement unter den Beamten als Bedingung stellt. Das gefiel H. und er bat mich, dies Decazes und dem Marschall zu sagen. Wenn den Leuten diese einfache Logik fremd ist, dann muß es freilich schlecht stehen. Endlich höre ich heute, daß Vogüé hier ist und daß er an die Stelle von Decazes kommen soll.

Decazes sagte mir heute, die Schwierigkeiten lägen nicht in den Engagements des Marschalls, sondern in dem Mangel an Zeit. Die Parteien seien zu erbittert, um in der kurzen Zeit zwischen jetzt und der Eröffnung der Kammer zu einer Verständigung zu gelangen.

Paris, 23. November 1877.

Blowitz, der heute lange bei mir war, sagt, er komme mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß der Marschall, ohne es zu wissen, unter klerikalem Einfluß stehe. Auch der 16. Mai sei durch diesen Einfluß hervorgerufen worden. Ich habe daran nie gezweifelt und encouragierte Blowitz, seine Nachforschungen fortzusetzen. Da dies aber so sei, so meint Blowitz, daß man dem Marschall nicht trauen könne und also auf seine Demission hinarbeiten müsse. Er hält die Lage für „effrayant“.

Nachmittags nach Versailles. Auf dem Rückweg fand ich St. Vallier und de Normandie. Beide nannten mir die neuen Minister,<sup>1)</sup> zweifeln aber, daß der Marschall mit diesen einen Staatsstreich machen werde, sondern glauben an die Demission des Marschalls, die jedermann wünsche.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Barzin, 1. Januar 1878.

Eurer Durchlaucht möchte ich im Anschluß an meinen Ihnen schon en clair ausgesprochenen Glückwunsch zum neuen Jahre auch meinen herzlichen Dank für die so einsichtige und tapfere Unterstützung sagen,

<sup>1)</sup> Das Ministerium Broglie hatte am 16. November seine Demission gegeben. Am 23. wurde ein Geschäftsministerium ernannt. Am 24. beschloß die Kammer, daß sie nicht in Beziehungen zu diesem Ministerium treten könne. Am 3. Dezember berief Mac Mahon Dufaure und beauftragte ihn, ein Ministerium zu bilden.

welche Sie mir, wie in allen Fällen, so auch in den letzten schwierigen Monaten in der nachhaltigsten und bereitwilligsten Weise geleistet haben. Das Geschick und den loyalen Willen zur Vertretung unsrer Interessen finde ich leider nicht immer vereinigt und bin deshalb um so dankbarer für die Ausnahmen, in denen dies der Fall ist. Ich werde es stets dankbar erkennen, daß ich während der ganzen Zeit unseres Zusammenarbeitens immer auf Eurer Durchlaucht sichere und erfolgreiche Mitwirkung zählen durfte, ohne die es bei allen Anfeindungen und Intrigen, deren Ziel ich bin, nicht möglich wäre, das Unentbehrliche zu erreichen und das Gefährliche unschädlich zu machen.

Ich bin seit einigen Tagen krank und darf mein Zimmer nicht verlassen. Bei meinen angegriffenen Nerven und der geringen Schonung, mit der man mich in geschäftlicher Hinsicht behandelt, kann ich mich von den Folgen einer an sich unbedeutenden Erkältung noch nicht erholen. Indem ich Eure Durchlaucht bitte, mich der Frau Fürstin zu Füßen legen zu wollen, bin ich in bekannter Gefinnung

der Ihrige  
von Bismarck.

An den Fürsten Bismarck.

München, 5. Januar 1878.

Die freundlichen Worte, welche Eure Durchlaucht zum Beginn des neuen Jahres an mich zu richten die Güte hatten, habe ich hier zu erhalten die Ehre gehabt. Ich sage Ihnen dafür meinen herzlichen Dank. Eure Durchlaucht haben mir dadurch eine große Freude gemacht. Je weniger ich selbst mit den Leistungen meiner politischen und diplomatischen Tätigkeit zufrieden zu sein pflege, um so wohlthuender ist mir die überaus lebenswürdige Anerkennung, die Eure Durchlaucht mir zuteil werden lassen. Ich werde den Brief als das wertvollste Dokument meines Hauses Kindern und Enkeln aufbewahren.

Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß Eure Durchlaucht auch in Zukunft auf meine volle und unbedingte Mitwirkung zählen können. Ich kenne die Anfeindungen, welchen Sie ausgesetzt sind, mehr als andre, da Ihre Feinde stets die meinigen waren und es auch bleiben werden. Soweit meine Kräfte reichen, werde ich den Kampf fortsetzen und stolz darauf sein, unter Ihrer Leitung wirken zu dürfen.

Möge Gott Ihnen Gesundheit geben und die Kraft erhalten, noch eine Reihe von Jahren die Leitung der Geschäfte zum Heil des Vaterlands zu führen!

Mit dem erneuerten Wunsche, daß das beginnende Jahr Ihnen und den Ihrigen ein glückliches sein möge, habe ich die Ehre zu sein u. s. w.

## Journal.

Paris, 7. Februar 1878.

Heute war Callimaki bei mir und erzählte, daß man in Rumänien sehr gedrückt sei und mit Sorge in die Zukunft sehe. Die Abtretung des rumänischen Bessarabiens<sup>1)</sup> bis an den Donauarm Kilia werde von Rußland verlangt. Der Fürst habe es abgelehnt, den Tausch einzugehen, da die Dobrudscha nicht akzeptabel sei und jener Erwerb Rumänien im Pariser Frieden zugesprochen sei, weshalb auch nur die Signatarmächte über diese Frage entscheiden könnten. Die weitere Sorge für Rumänien sei die Vermehrung der russischen Truppen im Lande. Endlich erwähnte er, mit der Bitte, ihn nicht zu nennen, das Projekt, welches ihm mitgeteilt worden ist, wonach Rußland damit umgehe, die rumänischen Bahnen zu kaufen.

Von Berlin höre ich, daß man dort wieder Mißtrauen gegen Frankreich hat und in den Plänen wegen Entschädigung Frankreichs durch Rückzession von Lothringen und Erwerb von Belgien, wogegen wir Elsaß behalten und Holland bekommen würden, bedenkliche Symptome sieht. Wenn gütliche Wege nicht zum Ziele führen, so bleibt die Gewalt. So war es 1870. Französisch-deutsche Allianzpolitik wird dort nicht für möglich gehalten. Ich halte das auch für Schwindel.

7. Februar.

Blowitz kam heute zu mir und erzählte, es kursierten hier Gerüchte über eine deutsch-französische Allianz mit den obenerwähnten Entschädigungsprojekten. Blowitz sagt, weder Waddington<sup>2)</sup> noch Gambetta dächten an derartiges. Die Gerüchte gingen aber von ernsthaften Leuten aus, die einen Zweck dabei haben müßten. Dieser sei nun, sofern die Gerüchte von Decazes herrührten, entweder Waddington als eine Null hinzustellen, indem man St. Vallier<sup>3)</sup> und Gambetta als die Förderer einer tätigen Politik hinstellt. Wird daraus nichts, so hat man den Vorteil, sagen zu können, daß sowohl St. Vallier als Gambetta Fiasco gemacht hätten. Oder man wolle durch jene Gerüchte, nach denen Deutschland durch Holland, Frankreich durch Belgien entschädigt werden soll, Mißtrauen zwischen Frankreich und England säen.

<sup>1)</sup> Rußland hatte am 1. Februar die Retrozession Bessarabiens von Rumänien verlangt.

<sup>2)</sup> Waddington hatte in dem am 13. Dezember 1877 gebildeten Ministerium Dufaure das Auswärtige übernommen.

<sup>3)</sup> Waddington hatte am 18. Dezember Gontaut-Biron abberufen und St. Vallier zum Botschafter in Berlin ernannt.

Paris, 18. Februar 1878.

Am 14. Diner bei Roger (du Nord) mit verschiedenen republikanischen Deputierten, u. a. Gambetta. Er begrüßte mich beim Hereintreten mit besondrer Freundlichkeit und erwähnte des Tags, als wir uns bei Thiers zuletzt getroffen hatten. Nach Tisch lange Unterredung mit ihm über England, Seekriege und deren veränderten Charakter. Er ist der Meinung, daß England keine ausschlaggebende Macht mehr sei, seitdem jedes Kriegsschiff durch Torpedos vernichtet werden könne. Dann vom 16. Mai und von dem, was er hätte tun wollen, wenn der Marschall nicht nachgegeben hätte. Gambetta ist meiner Ansicht über ultramontanen Einfluß in England.

Heute mit dem Abbé bei Decazes gesprochen. Er legte sehr interessant dar, daß die katholische Universität das Gute haben würde, daß sich darin eine theologische französische selbständige Fakultät mit der Zeit bilden werde. Jetzt müsse dieselbe sich Rom unterwerfen. Wenn aber einmal tüchtige Kräfte da seien, so werde man schon die Fähigkeit erlangen, Rom entgegenzutreten, um eine französische, er wolle nicht sagen gallifanische, Kirche zu gründen.

28. Februar.

Die letzten Tage waren unruhig: Abends Soireen, bei Tag Arbeit. Man fürchtet Krieg zwischen England, Oesterreich und Rußland. Allgemeine Indignation gegen die russische Unverschämtheit und Wunsch, daß wir etwas tun sollen, um die Russen zum Frieden zu zwingen. Bismarck hat sehr recht, das abzulehnen. Wenn wir es täten und Rußland in Gemeinschaft mit England und Oesterreich im Schach hielten, so würde uns das Rußland wenig danken. Käme es zum Krieg und siegten England und Oesterreich, so würden wir von diesen keinen Dank ernten und mit Rußland auf ewige Zeit verfeindet, also in Europa isoliert sein.

Heute Abend Soiree im Elysée zu Ehren des österreichischen Kronprinzen. Auch Prinz Leopold von England war da. Die Schauspieler der Comédie Française spielten ausgezeichnet: Croizette, Favart, Semary, Delaunay und Coquelin. Der Kronprinz schien wenig davon zu verstehen und sich zu langweilen. Prinz Leopold war entzückt und folgte mit großer Aufmerksamkeit.

Paris, 27. März 1878.

Gambetta, den ich heute beim Diner Freycinet<sup>1)</sup> traf, sagt, seine Nachrichten über den Papst<sup>2)</sup> lauteten ebenso günstig wie die meinigen; doch sehe er in diesem Papst eine Gefahr, da er geeignet sei, die Leute

---

1) Minister der öffentlichen Bauten in dem neuen Ministerium.

2) Pius IX. war am 7. Februar gestorben, Leo XIII. am 20. Februar gewählt.

gegen die Gefahren des Klerikalismus einzuschläfern. Nach Tisch lernte ich Spuller kennen, einen feinen Mann trotz seiner etwas dicken Außenseite.

Paris, 2. Mai 1878.

Diese Tage viel Mühe und Arbeit durch Festlichkeiten. Eröffnung der Ausstellung. Fahrt nach dem Ausstellungsgebäude bei Blitz und Donner. Es ist noch wenig fertig. Trotzdem hatte man es möglich gemacht, eine recht imposante Feier zu veranstalten. Abends Soiree im Elysée. Prinz von Wales, der sich gegen das Herkommen des Kronprinzen ausspricht. Prinz Heinrich der Niederlande sehr sentimental gestimmt wegen seines Brautstands. Der Kronprinz von Dänemark, ein höflicher junger Mann. Der Herzog von Leuchtenberg, ein unhöflicher, der sich den Botschaftern nicht vorstellen läßt. Auf der Tribüne waren die Königin Isabella, Don Carlos, König Franz von Spanien und der Exkönig Prinz Amadeus von Italien. Die Annamiten scheußlich. Ein dicker chinesischer Botschafter, der wie Frau von Vinzer aussieht. Edmond Richy wurde auch für einen Annamiten angesehen, da er ein buntes ungarisches Kostüm trug. Der Rundgang durch das Ausstellungsgebäude war wenig ansprechend, Waten im Schmutz. Heute Abend Ball bei Teisserenc de Bort. Wieder die Prinzen. Lange herumgestanden. Mit Gambetta gesprochen, der mir sagt, daß die Kammer bis zum 31. Mai tagen werde.

Paris ist im Festtrubel wenig angenehm.

4. Mai.

Heute Briefe von Berlin und London. Erstere sehen kriegerisch und glauben, daß keine Hoffnung auf Frieden sei, letztere (Münster) sehen die Möglichkeit eines Ausgleichs. Waddington sagte mir heute beim Diner im Elysée, daß St. Vallier von Berlin telegraphiere, Deutschland nehme seine Vermittlungsversuche wieder auf, und sie versprächen günstig zu enden. Ich saß zwischen Waddington und dem Marschall, uns gegenüber der König Don Francisco und der Prinz Heinrich der Niederlande.

11. Mai.

Die letzten Tage verschiedene Soireen. Gestern bei A. Rothschild Ball. Ich blieb indessen nur kurze Zeit. Der Prinz von Wales und die Prinzessin kamen erst nach 12 Uhr, worauf ich mich beeilte, die Stickluft der Salons zu verlassen. Nachmittags empfing ich den Besuch des chinesischen Gesandten. Er ist ein stets lächelnder Mandarin. Sein Sekretär spricht gut Französisch. Der Gesandte erkundigte sich nach der Gesundheit des Fürsten Bismarck, und es war mir interessant, den Namen „Bismarck“ von einem Chinesen aussprechen zu hören, der kein Wort Französisch kann.

Paris, 11. Mai 1878.

Heute war ein mühsamer Tag. Um 2 Uhr war in der deutschen Kunstausstellung die Eröffnungsfeier. Werner hielt zuerst eine Rede an mich, worauf ich ihm dankte und dann den Minister und Herrn Berger anredete. Das französische Reden coram publico ist mir noch etwas schwer und macht mir Herzklopfen. Der „Soir“ bringt schon die Rede. Dann besahen wir uns die Bilder, und ich machte einige Visiten. Abends war Diner der deutschen Künstler. Ich erhielt vorher die Nachricht von dem Attentat<sup>1)</sup> und brachte bei dem Diner einen Toast auf den Kaiser aus.

Abends bei Hirsch wurde ich viel darüber gefragt, und alle Welt bezeugte große Teilnahme.

Berlin, 12. Juni 1878.<sup>2)</sup>

Gestern früh fuhr ich von Paris weg. Mit Gontaut-Biron, der ebenfalls nach Berlin reiste, unterhielt ich mich unterwegs eine Zeitlang. Dann stieg er in sein Kompartiment, und wir trafen erst in Köln wieder zusammen, wo wir in den Königszimmern zu Mittag aßen. Abends im Sleeping-Car sprachen wir von seiner Abberufung von Berlin, über die er sich noch nicht trösten kann. Er begreift nicht, was der Reichskanzler gegen ihn habe.

Bei der Ankunft in Berlin fand ich Viktor auf dem Bahnhofe. Wir frühstückten zusammen, besprachen verschiedenes und fuhren dann ins Palais, um uns nach dem Kaiser zu erkundigen. Viktor reiste dann um 12 Uhr ab. Ich ging ins Auswärtige Amt und fand Bülow, Holstein, Bucher und Radowiz. Aus den verschiedenen Konversationen entnehme ich folgendes. Zwischen Rußland und England ist Verständigung, wenn auch keine vollständige. Man hofft aber darüber ins klare zu kommen. Beaconsfield äußert sich gemäßigt. Der Reichskanzler wünscht gleich morgen die bulgarische Frage zur Sprache zu bringen. Oesterreich dagegen ist noch keineswegs zufrieden. Andrassy, der zwischen den Tendenzen des Hofes und der Militärpartei und den ungarischen Antipathien und Wünschen herumlaviert, hat die Gelegenheit verpaßt, einen entscheidenden Schritt in der orientalischen Frage zu machen, und will nun, daß der Kongreß ihn zwingen soll, in Bosnien einzurücken. Wir haben aber bei allem guten Willen und allen guten Wünschen für Oesterreich keine Lust, uns mit England und Rußland zu entzweien, um Andrassy aus der Verlegenheit zu ziehen. Andrassy, den ich bei Beaconsfield traf, fährt nun in der Stadt

1) Auf den Kaiser Wilhelm am 11. Mai.

2) Reise zum Berliner Kongreß, bei dem Fürst Hohenlohe neben dem Fürsten Bismarck und dem Staatssekretär von Bülow Deutschland vertrat. Die Eröffnung fand am 13. statt.

herum und beschwört die Kongreßmitglieder, doch einige Tage Zeit zu lassen und nicht gleich in medias res zu gehen. Man könne sonst in ganz unentwirrbare Situationen kommen. Odo Russell, den ich nachher sah, meinte, Bismarck sei damit einverstanden, daß man morgen nur Formelles verhandle. Ich weiß davon nichts. Karolyi wußte auch nichts davon, doch wünscht er es.

Im Auswärtigen Amt sind allerhand kleinliche Intrigen über die Teilnahme einzelner Räte an dem Kongreß u. s. w. Mich hat Bismarck gewählt, um dem König von Bayern sagen zu können, daß man aus Rücksicht für Seine Majestät Allerhöchstseines Kronoberstkämmerer genommen habe.

Bei Lord Beaconsfield war ich nur einen Augenblick. Erst ging Andrassy hinein, der sehr aufgeregt und grantig erschien, was ich begreife. Dann führte mich Lord Beaconsfields Sekretär zu ihm, und wir begrüßten uns. Er sagte, er sei „enchanté de faire ma connaissance“. Ich verabschiedete mich bald, indem ich sagte, ich wisse, daß er zum Kronprinzen gerufen sei, hätte ihm daher nur „voulu serrer la main“, worauf er sagte: „Oh oui, serrer la main, oh oui!“ worauf wir schieden.

Heute Abend bei dem Großherzog und der Großherzogin von Baden zum Tee. Es wurde viel vom Attentat,<sup>1)</sup> von Sozialdemokraten und dann von Rom gesprochen. Um 11 Uhr fuhr ich zum Reichskanzler. Ich war kaum im Salon, als er hereinkam. Ich finde ihn gealtert, aber munter. Sein Vollbart macht ihn alt. Er war sehr irritiert darüber, daß ihn die fremden Bevollmächtigten, insbesondere Waddington und St. Vallier und auch Salisbury, empfangen hätten, als er seine Visiten-tournee machte. Das sei kleinstädtisch und habe ihn unnötig ermüdet.

Morgen um 2 Uhr ist die erste Kongreßsitzung, und zwar in Uniform auf Wunsch Lord Beaconsfields.

13. Juni.

Der Vormittag verging mit Besuchen. Um 1/22 Uhr fuhr ich nach dem Bismarckschen, früher Radziwillschen Palais. Ich fand in dem großen Saal nur Radowiz, der mit Herrichten der nötigen Papiere beschäftigt war. In dem großen früheren Tanzsaal war ein grüner Tisch in Hufeisenform aufgestellt. In der Mitte Platz für den Präsidenten, an beiden Seiten: Frankreich links, Oesterreich rechts. Dann neben Oesterreich England, neben Frankreich Italien. Dann weiter: rechts Rußland, links die Türkei. Bismarck gegenüber sitzt Radowiz als Protokollführer, ich links, Bülow rechts.

<sup>1)</sup> Vom 2. Juni, wo Kaiser Wilhelm verwundet war.

Bald kam der Staatssekretär und dann der Reichskanzler. Wir gingen nach dem in einem Nebenzimmer aufgestellten Büfett, tranken Portwein und aßen Biskuit. Nach und nach kamen nun die Bevollmächtigten. Der Graf Corti, ein kleiner häßlicher Mann, der wie ein Japaner aussieht, mit Launay. Dann der Türke, ein unbedeutender junger Mann, Graf Schuwalow, dann der alte Gortschakow, sehr wacklig, und endlich die Engländer und Franzosen. Waddington in gestickter Uniform. Das erste Zusammentreffen zwischen Lord Beaconsfield und Gortschakow war interessant als historischer Moment.

Darauf wurde in den Sitzungsaal gegangen. Bismarck hielt eine Begrüßungsrede und schlug vor, das Bureau zu konstituieren. Andrássy ergriff dann nach vorheriger Uebereinkunft mit den übrigen Bevollmächtigten das Wort und schlug die Wahl Bismarcks zum Präsidenten vor. Er machte dann die Vorschläge bezüglich der Sekretäre und Protokollführer, die angenommen wurden, worauf ich das Personal hineinführte.

Dann schlug der Reichskanzler vor, erst an die wichtigsten Fragen zu gehen, und zwar mit Bulgarien anzufangen. Zugleich aber riet er, einige Tage Zeit zu lassen, was Andrássy gewünscht hatte, und erst am nächsten Montag wieder eine Sitzung zu halten.

Darauf ergriff Lord Beaconsfield das Wort und hielt eine längere englische Rede. Sehr klar und bestimmt. Er meinte, es sei nötig, daß während des Kongresses die feindlichen Armeen nicht in nächster Nähe stünden. Er hielt das für gefährlich und der Würde des Kongresses nicht entsprechend. Der Reichskanzler fragte, ob die russischen Bevollmächtigten sich darüber äußern wollten. Gortschakow sprach einige Worte, die auf die Frage keinen Bezug hatten, und sagte etwas von der Notwendigkeit, das Schicksal der Christen im türkischen Reich zu schützen. Schuwalow ging auf die Frage ein und widersprach dem Lord Beaconsfield. Bismarck beeilte sich vorzuschlagen, die Frage heute nicht weiter zu diskutieren. Das wurde auch beschlossen. Nachher kam der Türke und protestierte gegen einige Behauptungen Schuwalows, der Reichskanzler machte ihn aber darauf aufmerksam, daß die Diskussion schon geschlossen sei.

Salisbury brachte noch die Griechen zur Sprache und kündigte an, daß er deren Zulassung zum Kongreß beraten zu sehen wünschte. Gortschakow erwiderte, daß dies zur Folge haben würde, daß auch andre Nationen den gleichen Anspruch erheben würden. Da die Frage aber heute nicht diskutiert werden sollte, so blieb es bei diesen Bemerkungen, und der Reichskanzler schloß nach einigen die Geschäftsordnung betreffenden Bemerkungen die Sitzung.

Das Ganze sah etwas bedenklich aus. Beaconsfield macht den Eindruck, die englische Stellung in rücksichtsloser Weise geltend machen zu

wollen. Die Russen sahen sorgenvoll aus. Der Reichskanzler vermittelt, so viel er kann, und hat die Sache mit großem Geschick dirigiert.

Abends 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr war Galadiner im Schloß. Ich saß neben Dubril. Der Kronprinz brachte einen Toast in französischer Sprache aus, dankte für die Wünsche, die der Kongreß für die Genesung des Kaisers ausgesprochen hatte, wünschte dem Kongreß guten Fortgang und trank auf das Wohl der Souveräne und Regierungen, die im Kongreß vertreten seien. Nach Tisch Cercle. Ich ließ mich der Prinzessin vorstellen, die mit Prinz Heinrich der Niederlande verlobt ist.<sup>1)</sup> Er selbst war so liebenswürdig und so langweilig wie immer. Prinz Friedrich Karl sehr rot und dick. Der Kronprinz freundlich wie immer.

Abends mit Karl Fürstenberg und Karl Egon im Unionklub, wo ich eine Auseinandersetzung eines schlesischen wohlgesinnten Gutsbesitzers anhörte, der die Hauptursache der schwierigen Lage des Landes darin sieht, daß Bucher im Ministerium des Aeußern sein Unwesen treibe. Ich verzichtete darauf, seinen Unsinn zu widerlegen.

Berlin, 14. Juni 1878.

Heute kam Blowitz zu mir. Er fing gleich damit an, zu sagen, daß man ihn mit der Nachricht des Geheimhaltens empfangen habe. Es sei also für ihn nichts zu tun, und er könne abreisen. Ich fragte ihn dann, was er gehört habe, und bemerkte, daß er noch von niemand Notizen über die gestrige Sitzung hatte.

Er erging sich dann in Betrachtungen über die Aufgaben des Kongresses, denen ich einfach zuhörte. Bedenken flößte ihm der Charakter Lord Beaconsfielbs ein. Er sei von sich eingenommen und mißtrauisch. Wenn man ihn durch Liebenswürdigkeit gewinnen wolle oder wenn man überhaupt nur höflich mit ihm sei, werde er mißtrauisch und glaube, „qu'on veut le mettre dedans“. Sei man aber nicht höflich, so nehme er es übel. Das könne also zu Mißstimmungen im Kongreß führen. Lord Beaconsfield habe die öffentliche Meinung in England für sich, aber doch nur deshalb, weil er die bisher erreichten Resultate auf friedlichem Wege erreicht habe. In dem Augenblick, wo die englische öffentliche Meinung erfahre, daß Lord Beaconsfield zu weit gehen wolle, werde er an Terrain verlieren. Blowitz meint, die Russen würden über einen gewissen Punkt hinaus nicht nachgeben und eher Krieg führen. Krieg aber wolle das englische Volk nicht. Es werde darauf ankommen, die öffentliche Meinung in England zur rechten Zeit darauf aufmerksam zu machen. Ich erwiderte ihm, dies könne, wenn der Fall wirklich eintrete, durch den Korrespondenten der „Times“ geschehen.

<sup>1)</sup> Prinzessin Elisabeth von Preußen, Tochter des Prinzen Friedrich Karl.

Berlin, 15. Juni 1878.

Nach verschiedenen Besuchen und einem Diner mit Holstein, Radowiz, Bucher u. s. w. im Tiergartenhotel fuhr ich gestern Abend 9 Uhr zum Kronprinzen. Wir sprachen über die Kongreßeröffnung und über die Aussichten des Kongresses. Ich hob hervor, daß eine der Gefahren darin zu liegen scheine, daß England zu viel fordere und Rußland schließlich den Krieg wählen würde. Im allgemeinen fand ich den Kronprinzen durch die Arbeit und die Teilnahme an den Geschäften erfrischt.

Dann bei Bismarck. Der Reichskanzler gab seiner Mißstimmung über die türkischen Bevollmächtigten Ausdruck und erzählte, daß er ihnen offen gesagt habe, die Türkei irre sich, wenn sie glaube, daß ihr ein Vorteil daraus erwachse, wenn der Kongreß ohne Resultat verlaufe. Ein Krieg werde nur dazu führen, daß sich die Mächte nach dessen Beendigung auf Kosten der Türkei verständigen würden. Als nachher davon die Rede war, daß Bismarcks großer Hund einen Minister angeknurrt habe, sagte der Kanzler: „Der Hund ist in seiner Dressur nicht fertig. Er weiß nicht, wen er beißen soll. Wenn er es wüßte, würde er die Türken gebissen haben.“ Daß man Mehemed Ali geschickt hat, hält der Kanzler für eine Taktlosigkeit. Bei der Besprechung der Frage, ob Karatheodory Christ sei, meinte er: „Am Ende ist der Magdeburger (Mehemed Ali) der einzige Muselman unter den dreien.“

Daß die englischen Minister sich gelegentlich des Todes des Königs von Hannover<sup>1)</sup> in die Frage mischen, welchen Titel der Kronprinz führen solle, ärgert den Reichskanzler, der überhaupt Mißtrauen gegen die Engländer hegt und sie für unverschämt und ungeschickt erklärt. Er sagte dann die bedeutungsvollen Worte: „Ich möchte wissen, ob Beaconsfield den Krieg will!“ Jedenfalls, meinte er, werde die etwas kriegerische Haltung der Engländer den Oesterreichern den Vorteil gewähren, sich mit den Russen zu verständigen. Um 12 Uhr ging alles auseinander. Der Reichskanzler begleitete mich ins andre Zimmer und sprach da noch von der Schwierigkeit, die es ihm bereitet habe, französisch zu präsidieren. Er hat es übrigens sehr gut gemacht, und von der Befangenheit, die er gehabt zu haben behauptet, hatte man nichts bemerkt.

Nachmittags.

Ich habe anderthalb Stunden bei Bleichröder gegessen und seine talmudische Weisheit angehört. In der auswärtigen Politik ist er nicht beruhigt. Er meint, der Reichskanzler habe recht gehabt, als er ihm sagte, der Friede stehe 66 gegen 34, vielleicht 70 gegen 30. Die Rumänen machen ihm Sorge, was ich nicht begreife. Von London hat er einen

---

<sup>1)</sup> König Georg von Hannover war am 12. Juni gestorben.

Brief Lionel Rothschilds, des intimen Freundes von Beaconsfield, bekommen, der versichert, Beaconsfield sei mit den friedlichsten Absichten nach Berlin gereist. Wenn das der Fall ist, so hat Lord Beaconsfield sehr ungeschickt gehandelt, als er uns die Rede im Kongresse hielt. Er hat dann damit nur erreicht, daß Oesterreich und Rußland sich schleunigst verständigen. Bleichröders Ansichten über Bismarcks Persönlichkeit sind richtig. Was mir bei dem ganzen Gespräch unangenehm war, ist, daß Bleichröder doch Einfluß in handelspolitischen Fragen bei Bismarck zu haben scheint. Er tut, als wenn er mitregierte, trotz seiner demütigen Versicherungen. Bezüglich der Wahlen erzählte er, er habe Instruktionen von Bismarck geholt, gerade als wenn er, Bleichröder, die Wahlen machen könnte. So behauptet er, Bismarck wolle Lasfer und Bamberger nicht mehr im Reichstage haben, und in Mainz sei ihm sogar ein Ultramontaner lieber als Bamberger, in Westfalen ebenfalls an Stelle Richters. Das sind Illusionen. Weder Lasfer noch Bamberger noch Richter werden aus dem Reichstage gedrängt werden. Mir scheint, als ob die eigennützige jüdische Handelspolitik Bleichröders an dem Sturze Delbrücks und an manchen unreifen Finanzprojekten der neueren Zeit schuld wäre. Von Bennigsen sagte er, er bedaure, damals nicht in das Ministerium eingetreten zu sein.<sup>1)</sup> Er habe sich aber vor der Abreise nach Barzin Lasfer gegenüber gebunden und habe dann nicht eintreten können, ohne jenen Verpflichtungen zuwider zu handeln. Lasfer hält Bleichröder nicht für so schlimm, wie Bismarck ihn ansieht. Er habe nur die Eitelkeit, zu Räte gezogen werden zu wollen.

Heute Abend bei der Großherzogin zum Tee. Die Kaiserin war da und später der Kronprinz. Man war anfangs in trüber Stimmung. Später lachten die Herrschaften sehr über Geschichten, die ich ihnen von Paris erzählte.

Dann, um 11 Uhr zu Bismarck. Man wartete bis  $1\frac{1}{2}$  12 Uhr. Endlich kam er, nachdem er bei der Türkei und bei Schumalow gewesen war. Er schien befriedigt und war sehr guter Laune. Von den Engländern sagte er, daß Beaconsfield und Salisbury verschiedener Meinung seien. Er fürchte immer, daß Dizzy irgendeinen unerwarteten Coup loslassen werde.

Blowitz will er bei mir sehen, und er wird mir sagen lassen, wann er kommt, damit ich Blowitz bestelle. Herr Sceps vom „Tageblatt“ behauptet, daß die Oesterreicher ohne Programm hergekommen seien, dasselbe solle sich hier „kristallisieren“. „Wissen S‘, das ist so ein naturwissenschaftlicher Ausdruck, bei dem man sich allerlei denkt.“

---

<sup>1)</sup> Die Verhandlungen über Bennigsens Eintritt in das Ministerium hatten im Februar stattgefunden.

Berlin, 17. Juni 1878.

Der gestrige Tag verging mit Besuchen. Abends Diner bei Karolgi und dann beim Reichskanzler, der mir einen eventuell einzubringenden Antrag gab und mich bat, dem Kronprinzen am andern Morgen darüber Vortrag zu halten, da der Staatssekretär nicht früh genug von Potsdam zurück sein werde. Ich nahm den Antrag mit nach Hause, fand aber, daß er in ungenießbarem Französisch geschrieben war, weshalb ich mich damit beschäftigte, ein etwas verändertes Dokument herzustellen. Am Morgen ging ich dann zum Kronprinzen und sagte ihm, wir würden den Antrag, der eine Verständigung zwischen Rußland und der Türkei bezüglich der Festungen und der Truppen vor Konstantinopel bezweckte, nur dann einbringen, wenn Beaconsfield die Rückzugsfrage von neuem vorbringen würde. Dann zu Bucher und Holstein, um den neuen Text definitiv festzustellen.

Um 2 Uhr war Kongreßsitzung. Außer dem Antrage auf Zulassung der Griechen und einer ziemlich zwecklosen Debatte über § 6 des Friedensvertrags von San Stefano kam nichts Besonderes vor. Ich ging mit Andrássy zu Fuß nach Hause, gefolgt von einer Menschenmenge, die sich an unserm, besonders an Andrássys Anblick, weidete. Um 6 Uhr war Diner beim Reichskanzler. Die beiden Türken Karatheodory und Mehemed Ali haben sich mir noch nicht vorstellen lassen. Ersterer sieht jugendlich und schlau aus. Mehemed Ali macht den Eindruck eines flugen Mannes, flößt aber wenig Vertrauen ein. Salisbury, der mir bei Tisch gegenüber-saß, hat einen merkwürdigen Kopf: hohe Stirn, regelmäßige Züge, langes Haar, Vollbart und dabei den Ausdruck des Gedrücktheits. Beaconsfield mißfällt mir stets mehr. Ein scheußliches Judengesicht. Schuwalow der stets lächelnde, sorgenvolle Hofmann.

Um 1/2 10 Uhr fuhr ich zum Kronprinzen, um ihm über die heutige Sitzung zu referieren. Dann beschloß ich den Tag bei Lord Odo Russell in einer glänzenden Soiree.

18. Juni.

Heute nichts Besonderes. Schuwalow verhandelte mit Beaconsfield und Andrássy über die bulgarische Frage. Abends erfuhr ich, daß die Herren noch nicht fertig geworden seien, daß Schuwalow erst nach Petersburg telegraphieren mußte. So wird die Sitzung morgen sich nur mit der Frage der Zulassung eines griechischen Vertreters beschäftigen. Abends bei Bismarck, der unwohl war und vielleicht nicht an der Sitzung morgen teilnehmen kann.

19. Juni.

Heute Morgen kam Blowitz zu mir. Er sagte, er fange an, über den Ausgang des Kongresses beunruhigt zu werden. Oesterreich zeige sich

entschiedener und entschlossener, als er bisher geglaubt habe. Es wolle durchaus nicht dulden, daß Montenegro Antivari bekomme und daß die Serben mit Bosnien und Montenegro ein Reich unter Nikita proklamierten. Letzteres werde aber der Fall sein, wenn Oesterreich nicht Maßregeln treffe. Oesterreich will aber gezwungen werden, in diese Länder einzurücken. Es könne also kommen, daß Oesterreich sehr unzufrieden sei, und deshalb denke es an die Möglichkeit, den Kongreß zu verlassen. Dies aber wolle es nicht allein tun, und deshalb habe es England sondiert, ob dieses etwa bereit sei, im Falle ihm nicht in Bulgarien die nötigen Zugeständnisse gemacht würden, auch vom Kongreß zurückzutreten. Die Engländer hätten darauf noch nicht geantwortet. Blowitz meinte, es sei sehr gut, wenn man die Engländer zufriedenstelle, dann sei man sicher, daß Oesterreich allein nicht austreten werde. England aber, bliebe es allein oder sei es unzufrieden, würde sich nicht im geringsten genieren, allein auszutreten.

Ich notierte das alles und gab es bei Bismarck ab. Als ich ihn dann vor der Sitzung sprach, meinte er, es werde wohl seine Richtigkeit haben. Auch Schuwalow ist der Meinung und hofft deshalb, daß man ihm von Petersburg die Möglichkeit gewähren werde, die Engländer zufriedenzustellen.

Die Sitzung war wenig interessant. Die Frage über die Zulassung Griechenlands wurde debattiert und später angenommen. Daß die Fürstin Lise Trubekloy hier ist, erfüllte sämtliche Kongreßmitglieder mit Entsetzen. Selbst der alte Gortschakow meinte, sie dürfe nicht länger als zwei Tage hier bleiben. Waddington und St. Vallier fuhren nach der Sitzung zu der Fürstin. Ich ging spazieren.

Abends Diner bei Launay, wo ich zwischen Lord Odo Russell und Mehemed Ali saß. Ich ging nachher zu Fuß nach dem Palais zum Tee bei der Großherzogin von Baden. Die Kaiserin, der Kronprinz und der Großherzog waren da. Ich belehrte die Herrschaften über die Stimmung in Paris. Nachher zu Karolhi, wo viele Menschen waren. Fürstin Lise und Nini, Gräfin Oriolla, Frau von Schleinitz u. a. Auch die Montenegriner in ihrem Kostüm. Um 12<sup>1/2</sup> nach Hause.

20. Juni.

Waddington sagt mir, daß Rußland die Balkangrenze definitiv zugegeben hat. Ueber Sofia ist man noch in Unterhandlung. Die Engländer wollen, daß dafür Barna an die Türken gegeben werde. Wenn die Rumänen die ganze Dobrutscha wollen, so würde damit das neue Bulgarien vom Meer abgeschnitten sein. Das wird Rußland kaum zugeben. Waddington findet, daß das Teilen von Bulgarien in zwei ver-

schieden organisierte Länder den Keim weiterer Verwicklungen in sich trägt. Er hielt es für besser, Nordbulgarien ganz unabhängig zu machen und Südbulgarien den Türken ganz zu lassen. Was Griechenland bekommen soll, ist noch unbestimmt. Die Engländer hätten nichts dagegen, wenn Griechenland vergrößert würde, wollen aber die Türken nicht zur Abtretung von Kreta u. s. w. zwingen, und die Türken, die das wissen, werden sich weigern. Andrássy hat Waddington gesagt, er müsse Bosnien und die Herzegowina besetzen um jeden Preis. Vorläufig handelt es sich bloß um eine Besetzung.

21. Juni.

Den ganzen Tag haben Verhandlungen zwischen Schuwalow, Bismarck und Beaconsfield stattgefunden. Man hofft, nachdem die Antwort von Petersburg günstig lautet, zu einer Verständigung zu gelangen. Den Engländern liegt daran, die Türkei lebensfähig zu erhalten, indem ihr der südliche Teil von Bulgarien verbleibt. In Asien lassen sie den Russen freie Hand. Odo Russell, bei dem ich heute aß, sprach in diesem Sinne. Nach Tisch saß ich lange mit Mehemed Ali bei der Zigarre. Er erzählte von seinen Feldzügen und erklärte, wie man Krieg gegen die Montenegriner führen müsse. Man könne, meinte er, nur dann zum Ziele kommen, wenn man das ganze Land als eine Festung betrachte und im Belagerungsweg vorgehe. Er sagt, wenn es wieder zum Kriege komme, sei die russische Armee, die vor Konstantinopel steht, verloren. Das glaube ich auch.

Abends beim Reichskanzler, der seinen Vollbart wieder abrasiert hat und wieder aussieht wie sonst.

22. Juni.

Besuch von Friedberg, der mir erzählte, der Kronprinz sei sehr verstimmt. Er glaubt, daß ein Attentat auf ihn beabsichtigt sei. Auch sonst sei er unzufrieden. Ich hatte nicht Zeit und Lust, mehr zu erfragen. Friedberg ist mit Bismarcks innerer Politik unzufrieden, wenn er sich auch sehr vorsichtig ausspricht. Die Projekte bezüglich der Wirtschaftspolitik des Kanzlers hält er für Dilettantenarbeit. Er bedauert den Abgang Delbrücks; daß der Reichstag aufgelöst worden ist,<sup>1)</sup> hält er für einen Fehler. Die Nationalliberalen seien jetzt die Feinde Bismarcks und würden stärker wiederkommen. Ich sehe voraus, daß der nächste Reichstag den Reichskanzler zu stürzen suchen wird, wenn es diesem nicht gelingt, sich vorher mit dem Zentrum zu verständigen und dadurch eine starke konservative Partei zu bekommen.

<sup>1)</sup> Am 11. Juni, nach der Ablehnung des Sozialistengesetzes am 24. Mai.

23. Juni.

Gestern um 2 Uhr war Sitzung. Salisbury berichtete über die Vorbesprechungen und brachte den Entwurf der Verständigung, dem dann Schuwalow zustimmte, wenn er auch noch Vorbehalte bezüglich der Rechte der Türkei in Südbulgarien machte. Waddington wurde beauftragt, diese Vorbehalte zur nächsten Sitzung in eine annehmbare Form zu bringen. Es scheint, daß allgemein der Wunsch besteht, Frieden zu machen.

Abends im Zoologischen Garten, wo zu Ehren des Kongresses Konzert war. Es sollen dreißigtausend Menschen zusammen gewesen sein, die uns anstauten. Die Musik spielte alle Nationalhymnen, für die Franzosen hatten sie nichts andres finden können als den *Mir Louis XIII.* Nachher fuhr ich zu St. Vallier in die Soiree, wo ich allerlei exotische Menschen sah. Die Armenier begrüßten mich. Es war der Patriarch, den ich schon in Paris gesehen hatte. Sie hatten schwarze Kapuzen auf und sahen merkwürdig aus. Der Montenegriner Petrovitsch war in seinem Kostüm. Er sieht aus wie ein rechter Räuber. Ristic konnte ich nicht finden. Ein chinesischer Gesandter mit einer Brille sah aus wie eine Institutsvorsteherin. Seine zwei dicken Sekretäre auch mit Strohhüten und Federbüschen sahen aus wie gemästete Spanferkel.

Um 11 Uhr ging ich zu Bismarck, wo auch Münster erschien. Neues wurde nicht besprochen.

24. Juni.

Um 6 Uhr zu Bismarck zum Diner. Außer Andrassy, Waddington und Desprez und den französischen Sekretären war noch Münster da. Nach Tisch sprach ich mit diesem, der mir von einer Unterredung mit Bennigsen erzählte, die er kürzlich gehabt hat. Bennigsen meint, daß Bismarck sich entweder mit ihm oder mit Windthorst verständigen müsse. Münster hält eine Verständigung zwischen Bismarck und den Nationalliberalen nicht für unmöglich. Wollte Gott, daß es gelänge! Sonst sehe ich kein gutes Ende.

Wir setzten uns an den Tisch, wo Bismarck mit den andern Herren sprach. Er erzählte in kurzen Zügen die preußische Geschichte und wie jeder Souverän seit dem Großen Kurfürsten anfangs freudig begrüßt und am Ende seiner Laufbahn gehaßt worden sei. So gehe es auch ihm selbst. Er erzählte dann seine politische Laufbahn und erklärte, jetzt froh zu sein, wieder unpopulär zu werden. Er scheint also sehr gut zu wissen, wie die Stimmung ist. Damit ist uns aber nicht geholfen.

Abends bei der Großherzogin von Baden mit Münster.

25. Juni.

Vor der gestrigen Kongreßsitzung sagte mir Schumalow, er habe den Tag vorher die Absendung eines Telegramms von Gortschakow verhindert, in welchem dieser dem Kaiser von Rußland anzeigen wollte, er sei krank und könne deshalb die Verantwortung für die letzten Beschlüsse nicht übernehmen. Schumalow erklärte, wenn dies Telegramm abginge, würde er den Kaiser telegraphisch bitten, einen andern ersten Bevollmächtigten hierher zu senden. Darauf unterblieb das Telegramm. Lord Beaconsfield kam sehr freundlich auf mich zu und teilte mir mit, die Königin habe ihn beauftragt, mir zu sagen, sie freue sich, daß ich an dem Kongreß teilnehme, ich sei ein alter Freund ihres „beloved Prince“ und habe ihr volles Vertrauen. Augenscheinlich hat dies großen Eindruck auf Beaconsfield gemacht, denn er wurde sehr liebenswürdig, faßte mich unter den Arm und promenierte mit mir im Saal.

In der Sitzung wurden dann §§ 7 und 8 beraten, wobei nur der Ausfall zu erwähnen ist, den der Reichskanzler gegen die Völkerschaften der Balkanhalbinsel machte. Er meinte, wir sollten uns nicht in die Details des Vertrages vertiefen und nur die Punkte hervorheben, die geeignet wären, die Einigkeit der Mächte zu stören. Im übrigen sei ihm das Schicksal jener Bevölkerungen sehr gleichgültig.

Um 4 Uhr fuhr ich rasch nach Hause, mich umzuziehen, und dann auf die Bahn nach Potsdam. Waddington, St. Vallier, die Italiener und eine Masse Türken fuhren mit zu einem Diner im Neuen Palais. Die kühlen Räume des Palais und der Aufenthalt vor dem Salon auf der Terrasse waren erfrischend. Die Kronprinzessin hatte Migräne, weshalb gleich aufgebrochen wurde.

Abends bei Lord Odo Russell. Großer Rout. Friedenthal fragte ich nach den Plänen der Regierung. Erst zögerte er mit der Antwort, dann platzte er heraus, daß er die innere Politik des Reichskanzlers als eine heillose betrachte und nicht geblieben sein würde, wenn ein Minister in diesem Augenblick abgehen könnte. Man habe Bismarck geraten, die günstige Gelegenheit nach dem Attentat zu benutzen, um sich mit den Nationalliberalen zu versöhnen. Er wolle aber nichts hören infolge schlechter Ratschläge. Ich erwiderte, Bismarck sei uns nötig und man müsse alles tun, um ihn zu halten. Das gab Friedenthal zu und äußerte schließlich, der Reichskanzler sei ein so eigentümlicher Charakter, daß er vielleicht plötzlich umspringen und sich mit den Nationalliberalen versöhnen würde.

Abends.

Heute früh Spaziergang. Visite von Paul Lindau. Dann ziemlich langweilige Sitzung. Um 7 Uhr Essen mit Radowiz und Busch bei

Borchardt. Dann in den Zoologischen Garten. Um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr zu Bismarck. Herbert kam, um mich im Namen seines Vaters zu bitten, für übermorgen einen Prospekt auszuarbeiten, der dem Kongreß vorzulesen wäre, worin die Punkte hervorgehoben würden, die der Kongreß noch zu beraten hätte, nämlich die Territorialveränderungen, alles, was auf die Schifffahrt in den Meerengen und auf der Donau Bezug hat, und die Frage, wie das von den Kongreßmitgliedern zu unterzeichnende Instrument zu redigieren wäre. Mit den Detailfragen könnte sich dann eine Konferenz der hier beglaubigten Minister beschäftigen. Der Pariser Vertrag, insbesondere die darin enthaltenen Garantien, wären aufzuheben. Morgen um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr soll ich darüber mit Bülow verhandeln und dann die Bevollmächtigten für die Sache gewinnen.

26. Juni.

Die Angelegenheit mit dem Prospektus, den wir dem Reichskanzler vorlegen sollten, ist im Sand verlaufen. Das kam so: Heute Morgen fuhr ich zu Bülow, der mit mir die Sache noch einmal durchsprach und sagte, er hätte Jasmund beauftragt, die Zusammenstellung zu machen. Darauf ging ich zu Jasmund, der bereit war, ein gründliches Memoire auszuarbeiten. Wir verglichen den Vertrag von San Stefano mit dem Pariser Vertrag von 56 und zerbrachen uns den Kopf über die Art der Formulierung eines neuen Vertrags.

Ich ging dann zu Waddington, erzählte ihm die Sache und fand volle Zustimmung. Um  $\frac{1}{2}$  2 Uhr nach dem Sitzungslokal. Schumalow packte mich und sagte, er wisse schon von der Sache und wäre einverstanden. In fünf Sitzungen könne alles fertig sein. Dann kam Andrássy, der ebenfalls von der Sache wußte. Er hatte sich schon einen Plan zu rechtgelegt und schrieb mir diesen auf.

Er meinte, man könne folgende Punkte notieren, die noch zu beraten wären:

1. Bosnien, Serbien, Montenegro.
  - A. Unabhängigkeitserklärung.
  - B. Bosnisch-serbische Anträge.
  - C. Grenzen von Serbien und Montenegro.

Dies wäre durch eine Subkommission zu beraten und im Plenum vorzutragen.

2. Rumänien.
  - A. Unabhängigkeitserklärung.
  - B. Bessarabien.
3. Griechenland.

4. Die Donau und die Dardanellenfrage, die Donau durch Subkommission.
5. Asien.
6. Die Indemnité, weil England darüber reden wolle.

Bald darauf kam der Reichskanzler, dem ich diese Aufzeichnung zeigte. Er sah sie durch und war damit einverstanden. Dann gingen wir in die Sitzung. Vor dem Schlusse verlangte der Reichskanzler meinen Zettel, den ich ihm hinübergab. Und nun brachte er auf Grund dieseszettels die Reihenfolge der Beratungen in Vorschlag. Jedermann stimmte zu, und die Arbeit Taschmunds ist nun überflüssig.

Ich aß mit Waddington und St. Vallier bei Pourtales. Waddington bat mich, mit Bismarck über Griechenland zu sprechen, um zu erfahren, was für Absichten er habe.

27. Juni.

Heute Besuch zweier Engländer, die mir ein Memoire über Abschaffung des Sklavenhandels brachten. Mit Dernburg und Gneist gesprochen. Dann zu Bülow, Bucher und Holstein. Um 1/26 bei Rudhart zum Diner. Abends einen Augenblick im Theater. Dann zu Bismarck. Er kam um 11 Uhr, war sehr munter und erzählte von seinen Verhandlungen mit den Nationalliberalen. Er sagte, er habe zuerst mit Bennigsen verhandelt, der anfangs bereit gewesen sei, einzutreten, dann aber wieder aufgesagt habe. Er habe Bennigsen das Ministerium des Innern angeboten, Bennigsen aber habe noch Forckenbeck und Stauffenberg hereinbringen wollen. Von Forckenbeck will der Reichskanzler nichts wissen. Er sei ein guter Präsident, aber kein Minister. Stauffenberg sei ein Durchgänger und ein Popularitätshascher. Man hätte ihn als Finanzminister genommen, wenn er nicht durch seine Rede<sup>1)</sup> alles verdorben hätte. Ich habe die Rede durchgelesen und finde, daß der Reichskanzler recht hat, wenn er sagt, Stauffenberg hätte sich durch die Rede dem Reichstage als Minister der Finanzen vorstellen wollen, daß er aber vergessen habe, daß seine Ausführungen über § 109<sup>2)</sup> ihn beim Kaiser unmöglich machen würden. So sei es denn auch gekommen. Die Nationalliberalen hätten dann ohne sein (des Fürsten) Zutun Camphausen gestürzt in der Hoffnung, daß dies Ministerium durch einen Nationalliberalen besetzt werden würde. „Als

<sup>1)</sup> Bei den Reichstagsverhandlungen über die Erhöhung der Tabaksteuer und die Einführung von Stempelsteuern am 22. Februar 1878.

<sup>2)</sup> Der preussischen Verfassung, welcher die „Forterhebung der bestehenden Steuern“ ausspricht. Freiherr von Stauffenberg hatte den Mangel konstitutioneller Garantien, d. h. des jährlichen Einnahmehewilligungsrechts der Rammern in Preußen (im Gegensatz zu Bayern) als einen Grund gegen neue Steuern angeführt.

das nicht geschah, wurden sie tückisch und suchten jedermann zu verhindern, in das Ministerium einzutreten.“ Der Reichskanzler scheint den Gedanken eines nationalliberalen Ministeriums definitiv aufgegeben zu haben. Er weiß, daß er die Partei gegen sich haben wird, aber er will versuchen, ohne und gegen sie zu regieren. Er sagte: „Sie können mich zum Rücktritt zwingen, aber dazu bringen sie mich nicht, daß ich ein Parteiministerium der Nationalliberalen bilde und ihnen die Leitung der Geschäfte überlasse, während sie mich wie einen madigen Apfel als Schaengericht auf den Tisch stellen.“

29. Juni.

Gestern wurde ich um  $\frac{1}{2}$ 9 Uhr geweckt, um zu hören, daß der Kronprinz mich um  $\frac{1}{2}$ 10 Uhr sprechen wolle. (Ich war sehr spät zu Bett gegangen.) Ich fand den Kronprinzen im Garten neben dem Palais, wo er gefrühstückt hatte. Wir gingen unter den Bäumen auf und ab, und ich erzählte ihm, was im Kongreß vorgeht.

Um 1 Uhr hatte ich der Redaktionskommission zu präsidieren. Ich hielt eine kurze Ansprache, in der ich die Aufgabe der Kommission darlegte. Sie ist angenehm zusammengesetzt. Odo Russell, Dubril, Launay, Haymerle, Desprez und Karatheodory. Wir wählten Desprez zum Referenten. Er erwartete das als selbstverständlich, denn er hatte schon einige Paragraphen redigiert, die er uns vorlas.

Um 2 Uhr war Sitzung. Es wurde die große Frage der Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich behandelt. Erst las Andrássy eine große Erklärung vor, in der er sagte, Oesterreich könne nur einer Lösung dieser Frage zustimmen, die den dauernden Frieden sichere. Darauf las Salisbury eine Erklärung, der Friede könne am besten gesichert werden, wenn Oesterreich einrücke, worauf dann nach und nach alle Vertreter zustimmende Erklärungen abgaben. Nur die Türken protestierten. Bei Gelegenheit der Debatte über die Rechte, welche Serbien bekommen sollte, kam die Rede auf die Juden, wobei Gortschakow gegen diese sprach und sagte, er unterscheide „entre juifs et israélites“. Erstere seien eine Plage, letztere könnten sehr vortreffliche Leute sein, wie dies das Beispiel von Berlin und London zeige. Im allgemeinen war seine Rede schwach.

Nach der Sitzung Spaziergang und Diner bei Borchardt. Abends bei der Kaiserin zum Tee. Dann noch zu Bismarck. Er schlief schon. Die Söhne und die Fürstin debattierten Wahlpolitik. Sie sagten, alle Welt verlange einen Wahlauf Ruf des Fürsten. Ich riet entschieden ab. Wollte der Fürst etwas tun, so möge er einen Brief an einen Bekannten schreiben und den in die Zeitung setzen. Darin könne er alles sagen und rischiere nicht, sich zu blamieren, wenn die Wahlen gegen ihn ausfallen.

Heute von 11 bis 1 Uhr serbische Kommission über Grenzbestimmung. Um 1 Uhr Redaktionskommission. Nachher Plenum, wo die Griechen eingeführt wurden. Sie hielten ihre Reden und zogen dann wieder ab. Während dieser Reden schliefen Salisbury, Beaconsfield und Waddington den Schlaf des Gerechten. Nachher wurde noch die Frage behandelt, ob auch die Rumänen gehört werden sollten. Der Reichskanzler war dagegen und suchte den russischen Kanzler dahin zu bringen, nein zu sagen. Das wollte dieser aber nicht, und so wurde schließlich die Frage bejaht, und die Herren Bratiano u. s. w. werden am Montag erscheinen.

Abends bei St. Vallier in der Soiree, wo ich Beaconsfield, Andrássy und viele andre sprach.

30. Juni.

Heute war Blowitz bei mir. Er ist sehr befriedigt von der Kampagne, die er von hier aus in der „Times“ geführt hat. Er behauptet, Beaconsfields Stellung damit befestigt und dadurch diesen mild und nachgiebig gestimmt, also im Interesse des Kongresses und des Friedens gearbeitet zu haben. Dafür wünscht er eine Anerkennung von Oesterreich, Italien, Deutschland und der Türkei. Er hat Aussicht, daß er die Orden bekommen wird. Ich soll ihm den deutschen Orden verschaffen. Ich sagte ihm, ich würde es probieren.

Er hält es für unmöglich, daß Batum an Rußland komme, und schlägt vor, Batum zum Freihafen zu machen.

Um 1 Uhr Redaktionsitzung. Dann Besprechung über die serbischen Grenzen mit Schuwalow, später mit Oberstleutnant Bluhme vom preußischen Generalstabe.

Um 7 Uhr Diner bei St. Vallier, wo ich neben Beaconsfield saß.

Abends bei Frau von Schleinitz. Das Vergnügen im Garten des Hausministeriums wurde gestört, und die Soiree fand im Salon statt.

1. Juli.

Morgens Ausschußsitzung über die serbische Grenzfrage, wo wir nicht zu Ende gelangten, da Mehemed Ali Schwierigkeiten machte.

In der Sitzung des Kongresses wurde die rumänische Sache erledigt. Die Herren Bratiano und Cogolniceano waren berufen, um ihre Wünsche vorzutragen. Sie schienen etwas eingeschüchtert durch die Versammlung der europäischen Vertreter. Im ganzen waren sie sehr taktvoll und gemäßig.

Nachher wurde über Montenegro diskutiert. Meinen beiden Kommissionen wurde wieder allerlei aufgeladen.

Um 7 Uhr Diner bei dem türkischen Botschafter. Um 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Vortrag beim Kronprinzen. 9 $\frac{1}{2}$  Uhr Tee bei der Kaiserin und Groß-

herzogin von Baden mit Roggenbach und Viktor. Um 11 Uhr zu Odo Russell in eine etwas langweilige Soiree.

2. Juli.

Morgens kam Roggenbach zu mir, um mit mir über die rumänischen Grenzen zu sprechen. Es ist da nicht mehr viel zu machen. Roggenbach meint, Bismarck sei gegen Rumänien leidenschaftlich erregt.

Um 1/21 Uhr war Delimitationskommission. Um 2 Uhr Sitzung, bei der ich zum erstenmal etwas zu sprechen hatte. Die Sitzung war interessant durch eine hübsche Rede Schumalows gegen die Türken. Er vertrat den russischen Gesichtspunkt mit vielem Takt und Talent.

Um 5 Uhr nach Hause. Dann holte ich um 6 Uhr Blowitz ab, um mit ihm zum Reichskanzler zum Essen zu fahren. Blowitz war glücklich. Der Reichskanzler bearbeitete ihn im Interesse des russischen Anspruchs auf Batum.

Blowitz vertrat die öffentliche Meinung in England, die gegen Batum sei und die Beaconsfield entgegen sein werde, wenn er Batum den Russen lasse. Doch nahm seine Opposition infolge der Liebenswürdigkeit des Reichskanzlers sichtlich ab. Nach Tisch war viel von Thiers die Rede. Auch auf Gambetta kam das Gespräch, und der Reichskanzler sagte, er würde sich freuen, wenn er ihn sprechen könnte.

4. Juli.

Gestern fing die Kommission für die Grenzberichtigung ihre Sitzung um 12 Uhr an. Erst wurde die bulgarische Grenze besprochen und dem Oberstleutnant Bluhme die nötige Instruktion zur Beratung in der Kommission der Sachverständigen gegeben. Dabei kamen die englischen Schwierigkeiten zur Sprache.

Im Kongreß hatten Beaconsfield und Salisbury zugestimmt, daß Bulgarien den Sandschak von Sofia haben solle. Nachher fanden sie, daß der Sandschak weit über die Vorberge des Balkans hinaus geht und daß sie zuviel zugegeben hatten. Sie wollen das nun wieder zurücknehmen und sind sehr unverschämt. Schumalow protestierte, und ich beauftragte den Oberstleutnant Bluhme, einen Vermittlungsvorschlag ausfindig zu machen.

Um 2 Uhr kam dann die Redaktionskommission zusammen, die über die Organisation von Ostromelien beriet. Dabei wurde vom türkischen Botschafter Karatheodory Einsprache dagegen erhoben, daß der Gouverneur Christ sein solle. Wir gingen aber nicht weiter darauf ein. Die Verhandlungen waren sehr langwierig. Wir wurden erst um 5 Uhr fertig.

Unterdessen hatte der Reichskanzler von den englischen Schwierigkeiten gehört und war wütend, wie mir Herbert Bismarck sagte. Er will das

Präsidium niederlegen u. s. w. Ich hoffe, daß wir noch zu einem Ausgleich kommen.

Bleichröder gab ein großes Diner (ohne Salzässer), wo die Frage vielfach erörtert wurde, nur war die Musik so lärmend, daß die Unterhaltung bei Tisch erschwert wurde. Abends bei Karolyi.

Heute früh um  $\frac{1}{2}$  10 Uhr beim Kronprinzen im Garten, der mir über Rumänien sprach. Er bedauert, daß man die Russen an die Donau gelassen habe. Er interessiert sich für einen Kanal von der Donau nach dem Schwarzen Meer. Zugleich beauftragte er mich, die Kandidatur des Prinzen Nikolaus von Nassau zur Sprache zu bringen. Er will jemand aus souveränem Hause, das heißt aus einer depossidierten Familie. Andre wären nicht möglich.

Berlin, 5. Juli 1878.

Nach der Audienz beim Kronprinzen fuhr ich nach Hause, traf unterwegs Dernburg, der sich mir in Wahlachen zur Disposition stellte. Sein Anerbieten war aber nicht anzunehmen, da jetzt nichts zu tun ist. Ich schrieb nur an Marquardsen, um ihn zu fragen, ob das Münchner Wahlkomitee etwa einen Gegenkandidaten gegen mich aufstellen will. Um 1 Uhr ging ich in die Kommissionsitzung, wo die Beschlüsse über Rumelien besprochen und redigiert wurden. Um 2 Uhr ging ich zum Reichskanzler, um ihm über die Unterredung mit dem Kronprinzen Bericht zu erstatten, da ich in seinem Auftrage beim Kronprinzen gewesen war. Der Reichskanzler war froh, daß der Kronprinz seine Bedenken wegen Rumänien aufgegeben hat. Nachher Kongressitzung. Haymerle referierte über die Grenzen von Montenegro. Dabei verlas er eine gedruckte Aufzählung der verschiedenen Punkte, die unvollständig war. St. Vallier machte ihn auf das Fehlende aufmerksam. Andrássy war indigniert, daß sich sein österreichischer Botschafter blamierte, und brummte allerlei Unfreundliches. Der arme Haymerle war wie ein begoffener Pudel. Dann lange Debatte über die Donauschiffahrt. Zuletzt noch ein englischer Antrag über die Gleichberechtigung der Konfessionen im türkischen Reich.

Lord Salisbury kündigte einen Antrag über die Armenier an, was den Reichskanzler zu der Bemerkung veranlaßte: „Encore un de plus!“ Diese Ungeduld des Reichskanzlers, die wegen seines Gesundheitszustandes ihre Berechtigung hat, befördert die Arbeit, wird aber später ihre Nachteile fühlbar machen, weil manches nur oberflächlich erledigt sein wird. Mir wäre langsamere Arbeit lieber.

Abends bei der Gräfin Oriola, wo ich Gneist, Scherer, Fanny Boyen und andre traf. Auch Hauptmann von der Goltz war da, der Verfasser des Buches über Gambetta. Ein gescheiter, lebenswürdiger Mensch.

Heute hatte ich schon um 9 Uhr den Besuch eines Israeliten aus Bukarest, der mir Interessantes über die Stellung der Juden in Rumänien mitteilte.

6. Juli.

Gestern um 12 Uhr Delimitationskommission. Wir kamen aber nicht vorwärts, da der englische Bevollmächtigte nicht genügend instruiert war. Um 1 Uhr Redaktionskommission. Desprez brachte seine Artikel. Wir vertagten uns auf 9 $\frac{1}{2}$  Uhr Abends. Im Plenum, das um 2 Uhr anfang, hielt Waddington eine Rede zugunsten der Griechen und beantragte, daß der Kongreß die Pforte und Griechenland einlade, sich über Grenzberichtigungen zu verständigen und die guten Dienste der Mächte dazu anbiete; die Griechen werden damit nicht zufrieden sein. Da aber, wie Beaconsfield in einer längeren Rede darlegte, die Türkei nicht geteilt werden soll, so war kein andres Mittel vorhanden als diese Erklärung.

Nach der Sitzung verhandelte ich noch mit Salisbury über die Balkangrenze. Die Engländer hatten zugegeben, daß die Grenze auf dem Kamm des Balkan gehen soll, verlangen aber jetzt einen Streifen von fünf Kilometern mehr. Zugleich wollen sie die Entscheidung über die Grenzen des Sandschak von Sofia von obiger Entscheidung abhängig machen.

Mit der Balkangrenze selbst war Salisbury einverstanden, aber er will nicht von den fünf Kilometern ablassen, weil er sagt, man könne auf der Spitze der Berge keine Befestigungen anlegen, während doch die Befestigungen diesseits in der neuen Provinz an Defileen anzulegen wären.

Ich ging dann zu Bülow zum Diner und brachte Schuwalow, der auch da aß, einen unterdessen ausgedachten Vermittlungsvorschlag. Schuwalow war einverstanden, riet aber, den Vorschlag bis zum letzten Augenblick aufzuheben. Um 1 $\frac{1}{2}$ 10 Uhr war eine lange Kommissionsitzung, wo wir wieder redigierten. Um 12 Uhr fand ich Oberstleutnant Bluhme im Saal, der mir berichtete, daß er mit dem englischen General nichts ausgerichtet habe und daß sie in ihrer Spezialkommission nichts zustande gebracht hätten.

Da ich hörte, daß Bismarck noch im Salon sei, ging ich zur Fürstin. Der Reichskanzler war ärgerlich über die englischen Präensionen und sagte, ich solle die ganze Geschichte Montag vor den Kongreß bringen. Um 1 Uhr nach Hause.

7. Juli.

Gestern früh kam Blowitz zu mir und sagte mir, daß er den Tag vorher mit den englischen Bevollmächtigten verhandelt habe und daß er mir dafür garantiere, daß sie Batum an Rußland konzedieren würden, wenn dieses Freihafen würde und Rußland sich verpflichte, es nicht zu

befestigen. Er riet dazu, daß diese Konzession seitens Rußlands sofort bei Beginn der Diskussion im Kongreß gemacht werde, damit die Stimmung sich nicht durch bittere Bemerkungen von irgendeiner Seite verderbe. Ich schrieb sofort darüber an den Reichskanzler und gab den Brief selbst ab, ehe ich in die Kommission ging. Als wir hier über die Grenzen von Bulgarien berieten, wurde Schuwalow herausgerufen und sagte mir dann, Herbert Bismarck habe ihm einen Auftrag ausgerichtet. Als unsre Kommissionssitzung zu Ende war, ging ich in den Frühstückssaal, wo viele Zwiegespräche gehalten wurden. Erst um 2 $\frac{1}{2}$  Uhr oder später begann die Kongreßsitzung. Hier wurde sofort der asiatische Paragraph zur Diskussion gestellt, und zu meiner angenehmen Ueberraschung begann Gortschakow mit der Erklärung, daß er sich verpflichte, Batum zum Freihafen zu machen. Beaconsfield hielt eine seiner pathetischen Reden und gab die Abtretung Batums an Rußland zu. Dann folgten noch lange Debatten über Grenzfragen. Die Hauptsache war aber befriedigend gelöst und damit das friedliche Resultat des Kongresses gesichert. Nach Schluß der Beratung verlangte ich das Wort und bat den Reichskanzler, er möchte auf Montag auch die bulgarische Grenzfrage auf die Tagesordnung setzen, da ich zu meinem Bedauern sagen mußte, daß sich die Kommission nicht habe einigen können. Der Reichskanzler war dazu bereit, bemerkte aber, daß die Delegierten der militärischen Kommission nichts anderes zu tun hätten, als die Beschlüsse des Kongresses zu respektieren und darauf ihre Vorschläge zu gründen. Ich erwiderte, im vorliegenden Falle liege die Schwierigkeit nicht in der Militärkommission, sondern in unsrer Kommission, da hier die Instruktionen einzelner Bevollmächtigter fehlten. Darüber war natürlich Odo Russell ungehalten, er sagte nichts, erklärte aber nach der Sitzung, er würde nicht mehr an den Kommissionssitzungen teilnehmen. Er hat sich aber nachher durch Schuwalow wieder beruhigen lassen.

Abends bei der Kaiserin zum Tee, wo zwischen ihr, dem Großherzog und Roggenbach ein pessimistisches Gespräch über die Zustände in Deutschland geführt wurde. Um 11 Uhr ging ich in die französische Botschaft, wo St. Vallier einen seiner Herrenrouts gab, die das Langweiligste sind, was einem müden Bevollmächtigten am späten Abend passieren kann.

8. Juli.

Auf Sonntag Nachmittag hatte der Kronprinz die Kongreßmitglieder zu einer Landpartie nach Potsdam eingeladen. Während wir den Vormittag im großen Saale unsre Redaktionsitzung abhielten, regnete es und wir fürchteten, daß die Partie sehr ungemütlich werden würde. Auch auf dem Bahnhof war das Wetter noch unerfreulich. Die Partie fand aber doch statt. Auf dem Bahnhof erschien nach und nach die Mehrzahl der

Bevollmächtigten, dann Schleinitz und Frau und verschiedene andre Damen, meistens vom diplomatischen Korps. Gräfin Karolyi hatte ihren Rembrandthut auf. Gräfin Perponcher fand das für eine königliche Landpartie nicht geeignet. Lady Salisbury kam mit zwei Töchtern und drei Jüngens. Die rauchenden Herren setzten sich zusammen in einen Salonwagen. Die Damen fuhren im prinzlichen Waggon.

In Wannsee stiegen wir aus und begaben uns an den Landungsplatz, wo das königliche Dampfschiff uns erwartete. Die Kronprinzessin und Prinz Heinrich waren an Bord. Die Musik spielte, das Publikum am Ufer schrie Hurra, und das Schiff setzte sich in Bewegung. Raum hatten wir aber eine Strecke von einigen hundert Schritt zurückgelegt, so fing ein heftiger Sturm an, der sich in dem Zelt über dem Verdeck fing und das Schiff auf die Seite legte. Manche behaupteten, daß Gefahr gewesen sei, und jemand bemerkte: „Wenn der Kongreß untergegangen wäre, so wäre das auch eine Solution gewesen.“ Die Matrosen entfernten indes das Zelt und wir fuhren ungestört weiter auf dem See und der Havel bis Babelsberg. Hier erwarteten uns Wagen, die uns zunächst nach dem Schloß Babelsberg führten, das besichtigt wurde. Von da nach Sanssouci. Ich fuhr mit Schleinitz und Odo Ruffell. In Sanssouci erst Händewaschen in einem langen Saal. Der Kongreß fand zwar viele Waschbecken, aber nur ein einziges porzellanenes Gefäß, das nicht zum Waschen bestimmt war. Um dieses gruppierte sich Europa. Da mir aber meine Pflicht als Kongreßmitglied diese kollektive Aufgabe nicht auferlegte, so suchte ich mit Exzellenz von Bülow und General von der Goltz in den oberen Gängen des Schlosses eine Lokalität, die uns jeden für sich absonderte. Das gelang auch nach einiger Mühe.

Dann Diner. Ich saß zwischen Lady Salisbury und Gräfin Perponcher. Erstere teilte ihre Zeit zwischen dem Kronprinzen, neben welchem sie saß, und der Verteilung sämtlicher Speisen. Ich habe daher wenig Gelegenheit gehabt, von ihrem Geiste zu profitieren. Dann noch Herumstehen auf der Terrasse und Abfahrt durch Potsdam nach dem Bahnhofe. In Berlin waren wir um 1/210 Uhr. Ich fuhr sogleich in den Kongreß, wo ich noch einer Kommissionsitzung zu präsidieren hatte, die recht zufriedenstellend verlief. Wir kamen wenigstens soweit, dem anwesenden Oberstleutnant Bluhme die nötigen Instruktionen für die Feststellung der bulgarischen Grenze geben zu können. Um 12 Uhr hob ich die Sitzung auf.

Berlin, 9. Juli 1878.

Der gestrige Tag verlief mit Kommissions- und Plenarsitzungen.

Im Plenum mußte ich die weitläufige bulgarische Grenze vortragen, dann Ostromelien und Serbien. Bei Serbien hatte sich die Kommission

nicht verständigt. Wir mußten also die Frage in das Plenum bringen. Hier entstand natürlich eine Konfusion. Der Reichskanzler und die Versammlung hatten keine Ahnung, um was es sich handelte, und so deutlich ich auch die Sache wiederholt explizierte, so wurden doch die Fragen bei der Abstimmung nicht immer richtig gestellt. Zuletzt wurde die Kommission beauftragt, nochmals über Branja zu beraten und wieder Vortrag zu halten. Wir sollen durch Majorität beschließen. Die Sitzung dauerte bis 6 Uhr. Während ich an meinem Bericht für den Kronprinzen schrieb, kam der Reichskanzler in den Saal und lud mich ein, bei ihm zu essen, was ich auch tat. Es waren verschiedene jüngere Herren vom Auswärtigen Amt da. Wir aßen Suppe, dann Kalb, dann kalten Fisch, dann Krevetten, darauf Hummer, dann Rauchfleisch, dann wieder rohen Schinken, endlich Braten und Mehlspeise. Alles geeignet, den Magen gründlich zu verderben.

Um  $\frac{1}{2}$ 10 Uhr hatten wir wieder Kommissionsitzung. Es wurde weiterredigiert bis  $\frac{1}{2}$ 12 Uhr. Dann ging ich zu Odo Russell. Der Gegenstand aller politischen Salongespräche war der Vertrag Englands mit der Türkei wegen Cypern.<sup>1)</sup> Die Italiener und Franzosen waren dadurch nicht angenehm berührt.

10. Juli.

Am Morgen des 9. Kommissionsitzung wegen der letzten Grenzbestimmungen von Serbien. Wir warteten lange auf Oberstleutnant Bluhme, der endlich kam und die Grenze von Serbien brachte. Wir nahmen sie mit 5 gegen 2 Stimmen an, ebenso die Westgrenze von Bulgarien. Um 2 Uhr Plenarsitzung. Hier kam zuerst die Frage von Batum zur Sprache, und es zeigte sich, daß bezüglich der asiatischen Grenze Meinungsverschiedenheit zwischen Beaconsfield und Gortschakow bestand. Infolgedessen erhielt die Delimitationskommission den Auftrag, sich damit zu befassen. Dann kam der Antrag Gortschakows wegen der Garantien des Vertrags zur Sprache. Es wurde viel geredet. Am besten sprach der Reichskanzler, der dann auch Gortschakow überzeugte. Am Schlusse noch verschiedene Anträge. Vorher hielt ich meinen Vortrag über Branja und die Westgrenze von Bulgarien und hatte die Befriedigung, daß niemand Einsprache erhob.

Nach der Sitzung hielt die Delimitationskommission sofort ihre Sitzung, um die Meinungsverschiedenheit zwischen Gortschakow und Beaconsfield zu begleichen. Wir fanden nach langem Suchen ein kleines Stück, das wir den Russen wieder abnehmen konnten, einige Gebirgsrücken, woraus wir eine sogenannte „ligne de conciliation“ machten, die dann an-

<sup>1)</sup> Vom 4. Juni, der bis dahin geheimgehalten war.

genommen wurde. Ob das eine vernünftige Grenze ist, wußte keiner von uns. Auch sind die Karten von jenem Teil von Armenien so ungenau und widersprechend, daß es schwer ist, von hier aus Grenzen festzustellen.

10. Juli, Abends.

Blowitz kam heute Morgen lediglich um zu fragen, ob er nicht den Vertrag am Freitag bekommen könnte, um ihn nach London zu schicken, damit die „Times“ einen besonderen Abdruck im Augenblick veröffentlichen könnte, wo er unterzeichnet ist.

Um 1 Uhr war Redaktionsitzung. Um 1½ Uhr Kongreß, wo ich wieder einen Vortrag über die Grenze von Armenien südlich von Batum hielt. Dann lange Diskussion über Gortschakows Antrag. Hierauf brachte Schumalow einen Antrag wegen eines Begräbnisplatzes bei Schipfa. Er hatte sich seine Rede mit so beweglichen Worten zusammengesetzt, daß er beim Lesen gerührt wurde und eine Pause machen mußte. Der türkische Bevollmächtigte Karatheodory goß kaltes Wasser auf diese Rührung, indem er zu verstehen gab, daß die Russen nur die Türken hindern wollten, dort Befestigungen anzulegen. Der größte Teil der Sitzung ging mit Vorlesen der Vertragsartikel hin, wie sie die Redaktionskommission aufgestellt hatte. Um 7 Uhr war Diner bei Dubril. Sehr schön, aber ungemütlich wegen einer rauschenden Tafelmusik, die mich betäubte. Ich saß zwischen Bülow und Launay. Nachher Delimitationskommission. Wir warteten auf den Vorschlag der Militärs, die sich wieder über die strategischen Positionen des Tales von Alasch-Kerd zankten. Während des Wartens unterhielt uns Mehemed Ali mit Vorlesen seiner Gedichte und mit Erzählungen aus seinem Familienleben. Seine Gedichte, besonders die „Rose von Jericho“, sind gar nicht schlecht. Ein angeblich humoristisches Gedicht, das er mir gab, ist schauerhaft gemein. Endlich kam Oberstleutnant Bluhme und hielt seinen Vortrag, worauf wir dann einen Beschluß aufsetzten. Um 12 Uhr fuhren wir noch zu Karolvi, wo ich gleich den Armeniern in die Hände fiel, die mich mit ihrer Angelegenheit langweilten. Um 1½1 Uhr nach Hause.

12. Juli.

Gestern endlich ist die Aufgabe des Kongresses beendet worden. Um 1 Uhr ging ich in die Redaktionskommission. Hier wurde noch das Präambule des Vertrags beraten und einige Grenzparagraphen.

Um 2 Uhr Plenum. Der Antrag Gortschakows über einen solennen, phrasenhaften Schlußparagraphen wurde abgelehnt. Gortschakow ärgerte sich sehr. Waddington bemerkte mit seinem gewöhnlichen bon sens: „Entweder ist er Phrase, dann ist der Artikel überflüssig, oder er hat eine Bedeutung, dann ist er gefährlich.“ Dann kam noch der auf meinen

Antrag verschobene Artikel über die Kapitalisierung der Tribute von Serbien und Rumänien zur Beratung, den man in einer früheren Sitzung beinahe angenommen hätte. Ich hatte die Zwischenzeit benutzt, den Reichskanzler und andre Kongreßmitglieder auf die Ungerechtigkeit der Sache aufmerksam zu machen. Salisbury plädierte natürlich für die Türken, indem er behauptete, die Gläubiger hätten ein Recht auf diesen Tribut, weil er ein Pfandobjekt für die Gläubiger der Türkei sei. Ich kam nicht zum Wort, weil von verschiedenen Seiten meine Argumente gegen den Tribut vorgebracht worden waren, hatte aber die Befriedigung, daß der türkische Antrag verworfen wurde.

Dann wurde noch über das Préambule gesprochen und die Sitzung um 5 Uhr geschlossen.

Um 9 Uhr wieder Redaktionskommission, die bis 12 Uhr dauerte. Ich vermittelte noch eine bedrohliche Meinungsverschiedenheit zwischen Russen und Engländern über die Grenzen in Asien. Um 1 Uhr ging ich zum Reichskanzler, der mit seiner Familie im Salon saß, Schinken aß und dazu Milch trank. Ich brachte den Wunsch von Blowitz vor, den Vertrag vor allen andern in der „Times“ veröffentlichen zu können, was aber der Reichskanzler nicht für möglich hielt. Er meinte, er zweifle nicht, daß andre Regierungen den Vertrag veröffentlichen würden, er halte sich aber vor der Ratifikation zur Veröffentlichung nicht ermächtigt, am wenigsten würde es ihm einfallen, irgendeinem Journalisten den Vertrag zu geben.

Heute Audienz beim Kronprinzen. Wir sprachen über den Kongreß, und dann zeigte mir der Kronprinz den neuen Brief des Papstes, der sich zu Unterhandlungen bereit erklärt.

Dann zu Schuwalow. Um 1 $\frac{1}{2}$  Uhr Redaktionskommission. Die Sitzung war nur durch die von den russischen Bevollmächtigten abgegebene Erklärung zur Dardanellenfrage bemerkenswert.

Da man sich in der Redaktionskommission über die asiatische Grenze nicht vollständig geeinigt hatte, so mußte eine Unterbrechung der Sitzung stattfinden. Lord Salisbury und Graf Schuwalow mit Mehemed Ali brachten bald einen Vermittlungsvorschlag, der angenommen wurde. Der Präsident schloß dann die Sitzung und lud auf morgen zur Unterzeichnung ein.

Um 7 Uhr aß ich mit der Fürstin Lise und Nini bei St. Vallier, wo außer dem Minister, Desprez und einigen Attachés noch Herr von Goutouly vom „Temps“ eingeladen war. Ich mußte um 9 Uhr fort, um mit Jasmund den Vertrag vor dem Druck durchzugehen und das Impri-matur zu erteilen. Wir kollationierten bis Mitternacht, worauf ich noch zu Lord Odo ging. Hier waren nur noch wenige Damen. Graf Balbi sang: „Ich grolle nicht“ mit sehr guter Stimme. Um 1 Uhr nach Hause.

13. Juli.

Der Kongreß ist heute zu Ende gegangen.

Um 2 Uhr fuhr ich nach dem Palais des Reichskanzlers, wo sich nach und nach die Kongreßmitglieder und eine Anzahl bei der Unterzeichnung nötiger Attachés und Sekretäre in Uniform einfanden. Man tauschte Photographien mit Unterschriften aus, bis die Schlußsitzung begann. Beaconsfield fragte mich, ob ich keine Aufträge nach London hätte, und ich bat ihn, der Königin meinen wiederholten Dank für ihre gnädige Erinnerung auszusprechen.

Die Sitzung begann mit einer Ansprache des Fürsten Bismarck, welcher der allgemeinen Befriedigung über das glücklich erzielte Resultat Ausdruck gab, und wurde dann unterbrochen, nachdem Andrássy den Dank der Versammlung dem Präsidenten ausgesprochen hatte. Nun wurde unterzeichnet. Die Siegel waren schon vorher aufgedrückt. Nachdem das beendet war, setzte man sich wieder an den Tisch, und Fürst Bismarck hielt die Schlußrede.

Um 6 Uhr war das große Galadiner im Schloß. Der Kronprinz hielt eine französische Ansprache. Ich saß zwischen Mehemed Ali und General Simmons. Nachher Cercle.

Um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr bei der Kaiserin mit der Großherzogin von Baden und dem Kronprinzen. Als dieser wegging, sprach die Kaiserin viel von der deutschen Presse und deren unfreundlicher Haltung gegenüber Frankreich.

Nachher zu Schleinitz, wo ich eine große Soiree traf. Waddington teilte mir mit einer gewissen Feierlichkeit mit, daß er beantragen werde, daß ich das Großkreuz der Ehrenlegion erhalte, ebenso Bülow.

Den 15. früh zwei Stunden bei Werner verloren, der mich zum Kongreßbild zeichnete. Dann mit Gelzer gesprochen.

Den 15. bis 19. Besuche und Kommissionen. Am 17. war ich bei dem Kaiser, den ich sehr wohl fand. Man merkt nichts, wenn er seine rechte Hand nicht zeigt, die noch geschwollen ist. Er sprach mit vielem Interesse vom Kongreß, fragte nach dem Geschäftsgang, den Protokollen und den Sekretären. Doch wurde er nach zehn Minuten müde.

Am 18. war ich abends noch beim Kronprinzen, von dem ich mich verabschiedete. Wir sprachen von St. Vallier, den er „gräßlich“ findet. Dann nahm ich von der Kaiserin und der Großherzogin Abschied. Heute Abend Abreise nach Gotha.

Berlin, 16. Juli 1878.

Aus den Mitteilungen Gelzers über seinen Aufenthalt in Rom geht folgendes hervor:

Gelzer, der vom Kaiser den Auftrag hat, von Zeit zu Zeit die

römischen Dinge zu beobachten, kam nach dem Regierungsantritt Leo's XIII. dorthin. Er besuchte Gustav und wurde von diesem veranlaßt, auch Franchi aufzusuchen, mit dem er mehrere Unterredungen hatte. Franchi ist, wie sich bei den Unterredungen herausstellte, für eine Verständigung mit der preußischen Regierung. Ihm schwebt dabei der Gedanke vor, auf der Grundlage der Konvention von 1821 zu verhandeln. Er wünscht, daß die Verständigung bald statfinde und hat mehrmals wiederholt: „Faites vite.“ Gelzer meint, daß der Kardinal ehrgeizig sei und daß er sich diesen Erfolg sichern wolle. Dagegen arbeiten die Jesuiten, die französischen Ultramontanen und die österreichischen Bischöfe. Lichnowski ist für die Sache. Gelzer hat auch den Papst gesprochen, den er als gescheit schildert, von dem er aber meint, er habe nicht die nötige Energie, um die entgegenwirkenden Einflüsse stets zu beseitigen. Anfangs habe man die Absicht gehabt, Monsignore Prosperi mit der Unterhandlung zu beauftragen. Franchi aber halte ihn dazu nicht für fähig, weshalb man an Monfi dachte, was sich nun auch bestätigt hat. Bilio ist entschiedener Gegner. Czacki ist Sekretär Franchis, der sich einbildet, den schlauen Polen in der Hand zu haben. Ledochowski hat nicht die Million bekommen, von der die Zeitungen gesprochen. Das Rundschreiben an die rheinischen Geistlichen, das in diesem Frühjahr als ein ungünstiges Zeichen betrachtet wurde, ist nicht vom Papst oder von Franchi, sondern von den Kongregationen ausgegangen, ohne daß jene etwas davon wußten. Der Papst mißbilligte es. Aber es war geschehen.

Paris, 24. August 1878.

Abbé Michaud kam heute Vormittag. Er ist hier in Ferien von Bern auf einige Tage. Er hat sich einen Vollbart wachsen lassen, der ihn vollständig unkenntlich macht. Er fing gleich von den Rißfänger Verhandlungen<sup>1)</sup> an und beklagte es, daß der Reichskanzler den Kampf mit Rom aufgeben wolle. Man sehe in der Schweiz mit großer Besorgnis auf die Verhandlungen. Wie auch der Friede geschlossen werde und so wenig auch der Reichskanzler nachgeben werde, immer werde die Kurie behaupten, daß sie gesiegt habe, und das Publikum werde dies glauben. Das Ansehen des Fürsten Bismarck werde dadurch geschwächt und die Macht der Kurie gestärkt werden. Er hofft, daß sich die Nationalliberalen mit dem Fürsten verständigen werden, damit dieser nicht gezwungen werde, sich auf das Zentrum zu stützen.

Nachher fuhr ich zu Léon Say,<sup>2)</sup> der mir von der Münzkonferenz

1) Zwischen dem päpstlichen Nunzius in München und dem Reichskanzler über die Beendigung des Kulturkampfes.

2) Dem Finanzminister.

erzählte, die im Sande verlaufen wird. Nachher zu Camphausen ins Hotel du Louvre. Er kam auf seinen Sturz, den er, wie auch ganz richtig, der Torheit der Nationalliberalen zuschreibt, die sich einbildeten, daß Stauffenberg Finanzminister werden müßte.

Berlin, 15. September 1878.

Seit meiner Ankunft suche ich die Stimmung im Reichstage zu sondieren. Ich sehe viel Bitterkeit infolge des Wahlkampfes und der Stellung der Regierung zu den Nationalliberalen. Ich bemerke aber auch in den Gesprächen mit Forckenbeck, Bennigsen u. a., daß die Gefahr eines Konflikts zwischen den Nationalliberalen und dem Reichskanzler wohl erkannt wird. Bennigsen schien nicht abgeneigt, auf Verständigung einzugehen, und Forckenbeck erwartet Bismarcks Ankunft, um von ihm zu erfahren, welches seine Absichten seien. Das deutet doch nicht auf entschiedene Absicht, es zum Äußersten zu bringen. Bleichröder dagegen ist der Meinung, daß der Bruch unvermeidlich sei. Mit Bennigsen sei nichts zu machen, denn dieser sei ganz in Lasfers Händen und habe kein selbständiges Urteil, wenigstens keinen Willen, der von Lasker abweiche. Lasker aber sei mit Bismarck ganz zerfallen und sie haften sich beide. Es sei deshalb vor auszusehen, daß die Verständigung nicht gelingen, das Gesetz<sup>1)</sup> nicht angenommen und eine neue Auflösung folgen werde. Die Wahlen würden dann aber gegen den Reichskanzler ausfallen und dieser werde zurücktreten; das wollten die Nationalliberalen. Ich ging dann zum Essen, wo ich Gneist fand. Dieser teilt die pessimistischen Ansichten Bleichröders gar nicht. Er sagt, die Nationalliberalen könnten bei einem Rücktritt Bismarcks nichts gewinnen. Es sei nicht anzunehmen, daß sie darauf hinarbeiteten. Auch sei die Stimmung in der Fraktion dem Gesetze gegenüber nicht schlecht. Gewisse Konzessionen müsse die Regierung machen. Es sei schon viel, daß die polizeiliche Beschlagnahme der Zeitungen zugegeben werde. Von einer Zeitbestimmung für die Dauer des Gesetzes werde man nicht abgehen. Es sei von zwei, drei und fünf Jahren die Rede gewesen. Zwei Jahre empfehlen sich mehr als drei oder fünf. Drei fielen mit der Neuwahl zusammen, fünf seien nicht durchzusetzen. Zwei böten den Vorteil, daß der Reichstag, der das Gesetz beschlossen habe, auch dessen Verlängerung zu beschließen habe. Und im Grunde handle es sich doch darum, den günstigsten Zeitpunkt für die Verlängerung zu wählen. Was die Appellationsinstanz betreffe, so werde man wohl die Bundesratskommission annehmen, wenn diese durch einige Juristen verstärkt werde. Nur bei der Konzessionsentziehung, die tief in das Privateigentum eingreife, wolle man

<sup>1)</sup> Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

die Entscheidung des Richters beibehalten. Gneist meint, das Gesetz werde mit allen Stimmen der Nationalliberalen bis auf Lasfer und etwa zwei andre angenommen werden.

Berlin, 16. September 1878.

Heute Morgen, als ich in den Reichstag kam und der Rede Reichenspergers<sup>1)</sup> zuhörte, kam Hermann und teilte mir mit, daß der Reichskanzler heute ankommen würde. Ich fuhr sogleich nach Hause, packte mein Memoire<sup>2)</sup> ein, in welches ich noch die Mitteilung aufgenommen hatte, die Marquardsen mir bei Kroll gemacht hatte, und brachte es in das Reichskanzlerpalais. Mir lag daran, daß er es zuerst lese. Dann zurück in den Reichstag, wo Stolberg, Gulenburg, Bebel und zuletzt Bamberger sprachen.

Nachher allein gegessen. Um 8 Uhr in die Fraktion, dann in eine Bierkneipe mit den Fraktionsmitgliedern und um 1/2 11 Uhr zu Bismarck. Es waren viele Leute da, so daß er nicht mit mir über mein Memoire reden konnte. Ich sah aber, daß er mir gegenüber besonders wohlwollend und freundlich gestimmt war, hoffe also, daß meine guten Ratschläge Eindruck gemacht haben werden.

An den Fürsten Bismarck.

Berlin, 16. September 1878.

Eurer Durchlaucht erlaube ich mir im nachstehenden Bericht zu erstatten über die Eindrücke, die ich bei meinen Unterredungen mit den Abgeordneten empfangen habe. Vielleicht hat der Bericht Wert als Ergänzung anderer Berichte.

Daß die Stellung, in welcher sich ein Teil der nationalliberalen Partei während der Wahlen der Regierung und den als Regierungsorganen betrachteten Blättern gegenüber befunden hat, noch nachwirkt, ist nicht zu leugnen und ist selbstverständlich.

Ich bin aber der Ansicht, daß es irrig wäre, wenn man daraus den Schluß zöge, die nationalliberale Partei sei entschlossen, der Regierung und speziell Eurer Durchlaucht gegenüber in eine oppositionelle Stellung zu treten. Die vernünftigen Elemente dieser Partei sehen in einem Konflikt des deutschen Bürgertums mit der Reichsregierung, ganz besonders im Hinblick auf Süddeutschland, eine Gefahr für das Reich. Sie werden also den Konflikt nicht hervorrufen. Daß sie im Gegenteil das Bedürfnis einer Verständigung fühlen, schließe ich aus der Aeußerung Forckenbeck's, daß er bis jetzt von den Vertretern der Regierung nicht habe erfahren

1) Am 16. und 17. September fand die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Sozialdemokratie statt.

2) Das nachfolgende Schreiben an den Reichskanzler.

können, an welchen Punkten des vorgelegten Gesetzentwurfs die Regierung absolut festhalte und daß er dies wohl nur von Eurer Durchlaucht werde erfahren können. Ich schließe es ferner aus der Aufnahme, die eine von mir im Gespräch mit Bennigsen hingeworfene Aeußerung fand, daß Eure Durchlaucht ihn (Bennigsen) als einen zu bekämpfenden Gegner ansähen. Herr von Bennigsen meinte darauf: „Wir werden den Kampf nicht anfangen.“ Ich erfahre ferner aus nationalliberalen Kreisen, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, einen dauernden Konflikt zu vermeiden, sogar bis zu Herrn Lascker gedrungen ist, der, wie mir von einem Augenzeugen der betreffenden Unterhaltung Lasckers mit Führern der Partei erzählt wurde, die Frage stellte, ob es sich nicht für ihn empfehle, sich in der nächsten Zeit reserviert zu halten, da er wisse, daß sein Auftreten Eure Durchlaucht leicht irritiere. Ob diese gute Absicht Bestand hat, bezweifle ich. Jedenfalls geht aber so viel daraus hervor, daß es kein Mitglied der nationalliberalen Partei gibt, das nicht durchdrungen wäre von der Ueberzeugung, daß ein definitiver Bruch zwischen der Regierung und der nationalliberalen Partei Deutschland zum Unheil gereichen würde. Alle Gerüchte, die jetzt hier kolportiert werden, als beabsichtige die national-liberale Partei, den Bruch herbeizuführen, sind aus der Luft gegriffen und von Feinden des Reichs erfunden, um Zwietracht zu säen, oder kommen von Leuten, die unvollständig informiert sind.

Es gibt bei der Beratung des Sozialistengesetzes eine Gefahr, die ich nicht unerwähnt lassen will.

Ich kenne Mitglieder, die sich vor dem Zustandekommen des Gesetzes fürchten, weil daraus für den einzelnen ungemütliche persönliche Folgen hervorgehen könnten. Diese Kategorie wird sich auf den Standpunkt der Doktrin stellen und durch unannehmbare Modifikationen das Gesetz zu Fall zu bringen suchen. Ich meine aber, daß im Hinblick auf das furchtsame deutsche Bürgertum jedes Gesetz gegen die Sozialisten besser ist als keines. Denn jedes Gesetz bringt das zustimmende Bürgertum in einen Gegensatz zu den Sozialdemokraten und erweitert den Riß zwischen beiden. Sind diese Leute aber in Gefahr, so stimmen sie später allem zu.

## Journal.

17. September.

Ich ging früh in die Sitzung, um Bennigsen zu sprechen. Ich teilte ihm mit, was ich getan, und den Eindruck, den mein Brief auf den Reichskanzler gemacht zu haben scheine. Mittags kam Bismarck in die Sitzung, hielt seine große Rede und hatte dann eine Besprechung mit Bennigsen. Dieser, den ich nachher sprach, war darüber sehr befriedigt. Er sagte mir, Bismarck habe ihm die freundschaftlichsten Versicherungen gemacht

und gesagt, er könne sich nur auf die Nationalliberalen stützen. Er scheint ihm auch angedeutet zu haben, daß er ihn als seinen Nachfolger ansehe. Ueber die Rissinger Verhandlungen hat er auch mit Bennigsen gesprochen. Danach ist gar nichts abgemacht. Die anfänglichen Forderungen der Kurie waren unannehmbar. Jetzt liegt wieder ein Brief des Kardinals Nina vor, den Bismarck beantworten muß. Alles, was erreicht worden ist, beschränkt sich auf die Einleitung einer höflichen Korrespondenz.

Berlin, 2. Oktober 1878.

Peter hatte mir in Friedrichsroda erzählt, daß der Kaiser von Rußland den Fürsten Variatinsky veranlaßt hat, auf das Kommando zu verzichten, das ihm über die gegen Oesterreich bestimmte Armee übertragen worden war. Dies hat Variatinsky übelgenommen und ist deshalb von Skierniewize fort und nach Genf gezogen. Ebenso wollte der Kaiser den Fürsten Gortschakow bestimmen, nicht zum Kongreß zu gehen und Schuwalow, der schon zum ersten Bevollmächtigten designiert war, allein gehen zu lassen. Gortschakow ließ sich aber nicht überreden und erklärte, er habe ein Recht, auf den Kongreß zu gehen, worauf denn der Kaiser nachgab, aber in die unangenehme Lage geriet, Schuwalow sein Wort nicht halten zu können. Ich fragte Bismarck, ob er davon Kenntnis habe, und er bestätigte mir die Richtigkeit der Nachrichten. Wir sprachen noch über Beust, der angeblich als Botschafter nach Paris kommen soll, von dem hier zu ernennenden Botschafter, und zwar von Wimpffen, den Bismarck nicht für geeignet für Berlin hält, von Szechenyi und von Trautmannsdorff. Letzterer ist *Persona grata*.

In den Kommissionsberatungen geht es langsam vorwärts. Die einzige Schwierigkeit ist jetzt die Zeitdauer des Gesetzes. Die Liberalen legen großen Wert darauf. Ob der Kanzler zustimmen wird, weiß ich noch nicht.

12. Oktober.

In der Zwischenzeit in Grabowo und Rauden. Am 9. hierher zurück. Die Erklärungen des Reichskanzlers und Bennigsens klären die Situation, und man atmet auf. Die Verhandlungen jedoch bringen neue Schwierigkeiten. Gestern nach dem Diner im Ministerium des Innern ging ich um 1/2 11 Uhr zu Bismarck. Er kam sehr spät in den Salon und sah sehr grantig aus und war es auch. Die Beratung in der gestrigen Sitzung,<sup>1)</sup> der er nicht beigewohnt hatte, die Rede Delbrücks für ein Amendement, von dem Bismarck behauptet, es sei gegen das zwischen ihm und den Nationalliberalen abgeschlossene Abkommen, scheint ihn ganz wild

1) Bei der zweiten Lesung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie.

zu machen. Er sprach davon, das Gesetz gar nicht anzunehmen, und erörterte die Folgen, die dies haben werde. Dabei meinte er, wenn das Gesetz falle durch die Schuld der Nationalliberalen, so werde die Regierung irgendeinen Erzeß, Aufruhr u. s. w. abwarten und dann auflösen. In einem solchen Falle würden die Nationalliberalen gar nicht mehr gewählt werden. Ich schwieg zu dieser Expektoration, da ich sah, daß er nur seinem Aerger Luft machen wollte. Lucius remonstrirte. Darauf fragte ich, wen Oesterreich nach Paris schicken würde. Bismarck sagte: Beust, und erzählte, Andrassy habe ihm einen Brief geschrieben und gebeten, er möge es nicht übelnehmen, es ginge aber nicht anders. Bismarck meinte, Beust würde nur deshalb nicht entlassen, weil er über den Hof Dinge wisse, die man nicht verbreitet haben wolle. Und man halte Beust für fähig, sich durch Indiskretionen zu rächen. Bismarck glaubt, Beust werde es sehr bald möglich machen, die guten Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich zu trüben, wie er es verstanden habe, zwei Länder auseinander zu bringen, England und Oesterreich, die durch gemeinsame Interessen aufeinander angewiesen seien.

Ich ging mit Lucius eine Strecke Wegs. Wir nahmen uns vor, Bennisgen von dem Eindruck, den die gestrige Beratung auf den Reichskanzler gemacht hat, in Kenntniß zu setzen.

13. Oktober.

Heute Nachmittag bei Mommsen in Charlottenburg, der mir die Gründe auseinandersetzte, warum es nicht ratsam sei, das Werk der *Inscriptiones latinae* mit den Franzosen gemeinsam zu betreiben. Wenn die Franzosen unsern Gelehrten ihr Material geben wollten, so sei es gut, und dann würde dies bei Veröffentlichung des Werks erwähnt und das Werk als ein gemeinschaftliches bezeichnet werden. Geben sie aber ihr Material nicht, so würden er und die hiesige Akademie allein vorgehen. Am Schlusse bat er mich noch dafür zu sorgen, daß bezüglich des Ausleihens der Bücher aus der Nationalbibliothek von der Botschaft keine Schwierigkeiten gemacht würden. Ich versprach es, soweit es erlaubt sei, zu tun.

Abends bei Bismarck, der mir mittheilte, er habe einen langen Brief an Kardinal Nina abgeschickt und darauf hingewiesen, man solle nicht gegenseitig das Aufgeben von Prinzipien verlangen, sondern einmal in Verkehr treten. Die Schwierigkeiten würden sich dann von selbst vermindern.

Berlin, 16. November 1878.

Infolge erhaltener Einladung begab ich mich gestern um 2 Uhr auf den Lehrter Bahnhof, um mit dem Kronprinzen zur Jagd nach Springe zu fahren. Dort fand ich Pleß, Heinke, Minister Gulenburg, Podbielski

und einige andre Herren. Ich wurde eingeladen, bis Gardelegen mit in dem königlichen Wagen zu fahren. Hier fand ich außer dem Kronprinzen die Prinzen Karl, Friedrich Karl und den Prinzen August u. a. Der Kronprinz nahm mich mit in sein Kabinett und wir sprachen über verschiedenes, Frankreichs Annäherung an England, Ausstellung u. s. w. Der Kronprinz klagte, daß sich der Kaiser in die Geschäfte mische, und daß es so nicht fortgehen könne. Er wünscht, daß der Kaiser die Geschäfte ganz übernehme. (Darüber bestehen aber verschiedene Ansichten, und es wird viel für und gegen die Wiederübernahme intrigiert.) In Gardelegen setzte ich mich in Stolbergs Wagen, der an meine Stelle zum Kronprinzen ging. Wir kamen nach Hannover, wo sich Prinz Albrecht angeschlossen. Generale und Oberpräsident standen im Paradeanzug im Wind am Waggon. Von Hannover dauerte es noch drei Viertelstunden, bis der Zug in Springe ankam. Dort warteten wir durch Schmutz zu den Wagen, die uns in zehn Minuten nach dem Jagdschloß brachten. Wir, d. h. das Gefolge, wohnten im Kavalierhaus, die Prinzen im Schloß. Um 7 Uhr großes Diner, nachher Poule am Billard, wo der Kronprinz gewann. Heute früh um 8 Uhr Aufbruch zur Jagd. Ich ging mit dem Kronprinzen zu Fuß nach dem Rendezvous im Park. Dieser ist sechstausend Morgen groß und mit einer Mauer umgeben. Wir stiegen einen ziemlich steilen Berg hinauf in einem schönen Buchenwald. Das Wetter war leider schlecht, viel Wind und etwas Regen. Oben wurden die Schützen verteilt. Ich kam an einen Platz, der gut schien, aber ich hatte keinen Anlauf und keine Gelegenheit zum Schießen. Dann wieder Versammlung der Schützen in einem Zelt, wo gefrühstückt wurde. Hier begrüßte ich Bennigsen, der in großen grauen Samaschen erschienen war. Wir sprachen von Politik, und er bat mich dringend, ja zum Reichstag zu kommen, da ich der einzige sei, der zwischen den Nationalliberalen und dem Reichskanzler vermitteln könne. Merkwürdigerweise hat der Reichskanzler mir den gleichen Wunsch ausgedrückt. Nach dem Frühstück zweiter Trieb. Ich stand zwischen Gulemburg und Prinz Albrecht, neben Prinz Albrecht der Kronprinz. Es kam viel Wild. Doch schoß ich im Anfang schlecht, weil ich immer mehr auf den Kronprinzen als auf die Sauen achtgab. Nachher verlor sich meine Sorge, und ich schoß fünf bis sechs Stück, die liegen blieben, und auf viel vorüberlaufendes Zeug. Nach der Jagd Rückfahrt ins Schloß. Diner um 1/4 4 Uhr. Große Strecke bei Fackelbeleuchtung mit Hornsignalen vor dem Schloß. Dann Rückfahrt nach Berlin.

Paris, 11. Januar 1879.

Die Winterfreuden beginnen wieder. Heute war Diner bei der Königin Isabella. Ich fuhr um 7 Uhr vom Hause und kam etwas nach 1/4 an wegen des Schnees. Ich fand da die Prinzessin Mathilde, einen

Prinzen und Prinzessin von Bauffremont sowie deren Sohn, der eine Nichte der Königin geheiratet hat, eine junge, wenig ansprechende Dame mit schönen Diamanten, den Marquis und die Marquise von Lasmarismas und andre. Das Diner war sehr lang. Auf dem Tisch standen so viele Leuchter und Blumenvasen, daß man davon erdrückt wurde. Dazu eine Hitze zum Schlagtreffen. Ich saß zwischen der Königin und der Duchesse de Malakow wie eine Sardelle zwischen zwei Butterschnitten. Die Konversation ging schwerfällig. Während der Tafel wurde die Marquise de Lasmarismas halb ohnmächtig herausgeführt. Nach Tisch dauerte der Cercle und die Konversation lange fort. Wir wurden nicht entlassen, bis ich gegen die Etikette einen allgemeinen Ausbruch erzwang mit Hilfe des alten Guéll y Rente. Die Königin war mir dafür dankbar. Nachher zu Molins, wo Empfang und Tanz war. Waddington, den ich dort traf, äußerte sich befriedigt über die Unterhandlungen mit der Linken. Das Ministerium will gleichzeitig im Senat und in der Zweiten Kammer eine Erklärung (Programm) vorlesen.<sup>1)</sup> Eine Diskussion wird sich daran anschließen. Gambetta ist für das Ministerium. Die Amnestiefrage würde Schwierigkeit bieten, wenn nicht die Regierung den Ausweg ergriffen hätte, für die Amnestierung der in contumaciam Verurteilten, die nicht begnadigt werden können, einen Gesetzentwurf ausarbeiten zu lassen. Damit werden zweitausend Flüchtlinge zur Rückkehr ermächtigt. Die Führer bleiben ausgeschlossen. Auch die Linke will diese nicht zurück haben. Die Frage der Schulen wird im Sinne der Linken und gegen den Klerus entschieden werden. Waddington sieht vertrauensvoll in die Zukunft.

Paris, 15. Januar 1879.

Heute bei Waddington. Er fängt an unruhig zu werden und sagte mir: „Je dois vous avertir qu'il pourra se passer des incidents fort graves la semaine prochaine.“ Er findet, daß sich das Jakobinertum in der Zweiten Kammer sehr hervortut. Die Kerle haben den Kopf verloren und wollen nun Stellen haben, seitdem der Senat eine republikanische Mehrheit<sup>2)</sup> hat. Kleinstädter, radikal und eingesäuert, irritiert über einen Profureur, wütend, daß Dufaure ihn nicht ersetzt, gelehrt und genasführt von den klugen Führern Clémenceau und Compagnie, Gambetta in schwieriger Lage, in Gefahr, depassiert zu werden. Nicht um Prinzipien, sondern um Stellen handelt es sich dabei. Das Programm wird morgen verlesen werden, die Debatte findet Montag statt. Es hängt von Zufälligkeiten

<sup>1)</sup> Die republikanischen Fraktionen der Kammer und des Senats hatten von dem Ministerinn Dufaure die Aufstellung eines Programms gefordert.

<sup>2)</sup> Durch den entscheidenden Sieg der Republikaner bei den Wahlen zur teilweisen Erneuerung des Senats, die am 5. Januar stattgefunden hatten.

ab, wie die Abstimmung ausfällt. Hat das Ministerium die Majorität gegen sich, so geht es. Geht aber Dufaure, so hat der Marschall erklärt, daß er auch nicht bleiben werde. Dann Grévy. Wenn das Ministerium zu weit links gebildet wird, geht Waddington auch. Man muß sich dann auf allerlei gefaßt machen. Wohin die Jakobiner die Republik führen, ist nicht abzusehen. Jedenfalls müssen wir die Sache scharf im Auge halten. Denn eine radikale Republik kann die tollsten Streiche machen: Kulturkampf, Krieg mit uns u. s. w. Daß Borel<sup>1)</sup> abgegangen, liegt daran, daß er insuffizient war. Wenn er geblieben wäre, „on l'aurait exécuté dans huit jours“.

Ich fürchte, daß die Republik durch die Jesuiten zu Exzessen verleitet werden wird.

18. Januar.

Vorgestern in Versailles. Die Verlesung des Programms in der Abgeordnetenkammer machte sich schlecht. Kein Beifall. Das Publikum erstaunt, glaubt, daß das Ministerium fallen werde. Blowitz indigniert. Wir fahren zusammen zurück. Unterwegs perorizierte ein Handlungsreisender gegen Dufaure und Freycinet. Abends beim Marschall.

Berlin, 26. Januar 1879.

Gestern Abend Ankunft hier und Besitzergreifung von der Wohnung im Herrenhause.

Heute mußten wir um 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr schon in Uniform sein. Man versammelte sich in der Schloßkapelle, wo sämtliche Neudekorierte, die vorher schon in einem Saale den Orden von dem Kaiser empfangen hatten, sich einfanden. Außerdem die Ritter des Schwarzen Adlerordens, das diplomatische Korps, Generale, Würdenträger aller Art.

Um 12 Uhr kam der Kaiser mit der Kaiserin, der Kronprinz mit Prinzen Albrecht, Prinz Albert mit der kleinen Prinzessin von Meiningen. Auch Prinz Alexander erschien. Viele bekannte Damen, viele Zeremonienmeister und Kammerherren. Dann begann der Gottesdienst. Schöner Gesang des Domchors. Kögel hielt eine sehr gut gesprochene Predigt. Um 1 Uhr war der Gottesdienst zu Ende. Man ging in die Säle, wo Cercle gehalten wurde, und dann um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr zum Diner. Alle Dekorierten, von den höchsten Personen bis zum Kanzleidiener, Unteroffizier und Schullehrer, aßen da zusammen. Der Kaiser brachte den Toast auf die Dekorierten aus. Ich saß zwischen den Generalen Kirchbach und Podbielski. Nach dem Essen war wieder Cercle, und um 4 Uhr waren wir zu Hause.

---

<sup>1)</sup> Der Kriegsminister General Borel erbat und erhielt seine Entlassung am 13. Januar. Er wurde durch General Gresley ersetzt.

27. Januar.

Heute um 12 Uhr ins Schloß. Im sogenannten Rittersaal fand die Zeremonie statt. Als ich ankam, zeigte mir Stillsfried die Lokalitäten und erklärte mir die Zeremonie. Nach und nach sammelten sich die Ritter und die andern Eingeladenen. Boyen und ich warteten im Nebensaal, bis der Kaiser und die Prinzen kamen. Alle Ritter hatten ihre roten Mäntel an. Nun wurden wir von den Paten, den Generalen Blumenthal und Kirchbach hineingeführt. Der Kaiser stand unter einem Baldachin vor dem Thron. Zuerst ging Boyen, den Eid auf das Statutenbuch zu leisten, dann ich. Dann bekamen auch wir die roten Mäntel. Darauf folgte die Zeremonie der Kette. Boyen zuerst, dann ich, gingen vor den Thron, knieten vor dem Kaiser, der uns die Kette umlegte und uns umarmte. Wir küßten ihm die Hand. Der Kaiser sagte mir dabei leise: „Wohlverdient!“ Dann folgte die Handreichung rings im Kreise der Ritter. Nachher war Kapitelsitzung, wo nur die Ritter in ihren Mänteln um einen großen Tisch saßen. Der Ordenskanzler las die Nekrologe der im vergangenen Jahre verstorbenen Ritter. Dann fragte der Kaiser, ob noch einer der Ritter etwas zum Vorteile des Ordens vorzubringen habe, und da niemand das Wort verlangte, hob er die Sitzung auf, und wir fuhren nach Hause. Meine Kette hatte zuletzt Minister Uhden, früher Wilhelm Radziwill getragen.

Paris, 5. Februar 1879.<sup>1)</sup>

Blowitz besuchte mich heute, um mit mir über den Regierungswechsel zu sprechen. Er ist unzufrieden, daß man Dufaure nicht gelassen hat, und behauptet, dieser wäre geblieben, wenn ihn Grévy ernstlich darum gebeten hätte. Dieser aber sei besorgt gewesen, Dufaure werde ihn in Schatten stellen. Daß Waddington Ministerpräsident geworden, mißfällt Blowitz, der nicht mit Unrecht sagt, dadurch werde Waddington genötigt, zurückzutreten, wenn eine Ministerkrisis entstehe, während er sonst manche Ministerien hätte überdauern können.

Interessant war mir Blowitz' Urteil über Gambetta. Er sagt von ihm, er sei maßlos eitel und habe „de l'affection pour personne“. Er sei egoistisch und falsch „et sans éducation aucune“. Seinem Talent läßt er alle Gerechtigkeit widerfahren, auch seiner Redlichkeit. Geldgeschäfte habe er nicht gemacht und sei nicht reich, wie man behauptet hat,

---

<sup>1)</sup> Am 30. Januar war Mac Mahon zurückgetreten und Jules Grévy, der Präsident der Kammer, an seine Stelle gewählt worden. Am 31. Januar wurde Gambetta zum Präsidenten der Kammer gewählt. Das Ministerium Dufaure gab sofort nach Grévys Wahl seine Demission. Grévy beauftragte Waddington mit der Bildung eines neuen Ministeriums.

sondern habe nur eine Einnahme von etwa fünfzigtausend Franken. Das reiche nicht, um eine für den Präsidenten der Kammer geeignete Wohnung zu nehmen, und deshalb müsse er in das Palais Bourbon ziehen. Er sagt, Gambetta wolle als Präsident fortfahren, Führer der Linken zu sein. Das werde nicht gehen.

8. Februar.

Heute war das diplomatische Korps eingeladen, um 2 Uhr bei dem Präsidenten der Republik zu erscheinen. Ich fuhr mit den Herren der Botschaft hin. Das diplomatische Korps war wie am Neujahrstag versammelt. Jeder Chef mit seinem Personal hinter sich. Als alle beisammen waren, erschien Herr Grévy in Begleitung von Waddington und Mollard und einem Adjutanten. Er fing beim Nunzius an. Jeder stellte seine Herren vor. Konversation fand dabei nicht statt. Ein russischer Diplomat hinter mir fand, daß das Ganze an ein Begräbniß erinnere. Als alle Herren vorgestellt waren, trat Herr Grévy wieder etwas zurück und hielt eine Ansprache, in der er seine Freude aussprach, uns zu sehen, die guten Beziehungen Frankreichs zu den übrigen Mächten hervorhob und uns zum Schluß dankte, „que nous nous étions empressés de régulariser notre situation“. Er empfahl sich dann. Der Nunzius antwortete nicht. Um 1/24 Uhr war ich wieder zu Hause.

Paris, 12. Februar 1879.

Die Gerüchte über Madame Grévy, die von den Bonapartisten verbreitet werden und alle erfunden sind, haben uns bestimmt, ihr den ersten Besuch zu machen. Es war eigentümlich, in den bekannten Räumen der Marschallin nun die einfache Frau des Advokaten zu finden, umgeben von allem Glanz der Souveränität. Frau Grévy ist recht natürlich und weiß sich gut zu benehmen. Ihre Tochter ist klein und häßlich und etwas zu entgegenkommend.

20. März.

Ministerkrisis vorüber.<sup>1)</sup> Waddington wieder sicher. Gambetta will ihn halten, Grévy auch. So wird wohl nach dem Trubel der letzten Wochen einige Ruhe eintreten. Heute aß ich bei Beust mit Martel, Gambetta, Léon Say, Waddington, Jules Ferry und Cialdini. Nach Tisch

<sup>1)</sup> Der Minister des Innern de Marcère war am 3. März wegen eines Konflikts mit der Kammer über die Pariser Polizeipräfektur zurückgetreten. Am 13. März verhandelte die Kammer über den Antrag, die Minister vom 16. Mai 1877 in den Anklagezustand zu versetzen. Das Ministerium verlangte die Verwerfung des Antrags und stellte die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde verworfen und eine das Verhalten des Ministeriums vom 16. Mai 1877 scharf tadelnde Tagesordnung angenommen.

faß ich mit Waddington, Gambetta und Ferry<sup>1)</sup> zusammen. Zuerst war die Rede von den neuen Gesetzen gegen die Jesuiten. Gambetta hält die Lage für ernst und unterschätzt nicht die Gefahr. Er würde noch strengere Maßregeln für angezeigt halten, so zum Beispiel die Schließung aller Establishments nichtautorisierter Orden. Er erzählte viel von seinen Beobachtungen über klerikalen Einfluß und Jesuitenerziehung. Er zitierte Aeußerungen von jungen Leuten, die bei den Jesuiten in der Schule waren und die die ganze Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts, ganz abgesehen von Voltaire, verdammten. Er sagt, wenn das so fortgehe, werde die Nation in zwei Lager gespalten, und es käme zum Bürgerkrieg. Ich sagte, es sei jetzt schon sehr spät, nachdem man dreißig Jahre lang die jesuitische Erziehung gehabt habe. Gambetta stimmte dem zu. Dann kam er auf die innere Lage im allgemeinen und erklärte, es sei nötig, den Scrutin de liste wieder einzuführen. Der Scrutin d'arrondissement gebe zu schlechte und mittelmäßige Kammern, deren Mitglieder nur Lokalinteressen im Auge hätten. Damit eine Regierungspartei zu bilden, sei die Quadratur des Kreises. Waddington, der früher ein Anhänger der Arrondissementswahl war, erklärte, daß er nun auch anfangs, den Scrutin de liste für nötig zu halten. Auffallend war, daß Gambetta behauptete, der Scrutin de liste sei nötig, um gemäßigte Wahlen herbeizuführen. Ueberhaupt sprach er in konservativem Sinne. Als Beispiel für die Wahlen führte er Belleville an und meinte, wenn er nicht dort gewählt worden wäre, so würde man einen ganz roten Abgeordneten bekommen haben. Von den Bonapartisten sagte er, daß sie keine Mittel mehr hätten und sehr im Niedergang begriffen seien.

Es wurde dann noch viel von der schlechten Provinzialpresse gesprochen und von dem Einflusse, den Soubeyran auf die Pariser Presse ausübe. So habe er die „Marseillaise“ mit einer Summe von dreißigtausend Franken bewogen, nicht gegen ihn zu schreiben.

Paris, 13. April 1879.

Turgenev ist aus Rußland zurück, nachdem er dort Gegenstand allgemeiner Ovationen war. Ich traf ihn gestern noch unter dem frischen Eindruck des Erlebten. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß er so gefeiert worden sei, obgleich er sich nie mit Politik beschäftigt habe, und erklärte die Tatsache durch das Bedürfnis des russischen Volkes, einen

---

<sup>1)</sup> Jules Ferry, Kultusminister im neuen Ministerium. Er brachte am 15. März zwei Gesetzentwürfe an die Kammer, deren einer den katholischen Universitäten das Recht der Verleihung der Grade entzog und die Bestimmung enthielt, daß kein Angehöriger einer religiösen nichtautorisierten Kongregation Unterricht erteilen oder eine Schule leiten dürfe.

Bereinigungspunkt zu finden, wo seine liberalen Anschauungen zum Ausdruck gebracht werden könnten. Ueber die Zustände in Rußland erzählte er viel. Die Regierung verstehe die Bewegung nicht. Seiner Ansicht nach tut sie unrecht, die nihilistischen Verschwörer und die liberale Bevölkerung in gleicher Weise zu behandeln. Er gibt zu, daß geheime Gesellschaften mit radikalen Tendenzen bestehen. Er selbst hat solche Radikalen gesprochen; sie haben kein Programm, sondern sprechen nur den Gedanken aus, man müsse ein altes, baufälliges Haus an den vier Ecken anzünden und dann ein neues bauen. Die gebildeten Stände, die Gelehrten, Literaten, Beamten, seien alle von der Ueberzeugung durchdrungen, Rußland müsse eine konstitutionelle Verfassung erhalten, nicht gerade nach modernem Muster, aber eine Vertretung aus den Semstwo's, um die Finanzen zu kontrollieren und Ordnung in die Verwaltung zu bringen. Die Bewegung sei ganz allgemein. „Le peuple russe est frémissant.“ Dem Kaiser würde es leicht sein, das Volk durch Konzessionen zu gewinnen und einen ungeheuern Enthusiasmus für sich hervorzurufen. Der Augenblick sei jetzt günstig. Allein der Kaiser, dem man stets vorhalte, daß Ludwig XVI. durch Konzessionen auf die Guillotine geführt worden sei, wolle davon nichts wissen. Auch sei er gleichgültig geworden, sehe nur eine kleine Koterie und werde veranlaßt, gegen die liberale und die radikale Bewegung in der gleichen Weise vorzugehen. Das erbitterte auch die Gemäßigten, und ganz wohlthätende junge Leute hätten ihm, Turgenjew, gesagt, es sei ihnen furchtbar, die Mordtaten, die sie verurteilen, im Herzen nicht tadeln zu können. Als Tatsachen, die allgemeine Erbitterung erregen, erwähnte Turgenjew verschiedenes. So habe man neunhundert junge Leute, die nur verdächtig gewesen seien, in Zellengefängnisse eingesperrt; von diesen neunhundert seien nach mehrjähriger Haft sechzig verrückt geworden und viele schwindsüchtig herausgekommen. An zehntausend junge Leute seien interniert, nach entfernten Städten verwiesen. Damit sei ihre Karriere vernichtet und sie außerstande, sich zu ernähren. Und das seien nicht bloß nihilistische Verschwörer, sondern der größere Teil seien Liberale, die ihrer Schwärmerei für eine konstitutionelle Verfassung Ausdruck gegeben hätten.

In Rußland, sagt Turgenjew, konzentriere sich jetzt alles auf innere Politik. Die auswärtige Politik beschäftige niemand. Dadurch habe die slawophile Partei den Boden verloren. Alfakow sei bei ihm gewesen und habe darüber Jeremiaden angestellt. Den Krieg, der viel Geld und Menschen gekostet und Rußland keinen Vorteil gebracht habe, verurteile man auf das entschiedenste, und niemand wolle zurzeit von einem Kriege etwas wissen.

Von den Ministern sprach er mit der größten Mißachtung. Markow

sei ein Idiot, Greigh ganz unfähig. Der Kaiser hat letzterem nach einem Vortrage gesagt: „Bis jetzt habe ich geglaubt, ich sei der Mann in Rußland, der von Finanzsachen am wenigsten versteht. Ich sehe aber, daß ich mich geirrt habe und daß du der Mann bist.“ Trotzdem behalte ihn der Kaiser. Wenn man behaupte, es gebe in Rußland keine Männer, die zur Leitung der Geschäfte fähig wären, so sei das ganz falsch. Er nannte verschiedene tüchtige Beamten und Advokaten aus der Provinz. Wenn dieser Augenblick, Rußland zu retten, vorübergeht, werde ein allgemeiner Verfall eintreten. An Revolution glaubt Turgenejew nicht. Die Regierung habe Macht genug, die Ordnung mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Als er einen ehemaligen Minister, einen konservativen Mann, fragte, in welcher Weise die Zustände gebessert werden könnten, antwortete dieser nichts als: „Vis medicatrix naturae.“ Auf den Tod des Kaisers und auf den Nachfolger setzen die Russen jetzt ihre Hoffnung. Daß das Leben des Kaisers durch die nihilistischen Mörder bedroht sei, verneinte Turgenejew. Sie hätten eine bestimmte Theorie, von der sie bei ihren Mordtaten ausgingen. Es komme ihnen nur darauf an, Beamte, die grelle Gesetzesverletzungen und Ungerechtigkeiten begangen haben, zu bestrafen und dadurch zu erschrecken. Dem Kaiser würden sie nichts tun.

Turgenejew ist im Begriffe, eine politische Broschüre zu schreiben, in der er die Gedanken niederlegen will, die sein Aufenthalt in Rußland in ihm hervorgerufen hat.

Daß seine Anwesenheit der Regierung unbequem zu werden anfangt, ist begreiflich. Der Gendarmerieoffizier an der Grenze sagte ihm, als er durchkam: „Wir haben Sie schon seit fünf Tagen erwartet.“

Wenn ich der Kaiser Alexander wäre, so würde ich Turgenejew beauftragen, ein Ministerium zu bilden.

Paris, 4. Mai 1879.

Heute machte ich Herrn Grévy meinen Abschiedsbesuch vor meiner bevorstehenden Abreise nach Berlin. Er empfing mich in seinem blauen Morgenanzug. Er war im Garten gewesen und hatte sich seine Anlagen angesehen. Wir sprachen von der inneren Lage Frankreichs, und er bestritt, daß Grund zur Beunruhigung vorliege. Die Schwierigkeiten seien nicht so groß, wie man sie mache, und die Fragen, die vorliegen, würden erledigt werden. Wenn die Kammer nicht mehr das Wahlgesetz achte, so könne man zur Wahl von Minderjährigen, Fremden und Frauen kommen. Die äußerste Linke scheine für Blanqui, „mais il n'y a pas trois qui désirent le retour de Blanqui et son entrée à la chambre“. Er würde sie nur genieren. Er und andre Demagogen würden weiter gehen als die jetzige äußerste Linke, und deren jetzige Führer würden ihre Popularität verlieren.

Er kam dann auf die Frage der Rückkehr der Kammer nach Paris. Es liegt ihm daran, daß der Reichskanzler genau von den Gründen unterrichtet wird, die ihn, Grévy, dazu bestimmen, für die Rückkehr zu sein. Er sagte, es käme weniger auf die Kammer an. Er gebe zu, daß die Kammern in Versailles ruhiger und ungestörter beraten. Allein es handle sich vorzugsweise um die Regierung. Die Konstitution schreibe vor, daß der Sitz der Regierung und der Kammer in Versailles sei. Wenn er im Elysée wohne, so tue er es auf Grund des Gesetzes, welches dem Präsidenten das Elysée zuweist. Es liege eine Abweichung von der Verfassung in einem längeren Verweilen des Präsidenten in Paris. Werde nun der Antrag auf Rückkehr nach Paris verworfen, so müsse er nach Versailles zurück. Dann sei Paris sich selbst überlassen. Der Conseil Municipal strebe schon lange danach, ein Parlament zu spielen und Paris allein zu regieren. Seien die Regierung und die Kammer in Paris, so bildeten sie ein Gegengewicht gegen diese demagogischen Bestrebungen. Bleiben sie in Versailles, so rischiere man, daß sich die demagogischen Umtriebe vergrößerten und daß man wieder einmal vor einer Kommune und vor einer Belagerung von Paris stehen könne.

Die Gefahr, daß die Kammern in Paris bedroht werden könnten, schlägt Grévy nicht hoch an. Die Regierung sei stark, die Bevölkerung nicht bewaffnet wie zur Zeit der Kommune. Wäre Herr Thiers in Paris geblieben, hätte er die Truppen gehabt, um da bleiben zu können, so würde der Kommuneaufstand nicht ausgebrochen sein. Die Regierung, die Kammern und das Land wollten Ruhe und Ordnung, sie würden sich nicht hinreißen und nicht von der Demagogie beherrschen lassen. „Dites-le,“ sagte er dann, „à ces messieurs. Ils n'ont pas à s'inquiéter.“

Von der Kammer sagte er, sie könne wohl im gegebenen Falle ein Ministerium stürzen, „mais qu'est-ce qu'elle aura gagné par là?“

Berlin, 15. Mai 1879.

Gestern war ich beim Kaiser. Er sprach von den französischen Zuständen, erwähnte einen Bericht über meine Unterredung mit Grévy und sprach sich über diesen günstig aus. Ich erwähnte die mir aufgefallene Ähnlichkeit mit Simson. Da kam der Kaiser auf diesen zu sprechen und erzählte, wie eigentümlich es sei, daß dieser Mann verschiedene Male berufen gewesen sei, ihm und dem König Friedrich Wilhelm IV. wichtige Beschlüsse des Frankfurter, des Erfurter und des Norddeutschen Reichstags zu übermitteln. „Immer in seiner klassischen Form,“ setzte der Kaiser hinzu. Dann kam der Kaiser auf Rußland zu sprechen, bedauerte, daß man so spät angefangen habe, Energie zu zeigen, erwähnte, daß er Trepow in Wiesbaden gesehen habe, der der Meinung sei, es sei noch nicht

zu spät und die jetzigen Maßregeln würden Erfolg haben. Ich wagte auf die Notwendigkeit konstitutioneller Formen für Rußland hinzuweisen (Semstwo und Delegationen). Der Kaiser schien damit einverstanden, nur hielt er es jetzt nicht für möglich, da man jetzt erst Ordnung schaffen müsse.

Abends im Theater („Maria und Magdalena“ von Lindau). Heute bei Bleichröder. Er sagt, der Reichskanzler sei unzufrieden mit den Ministern, die seine Pläne durchkreuzen. Er will die Eisenbahnen verstaatlichen und findet Widerspruch. Stolberg und Friedenthal erregen seinen Zorn, ersterer, weil er nichts tut, letzterer, weil er gegen ihn intrigiert. Der Kanzler sei sehr ärgerlich darüber, daß der Kaiser von Rußland über ihn schimpfe und klagt über den Undank des Kaisers Alexander.

Berlin, 22. Mai 1879.

Ich fange an, mich zu orientieren. Die parlamentarische Lage hat sich seit vorigen Herbst gänzlich geändert. Die Nationalliberalen, die voriges Jahr noch einen halbwegs guten Verkehr mit Bismarck unterhielten, sind jetzt ganz von ihm geschieden. Er stützt sich auf das Zentrum und die beiden Rechten und hat dadurch eine ansehnliche Majorität für seine wirtschaftlichen Pläne.<sup>1)</sup> Der Rücktritt Forckenbeck's hängt damit zusammen. Es ist nicht möglich, daß der Präsident einer Kammer im Amte bleibt, wenn er die Regierung und die Majorität gegen sich hat. Persönlich lassen ihm seine Gegner alle Gerechtigkeit widerfahren. Sachlich mußte es zu Konflikten kommen, und Forckenbeck hat recht getan, sich zurückzuziehen. Bei den Beratungen in den Fraktionen kam die Lage noch deutlicher zum Ausdruck. Die Rechte, d. h. die Deutsch-Konservativen, wollte mit dem Zentrum paktieren, Sanderow sollte erster, Franckenstein eventuell, wenn Stauffenberg abgehe, zweiter Präsident werden. Die alte Abneigung gegen das Zentrum machte, daß wir in der Reichspartei den Vorschlag nicht annahmen, sondern die Vorstände der Fraktion veranlaßten, noch einen Versuch bei den Nationalliberalen zu machen. Darüber großer Ärger bei Barnbüler, Stumm und dem Reichskanzler, die es für nötig hielten, erst das wirtschaftliche Programm mit dem Zentrum durchzuführen, und deshalb den Pakt mit diesem wollten. Schließlich kam es doch dazu, daß Sanderow gewählt wurde, der auch ein ganz guter Präsident zu sein scheint.

Gestern hielt Bismarck eine interessante Rede im Reichstage über die Getreidezölle.

<sup>1)</sup> Die neue Schutzzollpolitik.

Um 5 Uhr war ich bei Sagan zum Essen geladen. Der Kaiser war anwesend. Das Diner war erstickend durch die Hitze im Eßsaal, die Küche mittelmäßig und die Weine schlecht, mit Ausnahme des Champagners. Ich hatte langweilige Nachbarn. Abends bei Viktor und dann bei Gräfin Dönhoff. Zuletzt ging ich noch zu Bismarck. Er kam sehr spät, da er, wie er uns erzählte, mit seinen stenographischen Berichten so lange zu tun gehabt hatte. Die Stenographen hatten die Nummern der Blätter verwechselt, so daß Bismarck eine lange Arbeit anwenden mußte, um sich zurechtzufinden. Da er nun schon übler Laune war, so fiel er auch über mich und Frankenberg her und tadelte, daß wir die Absicht gehabt hatten, mit den Nationalliberalen zu verhandeln, während es doch jetzt darauf ankomme, die Majorität zusammenzuhalten. Die Nationalliberalen hätten sich den Freikonservativen gegenüber so schlecht benommen, daß man nicht mehr mit ihnen gehen könne. Ich sagte, ich sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Nationalliberalen mit uns verhandeln wollten, und sei durch wohlgesinnte süddeutsche Mitglieder der nationalliberalen Fraktion zu dieser Annahme berechtigt gewesen. Das nahm Bismarck aber nicht an, wiederholte, man müsse jetzt die Nationalliberalen fallen lassen und erst mit Hilfe des Zentrums die Tarifvorlage durchbringen. Nachher wurde er wieder heiter, und die Konversation dauerte bis 1 Uhr.

Berlin, 25. Mai 1879.

Gestern aß ich bei Rufferow, wo auch Bucher war. Wir gingen nachher zu Fuß zur Soiree des Reichskanzlers. Unterwegs sprach ich mit Bucher über den Reichskanzler. Er war gegen seine Gewohnheit mittheilsam und sagte, der Reichskanzler ergreife jede Sache mit großem Eifer und führe sie durch, wenn er einmal überzeugt sei, daß sie durchgeführt werden müsse. Mir ging aus einzelnen Aeußerungen hervor, daß Bucher, wie mir das schon bekannt war, Einfluß auf den Reichskanzler ausübt. Und es scheint, daß es Buchers Einfluß ist, der ihn zu der neuen Wirtschaftspolitik bestimmt hat. Wenn Bamberger dem Reichskanzler sozialistische Anwandlungen vorwirft, so geht das ohne Zweifel gegen Bucher. Bamberger will die unbeschränkte Herrschaft des Kapitals, Bucher als Sozialist will die Macht des Staats nicht durch die Juden beschränken lassen. Darin liegt der Gegensatz.

Abends in der Soiree war keine sehr heitere Stimmung. Ich höre, daß Bismarck dem Zentrum nicht traut, wenn er auch alles tut, um es zu gewinnen. Da er keine Konzessionen im Kulturkampf machen will, so muß er immer darauf gefaßt sein, daß sie ihn im entscheidenden Augenblick im Stiche lassen.

Berlin, 11. Juli 1879.

Die Reichstagsverhandlungen gehen fort und sind, da sie Morgens um 10 Uhr anfangen und um 5 Uhr aufhören, ziemlich ermüdend, besonders in den letzten Tagen, wo interessante und wichtige Reden gehalten wurden.<sup>1)</sup> Die Bölsche Rede gestern war wieder einmal recht klar und vernünftig. Die Nationalliberalen sind darüber sehr wütend, und Bölk und die übrigen Bayern werden wohl aus der Partei austreten und sich einer der Fraktionen rechts anschließen. Nachmittags fuhr ich mit Viktor nach Potsdam, wo wir beim Kronprinzen zum Tee eingeladen waren. Der Kronprinz sprach von dem Frankensteinschen Antrag und schien dagegen Bedenken zu haben. Wir suchten sie ihm auszureden. Dann kam die Kronprinzessin. Sie schien noch sehr gedrückt, heiterte sich aber nach und nach auf. Man trank Tee und soupierte, und um 8 Uhr wurden wir wieder entlassen.

Abends zum Reichskanzler. Er war sehr mitteilend. Das Gespräch kam auf Daten. Es wurde hervorgehoben, daß der Kongreß im vorigen Jahre am 13. Juni angefangen habe und am 13. Juli beendet worden sei. Die Fürstin meinte, das sei gut, um den Aberglauben bezüglich der Zahl 13 zu beseitigen. Daß der Reichstag am 13. Juli geschlossen werden würde, nahm man als wahrscheinlich an. Bismarck erzählte, daß er am 13. Juli 1870 das Telegramm abgeschickt habe, welches die Franzosen zum Kriege veranlaßt habe. Wäre dies nicht gelungen, so hätte man die Demütigung unsrerseits hinnehmen müssen, und die Zustände wären versumpft. Er erwähnte, daß Werthern damals einen Entwurf eines Briefs an den König Wilhelm geschickt habe, den dieser hätte unterzeichnen sollen und in welchem Entschuldigungen enthalten waren und Versprechen, es nicht wieder tun zu wollen. Der König habe den Brief ihm zur Begutachtung geschickt, und er habe sofort Werthern vom Amte suspendiert: „Es war die größte Feigheit, deren sich ein Diplomat schuldig machen konnte.“ Dann sagte der Reichskanzler: „Es würde mich doch amüsieren, wenn der Prinz Napoleon an die Rolle käme. Als Franzose möchte ich ihn nicht. Als Nachbar wäre er mir schon recht.“ Dann kam das Gespräch auf Gortschakow. Früher habe man ihm in Deutschland stets einen Waggon zur Verfügung gestellt, und die Reise hätte das Auswärtige Amt immer elfshundert Mark gekostet. Jetzt aber, wo er sich schlecht aufführe, habe er, der Reichskanzler, getan, als wisse er von der Reise nichts. Und nun müsse der geizige Herr die Reise selbst bezahlen. Spitzemberg, der auch da war, bemerkte, daß die Russen die württembergische Staatsbahn mit Freibilletts und freien Zügen sehr belästigten.

---

<sup>1)</sup> Bei der dritten Lesung des Zolltarifgesetzes vom 10. bis 12. Juli.

Als wir aufbrachen, erzählte ich dem Reichskanzler noch die Bedenken des Kronprinzen gegen den Franckensteinschen Antrag und riet ihm, da der Kronprinz dabei den Partikularismus fürchtet, ihn persönlich darüber aufzuklären. Bismarck sagte aber: „Der soll froh sein, wenn er seinen Partikularismus, solange er lebt, behält; es sieht so faul genug in der Welt aus.“ Diese trübe Auffassung ging mir noch im Kopfe herum, als ich mit Viktor den Heimweg antrat.

Paris, 28. Juli 1879.

Heute bei Grévy. Er empfing mich mit gewohnter behaglicher Freundlichkeit. Er mußte eben gefrühstückt haben, denn er reinigte seine Stockzähne mit dem Zeigefinger, was ihn veranlaßte, die halbe Hand in den Mund zu stecken. Dann vertiefte er den Zeigefinger in die Nasenlöcher und bearbeitete überhaupt verschiedene Teile seines Gesichts mit den Fingern. Dabei sprach er sehr vernünftig über die Zustände Frankreichs, meinte, daß nur die Republik, das demokratische Regime, in Frankreich möglich sei und daß eine Diktatur nur vorübergehend sein könne. „Et n'est pas dictateur qui veut,“ fügte er hinzu, dazu gehöre eine besonders geartete Persönlichkeit.

Nachher zu Lyons, Cialdini und Safritz Pascha. Letzterer schnitt noch mehr Gesichter als gewöhnlich, da er sehr betrübt ist, Paris verlassen zu müssen.

Paris, 4. August 1879.

Der Minister der Instruction publique schickte mir eine Einladung zu dem heutigen Fest der Preisverteilung in der Sorbonne. Da ich einem derartigen Schwindel noch nicht beigewohnt hatte, so nahm ich die Einladung mit „empressement“ an, zog den schwarzen Frack an, schmückte mich mit dem Großen Bande der Ehrenlegion und fuhr gegen 12 Uhr in die Sorbonne. Dort empfing mich der Rektor in seinem Professorentalar und führte mich in den Salon, wo ich verschiedene bekannte Persönlichkeiten fand, Giraud, Faye und andre, und wo man auf den Minister wartete. Auch Gambetta kam. Als Jules Ferry, Waddington und Jauréguiberry da waren, ging man in Prozession in die Aula, die schon gefüllt war. Im Saale saßen die Schüler und die Professoren, auf der Estrade die Minister, Ferry in der Mitte, ich rechts von ihm und links der abenteuerliche Präsident Guzman-Blanco. Waddington saß neben mir. Dann begann die Feier mit der lateinischen Rede eines Professors, deren einzelne Stellen beklatscht wurden. Hierauf hielt Ferry eine Rede mit verschiedenen politischen Anspielungen. Sie wurde vielfach mit Beifall aufgenommen. Komisch war, daß die Jungen die republikanischen Stellen besonders beklatschten. Noch muß ich nachholen, daß bei Beginn der

Feier, als alle „Vive la République!“ geschrien hatten, einer von den Jungen „Vive le Roi!“ rief. Gambetta lächelte mitleidsvoll. Die andern Schüler lärmten aber, schrien „Vive la République!“, warfen ihren royalistischen Kameraden hinaus und erfreuten sich an den Klängen der Marsseillaise, die dazu gespielt wurde. Nach der Rede des Ministers, für die ich ihm unter dem Beifall des uns gegenüberstehenden Publikums üblicherweise die Hand schüttelte, begann die Preisverteilung. Jeder Prix d'honneur wurde dem Schüler übergeben. Der erste, der kam, erhielt durch mich seinen Gedenkfranz und seine Bücher. Dann bat der Minister die andern Würdenträger, der Reihe nach die Preise auszuteilen. An mich kam noch öfters die Reihe. Nach und nach wurde die Sache etwas ermüdend. Als der letzte Preis verteilt war, ging das vornehme Publikum in den Salon der Frau Rektorin, wo allerlei Erfrischungen herumgereicht wurden. Ich fuhr bald nach Hause, denn die Sache hatte über zwei Stunden gekostet.

Paris, 3. September 1879.

Im Konzert Besselièvre traf ich heute den Marschall Canrobert, neben dem ich mich setzte. Er war sehr mitteilend, erzählte von seinem Besuch bei der Kaiserin, die er gefasster gefunden hat, als er geglaubt hatte.<sup>1)</sup> Er war auf dem Grab der beiden Napoleons und fand da auf dem Sarg des Prinzen Louis Napoleon einen Immortellenfranz von besonderer Größe. Den hatten die Engländer von der Insel St. Helena geschickt. Sie hatten die Immortellen aus dem Garten genommen, in dem der erste Napoleon spazieren gegangen war. Er kam dann auf seine Mission nach Schweden, als er die Thronbesteigung Napoleons III. notifierte. Damals war der Kaiser noch nicht verheiratet und der Prinz Jérôme sein Erbe. Er erzählte, man habe ihm dort gesagt: „Eh bien, vous avez un Auguste et après vous aurez un Tibère.“ Und merkwürdig sei es, daß auf Cäsar Augustus gefolgt, dessen Nachfolger, nachdem Marcellus jung gestorben, Tiberius geworden sei. Er rühmt den Verstand des Prinzen Jérôme Napoleon. Er hat ihn besucht und ihm seine Bedenken über seine Richtung ausgesprochen, worauf der Prinz sagte: „Je ne vais pas aussi loin qu'on le dit.“ Ich fragte ihn, wie es mit der Courage des Prinzen sei. Er versichert, der Vorwurf der Feigheit sei Verleumdung. Er könne dies bezeugen, denn der Prinz habe unter ihm gedient. Aber er sei ein Sybarit, und das Lagerleben habe ihm nicht gefallen. Deshalb sei er gegen Canroberts Rat nach Konstantinopel und von da nach Paris zurückgegangen, das habe ihm seine Reputation der Feigheit gemacht. Canrobert klagt über die jetzigen Zustände

<sup>1)</sup> Nach dem Tode ihres Sohns am 1. Juni.

Frankreichs und beneidet uns um unsre monarchische Verfassung. Von Gambetta sagte er, daß er sein Landsmann sei. Er habe ihn als Kind gesehen. Auf einer Soiree bei Waddington hat sich Gambetta ihm vorstellen lassen. Der Marschall hat ihm gesagt: „Je sais que vous avez beaucoup de pouvoir pour faire le bien et le mal, j'espère que vous ne l'emploierez qu'à faire le bien.“

Gastein, 14. September 1879.

Gestern Abend, als wir uns auf den Wildensee<sup>1)</sup> vorbereitet hatten und von Politik frei zu sein hofften, kam ein Telegramm von Holstein, der mir mitteilte, daß der Reichskanzler mich heute Abend sprechen wolle. Es war nichts zu machen. Marie mit den Gästen ging heute auf den Wildensee und ich in Gottes Namen nach Gastein. Hier empfing mich Holstein, der mir sagte, es handle sich um sehr ernste Dinge, und der Reichskanzler wolle mich sprechen.

Die Lage ist folgende: Der Reichskanzler, der Rußland nicht traut, ist hierhergekommen, um — innerhalb des Dreikaiserbündnisses — eine Defensivallianz mit Oesterreich zu verabreden. Andrássy<sup>2)</sup> glaubte zuerst, es sei nicht ernst gemeint; als er aber sah, daß es ernst sei, „sprang er an die Decke“, weil Oesterreich nicht allein stehen könne und sich nach Allianzen umsehen müsse. Als aber der Kaiser den Vorschlag des Kanzlers erhielt, war unterdessen Alexandrow und die Begegnung mit dem Kaiser von Rußland<sup>3)</sup> gewesen, und nun will er auf das Projekt nicht mehr eingehen.

Der Reichskanzler dagegen will seine Entlassung geben, wenn der Kaiser nicht zustimmt. Holstein hat vorgeschlagen, daß ich den Kaiser überreden soll. Darauf ist Fürst Bismarck eingegangen. Ich habe heute Abend mit Holstein gesprochen und ihm gesagt, daß ich mit dem Projekt noch nicht einverstanden sei. Erstens traue ich Oesterreich nicht, zweitens halte ich Rußland nicht für ernstlich feindlich. Endlich glaube ich, daß eine Allianz mit Oesterreich eine Allianz von Rußland und Frankreich zur Folge haben wird. Damit ist der Krieg da, während Bismarck glaubt, daß er mit seiner Allianz den Frieden sichern wird. Die Unterredung mit dem Reichskanzler morgen wird das Weitere ergeben. Nun ist noch der Wiener Nunzius auch angekommen,<sup>4)</sup> und damit wird meine Besprechung in zweite Linie gestellt. Ich denke, ich gehe erst nach Aussen zurück und dann wieder hierher und von hier nach Straßburg.

1) Jagdhaus des Fürsten bei Aussen.

2) Der am 28. August Bismarck in Gastein besucht hatte.

3) Am 3. und 4. September.

4) Jacobini, zu Verhandlungen über die Beendigung des Kulturkampfes.

16. August.

Gestern die Akten gelesen und mit dem Fürsten gesprochen. Bismarck hat mich doch überzeugt von der Notwendigkeit der Allianz mit Oesterreich. Er sagt, Oesterreich kann nicht allein bleiben gegenüber den Bedrohungen durch Rußland. Es wird sich nach Allianzen umsehen entweder mit Rußland oder mit Frankreich. In beiden Fällen entsteht für uns die Gefahr der Isolierung. Mein Telegramm über die russischen Sondierungen in Paris ist dem Kanzler sehr gelegen gekommen. Nun ist aber der Kaiser durch die fatale Zusammenkunft in Alexandrowo unzugänglich und will nicht auf das Bündnis eingehen, in dem er eine Perfidie gegen den Neffen sieht. Bismarck seinerseits hat sich so weit mit Andrassy engagiert und ist so überzeugt von der russischen Gefahr, daß er die Verantwortung nicht tragen will und in diesem Falle mit dem Rücktritt droht. Der Kaiser dagegen droht mit Abdizieren. Es besteht beim Kaiser eine große Verlegenheit, was er tun soll. Bismarck scheint entschlossen zu gehen, wenn der Kaiser nicht nachgibt. Nun ruft Bismarck die Hilfe der Botschafter an und bittet, daß ich und Münster mit dem Kaiser sprechen. So werde ich denn am Sonntag nach Straßburg<sup>1)</sup> gehen und sehen, was sich machen läßt.

Straßburg, 22. September 1879.

Nach einer Fahrt über Ischl nach Wels mit den Kindern, die ich dort verließ, kam ich früh 6 Uhr nach München, traf dort auf dem Bahnhof den Baron Erlanger, mit dem ich weiterfuhr. Um 5 Uhr in Straßburg. Hier bekam ich eine gute Wohnung im Hotel de France und ging dann auf Erkundigung aus. Im Hotel de Paris fand ich Radziwill, der aber über Politik nicht sprach. Lehndorff fand ich in der Präfektur, wo der Kaiser wohnt und wo ich mich bei Perponcher meldete. Lehndorff, der in die Sache eingeweiht war, jedoch kein vollständiges Verständnis hatte, meinte, es gehe alles gut. Der Kaiser sei mit allem einverstanden. Neu war mir, daß die Kaiserin diesmal mit „dem großen Manne im Gebirge“ übereinstimme. Das hatte man mir in Gastein anders gesagt. Später suchte ich Otto Bülow auf. Dieser sagt, Stolberg habe dem Kaiser seinen Vortrag gehalten und im Auftrage des Reichskanzlers um die Genehmigung zur Verhandlung und zum Abschluß eines Defensivvertrags mit Oesterreich gebeten, in welchem aber von Rußland keine Rede sei. Der Kaiser habe an den Rand des dem Vertrag zugrunde liegenden Schriftstücks „einverstanden“ geschrieben. Soweit wäre nun alles in

<sup>1)</sup> Vom 18. bis 25. September wohnte der Kaiser den Manövern im Reichslande bei.

Ordnung; aber es fragt sich, ob man sich in Wien auf einen so allgemeinen Vertrag einlassen will. Daran hatte Fürst Bismarck in Gastein noch gezweifelt, und auch Bülow war darüber noch nicht beruhigt. Er sagte mir, der Kaiser halte die Sache sehr geheim und habe noch nicht einmal mit Moltke darüber gesprochen. Es sei zweifelhaft, ob er mit mir davon anfangen werde, ich würde wohl genötigt sein, selbst davon anzufangen. Der Kaiser Alexander hat unserm Kaiser versichert, daß er keine Schritte bei Frankreich getan habe. Es wird schwer sein, dem Kaiser begreiflich zu machen, daß der kaiserliche Neffe von den Schritten, die von der russischen Diplomatie unter der Hand getan werden, gar nichts zu wissen braucht. Ich machte mit Bülow aus, daß ich ihn heute um 12 Uhr besuchen würde.

22. September, Abends.

Heute früh bei Bülow II und dann Besuche und Einschreiben bei den Prinzen. Gegen 4 Uhr kam der Kaiser mit den Prinzen vom Manöver zurück. Bald darauf erschien eine Ordonnanz und rief mich zum Kronprinzen. Der fragte mich, warum ich eigentlich gekommen sei, und ich sagte es ihm offen. Dann sprachen wir über die schwebende Frage. Er hörte meine Argumente zugunsten des Vertrags an. Um 5 Uhr fuhr ich zum Diner des Kaisers in der Präsektur. Da waren die Großherzöge von Mecklenburg und von Baden, die Prinzen Wilhelm, Friedrich Karl, Albrecht, der Kronprinz von Schweden in weißer Uniform, ein Prinz von Hessen und viele Würdenträger. Ich saß zwischen dem Prinzen von Hessen und Anton Radziwill. Das Diner fand in einem schönen Saale statt. Nach Tisch sprach der Kaiser längere Zeit mit Moltke und mir, so daß Bülow nachher fragte, ob wir eine Beratung gehalten hätten. Wir hatten aber von unbedeutenden Dingen gesprochen, worüber sowohl Moltke als ich den Kaffee versäumten. Beim Abschied bestellte mich der Kaiser auf 8 Uhr.

Der Kaiser empfing mich um 8 Uhr in seinem Arbeitskabinett. Zuerst erkundigte er sich, wo ich herkomme u. s. w. Dann fragte mich der Kaiser, ob ich den Reichskanzler gesehen hätte. Ich sagte: „Ja, in Gastein.“ Der Kaiser: „Er ist wohl sehr gereizt?“ Ich: „Nein, aber beunruhigt.“ Darauf erzählte der Kaiser den ganzen Hergang der Sache, den Brief des Kaisers Alexander, die Antwort, die Begegnung in Alexandrowo, seine Unterredungen mit dem Kaiser Alexander, mit Miljutin und Giers. Auf einmal nun, nachdem die freundschaftlichsten Versicherungen ausgetauscht worden seien, habe der Reichskanzler, wahrscheinlich um sich für den Brief des Kaisers Alexander zu rächen, den Vorschlag gemacht, ein Bündnis mit Oesterreich gegen Rußland zu schließen. Das habe er

nicht tun können. Er habe den Eindruck gewonnen, daß Bismarck eine Koalition von Oesterreich, Deutschland, Frankreich und England im Plan habe. Ich widerlegte dies. Wenn jetzt, solange Andrassy am Ruder sei, ein solcher Bund nicht geschlossen werde, so würde die konservative Partei in Oesterreich sich auf unsre Kosten mit Rußland verständigen. Frankreich werde dann auch nicht zurückbleiben. Was insbesondere Frankreich betreffe, so sei Waddington gegen Rußland und für England. Waddington könne aber in drei Monaten gestürzt sein. Es sei möglich, daß dann Kreaturen von Gambetta ans Ruder kämen, und diese würden Anknüpfungen mit den russischen revolutionären Elementen finden und mit diesen einen Krieg heraufbeschwören, um ganz Europa in Revolution zu stürzen. Es werde also Rußland durch das Bündnis mit Oesterreich ein doppelter Dienst geleistet, einmal, die Revolution in Schach zu halten und dann Oesterreich fest zu machen und es abzuhalten, einer Koalition gegen Deutschland und Rußland beizutreten. Das schien dem Kaiser einzuleuchten. Aber er sprach sich nicht weiter darüber aus. In der ganzen Unterredung fand ich beim Kaiser viel Zugänglichkeit für die Argumente des Reichskanzlers, aber immer dabei die Befürchtung, daß er seinem Neffen und Freund gegenüber illoyal erscheinen könnte. Ein positives Resultat erreichte ich nicht. Aber meinen Auftrag, meine Meinung dem Kaiser vorzutragen, hatte ich erfüllt.

23. September.

Früh Briefe und Berichte geschrieben. Um 1/2 12 Uhr zu Bülow. Um 3 Uhr Dejeuner bei dem Kaiser, wo ich Oberst Colomb fand. Dann spazieren gegangen und Abends 9 Uhr von Straßburg nach München abgereist.

Notiz vom 22. September 1879.

Rußland ist gegen Oesterreich erbittert. Oesterreich stört seine Pläne im Orient. Rußland will und muß ihm den Krieg erklären, wenn es jene Pläne durchführen will. Es wird uns dann fragen, was wir tun wollen. Halten wir mit Rußland und bleiben neutral, so verbindet sich Oesterreich mit Frankreich und England. Wir stehen dann mit Rußland gegen Frankreich, Oesterreich und England. Tun wir jetzt gar nichts, so kann Oesterreich sich mit Rußland verständigen. Ist dann Frankreich stark genug, so fängt es mit uns Krieg an, bei dem Rußland und Oesterreich als unfreundliche Neutrale zur Seite stehen. Wir sind dann isoliert, ja wir können dann einer Koalition von Oesterreich, Rußland und Frankreich gegen uns entgegengehen. Haben wir Oesterreich durch einen Vertrag gebunden, so wird England stets auf dieser Seite der Kontinental-

allianz stehen, und dann können wir die Feindschaft Rußlands und Frankreichs mit ansehen.

In Rußland ist die revolutionäre Strömung so stark, daß man nicht weiß, wozu sich die Regierung drängen lassen kann. Es ist sehr möglich, daß die konstitutionelle Reformpartei in Rußland den Krieg wünscht, um zu ihren Reformen zu gelangen. Jedenfalls ist auf die Freundschaft eines so durchwühlten Landes nicht zu bauen.

Die panslawistische Partei wird durch das österreichisch-deutsche Bündnis einen échec erleiden und dabei die Möglichkeit gegeben sein, der konservativen Richtung in Rußland eine Stütze zu bieten.

Barzin, 28. Oktober 1879.

Samstag den 25. Oktober blieb ich noch in München, um der Reichsratsitzung beizuwohnen, die ziemlich kläglich ausfiel. Die beiden neuen Erzbischöfe von Bamberg und München sah ich zum erstenmal, ebenso den Nachfolger von Harleß. Abends fuhr ich nach Berlin ab. Der Wagen stieß und schüttelte so sehr, daß ich wenig schlafen konnte. In Hof schlechter Kaffee. In Berlin um  $\frac{1}{2}$  1 Uhr. Ich ging ins Auswärtige Amt, wo ich Lindau, Styrum und Bucher besuchte. Mit Lindau sprach ich von der Frage der Nachfolge Bülow's.<sup>1)</sup> Er war sehr dafür, beseitigte in seiner Art alle Einwendungen. Dann sprach ich Münster, der ebenfalls dafür war, daß ich die Stelle annehmen solle. Stolberg sprach davon nicht. Dann besuchte ich Bleichröder. Er sprach vom Kaiser von Rußland, von Rumänien, vom Kulturkampf u. s. w. Dann kam er darauf, daß ich Nachfolger Bülow's werden müßte. Er habe es dem Reichskanzler vorgeschlagen, der Bedenken äußerte, daß ich nicht in Berlin existieren könne. Ich aß bei Stolberg, legte mich sorgenvoll zu Bett und stand ebenso sorgenvoll wieder auf. Morgens kam Viktor, der mir riet, nicht gleich abzulehnen, aber meine Bedingungen zu machen. Um  $\frac{1}{2}$  9 Uhr auf die Bahn. Nachmittags traf ich auf einer Station mit Herbert Bismarck zusammen. Wir unterhielten uns, sprachen aber nicht von der Frage, die mich nach Barzin führte. Um  $\frac{1}{2}$  6 Uhr war ich dort. Diner und nachher Gespräch am Ramin. Als wie gewöhnlich um  $\frac{1}{2}$  9 Uhr Bismarck sich auf zwei Stunden zurückzog, ging ich mit Holstein in den Garten. Holstein sprach lebhaft für meine Annahme des Postens. Ich machte meine Gegengründe geltend und hob besonders die Unmöglichkeit hervor, mit dem, was ich in Berlin bekommen würde, auszukommen. Schließlich kamen wir überein, ich solle nicht sofort ablehnen, sondern

<sup>1)</sup> Der Staatssekretär von Bülow war am 20. Oktober gestorben.

Bismarck sagen, ich würde Sachverständige über die Finanzfrage zu Rate ziehen. Nachher gingen wir in den Salon, wo man Tee trank. Ich fand den Kanzler noch etwas leidend, aber frisch und munter.

Heute, den 28., ließ mir Holstein sagen, ich möchte mit ihm auf die Saujagd fahren. Das nahm ich an. Es kam mir wirklich ein Frischling oder Ueberläufer, den ich fehlte. Dann fuhr ich zurück, Holstein wollte noch weitere Triebe machen. Ich war gegen 12 Uhr zu Hause, setzte mich an den Frühstückstisch zur Fürstin und wartete auf den Reichskanzler. Dieser kam bald nachher, frühstückte, las uns Artikel und Telegramme vor und lud mich dann ein, zu ihm zu kommen. Er begann die Unterredung, indem er mir sagte, es sei ihm von Wert, mit mir über die Wiederbesetzung der Bülow'schen Stelle zu reden. Er glaube nicht, daß ich die Stelle eines Staatssekretärs annehmen würde, was ich bestätigte. Nun gäbe es einen Ausweg, der darin bestehe, daß mir die beiden Stellen des Vizekanzlers und des Staatssekretärs zusammen übertragen würden. Er wisse zwar nicht, wie er es anfangen solle, Stolberg zu veranlassen, wieder nach Wien zurückzugehen, aber das werde sich finden. Auch könne er mir keine Besoldung anbieten, die meinen bisherigen Bezügen entspreche, da für diese Stelle nur zwölftausend Taler disponibel seien und sich eine höhere Dotierung jetzt nicht durchführen ließe. Ich erwiderte, ich würde mich glücklich geschätzt haben, diese hohe und interessante Stellung anzunehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß meine geistige und körperliche Kraft sich als unzureichend erweise, allein ich müsse ihm offen sagen, daß meine finanzielle Lage mir nicht erlaube, ohne entsprechendes Gehalt in Berlin zu leben. Meine Verhältnisse, welche etwas derangiert gewesen, seien jetzt geordnet. Damit aber der Plan durchgeführt werden könne, sei das Gehalt eines Botschafters unentbehrlich. Ich könne jeden Augenblick auf dieses Gehalt verzichten, würde dann aber eingeschränkt auf dem Lande leben oder etwa in München. In einer großen Stadt könne ich ohne jenes Gehalt nicht leben. Das sah der Reichskanzler vollkommen ein und bestärkte mich in meiner Auffassung durch Angaben über seine eignen Verhältnisse. Er, der nicht mehr Aufwand macht, als ich machen müßte, gibt jährlich fünfzig- bis sechzigtausend Taler aus. Er weiß also sehr gut, daß ich nicht mit zwölf- oder auch zwanzigtausend Talern in Berlin leben könnte. Ich fragte, ob er denn den Posten gleich besetzen müsse. Das verneinte er. Und ich sagte, wenn er mich während des Sommers zur Vertretung brauche, sei ich stets bereit. Das nahm er für den eventuellen Fall dankbar an. Dann nannte er Reudell, Schlözer, Radowitz, Otto Bülow, Pfuel, Styrum, Alvensleben, charakterisierte jeden sehr richtig und fragte, für wen ich stimmen würde. Ich nannte Schlözer. Damit schloß die Unterredung.

Den Abend hatte ich noch Gelegenheit, manches zu hören. Es war die Rede von Schweinitz, und Bismarck meinte, er wünsche sehr, ihn zu sehen, da es nötig sei, ihn davon abzuhalten, jetzt in Petersburg einen falschen Ton einzuschlagen. Er dürfe nicht pikiert, nicht zugeknöpft, sondern ganz natürlich sein und liebenswürdig wie immer. Wenn man mit einem guten Freund durch den Wald gehe, der auf einmal Zeichen der Verrücktheit bemerken lasse, so tue man gut, einen Revolver in die Tasche zu stecken; man könne aber dabei recht freundlich sein. Von Frankreich meint Bismarck, daß die Regierung Gefahr laufe, von der radikalen Masse überwältigt zu werden. Gefährlich sei die Kommune, wenn man sich auf die Truppen nicht verlassen könne. Ich erwiderte, daß die Kommune wenig Chancen habe, da sie nicht bewaffnet sei.

Holstein ist sehr betrübt über den Ausgang der Unterhandlung mit mir, sieht aber ein, daß es nicht ging.

In der österreichischen Vertragsache wird das Abkommen sehr geheim gehalten. Die Diplomaten erfahren nichts davon. Der Reichskanzler ist der Meinung, daß es für uns gut sei, wenn England und Frankreich gute Beziehungen unterhalten. Solange dies der Fall, werde Frankreich nicht mit Rußland gehen. In der griechischen Frage gehe Frankreich sehr ins Zeug. Da könnten wir nicht mitgehen, da wir Oesterreich und England, die nicht so weit mitgehen, schonen müßten. Fournier in Konstantinopel arbeite gegen England und für eine russische Allianz. In Konstantinopel zankten sich die Vertreter der fremden Mächte immer. England habe unrecht, den Franzosen ultramontane Bestrebungen in Syrien vorzuwerfen. Sie könnten ja doch nicht alles haben. Um 12 Uhr verabschiedete ich mich und ging zu Bett.

Berlin, 30. Oktober 1879.

Heute sprach ich mit Bleichröder, der von Rußland Briefe erhalten haben will, wonach der Kaiser unzurechnungsfähig sei. Die Bevölkerung und der Hof seien sehr gegen Deutschland erbittert, namentlich gegen Bismarck und seinen Vertrag. Was daraus entstehen werde, könne man jetzt nicht wissen. Als für den Kanzler besonders interessante Gegenstände von Pariser Berichten bezeichnete er:

1. Die finanzielle Verwicklung, d. h. den Krach, der nach den Gründungen erwartet werden müsse,
2. die Frage, ob ein französisch-italienisches Anlehen abgeschlossen werde,
3. die Frage der russisch-französischen Allianz und
4. setzte ich hinzu, die Beziehungen zwischen England und Frankreich.

Paris, 4. November 1879.

Bei meiner Ankunft in Paris am vergangenen Sonntag (2. November) wurde ich durch die unbequeme Nachricht überrascht, daß der Großherzog und die Großherzogin von Weimar noch hier seien und noch hier zu bleiben gedächten. Da sind denn Diners und Laufereien in Aussicht. Ich hörte zu Hause durch Wesdehlen, die Großherzogin sei an diesem Tage in Chantilly, ein Besuch also nicht nötig. Nachmittags zu Waddington und zur Fürstin Urussow. Abends zu Hause. Den folgenden Tag, Montag, Visite bei Großherzog und Großherzogin. Ersterer fragte mich, ob er zu Grévy gehen solle. Ich setzte ihm in feierlicher Weise die Gründe auseinander, die für einen solchen Entschluß sprächen. Damit war Seine Königliche Hoheit einverstanden. Nun wagte ich zu bemerken, die höchsten Herrschaften pflegten zwischen 1 und 2 Uhr zu dem Präsidenten zu fahren. Das ging nun nicht, und so wurde  $1\frac{1}{4}$  Uhr bestimmt. Ich ging sofort zu Grévy, dem ich ohnedies meinen Besuch machen mußte. Als ich ihm von dem Besuche sprach, meinte er, ob ich den Großherzog nicht eine Stunde später bringen könne, da er gerade mit Bonnat verabredet habe, für sein Porträt von 2 bis 4 Uhr zu sitzen. Ich war damit einverstanden, hütete mich aber, dem hohen Herrn diesen Vorschlag des republikanischen Präsidenten mitzuteilen, sondern wählte einen andern Vorwand, um die Stunde des Besuchs zu verlegen. Dann nach Hause, wo ich einen langen Besuch von Monsignore Czacki erhielt. Er behandelte den Kulturkampf. Sein Aeußeres ist wenig vertrauenerweckend, aber er ist sehr klug und gewandt.<sup>1)</sup>

Um  $1\frac{1}{2}$  Uhr holte ich Seine Königliche Hoheit ab. Wir kamen ins Elysée. Hier stand im Hofe eine Ehrenwache, die Adjutanten waren auf der Treppe, und ich war ganz zufrieden, daß dem Großherzog ein anständiger Empfang bereitet wurde. Als wir aber in den Salon traten, war der gute Grévy nicht da. Der Großherzog sagte mit einem unver-

---

<sup>1)</sup> Notiz des Fürsten über das Gespräch mit dem päpstlichen Nunzius Monsignore Czacki: Versicherung der guten Intentionen des Papstes. Hoffnung auf Ausgleich. Gefahren für den Staat. Dankbarkeit des Papstes, wenn ein Ausgleich zustande käme. Versicherung, daß er nicht berufen sei, zu unterhandeln, so wenig wie ich. Akademische Unterhaltung. Meine Bemerkung, daß sie jetzt zeigen sollen, daß sie entgegenkommen wollen, indem sie Dinge ausführen, die sie tun können, z. B. Anzeige. Das sei nicht möglich, ohne die Kurie dem Vorwurfe auszusetzen, daß sie sich schwach zeige. Die Konzessionen müßten gleichzeitig und gegenseitig sein. Meine Bemerkung, daß dies im Widerspruch stehe mit seinem eignen Vorschlage. Beharrt darauf. Austausch, Echange de bouquets, dann werde sich alles kalmieren. Langsam, aber sicher, nicht übereilen, aber nicht zu lange zögern. Fehler des Kardinals Antonelli, daß er Arnims Vorschlag eines Nunzius nicht angenommen habe. Botschafter in Rom.

gleichlichen Ausdruck von Ironie, Entrüstung und Resignation nichts als: „Enfin!“ und richtete sich noch steifer in die Höhe als sonst. Als nun Grévy herauskam, wurde er noch steifer, so daß Grévy gar nicht wußte, was das bedeuten sollte. Er bot uns Stühle an, und nun begann eine recht gemütliche Unterhaltung seitens Grévys und eine sehr herablassend hochnäsige seitens Seiner Königlichen Hoheit. Als eine Stunde um war und der Großherzog noch immer nicht aufbrach, bekam ich große Angst, daß Grévy plötzlich aufstehen und sich freuen werde, die Bekanntschaft des Monarchen gemacht zu haben. Glücklicherweise tat er aber nichts dergleichen, führte die Notwendigkeit der republikanischen Staatsform in Frankreich in wohlgefügten Worten aus und imponierte durch seine klare Darstellung nicht wenig. Endlich erhob sich der Großherzog, und wir gingen von Grévy hinausgeleitet bis zum Wagen.

Noch muß ich erwähnen: Als wir zum Präsidenten fuhren, bemerkte ich dem Großherzog, er solle sich nicht skandalisieren, wenn Grévy einen Verstoß gegen die Etikette mache, er sei „ein Kanadier, der Europäers übertünchte Höflichkeit nicht kenne“, worauf der Großherzog erstaunt fragte, ob denn Grévy aus Kanada sei. Ich mußte nun erläuternd bemerken, daß diese Redensart ein Vers aus einem Gedichte von Seume sei, das nach Büchmann noch zwei weitere geflügelte Worte geliefert hat.

Paris, 17. November 1879.

Heute besuchte ich wieder den Nunzius. Er kam sofort auf das Gespräch zurück, das wir neulich im Ministerium nicht beendet hatten. Es ist immer die Frage, wie der Kulturkampf in Preußen beendet werden kann. Ich wiederholte die letzten Sätze meiner damaligen Äußerungen und sagte, nicht die Regierung allein, sondern das Volk habe es für nötig gehalten, die Paragraphen der Verfassung zu beseitigen. Man wolle bei uns keine „freie Kirche im freien Staat“. Was mir bei Monsignore Czacki mißfällt, ist seine Tendenz, die Unterstützung des Papstes für die Pläne des Reichskanzlers in Aussicht zu stellen für den Preis, daß man preußischerseits ihm in bezug auf die Maigesetze Konzessionen mache. Dabei läßt er durchblicken, daß, wenn man sich nicht verständige, daraus Gefahren für den Staat entstehen würden. Als er hervorhob, daß bis zu den Maigesetzen die besten Beziehungen zwischen der Kurie und Preußen bestanden hätten, erinnerte ich ihn an die Entstehung des Kulturkampfes und daran, daß die feindliche Haltung der Zentrumspartei und der katholischen Presse gleich nach dem Kriege und nach der Gründung des Deutschen Reichs eingetreten sei, noch ehe man an die Maigesetze gedacht habe. Ich wiederholte, daß wir uns auf eine Wiederherstellung der Verfassungsparagraphen nie einlassen würden. Er meinte,

man könne ja auch in andrer Form Konzessionen machen. Dabei kam er auf den Papst und auf dessen Sympathie für den Reichskanzler und auf die Notwendigkeit zu sprechen, diesen günstigen Zeitpunkt zu benutzen, da nur Fürst Bismarck und Leo XIII. Frieden machen könnten. Das Gespräch kam zu keiner befriedigenden Wendung, wenngleich er hervorhob, daß der Papst entschlossen und stark genug sei, die Katholiken zu einer loyalen Haltung gegenüber der Regierung zu bewegen. Natürlich nur immer gegen Konzessionen.

Nachmittags kam Gambetta zu mir. Er sprach seine Befriedigung aus, daß ich nicht von hier weggehe, was er und, wie er sagte, alle sehr bedauert haben würden. Dann kamen wir auf die Ernte, auf die verfehlte Weinlese, auf die Verluste, die dies Frankreich bringe. Was die Kammer betrifft, so glaubt er, daß die Amnestie von der Kammer verworfen werden wird. Man könne allerdings zugeben, daß die Begnadigungen nicht mit der gehörigen Sorgfalt geschehen seien. Es seien Unwürdige begnadigt und Würdige übersehen worden. Darüber müsse man noch eine genauere Prüfung anstellen. Die Session werde bis Weihnachten dauern, und Gambetta hofft auch noch die Tarifrage zur Sprache zu bringen. Er meint, die protektionistische Bewegung habe wegen des Ernteausfalls abgenommen und die Zahl der Freihändler zugenommen. Doch könne man noch nicht sagen, wohin sich die Mehrheit der Kammer neigen werde. Was die Ferryschen Gesetze betrifft, so glaubt Gambetta, daß sie mit einer Mehrheit von 10 bis 12 Stimmen „telles quelles“ ohne Modifikation durchgehen werden. Vom Nunzius sagte er: „Il se remue beaucoup,“ dies sei aber nicht geschickt und nicht klug. Der französische Klerus liebe es nicht, von einem Nunzius geleitet zu werden. Sie seien dem Papste ergeben, wollten aber nicht von einem Nunzius geleitet sein. Das sei noch ein Rest des Gallikanismus. Ich brachte dann die Rede auf die auswärtige Politik und fragte, ob sie in der Kammer zur Sprache kommen werde. Er glaubt das nicht. Es bestehe wenig Verständnis dafür in der Kammer, auch fehle der Anlaß zu einer Diskussion. Er versichert, die Stimmung des Landes sei friedlich. Man habe ihn seitens der konservativen Partei verleumdet und ihm kriegerische Velleitaten schuld gegeben. Er werde Gelegenheit nehmen, dies mit Dokumenten in der Hand zu enthüllen. Man sei so friedlich, daß man ihm aus der Provinz geschrieben und ihn gewarnt habe, sich nicht solchem Verdacht auszusetzen. Aber es sei gar nicht zu glauben, welche Bosheit die Gegner verwendeten, um ihm zu schaden. Es komme ihnen auf Lügen und Verleumdungen nicht an. Die Unterredung dauerte etwa drei Viertelstunden. Noch muß ich hinzufügen, daß Gambetta die Sache der Bonapartisten für verloren ansieht. Eine Ansicht, die ich nicht teile.

Paris, 22. November 1879.

Der Prinz Napoleon kam heute zu mir. Er sah aus wie immer. Es scheint also, daß die Gerüchte über seine Krankheit übertrieben sind. Er kann übrigens deshalb doch an Diabetes leiden. Er fragte nach dem Kaiser, nach dem Kronprinzen und nach Fürst Bismarck. Er meinte, daß letzterer zu viel esse. Er habe ihn Bier, Milch und Champagner und dazu Würste zu sich nehmen sehen. Dann sprach er von Varzin und von Friedrichsruhe. Vom Kronprinzen kam er auf Italien. Er hält die Zustände in Italien für besser, als man gewöhnlich annimmt. Die Italiener seien gemäßigte Leute und die Radikalen in der Minderheit. Was den Italienern fehle, sei die Fähigkeit, zu administrieren. Die Armee sei wohl diszipliniert. Sie sei nicht so gut wie die piemontesische, aber der Einfluß der letzteren mache sich doch fühlbar. Italien sei leichter zu regieren als Frankreich. Hier sei zunächst nichts zu fürchten. Das Land sei ruhig und zufrieden. Die Kammer werde nicht bedroht sein. Das werde später kommen. Dazu müsse aber erst Unruhe in der Kammer selbst entstehen. Der Winter werde ruhig vergehen. Man werde ja sehen, was die Zukunft bringe. Frankreich mache das Experiment einer zentralisierten Republik. Die Schweiz und die Vereinigten Staaten seien föderative Republiken. Die konstitutionelle Monarchie habe sich erprobt, die zentralisierte parlamentarische Republik noch nicht. Von Grévy sagte er, er sei ein ruhiger, überlegter Mann. Das Ministerium hält er nicht für kräftig genug. Eine Aeußerung, auf die ich nicht weiter einging. Gambetta nannte er vorübergehend. Das Ministerium werde sich wohl den Winter über halten. Den Scrutin de liste, glaubt er, werde man einführen. Doch sei die Kammer wohl nicht geneigt, dies jetzt schon zu tun.

Am Anfang der Konversation erzählte der Prinz, daß er die Kaiserin Eugenie gestern bei ihrer Durchreise gesehen habe. Sie habe wohl ausgesehen. Eine Erlaubnis zur Durchreise hatte sie nicht verlangt. Das sei auch nicht nötig gewesen.

Paris, 23. Dezember 1879.

Blowitz erzählte mir heute über die Ministerkrisis <sup>1)</sup> folgendes:

Freycinet hatte am Sonnabend die Absicht, Herold das Innere, Challemel-Lacour Justiz und Kultus anzubieten. Damit würde er weit

---

<sup>1)</sup> Am 16. Dezember hatte sich bei der Verhandlung über eine Interpellation Dockroys betreffend die Anwendung des Gesetzes über die teilweise Amnestierung der Kommunisten herausgestellt, daß das Ministerium Waddington nicht mehr die Mehrheit in der Kammer hatte. Am 21. Dezember gab das Ministerium seine Entfassung.

genug links und doch nicht so weit gegangen sein, um in regierungsunfähige Kreise zu greifen, wie wenn er seine ursprüngliche Absicht ausgeführt hätte, Brissson mit aufzunehmen. Wenn der Präsident Grévy Léon Say das Präsidium übertrüge, so würde er ein Auflösungsministerium bilden, das keine Aussicht hätte, bei den Wahlen durchzudringen.

Ein Ministerium Freycinet-Herold kann auflösen, ohne dem Präsidenten einen échec zu bereiten. Gambetta ist gegen Freycinets Eintritt, weil er ihn für sich reservieren will. Grévy weiß dies. Das Ministerium Freycinet ist Gambetta auch aus dem Grunde unangenehm, weil er fürchtet, daß es die Auflösung mit günstigem Erfolg für Grévy durchführen, die Frage des Scrutin de liste vertagen wird. Freycinet hat mit Gambetta gesprochen und ihm gesagt, er wisse, daß Gambetta gegen ihn sei. Das sei aber ein Grund, weshalb er jetzt nicht mehr zurück könne, weil er sich sonst als abhängig von ihm darstelle. So steht die Frage heute. Blowik ist gegen Gambetta. Er sagt, dieser könne nur entweder als Diktator oder als Sozialist am Ruder bleiben und werde entweder das eine oder das andre tun. Er hält ihn für fähig dazu und arbeitet daran, ihn unmöglich zu machen.

Blowik fragte mich nach der griechischen Frage, über die ich ihm nichts sagen konnte. Nachmittags kam Blowik wieder und erzählte, Grévy habe die Bedingungen Freycinets, der sich mehr auf die Union stützen, Herold und Challemel-Lacour ins Ministerium haben und Floquet die Seinepräfektur geben wollte, nicht angenommen. Er unterhandle wieder mit Waddington.

Darauf ging ich zu Pontécoulant. Dieser sagte, Waddington sei eben bei Grévy. Freycinet habe Brissson zum Minister des Innern, Floquet zum Seinepräfekten haben wollen. Das habe Grévy unmöglich geschienen, und darauf habe er mit Freycinet abgebrochen und sich wieder mit Waddington und Léon Say besprochen. Das gleiche steht auch heute Abend im „Temps“. Gambetta soll die Vorschläge Freycinets mißbilligen. Ich glaube das wohl, da ihm der Eintritt Freycinets in das Ministerium nicht angenehm ist. Grévy meint, es sei noch nicht Zeit und durch die Lage nicht gerechtfertigt, so weit links zu greifen. Blowik sagt, meines Erachtens mit Recht, daß Grévy besser täte, Freycinets Vorschläge anzunehmen und etwas weiter links zu gehen, um dann ein Ministerium zu haben, mit dem er erfolgreich auflösen könne, wenn die Kammer wieder Skandal mache oder Allianzen zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken gebildet würden. Mit einem Ministerium Léon Say oder Waddington auflösen, heiße dem Präsidenten Grévy denselben échec bereiten wie dem Marischall.

Paris, 28. Dezember 1879.

Nachdem Waddington gestern noch die Hoffnung gehegt hatte, Freycinet werde sich wieder zu ihm wenden und ihn um seinen Wiedereintritt ersuchen müssen, da die Union républicaine nicht ohne Gambetta an dem Ministerium teilnehmen werde, ließ er mich heute Nachmittag bitten, zu ihm in das Ministerium zu kommen. Er sagte mir, daß er und Léon Say zurückgetreten seien und daß Freycinet das Auswärtige übernehmen werde. Die Wendung habe gestern stattgefunden, da die Union républicaine nach Gambettas Weigerung, einzutreten, als Freycinet die Absicht kundgegeben habe, Waddington und Léon Say zu behalten, erklärt habe, sie werde sie entschieden bekämpfen. Das geschah auf Anstiften Gambettas, der Waddington weghaben wollte. Freycinet war damit um so mehr zufrieden, als er gern das Ministerium des Aeußern übernimmt. Er bot Waddington die Botschaft in London an, die dieser ablehnte. Nun konstituierte Freycinet sein Ministerium mit Lepère, Cazot, Magnin, Farre, Tirard, Cochery, Ferry, Jauréguiberry.

In der äußeren Politik wird sich wenig ändern. Großen Halt verspricht das Ministerium nicht. Es wird der Vorläufer eines Ministeriums Gambetta sein, wenn es Gambetta nicht vorher gelingt, Grévy zu stürzen. Freycinet und Grévy werden aber dagegen arbeiten, und es könnte sein, daß Gambetta nicht seine Rechnung dabei fände. St. Vallier will Freycinet behalten. Es ist ratsam, ihm in Berlin dies zu erleichtern. Er hat keinen Grund, wegzugehen, da das Ministerium gemäßigt ist.

Paris, 12. Januar 1880.

Der Besuch bei Gambetta verlief wie gewöhnlich. Ich erkundigte mich nach seinem Befinden, er sich nach dem meinigen. Dann sprach er von der Kammer, von dem Ministerwechsel, von Freycinet, der ganz besonders geeignet sei, die Stelle eines Präsidenten zu übernehmen, und daß nun alles gut gehen werde. Was St. Vallier<sup>1)</sup> betrifft, so war er augenscheinlich falsch informiert. Er meinte, St. Vallier habe seine Entlassung gegeben, um eine Demonstration gegen Artikel 7<sup>2)</sup> zu machen. Ich bestritt dies und sagte ihm, wie die Sache gekommen ist. Gambetta ist fein genug, um zu merken, daß ich nur wegen St. Vallier zu ihm gekommen war. Beim Weggehen fing er noch einmal davon an und meinte, es sei eine Uebereilung von St. Vallier gewesen, für die er büßen müsse. Ich fragte

1) Welcher unmittelbar nach der Ernennung des neuen Ministeriums um seinen Abschied gebeten hatte. Nach einem Besuche in Paris nahm er am 8. Februar sein Gesuch zurück.

2) Des Ferryschen Unterrichtsgesetzes.

darauf, ob er glaube, daß St. Vallier nicht zu halten sei, worauf er sagte: Nein, aber man müsse die Sache erst einige Wochen hinziehen.

Berlin, 20. Januar 1880.

Den 16. hier angekommen. Heute Besuch von Herbert Bismarck und Dernburg. Das Resultat aller Besprechungen ist folgendes: Der Reichskanzler ist in Barzin nervös und zögert zu kommen, weil er sich fürchtet, daß er hier durch den Kaiser und alles andre zu sehr in Anspruch genommen wird. Der Kaiser verliert etwas das Gedächtnis, erinnert sich nicht, was er unterzeichnet hat, und wird dann mitunter grob, wenn er hört, daß etwas geschehen ist, wovon er meint, keine Kenntnis erhalten zu haben. Der Reichskanzler will die Bülow'sche Stelle noch nicht besetzen. Als er neulich einen Bericht von mir las, der seinen Ansichten vollkommen entsprach, sagte er, nachdem er lange vor sich hingesehen hatte: „Ja, wenn ich den an Bülow's Stelle haben könnte!“ Dernburg sagt mir dasselbe vom Standpunkt der Liberalen aus. Die Vertretung durch Radowicz genügt dem Fürsten nicht. Auch herrscht ein republikanisches System im Auswärtigen Amt, niemand will dem andern gehorchen: Otto Bülow, Radowicz, Bucher und Philippsborn. Ich sehe ein, daß ich allein in der Lage wäre, Ordnung in die Sachen zu bringen; ich sehe aber nicht ein, wie ich hier leben soll. Bleichröder spielt sich auf den Unterstaatssekretär und tut, als mache er alles, insbesondere sei er es, der St. Vallier halten werde. Das agaciert den Reichskanzler und mit Recht.

Der Kulturkampf liegt jetzt im Kultusministerium, das die Besprechungen zwischen Hübner und Jacobini studiert. Der Papst hat selbst an Bismarck geschrieben. Alles geht langsam vorwärts. Der Reichstag wird bis Ostern den Etat beraten, nach Ostern die Verlängerung der Budgetperioden auf zwei Jahre und das Septennat. Dann bin ich hier nötig. Daß ich vorher komme, scheint nicht erwartet zu werden. Das wäre also im April.

Berlin, 20. Januar 1880.

Heute um 4 Uhr war ich beim Kaiser. Er fing damit an, von dem Freycinet'schen Ministerium zu sprechen, und bemerkte, daß es ihn eigentlich gewundert hätte, daß Bismarck mir den Auftrag erteilt habe, das Ministerium in dieser Weise zu begrüßen,<sup>1)</sup> da man es ja doch noch nicht gekannt habe. Es möge ja besser sein, als man anfangs geglaubt habe, aber es sei doch etwas viel gewesen, dies gleich zu Anfang zu sagen, auch

<sup>1)</sup> Fürst Hohenlohe hatte am Neujahrstage bei dem Empfange der Botschafter Herrn de Freycinet die Glückwünsche des Fürsten Bismarck und dessen Wunsch nach Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich ausgesprochen.

hätte er es als eine Demonstration gegen Rußland angesehen. Ich erwiderte, ich sei sehr froh, daß mir Gelegenheit gegeben werde, mich über diese Angelegenheit zu äußern. Der Reichskanzler sei dabei sehr unschuldig. Er habe unter Bezugnahme auf die beunruhigenden Äußerungen der Presse sich veranlaßt gesehen, aussprechen zu lassen, daß das neue Ministerium uns keinen Grund gebe, unsre Beziehungen zu ändern. Ich hätte den Auftrag so ausgeführt, wie er mir aufgetragen worden sei. Die Umstände aber und namentlich die Unerfahrenheit der neuen Beamten des Ministeriums seien schuld daran, daß die Inszenierung der ganzen Sache eine andre geworden sei, als ich beabsichtigt hätte, und so sei mehr daraus gemacht worden, als vorausgesehen war. Damit beruhigte sich der Kaiser. Er ging dann zu andern Sachen über. Er bedauerte, daß ich den Reichskanzler nicht sähe, meinte aber, die Hauptsache sei, daß der Reichskanzler zum Reichstage herkomme. Dann sprach er viel von Rußland, erwähnte, daß Miljutin der Gegner Deutschlands sei und sich mit dem Gedanken trage, die deutschen Waffen durch die russischen demütigen zu lassen, sprach dann seine Befriedigung aus, daß es Walujew gelungen sei, den Einfluß Miljutins zu paralysieren. Die Zustände in Rußland seien sehr bedauerlich. Es sei begreiflich, daß die Russen eine Konstitution für sich wollten, nachdem der Kaiser den Bulgaren eine gegeben habe. Und doch sei eine Konstitution für Rußland der Anfang des Zerfalls. Von St. Vallier sagte er, er hoffe, daß er bleiben könne, und beauftragte mich, dafür zu wirken, soweit dies möglich und ratsam erscheine.

Paris, 28. Januar 1880.

Heute Nachmittag bei Freycinet. Wir sprachen zuerst von den Ferryschen Gesetzen. Das jetzt der Beratung des Senats vorliegende Gesetz betreffend den Conseil supérieur de l'instruction wird nach Freycinets Ansicht mit Leichtigkeit durchgehen. Wie es mit dem Gesetz über die Kongregationen gehen wird, läßt sich noch nicht bestimmen. Doch meinte Freycinet, daß man in der katholischen Partei doch einsehen werde, daß die Verwerfung des Artikels 7 noch schlimmere Folgen haben werde als dessen Annahme. Er will auch in diesem Sinne sprechen. Er war meiner Ansicht, daß man die Kammer nicht wegen antikleikalischer Anträge auflösen könne, und diese würden kommen, wenn der Artikel 7 verworfen würde. In bezug auf den Amnestieantrag sagte er, daß die Regierung eine Majorität von dreihundert Stimmen gegen die äußerste Linke haben werde, auch wenn die Rechte für Louis Blancs Antrag<sup>1)</sup> stimmen sollte, was er voraussieht.

1) Vom 22. Januar auf Erlass einer vollständigen Amnestie für die Kommunards.

Dann war von Decazes und dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Rede. Er meinte, jedermann wisse, daß sich damals die Regierung des 16. Mai im Inlande und Auslande in demselben Sinne geäußert habe.<sup>1)</sup> Von einer bewaffneten Intervention sei nie die Rede gewesen, und es sei lächerlich, sich dagegen zu verteidigen.

Hierauf sprachen wir von Rumänien und dann von unserm Militär-gesetz. Die Beunruhigung darüber bestehe nicht im Lande und nicht bei der Regierung, sondern nur in der Presse. Abends zu Broglie, wo die konservative Gesellschaft vereinigt war.

Paris, 10. Februar 1880.

Gestern ein Brief von Holstein mit dem Vorschlage, daß ich mich anbieten soll, die Geschäfte des Ministeriums vorübergehend zu führen. Ich fürchte, wenn ich einmal dort bin, komme ich nicht wieder weg. Ich habe das Gefühl, daß es mit dem Pariser Aufenthalt zu Ende geht. Nachmittags mit Fürstin Urussow zu Mademoiselle Jacquemart,<sup>2)</sup> wo eine glänzende Gesellschaft vereinigt war: Brancovan, Broglie, Madame d'Harcourt, d'Haussonville u. a. Zum Diner zu Beust. Gambetta war auch dort. Im ganzen vierzehn Personen. Nach Tisch sprach ich lange mit Gambetta. Solange Zuhörer da waren, wurde vom Tarif und ähnlichem gesprochen. Als wir allein waren, sprach er seine Freude aus, daß der Kulturkampf bei uns noch nicht zu Ende sei. Er meint, es gebe gar keine Verständigung. Die Behauptung, daß der Kampf mit der Kurie ein Unglück sei, sei unbegründet. Kampf und Opposition müsse immer sein, und da sei es doch besser, wenn der Kampf sich auf diesem Felde bewege als auf anderm. Ich führte dann das Gespräch auf die Epoche des 16. Mai und verwertete mein Material. Gambetta hörte höflich zu, aber wie einer, der alles schon weiß. Die angeblichen Staatsstreichpläne des Marschalls und des Duc Decazes verwarf er entschieden. Er ist meiner Meinung, daß die damaligen Mitteilungen nichts anderes gewesen sind als das Bestreben, sich bei den monarchischen Regierungen angenehm zu machen. Ernster sei die Komödie von 1875 gewesen. Er habe an die Kriegsgefahr, die Decazes vorspiegelte, nicht geglaubt und habe das dem Minister in einer Kommissionsitzung offen ins Gesicht gesagt. Ueber die Vorgänge im Sommer 1877 und über Gontauts Gespräch mit dem Kaiser war er

1) Die „Norddeutsche Allgemeine“ hatte angedeutet, daß die Regierung des 16. Mai in Berlin Schritte getan habe, um im Hinblick auf einen etwaigen Staatsstreich über die Haltung der deutschen Regierung Versicherungen zu erhalten, und hatte daran die Erklärung geknüpft, daß die deutsche Regierung sich den inneren Angelegenheiten Frankreichs grundsätzlich fernhalte.

2) Berühmte Malerin, später mit M. André verheiratet.

vollkommen unterrichtet. „Wir haben das alles in den Archiven des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.“ Indessen hat er augenscheinlich jetzt keine Lust, die Sache an die große Glocke zu hängen. Er billigt jedes Wort der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Allein er glaubt, der Moment sei verpaßt. Man hätte die Minister des 16. Mai nicht laufen lassen, sondern sie verurteilen sollen „sauf à les gracier plus tard“. Jene Haltung des Ministeriums zugunsten der Nachsicht sei, meinte er, eines der wesentlichsten griefs der Kammer gegen das Ministerium Waddington. Die Kammer habe dies nicht verwinden können. Wir kamen dann auf die Kriegsgerüchte. Das sei, sagte Gambetta, ein Manöver derselben Leute. Diese wollten Unruhe erhalten, die ruhige Arbeit stören und Mißtrauen gegen die Republik verbreiten. Das mache aber keinen Eindruck auf das Volk. Dieses sei apathisch und lasse sich nicht leicht aufregen. Auch die Amnestie-debatte werde keine Aufregung erzeugen. Ich meinte, das könne sich plötzlich ändern. Gambetta erwiderte, das sei möglich, aber nicht wahrscheinlich. Der eigentliche Grund der Zurückhaltung der Republikaner in bezug auf Decazes liegt darin, daß sie die Sache als durch den Beschluß der Kammer, welcher den Antrag auf Untersuchung ablehnt, erledigt betrachten und fürchten, sich dem Vorwurf auszusetzen, den sie sich selbst machen: Warum sind die Minister nicht vor Gericht gestellt worden?

Berlin, 22. Februar 1880.

Ich schreibe unter dem Eindruck, daß eine gute Zeit zu Ende ist, daß eine sorgenvolle, unangenehme beginnt. Es läßt sich aber nicht ändern, und man muß das Unvermeidliche tragen, wie es geht. Gestern hier angekommen, fand ich Holstein auf dem Bahnhofe. Er begleitete mich bis zum Herrenhause. Ich erfuhr schon durch ihn, daß man mich bald hier haben will, daß man mich damit vertröstet, ich würde wieder nach Paris zurückkommen, und daß Radowicz nach Paris en mission extraordinaire soll, um bis zu meiner Rückkehr die Geschäfte zu führen.

Um 11 Uhr ging ich in den Reichstag. Ich sprach mit verschiedenen Abgeordneten, mit Lasfer, Bennigsen, Benda, Dernburg u. a. Der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der von der aggressiven Stellung Rußlands und Frankreichs spricht, hat viel Sensation gemacht und wird mit Besorgnis kommentiert. Nachher erfuhr ich beim Reichskanzler, daß er den Artikel nur geschrieben hat, um auf die Abgeordneten einzuwirken, damit sie für das Militärgesetz stimmen. Er lachte, als ich ihm von der Wirkung sprach.

Radowicz sprach mir gleich von meiner Einberufung und davon, daß er nach Paris solle, wenn ich nichts dagegen hätte. Natürlich konnte ich nichts andres sagen, als daß es mir recht sei. Radowicz glaubt, daß

Hatzfeld in einigen Monaten durchgesetzt werden könne. Dann zu Lindau, Holstein, Busch und Herbert Bismarck. Letzterer sagte mir, daß sein Vater mich um 3 Uhr sprechen wolle. Ich ging hinüber. Der Fürst empfing mich sehr freundlich, sprach von den Bedenken, die Marie gegen die Uebernahme der Stellung geäußert hatte, und von allerlei. Er will meine Vertretung nur während einiger Monate, dann könne Hatzfeld eintreten und dann nach einigen Monaten etwa Reudell. Mir kam es so vor, als hoffe er immer noch, daß ich mich doch noch entschließen würde, ganz dazubleiben. Ich bemerkte deshalb ausdrücklich, daß mir dies aus finanziellen Gründen unmöglich sei. Dann kam Bismarck auf verschiedene Minister zu sprechen, die reich geworden seien, sprach von Manteuffel, Schleinitz, Talleyrand u. a. Endlich fragte er mich, wann ich kommen wolle, und sprach den Wunsch aus, daß ich schon Anfang April kommen möchte. Ich bin dann um so früher fertig und kann im September weg.

Abends zum Diner zu Bismarck. Ich erwähnte die Befürchtungen, die man vor Gambetta hegen müsse. Er legte dem keinen großen Wert bei und meinte, man könne es nicht ändern, wenn dem so wäre. Bei Tisch wurde viel Portwein und Ungarwein getrunken. Nachher setzte ich mich neben den Reichskanzler und brachte das Gespräch auf allerlei. Von Kolonien will der Reichskanzler nach wie vor nichts wissen. Er sagt, wir haben keine genügende Flotte, um sie zu schützen, und unsre Bureaukratie ist nicht gewandt genug, um die Verwaltung solcher Länder zu leiten. Der Reichskanzler sprach auch über meinen Bericht über die französischen Pläne auf Marokko und meinte, wir könnten uns nur freuen, wenn sich Frankreich Marokko aneigne. Es habe dann viel zu tun, und wir könnten ihm die Vergrößerung des Gebiets in Afrika als Ersatz für Elsaß-Lothringen gönnen. Als ich ihn aber fragte, ob ich mich in diesem Sinne Freycinet gegenüber aussprechen solle, verneinte er dies. Das sei zu viel. Busch, mit dem ich heute dieselbe Frage besprach, meinte, die Engländer würden die Annexion von Marokko wegen Gibraltar nie zugeben.

25. Februar.

Heute Besuch von Busch. Dann im Reichstag. Später im Auswärtigen Amt, dann bei Bleichröder. Er ist mit der Mission von Radomiz nach Paris nicht einverstanden und will davon abraten. Das wird umsonst sein.

Bei Stolberg fand ich viele Leute, u. a. Lucius, mit dem ich über meine Berufung sprach. Er sagte, wenn ich die Vertretung, die er für sehr zweckmäßig hält, nicht angenommen hätte, so würde der Reichskanzler mir das stets nachgetragen haben. Er kennt Bismarck genau und sagte das mit besonderem Nachdruck.

Berlin, 29. Februar 1880.

Der Kaiser ließ mir heute Morgen sagen, ich möchte um 1 Uhr zu ihm kommen. Ich mußte eine Zeitlang warten, da ein alter General bei ihm war. Als ich hineinkam, fing der Kaiser gleich von dem Projekt meiner Berufung zu reden an, bedauerte, daß ich nach Berlin käme, da er mich lieber dort sähe, meinte aber, es ginge nicht anders. Er hätte vorgezogen, daß Besdehlen die Geschäfte führte statt Radowiz, er hat aber dem Reichskanzler nachgeben müssen. Dann sprach er noch etwas von Rußland, entließ mich aber bald.

Um 1½ Uhr hatte ich den Besuch von Thielmann, der nach Paris kommt, dann vom Prinzen Hohenzollern und zuletzt von Radowiz. Mit Marie und Viktor in die Staatssekretärswohnung. Dort wurde mir ein Brief gebracht, der mich zum Reichskanzler berief. Der Reichskanzler las mir den Bericht vor, den er in meiner Angelegenheit an den Kaiser gerichtet hat. Es wird darin vorgeschlagen, ich solle auf vier bis sechs Monate von Ende März an die Geschäfte des Staatssekretärs interimistisch führen und dann solle Hatzfeld das Provisorium übernehmen und das Amt dann definitiv bekommen, wenn er dem Kaiser entspreche. Ueber die Zeit sagte der Reichskanzler, er rechne auf Anfang April, der Zeitpunkt könne aber auch verschoben werden, wenn seine Gesundheit aushalte. Er sprach dann noch einiges, woraus ich entnahm, daß er mich doch gern definitiv hier haben möchte. Er meinte, ich könne, wenn ich es wünsche, jeden Augenblick mit Hatzfeld tauschen. Hierauf kam er auf die durch meinen Abgang veranlaßte Alarmierung der öffentlichen Meinung in Paris und sagte, es sei gerade ein Beweis für die bestehenden guten Beziehungen zu Frankreich, daß man sich nicht scheue, mich abzuberufen. Hätten wir Besorgnisse oder böse Absichten, so würde der Botschafter nicht abberufen werden. Gerade deshalb aber, weil wir weder das eine noch das andre haben, könnten wir ohne Bedenken den Posten in dieser Weise weniger vollständig besetzt lassen. Der Reichskanzler trug mir auf, in diesem Sinne mit St. Vallier zu sprechen. Ich ging zu St. Vallier, richtete meinen Auftrag aus und beruhigte ihn namentlich über das Gerücht, das der „Temps“ gebracht hatte, daß Reuß nach Paris kommen werde.

Abends beim Kaiser, wo mir die Kaiserin ihre Besorgnisse aussprach, die ich zu zerstreuen versuchte.

1. März.

Heute war der Korrespondent des „Gaulois“ bei mir, fragte mich nach der Lage und erzählte von den alarmierenden Gerüchten. Ich sagte ihm, daß er wohl wissen werde, daß die politischen Dinge viel einfacher liegen, als das große Publikum gewöhnlich annimmt, welches allerlei Kombinationen erfindet. Hierauf sagte ich ihm, daß der leidende Zustand

des Reichskanzlers ihn zwingen, sich nach einem Ersatz für Bülow umzusehen. Daß dies nicht gleich definitiv geschehe, sei ein Internum des Auswärtigen Amts, auf das ich nicht weiter eingehen könne. Die Tatsache aber, daß ich von Paris weggehe, sei eher beruhigender Natur, da sie beweise, daß unsre Beziehungen so freundlicher Natur sind, daß die Abberufung zu keinen Ungelegenheiten Anlaß gebe.

Paris, 14. März 1880.

Heute war Maxime Ducamp bei mir. Natürlich kam das Gespräch bald auf seine Schriften und seine Forschungen über die Geschichte der Kommune. Er erzählte, daß er viele Besuche von Kommunards erhalte, die ihm ihre Erlebnisse gegen Geldentschädigung mitteilen und dabei den Zweck verfolgen, sich groß zu machen und ihre Kameraden herabzuwürdigen. Ducamp sagt, er habe nur den geringsten Teil von dem veröffentlicht, was er wisse. Sehr vieles sei so scheußlich, daß man es nicht drucken lassen könne. Die Kommune sei die entfesselte Bestialität gewesen. So erzählte er, daß die Frau des Generals Cudés, der in der Région d'Honneur wohnte, ein Fest gegeben habe, wobei sie in rosenfarbenen Strümpfen, schwarzen Zugstiefeln und dem Großen Band der Ehrenlegion erschien. Sonst hatte sie nichts an. Ducamp bezeichnet die Kommune und die ganze sozialistische Bewegung unsrer Zeit als eine Geisteskrankheit, einen Zerstörungswahn, der sich durch Ansteckung weiter verbreite. Ein Kommunard kam zu ihm und klagte über seine Not und die Kälte, von der seine Frau hart mitgenommen werde, da sie kein warmes Kleid habe. Ducamp gab ihm fünfzig Franken, damit er ihr ein Kleid kaufe. Darüber gerührt, machte der Kommunard ihm ein Geschenk. Es war eine kleine Blechbüchse, in welcher eine Mischung von Potassium und Soda enthalten war, welche brennt, wenn Wasser darauf kommt. Das ist das Zerstörungsmittel der Sozialisten. Ein anderer Kommunard sagte ihm, in fünf Monaten werde die Republik in Rußland proklamiert werden. Dann würden alle andern europäischen Staaten nachfolgen. Ducamp sagt, wenn die Regierung Hartmann<sup>1)</sup> ausgeliefert hätte, würde sie genötigt gewesen sein, den Radikalen die Kompensation der allgemeinen Amnestie zu geben. Das fürchte Gambetta, der wohl wisse, daß die Amnestie zur Folge haben werde, daß Rochefort Diktator werde. Geschehe dies, so werde der Krieg mit Deutschland und allgemeines Massaker der Konservativen erfolgen.

---

<sup>1)</sup> Den Urheber des in Moskau am 1. Dezember 1879 auf den Kaiser Alexander unternommenen Attentats. Seine Auslieferung hatte die französische Regierung verweigert.

Ducamp behauptet, Gambetta habe Ferry und dieser jenen. Gambetta habe Ferry in den Kulturkampf gehegt, um ihn zu verderben, und freue sich über seine Niederlage.

18. März.

Wir aßen heute bei der Fürstin Wittgenstein mit Blacas. Nach Tisch suchte er eine Gelegenheit, mich allein zu sprechen, und sagte, es liege ihm daran, daß ich vor meiner Abreise über einen hier kursierenden Irrtum aufgeklärt werde. Man behaupte, und zwar in diplomatischen Kreisen, daß der Graf von Chambord den Gedanken an seine Rückkehr nach Frankreich aufgegeben habe. Das sei irrig. Der Graf von Chambord sei nach wie vor bereit, zurückzukommen und die Regierung zu übernehmen, wenn er berufen sein werde, Frankreich zu retten. Nach der Ansicht der Legitimisten sei die legitime Monarchie die einzige Rettung Frankreichs. Ich sagte ihm, ich habe allerdings auch angenommen, daß der Graf von Chambord die Frage der weißen Fahne nur deshalb angeregt hätte, um damit ein Hindernis seiner Rückkehr, zu der er keine Lust gehabt habe, zu schaffen. Das bestritt Graf Blacas. Der Graf von Chambord habe sich nur für verpflichtet gehalten, vorher zu sagen, daß er suchen werde, die Nation zum Aufgeben der Tricolore zu veranlassen. Er habe die weiße Fahne als die Fahne der Monarchie angesehen. Blacas fügte hinzu, selbst Decazes habe ihm zugegeben, die weiße Fahne würde überall erschienen sein, sowie Henri V. eingezogen wäre. Er tadelte dann den Marschall, der durch seine Haltung und seine Passivität das Scheitern des Restaurationsplans veranlaßt habe. Den 16. Mai bezeichnet Blacas als eine unverantwortliche Torheit, durch die er viel Unheil angerichtet und viele Leute unglücklich gemacht habe. Ueber die Möglichkeit einer Restauration im Jahre 1873 ist Blacas nicht im Zweifel. Die Sache sei aber unglücklich eingeleitet worden. Jetzt werde man nicht ohne eine Katastrophe zur Monarchie zurückkommen.

Paris, 16. April 1880.

Der Nunzius besprach heute ausführlich den Erlaß<sup>1)</sup> betreffend das Verhältnis der preußischen Regierung zum Papst. Er fragte mich, ob es notwendig sei, daß die Kurie weitere Schritte tue, damit die Regierung die in ihrem Erlasse angekündigte Vorlage an die Kammer mache. Ich bejahte dies und schrieb ihm noch später, daß ich es für unumgänglich

1) Auf das Schreiben des Papstes an den Erzbischof von Köln vom 24. Februar, durch welches die Duldung der Anzeige an die Regierung vor Ernennung von Geistlichen in Aussicht gestellt wird, veröffentlichte die Regierung im April einen Beschluß des Staatsministeriums vom 17. März, welcher für den Fall tatsächlicher Erfüllung der Anzeigepflicht die Revision der Maigesetze verhiess.

nötig halte, daß den Bischöfen, die noch im Amte sind, der Befehl erteilt werde, die gesetzlichen Anzeigen zu machen. Er wünscht, daß damit gleichzeitig die Amnestie für die abgesetzten Bischöfe verbunden werde. Und er denkt es sich so, daß darüber ein Abkommen getroffen werden könnte, in welchem der Staat die Amnestie, die Kurie ihre Konzessionen stipuliere. Doch vergißt dabei der Nunzius, daß es mit der Amnestie nicht getan ist und daß die Bischöfe durch die Amnestie nicht wieder eingesetzt werden. Er betonte dabei, daß es für den Papst schwer sei, weitere Konzessionen zu machen, wenn ihm nicht von der andern Seite entgegengekommen werde. Dies geschehe, wenn man die Revision der Maigesetze auf gesetzlichem Wege wenigstens in Aussicht stelle. Er sprach dann lange von Ledochowski, nachdem ich ihm meine Bedenken gegen diesen Prälaten dargelegt hatte. Er meint, er sei weniger gefährlich in seiner Diözese als in Rom und sei eigentlich ein unbedeutender Mensch.

Die Ernennung des Fürsten zum Vorstande des Auswärtigen Amtes und Uebertragung der Vertretung des Reichskanzlers erfolgte am 30. April 1880.

Berlin, 15. Mai 1880.

Erst jetzt komme ich dazu, mein Journal wieder aufzunehmen, nachdem ich seit dem 19. April, wo ich hier eingetroffen bin, sowohl durch die Uebernahme des Amtes wie durch die Reichstagsverhandlungen so in Anspruch genommen war, daß ich zu einer ruhigen Aufzeichnung nicht imstande war. Die ersten Tage, wo ich mich in den Geschäften des Auswärtigen Amtes orientieren sollte, kam die Samoafrage,<sup>1)</sup> bei der der Reichskanzler nicht selbst sprechen wollte und wo er mich bat, für Bülow die Verteidigung zu übernehmen. Da dies nicht so ohne weiteres geschehen konnte, mußte ich mich erst orientieren, um noch etwas über die Sache selbst zu sagen. Es ist dann auch gut gegangen. Dann kamen die orientalischen Wirren und die damit zusammenhängenden langen Besprechungen mit den Diplomaten. Mit dem Reichskanzler geht es bis jetzt und unberufen gut. Ich gehe jeden Mittag zwischen 1 und 2 Uhr zu ihm, bringe die Sachen, über die er selbst entscheiden muß, bespreche diese und notiere den Bescheid, den ich nachher an die Diplomaten gebe. Dann kommen die Diplomaten zwischen 3 und 5 Uhr, und wenn der Kaiser da ist, ein Vortrag bei diesem, aber nur selten. Gestern war ich u. a. bei ihm und hinterher zum Diner.

Der Reichskanzler kann sich noch nicht an den Gedanken gewöhnen,

---

<sup>1)</sup> Verhandlungen des Reichstags vom 27. bis 29. April.

daß ich nicht bleiben will. Er weiß, daß ich ihm nutzen kann, und ich fürchte, daß es noch manchen Kampf kosten wird, mich wieder loszumachen. Von den Diplomaten ist Saburow der schwierigste, weil er immer irgendwelche geheimnisvolle Geschichte macht. Odo Russell ist kulant, Szechenyi ängstlich, Launay hat feuchte Hände und kann nie fertig werden. Sadullah Bey ein umständlicher, etwas vertrottelter Türke. St. Vallier immer sehr geschäftskundig.

16. Mai.

Der Reichskanzler klagte heute über die deutschen Souveräne und meinte, diese Herren sollten doch froh sein, daß man ihnen ein schützendes Dach geschaffen habe, unter dem sie leben könnten. Wenn sie so fortmachten, würde er sich zurückziehen, und dann würde die Zentralisation mit Macht hereinbrechen und sie wegschwemmen. Ich erwiderte, ich könnte nicht glauben, daß diese Herren nicht klug genug seien, dies einzusehen. Sie wüßten sehr gut, was sie an ihm hätten, Bayern besonders. Darauf meinte er, ja, bisher habe er das auch geglaubt, aber das Verfahren Rudharts<sup>1)</sup> habe ihm bewiesen, daß er, während er auf festem Boden zu stehen glaubte, in einen Sumpf geraten sei.

Ich fand den Fürsten in großer Irritation über einen Brief des Kaisers, der von ihm in der Hamburger Sache Auskunft verlangte. Nun mußte er einen Immediatbericht diktieren, was ihn ärgerte.

München, 22. Mai 1880.

Herr von Crailsheim sagt, daß er mit der Auffassung des Reichskanzlers in bezug auf die Behandlung der Hamburger Sache einverstanden ist. Auch mißbilligt er das Verfahren Rudharts<sup>2)</sup> und ist der Ansicht, daß es genügen würde, in einem Falle, wo ein Staat seine verfassungsmäßigen Rechte oder seine Reservatrechte bedroht glaubt, die Zuziehung des Verfassungsausschusses zu dem andern betreffenden Ausschusse zu veranlassen. Crailsheim hält es für nötig, die Verfassungsfragen möglichst fernzuhalten. Davon kann er sich aber nicht überzeugen, daß Verfassungsfragen überhaupt vermieden werden sollten, d. h. daß man ein für alle-

1) Der bayrische Gesandte von Rudhart hatte in der Sitzung des Bundesrats vom 3. Mai in Sachen des Zollanschlusses von Hamburg dem Reichskanzler widersprochen. In einer Soiree bei dem Reichskanzler hatte ihm dieser deshalb Vorwürfe gemacht.

2) Welcher beantragt hatte, den Antrag Hamburgs, der Bundesrat möge erklären, daß die von Preußen geforderte Einverleibung eines Teils der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollvereinsgebiet ohne Zustimmung des Senats unzulässig sei, dem Verfassungsausschuß zum Bericht zu überweisen.

mal darauf verzichten sollte, die Verfassungsfrage zu stellen, wenn zum Beispiel ein Reservatrecht bedroht würde. Dazu sei er als bayrischer Minister verpflichtet.

Den 23.

Crailsheim war bei mir. Er weiß nicht, wen er nach Berlin schicken soll, fragt, ob Pfretschner, von dem aber nicht bekannt ist, ob er annehmen wird.

Luz versichert die Reichsfreundlichkeit der bayrischen Regierung, sagt aber, es sei ihr doch nicht zuzumuten, überall ja zu sagen und auf die Besprechung der Verfassungsfrage in allen Fällen zu verzichten (Reservatrechte).

Berlin, 26. Mai 1880.

Gestern Abend beim Reichskanzler. Er sprach von seiner Unterredung mit Bennigsen und Miquel, ohne aber etwas Näheres mitzuteilen. Heute kam Bennigsen zu mir und erzählte von ihrer Unterredung. Er sagte, sie seien hart aneinander geraten und fragte mich, ob der Reichskanzler sich erbittert über sie ausgesprochen habe. Ich sagte, nein, er sei ganz ruhig gewesen. Darauf meinte Bennigsen, das sei ihm lieb, nun werde er sich doch in die Kommission wählen lassen.<sup>1)</sup> Ich sah aus seiner ganzen Mitteilung, wie unangenehm ihm ein Bruch mit dem Fürsten wäre. Dann sprach Bennigsen von der Rückkehr der Bischöfe und behauptete, diese sei nicht möglich und werde als eine Niederlage der Regierung angesehen werden.

Als ich heute Mittag zum Reichskanzler kam, erzählte ich ihm das. Er war sehr unangenehm berührt, daß Bennigsen nun nicht an den Ernst seiner gestrigen Äußerungen glaube. Es wäre ihm lieber gewesen, wenn ich Bennigsen nichts gesagt hätte. Er sagte, sie seien mit Drohungen auseinander gegangen, und er habe keine Hoffnung auf Verständigung. Wenn der Landtag die Vorlage nicht annehme, so werde er auflösen. Spreche sich das Land gegen ihn und seine Politik aus, so gehe er ab. Aber mit solchen unfähigen Politikern wie Bennigsen und Miquel, die auf den Wink der öffentlichen Meinung horchten, mit solchen Karlchen-Miesnick-Tertianern und Kindern könne er nichts machen. Ich wandte ein, eine Auflösung werde den Nationalliberalen nicht unangenehm sein, da sie sich durch ihre Opposition gegen das Gesetz populär zu machen hofften. Da könnten sie sich täuschen, erwiderte der Reichskanzler. Dann unterbrach er mich und sagte, er wolle Depeschen drucken lassen und könne

<sup>1)</sup> Die Kommission zur Prüfung der kirchenpolitischen Vorlage der Regierung betreffend die Revision der Maigesetze.

heute nicht weiter gehen. Wir verschoben also den weiteren Vortrag auf morgen. Zum Schluß und im Weggehen sagte ich, er wolle sich erinnern, daß er mir von seinen Feinden, insbesondere von der Beamtenopposition, gesprochen habe. Er habe mir verschiedene Male die Zahl seiner übrigen Feinde, Ultramontane, Hoffschranzen, Fortschritt, Ausland, aufgezählt, da wäre ich nun der Meinung, daß doch die einzigen Leute, auf die er sich stützen könne, die Nationalliberalen seien. Deshalb sei ich bemüht gewesen, den Bruch zu verhindern. Das sei ja in gewisser Beziehung richtig, erwiderte der Fürst, aber die Kerle seien so dumm, daß nichts mit ihnen anzufangen sei. Darauf ging ich.

Noch muß ich hinzufügen, daß er bei der Besprechung über Bennigsen's Einfluß in der Kommission meinte, der wolle ihm nur den Bischofsparagraphen abändern. Darauf aber gehe er nicht ein.

Berlin, 2. Juni 1880.

Heute Vormittag machte ich dem alten Gortschakow meinen Besuch. Er war sehr frisch für seine dreiundachtzig Jahre, drückte sich sehr befriedigt über seine Unterredung mit Bismarck aus und sprach viel von seiner Gesundheit und seinen Plänen für den Sommer und den nächsten Winter.

Um  $1\frac{1}{2}$  Uhr fuhr ich zum Bahnhof. Dort traf ich Fürst und Fürstin Bismarck, wir setzten uns in dasselbe Coupé und fuhren nach Potsdam und von da im Wagen nach Babelsberg. Dort fanden wir Redern, die Hofmarschälle, die Adjutanten und Hofdamen. Bald darauf erschien der Hausminister Schleinitz und verkündete feierlich, daß die Verlobung des Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin Augusta Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg soeben stattgefunden habe. Bald darauf kamen auch die höchsten Herrschaften. Der Kaiser führte die Braut herein, die recht frisch und grazios ausjah und vom Kaiser zu den anwesenden Würdenträgern geführt wurde. Der Kronprinz und die Kronprinzessin waren sehr vergnügt. Der junge Herzog von Augustenburg, der zum ersten Male Militäruniform trug, schien sehr glücklich. Die Braut gefiel sehr gut. Der Kronprinz beklagte sich bei mir über die Unfreundlichkeit, mit der die Verlobung von den andern preußischen Prinzen und Prinzessinnen aufgenommen worden sei. Man ging dann zur Tafel. Mir gegenüber saß Bismarck mit Gräfin Schleinitz, neben mir ein Major, bei dem der junge Herzog in Dresden wohnt. Wir sprachen viel von Gymnasialerziehung u. s. w. Während der Tafel brachte der Kaiser die Gesundheit des Brautpaares aus. Nach Tisch sprach ich noch mit der Braut, die sich, seit ich sie nicht gesehen habe, sehr herausgemacht hat. Sie war in dieser für sie sehr schwierigen Situation sehr nett und taktvoll. Als wir zur Bahn fuhren, ich im Wagen mit Albedynll, Wilnowski und Lehn-

dorff, erklärten die Herren, sie seien jetzt mit der Heirat ausgesöhnt. Ich fuhr wieder mit dem Fürsten und der Fürstin Bismarck. Der Fürst betrachtete und besprach Schonungen und Kornfelder, und dann sang er vor sich hin. Wir waren alle müde und vermieden ernste Gespräche.

Berlin, 6. Juni 1880.

Der Reichskanzler kam heute beim Vortrag wieder auf die Frage der Stellvertretung der Reichskanzlergeschäfte zu sprechen und meinte, ich möchte doch dafür wirken, daß Stolberg<sup>1)</sup> sich bereit erkläre, diese Vertretung mir zu übertragen, da er demselben nicht die nötige Erfahrung zutraue, um in seiner, des Reichskanzlers, Abwesenheit die Reichsbehörden zu überwachen. Ich sagte dem Reichskanzler, ich hätte es neulich schon versucht, aber da er mir selbst empfohlen hätte, Stolberg dabei nicht zu verlegen und nichts direkt zu sagen, so sei mein Versuch gescheitert. Der Reichskanzler will, daß Stolberg jetzt die Reichsgeschäfte abgebe, wahrscheinlich, wie Busch meint, damit sie dann Hatzfeld übernehmen könne. Und da der Reichskanzler fürchtet, Stolberg könne keine Lust haben, diesen Teil seiner Obliegenheiten an Hatzfeld abzugeben, so will er die Sache beeilen, damit Hatzfeld, wenn er eintritt, die Aenderung schon vorfindet. Busch meint, das merke Stolberg, und deswegen tue er, als verstehe er meine Anspielungen nicht. Ich muß es nun morgen wieder einmal versuchen.

9. Juni.

Ich habe Stolberg gesprochen und fand bei ihm um so mehr Bereitwilligkeit, auf den Vorschlag einzugehen, als er selbst weg will und eine Kur im Gebirge brauchen muß. Ich erzählte dies dem Reichskanzler, der dann selbst mit Stolberg sprach. Dann veranlaßte mich der Fürst, auch mit dem Kaiser zu sprechen, der damit einverstanden ist. Ich werde mehr zu tun bekommen. Aber die Sache hält mich nicht länger als das Auswärtige Amt, und interessant und ehrenvoll ist es jedenfalls. Das bißchen Arbeit mehr ist einerlei.

Den 18.

Die Konferenz ist also seit dem 16. eröffnet.<sup>2)</sup> Wir sind alle mit dem französischen Vorschlag einverstanden. Es wird also nicht lange dauern.

Heute las mir der Reichskanzler ein von ihm entworfenes Schreiben vor, in welchem er bei dem Kaiser beantragt, daß ich ihn auch als preußischen Minister vertreten soll. Wenn zu kontrasignieren ist, soll ich

<sup>1)</sup> Der Vizekanzler und Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode.

<sup>2)</sup> Die Konferenz der durch ihre Botschafter in Berlin vertretenen Großmächte zur Regelung der türkisch-griechischen Grenzfrage.

ihm die Sache schicken, da nur ein wirklicher Minister kontrafignieren kann. In allen übrigen Unterschriften mache ich es wie bisher.

Berlin, 29. Juni 1880.

Gestern war ein sehr besetzter Geschäftstag. Morgens um 10 Uhr kam der Korrespondent der „Times“ und suchte mir die Vorteile klarzumachen, die es bringen würde, wenn die „Times“ bald die Konferenzbeschlüsse veröffentlichte. Kaum war ich im Auswärtigen Amt, so kam der griechische Gesandte in Petersburg, Herr Brailas, mit dem ich über das bayrische Anlehen sprach und dem ich die Gefahren vorhielt, denen Griechenland sich aussetze, wenn es die bayrische Schuld nicht bezahle. Dann kam der türkische Botschafter mit einer Protestnote gegen die Konferenzbeschlüsse. Ich versprach ihm, die Note der Konferenz vorzulegen. Dann zum Reichskanzler. Wir sprachen über die Nachricht, daß der russische Botschafter in London Lord Granville vorgeschlagen hat, zwanzigtausend Russen zur Exekution der Konferenzbeschlüsse zu stellen, wenn England eine Flotte schicke. Um 3 Uhr Beginn der Konferenzsitzung, die sehr ruhig verlief, aber bis 6 Uhr dauerte. Dann ging ich rasch hinüber zum Essen beim Reichskanzler. Es war das Abschiedessen vor seiner Abreise. Nur Holstein, die Kanthaus und das Ehepaar Gickstädt waren da. Wir saßen noch bis  $\frac{1}{2}$  9 Uhr im Salon, dann ging ich mit Philipp Ernst ins Theater und um 10 Uhr aufs Auswärtige Amt, wo ich noch bis 11 Uhr arbeitete. Dann zu Odo Russell, wo ich große Gesellschaft fand. Ich ließ mich der Lady Simmons, der Frau des Generals, vorstellen, die mir erzählte, „quelle s’était beaucoup amusée avec les musées de Berlin“.

Ich erzählte dem türkischen Botschafter den russischen Vorschlag mit den zwanzigtausend Mann, was ihn einigermaßen erschreckte. Ich sagte ihm, wenn die Russen zwanzigtausend Mann schickten, würden wohl andre dasselbe tun. „Et vous aussi?“ fragte er. Ich antwortete, daß es uns nicht einfielen, daß aber andre genug da seien, die darauf eingehen würden. Er sagte, er würde das gleich telegraphieren. Damit habe ich ihm einen Floh ins Ohr gesetzt, der die hohe Pforte zum Nachdenken bringen kann.

Heute reist der Reichskanzler ab. Ich habe nun mehr persönliche Unabhängigkeit, aber auch größere Verantwortung.

Die Konferenz wird wohl diese Woche zu Ende gehen.<sup>1)</sup>

Potsdam, 11. Juli 1880.

Infolge einer Einladung der Kronprinzlichen Herrschaften fuhr ich gestern Nachmittag  $6\frac{1}{2}$  Uhr von Berlin ab, begegnete auf der Bahn dem Minister Friedberg, der auch eingeladen war, und dem Ehepaar Hermann

<sup>1)</sup> Die Konferenz wurde am 1. Juli geschlossen.

Grimm, das nach Wannsee fuhr, und kam gegen  $\frac{1}{2}$  8 Uhr auf der Station Wildpark an. Dort erwartete uns ein Wagen, der uns nach dem Schlosse brachte. Die Herrschaften waren spazieren gegangen, und Seckendorff führte mich in meine Zimmer. Ein Vorzimmer, ein kleiner Salon und ein großes Schlafzimmer. Sehr hohe Kokozimmer, mit silbereingefaßten Vertäfelungen und Kokomöbel. In meinem Salon hängen Porträts von Markgräfinnen von Ansbach-Baireuth. Mein Bett steht unter einem versilberten Baldachin. Die Tapeten sind chinesische Seidenstoffe. Das Ganze macht einen Eindruck wie Schillingfürst in verschönertem Maßstab. Um  $\frac{1}{2}$  9 Uhr ging ich in den Garten, wo vor einem kleinen Pavillon soupiert wurde. Es waren da Joachim und ein Klavierspieler, Friedberg und ich und einiges Gefolge. Das Souper wurde nur durch Schnaken etwas gestört. Dann ging man in den Salon, wo Gräfin Dönhoff erschien. Hierauf Konzert von Joachim bis 11 Uhr, worauf sich alles zurückzog. Heute Morgen mit dem Kronprinzen und der Kronprinzess Frühlück in dem Gartenpavillon, wo nur die drei Prinzessinnen waren. Nachher lange Promenade mit der Kronprinzess und dem Kronprinzen in den Anlagen. Hierauf ging alles in seine Zimmer bis zum Diner.

Um 2 Uhr kam Philipp Ernst mit Ernst Ratibor, die beide zum Diner und zur Landpartie eingeladen waren, eine Ueberraschung für mich. Um 4 Uhr setzten wir uns in die Wagen, der Kronprinz, die Kronprinzess, die Erbprinzess von Meiningen, die drei kleinen Prinzessinnen und ich in einen. Wir fuhren durch die Parks nach dem Marmorpalais und von da zum Dampfschiff, mit dem wir nach der Pfaueninsel fuhren. Dort stiegen wir aus, besahen das abgebrannte Palmenhaus und das Schloß und gingen nach einer Rutschbahn, wo die Kinder und einige Herren und Damen vom Gefolge sich herunterfahren ließen. Der Abend war wunderschön, der Park mit den großen Bäumen prachtvoll. Dann bestiegen wir wieder das Dampfschiff und fuhren zurück. Abends Tee im Garten und Soiree im Salon. Morgen früh fahre ich sehr erfrischt wieder nach Berlin zurück.

Bei der Morgenpromenade sprach die Kronprinzessin viel von der orientalischen Frage. Sie hält es für gefährlich, wenn Rußland Konstantinopel besetzte und zweifelt an der Richtigkeit der Behauptung, daß der Besitz von Konstantinopel eine Schwächung Rußlands mit sich bringen werde. Sie glaubt, daß man einen eignen Staat bilden könne außer Bulgarien und Griechenland, der Konstantinopel zur Hauptstadt hätte. Sie hofft, daß auch das gegenwärtige englische Ministerium in die Besitzergreifung Konstantinopels durch Rußland nicht willigen werde.

Als die Kronprinzess wegging, führte mich der Kronprinz durch den Garten und sprach dabei von den preußischen Offizieren, die wir jetzt nach der Türkei schicken sollen. Er gab seinen Bedenken Ausdruck, ob dies jetzt

nicht verschoben werden müsse, da sonst die preußischen Offiziere dazu verwendet werden würden, den Widerstand der Pforte gegen die Mächte zu leiten oder dabei mitzuwirken. Er trug mir auf, seine Bedenken dem Reichskanzler vorzutragen.

### An den Kronprinzen.

Berlin, 15. Juli 1880.

Eure Kaiserliche und Königliche Hoheit hatten bei meiner jüngsten Anwesenheit in Potsdam die Gnade, mir Aufträge für den Reichskanzler zu erteilen, die ich mich beeilt habe auszuführen und über welche ich mir erlaube, untertänigsten Bericht zu erstatten . . .

Was die Bedenken Eurer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit gegen die Entsendung von Offizieren und Beamten nach der Türkei betrifft, so glaubt der Reichskanzler dieselben nicht teilen zu können. Er hält die Maßregel in mehrfacher Beziehung für nützlich. Einmal sei die dort entwickelte Tätigkeit für die Beteiligten lehrreich und gebe ihnen Gelegenheit, das Maß ihrer Brauchbarkeit zu zeigen, und dann erwachse uns in ihnen eine Anzahl von zuverlässigen Berichterstattern, die wir uns auf keine andre Weise würden schaffen können. Auch sei der Einfluß, den wir damit in den türkischen Ländern erhielten, nicht zu unterschätzen. Die Frage, was für Folgen das Abkommen für die Türken hat, und ob es den europäischen Mächten bequem ist oder nicht, sei für uns zunächst nicht maßgebend. Unsere Politik habe weder das türkische noch das europäische Interesse zu fördern. Ein europäisches Interesse ist nach Ansicht des Reichskanzlers eine Fiktion nützlich für alle, welche andre brauchen und solche finden, die an die Phrase glauben. Es könne uns nützlich sein, auch die Türken zu Freunden zu haben, soweit es unser Vorteil gestatte. Die türkische Artillerie sei zu einer Zeit, in welcher wir mit Rußland in der größten Herzensfreundschaft lebten, von preußischen Offizieren ausgebildet worden, und wir hätten dadurch Einfluß und nützliche Beziehungen in der Türkei erworben. Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panflawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen sollten, so wäre die Haltung und die Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig. Gefährlich könnte sie uns niemals werden, wohl aber könnten unter Umständen ihre Feinde auch unsre werden.

### Botum in der Sitzung des Staatsministeriums vom 7. August 1880.<sup>1)</sup>

In dem den Herren Staatsministern bekannten Botum des Herrn Kultusministers wird die Ansicht ausgesprochen, daß mit der Entscheidung

<sup>1)</sup> Betrifft die Beteiligung des Kaisers an der Feier der Vollendung des Kölner Doms. Eine Kabinettsorder vom 14. August setzte die Feier auf den 15. Oktober fest.

Seiner Majestät die Frage erledigt sei. Ich gebe nun zu, daß es allerdings für Seine Majestät schwer sein wird, von der einmal gefaßten Entscheidung abzugehen, da der Kaiser die Sache vom Standpunkte des Gemüths auffaßt. Auch bin ich der Meinung, daß, wenn Seine Majestät auf Ihrer Entscheidung beharren, das Staatsministerium sich dem königlichen Befehl zu fügen und der Feier beizuwohnen hat.

Indessen dürfte es sich empfehlen, Seiner Majestät nochmals die Bedenken gegen die allerhöchste Teilnahme an der Feier darzulegen.

In dem Schreiben Seiner Majestät wird die Gefahr als möglich zugegeben, daß im letzten Augenblick die kirchliche Feier inhibiert werden könnte, und Seine Majestät legen hierauf besonderen Nachdruck.

Ich glaube, daß diese Gefahr nicht besteht, und daß, wenn die Inhibierung der kirchlichen Feier stattfände, dies nicht dem Kaiser, sondern der katholischen Kirche schaden würde. Die Führer der ultramontanen Partei, welche auf den Klerus bestimmend einwirken, werden viel eher die Gelegenheit ergreifen, um ihre Loyalität gegenüber der Person des Kaisers zum Ausdruck zu bringen. Täten sie das Gegenteil, so würde die Feier doch ihren Fortgang nehmen und die Bevölkerung die Abstention des Klerus als eine Taktlosigkeit verurteilen. Aber gerade der in Aussicht stehende freundliche und ehrfurchtsvolle Empfang des Kaisers, die damit zusammenhängenden Reden und Demonstrationen geben zu Bedenken Anlaß.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die sogenannte kirchenpolitische Vorlage in der protestantischen Bevölkerung Preußens Beunruhigung und die Befürchtung erregt hat, es solle auf dem Wege der Konzessionen an die katholische Kirche weiter vorgegangen werden, als dies der Machtstellung und dem Recht der Regierung entspricht. Sehen nun die Protestanten, daß der Kaiser mit den kirchlichen Behörden wohlwollend verkehrt, so werden sie sich sagen: Diese Leute stehen seit sechs Jahren in der Opposition und im Widerspruch gegen die Staatsgesetze, und diesen kommt der Kaiser entgegen. Die Agitation der Fortschrittspartei, welche die Kirchenvorlage als ein Mittel zur Beunruhigung der konservativ gesinnten protestantischen Bevölkerung ausnützt, würde durch jene Tatsache neue Nahrung erhalten, und die Folgen würden sich bei den Wahlen erkennen lassen. Käme noch der vom Reichskanzler befürchtete Fall dazu, daß Melchers<sup>1)</sup> erschiene und den Kaiser in die Lage versetzte, eine ungesetzliche Handlung durch seine Anwesenheit zu sanktionieren, so würde der Eindruck noch bedenklicher sein.

Unter diesen Umständen halte ich es für geboten, daß das Staatsministerium dem Kaiser abermals seine Bedenken darlegt.

---

1) Der abgesetzte Erzbischof.

Geht Seine Majestät darauf nicht ein, so würde das Staatsministerium diejenigen Maßregeln zu ergreifen haben, die der Herr Kultusminister in seiner Denkschrift vorschlägt.

An den Reichskanzler.<sup>1)</sup>

Berlin, 2. November 1880.

Eurer Durchlaucht beehre ich mich gehorsamst anzuzeigen, daß ich von meiner Krankheit so weit genesen bin, daß ich wieder ausgehen kann. Da mir aber der Arzt jede geistige Anstrengung so lange verboten hat, als die noch vorhandene Schwäche andauert, so sehe ich mich außerstande, die Geschäfte des Auswärtigen Amtes wieder zu übernehmen, und ich glaube auf die Zustimmung Eurer Durchlaucht rechnen zu dürfen, wenn ich, der Einladung meines Bruders folgend, auf einige Zeit, bis ich wieder arbeitsfähig bin, nach Rauden gehe. Ich denke, daß ich in vierzehn Tagen bis drei Wochen so weit sein werde, um, wenn auch nicht die Geschäfte des Auswärtigen Amtes, doch die der Botschaft in Paris, sofern dies mit den Intentionen Eurer Durchlaucht übereinstimmt, wieder übernehmen zu können.

Sobald ich von Rauden zurückkehre, werde ich mich Eurer Durchlaucht zur Verfügung stellen und würde sehr dankbar sein, wenn es mir dann gestattet wäre, die Weisungen Eurer Durchlaucht persönlich in Friedrichsruh zu empfangen.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Friedrichsruh, 3. November 1880.

Eurer Durchlaucht danke ich verbindlichst für Ihre mir soeben zugehenden Zeilen vom gestrigen Tage, und freue mich herzlich, aus denselben zu entnehmen, daß die Krankheit, von der ich mit der lebhaftesten Teilnahme Kenntniß erhalten, nach Ihrem eignen Gefühl gehoben ist. Es ist natürlich, und Seine Majestät der Kaiser wird gewiß damit einverstanden sein, daß Eure Durchlaucht zunächst einige Erholung suchen, um die verlorenen Kräfte wiederzugewinnen. Daß Sie demnächst, sobald es Ihre Gesundheit erlaubt, von der Pariser Botschaft wieder Besitz ergreifen, ist, von andern Rücksichten abgesehen, ein budgetmäßiges Bedürfnis, um die Zahlbarkeit aller Bezüge des Pariser Postens wieder in Fluß zu bringen. Auch der kürzeste Aufenthalt Eurer Durchlaucht in Paris würde dafür genügen und einer Erneuerung des Urlaubs sicher nichts im Wege stehen, sobald Ihre Gesundheit es wünschenswert macht. Sie

<sup>1)</sup> Fürst Hohenlohe war durch Krankheit vom September ab dienstunfähig gewesen.

vorher zu sehen, ist nicht nur ein geschäftliches Bedürfnis für mich, sondern es würde meiner Frau und mir die größte Freude machen, wenn Eure Durchlaucht uns hier mit Ihrem Besuche beehren wollten. Meine vorübergehend gehegte Absicht, noch in dieser Woche für einige Tage nach Berlin zu gehen, muß ich leider aufgeben, weil das Unwohlsein, welches mich in der vorigen Woche befallen hat, noch nicht gehoben ist. Jedenfalls aber darf ich darauf rechnen, daß ich vor Eurer Durchlaucht Rückkehr nach Paris Gelegenheit haben werde, Ihnen mündlich den Ausdruck meiner herzlichen Dankbarkeit für die freundschaftliche und wirksame Weise zu wiederholen, in welcher Eure Durchlaucht mir den Sommer hindurch Ihren Beistand gewährt haben. Ich verbinde damit die Hoffnung, daß ich auch in analogen Fällen wieder auf denselben rechnen darf und daß Eurer Durchlaucht Gesundheit bald dauernd Ihnen die gewohnte Rüstigkeit im Kabinett und auf der Jagd wieder ersetzen wird.

An den Redakteur der „National-Zeitung“ Dr. Dernburg.

Rauden, 14. November 1880.

Euer Hochwohlgeboren erlaube ich mir anliegend zwei Zeitungsauschnitte zu übersenden, die jenes Gewebe von Erfindungen über die angebliche Kanzlerkrisis fortspinnen, das vor einiger Zeit in den Blättern auftauchte. Es ist an diesem angeblichen Gewitter im Auswärtigen Amt auch nicht die Spur von Wahrheit, die „unvermutet rasche Beendigung“ meiner Funktionen in Berlin hatte keinen Grund als meine Erkrankung. Wenn ich nun nach zu erwartender vollständiger Genesung nicht wieder in das Auswärtige Amt eintrete, so liegt das daran, daß eine längere Dauer meines Kommissoriums als bis gegen Ende des Jahres überhaupt nicht in Aussicht genommen war. Das Zusammentreffen der Abberufung des Herrn von Radowiz mit meiner Rückkehr nach Paris bedarf keiner weiteren Erklärung. Wenn das „Tageblatt“ auch die angebliche Familienkonferenz in Rauden mit den beregten Vorgängen in Verbindung bringt, so hört doch alles auf. Ich wundere mich, daß die vier Brüder nicht auch beauftragt sein sollen, die Dulcignofrage in Ordnung zu bringen. Vielleicht haben Sie, wie Sie das mitunter nach mündlichen Unterredungen zu tun pflegten, die Güte, die Tatsachen mit einigen Worten richtigzustellen. Ich meine aber, daß man die Familienzusammenkunft am besten mit Stillschweigen übergeht.

Journal.

Friedrichsruh, 26. November 1880.

Nachdem ich gestern Abend hier angekommen, wo ich Schweinitz fand, der noch in der Nacht abreiste, sprach ich heute mit dem Reichskanzler

über französische Dinge. Er betonte, daß wir den Franzosen offen sagen könnten, wir freuten uns, wenn sie anderweite Interessen verfolgen, wie in Tunis, Westafrika oder im Orient, und dadurch abgehalten würden, ihre Blicke nach der Rheingrenze zu richten. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir Frankreich in Verwicklungen hineinheken wollten. Wir seien ruhige Zuschauer und würden Frankreich nicht inkommodieren, wenn es anderweitig engagiert sei, denn wir hätten von Frankreich nichts zu verlangen als Ruhe und Frieden. Gambettas Einfluß hält der Reichskanzler für gemindert, er glaubt, daß Freycinet berufen sein werde, noch eine Rolle zu spielen. Er meint, man solle Gambetta höflich behandeln, aber nicht zu sehr fetieren.

Heute Abend, als St. Vallier kam, wurde von auswärtiger Politik gesprochen. Fürst Bismarck wie St. Vallier sprachen beide den Wunsch aus, daß die Schiffe beider Nationen bald von Dulcigno abfahren möchten. Fürst Bismarck tadelte die Politik Gladstones in der entschiedensten Weise. Er tue nichts, als die Interessen Rußlands im Orient zu fördern, und lasse die Interessen Englands außer acht. Später kam die Rede auf die Broschüre von Decazes. Bismarck sagte, der ganze Kriegslärm von 1875 sei durch die unvorsichtigen Äußerungen veranlaßt worden, die Radomiz gegenüber von Gontaut getan habe. Dieser hätte es berichtet und dadurch Decazes Mittel zu seiner Intrige gegeben. Auch auf seiner Reise nach Petersburg hätte Gontaut die Sache betrieben. So sei es denn möglich geworden, daß Decazes die Kriegsbesürchtungen in die Welt setzen und Gortschakow bei seiner Ankunft in Berlin sich den Anschein geben konnte, daß er den Frieden erhalten habe.

27. November.

Bei einer Unterredung, die ich heute mit dem Reichskanzler hatte, dankte ich ihm für die mir bewiesene Freundlichkeit während meiner Amtstätigkeit in Berlin. Er sagte mir allerlei Schmeichelhaftes und hob hervor, daß ich nur den Fehler begangen hätte, zu gewissenhaft und nicht träge genug gewesen zu sein. Das hätte mich krank gemacht. Wenn ich wieder in die Lage käme, möchte ich es nicht tun. Dann sprach er von Hatzfeld, der jetzt keine rechte Lust mehr habe, nach Berlin zu kommen, aber es doch tun würde. Er werde nun versuchen, ob die persönlichen und andern Schwierigkeiten zu besiegen seien. Solange er so wohl sei wie jetzt, könne er mit Busch auskommen. Anders sei es im Sommer. Weiter wurde das Gespräch nicht fortgesetzt.

Berlin, 27. November 1880.

Von Friedrichsruh zurück, notiere ich die Punkte, die St. Vallier mit dem Kanzler besprochen hat und die ganz vertraulicher Natur sind, weshalb St. Vallier sie mündlich vorbringen mußte.

1. Man wünscht in Paris, daß wir unsern Einfluß in Italien geltend machen, um die Italiener zu einer weniger übergreifenden Haltung in Tunis zu veranlassen. Die Italiener wollen den Dei absetzen und seinen ersten Minister, eine Kreatur der italienischen Regierung, an seine Stelle bringen. Dagegen würde Frankreich mit jedem Mittel einschreiten.

2. Griechenland betreffend stimmt die Instruktion, die Radowicz erhalten hat, mit der überein, die Frankreich seinem Vertreter gegeben. Warnung vor übereilten Schritten.

3. In der Dulcignosache hat England angeregt, man solle jetzt die Flotten zurückziehen, aber nicht ganz, sondern in Häfen im Mittelländischen Meere verteilen, so daß sie jeden Augenblick bereit wären, eine weitere Aktion vorzunehmen. Weder Fürst Bismarck noch die französische Regierung haben aber Lust, unter Leitung einer so phantastischen Regierung wie die englische (Gladstone) zu bleiben, sondern wollen ihre Schiffe zurückrufen. Fürst Bismarck glaubt, daß auch Oesterreich dieselbe Ansicht habe.

4. Die französische Regierung hat eine elektrische und Telegraphen-Ausstellung für nächstes Jahr projektiert. Stephan hat sich zurückhaltend ausgesprochen. Der Reichskanzler aber, der den Grund der Stephanschen Verstimmung kennt, hat St. Vallier die Teilnahme Deutschlands zugesagt.

Berlin, 29. November 1880.

Heute um 11 Uhr war ich beim Kaiser. Ich fand ihn zwar erkältet und heiser, aber sehr frisch und munter. Er fragte mich nach meiner Gesundheit, wunderte sich, daß ich jetzt nach Paris gehe, war aber einverstanden, als ich ihm die Gründe darlegte. Wir sprachen dann von meinem Besuch in Friedrichsruh, von seinen Verhandlungen mit Bismarck über das Handelsministerium,<sup>1)</sup> über Hatzfeld, Radowicz und andres. Was Hatzfeld betrifft, so ist der Kaiser so wenig wie Bismarck im klaren, ob es möglich sein wird, ihn hierher zu nehmen. In der orientalischen Frage berichtete ich, was mir der Reichskanzler aufgetragen hatte. Doch war unterdessen eine neue Tatsache eingetreten, die den englischen Vorschlag unmöglich machte, nämlich die Erklärung Frankreichs, daß es seine Schiffe zurückziehen werde.

Wir kamen dann auf die Judenfrage. Der Kaiser billigt nicht das Treiben des Hofpredigers Stöcker, aber er meint, daß die Sache sich im Sande verlaufen werde, und hält den Spektakel für nützlich, um die Juden etwas bescheidener zu machen.

Am Schlusse der Unterredung bat ich mir die Erlaubnis aus, wieder

<sup>1)</sup> Welches Bismarck am 15. September übernommen hatte.

von Paris weg und nach München gehen zu dürfen, was er zugab. „Vor allem schonen Sie sich,“ schloß der Kaiser, „Sie sind uns noch zu wichtig.“

Paris, 5. Dezember 1880.

Heute früh besuchte ich Gambetta. Er empfing mich in seiner italienisch höflichen und herzlichen Weise. Er zeigte sich sehr befriedigt von den Resultaten der gegen die Kongregationen gerichteten Maßregeln und meinte, daß alles sehr gut gegangen sei. Das Land sei einmal antikerikal und habe die Durchführung der Dekrete verlangt und erwartet. Die Gefahr für die Regierung habe nur darin gelegen, daß man nicht früh genug energisch vorgegangen sei und dadurch Mißtrauen in den guten Willen der Regierung erweckt habe. Freycinet, dessen Eigenschaft als Redner, Autorität und Charakter Gambetta rühmend hervorhob und dessen Abgang er einen Verlust für das Kabinett nannte,<sup>1)</sup> habe sich durch die geistlichen Unterhändler betören lassen und sei damit zuletzt so weit gekommen, daß er die Dekrete<sup>2)</sup> überhaupt nicht mehr habe ausführen wollen. „Und doch,“ rief Gambetta, „hat er sie selbst gewollt. Ich habe ihm ja gesagt, die bestehenden Gesetze reichten aus!“ Nachdem die Dekrete aber einmal da waren, habe das Land die Durchführung verlangt. Die Zögerung Freycinets habe die größte Beunruhigung und Aufregung hervorgerufen und seine Stellung sei unhaltbar geworden. Ich fragte Gambetta, ob es richtig sei, daß die nichtautorisierten Kongregationen (ausgenommen die Jesuiten) geneigt gewesen seien, um die Autorisation einzukommen, und er erzählte mir folgende Tatsache: Am 9. Juli fand im erzbischöflichen Palais in Paris unter dem Vorsitz des Erzbischofs Guibert eine Versammlung der Delegierten sämtlicher nichtautorisierten Kongregationen statt, um über die Frage zu beraten, ob sie um die Autorisation einkommen sollten. Die Versammlung entschied sich mit allen gegen zwei Stimmen dafür. Als dies die Leiter der katholischen Bewegung, Buffet und die Jesuiten, hörten, waren sie außer sich und lärmten so lange, bis eine neue Versammlung der Delegierten im erzbischöflichen Palais stattfand, der viele Laien, insbesondere jene dirigierenden Jesuitenfreunde, anwohnten, und hier wurde die Frage negativ entschieden, das Gesuch um Autorisation als unzulässig bezeichnet. Nun ging man an die Kurie, die sich jedoch nur ausweichend äußerte. Die Kongregationen unter-

<sup>1)</sup> Am 19. September hatte Freycinet seine Entlassung erbeten, Jules Ferry war zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

<sup>2)</sup> Die Dekrete vom 29. März 1880, nach welchen alle Jesuitenanstalten binnen drei Monaten zu schließen waren und allen bisher vom Staate nicht anerkannten Kongregationen aufgegeben wurde, binnen der gleichen Frist die Anerkennung nachzusuchen.

warfen sich dem Willen der Jesuiten und unterließen die Bitte um Autorisation.

Bei Besprechung der orientalischen Dinge meinte Gambetta, man werde wohl am besten tun, die Türkei mit Geld zur Abtretung der in der Konferenz bezeichneten Landesteile zu bestimmen. Hierbei bemerke ich, daß Baron Erlanger auf eigne Faust in Konstantinopel angefragt hat, ob die türkische Regierung etwa geneigt sei, die griechische Frage für eine Million Pfund und 100 000 Pfund Batschisch zu regeln. Eine Antwort hat er noch nicht erhalten.

Beim Weggehen erwähnte Gambetta die bevorstehenden Wahlen in Deutschland und sagte, nach seinen Nachrichten würden die Wahlen keinen anders gefärbten Reichstag bringen: „Rien ne sera changé.“ Er meint, die Fortschrittspartei habe sich durch ihre Haltung in der Judenfrage bei den untern Volksklassen geschadet, denn diese haßten die Juden, er wisse das aus dem Elsaß.

König Ludwig von Bayern an den Fürsten Hohenlohe.

Hohenschwangau, 15. Januar 1881.

Mein lieber Fürst von Hohenlohe! Durch die mit Griechenland wegen Rückzahlung des bayrischen Darlehens vereinbarte Konvention, deren Erfüllung unmittelbar bevorsteht, ist eine seit Jahrzehnten schwebende Angelegenheit zu einem günstigen Abschlusse gelangt. Dieser rasche und befriedigende Erfolg ist zum großen Teile der tätigen und umsichtigen Mitwirkung zu verdanken, welche Sie als interimistischer Leiter des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reichs der Erledigung dieser Angelegenheit gewidmet haben. Empfangen Sie, mein lieber Fürst, für Ihre bei diesem Anlasse im Interesse meines Gesamthauses mit bewährter Anhänglichkeit betätigten verdienstvollen Bemühungen den Ausdruck meiner vollsten Anerkennung und meines freundlichen Danks, der ich mit besondrer Wertschätzung bin

Ihr wohlgeneigter König Ludwig.

Journal.

Paris, 11. März 1881.

Der Konflikt Gambetta-Grévy hat mich in den letzten Tagen viel beschäftigt. Die Sache ist vorläufig in Ordnung, nachdem Gambetta gestern auf dem Ball im Elysée erschienen ist und dort freundschaftlich mit Grévy verkehrt hat. Wie es mit dem Scrutin de liste werden wird, weiß niemand. Jedenfalls würde Grévy sich nicht halten können, wenn er sich eine Niederlage zufügen ließe. Daß es so kommen kann, ist bei dem apathischen Charakter Grévys nicht unmöglich.

Paris, 8. April 1881.

General Pittié,<sup>1)</sup> der von Petersburg<sup>2)</sup> über Berlin zurückgereist ist, hat dort den Kaiser und den Fürsten Bismarck gesehen und ist sehr erfreut über die Liebenswürdigkeit, mit der er bei Hofe behandelt worden ist. Fürst Bismarck hat mit ihm und St. Vallier über verschiedene Fragen gesprochen und gesagt, die Franzosen sollten in Tunis vorgehen und sich nicht um die Italiener kümmern. Bezüglich der griechischen Frage sagte er: „In Griechenland gibt es nur einen ehrlichen Mann, das ist der König, denn er ist kein Grieche, und wir dürfen nicht dulden, daß man ihn vertreibe.“ Pittié und St. Hilaire<sup>3)</sup> sind über diese Offenheit in großem Erstaunen.

Berlin, 20. Mai 1881.

Am 16. hier eingetroffen. Abends bei Bismarck zum Diner. Es wurde nicht viel Politik gesprochen, da ein alter Herr von Demitz, Universitätsfreund von Bismarck, viel von Göttinger Kneipereien sprach. Er hatte sich bei Tisch angetrunken und hörte nicht auf, von seinen früheren Räuschen zu sprechen.

Die übrigen Tage vergingen in Konversation mit Styrum und Holstein und in Visiten und Reichstagsfigungen. Am Donnerstag mit Hermann in Potsdam. Merkwürdig ist, daß Prinz Wilhelm ein etwas jugendlich rücksichtsloser junger Mann ist, vor dem seine Mutter sich fürchtet, und der auch mit dem Kronprinzen, seinem Vater, Konflikte hat. Die Frau soll eine mildernde Wirkung ausüben. Die Kronprinzess sprach viel über Rußland, auch der Kronprinz. Sie sind beide entsetzt über die dortigen Zustände, und die Kronprinzess teilt ganz meine Anschauungen, daß nur das konstitutionelle System helfen kann. Daß der Reichskanzler fürchtet, eine gesetzgebende Versammlung werde den Kaiser nur dazu veranlassen, gute Redner zu Ministern zu machen, sagte ich ihr nicht. Der Kronprinz sagt, der Kaiser habe sich ihm gegenüber sehr freundlich ausgesprochen, Großfürst Wladimir sei durch seinen öfteren Aufenthalt in Deutschland ganz deutschfreundlich geworden. Der Kaiser habe sich gegen eine Konstitution ausgesprochen.

Den 22.

Gestern Kaiserdiner bei Viktor. Sehr gut gelungen. Der Kaiser in der schlesischen Kürassieruniform sehr frisch und heiter. Bestellte mich auf heute 12 Uhr.

<sup>1)</sup> Der Chef des Militärfabinetts des Präsidenten.

<sup>2)</sup> Die feierliche Beisetzung der Leiche des am 13. März ermordeten Kaisers Alexander II. hatte am 27. März stattgefunden.

<sup>3)</sup> Barthélemy St. Hilaire, Minister des Auswärtigen seit dem 22. September 1880.

Den 24.

In der Audienz gestern sprachen wir von Paris und dann von Rußland. Der Kaiser schien durch die Ernennung Ignatiow<sup>1)</sup> nicht erfreut. Er sprach auch von der Konstitution, und ich glaubte zu bemerken, daß er sich mit dem Gedanken an eine Konstitution, für Rußland versöhnen würde.

Abends mit Paul Lindau und Frau im Nationaltheater, um die Koffi als Romeo zu sehen. Wundervoll. Dann zum Reichskanzler. Als ich ihm die Empfehlungen der Gräfin Mercy d'Argenteau ausrichtete, kam die Rede auf den Krieg und die Friedensverhandlungen. Er erzählte, daß er auf Clément Duvernois gewartet hätte, um mit ihm als Bevollmächtigtem des Kaisers über den Frieden zu verhandeln. Derselbe sei aber zu spät gekommen, als gerade der Waffenstillstand mit Thiers abgeschlossen war. Von der Kaiserin und ihrer Tätigkeit als Regentin sprach er sehr wegwerfend. Sie hätte sich ganz als liberale Regentin benommen, etwa wie die Kronprinzessin, die der Meinung ist, daß man alles an Gänel übertragen und ihn machen lassen solle.

Berlin, 27. Mai 1881.

Aus einer Unterredung, die ich gestern mit Saburow hatte, geht hervor, daß die im vorigen Jahre begonnenen Unterhandlungen zwischen hier, Petersburg und Wien nun doch zu der Erneuerung des Dreikaiserbundes führen werden. Es scheint, daß man die Sache sehr geheim betreibt. Saburow glaubte, daß ich davon wisse, und sprach sich eingehend aus. Zwischen hier und Petersburg ist keine Schwierigkeit. In Wien macht man noch die Bedingung, daß außer der Anerkennung der Annexion von Bosnien und der Herzegowina auch der Sandschack von Novibazar von Oesterreich annektiert und als österreichisches Gebiet in die Garantie des Vertrags der Mächte einbegriffen werden müsse. Eine Bedingung, auf die Rußland nicht eingeht, da der Kaiser von Rußland nicht mehr zugeben will als sein Vater. Saburow glaubt aber, daß diese Schwierigkeit sich auch beseitigen lassen werde, und hofft bald den Vertrag zu unterzeichnen, der hier abgeschlossen werden soll. Saburow sprach dann noch von den russischen Zuständen und erzählte, daß alle Russen, die hier durchkämen, konstitutionell gesinnt seien. Er selbst schien zweifelhaft und fürchtet, daß, wie ihm dies wohl der Reichskanzler gesagt haben wird, eine Konstitution und die daraus hervorgehende legislative Körperschaft zentrifugale Bestrebungen hervorrufen werde.

---

<sup>1)</sup> Graf Ignatiow, der frühere Botschafter in Konstantinopel, war am 7. April zum Domänenminister, am 16. Mai zum Minister des Innern ernannt worden.

Paris, 21. Juni 1881.

Heute früh 9 Uhr hier angekommen. Um 3 Uhr machte ich einen Besuch bei Grévy. Er empfing mich mit besonderer Liebenswürdigkeit und schien sehr zufrieden mit seinem succès.<sup>1)</sup> Nach allgemeiner Konversation brachte ich das Gespräch auf die letzten politischen Ereignisse. Er sagte, die Kammer der Abgeordneten hätte nur unter einer großen PreSSION für den Scrutin de liste gestimmt,<sup>2)</sup> wäre aber eigentlich für Beibehaltung des bisherigen Wahlmodus gewesen. Auch habe sie das Gesetz nur mit acht Stimmen Majorität angenommen. Das Land sei ganz gleichgültig und eher dagegen. Nur einige ehrgeizige Persönlichkeiten hätten aus eigensüchtigen Motiven die Sache betrieben. Das Land wolle Ruhe. Auch der Versuch, die Kammer zu bewegen, das Budget nicht zu verlängern, sei aus diesen Motiven hervorgangen. Man habe das Land beunruhigen wollen. „Ich würde aber die Kammer nie aufgelöst haben. Wollte sie das Budget nicht votieren, so wäre das ihre Sache gewesen. Ich hätte die Hand nicht dazu geboten.“

Ich fand den Präsidenten selbstbewußter als sonst. Als ich wegging, begleitete er mich bis auf die äußere Treppe, was er sonst nie tut.

General d'Uzac, der mich besuchte, erzählte, Gambetta habe sich nicht allein durch die Reise nach Cahors,<sup>3)</sup> sondern auch durch seine aristokratischen Manieren und Prädilektionen geschadet. Vor etwa acht Tagen arrangierte Marquis du Lau, den er kennt, ein Diner, um Rothschild kennen zu lernen. An dem Diner nahmen verschiedene Herren der guten Gesellschaft teil: la Trémoille, A. Rothschild, Breteuil, Kérjégu u. a. Dort sprach Gambetta sehr konservativ. Das Diner hat seine republikanischen Freunde verstimmt. Das hat mit dazu beigetragen, ihm die Niederlage in der republikanischen Partei zu bereiten.

Den 22.

Lesspès war bei mir und sagt, daß die Vereinigten Staaten einen Vertrag mit der kolumbischen Republik abgeschlossen hätten, nach dem der neue Kanal in ihre Hände kommen würde. Der Senat von Kolumbia habe aber den Vertrag verworfen, und Lesspès wünscht nun, daß Deutschland die Sache in die Hand nehme und eine allgemeine Neutralität des Landes durchführe, eine Verständigung aller Mächte und Regierungen, die die Neutralität aller Meerengen anerkenne. Der Gesandte von Kolumbien wird heute zu mir kommen.

<sup>1)</sup> Vermutlich ist der Erfolg der tunesischen Expedition gemeint. Durch den Vertrag vom 12. Mai hatte Frankreich das Protektorat über Tunis erhalten.

<sup>2)</sup> Am 19. Mai. Am 9. Juni lehnte der Senat das Gesetz ab.

<sup>3)</sup> Gambettas Vaterstadt. Die Reise fand vom 25. bis 30. Mai statt.

Man schreibt Beust folgenden Quatrain zu, den er aber nicht gemacht haben will:

„Si pour éviter la guerre  
Il est utile de braire,  
On doit prier M. St. Hilaire  
De faire une circulaire.“

Paris, 29. Juni 1881.

Gambetta, den ich heute aufsuchte, sprach über den englisch-französischen Handelsvertrag und meinte, er halte die Tariff Fragen für weniger wichtig als die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen und hoffe, daß man schließlich doch zu einem Resultat kommen werde. Die Kammer werde Gelegenheit haben, sich bei der Beratung des Verlängerungsantrags über die Zollfrage auszusprechen. Die schutzzöllnerische Richtung sei besonders im Senat vertreten, den dürfe man aber in dieser Sache nicht zum Führer nehmen. Von dem Scrutin de liste sagte er, der sei für die nächste Legislaturperiode unmöglich. Man müsse die Frage jetzt beruhen lassen. Gerade die Anhänger des jetzigen Wahlmodus aber würden keinen Vorteil von der Verwerfung des Scrutin de liste haben, denn die radikale Partei werde an Sitzen gewinnen. Ueber die morgen stattfindende Interpellation<sup>1)</sup> sagte Gambetta, daß sie zu nichts führen werde, nur zu Traktassieren. Es scheint also richtig, wenn man sagt, daß Gambetta dem Albert Grévy nicht zu Leibe gehen will.

Den 12. Juli.

Waddington erzählte mir vor einigen Tagen von der Debatte über den Scrutin de liste im Senat. Seine Kollegen hätten sich besonders über seinen Mut gewundert, daß er es wage, Gambetta entgegenzutreten, vor dem sie alle à quatre pattes lägen. Gesiegt habe er nur, weil er die Sache so rasch als möglich zur Entscheidung gebracht habe. Hätte es noch vierzehn Tage gedauert, so würde Gambetta die Majorität noch herumgebracht haben, denn er hätte außerordentlich gewählt.

Gestern war ich bei dem Nunzius. Der Nunzius sah sehr elend aus und roch nach den vésicatoires, die er auf dem Leibe hatte. Auch die Fliegen in seinem Zimmer waren matt und klebten.

Paris, 15. Juli 1881.

Gestern war also das Fest des 14. Juli zur Erinnerung an den Tag, wo der Pariser Pöbel einige unschuldige Soldaten und Offiziere umbrachte und die Bastille zerstörte, in die gar niemand mehr eingesperrt worden

<sup>1)</sup> Wegen der Zustände in Algier und der gegen den Generalgouverneur Albert Grévy, den Bruder des Präsidenten, erhobenen Vorwürfe.

wäre, denn die grands principes von 1789 waren bereits verkündet. Es war aber eine Insurrektion gewesen, und die republikanischen Faiseurs glaubten das Fest zu dem Nationalfest wählen zu müssen, um dem Pariser Pöbel ein stets wiederkehrendes Kompliment zu machen. Das freut denn die Pariser sehr, und die, die von der Bastille auch gar nichts mehr wissen, freuen sich, daß es ein Feiertag ist, wo die badauds viel zu sehen haben und wo viel getrunken, gejoht und geschwitzt wird. Um 9 Uhr früh ging ich auf die Terrasse des Tuileriengartens, um mir die Demonstration vor der Statue der Stadt Straßburg — gegenüber von dem Rothschild'schen Hause — anzusehen, von der man mir gesprochen hatte. Es standen einige Arbeiter in schwarzen Röcken da und hatten rote Fahnen mitgebracht, die sie an das Postament anlehnten. Sie warteten auf ihre Kameraden, die von dort aus einen Zug verabredet hatten. Da niemand kam, so ging ich nach Hause. Später soll ein Zug von Studenten dort ein Lied gesungen haben. Um 1 Uhr fuhr ich mit Max<sup>1)</sup> im Landauer, zu dem ich mir zwei Pferde gemietet hatte, auf die Revue. Von den andern Herren der Botschaft war niemand anwesend, da Bülow an der See und Thielmann in Compiègne Luft schöpften. Auf der Tribüne des Präsidenten fand ich eine Zahl Ministersgattinnen, einige elegante südamerikanische Diplomaten sowie die Freundin des Hauses Grévy, Madame Dreyfus. Dann kamen Lyons, Fernan Nunnez und Orlov u. a. Man war sehr zusammengedrängt. Die Revue war wie alle andern. Die Hitze war gemäßiget durch einen frischen Luftzug. Die Sonne brannte furchtbar, und viele Soldaten fielen um. Ja, der Kaiser war so ausgedörrt, daß er plötzlich, wahrscheinlich infolge eines weggeworfenen Bündhölzchens, Feuer fing und zu brennen begann. Wir sahen, wie ein Regiment, das ziemlich fern von uns stand, sich alle Mühe gab, den Steppenbrand auszustampfen. Nach der Revue sah ich mir noch die Boulevards und einige andre Straßen an, um das Schauspiel der zahllosen dreifarbigigen Fahnen zu genießen. Bei der Revue hatten sich Madame Blest-Gana, Madame Magnin,<sup>2)</sup> Madame Arago und der Polizeipräfekt verabredet, um 1/29 Uhr zu mir zu kommen, um unter der Leitung von Andrieux eine Spazierfahrt zu machen. Sie kamen auch sehr pünktlich. Ich fuhr im Landauer mit Madame Magnin und der kleinen Blest-Gana, der jüngsten, die fünfzehn Jahre alt ist, einen riesigen Rembrandthut aufhatte und wie eine Dame Konversation macht. Im andern Wagen fuhr Madame Arago, Madame Blest-Gana und Andrieux und die übrigen in einem dritten Wagen. Wir fuhren die Seine entlang

<sup>1)</sup> Prinz Maximilian von Ratibor, damals Attaché an der Botschaft.

<sup>2)</sup> Madame Blest-Gana, Gemahlin des chilenischen Gesandten; Madame Magnin, Gemahlin des Finanzministers.

bis nach Ranelagh und bogen dann in das Bois ein. Dort stiegen wir aus und gingen an den Lac, wo alles „feenhaft“ illuminiert war und unaufhörlich Feuerwerke abgebrannt wurden. Wir saßen eine Zeitlang auf dem Rasen, fuhren in einem beleuchteten Nachen durch die übrigen mit Papierlampen beleuchteten Rähne und kehrten dann nach Hause zurück. Nachdem ich erst einen Teil der Damen abgesetzt hatte, fuhr ich im Schritt von der Avenue de la Grande Armée mit Madame Magnin nach dem Louvre. Doch konnten wir nicht bis hin kommen und mußten den letzten Teil zu Fuß machen. Ich setzte um 12 Uhr Madame Magnin dort ab und ging noch einige Zeit durch die erleuchteten Straßen und im beleuchteten Tuileriengarten spazieren und kam endlich um 1 Uhr nach Hause, wo ich noch die ärarische Illumination brennend vorfand, die ich dann sofort auslöschten ließ, froh, daß das Fest zu Ende war. Uebrigens muß ich sagen, daß die Pariser Bevölkerung, trotzdem die Leute bei der Hitze fortwährend tranken, sich sehr anständig benommen hat. Es soll im Faubourg Montmartre eine große Prügelei gewesen sein zwischen Polizei und Pöbel. Das war aber um 2 Uhr Nachts und nur dort. Im übrigen ist alles sehr harmlos verlaufen. Ein zweites Mal würde ich mir aber das Fest nicht ansehen.

Den 29.

Gestern Diner im Café des Ambassadeurs mit Madame Magnin, Monsieur und Madame Blett-Gana. Madame Magnin hatte den Wunsch ausgesprochen, einmal auf der Terrasse des Café des Ambassadeurs zu essen, und ich lud sie und die Blett-Gana ein. Ich kam natürlich früher, um die Damen zu erwarten. Um nicht während des Desserts vor der eingeladenen Gesellschaft die Rechnung zahlen zu müssen, fragte ich den Kellner, ob ich nicht die „addition“ vorausbezahlen könnte. Er sagte aber, das sei nicht gut möglich, übrigens, setzte er hinzu, ließe sich das leicht machen. Er würde nach dem Diner die addition in das Couloir neben der Terrasse bringen, „et Monsieur peut faire semblant d'aller au cabinet“!!

7. August.

Gestern von St. Valéry-en-Caux zurück, wo ich zwei Tage in der See gebadet habe. Als ich Nachmittags über den Pont de Solferino ging, sah ich einen schmutzigen Mann vor mir her gehen, der wahrscheinlich von einer sozialdemokratischen Versammlung kam und angetrunken war. Er wiederholte augenscheinlich die Reden, die er gehört hatte, in unzusammenhängenden Phrasen, die er mit pathetischer Stimme herschrie. Ich verstand „malheur à vous“ und ähnliches. Ein dicker alter Arbeiter in einer Bluse hörte das eine Zeitlang mit an und schrie dann:

„Veux-tu bien cesser de gueuler, salaud“ u. s. w. Das schien dem Schreier so zu imponieren, daß er schwieg und ruhig seines Wegs ging unter dem Gelächter der Zuhörer.

Beuzevillette, 16. August 1881.

Eine Partie, die nach Cabourg<sup>1)</sup> verabredet war, konnte nicht stattfinden, und Madame Magnin, die wir dann in Beuzevillette besuchen sollten, fragte mich, ob ich auch diesen Besuch aufgegeben habe. Ich konnte nicht gut ablehnen, sie in ihrem Schloß zu besuchen, auch schien es mir nützlich und interessant. Ich fuhr also gestern früh um 8 Uhr von Paris ab, mußte in Rouen eine Stunde warten und fuhr dann nach Nointot, von wo mich die Equipage der Madame Magnin abholte. Das Haus ist ein kleines Schloß im Stil des vorigen Jahrhunderts mit einem hübschen Park. Ich fand da den Präfekten von Rouen, einen Herrn Renaud, mit Frau und drei Töchtern. Letztere zeichneten sich aus durch ein Französisch, wie ich es noch nicht gehört hatte. Die Herren der Gesellschaft sagten mir, es sei „l'accent bourguignon“. Wir unterhielten uns zwei Stunden mit Krocket, und dann zog ich mich um und ging in den Salon. Um 6 $\frac{1}{2}$  Uhr war Diner, bei dem die genannten Gäste, dann ein alter Cousin mit seiner Frau, zwei sous-préfets und ein receveur waren. Lauter sehr anständige, gebildete Leute, besonders der sous-préfet von Havre. Abends spielten wir eine Partie Whist, und dann fuhr der Präfekt weg. Die sous-préfets blieben. Ich wohne in einem altertümlichen Zimmer, das die Aussicht auf die Bäume hat. Leider hat es die ganze Nacht gegossen und gießt noch zurzeit fort.

Paris, 18. August 1881.

Am 16. wurde im Regen spazieren gegangen und dann den Nachmittag Whist gespielt. Um 7 Uhr gegessen. Um 10 Uhr fuhr ich mit Herrn Nelson, dem Generalsekretär der Präfektur in Rouen, nach dem Bahnhofe, wo wir in der Masse herumtappten und endlich einen Zug fanden, nachdem einer an uns vorbeigefahren war, ohne uns, wegen Mangel an Platz, mitzunehmen. In Rouen war ich um 1 $\frac{1}{2}$  Uhr Nachts. Das Hotel d'Angleterre war so voll, daß ich nur ein unvollkommenes, aber reines Quartier fand. Am andern Morgen sah ich mir die schönen Kirchen von Rouen an, die schönsten gotischen Kirchen, die ich kenne. Das Palais de Justice ist ebenfalls ein wundervolles gotisches Gebäude, Uebergang der Gotik in die Renaissance. Ich frühstückte mit Herrn Nelson, der mir viel Interessantes von Algier erzählte, wo er geboren ist. Er begleitete mich

<sup>1)</sup> Ein Seebad.

zur Bahn. Um  $1\frac{1}{2}$  Uhr war ich in Paris. Dort beschäftigte sich alles mit der Szene in Belleville,<sup>1)</sup> und man erörtert, ob dies Gambetta schaden wird oder nicht.

Paris, 22. August 1881.

Der Nunzius, der mich gestern besuchte, ist meiner Ansicht, daß Gambetta das Ministerium nicht übernehmen wird, sondern daß ein Ministerium Freycinet-Ferry-Brissson kommt. Daß St. Hilaire nicht bleibt, glaubt er. Er meinte ferner, daß Gambetta gewählt werden würde und noch nicht abgetan sei. Was ich auch glaube. Dann fuhr ich mit Philipp Ernst nach dem Père Lachaise, ging durch den Kirchhof und kam an die Mairie des 20. Arrondissements, wo Gambettas Wahl war.<sup>2)</sup> Wir trieben uns erst eine Zeitlang vor der Mairie herum, wo verschiedene Gruppen von Bürgern und Arbeitern standen, die diskutierten. Es wurde unglaublicher Unsinn geschwätzt. Die einen waren für Gambetta, die andern gegen ihn. Ein kleiner Arbeiter in schwarzer Bluse mit einem blassen Gesicht und fanatischen Augen sagte, man könne Gambetta nicht wählen, weil er Freund von Gallifet sei, der ihn, den Arbeiter, nach Nouméa geschickt habe. Dann sprach er gegen die Geistlichkeit, sagte, sein Wunsch wäre, daß sie von der Wahl ausgeschlossen würden, „parce qu'ils ne prennent pas part à la défense de la patrie; il faut les traiter comme les femmes“. Einmal sagte er: „Le bon Dieu ne peut pas vouloir cela, s'il y a un Dieu — car moi je n'y crois pas“ u. s. w. Er klagte, daß die Reichen sich im Père Lachaise Gräber kauften und die andern gemeinschaftlich begraben werden. Ein behäbiger Bürger dagegen, mit dem ich sprach, war gegen die Sozialisten und sagte, das wäre das Wahre, wenn man sein erspartes Geld an diese Leute geben müßte! Da höre ja alle Freude an der Arbeit auf! Als ich ihn fragte, ob Gambetta gewählt werden würde, sagte er: „Nom de nom, oui!“ Ein Arbeiter in blauer Bluse sprach gegen die Sozialisten, blamierte sich aber durch allerlei Irrtümer und wurde ausgelacht. Im ganzen waren die Sozialisten in der Minderheit. Wir gingen dann in das Wahllokal, wo wir den Schluß des scrutin mitansahen, und kehrten durch den Kirchhof wieder zu unserm Wagen zurück.

Abends gingen wir einige Zeit in die Folies Bergères, und als es Zeit war, wanderten wir durch die benachbarten Straßen nach dem „Figaro“ und dem „Citoyen“ in der Rue Drouot. Im Bureau des „Citoyen“ waren viele Sozialisten, die es sehr beklagten, daß Gambetta

<sup>1)</sup> Bei einer Wahlrede am 16. war Gambetta durch den radikalen Pöbel überschrien und genötigt worden, sich zurückzuziehen.

<sup>2)</sup> Am 21. August fanden die Deputiertenwahlen statt.

in beiden Wahlbezirken gewählt sei. Ich kaufte mir einige Zeitungen und eilte um 12 Uhr nach Hause, um noch zu telegraphieren. Heute ist man allgemein sehr zufrieden. Die ruhige Republik ist gesichert. Ferry hat einen großen Sieg davongetragen. Gambetta muß jetzt mit den Gemäßigten gehen, nachdem ihm die Radikalen nicht mehr folgen wollen. Meine bisherigen Berichte sind vollkommen bestätigt.

Barzin, 23. Oktober 1881.

Abreise von Rauden den 22. Oktober. Abends in Berlin, Hotel du Nord. Morgens am 23. von Berlin abgereist über Stettin nach Barzin, wo ich zu Tisch eintraf, gegen 6 Uhr. Der Reichskanzler sieht wohl und frisch aus und scheint sehr guter Laune. Er erkundigte sich nach meinen Wahlausichten. Im allgemeinen könne man, meinte er, noch gar kein Prognostikon stellen. Es sei aber einerlei, wie die Wahlen ausfielen, ein Systemwechsel werde daraus nicht folgen. Käme eine Majorität, die seine wirtschaftlichen Pläne und Steuerpläne nicht akzeptiere, so müßten diese vertagt werden. Das seien Dinge, die man nicht im Handumdrehen durchführen könne. Ob das zu seinen Lebzeiten oder nach ihm durchgeführt werde, das sei ihm gleich. Er habe nur die Pflicht, das in Vorschlag zu bringen, was er für nötig halte.

Abends beim Tee wurde allerlei gesprochen von vergangenen Zeiten, von Darmstadt, Frankfurt u. s. w. Dann fragte auf einmal der Fürst: „Ja, wo ist denn Gambetta geblieben? Ich warte immer noch auf ihn.“<sup>1)</sup> Er sagte dann, er würde ihn recht gern gesehen haben. Es gehöre zu seinen Pflichten, fremde Staatsmänner zu empfangen. Gambetta sei ohne Zweifel berufen, in einem der wichtigsten Nachbarländer eine große Rolle zu spielen, und da würde es ihm ganz angenehm gewesen sein, sich mit ihm zu besprechen. Daß das Gerücht sich erhalte, erklärte der Reichskanzler dadurch, daß es nicht möglich sei, eine Form für das Dementi zu finden, die Gambetta nicht verletze. Dann erzählte er von den verschiedenen Versuchen, die gemacht worden seien, Gambetta mit ihm zusammenzubringen.

Der Fürst fragte auch, wie ich mit Thielmann zufrieden sei. Ich erwiderte, daß ich ihn für einen sehr fähigen Menschen hielte. Der Fürst sagte, die Herren in Berlin seien mit Bülow's<sup>2)</sup> politischer Berichterstattung mehr zufrieden als mit Thielmann's. Das wundere ihn. Es sei möglich, daß Thielmann als Finanzkapazität besser sei als in diplomatischen Dingen. Er eigne sich vielleicht mit der Zeit zum Finanzminister. Er müsse nur

<sup>1)</sup> Gambetta war im September und Oktober in Deutschland gewesen.

<sup>2)</sup> Des jetzigen Reichskanzlers.

das Alter dazu erreichen; einstweilen könne er immer Gesandter sein. Bülow bezeichnete ich dann als den geeignetsten ersten Sekretär in Paris. Um 1/2 12 Uhr gingen wir auseinander.

Heute nach dem Frühstück kam wieder die Rede auf die Politik gegenüber Frankreich. Der Reichskanzler hob wieder wie schon bei früheren Gelegenheiten hervor, daß wir nur wünschen könnten, daß Frankreich Sufzeß in Afrika habe. Wir müßten uns freuen, wenn es Befriedigung anderwärts als am Rhein finde. Unsere Beziehungen zu Frankreich könnten stets friedlich und freundlich sein. Solange Frankreich keine Alliierten habe, könne es uns nicht gefährlich werden. Wir würden es schlagen, auch wenn die Engländer mit ihm wären. Er erzählte bei dieser Gelegenheit folgendes von seinem Aufenthalte in Paris im Jahre 1867: Er hätte damals öfters mit Marschall Baillant gesprochen, der ihm besondere Sympathie gezeigt und ihm gesagt habe, er, Bismarck, sei bei den französischen Soldaten beliebt als „un gaillard qui n'a pas froid aux yeux“. Als Bismarck darauf erwiderte, daß sei ihm ja recht lieb und beweise, daß man gute Beziehungen zu Frankreich erhalten könne, habe ihm Baillant geantwortet: „Ne vous y trompez pas, il faudra tout de même croiser les baïonnettes.“ Und als Bismarck fragte: warum? antwortete er: „Nous sommes comme le coq qui ne veut pas qu'un autre coq crie plus fort que lui.“ „Eh bien,“ antwortete Bismarck, „vous allez nous trouver au rendez-vous.“

Abends sagte der Fürst noch, wer Minister in Frankreich sei, ändere nichts an unserer friedlichen Politik, auch Gambetta nicht.

Dann bat er mich, dem Kaiser zu sagen, er sei noch immer nicht gesund und leide an den Nerven. Der Kaiser sei rücksichtslos gegen ihn und ärgere ihn. So habe er auf unbekannte Inspiration dem Fürsten wegen Korum's Ernennung<sup>1)</sup> einen groben Brief geschrieben und ihm vorgeworfen, daß er Unterhandlungen mit Rom anknüpfe, ohne den Kaiser zu fragen. Der Kaiser habe aber dabei vergessen, daß er die Genehmigung zur Mission Schlözers<sup>2)</sup> ausdrücklich erteilt habe. Schlözer sei nach Rom gegangen, um zu fragen, was man in Rom dazu sage, wenn preußischerseits unter Aufrechterhaltung der Gesetze versöhnend vorgegangen werde. Von einer Nunziatur und von einem zweiseitigen Vertrag sei nie

<sup>1)</sup> Die Regierung hatte sich im Juli mit der Kurie verständigt über die Wahl des Bischofs Dr. Korum zum Bischof von Trier. Er wurde am 24. August in Rom zum Bischof ernannt und geweiht und am 29. August vom König anerkannt. Der staatliche Eid wurde ihm erlassen.

<sup>2)</sup> Schlözer, damals Gesandter in Washington, war im Juli in geheimer Mission nach Rom gegangen, um offiziös über die Beilegung des Kulturkampfes zu verhandeln.

die Rede gewesen. Bismarck will den preussischen Katholiken Befriedigung verschaffen, indem er die Bischofsitze wieder besetzt und im allgemeinen versöhnlich handelt. Mehr will er nicht tun.

Noch muß ich einige Aeußerungen Bismarcks nachtragen. Bei einer Unterredung über die deutschen Zustände sagte er, die Deutschen wüßten mit dem Nürnberger Spielzeug, das er ihnen gegeben, nicht umzugehen, sie verdürben es. Wenn es noch so fortgehe, würden die verbündeten Regierungen wieder zum alten Bundestage zurückkehren, nur das militärische und das Zollbündnis behalten, den Reichstag aber aufgeben. Dann sagte er: „Ich könnte es ja viel bequemer haben. Ich könnte „wrangeln“, nichts tun und einen Figuranten von Reichskanzler spielen. Das wäre sehr viel bequemer. Aber solange ich im Amte bin, leidet das mein Pflichtgefühl nicht. Auch kann ich es dem alten Herrn nicht antun, wegzugehen. Solange er lebt, muß ich bei ihm aushalten.“

Paris, 31. Oktober 1881.

Gestern von Berlin zurück. Heute Morgen bei Barthélemy St. Hilaire, den ich resigniert fand. Er sagt, er werde demnächst abtreten. Gambettas Ministerium sei unvermeidlich. Er aber könne nicht darin bleiben. Er erkenne die guten Eigenschaften Gambettas an, sein Talent, seine geistige Regsamkeit, seinen Patriotismus. Aber Gambetta sei in einer Sphäre groß geworden, die ihm, St. Hilaire, fremd sei und mit der er sich nicht verständigen und befreunden könne. Er sei ein Redner, aber kein Staatsmann, und es fehle ihm an ruhiger Ueberlegung. Man werde ja sehen, was er tun werde. Ueberall in seiner Auseinandersetzung blickte die Hoffnung durch, daß Gambetta sich bald abnutzen werde. Diese Hoffnung und die meines Erachtens nicht begründete Erwartung, daß man dann zu gemäßigteren Männern zurückgreifen werde, läßt Barthélemy St. Hilaire wünschen, daß Ferry nicht in das Ministerium eintrete. Doch fürchtet er, und Beust, den ich später sah, glaubt bestimmt, daß Ferry nicht widerstehen werde, wenn, was zweifelhaft ist, Gambetta ihm ein Ministerium anbieten wird. Ob Freycinet das Kriegsministerium übernehmen wird, ist ihm zweifelhaft. Er erkennt Freycinets Fähigkeiten an, meint aber, daß dieser zu sehr Mathematiker sei und zu sehr an mathematische Schlußfolgerungen gewöhnt sei, um die Dinge richtig zu beurteilen und den tatsächlichen Verhältnissen genügend Rechnung zu tragen. St. Hilaire glaubt, daß Léon Say trotz seiner früheren Haltung nun doch als Finanzminister eintreten werde, vorausgesetzt, daß Gambetta ihn dazu auffordert. Er sei kein konsequenter Mann. Es scheint, daß Tiffot das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erhalten soll. St. Hilaire meint, daß Gambetta gut tun würde, das Justizministerium zu über-

nehmen. Da habe er wenig zu tun und könne dabei das Ganze leiten. Die Stellung als Minister ohne Portefeuille sei für Grévy nachteilig. Denn dann sei Gambetta faktisch Präsident der Republik, und es bleibe nichts für Grévy. In der Extraditionsfrage sagte St. Hilaire, daß das Ministerium sich dahin geeinigt habe, daß man im Exposé des motifs darlegen müsse, daß Mord kein politisches Verbrechen sei.

Grévy, den ich nachher besuchte, sagte: „Eh bien! ici nous sommes dans l'enfantement.“ Er billigt, daß die Minister ihre Politik vor den Kammern verteidigen würden. Eigentlich sehe er gar nicht ein, was man dem Ministerium in der tunesischen Frage vorwerfen könne. Die Expedition sei notwendig gewesen. Alles sei gut gegangen. Vielleicht sei die Militäradministration nicht ganz gut gewesen, das wisse er nicht. Beust hält die Lage für unbedenklich, glaubt aber nicht, daß der Optimismus Grévys begründet sei.

Paris, 1. November 1881.

Blowitz kam heute. Nach einleitenden Worten berührte er den Gegenstand, der ihn zu mir geführt hatte. Er sagte: „Gambetta n'a pas été à Varzin?“ und machte dazu ein schlaues Gesicht, als wollte er sagen: Ich weiß, daß er da war. Darauf erwiderte ich: „Nein, er war nicht da.“ Und als er mich erstaunt ansah, fügte ich hinzu: „Der Fürst würde Herrn Gambetta sehr gern empfangen haben, wenn er nach Varzin gekommen wäre. Er ist aber nicht hingegangen.“ Blowitz darauf: „Mais alors son voyage était une bêtise! Comment, il s'expose à être insulté en Allemagne“ u. s. w. Blowitz gibt Gambetta zwei Jahre, dann sei er abgenutzt.

Paris, 2. November 1881.

St. Vallier, der sich auf heute bei mir angemeldet hatte, kam um 5 Uhr. Es war ihm daran gelegen, über sein Verbleiben in Berlin mit mir zu reden. Er sagte, für ihn handle es sich um zwei Erwägungen, erstens, ob er nach der Anschauung der deutschen Regierung nach dem Eintritt Gambettas in das Ministerium dort noch auf Vertrauen in die friedlichen Absichten der französischen Regierung rechnen könne, und dann, ob die Zusammensetzung des Ministeriums ihm das Verbleiben ermögliche. Was den ersten Punkt betreffe, so sei er überzeugt, daß Gambetta eine friedliche und keine Revanchepolitik treiben werde. Gewinne er eine andre Ueberzeugung, so werde er nicht bleiben, denn er könne nur eine Politik des Friedens vertreten. Entziehe also Fürst Bismarck der französischen Regierung nach Gambettas Eintritt sein Vertrauen nicht, so sei sein Verbleiben möglich. Was den zweiten Punkt betrifft, so sei es für ihn selbstverständlich, daß er nicht eine Regierung vertreten werde, die ein Ministerium

Floquet oder dergleichen bilde. Ich antwortete ihm, daß die deutsche Regierung mit dem Ministerium Gambetta, das sich als eine für Frankreich unabweissbare Notwendigkeit darstelle, die guten Beziehungen wie bisher aufrechterhalten werde. Ich sei nicht beauftragt und nicht berufen, in betreff des Berliner Botschafterpostens Wünsche auszusprechen. Ich könne ihm aber, da er mich danach frage, erklären, daß wir uns freuen würden, mit ihm ferner geschäftliche Beziehungen zu haben. In betreff des zweiten Punkts müsse ich sein Urteil als maßgebend ansehen. St. Vallier bat, dem Fürsten zu schreiben, daß er sich nicht direkt an ihn habe wenden wollen, um ihn nicht mit der Bitte einer Äußerung zu behelligen. Er sei aber durch meine Äußerung vollständig zufriedengestellt. Ob freilich Gambetta nicht vorziehe, „de se débarrasser de moi“, sei eine Frage, die er heute noch nicht entscheiden könne.<sup>1)</sup>

Paris, 4. Dezember 1881.

Gestern erstes Diner bei Gambetta.<sup>2)</sup> Es war das ganze diplomatische Korps geladen. Gambetta empfing uns an der Tür des Salons. Ich saß neben dem Nunzius, der die Stelle der Hausfrau gegenüber von Gambetta einnahm, und dem neuen Minister des Innern, einem jungen Mann von gutem Aussehen und angenehmer Konversation.<sup>3)</sup> Gambetta saß zwischen Lyons und Orlov. Das Essen war im Hause von Trompette, dem berühmten Chef, gemacht und nicht, wie sonst in den Ministerien, bei Potel & Chabot. Es war deshalb auch sehr gut und hat mir keine Magenbeschwerden verursacht, wie dies bei andern offiziellen Dinern der Fall ist. Nach Tisch Konversation mit Spuller.<sup>4)</sup> Dann mit Gambetta. Dieser sagte, er verstehe die Opposition nicht, die man dem Reichskanzler in der finanziellen Politik mache, die ja doch die Einheit des Reiches befestigen müsse. Ich sagte ihm, die Opposition, sowohl Fortschritt wie Zentrum, seien Gegner der Reichseinheit, Föderalisten. Das war ihm neu, und da erst begriff er deren Politik. Ueber die Rede des Reichskanzlers<sup>5)</sup> sprach er seine ganze Bewunderung aus, namentlich über das, was der Fürst über den Dank gesagt hat.

1) Nach der Bildung des Ministeriums Gambetta am 14. November gab St. Vallier seine Demission.

2) Das Ministerium Ferry hatte am 10. November demissioniert. Am 14. November war das Ministerium Gambetta gebildet. Gambetta war Ministerpräsident und Minister des Aeußern.

3) Waldeck-Rousseau.

4) Gambettas Freund, Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern.

5) Bei der Debatte am 28. November über den Beitrag des Reichs zu dem Zollanschluß Hamburgs. Bismarck hatte gesagt: „Mir ist niemand Dank schuldig,

16. Dezember.

Gestern war Gambetta bei mir zu Tisch. Das Diner war unten, achtzehn Personen. Von den Ministern außer Gambetta nur Paul Bert,<sup>1)</sup> Waldeck-Rousseau und Proust,<sup>2)</sup> Kern und Beyens vom diplomatischen Korps, Berger und Pallain. Es hatten sich Gerüchte verbreitet, daß ich nur die Minister eingeladen hätte, die sich mir hätten vorstellen lassen oder die mir sympathisch wären. Als daher am 14. Cochéry<sup>3)</sup> kam, um mir zu sagen, daß er sich entschuldige, ging ich rasch zu Paul Bert, der die verrufenste Persönlichkeit des Ministeriums ist im Sinne der hohen Gesellschaft und lud ihn ein, indem ich ihm die Gründe offen sagte. Er war sehr erfreut und sagte gleich zu. Das Diner, bei dem ich zwischen Gambetta und Waldeck-Rousseau saß, verlief sehr gut. Nur Kern brachte Anton und Auguste durch langsames Essen zur Verzweiflung. Dadurch dauerte das Diner eine Viertelstunde länger. Beust machte die Hausfrau. Als wir von Tisch aufstanden, kam die Nachricht, daß Rochefort im Prozeß Roustan<sup>4)</sup> freigesprochen war. Gambetta zuckte die Achseln und sagte, es sei überhaupt ein Fehler gewesen, den Prozeß anzufangen. Man hätte ihn auch beschuldigt, Geld gestohlen zu haben, seine Freunde hätten ihn gedrängt, dagegen Prozesse zu führen. Er habe es nie getan, weil er wisse, daß dabei nur Schaden für den Kläger entstehe. Die Pariser Presse wolle schimpfen und das Publikum wolle, daß geschimpft werde. Die Jury würde also immer freisprechen, wenn auch die Schuld offen vorläge.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 4. Januar 1882.

Eurer Durchlaucht danke ich verbindlichst für Ihren liebenswürdigen Glückwunsch zum neuen Jahre und erwidere denselben von Herzen, indem ich Eurer Durchlaucht zugleich für Ihre freundliche und wirksame Unterstützung im Amte danke.

von Bismarck.

---

und wer von mir behauptet, ich erwarte ihn, der verleumdet mich — ich habe meine Pflicht getan und weiter nichts.“

<sup>1)</sup> Unterrichtsminister.

<sup>2)</sup> Minister der schönen Künste und Staatsmanufakturen.

<sup>3)</sup> Minister der Post und Telegraphen.

<sup>4)</sup> Rochefort hatte im „Intransigeant“ Enthüllungen gegen den Vertreter Frankreichs in Turin, Roustan, gebracht. Darauf hatte Roustan mit Genehmigung der Regierung Rochefort verklagt.

## Journal.

Paris, 14. Januar 1882.

Heute sind bereits einundvierzig Jahre seit Pappas Tod vergangen! Gestern Abend kam ich mit Elisabeth hier an.<sup>1)</sup> Heute früh bei Gambetta, wo ich auch Spuller traf. Ich blieb nur einen Augenblick, da er sehr beschäftigt war. Er sprach über die Revision und über die Notwendigkeit, den Scrutin de liste in die Verfassung aufzunehmen.<sup>2)</sup> Er scheint seiner Sache sicher und sagte lachend: „Ils le voteront!“ Nach seiner Meinung ist nur durch den Scrutin de liste als Damoklesschwert eine solide Majorität zu schaffen, ohne die man nicht regieren kann. „On ne peut pas gouverner, si on doit se former chaque jour une nouvelle majorité.“

19. Januar.

Die Wahlen in den Bureaus für die Kommission der Verfassungsrevision haben 32 unter 33 Mitgliedern ergeben, die gegen den Scrutin de liste sind. Blowitz behauptet, daß Gambetta den Scrutin de liste nicht durchsetzen werde und daß er besser tun würde, sich darauf zu beschränken, die allgemeine Verfassungsrevision zu bekämpfen und für die partielle Revision einzutreten. Dann werde er sich halten. Wenn er auf dem Scrutin de liste bestehe, werde er fallen. Ich habe heute berichtet, daß Gambetta den Scrutin de liste durchsetzen werde, und weiß nicht, ob Blowitz recht hat. Auf der Börse Kampf zwischen Bontoux und den Juden.<sup>3)</sup>

Paris, 31. Januar 1882.

Blowitz sagt, Gambetta<sup>4)</sup> sei nun in die Reihe der „sauveurs“ übergetreten und stehe neben dem Comte de Chambord, Prinz Viktor Napoleon u. s. w. Er werde nur dann wieder gerufen werden, wenn man seiner bedürfe, um das Land zu retten. Er erkennt Gambettas ungewöhnliches Rednertalent, Mut und Entschlossenheit und parlamentarisches savoir faire an, sagt aber, Gambetta habe nicht die Eigenschaften eines Staatsmanns. Er sei ein autoritärer Demokrat, der das Volk durch Versprechungen zu gewinnen suche, um sich Macht und Gewalt zu verschaffen.

<sup>1)</sup> Nach der Abwesenheit aus Anlaß der Hochzeit des Erbprinzen Philipp Ernst, die am 10. Januar 1882 zu Wien stattfand.

<sup>2)</sup> Der Antrag auf Verfassungsrevision — in diesem der „scrutin de liste“ — kam am 14. Januar an die Kammer.

<sup>3)</sup> Am 19. Januar fand die Zahlungseinstellung der katholischen „Union générale Bontoux“ statt.

<sup>4)</sup> Am 26. Januar war Gambetta nach Verwerfung des Scrutin de liste durch die Kammer zurückgetreten. Am 31. war das neue Ministerium Freycinet gebildet. Freycinet übernahm das Aeußere.

Vorläufig sei er abgetan. Da er sich mit dem Scrutin de liste identifiziert habe, so müsse er immer wieder den Scrutin de liste als Bedingung der Uebernahme der Geschäfte stellen, und da die Kammer vor 1885 nicht darauf eingehen werde, so bleibe er bis 1885 von den Geschäften ausgeschlossen. Die Verfassungsrevision, sagt Blowitz, sei beseitigt. Man brauche den Beschluß der Kammer nach dem Reglement gar nicht dem Senat vorzulegen.

Wiesentheid, 21. März 1882.

Ich will mein Journal, wie ich es früher blätterweise schrieb, um es, wenn wir uns trafen, Stephanien zu lesen zu geben, heute schreiben, um den ganzen Eindruck der letzten Woche festzuhalten. Jetzt, um Stephanien's Krankheit und letzte Stunden zu erzählen.

Am Sonntag Nachmittag, 11. März, erhielten wir ein Telegramm, daß Stephanie an der Diphtheritis erkrankt sei. Das erschreckte uns. Der Inhalt des Telegramms war aber nicht beunruhigend. Wir dachten, die Krankheit habe eben begonnen, und glaubten, daß es gelingen werde, sie im Keim zu besiegen. Abends aber kam die Nachricht, daß die Krankheit bedenklich sei. Wir fuhren zu Dr. Teste, dem Spezialisten für diese Krankheit, und ließen uns von ihm eine Anweisung zur Anwendung seines Mittels geben und telegraphierten dieselbe sofort nach München. Den Montag lauteten die Nachrichten nicht besser, doch konnten wir nicht abreisen, da der Botschaftsrat, dem ich die Geschäfte übergeben mußte, von einer Reise noch nicht zurück war. Endlich kam er, und wir fuhren Mittwoch Abend ab. In Straßburg fanden wir ein Telegramm, das von Besserung sprach, in Karlsruhe ebenfalls. Beruhigt fuhren wir weiter. Als wir aber in den Bahnhof München einfuhren, fanden wir Karl Schönborn und G. Castell, die uns mitteilten, daß seit Nachmittag eine Verschlimmerung eingetreten und die Operation, der Schnitt in die Luftröhre, vorgenommen sei. Da sank unsre Hoffnung tief herab. Als wir ins Haus traten, wurden uns die Nachrichten noch näher erläutert. Stephanie hatte selbst die Operation verlangt. Und nun war sie zufrieden, wieder atmen zu können und der Erstickungsgefahr entgangen zu sein. Ich fand sie in ihrem Bette liegend, außerstande, des Schnittes wegen zu sprechen, gefaßt und ruhig. Doch sagte mir ihr Blick, als ich ihr gute Nacht sagte, daß sie sich der Gefahr wohl bewußt war. Wir ließen uns früh Nachricht bringen und hörten, daß die Nacht keine Verschlimmerung gebracht habe. Der Tag verging ruhig. Abends saß ich lange an ihrem Bett und hielt ihre Hand. Das tat ihr wohl, und sie dankte mir mit einem freundlichen Blick. Um 10 Uhr ging ich wieder hinunter, um zu schreiben. Ich hatte kaum einen Brief beendet, so wurde ich mit dem

Schreckensruf zurückgeholt, es gehe zu Ende. Kaum fähig, die Treppe hinaufzusteigen, eilten wir an ihr Bett. Da lag sie blaß und wie sterbend. Alles versammelte sich und weinte. Als aber gleich darauf die Aerzte eintraten, sagten diese, es sei nur eine Ohnmacht. Auch erholte sie sich bald. Die Nacht verging nun in banger Erwartung. Anscheinend änderte sich wenig. Die Schwäche nahm aber zu, und kein Stärkungsmittel wirkte. Einige blieben oben, die andern saßen unten im Salon. Dann ging man wieder hinauf. Sie lag stets ruhig, hie und da schlummernd. Gegen Morgen blieb ich oben. Und als der Tag zu grauen anfang und die Amseln zu singen begannen, sah ich, daß das Ende nicht mehr fern sein werde. Es war keine Veränderung im Gesicht wahrzunehmen, keine Verzerrung, keine Angst, kein Röcheln. Sie lag ruhig mit offenen Augen. Dann bekamen diese einen merkwürdigen überirdischen Glanz. Es war ein Ausdruck der Verklärung, der Freude, der Versöhnung darin, wie ich ihn nie bei einem Menschen gesehen habe. Thury saß auf dem Bett und weinte. Da flüsterte sie noch „besser“, um ihm Hoffnung zu machen. Dann verlangte sie ein Schlafmittel, welches ihr die Aerzte aber nicht geben konnten. Man gab ihr Aether und machte Kampferinsprizungen. Das belebte und erfrischte die Sterbende etwas. Helfen konnte ja nichts mehr. Als der helle Tag da war und die Sonne freundlich hineinblickte, ward der Atem kürzer und kürzer, und zuletzt hörte er auf. Der Puls ging bis zuletzt rasch, dann wurden die Hände kalt, das Auge matt, und um  $1\frac{1}{2}$  9 Uhr hatte das Herz zu schlagen aufgehört.

Als ich sie nach einigen Stunden wieder im Sarge sah, lag sie da friedlich lächelnd. Heute haben wir sie ins Grab gelegt. Das Grab ist unter einem Baum neben der Kapelle. Es war ein milder, sonniger Frühlingstag, an dem wir für immer Abschied nahmen von der über alles geliebten Tochter.

Man hat in Blumen dich zur Ruh getragen,  
Ein Blütenhauch zieht über deine Gruft.  
Du warst ja selbst wie Lenz und Frühlingsduft,  
Wie Sonnenschein an blütenreichen Tagen.

Und wenn du kamst, zog Freude, zog Behagen  
In jedes Herz, wie wenn die Frühlingsluft  
Das junge Grün zu neuem Leben ruft  
Und sanft im Hain die Nachtigallen schlagen.

Nun ist dahin, was uns so hoch beglückt,  
Es brach des Auges strahlend heller Glanz,  
Das heitre Lächeln deiner Lippen schwand.

Als sie mit Blumen deinen Sarg geschmückt,  
Stand ich gelähmt von Schmerz. Nimm hier den Kranz,  
Geliebtes Kind, den ich in Tränen wand!

Paris, 13. Mai 1882.

Beust, der heute bei mir war, kam auf seine Abberufung zu sprechen und sagte, es sei sehr dumm gewesen, ihn abzuuberufen. Man fürchte in Wien seine Memoiren, nun habe er Zeit, sie zu schreiben, hier würde er keine Zeit gehabt haben. Außerdem werde sich alles, was oppositionell sei, an ihn herandrängen. Er sei im Herrenhaus, könne also eine politische Tätigkeit ausüben. Es fiel mir auf, daß er von sich selbst wie von einem dritten, von einem außer ihm stehenden schlechten Kerl sprach. Sein höhnisches Lachen, während er sprach, und die ganze Mitteilung machten mir einen sehr widerlichen Eindruck.

Paris, 23. Juni 1882.

Die ägyptische Frage hat mich in den letzten acht Tagen lebhaft beschäftigt.<sup>1)</sup> Am vergangenen Sonntag ging ich zu Freycinet, um mich zu erkundigen, wie die Konferenz stehe. Er hatte günstige Nachrichten, nur mußte er nicht, wer die Einladungen erlassen solle. Ich sagte: „Doch die Mächte, die den ersten Gedanken der Konferenz gehabt haben.“ „Das sind Frankreich und England,“ sagte Freycinet. „Also,“ erwiderte ich, „müssen diese beiden Mächte einladen.“ Das leuchtete Freycinet ein. Dann fragte er, wann die Konferenz beginnen solle. Ich meinte erst den 25., das war Freycinet zu spät, er schlug Freitag den 23. vor. Ich meinte, das sei ein Unglückstag, er solle lieber Donnerstag den 22. vorschlagen. Das war ihm recht, und er bat mich, in Berlin anzufragen, ob man dort mit dem Einladungsmodus und Tag einverstanden sei. Ich ging nun in die Kirche und dann nach Hause, telegraphierte an den Reichskanzler und erhielt schon um 6 Uhr die kurze Antwort, daß er mit allem, was wir vorgeschlagen hatten, einverstanden sei. Nun ging ich gleich ins Ministerium, da war aber kein Minister, kein Chef de cabinet, überhaupt niemand. Nun ging ich wieder nach Hause, und da ich Abends bei Blest-Gana aß, ließ ich früher anspannen und fuhr erst zu Freycinet nach Passy und von da zum Diner in der Avenue de la Grande Armée. Das Diner war originell, dann Soiree. Die darauf folgenden Tage waren noch allerlei Schwankungen, bis endlich heute die Konferenz begonnen hat. Ob sie viel ausrichten wird, ist zweifelhaft. Waddington, den ich gestern sprach, ist sehr unzufrieden mit der Schwäche der französischen und englischen Regierung und sagt, auf diese Weise verlören die Mächte jedes Prestige bei den Mohammedanern. Jetzt ist es schwer, etwas zu machen. Die Westmächte hätten schon vor einem Jahre in Aegypten Ordnung machen sollen.

<sup>1)</sup> Frankreich und England hatten eine Konferenz der Botschafter in Konstantinopel zur Regelung der ägyptischen Frage angeregt.

Paris, 6. Juli 1882.

Heute früh in der Kirche. Ich ging nach Notre Dame. Dort stand ein einfacher Sarg mit einem weißen Tuch darüber und einem Immortellenkranz darauf. Zwei Frauen knieten davor. Der Geistliche kam in die Seitenkapelle daneben und las eine stille Messe. Ich blieb auch da, die Messe zu hören. Stephaniens Geburtstag!

Barzin, 7. November 1882.

Gestern besuchte ich Friedberg, um mit ihm über die kirchliche Frage zu sprechen. Er ist mit mir einverstanden, daß man jetzt jede Nachgiebigkeit vermeiden müsse. Das ist auch die Ansicht Bismarcks. Er will abwarten, bis man mit Vorschlägen von Rom aus kommt. Friedberg findet, daß Puttkamer und Göppler Fehler begehen, indem sie die staatskatholischen Geistlichen übergehen und ultramontane in gute Stellen setzen. Das ist ein Unsinn. Die Wahl Korum zum Bischof von Trier war ein Mißgriff. Korum wurde von Manteuffel empfohlen, ist Franzose. Ebenso meint Friedberg, daß Herzog nicht nach Breslau paßt und daß Gustav der geeignete Fürstbischof gewesen wäre. Herzog sei ein Mann subalternen Bildung und Anschauung. Ein Rechnungsrat, der den Kavalier spielen will und dem es in seiner Stellung schwindlig wird.

Abends fuhr ich zum Kronprinzen nach Potsdam. Er empfing mich zuerst allein und sprach sehr teilnehmend und lange über Stephanie. Dabei kam er auf die Gefahr, die sein Haus in Berlin biete. Die Gegend sei infiziert von Diphtheritis, und er sei voll Angst für den Winter, wenn er wieder hinziehe. Dann kam die Kronprinzessin. Ebenfalls sehr teilnahmsvoll. Sie denkt in vieler Beziehung wie ich und sagt ihre Auffassung sehr offen. Nur fürchte ich, daß sie das auch andern sagt, und das ist nicht gut. Es kann ja sein, daß einem der christliche Trost nicht genügt, aber es ist besser, dies für sich allein zu behalten und zu verarbeiten. Platons Dialoge und die antike Tragödie sind ihr tröstlich. Manches war wahr, was sie sagte. Sie ist aber zu unvorsichtig und vorschnell in ihren Urteilen über Dinge, die doch ehrwürdig sind.

Wir gingen zum Souper und setzten unser Gespräch fort. Nach Tisch spielte ein Fräulein Zimmermann Klavier.

Heute, den 7., fuhr ich von Berlin um 1/29 Uhr früh über Stettin u. s. w. nach Barzin und kam hier um 6 Uhr an. Der Reichskanzler mit weißem Vollbart war munter. Bei Tisch wurde von Weinen und Früchten gesprochen. Nachher bei der Zigarre im Salon von Elchhirschjagd, von Prinz August von Preußen, von Friedrich dem Großen u. a., von Politik nur wenig. Er empfahl gegenüber den Westmächten große Zurückhaltung, keinen Rat geben und nicht puttschen. Das würde Anlaß zur Verstär-

nung geben. Wenn die Franzosen von den Engländern freie Hand in Syrien verlangen, so ist uns das gleichgültig. Ueberall sollen die Franzosen tun, was sie wollen, wenn sie nur vom Rhein fern bleiben.

Ueber Courcel<sup>1)</sup> äußerte er sich ungünstig. Er sei zu leidenschaftlich und ausfallend. Wenn wir nicht so rücksichtsvoll für Frankreich wären, so hätte sein Benehmen schon Anlaß zu Berwürfnissen gegeben. Ich fragte, ob sich dies auch auf die Frage des europäischen Mandats beziehe, was Bismarck bejahte. Er meinte, daß wir kein Mandat geben können, ohne kompromittiert zu werden. Wir hätten kein Urteil zu fällen über das, was die Großmächte tun, sondern müßten vor allem Interessenpolitik treiben.

8. November.

Der Fürst erwähnte heute Turgenev und meinte, er sei der geistvollste Schriftsteller aller Nationen unter den heute lebenden Schriftstellern.

Abends lange Unterredung bei der Pfeife. Bismarck trug mir auf, St. Vallier seine Grüße auszurichten und ihm zu sagen, „que nous le regrettons“. In bezug auf die französischen Dinge sagte er, daß wir ruhig zusehen, wenn irgendwo die englische und die französische Lokomotive ineinander fahren. Im übrigen bleiben wir bei unsrer wohlwollenden Haltung, ignorieren etwaige Kläffereien des Chauvinismus und erklären den Franzosen, daß wir sie nie bedrohen werden, auch wenn sie in Kalamitäten geraten sollten, solange sie vom Rhein fern bleiben. Sie können in der Welt tun, was sie wollen. Die Republik ist uns genehm. In der Monarchie sehen wir die Aussicht auf den Krieg. Greifen sie uns an, so werden wir uns verteidigen. Ja, es kann sein, daß wir sie angreifen, wenn uns die Monarchie bedrohlich erscheint.

Paris, 15. November 1882.

Vorgestern Abend Rückkehr nach Paris. Gestern viele Besuche empfangen. Heute bei Duclerc.<sup>2)</sup> Er sprach von der ägyptischen Frage, sagte, daß Aussicht auf Verständigung mit England vorhanden sei, und ist sehr erfreut, daß die andern Mächte England nicht zu ungemessenen Forderungen ermutigt hätten. Die Sache sei noch nicht abgeschlossen. Es komme ihm nicht auf die Form an, aber Frankreich habe ein Interesse,

<sup>1)</sup> Baron de Courcel, früher Direktor der politischen Abteilung im Ministerium des Aeußern, war am 28. Dezember 1881 zum Botschafter in Berlin ernannt worden.

<sup>2)</sup> Das Kabinett Freycinet war am 29. Juli zurückgetreten, da die Kammer den für die Besetzung des Suezkanals geforderten Kredit abgelehnt hatte. Am 8. August wurde das Kabinett Duclerc gebildet. Duclerc übernahm das Präsidium und das Aeußere.

bei der Kontrolle der ägyptischen Finanzen in einer im Verhältnis zu seinen Interessen stehenden Weise beteiligt zu sein. Von den inneren Fragen berührte er die anarchistische Bewegung.<sup>1)</sup> Der Minister sagte, sie sei nicht ungefährlich, zitierte die Worte seiner Deklaration und sagte, er werde die Ordnung mit Energie aufrechterhalten. Die Fremden, die sich etwa beteiligten, werde er ausweisen. Was die Kammer betrifft, so beklagte er sich vorzugsweise über die Konservativen, die doch mit der Haltung des Ministeriums zufrieden sein könnten, aber gerade diese seien seine heftigsten Gegner, weil sie die Dinge so schlecht wie möglich sich gestalten lassen wollten. Und doch werde dies nicht zu ihrem Vorteile ausfallen. Die Monarchie sei unmöglich. Man spreche wohl von Staatsstreichen und die Velleitäten dazu beständen, aber sie haben keine Aussicht auf Verwirklichung. Die europäischen Mächte, meint Duclerc, hätten das wesentlichste Interesse daran, daß sich die Republik konsolidiere. Die französische Republik sei für die benachbarten Monarchien nur dann ansteckend, wenn sie nicht existiere. Die Monarchie könne sich in Frankreich nie lange halten, und ihr Zusammenbruch bringe weithin fühlbare Erschütterungen mit sich. Ich habe Herrn Duclerc meine ganze Zustimmung zu seiner Auffassung ausgesprochen.

Paris, 16. November 1882.

Heute Morgen, als ich im Bois ritt, begegnete mir Andrieux. Wir ritten eine Zeitlang zusammen. Andrieux nahm einige beglückwünschende Bemerkungen zu seiner Rede dankbar an und meinte, man müsse jetzt den Parlamentarismus bekämpfen.<sup>2)</sup> Er geht, wie er sagt, mit dem Gedanken einer Verfassungsrevision im konservativen Sinne um.

Paris, 20. November 1882.

Schon vor einigen Tagen hatte mir Herr Mollard geschrieben, daß der Präsident mich auf Montag den 20. zur Jagd nach Marly einladen lasse. Da ich nichts bei mir hatte, was zur Jagd gehört, so kaufte ich mir eine Jagdjacke in den Montagnes d'Ecosse und ein Paar wasserdichte Schuhe. Dann benutzte ich diese Gelegenheit, mir ein neues Gewehr zu kaufen, welches ich bei Guyot fand, der die Spezialität englischer Flinten hat. Gines borgte ich bei ihm. So war ich ausgerüstet, nahm hundertfünfzig Patronen und fuhr heute früh 10 Uhr ins Elysée. Dort fand ich Fernan Nunnez, den rumänischen Gesandten Pheredydes, Herrn Mollard

<sup>1)</sup> Erzeffe der Grubenarbeiter in Monceau-Les-Mines am 16. August.

<sup>2)</sup> Andrieux hatte in der Kammer eine Umbildung der Verfassung nach dem Vorbilde Nordamerikas beantragt (bezüglich der Stellung des Präsidenten und der Unabhängigkeit der Minister von der Kammer).

und die zwei Neffen Grévy's, endlich den unvermeidlichen jüdischen Hausfreund Grévy's, Herrn Dreyfus, alle in Jagdkostüm, die meisten in blauen Röcken. Dann erschien noch ein kleiner alter Herr, der wie ein ober-schlesischer Landpfarrer aussah und der mir als Jagdleiter des Herrn Grévy vorgestellt wurde, ein Herr Mesquitte, Gutsbesitzer in Rambouillet. Endlich kam auch der Präsident. Nun ging es zum Frühstück, das ziemlich lange dauerte. Nachher wurden Zigarren verteilt, und der Präsident sagte: „Eh bien, Messieurs, nous pourrions nous mettre en route.“ Es war inzwischen 12 Uhr geworden. Wir fanden im Hofe zwei Omnibusse, in die wir uns setzten. Ich mit Grévy, Fernan Nunnez, Pherekydes und Mesquitte. Unterwegs ward von allerlei gesprochen. Grévy hielt uns einen Vortrag über Napoleon I. und seine Marschälle. Der Weg ging durch das Bois nach St. Cloud, an Beauregard vorbei, nach dem Park von Marly. Hier fanden wir die Treiber und gardes-chasse aufgestellt. Ein Inspecteur des forêts (Oberförster) wies uns unsre Plätze an. Man begann mit einer Streife über das Feld, wo es, besonders nahe einem Wald, von Kaninchen wimmelte. Ich schoß in diesem Treiben siebzehn. Dann kam ein Standtrieb auf Fasanen. Hierauf wechselten Streifen mit Standtrieb. Das Wetter war leidlich, ab und zu goß es. Mit der Dämmerung schloß die Jagd. Wir hatten 340 Stück geschossen, darunter 95 Fasanen, 23 Hasen, 14 Rehe, ein Feldhuhn und einen rale oder Wachtelkönig. Der Rest Kaninchen. Ich schoß am meisten, gerade 60 Stück, nämlich 24 Fasanen, 34 Kaninchen, einen Hasen und den Wachtelkönig.

In einem Försterhaus zog sich Herr Grévy um. Dann wurde die Strecke gemacht, nicht um sie zu betrachten, sondern um die verschiedenen Kisten zu packen, in denen das Wild verteilt wurde. Hier ist es Sitte, den Jagdgästen einen Teil des Wildes zu schicken. Diese Packerei dauerte eine Stunde. Endlich saßen wir wieder im Omnibus und kamen um 7 Uhr im Elysée an, wo wir uns von Herrn Grévy verabschiedeten und nach Hause fuhren.

Paris, 18. Dezember 1882.

Ich sprach heute mit Duclerc über Aegypten. Ueber den Stand der Verhandlungen wollte er nichts sagen. Ich sah aber, daß er voraussieht, daß nichts zustande kommen wird. Daß die Engländer Schwierigkeiten in Madagaskar machen, verneint er. Frankreich vertrete dort so gut die englischen Interessen wie die eignen. Nur ein Teil der englischen Politiker, der unter dem Einfluß der Missionsbestrebungen stände, sei gegen Frankreich, die Regierung nicht. In der ägyptischen Frage werde England sehen, daß sein Vorgehen ihm keinen Nutzen bringen werde. Europa

könne die Absperrung des Wegs nach Indien nicht gutheißen. „Ich weiß nicht,“ sagte Duclerc, „welche Ratschläge Ihre Regierung England gibt, aber ich glaube, daß Ihre Interessen mit den unsrigen gleich sind.“

Den 19.

Heute bei Hirsch auf der Jagd im Park von Versailles. Ich fuhr mit N. Potocki, Hirsch mit dem Duc de Penthièvre und dem Herzog von Koburg. Ein rechtes Zeichen der Zeit: der Enkel Louis Philipps jagt bei dem deutschen Juden Hirsch in Versailles! Es regnete, als wir hinausfuhren. Dann wurde es gut, und die Jagd war sehr unterhaltend.

Paris, 9. Januar 1883.

Prinz Napoleon war heute bei mir. Er erkundigte sich nach dem Kaiser und dem Kronprinzen und trug mir auf, beiden seinen Respekt zu vermelden. Er kam dann auf die Ereignisse der letzten Tage, auf Gambetta.<sup>1)</sup> Er fragte, was ich von ihm hielte. Ich sagte, er sei immer ein „homme de génie“ gewesen, was er etwas viel fand. Ich sagte, ein Redner von Genie wäre er doch gewesen, was er zugab. Aber geschäftlich habe es ihm an Erfahrung und Erziehung gefehlt. Er werde, meinte er, doch ein großes vide in der Partei lassen. Solche Positionen könnten sich nicht von einem Tag zum andern bilden. In der ägyptischen Frage habe er recht gehabt. Nur habe er nicht verstanden, es anzufangen. Von der Kammer sprach er mit großer Verachtung. In der ägyptischen Sache sei jetzt nichts mehr zu machen. Und doch hätte Frankreich große Interessen dort gehabt.

Paris, Februar 1883.

Präsident Grévy, den ich heute besuchte, ist gar nicht krank, nicht schwach oder geistig herabgestimmt. Er ist so frisch und munter wie je. Als ich ihm davon sprach, daß man ihn krank sage, meinte er lachend: „Oui, ma santé les gêne beaucoup.“ Ich dankte ihm für die Kondolenzvisite Mollards,<sup>2)</sup> worauf er sich angelegentlich nach den Einzelheiten des Todes des Prinzen Karl erkundigte und Wünsche für die Gesundheit des Kaisers aussprach. Als ich ihm von den Agitationen der letzten Tage sprach,<sup>3)</sup> meinte er, das sei alles sehr ennuyeux. Er klagte über die Kopflosigkeit der Kammer, die immer geneigt sei, notwendige Maßregeln ins

<sup>1)</sup> Gestorben am 31. Dezember 1882.

<sup>2)</sup> Nach dem Tode des Prinzen Karl am 21. Januar 1883.

<sup>3)</sup> Demission des Kabinetts Duclerc am 27. Januar. Ministerium Fallières am 28. Januar.

Extrem zu treiben. In der Sache der Prinzen von Orleans<sup>1)</sup> meinte er, er beschuldige die Prinzen nicht, zu konplottieren, aber er mache ihnen den Vorwurf, daß sie durch ihre Freunde konplottieren lassen und daß sie die Presse ihrer Partei gegen die Regierung entfesseln. Er sei dazu gewählt, die Republik zu wahren. Er habe die Pflicht, die republikanische Staatsform zu verteidigen, das dumme Gesetz, „cette bête loi“ von 1881<sup>2)</sup> nehme der Regierung die Mittel der Verteidigung und mache sie wehrlos. Eine Aenderung des Gesetzes sei nötig. Keine Regierung dulde Angriffe wie die, welche täglich gegen die Republik geschleudert würden.

Paris, 1. April 1883.

Seit Februar nichts geschrieben. Durch eine mehrere Wochen andauernde Grippe, die mir gerade nur die nötige Kraft ließ, mich aufrechtzuerhalten und meine laufenden Geschäfte zu besorgen, war ich unfähig, noch etwas außerdem zu schreiben. So ist eine interessante Zeit ohne Notiz vorübergegangen, die Arretierung des Prinzen Napoleon,<sup>3)</sup> die Debatten über die Prinzen von Orleans und vieles sonst. Um mich zu erholen, ging ich am 17. März nach Nizza, wo wir bis zum 28. blieben. Wohnung in der Villa Muffigny, Ausflüge nach San Remo und Mentone. Am 29. zurück. Am 31. Diner bei dem Kriegsminister. Man glaubte hier, ich würde in Nizza bleiben, um dem Diner bei Thibaudin<sup>4)</sup> zu entgehen. Ich hatte aber keine Ahnung davon und dachte auch, den erhaltenen Instruktionen entsprechend, nicht daran, das Diner zu vermeiden. Es war auf 7 Uhr angesetzt, fing aber erst um 8 Uhr an, weil u. a. der Handelsminister erst  $\frac{1}{4}$  vor 8 Uhr kam. Ich saß links neben Thibaudin, Lord Lyons rechts. Ich unterhielt mich sehr gut mit ihm. Wir sprachen von allerlei unverfänglichen Dingen. Der Kriegsminister ist meiner Ansicht, daß es ein Fehler sei, das Spiel zu unterdrücken, was nur zu schlimmen Dingen führe. Wir sprachen auch vom Absinthtrinken, dessen

<sup>1)</sup> Im Januar und Februar verhandelten die Kammern über ein Gesetz gegen die Prätendenten. Infolge der Ablehnung des Regierungsvorschlags durch den Senat gab das Ministerium Fallières am 13. Februar seine Demission.

<sup>2)</sup> Vermutlich das radikale Pressegesetz vom 21. Juli 1881, welches die Bestrafung von Angriffen gegen die Republik, welche nicht unmittelbar zu strafbaren Handlungen führen, ausschloß.

<sup>3)</sup> In Folge seines Manifests vom 16. Januar, das die Wahl des Staatsoberhauptes durch Plebiszit forderte. Am 9. Februar erging eine „ordonnance de non-lieu“, welche die Freilassung des Prinzen zur Folge hatte.

<sup>4)</sup> General Thibaudin, der als Oberst bei Mex gefangen und unter Bruch des Ehrenworts geflohen und wieder in Dienst getreten war. Er wurde Kriegsminister im Ministerium Fallières am 31. Januar und behielt dieses Amt in dem am 21. Februar gebildeten Ministerium Ferry.

Ueberhandnehmen während einiger Zeit in Afrika, was aber jetzt besser geworden sei. Im allgemeinen fand ich in Thibaudin einen ruhigen, anständigen, ernstesten Mann. Daß er im Jahre 1870 sein Ehrenwort gebrochen hat, ist freilich schlimm.

Paris, 6. April 1883.

Professor Krauß aus Freiburg war heute bei mir. Er ist noch sehr verstimmt darüber, daß er nicht Bischof von Trier geworden ist, und erzählte mir darüber folgendes: Der Kaiser habe ihm gesagt, daß er Bischof von Trier werden solle. Nun habe aber in jener Zeit der Papst Rorum zum Koadjutor von Straßburg präkonisiert. Als dies Erzbischof Kaeß dem Feldmarschall Manteuffel anzeigte, protestierte dieser und sagte, er könne einen Geistlichen, der französisch kompromittiert sei, nicht brauchen, und weigerte sich, die Genehmigung des Kaisers einzuholen. Darauf sei man in Rom in Verlegenheit gewesen, was man mit dem präkonisierten Koadjutor machen solle, und habe ihn durch den Nunzius in München und durch Werthern dem Reichskanzler zum Bischof von Trier empfehlen lassen. Bismarck, der gehofft habe, dadurch die Elsäßer bei den Wahlen günstig zu stimmen, habe sich dazu bereit finden lassen, Rorum für Trier in Vorschlag zu bringen, und habe Gösler und Puttkamer, die damals in Gms gewesen, beauftragt, die Zustimmung des Kaisers zu erhalten. Die beiden Herrn seien zum Kaiser gekommen, als gerade die Operation der Kaiserin stattfand, und da habe der Kaiser, ohne zu lesen, dessen Ernennung genehmigt. Später sei der Kaiser darüber sehr erzürnt gewesen. Aber da war es zu spät. So habe man Rorum in Trier und nun auch Herzog in Breslau, zwei Feinde. Krauß sagt, er höre, man wolle die akademische Bildung der Geistlichen gegen die Anzeigepflicht aufgeben, was Krauß als einen großen Fehler bezeichnet. Daß Jacobini seit dem Tode des Kardinals Franchi zu den Jesuiten übergegangen sei, behauptet Krauß als sicher. Der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über Ledochowski ist durch eine Mitteilung veranlaßt, die Krauß dem Großherzog von Baden gemacht hat und worin auf die Gefahr des Wohnens Ledochowski im Vatikan aufmerksam gemacht und die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, Ledochowski aus dem Vatikan zu entfernen und Jacobini durch einen andern Staatssekretär zu ersetzen. Aber der Artikel sei so ungeschickt gewesen, daß Ledochowski erst recht im Vatikan bleibe.

Paris, 11. April 1883.

Ich hatte heute Abend Gelegenheit, mit General Thibaudin über die projektierten und abgeänderten Manöver an der Grenze zu sprechen und sagte dem General, daß ich mich freue, daß diese Manöver geändert worden

feien, da das ursprüngliche Projekt, wenn es zur Ausführung gekommen wäre, zu unliebsamen Besprechungen in der Presse beider Länder hätte Anlaß geben können. Thibaudin sagte, er habe die Manöver abgeändert, weil er glaube, daß derselbe Zweck erreicht werden könne, ohne die Sache in diesem großen Maßstabe in Szene zu setzen. „Uebrigens glaubte ich,“ sagte er, „daß Sie gefragt worden wären.“ Ich erwiderte, daß mir davon nichts bekannt sei. Als ich die Rede auf General Gallifet brachte und dem General Thibaudin sagte: „Sie haben es vorgezogen, dem General nicht diese ungewöhnliche Stellung einzuräumen,“ erwiderte er: „Ja, ich habe es im Interesse des Generals selbst getan, das Kommando würde ihm persönlich mehr geschadet als genützt haben.“ Hierauf kam der Kriegsminister auf seine eigne Vergangenheit zu sprechen und sagte: „Ich will Ihnen ganz offen sprechen. Wenn ich aus Mainz weggegangen bin, zunächst aus dem Grunde, meine Mutter aufzusuchen, und dann wieder eine Stellung in der Armee angenommen habe, so entschuldigt mich die Lage, in der sich damals mein Vaterland befand. Ich habe aber, und das war meine besondere Sorge, keine ehrgeizigen Absichten dabei verfolgt und habe deshalb auch die Stellung, die ich während des Krieges eingenommen hatte, nach Abschluß des Friedens sofort wieder aufgegeben. Die Enquete-Kommission hat mich dann freigesprochen.“ Ich beschränkte mich darauf, ihm zu antworten, daß er sich über die Art, in welcher sich die deutsche offiziöse Presse über ihn geäußert habe, nicht beklagen werde. Das erkannte er an und äußerte dafür seine Dankbarkeit.

Paris, 13. Mai 1883.

„Le prodige de ce grand départ céleste qu'on appelle la mort, c'est que ceux qui partent, ne s'éloignent pas. Oh, qui que vous soyez qui avez vu s'évanouir dans la tombe un être cher, ne vous croyez pas quitté par lui. Il est toujours là. Il est à côté de vous plus que jamais. L'être pleuré est disparu, non parti. Les morts sont les invisibles, mais il ne sont pas les absents.“ (Victor Hugo.)

Der „Rappel“ brachte heute die Rede von Vacquerie bei der Beerdigung von Madame Drouot. Dabei zitierte er diese Worte.

Paris, 22. Mai 1883.

Heute Morgen fand ich einen Brief des Grafen Seckendorff, der mir zu meiner Ueberraschung mitteilte, daß die Kronprinzessin, die erst morgen kommen sollte, bereits heute eingetroffen und im Hotel Bristol sei und daß sie mich um 1 Uhr erwarte. Ich fuhr hin, wohnte ihrem Dejeuner bei und verabredete mit ihr, was in den drei Tagen zu tun sei. Da ich

morgen bei Ferry esse, so schlug ich ihr vor, am Freitag in der Botschaft zu essen. Das nahm sie an, will aber ein kleines Diner haben. Am Donnerstag werde ich der Kronprinzessin ein Diner in St. Germain geben.

Paris, 24. Mai 1883.

Gestern Nachmittag 3 1/2 Uhr kam die Kronprinzessin auf die Botschaft. Die Herren wurden vorgestellt, worauf der Cercle ziemlich lange teils im Garten, teils in der Bibliothek abgehalten wurde. Nachher fuhr die Kronprinzessin in die Ausstellung ohne mich, und abends sah ich sie nicht, da ich bei Ferry aß. Die Prinzessin Viktoria fuhr mit einer Hofdame, Villame und Biktum ins Hippodrom, wo sie sich sehr gut unterhalten haben soll. Heute Mittag gab Lord Lyons der Kronprinzessin einen Lunch, da er sie nicht zu Mittag einladen kann wegen des Festdiners, das er der englischen Kolonie gibt. Heute um 5 1/2 Uhr wird also die Partie nach St. Germain unternommen, der ich mit einiger Besorgnis entgegen sehe. Landpartien mit höchsten Herrschaften sind nicht gerade zu den Annehmlichkeiten des Lebens zu rechnen.

Sonnabend reisen die Herrschaften wieder ab.

Paris, 27. Mai 1883.

Am Freitag dem 26. war das Diner zu Ehren der Kronprinzessin. Da die Prinzessin vorzog, unten zu essen, so wurden die Salons mit Blumen verziert und auch Lampen im Garten bestellt. Der Tag war schwül, und ein Gewitter drohte. Doch hielt sich das Wetter. Eingeladen waren außer dem Gefolge der Kronprinzessin Lord Lyons, Mister und Mistreß Plumkett, Ch. Villiers, der englische Militärattaché, Frau von Bornemann und die sämtlichen Herren der Botschaft.

Das Diner verlief ganz gut. Um 10 1/2 Uhr gingen die Herrschaften nach Hause.

Paris, 1. Juli 1883.

Für gestern Abend hatte ich eine Einladung der Marquise de Saint Clou, die ganz in unsrer Nähe wohnt, angenommen. Es stand auf der Karte „musique“. Ich fand bei der Marquise einen schwach beleuchteten Salon und eine etwas somnolente Gesellschaft. Der Herzogin von Mirepoix, die ich wahrscheinlich schon kannte, ließ ich mich vorstellen. Sie zeichnete sich durch blendend weiße Strümpfe aus, die in Schuhen steckten, die fast an Tatschen erinnerten. Dann kam der Herzog, der sich mir vorstellen ließ und mit Rührung von Arnim sprach. Von andern Eingeladenen waren da Madame de Reculot, Madame de Croix, Madame de Roche-Aymon, de Janzé u. a., dann Gurowsky, Arthur Meyer und

viele insignifiante Herren. Die Musik bestand in der Produktion eines Klaviervirtuosen, Macaluso heißt er, wenn ich nicht irre. Ein ordinär aussehender Mensch, der nur seine Kompositionen spielte. Diese bestanden darin, daß er erst zehn Minuten ganz leise und als könne er kaum die Finger rühren, auf den Tasten herumkroch, dann mit einem fünf Minuten dauernden sinnbetäubenden Getrommel endete, was um so willkommener war, als beim ersten Teil dank der Hitze die ganze Gesellschaft am Einschlafen gewesen war. Ich führte eine legitimistische Dame, dame d'honneur de la Comtesse de Chambord, zum Büfett und verschwand um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Gestern nach Tisch, als ich im Garten saß und in der Dämmerung las, sah ich plötzlich unter meinem Tisch eine Ratte. Ich hatte aber keine Pistole zur Hand. Bis jetzt habe ich nur eine erlegt, die ein Jammergeschrei ausstieß, welches mein Mitleid erregte.

Blowitz bringt heute einen Artikel, in welchem er bei Besprechung der verschiedenen Minister der auswärtigen Angelegenheiten auch meiner Erwähnung tut und sagt: „That great and honest friend of peace and mutual toleration, who has for France all the affection consistent with his position and duty.“ (Challemel-Lacour<sup>1)</sup>) kommt bei seinem Artikel schlecht weg. Er behauptet, die Diplomaten haßten ihn. Ich weiß davon nichts. Mir war er stets sympathisch.

Paris, 2. Juli 1883.

Blowitz war bei mir, um mit mir über die Nachricht von der Erkrankung des Grafen von Chambord zu sprechen. Er will einen Artikel schreiben und, wie es scheint, für die Orleans Propaganda machen. Er fragte mich, ob wir in den Orleans eine größere Gefahr für den Frieden sähen als in der Republik. Ich bejahte dies bestimmt. Das war Blowitz unangenehm, da er eine Kampagne zugunsten der Orleans zu machen Lust hat. Aber er resignierte sich und sagte, vom deutschen Standpunkt möchten wir recht haben. Er sagte, er habe bestimmten Grund, anzunehmen, daß die Prinzen von Orleans kein Manifest erlassen würden. Täten sie es, so sei ihre Ausweisung sicher. Wenn die Republik sie, ohne daß sie etwas täten, auswies, so wäre das ein großer Fehler. „Ich glaube,“ setzte er hinzu, „eben weil es eine Dummheit ist, wird es die republikanische Regierung tun.“ Dann sprach er von Challemel-Lacour und seinem Artikel gegen diesen. Er behauptet, Challemel-Lacour sei eine Gefahr für Frankreich. Er sei in England so verhaßt, sei so unangenehm im Verkehr mit den Diplomaten, daß auch Lord Lyons

<sup>1)</sup> Minister des Aeußern im Ministerium Ferry.

so wenig wie möglich zu ihm gehe. Wenn dies noch fortdaure und wenn Challemel-Lacour und die von ihm protegierte Presse fortfahre, England zu reizen, so werde die Folge sein, daß England der Tripelallianz beitrete, und diese Quadrupelallianz werde Frankreich „comme une puce“ vernichten.

Paris, 23. Juli 1883.

Die sogenannte Armée du Salut, eine von dem Wesleyaner oder Methodist Booth in England gegründete Gesellschaft, die es sich zur Aufgabe stellt, die Sünde zu bekämpfen und die in einer militärischen Organisation besteht, hat sich seit zwei Jahren schon in Paris niedergelassen und hält in einem entfernten Stadtteile ihre Versammlungen. Ich war neugierig, diese Versammlung kennen zu lernen, und fuhr gestern Abend mit Schwarzkoppen, nachdem wir bei Maire gegessen hatten, nach dem Lokal. Es ist auf dem Quai de Balmy am Kanal St. Martin in einem der abgelegensten Stadtteile von Paris. Wir kamen vor  $\frac{1}{2}$  9 Uhr dort an. Es ist ein einfacher Saal mit Bänken und einer Estrade, auf der ein Klavier und eine Anzahl Stühle stehen. Es war noch leer. Oben hinter einem Verschlag über dem Saal hörte man singen und sprechen. Ich fragte eine neben mir sitzende Frau, was dort geschehe, worauf sie mir antwortete: „Ils prient.“ Es war die Vorbereitung der Offiziere und der Konvertiten zu der bevorstehenden Versammlung. Um  $\frac{1}{2}$  9 Uhr hörte der Gesang auf, und es kamen nun die Offiziere mit ihrem Gefolge herunter. Zuerst kamen einige junge Mädchen mit schwarzen Kleidern und roten Kragen, auf denen ein S gestickt war. Das sind die Offiziere der verschiedenen Grade. Dann auch einige Männer mittleren Alters mit schwarzen, militärischen Blusen und dem Abzeichen, endlich einige alte Frauen und Kinder und mehrere jüngere Männer in ärmlichen Anzügen. Sie kamen ohne jede Feierlichkeit herein, setzten sich auf Stühle auf der Estrade und hielten teilweise die Hand vor das Gesicht, um zu beten. Dann trat eine vergnügt aussehende junge Person von einigen zwanzig Jahren in dem erwähnten Kostüm, einen schwarzen Strohhut auf dem Kopf, an die Estrade vor und sagte in ziemlich englischem Französisch: „Wir wollen den Cantique premier singen.“ Der erste Vers lautete:

„Nous voulons marcher vers le ciel:  
Voulez-vous venir?  
Jouir d'un salut éternel —  
Voulez-vous venir?“

Nachdem vier Verse gesungen waren, wobei auch ein Teil des Publikums mitsang, trat die junge Person wieder vor und hielt eine Rede, in der

sie die Zuhörer einlud, zu Jesus zu kommen und das sündhafte Leben aufzugeben. Dann wurde wieder ein *cantique* gesungen, und hierauf trat ein ärmlich aussehender Mann im Ueberrock, etwa vierzig Jahre alt, vor und hielt eine ähnliche Rede, worin er von der Sklaverei der Sünde sprach, von der er sich nun befreit habe, seitdem er zu Jesus gekommen sei. Alles sehr ernst und aufrichtig vorgetragen. Dieser Redner war ein Franzose. Hierauf kam ein junger Mensch und erzählte, daß er einige Zeit bei der Armée du Salut in Genf gewesen sei und daß er Grüße der dortigen Freunde bringe. Nun wieder ein *cantique*. Dann kam eine Dame in Uniform und hielt in ziemlich ausgesprochen deutschem Akzent eine Rede und Ermahnung, sich zu bekehren. Jesus habe sie auch in seinem Blut gewaschen, und sie sei glücklich. Ihr folgte ein ziemlich schmutzig gekleideter junger Mann, ein Kommis vielleicht, der ebenfalls erklärte, sich von der Welt abgewendet zu haben, und die Anwesenden aufforderte, der Sünde zu entsagen. Dann wieder Gesang. Endlich wurde angekündigt, daß Miß Charleston sprechen werde. Diese war eine hübsche kleine Person, kaum zwanzig Jahre alt, mit blassem Gesicht. Ihre Rede war dasselbe mystisch-pietistische Amalgam, aber sie trug das so bescheiden und nett vor, daß sie allgemeinen Beifall erntete. Nach einigen Gesängen und Reden erwähnte eine junge Dame in Uniform mit einer etwas roten Nase und mit einem Gesicht, als wenn sie sehr verschnupft wäre, daß Miß Booth oder, wie sie sagte, „la Maréchale“, krank sei und daß man für sie beten solle. Gerade Miß Booth hätten wir gern gehört, sie leitet das Pariser Komitee der Armée du Salut und ist die Tochter des Mister Booth in London. Ferner teilte jene junge Dame mit, daß nun der zweite Teil der Feier beginne, an dem nur die Anteil nehmen möchten, die sich bekehren wollten. Da dies nicht unsre Absicht war, so gingen wir weg. Die Zuhörer waren unterdes sehr zahlreich geworden. Außer einigen Leuten der gebildeten Klassen, die aus Neugierde gekommen waren, sah ich viele Arbeiter und ihre Familien, wahrscheinlich Leute aus der Nachbarschaft, die nicht wußten, was sie sonst am Sonntag Abend tun sollten. Einige schienen bekehrt und andächtig, anständig und ruhig waren alle. Die Gesänge waren begleitet von einer Trompete, die von einem männlichen Mitglied der Armee in Uniform geblasen, und von einer Violine, die von einer jungen Dame in Uniform gespielt wurde. Die Melodien waren ziemlich heiterer Natur. Wunderbar ist die Sicherheit, das Selbstbewußtsein und die Aufrichtigkeit der Gesinnung, die bei allen diesen weiblichen Offizieren zutage tritt. Daß sie ärmlich aussehen, mag wohl dazu beitragen, ihren Worten mehr Eingang bei den ärmeren Klassen zu verschaffen. Ich habe selten etwas Merkwürdigeres gesehen als diese Soiree bei der Armée du Salut in Paris.

Paris, 23. August 1883.

Courcel, der von Berlin hierher gekommen ist, sprach heute mit mir über den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. <sup>1)</sup> Er ist sehr entsetzt und erblickt darin eine Drohung. Ich sagte ihm, mich wundere der Artikel gar nicht, ich habe ihn erwartet und könne auch nicht sagen, daß er ungerecht sei. Courcel behauptet dagegen, es sei unrichtig, wenn der Artikel alle Franzosen in einen Topf werfe, während es doch nur ein kleiner Teil der Presse sei. Ich erwiderte ihm, daß die ganze Presse ohne Ausnahme Revancheartikel schreibe und zitierte ihm einige. Ich hätte mein möglichstes getan, die Artikel als vereinzelte Erscheinungen hinzustellen und hätte auch auf die deutschen Korrespondenten abwiegelnd einzuwirken gesucht, aber es sei doch nachgerade sehr stark geworden, und der Artikel sei nicht ungerecht.

Courcel sagte, Frankreich sei durch die neue Formation der Grenze stets bedroht. Wir könnten von Metz aus gleich vor Paris stehen. Das beunruhige und könne sogar so weit führen, daß die Franzosen aus Verzweiflung loszuschlagen. Jedenfalls könnten sie nicht daran denken, Krieg mit uns anzufangen. Courcel sagt, Challemel-Lacour sei sehr „blessé“ durch den Artikel, ebenso wie durch den im vergangenen Winter über die Tripelallianz. Die deutsche Presse sei viel heftiger als die französische.

Gastein, 6. September 1883.

Abreise von Aussen den 5. um 1 Uhr. Im Aussichtswagen fand ich ziemlich viel Leute, darunter den rumänischen Minister Bratiano. In Lend fand ich meinen Wagen und fuhr gleich weiter. Es war eine kalte Fahrt. Ich kam gegen 1/2 10 Uhr in Gastein an und schrieb ein paar Worte an Herbert Bismarck, der dann auch kam und mir sagte, daß mich sein Vater den andern Tag 12 1/4 Uhr sehen werde. Wir sprachen von allerlei, von den Franzosen, den Engländern und Russen, von den Rüstungen der letzteren, von der Opposition des Fürsten Alexander gegen Rußland. Ich legte mich um 11 Uhr zu Bett, träumte allerlei Schreckliches und wachte um 6 Uhr auf. Ich zog mich an, nahm ein Bad und ging in der Wandelbahn frühstücken. Später vor dem Hotel fand ich Beust, mit dem ich spazieren ging. Um 1/2 1 Uhr ging ich zu Bismarck. Ich fand ihn magerer geworden, aber wohlaussehend und geistig unverändert. Er war entrüstet über die „Times“-Artikel, die Frankreich gegen uns

---

<sup>1)</sup> Aus Anlaß des Vorgehens der Straßburger Regierung gegen den Tierarzt Antoine in Metz war in der französischen Presse eine allgemeine Deutschenhege ausgebrochen. Dagegen wendete sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 22. August mit einem drohenden Hinweis auf die Gefährdung des Friedens durch die maßlose Heftigkeit der französischen Revanchegefühle.

hehen. Er will, daß dagegen in der Zeitung vorgegangen werde. „Wir wollen,“ sagte er, „von Frankreich nichts.“ Ein Krieg könnte uns nichts bringen. Geld wohl, aber deswegen führe man keinen Krieg. Franzosen hätten wir schon zu viel. Dann kam er auf die russischen Rüstungen und sagte: „Freilich machen sie immer die schönsten Worte, aber sie rüsten fort und stehen kriegsbereit an der Grenze. Was helfen mir schöne Redensarten, wenn mir dabei die gespannte Pistole auf die Brust gesetzt wird. Das kann nicht so fortgehen. Nun sagen sie wohl, das gelte nur Oesterreich, aber wir können Oesterreich nicht zugrunde richten oder schwächen lassen. Stünden wir dabei, ohne zu helfen, so würde die Folge sein, daß nach dem Kriege eine Tripelallianz Rußland-Oesterreich-Frankreich gegen uns fertig wäre. Wer in Europa nicht ruhig sein kann, bedroht den Frieden, ist Friedensstörer.“ Es scheint mir, daß Bismarck die Allianzen jetzt immer weiter ausdehnen will. Die Anwesenheit von Bratiano, den er nach Gastein zitiert hat, deutet auf ein Bündnis mit Rumänien hin. Besorgt sieht er auf Bulgarien, wo der Fürst sich jetzt gegen Rußland auf die Hinterbeine setzt. Er gibt ihm recht. Der Fürst von Montenegro will die Herzegowina haben und verpflichtet sich dann den Türken gegenüber, daß er ihnen Albanien in Ordnung halten wird. Karageorgiewitsch will Fürst von Bulgarien werden, um Serbien zu bekommen. Das ist die russische Intrigue auf der Balkanhalbinsel. Wir wurden gestört durch Bratiano, der eintrat. Der Fürst machte mich mit ihm bekannt.

Berlin, 24. Oktober 1883.

Nach den Mitteilungen, die ich im Auswärtigen Amt empfang, scheint der Reichskanzler in den kirchlichen Sachen vorsichtig und schonend gegen Rom verfahren zu wollen. Der Skandal mit dem Kardinal kam ihm daher ungelegen.<sup>1)</sup> Bismarck war gegen die Verleihung eines Regiments an den König von Spanien,<sup>2)</sup> weil er voraussah, daß ihm dies Unannehmlichkeiten mit Frankreich bereiten würde, und weil er darin eine „höhere Bauernfängerei“ sah. Was Rußland betrifft, so will der Kanzler keinen Krieg provozieren und hofft, daß es möglich sein werde, eine Verständigung über die Balkaninteressen zwischen Oesterreich und Rußland herbeizuführen.

<sup>1)</sup> Der Kardinal Prinz Hohenlohe hatte Anfang Oktober, nachdem er um Enthebung von dem Amte eines Erzbischofs von Albano nachgesucht hatte, Rom verlassen, angeblich ohne Urlaub. In München hatte er den italienischen Gesandten und Döllinger besucht, was die ultramontane Presse zu heftigen Angriffen veranlaßte.

<sup>2)</sup> König Alfons hatte im September an den Manövern bei Homburg teilgenommen. Der Kaiser verlieh ihm das Straßburger Ulanenregiment. Darauf Bohn der französischen Presse und Beschimpfung des durchreisenden Königs in Paris.

Friedrichsruh, 26. Oktober 1883.

Infolge einer telegraphischen Aufforderung des Reichskanzlers kam ich heute Abend hier an. Der Fürst sah gut aus, klagte aber, daß er noch nicht recht arbeitsfähig sei. Ich erzählte vom Kardinal, erklärte, was zu erklären war, und wurde freundlich und teilnahmsvoll angehört. Dem Wunsch, ihn hier oder in Berlin zu sehen, begegnete ich nicht. Der Fürst verhielt sich schweigend, aber freundlich. Mir scheint, daß ihm der Besuch jetzt nicht in seinen Kram passen würde. Dann kam ein langer Brief des Kronprinzen über dessen spanische Reise,<sup>1)</sup> auf den der Fürst gleich antwortete. Um 1/2 10 Uhr ging er zu Bett. Ich ging später noch zum Tee zur Fürstin hinunter, um mit ihr und Rantzau zu sprechen.

Friedrichsruh, 27. Oktober 1883.

Heute Vormittag kam der Reichskanzler zu mir und sprach von dem Brief, den er gestern vom Kronprinzen erhalten hat. Der Kronprinz will nach Spanien, was der Reichskanzler befürwortet. Nun will aber auch die Kronprinzessin mit, was, wie Fürst Bismarck meint, der Kaiser nicht zugeben werde. Auch will der Kronprinz den Grafen Hatzfeld mitnehmen. Darüber ist der Fürst empört. Wie man nur einen solchen Gedanken fassen könne! Da würde es gleich heißen, daß wir so desperate Dinge in Madrid zu verhandeln haben, daß durchaus der Minister des Aeußern mit dabei sein muß. Es wäre ja gerade so, als wenn bei einer Reise des Prinzen von Wales Lord Granville mitginge. „Das sieht aber Hatzfeld ähnlich,“ fuhr Bismarck fort, „das ist seine Faulheit! Ueberhaupt tut er zu wenig u. s. w., läßt mémoires schreiben und ich muß die Konzepte korrigieren.“ Ich ließ den Fürsten reden, weil ich fürchtete, daß er durch Widerspruch nur irritierter werden würde. „Ueberhaupt,“ sagte der Fürst, „wünsche ich von den Geschäften frei zu werden. Ich hätte schon 1877 abgehen sollen, vielleicht wäre ich jetzt ein gesunder Mann. Ich kann nicht mehr arbeiten und bekomme gleich ein heißes Gehirn. Das kann zum Schlag führen.“ Ich meinte: „Vielleicht könnten Sie weniger arbeiten und es sich leichter machen. Die Hauptsache ist, daß Sie an der Spitze bleiben.“ Dagegen wandte er ein, das ginge nicht. Er könne nicht seinen Namen unter Dinge setzen, die nicht nach seinem Sinn redigiert seien. Dann kam er auf Frankreich. Als ich ihm sagte, Saburow habe mir erzählt, der Fürst mache eine „distinction entre le Comte de Paris et le Duc d'Aumale“, lachte er. Das sei wahr, aber damit sei nicht gesagt, daß wir unsre Politik änderten. Wir seien gegen die Monarchie

<sup>1)</sup> Welche als Antwort auf die Beleidigungen des Königs Alfons in Paris projektiert war und in der Zeit vom 17. November bis 14. Dezember stattfand.

nach wie vor. Wir halten gute Beziehungen zu Frankreich, die chauvinistischen Provokationen lassen wir unbeachtet, und in der Kolonialpolitik fördern wir die Wünsche Frankreichs. Mit Rußland gute Beziehungen. Bismarck hätte gewünscht, daß die Kaiserzusammenkunft stattfände. Aber er sei zu krank gewesen, sich deshalb in Bewegung zu setzen. Wir müßten vor allem die ungarischen und polnischen Hitzköpfe in Ordnung halten, daß die nicht gegen Rußland losgehen. Ein Krieg mit Rußland, bei dem wir Oesterreich unterstützen müßten, sei ein Unglück, denn wir könnten ja nichts gewinnen, nicht einmal die Kriegskosten bekommen. Dann würde der Krieg auch dahin führen, daß wir Polen bis an die Düna und den Dniepr herstellen müßten. Wir zwar würden Polen nicht revolutionieren, aber Oesterreich gewähren lassen müssen, das dann einen Erzherzog, wenn es einen hätte, zum König von Polen proklamieren würde. Das würde dann dahin führen, daß sich gegen dieses Königreich wieder eine Allianz der drei Kaisermächte bilden würde. So kämen wir dann wieder zum Dreikaiserbündnis. Aber vorläufig müsse man diese ganze Eventualität zu verhindern trachten. Als ich ihm von der Verstimmung der Russen über das Nichtzustandekommen der Anleihe bei den Berliner Bankiers und Bleichröders Weigerung sprach, lachte er. Das sei töricht, so zu reden. Rußland bekomme kein Geld, weil niemand den russischen Zuständen Vertrauen schenke. Sonst würden sie Geld genug in Frankreich und England finden und brauchten die Berliner Bankiers nicht.

Nachdem der Fürst etwa drei Viertelstunden bei mir gegessen hatte, sagte er, daß nun wieder sein Kopf heiß werde und daß er allein spazieren gehen müsse. Dann zeigte er mir noch einiges im Hause und ging dann in den Park.

Ueber die Konsulatsfrage in Paris überläßt er mir die Entscheidung. Er sei gegen den Konsul in Paris gewesen. Es komme aber alles auf die Persönlichkeit an. Auf meine Frage, ob er nicht fürchte, daß die Franzosen einen Konsul in Berlin ernennen könnten, erwiderte er, das sei ihm gleichgültig, wir hätten ja Konsuln in Stettin u. s. w.

Als wir uns nach einiger Zeit im Salon wieder trafen, sprach er von Mukhtar Pascha, der gekommen sei,<sup>1)</sup> um den Einfluß des Reichskanzlers in Anspruch zu nehmen, um die Türken gegen die englischen Uebergriffe zu schützen. Der Fürst hat jede solche Interzession abgelehnt und Mukhtar geraten, die Türken sollten sich wegen Aegyptens an Frankreich wenden. In Bulgarien sollten sie sich selbst helfen. Und wenn man ihnen mit Armenien komme, sollten sie die Engländer „envoyer promener“ oder, wenn ihm das deutlicher sei, ihnen sagen „d'aller se faire f . . . .

<sup>1)</sup> Am 9. Oktober.

ailleurs“. Das leuchtete dem Türken ein. Von Gladstone sagte er: „Ein Redner, aber ein dummer Kerl.“

Nachmittags Spazierfahrt im Walde mit Kanẗau, der seine Jagdpassion bekundete, worauf ich ihn einlud, im nächsten Jahre bei uns in Auffle zu jagen.

Abends nach Hamburg. Schluß- und Abschiedsworte Bismarcks: „Behandeln Sie den Knaben Absalom fein glimpflich.“

Berlin, 29. Oktober 1883.

Gestern Nachmittag von Friedrichsruh zurück. Heute Unterredung mit Baron Cohn, der ein bayrisches Großkreuz zu haben wünscht. Dann den Vormittag Briefe geschrieben und um 1 Uhr zu Saburow, der sich bitter über Kalnoſſs Rede<sup>1)</sup> beklagte. Er sagte, die Behauptung, daß Oesterreich in einem Krieg mit Rußland nicht allein stehen werde, stimme nicht mit dem, was man 1879 dem Kaiser von Rußland mitgeteilt habe. Er könne doch nicht glauben, daß seitdem mehr verabredet worden sei. Außerdem werfe er den Russen vor, daß sie impuissants wären und Furcht hätten. Das werde den schlechtesten Eindruck in Rußland machen. Er wolle nicht mit Busch darüber sprechen, werde aber dankbar sein, wenn ich seine Auffassung zur Kenntniß des Auswärtigen Amtes brächte. Ich erzählte das Gespräch Hatzfeld und Busch. Holstein riet mir, es zu Papier zu bringen, was ich tat. Dann sandten wir es an den Fürsten. Holstein meinte, die Rede sei doch ein nützlicher Wink für Rußland.

Um 1/25 Uhr war ich zum Kaiser bestellt. Er erzählte allerlei von Homburg, rühmte den König von Spanien, sagte, das Telegramm, das die Zeitungen gebracht haben, in dem er gesagt haben sollte, er wisse wohl, daß die Insulte eigentlich Deutschland gelte, sei erfunden. Der König von Spanien habe ihm erklärt, er werde mit Deutschland gehen, wenn Frankreich mit uns Krieg führe, worauf ihm der Kaiser gesagt habe, er sei noch jung und rasch, er möge sich das wohl überlegen. Wir würden schon mit einer wohlwollenden Neutralität zufrieden sein. Dann kam der Kaiser auf unsere Beziehungen zu Rußland. Der Kaiser von Rußland habe ihm die besten Versicherungen gegeben, und er glaube an deren Aufrichtigkeit. Er habe Giers gesagt, er möge ihm jede Politik vorschlagen, nur nicht eine solche, die zu einem Krieg mit Deutschland führe. Das alles sei gut, nur stimme damit die Aufstellung der Truppen an der Grenze nicht, und er habe deshalb dem Kaiser durch Dolgorouſſy raten lassen, die Truppen an der Grenze zu vermindern. Gegen Eisenbahn- und Festungs-

<sup>1)</sup> In den Delegationen. Graf Kalnoſſy hatte sich über die Haltung der russischen Presse beklagt und gesagt, gegenüber einem Angriffe Rußlands werde Oesterreich nicht allein stehen.

bau wolle er keine Einwendung machen. Aber die Kavallerie an der Grenze sei ein bedenkliches Symptom. In diesem Sinne sprach der Kaiser noch weiter, bis er sah, daß es schon 5 Uhr war, worauf er mich entließ, um hinauf zu den andern Gästen zu gehen. Bald folgte er selbst, und wir gingen zum Diner, an welchem die Minister und viele Generale teilnahmen. Nach Tisch kam Baron Cohn zu mir und erzählte von seinen Geschäften für den Kaiser.

Paris, 4. November 1883.

Heute besuchte ich Herrn Grévy. Ich unterließ nicht, im Verlauf des Gesprächs zu sagen, daß in den Anschauungen der kaiserlichen Regierung gegenüber der französischen Republik keine Aenderung eingetreten sei und daß wir nach wie vor die guten Beziehungen zu der Republik zu erhalten wünschten. Herr Grévy erwiderte, daß dies auch der Wunsch der französischen Regierung sei und daß diese es wohl zu würdigen wisse, in welcher wohlwollenden Weise Deutschland ihr gegenüber seit dreizehn Jahren verfahren sei. Als ich die Hoffnungen der Monarchisten und die hier verbreiteten Gerüchte über die Gefahren erwähnte, welche angeblich der Republik drohen sollen, antwortete er mit einer ihm ungewohnten Lebhaftigkeit, das sei nur die Ansicht der Reaktionäre. Die Republik sei noch immer die Staatsform, welche dem französischen Volk zusage und an der es festhalte. Die Wahlen bewiesen dies. Der Einwurf, daß die Wahlen nicht der wahre Ausdruck der Meinung des Landes sei, entbehre der Begründung. Der Geist des Volkes in Frankreich sei durchdrungen von dem Prinzip der Gleichheit, sei durch und durch demokratisch. Wer sich dieser demokratischen, egalitären Strömung widersetzen wolle, werde zermalmt. Die Gefahr für die Republik liege nicht in den wenigen und ohnmächtigen Monarchisten, sondern in den Anarchisten. Gegen diese müsse die Regierung alle ihre Kraft aufbieten. Diese beunruhigten und störten die ruhige Entwicklung des Landes. Die Regierung sei aber in ihrer Aufgabe gehindert durch die mangelhafte Preßgesetzgebung. Eine Restauration werde, wenn sie versucht würde und gelänge, von keiner Dauer sein. Uebrigens sei dies ganz unmöglich, da man in Frankreich keine Staatsform ändern könne, ohne die Macht in Händen zu haben, und die Monarchisten seien machtlos.

Fürst Orlov, der heute bei mir war, sprach von den beunruhigenden Gerüchten an der Börse über Krieg mit Rußland und behauptet, es sei dies eine Erscheinung, die sich stets wiederhole, wenn die Zeit komme, im Herbst nach der Ernte, wo der Rubel steige. Da die russischen Finanzmänner und Industriellen ein wesentliches Interesse daran hätten, den Kurs des Rubels niedrig zu halten, so beeilten sie sich, den europäischen

Geldmarkt durch beunruhigende Gerüchte zu ängstigen, was ihnen denn auch gelinge.

Ueber die hiesigen Zustände äußerte sich Orlow beruhigt. Er sagt, die Orleans hätten wenig Aussicht, und er spottete über die Nachrichten, welche Herr von Bleichröder von seiner Reise nach Paris nach Berlin gebracht und die er einem Berichte des Herrn von Saburow entnommen habe. Fürst Orlow sagt, Bleichröder sei der Ausdruck der Ansichten des Rothschild'schen Hauses, und die Rothschilds seien befangen durch die legitimistische und orleanistische Umgebung, in der sie lebten, und machten sich Illusionen. Eher hätten noch die Bonapartisten Chancen.

Jules Ferry war heute früh bei mir. Ich beglückwünschte ihn zu seinem Sieg,<sup>1)</sup> und er meinte, die große Majorität, die er erhalten habe, gebe dem Ministerium die notwendige Stabilität. Er sieht, wie Grévy, die Gefahr in den Intransigenten, und auch er hält eine monarchische Restauration für unmöglich. Eine solche würde mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen haben, mit denen die gegenwärtige Regierung kämpfe, und bekomme noch einige mehr. Als Beispiel der Gefahren der Intransigenten zitierte er die Szenen beim Empfang des Königs von Spanien. Dabei bemerkte er, dem König sei die Sache gar nicht unangenehm gewesen, da er sich wohl vergegenwärtigt habe, welchen Nutzen er davon zu Hause haben könne. Challemel-Lacour werde nicht abgehen, sondern sich auf einige Zeit nach Cannes begeben und sehen, ob er Heilung finde. Während der Zeit werde er das Interim führen. Eine Aenderung in den Botschafterposten sei nicht beabsichtigt.

Paris, 7. November 1883.

Challemel-Lacour sagt, daß die Unterhandlungen zwischen der Regierung der Hovas<sup>2)</sup> und dem Admiral Galibert noch nicht wieder aufgenommen seien. Abgesandte von Tananarivo sind nach Tamatave gekommen, aber der General war abwesend. Frankreich ist bereit, sich mit den Hovas zu verständigen. Challemel-Lacour erkennt an, daß es kein Vorteil für Frankreich sein würde, Tamatave zu besetzen. Ich fragte dann nach der englischen Mediation in der chinesischen Streitfrage. Davon ist dem Minister nichts bekannt. Die Dinge liegen noch so, wie sie lagen, als ich wegging. Der Minister behauptet, er wisse noch immer nicht, mit wem er unterhandeln solle. Dabei klagte er über die chinesische Doppeltzüngigkeit.

<sup>1)</sup> Das Vertrauensvotum der Kammer (339 gegen 160 Stimmen) in der Debatte über Tongking.

<sup>2)</sup> In Madagaskar.

Berlin, 22. Januar 1884.

Abreise von Paris den 16. Abends, Ankunft in Berlin den 17. um 8 Uhr. Viktor und Philipp Ernst und Chariclée<sup>1)</sup> auf der Bahn. Souper bei Philipp Ernst. Den 18. Kapitel des Schwarzen Adlerordens, Nachmittags 5 Uhr Diner bei Hof mit verschiedenen Ordensrittern. Abends im Zirkus Renz. Den 19. (Sonntag) Besuche erhalten und gemacht. Diner beim Kronprinzen.

Sonntag Ordensfest von 11<sup>1/2</sup> bis 4 Uhr. Dann Besuche und Abends in der Straußschen Oper mit allen Verwandten.

Montag früh zu Gaxfeld, der mir einen Brief seines Veters Hermann aus Rom vorlas, worin u. a. die Stelle vorkommt, der Papst habe ihm gegenüber geäußert, als Hardenberg in Rom gewesen sei, seien alle Schwierigkeiten sofort beigelegt worden. Am Ende bildet sich Leo XIII. ein, daß Bismarck nach Rom kommen wird!

Friedrichsruh, 23. Januar 1884.

Gestern Nachmittag bei dem Kaiser, der mich über die Verfassungsrevision in Frankreich<sup>2)</sup> ausfragte und über meinen Vortrag sehr befriedigt war. Er sprach dann noch über Rußland und die russischen Rüstungen. Nachher fuhr er zu Marie, wo er lange blieb.

Heute früh zu Friedberg. Er erzählte manches über die spanische Reise des Kronprinzen, über die Bemühungen gewisser Leute, Kronprinz und Kanzler zu entzweien. Daß ich nach Friedrichsruh fahre, hält er für nötig. Um 12<sup>1/2</sup> Uhr zum Frühstück zum Kronprinzen. Er sprach mit Sympathie von den Orleans, die Kronprinzessin auch. Der Duc de Montpensier hatte den Kronprinzen im Auftrage des Grafen von Paris versichert, daß er sehr friedliche Gesinnungen hege und nie Krieg führen werde, wenn er König werden sollte. Ich wandte dagegen ein, daß ich nicht an der friedlichen Gesinnung der Prinzen von Orleans zweifelte, daß ich aber daran festhielte, daß die Monarchie Frankreich stärken und allianzfähiger machen werde und daß die Monarchie unsre Allianzen bedrohen würde. Das glaubt auch der Reichskanzler namentlich bezüglich Oesterreichs, wenn er auch beifügte, daß wir uns in diesem Falle um so fester an Rußland anschließen würden. Nach dem Frühstück blieb ich noch eine Zeitlang bei dem Kronprinzen, der sich sehr günstig über den König von Spanien äußerte und meinte, dieser werde Spanien regenerieren, wenn er sich halten

<sup>1)</sup> Die Schwiegertochter des Fürsten, geborene Prinzessin Ipsilanti.

<sup>2)</sup> Jules Ferry hatte am 30. Dezember 1883 in der Kammer erklärt, das kommende Jahr müsse konstitutionelle Reformen bringen und die Regierung werde die Revision der Verfassung beantragen. Am 8. Januar 1884 hatte Andrieux einen Antrag auf Berufung einer Konstituante angekündigt.

könne. Manteuffel und Bismarck meinten heute Abend, daß es darauf ankomme, ob dem Könige Truppen genug zu Gebote ständen, um die Revolution zu bekämpfen. Auch von der Königin Isabella erzählte der Kronprinz und findet, daß sie eine gute Frau, aber eine Gefahr für den König sei, weil unberechenbar in ihren Äußerungen. Dann nach Hause und nach einigen Besuchen, die zu uns kamen, mit Philipp Ernst, Chariclée und Marie auf die Bahn. Um 8 Uhr hier. Mit Manteuffel, Bismarck, der Fürstin und der Gräfin Rantzau bis 10 Uhr gesprochen, dann gingen beide Herren zu Bett, ich um 11 Uhr zur Fürstin zum Tee.

Der Kronprinz trug mir Grüße an den Comte de Paris auf, wenn ich es für passend hielte, sie ihm auszurichten, sowie an den Duc de Chartres.

Friedrichsruh, 24. Januar 1884.

Heute beim Frühstück mit Manteuffel und Bismarck las letzterer Depeschen von Reuß vor über die Anwesenheit von Giers in Wien, der beunruhigt und nervös sei und mit Sorge nach Petersburg zurückkehre, weil ihm dort Saburow das Terrain verdorben habe. Letzterer will nicht nach London, sondern in Berlin bleiben. Orlov wird aber doch nach Berlin kommen, Mohrenheim in London bleiben und Saburow nach Paris kommen, was der Reichskanzler bedauert.

Ueber die Tongkingfrage sagte Bismarck, ich solle in Paris offen erklären, daß wir Frankreich gegenüber loyal verfahren werden, daß wir uns durch nichts bewegen lassen werden, aus unsrer Neutralität herauszugehen, Frankreich möge den Krieg zu Lande oder zur See führen. Tattenbach wird desavouiert. Der Fürst ist der Meinung, daß Frankreich energisch vorgehen und einige Inseln besetzen müsse.

Paris, 3. Februar 1884.

Heute besuchte ich Grévy. Er sprach, nachdem ich die Aufträge des Kaisers und Bismarcks ausgerichtet hatte, zuerst vom Kaiser, vom Kronprinzen und der Kronprinzessin, der Kaiserin von Oesterreich und von allerlei. Ich lenkte dann die Unterhaltung wieder auf den Kaiser zurück und sprach von der Befriedigung, welche Seine Majestät über die Beruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland und Frankreich empfinde.

Chantilly, 18. Juni 1884.

Bei meiner Rückkehr nach Paris<sup>1)</sup> fand ich eine Einladung des Herzogs von Aumale nach Chantilly für den 17. Juni, die ich annahm. Gestern Nachmittag 3 Uhr fuhr ich mit Bülow, der ebenfalls eingeladen

<sup>1)</sup> Nach einem Aufenthalt in Schillingsfürst.

war, auf den Bahnhof. Dort fanden wir den Marquis de Beauvoir mit seiner Frau, mit denen wir denselben Wagen einnahmen. Menabrea war in demselben Zug, ebenso seine Frau, der Duc und die Duchesse de Rivoli, Sardou, der Duc de Rivière und einige andre Herren und Damen. In Chantilly angekommen, fanden wir den Herzog, der die mit demselben Zuge angekommene Herzogin von Chartres erwartete. Mit ihr, der Marquise Menabrea und dem Herzog von Aumale setzte ich mich in einen offenen Wagen, die andern folgten und die ganze Gesellschaft fuhr nach den großen Ställen, wo Platz für zweihundert Pferde ist, und dann nach dem Schloß. In einer großen Galerie mit sehr schönen Bildern versammelte man sich. Dort wurden die Vorstellungen vorgenommen und dann ging man in die verschiedenen Räumlichkeiten, um die Merkwürdigkeiten zu besehen. Der Herzog erklärte alles eingehend. In einer kleinen Rotunde fanden wir die Meisterwerke, darunter einen sehr schönen Raffael, verschiedene Kreuze, Salvator Rosa, Decamps, de la Roche u. a. Nach Besichtigung alles dessen gingen die Herren in die Bibliothek, wo geraucht wurde. Um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr ging ich in mein Zimmer, einen sehr schönen Salon mit dem Bilde des Herzogs von Bonnat und verschiedenen Condéschen Bildern. Louis Joseph de Bourbon, dessen Notifikations schreiben ich so oft in Schillingsfürst sah, hing auch da, ein Mann in roter Uniform, mit freundlichem Gesicht. Es war der Duc de Condé, der die übliche Unterschrift „Bourbon“ anwendete. Um 8 Uhr Diner. Ich führte die Herzogin von Chartres und saß zwischen ihr und ihrer Tochter, der Prinzessin Amélie.<sup>1)</sup> Letztere ist zwar nicht besonders hübsch, aber nett, wohl erzogen und aufgeweckt, eine der nettesten Prinzessinnen, die mir noch begegnet sind. Während der Tafel spielte ein Orchester alte Musikstücke von Grétry, Gluck und auch einige moderne. Alles nicht zu laut, so daß die Musik nicht störte. Der Eßsaal ist prachtvoll, große Tapisserien aus der Condéschen Zeit und braune Boiseries mit Gold. Nach Tisch ging man wieder in die andern Salons, alles Weiß und Gold, Stil Louis XIV., Bilder der Schlachten des großen Condé, dessen Waffen, Trophäen, u. s. w. Wieder dann in die Bibliothek, wo der Herzog erzählte und seine Pfeife rauchte.

Um 11 Uhr zu den Damen zurück, dann Tee und Verabschiedung.

Das Schloß ist etwas ganz Ungewöhnliches in harmonischer reicher Einrichtung. Man könnte Bände darüber schreiben.

Heute 10 Uhr Rückfahrt nach Paris.

---

<sup>1)</sup> Geboren 1865, die sich 1885 mit dem Prinzen Waldemar von Dänemark vermählte.

An den Reichskanzler.

Paris, 22. Juni 1884.

Ein früherer, hier sehr bekannter Diplomat erzählte mir heute folgendes:

„Ich war vor einigen Tagen bei meinem Freunde, dem Duc Decazes, der mir sagte, die Zeit sei nicht mehr fern, wo Frankreich der Republik überdrüssig werden und die Monarchie wiederhergestellt werden würde. Es sei alles vorbereitet, und es bedürfe dazu nur eines Monks, „und den haben wir bereits,“ fügte er hinzu. Ich fragte nicht nach dem Namen, zweifle aber nicht, daß er damit Galliset meinte. Eine Unterredung, die ich dann mit Galliset hatte, bestätigte mich in meiner Vermutung. Der General sagt, die Bevölkerung Frankreichs fürchte sich vor dem Kriege und glaube zurzeit noch, daß Deutschland Frankreich den Krieg erklären werde, wenn die Monarchie an die Stelle der Republik trete. Dies sei früher richtig gewesen; jetzt nicht mehr. Die Ansicht des Fürsten Bismarck habe sich geändert. Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz wie Fürst Bismarck erblickten in der Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich keine Gefahr mehr. Es komme nun nur darauf an, daß sich diese Ansicht offen manifestiere. Der General ist der Meinung, daß es nur eines die republikanische Regierung angreifenden Artikels in der „Kölnischen Zeitung“ bedürfe, um die französische Bevölkerung der Republik zu entfremden und mit der Monarchie auszusöhnen. Ein solcher Artikel unmittelbar vor den Wahlen werde zur Folge haben, daß Frankreich eine konservative Kammer erhalte. Sei diese einmal beisammen, so beginne seine, des Generals, Rolle als *„exécuteur de la volonté nationale“*. Die republikanische Partei werde zwar heftige Opposition machen, er werde aber damit fertig werden, da er entschlossen sei, die Führer aufzuhängen. Frankreich müsse achtzehn Monate ohne Kammer und ohne Pressfreiheit regiert werden, dann könne der Graf von Paris kommen *„avec son parapluie“* und liberal regieren. Ich glaube nun zwar, daß General Galliset übertreibt und es mit der Wahrheit nicht genau nimmt; aber ich habe mich auch sonst überzeugen können, daß hier viel konspiriert wird, und fange an zu glauben, daß die Republik nicht mehr lange dauern wird. Galliset meinte, in zwei Jahren werde er seine Rolle gespielt haben.“ Soweit mein Gewährsmann, der noch die Bemerkung machte: „Wenn übrigens Galliset fortfährt, seine Pläne so unbefangen kundzugeben, so wird man ihn wohl früher unschädlich machen.“

Aus vorstehenden Äußerungen geht hervor, wie sehr die monarchistische Partei wünscht, Deutschlands Unterstützung zu gewinnen, und wie sie überzeugt ist, daß die Republik sich nur durch das Wohlwollen Deutschlands erhält.

## Journal.

Paris, 16. Juli 1884.

Das Fest vom 14. Juli würde ohne Erinnerung zurückzulassen vorübergegangen sein, wenn nicht der Skandal mit den Fahnen am Hotel Continental stattgefunden hätte.<sup>1)</sup> Gestern früh erst erfuhr ich, was den Tag vorher vorgegangen war. Ich berichtete sofort ausführlich durch Telegramm nach Berlin. Abends um 6 Uhr kam Ferry, fand mich aber nicht. Heute früh kam er wieder und sprach sein Bedauern aus, teilte mir auch mit, daß der Polizeikommissar, der sich so schwach gezeigt hat, abgesetzt sei. Nachmittags kam ein Württemberger, Dr. Wurster aus Reutlingen, der erzählte, er sei es gewesen, der sich in das Marineministerium geflüchtet habe. Er ging an die Statue von Straßburg, als die Demonstration stattfand, und sah sich alles genau an. Da er nun den sogenannten „Jägerrock“ trug und sehr deutsch aussah, so erkannte man ihn gleich als Deutschen und schimpfte ihn. Nach und nach wurden die Insulten stärker, er wurde gestoßen und geschlagen und floh dann nach dem Marineministerium. Die Leute liefen hinter ihm her, weil sich nun das Gerücht verbreitete, er hätte etwas Feindliches getan oder gesagt. Er war aber sehr ruhig gewesen. Ich erzählte dies Ferry.

Paris, 24. August 1884.

Courcel ist gestern nach Berlin zurück<sup>2)</sup> und bringt die Zustimmung Ferrys zu der Verständigung, die allerdings kein Allianzvertrag, aber ein großes Rapprochement ist. In der westafrikanischen Frage wird man gemeinschaftlich vorgehen, ebenso in bezug auf verschiedene ägyptische Fragen, wie Quarantäne, Suezkanal, Liquidationskommission u. a. Daß er die Vermittlung Deutschlands China gegenüber verlangen werde, wie hier behauptet wird, leugnet er.

Berlin, 2. November 1884.

Heute Vormittag Kirche. Dann Auswärtiges Amt, wo ich die Angelegenheit der afrikanischen Westküste studierte. Ich wurde darin gestört durch einen Brief des Adjutanten, der mich auf 1/24 Uhr zum Kaiser berief. Ich fand den Kaiser auffallend frisch und munter und blieb eine Stunde. Er sprach von den guten Beziehungen zu Frankreich und lächelte dazu. Dann kam er auf England und beklagte die dortige radikale Strömung bei der Regierung und Chamberlains Absicht, durch einen Pairsschub die Reform durchzusetzen.<sup>3)</sup> Das beunruhigt ihn, und er

<sup>1)</sup> Die deutsche Flagge war von jungen Burschen zerrissen worden.

<sup>2)</sup> Er war am 26. in Varzin.

<sup>3)</sup> Die Wahlreformbill.

fürchtet, daß die republikanische Bewegung dort die Oberhand gewinnen könne. Was daraus werden solle! „Wir werden Mühe haben, uns zu halten.“ Es sei deshalb nötig, daß wenigstens die drei Kaisermächte das monarchische Prinzip gemeinschaftlich verteidigten. Das sei auch der Anlaß zu der Begegnung in Skierniewize<sup>1)</sup> gewesen. Einen sehr guten Einfluß habe Prinz Wilhelm<sup>2)</sup> auf den Kaiser von Rußland ausgeübt. Der Kaiser und Bismarck hätten dem Prinzen Instruktionen gegeben, für die Einigung der drei Kaisermächte zu sprechen, und er habe dies sehr gut ausgeführt. Als nun der Besuch des Kaisers von Oesterreich beschlossen wurde, habe er, Kaiser Wilhelm, auch den Wunsch ausgesprochen, daran teilzunehmen. Etwas Schriftliches sei nicht ausgemacht worden. Das sei auch nicht nötig gewesen. Wir sprachen dann noch von der Einweihung des Polytechnikums, der der Kaiser beigewohnt hatte, und von dem Aufschwunge, den Berlin nehme u. a. Um 6 Uhr aß ich bei Bismarck. Wir kamen auf die Aeußerung des Kaisers bezüglich der Skierniewizer Zusammenkunft, und Bismarck sagte, der Kaiser irre sich, wenn er sage, er habe den Wunsch ausgedrückt, dabei zu sein. Das sei selbstverständlich gewesen. Die Schwierigkeit habe nur in Wien bestanden und bei den Ungarn. Die Kaiserin habe immer wissen wollen, was in Skierniewize ausgemacht worden sei, und habe den Kaiser damit gequält. Beim Abschiede trug er mir Grüße an Ferry auf, den er hochhält. Ich soll sagen, daß wir ein Zerwürfniß zwischen England und Frankreich nicht wünschen. Gladstone solle nur bleiben. Es sei gut für uns, nicht für England.

Paris, 11. Dezember 1884.

Ferry sagt, daß die chinesische Regierung ihre Bedingungen Lord Granville übermittle, daß aber Lord Granville Bedenken trage, sie Frankreich vorzulegen, da sie unannehmbar seien. Dieselben Prätensionen wie früher, Aufrechterhaltung der chinesischen Suzeränität über Annam, Teilung von Tongking u. s. w. Li-Hung-Tschang sei friedlich, wenn er auch anders tut.

Was Aegypten betrifft, so sagt Ferry, Alphonse Rothschild halte die Uebertragung der Verwaltung der Schulden und der Domänen an England für unannehmbar. Er selbst sieht die Sache ebenso an und sagt, daß sechstausend Beamte französischer Nationalität dadurch brotlos würden.

<sup>1)</sup> Die Zusammenkunft der drei Kaiser in Skierniewize fand vom 15. bis 17. September statt.

<sup>2)</sup> Der bei der Großjährigkeitserklärung des Thronfolgers am 18. Mai den Kaiser vertreten hatte.

18. Dezember.

Ich hatte mein Urlaubsgesuch rechtzeitig eingereicht und vorgeschlagen, daß bis zur Rückkehr des Barons Rotenhan Kiderlen die Geschäfte führen sollte, und wartete nun auf Antwort von Berlin. Da kam am 16. ein Telegramm folgenden Inhalts: „Saxfeld eher geneigt abzuraten. Ich auch. Holstein.“ Das hieß, es ist nicht geraten, jetzt auf Urlaub zu gehen. Ich schrieb deshalb an Viktor und bat ihn, sich im Auswärtigen Amt zu erkundigen, was los sei, und mir zu telegraphieren; ebenso schrieb ich an Marie und telegraphierte den andern Tag. Gestern kam nun ein Erlaß, der sagt, der Reichskanzler könne mein Urlaubsgesuch nicht dem Kaiser vorlegen, bis Rotenhan zurück sei. Ich hätte diesen nun telegraphisch zurückrufen können, aber darum handelte es sich nicht. Es lag andres vor, was es ratsam machte, die Reise aufzugeben. Ich schrieb deshalb nach Berlin und nahm mein Urlaubsgesuch zurück. Ich glaube, daß Fürst Bismarck nervös überreizt ist und deshalb alle seine Untergebenen schikaniert und in Schrecken setzt und daß die dann mehr hinter seinen Äußerungen sehen, als wirklich dahinter ist. Das ändert aber für mich nichts.

Kaiser Wilhelm an den Fürsten Hohenlohe.

Telegramm.

27. März 1885.

Herzlichen Dank für Ihre so treuen Wünsche zum 22. März. Leider habe ich das neunundachtzigste Jahr krank betreten und dadurch große Störung in der Feier jenes Tags herbeigeführt. Die Fürstin hier gesehen zu haben, war eine wahre Freude.

Wilhelm.

Journal.

Paris, 1. April 1885.

Der Geburtstag des Kaisers am 22. verlief wie gewöhnlich. Das Diner von vierundfünfzig Personen war sehr heiter. Meine Rede fand Beifall. Man blieb bis spät bei der Zigarre zusammen.

Seitdem Ministerkrise, Sturz Ferrys unerwartet und unmotiviert.

Heute Diner zu Ehren des Reichskanzlers. Ich trank auf die Gesundheit des Kaisers. Herr Rumpf sprach auf Bismarck. Herr Lüderth las ein Telegramm an Bismarck vor, das akzeptiert wurde. Dann brachte Herr Grube einen Toast auf mich aus. Ich antwortete (heiser), daß ich die Anerkennung der deutschen Landsleute zu schätzen wisse,<sup>1)</sup> daß es eine

<sup>1)</sup> Die deutsche Kolonie in Paris hatte den Fürsten am 23. Mai 1884 — dem zehnjährigen Jahrestage der Uebernahme der Botschaft — durch eine Adresse und Fürst Hohenlohe, Denkwürdigkeiten. II

große Ehre für mich sei, mit den beiden Namen, Kaiser und Bismarck, auch genannt zu werden, daß aber meine Bescheidenheit nicht so weit gehe, zu sagen, das sei zu viel Ehre. Denn ich könne in bezug auf die nationale Entwicklung auch sagen „quorum pars“, wenn auch nicht „magna pars“, doch „quorum pars fui“. Daß die Deutschen mir ihre Anerkennung ausgesprochen, daß sie mir die Ehre erwiesen hätten, mich heute zu nennen, daß sie alte Erinnerungen geweckt hätten, dafür sei ich ihnen dankbar und diesen Dank könne ich nicht besser aussprechen, als indem ich die deutschen Freunde hier hochleben ließe. Große Begeisterung. Dann nach Hause.

Das Ministerium Freycinet<sup>1)</sup> scheint gebildet zu sein. Courcel wird eintreten. Wer wird ihn ersetzen? Das ist eine wichtige Frage.

Paris, 22. April 1885.

Heute schickte Derenthall mir die wahrscheinlich von Barrère gegebene Nachricht von einem Ultimatum der französischen Regierung gegenüber Ägypten wegen der unterdrückten Zeitung „Bosphore“<sup>2)</sup> und von einer eventuellen französischen Besetzung von Damiette. Freycinet, den ich vorsichtig sondierte, wollte von einem Ultimatum nichts wissen. Barrère wird wohl nur den Vorschlag gemacht, Freycinet nichts geantwortet haben. Freycinet sagte, alle Gerüchte von Konflikten seien übertrieben. Waddington<sup>3)</sup> sagte dasselbe und meinte, er werde in London die Sache in Ordnung bringen. Es sei eine Sache zwischen Baring und Barrère, deren Frauen nicht harmonierten, da Lady Baring die armenische Frau Barrère nicht für voll ansehe. Die Sache an sich sei unbedeutend.

Paris, 23. Mai 1885.

Gestern 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr starb Viktor Hugo. Ich fuhr nach der Avenue Eylau, um mich zu erkundigen, und erhielt dort die Nachricht. Man bereitet große Leichenfeierlichkeiten vor. Ich denke, daß das Corps diplomatique nichts damit zu tun haben wird. Auch bin ich entschlossen, mich unter allen Umständen nicht zu beteiligen.

---

ein Geschenk, ein silbernes Tintenfaß mit einer Nachbildung des Niederwalddenkmals, beglückwünscht.

<sup>1)</sup> Das Ministerium Ferry war gestürzt infolge der Niederlage bei Langson am 30. März. Am 6. April wurde das Ministerium Brißon gebildet, in welchem Freycinet das Auswärtige übernahm. Freycinets Versuche, selbst ein Ministerium zu bilden, scheiterten.

<sup>2)</sup> Am 9. April hatte die französische Regierung protestiert gegen die von der ägyptischen Regierung verfügte Schließung der Druckerei des „Bosphore Egyptien“. Am 27. April kam ein Ausgleich zustande.

<sup>3)</sup> Damals französischer Botschafter in London.

31. Mai.

Seit gestern ist die Leiche Viktor Hugos auf einem Katafalk in der Wölbung des Arc de Triomphe aufgestellt. Heute den ganzen Tag defilierten Leute an dem Katafalk, und der Platz war von Tausenden von Menschen bedeckt. Dies nahm abends noch zu, und als ich um 9 Uhr hinkam, war das Gedränge schauderhaft. Die Leute waren alle in bester Laune, drängten sich und johlten wie auf einem Jahrmarkt und betrachteten den Triumphbogen, indem sie bedauerten, daß er nicht besser erleuchtet sei. Viele warteten wohl noch auf ein Feuerwerk. Es machte einen merkwürdigen Eindruck. Der Triumphbogen, von dem ein langer schwarzer Trauerflor herabwehte, darunter der Katafalk und das ganze Bild, das sich am mondhellen Himmel abhob, und daneben das Menschengewühl, das ganz vergaß, daß da ein toter Mensch lag.

Morgen wird das Begräbniß stattfinden. Ich habe mich nicht entschuldigt, da wir formell nicht eingeladen sind, sondern nur Plätze angewiesen erhalten. Aber es wäre von mir ebenso taktlos als unwürdig, mich bei dem Leichenzug des Dichters der „année terrible“ zu beteiligen, des alten eiteln Menschen, der in Bordeaux im Jahre 1871 sagte, er danke den Deutschen, daß sie den französischen Kaiser vertrieben hätten und hoffe, daß die Franzosen Deutschland denselben Dienst leisten werden. Mohrenheim,<sup>1)</sup> der bestimmt erklärt hat, er werde nicht mitgehen, fragte mich noch am Abend, was ich tun würde, worauf ich ihm antwortete, daß ich nicht daran dachte mitzugehen.

2. Juni.

Die gestrige Trauerfeier für Viktor Hugo war großartig. Kein Leichenzug im eigentlichen Sinne, sondern ein Volksfest mit großem Gepränge und von einem mehr heiteren Charakter. Die Reden, welche am Arc de l'Etoile und vor dem Panthéon gehalten wurden, waren teilweise unbedeutend, teilweise geradezu Unsinn. Die ganze Bevölkerung freute sich, der Welt zeigen zu können, daß sie einen großen Mann begrabe und noch einen habe, was aber in diesem Falle mehr als zweifelhaft ist. Die Botschafter von Oesterreich und Spanien, die gleich mir sich jeder Beteiligung enthalten hatten, waren sehr ungehalten, daß wir in den Zeitungen als anwesend (und zwar in Uniform!) aufgeführt worden sind, mir ist das sehr gleichgültig.

Paris, 11. Juni 1885.

Ich hatte im Frühjahr um die Erlaubniß gebeten, auf acht bis vierzehn Tage nach Südfrankreich zu gehen. Als nun Ende März, wo ich die Reise antreten sollte, die Ministerkrisis hier eintrat, ließ ich Marie mit

---

1) Der russische Botschafter, Nachfolger des Fürsten Delow.

Alexander allein reisen und schrieb an den Reichskanzler, ich verzichte auf die Reise, bäte aber, mir für Ende Mai einen dreiwöchentlichen Urlaub nach Deutschland auswirken zu wollen. Darauf bekam ich die Antwort, ich möchte Mitte Mai auf meinen Antrag zurückkommen, der Fürst werde, wenn die politischen Verhältnisse danach angetan seien, den Antrag gern Allerhöchsten Orts befürworten. Da nun alles ruhig war, so richtete ich den 12. Mai unter Bezugnahme auf jenen Erlaß ein Urlaubsgesuch an Bismarck. Darauf bekam ich von Hatzfeld am 26. Mai die Antwort, der Kaiser bewillige mir zwar den Urlaub, habe indessen an den Rand „ungern“ geschrieben, was der Reichskanzler für leicht verständlich halte angesichts der afghanischen, ägyptischen und anderen Fragen. Er überläßt es meiner Beurteilung, ob ich unter den obwaltenden Umständen eine Urlaubsreise antreten wolle.

Darauf antwortete ich am 29. Mai, ich hätte meinen Urlaub nicht zu meiner Erholung, sondern für Geschäfte erbeten. Ich hätte meine Anordnungen getroffen, könne jetzt die Abreise nicht verschieben, sei aber jede Minute in Schillingsfürst durch Telegramm erreichbar und bereit, sofort zurückzureisen. Ich bat, dem Kaiser diesen Sachverhalt und meine Gründe, weshalb ich abreise, vorzutragen.

Bald darauf kam ein Brief von Holstein, der mir schrieb, er rate mir, während der nächsten Tage, wo allerlei passieren könne, Paris nicht zu verlassen, Hatzfeld sei derselben Ansicht und meine sogar, ich möchte meinen Direktor nach Paris kommen lassen. Darauf schrieb ich an Holstein und sagte, wenn der Kaiser vorziehe, daß ich nicht abreise, so solle man es mir telegraphieren. Bloß auf seinen Rat hin könne ich nicht alles in Unordnung bringen. Darauf erhielt ich am 3. ein Telegramm von Hatzfeld der mir mitteilt, man habe dem Kaiser Vortrag gehalten und er habe auf dem Bericht bemerkt: „Gelesen. Also beide Botschafter auf den wichtigsten Posten in vielleicht entscheidenden Tagen abwesend!“ Hatzfeld fügte hinzu: „Eurer Durchlaucht kann ich hiernach die Entschließung nur ergebenst anheimstellen.“ Nun blieb mir nichts übrig, als zu telegraphieren, die Aeußerung Seiner Majestät sei mir Befehl, dem ich nachkomme, indem ich dableibe.

Inzwischen passierte aber nichts. Ich schrieb daher am 8. an Hatzfeld, danke für die mir erteilte Auskunft in der Frage meines Urlaubs und sagte, ich setze voraus, daß, nachdem Seine Majestät mir den Urlaub bewilligt habe, es einer erneuerten Anfrage bei Seiner Majestät nicht bedürfe, um den momentan vertagten Urlaub anzutreten. Ich würde dienstlich anzeigen, wenn ich von dem Urlaub Gebrauch zu machen beabsichtigte.

Nun bekomme ich heute einen Erlaß vom 9., der sich mit meinem Privatbrief an Hatzfeld gekreuzt hat und worin gesagt wird, meine Meldung,

daß ich nicht abreise, habe er an den Kaiser gebracht, der sich mit meiner Absicht einverstanden erklärt und gleichzeitig genehmigt habe, daß ich ermächtigt werde, meinen Urlaub anzutreten, sobald die Verhältnisse dies gestatteten. Dann heißt es wörtlich: „Dabei hat Seine Majestät der Kaiser indessen der Ueberraschung Ausdruck zu geben geruht, daß nach Eurer Durchlaucht früherer Aeußerung der jetzt eingetretene Aufschub unmöglich gewesen wäre.“

Das war mir zu stark, und ich schrieb deshalb an Holstein den Brief, der hier beiliegt.

An Baron Holstein.

Paris, 12. Juni 1885.

Verehrter Baron!

Ich bin ein Mensch von vieler Geduld, besonders wenn es sich um Dinge handelt, die des Kaisers Dienst betreffen. Heute muß ich aber sagen, daß der letzte Erlass vom 9. diese Eigenschaft auf eine harte Probe stellt. Ich erkläre, daß ich dem kaiserlichen Befehle Folge leiste, obgleich die Tatsache, daß daraus Nachteile für mich hervorgehen, feststeht; ich lasse meine Privatverhältnisse, wie das von mir erwartet werden mußte, vor denen des kaiserlichen Dienstes zurückstehen, und zum Dank läßt das Auswärtige Amt den Kaiser sagen, daß nach meiner früheren Aeußerung der jetzt eingetretene Aufschub unmöglich erschienen sei. So etwas ist doch noch nicht dagewesen. Jedenfalls glaube ich nicht, daß der Kaiser die Bemerkung so gemacht hat, wie sie im Erlasse steht. Wie ich den Kaiser kenne, sieht es ihm nicht ähnlich, eine derartige wie Spott lautende Aeußerung zu tun. Dazu ist er viel zu wohlwollend.

Ich breche hier ab, weil ich fürchte, zu bitter zu werden. Vielleicht habe ich einmal Gelegenheit, die Betrachtungen, die diese Vorgänge mir aufdrängen, mündlich mit Ihnen zu erörtern.

Unter dem 21. Juni 1885 schrieb in Vertretung des Staatssekretärs Graf Herbert Bismarck an den Fürsten nach Schillingsfürst:

Nachdem Eure Durchlaucht unterm 15. d. M. die Absicht geäußert, Ihren Urlaub nach Bayern am letzten Mittwoch anzutreten, hat der Herr Staatssekretär nicht ermangelt, Seiner Majestät bezüglichen Vortrag zu halten und Allerhöchstdemselben bei dieser Gelegenheit die Gründe dargelegt, welche Eure Durchlaucht zur Reise nach Bayern nötigten. Seine Majestät haben in Anerkennung dieser Gründe Allerhöchst sich mit dem nunmehrigen Antritt Ihres Urlaubs völlig einverstanden zu erklären geruht, wovon ich nicht ermangle Eure Durchlaucht hiermit ganz ergebenst in Kenntniß zu setzen.

## Journal.

Riffingen, 19. Juni 1885.

Heute Mittag kam ich hier an. Um  $\frac{3}{4}$  6 Uhr fuhr ich nach der Saline, wo Fürst und Fürstin Bismarck wohnen. Ich fand den Fürsten sehr munter. Er klagte nur über Gesichtsschmerz, rühmte aber, daß er wieder viel gehen könne, und sieht gut aus. Von dem Kaiser sagte er, daß es ihm besser gehe, daß er gern in Babelsberg bleiben würde, daß aber die Kaiserin und die Großherzogin für Ems sprechen, was ihm zuwider sei. Dann war von Braunschweig <sup>1)</sup> die Rede und von der Ernennung von Reuß zum Herzog. Der Fürst sagte, dies sei Unsinn. Wenn man nicht die Söhne des Herzogs von Cumberland unter einer guten, sicheren Vormundschaft einsetzen wolle, so läge es doch näher, einen preussischen Prinzen, etwa den Prinzen Heinrich oder Prinz Albrecht, zum Herzog von Braunschweig zu machen. Nach Tisch kam auch die Rede auf den Statthalter von Elsaß-Lothringen, <sup>2)</sup> und Bismarck sagte, es seien da viele Kandidaten: Reuß VII., Prinz Albrecht, Hermann Langenburg, Hencel, Roggenbach, Albedyll, Schweinik u. a. Gegen jeden sei etwas einzuwenden, und dann setzte er hinzu: „Hätten Sie nicht Lust?“ Ich sagte: „O ja, aber es ist eine Schwierigkeit, daß ich keine Militäruniform trage.“ Bill meinte, dem könnte ja abgeholfen werden, aber Bismarck sagte: „Sie können ja auch die Botschafteruniform tragen, die wird den Franzosen gefallen, denn sie sieht französisch aus.“ Es schien mir nach allem, daß er mich für den geeignetsten hält. Er weiß aber nicht, was der Kaiser beschließen wird. Dann kamen wir auf das englische Ministerium. Bismarck sagte, die Tories müßten es eigentlich nach ihren Reden zum Kriege treiben. Der Krieg wäre kein Unglück für uns. Wir könnten nur dabei gewinnen, wenn Rußland Beschäftigung habe und dadurch von seinen Gedanken gegen Oesterreich abgezogen werde. Bismarck glaubt nicht, daß die Türken den Engländern eine Armee zur Verfügung stellen würden, aber die Dardanellen werden sie öffnen. Daß die Franzosen sehr erschreckt werden würden, wenn der Krieg zwischen England und Rußland ausbräche, amüsierte ihn; sie glaubten, daß wir dann über sie herfallen würden, das wäre aber sehr töricht von uns. Er glaubt, daß die Franzosen immer mehr der Anarchie zutreiben und mit einer Monarchie enden werden, das brauche aber kein Bonaparte oder Orleans, das könne auch ein Monsieur Paturot oder dergleichen sein. Im ganzen war die Unterhaltung befriedigend in Ton und Inhalt.

<sup>1)</sup> Wo Prinz Albrecht von Preußen am 21. Oktober 1884 zum Regenten gewählt war.

<sup>2)</sup> Feldmarschall Freiherr von Manteuffel war am 17. Juni in Karlsbad gestorben.

## Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 3. Juli 1885.

Nachdem ich mich bei Eurer Durchlaucht Besuch in Rissingen vertraulich vergewissert hatte, daß Sie zur Uebernahme der Statthalterschaft in Straßburg eventuell geneigt sein würden, habe ich an Seine Majestät den Kaiser den Antrag gerichtet, Eurer Durchlaucht die Nachfolge des Feldmarschalls Freiherrn von Manteuffel zu übertragen.

Seine Majestät haben meinem Vorschlage zugestimmt und mich ermächtigt, mich der Bereitwilligkeit Eurer Durchlaucht zu vergewissern. Ich bitte Sie daher, mich nunmehr mit einer amtlichen Rückäußerung beehren zu wollen, welche ich an Allerhöchster Stelle einreichen kann.

von Bismarck.

## Fürst Hohenlohe an den Reichskanzler.

Schillingsfürst, 7. Juli 1885.

Eurer Durchlaucht hochgeneigtes Schreiben vom 3. d. M., mit welchem Hochdieselben mir mitteilen, daß Seine Majestät der Kaiser dem Vorschlag Eurer Durchlaucht, mir die Nachfolge des Feldmarschalls Freiherrn von Manteuffel zu übertragen, zugestimmt haben, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich erlaube mir, Eurer Durchlaucht meinen aufrichtigen Dank für diesen neuen Beweis Ihres Vertrauens auszusprechen, und bitte, Seiner Majestät dem Kaiser meinen ehrfurchtsvollen Dank und die Versicherung zu Füßen zu legen, daß ich bereit bin, das mir zugedachte ehrenvolle Amt zu übernehmen. Bei meiner mangelnden Kenntniss der mit dieser Stelle verbundenen Rechte und Pflichten möchte ich indessen die Annahme nur als eine prinzipielle bezeichnen und mir vorbehalten, mich über die näheren Verhältnisse informieren zu dürfen, um zu ermessen, ob ich der in Rede stehenden Funktion auch in der That gewachsen bin. Ich bitte daher um die Erlaubnis, mich zunächst nach Berlin begeben zu dürfen, um mich dort über den Umfang der von mir zu übernehmenden Pflichten zu informieren sowie über den Zeitpunkt der Uebernahme des Amtes mündliche Rücksprache zu nehmen.

Ich erlaube mir, um hochgeneigte telegraphische Rückäußerung zu bitten, daß Eure Durchlaucht mit meiner Reise nach Berlin einverstanden sind.

## Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 8. Juli 1885.

Mit verbindlichem Dank für Ihr Schreiben freue ich mich, daß Sie bereit sind, Kaiser und Reich den erbetenen Dienst zu leisten. Die von Ihnen gewünschte Information wird aber hier nicht zu erlangen sein; ich

selbst und in höherem Grade alle übrigen höheren Beamten sind dem Straßburger Verhältnissen in den letzten fünf Jahren ziemlich vollständig entfremdet. Eure Durchlaucht können eine solche Information nur in Straßburg selbst finden, und erlaube ich mir, Ihnen vorzuschlagen, daß Sie in unauffälliger Weise dorthin fahren und mit den dortigen Spitzen unter vertraulicher Mitteilung der Eröffnungen, die ich Ihnen im Namen Seiner Majestät gemacht habe, sich besprechen. Besonders empfehle ich zu diesem Behufe den Unterstaatssekretär von Puttkamer, der durch Klugheit und Kenntniß des Landes sich auszeichnet. Außerdem verstehe ich unter Spitzen den Staatssekretär von Hofmann, den Generalleutnant von Heuduck und den Unterstaatssekretär von Mayr. In Ems würden Eure Durchlaucht ebenfalls Quellen zur Information finden, dieselben können indes auch durch den Wunsch, andre Kandidaten in die Stelle zu bringen, beeinflusst sein. Für frei von solchen Einflüssen halte ich den Unterstaatssekretär von Puttkamer aus sachlichem Interesse, und den General von Heuduck, weil er durch Eurer Durchlaucht Ernennung die Trennung des Generalkommandos von der Statthalterschaft als gesichert ansehen wird. Der Zeitpunkt der Uebernahme des Amts wird eventuell wesentlich von Eurer Durchlaucht Entschlüssen abhängen, da es ohne Wichtigkeit ist, ob das Provisorium, welches zunächst geschaffen werden mußte, einige Wochen länger oder kürzer dauert.

von Bismarck.

Fürst Hohenlohe entschloß sich infolge dieses Schreibens, da er das Absteigen in einem Straßburger Hotel vermeiden wollte, zunächst nach Baden zu gehen und von dort aus die wünschenswerten Erkundigungen in Straßburg einzuziehen. Der Besuch in Straßburg fand am 12. Juli statt.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Barzin, 12. Juli 1885.

Eurer Durchlaucht beehre ich mich in Vervollständigung meines Telegramms von heute die beifolgende Abschrift eines Allerhöchsten Handschreibens vom 10. d. M. zu übersenden, soweit dasselbe sich auf die Frage der Statthalterschaft bezieht. Sie wollen daraus ersehen, daß für mich das geschäftliche Bedürfnis einer persönlichen Rücksprache mit Ihnen nicht stark genug gewesen ist, um Eurer Durchlaucht die weite Reise von Schillingsfürst hierher zuzumuten. Gegenüber dem so bestimmt ausgesprochenen Wunsche Seiner Majestät sehe ich aber keinen Ausweg, Ihnen diese Unbequemlichkeit zu ersparen, und tröste mich mit der für meinen Egoismus sehr erfreulichen Aussicht, daß ich das Vergnügen haben werde, Sie hier zu sehen. Ich bitte Eure Durchlaucht, Ihre Reise ganz nach

Ihrer Konvenienz einzurichten, da mir jeder Tag recht ist und ich aus dem Allerhöchsten Handschreiben entnehme, daß es Seiner Majestät nicht um die Beschleunigung der Angelegenheit zu tun ist. Von dem Zeitpunkt Ihrer Ankunft in Barzin haben Eure Durchlaucht wohl die Güte mich zu unterrichten.

von Bismarck.

### Ab schrift.

Gms, 10. Juli 1885.

Aus Ihrem Schreiben vom 8. d. M. ersehe ich des Fürsten von Hohenlohe Annahme des wichtigen Postens und seinen Dank für das projektierte Vertrauen. Die gestellten Bedingungen finde ich sehr natürlich, doch kann ich mit Ihrer Ansicht, denselben von einer Rücksprache mit Ihnen zu entbinden, mich nicht einverstanden erklären, denn er kann Ihre Ansichten nur bei einer mündlichen Ideenaussprache gründlich erfahren und erkennen, und so orientiert dann erst nach Straßburg gehen, wenn dies überhaupt ratsam ist, bevor er ernannt ist, weil durch des Fürsten Erscheinen daselbst die Sache so offiziell transpiriert, so daß dann von einer Nichtannahme nicht mehr die Rede sein kann. Ich würde daher vorschlagen, daß der Fürst Hohenlohe nach Barzin dem Minister Hofmann ein Rendezvous halben Wegs zwischen Schillingsfürst und Straßburg gibt. Der Antritt des Fürsten Hohenlohe in sein Amt muß jedenfalls nicht übereilt werden, weil ich den Hinterbliebenen des Feldmarschalls Manteuffel eine Belassung, von dessen Einnahmen auf drei Monate gelassen habe, eine Art Karenzzeit als einzige Möglichkeit, die sehr schlimme Lage in finanzieller Beziehung einigermaßen zu sichern.

Wilhelm.

### Journal.

Baden-Baden, 13. Juli 1885.

Bei unsern Besprechungen in München über die Statthalterfrage stellte es sich als das Wichtigste heraus, zu wissen, ob die Statthalterschaft unverändert bleiben werde und wie sich die Pensionsverhältnisse regeln lassen. Bölderndorff meinte, daß die Statthalterschaft nur eine Funktion und keine Stelle sei, ich müsse also noch irgend etwas andres sein, damit man dem Oberstkämmerer, General oder Wirklichen Geheimen Rat diese Funktion übertrage. Bei meinem Besuche in Straßburg sagte aber Mayr,<sup>1)</sup> das möge früher richtig gewesen sein, sei es aber jetzt nicht mehr, da durch neuere Verordnung der Statthalter ein Amt sei. Auch lauteten

<sup>1)</sup> Unterstaatssekretär von Mayr, der Leiter der Finanzabteilung des reichsländischen Ministeriums.

nach dem Tode des alten Manteuffel alle Erlasse „an den Statthalter“. Freilich gab Mayr zu, daß eine Pension aus den Repräsentationsbezügen des Statthalters nicht abgeleitet werden könne, und war mit Bolderndorff einverstanden, daß dem abgeholfen werden mußte. Die Repräsentationsgelder belaufen sich auf 215 000 Mark und freie Beheizung und Beleuchtung, freien ärarischen Portier und ärarischen Gärtner. Das Statthalterpalais ist schön, der Garten ausreichend, die Zimmer hoch und geräumig. Die Einrichtung wird aus Mitteln des Landes erneuert. Es fehlen Silber, Weißzeug und Porzellan. Der Statthalter erhält Urlaub vom Kaiser, wenn er auf mehrere Wochen weggeht. Kurze Abwesenheiten kann er ohne Urlaub machen. Die Repräsentation ist nicht so mühsam, wie man sie geschildert hat. Die abendlichen Empfänge von Fräulein von Manteuffel waren für Beamte und Offiziere eine Last, können also wegfallen. Diners, Bälle und große Gesellschaften müssen natürlich gegeben werden.

Was die Zeit der Uebernahme betrifft, so wird es gut sein, wenn ich nicht vor dem 1. Oktober eintrete, da die Erben Manteuffels das Sterbequartal haben, also das Land dann doppelt zahlen mußte. Mayr meint aber, daß ein Hinausschieben über den 1. Oktober nicht wohl tunlich sei, da im Oktober die Beratung der Gesetzentwürfe im Staatsrat, dem der Statthalter präsidiert, und die Verhandlungen über Gesetzentwürfe und Budget mit Berlin, Reichskanzler und Bundesrat, beginnen.

Gestern, als ich von Straßburg hierher zurückkam, fand ich ein Telegramm des Reichskanzlers, in dem gesagt war, der Kaiser wünsche, daß ich mündliche Rücksprache mit Bismarck pflegen möchte. Er bittet mich also, alle weiteren Schritte zu unterlassen und einen Brief abzuwarten. Ich telegraphierte, daß ich schon mit Hofmann gesprochen hätte, daß ich aber nun warten und mich auch beim Kaiser nicht melden würde, ehe ich näheres wisse. Der Brief wird wohl morgen hier ankommen.

In einem Schreiben aus Baden vom 14. Juli klärte der Fürst den Reichskanzler über den Sachverhalt auf und berichtete zugleich, daß er auf Grund der in Straßburg erhaltenen Informationen zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß die Aufgabe zwar schwer sei, aber, wie er hoffe, seine Kräfte nicht übersteigen werde. Weiter heißt es in diesem Schreiben:

„Zunächst möchte ich auf die in Eurer Durchlaucht Schreiben vom 8. d. M. enthaltene Bemerkung Bezug nehmen, daß Eure Durchlaucht in den letzten fünf Jahren den Straßburger Verhältnissen ziemlich vollständig entfremdet worden seien. Wenn ich auch sehr wohl weiß, daß Eure Durchlaucht durch das Gesetz vom 4. Juli 1879 die Leitung der elsass-lothringischen Angelegenheiten aus Ihrem Geschäftsbereiche ausgeschieden haben und an diesem nach reiflicher Ueberlegung gefaßten Entschluß fest-

halten werden, so gestehe ich doch offen, daß ich einen günstigen Erfolg meiner Tätigkeit nicht für möglich halte, wenn ich nicht darauf rechnen kann, in steter Berührung mit Eurer Durchlaucht zu bleiben und mich zu vergewissern, daß von mir zu fassende Beschlüsse und administrative Maßnahmen mit den Ansichten Eurer Durchlaucht übereinstimmen. Ich bitte daher, mir die Stütze nicht entziehen zu wollen, die Eure Durchlaucht mir bisher gewährt haben und der ich es verdanke, wenn ich in meiner Tätigkeit in Paris die Allerhöchste Zufriedenheit erworben und Ihren Intentionen entsprochen habe."

### Journal.

Barzin, Juli 1885.

Gestern früh kam ich von München in Berlin an, telegraphierte an den Hofmarschall des Kronprinzen in Potsdam und bekam Antwort, daß ich Abends zum Tee nach dem Neuen Palais kommen solle. Nachmittags erhielt ich im Auswärtigen Amte interessante Mitteilungen, die mir Aufschluß über die letzten Händeleien des Ministeriums gaben und den Beweis lieferten, daß meine Stellung in Paris auf die Dauer den jungen Elementen des Auswärtigen Amtes gegenüber nicht haltbar gewesen wäre. Es liegt das in der Natur der Sache. Ein alter Mann kann nicht jungen Leuten gegenüber, die er als Buben gekannt hat, in einer abhängigen Stellung sein. Die Stellung des Statthalters ist deshalb eine glückliche Chance. Um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr war ich beim Kronprinzen. Er empfing mich sehr freundlich und ist ganz mit meiner Ernennung einverstanden. Ebenso die Kronprinzessin. Daß ich ungern von Paris weggehe, begreifen sie. Ich konnte ihnen freilich den Grund, weshalb ich von Paris weggehe, nicht sagen. Wir machten noch eine Spazierfahrt, und um 10 Uhr fuhr ich mit Curtius nach Berlin zurück. Heute früh Abreise von dort. Sehr belebter Zug von Berlinern, die in die Ostseebäder reisten. Ein Herr von Drost aus Poppot bei Danzig erzählte viel über Brennereien und Landwirtschaft. Um 5 $\frac{1}{2}$  Uhr kam ich nach Hammermühle. Hier traf ich den Reichskanzler, der seine Tochter und seine Enkel auf der Bahn abholte. Sie waren im gleichen Zuge gekommen. Ich fuhr mit ihnen nach Barzin. Unterwegs erzählte er mir, daß der Kaiser und der Kronprinz für die Heirat der Prinzessin Viktoria mit dem Kronprinzen von Portugal seien, daß aber die Kronprinzessin und die Prinzessin den Fürsten von Bulgarien vorzögen. Darüber allerlei Tiraillements. Wir aßen um 6 Uhr und saßen dann im Garten vor dem Hause bis 9 Uhr. Der Fürst ist der Ansicht, daß ich Hofmann vorläufig behalten soll. Graßheim, den mir Bölderndorff besonders empfohlen hatte, findet er zu steif und nicht gewandt genug. Wenn ich mich der Sache selbst annehme, werde Hofmann

ein ganz guter ausführender Beamter sein. Er habe keine Initiative, die brauche er aber nicht, wenn ich das selbst besorge. Ich erwähnte, daß man von einer Teilung des Statthalters in Zivil- und Militärstatthalter rede. Das, sagte der Fürst, sei nicht zulässig. Es gebe nur einen Statthalter. Dann fragte er: „Wie faßt die Fürstin die Sache auf?“ Ich sagte: „Sie ist einverstanden, wenn es ihr auch schwer ankommt, jetzt etwas Neues anzufangen; auch wünscht sie nicht im Sommer nach Paris gehen zu müssen, um dort Abschiedsbesuche machen zu müssen und zu packen. Je später ich also gehe, desto lieber ist es ihr.“ Dagegen hatte der Kanzler nichts, nur sagte er, er fürchte, daß die Militärs den Kaiser wieder abzubringen suchen würden. Deshalb müsse man die Ernennung nicht zu weit hinausschieben. Ich sagte, ich würde jetzt nach Gastein gehen und konstatieren, daß ich annehme, um den Kaiser zu binden. Auch würde ich dem Fürsten ein Memoire übergeben, in welchem ich die Annahme ausspreche, aber gewisse Punkte berühre, so die des Gehalts. Der Fürst mußte nichts davon und zweifelte, daß der Statthalter kein pensionsberechtigtes Gehalt habe, sondern nur Repräsentationskosten, erklärte sich aber damit einverstanden, daß mir eine Pension zugesichert werden müsse. Er sagte dann zu Rankau: „Wir müssen das Reichsjustizamt darüber konsultieren.“ Ich fragte dann, was ich in Paris sagen solle. Er antwortete, ich möge nur ruhig die Wahrheit sagen und die Sache als definitiv beschlossen bezeichnen. Ueberall trat die Befürchtung hervor, die Sache könne durch Intrigen wieder rückgängig gemacht werden. Daß der Kaiser die Sache hinausziehen will, um den Manteuffelschen Kindern das Sterbequartal zu bewilligen, bezeichnet der Fürst als einen Irrtum des Kaisers. Das sei gar nicht nötig, deshalb mit der Ernennung zu warten. Die Erben würden das Sterbequartal doch bekommen, ob ein neuer Statthalter ernannt sei oder nicht. Ich sprach dann beiläufig von der Uniform, sagte, daß der Kronprinz nicht gegen die Verleihung einer Militäruniform sei, der Fürst meinte aber, die Botschafteruniform genüge. Ich werde nun sehen, was der Kaiser sagt. Ich fragte den Fürsten auch, ob ihm daran liege, den Posten in Paris bald durch jemand anders zu besetzen, was er verneinte. Wenn er nur die Sicherheit hat, daß meine Ernennung nicht hintertrieben wird, so ist ihm alles übrige einerlei.

Barzin, 19. Juli 1885. Nachmittags.

Rankau sagt mir, daß er einen Immediatbericht an den Kaiser aufgesetzt habe, in welchem der Fürst vorschlägt, die Ernennung noch um einige Monate zu verschieben. Vor Ende September wird sie nicht erfolgen, vielleicht erst Ende Oktober.

Was die Berichte an den Kaiser betrifft, so richtet diese der Statthalter direkt. Besonders wichtige Berichte gehen in Abschrift an den Reichskanzler.

Was Paris betrifft, so möchte der Fürst Münster dahin versehen, weiß aber noch nicht, ob Münster dazu Lust haben wird. Er will Hatfeld nach London haben. Ich werde zunächst sagen, daß ich nicht weiß, wer mein Nachfolger sein wird. Ich fragte den Fürsten, ob er wolle, daß ich deshalb mit Münster rede. In diesem Falle würde ich nach London fahren. Er lehnte das ab, weil er noch warten will.

In Straßburg hatten die Herren mir geraten, einen Offizier zum Statthalter kommandieren zu lassen. Ich fand das ganz gut und sprach deshalb mit dem Fürsten. Hier bemerkte ich aber, daß er keine Lust dazu bezeugte, und entdeckte bald den Grund. Er selbst hat schon oft den Wunsch ausgesprochen, einen Offizier zu sich kommandiert zu haben. Das wurde ihm aber vom Militärkabinett stets verweigert. Wenn ich das jetzt durchsetzte, würde ich nur die Eifersucht des Fürsten erregen, was die Sache nicht wert ist, da ich ebensogut einen Privatsekretär aus den Mitteln des Dispositionsfonds anstellen kann, der mir als Hofmarschall dienen kann. Wenn ich einen abgehausten Kavallerieoffizier dazu nehme, so tut er dieselben Dienste, und ich vermeide es, Bismarck zu ärgern.

Gastein, 25. Juli 1885.

Gestern fuhr ich mit Marie von Nussee nach Gastein. Wir kamen spät an und stiegen in der Villa Meran ab. Heute meldete ich mich durch Lehndorff bei dem Kaiser, der mich auf 12 Uhr bestellte und zum Diner um 4 Uhr einladen ließ.

Ich kam um 12 Uhr zu dem Kaiser. Er empfing mich stehend und sehr kräftig aussehend. Er sagte, es tue ihm leid, daß er mir diese Last auflegen und mich von Paris wegnehmen müsse, allein er habe nicht anders gekonnt, „denn es war eben niemand anders als Sie, dem ich die Stelle übertragen konnte“. Ich dankte wiederholt für das Vertrauen. Dann sagte der Kaiser: „Vor der Fürstin darf ich mich gar nicht mehr zeigen, die wird mir das sehr übelgenommen haben.“ Darauf setzten wir uns, und nun sprach der Kaiser von Manteuffel, von dessen guten Eigenschaften, von den Elsaß-Lothringern und von der Schwierigkeit, aus ihnen Deutsche zu machen. Er erinnerte, daß es in der Rheinprovinz noch im Jahre 1839, als er von seinem Vater hingeschickt wurde, um die Truppen zu inspizieren, ähnlich gewesen sei. Erst nachdem die Rheinländer mit den andern preussischen Truppen vor dem Feinde gestanden hätten, von 1849 an, seien sie ganze Preußen geworden. Er hofft, daß das bei den Elßässern auch der Fall sein werde. Einen Herrn Schlum-

berger rühmte er als einen der neuen Ordnung der Dinge ergebenen Mann. Born von Bulach und sein Sohn seien ganz umgeschlagen und machten jetzt Opposition. Er sprach dann noch von Heubuck und von der Abtrennung des Korpskommandos von der Statthalterschaft und bezeichnete diese Trennung als eine Notwendigkeit. Ueber die einzelnen geschäftlichen Fragen, die Zeit des Amtsantritts, die Pension, die Berichterstattung u. a. konnte ich nicht viel von ihm herausbringen. Das muß ich mit Wilmowski besprechen.

Gastein, 26. Juli 1885.

Heute hatte ich eine lange Konferenz mit Wilmowski, der die ganze elsaß-lothringische Sache bearbeitet und genau Bescheid weiß. Ueber die Persönlichkeiten der dortigen Beamten sagte er folgendes: Hofmann sei ein braver, aber schwacher Mann, und es sei nötig, dafür zu sorgen, daß er nicht ganz unter den Pantoffel von Puttkamer und Mayr käme. Initiative habe er nicht, er tue, was ihm gesagt werde. Von Puttkamer sagte er, er glaube nicht, daß dieser den Posten des Staatssekretärs ambitioniere. Mayr hält er für gefährlich wegen des Einflusses, den er zu gewinnen suchen werde. Es wird jedenfalls gut sein, alles durch Hofmann gehen zu lassen, auch die Einrichtung des Palais. Ueber die Verwaltung von Manteuffel sagt Wilmowski, dieser habe in der Tat viel zu sehr selbständig eingegriffen und zugunsten der Notabeln Anordnungen der Behörden umgeworfen, daher die Verstimmung unter den deutschen Beamten. Von den Notabeln empfiehlt er Schlumberger und Klein. Born von Bulach und sein Sohn sind von der Kaiserin protegiert, aber französisch gesinnt.

Was den Antritt des Amts betrifft, so will der Kaiser nicht, daß die Ernennung vor dem 1. Oktober erfolge. Ich könne deshalb doch meine Anordnungen für die Einrichtung des Palais treffen. Dann rät er, wenn die Ernennung herauskommt, Urlaub zu verlangen, von Paris wegzugehen und Ende Oktober zur Ueberreichung des Abberufungsschreibens nach Paris zu reisen und von da nach Straßburg zur Uebernahme der Geschäfte.

Was den Urlaub betrifft, so bedarf es keiner kaiserlichen Genehmigung für Reisen in Elsaß-Lothringen. Wenn ich aber auch nur auf acht Tage außerhalb des Landes gehe, rät er mir die Form zu wählen, dem Kaiser anzuzeigen, daß ich weggehe und daß ich seine Genehmigung voraussetze. Bei längerer Abwesenheit auf Wochen ist die Genehmigung des Kaisers nötig. Wilmowski rät, mit Hofmann zu sprechen, welche etwaigen weiteren Befugnisse noch zu verlangen seien, und dies nicht auf später zu verschieben, denn jetzt ginge es in einem Aufwaschen. Bezüglich der Uniform will er sich nicht aussprechen.

Paris, 7. August 1885.

Wenn ich alle Symptome in Betracht ziehe, so hat sich schon seit Jahr und Tag eine Intrige gegen mein ferneres Verbleiben angesponnen. Es wirkten dabei eine Menge Elemente mit, die gegenseitig vielleicht nichts miteinander zu tun hatten, die aber den gleichen Zweck verfolgten. Wenn jemand elf Jahre einen Botschafterposten wie den von Paris innegehabt hat, so ist er der point de mire vieler Begehrlichkeiten und vielen Neides. Die jüngere Generation, Leute der Karriere, die vor elf Jahren fünfundzwanzig Jahre alt waren, nähern sich jetzt den Vierzigern und fangen an, ungeduldig zu werden. Man kann sich in einer Stellung wie der meinigen nicht mit allen Menschen und allen Untergebenen gut stehen und macht sich, man will oder nicht, Feinde. Dazu kommt, daß Bleichröder, Henckel u. a. die Presse gegen mich benutzt haben und wieder gegen mich benutzen würden. Hier war ich den Rothschilds und den Orleans unbequem. Wenn ich refüsiert hätte, so würde man wohl genötigt gewesen sein, mich hier zu lassen. Das würde aber den Reichskanzler, der bis jetzt jenen Intrigen fernstand, gegen mich verstimmt haben, und dadurch wäre der Boden für wirksame Intrigen vorbereitet worden. Erlanger, mit dem ich heute über manches sprach, ohne ihm alles zu sagen, teilt meine Befürchtungen und findet, daß ich sehr wohl getan hätte, diese Art des Rückzugs zu wählen, statt abzuwarten, daß man mich fortschicke. Er weiß vieles, was er mir nicht sagt, und hat seine guten Gründe gehabt, als er mir von Herzen Glück wünschte.

## Aus einem Briefe an die Prinzessin Amalie.

Paris, 18. August 1885.

... Du fragst mich, wie mir zumute sei. Ich bin nicht geblendet von dem Glanz der Stellung und gehe ungern von hier weg, wo ich eingelebt bin und viele Freunde habe. Zudem sind mir die Franzosen stets sympathisch gewesen! Außerdem glaube ich hier nützlich gewirkt zu haben. Es ist ein eigentümliches Geschick, daß ich während meines ganzen Lebens Stellungen nur so lange behalte, bis ich die ersten Schwierigkeiten überwunden und mich eingelebt habe und mich wohl fühle. Dann kommt die unerbittliche Hand der Vorsehung und reißt mich weg, und es ist mir, als höre ich eine Stimme, die mir sagt: Es geht dir alles zu leicht und bequem, deine angeborene Faulheit wird die Oberhand gewinnen, also fort, an etwas Neues! Dann muß ich wieder Ungewohntes, Peinliches, Unbekanntes anpacken und muß meine ganze Kraft daransetzen. Das ist nun für mein Seelenheil sehr nützlich, angenehm ist es nicht.

König Ludwig von Bayern an den Fürsten Hohenlohe.

Elmau, 24. August 1885.

Mein lieber Fürst Hohenlohe! Mit Vergnügen habe ich Ihr Schreiben vom 17. d. M., in welchem Sie mir Ihre von Seiner Majestät dem Kaiser beabsichtigte Ernennung zum Statthalter von Elsaß-Lothringen zur Anzeige brachten, erhalten und unterlasse nicht, Ihnen mein volles Einverständnis mit dieser Aenderung Ihrer Stellung im Reichsdienste zu erkennen zu geben. Indem ich Ihnen zugleich meine besten Glückwünsche zu dem von Seiner Majestät dem Kaiser in Sie gesetzten Vertrauen, das Sie auf einen so wichtigen und verantwortungsvollen Posten beruft, ausspreche, bietet mir Ihre erprobte Einsicht sichere Gewähr dafür, daß Sie, mein lieber Fürst, auch in dem neuen schwierigen Amte, für welches Sie außersehen sind, hervorragend erspriessliche Dienste leisten werden.

Mit dem Ausdrucke dieser Hoffnung verbinde ich gern die Versicherung der besonderen Wertschätzung, womit ich bin

Ihr wohlgewogener König

Ludwig.

An die Prinzessin Elise.

Straßburg, 4. September 1885.

... Ich glaube, wir unterscheiden uns in unsern Anschauungen darin, daß Du keine Religion anerkennt, die nicht auf das Wort der Schrift gegründet ist und daß ich mein religiöses Bewußtsein ohne diese Grundlage zu bewahren suche. Wie soll ich es auch anders machen? Ihr Protestanten haltet Glauben und Ueberzeugung für eins, für identisch. Wir Katholiken betrachten das Dogma als etwas außer uns Stehendes, das wir nicht angreifen, von dessen Wahrheit wir aber nicht im innersten Herzen überzeugt sind. Ja, wenn ich den Glauben der Kreuzfahrer hätte und überzeugt wäre, daß in der Monstranz auf dem Altar Christus ist, so käme ich nicht mehr aus der Kirche heraus, sondern läge den ganzen Tag vor dem Allerheiligsten auf den Knien und würde Mönch der strengsten Observanz. Solche Gläubige gibt es aber heutzutage gar nicht mehr. Ebenso fehlt mir die Anbetung des „Wortes Gottes“. Wenn Du mir Stellen der Heiligen Schrift zitierst, so kann ich mich daran erfreuen. Aber bei alledem überkommt mich der unheimliche Gedanke, daß denn doch die Evangelien erst hebräisch gesprochen, dann griechisch niedergeschrieben, dann ins Lateinische oder Deutsche übersetzt worden sind und daß doch ursprünglich manches anders gelautet haben könnte. In meinem Innern, in einem gewissen dunkeln Gefühl glaube und hoffe ich. Daneben geht aber die Vernunft, und bald hat diese, bald hat jenes die Oberhand. Ich wäre bereit, mich befehren zu lassen. Ich beneide diejenigen, die deinen

Glauben haben, aber ich kann mir ihn nicht schaffen, und das große Rätsel des Daseins: Woher kommen, wohin gehen wir? bleibt für mich eine ungelöste Frage.

### Journal.

Paris, 8. Oktober 1885.

Heute übergab ich Herrn Grévy mein Abberufungsschreiben. Es war keine feierliche Audienz, sondern ein Besuch im Ueberrock. Was wir uns zu sagen hatten, sagten wir uns im Laufe der Unterredung ohne oratorischen Anlauf. Ich sprach von dem Wunsche des Kaisers, die guten Beziehungen zu Frankreich zu erhalten. Er dankte. Ich dankte dann für sein Vertrauen und die Aufnahme, die ich hier gefunden, und sprach mein Bedauern aus, daß ich nun abgehen müsse. Er empfahl mir „nos anciens compatriotes“. Ich besuchte dann Frau Grévy, wo wieder einige Phrasen gewechselt wurden. Es war mir so wehmütig zumut, daß mich das alte Ehepaar rührte und General Pittié's süße Haltung Eindruck auf mein Gemüt machte.

---

## Siebentes Buch

# Straßburg

1885 bis 1894

Fürst Hohenlohe verließ Paris am 11. Oktober 1885 Abends und begab sich zunächst nach Baden, wo er die Leitung der Geschäfte des Statthalters übernahm und die Vorträge des Staatsministers von Hofmann entgegennahm. Nach einem Aufenthalt in Aussen traf er am 5. November 1885 in Straßburg selbst ein. Am 6. November begrüßte ihn die Studentenschaft durch eine feierliche Auffahrt. Bei dem Kommerz, welcher am Abend dieses Tags stattfand, erwiderte der Fürst auf die Festrede:

Meine Herren! Als ich heute für die in Gestalt einer feierlichen Auffahrt mir erwiesene Ehrenbezeugung der Studentenschaft meinen Dank aussprach, da konnte ich denselben nur an eine beschränkte Zahl Ihrer Kommilitonen richten. Jetzt, wo mir das Glück zuteil wird, die gesamte Studentenschaft Straßburgs um mich versammelt zu sehen, wiederhole ich diesen Dank auf das herzlichste. Ich gestehe, daß mich Ihre ehrende Rundgebung überrascht hat; ist es mir doch noch nicht vergönnt gewesen, mir Verdienste um diese Universität zu erwerben. Aus den Worten aber, welche Ihr Redner eben in Ihrem Auftrage an mich gerichtet hat, darf ich entnehmen, daß Ihre Rundgebung nicht allein dem neu einziehenden Statthalter gilt, sondern auch dem politischen Arbeiter, der an den großen Ereignissen unsers Vaterlandes in den letzten zwanzig Jahren tätigen Anteil genommen hat. Und darin liegt für mich das Bedeutungsvolle Ihrer Ehrenbezeugung. Denn, meine Herren, ich schätze das Urteil der Jugend, zumal der akademischen, sehr hoch. Die Jugend urteilt mit dem Maßstabe des Idealen, und sie urteilt freier, unbefangener und schärfer als das gereifte Alter, das ja oft durch Rücksichten beschränkt wird. Ich will nun damit nicht sagen, daß Sie das Urteil des gereiften Alters gering achten sollen; das liegt mir ferne. Ich weiß das Urteil erfahrener Männer wohl zu würdigen. Wohltuender ist mir aber der zustimmende Blick, der begeisterte Zuruf der Jugend. Beides ist mir heute zuteil geworden, und für beides danke ich Ihnen. Die Erinnerung an diesen Abend, an diese Tage wird mich begleiten in dem Berufe, den ich angetreten habe, in dem Berufe, das Wohl dieses Landes zu fördern. Sie, meine Herren, die dieses Land gastlich aufgenommen hat, deren schönste Lebenserinnerungen mit diesem Lande verknüpft bleiben werden, Sie

werden mir freudig zustimmen, wenn ich Sie auffordere, ihm ein kräftiges Hoch zu bringen. Elsaß-Lothringen, es lebe hoch!

An den Reichskanzler.

Straßburg, 8. November 1885.

Graf Herbert hat mir telegraphisch mitgeteilt, daß Eure Durchlaucht ihn beauftragt haben, bei Seiner Majestät den Antrag zu stellen, daß die Militärbehörden angewiesen würden, den üblichen Doppelposten vor dem Palais des Statthalters zu belassen. Ich erlaube mir, Eurer Durchlaucht dafür meinen ganz ergebensten Dank auszusprechen. Was mich veranlaßt hat, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, war nicht, wie Eure Durchlaucht wohl überzeugt sind, persönliche Eitelkeit. Die Sache hatte aber eine Wendung genommen, die für meine Stellung bedenklich zu werden schien. Als ich hier ankam, hörte ich von wohlunterrichteter Seite, daß das Straßburger Publikum mit großer Spannung die Entscheidung der Postenfrage erwarte und davon die Beantwortung der weiteren Frage abhängig machen wolle, ob sie in dem neuen Statthalter einen mit denselben Attributen, wie diese dem Feldmarschall zustanden, ausgestatteten Statthalter oder nur „eine Art Oberpräsident“ zu erblicken hätten. Das Militär neigte der letzteren, das Zivil der ersteren Auffassung zu. Das Räsonnement war allerdings kindisch, da die Stellung des Statthalters durch die ihm übertragenen landesherrlichen Befugnisse, nicht aber durch die Aufstellung von Doppelposten bestimmt wird. Die Frage ist aber einmal so gestellt, und es mußte erwartet werden, daß die Zivilbevölkerung, die sich für den Doppelposten interessiert, in dem definitiven Wegfall desselben eine Niederlage des Statthalters erblicken würde. Ich habe mich bemüht, dafür zu sorgen, daß dieser Streit nicht in der Presse fortgesetzt werde, und hoffe, daß es mir gelungen ist. Die Anwesenheit des kommandierenden Generals am Bahnhofe bei meiner Ankunft und die Vorstellung der Generalität und der Militärbehörden am gestrigen Tage wird auch dazu beitragen, die Gemüter zu beruhigen und ihnen den Beweis zu liefern, daß kein Antagonismus zwischen mir und dem Militär besteht. Daß aber im königlichen Militärkabinett eine gewisse kühle Stimmung mir gegenüber herrscht, konnte ich schon in Baden bemerken. Es gibt Leute, die behaupten, General von Albedyll sei verstimmt, daß nicht er, sondern ich die Stelle des Statthalters erhalten hätte. Darin mögen auch die Schwierigkeiten ihren Grund haben, die er gegen die Kommandierung von Offizieren zum Statthalter erhebt. Unterdessen habe ich mir Hauptmann von Thaden eingeladen, der aus Gefälligkeit und da er zurzeit unbeschäftigt ist, mir nützliche Dienste leistet.

Mit meinem Empfange hier kann ich sehr zufrieden sein. Es ist

wahr, daß derselbe zumeist von eingewanderten Deutschen in Szene gesetzt war. Allein auch Elsässer von Geburt haben sich an dem Fackelzug beteiligt, und die Haltung der sich fernhaltenden altelsässischen Bevölkerung war eine durchaus anständige, und kein Mißton störte die in der Tat glänzenden Kundgebungen. Ich lege denselben keinen großen politischen Wert bei; aber der Eindruck auf die gesamte Bevölkerung war ein guter.

### Journal.

Straßburg, 14. November 1885.

Die Tage gehen in einer mühevollen Eintönigkeit hin.

Morgens Vortrag von Geheimrat Jordan. Dann Frühstück, und um 3 Uhr fangen die Audienzen an. Gestern die Verwaltungsbeamten, dann die Justizbeamten; heute die Universität, eine Anzahl Gymnasiallehrer und endlich das Gewerbegericht, die Prud'hommes. Um 6½ Uhr war das große Diner für die Spitzen und die Generalität. Es war alles sehr schön hergerichtet mit Blumen und Silber und imponierte gewaltig. Die Diener waren in weißer Livree. Um 9 Uhr Ball im Zivill Kasino, wo ich die Bekanntschaft von vielen Damen machte. Der Toilettenluxus ist gering. Getanzt wurde ziemlich anständig. Ich machte unaufhörlich Cercle und finde, daß das *métier de roi* ein *fichu métier* ist.

Heute bekam ich meinen Doppelposten, was zur Beruhigung der Zivilgemüter beitragen wird, die schon anfangen sich darüber zu ärgern, daß ihr Statthalter so schlecht behandelt werde.

Meß, 17. November 1885.

Gestern Ankunft in Meß. Spitzen der Behörden am Bahnhofe. Fahrt unter einigem Hurrageschrei und Geläute der Glocken nach dem Hotel de l'Europe. Dort wurde ich von der Tochter des Wirts mit einem Bukett und einer deutschen Anrede empfangen, die sie, obgleich Französin, gelernt hatte und ganz gut vortrug. Dann Umziehen in den Frack und Fahrt in das Bezirkspräsidium, eine elegante Präfektur, wo Empfang der zahlreichen Beamten und des Bischofs stattfand. Ich hielt erst eine Ansprache, wendete mich dann an den einundachtzigjährigen Bischof, einen Legitimisten, und sagte ihm, „*que j'étais heureux de lui témoigner le respect que m'inspiraient son grand âge, sa dignité ecclésiastique et les grandes qualités qui le distinguent*“. Er war dadurch sehr angenehm berührt. Dann Vorstellung und Cercle. Nachher Fahrt auf die schöne Esplanade mit der Aussicht auf das Moseltal und Visitenfahrt. Um 6 Uhr Diner bei dem Präsidenten von Hammerstein, und um 8 Uhr kam der Fackelzug. Sehr schön. Der Platz hell erleuchtet durch die Lampions und Fackeln und bengalisches Licht, dahinter der riesige Dom. Heute den

17. früh Morgenmusik von zwei Militärkapellen. Um 11 Uhr in den Dom, wo ich von dem Dombaumeister Tornow und einigen Geistlichen herumgeführt wurde. Der Dom ist imposant, größer als der Straßburger. Von da in das städtische Museum, dann in das Hospiz St. Nicolas, ein großes Pfündnerhaus, von Schwestern von St. Vincent de Paula geleitet. In der Schule des Hospizes Gesang der Kinder, Gedichte, Uebergabe von Buletten u. s. w. Von da in das Lyzeum, wo ich alles ansehen mußte, auch zwei Unterrichtsstunden der Prima bewohnte. Um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr nach Hause und Empfang der Generalität und Regimentskommandeure. Um 5 Uhr gab ich ein Diner im Hotel: sechzig Personen, Generäle, Beamte und Gemeinderat. Sehr gut serviert. Ich brachte zuerst die Gesundheit des Kaisers aus, was um so mehr Beifall fand, als Manteuffel aus Schonung für die Franzosen dies stets unterlassen hatte. Dann hielt ich meine Rede und glaube gut gesprochen zu haben. Wenigstens war großer Beifall mein Lohn. Gegen Ende des Diners kam ein Gemeinderatsmitglied auf den Platz mir gegenüber und hielt eine freundliche französische Ansprache. Ich antwortete französisch und schloß mit einem Hoch auf den Conseil municipal. Nach dem Diner wurde mir allerseits viel Schmeichelhaftes gesagt. Die Beamten waren alle sehr stolz auf ihren neuen Statthalter und die französischen Gemeinderatsmitglieder angetrunken und gerührt. Dann ging es ins Theater, das schon von außen festlich beleuchtet war. Ich wurde vom Theaterkomitee empfangen, in den schönen Foyer geführt und betrat unter Tusch des Orchesters die Mittelloge. Alles erhob sich, und ich grüßte mich verneigend nach allen Seiten und nahm dann auf einem Fauteuil in der Mitte Platz, wo ich der Gegenstand der allgemeinen Betrachtung war. Die Oper „Lohengrin“ wurde ganz anständig gegeben, ich blieb zwei Akte und ging dann nach Hause.

Morgens Fahrt auf das Fort St. Quentin und mittags Rückfahrt nach Straßburg. Ich bin froh, daß alles so gut abgelaufen ist. Ich fange an, mich an das Souveränspielen zu gewöhnen, wenn es mir auch ein etwas mühsames Handwerk zu sein scheint.

### Kaiser Wilhelm an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 22. November 1885.

Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihren Brief vom 19. d. M. Mit Freude und Vergnügen habe ich ersehen, daß Ihr Eindruck über den Empfang, der Ihnen geworden ist, ein sehr erwünschter gewesen ist und Ihnen Zuversicht für Ihre Stellung gibt. Aber auch ich kann nur meine Anerkennung aussprechen über Ihre Empfangsantworten, über ihre

Kürze und doch inhaltvollen Worte. Ihr Vorgänger hatte auch inhaltsvoll und richtig gesprochen, aber nicht durch Kürze die Zuhörer vermöhnt.  
Ihr treuergebener

Wilhelm.

Telegramm Kaiser Wilhelms vom 27. November 1885.

Die ebenso unerwartete als traurige Mission, mit der ich Sie betraut habe,<sup>1)</sup> gibt mir Veranlassung [Sie zu bitten], der Königin-Regentin und überhaupt, wo Sie Gelegenheit haben werden, es auszusprechen, wie erschüttert ich von dem Hintritt des Königs von Spanien bin, mit dem ich seit unsrer Bekanntschaft in Homburg wahre Freundschaft geschlossen hatte und bei seiner Liebenswürdigkeit den jungen Mann über die Jahre gereift, klar über seine schwere Aufgabe und Energie erkannte, die eine lange Regierung verheißen hätte.

Journal.

Madrid, 8. Dezember 1885.

Am Abend des 27. November fand ich ein Telegramm von Bismarck, welches mir mitteilte, daß der Kaiser mich als seinen Vertreter bei den Trauerfeierlichkeiten in Madrid bezeichnet habe und daß ich gleich abreisen solle. Bald darauf erhielt ich noch ein Telegramm des Kaisers, welches mir auftrug, was ich der Königin zu sagen hätte. Ich ging sofort zu Hofmann, um mit ihm wegen meiner Vertretung zu sprechen, und packte dann meine Sachen. Den 28. früh 9 Uhr fuhr ich mit dem Orientexpresszuge ab. Um 6 Uhr in Paris empfing mich Riederlen mit der Nachricht, daß die Trauerfeierlichkeit auf den 3. verschoben sei, daß ich also vierundzwanzig Stunden in Paris warten könne, was ich gern annahm. So installierte ich mich im Hotel Meurice. Am andern Tage kam die Nachricht, daß die Trauerfeier auf den 10. verschoben sei. Ich blieb also die Woche in Paris. Sonntag Abend fuhr ich ab. Im Schlafwagen fand ich nur den rumänischen Gesandten, der ebenfalls in außerordentlicher Mission nach Madrid ging. Die Nacht verging gut, nur war es sehr warm. In Bordeaux wurde Kaffee getrunken, wobei sich mir der Rumänier vorstellte. Der Unglückliche war mit zwei Engländern und einer spanischen Dame in einem Kompartiment eingepfercht, verlor dadurch aber nicht an Würde und Gesprächigkeit. Die dicke Marquise de Vedmar mit ihrer Kammerjungfer nahm das für General Pittié bestimmte Kompartiment neben mir ein. Pittié war nicht gekommen. Als es Tag wurde,

<sup>1)</sup> Siehe das folgende Journal. König Alfons XII. von Spanien war am 5. November gestorben.

fuhren wir durch die sogenannten Landes, die sich zwischen Bordeaux und Biarritz ausdehnen. Lauter Kiefernjungholz. Man glaubt in Oberschlesien zu fahren oder bei Biala. In Biarritz war das schönste Wetter, Sommerwärme, Sonnenschein und blaues Meer. In Hendaye kam der deutsche Konsul von San Sebastian, meldete sich bei mir, besorgte mein Gepäck in Irún und fuhr bis San Sebastian mit. San Sebastian ist sehr schön gelegen. Man sieht die Vorberge der Pyrenäen, deren Ausläufer bis ans Meer reichen. Dann ging es weiter durch die Berge. An den Bahnhöfen Männer mit rasierten Gesichtern in Mäntel eingehüllt, Gendarmen in schwarzen Gamaschen auch in Mänteln und dreieckigen Hüten. Mitunter ein schöner Blick in die Berge wie im Gnnstal. In Miranda große Table d'hôte. Da es dunkel war und nichts mehr zu sehen gab, spielte ich mit dem Rumänen Pikett und legte mich dann schlafen. Um 7 Uhr stand ich auf. Um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Ankunft in Madrid, wo Solms und Gutschmidt und der Introduceur des Ambassadeurs mich empfangen. Ich habe ein gutes Quartier im Hotel de Rome.

8. Dezember 1885.

Nach der Ankunft im Hotel schrieb ich zuerst, dann legte ich mich etwas zu Bett, um mich durchzuwärmen, stand aber bald auf, um einen Spaziergang auf der Puerta del Sol und der Alcalástraße zu machen. Da es großer Feiertag ist, so war alles auf den Beinen. Ich ging in eine Kirche, wo gepredigt wurde. Die Menge war aber zu groß, um da zu bleiben. Auf der Straße sah ich mir die Männer in ihren Mänteln und die Frauen in ihren Schleiern an. Die besseren Stände tragen aber europäisches Kostüm. Um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr frühstückte ich mit Gutschmidt und meinen Herren. Nachher kam Solms und holte mich ab, um einige Visiten zu fahren bei Sagasta, dem Nunzius u. a. Nachher fuhr ich auf den „Retiro“, eine Art Bois de Boulogne oder Allée des Acacias. Am Ende ist eine prachtvolle Aussicht.

Den 9.

Gestern Abend aßen wir im Hotel. Ich hatte Solms und Gutschmidt eingeladen. Heute besuchte ich die Bildergalerie des Königlichen Museums. Jedenfalls die großartigste Gemäldegalerie der Welt. Eine Menge Murillo, Velasquez, Rubens, van Dyck, Rembrandt. Dann viele J. Breughel, Teniers, Wouwerman und Snyders. Die beiden Raffael, die ich heute gesehen, sprachen mich nicht sehr an. Morgen will ich die andern Bilder ansehen, Goya und die italienische Schule. Ueberall sind Meisterwerke. Man wird nach einiger Zeit ganz schwindlig, so viel hat man zu bewundern. Denn rasch durchzugehen, ist unmöglich, weil alles ungewöhnlich schön ist. Glücklicherweise war Gutschmidt mit uns, der uns

auf die berühmtesten Bilder aufmerksam machte. Ich nenne nur den „Karl V. zu Pferde“ von Tizian, die „Schmiede“ von Velasquez, die verschiedenen Madonnen von Murillo, „Rebekka am Brunnen“ von demselben, Porträts der Könige von Spanien, Riberas „Jakobsleiter“ u. s. w. Die Porträts des Holländer Malers Moro sind sehr schön, im Genre wie van Dyck. Heute Nachmittag fahre ich zum Minister des Auswärtigen. Wir haben helles, warmes Wetter.

Madrid, 10. Dezember 1885.

Gestern Nachmittag 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr fuhr ich mit Solms zum Minister des Aeußern Herrn Moret, um ihm die Kopie meines Schreibens zu übergeben. Wir tauschten höfliche Redensarten, und ich hatte Gelegenheit, mich dem Minister gegenüber im Sinne des kaiserlichen Telegramms auszusprechen. Der Minister sagte, es sei ein großes Unglück für Spanien, aber was ihn tröste und ihm Hoffnung für die Zukunft gebe, seien die Eigenschaften der Königin, die sich ihrer neuen Aufgabe mit großer Charakterstärke angenommen habe. Nach einer Spazierfahrt auf dem Prado aß ich bei Solms mit den Herren der Gesandtschaft und den meinigen sowie mit Vega de Armijo und Dubsky. Ersterer erzählte viel von den Reisen des Königs nach Deutschland und von den Szenen in Paris. Nachdem er weg war, sprachen wir über die spanischen Zustände. Es scheint, daß hier alles darauf ankommt, die etwa hunderttausend Spanier der gebildeten Stände zu befriedigen, ihnen Stellen zu verschaffen und sie Geld gewinnen zu lassen. Das Volk scheint indifferent. Beweis, daß die gegenwärtige Regierung alle Wahlen in der Hand hat und selbst dafür sorgt, daß auch eine gewisse Zahl von Oppositionsmitgliedern gewählt wird. Das Ganze ist ein Ausbeutungssystem der greulichsten Art, eine Karikatur des Konstitutionalismus, Phrasen und Diebstahl. Heute brachte ich den Vormittag in der Bildergalerie zu und sah mir erst die berühmten Bilder von Raffael, die „Perle“, den „Kardinal“ und mehrere andre an. Nachher gingen wir in das Akademiegebäude, wo zwei merkwürdige Bilder von Murillo („Der Traum“) hängen. Das eine besonders macht einen ergreifenden Eindruck.

Um 3 Uhr kam der Introduceur des Ambassadeurs Zarco del Valle und holte mich ab. Wir bestiegen einen sechsspännigen Wagen aus der Zeit Ludwigs XVI., ich mit dem Introduceur, Ranitz und Schlippenbach<sup>1)</sup> einen andern. Neben meinem Wagen ritten der Stallmeister des Königs und ein Oberst der Guiden. Läufer gingen neben dem Wagen und den Pferden. Kavallerie begleitete uns. Im Hofe des Schlosses war

<sup>1)</sup> Hofmarschall Graf Ranitz und Kammerjunker Graf Schlippenbach waren dem Fürsten für die Mission nach Madrid beigegeben.

die Wache aufgestellt, die das Gewehr präsentierte. Die Musik spielte den Königsmarsch. An der Treppe empfingen mich sechs Kammerherren, die mich hinaufgeleiteten. Die ganze Treppe war von Hellebardieren besetzt. Auf dem ersten Absatz der Treppe kamen noch sechs Kammerherren hinzu. Während wir die Treppe hinaufstiegen, spielte die Musik die „Brabançonne“. Oben fand ich den Minister des Aeußern und den Hofstaat vom Dienst. Die Königin empfing der Trauer wegen nicht im Thronsaal, sondern in einem kleinen Salon, wohin mich der Minister führte. Die Königin stand am Fenster und wartete auf meine Anrede, die ich französisch hielt und in der ich die Teilnahme des Kaisers an dem Tode des Königs übermittelte, seine Aeußerungen über die Persönlichkeit des Verstorbenen hervorhob und versicherte, daß der Kaiser die Sympathie, die er für den König gehabt, auch auf die Königin-Regentin übertragen werde. Die Königin dankte französisch und bat mich, Seiner Majestät zu sagen, wie gerührt und dankbar sie für alle die vielen Beweise der Teilnahme sei, die sie von Seiner Majestät und der kaiserlichen Familie empfangen habe. Dann sagte sie deutsch: „Ich glaube, wir kennen uns schon lange,“ was ich bejahte, indem ich an ihren Aufenthalt in Aussen erinnerte. Sie erzählte dann von der Krankheit des Königs, und ich war erstaunt zu hören, daß die Königin als Todesursache nicht LungenSchwindsucht, sondern Anämie und allgemeine Schwäche angab. Sie meinte, der König sei nicht mehr stark genug gewesen, um den Schleim auszuwerfen, und dadurch sei Lungenlähmung eingetreten. Andre sagten, die Lungen seien beide vollkommen zerstört gewesen. Da aber keine Sektion stattgefunden hat, so ist darüber nichts Bestimmtes zu erfahren. Nach den Nachrichten, die Graf Solms hat, ist es galoppierende Schwindsucht gewesen. Die Königin sprach dann noch von andern Dingen, erkundigte sich nach meiner Familie und entließ mich, worauf ich ihr noch Graf Kanitz und Graf Schlippenbach vorstellte. Die Königin macht einen sehr guten Eindruck. Sie sieht traurig, resigniert, aber entschlossen aus, und als ich ihr sagte, daß man hier mit ihrer Haltung und der Art, wie sie die Geschäfte leite, sehr zufrieden sei, nahm sie das als etwas Selbstverständliches hin und sagte nur: „Ich werde meine Pflicht für meine Kinder zu erfüllen wissen.“ Sie ist eine ruhige, vornehme Natur, die den Spaniern imponieren muß.

Nachdem ich die Herren und Damen des Hofes im ersten Saal begrüßt hatte, ging ich, wieder in gleicher Weise begleitet, die Treppe hinunter. Wieder spielte die Musik, die Hellebardiere präsentierten ihre Hellebarden, die Kammerherren wandelten schweigend die Treppe hinunter, und unten bestiegen wir wieder unsre Wagen und fuhren im Schritt durch die gaffende Menge nach dem Hotel de Rome zurück.

Um 6 $\frac{1}{2}$  Uhr hatte ich Audienz bei den Erzherzögen und dem Prinzen und der Prinzessin<sup>1)</sup> Ludwig Ferdinand. Ich hatte Mühe, mich in dem Palais zurechtzufinden, kam aber doch zuerst zu den Erzherzögen und um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr zu den bayrischen Herrschaften. Daß die Erzherzöge nicht sehr niedergebeugt waren, hatte ich schon unterwegs von Straßburg aus, wo ich mit ihnen fuhr, bemerkt und am Ende begriffen. Daß aber auch die Schwestern<sup>2)</sup> Paz und Gulalia vergnügt sein würden, hatte ich nicht erwartet. Der Prinz Ludwig Ferdinand war natürlich wie immer. Die Prinzessin Paz<sup>3)</sup> verzog keine Miene, als ich vom König sprach, und ging dann bald auf gleichgültige Dinge über. Die Prinzessin Gulalia<sup>4)</sup> kam dann ganz vergnügt herein und sprach auch, als wenn nichts Besonderes geschehen sei. Als ich durch die Straßen von Madrid nach Hause fuhr mit diesem Eindruck und durch die vergnügte, bummelnde Menge, fiel mir Platens Gedicht ein:

„Es liegt an eines Menschen Schmerz,  
An eines Menschen Wunde nichts;  
Es lehrt an das, was Kranke quält,  
Sich ewig der Gesunde nichts.“

Nun liegt der König, der noch vor vierzehn Tagen, wenn auch nicht gesund, so doch noch lebend, teilnehmend und fetiert war, in der dunkeln Kammer im Escorial, wo er erst verwesen muß, ehe man ihn in die Königsgruft legt, und hier geht alles seinen gewöhnlichen Weg, und selbst die, die ihm am nächsten gestanden haben, denken kaum mehr an ihn.

„Und jeder glaubt ein All zu sein,  
Und jeder ist im Grunde nichts.“

11. Dezember.

Heute Vormittag Einkäufe von Fächern und andres, Nachmittags Audienz bei der Königin Isabella und dann bei der Infantin Isabella. Beide schienen noch sehr betrübt, sprachen aber dann von unserm gemeinsamen Aufenthalt in Paris. Die Königin sagte, Straßburg würde wohl sehr langweilig sein.

Um 3 Uhr fuhr ich zu Sagasta, dem Ministerpräsidenten, einem kleinen, jüdisch aussehenden, lebhaften Mann, bei dem ich einige Bischöfe fand, die sich aber bald empfahlen. Sagasta sagte, der Tod des Königs sei ein großes Unglück, er hoffe aber, daß sich die Königin-Regentin halten

1) Geborene Infantin von Spanien.

2) Des verstorbenen Königs.

3) Gemahlin des Prinzen Ludwig Ferdinand von Bayern.

4) Gemahlin des Prinzen von Orleans-Bourbon.

werde. Den etwaigen Projekten der Karlisten oder den Revolutionären gegenüber sei man entschlossen, Gewalt zu brauchen. Die Konservativen seien für die Regierung gestimmt und würden keine Schwierigkeiten machen.

12. Dezember 1885.

Heute um 10 Uhr war die große Trauerfeierlichkeit in der Kirche von San Francisco el Grande. Wir fuhren um  $1\frac{1}{2}$  10 Uhr hin, fanden unsere Plätze und wohnten diesem sehr schön angeordneten Trauergottesdienste bei. Oben vor dem Altar rechts saßen drei Kardinäle, wir Botschafter auf der linken Seite. Ich zwischen Des-Michels und Schumalow, uns gegenüber der Infant von Portugal, Herzog von Coimbra, die Erzherzöge und Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern. Ich lernte auch den Nunzius kennen, der mich fragte, wie ich mit dem Klerus in Elsaß-Lothringen zufrieden sei. Als ich ihm nur Gutes zu sagen mußte, bemerkte er, wenn es nur auch in Preußen zum Frieden kommen könnte. Ich sagte, ich zweifelte nicht an den guten Absichten Seiner Heiligkeit und ebensowenig an denen meiner Regierung; die Schwierigkeit liege aber an dem Centrum, das keinen Frieden wolle.

Was ich schon früher hier bemerkt hatte, war die Vergnügtheit der Spanier. Der Trauergottesdienst kam ihnen wie ein Fest vor, alle Minister und Würdenträger begrüßten uns mit lächelnden Mienen, schwakten und lärmten und schienen ganz zu vergessen, daß es sich um eine Totenfeier handelte. Das liegt im Charakter der Leute. Der Tod ist ihnen etwas Unheimliches, über das sie so rasch wie möglich weggehen. Dabei sind sie naiv und kindlich und fern von jeder Hypokrisie. Traurige Gesichter machen, wenn es ihnen nicht danach ums Herz ist, können sie nicht.

An den Reichskanzler.

Madrid, 12. Dezember 1885.

Eurer Durchlaucht erlaube ich mir über einige Unterredungen, die ich mit spanischen Staatsmännern hatte, im nachstehenden Bericht zu erstatten. Herr Canovas del Castillo, der mir gleich nach meiner Ankunft seinen Besuch machte, begann seine Unterredung mit der ausführlichen Darlegung der Krankheitsgeschichte des verstorbenen Königs. Er sagte, der König habe von seiner Kindheit an eine schwache Konstitution gehabt und derselben mehr zugetraut, als diese habe ertragen können. Bis zum fünf- undzwanzigsten Jahre sei dies ohne nachtheilige Folgen geblieben. Von da an aber habe er häufige Fieberanfälle gehabt, die ihn geschwächt und einen Zustand der Anämie herbeigeführt, und die besonders in den letzten zwei Jahren eine allgemeine Entkräftung zur Folge gehabt hätten, so daß das letzte Leiden nicht die nötige Widerstandskraft gefunden und mit einer

Paralyse des Herzens geendet habe. Daß sich der König durch ausschweifendes Leben ruiniert habe, wie dies hie und da behauptet worden, sei unrichtig. Ebenso bestritt Herr Canovas, daß der König an Lungenschwindsucht gestorben sei. Auf die Lage des Landes übergehend, äußerte sich Herr Canovas sehr hoffnungsvoll. Sein Rücktritt sei eine Notwendigkeit gewesen, und die konservative Mehrheit der jetzigen Kammer, die ganz unter seinem Einflusse stehe, werde der jetzigen Regierung keine Schwierigkeiten bereiten; dieselbe brauche deshalb vor einem Jahre nicht zu Neuwahlen zu schreiten und könne mit den Konservativen und den Liberalen fortregieren. Die Republikaner seien nicht zu fürchten, ebensowenig die Karlisten. Die Gefahr für die Zukunft liege nur in der langen Minderjährigkeit des künftigen Königs oder der künftigen Königin. Indessen erkennt er an, daß die Königin-Regentin sich ihrer Aufgabe vollkommen gewachsen zeige. In der gleichen Weise sprach sich Don Manuel Silvela aus, den ich von der Zeit her kenne, als er Botschafter in Paris war. Auch er erklärt, daß die Konservativen die jetzige Regierung unterstützen würden. Herr Sagasta äußerte seine Befriedigung über die Haltung des spanischen Episkopats, wodurch die Gefahr einer karlistischen Bewegung vermindert wäre. Jedenfalls sei die Regierung entschlossen, jeden revolutionären Versuch, von welcher Seite er komme, energisch zu unterdrücken. Anders äußert sich Herr Castelar, den ich zwar selbstverständlich nicht gesprochen habe, der aber dem rumänischen Gesandten Plagino versicherte, die Republik mache stetige Fortschritte in Spanien und ihr Sieg sei unzweifelhaft, wenn auch die Republikaner jede revolutionäre Bewegung zu vermeiden entschlossen seien. Die Republik werde in friedlicher Weise triumphieren, und dann würden sich die Völker der lateinischen Rasse vereinigen.

Rede bei dem Diner für den Landesausschuß am 30. Januar 1886.

Meine Herren! Fast wäre ich versucht gewesen, Sie mit „meine geehrten Kollegen“ anzureden. So groß ist die Macht der Erinnerung an eine alte Genossenschaft, daß ich, wenn ich eine Anzahl Abgeordneter um mich versammelt sehe, mich leicht der Täuschung hingabe, als gehöre ich selbst noch dazu. Was aber keine Täuschung ist, was ich als einen reellen Gewinn aus der Erfahrung meines parlamentarischen Lebens bewahre, das ist die gute Meinung, die ich im allgemeinen von Mitgliedern parlamentarischer Körperschaften habe. Weiß ich doch, was dazu gehört, wie ein gutes Teil der Arbeit eines Menschenlebens dazu gehört, das Vertrauen der Mitbürger zu erwerben und zu erhalten in dem Maße, daß sie uns die Vertretung ihrer Gesamtinteressen übertragen.

Diese gute Meinung bringe ich auch Ihnen, meine Herren des Landesausschusses, entgegen; und weil ich dies tue, weil ich Vertrauen habe zu Ihrem gesunden Sinn und zu Ihrer politischen Erfahrung, darum unterlasse ich es heute, Ihnen eine politische Rede zu halten, Ihnen ein Programm vorzutragen.

Der jüngere Baron von Bulach bemerkte neulich mit Recht, es sei eine gefährliche Sache um Versprechungen. Ja, selbst der Staatsmann, der die Macht hat, seine Versprechungen zu erfüllen, wird wohl daran tun, damit sparsam zu sein, da er nicht weiß, ob ihm die Verhältnisse erlauben werden, sein Programm durchzuführen. Wer aber, wie ich, mit Faktoren zu rechnen hat, die über und außerhalb der Sphäre seiner Einwirkung stehen, der muß doppelt vorsichtig sein. Einer Ihrer Landsleute, ein hervorragender Politiker dieses Landes, mit dem ich kürzlich über das hie und da auftretende Verlangen nach einem Regierungsprogramm sprach, sagte mir: „Was Programm! Das beste Programm ist eine gute Verwaltung.“ Ja, meine Herren, darin erblicke ich zunächst meine Aufgabe. Ich werde sie zu erfüllen trachten mit Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue und in dem Gefühl aufrichtigen Dankes für das Vertrauen, mit dem man mir in diesem Lande entgegengekommen ist . . .

### Journal.

21. Februar.

Heute bei Zorn von Bulach in Osthausen zum Diner. Hübsches altes Schloß. Freundlicher Empfang. Kopiöses Diner. Um 11 Uhr zu Hause. Der alte Zorn von Bulach sprach vom Straßburger Gemeinderat und riet dazu, die Wahlen vorzunehmen. Garantieren könne er nicht dafür, daß es gelinge, aber die Sache sei immer einen Versuch wert. Es scheint, daß allgemein der Wunsch nach dem Gemeinderat besteht. Im Ministerrat wurde gestern beschlossen, daß Hofmann vorsichtig Unterhandlungen anknüpfen solle.<sup>1)</sup>

Straßburg, 17. März 1886.

General Heuduck teilte mir gestern den Inhalt eines Schreibens des Kriegsministers mit, in welchem ihm bekanntgegeben wird, daß die

---

<sup>1)</sup> Der Gemeinderat von Straßburg war infolge eines Konfliktes mit der Regierung im Jahre 1873 suspendiert, im April 1874 aufgelöst worden. Dem Verwalter des Bürgermeisteramts Bach waren auf Grund des Gesetzes vom 24. Februar 1872 die Befugnisse des Gemeinderats übertragen worden. Bei der im Jahre 1886 bevorstehenden Erneuerung aller Gemeinderäte des Landes wurde die Frage erörtert, ob es an der Zeit sei, auch für Straßburg Neuwahlen auszusprechen und auf diese Weise die Wiederherstellung einer normalen städtischen Verwaltung zu versuchen.

Kaisermanöver wirklich in diesem Herbst in Elsaß-Lothringen stattfinden sollen. Der Kriegsminister läßt es noch dahingestellt, ob das Hauptquartier des Kaisers nach Metz oder nach Straßburg verlegt werden soll und fragt Heuduck um seine Meinung. Heuduck und Oberstleutnant Bock sind für Straßburg, weil sie sagen, daß die Unterbringung der Truppen und des kaiserlichen Gefolges, ersterer auf dem Lande, des letzteren in Metz, Schwierigkeiten haben werde. Sie erkennen aber beide an, daß die Kosten für das Manöver im Elsaß viel höher sein werden, etwa 500 000 Mark mehr. Auf die an mich gerichtete Frage, ob ich aus politischen Gründen gegen Straßburg sei, mußte ich mit Nein antworten. Ich bin überhaupt der Meinung, daß es besser gewesen wäre, mit dem Kaisermanöver zu warten, bis der Kaiserpalast fertig ist. Es ist kein heiteres Bild für den Kaiser, das angefangene Palais vor sich zu sehen, das er wohl nie beziehen wird. Ich finde auch, daß es keinen besonderen Eindruck auf die Bevölkerung machen wird, einen neunzigjährigen Greis zu Wagen den Manövern folgen zu sehen. Dazu kommt, daß man noch nicht weiß, wie die Gemeinderatswahlen ausfallen werden. Besser wäre es immer gewesen, die Sache bis zum nächsten Jahre zu verschieben und erst das Palais fertig zu machen.

Straßburg, 29. Mai 1886.

Der Superior des Priesterseminars Herr Dacheux kam heute zu mir, um mir einige von ihm verfaßte Bücher zu überreichen. Wir sprachen zuerst über die Seminaristen, welche zum Militärdienst eingezogen sind und die er freibekommen möchte. Ich riet ihm, mir eine Eingabe zu schicken, die ich besüßwortend dem Kommandeur des XI. Armeekorps, General von Schlotheim, nach Kassel schicken würde. Ich riet ihm, die Seminaristen das Examen zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst machen zu lassen, und da beklagte er sich, daß das Knabenseminar in Zillisheim schlecht organisiert sei, daß die jungen Leute schlecht vorbereitet in das Seminar kämen und daß nach seiner Meinung jeder Seminarist vor der Aufnahme das Abiturientenexamen machen sollte. Er kam dann auf den Roadjutor, über den er klagt und der ihn bisher noch nicht zum Kanonikus gemacht habe, obgleich der Superior des Seminars eigentlich immer Kanonikus sein müsse. Er sprach überhaupt ziemlich freisinnig und klagte über die niedere Stufe der Bildung, auf der der elsässische Klerus stehe. Er behauptete, für sich keinen Ehrgeiz zu haben und nichts für sich zu erstreben, am wenigsten einen Bischofsitz. Er sei degoutiert u. s. w. Im ganzen machte er mir den Eindruck, als wolle er sich mir als Vertrauten und Ratgeber in geistlichen Dingen empfehlen. Das mag ja zu benutzen sein, wenn auch mit Vorsicht.

Zabern, 5. Juni 1886.

Der erste Tag der Reise nach Zabern ist nun hinter uns. Er war ziemlich ermüdend. Wir fuhren, Thaden und Sommer<sup>1)</sup> mit mir, um 9 Uhr von Straßburg im Orientexpresszug ab und wurden in Zabern von dem Kreisdirektor Bickell, dem Bürgermeister, Oberstleutnant Messow, Präsident Munzinger und andern Würdenträgern empfangen. Nach den ersten Begrüßungen, denen die internationalen Reisenden des Orientexpress mit lebhaftem Interesse folgten, wurde ich auf den Platz vor dem Bahnhofe geführt, wo die Schuljugend aufgestellt war. Zuerst wurde ich von einem kleinen weißgekleideten Mädchen der höheren Töcherschule mit einem Bukett beschenkt und mit einem Gedicht begrüßt, das das Kind recht gut auswendig gelernt hatte. Dann begrüßte mich die Schule der Schulschwester auch mit einem Gedicht und Blumen. Dann kamen andre Schulen, wo mit den Lehrern Cercle gemacht wurde. Hierauf bestiegen wir die Wagen und fuhren durch die mit Ehrenpforten und Fahnen geschmückte Stadt nach der Kreisdirektion, wo mich Frau Bickell begrüßte. Bald darauf ging es nach der katholischen Kirche, wo der Pfarrer mir eine Rede vorlas, in der er seiner Freude über den katholischen Statthalter Ausdruck gab und an die Mitglieder meiner Familie erinnerte, welche hohe Stellungen in der Kirche einnahmen und noch einnehmen. Von Onkel Alexander<sup>2)</sup> sagte er, dieser „Wundermann“ sei würdig, heilig gesprochen zu werden, und dann sprach er von dem Kardinal, „der zur Seite Leos XIII. stehe“. Hierauf zog ich prozessionaliter in die Kirche, nahm vor dem Altar Platz und hörte dem Gesang zu. Dann zeigte mir der Pfarrer die Kirche. Von hier fuhren wir nach der katholischen Franziskanerkirche, die ganz wie die Schillingsfürster Kirche aussieht. Ich vergesse, daß ich dem Pfarrer auf seine Anrede geantwortet habe, ich danke ihm für seine freundliche Begrüßung und erkenne in seinen Worten, daß der Klerus von Elsaß-Lothringen mir mit Vertrauen entgegenkomme. Auch dankte ich für die Erwähnung meiner Familienglieder und versprach, dem Kardinal seine Worte mitzuteilen.

In der protestantischen Kirche war der Empfang einfacher. Zuletzt fuhren wir nach der Synagoge, wo der Sänger einen langen hebräischen Gesang anstimmte, worauf der Rabbiner eine Rede hielt, die ich beantwortete. Um 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr war Frühstück in der Kreisdirektion, darauf Vorstellung der Beamten, des Gemeinderats, der Kreistagsmitglieder u. a. Um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>3 Uhr kamen die Offiziere des Jägerbataillons. Nun ging es in

<sup>1)</sup> Damals Regierungsassessor im Bureau des Statthalters.

<sup>2)</sup> Prinz Alexander zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst (1794 bis 1849), Geistlicher, Weihbischof in Großwardein, berühmt durch seine Gebetsheilungen.

das Gymnasium, wo ich in der Aula durch eine Rede des Direktors begrüßt wurde, die ich mit aner kennenden Worten für den tüchtigen Direktor Pelzer beantwortete. Dann in das Spital, wo ich einige Kranke nach ihrem Befinden fragte und mit der Oberin sprach. In einem Nebengebäude waren die Waisenkinder aufgestellt. Hier wieder Bukett und Gedicht. Den Schluß der Besuche bildete das Museum, wo ich unter anderm einen interessanten Kupferstich fand, Cagliostro darstellend, der seinerzeit hier bei dem Kardinal Rohan sich aufgehalten hat. Um 5 Uhr Fahrt auf die Burgen Hohbarr und Groß-Geroldseck. Schöne Waldfahrt, aber wenig Aussicht wegen nebligen Wetters. Abends  $1\frac{1}{2}$  8 Uhr Diner in der „Sonne,“ dreiunddreißig Personen. Ich trank zuerst auf den Kaiser, dann toastete der Bürgermeister auf mich, worauf ich auf das Wohl und Gedeihen der Stadt Zabern trank. Nach dem Diner kamen der Schützenverein, der deutsche Gesangverein und andre. Erst Fackelzug, dann Vortrag von Liedern. Ich ließ die Vorstände der Vereine heraufkommen, dankte ihnen und gab ihnen Champagner zu trinken. Um  $10\frac{1}{2}$  Uhr fuhr ich wieder in die Kreisdirektion, wo ich ein sehr gutes Nachtquartier hatte.

6. Juni 1886.

Dem Programm entsprechend fuhr ich gestern früh 9 Uhr mit dem Kreisdirektor, Thaden und Sommer in die verschiedenen Ortschaften, deren Besuch der Kreisdirektor vorgeschlagen hatte. Zuerst hielten wir in einem nahe bei Zabern gelegenen Dorfe Monsweiler. Hier standen die Schulkinder aufgestellt, begleitet von ihren Lehrern und Lehrerinnen; ein Kind übergab einen Blumenstrauß und hielt eine Begrüßungsanrede. Nachdem ich mich mit den Anwesenden unterhalten hatte, fuhren wir weiter. Das nächste große Dorf, wo wir hielten, war Ernolsheim. Hier wieder Schulkinder, Gedichte, Anreden. Der Gesangverein des Orts, den der Schullehrer dirigierte, sang ganz anständig, lauter Bauernburschen. Der protestantische Pfarrer soll sehr tüchtig sein, er fiel mir durch seinen blonden Vollbart auf. Der Ort ist reich, die protestantische Bevölkerung fleißig und musterhaft. In Dossenheim dieselbe Zeremonie und Besuch der Kirche, die auf den Mauern eines alten Tempelherrnschlosses erbaut ist. Nun kamen wir nach Neuweiler, einem großen Marktflecken. Hier waren zwei Reihen Schulkinder aufgestellt, Schulschwestern, Lehrerinnen und Lehrer dazwischen. Sofort die üblichen Gedichte, von weißgekleideten Mädchen vorgetragen. Ein dickes, mit einem reichen Anzug von Spitzen oder dergleichen hielt die Anrede. Dann setzte ich mich in Bewegung, um die Kirchen zu besuchen. An der Spitze eine Blechmusik, nach dieser Schulkinder mit den Schulschwestern und Lehrerinnen, vor mir drei weißgekleidete

Mädchen, hinter mir Thaden und Sommer und der Gemeinderat, neben mir der Bürgermeister mit seiner Schärpe. So zogen wir unter Böllerschüssen nach der großen berühmten Kirche. Hier empfing mich der katholische Pfarrer mit einer sehr loyalen Rede, in der er seine und seiner Gemeinde Anhänglichkeit an den Kaiser hervorhob und meiner katholischen Voreltern sowie der geistlichen Mitglieder der Familie gedachte. Ich antwortete dankend. Die Kirche ist teilweise in romanischem Stile gebaut, eines der interessantesten Bauwerke des Elsaß. Der Pfarrer zeigte mir die Tapissereien, welche das Leben des heiligen Adelpheus darstellen und aus dem fünfzehnten Jahrhundert stammen. Sie stammen von einer Gräfin Lichtenberg, welche eine geborene Gräfin Hohenlohe war, die Leoparden waren auf jedem Stück angebracht. Dann ging es in die Franziskanerkirche und dann in die Synagoge. Von hier fuhren wir nach der ehemaligen Festung Lützelstein, ein schöner Weg durch prachtvollen Wald. In Lützelstein Diner mit den Notabeln und Beamten, dann Fahrt im Regen nach Zabern, wo wir um  $\frac{1}{2}$  7 Uhr ankamen und von wo wir um  $\frac{1}{2}$  9 Uhr in Straßburg wieder eintrafen.

Straßburg, 20. Juni 1886.

Als ich anfangs Juni auf einige Tage in München war, erhielt ich Kenntnis von den Schritten, die man tun wollte, um den König der Regierung zu entsetzen und eine Regentschaft an dessen Stelle treten zu lassen. Mit Gustav Castell sprach ich über den Plan, eine Kommission nach Hohen Schwangau zu schicken, um dem König den Beschluß mitzuteilen. Als ich von München nach Schillingsfürst fuhr, war die Kommission nach Hohen Schwangau abgegangen, und ich erfuhr in Schillingsfürst das negative Resultat. Sonntag fuhr ich nach Straßburg zurück. Montag früh, als ich im Begriff war, zum Rennen nach Weissenburg zu fahren, kam die Nachricht von dem entsetzlichen Ende des Königs und von dem Tode des Dr. Gudden. Ich konnte die Fahrt nicht aufschieben, fuhr also zu dem Feste und erhielt in Weissenburg die offizielle Bestätigung der Katastrophe. Darauf fuhr ich um  $4\frac{1}{2}$  Uhr nach Straßburg zurück und bestieg Abends 9 Uhr den Zug nach München. Dort ging ich in die auf 12 Uhr anberaumte Sitzung der Reichsräte und wurde nun in die Kommission gewählt, die beauftragt war, die Tatsachen zu prüfen und sich über die Regentschaft auszusprechen. Mittwoch Mittag fand die erste Sitzung der Kommission statt. Hier berichtete erst Minister Luz über den Hergang, sagte, daß das Ministerium erst im Frühjahr dieses Jahrs die Ueberzeugung von der Geisteskrankheit des Königs gewonnen habe, erklärte, warum man in der bekannten Weise vorgegangen sei, und las dann die Aktenstücke vor, welche über den Zustand des Königs Auskunft gaben.

Der Bericht des früheren Kabinettsrats Ziegler war ohne Bedeutung und die Details alle bekannt. Der Kabinettsrat Müller brachte einiges Neue, so den Wunsch des Königs, ein andres Land zu finden, wo er ohne Kammern regieren könne, die düstere Gemütsstimmung, den Lebensüberdruß des Königs und eine Reihe von Briefen, darunter solche, in denen er dem Kabinettsrat schwärmerische Freundschaftsversicherungen macht. Der Bericht von Hornig gab Auskunft über die Manie des Königs, Leute zur Bastille zu verurteilen, dann über die Aufträge, die er gab, durch Einbruch aus den Banken Geld zu nehmen, über Wutausbrüche des Königs, über Mißhandlungen der Diener, über die Aufträge, den Kronprinzen von Italien zu fangen, ihn einzusperren und zu peinigen, dann über die Schlaflosigkeit des Königs, seine steten Kopfschmerzen u. a.

In ähnlicher Weise deponierte auch der Kammerdiener Wilfer, der das Zeremoniell beschrieb, das die Diener beobachten mußten, die Einrichtung eines Burgverliefes, die Abneigung des Königs gegen München, den Kultus Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. Er wie der später vernommene Kammerdiener Mayer sprachen von der Unreinlichkeit des Königs und ähnlichem. Mayer erzählte, daß er ein Jahr lang nur in einer schwarzen Maske servieren durfte, weil der König, wie er sich äußerte, sein Verbrecherantlitz nicht sehen wollte. Dann kamen die Gutachten der Irrenärzte, die alle die Geistesstörung als unzweifelhaft feststehend bezeichneten. Abends wurde fortgefahren und zum Schluß noch Dr. Grasshey gehört, der einen eingehenden Vortrag in diesem Sinne hielt. Am andern Tage wurde wieder Sitzung gehalten und dann auf Freitag die letzte Sitzung anberaumt. In der sich nun entspinrenden Debatte wurde die Frage verhandelt, ob und warum es nötig gewesen sei, so und nicht anders zu verfahren, ob man nicht vorher die Abdikation hätte versuchen sollen. Frankenstein sprach sich für Annahme des Regierungsantrags aus, tadelte aber, daß man so lange gewartet habe und daß man so wie geschehen vorgegangen sei. Ortenburg sprach in demselben Sinne. Ich verteidigte die Regierung, wies darauf hin, daß man ja sehr wohl zweifeln konnte, ob der König geisteskrank sei, da ja auch Dr. Grasshey auseinandergelegt habe, wie diese Art von Irren gewissermaßen zwei Persönlichkeiten, eine verrückte und eine vernünftige, in sich vereinigen. Dann konstatierte ich, daß die angeblichen Verhandlungen des Königs mit den Prinzen von Orleans, die als Felonie hingestellt werden, nach der Lage der Akten in nichts anderm beständen als in einem Briefe eines obskuren Pariser Agenten, der seinerseits die Bedingungen wegen Neutralität gestellt habe, worauf nie eine Antwort erfolgt sei.

In bezug auf den nunmehrigen König Otto legte Brandt, der zu den Kuratoren gehört, dar, daß seine Krankheit seit einigen Jahren so

zugenommen habe, daß er nicht mehr ordentlich sprechen könne, wie denn überhaupt über seinen Zustand kein Zweifel geäußert wurde. Dann sprach noch der Referent, man kam über die Art des Vortrags in der öffentlichen Sitzung überein, und nachdem alle Mitglieder der Kommission sich für den Antrag der Regierung erklärt hatten, war die Sitzung zu Ende.

Am Sonnabend dem 19. war die Leichenfeier. Ich wurde durch Castell veranlaßt, in das Zimmer der Prinzen zu gehen, wo ich Gelegenheit hatte, mich den höchsten Herrschaften vorstellen zu lassen, so dem österreichischen Kronprinzen, dem Prinzen Georg von Sachsen u. a. Auch der Großherzog von Baden war da und viele andre Fürstlichkeiten. Im Zuge ging ich als Kronbeamter mit Dettingen. Das Wetter war glücklicherweise während des Zugs sehr schön. Nachher kam ein Gewitter. Um 12 Uhr 20 fuhr ich mit dem Orientexpresszuge wieder nach Straßburg zurück, wo ich um 9 Uhr pünktlich eintraf. Nachträglich füge ich noch bei, daß sich bei der Sektion des Königs herausgestellt hat, daß sein Gehirn degeneriert war, während sein Körper sich im übrigen vollkommen gesund zeigte.

Die Aufregung in München war groß, und allerlei abenteuerliche Gerüchte durchschwirrten die Stadt. Man sprach davon, daß der König umgebracht worden sei u. s. w. Das wird sich legen, wenn die Dinge, die uns mitgeteilt worden sind, bekannt werden. Im allgemeinen machte sich das Gefühl geltend, daß es gut sei, daß diese Regierung ihr Ende erreicht habe.

Ems, 27. Juni 1886.

Heute Spaziergang an der Quelle mit Lippe und Reischach, Lehndorff und andern. Um 9 Uhr ließ mich der Kaiser rufen, mit dem ich einen Spaziergang machte, wobei wir uns von gleichgültigen Dingen unterhielten, nachdem der Kaiser anfangs über den Tod des Königs gesprochen hatte. Dann ging ich nach Hause und wartete, da mir der Kaiser gesagt hatte, ich solle noch einmal zu ihm kommen. Der Fourier holte mich denn auch um 11 Uhr ab. Ich blieb sehr lange beim Kaiser, sprach aber nur wenig von Geschäften und nur das Notwendigste, um ihn nicht zu ermüden. Doch erwähnte ich die Ernennung zum Staatsrat für Bulach, womit er einverstanden schien, die Wohnung der Kaiserin auf der Mairie und verschiedenes aus Straßburg.

Um 4 Uhr war Diner beim Kaiser. Ich saß rechts von ihm, links Voë. Keller und Königsmarck waren auch da. Ich sprach mit Berponcher über die Straßburger Wohnungsfrage. Daß die Kaiserin nicht im Stathaltergebäude wohnen soll, geniert den Hofstaat wegen der Verpflegung. Ich sagte, es sei nicht so schwer zu machen. Der Kaiser und die Kaiserin hätten nichts dagegen, und letztere habe mir gesagt: „Auf Wiedersehen in der Mairie!“ Nach dem Diner ging ich zur Fürstin Olympe Variatinsky,

die mir eine Karte geschickt hatte, fand sie aber nicht zu Hause. Der Kaiser hatte mich aufgefordert, ins Theater zu kommen, schickte mir aber dann Lehdorff, um mir zu sagen, er habe die Landestraser vergessen und dispensiere mich davon. Der Kaiser ist immer voll Aufmerksamkeit.

Straßburg, 13. August 1886.

Es wird mir von Berlin geschrieben, daß unter den Militärs in Elsaß-Lothringen Aufregung bestehe über die militärische Unsicherheit, die in den ganzen Reichslanden herrschen soll. Man dränge in den General Heuduck, die Sache bei den höheren (vermutlich militärischen) Instanzen anhängig zu machen. Mein Korrespondent hat während einiger Wochen Erkundigungen einziehen lassen und mir ein Resümee als dessen Ergebnis zugesandt. Ob man über Schritte bei den höchsten Instanzen schlüssig geworden ist, konnte mein Korrespondent nicht erfahren. Ich erhielt diese Mitteilungen in Aufsee. Was die Frage der Ausweisung der französischen Reserveoffiziere betrifft, so könnte eine solche Maßregel nicht ergriffen werden, ohne daß man vorher die Ansicht des Reichskanzlers einholt. Denn sie würde unbedingt zu Repressalien gegen die in Frankreich wohnenden deutschen Reserveoffiziere führen. Was die Feuerwehren betrifft, so wird eine Reorganisation nicht umgangen werden können. Die Frage der Fremdenpolizei ist besonders jetzt, wo die Ankunft des Kaisers bevorsteht, genau zu prüfen, und Nachlässigkeiten in der Ausführung sind leicht zu korrigieren.

Um meinerseits in der Sache klar zu sehen und etwaigen Beschwerden der Militärs jeden Augenblick die Spitze abbrechen zu können, wird es nötig sein, daß keine Ausweisung rückgängig gemacht wird, ohne daß mir in jedem einzelnen Fall Vortrag erstattet ist und daß zunächst die Ausweisungen, welche die Unterbehörden verfügen, ohne Ausnahme in Kraft treten.

Straßburg, 10. September 1886.

Der Tag ist gut vorübergegangen. Um 12 Uhr war ich mit Thaden auf dem Bahnhofe, empfing den König von Sachsen und fuhr dann wieder zurück. Um 1/23 Uhr fuhren wir, Marie und Elisabeth im Landauer, ich mit Thaden, zur Bahn. Zahlreiche Hofgesellschaft, Großherzoge, Fürsten, Generale. Als der Zug ankam, ging ich mit Heuduck dem Kaiser entgegen. Er gab mir die Hand, nahm dann von Heuduck den Rapport, und dann ging ich hinüber nach der andern Seite, um die Kaiserin zu begrüßen. Hierauf fuhren wir direkt nach Hause, um den Kaiser zu erwarten. Die Stadt war reich geschmückt. Als der Kaiser kam, stand ich mit dem Großherzog und den Generalen vor der Tür des Palais, Marie und Elisabeth oben am Eingang. Der Kaiser begrüßte erst diese und

ging dann die Ehrenwache ab. Dann begrüßte er den König von Sachsen und den Prinzen Karl von Schweden, die im Salon warteten. Hierauf empfahlen sich diese, und der Kaiser erwiderte sofort den Besuch. Ich wartete, bis er zurückkam, und führte ihn dann in die für ihn bestimmten Zimmer im ersten Stock. Um 5 Uhr war großes Diner im Statthalterpalais. Abends Tee und Zapfenstreich. Man teilte mir mit, daß ich auf die Parade mit Gräfin Hache und Marie fahren sollte, und zwar in kleiner Uniform, d. h. im blauen Frack. Ich hätte also auf dem Rücksitze des Wagens gesessen. Das hätte meinem Prestige geschadet. Ich bat daher den Kaiser, daß ich in meinem Wagen und in Uniform fahren dürfe, was er auch zugab.

Heute, den 11., war die Parade. Ich fuhr hinter dem Kaiser, der mit Radziwill fuhr. Marie und Elisabeth mit Gräfin Hache und den Hofdamen. Vom Palais bis zum Polygon standen dichtgedrängte Massen, die Hurra riefen und Tücher schwenkten. Es war ein merkwürdiger Anblick. Auf dem Exercierplatz fuhren wir zuerst die Front der aufgestellten Truppen ab, stellten uns dann vor der Tribüne auf und sahen den Vorbeimarsch der Truppen, der imposant war. Ich glaube, es waren dreißigtausend Mann beisammen. Da der Kaiser etwas ermüdet war, fand nur ein Vorbeimarsch statt. Das dauerte aber bis 1 Uhr. Glücklicherweise war der Himmel fast die ganze Zeit bedeckt, so daß man nicht von der Sonne zu leiden hatte. Nach meiner Rückkehr machte ich noch einige Besuche. Um 5 Uhr war das große Paradediner im Kasino. Der Kaiser nahm nicht teil. Der Kronprinz hielt die Rede auf das Armeekorps. Um  $\frac{1}{2}7$  Uhr war das Diner zu Ende. Um  $\frac{1}{2}8$  Uhr Theater für das Militär, wo aber einer Konfusion wegen viele Plätze unbefetzt blieben. Um  $\frac{1}{2}9$  Uhr Tee bei der Kaiserin mit den großherzoglich badischen Herrschaften, Hofmann, Loë und dem Hof der Kaiserin. Um 10 Uhr zu Hause.

12. September.

Heute früh verschiedene eilige Briefe, um den Betreffenden bekanntzugeben, daß der Kaiser den Empfang der Beamten u. s. w. nicht abhalten könne, sondern auf Dienstag verschiebe. Nachher zum Rennen. Um 5 Uhr beim Familiendiner mit Marie und Elisabeth. Abends zum Tee bei der Kaiserin, der aber nicht lange dauerte. An demselben nahmen teil außer uns der Großherzog und die Großherzogin von Baden, der Erbprinz von Weimar, Loë, Bulach, Goltz und der Hofstaat. Es war alles so matt, daß die Soiree früh beendet wurde.

Montag den 13. mit dem Kaiser und der Großherzogin um 10 Uhr mit der Bahn nach Stephansfeld. Dort bestiegen wir die Wagen, der

Kaiser mit seinen Adjutanten, Marie und ich mit der Großherzogin, Elisabeth mit Fräulein von Schönau. Wir fuhren durch verschiedene reich dekorierte Ortschaften, u. a. Brumath, kamen dann auf eine Anhöhe, von der man das Manöver übersehen konnte. Viel Gewehrfeuer, Kanonendonner, Kavallerieattacken, Staub und Gewirre. Die Hitze war erstickend. Um 1 Uhr war alles zu Ende, und wir fuhren wieder nach Brumath, wo wir die Waggonen bestiegen. Nachmittags machte ich Besuche. Um 5 $\frac{1}{2}$  Uhr war Diner von hundert Kuverten beim Kaiser. Er wohnte demselben bei, verließ aber die Tafel vor dem Ende. Abends Galatheater der Stadt. Der Prolog und die lebenden Bilder waren wenig geistreich. Im Zwischenakt versammelte man sich im Foyer, wo auch die Kaiserin erschien und sich einige Leute vorstellen ließ. Der Kronprinz wurde von vielen Damen umlagert. Die Kaiserin ging bald weg. Ich blieb noch, bis der Kronprinz ging.

Am 14. um 11 Uhr mit dem Kaiser und der Kaiserin in den Münster. Ich fuhr mit dem Kaiser. Der Bischof und das Domkapitel empfangen den Kaiser. Der Bischof redete den Kaiser an, der ihm antwortete. Dann ging man, den Dom zu besuchen. Der gute Stumpf hatte eine Blechmusik im Seitenschiff aufgestellt, die uns mit einer Höllenmusik begrüßte, so daß man kein Wort sprechen konnte. Ich bat den neben mir stehenden Domherrn Straub, die Kerls zum Schweigen zu bringen, was dieser auch tat. Die Promenade im Dom dauerte eine Viertelstunde. Um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr war der Empfang der Behörden, des Staatsrats, des Landesauschusses und des Gemeinderats. Ich stellte die Herren dem Kaiser, Hofmann der Kaiserin vor. Um 1 Uhr kamen die Bauernaufzüge, die sehr hübsch waren. Wir standen im Garten an der Balustrade. Der Kaiser amüsierte sich sehr über die im ganzen sehr gelungene Auffahrt. Nachher kamen die Bürgermeister und eine Anzahl Mädchen und Kinder in den Mittelsalon und wurden mit Champagner und Kuchen bewirtet. Einige Mädchen trugen Gedichte vor und überreichten dem Kaiser Bukette.

Um 5 $\frac{1}{2}$  Uhr großes Zivilgaladiner im Militärfasino. Ich saß der Kaiserin und dem Kronprinzen gegenüber. Der Kronprinz hielt eine für das Elsaß freundliche Rede, auf die ich antwortete und dann ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Abends Abschied von der Kaiserin, die, sehr befriedigt von allem, abreiste und mir sehr viel Freundliches sagte. Marie erhielt ihr Bild. Den Abend beschlossen wir im „Trompeter von Säckingen“.

Donnerstag, 15. September.

Der Kaiser fuhr heute nicht zum Manöver, da er zu schwach war. Ich sprach im Laufe des Vormittags mit Berponcher, der mir sagte, es

zeige sich doch mehr und mehr, daß der Kaiser die Sache nicht nach dem Programm durchmachen könne. Man müsse dieses also modifizieren. Der Kaiser dürfe keine großen Diners mitmachen, sondern müsse nur oben ein kleines Diner mit den Prinzen abhalten und könne sich dann die Herren von dem unten abzuhaltenden großen Diner holen lassen, mit denen er sprechen wolle.

Auch bat mich Perponcher, ich möge dem Kaiser raten, Metz aufzugeben und lieber im Oktober, wenn es kühl geworden sei, von Baden aus hinzufahren. Während des Tages kam ein Gewitter, und die Luft kühlte sich ab, so daß ich abends beim Diner keinen Anlaß fand, dem Kaiser den Rat zu erteilen. Nach dem Diner gingen wir in das Theater und sahen ein ziemlich dummes Lustspiel. Ich komme mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß Perponcher, Albedyll und Lehndorff die Schuld tragen, daß überhaupt die ganze Manöverreise gemacht worden ist. Nun sind sie in Angst, daß es schlecht ausgehen werde, und nun soll ich helfen.

Den 16.

Heute früh die Nachricht, daß der Kaiser in der Nacht unwohl geworden sei und an Diarrhöe gelitten habe. Infolgedessen wurde dann der Kronprinz benachrichtigt, daß er den Besuch in der Universität an der Stelle des Kaisers zu machen habe. Ich fand den Kronprinzen bei der Großherzogin von Baden und teilte ihm diese Entscheidung mit. Erst wollte er nichts davon wissen und die Zeremonie auf einen andern Tag verlegen; ich machte aber darauf aufmerksam, daß dies unmöglich sei, da man die achthundert Personen, die in die Universität geladen seien, nicht mehr abbestellen könne. Da der Kronprinz sich beklagte, er könne doch keine Rede improvisieren, bemerkte ich ihm, daß er ja schon oft Proben seines Rednertalents abgelegt habe und daß es wohl gehen werde. Dann entschloß sich der Kronprinz, dem väterlichen Befehl Folge zu leisten. Um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr fuhren wir nach der Universität, und es ging alles sehr gut, und jedermann war befriedigt.

Abends nach Tisch wurde große Beratung abgehalten, ob der Kaiser nach Metz gehen sollte. Albedyll, Perponcher, Eulenburg und der Kronprinz waren dagegen. Der Großherzog von Baden und die Großherzogin wollten, daß der Kronprinz an der Stelle des Kaisers gehe. Der Kaiser, zu dem dann die großherzoglichen Herrschaften und der Kronprinz hineingingen, entschied, daß die Reise aufzugeben sei, berührte aber die Frage der Vertretung nicht.

18. September.

Gestern früh erkundigte ich mich sofort, wie es dem Kaiser gehe, und hörte, daß er gut geschlafen hatte. Das ist bei seinem Zustande jetzt das

Wichtigste und läßt hoffen, daß die „Kaisertage“ gut vorübergehen werden. Mex ist aufgegeben, das hätte der Kaiser nicht mehr ausgehalten. Die Frage, ob der Kronprinz gehen solle, wurde bei dem Kaiser gar nicht angeregt. Ich sah ihn vorgestern Abend nicht und konnte ihn auch gestern nicht sehen. Die Meinungen sind geteilt. Albedyll, Perponcher und Lehn-dorff sind entschieden gegen die Reise des Kronprinzen. Ich selbst halte diese für recht nützlich, aber nicht für unbedingt geboten. Der Empfang könnte glänzend werden, und es scheint, daß die Herren von der Umgebung dem Kronprinzen den Erfolg nicht gönnen.

Heute fahren wir mit der Großherzogin zum Manöver. Der Kaiser fährt auch.

In Mommenheim war feierlicher Empfang, dann fuhren wir auf eine Anhöhe, von der aus wir das Manöver ansahen. Viel Kanonendonner, Gewehrfeuer, glänzende Suite, vorbeimarschierende Infanterie u. s. w. Das Ganze machte mir den Eindruck einer großen Konfusion. Es mag aber wohl richtig gewesen sein. Dann mit der Eisenbahn nach Hause. Ich muß hier nachtragen, daß morgens 9 Uhr Perponcher kam und mir im Auftrage des Kaisers sein Bild in Lebensgröße und ein sehr gnädiges Schreiben überbrachte. Als ich den Kaiser auf dem Bahnhof begrüßte und ihm meinen Dank aussprach, umarmte er mich, worauf ich ihm die Hand zu küssen versuchte. Die Freundlichkeit des alten Herrn rührte mich tief.

Abends Diner. Die Meßer Deputation brachte wieder die Reise des Kronprinzen zur Sprache, worauf denn der Kaiser den Kronprinzen beauftragte, an seiner Stelle nach Mex zu gehen. Ich unterstützte den Gedanken um so mehr, als sich das Gerücht verbreitet hatte, daß ich dagegen sei. Perponcher ärgerte sich, aber alle andern waren erfreut. Insbesondere schien der Kronprinz sehr zufrieden, und ich bin froh, daß die Sache so abgelaufen ist. Abends Tee beim Kaiser, während der Lampionzug vorbeikam, der sehr glänzend war und den Kaiser sehr unterhielt und erfreute. Ich ließ nachher die Deputation heraufkommen, die Bock dem Kaiser vorstellte. Er sprach mit den Herren, und als ihm Vogel von Falckenstein vorgestellt wurde, fragte ihn der Kaiser: „Sind Sie mit dem General verwandt?“ Falckenstein: „Sein ältester Sohn.“ Kaiser: „Was machen Sie hier?“ Falckenstein: „Ich bin in der Presse beschäftigt.“ Kaiser: „Aber doch in der guten?“ Falckenstein: „Ja, Majestät, in der ‚Kölnischen Zeitung‘“.

19. September.

Heute wird der Kaiser in die Kirche gehen und um 1 Uhr nach Baden fahren. Morgen geht es mit dem Kronprinzen nach Mex.

21. September.

Gestern um 8 Uhr fuhr ich mit dem Kronprinzen im Extrazug nach Metz. Der Großherzog von Baden und General Heuduck waren schon in einem früheren Zug gefahren. Mit uns fuhren Hofmann, Thaden, Jordan, Graf Schlieffen, Perponcher, Reischach und einige Offiziere. Im Waggon des Kronprinzen saßen Prinz Wilhelm und ich. Später Hofmann und dann Hammerstein, von Saarburg aus. In Zabern und Saarburg begeisterter Empfang auf dem Bahnhof. In Metz begrüßten uns der Großherzog, Prinz Albrecht, der Bürgermeister u. s. w. Ich fuhr im Wagen des Kronprinzen durch die aufgeregten und enthusiastischen Menschenmassen. Es war mehr Leben und Bewegung als in Straßburg. An dem Bezirkspräsidium stiegen wir aus. Dann Vorbeimarsch der Ehrenwache. Hierauf Cercle im Hof: der Bischof, die Beamten und der Gemeinderat. Um 12 Uhr war dies vorbei, und jeder eilte nach seinem Quartier. Ich wohnte bei Dr. Hartmann in einem wunderschön eingerichteten Renaissancehaus. Die Familie empfing mich an der Tür. Um 1 Uhr in den Dom, wo der Kronprinz bald darauf eintraf. Wir gingen alles anzusehen und bewunderten die schönen Glasfenster und das prachtvolle Gebäude. Hierauf in die Synagoge, dann zur Grundsteinlegung des Mathildienstifts. Dann sollte eine Promenade auf der Esplanade stattfinden. Ich blieb aber im Wagen, da es stark regnete. Der Kronprinz, der mit dem Großherzog fuhr, nahm die Huldigung der Landleute auf der Esplanade entgegen, wo viel gejubelt und Hurra geschrien wurde. Man hörte auch „Vive l'Empereur!“ und „Vive le Prince impérial!“ rufen. Um 5 Uhr war das Diner, welches der Kronprinz im Bezirkspräsidium gab. Dann Theater mit Foyervorstellungen der Damen; um 9 Uhr verließen wir dasselbe, um nach dem Bezirkspräsidium zu fahren und den Lampionzug anzusehen. Um 10 Uhr zu Hause. Heute früh besuchte ich erst meine Hausleute und fuhr dann in das Museum, wo ich den Kronprinzen traf. Nach Besichtigung einiger Manuskripte, Bücher u. s. w. ging es auf den Bahnhof, wo wieder Bufette überreicht wurden. Unterwegs erzählte mir der Kronprinz vom Fürsten von Bulgarien. Die russische Regierung, das heißt das Ministerium, wollte den Fürsten dort lassen. Auf das Telegramm des Fürsten hatte Blangali (der Vertreter von Giers) eine anständige Antwort aufgesetzt und legte sie dem Kaiser vor. Dieser verwarf sie und schrieb selbst die grobe Depesche. Daß der Fürst von Bulgarien die Unwahrheit sage, bestritt der Kronprinz. Radowikz habe eifrig gegen den Fürsten gearbeitet. Der Kronprinz hat neulich Bismarck gesagt, es sei doch gut, wenn sich die Balkanstaaten zusammenschließen, um Rußlands Ueberflutung zu hindern. Das bestritt Bismarck und sagte, es sei ein Glück, wenn Rußland Konstantinopel bekomme und die Balkanhalbinsel; denn dann sei es geschwächt.

Aus einem Briefe des Fürsten an einen Vertrauensmann in Berlin.

Oktober 1886.

... Nun noch eine Frage. Ist es richtig, daß man in maßgebenden Kreisen daran denkt, die Jesuiten wieder nach Deutschland hereinzulassen? Ich würde das, abgesehen von allem andern, für Elsaß-Lothringen beklagen. Wenn der Orden Zutritt in Deutschland erlangt, so wird er sich vorzugsweise im Reichslande niederlassen. Damit würde die Germanisierung von Elsaß-Lothringen wesentlich erschwert werden. Das von einem Jesuitenpater in Innsbruck gebrauchte Wort, die deutsche Sprache sei die Sprache Luthers und des Teufels, würde hier auf fruchtbaren Boden fallen. Der Orden würde die Jugend, die Frauen und alle diejenigen auf seiner Seite haben, die dem Deutschtum feindlich gegenüberstehen. Ueber die Deutschen käme Mutlosigkeit, und alles Französische würde mit erneutem Eifer gepflegt und gefördert werden. Wenn, was nicht schwer wäre, durch das Zusammengehen des Zentrums und der Fortschrittler das Jesuitengesetz aufgehoben würde, so bin ich überzeugt, daß ein großer Teil der Nationalliberalen in die Opposition träte, und damit würde der Rest der Mittelparteien verschwinden.

Journal.

Baden, 5. Oktober 1886.

Nachdem ich nach der Rückkehr von Aussen einen Tag in Straßburg zugebracht hatte, fuhr ich gestern hierher, um mich bei den Majestäten zu melden. Ich kam um 10 Uhr an, ging sofort in das Mesmersche Haus, fand Radziwill, Lehndorff u. a., die mir Nachricht zu geben versprachen. Um 12 Uhr wurde ich zum Kaiser gerufen, der trotz des vorhergehenden Unwohlseins wohl aussah. Er sprach zuerst von Mex und Straßburg, drückte nochmals seine Freude über den dortigen Empfang aus und kam dann auf die bulgarische Sache, die ihm Sorge macht. Ebenso ist er unzufrieden mit der Anwesenheit des Fürsten Alexander in Deutschland, der, wie der Kaiser mißfällig bemerkte, jetzt immer in preussischer Generalsuniform herumgehe. Das beweise schon, daß er Verlegenheiten bereiten wolle. Es wäre besser, wenn er den Rat befolgt und die Einladung der Königin von England angenommen hätte und nach England gegangen wäre, um nicht wiederzukommen. Jetzt sprächen die Zeitungen sogar davon, daß er Statthalter von Elsaß-Lothringen werden solle! Das habe dem Kaiser der Reichskanzler berichtet. Der Kaiser äußerte sich auch mit einiger Bitterkeit über die Kronprinzess und Prinzess Viktoria, die den Gedanken einer Verbindung mit dem Prinzen Alexander noch immer festhielten. Er habe den Kronprinzen darüber gefragt, der

leugne es, aber spreche sich nicht deutlich aus. Er stehe politisch unter dem Pantoffel seiner Frau. Ueberhaupt klagte er, daß der Kronprinz ihm gegenüber verschlossen sei. Seine liberalen Ideen hätten sich glücklicherweise modifiziert. Dann erzählte mir der Kaiser ausführlich den Unfall, der dem Prinzen Heinrich von Preußen auf der Jagd zugestoßen sei, wo er einen badischen Förster angeschossen habe. Hierauf sprachen wir über den Prinzen Luitpold, dessen entgegenkommende Gesinnung er rühmte. Derselbe habe in Versailles das Alternat der Kaiserwürde in Vorschlag gebracht. Bismarck habe damals geglaubt, daß dies aus eigener Initiative des Prinzen geschehen sei. Es habe sich aber jetzt herausgestellt, daß er damals im Auftrage des Königs Ludwig gehandelt habe. Berchem habe ihm gesagt, daß er damals selbst das Schreiben des Königs gelesen habe.

Ich übergab dann den Brief, in dem ich bitte, Philipp Ernst à la suite der Armee zu stellen. Der Kaiser erkannte die Gründe an, die ihn zu dem Wunsche bestimmen, und bemerkte zum Schluß, wenn er einmal den Abschied habe, könne man schon ein Sternchen mehr auf seine Epauletten setzen.

Um 12<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr ging ich zur Kaiserin, die mich in ihrem Kabinett, wie sie sagte ausnahmsweise, empfing und sehr gnädige Worte über meine Verwaltung von Elsaß-Lothringen sprach und Marie grüßen ließ. Von ihr wurde ich noch einmal zum Kaiser berufen, wo ich noch eine Viertelstunde blieb.

Um 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Diner beim Großherzog. Der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin waren da. Letztere ist sehr hübsch und sehr freundlich. Abends auf der Promenade und dann noch ein Besuch bei Karl Fürstenberg, der am Nachmittag angekommen war.

Wilnowski, den ich heute besuchte, sagt, was der Kaiser mir in bezug auf Battenberg gesagt habe, beruhe auf Berichten des Reichskanzlers, der sich hier Phantasmagorien hingebe. Es sei so schlimm nicht.

Rede bei dem Diner zu Ehren des Gemeinderats von Straßburg am 14. Oktober 1886.

Meine Herren! Ich habe Sie gebeten, heute meine Gäste zu sein, weil mit dem heutigen Tage das erste Jahr meiner amtlichen Tätigkeit als Statthalter in Elsaß-Lothringen abschließt, und ich glaubte, diesen Tag nicht besser feiern zu können als umgeben von den ersten Würdenträgern des Landes, in denen ich treue Mitarbeiter erblicke, und umgeben von den Vertretern der Stadt Straßburg. Und wenn ich besonderen Wert darauf lege, den Gemeinderat von Straßburg um mich versammelt zu sehen, so

ist es, weil es mich drängt, den Vertretern der Stadt, in der ich zu leben berufen bin, ein freundliches, dankendes Wort zu sagen.

In der That, wenn ich zurückblicke auf dieses an freudigen und ernststen Ereignissen reiche Jahr, so muß ich erkennen, daß vieles Erfreuliche, ich kann wohl sagen das Beste, was mir in diesem Jahre zuteil geworden, in seinem Ursprunge zurückgeleitet werden kann auf die Stadt Straßburg und ihre Bewohner.

Ich will Ihnen meine Gedanken darlegen, indem ich auf drei Abschnitte dieses Jahres hinweise. Als ich im vorigen November hierherkam, nicht ohne Sorge ob der Schwierigkeit der mir gestellten Aufgabe, da hat mich der freudige Zuruf der Bevölkerung dieser Stadt mit dem Selbstvertrauen erfüllt, das dem Staatsmanne, der schwere Arbeit vor sich sieht, unentbehrlich ist. Und als ich im Laufe dieses Sommers, entsprechend dem einstimmigen Wunsche der Landesvertretung und unbeirrt durch hie und da auftauchende Zweifel, die Wahlen zum Straßburger Gemeinderat ausschreiben ließ, da hat mir die Stadt geantwortet, indem sie einen Gemeinderat wählte, zusammengesetzt aus den besten Männern der Stadt, der seine Aufgabe nicht darin sieht, den Saal des Gemeinderats zur Arena politischer Diskussionen werden zu lassen, sondern der treu und gewissenhaft nur das Wohl der Stadt im Auge hat. Und als in diesem Herbst das ehrwürdige Kaiserpaar die Stadt Straßburg mit seinem Besuche beehrt hat, da sind die Majestäten empfangen worden, durch die einen würdig, durch die andern mit stürmischer Begeisterung, durch alle aber ehrfurchtsvoll und freudig; und dieser Empfang hat mich mit um so größerer Freude erfüllt, je tiefer das Gefühl der treuen Anhänglichkeit und Verehrung ist, das ich nun seit einem halben Jahrhundert für meinen kaiserlichen Herrn im Herzen trage. Gegenüber solchen Erlebnissen und solchen Tatsachen ist es natürlich, daß ich mich, trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit, leicht an den Gedanken gewöhnt habe, Straßburg als meine Heimat anzusehen. Und so kommt es, daß, wenn ich nach vorübergehender Abwesenheit hierher zurückkehre, der Münsterthurm mir schon von weitem erscheint wie ein Gruß aus der Heimat, und daß es mich wohltuend berührt, wenn mich abends die Münsterglocke mit melodischem Klange gemahnt, daß ich in meinen alten Tagen ein guter Straßburger geworden bin. Als solcher erhebe ich das Glas und trinke auf die Stadt Straßburg und ihre Vertreter.

### Journal.

Baden, 18. Oktober 1886.

Um dem Kaiser vor seiner Abreise nach Berlin einen Abschiedsbesuch zu machen, fuhr ich gestern früh von Straßburg hierher und ging, mich

im Mesmerschen Hause zu melden. Das Wetter war kalt und regnerisch. Ich fand dort niemand, erhielt aber bald darauf die Einladung zum Familiendiner um 5 Uhr. Auf der Terrasse vor dem Kursaal fand ich Maxime Ducamp, mit dem ich mich lange unterhielt. Er sagte, daß er nur Gutes aus Elsaß-Lothringen höre, daß man mich anfangs mit Sorge habe ankommen sehen, daß man aber jetzt beruhigt sei. Dann sprach er von Frankreich, meinte, unter den Orleans sei niemand, der sich zur Uebernahme der Regierung und zu einem Staatsstreich eigne und sah schwarz. Dabei erzählte er mir, er habe gehört, im Grand Orient in Paris habe man den Beschluß gefaßt, sich jetzt besser zu Deutschland zu stellen und Elsaß-Lothringen definitiv aufzugeben. Dann kam er auf die Juden und sagte, er habe einmal die Bekanntschaft von Karl Marx gemacht, dieser habe ihm gesagt, die Internationale und seine Partei erkenne keine einzelnen Nationen, nur die Menschheit an. Er habe darauf erwidert, es sei wahr, daß die Nationalität erst ein Moment zweiten Ranges sei, aber mit diesem an erster Stelle der zweiten Momente stehenden Prinzip habe man doch große Dinge ausgeführt. Darauf habe ihm Marx leidenschaftlich geantwortet: „Comment voulez-vous que nous ayons du patriotisme, nous, qui depuis Titus n'avons plus de patrie!“ Das sei, meinte Maxime Ducamp, die Ursache der Internationale, die eigentlich den Juden ihre Entstehung verdanke. Er glaubt, daß die Juden nach der Universalherrschaft streben, „la monarchie juive universelle“. Die Könige von Frankreich hätten den Grundsatz gehabt, keinen Untertan zu dulden, der reicher als der König sei. Wenn dies der Fall gewesen, so habe man den reichgewordenen Untertan aufgehängt und ihm sein Vermögen weggenommen. Er belegte dies mit Beispielen. So werde es auch die französische Nation machen, die jetzt der Souverän sei. Der Augenblick werde nicht mehr lange auf sich warten lassen; denn die Rothschilds hätten schon sechs Milliarden.

Mit Wilnowski — dies ist noch nachzutragen — sprach ich von dem Bezirkspräsidenten. Die Ernennung von Schlumberger zum Präsidenten in Colmar beurteilt er wie ich und sieht in dem von Ledderhose und Buttler angeregten Gedanken eine große Schwäche und eine überflüssige, gefährliche Konzession an die Elsässer. Dagegen gefällt ihm der Gedanke, Stichaner zum Präsidenten in Straßburg zu machen, sehr gut, und er meinte, das, was ihm an bureaukratischem Eifer fehle, könne ein guter Oberregierungsrat ersetzen.

Um 5 Uhr Diner bei den Majestäten. Ich begegnete den größten Lobsprüchen über meine Rede. Die Kaiserin hatte sich gleich zum Kaiser hinüberrollen lassen, wie sie sagte, um ihm die Rede zu bringen. Die Großherzogin sagte gerührt, sie habe nie etwas so Ergreifendes und

Schönes gelesen. Als ich dies Abends auf der Promenade Wilmowski erzählte, sagte dieser: „Ja, das haben Sie gut gemacht, wie alles, was Sie tun.“ Um 1/2 9 Uhr war Tee bei der Kaiserin. Ich saß neben dem Großherzog und der jungen Komtesse Fürstenberg. Man sprach viel über den König von Bayern und Prinz Luitpold u. s. w. Nach der Soiree veranlaßte mich Gräfin Fürstenberg, mit zu der Gräfin Andráffy zu gehen, die uns Cumberland-Kunststücke vormachte.

Baden, 18. Oktober 1886.

Heute früh war ich bei Bülow, dem Gesandten, der mir allerlei von der auswärtigen Politik erzählte. Als ich ihn fragte, wie wir zu Frankreich ständen, sagte er, es sei richtig, daß man uns von dort aus entgegenkomme, und auch Herbettes Sendung <sup>1)</sup> habe diesen Zweck. Es geschehe aber, um uns in der ägyptischen Frage und in andern Fragen, wo die Franzosen uns gegen England benutzen wollten, für französische Zwecke zu gewinnen. Der Reichskanzler sei der Ansicht, daß Frankreich ein zu unsicherer Allierter sei, um sich dafür mit England zu entzweien. Man werde daher das Entgegenkommen Frankreichs nicht schroff ablehnen, aber dilatorisch behandeln. In der bulgarischen Frage sagte er, daß die Russen nicht mehr wüßten, wie sie aus der fatalen Lage, in welche sie die vom Kaiser persönlich an Kaulbars gegebenen ungeschickten Instruktionen gebracht haben, herauskommen sollen. Bismarck hat vorgeschlagen, Rußland solle sich mit Oesterreich verständigen und eine Demarkationslinie in der Theorie feststellen, so daß der westliche Teil der Balkanhalbinsel dem österreichischen, der östliche dem russischen Einfluß vorbehalten bleibe. Oesterreich sei aber der Ungarn wegen nicht auf den Gedanken eingegangen. Es bleibe immer das Bestreben Bismarcks, den Konflikt zwischen Oesterreich und Rußland zu verhindern. Kalnoky habe eine Zeitlang gewackelt, sitze aber wieder fest.

Die Kaiserin empfing mich um 11 Uhr, trug mir Grüße an „Véonille“ auf, und ich solle ihr sagen, sie möge ihr auch schreiben, wie sie lebe, und nicht bloß Geschäftsfachen. Dann wünscht die Kaiserin, daß Prinz Luitpold nicht nach Berlin gehe, ehe sie wieder dort sei. Ferner empfahl sie mir, ein aufmerksames Auge auf die französischen Tendenzen des elsässischen Klerus zu haben. Ich sagte ihr, das sei auch mein Bestreben.

Um 5 Uhr war ich zu einem kleinen Familiendiner geladen. Außer dem Kaiser und der Kaiserin nahmen nur die großherzoglichen Herrschaften

<sup>1)</sup> Der Botschafter de Courcel war am 24. August abberufen worden. Am 23. Oktober wurde der bisherige Direktor im Auswärtigen Amte Herbette zum Botschafter in Berlin ernannt.

daran teil. Die andern Sterblichen aßen unten und kamen erst nach der Tafel herauf. Ich fand dann auch den Gesandten Solms, der mir sagte, man sei im Auswärtigen Amte etwas „en l'air“, weil es mit den Botschaftern nicht recht gehe. Reudell berichte das Wichtigste nicht, Münster sei schwach, Reuß kränklich und wolle weg. Beim Abschied drückte mir der Kaiser die Hand und sprach in sehr gnädigen Worten seine Zufriedenheit mit meinen Leistungen aus und die Hoffnung, daß ich so fortfahren würde.

Straßburg, 20. Oktober 1886.

Gestern Fahrt nach Markolsheim. Heute zahlreiche Audienzen. Um 3 Uhr ging ich nach Verabredung ins Große Seminar, um mir von dem Superior Dacheux das Gebäude zeigen zu lassen. Er führte mich zuerst in sein Zimmer, wo ich seine Kupferstiche ansah. Dann gingen wir durch das ganze geräumige Gebäude, wo jetzt zweihundert Seminaristen wohnen. Heute war es noch leer, da die Schüler erst in einigen Tagen wieder eintreffen. Nachher brachte Dacheux allerlei vor, was ihm auf dem Herzen lag. Zunächst empfahl er mir, dafür zu sorgen, daß, wenn die Jesuiten wieder nach Deutschland kämen, man die Bedingung mache, daß Elsaß-Lothringen zur deutschen und nicht zur französischen Ordensprovinz gehöre, damit nicht die französischen Jesuiten hier Einfluß erhielten. Ich erwiderte, daß der Jesuit keiner Nationalität angehöre, daß es also gleich sei, ob hier französische oder deutsche Jesuiten ihr Wesen trieben. Uebrigens würde ich mir seinen Rat merken. Ferner sprach er von Billisheim, wo die Knaben nicht wie in Montigny zum Abiturientenexamen vorbereitet würden. Das sei nötig und er riet, darauf zu dringen, daß der Bischof das Knabenseminar in diesem Sinne umgestalte. Mindestens müsse Billisheim eine Oberprima erhalten. Eine theologische Fakultät an der Universität hielte er für wünschenswert, doch habe man sich in Rom dagegen erklärt, und da habe Stumpf den Gedanken aufgegeben und gehe damit um, für sich eine katholische Fakultät einzuführen. Das „Bulletin catholique“ gebe darüber Auskunft in einer der letzten Nummern. Er empfahl mir die „Revue catholique d'Alsace“. Dann beklagte er sich, daß man in Stephansfeld und in der Strafanstalt in Hagenau gegen die Schwestern vorgegangen sei. Danach muß ich mich erkundigen. Von Lektüre empfiehlt er die Akten des Stifts St. Thomas wegen der Beeinträchtigung der Katholiken durch die Wegnahme des Vermögens von St. Thomas durch die Protestanten. Doch sei nichts zu machen. Endlich empfahl er, in den Archiven die Verordnungen Ludwigs XIV. zur Franzöfierung des Elsaß hervorzuheben zu lassen. Man könne es jetzt im entgegengesetzten Sinne nachmachen.

Dacheux legt Wert darauf, daß wir Sonntags dem Hochamt beiwohnen, damit uns seine Seminaristen sehen! Er meint, wir sollten nur darauf dringen, daß die Heizvorrichtung eingerichtet würde.

Kaiser Wilhelm an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 22. Oktober 1886.

Ich erteile Ihnen sehr gern den dreiwöchentlichen Urlaub mit den verschiedenen Einteilungen und Bedingungen.

Wilhelm.

Journal.

Paris, 10. November 1886.

Was mich während meines diesmaligen Aufenthalts am meisten frappiert hat, ist die Wendung, die in der Stellung des Generals Boulanger eingetreten ist. Noch im vergangenen Frühjahr wurde Boulanger als ein „farceur“ angesehen, als kein Mann, mit dem man zu rechnen habe, als ein Streber, der lediglich persönliche Zwecke verfolge u. s. w. Jetzt wird mir von urteilsfähigen Leuten versichert, Boulangers Stellung sei eine andre geworden. Während er früher in einer gewissen Abhängigkeit von Clémenceau gestanden habe, hänge jetzt Clémenceau von ihm ab. Boulanger habe nicht allein die äußerste und radikale Linke, sondern auch die Opportunisten und damit die Majorität der Kammer auf seiner Seite. Freycinet könne es jetzt nicht mehr wagen, sich Boulangers zu entledigen, und selbst Ferry werde, wenn er ans Ruder komme, Mühe haben, ein Ministerium ohne Boulanger zustande zu bringen. Boulanger ist ein Mann, der andre zu gewinnen versteht, der den Massen zu imponieren und sie zu blenden weiß. Wenn er noch zwei Jahre im Amte bleibt, wird die Ueberzeugung, daß Boulanger der Mann sei, der Deutschland besiegen und Elsaß-Lothringen zurückerobern könne, allgemein werden, und da Boulanger ein Mann ohne jegliche Skrupel ist, dessen Ehrgeiz sehr hoch geht, so wird er die Massen zum Krieg fortreißen. Diese Ansicht teilen Blowitz und Villaume. Beide äußerten sich übereinstimmend. Blowitz fügte hinzu, wenn Deutschland den Krieg für unvermeidlich halte, so könne es Boulanger weiterwirtschaften lassen, dann werde der Krieg im Jahre 1888 kommen. Wolle dagegen Deutschland den Krieg nicht, so müsse es Boulanger stürzen. Boulangers Fall sei sicher, sobald das Land, noch ehe der Kriegsenthusiasmus sich auf weitere Kreise verbreitet habe, einsehe, wohin es durch Boulanger geführt werden solle. Dann werde er weggesetzt werden, denn zurzeit sei das Land noch friedlich und scheue den Krieg. In einem Jahre werde es anders sein.

Leolin 22. 10. 86

Ist wegen dem sehr grossen  
Iam 3 wöchentlichen Aufenthalt mit  
Iam verschiedenen Aufstellungen und  
Leinwandungen. Leolin 22. 10. 86  
1886.

Phyllis

Bei dem Platz der Luft Heckenlohe  
in Kassel.



Daß Grévy den Frieden will, daran ist nicht zu zweifeln. Er weiß, daß ein siegreicher General ihn sofort aus dem Elysée hinauswerfen würde, wie er sich auch nicht verhehlt, daß ein unter ihm begonnener Krieg, der mit einer Niederlage endet, ihn mindestens seine Stelle kosten wird. Der Advokat Reitlinger, ein Vertrauter Grévys, mit dem ich in einer Prozeßangelegenheit zu verhandeln hatte, erbot sich, mit mir über die Bedingungen einer Annäherung, einer Allianz zwischen Frankreich und Deutschland zu sprechen. Ich lehnte es ab, da ich zu solchen Verhandlungen nicht kompetent sei. Auch bemerkte ich ihm, ich wisse sehr wohl, daß die Franzosen eine Allianz mit Deutschland unter Bedingungen anstrebten, die ihnen Deutschland nun und nimmermehr gewähren könne. Darauf zog er ab. Ich sah ihm aber an, daß ich den richtigen Punkt berührt hatte. Ob es möglich ist, durch Besprechungen in der deutschen Presse, durch objektive ernste Darlegung der Folgen, welche das Gebaren Boulangers haben wird, die öffentliche Meinung in Frankreich auf die Gefahr, der Frankreich entgegengeht, in dem Grade aufzuklären, daß sie einen Druck auf die Kammer ausübe und dadurch Boulanger zu Falle bringe, wage ich nicht zu entscheiden. Die auf solche Besprechungen folgende Beunruhigung der Börse, die den französischen Politikern persönlich sehr fühlbar ist, könnte immerhin günstig wirken.

Herbette ist ein gefährlicher Mann, der einen gewissen diplomatischen Tatendurst hat. Er soll nach Berlin gegangen sein in der Ueberzeugung, daß es ihm gelingen werde, das Rapprochement zwischen Rußland und Frankreich als etwas Harmloses, Annehmbares erscheinen zu lassen. Die Orleans sind weiter vom Ziele als je. Der Herzog von Numale gibt dem Grafen von Paris kein Geld zur Aktion, und dieser hat nicht genügende Mittel, um selbst vorzugehen. Numale will selbst Präsident der Republik werden, außerdem ist er mit seinem Neffen überworfen, seit Frau von Clinchant, die er geheiratet haben soll, von der Gräfin von Paris nicht als Hausfrau bei dem Onkel anerkannt wird. Dieses weibliche Zermürfnis soll auch bei der Schenkung von Chantilly, die man als einen „mauvais tour qu'il a joué à ses neveux“ betrachtet, ausschlaggebend gewesen sein. Daß der Herzog von Numale je Aussicht habe, Präsident der Republik zu werden, glaubt niemand. Sollte einmal die erschreckte Bourgeoisie einen kräftigen Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung fordern, so wird man nicht den alten, gichtbrüchigen Akademiker, sondern einen jungen General wählen. Graf Münster, der die Dinge ruhig beurteilt und sich gut orientiert hat, teilt die Befürchtungen nicht in gleichem Maße wie die obenerwähnten Herren. Ich kann nicht in acht Tagen ein ausschlaggebendes Urteil fällen und beschränke mich darauf, das mitzuteilen, was ich gehört habe.

## Kaiser Wilhelm an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 18. November 1886.

Gestern erhielt ich vom nunmehrigen Fürsten von Hohenlohe, Ihrem Neffen,<sup>1)</sup> das offizielle Schreiben seines Antritts der Regierung! Was liegt nicht alles in diesem Ereignis. Vier Todesfälle in einem Hause in zwei Jahren! Sie wußten bereits, daß die von mir so verehrte verwitwete Fürstin bei der Mitteilung des Ablebens ihres Gemahls an meine Tochter, die Großherzogin, diese ersuchte, auch mir die Trauernachricht mitzuteilen, da sie wußte, wie liiert mit dem Fürsten ich war seit unsern so often Begegnungen in Rußland. Für diese Mitteilung habe ich Ihrer Fürstin Schwester durch meine Tochter den aufrichtigsten Dank mit meinem tiefsten Beileid aussprechen lassen und worauf ich, als Sie mir die gleiche Mitteilung machten, nicht sogleich dankend antwortete. Allerdings habe ich Ihrem verstorbenen Schwager sehr nahe gestanden, in ihm immer den Deutschen wiedererkannt, selbst zur Zeit, in welcher er in höchster Gunst in Petersburg<sup>2)</sup> stand. Möge der so schwer heimgesuchten fürstlichen Familie der Beistand Gottes nicht fehlen, der derselben diese Trauer nicht ersparen wollte.

Ihr treu ergebener

Wilhelm.

Aus einem Briefe vom 21. November 1886.<sup>3)</sup>

... Ich bin nicht berechtigt, mich als konstitutioneller Monarch zu gerieren, sondern bin verantwortlicher Minister. Was ich vermeiden muß, ist, ohne Kenntniss der Personen und Verhältnisse „actes de rigueur“ zu machen, die sich nachher als verfehlt darstellen und durch die man noch mehr blamiert wird als durch die Anschuldigungen der Bezirkskommandeure wegen allzu großer Nachsicht. Ob Puttkamer der Mann ist, auf den ich den Franzosenfreunden gegenüber mit Sicherheit rechnen kann, will ich heute nicht entscheiden. Wenn Hofmann à tort ou à raison persona in-

1) Fürst Friedrich Karl zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, Sohn der ältesten Schwester des Fürsten Chlodwig, Fürstin Therese, folgte seinem Bruder, dem Fürsten Nikolaus, am 23. Oktober 1886. Der Vater Fürst Friedrich Karl war am 21. Dezember 1884 gestorben.

2) Fürst Friedrich Karl war unter Kaiser Nikolaus russischer General und Generaladjutant.

3) Es war dem Fürsten geraten worden, um der gegen ihn wirkenden Opposition zu begegnen, sich von dem Minister Hofmann zu trennen und einige „actes de rigueur“ zu unternehmen, um Angriffen auf seine Politik aus militärischen Kreisen zu begegnen.

grata ist, so ist das allerdings schlimm. Wie soll ich ihn aber anderweitig unterbringen und wie soll ich ihn wegbringen, wenn er alles tut, was ich will? Man hat von mir oft gesagt: „Il se presse lentement.“ Ich tue das auch jetzt, bin sehr dankbar für guten Rat, werde das Ziel nicht aus dem Auge verlieren, aber mich auch nicht aus meinem Gleichmut herausbringen lassen . . .

### Journal.

Berlin, 19. Januar 1887.

Am 17. Januar 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Nachts reiste ich von Straßburg ab. Es war sehr kalt und unser Waggon gut. Ich schlief bis Frankfurt. Dort 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden Aufenthalt. Dann weiter in einem schlecht geheizten Coupé. Ich las den ganzen Tag. Als es dunkel wurde, spielte ich mit Thaden Pikett bis nahe bei Berlin. Dort Absteigequartier bei Viktor in der Moltkestraße. Am 18. früh Meldung bei dem Kaiser und dem Kronprinzen. Um 1 Uhr lange Kapitelzeremonie mit rotem Mantel. Nachmittags Besuche. Diner bei dem Kaiser um 3 Uhr mit den andern Ritttern vom Schwarzen Adlerorden. Abends „Nathan der Weise“ im Deutschen Theater. Interessante Vorstellung. Heute früh Besuche. Ich höre, daß das Verhältnis zwischen dem Kronprinzen und Bismarck wieder schlecht ist wegen Battenberg. Der Kronprinz ist gegen die Auflösung.<sup>1)</sup> Seine liberalen Ratgeber hegen gegen Bismarck. Mißtrauen gegen Frankreich ist allgemein. Nachmittags zu Bleichröder. Dieser teilt das Mißtrauen gegen Frankreich nicht, glaubt nicht an den Krieg für jetzt. Dagegen meint er, daß sich der Krieg zwischen England und Rußland vorbereite, aus dem im Jahre 1888 ein Krieg in ganz Europa entstehen könnte. England will Aegypten behalten. Die Franzosen erklären, dies nicht leiden zu wollen. Freycinet hat dies Bleichröder gesagt. Bismarck hält fest an Rußland. Die Oesterreicher seien über Bismarcks Rede verstimmt.<sup>2)</sup> Wenn Oesterreich mit Rußland Krieg führt, werden wir uns nicht beteiligen, aber nicht dulden, daß Oesterreich geschwächt werde. Das kann doch noch zum Kriege führen. Daß das Verhältnis zwischen dem Kronprinzen und Bismarck schlecht sei, bestätigt Bleichröder. Am kronprinzlichen Hofe würde man wünschen, den Fürsten von Bulgarien zum Statthalter von Elsaß-Lothringen zu machen, damit er die Prinzessin Viktoria heiraten könne, oder zum Reichskanzler! Mit meiner Verordnung in

<sup>1)</sup> Die Auflösung des Reichstags wegen Verwerfung der Militärvorlage war am 14. Januar erfolgt.

<sup>2)</sup> Der Reichskanzler hatte am 12. Januar ausgesprochen, daß Deutschland des Orients wegen mit Rußland keinen Krieg führen werde.

betreff der französischen Offiziere ist man hier sehr zufrieden. Es gibt übrigens niemand, der so viele Neider hat, namentlich unter den Generalen, wie ich.

Berlin, 22. Januar 1887.

Um 2 Uhr ging ich zum Fürsten Bismarck. Er empfing mich ganz freundlich. Ich fragte ihn nach seiner Gesundheit, worauf er über Ermüdung klagte und dann gleich überging zu den letzten politischen Kämpfen und erklärte, er sei es müde, mit so verlogenen Halunken zu verhandeln. Dann erging er sich in bitteren Bemerkungen über Windthorst, der nichts sei als ein schlauer, eigensüchtiger Advokat. Was ihn wundere, sei nur, daß der rheinische, westfälische, schlesische und bayrische Adel seinen Befehlen Folge leiste. Dann ließ er das Schreiben des Papstes resp. des Kardinalstaatssekretärs an den Nuntius in München holen, worin der Papst den Abgeordneten des Zentrums eindringlich empfehlen läßt, sie möchten für das Septennat stimmen. Der Ausdruck „Septennat“ kommt zweimal vor. Ich konnte mein Erstaunen nicht verhehlen, daß trotzdem das Zentrum gegen die Regierung gestimmt hat. Bismarck sagte: „Ja, Windthorst hustet auf das päpstliche Schreiben.“ Daß er es gekannt habe, ist nicht zu bezweifeln. Bismarck sagt, Windthorst und Franckenstein haßten den Papst, Windthorst, weil der Papst, ohne ihn zu fragen, mit der preußischen Regierung verhandelt habe, Franckenstein, weil ihm der Papst durch das Führungszeugnis, das er Luz ausgestellt habe, die Chance, Minister zu werden, verdorben habe.

Ich fragte dann Bismarck, ob es ihm recht sei, wenn ich gegen die französischen Offiziere vorgehe. Er sagte, das sei ihm ganz recht, nur meint er, daß man den Paßzwang wieder einführen müsse. Das lasse die Trennung und Entfremdung deutlich hervortreten und das sei für die Wahlen<sup>1)</sup> nützlich. Bismarck hält es für wahrscheinlich, daß der Krieg in nicht zu ferner Zeit ausbrechen werde. Boulanger könne jeden Augenblick einen Staatsstreich machen und dann los schlagen. Die Zusammenziehung von Truppen an der Grenze, die Mobilmachung, nötige uns zu gleichen Maßregeln. (Im Auswärtigen Amt erfuhr ich, man habe eine Depesche nach Paris geschickt, um auf die Folgen aufmerksam zu machen, die das Vorgehen an der Grenze hervorrufen werde. Die Sache wird immer ernster.) Ueber die Wahlen äußerte Bismarck sich wenig, da er die Personen nicht kennt. Auch bezüglich der Aufnahme von Elsäßern in die Verwaltung äußerte er sich zurückhaltend, wenn er es auch im allgemeinen als wünschenswert bezeichnet, wenn Elsässer in den Dienst treten.

---

<sup>1)</sup> Die auf den 21. Februar angesetzt waren.

Rede bei dem Diner zu Ehren des Landesausschusses am  
9. Februar 1887.

Meine Herren! Wenn ich im vergangenen Sommer durch die Fluren des Landes wanderte oder von den Höhen der Vogesen auf die lachenden Täler herabsah, da fielen mir oft die Worte unsers großen deutschen Dichters ein, mit welchen er den Eindruck schildert, den er gewann, als er zum erstenmal von der Plattform des Münsters auf die Stadt Straßburg und ihre Umgebung herabschaute, jene Stelle in den Jugenderinnerungen des Dichters, wo er in lebendigen Farben die Landschaft malt, die bewaldeten Ufer des Rheins, die grünen Wiesen, die reiche Ebene, die er als ganz geeignet zu einem Paradiese bezeichnet, und wo er sich dann glücklich schätzt, daß er eine Zeitlang in diesem schönen Lande wohnen dürfe. Wenn schon die Aussicht auf einen vorübergehenden Aufenthalt den jungen Dichter zu so begeisterten Worten bewegen konnte, so darf ich wohl mit größerem Rechte mich glücklich preisen, dem es vergönnt ist, an der Spitze des nun wieder deutsch gewordenen Landes zu stehen, und der die Förderung der Wohlfahrt desselben als seine Lebensaufgabe betrachten darf. Je mehr nun in mir das Gefühl der Anhänglichkeit an dieses Land erstarkt, um so inniger durchdringt mich der Wunsch, daß Gott dasselbe bewahren möge vor jeglicher Trübsal, daß er es insbesondere behüten möge vor den Schrecknissen eines neuen blutigen Krieges. Und wenn ich heute das verhängnisvolle Wort ausspreche, so geschieht es nicht, weil ich den Krieg für nahe bevorstehend ansehe; aber — darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben — die Gefahr besteht, und sie wird so lange bestehen, als unsre westlichen Nachbarn sich nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß der durch den Friedensvertrag geschaffene Rechtszustand ein dauernder sei.

Diese Gefahr wird dann sofort uns gegenübertreten, wenn es einer unruhigen Minderheit gelingen sollte, das sonst so friedliche und arbeitssame Volk Frankreichs zu Entschlüssen fortzureißen, die uns nötigen würden, für unser gutes Recht mit aller Energie und mit der ganzen Macht des Reichs in die Schranken zu treten. Ist dem aber so, dann gewinnt jede öffentliche Kundgebung diesseits der Vogesen, dann gewinnen insbesondere die Wahlen erhöhte Bedeutung, zumal da dieselben der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen die Gelegenheit bieten, ihre friedliche Gesinnung zu betätigen und mitzuarbeiten an dem Werk der Erhaltung des Friedens. In der That wäre nichts mehr geeignet, den Frieden zu gefährden und die Kampflust jener erwähnten Minderheit anzufachen, als die Wahl von Männern, welche die Zweifel an der Dauer unsers Rechtszustandes teilen, oder solcher Männer, welche sich weigern, dem Deutschen

Reiche die Mittel zur dauernden Erhaltung eines starken Heeres zu gewähren. Während im Gegenteil die Wahl ruhiger, versöhnlicher Männer zur Klärung der Lage, zur Beruhigung der Gemüter und damit zur Sicherung des Friedens beitragen würde.

Es ist aber noch ein anderer Grund, der es mich im Interesse des Landes wünschen läßt, daß das versöhnliche Element bei den bevorstehenden Wahlen die Oberhand gewinne. Meine Herren! In jeder Session des Landesausschusses tritt das Verlangen hervor, es möchte Elsaß-Lothringen in staatsrechtlicher Beziehung den übrigen deutschen Staaten gleichgestellt werden. Noch in der jüngsten Zeit hat dieser Wunsch im Landesausschuß Ausdruck gefunden. Ich begreife diesen Wunsch, und ich teile ihn. Ich glaube auch, daß die Zeit kommen wird, wo derselbe in Erfüllung gehen kann; dann nämlich, wenn das Deutsche Reich — und ich meine damit nicht nur die verbündeten Regierungen, sondern auch die deutsche Nation — die Ueberzeugung gewinnen wird, daß Elsaß-Lothringen den bestehenden Rechtszustand rückhaltlos anerkennt, und wenn der Protest verschwindet.

In diesem Fall würde das Reich keinen Grund mehr haben, Elsaß-Lothringen die Gleichberechtigung vorzuenthalten.

Die Mitwirkung des Landes ist dabei nötig, und die bevorstehenden Wahlen werden Ihnen Gelegenheit geben, die Hindernisse, welche der Erreichung des gewünschten Zieles entgegenstehen, zu beseitigen.

Meine Herren! Ich habe Ihnen heute schon Gesagtes und Gehörtes wiederholt. Ich glaubte aber, daß es in dieser ernsten Zeit Pflicht des Statthalters ist, selbst mit seiner Meinung hervortreten. Ich gebe Ihnen diese Meinung. Nehmen Sie dieselbe auf als den Rat eines treuen Freundes!

Als treuer Freund dieses Landes trinke ich auf Elsaß-Lothringen und seine Vertreter.

An den Fürsten Bismarck.

Straßburg, 11. Februar 1887.

Die Besprechungen, welche in der letzten Zeit zwischen dem Ministerium für Elsaß-Lothringen und dem Generalkommando über einen Entwurf der Allerhöchsten Verordnung, betreffend die Erklärung des Kriegszustandes im Falle der Mobilmachung, stattgefunden haben und deren Resultat Eurer Durchlaucht durch das preussische Ministerium zugehen wird, haben mich zu der Frage geführt, welches in diesem Falle die Stellung des kaiserlichen Statthalters sein würde. Nach § 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 geht mit der Erklärung des Belagerungszustandes die vollziehende Gewalt an den Militärbefehlshaber über. Die Behörden haben dessen Anordnung

Folge zu leisten. Es fragt sich nun, ob die Stellung des kaiserlichen Statthalters mit einer solchen Unterordnung vereinbar ist. Würde diese Frage verneint, so würde ich gerade im Augenblick der Gefahr zur Untätigkeit verurteilt, was für mich äußerst peinlich wäre. Ich möchte deshalb an das schon so oft erprobte Wohlwollen Eurer Durchlaucht appellieren und ganz ergebenst bitten, in Erwägung ziehen zu wollen, in welcher Weise ich im Falle des Kriegs Verwendung finden könnte. Meines Erachtens wäre dies möglich dadurch, daß dem Statthalter für die Dauer des Kriegs die Funktionen eines Generalgouverneurs von Elsaß-Lothringen übertragen würden oder, wenn dies nicht tunlich ist, daß Seine Majestät geruhten, mich in das Große Hauptquartier zu berufen. Die Frage des mir zurzeit fehlenden militärischen Grades wäre ein Detail, das ohne Schwierigkeit erledigt werden könnte, allerdings aber nur dann, wenn Eure Durchlaucht für meine Wünsche einzutreten geneigt wären. Ohne eine solche mächtige Fürsprache würde ich bei der im Militärkabinett gegen mich herrschenden Stimmung keine Aussicht haben, dieselben in Erfüllung gehen zu sehen. Bezüglich der Wahlen in Elsaß-Lothringen habe ich Eurer Durchlaucht bei meiner Anwesenheit in Berlin berichtet, daß Herr Rablé sich in Straßburg nicht wieder aufstellen lassen wolle. Dies war damals richtig. Seitdem ist es aber den französischen Freunden Rablés gelungen, den todkranken, in Nizza weilenden Mann zu bestimmen, auf seiner Kandidatur zu beharren. Infolgedessen haben die gemäßigten Elsässer und die Deutschen in Straßburg wenig Aussicht, ihren Kandidaten, der noch nicht einmal gefunden ist, durchzubringen. Ueberhaupt haben die Befürchtungen vor dem Kriege, die in Deutschland günstig auf die Wahlen wirken, hier den entgegengesetzten Effekt, da der Elsaß-Lothringer meint, man könne nicht wissen, wie die Sache ausgehe, und da dürfe man sich nicht kompromittieren und tue am klügsten, die alten Abgeordneten zu wählen. Wir tun, was möglich ist, den Gegnern das Terrain streitig zu machen.

### Journal.

Straßburg, 15. Februar 1887.

Heute kam Monsieur de Lesébure hierher, nachdem er sich bei mir angemeldet hatte. Er ist auf dem Wege nach Rom und hat den Herren Flourens und Goblet mitgeteilt, daß er mich hier besuchen werde. Beide haben Lesébure beauftragt, mir zu erklären, daß es keinen Staatsmann in Frankreich gebe, der den Krieg wolle. Goblet insbesondere beauftragte Lesébure, mir zu sagen, „qu'un ministre qui voudrait faire la guerre, serait lapidé“. Ich erwiderte, daß ich daran nicht zweifelte und daß auch der Kaiser und Fürst Bismarck von den friedlichen Intentionen

der jetzigen Regierung überzeugt seien. Dessenungeachtet bestehe eine gewisse Beunruhigung, die mit den Revanchegedanken, die in Frankreich gehegt würden, zusammenhänge. Ich sagte ferner, ich hätte nie einen Franzosen gefunden, der die Revancheidee, d. h. den Gedanken an die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen, aufgegeben habe. In diesem Gedanken liege die Gefahr. Lefébure meinte dann, die französische Regierung habe den Frankfurter Friedensvertrag gewissenhaft gehalten und werde dies auch ferner tun. Die Zeit werde kommen, wo man sich daran gewöhnen werde. Herrn Lefébure schwebt als Ideal eine deutsch-französische Allianz vor. Er ist überzeugt, daß Fürst Bismarck diese zustande bringen könne. Ich unterließ es, ihn zu fragen, auf welche Bedingungen hin er sich die Allianz denke. Die beunruhigenden Gerüchte und die Hekereien gehen nach Lefébures Ansicht von England und Italien aus. Im Dezember hätte Waddington die beunruhigendsten Dinge aus London berichtet. Daß Italien, welches Nizza, Savoyen und die Provence haben wolle, zum Kriege treibe, sei natürlich. Das gehe so weit, daß man ihnen in Rom habe sagen lassen, Frankreich möge sich ja in acht nehmen, damit es nicht in ein zweites GmS, eine Falle wie 1870, hineingerate.

Was die russisch-französische Allianz betrifft, so sei man in Frankreich nicht geneigt, sich darauf einzulassen, auch sei nicht ernstlich davon die Rede gewesen, wenn auch zugegeben werden müsse, daß gewisse Kofetterien in Petersburg zugunsten Frankreichs vorgekommen seien. Goblet und Flourens ließen mich bitten, sie bei meinem nächsten Aufenthalt in Paris und zwar so bald wie möglich zu besuchen, um mir persönlich dieselben Versicherungen zu geben. Ich erwiderte, daß ich nicht die Absicht hätte, demnächst nach Paris zu gehen und daß ich stets vermieden hätte, die dortigen Staatsmänner zu besuchen, um mich nicht dem Verdacht aussetzen, daß ich mich in Dinge mische, die mich nichts angehen. Lefébure meinte darauf, Graf Münster sei von dem Wunsche der Minister benachrichtigt.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 18. Februar 1887.

Eurer Durchlaucht gefälliges Schreiben vom 12. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Was die Stellung des Statthalters in den Reichslanden bei etwaiger Proklamierung des Kriegszustands betrifft, so würde sie ungefähr derjenigen der meisten deutschen Bundesfürsten analog sein, welche ihre Militärhoheit auf den König von Preußen übertragen haben. Das heißt also: es würde sich in der Sachlage nichts ändern. Durch die Verleihung

eines militärischen Titels an Eure Durchlaucht würde Ihre Befugnis an sich nicht erweitert werden. Ich bin zum Beispiel General und würde in meiner dienstlichen Stellung bei Erklärung des Kriegszustands dadurch in keiner Weise berührt werden. Im Kriegsfalle werden die Verhältnisse Eurer Durchlaucht zu dem Militärkommando im Reichslande dieselben sein wie die jeder obersten Regierungsbehörde in den einzelnen Bundesstaaten. Die Handhabung der Militärbefugnisse würde ebensowenig in Ihre Hände übergehen, wie das bei regierenden Fürsten, Ministern oder Oberpräsidenten der Fall ist, welche Militäruniform zu tragen berechtigt sind. Zur Untätigkeit aber würden Eure Durchlaucht damit nicht verurteilt sein, wie auch ich es im gleichen Falle nicht bin, obschon auch meine Tätigkeit lediglich der vollziehenden Gewalt angehört, die dann auf das Militär übergeht. Auch die Aenderung des Titels in den eines Generalgouverneurs würde an den Attributionen des Statthalters nichts ändern, und eine Stellung innerhalb des aktiven Heeres würde weder dadurch noch durch Eure Durchlaucht Berufung in das Hauptquartier gewonnen, auch nicht durch Verleihung eines militärischen Grades. Ich besitze einen solchen, ohne daß es mir ein Recht zur Mitwirkung bei Handhabung des Belagerungszustands gewährt. Eine solche ist nur mit dem aktiven Militärbefehl an Ort und Stelle verbunden.

Diese und andre schwierige Fragen werden von Seiner Majestät vor Eintritt der Mobilmachung wohl überhaupt nicht gern erwogen werden.  
von Bismarck.

Aus einem Briefe des Fürsten vom 20. Februar 1887.

... Die Geistlichen scheuen sich hier so wenig um den Papst wie um Deutschland und arbeiten munter gegen das Septennat, wie denn der ganze Klerus hier leider französisch geblieben ist, nachdem man es gleich nach dem Krieg versäumt hat, die Seminare zu germanisieren. Jetzt würde das ohne Kulturkampf nicht möglich sein. Die Wahlen werden ohne Zweifel schlecht ausfallen.

Ämtliches Schreiben des Reichskanzlers an den Statthalter.

Berlin, 21. Februar 1887.

Seitens des Oberreichsanwalts ist mir berichtet worden, daß auf seine Veranlassung in Elsaß-Lothringen Hausfuchungen stattgefunden haben und dabei mehrere Personen verhaftet worden sind, bei denen sich teils Mitgliederkarten oder Medaillen der Patriotenliga, teils Schriftstücke vorfanden, welche die Mitgliedschaft wahrscheinlich machen.

Eurer Durchlaucht Einverständnis glaube ich sicher zu sein, wenn ich es als auffällig bezeichne, daß es erst eines persönlichen Einschreitens des Oberreichsanwalts bedurft hat, um diese Maßregeln zur Ausführung zu bringen. Die Tatsache, daß viele Elsässer Staatsangehörige der Patriotenliga angehörten, war, wie ich aus einem Schreiben des Herrn Staatssekretärs von Hofmann an Herrn Tessendorf vom 3. d. M. ersehe, den dortigen Behörden schon länger bekannt. Es ist mir unerfindlich, warum nicht nach dem Bekanntwerden derselben auf Grund der Gesetze und eventuell auf Grund des Diktaturparagraphen gegen die verdächtigen Personen polizeilich und strafrechtlich vorgegangen worden ist, da die Mitgliedschaft eines ausländischen Vereins, wie die Liga, zum gerichtlichen Einschreiten oder doch zur Ausweisung genügenden Anhalt bot.

Eurer Durchlaucht darf ich daher zur hochgeneigten Erwägung stellen, ob es nicht angezeigt sei, angesichts der Gefahren, welche im Kriegsfall der Mobilmachung und den Eisenbahnverbindungen durch inländische Feinde erwachsen können, dem Herrn Staatssekretär und der reichsländischen Staatsanwaltschaft wegen ihres passiven Verhaltens Vorhaltungen zu machen.

von Bismarck.

Aus einem Briefe des Fürsten vom 22. Februar 1887.

... Die Wahlen sind, wie erwartet wurde, schlecht ausgefallen, und es wird hier unter den deutschen Beamten viel darüber gesprochen, was geschehen müsse, um dem durch diesen französischen Gesinnungsausdruck beleidigten deutschen Nationalgefühl Satisfaktion zu verschaffen. So meint einer, man solle den Landesausschuß aufheben, der andre, man solle den Elsaß-Lothringern das Wahlrecht zum Reichstage nehmen. Der Reichskanzler schrieb einmal diesen Winter bei Gelegenheit einer Vorlage über das Wildschadengesetz, man müsse in Elsaß-Lothringen jede Willkür vermeiden. Ich glaube das auch und bin der Meinung, daß wir besser tun, gerecht, aber unerbittlich streng vorzugehen, aber Staatsstreiche zu vermeiden ...

### Journal.

Straßburg, 22. Februar 1887.

Gestern haben die Wahlen zum Reichstag stattgefunden. Ich erhielt die Resultate während unsers Balls im Statthalterpalais. Man hatte gehofft, daß wenigstens in Straßburg der Sieg auf deutscher Seite bleiben würde, allein Petri wurde durch Rablé geschlagen. Auch von außen kamen überall Nachrichten, daß die Protestkandidaten gesiegt hätten.

Unter den anwesenden höheren Beamten und Offizieren war große Aufregung. Man machte es Hofmann zum Vorwurf, daß er die Untersuchung gegen die Mitglieder der Patriotenliga habe einleiten lassen und dadurch die Gemüther verstimmt habe. Daß Hugo Bulach in Erstein durchgefallen, nahm man auch allgemein als eine Provokation, als eine der deutschen Nation angetane Schmach auf. Bäck und andre meinten, es müsse jetzt etwas geschehen, um dem verletzten deutschen Nationalgefühl Satisfaktion zu geben. Bäck insbesondere riet, den Landesauschuß zu suspendieren. Hofmann, den ich heute darüber sprach, will davon nichts wissen. Er riet dazu, den Bürgermeister von Mülhausen zu veranlassen, seine Entlassung zu geben.

Nachmittags bekam ich heute das Schreiben von Bismarck, in welchem er sich darüber beschwert, daß die elsass-lothringische Regierung nicht früher von der Teilnahme vieler Elsässer an der Patriotenliga Notiz genommen habe.

An den Fürsten Bismarck.

Straßburg, 5. März 1887.

Eurer Durchlaucht habe ich mir erlaubt Abschrift des an Seine Majestät erstatteten Berichts über den Ausfall der Wahlen in Elsaß-Lothringen zu übersenden. Ich unterlasse es, mich über die Ursachen zu verbreiten, welche das ungünstige Wahlergebnis herbeigeführt haben. Sie sind Eurer Durchlaucht bekannt. Auch werde ich Gelegenheit haben, weitere Aufklärung mündlich zu geben. Die öffentliche Meinung in Deutschland und die eingewanderten Deutschen im Reichsland machen; wie dies im ersten Augenblick der Aufregung begreiflich ist, vorzugsweise die Regierung des Reichslands für das Ergebnis der Wahlen verantwortlich. Ob und wie weit der Verwaltung die ganze Verantwortung zur Last zu legen ist, will ich jetzt nicht entscheiden. In einem Punkte glaube ich aber nicht zu irren, nämlich in der Ueberzeugung, daß die Maßregeln, welche nunmehr zu ergreifen sind, und das System, welches jetzt befolgt werden muß, mit dem bisherigen Staatssekretär nicht durchgeführt werden kann. Ich traue ihm weder den nötigen Takt noch die Fähigkeit zu, um an der richtigen Stelle die erforderliche Energie anzuwenden, und glaube auch, daß die Beamten des Reichslands ihm nicht den Grad des Vertrauens entgegenbringen, der gefordert werden muß, wenn der eingeschlagene Weg zum guten Ziele führen soll. Ich habe Herrn von Hofmann deshalb meinen Entschluß, eine Aenderung in der Stelle des Staatssekretärs vorzunehmen, mitgeteilt. Er hat sich für die Entscheidung der Frage, ob er seine Entlassung selbst einreichen oder dieselbe abwarten soll, Bedenkzeit erbeten. Unterdessen bitte ich Eure Durchlaucht ganz ergebenst, mir einen

Beamten aus der preußischen Beamtenkategorie mit preußischer Tradition bezeichnen zu wollen, den ich Seiner Majestät in Vorschlag bringen könnte. Unter den hiesigen Beamten der preußischen Schule scheint mir Unterstaatssekretär von Puttkamer in erster Linie zur Nachfolge geeignet. Sobald Eure Durchlaucht mir Ihr Einverständnis mit meiner Auffassung kundzugeben die Güte haben, werde ich die betreffenden Anträge bei Seiner Majestät stellen.

### Journal.

Berlin, 19. März 1887.

Als ich vorgestern Abend hier ankam, erhielt ich einen Brief von Viktor, der mir sagte, er könne wegen der kaiserlichen Soiree erst spät zu mir kommen, habe mir aber Wichtiges mitzuteilen. Ich erwartete ihn also. Um 1/2 12 Uhr kam er und sagte mir, es bestehe der Plan, eine durchgreifende Veränderung in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen vorzunehmen, und von seiten der Generale werde stark gegen mich agitiert. Der Plan sei noch abzuwenden, es sei aber nötig, daß ich meine Maßregeln ergriffe und dem Reichskanzler Vorschläge mache, die ihn in den Stand setzen, dem Anstürmen der Militärs entgegenzutreten. Man spreche von einer Teilung von Elsaß-Lothringen, wo ein Teil an Baden, ein Teil an Bayern und Lothringen an Preußen kommen solle. Viktor riet mir, mit Miquel zu sprechen, der mir die beste Auskunft erteilen könne, da er eine lange Unterredung mit Bismarck gehabt habe. Am andern Morgen kam Bock, dessen Mitteilungen nicht besonders günstig lauteten. Ich ging mit ihm zu Miquel, der mir sagte, daß das Projekt der Teilung unausführbar sei. Im übrigen erwarte man aber Vorschläge von mir. Ich sprach diese mit ihm durch, und er schien ziemlich einverstanden.

Im Auswärtigen Amt hörte ich, daß der Reichskanzler mir nicht günstig gestimmt sei, daß man aber einsehe, daß ich für die bisherige Politik in den Reichslanden nicht verantwortlich gemacht werden könne. Um 3 Uhr ging ich zu Wilmowski, der mich sehr liebenswürdig empfing, Hofmann bedauert, aber mein Urteil über ihn teilt. Was die Projekte und Personen betrifft, so möge ich vor allem mit dem Reichskanzler sprechen. Hofmanns Entlassung ist unterzeichnet, soll aber erst abgehen, wenn ich ihm Nachricht gebe. Wilmowski ist auch gegen die Teilung. Aber die Gefahr für mich liegt in dem Gedanken, die Verwaltung wieder nach Berlin zu ziehen. Ich begegnete Rottenburg, den ich bat, mich bei Bismarck zu melden. Abends bei Viktor zum Diner. Dann bei der Kaiserin, die sich freute, mich so guten Muts und nicht deprimiert zu finden. Ich sagte, ich hätte keinen Grund dazu und würde meine Pflicht weiter tun, wenn man mich behalte. Die Frage der Teilung bezeichnete

sie als Zeitungsgerede. Der Kaiser, den ich nachher unten beim Tee fand, war liebenswürdig wie immer.

Heute Morgen kam Herr von Mayr<sup>1)</sup> und berichtete, er sei gestern von Bismarck empfangen worden, der ihm gesagt habe, er könne der Strömung nicht widerstehen und werde radikale Aenderungen in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen in Vorschlag bringen müssen, als da seien Abschaffung des Statthaltergesetzes von 1879, Oberpräsident und Leitung der Verwaltung von Berlin aus. Mayr besprach die Sache ganz gemüthlich und schien vergnügt. Friedberg, den ich dann im Herrenhause aufsuchte, hielt die Sache noch keineswegs für ausgemacht und sagte, ich möge nur abwarten, was mir der Reichskanzler sagen werde. Dabei äußerte er sein Mißtrauen gegen Mayr, der gar nichts beim Reichskanzler zu tun habe und der nur mamschen wolle.

Dementsprechend verhielt ich mich bei meiner Unterredung mit dem Fürsten abwartend. Der Fürst sprach erst von der Entlassung Hofmanns, meinte, daß dies eigentlich nicht seine Sache sei und daß Hofmann dem Kaiser und mir Rechenschaft zu geben habe. Ich erwiderte, daß ich Hofmann den ersten Brief des Fürsten gezeigt hätte, in welchem er mir anheimstellte, Hofmann wegen seiner Unterlassungen in der Frage der Patriotenliga Vorhaltungen zu machen. Das habe Hofmann schon veranlaßt zu erklären, er sei bereit zu gehen, wenn mir sein Bleiben Schwierigkeiten bereite. Damals hätte ich dies abgelehnt. Weitere Mittheilungen von hier hätten mich aber veranlaßt, Hofmann zu sagen, daß es nun Zeit sein werde, seine Entlassung zu geben. Darauf ließ der Fürst den Gegenstand fallen und ging zu den Maßregeln über, die nun zu ergreifen seien. Wir verglichen die Noten, die der Fürst gemacht hatte, mit den meinigen, und es fand sich ziemliche Uebereinstimmung.

Als leitender Grundsatz wurde anerkannt, daß keine Aenderungen an den die Verwaltung von Elsaß-Lothringen regelnden Gesetzen zu machen seien, also nicht Aufhebung des Wahlrechts zum Reichstage, nicht Suspendierung oder Aufhebung des Landesausschusses, aber dessen Lahmlegung durch Vorlage der Gesetze an den Reichstag. Daran möge man sofort gehen und dem Reichstage vorlegen: das Grundbuchgesetz, die noch einzuführenden Teile der Gewerbeordnung, die für höhere Töchter Schulen zu fordernden Bewilligungen, vielleicht auch ein Gesetz über die Wiedereinführung des früheren Jagdgesetzes, ein Gesetz über die Aufhebung von Jagdpachtverträgen, endlich das Pensionsgesetz.

In bezug auf die Sicherheit des Landes wurde verabredet:

1. die Auflösung der Vereinsverbände,

---

<sup>1)</sup> Unterstaatssekretär der Ministerialabteilung der Finanzen.

2. ein Erlaß betreffend die Aufenthaltserlaubnis für französische Offiziere und Franzosen im allgemeinen,
3. Ausweisung aller Agitatoren, seien es Ausländer oder Inländer,
4. Regelung des Paßwesens,
5. Einführung einer politischen Polizei,
6. keine Modifikation der Gemeindegesetzgebung, aber Abschaffung der Bestimmung, durch welche die Ernennung der Bürgermeister von der Wahl in den Gemeinderat abhängig gemacht wird,
7. neue Kreiseinteilung,
8. Unterdrückung und Verbot gefährlicher Zeitungen, Ausschluß französischer Blätter, sofern dies nötig ist, Verbot der Jagdverpachtungen an Ausländer.

Was die französische Erziehung der Geistlichen betrifft, so ist der Kanzler bereit, seine guten Dienste in Rom geltend zu machen.

Einen Staatssekretär hält der Reichskanzler für überflüssig, Puttkamer hat er anfangs für geeignet gehalten, ist aber davon zurückgekommen. Er ist ihm zu liberal und nicht energisch genug. Für das Innere soll ich wählen, wen ich will.

Auf meine Bemerkung, daß ich geglaubt hätte, er wolle den Statthalter abschaffen, holte er einen Gesetzentwurf, der ihm vorgeschlagen worden sei, den er aber im Ministerrat bekämpfen werde. Darin ist allerdings der Statthalter abgeschafft, ein Oberpräsident eingesetzt und die Leitung wieder nach Berlin verlegt. Das will er nicht. Er bat mich, ihm eine Aufzeichnung unsrer Unterredung und der dabei besprochenen Maßregeln zu machen, „wodurch er in den Stand gesetzt werde, den fraglichen Gesetzentwurf im Ministerrat zu bekämpfen“. Dies tat ich dann mit Backs Hilfe.

Am 20. meldete ich mich beim Kaiser zum Vortrag. Die russischen Großfürsten waren angekommen, trotzdem empfing er mich (in russischer Uniform). Ich meldete ihm das Resultat meiner Unterredung mit dem Reichskanzler, was ihm sehr angenehm war. Er sagte dann: „Der Fürst hat mir von dem Teilungsprojekt und von der Aufhebung der Statthaltschaft gesprochen. Ich habe mich aber entschieden dagegen erklärt. Das hat ja gar keinen Namen, jetzt auf einmal alles wieder umzustürzen, bloß weil die Wahlen schlecht ausgefallen sind.“ Er war sichtlich erregt. Ich dankte selbstverständlich von Herzen.

An den Reichskanzler.

Berlin, 20. März 1887.

In der Unterredung vom 19. d. M. sprachen Eure Durchlaucht sich gegen die Veränderungen aus, welche ein Ihnen vorliegender Gesetz-

entwurf betreffend die Verwaltung von Elsaß-Lothringen in Vorschlag bringt, und Eure Durchlaucht hatten die Güte, mir zu sagen, daß Sie diesen Entwurf bekämpfen würden. Ich bin Eurer Durchlaucht für den Beweis des Vertrauens, den ich in dieser Aeußerung erblicke, zu aufrichtigem Danke verpflichtet und werde mich bemühen, dasselbe zu rechtfertigen. Dies ist aber nur unter der Voraussetzung möglich, daß ich mit ungemindertem Ansehen nach Straßburg zurückkehre und daß die Statthalterschaft nicht in einer Weise beschränkt wird, die den Träger dieses Amtes als bloßen Figuranten erscheinen läßt. Meines Erachtens kann daraus kein Nachteil entstehen, wenn Projekte, welche auf die Umgestaltung der Verwaltung im Wege der Gesetzgebung abzielen, so lange vertagt werden, bis der Versuch einer neuen, durch tüchtige Kräfte verstärkten Verwaltung gemacht ist und die Vereinfachung der Verwaltung im Verwaltungswege erfolgt ist. Von diesem Gesichtspunkte aus halte ich es für unerläßlich, daß die vierte Abteilung des Ministeriums aufgehoben werde und daß Bürgermeister Bock die Verwaltung des Innern übernehme. Die Entfernung Mayrs muß ich mit Rücksicht auf die Stimmung, die im Reichslande gegen ihn herrscht, als eine Notwendigkeit bezeichnen. Ergibt sich auf dem neu einzuschlagenden Wege das Bedürfnis, Aenderungen durch Gesetz eintreten zu lassen, so wird wohl die Hoffnung nicht als eine unbillige erscheinen, daß es mir gestattet werde, die als notwendig erkannten Veränderungen nach eingehender Beratung mit Männern, welche die Verhältnisse des Landes kennen, selbst in Vorschlag zu bringen. Die Entscheidung der Frage betreffend Aufhebung des Postens des Staatssekretärs könnte während dieser Zeit vertagt werden.

Was den näheren Verkehr zwischen den Zentralstellen des Reichs und der Verwaltung des Reichslands betrifft, den man hier als wünschenswert bezeichnet, so darf ich darauf hinweisen, daß die Vorlage von Gesetzen für das Reichsland an den Reichstag beabsichtigt ist, wobei denn der regelmäßige persönliche Verkehr der Verwaltung von Elsaß-Lothringen mit den Zentralstellen des Reichs sich von selbst ergeben und die Gefahr einer Reibung sich vermindern wird, welche die Einrichtung eines besonderen Regierungsorgans für das Reichsland in Berlin mit sich bringen würde.

### Journal.

Berlin, 27. März 1887.

Gestern war ich Morgens lange bei Gofler, der mit mir die elsass-lothringischen Dinge unbefangen besprach. Er empfahl mir als Staatssekretär entweder Handjery oder Studt. Letzterer soll ein ganz ehrenhafter Mann sein. Wenn Bock das Innere bekommt und Studt die Finanzen,

so habe ich zwei mir ergebene Leute, und das Ministerium ist ganz aus preußischen Beamten zusammengesetzt. Handjery wäre zu vermeiden, da er leicht auf den Gedanken kommen könnte, einmal selbst Statthalter zu werden. Nachmittags Besprechungen mit verschiedenen Herren.

Heute war ich um 10 Uhr bei Bleichröder, der mit Bötticher gesprochen hatte. Bötticher hat noch kein bestimmtes Projekt. Er will aber die Regierung hierher ziehen und den Statthalter als Figuranten dort lassen. Dies hat Bleichröder als für mich unannehmbar bezeichnet. Ich teilte Bleichröder den Inhalt meines Briefes an Bismarck mit, und er versprach, in gleichem Sinne zu reden. Er riet, den Staatssekretärsposten wieder zu besetzen und meint, Puttkamer solle man nehmen, um die National-liberalen nicht zu indisponieren. Er will versuchen, den Kanzler in dieser Beziehung umzustimmen.

Bach kam um 12 Uhr und erzählte, daß Verdy, der Abends bei Bötticher gewesen war, ihm dieselben Nachrichten wie die Bleichröders gegeben hatte. Dabei hat Verdy die sonderbare Bemerkung hingeworfen, daß ja jetzt ein Botschafterposten in Rom frei sei, wo man mich verwenden könne!

29. März.

Gestern früh war ich bei Wilmowski, Bleichröder und Holstein, um mich zu erkundigen, wie es im Ministerrat gegangen. Sie wußten aber nichts; ich war deshalb genötigt, zu Friedberg zu gehen, der mir erzählte, im Ministerrat sei die Sache von Elsaß-Lothringen beraten worden. Der Reichskanzler habe von meiner Aufzeichnung und von meinem Brief gesprochen. Die Debatte scheint teilweise gegen mich gewesen zu sein. Schließlich hat der Reichskanzler den Minister Bötticher beauftragt, er solle einmal einen Gesetzentwurf ausarbeiten. Friedberg riet mir, dem Kanzler zu schreiben und ihm zu sagen, daß ich die Personalveränderungen vornehmen würde.

Ich hatte dann eine längere Unterredung mit Puttkamer,<sup>1)</sup> den ich über Studt fragte, worauf er mir denselben dringend empfahl. Abends mit Marquardsen gegessen, dann mit ihm in eine Vorlesung über Guinea, wo ich mit dem Schlaf kämpfte, und dann in die Kneipe der National-liberalen, die mich sehr freundlich empfingen. Ich sprach mit Bennigsen, der mir riet, ja nicht darauf einzugehen, daß die Regierung zwischen hier und Straßburg geteilt werde. Ebenso war er mit mir einverstanden, daß ich mich nicht mit verminderten Attributionen in Straßburg halten könne, als bloßer Dinergeber.

<sup>1)</sup> Dem preußischen Minister des Innern.

Heute bei Bleichröder, wo ich nichts erfuhr, als daß Bleichröder den Krieg mit Rußland als gewiß annimmt, wenn der Kaiser Wilhelm stirbt. Mein Plan ist nun folgender:

Erstens zu Wilmowski, ihm sagen, daß ich die Personalveränderungen dem Kaiser vorschlagen werde.

Zweitens Audienz beim Kaiser, ihm die Vorschläge machen und bitten, daß er mir Zeit läßt und daß er die Gesetzesvorlage nicht annehme.

Drittens an Puttkamer im Augenblick vor der Audienz den Brief wegen Studt abschicken.

Viertens, nach der Audienz zu Puttkamer fahren und ihm sagen, was ich mit dem Kaiser ausgemacht habe.

Fünftens, den Brief an Bismarck abschicken.

Den 30. Abends erfuhr ich bei der Kaiserin durch den Großherzog, daß der Kaiser mich noch nicht werde empfangen können, da er zu unwohl sei. Auch heute ist dies der Fall, ich muß also warten.

Um 12 Uhr war ich bei dem Kronprinzen, der wenig sprach, da er noch immer heiser ist, der mich aber aufforderte, ihm ausführlich Bericht abzustatten über meine hiesigen Erlebnisse. Ich tat dies. Er hörte mit großem Interesse zu, lächelte mitunter oder schüttelte den Kopf und sagte dann, ob ich wünsche, daß er etwas tue. Ich lehnte dies dankend ab, behielt mir aber vor, ihn um Hilfe zu rufen, wenn dies nötig sei. Er sagte: „Ich höre nichts. Ich erfahre alles nur durch die Zeitungen, und dabei ist der Kaiser neunzig Jahre alt!“

Am 31. früh bei Wilmowski, nachdem ich das Telegramm über das Extrablatt der „Post“ erhalten hatte.<sup>1)</sup> Ich sagte ihm, man spreche so viel von Aenderungen in Elsaß-Lothringen, daß dadurch die Autorität der Regierung gefährdet werde. Ob der Gesetzentwurf, der jetzt beraten wird, angenommen werde oder nicht, jedenfalls müsse die Regierung fortgeführt werden. Das sei aber nur dann möglich, wenn meine Autorität gegenüber den Beamten und den Einwohnern nicht erschüttert werde. Räme ich jetzt zurück, um mit denselben Männern fortzuregieren, ohne Ersatz für Hofmann u. s. w., so werde man mich als einen kranken Mann betrachten. Wenn ich aber Studts und Bocks Ernennung mitbrächte, Mayr und Ledderhose<sup>2)</sup> entlassen würden, so würde dies zeigen, daß ich noch etwas zu sagen habe. An meiner Berechtigung dazu sei nicht zu zweifeln. Der Reichskanzler habe mir freie Hand gelassen. Puttkamer

<sup>1)</sup> Ein Extrablatt der „Straßburger Post“ hatte die Aufhebung der Statthalterschaft, des Ministeriums und des Landesausschusses als bevorstehend verkündigt.

<sup>2)</sup> Unterstaatssekretär der Ministerialabteilung für öffentliche Arbeiten.

stimme zu. Tatsächlich läge die Sache so, daß Rottenburg und Bötticher mich verdrängen, Berlepsch zum Oberpräsidenten machen und die Regierung nach Berlin ziehen wollten. Da der Kaiser den direkten Antrag auf Aufhebung des Statthalterpostens abgelehnt habe, so seien sie bemüht, mir die Ädern abzubinden, indem sie die Befugnisse der Statthalterschaft vermindern, einen Teil nach Berlin zum Reichsamt des Innern ziehen und mich verhindern, brauchbare Persönlichkeiten an die Stelle von unbrauchbaren zu setzen. Ich müsse deshalb dem Kaiser meine Vorschläge direkt vorlegen. Was die Veränderungen auf gesetzlichem Wege anlange, zum Beispiel die angestrebte Zentralisation in Berlin, so würde ich Seine Majestät bitten, mich wenigstens Jahr und Tag den Versuch machen zu lassen und die auf Aenderung der Verwaltung abzielenden Gesetzesvorschläge abzulehnen. Wilmowski war mit allem einverstanden und auch damit, daß ich dem Kaiser die Sache selbst vorlege. Ich ging nun nach dem Palais, hörte aber, daß mich der Kaiser an diesem Tage nicht werde empfangen können, da schon der Kriegsminister Vortrag habe. Ich würde den folgenden Tag bestellt werden. Ich mußte also warten. Das war nun sehr peinlich, da es immerhin möglich war, daß mich der Kaiser auch den folgenden Tag nicht werde empfangen können. Dann war mein Plan sehr gefährdet, da alles darauf ankam, einen Coup de surprise auszuführen.

Am 1. April schickte ich Morgens Thaden ins Palais, der mir die Nachricht brachte, der Kaiser sei wohl und werde mich empfangen. Ich wartete bis Mittag und erhielt dann die Nachricht, daß der Kaiser mich um 1 $\frac{1}{4}$  Uhr empfangen werde. Ich ging hin, nahm die Reinschriften mit und fand den Kaiser etwas schwach, aber ganz munter. Ich trug ihm die Sache vor, wie ich sie Wilmowski gesagt hatte. Der Kaiser hörte aufmerksam zu, wiederholte, daß er noch immer daran festhalte, den Statthalter nicht aufzugeben. Dann fragte er mich, ob denn der Reichskanzler mit den Vorschlägen einverstanden sei. Ich erwiderte, dieser habe mir freie Hand gelassen. Ich besprach die einzelnen Personalveränderungen, und der Kaiser fragte dann, ob ich die Reinschriften bei mir hätte; als ich dies bejahte, sagte er: „Da kann ich ja gleich unterschreiben.“

Ich legte ihm alles vor und er schrieb viermal seinen Namen. Damit hatte ich gewonnenes Spiel. Nun fuhr ich beruhigt nach Hause. Hier kam bald der Großherzog von Baden, um mir zu erzählen, was er mit Bismarck den Tag vorher gesprochen hatte. Bismarck sei gegen eine Veränderung in Elsaß-Lothringen, gegen die Aufhebung des Statthalters, gegen die Verlegung der Regierung nach Berlin. Er habe nur zugestimmt, daß ein Gesetzentwurf ausgearbeitet werde, weil er nicht mit den Ministern habe streiten wollen, die mit Ausnahme von Friedberg gegen die Statt-

halterei find. Der Großherzog hat aber den Eindruck gewonnen, daß Bismarck schließlich die Sache werde im Sande verlaufen lassen. Daß ich Mayr wegtue, lobte er sehr. In derselben Weise sprach auch Fischer von der „Kölnischen Zeitung“, der fest überzeugt ist, daß Mayr hier gegen mich gearbeitet hat.

### Tischrede bei dem Diner des Oberkonsistoriums der Kirche Augsburgischer Konfession Mai 1887.

Der Herr Präsident hat in beredten Worten das Wohl Seiner Majestät des Kaisers ausgebracht und dabei auch meiner gedacht, und ich will nicht unterlassen, seine Worte zu erwidern, ihm dafür meinen Dank auszusprechen und den Beratungen des Oberkonsistoriums den besten Fortgang zu wünschen.

Ich darf hier wohl des Gedrucks Erwähnung tun, den ich stets empfangen, wenn ich in den Räumen des Thomas-Stifts mich umgeben sehe von den Vertretern der elsässischen Kirche Augsburgischer Konfession. Der Eindruck, der mich erfaßt, ist die Erinnerung an die großen Theologen, die aus dem Elsaß hervorgegangen sind — und ich mache keinen Unterschied zwischen den Theologen vor und nach der Reformation, keinen Unterschied zwischen einem Tauler und Geiler von Kaysersberg und Spener und seinen Zeitgenossen. Denn das gemeinschaftliche Charakteristische dieser Theologen liegt darin, daß sie den Geist des praktischen Christentums zu pflegen wußten und daß sie diesen Geist erhoben, die einen über die Scholastik des Mittelalters, die andern über die Zänkereien der Theologen nach der Reformation. Diesen Geist haben sie hinübergetragen über den Rhein und Samen ausgesät, der reiche Frucht getragen und ein Band der Dankbarkeit und Sympathie geknüpft hat, das, bewußt und unbewußt, fortlebt bis auf die neuere Zeit. Dieses Band mag auch nicht ohne Einfluß geblieben sein auf die Hoffnungen, die uns im Jahre 1870 bewegten und die in der jüngsten Zeit von ungeduldigen Seelen als eitel bezeichnet wurden. Ich halte fest an diesen Hoffnungen, und ich denke, auch Sie, meine Herren, tun dies und werden mitwirken an deren Verwirklichung.

### Aus einer Ansprache in Buchsweiler bei der Fahnenweihe des Kriegervereins 5. Juni 1887.

Der Herr Bürgermeister hat mir und den Gästen in seinem und seiner Mitbürger Namen freundliche Worte der Begrüßung gewidmet. Er hat die Zeichen sympathischer Gesinnung, die mir am Weichbilde dieser Stadt entgegengebracht wurden, in Worte übersetzt, für die ich ihm meinen und

der Gäste herzlichen Dank sage. Diese Zeichen sympathischer Gesinnung sind mir wohlthuend, wenn sie mich auch nicht überraschen. Weiß ich doch, daß Buchsweiler, daß das Hanauer Land bis in die neuere Zeit in engerer Verbindung mit Altdeutschland gestanden hat. Da hat sich denn wohl deutsche Gesinnung erhalten. Diese Zeichen sind mir wohlthuend gewesen in einer Zeit, wo hierzulande Unruhe und Zweifel die Gemüter durchziehen. Ich benutze deshalb die heute gebotene Gelegenheit zu einem offenen Wort. Wir haben seinerzeit Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reich vereinigt unter der allseitigen Zustimmung der deutschen Nation, weil die Erfahrung von Jahrhunderten uns zwang, unsre westliche Grenze zu sichern. Sobald nun die Lage Europas gefährdend wird oder gefährdend zu werden scheint, tritt die Frage an uns heran, ob diese Grenze wirklich gesichert sei. Dies legt der Regierung des Landes Pflichten auf, die sie erfüllen muß. Ich denke aber nicht daran, in dieser Tätigkeit für die Sicherheit des Landes die einzige Aufgabe der Regierung zu erblicken. Unsre Aufgabe ist größer, sie umfaßt ein weites Feld fruchtbringender Tätigkeit in geistiger und materieller Beziehung. Diese Aufgabe wird die Regierung zu lösen bemüht sein. Sie rechnet dabei auf die vertrauensvolle Mitwirkung der Bevölkerung. Diesem gegenseitigen Vertrauen, dieser gemeinsamen Tätigkeit gilt mein Trinkspruch.

### Journal.

Straßburg, 11. Juni 1887.

Graf Leusse aus Reichshofen kam vor einigen Tagen zum Frühstück. Er erzählte von der Entrevue des Kronprinzen mit dem Grafen von Paris in dem italienischen Seebad im vergangenen Herbst und behauptete, man habe dort sehr wichtige Dinge besprochen und die Eventualität der Rückkehr der Orleans auf den französischen Thron beraten. Der Graf von Paris habe ihn nun, als er erfahren, daß Leusse hierher gehe, beauftragt, mir zu sagen, daß der Prinz nicht daran denke, Abmachungen mit dem Kronprinzen hinter dem Rücken des Reichskanzlers zu machen. Er wisse sehr wohl, daß es nicht möglich sei, eine politische Aktion gegen den Willen des Reichskanzlers durchzuführen. Da er nun wisse, daß der Fürst der Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich nicht geneigt sei, so werde der Graf von Paris warten, bis etwa der Fürst seine Ansicht geändert haben und zu der Ueberzeugung gekommen sein werde, daß man mit der Republik in Frankreich ein Ende machen müsse. Der Graf von Paris bittet nun, ihn zu benachrichtigen, wenn dieser Zeitpunkt gekommen sein werde. Seine Organisation sei vollendet, um die Restauration durchzusetzen.

## Ansprache in Rappoltzweiler am 22. Juni 1887.

Ich habe Glück gehabt, seit ich meine Wanderungen durch das Land begonnen habe. Am ersten Tage meiner Ausflüge verschwanden die Wolken, und heller Sonnenschein zog über das Land herauf und hat mich bis heute begleitet. Ich sehe darin eine gute Vorbedeutung und hoffe, daß auch die Wolken am politischen Himmel sich zerstreuen und daß auch in dieser Beziehung Sonnenschein über das Land kommen und Friede in die Gemüter einziehen möge. Was an mir liegt, um dies herbeizuführen, werde ich tun. Ich bedarf aber bei meinen Bestrebungen des Vertrauens der Bevölkerung. Nur wenn dieses mir zur Seite steht, habe ich die Macht, die Interessen von Elsaß-Lothringen nach allen Richtungen hin zu vertreten. Der freundliche Empfang, der mir in dieser Stadt zuteil geworden, und die Worte des Vertrauens, mit welchen mich der Herr Bürgermeister begrüßt hat, sind mir deshalb von großem Wert.

## Journal.

Straßburg, 1. Juli 1887.

Schon vor einiger Zeit hatte mir Studt<sup>1)</sup> mitgeteilt, daß man in Berlin die weitere Vereinfachung der Verwaltung in Elsaß-Lothringen für nötig halte. Gestern gab er mir ein Memoire, in welchem die ihm in Berlin inspirierten Gedanken dargelegt sind. Danach soll die Justizabteilung mit der ersten Abteilung verbunden und Handel und Gewerbe an die Finanzabteilung abgegeben werden, und es würden nur ein Staatssekretär und ein Unterstaatssekretär bleiben. Puttkamer müßte dann Präsident<sup>2)</sup> in Kolmar und Erzzellenz werden und sein Gehalt behalten. Abgesehen nun davon, daß die Geschäfte für den Staatssekretär, der das Innere und die Justiz hätte, sehr zahlreich werden würden, kommt in Betracht, daß ich dem Landesausschuß gegenüber mit Bock und Studt nicht gut bedient wäre. Studt ist kein Redner und Bock kann dem Landesausschuß nicht die Spitze bieten. Auch im Bundesrate hat Puttkamer eine Stellung, die durch die beiden andern nicht ausgefüllt werden würde. Studt sagt, dieses Vereinfachungsprojekt werde meine Stellung hier und in Berlin befestigen. Das ist möglich. Vielleicht werde ich den Beifall Böttichers und Friedbergs damit gewinnen. Wenn aber die Regierung sich blamiert, so werden Bötticher und Genossen die ersten sein, den Stein auf mich zu werfen. Wenn ich einen gescheiten Mann wie Puttkamer zur Seite habe, kann ich den Herren in Berlin besser entgegentreten. Wenn

1) Seit dem 1. April Unterstaatssekretär der Ministerialabteilung des Innern.

2) Des Oberlandesgerichts.

aber die Regierung hier nach und nach abgebröckelt ist, wird es den Herren in Berlin leicht werden, das ganze Gebäude über den Haufen zu werfen. Ich denke also, die Sache beim alten zu lassen, Puttkamer die Vertretung des Staatssekretärs zu übertragen und jedenfalls den Winter abzuwarten. Puttkamer ist gescheit, redefertig, mit den hiesigen Verhältnissen vertraut und mir so weit ergeben, als es in seinem Interesse liegt, besonders wenn er die Aussicht hat, mit der Zeit Staatssekretär zu werden.

Ems, 6. Juli 1887.

Gestern in Koblenz bei der Kaiserin zum Frühstück. Dann zum Diner mit Alexander und Thaden und Abends zum Tee. Die Kaiserin war wohlwollend wie immer. Prinz Hermann von Weimar erzählte viel von London, so daß beim Tee die Kaiserin nicht zum Wort kommen konnte. Abends fuhren wir noch vom Tee direkt zur Bahn und waren um 11 Uhr hier.

Heute Morgen Badepromenade. Dann Frühstück auf dem Pilz mit Prinz Wilhelm, Prinz Nikolaus von Nassau, Perponcher, Reischach und andern. Die Meldungen wurden gemacht und dann Karten ausgetragen durch Thaden und Alexander. Ich ging unterdessen mit Radolinski spazieren, der mir heute Nachrichten vom Kronprinzen brachte. Mackenzie scheint doch recht gehabt zu haben. In Berlin wollten die Aerzte operieren. Mackenzie kam im letzten Augenblick auf Wunsch der Berliner Aerzte und verhinderte die Operation. Bismarck hatte sich zum Kaiser begeben und gegen die Operation gesprochen. Teilnahmlosigkeit des alten Herrn, auch des Hofes, d. h. der Umgebung. Prinz Wilhelm wollte die Vertretung in London haben und war dann mißgestimmt, als der Kronprinz selbst ging. Es gibt Leute, die den Prinzen Wilhelm als Nachfolger vorzögen und die wahrscheinlich heken. Der Reichskanzler ist für den Kronprinzen. Hoffentlich wird er wieder gesund; denn Prinz Wilhelm ist noch zu jung.

Mit Wilmowski sprach ich über Puttkamer. Er riet entschieden ab, ihn jetzt wegzutun. Ich soll in Berlin sagen, daß ich seine Erfahrung und sein Talent noch nicht entbehren kann und ihn vorläufig behalten muß. Er wundert sich, daß Bismarck jetzt gegen Puttkamer ist und begreift es nicht. Wahrscheinlich will man in Berlin, daß ich mich blamiere. Wilmowski hält Studt für einen sicheren und guten Beamten. Um 3 Uhr war ich beim Kaiser. Ich fand ihn zwar schwach auf den Beinen, aber von gutem Aussehen und geistig frisch. Er sprach von den Verurteilungen in Leipzig,<sup>1)</sup> von der Aufregung, die das in Frankreich hervorgerufen habe

<sup>1)</sup> Mehrere im Elsaß lebende Mitglieder der Patriotenliga waren am 18. Juni wegen Vorbereitungs-handlungen zum Hochverrat verurteilt worden.

und meinte: „Das sind recht schlimme Nachbarn.“ Ich erzählte dann über die Stimmung im Elsaß. Er fragte, ob ich mit den von mir gewählten Beamten zufrieden sei, sagte, daß Studt ihm gefallen habe, und war mit mir einverstanden, als ich ihm sagte, daß ich Puttkamer nicht beseitigen würde. Doch ging er darauf nicht sehr tief ein. Was meine Reise nach Frankreich betrifft, so meinte er, ich würde wohl besser tun, noch zu warten. Dann erzählte er von Paris, von seinem Aufenthalt 1814 und 1815, von seinem Diner bei der Kaiserin Josephine in Malmaison und andres. Am Schluß dankte ich ihm noch herzlich für alle Gnade, die er in diesem Frühjahr für mich gehabt hat. Das nahm er sehr gut auf und sagte, er freue sich, zu sehen, daß ich meine Aufgabe so ernst nehme und so vortrefflich zu lösen verstehe. Dann sagte er: „Grüßen Sie die Fürstin!“

### Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Barzin, 9. August 1887.

Aus dem mir durch den Unterstaatssekretär von Puttkamer abschriftlich mitgeteilten Immediatberichte vom 25. v. M., betreffend die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen während des letzten Quartals, habe ich mit lebhaftem Interesse entnommen, daß die von Eurer Durchlaucht angeordnete schärfere Handhabung der Regierungsgewalt des günstigen Eindrucks auf die Bevölkerung nicht entbehrt hat. Wir dürfen meines Erachtens aus dieser Erscheinung den Schluß ziehen, daß wir jetzt auf dem richtigen Wege sind.

Ich weiß nicht, welchen Grund die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung von der Bildung einer altdeutschen Sonderpartei hat, welche bei der letzten Straßburger Reichstagswahl<sup>1)</sup> dort zutage getreten sein soll. Wenn es der Fall ist und wenn wirklich ein erheblicher Teil der eingewanderten Altdeutschen sich gegen den einzigen deutschfreundlichen Reichstagskandidaten erklärt hätte, welchen wir bisher im Elsaß gehabt haben, so würde darin eine Tendenz zur Unterordnung der staatlichen Interessen unter persönliche Stimmungen liegen, zu welcher die Beamten des Staats kein Recht haben und welcher meiner Ansicht nach in den Reichslanden in Anbetracht der gefährdeten Lage derselben mit Strenge entgegenzutreten wäre, wenn es richtig ist, daß diese Agitation, wie die Zeitungsnachrichten behaupten, von unmittelbaren und mittelbaren, zum

<sup>1)</sup> Infolge des Todes des Abgeordneten Rablé fand in Straßburg am 21. Juli eine Nachwahl statt, bei der sich die Protestpartei der Abstimmung enthielt oder leere Zettel abgab und der deutschgesinnte Dr. Petri gewählt wurde. 1163 Stimmen waren für den Feldmarschall Moltke abgegeben worden.

Teil dem Lehrerstande angehörigen Staatsbeamten ausgegangen oder begünstigt worden ist. Es würde dadurch eine Zersplitterung der zum Kampfe gegen das Franzosentum berufenen und nur in ihrer Vereinigung wirksamen Kräfte herbeigeführt, welche auf die schließliche Gestaltung der Dinge im Reichslande nur schädigend einwirken kann.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die auswärtige Politik des Reichs von Interesse, festzustellen, ob die von den Zeitungen berichteten Vorgänge bei der Wahl des Herrn Petri auf Wahrheit beruhen. Es wäre dann meiner Ansicht nach eine Remedur erwünscht, welche den Beamten in dem exponierten Reichslande gegenüber auch vor schärferen Mitteln nicht zurückschreckt, wenn diese Herren der kaiserlichen Regierung entgegenwirken oder der Politik derselben auch nur ihre Mitwirkung in öffentlich erkennbarer Weise versagen.

von Bismarck.

An den Fürsten Bismarck.

Straßburg, 19. August 1887.

Eurer Durchlaucht erlaube ich mir meinen ergebensten Dank für das gütige Schreiben vom 9. d. M. auszusprechen. Die darin kundgegebene Zustimmung zu den von mir getroffenen Maßregeln ist mir überaus wertvoll und ermutigt mich, auf dem von Eurer Durchlaucht als richtig erkannten Wege unbeirrt weiterzugehen. Ich bedaure nur, daß ich die vertrauliche Äußerung Eurer Durchlaucht nicht veröffentlichen kann, um damit dem noch immer hie und da auftauchenden Gerüchte von einer zwischen Eurer Durchlaucht und mir bestehenden Meinungsverschiedenheit ein für allemal ein Ende zu machen.

Was die Vorgänge bei der letzten Straßburger Wahl betrifft, so entsprechen die von den Zeitungen gebrachten Berichte der Wahrheit. Es hat sich in der That eine altdeutsche Sonderpartei gebildet, welche, geführt von einigen Professoren und Oberlehrern, sich bei der letzten Wahl gegen den deutschfreundlichen elsässischen Kandidaten erklärte, weil sie überhaupt von Versöhnung mit den Elsaß-Lothringern nichts wissen will. Daß diese Herren, trotzdem ihnen die Intentionen der Regierung bekannt waren, dieser bei der Wahl nicht allein ihre Mitwirkung versagten, sondern auch direkt und schroff den Absichten und Wünschen der Regierung entgegentraten, zeigt einen Mangel an Disziplin, der auf die eigenartigen Verhältnisse des Reichslands zurückgeführt werden muß, wenn ich auch den hiesigen Beamten im großen und ganzen das Zeugnis unbedingter Pflichttreue und Hingebung erteilen kann. Ich hoffe, es wird mir gelingen, die Beamten der Reichslande da, wo es nötig erscheint, durch ernstes Ein-

greifen mehr und mehr zum Verständniß der ihnen obliegenden Pflichten zu bringen und in Zukunft die Wiederkehr von Vorgängen der oben-erwähnten Art zu verhüten.

## Journal.

Altauffsee, 9. September 1887.

Abreise von Straßburg Dienstag den 6. September. Nachmittags in Schillingsfürst. Dort übernachtet. Den andern Morgen mit Thaden weiter. Thaden fuhr von Ansbach nach Bodiebrad, ich nach Kissingen. In Kissingen fand ich Rottenburg auf dem Bahnhof, der mich nach dem „Russischen Hof“ brachte und mir sagte, daß Fürst Bismarck mich besuchen werde. Um 6 Uhr sollte ich zum Essen kommen. Ich blieb zu Hause, und um 5 Uhr kam Fürst Bismarck. Ich sagte ihm, der Zweck meiner Reise sei, ihm Kenntniß von der russischen Erbschaft<sup>1)</sup> zu geben und mich für alle Fälle seinem Schutz zu empfehlen. Für den Fall, daß die Kaiserzusammenkunft in Stettin stattfinde, wünschte ich, daß der Kaiser mich dem Kaiser Alexander empfehle. Er meinte, das ginge nicht, dazu sei der alte Herr zu olympisch. Er nehme solche diplomatischen Missionen nicht an. Er, Bismarck, werde das aber besorgen. Das nahm ich dankbar an. Dann sprach er von meiner Reise nach der Bretagne und fragte, wie es mir gegangen sei. Ich erzählte ihm den Hergang und betonte, daß ich von den Franzosen im allgemeinen gut empfangen worden sei, nur die radikale Presse habe mich angegriffen. Als ich erwähnte, daß man mich dort „Herzog von Alba“ nenne, lachte er und fragte, ob ich schon ein Bild von Alba gesehen hätte. Von der Aufhebung des Jagdartenverbots<sup>2)</sup> will er nichts wissen, obgleich ich ihm nahelegte, daß es eine zu große Härte sei, ansässigen Franzosen die Jagdkarte zu verweigern. Es seien alles Spione. Was die Kaiserzusammenkunft betrifft, so wußte er nicht, ob sie stattfinden werde. Man habe in Berlin keine Nachricht davon und habe auch keine Schritte deshalb getan. Dann erwähnte ich, daß Schraut mir jetzt nötig sei.<sup>3)</sup> Ich hätte aber keine Schritte getan, nachdem mir der Fürst im Frühjahr gesagt habe, er könne ihn nicht entbehren. Schraut selbst wünsche die Stelle als Unterstaatssekretär in Straßburg zu erhalten.

1) Nach dem Tode des Fürsten Peter von Sayn-Wittgenstein am 20. August 1887 waren die Wittgensteinschen Güter in Rußland der Fürstin Hohenlohe zugefallen. Nach dem russischen Gesetze war diese genötigt, die Güter zu verkaufen, da in den westlichen Gouvernements Ausländer keinen Grundbesitz haben dürfen.

2) Auf Veranlassung der Reichsregierung hatte die Verwaltung in Elsaß-Lothringen den Franzosen die Jagdscheine versagt.

3) Da der Unterstaatssekretär Bad sich entschlossen hatte, zurückzutreten, um wieder das Bürgermeisteramt von Straßburg zu übernehmen.

Darauf sagte er: „Ja, wenn das der Fall ist, kann man ihn nicht festnageln, und dann wird sich die Sache doch machen lassen.“ Rottenburg, dem ich diese Aeußerung mittheilte, erzählte mir, daß Schraut sich an ihn gewandt und gebeten habe, ihm zu der Stelle zu verhelfen. Ich möchte nun deshalb an Bismarck schreiben.

Bei Tisch, wo nur die Fürstin und Rottenburg außer dem Fürsten und mir waren, kam die Rede auf die russischen Besitzungen, die Bismarck als den größten Grundbesitz in Europa bezeichnete. Es sei schon der Mühe wert, sich der Sache anzunehmen, und er wünsche mir, daß die Schwierigkeiten beseitigt werden möchten.

Baden, 9. Oktober 1887.

Ankunft gestern früh und Meldung bei Radziwill. Um 4 Uhr beim Kaiser, der besonders freundlich war. Er sagte mir, er hoffe, daß meine Geschäfte mir erlauben würden, in Straßburg zu bleiben. Ja, er bitte, daß es so sein möge. Er habe ja niemand sonst, den er dorthin schicken könne. Ich dankte und versicherte, ich würde bleiben, solange er mir sein Vertrauen nicht entziehe.

Zum Diner im Schloß beim Großherzog. Abends bei der Kaiserin.

Heute früh bei Wilnowski, der mir von der gereizten Stimmung des Kaisers gegen Herbert Bismarck in der Affäre Schnäbele<sup>1)</sup> sprach. In der Angelegenheit der Jagdscheine sind Bismarck und der große Generalstab gefragt worden. Um 1 Uhr Frühstück bei der Großherzogin mit den Hohenzollern. Um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Diner beim Kaiser. Um 8 Uhr Audienz bei der Kaiserin, die mir von „Léonille“ sprach. Während ich sprach, kam die Großherzogin. Ich ging mit ihr zu dem Tee des Kaisers.

#### Aufzeichnung des Fürsten für die Besprechung in der Ministerialkonferenz vom 27. Oktober.

Ich glaube mit der Bemerkung beginnen zu sollen, daß ich, was die Sprachenfrage in den Bezirkstagen und Kreistagen betrifft, mit Herrn Unterstaatssekretär Studt und dessen Vorschlägen im Prinzip und in den Details einverstanden bin und es nach Lage der Akten und der Gesetzgebung für nötig halte, eine Aenderung einzuführen.

Wenn ich mich nun dagegen ausgesprochen habe, daß diese Verordnung schon in diesem Jahre ins Leben trete, so bestimmen mich dazu mehr persönliche als sachliche Gründe.

---

<sup>1)</sup> Verhaftung des französischen Grenzpolizeikommissars Schnäbele an der Grenze bei Bagny am 20. April.

Die Verordnung faßt die Eventualität ins Auge, daß die Durchführung auf Hindernisse stoßen werde und daß dann die Entfernung der Regierungskommissare und die Auflösung der Bezirkstage eintreten könne. Das ist ein Konflikt, dessen Tragweite zwar nicht groß ist, der aber wieder viel Lärm in der Presse machen würde.

Nun bin ich zwar weit entfernt, Angriffe der Presse oder Besprechungen von Maßregeln in der Presse zu scheuen, wenn es sich um die Sicherheit der Grenze handelt oder wenn das Ansehen und die Würde der Regierung in Frage kommt. Ebenso glaube ich, daß man nicht zögern darf, wenn das Deutschtum in den Reichslanden in Frage ist. Hier aber handelt es sich darum nicht. Die Sicherheit und das Ansehen der Regierung werden nicht dadurch gefährdet, daß die Mitglieder des Bezirkstags französisch sprechen. Ebenso wenig ist dadurch die Sicherheit der Grenze gefährdet. Und was das Deutschtum betrifft, d. h. die Germanisierung des Volks in Elsaß-Lothringen, so wird diese durch die Schule und die allgemeine Wehrpflicht gefördert und durch die engere wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland. Sie ist auf gutem Wege. Ja, auch in den Seminarien der Geistlichen ist nunmehr Aussicht, die französischen Tendenzen zu beseitigen, nachdem die Aufnahme von in Frankreich erzogenen Seminaristen nicht mehr stattfindet. Meines Erachtens wird aber das Deutschtum nicht besonders gefährdet, wenn einige alte Herren, die nicht oder mangelhaft Deutsch reden, es vorziehen, in den Bezirkstagen in französischer Sprache zu verhandeln. Ich will damit nur sagen, daß ich in einer Verzögerung der Maßregel keine Gefahr erblicke, wenn ich auch sonst damit einverstanden bin. Was mich aber abhält, die Maßregel schon jetzt durchzuführen, ist folgendes:

Wir können nicht leugnen, daß wir in diesem Jahre viel Unruhe im Lande gehabt haben, die Wahlen, den Prozeß gegen die Patriotenliga, Hausfuchungen, Ausweisungen, die Aufenthaltserlaubnis für Franzosen und deren Folgen, die Jagdkartenfrage, den Schnäbele-Fall und anderes. Alle diese Dinge haben die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf Elsaß-Lothringen gezogen. Wenn nun wieder ein Konflikt mit den Bezirkstagen entstände — und die Möglichkeit ist ja nicht ausgeschlossen —, so würden die Zustände in Elsaß-Lothringen wieder Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit werden, und ich fürchte, daß man dann sagen würde: Das Land dort kann ja nie zur Ruhe kommen! Der Statthalter dort muß doch das Regieren nicht verstehen. Man sieht ja, daß er mit den Leuten nicht fertig werden kann. Daß solche Urteile gefällt werden und gefällt worden sind, habe ich wiederholt erfahren. Es erscheint mir also als eine Pflicht der Selbsterhaltung, diesen Angriffen keinen neuen Stoff zu bieten, wenn es nicht unbedingt nötig ist. Daß eine solche dringende Notwendig-

keit nicht besteht, glaube ich nachgewiesen zu haben. Ich meine deshalb, daß wir bis zum nächsten Jahre warten, was noch den Vorteil bietet, daß die Maßregel langsam vorbereitet werden kann, sei es in der Presse, sei es durch mündliche Rücksprache mit einflußreichen Mitgliedern jener Körperschaften.

### Journal.

Straßburg, 19. Februar 1888.

Professor Krauß von Freiburg war heute bei mir. Ich besprach mit ihm die Frage der Fakultät in Straßburg. Er kann allein darüber Auskunft geben, da die Verhandlungen im Jahre 1872 teilweise durch ihn neben Roggenbach geführt worden sind. Er sagt, damals sei Bismarck dafür gewesen, die Sache sei aber gescheitert, weil Bischof Raetz verlangte, daß er selbst die Professoren zu ernennen habe. Eine Mitwirkung des Bischofs ist nötig, die Ernennung durch den Bischof aber unzulässig. Darüber besteht eine Konvention zwischen Niebuhr und dem römischen Staatssekretär vom Jahre 1821 bezüglich der Universität Bonn, die als Norm dienen könnte.

Der Gedanke, Benediktiner hierher zu nehmen, leuchtet Krauß sehr ein. Nur sagt er mir, daß Pater Odilo sich darüber beklage, daß es wenig wissenschaftlich gebildete Benediktiner gebe. Krauß rät, ich möchte mit dem Abt Alexander von Mölk darüber sprechen. Für die Kapuziner, die Stumpf aus Mainz kommen lassen will, ist Krauß gut gestimmt. Der Pater Walter in Beuron ist jesuitisch und dadurch unzuverlässig. Krauß ist mit mir einverstanden, daß die Sulpicianer besser sind als deutsche jesuitische Geistliche.

Straßburg, 7. März 1888.

Heute Nachmittag kam ein Telegramm mit der Nachricht, daß der Kaiser infolge einer ungünstigen Nacht und Appetitmangels wenig gut sei und daß Prinz Wilhelm seit drei Stunden, Fürst Bismarck seit zwei Stunden im Palais seien. Das scheint bedenklich. Ich ging zu Heuduck, dem ich die Nachricht mitteilte. Er war ebenso erschrocken wie ich und glaubt auch, daß es nun zu Ende geht. Wir sprachen dann von dem, was kommen werde. Er meint, daß der Kronprinz, wenn der Kaiser sterbe, sofort nach Berlin abreisen werde. „Dann könnten wir in kurzer Zeit zwei Kaiser zu begraben haben!“ Ich hatte bisher angenommen, daß Prinz Wilhelm ganz mit Bismarck zusammengehe. Heuduck gibt das zu, sagt aber, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß der Prinz, wenn er Kaiser werde, sich doch nicht auf die Dauer mit Bismarck vertragen können. Es scheint, daß konservative, Bismarck feindliche Einflüsse sich geltend machen werden. Das wäre schlimm. Der Prinz ist ohnedies

in Deutschland nicht populär und wird sich sehr in acht nehmen müssen, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen.

Wir kamen dann auf Waldersee und dessen Berufung nach Straßburg. Heuduck sagt, davon sei keine Rede. Allerdings gebe es in Berlin eine mächtige Partei, die Waldersee aus seiner Stelle verdrängen wolle. Auch der Reichskanzler sei nicht mehr für Waldersee. Heuduck bedauert dies, weil er Waldersee für einen sehr gut eingeweihten und eingearbeiteten Generalstabschef ansieht, der schwer zu ersetzen sein werde.

Berlin, 19. März 1888.

Mittwoch Nachts fuhr ich mit Jordan und Thaden nach Berlin ab. Schlafwagen bis Frankfurt. In Berlin Abends 8 Uhr. Ernst Ratibor empfing mich und geleitete mich nach dem Hotel Continental, wo ich mit Viktor zu Abend aß und dann nach der Moltkestraße fuhr. Der Donnerstag verging mit Meldungen und Besuchen. Nachmittags ging ich mit Philipp Ernst in den Dom, wo die Leiche des Kaisers ausgestellt war. Es war alles sehr schön, und feierlich und mit Behmut sah ich noch einmal den alten Herrn, der mir so manches Jahr hindurch ein freundlicher Gönner gewesen war und dem ich ein treues Andenken bewahre.

Am Freitag war die Leichenfeier. Ich stand in der Nähe des Sarges mit den Rittern des Schwarzen Adlerordens, am Sarge standen die obersten Hofchargen und die Minister, am Kopfende General Pape mit dem Reichspanier und zwei Generaladjutanten. Kögel hielt eine sehr ergreifende Rede. Nach Beendigung der Feier ordnete sich der Zug vor der Kirche. Wir gingen zu Fuß bis zur Siegesallee, von wo der Sarg nur von den Adjutanten und dem Hof nach Charlottenburg geleitet wurde. Alle andern gingen nach Hause. Der Zug verlor an Glanz, da alles im Paletot und Mantel ging. Die Kälte nötigte dazu.

Sonntag den 18. Audienz bei der Großherzogin von Baden und bei der Kaiserin Augusta. Letztere sah wohler und kräftiger aus, als wir erwartet hatten. Sie sprach sehr freundlich und dankte mir für meine treuen Dienste, die der Kaiser stets anerkannt habe. Ich erwiderte, daß ich dem Kaiser zu allen Zeiten ergeben gewesen sei und nie aufhören würde, ihm für die zahlreichen Beweise seiner Gnade ein dankbares Andenken zu bewahren. Nachmittags war ich bei Holstein, der einiges über Elsaß-Lothringen sprach und dann auf die hiesigen Verhältnisse überging. Der Reichskanzler sei sehr zufrieden mit der Art, wie der Kaiser seine Geschäfte erledige.

Montag den 19. Besuch bei der Kaiserin Viktoria, der ich die Mejer Deputation vorstellte. Ich fand die Kaiserin unverändert, und ihr unbefangenes, heiteres Wesen setzte mich in Erstaunen.

Berlin, 22. März 1888.

Bötticher, bei dem ich heute war, beklagte, daß sich die Kaiserin in die Geschäfte mische. Sie hätte den Kaiser bestimmt, sich gegen die Unterzeichnung des Sozialistengesetzes zu erklären, <sup>1)</sup> und nur, nachdem Bismarck der Kaiserin die Sache dargelegt hatte, gab der Kaiser nach. Er habe wenig Widerstandskraft gegen den Einfluß der Kaiserin, und diese stehe wieder unter dem Einfluß einiger fortschrittlicher Frauen, Frau Schrader, Frau Helmholtz und Frau von Stockmar. Wenn die Krankheit des Kaisers sich noch lange hinauszieht, können wir noch allerlei erleben. Wäre der Kaiser gesund oder würde er es, so würde der Einfluß der Kaiserin in den Hintergrund treten. Schließlich kam ich mit Bötticher überein, daß ich ihn au courant halten werde über das, was in Elsaß-Lothringen vorgeht, was er dankbar aufnahm.

Berlin, 24. März 1888.

Heute Nachmittag fuhr ich vor der Cour zu Bismarck. Ich fand ihn wohl aussehend und gesprächig, wenn er auch klagt, daß seine Kraft zu Ende sei. Er könne aber nicht fort, da sonst allerlei Tollheiten begangen werden würden. Wir sprachen von der Vereidigung der Beamten und des Landesausschusses. Er meinte, man solle das alles lassen, es daure doch nicht lange mehr. Von einer Hoffnung sei nicht die Rede. Er bewundert auch den Kaiser, beklagt ihn um so mehr, als man ihm erzählt hat, er werde von den englischen Ärzten roh und rücksichtslos behandelt. Sie nähmen ihm die Kanüle heraus, um sie zu putzen, ohne ihm eine andre einzusetzen. Sie vernachlässigten seine Bequemlichkeit u. s. w. Auch die Kaiserin sei hart und rücksichtslos. Wenn alles wahr und nicht übertrieben sei, was man erzähle, müsse man einen Staatsanwalt schicken, um den Kaiser zu beschützen. Ich blieb nicht lange, weil ich zur Cour fahren mußte. Ich fand viele Bekannte, und die Zeremonie ging rasch vorüber. Ich defilierte mit dem Feldmarschall Moltke an der Spitze der Ritter vom Schwarzen Adler.

Berlin, 24. März 1888.

Nachdem ich über acht Tage gewartet hatte, hielt ich es doch für nötig, mich noch einmal, und zwar durch den Adjutanten, bei dem Kaiser zu melden und schickte deshalb Thaden nach Charlottenburg. Hierauf erhielt ich auch sofort den Bescheid, daß ich um 12<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr kommen sollte. Als ich in Charlottenburg eintraf, war heller Sonnenschein, und das Schloß

<sup>1)</sup> Das Gesetz war vom Reichstage am 18. März in dritter Lesung angenommen. Es wurde am 26. März publiziert.

sah recht freundlich aus trotz dem Schnee. Auch die inneren Räume machen einen freundlichen Eindruck. Ich wurde in den ersten Stock hinauf in einen Saal geführt, der die Aussicht auf den Park hat, und von da in das Schreibzimmer des Kaisers. Hier war der Kaiser mit der Kaiserin. Ich fand ihn nicht besonders krank aussehend, nur mager und etwas gelb und die Augen etwas vorstehend. Wenn man aber näher zusieht, bemerkt man den leidenden Ausdruck in den Augen. Die Kaiserin entschuldigte ihre Anwesenheit durch die Notwendigkeit, den Kaiser in der Konversation zu unterstützen. Es kam zuerst die Rede auf den Tod des Kaisers und die allgemeine Trauer und Teilnahme in allen Ländern. Ich erwähnte dann die zahlreichen Mittel, die man ihm empfohlen habe, und die Kaiserin sagte, sie hätten unzählige Zuschriften erhalten, namentlich Massen von Eau de Lourdes, „daß wir uns darin baden könnten“. Sie hätte alles den Klöstern geschenkt. Als die Kaiserin bemerkte, ich sehe wohl aus, erwiderte ich, daß ich das der Arbeit verdanke, die für die Gesundheit heilsam sei; auch glaubte ich, daß die viele Arbeit dem Kaiser wohl tue, wozu er beifällig nickte. Nur klagte die Kaiserin, der Kaiser könne nicht an die Luft, worauf ich bemerkte, daß ja die Zimmer sehr hoch und freundlich seien. Auch werde ja das Wetter bald mild werden. Dann schrieb der Kaiser seine Teilnahme auf an Peters Tod, den er seit seiner Kindheit gekannt habe. Als der Kaiser aufgestanden war, um am Kamin zu husten, fragte mich die Kaiserin: „Nicht wahr, Sie finden ihn nicht schlecht aussehend?“ Ich konnte das bejahen. Dann wurden Besuche gemeldet, und als ich mich empfahl und meine innigsten Wünsche aussprach, legte mir der Kaiser die Hand auf die Schulter und lächelte wehmütig, so daß ich mich kaum der Tränen erwehren konnte. Er machte mir den Eindruck eines Märtyrers. Und in der That ist kein Martyrium der Welt mit diesem langsamen Sterben zu vergleichen. Jedermann, der in seine Nähe kommt, ist voll Bewunderung über diese mutvolle und stille Ergebung in das unvermeidliche und ihm vollkommen klare Geschick. Ich habe ihn wohl gestern zum letztenmal gesehen.

Berlin, 25. März 1888.

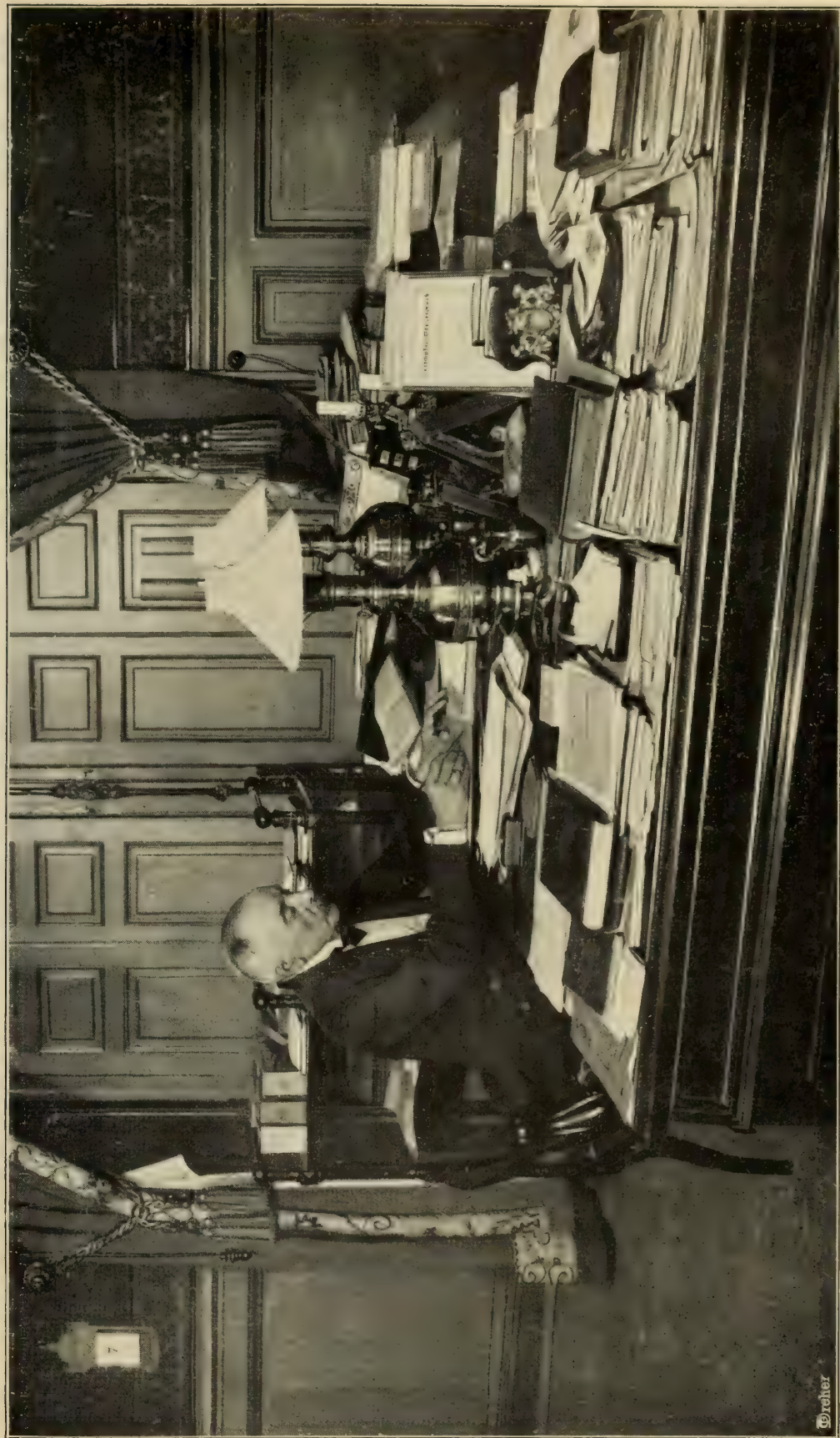
Heute Mittag war ich bei dem Kronprinzen, bei dem ich längere Zeit blieb. Er fragte, wie es in Elsaß-Lothringen aussehe, erwähnte, daß sich die Bewohner in der letzten Zeit sehr loyal gezeigt hätten u. s. w. Wir sprachen dann weiter über die dortigen Zustände und über die Eventualität eines Kriegs. Dann kam er auf das Kaiserpalais in Straßburg, stimmte in das Urteil seines Vaters ein und erklärte sich bereit, es an ein Museum abzugeben. Dafür müsse dann das Land anderthalb Millionen zur Herstellung von Zabern und des Schlosses in Straßburg

hergeben. Dann kamen wir auf die russischen Güter, wo er den Kaiser sehr rühmte, der ein guter, ehrlicher Mann sei, aber dem Schicksal Ludwigs XVI. entgegentreibe.

Zum Schlusse kehrte er wieder zur Kriegsfrage zurück und meinte, ihm werde dann die Führung des westlichen Korps im Elsaß zufallen und er dann zu mir kommen. Ich benutzte die Gelegenheit, ihm zu sagen, daß ich dabei nur den einen Wunsch hätte, nicht genötigt zu sein, mich über den Rhein zurückzugeben, sondern an den Ereignissen teilzunehmen, daß es aber dann nötig sei, mir eine Militäruniform zu geben. Das sah er ein und sagte: „Gewiß, das werden wir bestens besorgen.“ Als ich ihn nach der Gesundheit des Kaisers fragte, sagte er, der Kaiser habe eine gute Nacht gehabt. Die Aerzte behaupteten aber, daß es in zwei Monaten zu einer neuen Krise und vielleicht zum Ende kommen werde.

Straßburg, 8. Mai 1888.

Nachdem wir nun seit dem Frühjahr des vorigen Jahrs infolge der durch den Ausfall der Wahlen hervorgerufenen Aufregung eine Reihe von mehr oder weniger vexatorischen Maßregeln ergriffen haben, die hier viel Mißstimmung hervorrufen, kam Fürst Bismarck mit der Zumutung, ich solle den Paßzwang gegen Frankreich einführen, was ich nach Lage der Gesetzgebung selbständig tun kann. Er teilte dabei mit, daß der Botschafter in Paris keinen Paß visieren dürfe, ohne vorher angefragt zu haben, so daß daraus unendliche Verzögerungen entstehen würden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Maßregeln nicht nur im allgemeinen großes Aufsehen und Erstaunen erregen, sondern auch die hiesige Bevölkerung erbittern würden. Es scheint, daß man in Berlin so viele vexatorische Maßregeln verlangt, damit die Bewohner von Elsaß-Lothringen zur Verzweiflung gebracht und zu Aufständen getrieben werden, damit man dann sagen kann, das Zivilregiment taue nichts, man müsse den Belagerungszustand erklären. Dann geht die Gewalt auf den kommandierenden General über, der Statthalter muß abtreten, und dann wird der General wieder ganz mild, und der Statthalter wird ausgelacht, daß er darauf hereingefallen ist. Ich bin deshalb entschlossen, die Bismarcksche Zumutung zurückzuweisen, selbst auf die Gefahr hin, mit Bismarck und seinem Herrn Sohn in Konflikt zu geraten. Wir werden sehen, was daraus entsteht. Die Unterstaatssekretäre sind der Meinung, daß ich mich den Bismarckschen Wünschen fügen müßte. Es ist aber jetzt gerade noch der letzte Moment, mit Ehren aus der Sache herauszukommen. Gebe ich jetzt nach, so wende ich die schließliche Katastrophe des Militärregiments doch nicht ab, trete aber dann nicht mehr mit Ehren ab.



Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Nach einer Aufnahme aus der Straßburger Zeit.



An den Chef des Zivilkabinetts Wirklichen Geheimen Rat von Wilmowski.

Straßburg, 10. Mai 1888.

Eurer Excellenz beehre ich mich nachstehendes ergebenst mitzuteilen:

Schon im Laufe des vergangenen Jahrs tauchte in Berlin von Zeit zu Zeit der Gedanke auf, es müsse in Elsaß-Lothringen an der französischen Grenze der Paßzwang eingeführt werden. Doch wurde derselbe nicht weiter verfolgt, und ich hoffte schon, daß er aufgegeben sei, als im Februar dieses Jahrs die Sache durch ein Schreiben des Grafen Herbert Bismarck angeregt wurde. Ich erklärte mich dagegen und legte meine Gründe ausführlich dar, bekam aber bald darauf ein vom 19. April datirtes, vom Fürsten Bismarck selbst gezeichnetes Schreiben, in welchem Fürst Bismarck auf seiner Ansicht beharrte, indem er auf die Notwendigkeit hinwies, die wirtschaftliche Trennung Elsaß-Lothringens von Frankreich durch solche Verkehrshemmnisse zu fördern, wobei er die Absicht kundgab, der Kaiserlichen Botschaft in Paris die Weisung zu erteilen, die Pässe nur solchen Personen zu visieren, über deren Zulassung in Elsaß-Lothringen die Behörden des Reichslands ihr zustimmendes Gutachten erteilt haben würden. Am Schlusse seines Schreibens bat mich der Reichskanzler, die nötigen Anordnungen zur Einführung des Paßzwangs zu erlassen.

Ich habe in meiner Antwort vom gestrigen Datum diese Zumutung abgelehnt, weil ich die bisher getroffenen Anordnungen für ausreichend ansehe, den Eintritt der Franzosen zu erschweren. Bekanntlich darf kein Franzose seinen Aufenthalt hier nehmen, ohne dazu von den Behörden autorisiert zu sein. Schon diese Verkehrshemmnisse haben hier große Mißstimmung erregt. Käme noch ein zeitraubender, kostspieliger Paßzwang dazu, so würde hier die Erbitterung einen Grad erreichen, bei dem schließlich nichts übrigbliebe, als den Belagerungszustand zu erklären. Damit wäre dann das Ziel erreicht, das manchen militärischen Kreisen als die wünschenswerteste Lösung der elsass-lothringischen Fragen vorschwebt. Da ich aber die Absicht habe, auf meinem Posten auszuharren, solange ich das Vertrauen Seiner Majestät besitze, so kann man von mir nicht erwarten, daß ich den Ast, auf dem ich sitze, selbst absähe. Aber ganz abgesehen von meiner Person sind die Folgen des unter so lästigen Bedingungen eingeführten Paßzwangs auch in betreff der Beziehungen zu Frankreich so ernster Natur, daß ich keine Lust habe, vor der Welt das Odium auf mich zu nehmen, durch meine Verwaltung den Krieg angebahnt zu haben. Sollten Eure Excellenz mit Seiner Majestät oder mit dem Kronprinzen von der Sache zu sprechen haben, so bitte ich die Gründe meiner Weigerung gütigst vertreten zu wollen.

An denselben.

Straßburg, 17. Mai 1888.

Eurer Excellenz beehre ich mich im Anschluß an mein Schreiben vom 10. d. M. ergebenst mitzuteilen, daß der Reichskanzler in einem neuen Schreiben vom 14. d. M. unter Betonung der Verantwortung, welche er für die auswärtige Politik des Reichs zu tragen hat, und unter Hinweis auf das Einverständnis aller größeren, auch der nächstbeteiligten, Bundesstaaten, die Bitte wiederholt hat, ich möchte den Widerspruch gegen die Einführung des Paßzwangs in Elsaß-Lothringen aufgeben. Unter diesen Umständen und da sonst Fürst Bismarck in Aussicht stellt, daß erforderlichenfalls der Bundesrat die zur Sicherung der Reichsgrenze notwendigen Anordnungen zu treffen haben werde, sofern die oberste Landesverwaltung Anstand nehmen sollte, dieselben nach Maßgabe der in ihrem Gebiete geltenden Gesetze ausgiebig zu verhängen, muß ich meinen Widerspruch gegen eine Maßregel, deren Verantwortung ich nicht zu tragen habe, aufgeben und werde in diesem Sinne an den Reichskanzler schreiben.

Da ich es für zweckmäßig halte, über die praktische Durchführung der Maßregel mündliche Verabredungen in Berlin zu treffen, auch durch Privatangelegenheiten genötigt bin, anfangs der nächsten Woche nach Berlin zu kommen, so bitte ich, sofern es möglich ist, die Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers zu meiner Reise einholen zu wollen.

Journal.

Straßburg, 17. Mai 1888.

Die Frage des Paßzwangs hat verschiedene schriftliche Auseinandersetzungen mit dem Reichskanzler zur Folge gehabt. Ich habe Viktor gefragt, der mir Holsteins und Friedbergs Rat mitteilte, in der Sache nachzugeben. Ehe ich dies aber tat, ging ich noch nach Karlsruhe, um mit dem Großherzog Rücksprache zu nehmen. Wir konstatierten, daß nach dem letzten Schreiben des Fürsten Bismarck vom 14. d. M. nichts übrigbleibt als die Wahl zwischen Demission und Nachgeben. Der Großherzog hielt die Gelegenheit zum Abgang nicht für günstig. Zugleich gab er mir einige Aufschlüsse über den Ernst der Lage. Es scheint in der Tat ganz eigentümlich in der Welt zu stehen. Es hat eine russisch-französische Intrigue bestanden, welche dahin ging oder noch geht, daß Frankreich Spezzia besetzen sollte. Das würde zum Kriege mit Italien führen, und wir würden unterdessen von Rußland beschäftigt werden. Dieser Krieg zwischen Frankreich und Italien würde so weit ausgedehnt, dem Papste einen Teil der weltlichen Herrschaft zurückzugeben. Käme es dann zu einem Kriege der für den Papst eintretenden französischen Republik, so würde Oesterreich ungern für Italien und gegen den Papst ins Feld rücken, und auch die deutschen

Katholiken würden nicht mit Enthusiasmus an dem Kriege teilnehmen. Darauf spekuliert Rußland, und Frankreich scheint dem beizustimmen. England soll den Herzog von Edinburgh beauftragt haben, seinerseits Toulon zu beschießen, wenn Frankreich Spezzia nähme. Daran scheint die Sache gescheitert zu sein. Diese Nachrichten scheinen durch Galimberti nach Berlin gebracht worden zu sein. Ueber die Battenbergsche Sache erzählt der Großherzog, daß die Krisis ziemlich ernst war. Die Kaiserin hatte gesagt, es sei am Ende kein Unglück, wenn Bismarck abgehe. Das hatte man ihm sofort hinterbracht. Dann der Zeitungskrieg. Mallet hat an die Königin Viktoria nach Florenz berichtet, es sei für die englischen Interessen sehr nachtheilig, wenn die Königin den Anschein habe, als interessiere sie sich für die Battenbergsche Heirat. Gerade bei ihrer bevorstehenden Ankunft in Berlin müsse es vermieden werden, daß man glaube, die Königin protegiere die Heirat. Dem schloß sich auch das englische Ministerium an. Darauf schrieb die Königin Viktoria einen groben Brief an die Kaiserin, ihre Tochter, und auch bei ihrer Anwesenheit setzte sie ihre Ansicht in energischer Weise auseinander, was zu peinlichen Tränenszenen geführt hat. Es scheint, daß der Großherzog sehr gut vermittelt hat. Die Beziehungen zwischen der Königin Viktoria und dem Reichskanzler haben sich sehr gut gestaltet. Sie waren beide voneinander enchantiert.

Berlin, 24. Mai 1888.

Gestern um 4 Uhr war ich bei der Kaiserin Friedrich bestellt. Wir sprachen zuerst über die Krankheit des Kaisers, über welche die Kaiserin noch einige Illusionen zu haben scheint. Möglich ist es ja, daß die Krankheit noch lange dauert. Die Voraussetzungen eines baldigen Endes haben sich bis jetzt nicht bestätigt. Die Kaiserin erwähnte, daß die Herzogin von Galliera sich für Rothan<sup>1)</sup> verwandt habe. Ich sagte ihr, daß die Rückkehr an dem Widerspruch „des großen Mannes“, wie sich die Kaiserin ausdrückte, scheitern werde. Das sah die Kaiserin ein.

Berlin, 25. Mai 1888.

Gestern war ich in Charlottenburg bei der Hochzeit des Prinzen Heinrich. Die Feier war kurz, aber recht feierlich. Der Kaiser kam zur Trauung in die Kapelle, sah sehr angegriffen aus und zog sich bald zurück. Bei dem Dejeuner war er nicht. Ich saß zwischen Pleß und Goltz den Herrschaften gegenüber und machte Betrachtungen über die Physiognomien der höchsten Herrschaften. Nach dem Dejeuner war kein Cercle, sondern alles fuhr nach Hause.

---

<sup>1)</sup> Französischer Diplomat, der aus dem Elsaß ausgewiesen war.

Heute war ich auf 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr zum Kaiser bestellt. Ich fand ihn besser, als ich erwartet hatte, zwar blaß und mager, aber teilnehmender und heiterer als das letztemal. Er schrieb mir auf einen Zettel, was die Paßangelegenheit in Elsaß-Lothringen für eine Bedeutung habe. Ich hielt ihm darüber ausführlichen Vortrag, dem er aufmerksam zuhörte. Ich berichtete über die ganze Korrespondenz mit dem Reichskanzler. Als ich erwähnte, daß man in Frankreich gegen mich erbittert sei, fragte er nach dem Grunde. Ich erwähnte alle Maßregeln und sagte, daß besonders das Verbot der Jagdkarten Erbitterung hervorgerufen habe. Dann fragte er mich, wie es meiner Familie gehe. Ich erwähnte, daß ich nächstens nach Wien zur Hochzeit<sup>1)</sup> gehen würde. Er machte Zeichen der Teilnahme, indem er die Hand aufs Herz legte. Dann entließ er mich.

Nachmittags war ich beim Kronprinzen, der die Maßregel des Paßzwangs für notwendig hält und die Auffassung der Militärs teilt, daß man den Franzosen Uebles zufügen müsse. Ich ließ mich darauf nicht ein, bemerkte nur, daß die französische Nation den Krieg fürchte. Wir kamen dann auf die russischen Zustände zu sprechen, die er richtig beurteilt. Er läßt dem Kaiser von Rußland alle Gerechtigkeit widerfahren, bedauert nur, daß er so träge und religiös fanatisiert sei. Bismarck habe sich mit dem Kaiser sehr gut auseinandergesetzt, dieser habe aber das Mißtrauen aller wenig begabten Menschen gegen sehr hervorragende Individualitäten. Er erzählte mir von der Entrevue zwischen Bismarck und dem Kaiser, von den gefälschten Papieren, die man gemacht und ihm vorgelegt habe, um ihn abzuhalten, nach Berlin oder Stettin zu kommen. Alles sei bereit gewesen, die Nacht im Hafen geheizt, als der Kaiser die Aktenstücke auf seinem Schreibtisch gefunden habe. Das habe ihn geärgert und deshalb sei die Entrevue in Stettin unterblieben. Der Kronprinz glaubt, daß Mohrenheim, Catafazy und Ignatiem die Sache gemacht und durch den Großfürsten Alexis nach Kopenhagen geschickt hätten.

Berlin, 26. Mai 1888.

Ich ging heute Nachmittag zu Friedberg, der mir noch von der Paßangelegenheit sprach. Der Reichskanzler hat meinen Brief, den Friedberg als etwas stark bezeichnete, im Ministerrat vorgelesen und dabei geäußert, es scheine, als wolle ich nicht mehr bleiben. Er hob alle Gründe hervor, die für seine Ansicht sprechen, und scheint die Kollegen nicht gerade überzeugt, aber eingeschüchtert zu haben. Friedberg meinte, es sei dies keine günstige Veranlassung zum Rücktritt gewesen, ich habe gut getan, zu bleiben.

<sup>1)</sup> Des Neffen des Fürsten, Prinzen Konrad, mit der Gräfin Schönborn, die am 10. Juni 1888 stattfand.

Von da ging ich zu Bleichröder, der mir zuerst von den russischen Geschäften sprach und behauptete, der russische Finanzminister sei geneigt, sich mit der deutschen Regierung zu verständigen, und werde dafür sorgen, daß der Ukas vom März 1881 außer Anwendung gesetzt werde.

Auf die Politik übergehend, sagte Bleichröder, er verstehe die Wilhelmstraße nicht mehr. Er sehe nicht ein, warum man Frankreich bedrohe, da man dort sehr bereit sei, mit uns in Frieden zu bleiben. Ebenso sehe er keinen Grund, Rußland zu bedrohen. Glücklicherweise habe Bismarck im letzten Augenblick die Zollerhöhung auf Getreide inhibiert. Durch das ewige Hezen werde der Rubelskurs heruntergedrückt und dadurch Rußland in die Lage versetzt, seine Produkte mit Vorteil nach Deutschland zu schicken. Stiege der Kurs des Rubels, so würde Rußland keinen Vorteil haben, den Export nach Deutschland fortzusetzen. Bleichröder behauptet, Bismarck lasse dem Sohne zu viel freie Hand. Er sei zu reich geworden. Dazu komme, daß Bismarck um jeden Preis auch unter der Regierung des jetzigen Kronprinzen im Amte bleiben wolle. Er habe vor einigen Monaten dem Kronprinzen erklärt, er werde auch ihm seine Dienste widmen, werde aber nicht bleiben, wenn der Kronprinz den Krieg wolle. Jetzt, meint Bleichröder, werde er auch um den Preis des Kriegs bleiben. Die jetzigen Hezereien seien eine KonzeSSION an den künftigen Kaiser und dessen militärische Ratgeber.

Bei Wilmowski, den ich nachher besuchte, fand ich dieselben Besorgnisse und dieselbe Mißstimmung über Herbert Bismarck, den auch dieser für ein Unglück für das Reich ansieht. Der Kronprinz stehe unter dem Einfluß von Waldersee und Herbert Bismarck. Beide arbeiten auf den Krieg, während Wilmowski der Ansicht ist, daß man keinen Krieg führen dürfe nur deshalb, weil wir besser gerüstet seien als die Gegner. Unter solchen Umständen werde der Enthusiasmus der Nation für den Krieg fehlen, und das sei sehr bedenklich.

Die Zustände hier mißfallen mir ganz außerordentlich. Es ist schade, daß ich jetzt nicht abgehen konnte, um diesem Treiben entschieden entgegenzutreten.

Die Fürstin Bismarck ist bedenklich erkrankt. Der Fürst kommt morgen zurück.

Berlin, 30. Mai 1888.

Ich ging Nachmittags ins Auswärtige Amt, wo ich aber nur Lindau fand. Um 6 Uhr aß ich beim Reichskanzler, der sehr liebenswürdig war. Nach Tisch wurde noch vom Paßzwang gesprochen, und der Fürst fand, daß die Bitte der Orientexpressgesellschaft genehmigt werden könnte. Ich werde also eine zustimmende Erklärung erhalten. Ich telegraphierte deshalb an Studt, daß er die Revision während der Fahrt

vornehmen lassen könne. Als ich auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen zu sprechen kam und bemerkte, daß die Elsaß-Lothringer anfangen zu finden, daß sie für die Unannehmlichkeiten, die ich ihnen bereite, doch ein etwas großes Gehalt zahlen, lachte der Fürst und sagte, der Herzog von Alba habe in den Niederlanden auch viel Geld bezogen. Was den Paßzwang betrifft, so meinte er, das sei nur ein Mittel, den Franzosen zu zeigen, daß ihr Geschrei uns nicht erschrecke und wir sie nicht zu fürchten haben. Dann kam die Rede auf Tisza und seine Rede,<sup>1)</sup> die er sehr lobte. Es sei gut, daß er das gesagt habe, da die Oesterreicher sich immer scheuten, gegen Frankreich aufzutreten. Im ganzen fand ich seine Stimmung ziemlich mild.

Den Kaiser hat der Reichskanzler ziemlich wohl gefunden. Er sagt, Bergmann habe vorausgesagt, diese Besserung werde im Mai eintreten und längstens bis August dauern. Schweninger, der mit uns aß, meinte, das Ende werde dann um so schmerzvoller sein. Denn es sei zu befürchten, daß dann die Speiseröhre angegriffen werde.

Potsdam, 22. Juni 1888.

Nachdem ich gestern telegraphisch benachrichtigt war, daß ich heute um 12 Uhr von dem Kaiser und der Kaiserin empfangen werden würde, fuhr ich um 11 Uhr hierher und wurde durch Hofequipage nach dem Marmorpalais gefahren. Dort empfing mich Hofmarschall von Liebenau und geleitete mich in einen Parterresalon, wo ich wartete. Bald kam der Kaiser und lud mich ein, in einem daneben befindlichen Salon mich zu ihm zu setzen. Ich fand ihn unbefangen, wohlwollend und freundlich.

Ich fragte ihn zunächst nach der Proklamation und ob er eine solche an die Elsaß-Lothringer richten wolle, bemerkte aber gleich, daß ich dieselbe nur dann für nützlich hielte, wenn man gleichzeitig mildere Maßregeln treffen wollte. Eine Proklamation müsse doch immer etwas Wohlwollendes enthalten. Wenn dann aber keine wohlwollenden Entschlüsse folgten, so wäre die Proklamation damit im Widerspruch und unterbliebe besser. Ich bemerkte, daß sich der Kaiser darüber kein Urteil gebildet hatte und sich nicht traute, eine von der des Reichskanzlers abweichende Ansicht zu äußern. Nach einigem Zögern meinte er, daß er ja schon eine Proklamation erlassen habe, welche die Elsaß-Lothringer auf sich beziehen könnten, und außerdem werde er eine Thronrede an den Reichstag halten, in welchem

---

<sup>1)</sup> Am 26. Mai im ungarischen Abgeordnetenhaus. Bei Gelegenheit einer Interpellation über die Nichtbeteiligung an der Pariser Weltausstellung hatte Tisza die Lage als ernst bezeichnet und gesagt, niemand könne dafür stehen, daß die ungarischen Farben in Paris gebührend behandelt würden.

Elsaß-Lothringen vertreten sei. Wir kamen daher zu dem Beschluß, von einer Proklamation für Elsaß-Lothringen abzusehen.

Dann sagte ich: „Ich habe nun Eure Majestät noch um eine Gnade zu bitten, es ist die, daß Eure Majestät es so halten möchten wie Höchstihre Vorgänger, insbesondere Seine Majestät der hochselige Kaiser Wilhelm, und, wenn Ihnen in meiner Verwaltung etwas mißfällt, mich sofort persönlich zu Rechenschaft ziehen möchten und direkt.“ Dem stimmte der Kaiser lebhaft zu. Ich fuhr dann fort: „Der Posten des Statthalters ist“ — hier fiel der Kaiser ein: „ist wenig beneidenswert“, worauf ich fortfuhr: „wird aber viel beneidet, und es gibt viele Menschen, die danach streben, die glauben, es besser machen zu können, und denen ich im Wege bin. Es liegt aber in der menschlichen Natur, daß man denjenigen ungünstig beurteilt, der einem im Wege ist, und daraus kommen ungünstige Urteile, die kolportiert und Eurer Majestät zugetragen werden.“ Der Kaiser hörte aufmerksam zu und versprach dann wiederholt, sich direkt an mich wenden zu wollen, wenn ihm etwas Nachteiliges über mich zukomme.

Dann sagte er mir, daß das Staatsministerium ihm den Geheimrat Lucanus im Kultusministerium als Ersatz für Wilmowski vorgeschlagen und daß er ihn angenommen habe. Wilmowski wußte gestern nichts davon.

Dann kam er auf die Palaisfrage und beauftragte mich, ihm positive Vorschläge zu machen, dahin gehend, das Palais in Zabern und die derzeitige Bibliothek für den Kaiser einzurichten und aus dem jetzigen Kaiserpalais ein Museum zu machen. Damit war die Audienz zu Ende.

Ich ging dann zur Kaiserin, die mich sehr freundlich empfing, von der Krankheit des verstorbenen Kaisers und von anderm sprach. Es scheint, daß in den letzten Tagen der Geruch furchtbar war, so daß auch für die Umgebung der Tod eine Wohltat war. Wir sprachen dann von allerlei. Die Kaiserin erzählte, daß ihre Tante Amalie jetzt in Paris sei und ihr entrüstete Briefe über den Paßzwang schreibe. Sie sage unter anderm: „Wenn ihr, wie ihr sagt, keinen Krieg wollt, warum macht ihr solchen Unsinn?“ Dabei fiel dann doch der Kaiserin ein, mit wem sie sprach, und sie wurde sehr rot. Ich beruhigte sie aber, indem ich ihr sagte, ich sei mit ihrer Tante ganz einverstanden. Im Lauf der Konversation erfuhr ich, daß sich die Kaiserin Augusta bei Kaiser und Kaiserin ganz besonders günstig über mich ausgesprochen habe und daß ihr also dieser günstige Umschwung zu danken ist.

Von den kaiserlichen Herrschaften verabschiedet, begab ich mich nach dem „Einsiedler“, wo ich frühstückte und dann um 3 Uhr nach dem Schloß Friedrichskron.

Dort empfing mich Seckendorff und führte mich hinauf in den ersten

Stock, wo ich die Kaiserin Viktoria fand. Sie ist sehr niedergebeugt, sehr angegriffen, und ich überzeugte mich, daß sie die ganze letzte Zeit, das ganze letzte Jahr hindurch künstliche Heiterkeit zur Schau getragen hat. Denn jetzt fand ich sie tieftraurig. Sie konnte vor Weinen anfangs nicht sprechen. Erst sprachen wir von den letzten Tagen des Kaisers, dann belebte sie sich und sprach über die Bosheit und Gemeinheit der Menschen, womit sie bestimmte Persönlichkeiten meinte. Man wolle das Andenken des Kaisers verdunkeln und sage jetzt, er sei eigentlich gar nicht fähig gewesen zu regieren und habe gar nichts getan, während er doch angestrengt gearbeitet und selbständige Entschlüsse gefaßt habe. Herbert Bismarck habe die Frechheit gehabt, dem Prinzen von Wales zu sagen, daß ein Kaiser, der nicht diskutieren könne, eigentlich nicht regieren dürfe u. s. w. Der Prinz habe gesagt, wenn er nicht Wert auf die guten Beziehungen zwischen England und Deutschland legte, so würde er ihn zur Tür hinausgeworfen haben.

Von dem Vater Bismarck sagte sie, er habe nun zwanzig Jahre unumschränkt regiert und habe es nicht ertragen können, einem Willen bei dem Monarchen zu begegnen. Der junge Kaiser sei ganz in seinen Händen. Man könne noch nicht wissen, was er tun werde. Der Puttkamersche Fall sei vom Kaiser, nicht von ihr hervorgerufen worden. Bismarck habe Puttkamer selbst los sein wollen und habe das Odium der Entlassung auf den Kaiser übertragen, wie er es denn überhaupt verstehe, das Odium dessen, was er tue, auf andre abzuladen. Als die Rede auf Waldersee kam, sagte sie, er sei ein falscher, gewissenloser Mensch, dem es nicht darauf ankommen werde, sein Vaterland ins Verderben zu stürzen, wenn sein persönlicher Ehrgeiz befriedigt werde. Auch Kaiser Friedrich habe ihm nicht getraut und ihn für falsch angesehen. Zum Schluß trug sie mir auf, Thesy und Amalie für ihre Briefe zu danken.

Ich ging noch zum Prinzen von Wales, der vorsichtig sprach, aber über die Grobheit der Familie Bismarck, Vater und Sohn, entsetzt ist. Den Paßzwang und das System, Frankreich zu irritieren, begreift er nicht. Dann nach Berlin zurück mit Reischach, der nun Hofmarschall der Kaiserin Viktoria wird.

Schillingsfürst, 27. Juni 1888.

Gestern Abend 8 Uhr fuhr ich mit Thaden von Berlin ab, nachdem ich noch mit Viktor und Franz im „Kaiserhof“ gegessen hatte.

Den Tag füllten verschiedene Besuche aus. Friedberg fand ich etwas gedrückt. Er ist nicht mehr der große Mann, der er zur Zeit Kaiser Friedrichs war, wo alles ihm die Cour machte. Er weiß, daß der Kaiser die Semiten nicht protegiert. Dann besuchte ich den neuen Rabinettsrat Lucanus, einen höflichen, glatten, verbindlichen Mann, der eher wie ein

eleganter österreichischer Hofrat aussieht. Wilnowski flößte mir mehr Vertrauen ein. Um 5 Uhr zu Bleichröder. Wir sprachen oder vielmehr er sprach zuerst über die politische Lage. Er ist zufrieden und sagte, der Reichskanzler sei es auch. Nur müsse der Kaiser sich hüten, nicht in die Hände der Orthodoxen zu geraten. Das vertrage man im Lande nicht. (Darin hat er recht.) Eine andre Gefahr sei Waldersee und dessen Anhang. Waldersee sei der Gegner Bismarcks und halte sich zu allem befähigt und berufen. Wer stehe dafür, daß diese Herren nicht wieder das alte Spiel ansingen und dem Kaiser sagten: Eigentlich bist du doch nur eine Puppe, Bismarck regiert. Bei dem alten Herrn habe dies keinen tiefen Eindruck gemacht, der junge werde empfindlicher sein. Bismarck wünscht daher Waldersees Entfernung und wird ihn, wenn er kann, auch nach Straßburg als kommandierenden General schicken. Vielleicht ergreift er alle die Maßregeln nur, um mir die Stellung zu verleiden und um dadurch einen Gegner unschädlich machen zu können, wenn ich wegginge. Bleichröder sagt, den Paßzwang habe er nur eingeführt, um dem Kaiser zu zeigen, daß er auch scharf gegen die Franzosen vorgehen könne, um dadurch der Militärpartei den Rang abzulaufen. Bismarck denkt vor allem daran, seinen Sohn fest in den Sattel zu setzen. Das sei sein hauptsächlichstes Tun und Denken. Es ist deshalb keine Hoffnung, daß unsre Zustände in Elsaß-Lothringen besser werden. Was Rußland betrifft, so erwartet Bleichröder ein Ereignis, etwas Grotesques, wodurch Rußland gewonnen werden soll, sei es Abzug der Truppen oder Kaiserzusammenkunft. Der Kaiser, sagt Bismarck, wird keinen Krieg anfangen. Wenn er aber kommt, wird er ihm nicht unwillkommen sein.

Straßburg, 11. Juli 1888.

Schon seit längerer Zeit war von Schraut das Projekt angeregt und vorbereitet worden, eine Fahrt nach dem Reservoir im Sewental zu machen. Es ist dies ein künstlicher See, der durch eine Riesenmauer, die quer durch das Tal geht, hergestellt worden ist. Die Mauer ist 255 Meter lang und so breit, daß ein Wagen darauf fahren kann. In der Mitte ist ein Durchlaß, der dazu dient, das Wasser des Sees nach Bedürfnis in die Doller zu leiten, das Flößchen, das nach Mülhausen fließt. Die Anlage hat 400 000 Mark gekostet und ist für Industrie und Landwirtschaft sehr wichtig. Sie ist dieses Jahr beendet.

Am Montag Nachmittag setzten wir uns in Bewegung. Ein Teil der Herren, Baß und Studt, waren schon voraus, andre, namentlich Landesauschußmitglieder, sollten uns am folgenden Morgen in Mülhausen treffen. Mit mir fuhren, außer Jordan, Thaden und Alexander, Puttkamer, Schraut und einige Ministerialräte.

Wir kamen um 7 Uhr in Mülhausen an. Der Empfang war nicht enthusiastisch, aber höflich und anständig. Ich fuhr mit dem Kreisdirektor und dem Bürgermeister nach dem Zentralthotel, wo wir übernachteten. Um 8 Uhr gab ich ein Souper. Dabei war Heuduck, der gerade in Mülhausen zu tun gehabt hatte und uns nach Sewen begleiten wollte, dann die Behörden, einige Gemeinderäte und Offiziere, im ganzen fünfundzwanzig Personen. Geredet sollte nicht werden. Nun brachte mir aber vor Tisch Jordan die Rede, die Theodor Schlumberger halten wollte. Ich mußte also antworten und benutzte die Gelegenheit, um nach Berlin einen Avis zu geben und die hiesige Bevölkerung zu beruhigen.<sup>1)</sup> Das Souper war

---

<sup>1)</sup> Der Vertreter des Präsidenten der Handelskammer, Herr Theodor Schlumberger, hielt bei dieser Gelegenheit folgende Ansprache:

Vor mehr wie zwei Jahren beehrte Durchlaucht unsre Stadt mit einem ersten freundlichen Besuche.

Es erfreut uns sehr, wieder einmal, wenn auch nur bei einer kurzen Durchreise, die Gelegenheit zu haben, ehrerbietig Durchlaucht in unsrer Mitte begrüßen zu können.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese Beweise der Teilnahme sich wiederholen und zu heiß erwünschten Erleichterungen Anlaß geben werden.

Mülhausen ist ausschließlich eine Arbeiterstadt, ein Ort des Schaffens und des Gewerbefleißes.

Kunst und Wissenschaft, Literatur und Politik zählen nur verschwindend wenig andre als zeitweilige und nur knapp bemessene Muße genießende Anhänger.

Langeweile, Mißbehagen sogar, empfindet hier kurz nach der Ankunft der unbeschäftigte Reisende. Die Gastfreundschaft auszuüben haben wenige unter uns Zeit oder Gelegenheit.

Wer uns aber kennen oder beurteilen will, irrt sich sicher, wenn er nicht jahrelang unser Leben mitgelebt hat und sich noch dabei von jedem Vorgefunden und jeder Parteilichkeit mit seltener Willenskraft und Selbstbeherrschung loszumachen gewußt hat.

Aus eigener und vielfacher Erfahrung kann ich sagen, daß zielbewußtes Wohlwollen, freundliches Entgegenkommen, Zeit und Geduld mehr von unsrer Bevölkerung zu erreichen imstande sind als scharfes, noch so gerechtfertigtes Vorgehen.

Wollen Durchlaucht mit Genugthuung diese Aeußerung anzunehmen und huldreich unsre Wünsche des Willkommens und eines öfteren Gefinnungsaustausches zu empfangen geruhen.

Hoch dem Kaiserlichen Statthalter! Es lebe Seine Durchlaucht der Fürst von Hohenlohe!

Hierauf erwiderte der Fürst:

Ich danke Herrn Schlumberger für seine freundliche Begrüßung, die ich mit den herzlichsten Wünschen für das Gedeihen der Stadt Mülhausen beantworte.

Herr Schlumberger hat in seiner Rede das politische Gebiet leise gestreift, ich glaube daher mit einigen Worten darauf eingehen zu sollen.

Wenn eine Nation ein Land erobert oder wiedergewinnt, so will sie es auch behalten. Sie ergreift daher alle Maßregeln, um ihren Besitz zu sichern. Diese Maßregeln sind um so schärfer, je lebhafter sich das Bestreben des Nachbarn geltend

vortrefflich und alles in „gehobener Stimmung“. Das Hotel ist eines der besten des Landes.

Am Morgen kamen zwei Zivilmusikkapellen, mich mit einer Morgenmusik zu erfreuen, und dann noch eine Militärkapelle. Ich mußte natürlich zuhören und mich auf dem Balkon zeigen. Endlich nach anderthalbstündiger Geduld wurde ich erlöst und fuhr nach dem Bahnhofe. Um 9 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung, der uns nach Sewen bringen sollte. Die Bahn geht in nordwestlicher Richtung über Lutterbach nach Sennheim, von dort südlich über Aspach und Senthem nach Masmünster. In den größeren Orten hielt der Zug, und ich wurde von den Pfarrern, Bürgermeistern, Schulkindern u. s. w. empfangen und mußte die üblichen Ansprachen der weißgekleideten Mädchen anhören, die mir versicherten, daß sie glücklich seien, den verehrten Landesherrn zu begrüßen, und die mit der Versicherung besonderer Hochachtung zu schließen pflegen, worauf dann der Landesherr dem die Rede haltenden Mädchen die Hand reicht und den kleinen Begleiterinnen, die neben der Rednerin knien und die gewöhnlich schöne Lockenköpfchen haben, die Wangen streichelt. In Masmünster, einer Stadt von viertausend Einwohnern, war der Empfang großartiger, Feuerwehr, Beamte, mehrere Pfarrer und Massen von Schulkindern. Als die Tochter des Notars ihre Ansprache eben anfangen wollte, fing die Feuerwehr zu trommeln und zu trompeten an, so daß ich hat zu warten. Von Masmünster fuhren wir zu Wagen noch durch einige Dörfer, wo überall Empfang war, nach Sewen, einem großen Dorf in dem schönen Gebirgstal. Hier wurde der Empfang in Unordnung

macht, wieder in den Besitz des verlorenen Landes zu gelangen. So sind wir schrittweise zum Paßzwang gekommen, auf den Herr Schlumberger angespielt hat. Der Paßzwang wird aufhören, wenn wir seiner nicht mehr bedürfen, um unsern Besitz zu sichern. Andre Maßregeln werden folgen, um, wie kürzlich ein bekanntes Blatt gesagt hat, Elsaß-Lothringen dauernd von Frankreich abzuziehen und uns näher zu bringen.

Diese Maßregeln dürfen aber, um diesen Zweck zu erreichen, nicht dem Gebiete der Polizei, sondern sie müssen dem der wirtschaftlichen Interessen entnommen werden. Die Fahrt, die wir morgen machen werden, um ein großartiges und für Oberelsaß nütliches Werk kennen zu lernen, gibt Ihnen ein Beispiel. Andre Werke dieser Art werden sich daran reihen; ich erinnere an den Ludwigshafener Kanal, und ich würde noch mehr Beispiele anführen, wenn ich nicht befürchten müßte, dem Vorstand der dritten Abteilung des Ministeriums die Freude zu verderben, das Land mit manchem nütlichen Projekte auf diesem Gebiete zu überraschen. Das sind dauernde Maßregeln, die wir getroffen haben und die wir weiter ins Werk setzen werden, um dem Land zu beweisen, daß es unter deutscher Herrschaft gedeihen wird.

In diesem Sinne lassen Sie uns trinken auf das Wohl von Elsaß-Lothringen und auf das Gedeihen der Stadt Mülhausen.

gebracht, weil der Kutscher nicht durch die Ehrenpforte, sondern außen herum fuhr. Dadurch wurde dann die Ansprache nicht an der richtigen Stelle gehalten, was den dirigierenden Lehrer in solche Aufregung brachte, daß er alle Welt hin und her schob und mich gar nicht sah. Endlich kam Ruhe in die Sache, und dann las ein Junge die Anrede im Namen des Bürgermeisters der Gemeinde vor, in der er betonte, daß seit dem dreizehnten Jahrhundert kein Landesfürst hier gewesen sei, nämlich seit Ludwig dem Heiligen von Frankreich, dem ich nun die Ehre hätte, nachzufolgen. Von Sewen kommt man bald zu dem Reservoir. Am Fuße des Berges stiegen wir aus und wanderten hinauf. Das Ganze ist höchst interessant und die Gebirgslandschaft schön. Leider blieb das Wetter unbestimmt. Von Zeit zu Zeit kleine Regenschauer. Nachdem sich das Wetter etwas gebessert hatte, hielt Schlumberger eine Rede, auf die Schraut im Namen der Regierung antwortete. Dann wurde in einer Laube gefrühstückt, und um 3 Uhr fuhren wir nach Masmünster zurück, wo um 4 Uhr ein großes Diner bestellt war. Ich trank auf den Kaiser, Mieg-Röchlin auf mich, worauf ich dankte und den Landesausschuß und alle Mitarbeiter an dem Werke leben ließ. Um 7 Uhr Abfahrt mit der Bahn nach Mülhausen, wo wieder „ein Glas Bier“ in der Bahnhofrestauration getrunken wurde. Die Mülhauser Mitreisenden verabschiedeten sich hier, und wir fuhren nach Straßburg, wo wir 1½ Uhr nachts ankamen.

Im ganzen kann ich mit dem Empfang, der überall in allen kleinen Städten und Dörfern äußerst herzlich war, zufrieden sein. Besonders die katholische Geistlichkeit kam mir mit großer Freundlichkeit entgegen.

Baden, 15. Juli 1888.

Gestern Mittag von Straßburg hierher. Nachmittags Besuch bei dem Großherzog, der mir seine Zustimmung zur Mülhauser Rede aussprach. Abends bei der Kaiserin zum Tee, die wie immer liebenswürdig war. Heute um 5 Uhr Diner bei der Kaiserin mit den großherzoglichen Herrschaften. Die Großherzogin fehlte. Sie liegt zu Bett und macht eine Kur für ihre Augen. Abends auf der Promenade sprach ich mit Maxime Ducamp. Er ist über die Maßregeln in Elsaß-Lothringen betrübt, weiß aber, daß ich nicht die Schuld trage. Er erzählte allerlei, unter anderm, daß zur Zeit der Wahlen unter den fürstlichen Personen die Rede davon gewesen sei, man solle die Statthalterschaft erblich machen und mich als erblichen Statthalter einsetzen. Das gibt mir zu denken. Es ist sehr möglich, daß die Bemühungen Bismarcks, mir meine Stellung hier zu verderben, auf den Neid zurückzuführen sind, welchen die Familie Bismarck darüber empfunden hat, daß ich diese erbliche Stelle erhalten sollte, während Bismarck nicht erblicher Herzog von Lauenburg geworden ist. In der Tat hat mir bis-

her immer die Erklärung dafür gefehlt, daß Bismarck mir stets Prügel zwischen die Füße geworfen hat, sobald es in Elsaß-Lothringen gut ging und ich mir die Anerkennung der Welt oder des Kaisers erworben hatte: die Prozesse gegen die Patriotenliga, das Drängen auf Ausweisungen und zuletzt den Paßzwang. Alles unmotiviert, wenn man nicht obige Erklärung als möglich annimmt. Maxime Ducamp fragte mich, welche Maßregeln denn jetzt noch folgen sollten. Ich sagte, ich wisse von nichts. Möglich ist es aber, daß wieder ein neuer Sturm von Berlin kommt.

### Aus einem Briefe an die Prinzessin Elise.

Berlin, 3. August 1888.

... Kaiser Wilhelm macht mir den Eindruck eines klugen und pflichttreuen Mannes. Wenn ich mit ihm spreche, werde ich immer an Prinz Albert erinnert. Er hat Ähnlichkeit in der Stimme und denselben Ernst. Dabei aber auch die Freude an komischen Dingen. Wenn er sich so entwickelt wie sein Großvater, so können wir zufrieden sein.

### Journal.

Petersburg, 13. August 1888.

Abreise von Berlin am 10., nachdem ich den Kaiser am Tage vorher gesehen hatte. Meine Audienz war befriedigend. Der Kaiser empfing mich erst mit dem Hofstaat und den Adjutanten, und dann gingen wir zum Frühstück. Nachher sprach der Kaiser längere Zeit mit mir auf der Terrasse. Er erzählte von seinem Aufenthalt in Peterhof<sup>1)</sup> und zeigte sich sehr zufrieden mit der Aufnahme. Man habe ihn anfangs etwas mißtrauisch beobachtet, weil man gefürchtet habe, daß er irgendwelche unangenehmen Dinge, Zurückziehung der Truppen und dergleichen, zur Sprache bringen werde. Nachdem aber der Kaiser sich davon überzeugt hatte, daß der Besuch ein lediglich formeller Höflichkeitsbesuch sein sollte, sei er von Tag zu Tag freundlicher und zutraulicher geworden und der Aufenthalt sei dadurch sehr gemütlich gewesen. In bezug auf meine eignen Geschäfte wünschte er mir alles Gute und sagte: „Ich werde Ihnen den Daumen halten.“ Zum Schluß trug er mir auf, dem Kaiser seinen Dank für die freundliche Aufnahme zu wiederholen und ihm zu sagen, daß er von seinem Aufenthalt die beste Erinnerung bewahre. Am 10. fuhr ich von Berlin weg, fand Makower<sup>2)</sup> mit Tochter und Sohn auf der Bahn und lud sie ein, mit mir zu fahren. Wir vertrugen uns ganz gut. Es

<sup>1)</sup> 19. bis 24. Juli 1888.

<sup>2)</sup> Rechtsanwalt Makower in Berlin, den der Fürst in der russischen Erbschaftsangelegenheit als Rechtsbeistand angenommen hatte.

sind nette Leute. In Wirballen bekam ich ein Schlafwagencoupé und trennte mich von ihnen. Am 11. abends 8 Uhr waren wir in Petersburg.

Heute war ich bei Madame Malzow in Zarskoje, die mir allerlei vom Hof erzählte, insbesondere, daß man von Kaiser Wilhelm entzückt sei, weniger von dem Gefolge, welches „raide“ gewesen sei. Als ich ihr erzählte, daß ich mit dem Vater der Kaiserin studiert hätte, fand sie das einen sehr günstigen Umstand, den ich ausnützen solle.

Petersburg, 16. August 1888.

Heute fuhr ich zum Finanzminister Wischnegradsky, der mich sehr liebenswürdig empfing. Ich sagte ihm den Zweck meines Hierseins und empfahl ihm, unsern Angelegenheiten sein Interesse zuzuwenden. Ich deutete auch an, daß man in deutschen Finanzkreisen unsre Angelegenheit mit einem gewissen Interesse verfolge. Er sagte, daß er keinen Einfluß auf diese Sache habe, daß er sich mir aber ganz zur Verfügung stelle. Was den Ufas betrifft, so meinte er, ich habe ja eine „heureuse combinaison“ ins Auge gefaßt, nämlich einen meiner Söhne Russe werden zu lassen. Ich erwiderte, ich könne diesem Gedanken nicht nahe treten, da ich erst wissen müsse, ob denn überhaupt von der Erbschaft etwas übrigbleibe. Darauf erwiderte er, das sei nicht zu bezweifeln, und wir würden schon zu einem guten Resultat kommen.

Petersburg, 21. August 1888.

Schweinitz lud uns am Sonnabend zum Diner mit Maflower ein, wo niemand sein werde. Als wir hinkamen, war Giers da, der sich zum Essen angemeldet hatte. Er sagte, daß der Kaiser bedaure, uns noch nicht empfangen zu können, daß wir aber Mittwoch oder Freitag empfangen werden würden. Auch sprachen wir von der Uniform. Er meinte, daß man in Uniform mit Epauletten sein müsse und in Peterhof Zeit habe, sich umzuziehen. Er war äußerst entgegenkommend, doch unterließ ich es, mit ihm über die Geschäfte zu sprechen, da er damit nichts zu tun hat.

Bei dem Vertreter des Ministers des Innern war ich ebenfalls. Er erkennt an, daß es nicht möglich ist, in drei Jahren zu verkaufen und daß eine Ausnahme gemacht werden müsse. Er kann aber ohne den Kaiser nichts tun. Beim Abschied fragte er: „Donc votre Altesse n'a pas d'ordres à donner au ministère avant d'avoir vu l'Empereur?“ Montag Diner bei der Gräfin Kleinmichel. Der Oberhofmeister der Kaiserin, Fürst Galizin, war da. Gräfin Kleinmichel sprach während des Essens über Herbert Bismarck, den sie, als er hier Botschaftssekretär war, viel gesehen hat. Er sei „brutal“ und suche etwas darin, dies zur Schau

zu tragen. Bei seiner Ankunft habe er den Herren unsers Gefolges gesagt, sie sollten nicht zu höflich mit den Russen sein. Dies haben zwei russische Generale gehört.

Nach dem Diner fuhr ich noch mit Philipp Ernst im Dampfschiff nach dem Zoologischen Garten, wo Theater und Ballett war. Heut hat uns die Großfürstin Katharina zum Essen nach Oranienbaum eingeladen.

Petersburg, 13./25. August 1888.

Wie es mir Herr von Giers in Aussicht gestellt hatte, wurden wir gestern (Freitag) zu den Majestäten berufen. Wir fuhren in Uniform Morgens 10 Uhr nach Peterhof, stiegen dort in dem Palais ab, von wo wir sofort durch den Park nach dem Cottage gefahren wurden, wo der Kaiser residiert. Es ist ein kleines, recht wohnliches Landhaus, aber ungenügend als kaiserliche Residenz. Fürst Galizin, der Oberhofmeister der Kaiserin, empfing uns, um uns zur Kaiserin zu führen. Da aber die ägyptischen Prinzen da waren, so konnte uns die Kaiserin nicht gleich empfangen, und wir wurden erst zum Kaiser geführt. Ich ging zuerst allein zur Audienz. Philipp Ernst wartete im Vorzimmer. Der Weg führte zwischen halbgepackten Koffern durch zu einer kleinen Treppe, auf der ich in das Toilettenzimmer des Kaisers und von da in sein Arbeitszimmer kam. Der Kaiser, ein großer Mann im Militärüberrock, empfing mich sehr freundlich, erwähnte, daß er mich schon in Paris gesehen habe, kam dann auf meine Stellung in Straßburg und fragte, ob ich zum erstenmal in Petersburg sei. Ich erwiderte, daß ich schon vor einigen dreißig Jahren hier gewesen sei,<sup>1)</sup> erzählte die Veranlassung meines damaligen Aufenthalts und fand damit den Uebergang zu dem Zweck meines jetzigen Aufenthalts und zu den Verhältnissen der Erbschaft. Ich verhehlte nicht den Zustand des Vermögens, sagte, daß wir Bedenken getragen hätten, die Erbschaft anzutreten, da dieselbe überschuldet sei, und daß wir die Erbschaft nur deshalb angenommen hätten, um das Andenken Peters zu wahren und die Schulden zu zahlen. Der Kaiser ging darauf ein, sprach sein Bedauern aus, daß die Verhältnisse so ungünstig lägen. Ich fügte hinzu, daß wir uns bemühen würden, die Sache in Ordnung zu bringen, daß uns aber dazu Zeit nötig sei, und bat dann, mir zu erlauben, den Brief meiner Frau zu übersenden, in welchem die Bitten und Wünsche, die sie hege, enthalten seien. Dies genehmigte der Kaiser. Er schloß die Unterredung, indem er in freundlicher Weise sagte: „Nous tâcherons de vous aider dans ces difficultés.“ Hierauf entließ er mich, und Philipp Ernst wurde hineingeführt.

---

<sup>1)</sup> Bd. I S. 69.

Dann gingen wir zusammen zur Kaiserin, die ebenso liebenswürdig war. Ich erwähnte, daß ich mit ihrem Vater in Bonn studiert hätte, was sie zu einigen Bemerkungen über ihren Vater veranlaßte, von dem sie sagte, daß er sich recht jugendlich erhalten habe. Dann sprach sie von ihrer Reise nach Gmunden, auf die sie sich sehr freute, u. s. w.

Ich vergaß zu sagen, daß ich dem Kaiser den Auftrag Kaiser Wilhelms ausrichtete, worauf er, ebenso wie nachher die Kaiserin, seine Befriedigung über den kaiserlichen Besuch aussprach und bemerkte, daß er den Kaiser sehr zu seinem Vorteil verändert gefunden habe.

Berlin, 21. Januar 1889.

Gestern war das Ordensfest. Bei dem Diner saß ich dem Kaiser gegenüber neben Moltke. Die Musik war ziemlich störend, aber gegen Ende der Tafel hatte ich doch Gelegenheit, mit dem Feldmarschall zu sprechen. Er erzählte allerlei, unter anderm eine Parforcejagd, die er im Jahre 1867 mit dem Kaiser Napoleon in Fontainebleau geritten hatte. Dabei ritt er einmal hinter dem Kaiser, der seinen Hut verlor. Der Hut fiel auf einen Wacholderbusch und blieb hängen, so daß Moltke ihn nehmen und dem Kaiser aushändigen konnte. „So konnte ich,“ sagte er, „dem Kaiser seinen Hut zurückgeben. Und drei Jahre später nahmen wir ihm die Krone.“

Als ich heute nach dem Frühstück bei dem Kaiser war und mit ihm rauchte, versuchte ich in vorsichtiger Weise von Elsaß-Lothringen zu sprechen. Er hörte wohlwollend zu und bekundete viel Interesse an den dortigen Angelegenheiten. Wenn ich aber über die Maßregeln sprach, hüllte er sich in Schweigen und war nicht dazu zu bringen, eine Meinung zu äußern. Ich sah, daß er ganz unter dem Einflusse des Reichskanzlers steht und sich nicht traut, eine von dessen Meinung abweichende Ansicht zu äußern. So mußte ich den Versuch aufgeben, an dieser Stelle eine Stimmungsänderung anzubahnen.

Berlin, 23. Januar 1889.

Heute um 5 $\frac{1}{2}$  Uhr mit Viktor zum Diner bei der Kaiserin Augusta. Die Kaiserin wie die Großherzogin fragten mich, ob ich mit dem Kaiser über Elsaß-Lothringen gesprochen und in ihrem Sinne gewirkt habe. Ich sagte ihnen, daß ich es nicht für opportun gehalten hätte, bestimmte Vorschläge zu machen, weil ich bemerkt hätte, daß der Kaiser ganz unter dem Einfluß des Reichskanzlers steht und keine abweichenden Entschlüsse diskutiert. Ich tröstete die hohen Damen auf die Zukunft. Bei Tisch klagte die Großherzogin über die schwere Zeit, die sie infolge der Gefften-

schen<sup>1)</sup> Sache durchleben müsse. Unter den Geladenen war auch Minister Bötticher, der sehr vernünftig über Elsaß-Lothringen sprach und sich entschieden gegen kleinliche polizeiliche Verationen äußerte. Wie mir die Großherzogin sagte, tadelt er die neuesten Veröffentlichungen.<sup>2)</sup> Es ist überhaupt niemand, der sie nicht tadelt. Nach Tisch sprach ich mit dem Großherzog und Miquel über den Kanal. Ersterer kam wieder auf das Projekt der Rheinkorrektur zurück, die er nach einem Bericht von Honsell für möglich hält.

Um 8 Uhr war ich wieder zum Souper bei den regierenden Majestäten geladen. Ich wurde in die inneren Gemächer geführt, worauf ich mit Kaiser und Kaiserin hinausging. Beim Souper saß ich zwischen der Kaiserin und Gräfin Keller. Nach Tisch ging die Kaiserin mit den Damen in einen andern Salon. Wir blieben stehen, und es entspann sich eine einstündige Konversation zwischen dem Kaiser, seinem ehemaligen Lehrer Hinzpeter und mir. Erst wurde über die Gymnasien diskutiert, wobei sich der Kaiser gegen die allzu großen Anforderungen auf den Gymnasien erklärte, während wir diese verteidigten, indem wir geltend machten, daß nur große Anforderungen den Zudrang zu den Gymnasien und das gelehrte Proletariat verhindern könnten. Dann kamen wir auf den Dom. Der Kaiser ließ Pläne und Zeichnungen holen und erklärte sie uns. Danach wird der Dom prachtvoll und stilgerecht gebaut werden. Ich brachte dann die Umformung der Linden zur Sprache, wobei ich von Hinzpeter unterstützt wurde. Dann Kaiserpalast in Straßburg und Merkwürdigkeiten von Elsaß-Lothringen, für welches Land der Kaiser sehr viel Interesse zeigte. Es sei ein wunderschönes Land, und er begreife, daß die Franzosen es ungern verloren hätten. Von Frankreich sprechend, meinte der Kaiser, daß Boulanger gewiß reüssieren werde. Er sehe schon kommen, daß Boulanger als Kaiser Ernest seinen Besuch in Berlin machen werde. Dann wolle er ihm Radziwill und Lehnendorff begeben. In der ganzen Konversation, die nie stockte, freute ich mich über die frische, lebendige Art des Kaisers und wurde in allem lebhaft an seinen Großvater, den Prinzen Albert, erinnert.

Berlin, 25. Januar 1889.

Gestern bei Lindau und Holstein. Als ich zurückging, begegnete mir der Reichskanzler, der mich einlud, mit ihm nach Hause zu kommen. Wir

1) Der wegen seiner Veröffentlichungen aus dem Tagebuche des Kaisers Friedrich in Untersuchungshaft genommene Professor Geffken war am 4. Januar durch Beschluß des Reichsgerichts außer Verfolgung gesetzt worden.

2) Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 16. Dezember 1888 gegen Sir Robert Morier, englischen Botschafter in Petersburg, und die sich daran anschließenden Publikationen Londoner Zeitungen über Korrespondenzen zwischen Morier und Herbert Bismarck.

sprachen da eine halbe Stunde. Er fing gleich von Geffken an und fragte, ob man nicht in Straßburg das Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten könne. Ich antwortete, das sei nicht möglich, da die Universität nicht unter dem Beamtengegesetz stehe. Nun meinte er, dann schütze das Gesetz den renitenten Professor auch nicht, was wohl darauf hindeutete, daß wir das französische Verwaltungsrecht, nach welchem Professoren pure entlassen werden können, anwenden sollten. Ich erwiderte, daß ich die Sache mit Puttkamer besprechen würde. (Dieser ist aber, wie er mir heute sagte, der Meinung, daß dann die Universität geschlossen werden könnte; denn die Professoren würden nicht bleiben, wenn man sie außerhalb des Gesetzes stellte.) Der Reichskanzler erging sich dann in ausführlichen Aeußerungen über die Geffken-Affäre, meinte, daß man die Sache nicht ruhen lassen dürfe und erzählte verschiedenes, um nachzuweisen, daß Kaiser Friedrich keineswegs der liberale Mann gewesen sei, als den ihn die Fortschrittspartei hinstellen wolle. Diese Legende sei für die ganze Dynastie gefährlich und müsse zerstört werden. Er hat sich augenscheinlich in die Sache verbissen und will sie nicht loslassen. Ich wurde lebhaft an den Artikel „Le mort“ im „Figaro“ erinnert. Er machte mir den Eindruck eines geistig nicht ganz gesunden Mannes. Die Erbitterung in allen Klassen wächst, und Fürst Bismarck schadet sich mehr als dem toten Kaiser. Der Großherzog von Baden, der mich heute besuchte, erzählte mir, daß der Kaiser die Veröffentlichung der Angabe, daß Geffken den Aufruf des Kaisers Friedrich gemacht habe, verhindern wollte. Es war aber schon zu spät. Auch meinte der Großherzog, daß es nicht unmöglich sei, daß der Kaiser mit Bismarck hintereinander kommen werde, wenn er merke, daß man ihm nicht alles mitteile. Vorläufig will der Kaiser alles vermeiden, weil er den Fürsten Bismarck für die Bewilligung der Militärvorlage braucht.

Im Auswärtigen Amt und in der nationalliberalen Partei herrscht eine gedrückte Stimmung.

#### Rede bei dem Diner des Präsidenten des Landesausschusses am 28. Februar 1889.

Gestatten Sie mir, meine Herren, auf die Trinksprüche des Herrn Präsidenten zu antworten. Ich sage demselben meinen herzlichsten Dank für die freundlichen Worte, mit welchen er meiner gedacht hat. Aus seinem Trinkspruche auf das Wohl des Kaisers entnehme ich die erfreuliche Gewißheit, daß wir uns eins fühlen in der Treue zu Kaiser und Reich, wie wir ja auch eins sind in der Sorge und in der Arbeit für das Wohl des Landes. Sie haben sich, meine Herren vom Landesausschusse, von

neuem dieser Arbeit unterzogen in gewohnter Hingebung und Pflichttreue und mit jenem praktischen Sinne, der eine charakteristische Eigenschaft der Bewohner von Elsaß-Lothringen ist. Sie haben dabei den Vorzug, nicht durch Parteibestrebungen gestört zu werden und Ihre Entscheidungen nach sachlichen Gründen zu fassen. Und wenn ich dies hervorhebe, so geschieht es, weil ich der Meinung bin, daß Ihre Verhandlungen größere Bedeutung haben, als Ihre Bescheidenheit es annehmen mag. In der That bildet sich ganz Deutschland sein Urtheil über die Zustände dieses Landes aus den Verhandlungen des Landesausschusses, und der normale Verlauf derselben ist wichtig, weil er manche Vorurtheile beseitigt, die noch jenseits des Rheins bestehen mögen. Der bisherige Verlauf Ihrer Debatten berechtigt mich zu der Hoffnung, daß diese Wirkung nicht ausbleiben wird. So hoffe ich denn, daß dieses Land einer glücklichen Zukunft entgegengeht und daß die Bewohner mehr und mehr erkennen werden, wie es ein Vortheil ist, einer Nation anzugehören, deren Entwicklung sich in aufsteigender Linie vollzieht, einer Nation, der die Zukunft gehört. Ich trinke auf die Vertreter des Landes und deren würdigen Präsidenten.

Rede bei dem Diner des Landesausschusses zu Ehren seiner  
Präsidenten am 14. März 1889.

Meine Herren! Die Begrüßung des ersten Vizepräsidenten, des Freiherrn Zorn von Bulach, verpflichtet mich zu aufrichtigem Dank, den ich ihm und Ihnen, die Sie seinen Worten zugestimmt haben, hiermit aussprechen will. Die Rede des Freiherrn von Bulach gibt mir die erfreuliche Gewißheit, daß die wenigen Worte, die ich in letzter Zeit an die Mitglieder des Landesausschusses gerichtet habe, auf guten Boden gefallen sind und einen freundlichen Widerhall gefunden haben. Sie sagt aber noch mehr; sie gibt mir die Versicherung, daß meine Bemühungen, die Hindernisse zu beseitigen, die noch der normalen Entwicklung unsers Landes entgegenstehen, auf die loyale vertrauensvolle Mitwirkung der Mehrheit des Landesausschusses rechnen können. Das ist viel, das ist von großer Bedeutung; denn in dem einträchtigen Zusammengehen von Regierung und Volksvertretung liegt die Gewähr für das Gedeihen eines Staates. Und wenn auch hie und da Meinungsverschiedenheiten scheinbar störend dazwischentreten, so sind wir doch in wesentlichen Dingen einig. So glaube ich denn mit Zuversicht in die Zukunft blicken zu dürfen. Und wenn ich heute das Glas erhebe auf den Landesausschuß, so darf ich wohl ohne Illusion sagen: ich trinke auf das Wohl treuer Freunde im Reichslande. Der Landesausschuß und seine Präsidenten leben hoch!

## Kaiserin Augusta an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 16. März 1889.

Lieber Fürst!

Sie haben mir das Vorrecht eingeräumt, Ihren schwierigen, aber ehrenvollen Beruf mit den besten Wünschen zu begleiten und die Kritik Ihrer öffentlichen Äußerungen zu führen. Dies berechtigt mich zur aufrichtigen Anerkennung Ihrer beiden letzten Reden, die wirklich hervorragenden Eindruck machen mußten und mich in jeder Hinsicht gefreut haben. Gott helfe weiter!

Ihre

Augusta.

## An die Kaiserin Augusta.

Straßburg, 18. März 1889.

Eure Kaiserliche und Königliche Majestät wollen mir gnädigst gestatten, Allerhöchstderselben meinen ehrfurchtsvollsten Dank für die überaus huldvolle Anerkennung darzubringen, welche Eure Majestät meinen hier in der letzten Zeit gesprochenen Worten haben zuteil werden lassen. Je ernster ich die mir übertragene Pflicht auffasse, um so seltener bin ich mit meinen Leistungen zufrieden, und nur das ermutigende Wort Eurer Majestät kann mir die Gewißheit geben, daß ich das Rechte getroffen habe. Weiß ich doch, daß im entgegengesetzten Falle Eure Majestät mir auch ein mahnendes Wort des Tadelns nicht vorenthalten werden.

Eure Majestät wollen überzeugt sein, daß ich mich auch ferner bemühen werde, mich des Allerhöchsten Wohlwollens würdig zu erweisen.

## Kaiser Wilhelm an den Fürsten Hohenlohe.

Berlin, 28. März 1889.

Mit warmer Teilnahme habe ich vernommen, daß Sie am 31. d. M. Ihr siebenzigstes Lebensjahr vollenden werden. Es gereicht mir zur Freude, Ihnen zu diesem festlichen Tage meine aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen und zugleich für die ersprießlichen Dienste, welche Sie sowohl in Ihren früheren Stellungen wie seit dem Herbst 1885 an der Spitze des Reichslands Kaiser und Reich geleistet haben, meiner dankbaren Anerkennung Ausdruck zu geben. Hiermit verbinde ich den Wunsch, daß Sie noch lange Ihres hohen Amtes in voller Rüstigkeit und geistiger Frische walten mögen.

## An die Prinzessin Elise.

Donaueschingen, 16. April 1889.

Wir sind auf zwei Tage dem unruhigen Leben in Straßburg entflohen, um uns hier bei Fürstenbergs etwas auszuruhen; ich hauptsächlich, um meine Briesschulden abzutragen, wozu ich dort nicht gelangen konnte...

Ich komme wieder darauf zurück, was ich Dir damals in Schillingsfürst sagte, daß bei Dir der Glaube gleichbedeutend ist mit Ueberzeugung, bei den Katholiken ist er die Annahme des von der Kirche Vorgeschiedenen. Der Katholik glaubt, wie ich, wenn ich ein homöopathisches Mittel nehme. Ich schlucke den Aconit, obgleich ich die Ueberzeugung habe, daß es mir nichts nützt. So nimmt der Katholik das Dogma an, wenn er sich auch kein Kopfzerbrechen über das ihm unverständliche Dogma macht. Und die Jesuiten gehen so weit, immer unsinnigere, von ihnen selbst als solche betrachtete Dogmen aufzustellen, weil sie es für heilsam halten, wenn die Menschheit sich auch dem unsinnigsten unterordnet. Darauf bezieht sich auch der Spruch des heiligen Augustinus: „Im Zweifelhaften Freiheit, im Notwendigen Einheit, in allem Caritas!“ Das Notwendige erkenne ich nicht im Dogma. Es ist meiner Ueberzeugung nach nicht gut und nicht nötig, sein Leben und seine Seligkeit auf der dogmatischen Grundlage aufzubauen. Ich meine, daß der fortwährend notwendige Kampf gegen die Sünde in und außer uns auch geführt werden kann ohne den Glauben des sechzehnten Jahrhunderts. Der Mensch kann auch ohne diesen Glauben zu dem Zustande der freiwilligen Entsagung, der Resignation und der wahren Gelassenheit gelangen und die Hestigkeit des Wollens, worin der Keim alles Bösen liegt, durch die Verneinung des Willens besiegen. So ist dann, wie dies die Mystiker zeigen, „der, in welchem die Verneinung des Willens zum Leben aufgegangen ist, so arm, so freudlos und voll Entbehrungen sein Zustand von außen gesehen auch ist, voll innerer Freudigkeit und wahrer Himmelsruhe. Es ist nicht der unruhige Lebensdrang, die jubelnde Freude, welche heftiges Leiden zur vorhergegangenen oder nachfolgenden Bedingung hat, wie sie den Wandel des lebenslustigen Menschen ausmachen, sondern es ist ein unerschütterlicher Friede, eine tiefe Ruhe und innige Heiterkeit, ein Zustand, zu dem wir, wenn er uns vor Augen oder die Einbildungskraft gebracht wird, nicht ohne die größte Sehnsucht blicken können, indem wir ihn sogleich als das allein Rechte, alles andre unendlich Ueberwiegende anerkennen, zu welchem unser besserer Geist uns das große ‚sapere aude‘ zuruft. Wir fühlen dann wohl, daß jede der Welt abgewonnene Erfüllung unsrer Wünsche doch nur dem Almosen gleicht, welches den Bettler heute am Leben erhält, damit er morgen wieder hungere, die Resignation dagegen dem ererbten Landgut: es entnimmt den Besitzer allen Sorgen auf immer.“

Liegt nun in der reinen Kontemplation, die uns vom grimmigen Willensdrange erlöst und uns aus dem schweren Erdenäther auftauchen läßt, die wahre Seligkeit, die dem Menschen zuteil werden kann, so frage ich mich, ob nicht auch in der von Dir vertretenen Richtung der Sehnsucht nach einer Erneuerung der Erde, nach dem Anschauen des Sohnes

Gottes und nach der Auferstehung des Leibes u. s. w. eine die ruhige Kontemplation und Resignation störende Willensunruhe liegt. Ich will auch die Welt überwinden, und wenn Johannes sagt: „Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwindet,“ so ist es eben nicht der Glaube an die Dogmen, sondern die Erkenntnis von der Nichtigkeit der Welt und der Verderblichkeit der Sünde, die der Evangelist darunter verstanden hat.

Wir kommen also zu demselben Resultat. Und wenn du sagst: „Die mit Tränen säen, werden mit Freuden ernten,“ so sage ich: ja, diejenigen, die das Leid der Welt und der Sündhaftigkeit des Willens durchgemacht haben, sind fähig, durch die Resignation zu dem Zustande reiner Beschaulichkeit zu gelangen.

Reden bei dem Ausfluge des Landesausschusses nach Metz am 9. Mai 1889.<sup>1)</sup>

#### Auf den Kaiser.

Meine Herren! Es ist das erstemal seit der Thronbesteigung unsers jetzt regierenden Kaisers, daß mir die Ehre zuteil wird, in dieser Stadt dem Kaiser einen ehrfurchtsvollen Gruß darzubringen. Ich tue es nicht ohne das Gefühl tiefer Wehmut; denn noch stehen uns die Ereignisse des vergangenen Jahres zu nahe, noch stehen zu deutlich vor uns die Gestalten der beiden erhabenen Monarchen, denen ich in Treue und Anhänglichkeit zu dienen die Ehre hatte, und noch lebt in mir die Erinnerung an den Tag, an welchem ich an der Seite des hochseligen Kaisers Friedrich diese festlich geschmückte Stadt betreten durfte. Aber die Trauer um die Dahingegangenen, so berechtigt sie ist, darf uns nicht den Blick in die Zukunft trüben. Unser jetzt regierender Kaiser ist der würdige Nachfolger großer Vorfahren, pflichttreu und mutig, ein echter Sohn des Stammes Hohenzollern. Und wohl darf ich mit dem Dichter von ihm sagen:

„Des Thrones glatte Schwelle, wie selbstbewußt,  
Wie fest betrittst du sie, wie gereift im Geist!  
Ja, leichter hebt dein freies Haupt sich,  
Seit die metallene Last ihm zufiel.“

Und diese Worte sollen keine Schmeichelei sein. Sie sind das auf ruhige Beobachtung gegründete Urteil, und dies berechtigt mich zu der festen Hoffnung, daß das Reich unter der Regierung unsers Kaisers mit Gottes Beistand einer glücklichen Zukunft entgegengehen wird.

#### Auf die Stadt Metz.

Meine Herren! Gestatten Sie mir, im Namen der Straßburger Gäste dem Herrn Bürgermeister für seine freundliche Begrüßung und dem Ge-

<sup>1)</sup> Zur Besichtigung der Arbeiten am Dom.

meinderat von Metz für seine liebenswürdige Gastfreundschaft den herzlichen Dank auszusprechen. Und da wir heute hier sind zu einem architektonischen, zu keinem politischen Zweck, so darf ich wohl einen Trinkspruch auf die Stadt Metz mit einer Erinnerung aus der Kunstgeschichte dieser Stadt einleiten. Wie ich in einer Schrift über die Geschichte dieser Stadt gelesen habe, bestand hier noch im Anfang des vorigen Jahrhunderts ein kunstreich gearbeitetes Kreuzifix, zu dem eine Brücke führte; Kreuz und Brücke waren gebaut von einem frommen Adligen dieser Stadt, vom Seigneur de Louve, und beide führten den Namen des Stifters, sie hießen „la croix de Louve“ und „le pont de Louve“. Auf diesem Denkmal hatte der Stifter einen Gebetspruch anbringen lassen, in welchem er Gott bittet, die Stadt Metz in seinen Schutz zu nehmen, in ihr Eintracht und Friede zu erhalten und sie gegen ihre Feinde zu verteidigen. Als Marschall Belleisle in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Festungswerke vergrößerte, da wurden Kreuzifix und Brücke zerstört, und auch die Inschrift verschwand. Wohl aber lebt noch der fromme Spruch fort in den Herzen aller treuen Metzger und in den Herzen aller derer, die es mit Metz gut meinen. Zu diesen zählen wir uns alle, die wir hier versammelt sind; wir alle wünschen der alten berühmten Stadt alles Heil. Darum stimmen auch wir ein in die Worte jener Inschrift: „Que Dieu veuille conserver la cité de Metz en bonne paix et concorde et union et la garder de ses adversaires.“ Und damit erhebe ich mein Glas und lade Sie ein, zu trinken auf die Stadt Metz.

An die Prinzessin Elise.

Grabowo, 19. Mai 1889.

... Dein Brief hat mich erfreut durch die Wärme der Empfindung, die Deiner ganzen christlichen Lebensanschauung etwas Gewinnendes aufprägt und den Zustand, in dem Du Dich befindest, als etwas Beneidenswertes erscheinen läßt. Dabei will ich aber gleich bemerken, daß die Bekämpfung des Willens nach meiner Ansicht nicht die Willenslosigkeit der Apathie sein soll. Ich schätze die Energie des Willens und die Tatkraft und verwerfe nur den Willen, insofern er mit der Welt identisch ist und mit ihr bekämpft werden muß, wenn wir zu wahrer Erleuchtung oder sagen wir „zur Vereinigung mit Gott“ gelangen wollen. Die Klippe aller philosophisch-religiösen Spekulationen ist aber immer der Gottesbegriff. Ich komme so lange nicht zur Anerkennung alles dessen, was Du darlegst, solange ich nicht zu dem Verständnis des Urquells, aus dem alles stammt, gekommen bin, der ein Postulat der Vernunft ist, über den ich mir aber ebenso den Kopf zerbreche, wie dies sämtliche Philosophen der Welt getan haben.

## Journal.

Baden, 24. Juni 1889.

Gestern Nachmittag kam ich mit Alexander und Thaden hier an. Wir waren zum Diner bei der Kaiserin Augusta geladen. Auf dem Bahnhofe erwartete mich ein Diener, der mich zum Großherzoge um 3 Uhr, zur Kaiserin um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr bestellte. Ich fuhr also gleich aufs Schloß. Der Großherzog war beunruhigt durch die politische Lage und erbittert über die Zumutung Bismarcks, die Grenze gegen den Kanton Aargau zu sperren.<sup>1)</sup> Wenn man das wolle, so solle man eine kaiserliche Verordnung erlassen, dann werde sich Baden fügen. Aus eigener Initiative werde er nicht vorgehen. Ueberhaupt tadelt er, daß man die Sache in Berlin so weit getrieben habe. Die Schweiz habe Vorschläge gemacht, die man habe annehmen können: Anstellung eines Staatsanwalts für den Bund, Reorganisation der Polizei u. a. In Berlin habe man aber auf der Rücknahme der Ausweisung Wohlgemuths und auf Schuldbekenntnis bestanden. Selbst Herbert Bismarck sage, er verstehe seinen Vater nicht mehr, und viele Leute fingen an zu glauben, daß er nicht mehr richtig im Kopfe sei. Die Schweizer Sache sieht der Großherzog vom militärischen Standpunkt als sehr gefährlich an. Alle unsre Kriegspläne basierten auf der wohlwollenden Neutralität der Schweiz. Ein Zerwürfniß mit der Schweiz, welche diese am Ende in die Arme Frankreichs treiben könne, stelle unsre linke Flanke bloß. Die ganze Kampagne Bismarcks habe die Schweiz tief verletzt und Mißtrauen gegen Bismarck erweckt, das nicht mehr zu beseitigen sei. Nur der Kaiser werde Vertrauen gewinnen, wenn er jetzt ein Machtwort einlege und den Streit beendige. Ob das nicht zum Rücktritt Bismarcks führen könne? Das schien dem Großherzog zwar bedenklich, aber doch kein ausschlaggebender Grund, um in dieser Sache Bismarck zu folgen. Er wird in diesem Sinne in Sigmaringen mit dem Kaiser sprechen. Was dem Großherzog auch bedenklich vorkommt, ist der von Bismarck ausgesprochene Gedanke, ob es nicht besser sei, wenn Oesterreich allein angriffsweise gegen Rußland vorgehe, und zwar aus eignem Entschlusse, so daß dann der Casus foederis nicht gegeben sei und Deutschland abseits stehen bleiben könne. Ich erinnerte daran, daß Bismarck diese Politik stets verworfen habe. Der Großherzog meinte aber, Bismarck lasse sich jetzt nur von egoistischen Motiven leiten und er wolle keinen Krieg mehr. Deshalb mache er den Russen allerlei Avancen, lanciere mitunter Artikel gegen Oesterreich und verwirre die Geister.

<sup>1)</sup> Infolge der Differenzen mit der Schweiz nach der Verhaftung des Polizeikommissars Wohlgemuth in Rheinfelden am 21. April.

Es ist möglich, daß es demnächst zu einem Zusammenstoß zwischen Kaiser und Kanzler kommt. Das wäre schlimm trotz alledem.

Straßburg, 25. Juni 1889.

Gestern kam der Militärattaché von Paris, Herr von Huene, hier durch und besuchte mich. Er erzählte, daß die französische Armee der unsrigen zurzeit überlegen sei. Die Bewaffnung und das Pulver seien sehr gut, und die Infanterie sei in ihrem Reglement ganz fest. Freycinet<sup>1)</sup> werde von der Armee allgemein als der beste Kriegsminister, den sie seit lange gehabt, anerkannt. Infolgedessen sei die französische Generalität sehr kriegslustig und rechne auf Erfolg. Wir dagegen brauchten nach Huenes Ansicht noch mindestens ein halbes Jahr, um mit unsern Vorbereitungen fertig zu werden, auch sei unsre Infanterie in dem neuen Reglement noch nicht genügend eingeübt. Er habe dies auch dem Kaiser gesagt. Es sei deshalb nötig, daß wir uns recht ruhig verhielten. Den Konflikt mit der Schweiz beklagt er, wie alle Militärs. Auch der Paßzwang helfe nichts und schade nur durch die Erbitterung, die er im Lande verbreite. Ich sagte ihm, er möge das Waldersee sagen, den er jetzt aufsucht. Wenn Waldersee sich gegen den Paßzwang ausspreche, werde Bismarck nachgeben. Daß der Krieg nicht zu vermeiden sei, ist ihm gewiß. Nur teilt er meine Ansicht, daß wir ihn nur dann mit Sicherheit führen können, wenn das ganze deutsche Volk mit Erbitterung in den Krieg zieht. Die Zivilregierung in Frankreich ist für den Frieden. Aber wenn einmal die Ausstellung vorbei sei, werde der Krieg losbrechen. Die ewigen Nörgeleien bei uns erbitterten die Franzosen. Nicht die Annexion von Elsaß-Lothringen, sondern die verletzte Nationaleitelkeit treibe die Franzosen in den Krieg.

8. Juli.

Gestern traf ich in Baden mit Maxime Ducamp zusammen. Er bat um das Visa des Passes für den ehemaligen Polizeipräsidenten Pietri, was ich ihm zusagte. Dann erzählte er allerlei von der Kommune und kam auf Boulanger, von dem er behauptet, daß er an Terrain gewinne, so sehr er auch mißachtet sei. Der Prinz Napoleon, den Maxime Ducamp jetzt in Prangins besucht hat, sagte ihm, Boulanger sei „le béliet“, um die Republik zu stürzen: „et puis après on verra“. Maxime Ducamp hat dagegen bemerkt, wenn er reüssiere, werde er die Prätendenten hinausjagen und selbst bleiben.

Prinz Napoleon sagte u. a., über Elsaß-Lothringen müsse man jetzt das Kreuz machen.

---

<sup>1)</sup> Kriegsminister im Ministerium Floquet 3. April 1888, ebenso im Ministerium Tirard 21. Februar 1889.

Straßburg, 24. August 1889.

Von Metz fuhr ich gestern Abend nach 12 Uhr weg.<sup>1)</sup> Auf dem Bahnhof schlug mir der Großherzog vor, mit ihm zu fahren, was ich annahm. Er hatte mir allerlei zu erzählen. Zuerst kam er wieder auf das schon früher Erwähnte, daß Fürst Bismarck eigentlich wünsche oder bis auf die neueste Zeit gewünscht habe, die Allianz mit Oesterreich aufzulösen, sich ganz an Rußland anzuschließen und Oesterreich seinem Schicksal zu überlassen. Da er aber gesehen habe, daß Rußland alles akzeptiere und nichts leiste und so feindlich wie zuvor verbleibe, so habe er seine Politik wieder geändert, halte wieder an Oesterreich und sehe den Krieg, den er bisher um jeden Preis vermeiden wollte, nun doch als unvermeidlich an. Diese Schwankungen des Kanzlers hätten den Kaiser stutzig gemacht, dagegen sein eignes Selbstgefühl gehoben. Dazu merke der Kaiser, daß man ihm hie und da etwas verschweige, und werde mißtrauisch. Es hat schon einen Zusammenstoß zwischen dem Kaiser und Kanzler gegeben, und der Großherzog meint, man müsse die Eventualität ins Auge fassen, daß der Kanzler einmal gehe. Was aber dann? Der Kaiser denke sich wahrscheinlich, daß er selbst die auswärtige Politik führen könne, das sei aber sehr gefährlich.

Bezüglich der Jagdkarten ist der Großherzog der Meinung, daß man die kleine Konzession, den hier lebenden Franzosen die Jagdkarten zu erteilen, wohl machen könne. Er wollte anfangs, man solle nach Friedrichsruh telegraphieren und die Ansicht des Reichskanzlers einholen. Da aber Lucanus fürchtete, man werde sagen, daß der Kaiser zu dieser Konzession gedrängt, daß sie ihm aufgedrungen sei, so mußte ich dies anerkennen und ließ die Sache ruhen, gab aber Lucanus ein kurzes Promemoria mit, mit dem er die Sache beim Reichskanzler in Anregung bringen kann. Ueber unsre russische Sache war der Kaiser zurückhaltend. Waldersee, demgegenüber ich erklärte, daß wir die Güter verkaufen müßten, sagte, wir sollten uns nicht übereilen. In zwei Jahren könne vieles passieren. Mir schien, als wolle er auf einen bevorstehenden Krieg mit Rußland hindeuten.

Straßburg, 26. Oktober 1889.

Gestern fuhr ich nach Baden, wohin ich zur Kaiserin zum Essen geladen war. Ich fand sie wohler als sonst, ihre Stimme heller und verständlicher. Sie sagte mir allerlei Schmeichelhaftes und meinte, meine Stellung im allgemeinen „wachsen“. Ueber die Politik äußerte sie sich wie immer sehr vorsichtig, mißbilligt aber doch das gar zu viele Herumreisen

---

<sup>1)</sup> Nach der Grundsteinlegung für das Denkmal Kaiser Wilhelms I., welcher der Kaiser und der Großherzog von Baden bewohnten.

des Kaisers und hält die Reise nach Athen (die, wie ich von Fürstin Betsy hörte, den griechischen Hof ruiniert) für überflüssig. Nach der Audienz ging ich in den Salon und traf dort Frau von Knessebeck, die Hofdamen, einige Gäste und Fürstenstein, mit denen ich dinierte. Nach Tisch ließ sich die Kaiserin wieder in den Salon hineinfahren, sprach noch kurze Zeit mit mir und entließ mich dann, damit ich noch zur rechten Zeit zum Diner ins Schloß käme. Ich war auch schon um 7 Uhr oben, wo ich die sämtlichen Herrschaften mit Ausnahme der Kronprinzessin von Schweden fand, die unwohl war. Nach Tisch hatte ich ein längeres Gespräch mit dem Großherzog, der sich über Bismarck beklagte. Dieser sei gegen ihn erbittert, weil er dem Kaiser Gelegenheit gegeben habe, sich über die Schweiz günstig auszusprechen, und noch wegen anderer Dinge. Der Großherzog sagte dann: „Der Kaiser hat den Fürsten auch bis hierher“ — dabei zog er die Linie nicht am Hals, wie dies gewöhnlich bei dieser Redensart geschieht, sondern an den Augen. Ebenso sei ihm Herbert zuwider. Ich meinte: „Ja, er hat ihn ja nach Athen mitgenommen,“ — worauf der Großherzog sagte: „Ja, er ist nun einmal da!“ Der Kaiser wolle sich jetzt, solange er ihn noch für die Bewilligung der Militärvorlage brauche, nicht mit ihm überwerfen. Später werde er ihn nicht mehr halten.

Berlin, 12. Dezember 1889.

Gestern war musikalische Soiree im Muschelsaal. Am Büfett beglückwünschte ich den Kaiser wegen seiner Frankfurter Rede.<sup>1)</sup> Das gefiel ihm, und er sprach lange mit mir. Erst von der improvisierten Rede, dann von Frankfurt und dessen großer Entwicklung unter Miquels Leitung, von allen Verbesserungen, die er mache, von der Benutzung der Wasserkraft durch elektrische Leitungen und dem Nutzen, den dies den kleinen Gewerbetreibenden bringe, u. a. Dabei machte er Ausfälle auf den Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin. Er erwähnte die sozialdemokratischen Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung und sagte, man werde es in Berlin noch so weit bringen, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit haben würden. Dann würden diese die Bürger plündern, ihm sei dies gleichgültig, er werde Schießscharten in das Schloß machen lassen und zusehen, wie geplündert werde. Dann würden ihn die Bürger schon um Hilfe anflehen.

Dann sprach er vom Kaiserdenkmal. Er verwirft das Mausoleum von Hildebrand. Dies kostet zuviel. Mehr als 12 Millionen könne man nicht aufwenden, und jenes koste 120 Millionen, schon wegen des Wertes

---

<sup>1)</sup> Vom 12. Dezember auf den Oberbürgermeister Miquel und die Stadt Frankfurt.

des Terrains. Außerdem fand er, daß es für den Norden nicht passe und auch nicht für die Bevölkerung. „Denken Sie sich die Leute, die da hingehen! Irgendein Spießer oder ein Bauer, der erst die Treppe hinauf und dann durch einen Gang gehen soll, um das Denkmal anzustaunen!“ Auch die Kaiserin Augusta sei für ein einfaches Reiterdenkmal. Dann sagte er: „Meinen Vater hätte man in so ein Mausoleum setzen und ihm allerlei umhängen können. Er war für Repräsentation. Mein Großvater paßt dazu aber nicht.“

Nachher hatten wir noch eine heitere Unterredung über die Statthalteruniform im Hinblick auf Hobe Paschas Uniform. Ich schloß damit, daß ich sagte, ich würde mich wohl am besten mit meinem gegenwärtigen Kostüm begnügen. Auch von der Auerhahnjagd in den Vogesen war die Rede. Ich wollte abwinken, sah aber, daß der Kaiser viel Wert darauf legt und lenkte ein.

Friedrichsruh, 14. Dezember 1889.

Heute fuhr ich um 8 Uhr in Berlin weg und kam um 1 Uhr hier an. Der Fürst empfing mich am Bahnhof und fuhr mit mir ins Schloß. Ich danke ihm, daß er mir erlaubt habe, ihn zu besuchen, da ich gewünscht hätte, ehe ich einen Entschluß fasse, mit ihm über die russischen Angelegenheiten zu sprechen. Inzwischen waren wir angekommen und gingen zur Fürstin und dann mit ihr zum Frühstück. Hier erledigte ich einige elsass-lothringische Fragen. Dann kam ein Graf Bernstorff, der sich eine Stunde aufhielt, worauf der Fürst mich in mein Zimmer führte und mich einlud, nachher mit ihm spazieren zu fahren. Dies geschah, und wir fuhren durch den Wald, wobei sich Gelegenheit bot, die russischen Angelegenheiten zur Sprache zu bringen. Ich erzählte ihm, was wir bisher getan haben, erwähnte die Schritte in Petersburg, die Bitte um Verlängerung des Kauftermins und die Abweisung des Gesuchs, und sagte, daß nun die Apanagenverwaltung mit Kaufvorschlägen gekommen sei. Auch gab ich eine genaue Darstellung des Werts der Güter und der späteren Vorteile, wenn wir die Güter behalten könnten, und fragte dann, ob er glaube, daß wir darauf eingehen sollten und ob die Möglichkeit sei, uns zu helfen. Letzteres verneinte der Fürst. Er sagte: „Wir können uns nicht in die russische Gesetzgebung und innere Verwaltung einmischen; ohne uns Unannehmlichkeiten auszusetzen. So schmerzlich es ist, ein solches wertvolles Objekt für einen verhältnismäßig niederen Preis wegzugeben, so kann ich nur raten, den Verkauf vorzunehmen.“

Als ich die Eventualität eines Krieges erwähnte, sagte er: „Ich sehe keine Wahrscheinlichkeit, daß wir bald Krieg bekommen, und wenn wir ihn bekommen, so ist es noch sehr zweifelhaft, ob wir nach der Beendigung in der Lage sein würden, bei den Friedensbedingungen auch die durch-

zusetzen, daß Rußland die Prinzipien seiner inneren Verwaltung ändere.“ Wir würden Krieg mit Rußland und Frankreich zugleich führen und dann suchen müssen, wenn wir einige Vorteile erlangt haben, uns mit Rußland bald auseinanderzusetzen. Käme es aber so weit, daß wir Rußland derart besiegten, daß es zu einer Wiederherstellung des Königreichs Polen kommen könnte, so wäre uns ja immer noch die Möglichkeit gegeben, uns in integrum restituieren zu lassen und die jetzt gezwungenen Verkäufe rückgängig zu machen. Das sei aber alles in weiter Ferne. Ich erwähnte dann den Ausspruch Waldersees, wir möchten uns nicht beeilen, man könne nicht wissen, was in zwei Jahren geschehe. Darauf erwiderte Bismarck, Waldersee sei ein konfuseer Politiker, auf den nichts zu geben sei. Er wolle den Krieg, weil er fühle, daß er zu alt werde, wenn der Friede lange daure. Seine Aeußerung sei ohne Wert. Ueberhaupt sei es töricht, zu glauben, daß Waldersee Reichskanzler werden könne. Auch als Generalstabschef sei er ungenügend, und Moltke habe ihn nur deshalb Caprivi und Häßeler vorgezogen, weil er mit ihm machen könne, was er wolle. Das sei ein schlechter Dienst, den der alte Moltke der Armee geleistet habe. Verdy hält er für einen guten Strategen. Zwischen Verdy und Waldersee bestehe eine gegenseitige Versicherung, Verdy arbeite und Waldersee erhalte ihn beim Kaiser. Dann beklagte er sich über Verdy, der kein Jurist sei und im Bundesrate unmögliche Vorschläge mache.

Berlin, 15. Dezember 1889.

Gestern früh schickte mir Bismarck eine Depesche von Schweinitz, aus der hervorgeht, daß die russische Regierung mit der Anfertigung neuer Gewehre sehr langsam vorgeht und erst in drei Jahren fertig sein wird. Der Ausbau von Eisenbahnen wird auch verschoben, so daß Bismarck daraus schließt, daß die Russen vor fünf Jahren keinen Krieg beginnen können. „Was uns betrifft,“ so sagte Bismarck, als er zu meinem Frühstück kam, „so werden wir keinen Krieg, weder mit Rußland noch mit Frankreich, anfangen.“ Jedenfalls würde ein Krieg mit beiden Ländern zugleich ausbrechen, und dann sei zweifelhaft, ob wir so siegreich sein würden, daß wir Rußland in unsrer Angelegenheit Bedingungen vorschreiben könnten. Solange der Kaiser lebe, werde es nicht anders werden. Wir würden nur dann gezwungen sein, loszuschlagen, wenn der Bestand der österreichischen Monarchie gefährdet wäre. Bismarck hat dem Kaiser von Oesterreich geraten, sich ruhig zu verhalten, auch wenn, was wahrscheinlich sei, Rußland sich am Eingang der Dardanellen festsetze und befestige. Dann würden England und vielleicht auch Frankreich ihre Interessen für verletzt und bedroht ansehen, und dann habe Oesterreich natürliche Verbündete.

Nachher kam Bismarck auf die elsäß-lothringische Paßfrage und behauptete, der Paßzwang habe schon gut gewirkt. Ihm liegt daran, die Pariser fernzuhalten und die Verbindung mit Paris zu beschränken. Mein Einwand, daß die Elsaß-Lothringer nach Paris gehen, überzeugte ihn nicht. Auch die Jagdartenfrage konnte ich ihm trotz aller Mühe nicht klarmachen. Er sagt, „es sind immer Franzosen“, und denen will er in Elsaß-Lothringen keine Konzessionen machen. Ich sagte, die Beamten in Elsaß-Lothringen hätten die Meinung, er sei der Ansicht, daß die Elsaß-Lothringer geknufft werden müßten. Das bestritt er lachend und wiederholte, daß er nur die Verbindung mit Frankreich unterbrochen sehen wolle. Ich insistierte dann nicht weiter, weil ich sah, daß es nichts helfen würde.

Es interessierte ihn, daß ich ihm sagte, es gäbe Elsässer, die das Wahlrecht zum Reichstage gern aufgehoben sähen. Das, meinte er, könne wohl einmal geschehen. Den Sozialdemokraten müsse man auch das Wahlrecht nehmen, denn diese Feinde könnten nicht mitberaten.

Mit dem von mir geäußerten Gedanken, daß man die Protestler, welche offen den Protest als Wahlprogramm aufstellten, nicht dulden dürfe, erklärte er sich einverstanden und hielt die Ausweisung für angezeigt.

Merkwürdig war mir die tiefe Abneigung, die er für Kaiser Friedrich hat. Er erklärte ihn für einen egoistischen, kalten Menschen und spricht ihm jedes Herz ab. Einzelne Tatsachen, die er zitierte, waren allerdings sonderbar.

Berlin, 21. März 1890.

Heute früh  $1\frac{1}{2}$  8 Uhr kam ich hier an und ging um 9 Uhr zu Viktor, wo ich das Extrablatt fand, in welchem das Schreiben des Kaisers an Bismarck<sup>1)</sup> und die Ernennung zum Herzog von Lauenburg abgedruckt waren. Ich hörte nun hier und auch später von andern, daß ein wirklicher Bruch zwischen dem Kaiser und Bismarck die Ursache des Rücktritts ist. Die Art, wie Bismarck den Kaiser behandelte, die abfälligen Urteile, die er über den Kaiser in Konversationen mit Diplomaten fällte, anderseits die unfreundliche Art, in der beide miteinander verkehrten, machten den Bruch unvermeidlich. Da nun der Kaiser schon vor Wochen mit Caprivi über die eventuelle Ernennung zum Reichskanzler verhandelt hat und Bismarck dies wieder erfuhr, so konnte die Sache nicht länger dauern. Hier ist die Stimmung geteilt. Die einen geben dem Kaiser recht, die andern Bismarck. Die Fürstin soll auch nicht zur Versöhnung mitgewirkt,

---

<sup>1)</sup> Das Schreiben vom 20. März, durch welches das Entlassungsgesuch genehmigt wurde.

sondern gehezt haben, und man glaubt, daß auch Herbert<sup>1)</sup> nicht bleiben wird. Man sagt auch, daß Bismarck in letzter Zeit oft seine Ansicht geändert und dadurch Mißtrauen bei dem Kaiser erregt habe. Dazu kamen noch Kleinigkeiten, die Bismarck irritierten, so die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Bötticher, die Vorträge der Minister bei dem Kaiser ohne Wissen des Reichskanzlers und ähnliches. Heute Abend ist Diner, wo ich den Kaiser sehen werde.

Berlin, 22. März 1890.

Gestern Nachmittag machte ich einige Besuche, habe aber Bismarck noch nicht gesprochen. Wahrscheinlich sehe ich ihn heute. Die Familie und besonders die Fürstin soll sehr irritiert sein.

Um 7 Uhr war Diner im Weißen Saal. Ich saß gegenüber der Kaiserin und zwischen Moltke und Kameke. Ersterer wäre sehr gesprächig gewesen, wurde aber durch die unaufhörliche Musik gestört und war darüber sehr ärgerlich. Man hatte nämlich zwei Musikkorps einander gegenüber aufgestellt, und wenn eins aufhörte, fing das andre an zu trompeten. Es war kaum zum Aushalten. Der Kaiser hielt eine Rede zu Ehren der Königin von England und des Prinzen von Wales<sup>2)</sup> und erwähnte die Ernennung zum englischen Admiral (dessen Uniform er trug) und die Waffenbrüderschaft in der Schlacht bei Waterloo, auch hoffte er, daß die englische Flotte mit der deutschen Armee gemeinsam den Frieden erhalten werde. Moltke sagte mir dann: „Goethe sagt: ‚Ein politisch Lied ein garstig Lied.‘“ Auch sprach er die Hoffnung aus, daß diese Rede nicht in der Zeitung erscheinen werde.

Eben war Caprivi bei mir. Er fragte mich, wen er zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernennen solle, ich sagte ihm, ich wüßte niemand als Hatzfeld. Damit war er einverstanden, aber er wie auch ich fanden die Schwierigkeit in den finanziellen Verhältnissen Hatzfelds.

Im Verlauf des Gesprächs fragte er mich nach dem Paßzwang. Ich sagte offen meine Meinung: Nicht Aufhebung des Paßzwangs, aber vernünftige Handhabung, und Abschaffung der Jagdkartenverordnung. Das leuchtete ihm ein, doch meinte er, es würde gut sein, noch einige Monate zu warten, damit man nicht meine, es solle jetzt alles neu gemacht und umgestürzt werden. Im allgemeinen haben wir uns sehr gut verständigt, und ich wünsche mir Glück, daß er zum Reichskanzler ernannt worden ist.

1) Erhielt seine Entlassung am 26. März.

2) Prinz Georg, der Sohn des Prinzen von Wales, hatte die Investitur als Ritter des Schwarzen Adlerordens erhalten. Der Prinz von Wales war zugegen.

Berlin, 24. März 1890.

Gestern war wieder ein mühsamer Tag. Morgens 11 Uhr mit Amélie<sup>1)</sup> in das Schloß, da Viktor unwohl war und nicht zum Ordensfest gehen konnte. Der Gottesdienst in der Schloßkapelle war wie immer sehr feierlich, die Rede Kögels sehr kurz. Um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Diner, wo ich zwischen Stosch und Rameke saß. Ersterer erzählte mir viel von seinem Zermürfnis mit Bismarck und war froh wie ein Schneekönig, daß er jetzt offen reden konnte und daß der große Mann nicht mehr zu fürchten ist. Dies behagliche Gefühl ist hier vorherrschend. Es ist auch hier wieder wahr, daß nur die Sanftmütigen das Erdreich besitzen. Wenn nur in der auswärtigen Politik jetzt vorsichtig auf Bismarcks Wegen weiter gegangen wird!

Beim Cercle drückte mir der Kaiser die Hand, daß mir die Finger frachten, auch trank er mir bei Tisch zu, wo ich mich dann ehrfurchtsvoll verneigte und aus Ehrfurcht beinahe den Champagner verschüttet hätte. Bei dem Cercle fragte ich jemand, wo Huene<sup>2)</sup> sei, den ich sehen wollte. Da mischte sich ein Herr in gestickter Uniform, den ich nicht kannte, in die Konversation und zeigte dienstfertig, wo Huene stand. Ich konnte mich nicht enthalten zu sagen, daß es keineswegs Wohlwollen sei, was mich zu dieser Neugierde getrieben habe; worauf mich der gestickte Mann vorwurfsvoll anblickte und verschwand. Nachher wurde ich von der Kaiserin Friedrich empfangen, die mit der Art, in der Bismarck entlassen worden ist, nicht einverstanden schien. Sie meinte, ich hätte sein Nachfolger werden sollen. Als ich ihr aber sagte, ich sei im gleichen Jahr wie ihre Mutter und ihr Vater geboren, gab sie zu, daß es etwas spät sei, ein solches Werk aufzunehmen. In den Fragen der Sozialpolitik ist sie meiner Ansicht und sagt, daß Kaiser Friedrich die Bismarcksche Gesetzgebung stets bekämpft habe. Die Großherzogin von Baden, zu der ich dann fuhr, war wie immer sehr freundlich, klagte über ihre Augen und daß sie deshalb neulich Marie nicht gesehen habe, und dann wünschte sie mir Glück, daß ich nun in Elsaß-Lothringen freier schalten und walten könne.

Abends im Theater, wo „Das vierte Gebot“ von Anzengruber gegeben wurde. Ein etwas planloses Rührstück mit Mord und Totschlag, das aber ganz vortrefflich gegeben wurde.

Münster hätte man wohl zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemacht, aber er kommt den Leuten zu alt und taperig vor. Ich plädiere für Hatzfeld. Von Radowik ist nicht die Rede, und sonst ist in der Diplomatie niemand.

<sup>1)</sup> Herzogin von Ratibor.

<sup>2)</sup> Der Zentrumsabgeordnete, der anfangs März zum päpstlichen Geheimkämmerer ernannt war.

Berlin, 26. März 1890.

Der Großherzog von Baden, bei dem ich gestern früh war, weiß sehr viel über die letzte Krisis, aber auch nicht alles. Er behauptet, daß die Ursache des Bruchs zwischen dem Kaiser und Bismarck eine Machtfrage sei und daß alle andern Meinungsverschiedenheiten, über soziale Gesetzgebung und andres, nebensächlich gewesen seien. Der Hauptgrund war die Frage der Kabinettsorder vom Jahre 52, welche letztere Bismarck den Ministern ohne Wissen des Kaisers einschärfte und ihnen damit die Möglichkeit nahm, dem Kaiser Vortrag zu halten. Der Kaiser wollte, daß diese Kabinettsorder aufgehoben werde, während Bismarck sich dagegen erklärte. Auch die Unterredung mit Windthorst hätte nicht zum Bruch geführt. Bei der Besprechung des Kaisers mit Bismarck soll dieser so heftig geworden sein, daß der Kaiser nachher erzählte: „Daß er mir nicht das Tintenfaß an den Kopf geworfen hat, war alles.“

Dazu kam das Mißtrauen des Kaisers in die auswärtige Politik des Fürsten. Der Kaiser hatte den Verdacht, daß Bismarck die Politik nach seinen, dem Kaiser unbekannten Plänen leiten und es dahin führen wolle, Oesterreich und die Tripelallianz aufzugeben und sich mit Rußland zu verständigen, während der Kaiser dies nicht will und an der Allianz festhält. Auch in Wien soll, wie Münster sagt, großes Mißtrauen gegen Herbert Bismarck herrschen. Das mußte zum Bruche führen. Ob es wahr ist, daß der Kaiser einen Brief ohne Wissen des Kanzlers an die Königin Viktoria geschrieben habe, der dann in Berlin bekannt geworden ist, konnte ich nicht erfahren. Behauptet wird es.

Berlin, 27. März 1890.

Heute um 2 Uhr ging ich zu Bismarck, den ich sehr wohl und kräftig fand. Als ich sagte, daß das Ereignis mir sehr unerwartet gekommen sei, meinte er: „Mir auch,“ denn vor drei Wochen hätte er noch nicht gedacht, daß es so endigen würde. „Uebrigens,“ setzte er hinzu, „mußte ich es erwarten, denn der Kaiser will nun einmal allein regieren.“ Er erwähnte dann die einzelnen Streitpunkte zwischen ihm und dem Kaiser, das Arbeiterschutzgesetz, das der Kaiser wolle und das doch nur ein Arbeiterzwangsgesetz sei, und kam auf die Frage der Ministerpräsidentschaft zu sprechen, indem er es als unzulässig bezeichnete, daß jeder Minister für sich und ohne den Ministerrat oder den Präsidenten zu fragen, mit dem Kaiser verhandle. Gegen Verdy hat er Mißtrauen, und gegen die Minister ist er gereizt, weil sie ihn im Stich gelassen hätten, weil sie mehr den Kaiser als ihn fürchteten. Dabei sei seine Autorität nicht zu erhalten gewesen. Auch den Großherzog von Baden nannte er unter seinen Gegnern. Als ich ihm sagte, es sei wohl denkbar,

daß der Kaiser ihn über kurz oder lang bitten werde, zurückzukommen, wies er dies zurück: das wolle er nicht, diese drei Wochen noch einmal durchmachen. Hier würde ich ihn, schloß er, nicht wiedersehen, wenn ich aber nach Barzin oder Friedrichsruh kommen wolle, sei ich willkommen. Auch von unsrer langen gemeinsamen politischen Tätigkeit sprach er und riet mir, dafür zu sorgen, daß sich der Kaiser nicht zu viel um Elsaß-Lothringen bekümmere. Ich möchte ihm aus dem Gesichte bleiben. Das ist leichter gesagt als getan.

Holstein und Berchem haben Herrn von Marschall in Vorschlag gebracht, nachdem Alvensleben abgelehnt hat. Es scheint, daß Marschall annimmt. Er ist jedenfalls besser als alle Diplomaten im Auslande und kennt die hiesigen Verhältnisse.

Straßburg, 31. März 1890.

Heuduck, der heute bei mir war, erzählt, daß der Kaiser den kommandierenden Generälen mitgeteilt habe, warum Fürst Bismarck weggegangen sei. Die Frage der Kabinettsorder und die maßlose Weise, in der er gegen den Kaiser aufgetreten sei, hätten es ihm unmöglich gemacht, länger mit dem Fürsten zusammenzugehen. Es sei besser, meinte der Kaiser, daß die Trennung jetzt geschehe, wo man noch auf friedlichem Wege auseinander kommen könne, als daß ein ernstster Konflikt ausbreche. Dann sagte der Kaiser den Generälen, Rußland wolle Bulgarien militärisch besetzen und dabei die Neutralität Deutschlands haben. Der Kaiser sagte, er habe dem Kaiser von Oesterreich versprochen, ein treuer Bundesgenosse zu sein, und werde dies halten. Die Besetzung Bulgariens durch die Russen sei der Krieg mit Oesterreich, und er könne Oesterreich nicht im Stiche lassen. Es scheint mehr und mehr, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und Bismarck über die russischen Pläne zum Bruche geführt hat. Bismarck wollte Oesterreich im Stiche lassen. Der Kaiser will mit Oesterreich gehen, selbst auf die Gefahr hin, mit Rußland und Frankreich in einen Krieg verwickelt zu werden. Daraus erkläre ich mir die Aeußerungen Bismarcks, der sagte, der Kaiser treibe Politik in der Weise Friedrich Wilhelms IV. Das ist der schwarze Punkt in der Zukunft.

Straßburg, 21. April 1890.

Heute fuhr ich mit Marie nach Karlsruhe, wo wir uns angemeldet hatten und zum Frühstück erwartet wurden. Der Großherzog kam zu uns in die Zimmer, wo wir abgestiegen waren, um uns zur Großherzogin zu führen. Hier wurde von allerlei gesprochen und auch vom Rücktritt des Reichskanzlers, über den der Großherzog seine besondere Befriedigung zu erkennen gab. Er sagte, es habe sich zuletzt nur darum gehandelt,

ob die Dynastie Bismarck oder die Dynastie Hohenzollern regieren solle. Hätte der Kaiser diesmal nachgegeben, so hätte er jede Autorität verloren, und alles würde lediglich nach Bismarck geblickt und ihm gehorcht haben. Das sei nicht mehr zum Aushalten gewesen. Ueber den Artikel in den „Hamburger Nachrichten“<sup>1)</sup> war er ganz empört und nannte ihn eine Infamie. Der Artikel sei nicht gegen Caprivi, sondern gegen den Kaiser gerichtet. Ich fragte den Großherzog, wie seine letzte Unterredung mit dem Fürsten Bismarck verlaufen sei. Er erzählte, er sei eingetreten und habe dem Fürsten gesagt, er komme, um Abschied zu nehmen und zu sagen, daß er sich stets der Zeit, in welcher sie gemeinschaftlich für das Wohl Deutschlands gearbeitet hätten, mit Dankbarkeit erinnern werde. Der Fürst sagte dann, daß es die Schuld auch des Großherzogs sei, wenn er jetzt abgehe, denn die Befürwortung der Arbeiterschutzgesetzgebung durch den Großherzog bei dem Kaiser habe zum Bruche zwischen dem Kaiser und Bismarck beigetragen. Dies bestritt der Großherzog, indem er darauf hinwies, daß es preußische Angelegenheiten gewesen seien, die die Meinungsverschiedenheit zum Bruch geführt hätten, und in preußische Angelegenheiten habe er sich nie eingemischt. „Hierauf wurde Bismarck grob,“ — was er gesagt hat, teilte der Großherzog nicht mit — und da stand denn der Großherzog auf und sagte, er könne sich das nicht gefallen lassen, wolle in Frieden von ihm scheiden und gehe mit dem Ruf, in den auch der Fürst einstimmen werde: „Es lebe der Kaiser und das Reich!“ Damit war die Besprechung zu Ende.

Straßburg, 26. April 1890.

Am 23. Abends 9 Uhr fuhr ich mit Thaden und Moriz nach Hagenau, um dort den Kaiser zu erwarten. Wir brachten den Abend beim Kreisdirektor Clemm zu, ich legte mich um 11 Uhr in einem Fremdenzimmer aufs Bett und schlief bis 1/2 1 Uhr. Moriz und Thaden fuhren auf die Bahn, um sich im Waggon umzuziehen. Um 1 Uhr war ich wieder auf dem Bahnhof, wo der Kaiser pünktlich eintraf. Ich stellte ihm die Herren vor und überwies General Hahnke dem Baron Charpentier und Leutnant Cramer, die diesen auf den Balzplatz führen sollten. Dann fuhr ich mit dem Kaiser nach dem Jägerhaus bei Sufflenheim. Die Fahrt dauerte etwa eine Stunde, während welcher der Kaiser ohne

---

<sup>1)</sup> Die „Hamburger Nachrichten“ brachten eine ungünstige Beurteilung der ersten Rede Caprivis im Abgeordnetenhaus am 15. April, bestritten demnach, daß dieser Artikel vom Fürsten Bismarck herrühre, erklärten aber dabei, daß Fürst Bismarck nicht auf Beziehungen zur Presse verzichte, da er es für seine Pflicht halte, seine Meinungen dem deutschen Volke nicht vorzuenthalten. Auch werde er im Herrenhaus und unter Umständen auch im Reichstage seine Meinung vertreten.

Unterbrechung die ganze Geschichte seines Zernwürfnisses mit Bismarck erzählte. Danach hat die Verstimmung schon im Dezember begonnen. Damals schon verlangte der Kaiser, daß etwas in der Arbeiterfrage geschehen solle. Der Kanzler war dagegen. Der Kaiser ging von der Anschauung aus, daß, wenn die Regierung nicht die Initiative ergreife, der Reichstag, d. h. Sozialisten, Zentrum und Fortschrittspartei, die Sache in die Hand nehmen würden und dann die Regierung hinterher kommen werde. Der Kanzler wollte das Sozialistengesetz mit der Ausweisung dem neuen Reichstag wieder vorlegen, diesen, wenn er es nicht annehme, auflösen und dann, wenn es zu Aufständen käme, energisch einschreiten. Der Kaiser widersetzte sich dem, weil er sagte, wenn sein Großvater nach einer langen ruhmreichen Regierung genötigt worden wäre, gegen Aufständische vorzugehen, so würde ihm das niemand übelgenommen haben. Anders sei dies bei ihm, der noch nichts geleistet habe. Ihm werde man vorwerfen, daß er seine Regierung damit anfange, seine Untertanen totzuschießen. Er sei bereit einzuschreiten, aber er wolle dies mit gutem Gewissen tun, nachdem er versucht habe, die begründeten Beschwerden der Arbeiter zu befriedigen, wenigstens alles getan habe, um deren begründete Forderungen zu erfüllen. Der Kaiser verlangte also in einer Ministerkonferenz die Vorlage von Erlassen, welche das enthalten sollten, was die Erlasse später gebracht haben. Bismarck wollte davon nichts wissen. Der Kaiser legte nun die Frage dem Staatsrat vor, und endlich gelang es ihm auch trotz des Widerspruchs Bismarcks, die Erlasse zu bekommen. Bismarck aber arbeitete im stillen dagegen, versuchte die Schweiz zu bestimmen, an ihrer Konferenz festzuhalten, was durch Roths, des Schweizer Gesandten in Berlin, loyale Haltung vereitelt worden ist. Außerdem arbeitete Bismarck bei den Diplomaten gegen die Konferenz. War nun schon durch diese Reibereien das Verhältnis zwischen Bismarck und dem Kaiser erschüttert, so wurde die Verbitterung noch verschärft durch die Frage der Kabinettsorder von 1852. Bismarck hatte dem Kaiser öfters geraten, sich die Minister kommen zu lassen. Das tat der Kaiser. Als nun aber der Verkehr zwischen Kaiser und Ministern häufiger wurde, nahm dies Bismarck wieder übel, wurde eifersüchtig und holte die Kabinettsorder von 1852 hervor, um die Minister wieder vom Kaiser ab-zuziehen. Dagegen reklamierte der Kaiser und verlangte die Aufhebung der Kabinettsorder, womit Bismarck sich anfangs einverstanden erklärte, später aber nichts mehr von sich hören ließ. Nun verlangte der Kaiser, daß er entweder die Aufhebungsorder vorlege oder seine Entlassung nehme. Dies ließ der Kaiser dem Fürsten durch Hahnke sagen. Der Fürst zögerte, gab aber dann am 18. März seine Entlassung. Noch ist nachzutragen, daß schon im Anfang Februar Bismarck dem Kaiser gesagt

hatte, er werde sich zurückziehen. Nachher erklärte er aber, er habe sich anders besonnen und werde bleiben, was dem Kaiser unangenehm war, wogegen er aber nicht remonstrirte, bis dann die Geschichte mit der Kabinettsorder dazukam. Auch der Besuch Windthorst's beim Fürsten gab zu unliebsamen Erörterungen Anlaß, doch gab er nicht den Ausschlag. Jedenfalls waren die letzten drei Wochen reich an unangenehmen Erörterungen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten. Es war, wie der Kaiser sich ausdrückt, „eine hanebüchene Zeit“, und es handelte sich, wie der Kaiser ferner sagte, darum, ob die Dynastie Hohenzollern oder die Dynastie Bismarck regieren solle. Auch über die Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ sprach sich der Kaiser sehr entrüstet aus. Was die auswärtige Politik betrifft, so behauptet der Kaiser, daß Bismarck seinen eignen Weg gegangen sei und ihm vieles vorenthalten habe, was er tat. Ja, er sagt, Bismarck habe nach St. Petersburg sagen lassen, daß der Kaiser eine antirussische Politik befolgen wolle. Doch, setzte der Kaiser hinzu, er habe dafür keine Beweise.

Diese Unterredung zwischen dem Kaiser und mir wurde theils auf dem Hinweg nach dem Jagdhaus, theils auf dem Rückweg geführt. Dazwischen lag die Jagdepisode, die zu keinem Resultat führte, weil der Kaiser unter einen Baum trat, solange es dunkel war, auf dem ein Hahn saß, der nicht balzte. Nun mußte er warten und verlor die Zeit. Doch hat er sich gut unterhalten.

Straßburg, 3. Juni 1890.

Am 2. war die Grundsteinlegung zu der neuen Kapelle in Schillingsfürst. Die Teilnehmer waren auf 1 Uhr eingeladen, der Bezirksamtmann, der Oberamtsrichter, der Bürgermeister und die zwei Pfarrer. Ich hatte mit Pfarrer Lehner verabredet, daß ich zuerst einige einleitende Worte sprechen würde und daß er dann die Weihe des Grundsteins vornehmen solle. Es war alles recht schön decoriert mit Fahnen und Laub. Als alles aufgestellt war, hielt ich meine Ansprache, indem ich sagte: „Ich habe mich entschlossen, hier eine Kapelle bauen zu lassen, zu der wir heute den Grundstein legen, um mir und den Meinigen eine würdige, freundliche und stets zugängliche Ruhestätte zu bereiten. Zwar haben wir in der Gruft der katholischen Kirche eine würdige und durch den Ort, wo sie sich befindet, geheiligte Begräbnisstätte. Aber sie ist schwer zugänglich. Und doch liegt im menschlichen Gemüt tief begründet der Wunsch, die Gräber derer, die wir geliebt und betrauert haben, von Zeit zu Zeit zu besuchen und zu schmücken. So entstand der Gedanke, diesen Platz zu einem Friedhofe zu wählen. Und damit ihm die Weihe und der Schutz der Kirche nicht fehle, soll eine Kapelle gebaut werden, um die sich dann die Grabsteine der Verstorbenen reihen werden unter dem Schatten von Bäumen

und im Angesicht der heimatlichen Landschaft. Dabei leitete mich der Wunsch, die katholische Kirchengemeinde von einer störenden Last zu befreien. Denn wenn jetzt die Gruft in der Kirche geöffnet werden sollte, mußten die Kirchenstühle entfernt und der Boden aufgerissen werden. Und dafür hoffe ich, daß auch die Bewohner von Schillingsfürst diesen Friedhof achten und schützen werden und empfehle ihn dem Schutze der Gemeinde. Nun bitte ich den Herrn Pfarrer, die Weihe vorzunehmen." Dies geschah. Nachdem der Pfarrer die Gebete gesprochen und das Weihwasser auf den Stein gespritzt hatte, zog er sich zurück und hielt keine Ansprache, worüber die Anwesenden sehr unzufrieden waren. Um 2 Uhr war Diner, und Abends fuhr ich in die Wolfsau, wo ich eine Geiß schoß.

Berlin, 18. Juni 1890.

Zwei Dinge sind mir in den drei Tagen, die ich jetzt hier zugebracht habe, aufgefallen: erstens, daß niemand Zeit hat und alle in größerer Heße sind als früher, zweitens, daß die Individuen geschwollen sind. Jeder einzelne fühlt sich. Während früher unter dem vorwiegenden Einflusse des Fürsten Bismarck die Individuen eingeschrumpft und gedrückt waren, sind sie jetzt alle aufgegangen wie Schwämme, die man ins Wasser gelegt hat. Das hat seine Vorzüge, aber auch seine Gefahren. Der einheitliche Wille fehlt.

Gestern früh um 11 Uhr ging ich zu Caprivi. Ich teilte ihm unsere Verfügung über die Paßangelegenheit und den Brief an Münster mit. Er war einverstanden.<sup>1)</sup> Um 1 Uhr fuhr ich nach Potsdam, wo das Galafrühstück zu Ehren der Verlobung der Prinzessin Viktoria<sup>2)</sup> stattfand. Erst kurzer Cercle des Brautpaares, das der Kaiser vorstellte. Nach dem Frühstück, bei welchem ich zwischen Viktor und Schweinitz saß — Schweinitz sprach nicht ein Wort über unsere Angelegenheiten —, kam der Kaiser auf mich zu, begrüßte mich und sprach von dem Ankauf der Güter in Elsaß-Lothringen, erledigte das rasch und ohne besonderes persönliches Interesse zu zeigen — er meinte, es würde nützlich sein, um andre zum Kaufen anzufeuern.

Berlin, 19. Juni 1890.

Aus den Mitteilungen, die ich gestern im Auswärtigen Amt erhielt, geht hervor, daß das Abkommen<sup>3)</sup> keineswegs ungünstig ist und daß wir

<sup>1)</sup> Der Reichskanzler hatte am 11. Juni auf eine Interpellation des Abgeordneten Richter im Reichstage über den Paßzwang gesprochen, gegen die Aufhebung, aber für eine mildere Handhabung.

<sup>2)</sup> Mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe.

<sup>3)</sup> Das Abkommen über die Abgrenzung der englischen und der deutschen Interessensphäre, welches am 17. Juni durch den „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurde.

mit der Abtretung von Helgoland zufrieden sein können. Dazu kommt, daß, wie Münster geschrieben hat, die Stimmung in England uns sehr ungünstig war, da wir in der Kolonialpolitik die Engländer in ungewohnter Weise auf die Hühneraugen getreten hatten. Wir waren also der Gefahr ausgesetzt, daß sich England an Frankreich und Rußland angeschlossen hätte, was für uns ganz gefährlich geworden wäre. Münster schreibt auch, daß Herbert Bismarck sich in London ziemlich leidenschaftlich über „the dismissal of my father“ geäußert habe.

Berlin, 13. August 1890.

Am Montag dem 11. kam ich hier an und gab am 12. Vormittags das vom Kaiser bestellte Memoire<sup>1)</sup> ab. Bis heute Nachmittag hörte ich nichts vom Hofe. Dann kam eine Einladung nach Bellevue zum Souper. Zuvor aß ich bei Caprivi mit Reuß, Bülow, Münster, Schlözer, Waldersee und einigen Geheimräten. Caprivi informierte ich über unsre russische Angelegenheit.

Um 8 Uhr fuhr ich nach Schloß Bellevue und soupierte mit dem Kaiser, der Kaiserin, den Hofdamen, den Adjutanten und Bückler. Nach dem Souper sprach ich längere Zeit mit dem Kaiser. Ueber die allgemeine Politik äußerte sich der Kaiser befriedigt. Den Russen traut er nicht. Daß man ihn in Reval aussteigen lassen will, ist ihm unangenehm, weil dann deutsche Demonstrationen zu erwarten seien. Er hat sein möglichstes getan, dies zu verhindern, und wollte bis Narva fahren. Man hat aber in Petersburg an Reval festgehalten. Abmachungen werden nicht stattfinden. Was mir der Kaiser über Rußland sagte, war sehr vernünftig. Ueberhaupt fand ich, daß er viel nachgedacht hat und die politische Lage ruhig beurteilt. Ich sagte ihm, daß man in Europa Vertrauen zu ihm habe, was er zugab.

Berlin, 11. November 1890.

Da ich von Berlin auf mein Schreiben an den Kaiser und an Lucanus keine Antwort bekam, die Angelegenheit des Bischofs<sup>2)</sup> aber nicht länger hinausgeschoben werden konnte und ich wissen mußte, ob ich vorgehen könnte, so entschloß ich mich, hierher zu reisen. Ich habe verschiedene Kandidaten, kann aber keine ernststen Unterhandlungen anfangen, ehe ich die kaiserliche Ermächtigung habe und ehe ich mit Caprivi Rücksprache genommen habe.

Heute um 10 Uhr war ich bei Caprivi und fand ihn in der Bischofsfrage sehr unbefangen. Er ist in allem mit mir einverstanden, will auch

1) Ueber die Angelegenheit der russischen Güter.

2) Wahl eines Nachfolgers für den am 10. August verstorbenen Bischof Stumpf.

einen deutschen Bischof, will nichts von Rom wissen, der im Kultusministerium Freunde zu haben scheint, und erwartet meine Vorschläge. Er wird heute mit dem Kaiser sprechen, da er meint, daß ich heute nicht empfangen werden würde, und wird mir dann über das Resultat seiner Unterredung Nachricht geben. Ueber die Persönlichkeit, die ich nach Rom schicken will, wird er den Kaiser fragen. Anfangs war er dagegen, ließ sich aber überreden. Vom hiesigen Kultusministerium will er nichts wissen. Die könnten schon mit der Posener Sache nicht fertig werden und müßten von der Straßburger Sache ferngehalten werden. Im allgemeinen bin ich mit der Konferenz bei Caprivi sehr zufrieden. Er war offen und freundlich wie immer.

Straßburg, 19. Dezember 1890.

Nachdem die kaiserliche Genehmigung eingetroffen war, telegraphierte ich an Czapski,<sup>1)</sup> hierherzukommen, und gab ihm die nötigen Instruktionen, worauf er nach Rom abreiste. Er soll in erster Linie für Kraus, in zweiter Linie für Frigen wirken. Seine bisherigen Nachrichten lauten nicht hoffnungsvoll.

Unterdessen kam gestern Domkapitular Straub zu mir und sprach von dem schon früher in Anregung gebrachten Gedanken, das Bistum Straßburg wieder auf seine alten Grenzen jenseits des Rheins zurückzuführen, ihm das Unterelsaß zu lassen und ganz Baden von der Mos an zu geben und Freiburg mit dem Oberelsaß zu verbinden. Die Vorteile einer solchen Organisation lägen auf der Hand. Nur hatte ich weder bei dem Großherzog noch bei Kraus viel Anklang gefunden, als ich bei ihnen den Plan zur Sprache brachte. Ersterer meinte, die Schwierigkeiten seien zu groß, während Kraus die Persönlichkeit des jetzigen Erzbischofs als eine nicht zu überwindende Schwierigkeit bezeichnete. Ich erwähnte dies, ohne Kraus zu nennen. Straub meinte, das sei nicht richtig. Der Erzbischof könne nach Posen versetzt werden, und dann entstehe eine Sedisvakanz, Straßburg sei jetzt frei, der Moment also sehr günstig. Ich konnte ihm nicht gut sagen, daß ich schon bezüglich der Bischofsfrage Schwierigkeiten genug in Rom fände und daß ich die Sache jetzt nicht noch schwieriger machen wolle. Denn davon ahnt augenscheinlich Straub nichts, daß der Papst unter dem Einflusse der Jesuiten steht. Es bestehen in dieser Beziehung bei Laien und Geistlichen große Illusionen. Niemals werden Jesuiten es zugeben, daß das wirksamste Mittel, Elsaß-Lothringen von Frankreich loszulösen, nämlich obige Neueinteilung der Diözesen, zur Ausführung komme.

---

<sup>1)</sup> Graf Czapski war von dem Fürsten ausersessen worden, in vertraulicher Weise in Rom wegen der Bischofsernennung zu verhandeln.

Wir würden uns also jetzt die Kurie nur noch mehr entfremden und die Bischofswahl erschweren.

Straub sprach dann noch seine Besorgnisse über die geplante Katholikenversammlung aus. Ich sagte ihm, ich würde sie nicht dulden. Abends, als ich mit Puttkamer darüber sprach, war dieser gegen das Verbot, wollte aber darauf hinwirken, daß sie vom Klerus aufgegeben wird.

Berlin, 21. Januar 1891.

Mein Aufenthalt hat den Vorteil, daß ich mich mehr und mehr orientiere. Heute hatte mich Holstein mit Hagfeld und Radolin zum Frühstück eingeladen. Nach dem Frühstück wurde allerlei erzählt. Unter allen Anwesenden herrschte Gereiztheit gegen Herbert Bismarck, von dem allerlei Roheiten erzählt wurden. Nach und nach ging die Konversation auch auf den alten Bismarck über, und Radolin erzählte manche unerfreuliche Züge. So berichtete er, daß der Besuch Bismarcks bei der Kaiserin Friedrich im Augenblick seines Sturzes richtig sei; doch habe Bismarck nicht, wie Blowik behauptet, die Kaiserin gebeten, ihm beim Kaiser das Wort zu reden, sondern er habe, als die Kaiserin ihn gefragt, ob sie etwas für ihn tun könne, nur gesagt: „Ich bitte nur um Mitgefühl.“ Ferner erzählte er, er habe Bismarck kurz vor dem Tode des Kaisers Friedrich zu ihm geführt. Da sei Bismarck sehr ergriffen gewesen. Als Bismarck dann in seinem Zimmer saß, ging Radolin zu ihm und sagte, es sei doch recht ergreifend gewesen, worauf ihm Bismarck geantwortet: „Ich kann jetzt keine Gefühlspolitik treiben.“ Als dann die Kaiserin Friedrich nach dem Tode des Kaisers Bismarck zu sich kommen lassen wollte, ließ er ihr sagen, er habe keine Zeit und müsse zum Kaiser, seinem Herrn, gehen. Darum war es der Kaiserin Friedrich auch keine geringe Genugtuung, als Bismarck nach seinem Sturz dringend bat, zu ihr kommen zu dürfen.

Hagfeld erzählte, Herbert sei in diesem Sommer während seines Aufenthalts in England bei ihm gewesen, sie seien zusammen die Treppe hinuntergegangen und da habe ihn Herbert nach seiner Gesundheit gefragt, worauf Hagfeld antwortete, es gehe ihm gut, nur habe er sehr viel zu tun, worauf Herbert sagte: „Das mag auch eine schöne Politik sein, die jetzt getrieben wird.“

Berlin, 25. Januar 1891.

Heute bei Marschall, der mir das Neueste von Schlözer mitteilte.<sup>1)</sup> Um 4 Uhr zu Miquel,<sup>2)</sup> mit dem ich über die Vertiefung der Kanäle in Elsaß-Lothringen sprach. Er ist nach wie vor dagegen, weil dies die

<sup>1)</sup> Betreffend die Ernennung des Straßburger Bischofs.

<sup>2)</sup> Preussischer Finanzminister seit dem 24. Juni 1890.

Verbindung mit Frankreich erleichtere, meinte indessen, er könne uns nicht hindern, werde aber auch nichts dazu geben. Mehr Wichtigkeit legt er dem Mosellkanal bei, der die Verbindung Lothringens mit dem Niederrhein herstellen werde. Was den Straßburg-Ludwigshafener Kanal betrifft, so ist er dafür, kennt aber die Sache nicht genau und meint, daß Baden und Bayern dagegen seien.

Den 26.

Abends Taufe des Prinzen Joachim. Diner nachher, wo ich zwischen Gräfin Waldersee und Gräfin Lehndorff saß. Die Musik war aber so lärmend, daß man nicht sprechen konnte. Nachher Unterredung mit dem Kaiser über russische Verhältnisse und über die Fehler, die Bismarck gemacht hat, indem er die russische Anleihe auswies und gegen die russischen Finanzen Krieg führte. Auch auf die „Hamburger Nachrichten“ kam die Rede. Der Kaiser sagte: „Das wird noch ein bis zwei Jahre dauern, dann wird die Opposition aufhören.“

Berlin, 28. Januar 1891.

Gestern Geburtstagsfeier. Gottesdienst in der Schloßkapelle, wo Dryander eine sehr gute Rede hielt. Dann Defiliercour im Weißen Saale. Um 5 Uhr Diner bei Caprivi, wo ich zwischen Schuwalow und dem türkischen Botschafter saß. Abends Galaoper, wo ich mich von dem Kaiser verabschiedete. Heute um 2 Uhr ging ich zum Reichskanzler. Wir sprachen von der Notwendigkeit, preußische Beamte für einige Zeit nach dem Elsaß für die neuen Kreisdirektorstellen<sup>1)</sup> zu berufen, womit er einverstanden ist. Dann kam er auf die Frage der Vertiefung der Kanäle, die man hier für bedenklich ansieht. Ich erwiderte, daß ich die Gefahr, dadurch mit Frankreich in nähere Verbindung zu kommen, nicht anerkennen könnte. Wenigstens solle man uns dann zum Ludwigshafener Kanal verhelfen.

Straßburg, 26. Februar 1891.

Gestern die traurige Nachricht aus Rom erhalten, daß Ernst Ratibor<sup>2)</sup> gestorben ist. Auch in Aachen war man ganz unvorbereitet. Nähere Nachrichten fehlen noch. Das Landesausschußdiner in betrübter Stimmung mitgemacht. Die Rede gelang gut und wurde vielfach gelobt. Heute Diner bei dem Rektor der Universität. Wie ich erwartet hatte, hielt der Rektor, Professor ten Brink, eine Rede. Ich antwortete, indem ich dankte und

1) Die Regierung hatte dem Landesausschuß eine Kreisordnung und einen Entwurf einer neuen Kreiseinteilung mit erheblicher Vermehrung der Kreise vorgelegt. Der Landesausschuß lehnte beides ab.

2) Der Neffe des Fürsten, Prinz Ernst von Ratibor, geb. 10. November 1857, gest. 25. Februar 1891.

hinzusetzte, ich könne nicht besser antworten als mit den Worten meines verstorbenen Freundes Döllinger, der in einer seiner akademischen Reden gesagt habe: „Da aber zuletzt nicht materielle Interessen und Leidenschaften die Welt bewegen und in der Geschichte der Menschheit die Entscheidung herbeiführen, sondern die großen Gedanken, so werden nach wie vor die deutschen Hochschulen ihre Aufgabe erfüllen und auch das Vertrauen bewahren, daß sie dieser Aufgabe gewachsen sind.“ Dieses Vertrauen verdiente vor allem die Universität Straßburg, und ich lud daher die Anwesenden ein, auf das Wohl der Kaiser-Wilhelms-Universität zu trinken.

Straßburg, 18. März 1891.

Bei der gestrigen parlamentarischen Soiree, wo ich mich besonders mit den Mitgliedern der Berliner Deputation unterhielt<sup>1)</sup> (mit Schlumberger, Bulach, Petri, Charpentier und Muland), hörte ich noch manches über den Empfang beim Kaiser. Die Herren waren nicht sehr befriedigt von der offiziellen Antwort, dagegen schöpfen sie Hoffnungen aus der liebenswürdigen Aufnahme, die sie bei dem kaiserlichen Diner, bei Caprivi und Miquel erhalten haben. Der meines Dafürhaltens überflüssige Glanz des Empfangs hat sie sehr geblendet und sie fühlen sich dadurch geehrt. Pascal David,<sup>2)</sup> den ich am Schlusse der Soiree sprach, behauptet, er habe das durch Fischer<sup>3)</sup> bewirkt! Ist es wahr, so bezeichnet es einen sehr bedauerlichen Einfluß der Journalisten auf die Entschlüsse in Berlin. Bulach erzählte von einer langen Unterredung, die er mit dem Staatssekretär von Marschall gehabt hat, der sich sehr wegwerfend über Elsaß-Lothringen geäußert und gesagt habe, es sei ihnen in Berlin ganz gleichgültig, ob die Elsaß-Lothringer zufrieden seien oder nicht. Bei einem Kriege werde Elsaß-Lothringen der Schauplatz der Kampagne sein. Er und Bötticher seien diejenigen, die der Demonstration des Landesausschusses am wenigsten Wert beigelegt hätten. Sie seien es, die die Artikel der „Kölnischen Zeitung“ gegen den Landesausschuß inspiriert hätten. Caprivi und Miquel dagegen seien gut gesinnt und unparteiischer. Ich erkläre mir die Sache so, daß die Generale dem Kaiser Besorgnisse über die Stimmung in Elsaß-Lothringen einflößen, indem sie auf die aus dieser Stimmung hervorgehenden möglichen Gefahren hinweisen. Dies macht den Kaiser,

---

<sup>1)</sup> Infolge der Verschärfung des Paßzwangs durch Verfügung des Ministeriums vom 28. Februar, welche durch die Pariser Vorgänge bei dem Besuche der Kaiserin Friedrich verursacht war, hatte der Landesausschuß am 4. März eine Adresse an den Kaiser beschlossen und zu deren Ueberreichung eine Deputation nach Berlin geschickt. Diese wurde am 14. März in feierlicher Form empfangen.

<sup>2)</sup> Redakteur der „Straßburger Post“.

<sup>3)</sup> Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ in Berlin.

der im übrigen auch hier gern populär sein würde, etwas scheu. Marschall läßt sich von denselben Motiven leiten. Ihm und seinen Trabanten ist auch die Verschärfung des Paßzwangs zuzuschreiben. Die Herren des Landesausschusses glauben, daß nun bald Instruktionen von Berlin kommen werden, die eine mildere Handhabung vorschreiben würden. Ich glaube dies nicht. In den zwei Strömungen, die in den leitenden Berliner Kreisen herrschen, hat die militärische die Oberhand.

Straßburg, 20. März 1891.

Eben war Pascal David bei mir, um mir mitzuteilen, daß gestern vier oder fünf Herren, Deutsche von hier und Kehl, bei ihm erschienen seien, um ihm zu sagen, es sei an der Zeit, am 1. April einen großen Kommerz zu Ehren Bismarcks abzuhalten. Dabei rechnen die Herren darauf, daß ich dem Kommerz anwohne und eine Rede auf den gekränkten Einsiedler im Sachsenwalde halten würde! Sie übergaben sofort an Pascal David einen Aufruf mit der Bitte, ihn zu veröffentlichen und selbstverständlich mit einem Leitartikel zu begleiten. Pascal David war in großer Verlegenheit, was er den Leuten antworten sollte, und redete hin und her, um schließlich sie zu bitten, morgen wieder zu kommen. Er fragte dann, was er tun solle. Ich sagte ihm, er möchte ganz offen mit den Leuten reden, ihnen sagen, der Gedanke, ein Fest zu Ehren des Fürsten Bismarck abzuhalten, sei ja ein ganz guter; doch dürfe nicht unbeachtet bleiben, daß im gegenwärtigen Augenblicke die Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten gespannte seien. Infolgedessen würde der beabsichtigte Kommerz eine Bedeutung erhalten, die die Herren wohl selbst nicht beabsichtigt hätten. Das schien Pascal David einzuleuchten, und er erklärte sich bereit, die Herren in diesem Sinne zu bescheiden!

Zeitungsartikel aus der Hand des Fürsten, mit geringen Aenderungen abgedruckt in Nr. 88 der „Straßburger Post“ vom 29. März 1891.

Der vom „Temps“ veröffentlichte Briefwechsel des Herrn von Werner, Direktors der Akademie und Präsidenten der Ausstellungenkommission in Berlin, mit den Pariser Malern und mit dem französischen Botschafter in Berlin gibt uns zu einigen Bemerkungen Anlaß. Wenn in Betracht gezogen wird, daß französische Künstler ihre Werke in München und Stuttgart ausgestellt haben, so konnte erwartet werden, daß dies auch in Berlin geschehen würde. Jedenfalls hätte man dies ruhig abwarten sollen, statt den Versuch zu machen, sie mit überschwenglichen Ausdrücken der Bewunderung zur Teilnahme an der Ausstellung zu veranlassen. Eine einfache Anzeige an den Botschafter der französischen Republik mit dem

Anheimstellen, seine Landsleute davon in Kenntnis zu setzen, genügte und war der Würde der deutschen Nation entsprechender als das Betteln um Beschickung der Berliner Ausstellung. Es macht einen geradezu peinlichen Eindruck, zu sehen, wie der Direktor der Berliner Akademie in seinem Briefe an Herrn Detaille die Bedeutung der französischen Kunst hervorhebt und die Künstler durch den Hinweis auf die Aufnahme, die sie finden würden, zu bestimmen sucht, „de vouloir bien accepter notre invitation“. Herr Detaille verweist nun ganz höflich Herrn von Werner an den Botschafter und erinnert daran, daß der Direktor der schönen Künste in Paris das geeignete Organ sei, die nötigen Schritte bei den französischen Künstlern zu tun. In gleicher Weise antwortet Herr Bouguereau, an den sich Herr von Werner ebenfalls gewandt hatte. Nun richtet Herr von Werner ein Schreiben an den französischen Botschafter und empfiehlt ihm die Bildung eines Komitees von Künstlern in Paris, welches die Sache in die Hand nehmen müßte. Herr Herbette antwortet höflich, daß seine Regierung zwar nicht offiziell eingreifen könne, sich aber freuen würde, wenn die französischen Künstler der Einladung Folge gäben. Inzwischen geht der Skandal in Paris los, die Beschickung der Berliner Ausstellung wird als Landesverrat gebrandmarkt und die Künstler, Herr Detaille an der Spitze, ziehen sich scheu zurück.<sup>1)</sup> Nun hätte man erwarten sollen, daß damit dem internationalen Kunstenthusiasmus des Herrn von Werner ein Dämpfer aufgesetzt worden wäre und er den französischen Künstlern trocken das Berliner „Na, denn nicht, lieber Mann!“ zurufen werde. Statt dessen telegraphiert Herr von Werner dem Maler Detaille den Ausdruck seiner „profonde tristesse“ und fragte noch, ob sich etwa die Berliner Künstler den französischen gegenüber etwas hätten zu schulden kommen lassen! In seiner Antwort beruhigt Herr Detaille den königlichen Direktor der Akademie in bezug auf diese Besorgnis und bringt demselben in Erinnerung, daß es sich um patriotische, achtungswürdige Gefühle gehandelt habe. Am Schlusse der Korrespondenz findet sich dann noch ein unseres Erachtens sehr überflüssiger Brief des Herrn von Werner an einen Herrn Dumaresq, in welchem er wiederholt seinem Schmerz Ausdruck gibt und die Einladung nach wie vor aufrechterhält. Was sagt dazu der neu gegründete Allgemeine Deutsche Verein, der es sich zur Aufgabe stellt, „das Gewissen in allgemein deutscher Hinsicht zu schärfen

<sup>1)</sup> Vom 18. bis 27. Februar hielt sich die Kaiserin Friedrich in Paris auf. Am 24. Februar protestierte eine boulangistische Volksversammlung in Paris gegen die Anwesenheit der Kaiserin Friedrich und gegen die Beteiligung französischer Künstler an der Berliner Ausstellung. Am 26. Februar veröffentlichte Detaille sein Schreiben, durch welches er die Beteiligung an der Berliner Ausstellung ablehnte.

und jeden Deutschen dahin zu bringen, daß er seine Pflichten gegen das allgemein Deutsche anerkennt"?

### Journal.

Berlin, 22. Mai 1891.

Der Reichskanzler hatte mir heute die Stunde um 2 gegeben. Ich ging deshalb hin und fand ihn liebenswürdig und vertrauensvoll wie immer.

Ueber den Paßzwang sagte Caprivi, man habe damals etwas tun müssen und deshalb die Verschärfung angeordnet. Jetzt aber könne man wieder etwas milder verfahren. Ich machte auf den Unterschied zwischen dem anfänglichen Verfahren, das nun wieder eingeführt ist — die Erörterung der Bedürfnisfrage — und der milden Praxis — die Erwägung, ob Bedenken vorliegen — aufmerksam und fragte, ob wir dazu wieder zurückkehren könnten. Er bejahte dies, und als ich darauf aufmerksam machte, daß ich dann die Offiziere auf den Hals bekommen würde, meinte er, das gehe die Militärs nichts an, er werde sie schon zurückweisen. Freilich, was die französischen Offiziere betreffe, müsse man nach wie vor streng sein.

Baden, 5. Juli 1891.

Als ich heute zu einer Besprechung verschiedener Angelegenheiten beim Großherzog war, kam derselbe auch auf den Paßzwang und äußerte sich auf das bitterste über diese Maßregel. Die Einführung derselben sei nach seiner Ansicht eine sinnlose gewesen, die neuerliche Verschärfung überflüssig und deshalb schädlich, weil dies Verstimmung im Reichslande verursache und die Elässer in die Arme der Franzosen treibe. Wir machten uns nur lächerlich und schädigten das Ansehen des Reichs im Auslande. Ich erwiderte, daß ich ganz damit einverstanden sei, selbst aber keinen Antrag beim Kaiser stellen könne, ohne sofort von meinen militärischen Gegnern verleumdet zu werden. Das sah der Großherzog ein, gab mir aber zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig sein würde, wenn er an den Reichskanzler schriebe, ihm seine Gründe gegen die Fortdauer des Paßzwangs darlegte und darauf hinwiese, daß gerade der Augenblick günstig sein würde, den Kaiser zu einer Rundgebung zu veranlassen, die ein Zeichen der Macht und der Stärke sei. Ich erklärte mich damit einverstanden und bat ihn, den Brief zu schreiben, was er auch sofort tun will.

Baden, 5. Juli 1891.

Heute geht mein Badeaufenthalt hier zu Ende, nachdem ich eine Woche hier zugebracht habe. Ich habe jeden Tag ein sogenanntes Wildbad genommen und zwei Gläser des faden heißen Wassers getrunken und kehre

nun wie der „Harmlose“ im Englischen Garten in München „neu gestärkt zu meiner Pflicht zurück“.

Gestern traf ich den sehr alt und taub gewordenen Maxime Ducamp in der Lichentaler Allee. Er kam auf die Reise der Kaiserin Friedrich zu sprechen und tadelte besonders, daß sie überhaupt Maler besucht habe. Unter den ohnehin eiteln Franzosen seien die Künstler die eitelsten. Indem die Kaiserin zwölf besuchte, habe sie zweitausend vor den Kopf gestoßen. Ja, selbst die Reihenfolge habe sie verlegt. Als man Carolus Durand beglückwünschte, daß die Kaiserin bei ihm gewesen sei, sagte er: „Comment, cette . . . (ein Schimpfwort) a été d'abord chez Bonnat!“ Die Hauptdummheit hat aber der Direktor der Ecole des beaux Arts gemacht, der, als ihm der Besuch der Kaiserin angekündigt wurde, den Kranz von der Büste des bei Le Bourget gefallenen Renauld wegnehmen ließ, „parce que cela pourrait faire une mauvaise impression“. Da nun die Ecole des beaux Arts dreitausend Schüler hat, die auf ihre Kosten stets den Lorbeerfranz erneuern, so entstand große Aufregung, und die Schüler schickten nun zu Déroulède, der dann seinen Spektakel anfang.

Buda, 4. September 1891.

Am 1. September fuhren wir Nachmittags von Werki nach Wilna, um den Zug nach Minsk und Stolbzy zu nehmen, von wo aus man nach Maliboki fährt. Wir trafen auf dem Bahnhofe den entgegenkommenden Bahninspektor, früheren Adelsmarschall des Mohilewer Kreises, der mir sagte, sein ehemaliger Regimentskommandeur und Freund General Tschernajew sei bei ihm abgestiegen, sei in die Stadt gefahren und werde sofort zurückkommen. Dann werde er mir ihn vorstellen. Er sei ein Mann von sehr versöhnlichen Gesinnungen und kein Chauvinist. Ich ließ das dahingestellt, und als Tschernajew kam, gab ich ihm die Hand. Ich hätte gern noch mit ihm gesprochen, aber der Zug ging ab, und wir mußten einsteigen. Tschernajew hat das Gesicht eines alten Tataren oder eines alten Zuchthäuslers. Um 9 Uhr waren wir in Minsk, um 12 Uhr in Stolbzy, wo wir Wagen fanden. Marie nahm in dem Coupé Platz, ich fuhr mit Alexander in einer offenen Kalesche. Die Nacht war warm, sternhell und die Fahrt äußerst angenehm. Nach sechs Stunden Fahrt kamen wir früh nach Maliboki, tranken im Schloßchen Kaffee und Tee und fuhren dann in etwa einer Stunde nach Buda. Dort fanden wir das neue, im russischen Stil gebaute Jagdhaus, sehr elegant und bequem. Marie und ich zogen vor, in dem kleinen, alten Haus abzustiegen. Abends gingen wir auf die Pirsch, ohne Resultat.

Den 3. war Treibjagen in der Nähe von Rowzy. Nach den beiden ersten Treiben, in welchen Marie ein Glotter schöß, frühstückten wir im

Jägerhaus und machten dann noch zwei Treiben, wo Moriz ein Tier erlegte. Ich und Alexander hatten keinen Anlauf.

Den 4. gingen alle wieder früh auf die Pirsch. Ich zog vor, bis 6 Uhr zu schlafen, und ging dann mit Helmersen auf die Schnepfenjagd. Nach mühsamem Herumpatschen im Sumpf kamen wir mit drei Kallen als Jagdbeute zurück. Die Fahrt durch den Fichten- und Erlenwald war interessant. Abends wieder Versuch auf der Pirsch, doch kam niemand zum Schuß.

Den 5. früh machte Alexander einen Pirschgang und schoß in der Dunkelheit einen Elchhirsch an, der aber noch nicht gefunden wurde. Dann wurde um 8 Uhr zum Treiben gefahren, das aber ohne Beute blieb. Nachmittags machten wir erst ein Treiben ohne Erfolg und fuhren dann nach der Gegend, wo der von Alexander angeschossene Elch sein sollte. Dort wurde im tiefen Sumpf getrieben. Erst kam mir ein schwacher Elchhirsch, den ich, da er flüchtig und weit war, vorüberließ. Die Hunde jagten unterdessen einen vor uns in den Wald, endlich entschloß sich der sehr starke Hirsch, die Hunde zu verlassen und kam durch hohes Gras, Schilf und Gebüsch auf mich zu. Ein kapitaler Hirsch. Ich schoß spitz, worauf er hinten zusammenbrach, dann sich aber wendete und rechts abbog. Ich schoß ihm noch eine Kugel nach. Er ging dann über die Schützenlinie und kam noch einmal bei mir vorbei. Ich glaubte, daß er jeden Augenblick zusammenstürzen mußte und schoß nicht mehr. Er ging aber weiter, von den Hunden verfolgt, und ist erst spät in der Dunkelheit von den Jägern erschossen worden.

Den 7.

Gestern früh, Sonntag, wurde zunächst der Hirsch angesehen, der nach langem Jagen der verfolgenden Jäger totgeschossen worden war. Es ist kein starker Hirsch an Geweih, Zehner, aber ein stattliches Tier. Es scheint, daß es der ist, den Alexander am Morgen angeschossen hatte. Meine erste Kugel war, da ich spitz schoß, in die Nase gegangen und hatte sich an den Zähnen des Elchs zersplittert, man fand die Stücke meiner Kugel. Den zweiten Schuß hatte ich von hinten nach vorn aufs Blatt, aber nicht tief genug gegeben, um ihn niederzuschießen.

Um 9 Uhr fuhren wir teils zu Schiff, teils zu Wagen über Holendernia nach Lubcz. Der letzte Teil des Wegs geht durch die weiten Weideflächen am Niemen. Bei der Ueberfahrt über den Fluß, an dem das Schloß Lubcz liegt, wurden wir vom Isprawnik sowie vom Pächter, Herrn Zwirko, empfangen, fuhren dann durch den Pächthof nach dem in Reparatur befindlichen Schloß, wo uns Frau und drei Fräulein Zwirko mit Buletts und Brot und Salz empfingen. Wir besahen uns das Schloß,

tranken Kaffee in dem noch ziemlich unwirtlichen Salon, und fuhren dann nach dem Kanal, den Helmersen graben läßt. Er ist zwölf Werst lang und wird noch in diesem Herbst fertig und wird den Fluß, der bei Alestischtsche fließt, aufnehmen und in den Niemen leiten. Er wird 10 000 Rubel kosten und 3000 Dessjatinen Wiesen, die sogenannte Hallina, entwässern. Es wird nötig sein, noch Nebenanäle zu bauen, um noch größere Sumpfstrecken zu entwässern. Da von der Dessjatine vier Rubel für das Heu bezahlt werden, so wird das die Rente der Herrschaft Naliboki sehr erhöhen. Wir fuhren dann nach Lubcz und von da auf demselben Wege wie am Morgen nach Buda zurück. Dort angekommen, aßen wir schnell zu Mittag und fuhren wieder pirschen. Marie schoß auf einen Hirsch, der aber vielleicht gefehlt ist. Ich sah einen Spießerelch im hohen Holz stehen, schoß aber nicht, da ich ihn nur spitz sah und keinen unsicheren Schuß machen wollte. Er zog ab und kam nicht wieder zum Vorschein.

Berlin, 20. September 1891.

Während meines Aufenthalts in Buda erhielt ich ein Telegramm aus Straßburg, worin mir mitgeteilt wurde, der Reichskanzler beabsichtige Mitte des Monats der Frage näher zu treten, ob und wie der Paßzwang durch andre Maßregeln, etwa Ausbildung des Meldewesen, zu ersetzen sein möchte. Er bat, Köller<sup>1)</sup> mit Instruktionen nach Berlin zu schicken. Ich antwortete, daß ich Köller schicken und auch selbst um diese Zeit in Berlin sein würde.

In Berlin am 14. September angekommen, sprach ich den Reichskanzler, der jene Mitteilung bestätigte und sagte, daß er einen Generalstabsoffizier und Arco berufen habe.

Die Konferenzen begannen in vergangener Woche. Hofeuz, Mandel und obige Personen sowie Frankius vom Auswärtigen Amt und Köller nahmen daran teil. Es wurde mehrere Tage verhandelt, und schließlich einigte man sich über einen Entwurf, der bestimmt, daß der Paßpflicht nach Maßgabe der Verordnung vom 22. Mai 1888 nur noch unterliegen sollen:

1. aktive Militärpersonen, ehemalige Offiziere und die Zöglinge militärisch organisierter Schulen des Auslands,
2. die Emigranten.

Am Sonnabend dem 19. war alles in Ordnung. Beim Diner, das Caprivi uns gab, sagte er mir, er werde Montag dem Kaiser Vortrag halten — auf der Eisenbahn —, jedoch nur dann die Frage vorlegen,

<sup>1)</sup> Nachfolger des zum Oberpräsidenten in Münster ernannten Unterstaatssekretärs Studt, der jetzige Staatssekretär.

wenn der Kaiser nicht übler Laune sei. Sei dies der Fall, so werde er die Sache vierzehn Tage später in Ostpreußen, wohin der Kaiser geht, vorlegen lassen.

21. September.

Heute Nachmittag kam Caprivi und teilte mir mit vergnügtem Gesichte die erfreuliche Nachricht mit, daß der Kaiser unsre Vorschläge genehmigt habe. Ich sprach dann noch mit Köller. Er telegraphierte nach Straßburg. So ist diese leidige Sache aus der Welt geschafft.

Straßburg, 4. November 1891.

Ich hatte kürzlich Gelegenheit, eine russische Persönlichkeit zu sprechen, die den Kaiser von Rußland und den Hof genau kennt und unbefangen urteilt. Dieselbe sagt, der Kaiser sei mißtrauisch und ohne jedes Selbstvertrauen, dabei vollkommen ungebildet und beschränkten Geistes. Dazu komme eine große Trägheit und Indolenz. Die Vorträge der Minister und anderer hohen Würdenträger fänden äußerst selten statt und würden, wenn sie zufällig auf einen der zahlreichen russischen Feiertage fielen, mit Vergnügen verschoben. Wie die Geschäfte erledigt werden können, ist meinem Gewährsmann ein Rätsel. Die Unterlassung des Besuchs in Berlin tadelte mein Gewährsmann als einen politischen Fehler. Als ich meinte, die Furcht vor der panslawistischen, deutschfeindlichen Presse habe den Kaiser abgehalten, wurde mir erwidert: keineswegs. Der Kaiser kümmert sich nicht um die Presse. Der einzige Grund liegt darin, daß ihm der Besuch unbequem gewesen sei. Von der Presse sagte mein Gewährsmann, sie sei ganz abhängig und schreibe, was man ihr zu schreiben gestatte. Da man nicht wolle, daß sie sich mit der inneren Politik und mit den notwendigen Reformen beschäftige, so gewähre man ihr die Freiheit, in der Nationalitätsfrage alles zu sagen, was ihr gut dünke. Durch die Presse werde dann im Volke der Haß gegen Deutschland geschürt. Dieser stamme vom Kongreß von Berlin. Die Russen könnten uns nicht verzeihen, daß man ihnen ihre Beute entrisen habe. Niemals würde England allein den Krieg mit Rußland geführt haben. Dazu sei dann der materielle Schaden gekommen, den Bismarck den russischen Finanzen zugefügt habe, und endlich hätten die Austreibungen der russischen Arbeiter den Becher zum Ueberlaufen gebracht. Trotzdem wolle Rußland keinen Krieg, am wenigsten der Kaiser, dem die französischen ruffophilen Grimassen zuwider seien.

Was aber mein etwas zu pessimistischer Gewährsmann fürchtet, ist die Revolution. Wenn der Kaiser den Fehler begehe, wozu er durch die Finanznot getrieben werden könne, eine parlamentarische Versammlung zu berufen, so sei er verloren. Die Unzufriedenheit nehme immer mehr zu,

besonders in den gebildeten Klassen. Jeder denkende Mensch sei verdächtig. Deshalb gehe man mit dem Gedanken um, die Universitäten ganz zu schließen. Von alledem wisse der Kaiser wenig. Als er nach Finnland kam, nachdem man dem Lande seine Privilegien genommen hatte, war er sehr überrascht, einen kühlen Empfang zu finden. Er wußte nichts von der Russifizierung Finnlands!

Berlin, 13. Dezember 1891.

Gestern war ich Mittags nach Potsdam in das Neue Palais eingeladen. Es waren außer mir noch der Fürst und die Fürstin von Wied mit Hofdame und Hofmarschall anwesend. Kaiser und Kaiserin waren sehr liebenswürdig. Der Kaiser sprach von seiner Jagd im Elsaß, meinte, es werde wohl noch einige Jahre dauern, bis der Stand gut sei. Dann drückte er seine Befriedigung über den Erwerb von Gensburg aus und sagte, als ich ihm mitteilte, daß nur wenig Platz in dem Schloßchen sei, dann könnten wir ja zusammen mit ein paar Herren darin ganz vergnügt einige Tage zubringen. Auf die Politik übergehend, äußerte er sein Mißfallen über die Haltung der konservativen Partei, die die Bildung einer konservativ-monarchischen Partei gegenüber den Freisinnigen und Demokraten hindere. Dies sei um so trauriger, als die Freisinnigen, wenn sie auch hie und da gegen die Sozialdemokraten aufträten, doch im Grunde mit ihnen gingen. Mit den Handelsverträgen ist der Kaiser einverstanden und schien überhaupt großes Vertrauen in Caprivi zu setzen. Als wir auf die Intrigen und das allgemeine Räsonieren zu sprechen kamen, meinte der Kaiser, daß dahinter Bismarck stecke. Er fügte hinzu, man dringe von vielen Seiten in ihn, daß er sich mit Bismarck versöhnen solle. Er sei dazu bereit, aber es sei nicht an ihm, den ersten Schritt zu tun. Ueber die russischen Zustände schien er sehr genau informiert und hält sie für sehr bedenklich. Der Notstand werde noch zunehmen, die Räubereien auch, und um dem Notstand abzuhelpen, brauche die russische Regierung ein Anlehen von 600 Millionen Rubel, das sie nicht bekommen werde. Dabei sei der Kaiser zu indifferent. Statt in die Hungerprovinzen zu fahren, was einen sehr guten Eindruck machen würde, weigere er sich, dem bezüglichen Vorschlag der Minister Folge zu leisten. Als ich den Kaiser fragte, wie er jetzt mit dem Kaiser von Rußland stehe, sagte er: „Gar nicht. Er ist hier durchgereist, <sup>1)</sup> ohne mich zu besuchen, und ich schreibe ihm nun nur zeremonielle Briefe. Die Königin von Dänemark hat ihn abgehalten, nach Berlin zu kommen und, um sicher zu sein, daß er nicht doch noch hierher käme, ist sie mit nach Livadia gefahren,

---

<sup>1)</sup> Am 26. September.

angeblich um der silbernen Hochzeit beizuwohnen, im Grunde aber nur, um den Kaiser von dem Besuche in Berlin abzuhalten." Abends war ich wieder in Potsdam, wo Ghelius Klavier spielte. Beim Souper saß ich neben dem Kaiser. Lehndorff, Brandenburg, Werder und verschiedene Erbgroßherzoge nahmen an der Soiree teil. Der Kaiser sagte mir zum Abschied, ich sollte ihn benachrichtigen, wenn er zur Auerhahnjagd nach dem Elsaß kommen könne.

Heute ging ich um 12 Uhr zu Geheimrat Göring, um zu fragen, ob ich Caprivi sehen könnte. Er führte mich auch sofort hinein, und ich gratulierte dem Reichskanzler zu seinen parlamentarischen Erfolgen. Auch erzählte ich ihm von meinen Gesprächen mit dem Kaiser und daß ich den Eindruck gewonnen hätte, daß der Kaiser sehr zufrieden mit der parlamentarischen Kampagne Caprivis sei und großes Vertrauen zu ihm habe. Caprivi war darüber sehr erfreut. Als ich Caprivi erzählte, daß Schuwalow ihn einen „trop honnête homme“ nenne, sagte er, das komme daher, daß Bismarck mit Rußland einen Vertrag gemacht habe, durch den wir Rußland freie Hand in Bulgarien und Konstantinopel garantieren, und Rußland sich verpflichtet, im Kriege mit Frankreich neutral zu bleiben. Dieser Vertrag war abgelaufen, als Caprivi ins Ministerium trat, und den hat er nicht wieder erneuert, weil das Bekanntwerden desselben den Dreibund gesprengt haben würde. Ich fürchte, daß uns Oesterreich das nicht danken wird.

Ueber die Kanalsfrage sagte er nur, daß er die politischen Einwände gegen die Vertiefung fallen lasse. Wir können also, wenn der Landesausschuß die Vertiefung votiert, zustimmen. Was Bismarck anbetrifft, so sagt er, wenn dieser wieder Einfluß gewinne, könne er (Caprivi) nicht bleiben. Uebrigens werde die Rückkehr Bismarcks den Oesterreichern so viel Mißtrauen einflößen, daß der Dreibund daran scheitern müßte.

#### Rede des Fürsten bei dem Diner zu Ehren des Landesausschusses am 24. Februar 1892.

Meine Herren! Wenn ich mir gestatte, Sie heute wieder mit einigen Worten zu begrüßen und freundlich willkommen zu heißen, so kann ich nicht umhin, mich des Tages zu erinnern, an welchem ich Sie im vergangenen Jahre in gleicher Weise um mich versammelt sah. Damals sprach ich von dem Vertrauen, das zwischen den Vertretern des Landes und der Regierung bestehe und gab zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß es in nicht zu ferner Zeit möglich sein werde, zu normalen Zuständen zurückzukehren und den Wünschen des Landes, die sich in einer bestimmten Richtung kundgegeben hatten, gerecht zu werden.

Wohl hat bald darauf eine Gewitterwolke den Horizont verdüstert, die Hoffnungen schienen vereitelt, die meine Worte erregt hatten, und unsre Freunde blickten mit Sorge in die Zukunft.

Indessen haben diese Zweifel und Sorgen nicht allzu lange gedauert, und bald ist es möglich gewesen, die Wünsche des Landes zu erfüllen, dank dem wohlwollenden, stets regen Interesse des Kaisers für das Reichsland, dank dem ruhigen, leidenschaftslosen Urteil des Reichskanzlers über elsäß-lothringische Dinge und dank endlich dem loyalen und freimütigen Schritt, der aus Ihrer Mitte getan wurde.

So ist denn die Maßregel gefallen, die, wenn auch seinerzeit unvermeidlich, doch störend auf das Gemütsleben des Volkes, mehr noch als auf das Verkehrsleben, eingewirkt hat, — und sie konnte fallen, denn wir werden auch ohne Paßzwang unsre Grenzen zu sichern, unser Hausrecht zu wahren wissen. Sie aber, meine Herren vom Landesausschusse, konnten frei von einer Sorge und ohne Verstimmung an Ihre Arbeit gehen. Diese Arbeit ist nicht gering, denn wichtige, für die Gestaltung des öffentlichen Lebens bedeutsame Aufgaben liegen Ihnen vor. Sie werden dieselben mit gewohnter Gewissenhaftigkeit erwägen und Ihre Entscheidung zum Wohl des Landes treffen. In dieser Ueberzeugung erhebe ich mein Glas und trinke auf den Landesausschuß und seinen verehrten Präsidenten.

### Journal.

Berlin, 4. April 1892.

Gestern früh 7 Uhr kam ich mit Marie in Berlin an. Ich schrieb gleich an den Flügeladjutanten und erhielt bald darauf eine Einladung zum Dejeuner bei den Majestäten, die Meldung von Marie war noch nicht an die Kaiserin gelangt, weshalb ich allein geladen wurde. Den Kaiser fand ich wohl, wenn auch noch etwas angegriffen von der Influenza. Er war sehr freundlich und mittheilend. Nach dem Frühstück kam die Rede auf das Schulgesetz, wobei er sich darüber beklagte, daß man seitens des Ministeriums auf seine Einwendungen, die er seit Monaten gemacht hatte, nicht gehört habe. In dem gewissen Kronrat hat der Kaiser sehr ruhig und sachgemäß gesprochen und seine Ansicht, daß man nicht mit den extremen Parteien ein Gesetz machen könne, auseinandergesetzt. Die Einwendungen von Caprivi und Miquel gingen darauf hinaus, das Gesetz noch durchberaten zu lassen. Bedük sagte nichts, sondern ging weg, beriet sich zu Hause mit Kleist-Rekow, Kropatschek und Hammerstein und gab dann seine Entlassung. Der Kaiser äußerte sich sehr bitter über die konservative Presse. Gulenburg von München hat dringend berichtet, welchen schlechten Eindruck das Schulgesetz mache. Der Kaiser sagte mir noch, man habe von Rom berichtet, daß die Jesuiten schon sieben Millionen zu-

sammen hätten, um „freie Schulen“ zu gründen. „Und da versichern mir die Minister, daß die Katholiken kein Geld haben, um freie Schulen zu gründen!“ Ich erwähnte den Bischof von Straßburg und seine Absicht, nach Berlin zu kommen. Der Kaiser sagte: „Das ist ein sehr braver Mann.“ <sup>1)</sup>

Mittwoch, 6. April 1892.

Gestern Nachmittag war ich bei Caprivi, dem ich sagte, daß ich mich freue, ihn noch im Amte zu sehen. Er erwiderte, es habe nur an einem Haar gelegen, daß er gegangen wäre. Es sei schwer, im Amte auszuharren. Bezüglich der Krisis sagte er, daß dieselbe vermieden worden wäre, wenn der Kaiser mit ihm vor dem Kronrat gesprochen hätte; dann hätte er ihm sagen können, daß sich alles zur Befriedigung mit dem Schulgesetz lösen könne. Eine Verständigung war bereits angebahnt. Der Kaiser spreche viel mit allerlei Leuten, was an sich ganz gut sei; er äußere sich dann aber oft im Widerspruch mit seinen offiziellen Kundgebungen, und daraus entstünden Mißverständnisse. In der auswärtigen Politik sei alles ruhig. Die Franzosen seien so ruhig, wie sie überhaupt sein könnten. In Rußland habe man durch Schumalow eine Zollverständigung anknüpfen wollen. Durch die Krankheit von Giers sei aber die Sache verhindert worden und Schumalow sei unverrichteter Dinge zurückgekommen. Die Wahlen in England würden wohl Gladstone wieder ans Ruder bringen. Doch werde Rosebery das Auswärtige bekommen und dieser die Politik Salisbury's fortsetzen. Der Einfluß Englands in Konstantinopel nehme ab. Was die Beziehungen zu Rußland erschwere, sei die ungünstige Meinung über unsern Kaiser, die sich nach dem „Figaro“ bilde. Er sprach dann von Köller und fragte, ob ich ihn für geeignet zum Minister hielte, was ich bejahte. Uebrigens ist vorläufig nicht mehr die Rede davon, ihn zu berufen.

Berlin, 10. April 1892.

Auf der Straße begegnete mir heute General von Alvensleben, der frühere kommandierende General in Stuttgart. Er hielt sich verpflichtet, mir auch über die traurige Lage vorzujammern und meinte, wie der „Reichsbote“, daß man früher immer auf die Energie und Festigkeit des Kaisers gebaut habe, was nun vorbei sei, nachdem er das Schulgesetz ausgegeben habe und die Liberalen den Sieg davongetragen hätten. Ich erwiderte, daß er falsch berichtet sei. Der Kaiser habe von Anfang an das Schulgesetz mißbilligt und habe nur seinen Ministern nachgegeben, aber in der ganzen Zeit wiederholt dagegen gesprochen und die Minister gewarnt. Wenn Caprivi und Zedlitz auch ihren Prinzipien getreu das Schulgesetz

---

<sup>1)</sup> Bischof Dr. Fritzen.

verteidigt hätten, so sei es Pflicht der übrigen Minister gewesen, entschieden dagegen aufzutreten. Das hätten sie nicht getan. Die Schuld treffe also Miquel und Herrfurth. Alvensleben sagte darauf nichts und empfahl sich bald. Bei Marschall, den ich Nachmittags besuchte, fand ich dieselbe Ansicht, die ich habe. Er beklagte die Vorlage des Schulgesetzes, das man nicht mit dem Zentrum und den Konservativen zustande bringen durfte. Er tadelte, daß Caprivi die Sache nicht durch Bedlig allein hätte ausfechten lassen. Der ritterliche Edelmut sei hier nicht am Platze gewesen.

Straßburg, 26. Mai 1892.

Heute war Bulach bei mir. Ueber die Verwaltungsorganisationsgesetze sagte er, daß es ein Fehler gewesen sei, gleich so viele neue Kreisdirektionen in Aussicht zu nehmen, das habe die Leute erschreckt. Auch hätte man die Abschaffung der Bezirkspräsidenten entschieden betonen müssen. Mit der französischen Departementswirtschaft müsse gebrochen werden. Freilich seien Köchlin und Schlumberger dagegen, weil sie ihren Einfluß zu verlieren fürchteten. Aber es gebe im Lande Leute genug, die zur Selbstverwaltung geeignet seien und sich gern daran beteiligten. Man solle einmal anfangen, eine modifizierte Gemeindeordnung vorzulegen, das andre werde dann nachkommen, eventuell durch den Reichstag zu erlangen sein. Bulach beklagt die französischen Tendenzen des elsässischen Klerus.

Berlin, 22. Juni 1892.

Gestern Abend 6 Uhr mit Viktor nach Potsdam. Auf der Wildparkstation war großer Zusammenfluß von höchsten Herrschaften, die zum Diner kamen. Vor dem Diner erschien der Kaiser mit der Königin von Italien, und da ich ziemlich weit vorn stand, wurde ich angeredet und der Kaiser stellte mich vor. Die Königin erinnerte daran, daß wir uns schon in München gesehen hätten. Der König in Husarenuniform folgte mit der Kaiserin. Er ist nicht groß, mit großem grauen Schnurrbart, hält sich sehr gerade und begrüßt die ihm vorgestellten Leute mit höflichem Räuspern.

Ich saß den höchsten Herrschaften gegenüber, konnte also die Rede des Kaisers und die Antwort des Königs von Italien sehr gut hören. Der Kaiser sprach gut und taktvoll. Er hatte die Rede vor sich liegen und sah hie und da hinunter. Der König nahm sein Papier in die Hand. Beide Reden machten einen guten Eindruck. Nach Tisch war Cercle wie üblich. Der Kaiser kam sehr freundlich auf mich zu und fragte: „Nun, wie geht's, Alba?“ Dann sprachen wir von Urville und von seinem Besuch und meiner Reise und dem guten Empfang, den er haben werde. Ich sagte dann, um die Konversation auf die Tagesfrage zu bringen:

„Nur fürchten dort die Leute, daß Bismarck wiederkommen könnte.“ „Da können sie ruhig sein,“ antwortete der Kaiser lachend, „der kommt nicht wieder. Ich habe ihm sagen lassen, daß ich eine schriftliche Erklärung haben will. Die wird er nicht geben.“

Berlin, 23. Juni 1892.

Der gestrige Tag brachte das Dejeuner bei Caprivi um 1 Uhr, das zu Ehren des italienischen Ministers Brin gegeben wurde. Es waren da die Bundesratsmitglieder und einige Beamte. Brin ist ein Mann in mittleren Jahren, behäbig aussehend wie ein französischer Bankdirektor. Ich wurde mit ihm bekannt gemacht und sprach einige Worte mit ihm, wobei ich mich überzeigte, daß ihm die französische Sprache trotz seines französischen Namens nicht sehr geläufig ist. Nach dem Frühstück ging ich in Böttchers Garten, wo ich den Einzug des Königs von Italien mit dem Kaiser sah. In der Königgräzer Straße war das Publikum ziemlich teilnahmslos. Am Brandenburger Tor soll es lebhaft und sympathisch gewesen sein.

Berlin, 24. Juni 1892.

Heute war hier alles in Aufregung durch das Interview Bismarcks mit dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“. Die Börse ist infolgedessen beunruhigt, weil man aus den Äußerungen Bismarcks auf Krieg schließt. Bleichröder erzählte mir, er sei vor zehn Tagen in Friedrichsruh gewesen und habe Bismarck abgeraten, nach Wien zu gehen. Dieser habe aber gesagt, das sei eine beschlossene Sache. Er hatte von Herbert Nachricht, daß der Kaiser von Oesterreich ihn empfangen würde, und wollte der Familie der Schwiegertochter damit eine Satisfaktion bereiten. Daher seine Wut, die sich in dem Interview Luft gemacht habe. Bleichröder beklagt dieselbe und fürchtet, nun werde sich der Kaiser zu irgendeiner Maßregel gegen Bismarck hinreißen lassen, was ein großer Fehler, ja eine Gefahr sein würde; Bismarck habe im Volk noch immer einen großen Anhang. Gegen Caprivi habe Bismarck einen großen Haß. Er wirft ihm sogar vor, daß Caprivi bei der „Reichsglocke“ gegen ihn gearbeitet habe, was Bleichröder für einen Unsinn erklärt. Bleichröder hat Bismarck gefragt, wer denn an Caprivis Stelle treten solle, ob Gulenburg oder Waldersee. Darauf habe Bismarck geantwortet, Waldersee könne jetzt nicht Reichskanzler werden, weil das in Rußland und Frankreich als Krieg gedeutet werden würde. Gulenburg werde die Sache führen können.

Wien, 27. Juni 1892.

Drei Fragen waren es, über die ich hier Erkundigungen einziehen wollte:

1. Wie hat sich die eigentliche Aristokratie, das, was man die „Sozietät“ nennt, zu der Bismarckschen Hochzeit gestellt?

2. Wie ist Kaiser Franz Joseph für unsern Kaiser gestimmt?

3. Sind Anzeichen vorhanden, daß der Zerfall der österreichischen Monarchie jetzt eine raschere Gangart einschlägt?

Was die Frage 1 betrifft, so hat sich die hohe Aristokratie ferngehalten. Graf Palffy gehört zwar dazu, wird aber als ein Original angesehen. Daß Verwandte der Gräfin Andráffy dazu gekommen sind, erklärt man sich aus der Rücksicht, die die Dame von ihren Verwandten erwarten konnte.

Zu 2. Auf meine Frage, wie der Kaiser mit unserm Kaiser stehe, wurde mir geantwortet: „Natürlich ganz vortrefflich.“ Und auf meine weitere Frage: „Besteht bei Ihnen keine Verstimmung gegen unsern Kaiser?“ sagte mein Gewährsmann: „Nicht im entferntesten.“

Im übrigen sieht es hier aus wie immer. Sehr vertrauensvoll sieht niemand in die Zukunft, aber besonderer Anlaß zu Besorgnissen besteht nicht.

Straßburg, 7. Juli 1892.

Am Montag dem 4. fuhr ich nach Frankfurt, um dort der standesherrlichen Generalversammlung beizuwohnen.

Den andern Tag hatte ich mich bei der Kaiserin Friedrich in Homburg gemeldet und war auf 1 Uhr zum Lunch geladen. Die Kaiserin empfing mich um 12 Uhr, war sehr freundlich und kam bald auf die Bismarcksche Angelegenheit zu sprechen. Sie sagte, sie wundere sich gar nicht darüber, Bismarck sei eine kampflustige Natur und werde nie aufhören zu kämpfen. Er könne gar nicht anders. Sie erzählte von früheren Vorgängen, von dem unbegründeten Mißtrauen Bismarcks gegen sie und die Kaiserin Augusta und meinte, daß es nur der Ruhe und Milde Kaiser Wilhelms zu danken sei, wenn Bismarck Erfolge gehabt habe. Er sei ein sehr gefährlicher Gegner, aber doch nicht antimonarchisch. Dazu sei er zu preußisch. Aber herrschen wolle der brandenburgisch-preußische Adel, wenn auch mit dem Könige.

Alt-Auffee, 31. Juli 1892.

Nachdem ich mich vor einigen Tagen brieflich durch den Generaladjutanten Grafen Paar bei dem Kaiser Franz Joseph gemeldet hatte, wurde ich auf gestern 3 Uhr zur Tafel geladen. Ich fuhr um 12 Uhr ab, kam um 1/22 Uhr nach Ischl, wo mich eine Hofequipage erwartete. Nach einem kurzen Besuch bei Konstantin ging ich in die „Post“, wo ich

mich umzog, und fuhr dann mit Konstantin in die kaiserliche Villa. Der Adjutant geleitete mich sofort zum Kaiser, der mich sehr freundlich empfing. Ich dankte ihm für den Brief, den er mir auf meine Eingabe bezüglich der Fabrikanlagen in Alt-Mussée geschrieben hatte,<sup>1)</sup> entschuldigte mich, daß ich mich in diese Sache eingemischt hätte und hob noch einmal mündlich die Nachteile des Projekts hervor. Der Kaiser schien ziemlich informiert, nannte die ganze Sache einen höheren Schwindel und versicherte, daß man Mittel finden werde, die Unternehmung zu hindern.

Dann erkundigte sich der Kaiser nach der Organisation von Elsaß-Lothringen, die ich ihm (Bezirkspräsidien, Ministerium, Landesausschuß) erklären mußte. Er fragte: „Sie stehen unter dem Reichskanzler?“ Ich antwortete: „Nein, unter dem Kaiser, dem Reichskanzler stehe ich gleich.“ Worauf der Kaiser erstaunt „oho!“ erwiderte. Dies führte auf die Beziehungen des Statthalters zum Reichskanzler und auf Bismarck, von dem der Kaiser sagte: „Es ist traurig, wie ein solcher Mann so tief sinken kann.“ Von Caprivi sagte er: „Gott gebe, daß dieser Mann noch lange auf seinem Posten verbleibe!“ Er erkundigte sich dann nach der Reise des Kaisers ins Reichsland, schien vollkommen orientiert über die Manöver in Lothringen und Baden, sprach dann von der Seefahrt des Kaisers, die demselben immer sehr gut tue, und gab seinem Interesse für unsern Kaiser in einer wohlwollenden verwandtschaftlichen Weise Ausdruck. Nach einer viertelstündigen Audienz entließ mich der Kaiser, und ich ging hinunter in den Salon, wo ich Konstantin, Paar und die Hofdamen und Adjutanten fand. Bald darauf erschien der Kaiser mit der Erzherzogin Valerie, und nach den Vorstellungen ging man zu Tisch. Ich saß rechts neben der Erzherzogin, Konstantin links, der Kaiser gegenüber zwischen den zwei Hofdamen. Nach Tisch ging man auf eine Terrasse im Garten, wo geraucht wurde. Hier sprach der Kaiser zu mir von unsrer russischen Angelegenheit.

Um 4 Uhr zogen sich die Herrschaften zurück. Ich zog mich um und blieb dann in der „Post“ mit Konstantin bis zur Abfahrt. Konstantin begleitete mich bis Hallstadt, und um 1/29 Uhr war ich zu Hause.

Werk, 17. August 1892.

Sonabend den 13. kamen wir in Berlin an. Am Sonntag früh ging ich zu Caprivi, der mich mit gewohnter Freundlichkeit empfing. Wir kamen bald auf Bismarck zu sprechen, und Caprivi sagte, er sei stolz

---

<sup>1)</sup> Der Fürst hatte sich im Interesse der Bewohner von Mussée an den Kaiser gewendet, um die Konzessionierung von Fabrikanlagen zu hintertreiben, durch welche die landschaftlichen Reize der Gegend zerstört worden wären.

darauf, die Angriffe des Alt-Reichskanzlers vom Kaiser ab und auf sich gezogen zu haben, indem er die bekannten Erlasse veröffentlichte.<sup>1)</sup>

Am Montag dem 15. fuhr ich nach dem Marmorpalais. Ich wartete lange mit Gulenburg und den Hofdamen. Dann kam die Kaiserin und etwas später der Kaiser. Er sah frisch und munter aus. Während der Tafel erkundigte sich der Kaiser nach der Ernte in Elsaß-Lothringen und war sehr erfreut über die guten Nachrichten, die ich ihm geben konnte. Er erwähnte unsre günstige Finanzlage und sagte: „Eigentlich sollte immer der Ueberschuß dem Kaiser zur Verfügung gestellt werden.“ Dann wandte er sich zu dem Admiral von der Goltz und sagte: „Die Elsäßer könnten uns wohl ein Schiff bauen.“ Ich sagte, ich wäre eher der Ansicht, das Schloß in Zabern auszubauen. Nach Tisch auf der Terrasse kam die Rede auf Bismarck. In der längeren Unterredung sagte der Kaiser: „Wenn die Leute glauben, daß ich Bismarck maßregeln, etwa nach Spandau schicken werde, so irren sie sich. Ich denke nicht daran, aus Bismarck einen Märtyrer zu machen, zu dem die Leute wallfahren würden.“ Weiter erzählte der Kaiser, er habe neulich Herrfurth gesprochen und ihm gesagt: „Sie haben doch allen Ministerialsitzungen beigewohnt. Habe ich in der ganzen Zeit etwas getan, was Bismarck verlegen konnte und ihm Anlaß gab, gegen mich aufzutreten?“ Darauf habe Herrfurth gesagt, alle Minister seien im Gegenteil erstaunt gewesen, mit welcher Langmut und Geduld der Kaiser die Grobheiten Bismarcks ertragen habe. Ich sagte dann noch dem Kaiser, daß ich sicher sei, er werde in Diedenhofen gut empfangen werden. Sollte also das Manöver sich so wenden, daß man Diedenhofen berühre, so möge man es mir sagen, daß wir die nötigen Vorbereitungen treffen könnten.

Noch ist nachzutragen, daß der Kaiser auch die Behauptung Bismarcks, er stehe so gut mit dem Kaiser von Rußland, berührte und lachend sagte: „Der Kaiser hat mir gesagt, er habe alles Vertrauen zu Caprivi, wenn dagegen Bismarck ihm etwas gesagt habe, so hätte er immer die Ueberzeugung gehabt, ‚qu’il me tricherait‘.“

Berlin, 5. September 1892.

Gestern früh kam ich nach einer bequemen Nachtfahrt von Cydtukhnen hier an. Um 1/2 12 Uhr ging ich zu Caprivi, dem ich für sein Telegramm dankte. Er sagte mir, die Frage der Sistierung der Manöver sei noch nicht entschieden. Die Cholera verbreite sich nach und nach von Hamburg nach dem übrigen Deutschland weiter, auch sei schon ein von

<sup>1)</sup> Durch den „Reichsanzeiger“ vom 7. Juli wurden ein Erlaß an alle Gesandtschaften vom 23. Mai, betreffend Bismarcks Pressfeldzug, und vom 9. Juni an den Botschafter in Wien, betreffend die von diesem einzunehmende Haltung bei Bismarcks Besuch in Wien, veröffentlicht.

dort zugereifter Mann in Koblenz an der Cholera gestorben und nach ihm die barmherzige Schwester und der Krankenwärter, die ihn gepflegt haben. Dazu kämen Nachrichten von einer typhösen Dysenterieepidemie in Lunéville, und es schiene ihm bedenklich, die Manöver abzuhalten. Doch werde sich der Kaiser schwer zur Aufgabe der Manöver entschließen.

Ich erzählte ihm von dem Gesuche der französischen Schauspieler, Tragödien in Straßburg zu geben. Er riet davon ab, weil dies von der deutschen Presse als ein Vordringen des Franzosentums im Elsaß unliebsam besprochen werden würde. Dies bestärkte mich in meiner Auffassung.

Aussee, 7. Oktober 1892.

Einer Einladung des Grafen Erwein Schlick folgend, fuhren wir, Marie und ich, am 1. Oktober mit dem Zug über Selztal nach St. Michael und von hier über Rottenmann, Judenburg u. s. w. nach Friesach. Sowohl das Murtal, in dem Judenburg liegt, wie das Metnitztal, in das wir vor Friesach kamen, sind breite grüne Täler, von waldigen Bergen begrenzt, in dem Charakter aller der Täler der steirischen, Salzburger und Kärntner Alpen. Sie sind fruchtbar, aber verhältnismäßig wenig bevölkert und machen einen melancholischen Eindruck. Friesach, hell vom Mond beschienen, mit seinen hohen Mauern und den umliegenden Burgruinen, überrascht durch seinen Anblick. Das Innere der Stadt hat aber etwas Verkommenes. Der Gasthof des Herrn Bauer ist, wie alle Hotels in Friesach, ein altes muffiges Gebäude. Die Zimmer liegen unmotiviert auseinander, durch Kammern und Gänge getrennt. Die Wirtsleute waren sehr entgegenkommend, die Verpflegung mäßig, die Betten gut. Da wir uns Friesach ansehen wollten, so blieben wir bis 10 Uhr Vormittags und gingen, da es Sonntag war, in die Dominikanerkirche, einen streng gotisch nagelneu gebauten Dom. Die architektonischen Merkwürdigkeiten, von denen Baedeker spricht, sind verschwunden und in das Dominikanerinnenkloster gebracht. Der Orden der Dominikaner hat die Kirche gebaut. Da Graf Schlick uns hatte sagen lassen, er erwarte uns zum Essen um 1 Uhr, so fuhren wir um 10 Uhr ab. Zwei kleine Phaetons und ein Gepäckwagen. Der Weg führt zuerst durch das Metnitztal, wendet sich dann links in ein enges Tal und wird steiler. Um 1 Uhr waren wir in Oberhof. An dem unter dem Schloß liegenden Gasthof des Herrn Schuster, der uns an einer Ehrenpforte mit Wein empfing und seiner Freude Ausdruck gab, daß wir aus dem Elsaß bis hierher gekommen seien, hielten wir einen Augenblick. Als wir näher an das Schloß kamen, sahen wir Graf Erwein uns entgegen-eilen, der uns begrüßte und darüber aufklärte, daß wir nicht hier wohnen sollten, sondern noch vier Stunden weiter in das Gebirge zu fahren hätten. Er selbst machte sich bald auf den Weg

nach dem von ihm bewohnten Jagdhaus, wir aßen und fuhren gegen 3 Uhr weiter. Jeder Jagdgast wohnt hier für sich. Uns war das Jagdhaus in dem Felsennital bestimmt. Der Weg dahinauf ist steil und teilweise nicht ungefährlich, besonders eine Stelle, wo ein Erdrutsch stattgefunden hatte, an dessen Begräumung gearbeitet wurde. Dadurch war der Weg schief, abschüssig und die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, in einen tiefen Abgrund zu stürzen, was denn auch verschiedenen Bewohnern in neuester Zeit passiert ist, ohne daß sie übrigens Schaden gelitten hätten. Gegen Abend gelangten wir an das Wirtshaus Flatniz und waren nun nicht mehr weit vom Ziel. Von hier aus begleiteten uns die uns zugeordneten Jäger Hofer und Franz. Es wurde nun rasch dunkel, und der Weg führte durch den Wald. Glücklicherweise hatten die Jäger Laternen und gingen den Wagen voraus. Dies hinderte nicht, daß der Wagen mit der Dienerschaft, auf den sich in Flatniz noch eine dicke Köchin und ein Küchenmädchen gesetzt hatten, im Angesicht des Jagdhauses umfiel und seine Insassen in das Gras schüttelte. Niemand litt Schaden, nur die Köchin, die mit dem Gesicht ins Gras gefallen war, meinte, sie hätte sich beinahe einen Zahn gebrochen. Wir nahmen nun Besitz von unsern freundlichen Zimmern und verabredeten mit den Jägern den Ausbruch zur Jagd auf 5 Uhr früh. Graf Franz Schlick kam noch den Abend, um uns zu begrüßen und zu installieren. Das Haus ist zweistöckig. Oben ein gut möblierter Salon und ein Schlafzimmer. Unten Küche und Jägerzimmer.

Am Montag früh zogen wir um 5 Uhr aus. Erst zu Pferde, dann zu Fuß hinauf. Hirsche und Tiere sah ich in Menge und pirschte dann weiter nach einem Punkte, wo wir uns ansetzten. Ein Hirsch, der sich zeigte, aber ungünstig stand, wurde gefehlt. Beim Nachhausegehen schoß ich noch auf einen Hirsch, der aber nicht liegen blieb, obgleich er getroffen zu sein schien. Um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr zu Hause. Nachmittags wurde wieder gepirscht, aber ohne Erfolg. Am Dienstag Morgens und Abends Pirschgang ohne Resultat. Marie schoß einen Hirsch an und hat wahrscheinlich einen zweiten getroffen, der aber auch nicht gefunden wurde. Am letzten Morgen wurde noch ein Pirschgang versucht. Ich sah nichts. Marie schoß aber nicht weit von mir einen starken Rehner. Wir hörten den Schuß und eilten hinüber, wo wir sie und den Jäger schon am verendeten Hirsch fanden. So hatte der letzte Tag doch noch einen Erfolg gehabt. Um 9 Uhr waren wir zu Hause, packten unsre Sachen, verabchiedeten uns in Flatniz von dem Jagdherrn und seinem Bruder und fuhren nach Oberhof hinunter, wo wir uns eine Stunde bei Herrn Schuster aufhielten und dann nach Friesach weiterfuhren. Wir hatten dort noch Zeit zu essen und fuhren mit dem Zuge 7 Uhr 40 nach St. Michael, wo

wir übernachteten. Am Donnerstag dem 6. Nachmittags kamen wir wieder in Aussen an.

### An die Prinzessin Elise zu Salm-Horstmar.

Straßburg, 17. Oktober 1892.

... Das Wort, das du mir geschrieben hast, ist sehr tröstlich: „Was sichtbar ist, ist zeitlich, was aber unsichtbar ist, ist ewig.“ Ich habe mir etwas Ähnliches aus Thomas a Kempis vor vielen Jahren notiert. Der sagt: „Stude cor tuum ab amore visibilium abstrahere et ad invisibilia te transferre.“ Je älter man wird, je mehr man durch die Natur der Dinge dahin geführt wird, sich vom Leben loszulösen, um so tiefer empfindet man diese Wahrheit. Die Seele muß Raum haben, ihre Flügel zum ewigen Fluge auszubreiten. In einem mit allerlei Kram ausgefüllten Zimmer kann sie das nicht, sondern stößt überall an ...

### Journal.

Berlin, 7. November 1892.

Gestern Abend 6<sup>30</sup> fuhr ich mit Diringshofen<sup>1)</sup> von Straßburg ab. Wir waren um 10 Uhr in Frankfurt. Hier fand ich Reischach,<sup>2)</sup> der auch nach Berlin fuhr. Er setzte sich zu mir und erzählte, was er Neues wußte. Er gehört zu jenen, die alles in den schwärzesten Farben sehen. Er hält es für nötig, daß sich der Kaiser mit Bismarck versöhne. Als wenn dies möglich wäre! Er wünscht die Erneuerung der heiligen Allianz Deutschland, Rußland und Oesterreich, worin ich ihm beistimme, nur ist das schwer durchzuführen. Heute früh 10 Uhr waren wir in Berlin.

Im Auswärtigen Amt erzählte man mir, der Kaiser von Rußland wünsche Werder als Botschafter in Petersburg. Schweinitz wußte das, empfahl aber Alvensleben, weil er nicht wollte, daß sein Nachfolger eine bessere Stellung bei Hof haben sollte als er. Ich ging dann zu Schumalow, dem ich davon sprach und den ich veranlassen wollte, sich in Petersburg die Erlaubnis auszubitten, Werder zu wünschen. Er hatte aber Bedenken, weil ihm Caprivi schon Alvensleben als Nachfolger von Schweinitz bezeichnet hatte. Darüber hielten wir dann im Auswärtigen Amt wieder Beratung und kamen überein, daß ich morgen noch mit Marschall reden sollte.

Um 4 Uhr war ich bei Caprivi. Wir kamen bald auf die Militär-vorlage, die er für absolut notwendig hält. Doch habe er große Schwierig-

1) Major von Diringshofen, nach dem Abgange des Majors von Thaden zu dem Statthalter kommandiert.

2) Hofmarschall der Kaiserin Friedrich, Freiherr Hugo von Reischach, vermählt mit der jüngsten Tochter Margarete des Herzogs von Ratibor.

keiten mit dem Kaiser gehabt, der sich verschiedene Male gegen die zweijährige Dienstzeit ausgesprochen habe. Jetzt habe er aber zugestimmt und werde nun daran festhalten. Diese schwankende Haltung des Kaisers hat denn auch veranlaßt, daß sich so viele Generäle dagegen erklären, um sich beim Kaiser beliebt zu machen und Caprivi zu stürzen. Dieser weiß das und klagt, daß auch Miquel nicht zuverlässig sei. In der Frage des Tabakzolls ging er nicht näher auf die Details ein, sondern beschränkte sich auf die Erklärung, daß man den süddeutschen Interessenten gegenüber schonend verfahren würde. Ueber die Gerüchte von meinem Rücktritt lachte er. Er fragte nach Köller, kannte die Zermürnungen zwischen Buttamer und Köller und war erfreut, als ich ihm sagte, daß sich die Sache wohl wieder zurecht legen werde.

Berlin, 10. November 1892.

Gestern blieb ich zu Hause wegen Schnupfen, bekam aber viele Besuche, die mir über die Gerüchte und Befürchtungen berichteten, die hier umherschwirren. Der eine sagt, die Militärvorlage<sup>1)</sup> werde angenommen werden, weil das Zentrum den Sturz Caprivis nicht wolle, die andern sagen: Nein, Caprivi werde keine Majorität erhalten und werde abgehen, Waldersee werde ihn ersetzen. Andre nennen Albedyll als künftigen Reichskanzler. Heute erhielt ich eine Einladung zum Frühstück nach Potsdam. Ich fuhr nach Station Wildpark, wo mich ein Wagen erwartete. Der Kaiser kam spät, sah etwas angegriffen aus, war aber munter. Wir gingen gleich zu Tisch. Nachher sprach er längere Zeit mit mir. Als auf Bismarck die Rede kam, meinte er: Wenn man vergleiche, was Bismarck tue, mit dem, wofür der arme Arnim hätte leiden müssen! . . . Er werde nichts gegen Bismarck tun, aber die Folgen von allem dem seien sehr schwer. Waldersee und Bismarck könnten sich eigentlich nicht leiden. Sie hätten sich aber verbündet im gemeinsamen Haß gegen Caprivi, den Bismarck stürzen wolle. Was nachher komme, sei ihnen gleichgültig.

An den Reichskanzler.

Rauden, 8. Januar 1893.

Eurer Excellenz beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß ich mich auf meinem Wege nach Rauden, wohin ich gereist bin, um meinen schwer erkrankten Bruder zu besuchen, einen Tag in Wien aufgehalten und auch den päpstlichen Nunzius Monsignore Galimberti besucht habe. Ich führte mich bei ihm ein, indem ich ihm die Interessen der katholischen Kirche im

<sup>1)</sup> Welche am 23. November eingebracht wurde.

Reichslande empfahl und ihn bat, mir für vorkommende Fälle seine Unterstützung in Rom zu gewähren. Er versprach mir, meinen Wünschen jederzeit entgegenkommen zu wollen. Daran knüpfte sich eine längere Unterredung, in der er als seine in Rom zu verfolgenden Ziele die Bekämpfung des französischen Einflusses und die Versöhnung mit Italien bezeichnete. In ersterer Beziehung meinte er, daß man seitens der französischen Bischöfe und der französischen Partei in Rom die Altersschwäche des Papstes benutzt habe, um ihn in den unheilvollen Weg der Annäherung an die französische Republik zu drängen. Galimberti dagegen sieht das Heil in der Versöhnung mit Italien und in der Anlehnung an den Dreibund. Wie die Versöhnung zu bewerkstelligen sei, ist ihm noch nicht klar. Der Wunsch der Ultramontanen, dem Papst Rom zurückzugeben, sei jetzt nicht mehr zu erfüllen. Italien identifiziere sich mit Rom. Indessen werde sich ein Ausweg finden lassen. Die meisten italienischen Bischöfe, der ganze italienische Klerus überhaupt seien italienisch gesinnt; er hoffe deshalb zahlreiche Freunde zu finden. Es schien mir, als rechne er bestimmt darauf, Rampolla zu ersetzen und dann seine Pläne zu verwirklichen, wenn er sich auch über die Macht seiner Gegner keinen Illusionen hingibt. Jedenfalls hat das Deutsche Reich an ihm einen ergebenen Freund.

### Journal.

Karlsruhe, 13. Januar 1893.

Donnerstag den 5. reiste ich von Straßburg ab mit dem Orientexpresszug, der um 4½ Uhr abgeht. Um 9 Uhr kam ich in Wien an. Konstantin erwartete mich im Hotel. Wir sprachen noch eine Zeitlang über Viktors Krankheit, und dann ging ich zu Bett. Am andern Tag, dem 6., blieb ich in Wien und besuchte den Nunzius.

Am andern Morgen, Sonntag dem 7., fuhr ich mit Max Ratibor nach Rauden. Wir kamen um 8 Uhr in Hammer an, wo wir einen geschlossenen Wagen fanden, der uns wegen der großen Kälte willkommen war. Ich besuchte nach der Ankunft noch Viktor, den ich angegriffen fand, aber nicht besonders verändert. Er hatte Nachmittags den Geistlichen kommen und sich versehen lassen, was ihm ein Bedürfnis gewesen war, ihn aber doch etwas affiziert zu haben schien. Nachmittags sprach ich mit Nothnagel, der von Wien gekommen war und der mir seine sehr ungünstige Diagnose mitteilte. Die zwei Tage, die ich in Rauden blieb, verliefen wie gewöhnlich. Viktor nahm viel Anteil an den Gesprächen, sein Aussehen war besser, und meine Anwesenheit schien ihm wohlthuend. Ich reiste Dienstag früh mit schwerem Herzen ab und fuhr mit Max nach Wien, wo ich einen Tag bleiben mußte, weil ich den Orientexpress nicht mehr erreicht hatte. Konstantin und Chariclée erwarteten uns auf dem

Bahnhof. Ich blieb dann noch mit Konstantin den Abend zusammen. Am folgenden Nachmittag, als ich bei der Fürstin Ipsilanti war, kam Konstantin und teilte mir mit, daß Gustav angekommen sei. Es war aber zu spät, ihn noch zu besuchen, und so reiste ich um 5 Uhr ab. Vorher hatte ich das überraschende Telegramm erhalten, daß der Kaiser in Straßburg angekommen sei. In München wurde ich durch ein Telegramm aufgeweckt, das mich aufforderte, in Karlsruhe auszustiegen, um den Kaiser dort zu treffen. Um 8 Uhr war ich in Karlsruhe, wurde von Andlaw auf der Bahn empfangen und fuhr ins Schloß. Um 10 Uhr kam der Kaiser. Er wurde von der Großherzogin (der Großherzog war dem Kaiser auf den Bahnhof entgegengefahren), von allen Prinzen und Prinzessinnen empfangen. Der Kaiser begrüßte mich sehr freundlich und drückte seine Befriedigung über den guten Empfang und das gute Diner (truffes en serviette erwähnte er) aus und ließ mich um 12 Uhr zu sich kommen. Wir besprachen die Lage im allgemeinen, und der Kaiser äußerte sich besonders ärgerlich über die Konservativen und Antisemiten. Um 1 Uhr war Dejeuner. Nachmittags kam Gulenburg,<sup>1)</sup> der Gesandte, zu mir. Um 6 Uhr war Théâtre paré. Nach dem zweiten Akt war Souper im Foyer, wo ich mich vom Kaiser verabschiedete. Um 11 Uhr kam noch Gulenburg, um mir seine Angelegenheit mitzuteilen. Er sagte, Holstein und Riederlen hätten die Meinung, daß er (Gulenburg) Staatssekretär werden solle, wenn Bötticher weginge oder eine andre Stelle erhielte, wo dann Marschall das Reichsamt des Innern übernehmen würde, das ihm angenehmer sei als das Auswärtige Amt. Nun glaubt Gulenburg zu dieser Stelle nicht geeignet zu sein, da er zu wenig Ehrgeiz und zu wenig Freude an den Exigenzen habe, die das Auswärtige Amt mit sich bringe. Er fürchtet ferner, daß sein Verhältnis zum Kaiser durch den steten persönlichen Verkehr und die Vorträge gestört werden könne; und doch sei gerade dieses freundschaftliche Verhältnis sehr wichtig und dem Kaiser nützlich, da er sich bewußt sei, vom Kaiser nie etwas zu verlangen und ihm nur ehrliche Ratschläge zu geben. Durch diese vermittelnde Stellung werde er größeren Nutzen schaffen als durch seine Tätigkeit als Leiter des Auswärtigen Amtes. Zudem sei er zu jung. Die Ernennung des Badensers Marschall habe schon viel Unzufriedenheit in Beamtenkreisen erregt. Es müsse jetzt, wenn ein neuer Staatssekretär gewählt würde, ein älterer angesehener Diplomat, etwa ein Botschafter, dazu gemacht werden. Wo aber dieser Botschafter zu finden sei, wußte er auch nicht. Er bat mich, mit Holstein in unauffälliger Weise die Nachfolgerschaft von Marschall zu besprechen und Holstein von dem Gedanken,

1) Graf Philipp Gulenburg, damals preußischer Gesandter in München.  
Fürst Hohenlohe, Denkwürdigkeiten. II

ihn vorzuschlagen, abzubringen. Ich sagte, ich würde es versuchen, glaubte aber nicht, daß sich Holstein davon abbringen lassen werde.

Heute früh, den 13. Januar, verließ ich Karlsruhe, nachdem ich mich noch beim Großherzog und der Großherzogin verabschiedet hatte. Um 12<sup>1</sup>/<sub>4</sub> war ich wieder in Straßburg.

Berlin, 20. Februar 1893.

Heute nach der Ankunft kam Viktor, den ich zum ersten Male nach dem Tode seines Vaters<sup>1)</sup> sah. Dann ging ich zu Margarete. Ein trauriges Wiedersehen. Dann ins Auswärtige Amt. Dort war Holstein noch nicht, ich ging daher zum Reichskanzler. Ich besprach mit ihm die Frage des Anschlusses der Bahn von Oberhofen nach Bischoweiler. Wir kamen dann auf die Reichtagsverhandlungen. Er sagt, zurzeit sei der Ausgang zweifelhaft. Die Konservativen würden wohl dafür stimmen. Aber was die Nationalliberalen böten, sei nicht genügend, vierzigtausend Mann seien zu wenig, man brauche fünfzigtausend. Die Haltung des Zentrums sei unsicher, die demokratischen Elemente gewannen darin die Oberhand. Wenn die Verhandlungen sich zerschlugen, müsse aufgelöst werden. Die Regierung müsse alle legalen Mittel anwenden, um die Wehrkraft des Reichs zu erhalten. Von Staatsstreich sei nicht die Rede. Der Kaiser glaube, daß das Zentrum zu einem großen Teile sicher sei. Das bezweifelt er.

Wegen der Stimmen im Bundesrat für Elsaß-Lothringen sagte er, er wolle sich die Sache überlegen, und ich möchte nur Puttkamer schicken, um ihm darüber Vortrag zu halten. Jetzt aber nicht, erst wenn die Reichtagsverhandlungen beendet seien.

Um 1 Uhr war ich zum Dejeuner beim Kaiser. Dieser sprach sehr teilnehmend über Viktor, erkannte seine Tätigkeit und seine Treue an und sagte: „Er fehlt uns sehr. Denn überall, wo jemand gebraucht wurde, um ein allgemeines Interesse zu fördern, da rief man nach dem Herzog von Ratibor.“ Ich dankte dem Kaiser, auch für seine Reise nach Rauden, und sagte, wenn ich es rechtzeitig gewußt hätte, daß er kommen würde, würde ich trotz Husten nach Rauden gefahren sein.

Den 23.

Heute war ich bei dem Minister Gulenburg, der mir seine Ansicht über die Lage auseinandersetzte. Er hofft noch auf Verständigung mit dem Reichstag und glaubt, daß das Zentrum sich doch noch teilweise zur Annahme der Militärvorlage entschließen werde. Fallen lassen könne die Regierung die Vorlage nicht, schon des Eindrucks wegen, den dies auf Rußland und Frankreich machen werde.

<sup>1)</sup> Der Bruder des Fürsten war gestorben am 30. Januar 1893.

## Ansprache an den Landesausschuß am 7. März 1893.

Meine Herren! Ich habe Sie in diesem Jahre später als gewöhnlich zu unsrer geselligen Vereinigung geladen. Der Grund ist Ihnen bekannt. Das hat für mich die Folge gehabt, daß ich Ihnen beim Beginn Ihrer Tätigkeit nicht persönlich meine Wünsche für die gedeihliche Entwicklung Ihrer Geschäfte aussprechen konnte und daß ich mich nun darauf beschränken muß, Ihnen in vorgerückter Stunde zu dem raschen Fortgang Ihrer Arbeiten Glück zu wünschen.

Wenn diese Arbeiten rascher als gewöhnlich verlaufen sind, so liegt dies auch daran, daß wir Ihnen verhältnismäßig wenige Vorlagen aus dem Gebiete der Gesetzgebung gebracht haben. Sie werden dies nicht bedauern, denn ich weiß, daß Ihnen die Sehnsucht nach neuen Gesetzen fremd ist. Ich kann das verstehen und beklage mich nicht darüber. Ja, ich möchte sagen, daß es eher wohlthuend ist, ein Land zu sehen, dessen Bevölkerung in ihrer Mehrheit am Hergebrachten hängt und sich darin wohl fühlt, die der Meinung ist, daß der gesetzliche Sinn mehr Wert hat als das geschriebene Gesetz, und die sich von dem Fehler frei hält, bei jedem physischen oder moralischen Unbehagen gleich nach gesetzlicher Abhilfe zu rufen. Damit will ich nicht sagen, daß ich das Nichtzustandekommen der im vergangenen Jahre vorgelegten Organisationsgesetze nicht bedauerte. Indessen beruhigt mich in dieser Beziehung der Gedanke, daß der Sinn für Selbstverwaltung auch in diesem Lande mehr und mehr Boden gewinnen wird. Wir werden aber langsam und stufenweise vorgehen müssen. Darum wird es sich empfehlen, uns vorderhand mit einer Reform der Gemeindegesetzgebung zu begnügen, und ich bin entschlossen, für die nächste Session eine neue Gemeindeordnung ausarbeiten zu lassen, die natürlich in manchen Punkten von dem vorjährigen Entwurf abweichen muß.

Daß die Gewerbesteuvorlage in der Kommission allseitiges Entgegenkommen gefunden hat, habe ich mit besonderer Befriedigung vernommen.

Ich habe überhaupt großes Vertrauen zu dem ruhigen, praktischen Sinn des Landesausschusses. Die Erfahrung der Jahre, in welchen ich die Ehre habe, an der Spitze des Landes zu stehen, hat mir gezeigt, daß der Landesausschuß stets bereit ist, Hand in Hand mit der Regierung trotz vorübergehender Meinungsverschiedenheiten das Wohl des Landes zu fördern.

In dieser Ueberzeugung erhebe ich das Glas und trinke auf das Wohl von Elsaß-Lothringen, auf dessen Vertreter im Landesausschuß und auf ihren würdigen Präsidenten.

## Journal.

Straßburg, 30. April 1893.

Der Graf de Reusse, der von Zeit zu Zeit seine Besitzung in Reichshofen besucht, kam heute zu mir. Ich benutzte die Gelegenheit, um ihn über die Hoffnungen der französischen Royalisten zu befragen. Er sagte mir, man müsse jede Hoffnung auf Wiederherstellung der Monarchie aufgeben. Die Republik sei so festgewurzelt, daß sie nicht mehr beseitigt werden könne. Selbst die adligen Familien fingen an, sich dem herrschenden System anzuschließen, und ein großer Teil der jüngeren Mitglieder des Adels gehe zur Republik über. Seine eignen Söhne seien Anhänger der Republik geworden. Ein Teil des legitimistischen Adels halte noch an seinen Traditionen fest, aber ziehe sich vom öffentlichen Leben zurück und schweige. Diese Herren hätten Charrette nach Rom geschickt, um den Papst von seinen republikanischen Sympathien abzubringen. Dies sei ohne Erfolg geblieben, „et Charrette est revenu bredouille“. Der Panama-skandal habe nur die Individuen, nicht aber die republikanische Institution geschädigt. Alle Deputierten, die dabei Geld genommen hätten, oder die man in Verdacht habe, bezahlt worden zu sein, würden nicht mehr gewählt werden, aber man werde an ihrer Stelle doch nur Republikaner wählen. Der Papst und der Kaiser von Rußland hätten eine unüberwindliche Abneigung gegen den Grafen von Paris, die noch durch das törichte Benehmen des jungen Herzogs vermehrt worden sei. Die einzige Chance, welche die Monarchie noch habe, sei die, daß vielleicht Rußland im gegebenen Augenblick den jungen Bonaparte, der in Rußland dient, ausspielen könne. Ein Bonaparte, der zugleich russischer General sei, werde möglicherweise in einem kritischen Augenblick die Masse des französischen Volks für sich haben. Ob man in Rußland an eine solche Eventualität denke, wisse er nicht.

Berlin, 19. Mai 1893.

Heute um 3 Uhr ging ich zu Caprivi, mit dem ich das Projekt der Wahlsuspendierung besprach. Er hatte große Bedenken staatsrechtlicher Art, ebenso sein Kabinettsrat Göring. Er bat mich, ihm Puttkamer morgen zu schicken, der dann im Reichsjustizamt die Sache beraten soll.

21. Mai.

Die gestrige Soiree in Potsdam war wenig befriedigend. Der Kaiser empfing mich sehr freundlich und sprach von künstlerischen Dingen. Von meinem Antrage sagte er nichts. Nach Tisch verschwand er und kam erst gegen 10 Uhr wieder. Ich fragte beim Abschiednehmen, ob er meinen Bericht gelesen habe, und er sagte: „Ich werde mir vom Reichskanzler darüber Vortrag halten lassen.“

Gotha, 26. Mai 1893.

Das Schrippenfest, das Montag nach Pfingsten stattfand, war ganz interessant. Der Feldgottesdienst fand im Garten neben dem Neuen Palais unter den Bäumen statt. Nach demselben kam der Kaiser auf mich zu und unterhielt sich lange mit mir, was mir, da eine große Zahl von „Spitzen“ zusah, sehr angenehm war. Nach dem Vorbeimarsch des Lehrbataillons rief mich der Kaiser zu sich, um mir die Prinzen zu zeigen. So war ich denn von der vollständigsten Gnadensonne beschienen.

Von meinem Vorschlag wollen die Herren nichts wissen. Lucanus äußerte sich sehr abfällig. Caprivi fürchtet, daß ein solcher kleiner Staatsstreich auf das Zentrum und die Freisinnigen einen ungünstigen Eindruck machen und dadurch die Wahlen verderben würde, während vernünftige, ruhige Leute der Meinung sind, daß er den besten Eindruck machen werde.

Berlin, 8. Juli 1893.

Seit dem 3. Juli hier. Frühstück bei Hof. Vorher war ich im Reichstag, wo ich, wie auch gestern, den Debatten über die Militärvorlage angewohnt habe. Gestern war ich bei Miquel, den die Konservativen zum Reichskanzler haben wollen. Miquel hat immer neue Ideen. Jetzt will er auf fünf Jahre die Frankenstein'sche Klausel suspendieren, die Matrikularumlagen auf fünf Jahre festsetzen, die Ueberweisungen ebenfalls. Die Ueberschüsse bleiben dem Reich. Kommt weniger heraus, als vorausbestimmt war, so muß eine Reichssteuer aushelfen.

Bötticher, der mich im Reichstage aufsuchte, teilte mir mit, daß die Sozialdemokraten den Fall Feichter zur Sprache bringen wollen.<sup>1)</sup> Montag soll die Anfrage gestellt werden. Ich war mit Bötticher einverstanden, daß es besser ist, wenn die Reichsregierung sich nicht darauf beziehe, daß dies Sache der Landesregierung sei, vielmehr auf die Sache eingehe und Feichters Erklärung mitteile. Er war der Meinung, es sei zweckmäßig, Köller für Montag zu zitieren. Ich telegraphierte deshalb an Puttkamer. Inzwischen ließ mir Bötticher sagen, daß die Interpellation erst am Donnerstag stattfinden werde und daß er dies an Puttkamer mitgeteilt habe.

9. Juli.

Heute kam Miquel zu mir. Er bedauert, daß der Kaiser sich mit Bismarck nicht versöhne, und meint, Caprivi müsse dies dem Kaiser raten.

<sup>1)</sup> Der Polizeipräsident Feichter in Straßburg hatte am 29. Juni eine Deputation von Katholiken, welche wegen der von der Regierung verfügten Auflösung des katholischen Fedelta-Vereins Vorstellungen machte, empfangen und sich dabei angeblich in einer für den elsässischen Klerus beleidigenden Weise über dessen Verhalten bei den Reichstagswahlen ausgesprochen.

Dann würde alle Welt zufrieden sein. Ueber den Ausgang der Beratung über die Militärvorlage ist er nicht beruhigt. Die Antisemiten, von deren Zustimmung die Sache abhängt, machten unannehmbare Bedingungen. Auch teilte er mir mit, daß er Anfang August in Frankfurt eine Konferenz der süddeutschen Finanzminister abhalten will, zu der auch Schraut kommen soll.

Metz, 3. September 1893.

Heute Morgen Fahrt nach dem Bahnhof Devant-les-Ponts, um zuerst die Prinzen und dann den Kaiser, der mit dem Kronprinzen von Italien kam, zu begrüßen. Der Kaiser war sehr freundlich, stellte mich dem Kronprinzen vor. Während er die Ehrenkompagnie abschnitt, fuhr ich voraus nach dem Platz, wo die Begrüßung der Stadt stattfinden sollte. Ich stieg aus und stellte mich mit Hammerstein in der Nähe des Gemeinderats auf. Bald kam der Kaiser mit Gefolge zu Pferde. Der Bürgermeister Halm hielt eine schöne, nur etwas lange Rede, worauf der Kaiser antwortete und ihm die Kette gab, die ihm Hammerstein auf das Pferd reichte. Es ging alles ganz glatt. Dann fuhr ich auf die Esplanade zum Vorbeimarsch der Truppen, der eine Stunde dauerte, dann nach Hause. Um 3 Uhr wieder auf dem Bahnhofe, um mit dem Kaiser nach Urville zu fahren. Der Kaiser nahm mich mit in seinen Wagen, wo wir allein saßen. Ich erzählte die Feichtersche Sache, indem ich anführte, daß ich einen Antrag auf Stellung zur Disposition Feichters stellen müsse. Der Kaiser meinte, es sei das sehr schade, denn Feichter sei ein braver Mann und tüchtiger Beamter. Wolle der Kaiser ihm den Dienst in Wiederaussicht stellen, sagte ich dann, so werde dadurch die Maßregel gemildert. Der Kaiser schwieg darauf.

Wir kamen dann bald nach Urville. Hier war großer Empfang am Bahnhof. Ich fuhr mit dem Kaiser im Wagen bis an die Tribüne, wo die Notabilitäten aufgestellt waren. Erst hielt Jaunez seine Rede, dann der alte Bürgermeister Dury eine französische Ansprache; auf beide antwortete der Kaiser deutsch, sprach aber dann noch französisch mit dem alten Bürgermeister. Dann kam der Bischof, hielt oder las eine Rede, worauf der Kaiser antwortete. Dann fuhren wir durch das von einer Unzahl, ich glaube tausend, Schulkindern und Krieger- und Sängervereinen aus Lothringen gebildete Spalier nach Urville. Das Schloß ist recht hübsch geworden, ebenso der Garten, und der Kaiser hatte große Freude an seinem neuen Besitz.

Wir empfahlen uns bald und fuhren im Wagen nach Metz zurück.

Abends war Diner, bei dem Prinz Albrecht im Namen des Kaisers die Honneurs machte. Ich saß zwischen Gulenburg und dem italienischen General. Rechts von Gulenburg saß Caprivi.

Den 4.

Heute auf der Parade benutzte ich ein längeres Zusammensein mit dem Großherzog, um ihn zu sondieren, wie es zwischen dem Kaiser und dem Kanzler stehe. Der Großherzog sagte, die Verstimmung wegen der württembergischen Manöver (wo die Militärs gehezt hatten) sei vorüber. Ich warnte den Großherzog vor einem abermaligen Kanzlerwechsel und fand bei ihm Zustimmung. Nach der Parade war Frühstück beim Kaiser mit den höchsten Herrschaften, wo ich nach Tisch Gelegenheit fand, mit dem Reichskanzler über mein Gespräch mit dem Großherzog zu sprechen. Er ist nach wie vor entschlossen, zu bleiben, und dankte mir, daß ich mit dem Großherzog gesprochen. Abends war Paradediner, wo der Kaiser auf das sechzehnte Korps eine Rede hielt, auf die Haeseler erwiderte. Dann Zapfenstreich, dem wir aus einem Pavillon zuhörten, den die Stadt dazu gebaut hatte.

Am 5. begannen die Manöver. Ich hatte zu tun und fuhr nicht hinaus und machte Nachmittags Besuche. Um 7 Uhr war das große Zivildiner auch in den Sälen des Militärkasinos. Der Kaiser hielt eine Ansprache an die Lothringer, auf die ich antwortete. Nach dem Diner kamen einige Herren, darunter Lucanus, und die Straßburger „Minister“ sowie Bulach, Schlumberger und andre zu mir, wo bis 1/2 12 Uhr Bier getrunken wurde.

Den 6.

Vormittags Besichtigung der Restaurationspläne des Mezer Doms. Nachmittags kam Caprivi zu mir.

Wir sprachen von dem Preßgesetz und dessen Einführung in Elsaß-Lothringen. Caprivi ist dagegen und rät, keine der der elsass-lothringischen Regierung zustehenden Machtvollkommenheiten aufzugeben. Was insbesondere das Reichspreßgesetz betreffe, so sei dies schlecht und müßte geändert werden, wenn man den Reichstag dazu bestimmen könne. Dies stehe freilich noch in weitem Feld.

Ueber die Ernennung von Posadowsky erzählte Caprivi folgendes: Während der Reichstagsession sei der Kaiser einmal in den Reichstag gekommen, habe ihn heraustrufen lassen und habe sich abfällig über den Kriegsminister geäußert. Caprivi habe aber gesagt: „Kaltenborn kann nicht entlassen werden, ehe die Ausführungsverordnungen zum neuen Militärgesetz gemacht seien.“ Zugleich meldete er dem Kaiser, daß Maltzahn abgehen wolle, und nannte dem Kaiser drei Namen für die Staatssekretärstelle, erstens Huene, der aber unmöglich sei, dann Schraut, der keine Garantie dafür biete, daß er nicht der Agent von Miquel werde, da es ihm an Selbständigkeit des Charakters fehle, und Aschenborn, der geschickt, aber sehr unbeliebt im Reichstage sei. Da habe denn der

Kaiser Posadowsky genannt, von dem er in Posen viel Gutes gehört habe. Caprivi erkundigte sich nun bei dem Oberpräsidenten, bei Günther und Bedliß, den beiden früheren Oberpräsidenten, erhielt die Bestätigung der günstigen Nachrichten über Posadowsky, und so wurde dieser gewählt.

Am 7. war Manöver, von dem ich mich fernhielt. Ich blieb den Vormittag zu Hause und ging Nachmittags spazieren, um mich in der Stadt zu orientieren. Abends war Diner im Bezirkspräsidium, dem Prinz Albrecht präsiidierte.

Am 8. fuhr ich mit Diringshofen in das Manövergelände und fand auch einen sehr guten Platz, wo wir das Feuer der Batterien der beiden Armeekorps, verschiedene Infanteriegefechte und zuletzt den Angriff der gesamten Reiterei auf die Infanterie sehen konnten, die den Berg herunter galoppierte. Ein sehr interessantes Bild, aber ein unmögliches Gefecht im Kriege.

Nachmittags fuhr ich nach Straßburg, um dort am darauffolgenden Tage den Kaiser zu empfangen. Wir waren, Alexander, Diringshofen, Hofeuz und Dieckhoff, um 1/2 10 Uhr auf dem Neudorfer Bahnhofe. Im Zug, der um diese Stunde ankam, waren Prinz Albrecht und die bayrischen Prinzen. Bald darauf kam der kaiserliche Sonderzug, der den Kaiser und den Kronprinzen von Italien brachte. Begrüßung und dann Fahrt vor dem Kaiser, der mit seinen Gästen und Gefolge ritt, nach dem Polygon. Die Parade war wie alle Paraden. Wir warteten das Ende nicht ab, sondern fuhren rasch nach Hause, frühstückten und bestiegen dann den Extrazug der Prinzen, der uns um 4 Uhr nach Metz brachte. Ich ging auf den Bahnhof, um dort den Kaiser zu erwarten und mit ihm nach dem Bezirkspräsidium zu fahren, wo wir die Pläne für die Dombauten ansahen. Abends 7 Uhr war Paradediner, bei dem der Kaiser eine Rede auf den Großherzog von Baden und das 15. Armeekorps hielt. Abends kamen einige Herren, darunter auch Caprivi, um bei mir Bier zu trinken. Man trennte sich um 11 1/2 Uhr.

Den 9. September fuhr ich um 1/2 10 Uhr nach Kurzel, um dort den Kaiser vor seiner Abreise zu begrüßen. Ich fand Haeseler (der Kaiser war noch in der Kirche), dann kam der Prinz von Neapel mit dem Zuge von Metz und bald darauf der Kaiser. Ich hatte die Befriedigung, daß mir der Kaiser für den guten Verlauf des Séjours von Metz und Straßburg dankte. Er sagte, in keiner altdeutschen Stadt hätte er einen besseren Empfang finden können. Als ich ihm sagte, daß ich ihn noch in Lauterburg sehen würde, meinte er, ich möchte es doch nicht tun und nur weggehen und Hirsche schießen. Ich protestierte aber und sagte, dann würde man im Elsaß glauben, ich sei in Ungnade. Der Kaiser erwiderte: „Dazu ist doch gerade jetzt am wenigsten Veranlassung.“

Ich verabschiedete mich noch bei dem Kronprinzen von Italien, und dann fuhren die Herrschaften ab, und ich bestieg wieder meinen Wagen und fuhr nach Metz zurück.

Straßburg, 14. September 1893.

Gestern früh 9 Uhr 30 fuhr ich in Folge erhaltener Einladung nach Karlsruhe, wo ich um 11<sup>3</sup>/<sub>4</sub> ankam und nach dem Schloß fuhr. Andlam, der mich am Portal begrüßte, sagte mir, daß der Kaiser noch nicht vom Manöver zurück sei und daß ich um 1 Uhr mit der Großherzogin frühstücken werde. Ich fand da die Erbgroßherzogin, Lucanus, Caprivi, Philipp Gulenburg und die Damen. Nach dem Frühstück kam Gulenburg zu mir und erzählte, was es Neues gebe. Er war mit in England gewesen und war Zeuge der damals zwischen dem Kaiser und Caprivi herrschenden Verstimmung. Gulenburg fürchtete, daß es bei der Rückkehr zum Bruch kommen werde. Aber das Verhältnis zog sich wieder zurecht. Indessen arbeitet die Militärpartei mit Hahnke an der Spitze nach wie vor am Sturze Caprivis und hat den Sturm nur vertagt. Sie wollen keinen General mehr an der Spitze als Kanzler, sondern wünschen nur einen ihnen passenden Kriegsminister, mit dem sie ihre Sachen allein ordnen können. Wer aber dieser Kriegsminister sein werde, ist nicht bestimmt. Der Großherzog, der mir diese Situation bestätigte, will von Bronsart nichts wissen, weil er zu bequem sei, und hält Bluhme für den richtigen Mann, was Caprivi neulich bestritten hat. Als Kanzler würde vielleicht Gulenburg, der Ministerpräsident, geeignet sein, meint Philipp Gulenburg. Seine körperliche Schwäche werde übertrieben (mir wäre er recht). Der Kaiser weiß noch niemand. Von mir ist glücklicherweise nicht die Rede. Von Caprivi hörte ich, daß Bismarck einen Anfall von Lungenentzündung gehabt habe und noch in Rissingen liege. Man verheimliche aber seinen Zustand.

Um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr ging ich zum Großherzog, der mir zuerst über die Intrigen der Militärs gegen Caprivi in ähnlichem Sinne wie Gulenburg sprach und dem ich von den Folgen sprach, die es für ihn haben würde, wenn er von der Presse und der öffentlichen Meinung als der hingestellt würde, der nun wieder einen Kanzlerwechsel veranlaßt habe. Er nahm das sehr gut auf und sprach anscheinend aufrichtig seine Uebereinstimmung mit meiner Auffassung aus. Er weiß außerdem niemand, den er an die Stelle von Caprivi setzen könnte.

Nach Tisch und gegen Ende des Cercles und der Gesangsvereinproduktion kam der Kaiser auf mich zu, sprach nochmals seine große Befriedigung über seinen Aufenthalt in Lothringen und Elsaß aus u. s. w. Dann sprach er von der Krankheit Bismarcks, von dem Rücktritt Bis-

marcks und von dessen bisheriger feindlicher Tätigkeit. Von einer verständlichen Stimmung fand ich keine Spur.

Ich fuhr Abends 8<sup>1/2</sup> nach Straßburg zurück, und da der Kaiser heute vom Manöver bei Lauterburg gleich nach Stuttgart fährt, so ist die Kaiserreise hiermit beendet.

Baden, 25. Oktober 1893.

Gestern Nachmittag kam ich hierher, um Mama<sup>1)</sup> zu besuchen und mich bei den großherzoglichen Herrschaften vorzustellen. Ich ging erst nach der Villa Friderici, wo Mama gut etabliert ist, und fand sie unverändert, obwohl mir nachher die Damen auf dem Schloß sagten, sie habe öfters Fieber.

Als ich nach Hause kam, meldete ich mich brieflich bei Andlaw und erhielt sofort die telephonische Einladung zum Diner um 7<sup>1/2</sup> Uhr. Dort fand ich Gelegenheit, den Großfürsten Michael Nikolajewitsch zu sprechen, und da er mir sagte, er müsse nach St. Petersburg zurück, um den Sitzungen des Reichsrats beizuwohnen, benutzte ich die Gelegenheit, ihm die Eingabe wegen Verlängerung zu empfehlen, indem ich ihm kurz die Lage erklärte. Er stellte einige Fragen, kannte auch das Gesetz wegen des Rückkaufs der an die Bauern verpachteten Güter und die daraus für den Verkauf hervorgehenden Schwierigkeiten und versprach dann, „sich mit der Sache zu beschäftigen“. Viel wird es nicht nützen, aber es wird ihm doch Anlaß geben, sich nach der Sache zu erkundigen.

Berlin, 14. Dezember 1893.

Heute war ich bei Miquel, der an dem Zustandekommen der Tabakfabrikatsteuer zweifelt. Der Reichstag sei unberechenbar. Die Folge werde sein, daß die einzelnen Staaten durch Matrifularbeiträge für die Kosten der Militärorganisation aufkommen müßten. Das allgemeine Wahlrecht sei unmöglich. Die Wahlen brächten immer schlechtere Elemente in den Reichstag. Das einzige Mittel, von dem man aber noch nicht sprechen dürfe, sei, daß man ein Viertel der Abgeordneten aus den Einzellandtagen wählen lasse. Auch er ist gegen die Abschaffung der Ausnahmegeetze in Elsaß-Lothringen. Bei den Wühlereien der Franzosen sei dies unmöglich und die allgemeine politische Lage gestatte ein solches Experiment nicht. Gulenburg, den ich nachher besuchte, ist derselben Meinung. Was die Jesuiten betrifft, so meint er, die preußische Regierung könne unmöglich für die Jesuiten stimmen. Dann könnten wir uns gar nicht mehr sehen lassen. Die Stimmung der Protestanten sei zu stark dagegen und die

<sup>1)</sup> Die Stiefmutter der Fürstin, Fürstin Léonille von Sayn-Wittgenstein.

Regierung würde sich den Boden unter den Füßen wegziehen, wenn sie im Bundesrat dafür stimmte.

Heute Abend im „Hannele“. Ein gräßliches Machwerk, sozialdemokratisch=realistisch, dabei von krankhafter, sentimentaler Mystik, unheimlich, nervenangreifend, überhaupt scheußlich. Wir gingen nachher zu Borchardt, um uns durch Champagner und Kaviar wieder in eine menschliche Stimmung zu versetzen.

15. Dezember.

Mit Holstein sprach ich heute über die Vorwürfe, welche die Bismarckspresse gegen den neuen Kurs und dessen auswärtige Politik erhebt, wogegen Holstein als Fehler der Bismarckschen Politik hervorhebt: den Berliner Kongreß, die Vermittlung in China zugunsten Frankreichs, die Verhinderung des Zusammenstoßes Englands und Rußlands in Afghanistan und die ganze trafassierende Politik gegenüber von Rußland. Bezüglich des letzten Plans Bismarcks, Oesterreich im Stich zu lassen, sagt er, dann würden wir uns dermaßen verächtlich gemacht haben, daß wir isoliert und von Rußland abhängig geworden wären. Das Ministerium Crispi beunruhigt sowohl Caprivi wie auch Marschall und Holstein, weil man nie sicher sei, was der etwas aufgeregte Mann tun wird. Dazu hat er einen unruhigen Kopf, Blanc, zum Auswärtigen Minister gewählt, was auch bedenklich ist. Es handelt sich nun darum, nach Rom einen geschickten Botschafter zu ernennen, als welchen Holstein Bernhard Bülow in Aussicht genommen hat, was ich für sehr vernünftig halte.

28. Dezember.

Heute Morgen ging ich zum Reichskanzler, um mich bei ihm zu verabschieden. Wir sprachen von dem russischen Handelsvertrag und den Konservativen. Ich regte die Frage an, ob die Regierung es sich gefallen lassen könne, daß die Regierungspräsidenten und die Landräte mit dem Bauernbund gegen die Handelsvertragspolitik der Regierung agitierten. Er sagte, er sei eben im Begriffe, in einen Ministerrat zu gehen und dort die Frage zur Sprache zu bringen. Gegen die Landräte sei es nicht ratsam vorzugehen, aber die Regierungspräsidenten könne man an den Ohren packen.

Berlin, 19. Januar 1894.

Gestern früh kam Münster zu mir und sprach von dem Gerücht, daß er abgehen solle. Er hat dazu keine Lust, ist aber bereit, die Entlassung zu geben, wenn man ihn nicht mehr haben will.

Um 1 Uhr war ich zum Luncheon bei der Kaiserin Friedrich. Ich fand da Münster und seine Tochter mit General Loë. Außer der Kaiserin waren noch der Prinz Heinrich und Prinz Schaumburg-Lippe mit Frauen

und die Herzogin von Mecklenburg da. Der Sohn des Prinzen Heinrich, fünf Jahre alt, ein netter, aufgeweckter Junge, aß auch mit. Die Kaiserin war liebenswürdig wie immer und sprach nicht von Politik. Prinz Heinrich macht einen angenehmen Eindruck.

Gestern Abend war Diner bei Gulenburg, dem Minister, zu Ehren von Fritz Hohenzollern und seiner Frau. Ich saß zwischen dem Prinzen Hohenzollern und Frau von Hindenburg, der Tochter Münsters. Sie erzählte viel von ihren russischen Angelegenheiten, die sie für sich und ihren Bruder führt. Sie haben (und zwar im Bismarckschen Gouvernement) allerlei Schwierigkeiten. Außerdem war die einst schöne Gräfin Harrach, geb. Pourtalès, die Gräfin August Gulenburg und verschiedene andre Damen da, die ich ignorierte. Der italienische Botschafter Lanza ließ sich mir vorstellen.

Berlin, 20. Januar 1894.

Heute machte ich einige Visiten und kam bald zurück, um mich zur Galatafel anzuziehen. Bayrische und spanische Orden wurden angelegt. Das Diner war sehr glänzend. Ich saß zwischen der spanischen Botschafterin und einer Marquise, der Hofdame der Prinzessin Gulalia, die gestern von München hierher gekommen ist. Nach Tisch beim Cercle erfuhr ich, daß die Prinzessin Gulalia etwa den 4. Februar nach Straßburg kommen will, und lud sie deshalb zu unserm Ball ein. Sie will noch schreiben, ob sie kommt.

Mit dem Kaiser hatte ich eine lange Unterredung. Er legte mir dar, daß es nötig sei, die alten Oberpräsidenten zu beseitigen. Gulenburg mache ihm aber Schwierigkeiten. An die Stelle des alten Oberpräsidenten in Breslau möchte der Kaiser Hermann Hatzfeld setzen, da er der Ansicht ist, daß vornehme Grundbesitzer sich dazu besonders eignen. Doch will er nicht, daß man davon spricht. Mit Studt ist er sehr zufrieden. Ich schloß aus seinen Äußerungen mir gegenüber, daß er mich nicht zu den alten, unbrauchbaren Leuten rechnet.

Unsre Konversation dauerte so lange, daß die Kaiserin und die Hofmarschälle daran erinnerten, daß es Zeit zum Théâtre paré in der Oper sei. Da ich mich erst hätte umziehen müssen, so konnte ich nicht hingehen und fuhr nach Hause.

Berlin, 21. Januar 1894.

Das heutige Ordensfest verlief wie gewöhnlich. Recht feierlicher Gottesdienst in der Schloßkapelle, dann Diner um 1 Uhr im Weißen Saal. Ich saß neben dem österreichischen Botschafter Szögenyi. Das Ereignis des Tags, das auch Abends bei Holstein mit Pourtalès und

Marschall besprochen wurde, war das Erscheinen Herbert Bismarcks, der in einer offenen Huitressortskalesche von Henczel angefahren kam. Ich sah ihn in der Kapelle, wo er sich sehr unbefangen bewegte. Nach Tisch soll er durch seine Freunde am Hof, Gulenburg, Bückler, Lehndorff u. a. in die Nähe des Kaisers gedrängt worden sein. Der Kaiser sprach aber nicht mit ihm. Darüber große Entrüstung unter den Bismarckianern. Sie behaupteten, der Kaiser habe Herbert Bismarck sagen lassen, er werde mit ihm reden. Das kann aber nicht wahr sein. Denn wenn der Kaiser jemanden das sagen läßt, so schneidet er ihn nicht so auffallend. Man hatte gehofft, eine Annäherung zu bewerkstelligen und damit Caprivis Stellung zu erschüttern. Das ist nun mißlungen.

Münsters Stellung ist nicht erschüttert. Man ist hier der Meinung, daß er noch gute Dienste in Paris leisten könne.

Berlin, 22. Januar 1894.

Die gestrige Anwesenheit Herbert Bismarcks beim Ordensfest läßt die Gemüter noch nicht zur Ruhe kommen. Im Kasino wird dem Kaiser vorgeworfen, er habe Herbert Bismarck sagen lassen, er wolle ihn sprechen, und habe ihn dann geschnitten. Die Wahrheit ist, daß Gulenburg durch Kanitz und Blumenthal Herbert in die Nähe des Kaisers hat bringen lassen. Wenn der Kaiser mit ihm gesprochen hätte, so würden die Gegner Caprivis dies für sich ausgebeutet haben. Der Kaiser war heute bei Marschall und schimpfte über Herbert. Trotzdem hat er gleichzeitig einen Adjutanten mit Wein nach Friedrichsruh geschickt und dem Fürsten seine Freude aussprechen lassen über seine Genesung. Bismarck hat in einem verbindlichen Schreiben geantwortet und gesagt, er werde nach dem Geburtstage hierher kommen, um dem Kaiser persönlich zu danken. Darüber nun wieder große Aufregung. Meine Freunde im Auswärtigen Amt sind etwas beunruhigt, weil sie fürchten, daß Bismarck dem Kaiser raten könnte, einen andern Reichskanzler zu wählen, und Holstein meinte sogar, ich solle dem Kaiser raten, mich mitzuzuziehen, wenn er Bismarck empfinde! Das werde ich aber natürlich nicht tun. Hätte ich Gelegenheit, den Kaiser zu sprechen, so könnte ich ihm vielleicht raten, einen Zeugen beizuziehen. Aber jedenfalls ist Vorsicht nötig. Käme ein Bismarcksches Regime, so würde ich natürlich nicht mehr lange in Straßburg bleiben, sondern müßte einem Freunde Bismarcks Platz machen. Für das Zustandekommen des russischen Handelsvertrags ist jedenfalls die Bismarcksche Annäherung von entscheidender Bedeutung. Die Konservativen und Caprivi-Gegner triumphieren heute Abend. Ich glaube aber immer noch, daß die Sache nicht so schlimm verlaufen wird, wie sie aussieht. Jedenfalls ist es gut, daß ich jetzt hier bin.

Berlin, 25. Januar 1894.

Heute Morgen ging ich in den Reichstag, um 4 Uhr zu Holstein, wo ich Bourtales fand, der mir versprach, mit dem Ceremonienmeister Kanitz über den Rang des Statthalters zu sprechen. Ein solcher existiert zurzeit nicht. Von der bevorstehenden Ankunft Bismarcks (morgen 1 Uhr) war viel die Rede. Die Sache hat ihre Gefahren. Der Empfang Bismarcks, der durch Prinz Heinrich abgeholt und ins Schloß gefahren werden soll, wird den Kaiser etwas in den Schatten stellen und die Monarchie schädigen. Andererseits wird das deutsche Publikum sehr erfreut sein und dem Kaiser Dank wissen, daß er diesen Schritt zur Versöhnung getan hat. Caprivi, mit dem ich heute Abend mit Philipp Ernst und Alexander bei Winterfeldt aß, gesteht zu, daß er von der Absicht des Kaisers nicht informiert war. Er erträgt das mit Resignation. Ich möchte unter solchen Umständen nicht Reichskanzler sein. Indessen ist es gut, daß er diese Resignation besitzt und wir ihn behalten, wenn nicht Bismarck bei seinem Besuche Mittel und Wege findet, ihn beim Kaiser zu verdächtigen. Caprivi hat sich in dem ganzen Gespräche heute Abend als ein anständiger, ehrenhafter, kaisertreuer Mann gezeigt. Gott gebe, daß dieser Sturm an ihm vorübergehe!

Berlin, 27. Januar 1894.

Gestern war also der große Tag, wo der Besuch Bismarcks stattfand. Schumalow hatte mich und Alexander zum Frühstück eingeladen, um von dort die Vorbeifahrt zu sehen. Um 1 Uhr kam der Wagen, ein zugemachter Galawagen, in dem Bismarck mit dem Prinzen Heinrich saß. Das sehr zahlreich versammelte Publikum begrüßte den Wagen mit Hoch, indessen war von einem großen Enthusiasmus nichts zu spüren. Der Empfang unter dem Portal durch den Kaiser, der von seinem Generalstab und Hof umgeben war, soll sehr herzlich gewesen sein. Bismarck ging mit dem Kaiser zur Kaiserin und frühstückte dann allein mit den Majestäten. Er fuhr später zur Kaiserin Friedrich, dinierte dann um 6 Uhr in seinem Zimmer, wozu auch seine Söhne und die Deputation seines Regiments geladen waren und wo der Kaiser nur assistierte. Um 7 Uhr fuhr er nach Friedrichsruh zurück. Der Kaiser wurde, als er Nachmittags die Linden entlang ritt, mit großem Enthusiasmus empfangen. Es ist sicher, daß diese Ausöhnung dem Kaiser viele Popularität in ganz Deutschland erworben hat.

Nachmittags gab ich meine Karte bei Bismarck ab. Dann fuhr ich zu Miquel, der die Ausöhnung sehr billigt. Er erzählte, der Haupttarger Bismarcks bei seinem Rücktritt sei der gewesen, daß der neue Kurs dem mit Rußland verabredeten Verträge keine weitere Folge gegeben habe. Der Vertrag, so sagt Miquel, habe das Abkommen getroffen, daß Deutsch-

land Rußland im Orient freie Hand lasse, wogegen sich Rußland verpflichte, bei einem Kriege mit Frankreich neutral zu bleiben, selbst wenn Oesterreich sich im Orient beteilige.

Heute früh war Gottesdienst in der Schloßkapelle und Cour. Ich hatte Gelegenheit, dem Kaiser zum heutigen und zum gestrigen Tage zu gratulieren, was er sehr gnädig aufnahm. Heute Diner bei Caprivi. Morgen früh Abreise.

Berlin, 27. Januar 1894 Abends.

Heute Abend war Galatheater in der Oper. Ich war in der Prozeniumsloge mit den Botschaftern und Botschafterinnen. Es wurde „Fernand Cortez“ von Spontini gegeben, die affommanteste Oper der Welt, und dann lebende Bilder.

Im Zwischenakt war Cercle im Foyer. Erst sprach ich mit den verschiedenen Monarchen, den Königen von Württemberg und von Sachsen, dem Großherzog von Oldenburg und andern. Dann ließ mich die Kaiserin rufen, bei der ich mich verabschiedete. Bald darauf kam auch der Kaiser, dem ich mich empfahl, weil ich morgen abreise. Wir kamen auf den gestrigen Besuch Bismarcks zu sprechen und die günstigen Folgen, die derselbe für den Kaiser haben werde. „Ja,“ sagte der Kaiser, „jetzt können sie ihm Ehrenpforten in Wien und München bauen, ich bin ihm immer eine Pferdelänge voraus. Wenn jetzt die Presse wieder schimpft, so setzt sie sich und Bismarck ins Unrecht.“ Ich erwähnte, daß die rabiaten Bismarckianer mit dem Besuch gar nicht zufrieden gewesen seien und daß sie verlangt hätten, der Kaiser müsse nach Friedrichsruh gehen. „Das weiß ich wohl,“ sagte der Kaiser, „aber darauf hätten sie lange warten können. Er mußte hierher kommen.“ Im ganzen sprach der Kaiser sehr vernünftig und entschieden, und es macht mir gar nicht den Eindruck, als wolle er jetzt alles ändern.

Berlin, 18. März 1894.

Sonnabend war ich zur kaiserlichen Frühstückstafel um 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> geladen. Ich fand Caprivi, Marschall, Werder, Thielmann und einige andre Räte des Auswärtigen Amts. Bei Tisch saß ich neben dem Kaiser. Ich fragte ihn, ob es richtig sei, daß er dem Oberzeremonienmeister Kanitz habe sagen lassen, daß er entweder den Dienst verlassen oder für den Vertrag stimmen solle, was er energisch bejahte. Nach Tisch zeigte uns der Kaiser seine türkischen Zimmer, die sehr reich ausgestattet sind mit Teppichen und Decken, meistens Geschenken des Sultans. Ich fand den Kaiser kräftig aussehend, alle Gerüchte von Krankheit sind böswillige Erfindungen derjenigen, die auf eine Regentschaft spekulieren.

Berlin, 17. Juni 1894.

Der Reichskanzler, den ich gestern besuchte, hält die katholische Fakultät für vorteilhaft, während Lucanus mir heute mitgeteilt hat, daß der Kaiser noch nichts davon wissen wolle. Er fürchtet die Konflikte mit der Kurie, und Lucanus hob dabei hervor, daß die auf der katholischen Universität Breslau gebildeten Pfarrer in Oberschlesien nicht besser seien als die in den Seminarien erzogenen Geistlichen. Lucanus rät, langsam vorzugehen. Auch sei das Zentrum dagegen. Er werde die Sache noch einige Monate liegen lassen und dann versuchen, ob der Kaiser sich dazu entschlösse. Wir könnten ja die Sache unterdessen studieren!

Rede bei einem Diner des Rektors der Universität, Professors  
Windelband, am 25. Juni 1894.

Meine Herren! Die freundlichen Worte Seiner Magnificenz, für die ich meinen aufrichtigen Dank sage, geben mir Gelegenheit, nicht nur den Rektor Magnificus, sondern auch den Philosophen zu begrüßen. Es ist das erstemal, seit ich hier in Straßburg bin, daß ein Philosoph von Fach das Rektorat führt. Und wenn ich diese Tatsache mit besonderem Interesse hervorhebe, so wollen Sie die Erklärung dafür in dem Umstande finden, daß mir das philosophische Studium nie ganz fremd geworden ist und daß meine Jugend in die Zeit fiel, wo die Philosophie den Mittelpunkt des akademischen Studiums bildete, von dem aus, wie wir meinten, die Lichtstrahlen ausgingen, welche die andern Disziplinen zu erleuchten berufen seien. Das hat sich nun geändert. Es scheint mir, daß sich die studierende Jugend mehr und mehr von der Philosophie abwendet, sei es, daß sie mit Virchow erkennt, daß wir aus dem philosophischen Zeitalter in das naturwissenschaftliche übergegangen sind, sei es, daß sie abgeschreckt wird durch die verneinenden und zerstörenden Tendenzen der neuesten Philosophen, deren Studium in uns fast den Wunsch rege machen könnte, er möge Dr. Falb recht haben, der prophezeit, daß im Jahre 1899 ein Komet die Erde zerstören werde, wo denn alles menschliche Gewürm, inklusive Uebermenschen und Herdentiere, weggelegt werden würde.

Unser verehrter Rektor gehört solcher Richtung nicht an. Ihm sind die „*veritates aeternae*“ kein überwundener Standpunkt. Und wenn er auch ein Mann seiner Zeit ist, so weiß er doch in der Jugend die ideale Weltanschauung lebendig zu erhalten, ohne die das Leben keinen Wert hat. Und dazu wünsche ich ihm und uns und der Universität Glück und hoffe, daß er uns trotz aller Gerüchte über auswärtige Berufungen noch lange erhalten bleiben möge.

Lassen Sie uns darauf unser Glas leeren und stimmen Sie ein in den Ruf: Die Kaiser-Wilhelms-Universität und ihr würdiger Rektor — sie leben hoch!

### Journal.

Berlin, 16. August 1894.

Um 7 Uhr war ich in Berlin. Nachdem ich gebadet und mich umgezogen hatte, ging ich zu Caprivi. Ich teilte ihm mit, was ihn aus dem Reichslande interessieren konnte. Caprivi meint, ich würde den Kaiser nur bei dem Paradediner sehen. Die amerikanischen Zollsachen, von denen mir schon Schraut gesprochen hatte, machen ihm viele Sorge. Die Amerikaner wollen den Zoll auf Zucker denjenigen Staaten gegenüber erhöhen, welche ihren Fabrikanten Exportprämien gewähren. An einen Zollkrieg mit Amerika sei nicht zu denken. Die Agrarier würden diese Frage, bei der die Regierung nichts tun könne, benutzen, um dem Ministerium Schwierigkeiten zu bereiten. Saurma, den man zum Botschafter dort ernannt habe, weil der König von Württemberg den viel fähigeren Holleben, der vorher in Washington war, in Stuttgart haben wollte, sei der Lage nicht gewachsen. Ich fragte zuletzt noch, was Caprivi dazu sagen würde, wenn ich Bulach zum Bezirkspräsidenten machen wollte. Er riet entschieden ab. Die Lage sei nicht derart, um jetzt schon den Versuch zu wagen. Die kommandierenden Generale klagten, wie Caprivi sagt, über die vielen französischen Offiziere, die hereinkämen. Doch rät Caprivi mir, mich darum nicht zu kümmern.

Berlin, 18. August 1894.

Heute fand die Parade des ganzen Gardekorps statt. Ich fuhr aber nicht hinaus, um mich nicht unnötig zu ermüden, da ich Abends nach Potsdam zu dem Diner fahren mußte.

Um  $\frac{3}{4}5$  fuhr ich mit Diringshofen auf die Bahn, um den Extrazug nach dem Wildpark zu benutzen. Es dauerte ziemlich lange, bis der Kaiser kam, da Caprivi Vortrag hatte. Der Kaiser grüßte mich im Vorbeigehen flüchtig, und dann ging man zu Tisch. Eine sehr große Tafel. Ich saß zwischen Fritz Hohenzollern und Albedyll. Nach Tisch wurde ich von Kanitz in die Nähe des Kaisers geführt, dem ich von unsrer russischen Sache sprach. Er war mit mir darin einverstanden, daß auf schriftlichem Wege nichts zu erreichen sei, und stimmte mir zu, als ich sagte, ich würde gut tun, im Winter nach Petersburg zu gehen. Dann fragte ich ihn nach dem Thronfolger, von dem er viel Gutes erwartet und den er für einen gescheiten Menschen hält, der ein ganz anderes System befolgen werde. Ich sprach noch von der theologischen Fakultät in Straßburg. Dann ging

er zu Bernhard Bülow, mit dem er sich sehr lange über Italien unterhielt. Beim Zurückfahren machte ich die Bekanntschaft des Landrats von Stubenrauch, der kein sehr angenehmes Äußere hat, aber gescheit und nervenstark aussieht und mit dem ich mich eingehend unterhielt. Er mag wohl zum Polizeipräsidenten von Berlin taugen.

Schloß Friedrichshof, 11. Oktober 1894.

Nachdem ich die Nachricht erhalten hatte, daß die Kaiserin Friedrich meinen Besuch in Friedrichshof erwarte, fuhr ich mit dem Zuge um 9 Uhr 40 von Straßburg weg, kam 2 Uhr 30 nach Frankfurt und hoffte dann gleich weiterfahren zu können. Der Zug war aber schon fort. Ich fragte nach dem nächsten und erhielt die wenig tröstliche Antwort, daß dieser erst 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr gehe. Ich wäre also erst um 6 Uhr in Cronberg angekommen, hatte mich aber auf 3 Uhr angemeldet. Ich schickte also Schmidt nach Homburg, um den irrtümlich dorthin geschickten Koffer zurück und nach Friedrichshof zu bringen, und nahm einen Fiaker an der Bahn, da ein anständiger Wagen nicht vor einer Stunde hätte beschafft werden können, und fuhr mit diesem langsamen Gefährt nach Cronberg und auf das dabei liegende Schloß, wo ich um 5 Uhr ankam. Hier wurde ich am Portal von Hugo Reischach und Margarete empfangen, und während ich meinen Mantel ablegte, kam auch die Kaiserin, die mich in die Halle geleitete, wo Fräulein von Faber und eine Tochter des Professors Gsmarch waren. Ich trank hier schnell eine Tasse Tee und wurde dann von der Kaiserin durch den schönen Park geführt. Leider war die Aussicht nicht zu genießen, da alles in dichten Nebel gehüllt war. Der Park ist groß, sehr gut angelegt und hat schöne alte Bäume. Das Schloß im Renaissancestil ist groß und geräumig und äußerst wohnlich. Als wir vom Spaziergang zurückkamen, führte mich die Kaiserin in mein Zimmer. Ein großes Zimmer mit einem breiten Himmelbett, daran eine Toilette und darauf folgend ein Bade- und Waschzimmer. Alles sehr hübsch, stilvoll und bequem. Nur daß die Handgriffe für warmes und kaltes Wasser an der Badewanne so stilvoll sind, daß ich sie heute nur mit Mühe aufmachte und kaum wieder zubrachte.

Um 8 Uhr war Souper. Da ich nur eine Tasse Kaffee in Straßburg und hier eine Tasse Tee getrunken hatte, so war mir die Mahlzeit willkommen. Nach Tisch saß man noch einige Zeit in der Halle, dann zog sich die Kaiserin zurück und die übrigen gingen oben über mir in das Rauchzimmer. Sonst wird im Hause nicht geraucht. Seckendorff, Reischach und die Damen blieben da bis 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, wo alles schlafen ging.

Heute Morgen war Kaffeebrühe bei der Kaiserin. Nachher zeigte sie mir ihre Salons und Kunstschätze sowie die Bibliothek, in welcher sie

Bilder der früheren Besitzer, der Grafen von Cronberg, hervorholte. Sie hat auch die dem Schloß gegenüberliegende Ruine Cronberg gekauft, die sie nach und nach restaurieren, vielleicht als Museum herrichten will. Nachdem wir alles angesehen hatten, beauftragte die Kaiserin einen im Salon beschäftigten Künstler oder Gelehrten, mich nach der Burg zu führen, die in fünfzehn Minuten zu erreichen ist. Um 1 Uhr ist Lunch, zu dem der König von Griechenland erwartet wird.

Mit der Kaiserin und dem König von Griechenland wurden vor der Abreise noch die Ställe besucht, die Reischach sehr schön hergerichtet hat und auf die er stolz ist. Ich verabschiedete mich dann bei den Herrschaften und fuhr nach Frankfurt und von da um 5 Uhr nach Straßburg, wo ich 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr ankam. In Cronberg war auch von der Krankheit des Kaisers von Rußland die Rede, an deren Ernst die Kaiserin zweifelt, während die Zeitungen und Fürstin Urussow den Kaiser als verloren ansehen.

---

## Achtes Buch

# Die Reichskanzlerschaft und das Lebensende

1894 bis 1901

Fürst Hohenlohe hat über seine Reichskanzlerschaft ausführliche Aufzeichnungen hinterlassen. Der Wert dieser Aufzeichnungen besteht, abgesehen von Aufschlüssen über den Gang der auswärtigen Politik des Deutschen Reichs, in der rückhaltlosen Darlegung der Kämpfe und Schwierigkeiten der inneren Politik, welche nicht so sehr in den Sachen als in den Personen ihren Grund hatten. Unabweisbare Rücksichten hindern daher zurzeit die vollständige Publikation. Doch sollen zum Abschluß dieses Lebensbildes einige Auszüge mitgeteilt werden, welche wenigstens einigermaßen die Eindrücke und Erfahrungen des Fürsten während des letzten Abschnitts seiner Lebensarbeit, seine persönlichen Erlebnisse und die Stimmung seines hohen Alters beleuchten.

Am 26. Oktober 1894 Mittags wurde der Fürst durch ein Telegramm des Kaisers nach Potsdam berufen. Er ersah aus dem Wortlaut dieser Depesche nur, daß es sich um „wichtige Interessen des Reichs“ handle. Daß der Reichskanzler Graf Caprivi und der preußische Ministerpräsident Graf Eulenburg ihre Entlassung eingereicht und erhalten hatten, erfuhr der Fürst erst auf der Durchreise in Frankfurt aus der Zeitung.

Nach der Ankunft in Potsdam am 27. Oktober Morgens, wo ihn der Kaiser am Bahnhofe empfing und in das Neue Palais geleitete, begannen die Verhandlungen, und am 28. Oktober entschloß sich der Fürst, den dringenden Bitten des Kaisers nachgebend, zur Uebernahme des Reichskanzleramts. Noch in letzter Stunde hatte die Fürstin in ihrer Besorgnis, daß unter der Bürde des Amtes die Gesundheit des bereits fünfundsiebzigjährigen Fürsten gefährdet werden könnte, vergebens versucht, ihn von seinem Entschlusse abzubringen, und hatte sogar in diesem Sinne an den Kaiser oder die Kaiserin telegraphiert. Am 29. Oktober wurde die Ernennung des Fürsten zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten durch den Reichsanzeiger verkündigt.

Ein hoher Beamter schrieb dem Fürsten damals: „Euer Durchlaucht stehen vor einer großen patriotischen Aufgabe. Ich weiß nicht, wer außer Ihnen die jetzigen Gefahren beschwören kann. Ihr Name, Ihre Vergangenheit flößt ein Vertrauen ein, über das, vom Fürsten Bismarck abgesehen, kein deutscher Staatsmann verfügen kann.“ Das Gefühl einer

gebieterischen patriotischen Pflicht hatte den Fürsten bestimmt, die schweren Bedenken gegen die Annahme des kaiserlichen Rufes zu überwinden.

Am 31. Oktober zog der Fürst in das Palais des Reichskanzlers ein und präsiidierte um 2 Uhr einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums, in welches neben dem neuernannten Minister des Innern von Köller der Staatssekretär von Marschall eingetreten war. Am 5. November präsiidierte der Fürst zum erstenmal im Bundesrate. Am 7. verließ er Berlin wieder und kam nach einem zweitägigen Aufenthalte in München, wo er von dem Prinz-Regenten empfangen wurde, am 10. Abends in Straßburg an, wo er bis zum 18. Abends verweilte. Am 12. empfing er dort eine Deputation der Universität, welche eine Adresse überreichte, am 16. den Gemeinderat von Straßburg, den Bürgermeister von Metz und zahlreiche Abordnungen von Behörden, Korporationen und Vereinen. Auf die Anrede des Bürgermeisters von Straßburg erwiderte der Fürst: „Ich hatte mich an den Gedanken gewöhnt, die Stadt Straßburg als meine zweite Heimat zu betrachten. Ich hoffte, in der mir lieb gewordenen Tätigkeit und getragen von dem Vertrauen der Bevölkerung hier mein Leben zu beschließen oder wenigstens hier so lange bleiben zu können, als meine Kräfte ausreichen würden und das Vertrauen des Kaisers mir erhalten bliebe. Nun hat das Vertrauen Seiner Majestät mich auf eine andre Stelle berufen, und ich mußte dem Rufe Folge leisten . . . Indem ich scheide, danke ich Ihnen aufs herzlichste für das Vertrauen, das Sie mir bewiesen haben, und für die Sympathie, die Sie mir während der neun Jahre meiner Amtsdauer und besonders in diesen Tagen entgegengebracht haben . . . Möge Gott dies Land und diese Stadt in Seinen Schutz nehmen!“

Für die glänzenden Demonstrationen bei dem Abschiede dankte der Fürst mit den Worten: „Die Beweise freundlicher Gesinnung, welche mir von den Bewohnern Straßburgs und einem großen Teil der Bevölkerung Elsaß-Lothringens entgegengebracht werden, rühren mich tief. Ich finde keine Worte, um meinen Dank, so wie ich es wünschte, zum Ausdruck zu bringen. Ich bitte Sie, Ihren Mitbürgern zu sagen, daß mir der Abschied vom Reichslande sehr, sehr schwer wird. Was ich in diesen Tagen hier erlebt habe, ist die größte Auszeichnung, die einem im öffentlichen Leben wirkenden Manne zuteil werden kann. Ich bin stolz darauf und werde die Erinnerung daran als den schönsten Lohn eines arbeitsreichen Lebens bis an mein Ende im Herzen tragen.“

Der Fürst fuhr über Baden nach Schillingsfürst und traf am 21. November wieder in Berlin ein. Am 24. November ließ er sich die Beamten des Auswärtigen Amtes vorstellen.

Fürst Hohenlohe an den Fürsten Bismarck.

Berlin, 26. November 1894.

Durchlauchtigster Fürst!

Seitdem Seine Majestät mich auf den Posten des Reichskanzlers berufen hat, war es mein Wunsch, mich von dem Befinden Eurer Durchlaucht und der Frau Fürstin durch einen persönlichen Besuch zu überzeugen. Die Nachricht von der baldigen Rückkehr Eurer Durchlaucht nach Friedrichsruh hatte mich veranlaßt, bis dahin meinen Besuch zu vertagen, um so mehr, als meine dienstlichen Obliegenheiten im Augenblick der Uebernahme des Amtes eine so lange Abwesenheit, wie sie ein Besuch in Barzin erfordert hätte, nicht zulassen.

Zu meinem lebhaften Bedauern muß ich aus einem mir soeben zugehenden Urlaubsgesuche des Grafen Rankau schließen, daß der Gesundheitszustand der Frau Fürstin von neuem zu Besorgnissen Anlaß gibt und die Reise nach Friedrichsruh voraussichtlich noch weiter verzögern wird.

Ich erlaube mir daher, Eure Durchlaucht schon jetzt, ehe ich es persönlich tun kann, um gütige Nachricht über das Befinden der Frau Fürstin zu bitten.

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Barzin, 27. November 1894.

Als ich Eurer Durchlaucht amtliches Schreiben vom gestrigen Tage erhielt, war ich im Begriffe, Ihnen meine Freude und Genugtuung darüber auszusprechen, daß Sie die Reichskanzlerschaft übernommen haben. Inzwischen hat Gott tiefe Trauer über mich verhängt,<sup>1)</sup> und Eure Durchlaucht teilen dieselbe mit mir. Wenn Eure Durchlaucht mich demnächst in Friedrichsruh mit Ihrem Besuche beehren wollen, werde ich mich herzlich freuen und Gelegenheit haben, Ihnen auch persönlich mein Vertrauen und meinen herzlichen Dank für Ihre Teilnahme auszudrücken.

In aufrichtiger Verehrung bin ich

Eurer Durchlaucht

ergebenster Diener

v. Bismarck.

Journal.

14. Januar 1895.

Gestern fuhr ich mit Alexander nach Friedrichsruh. Wir hatten uns angemeldet. Wir kamen gegen 1 Uhr an, wurden von Herbert und Rankau am Bahnhofe, vom Fürsten im Hausflur freundlichst begrüßt. Gräfin Rankau und Schweninger und ein junger Mann, der vielleicht

<sup>1)</sup> Die Fürstin Bismarck starb am 27. November.

Chrysander war, waren anwesend. Man ging gleich zum Frühstück. Ich fand den Fürsten sehr wohl aussehend, seine Stimme aber schwächer als sonst, was vielleicht daher kam, daß er mit dem Frühstück auf mich gewartet hatte und deshalb, wie er selbst sagte, hungrig und etwas müde war. Nach einigen Gläsern Moselwein war er wieder frisch. Ich entledigte mich gleich beim Frühstück des kaiserlichen Auftrags und sagte dem Fürsten, daß der Kaiser ihn zum Staatsrat einberufen werde. Das schien ihn sehr angenehm zu berühren. Ich fügte hinzu, daß ihm die Stelle des Vizepräsidenten offen bleibe. Es war dann noch vom Kanitzschen Antrage und von der landwirtschaftlichen Notlage die Rede, und Bismarck riet, sich nicht ganz ablehnend gegen den Antrag zu stellen. Er bekäme doch keine Majorität im Reichstage. Im übrigen können keine großen Maßregeln, sondern nur kleine Maßregeln helfen. Ueber die Umsturzdebatte sprach er beifällig. Ich hätte recht getan, mich nicht in Einzelheiten zu verlieren. Bismarck sprach dann noch von seinem Lieblingsthema, dem Ressortpartikularismus, von dem Reide der Deutschen, insbesondere seiner junckerlichen Standesgenossen, die es ihm nicht verzeihen könnten, daß er sich über sie erhoben habe und Fürst geworden sei. In dieser Beziehung, meinte er, hätte ich eine viel günstigere Stellung als Reichsfürst. Mich könnten die Junker nicht beneiden.

Nach dem Frühstück fuhren wir im Schlitten in den Wald. Unterwegs sprachen wir von Miquel, Scholz, dem Komptabilitätsgesetz, das er mißbilligt, dann von dem Vertrag mit Rußland, den Caprivi nicht wieder erneuert habe, weil ihm die daraus folgende Politik zu kompliziert gewesen sei. Die Schwierigkeit meiner Stellung liege in den unerwarteten Entscheidungen Seiner Majestät.

Als ich von der Uebernahme des Postens sprach und mein Bedauern äußerte, daß ich ihn hätte annehmen müssen, meinte er, es sei eine Ehrenpflicht gewesen, der ich mich nicht hätte entziehen können.

Noch ist nachzutragen, daß der Fürst eine Modifikation der Eisenbahntarife als das Mittel bezeichnete, um der Landwirtschaft aufzuhelfen.

Zu Hause angekommen, wurde Tee getrunken, und dann fuhr ich zur Bahn. Der Fürst sagte beim Abschiede, er wünsche mir gute Erfolge und Tapferkeit.

An den Prinzen Alexander.

Buda,<sup>1)</sup> 5. September 1895.

Ich schreibe Dir an meinem Schreibtische, von dem aus ich auf die Wiesen und in die Laubwälder sehen kann. Das Wetter ist wunderschön und der Aufenthalt hier so angenehm wie nur möglich . . .

<sup>1)</sup> Ein Jagdhaus auf den russischen Besitzungen.

Am Sonntag muß ich schon wieder weg, will einen Tag in Werft bleiben und dann nach Petersburg fahren, um mich dem Kaiser vorzustellen. Es war nicht zu umgehen.

### Journal.

Petersburg, 10. September 1895.

Dienstag um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr kamen wir in Petersburg an, wo mich Radolin mit der ganzen Botschaft empfing. Wir frühstückten um 1 Uhr. Dann machte ich meinen Besuch bei Lobanow.

Petersburg, 11. September.

Durch Schreiben des Oberzeremonienmeisters wurde mir mitgeteilt, daß der Kaiser und die Kaiserin mich um 12 $\frac{1}{4}$  in Peterhof empfangen würden. Ich fuhr deshalb, begleitet von Herrn von Romberg (von der Botschaft), um 9 $\frac{1}{2}$  zur Bahn, kam um 11 $\frac{1}{4}$  in Peterhof an, wo mich ein Hofwagen erwartete, der mich nach einem Hause im Park von Peterhof brachte, wo ich die Audienzstunde abwartete. Zur bestimmten Zeit fuhr ich nach der kleinen Villa, die das Kaiserpaar bewohnt. Bencfendorff empfing mich, und nach einigen Minuten wurde ich zum Kaiser geführt. Er empfing mich sehr freundlich, lud mich ein, mich an seinen Schreibtisch zu setzen. Ich richtete Grüße des Kaisers aus.

Er fragte mich dann, wie lange ich in Straßburg gewesen sei, begriff, als ich ihm sagte, wie ungern ich nach Berlin gegangen sei u. s. w.

Dann, auf seine Arbeiten übergehend, meinte er, es sei jetzt etwas Ruhe eingetreten, da alles in Urlaub gehe. Auch Lobanow werde ins Ausland gehen und sich in Berlin beim Kaiser melden. Dann erkundigte er sich nach unsern afrikanischen Kolonien und schien sich dafür als Geograph zu interessieren.

Was die ostasiatische Frage betrifft, so sprach der Kaiser seine Befriedigung aus, daß wir mitgegangen seien, und war erfreut, als ich sagte, daß wir dabei von dem Wunsche geleitet seien, unsre guten Beziehungen zu Rußland zu manifestieren. Der Kaiser meinte, es hätten einige Meinungsverschiedenheiten stattgefunden, die aufgeklärt seien, und die Verhandlungen in Tokio würden das übrige tun. „Entre nous,“ sagte er, „est-ce que ce n'est pas Monsieur de Marschall qui a été un peu cause de ces différends?“ Ich protestierte und sagte, daß Marschall das täte, was ihm befohlen werde, und daß wir nichts täten, ohne die Befehle des Kaisers eingeholt zu haben. Vielleicht hätten Meinungsverschiedenheiten zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Dann sagte der Kaiser: „Au fond j'ai beaucoup de sympathie pour les Japonais malgré la blessure dont je porte la marque,“ und dabei zeigte er auf die Stirn, wo eine kleine

Narbe oder Erhöhung an der Seite ist. „Mais c'était un fou, un fanatique, quoiqu'un employé de la police. Tout ce que j'ai vu dans ce pays, m'a fait une grande impression. J'ai été frappé par le grand ordre qui y règne, par l'activité et l'intelligence de la population. Mais cette sympathie n'a pas pu m'empêcher d'agir contre les Japonais quand ils ont voulu aller trop loin.“ (So war wenigstens der Sinn.) „Les Chinois sont une horde indisciplinée qui ont de bonnes armes et des canons et des forteresses mais ne savent s'en servir.“

Dann sagte der Kaiser, er habe unserm Kaiser im Frühjahr geschrieben, er würde nichts dagegen haben, wenn wir uns irgend etwas dort erwerben wollten, um einen festen Punkt oder eine Kohlenstation zu haben. Ich sagte ihm, der Kaiser habe es mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt (wozu der Zar eine beifällige Bewegung machte). Ich erwähnte dann die Tschusaninseln, die aber die Engländer in Anspruch nehmen. „Ja,“ sagte der Kaiser, „die wollen immer alles für sich haben. Wo jemand etwas nimmt, wollen die Engländer sich gleich viel mehr nehmen,“ und damit machte er eine Armbewegung. So habe er in der Zeitung gelesen, daß ein Engländer behaupte, England müsse noch einen Punkt tausend Meilen nördlich von Hongkong erwerben. „Mais ce serait chez nous!“ fügte er lachend hinzu. Schließlich sprach er von Armenien. Er habe die armenische Sache satt und hoffe, daß sie nun aus der Welt geschafft werde. Räuberische Einfälle kämen überall vor. Auch im Kaukasus würden die Armenier geplündert und machten Unbequemlichkeiten. Es sei deshalb Zeit, diese Frage zu erledigen, sonst würde sich die Unruhe weiter verbreiten.

Beim Abschied trug er mir seine besten Grüße an Seine Majestät auf und sagte: „Dites à l'Empereur qu'il continue à m'écrire personnellement, quand il aura quelque chose à me communiquer.“

Nachmittags kam ich nach Petersburg zurück, machte einige Visiten, empfing um 6 Uhr die deutsche Kolonie und aß um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Lobanow.

Petersburg, 11. September.

Nach Lobanow fuhren wir in die Kirche der Festung, wo die Gruft der kaiserlichen Familie ist. In der Kirche stehen Steinkästen über den Gräbern der Kaiser und Kaiserinnen wie der Großfürsten. Auffallend war mir neben dem Schiffe der Kirche ein Salon mit bequemen Möbeln, wo sich die die Gräber besuchenden höchsten Herrschaften ausruhen können. Vielleicht trinken sie da Tee? Die französischen Kränze sind originell. Nachher fuhren wir nach den Inseln — eine hübsche Spazierfahrt, wo ich bei meinem letzten Aufenthalte mit Philipp Ernst hingefahren war. Abends war Diner in der Botschaft, wo ich den englischen Botschafter Lascelles

kennen lernte. Eine vertrauenerweckende Persönlichkeit. Liechtenstein gab mir gute Nachrichten von Konstantin, die er von seiner Schwester erhalten hatte. Er will heute zu mir kommen.

### Tischgespräche:

Lobanow sagte Abends nach dem Essen: „Eigentlich haben wir Europa einen großen Dienst geleistet, daß wir uns Frankreichs angenommen haben. Gott weiß, was diese Leute angestanden hätten, wenn wir sie nicht am Zügel hielten.“ Ich finde, es liegt etwas Wahres darin. Mit Durnowo sprach ich von dem Gemeindeseigentum in Rußland und riet ihm, damit aufzuräumen und das individuelle Eigentum, wie in Litauen, einzuführen. Er sagte, er gehe damit um, wolle zunächst die Zeit auf zwölf Jahre ausdehnen. Merkwürdig sei aber, daß die Auswanderer in Sibirien, denen man Privateigentum gebe, das gemeinschaftliche Eigentum verlangten. Lobanow wußte gar nicht, daß in den westlichen Provinzen Privateigentum der Bauern herrscht!

### Aufzeichnung betreffend die Militärstrafprozeßordnung 31. Oktober 1895.

... Ich habe in Bayern seit lange, schon seit 1849, auf seiten der nationalen Partei gestanden. Da es aber in Bayern nur Liberale oder Partikularisten respektive Ultramontane gibt, so mußte ich mich auf die liberale Partei stützen. Als Anhänger derselben bin ich bayrischer Minister geworden. Als solcher habe ich auch die heute geltende Militärstrafprozeßordnung eingebracht, in der die Öffentlichkeit des Verfahrens durchgeführt ist. Würde ich jetzt ein Gesetz einbringen, das die Öffentlichkeit ausschließt, so stände ich dem preußischen Kriegsminister gegenüber, der die Öffentlichkeit fordert, ich würde also preußischer sein als ein preußischer General. Ich träte in Widerspruch mit meiner Vergangenheit und wäre der Gefahr ausgesetzt, daß man mich im Reichstage an das von mir eingebrachte bayrische Gesetz erinnerte. Dann würde ich verhöhnt und lächerlich gemacht werden, und ein diskreditierter Reichskanzler würde für den Kaiser von keinem Nutzen sein. Geht also der Kriegsminister wegen dieses Gesetzes, so werde ich auch gehen.

Zm November 1895.

Ein alter bayrischer Jurist, ein durch und durch nationalgesinnter, vorurteilsfreier Mann, mein Mitarbeiter während meines Ministeriums in den Jahren 1866—70, schreibt mir: „Ich bitte dringend, treten Sie nicht für einen Entwurf ein, der die Öffentlichkeit ausschließt. Die allgemeine Stimmung ist in diesem Punkte ganz toll. Wenn Seine Majestät

nur ahnen würde, wie er sich schadet durch Festhalten des entgegengesetzten Standpunktes! Ich schreibe die wuchernden Majestätsbeleidigungen zumeist diesem Widerstande zu. Wenn das Gericht (wie dies ja bei uns geschieht) die Befugnis hat, die Oeffentlichkeit auszuschließen, sooft es durch dieselbe die Disziplin gefährdet glaubt, kann ja dieselbe nicht gefährlich sein. Ich wiederhole, mit noch so vielen Auflösungen würde man keinen Reichstag zusammenbringen, der eine Militärstrafgerichtsordnung ohne Oeffentlichkeit annehmen würde. Als Jurist und auch sonst stehe ich der Frage sehr kühl gegenüber; ich lege gar keinen Wert darauf, ob ja oder nein. Aber wie die Sachen einmal stehen, ist die Verzögerung ein großer politischer Fehler. In Bayern würde das Ministerium eher samt und sonders zurücktreten als den bayrischen Prozeß ändern."

#### Aufzeichnung aus dem Herbst 1895.

Ich weiß, daß eine Anzahl Politiker und hohe Streber darauf ausgehen, mich bei Seiner Majestät zu diskreditieren. Sie wollen einen andern Reichskanzler und geben vor, daß es einer energischen Aktion bedürfe. Was können sie damit erreichen? Konflikt mit dem Reichstage führt zur Auflösung und zu Neuwahlen, diese zu einer Niederlage der Regierung. Abermalige Auflösung und Staatsstreich führt zum Konflikt mit den verbündeten Regierungen, zu Bürgerkrieg, zur Auflösung des Deutschen Reichs. Denn das Ausland wird nicht ruhig bleiben und sich einmischen, wenigstens Frankreich. Meine Politik ist die, mit dem Reichstage auszukommen zu suchen. Bewilligt er keine Finanzreformgesetze, so legt man ihm das nächstemal nichts mehr vor. Die Unzufriedenheit der einzelnen Staaten über die Finanzlast wird die öffentliche Meinung nicht unberührt lassen und das Terrain für Neuwahlen vorbereiten.

Ich selbst gehe jeden Augenblick, wenn Seine Majestät jene Wege beschreiten will.

Berlin, 10. Januar 1896.

P. beklagt, daß Deutschland mehr und mehr Industriestaat werde. Dadurch werde der Teil der Bevölkerung gestärkt, auf den sich die Krone nicht stützen könne, die Bevölkerung der großen Städte und der Industriebezirke. Den eigentlichen Halt für die Monarchie bilde doch nur die Landbevölkerung. Gehe es so fort wie jetzt, so werde die Monarchie entweder in Republik übergehen oder, wie in England, eine Art Schattenmonarchie werden.

Ich erwiderte, daß ich diese Befürchtung teile, daß ich aber das Mittel, die Landbevölkerung zu stärken, noch nicht gefunden habe. Auf die exzessiven Forderungen der Agrarier können wir nicht eingehen. Ich sehe die Ur-

sache darin, daß man im Jahre 1879 aus dem bis dahin herrschenden gemäßigten Freihandelsystem in den Schutzzoll übergegangen ist und dadurch Deutschland zu einem Industriestaat gemacht hat.

Aus einem Briefe an den Freiherrn von Bolderndorff.

Berlin, 26. Januar 1896.

. . . Ich hätte Ihnen schon früher geantwortet, aber Jubelfeste und Krisen, die sich abwechseln, haben meine Zeit in Anspruch genommen. Gewöhnlich verlaufen die Krisen, nachdem sie meine Freunde einige Tage in Aufregung gehalten haben, ganz friedlich. Zurzeit will Seine Majestät keinen andern Reichskanzler und gibt mir recht. Unter den obwaltenden Umständen bin ich trotz aller Mängel doch immer noch der beste Reichskanzler.

Aus der Rede des Fürsten bei der Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Bundesrats 21. März 1896.

. . . Nur wenige jener Helden sind noch unter den Lebenden . . . Einer aber, der größte unter ihnen, er steht noch unter uns wie eine der Eichen des Sachsenwalds, Fürst Bismarck, der mit sorgendem Blick die Geschicke des Reichs verfolgt und manches mahnende Wort an die Epigonen der großen Zeit richtet — der Mann, der, als wir nach den ersten Einheitsversuchen an der Zukunft Deutschlands verzweifeln wollten, seinerseits weder die Hoffnung noch den Mut sinken ließ, der in langer mühevoller diplomatischer Arbeit die Wege ebnete, die zu der einheitlichen Gestaltung des Reichs führen sollten, und der, als der Augenblick gekommen, als die Saat gereift war, den Augenblick zu erfassen mußte und die Schwierigkeiten überwand, die sich ihm von allen Seiten entgegenstellten.

So ist er als treuer Diener seines kaiserlichen Herrn, der ihn heute vor fünfundzwanzig Jahren in den Fürstenstand erhob, der eigentliche Schaffer des Reichs geworden.

Es ist ein schöner Zug im Charakter des deutschen Volks, daß es dem Manne unentwegt treue Verehrung entgegenbringt, der sein Leben eingesetzt hat, um die seit Jahrhunderten unbefriedigte Sehnsucht der deutschen Nation zu erfüllen. Das deutsche Volk weiß es als eine köstliche Gabe der Vorsehung zu schätzen, daß in dieser Zeit gerade dieser Mann mit den Geschicken Deutschlands betraut war. Lassen Sie uns — und hier spreche ich zu den politischen Gegnern des ersten Kanzlers — lassen Sie uns heute die Tage des Kampfes und des Streits vergessen und vereinigen wir uns alle in dem Rufe: Fürst Bismarck lebe hoch!

Fürst Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Friedrichsruhe, 22. März 1896.

Eure Durchlaucht bitte ich, für die wohlwollende und ritterliche Kundgebung, durch die Sie meiner bei der gestrigen Feier gedacht haben, den verbindlichsten Ausdruck meines Dankes entgegennehmen zu wollen.

In der Sitzung des Reichstags vom 18. Mai 1896 bei Gelegenheit der Beratung der Militärvorlage gab der Reichskanzler auf eine Anfrage des Abgeordneten Lieber die Erklärung ab, der Entwurf einer Militärstrafprozeßordnung sei so weit vorbereitet, daß seine Vorlage im Herbst zu erwarten sei. Dieser Entwurf werde — vorbehaltlich der Besonderheiten, welche die militärischen Einrichtungen erheischen — „auf den Grundsätzen der modernen Rechtsanschauungen aufgebaut sein“.

Aufzeichnung des Fürsten vom 19. Mai.

Durch meine Erklärung ist folgendes Resultat erreicht:

1. daß die Annahme der Militärvorlage wegen der vierten Bataillone mit großer Mehrheit gesichert ist,
2. daß jeder Versuch einer Verquickung dieser Frage mit der Militärstrafprozeßordnung a limine abgewendet ist,
3. daß der Frage der Öffentlichkeit in keiner Weise präjudiziert und die Entscheidung darüber bis zum Herbst vertagt ist.

Journal.

14. Juni 1896.

In der Abgeordnetenkammer erlaubte sich Graf Limburg-Styrum einen Ausfall gegen mich, indem er sich darüber aufhielt, daß ich bei dem Affessorengeſez nicht an der Debatte teilgenommen hätte und daß ich das preußische Ministerpräſidium als Nebenamt behandle. Ich benutzte deshalb die Gelegenheit einer Interpellation an den abwesenden Landwirtschaftsminister, um in dessen Namen die Interpellation zu beantworten und daran einige Bemerkungen zu knüpfen, in denen ich die unpassenden Äußerungen Styrums zurückwies.

Nachmittags war eine lange Sitzung des Staatsministeriums, in welcher die umfangreichen Geſetze über die Handwerkerorganisation beraten wurden. Es ist ein ziemlich törichtes Geſez. Wenn aber die Handwerker Zwangsinnungen haben wollen, so soll man sie ihnen geben, vorausgeſezt, wie ich ausdrücklich hervorhob, daß die Gegenden, Provinzen oder Staaten, die die Zwangsinnungen nicht haben wollen, davon befreit bleiben.

Heute Vormittag kam Li-Hung-Tſchang zu mir in seiner gelben Jacke. Ich ging ihm bis an die Treppe entgegen und geleitete ihn in mein

Schreibzimmer. Sein Sohn und ein junger Chinese sowie der Dolmetscher kamen mit. Draußen wartete eine Anzahl chinesischer Diener. Li-Hung-Tschang, der gar keine Sprache außer Chinesisch spricht, ist trotzdem ganz unterhaltend. Er interessiert sich für alles, stellt Fragen und ist liebenswürdig. Er hob hervor, daß wir von demselben Alter seien, und machte Bemerkungen über die Hygiene des Alters. Er erinnert etwas an Bismarck, den er auch in Friedrichsruh besuchen will. Um 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr feierlicher Empfang beim Kaiser, an dem ich teilnahm, geschmückt mit dem chinesischen Drachenorden.

Berlin, 24. August 1896.

Die Entlassung Bronsarts<sup>1)</sup> hat einen riesigen Lärm veranlaßt. Man fing schon an zu zweifeln, ob ich die Militärstrafprozeßordnung durchbringen werde. Ich habe deshalb die Erklärung in den „Reichsanzeiger“ setzen lassen: „Wir sind ermächtigt zu erklären, daß“ u. s. w. Ich denke, über diesen Punkt wird man sich nun beruhigen.

#### Fürst Hohenlohe an den General von Bronsart.

Eure Excellenz wollen mir gestatten, Ihnen mein aufrichtiges Bedauern über Ihren Rücktritt von der Stelle des Kriegsministers auszusprechen. Wir haben in den zwei Jahren unsrer gemeinsamen Tätigkeit in so vollkommener Harmonie gearbeitet, ich bin bei Eurer Excellenz stets einer so loyalen und tatkräftigen Unterstützung begegnet, daß ich Ihr Scheiden aus dem Ministerium persönlich als einen herben Verlust empfinde. Die Verdienste Eurer Excellenz um die Verwaltung und Organisation des Heeres sind von sachverständigster Seite gewürdigt worden, und es würde mir als Nichtfachmann nicht anstehen, dem ein Wort hinzuzufügen. Aber ich darf die Gelegenheit nehmen, Ihnen herzlichen Dank zu sagen für Ihre kollegiale Mitarbeit an den Aufgaben des Gesamtministeriums, als deren vornehmsten eine ich die betrachte, den antimonarchischen und auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen überall entgegenzuwirken. Es wird unvergessen bleiben, was Eure Excellenz nach dieser Richtung hin getan haben.

#### Journal.

Breslau, 5. September 1896.

Heute fuhren wir schon nach 8 Uhr auf den Bahnhof, um die russischen Majestäten zu empfangen. Dort war Aufstellung aller Prinzen und Generäle. Als der Zug einfuhr, sah ich nur die kleine Großfürstin am

<sup>1)</sup> Am 14. August 1896.

Fenster. Der Zug hielt. Die roten Tscherkessen eilten herbei. Die Majestäten stiegen aus. Umarmung, Vorstellung, Ehrenwache abschreiten, Hymne, Gelaufe hin und her, alles wie üblich. Zum Schlusse stellte ich noch Schischkin dem Kaiser vor.

Um 11<sup>1/2</sup> Uhr kam Osten-Sacken mit Schischkin zu mir. Bei der Unterredung wurde auch die Orientfrage berührt. Schischkin sprach gleich seine Freude aus, daß die Großmächte einig seien. Dem sei es zu danken, daß die englischen Intrigen ohne Resultat blieben. Die geringste „fissure“ würde von den Engländern gegen die Türken benutzt werden. Auch dem Sultan gegenüber könne man nicht fest genug zusammenhalten. Er spekuliere stets auf die Uneinigkeit der Mächte. Schischkin sprach sich für Aufrechterhaltung des Status quo aus. Dies sei auch die Ansicht seines Kaisers. Er war voll Submission und empfahl sich schließlich meinem Wohlwollen.

Um 6 Uhr fuhr der russische Kaiser bei mir vor und sagte dem Portier, man möge es mir sagen. Um 7 Uhr war Diner bei dem Kaiser. Ich saß zwischen dem Erbprinzen von Meiningen und Woronzow, gegenüber der Kaiser und die russische Kaiserin. Natürlich war lärmende Tafelmusik. An Konversation war wenig zu denken. Die Rede des Kaisers, der die alte Tradition, die guten Beziehungen zu Rußland hervorhob, war sehr gut. Der Kaiser Nikolaus antwortete mit der Versicherung, „qu'il était animé des mêmes sentiments de tradition“ wie Kaiser Wilhelm. Nachher war Cercle und um 9 Uhr Zapfenstreich, der bis 11 Uhr dauerte. Man saß und stand am Fenster und auf der Terrasse vor dem Schlosse in Wind und Zug. Der Aufzug der siebenhundert Musiker war imposant. Im übrigen war der musikalische Lärm betäubend, und von einem vernünftigen Gespräche war keine Rede.

Breslau, 6. September 1896.

Heute Nachmittag 2 Uhr war ich zur Audienz bei dem russischen Kaiser bestellt. Er empfing mich wie immer sehr freundlich. Die Unterredung ging bald auf das politische Gebiet über. Der Kaiser bedauert lebhaft den Tod von Lobanow, der ihm eine große Stütze gewesen sei. Nun müsse er sich selbst entschließen und arbeiten. Zu seiner Befriedigung scheine die Lage der Dinge im Orient sich zu beruhigen. Die Unruhen in Konstantinopel seien beendet, und auch aus Kreta habe er heute die Nachricht erhalten, daß sich die Bewohner der Insel beruhigt hätten und eine Beilegung der Kämpfe in Aussicht stehe. Nach der Ansicht des Kaisers ist England sowohl in Armenien wie in Kreta an der ganzen Bewegung schuld. Gegen die Politik der englischen Regierung sprach Seine Majestät das entschiedenste Mißtrauen aus: „J'aime beaucoup l'Angleterre et les Anglais qui me sont sympathiques, mais je me méfie de

leur politique.“ Man habe ihm gesagt, daß die englischen Staatsmänner ihn bei Gelegenheit seines Besuchs zu Abmachungen einfangen wollten. Als ich erwiderte, daß die englische Verfassung und die Rücksicht, welche die englischen Staatsminister auf die wechselnde öffentliche Meinung zu nehmen hätten, es unmöglich mache, Verträge mit England zu schließen, stimmte er mir lebhaft bei. Der Kaiser erwähnte dann den Gedanken Lobanows, eine Sicherheit für die Durchfahrt durch den Kanal von Suez zu erlangen. Als ich erwähnte, daß England dies bereits zugesichert habe, stimmte der Kaiser bei, ließ aber dann den Gegenstand fallen. Als seine Hauptaufgabe bezeichnete der Kaiser die russische Politik in Ostasien und die Vollendung der Sibirischen Bahn. Japan rüste sehr. Sie hätten aber dort kein Geld, wenn ihnen auch jetzt die chinesische Kriegsschädigung Mittel gewähre. Wenn diese aufgebraucht sei, so wisse er nicht, wie sie ihre Rüstungen vollenden wollten. Uebrigens brauchten sie dazu noch Jahre, bis dahin könne die Sibirische Bahn fertig sein und dann sei Rußland in der Lage, „de faire face à toute éventualité“ . . . Wieder auf die englische Politik zurückkommend, erwähnte der Kaiser, man habe ihm gesagt, daß England den Plan habe, Afrika vom Kap bis nach Aegypten in seine Gewalt zu bringen. Das habe wohl gute Wege. Ich erwiderte, daß die Engländer so großen Wert auf ihre Herrschaft in Südafrika legten, weil sie in der Besorgnis, einmal Indien zu verlieren, in Südafrika Ersatz suchten. Darauf sagte der Kaiser: „Ja, wer soll ihnen denn Indien nehmen? Wir sind nicht so dumm, einen solchen Plan zu verfolgen.“ In Afrika habe Rußland keine Interessen. Wenn es ihm aber gelingen könne, den Frieden zwischen Italien und Menelik zu vermitteln, würde ihn das sehr freuen. Daran knüpfte sich ein Gespräch über das Zwecklose der italienischen Bestrebungen in Erythräa. Als das Gespräch auf seine Reisepläne kam, sagte er, daß er mit unserm Kaiser nicht über Paris gesprochen habe, und fragte mich, ob ich ein Bedenken gegen den Pariser Besuch hätte. Es war ihm angenehm, als ich ihm erwiderte, daß der Besuch in Paris mir „inévitabile“ erschiene. Er betonte, daß er es abgelehnt habe, am Quai d'Orsay oder anderswo in Paris zu wohnen. Er werde in der Botschaft wohnen wie alle seine Vorgänger. Das sei sein Eigentum, wie er ja auch in Berlin in der Botschaft gewohnt haben würde. Das ist das Wesentlichste der eine Stunde dauernden Unterredung bei der Zigarette.

Beim Abschied überreichte mir der Kaiser den Andreasorden, wofür ich meinen Dank und die Versicherung aussprach, nach Kräften beitragen zu wollen, um die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu pflegen. „Das wird Ihnen nicht schwer werden,“ sagte der Kaiser, „denn diese Beziehungen werden stets gute bleiben.“

An den Prinzen Alexander.

Berlin, 17. Oktober 1896.

... Es ist eine eigne Sache mit meinen Beziehungen zu Seiner Majestät. Ich komme hie und da durch seine kleinen Rücksichtslosigkeiten zu der Ueberzeugung, daß er mich absichtlich vermeide und daß es „so nicht fortgehen könne“. Dann spreche ich ihn wieder und sehe, daß ich mich geirrt habe. Gestern hatte ich Anlaß zu einem kleinen Vortrage, wobei mir Seine Majestät sein Herz ausschüttete ... und bei welcher Gelegenheit er mich in der freundschaftlichsten Weise um Rat fragte. Ich komme dann wieder von meinem Mißtrauen ab ...

Am 16. Februar 1897 feierten der Fürst und die Fürstin ihre goldene Hochzeit. Bei dem Festmahl sagte der Fürst:

„Dieses Fest ist ein Dankfest. Wir haben, während die heilige Messe zelebriert wurde, Gott unsern Dank dargebracht, daß er uns vergönnt hat, heute auf fünfzig Jahre eines glücklichen Ehebunds zurückzublicken.

Und heute Abend danke ich allen Freunden und Verwandten, allen denen, die uns während längerer oder kürzerer Zeit mit ihrer Liebe und Freundschaft auf unserm Lebenswege begleitet, sich bei freudigen Ereignissen mit uns gefreut und traurige Ereignisse, die ja in keinem Leben fehlen, mit uns ertragen haben, ich danke ihnen für ihre treue Gesinnung, wie ich denn auch den Beamten und Dienern für ihre treue Hilfe meinen Dank sage, mit der sie uns die Last des Lebens tragen halfen.

Wenn ich nun Umschau halte unter den Verwandten und mir der Segen des Familienlebens wieder recht vor Augen tritt, so bin ich versucht, mich zu fragen, ob ich wohl den richtigen Lebensweg eingeschlagen habe, als ich einen Beruf, eine Tätigkeit wählte, die mich nötigte, einen großen Teil der Freuden des Familienlebens der politischen, der amtlichen Tätigkeit zum Opfer zu bringen, und ob ich nicht besser getan hätte, mich ganz der Familie zu widmen. Und doch scheint es mir, daß die Mitglieder meiner Familie es nicht gern missen würden, daß ein Mitglied unsers Hauses zu hohen Ehren und Würden gelangt ist. Ich lasse dahingestellt, ob es Zufall war oder eignes Verdienst. Und dann noch etwas. Wenn ich diese Tätigkeit nicht gewählt hätte, so würde meine liebe Frau nicht Gelegenheit gehabt haben, die großen Eigenschaften ihres Charakters zu betätigen. Sie hat in diesen dreißig Jahren meiner politischen und amtlichen Tätigkeit treu zu mir gestanden, sie hat in mühsamen und ernsten Zeiten mich mit ihrem Mut und ihrem Rat unterstützt, und sie hat, wenn die politischen Kämpfe auch in die gesellschaftlichen Kreise eingriffen, die da üblichen Nadelstiche mit moralischen Keulenschlägen erwidert und mir so den Weg geebnet, auf dem ich mein Ziel verfolgen konnte.

Als ich vor langen Jahren mein Abiturientenexamen machte, da gab man mir für den deutschen Aufsatz das Thema: ‚Das Lob, das dem Verdienst gebührt, ist einer Ehrenschild gleichzuachten.‘ Ich habe mir das Thema gemerkt mein Leben lang. Heute trage ich hiermit eine Ehrenschild ab . . .“

### Journal.

Berlin, 7. April 1897.

Zwei Fragen können in nächster Zeit meine Stellung erschüttern; die eine ist die Militärstrafprozeßordnung, die zweite das Vereinsgesetz.

In beiden Fragen bin ich persönlich engagiert. Ich habe insbesondere, was den zweiten Punkt betrifft, dem Reichstage die Aufhebung des Verbots der Verbindung untereinander versprochen.<sup>1)</sup> Der Minister des Innern hat ein Gesetz ausgearbeitet, in welchem außer der Aufhebung jenes Verbots noch einige wenig bedeutende Verbesserungen des Vereinsrechts in Vorschlag gebracht werden und hatte die Hoffnung, seinen Entwurf in der Abgeordnetenversammlung zur Annahme zu bringen. Besprechungen mit den Parteiführern berechtigten zu dieser Hoffnung. Nun sagt er mir gestern, daß die Nationalliberalen abschwanken und das Gesetz, wie es projektiert ist, nicht annehmen wollen. Ist das richtig und beharren die Nationalliberalen auf ihrer Weigerung, so entsteht die Frage, ob wir das Gesetz doch vorlegen<sup>2)</sup> auf die Gefahr hin, daß es abgelehnt wird, oder ob wir uns mit der Vorlage eines Gesetzes begnügen, das jenes Verbot aufhebt, ohne etwas weiteres zu beantragen. Im letzteren Falle würde man mir nicht vorwerfen können, daß ich mein Versprechen nicht gehalten habe.

### Journal.

Homburg, 6. September 1897.

. . . Ich kann nur dann bleiben, wenn ich mit der Militärstrafprozeßordnung in der von mir als notwendig erachteten Form vor den Reichstag trete und auch den Gesetzentwurf bezüglich der Aufhebung des Koalitionsverbots vorlege. Dann bekommen wir eine ruhige Session. Wenn nicht, blamiere ich mich und verursache nur Erregung innerhalb und außerhalb des Reichstags, die für die Marinevorlage und für die Wahlen verhängnisvoll sein würde.

<sup>1)</sup> Bei der Schlußberatung über das Bürgerliche Gesetzbuch am 27. Juni 1896 wollte der Reichstag die Aufhebung dieses Verbots in das Gesetzbuch aufnehmen. Fürst Hohenlohe sprach dagegen und gab die Erklärung ab, die Frage, welche dem öffentlichen Rechte angehöre, werde durch die Landesgesetzgebung dem Wunsche des Reichstags gemäß erledigt werden.

<sup>2)</sup> Das Vereinsgesetz wurde am 13. Mai dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. In der Sitzung vom 17. Mai sprach der Fürst bei der ersten Beratung.

An Baron Bölderndorff.

Berlin, 31. Oktober 1897.

... Seine Majestät hat sich überzeugt, daß ein weiteres Hinausschieben des Gesetzes für ihn selbst und für die Armee höchst nachteilig sein würde... Im Einführungsgesetz wird weitere Verhandlung mit Bayern<sup>1)</sup> vorbehalten. Da nun doch noch mindestens ein Jahr vergehen wird, ehe das Gesetz ins Leben treten kann, so haben wir noch Zeit.

Für die Marinevorlage trete ich ein. Ich werde es in vorsichtiger Weise tun, aber ich bin für eine Schlachtflotte. Es geht wirklich nicht ohne eine solche...

An denselben.

7. November 1897.

... Was die Militärstrafprozeßordnung betrifft, so werden wir, wenn es nicht gelingt, den Absatz 2 des § 270 noch zu beseitigen, großen Angriffen ausgesetzt sein. Daß ich mein Versprechen, eine den modernen Rechtsanschauungen entsprechende Reform einzubringen, gehalten habe, kann man trotz aller Angriffe, die gegen das Gesetz kommen werden, nicht wegstreiten. Was die Marine anbetrifft,<sup>2)</sup> so sind doch sehr viele Menschen der Meinung, daß die Forderungen des neuen Chefs der Marine nicht unerschwinglich sind. Was mich aber bestimmt, dafür einzutreten, ist folgendes: Man sagt immer, die Marine sei eine Laune des Kaisers. Und doch ist nicht zu leugnen, daß das deutsche Volk die Schuld trägt oder, wenn Sie wollen, das Verdienst hat, daß wir eine Marine haben. Zur Zeit des Bundestags hatten wir ein harmloses, friedliches Dasein. Wir hatten keine politischen (auswärtigen) Sorgen, wenig Steuern und sahen zu, wie Oesterreich und Preußen sich im Bundestag bekämpften, wo dann die Mittelstaaten und Kleinstaaten sich bald auf die eine, bald auf die andre Seite schlugen. Das genügte aber dem deutschen Volke nicht. Es wollte einheitlich gestaltet werden und eine Rolle in der Welt spielen. Burschenschaft, Nationalverein u. s. w. sorgten dafür, diese Gedanken allgemein werden zu lassen. Die Bewegung von 1848 war das erste Resultat, dann kam die Reaktion der fünfziger Jahre, ohne daß das deutsche Volk seine Aspirationen aufgab. Dann kam 1870, und die Einheit wurde mit Blut und Eisen geschaffen, und das Reich erstand unter dem Jubel des deutschen Volks. Nun ergab sich aber bald, daß man kein Geld hatte, um das Reich auf den Beinen zu halten.

<sup>1)</sup> Wegen des Obersten Gerichtshofs.

<sup>2)</sup> Baron Bölderndorff hatte sich in einem Briefe vom 2. November gegen die Vergrößerung der Marine und gegen Kolonien ausgesprochen.

Das Tabaksmonopol wurde zurückgewiesen u. s. w. Um nun Geld für das Reich zu bekommen, änderte Bismarck seine Zollpolitik und gab den gemäßigten Freihandel auf. Auch hier stand das deutsche Volk auf seiner Seite. Nun bekamen wir Geld, drei- bis vierhundert Millionen, und das Reich konnte leben. Die Schutzzollpolitik erzeugte aber einen kolossalen Aufschwung der Industrie. Wir hörten auf, ein Agrarstaat zu sein und wurden ein Industriestaat. Damit war man genötigt, auch die Politik zu ändern und unser Augenmerk darauf zu richten, die Ausfuhr zu sichern. Der Handel nahm eine solche Entwicklung, daß von der Regierung verlangt wurde, ihn zu schützen. Das konnte nur durch eine Flotte geschehen, nicht durch eine Küstenflotte, sondern durch eine solche, die unsre Zufuhren freihalten kann. Wir können nicht mit England in der Flottengröße rivalisieren. Wir müssen aber eine Flotte haben, die ein feindliches Geschwader, das unsre Häfen blockieren will, zurückzuweisen imstande ist. Wenn wir das nicht können, wird unser Handel und unsre Reederei vernichtet. Das ist ein Verlust von Milliarden, wogegen die fünf- bis sechshundert Millionen für die Flotte nicht in Betracht kommen... Was die Kolonien betrifft, so glaube ich, daß wir nach und nach lernen müssen. Schon jetzt sind wir von dem Militärsystem abgekommen und werden mehr und mehr lernen, es den Engländern nachzumachen und als Kaufleute die Kolonien zu dirigieren und auszunutzen. Daß der Kaiser durch sein impulsives Wesen beunruhigt, ist nicht zu leugnen. Etwas mehr Phlegma wäre ihm zu wünschen. Aber es ist eine Ungerechtigkeit, wenn man ihm vorwirft, daß er die Flotte aus Laune oder zu seinem Vergnügen schaffen will. Er tut nichts andres, als das ausführen, was das deutsche Volk seit hundertundfünfzig Jahren angestrebt hat.

Am 21. Dezember 1897 starb die Fürstin Hohenlohe nach kurzer Krankheit.

An den Prinzen Alexander.

Berlin, 5. Januar 1898.

... Heute ist der Vertrag mit China in Peking unterzeichnet.<sup>1)</sup> Der Kaiser hat mir anliegendes Telegramm geschickt, das mich tief gerührt hat.

#### Telegramm des Kaisers.

Obwohl ich weiß, daß eine äußere Freude nicht imstande ist, schweres inneres Leid zu heben, so bin ich doch von innigster Freude erfüllt, daß Gottes Gnade nach dem furchtbaren Schlage, der Dich traf, Dir einen so

<sup>1)</sup> Ueber den Erwerb von Kiautschou.

herrlichen Erfolg beschieden hat. Es ist ein schöner Lohn für rastlose fluge Arbeit und eine hohe Befriedigung nach überstandenen Sorgen. Meinen kaiserlichen Dank und herzliche Glückwünsche mollest Du freundlich aufnehmen! Habe soeben ein Glas Sekt auf Dich geleert.

W.

An den Prinzen Alexander.

Schillingsfürst, 4. November 1898.

... Der Allerseelentag war ein wunderschöner, sommerlicher Tag... Was mich betrifft, so finde ich, daß die traurige Stimmung zunimmt. Je weiter die Zeit fortschreitet, um so klarer sieht man, daß es zu Ende geht, daß man alle Erinnerungen an diese fünfzig Jahre begraben hat und daß nichts wiederkommt. Ich finde eigentlich, daß es dafür keinen andern Trost gibt als den Tod...

Die Verhandlungen der Cour de Cassation<sup>1)</sup> lese ich mit großem Interesse. Die Generalstähler haben sich seinerzeit übereilt. Dann haben sie den Irrtum eingesehen, hatten aber nicht den Mut, es offen einzugestehen. Dann kamen gemeine Kerls, wie Esterhazy und Henry, und boten ihre Fälschungen als Rettung an, und darauf sind die dummen Kerls hereingefallen.

Journal.

Jagdschloß Springe, 15. Dezember 1898.

Je näher der traurige Jahrestag des 21. Dezember kommt, um so trübseliger wird mir zumute. Das, was man im ersten Augenblicke nicht in seiner ganzen Bedeutung erfaßt hat, das unwiederbringlich Verlorene, die Gewißheit, daß dieses lange gemeinsame Leben ganz und gar zu Ende ist, das liegt auf mir wie eine Last, von der ich nur durch den Tod befreit werden kann.

Gestern folgte ich der königlichen Einladung zur Jagd nach Springe. Ich mußte schon um 7 Uhr von Berlin fahren, um den Hofzug in Potsdam zu treffen... Vom Bahnhof Springe fuhr man gleich in das Jagdgelände. Es wurden nur Sauen geschossen. Ich hatte sechs vor mir zur Strecke. Dann fuhr man zum Schloß, ruhte sich einige Stunden aus und ging dann zum Diner. Der Kaiser war sehr guter Laune und sprach unaufhörlich. Dazu Ulanenmusik und die übliche lärmende Unterhaltung.

Heute wurde wieder auf Sauen gejagt. Ich schoß vor dem Frühstück etwa zehn, nach dem Frühstück sechs Sauen, darunter einige starke Keiler, so daß meine Strecke in zwei Tagen zweiundzwanzig Stück beträgt.

<sup>1)</sup> Im Dreyfuß-Prozesse.

Heute Abend wieder Diner und Spiel.

Wenn ich so unter den preußischen Exzellenzen sitze, so wird mir der Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland recht klar. Der süddeutsche Liberalismus kommt gegen die Junker nicht auf. Sie sind zu zahlreich, zu mächtig, und haben das Königtum und die Armee auf ihrer Seite. Auch das Zentrum geht mit ihnen. Alles, was ich in diesen vier Jahren erlebt habe, erklärt sich aus diesem Gegensatz. Die Deutschen haben recht, wenn sie meine Anwesenheit in Berlin als eine Garantie der Einheit ansehen. Wie ich von 1866 bis 1870 für die Vereinigung von Süd und Nord gewirkt habe, so muß ich hier danach streben, Preußen beim Reich zu erhalten. Denn alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben.

An Baron Bölderndorff.

Berlin, 4. Januar 1899.

... Ihr Rat, ich sollte das Präsidium des Staatsministeriums aufgeben, ist nicht wohl ausführbar. Caprivi hat es getan und ist darüber gefallen. Vorläufig bleibe ich bis zu meinem 80. Geburtstag. Dann kann ich jeden Augenblick ohne Konflikt mit Seiner Majestät abgehen, und daran liegt mir viel. Ruhebedürfnis habe ich eigentlich nicht ...

Seinen 80. Geburtstag feierte der Fürst am 31. März 1899 in Baden. Da der Tag auf den Karfreitag fiel, so fand das Festmahl erst am Ostersonntage statt. Außer der Familie und einer Anzahl von Freunden nahmen der bayrische Gesandte Graf von Lerchenfeld, der Staatssekretär von Elsaß-Lothringen von Puttkamer und der Chef der Reichskanzlei von Wil-mowski daran teil. Auf die Begrüßungen der Vertreter der Familie, des Bundesrats und der Regierung des Reichslands erwiderte der Fürst:

„Ich gestehe, daß es mich sympathisch berührt hat, als ich zu Anfang dieses Jahrs im Kalender bemerkte, daß mein Geburtstag in diesem Jahre auf den Karfreitag falle. Es schien mir, daß bei der Karfreitagsstimmung, die wie einen Schleier über mein Leben ausbreitet, der Geburtstag am besten auf diesen Tag passe. So berechtigt nun diese Stimmung ist, so wenig würde es gerechtfertigt sein, sie auch andern aufzudrängen, besonders nicht jenen, Verwandten und Freunden, die aus der Ferne in frohem Sinne herbeigeeilt sind, um mir ihre Freude zu bezeugen, daß sie mich noch unter den Lebenden finden. Deshalb haben wir die eigentliche frohe Feier, das festliche Mahl, auf den Ostersonntag verlegt, auf den Tag, den die Kirche als einen Freudentag feiert. So wollen wir heute froh sein, und ich will Gott danken, der mir diese lange Lebenszeit geschenkt hat ... Herr Graf von Lerchenfeld hat in freundlichen Worten

meiner politischen Tätigkeit gedacht. Wenn ich das, was er gesagt hat, mit dem Bilde meiner Wirksamkeit vergleiche, das meinem kritischen Auge vorschwebt, so scheint es mir, daß er zuviel gesagt hat. Gewissenhafte Menschen sind nie zufrieden mit dem, was sie getan haben. Es ist ja wahr, ich war schon vor fünfzig Jahren ein Vorkämpfer der deutschen Einheit und habe treu mitgearbeitet, wenn auch gewissermaßen nur als ständiger Hilfsarbeiter. Aber zu gewaltigen Taten hatte ich keine Gelegenheit. Und als ich an die erste leitende Stelle in Deutschland trat, da war schon alles fertig, und da lag mir ob, zu pflegen und zu erhalten, was geschaffen war, gemeinsam mit den verehrten Vertretern der verbündeten Regierungen, die mich heute in so liebenswürdiger Weise haben begrüßen lassen. Dafür sage ich meinen herzlichen Dank."

An den Prinzen Alexander.

Berlin, 13. April 1899.

Gestern hier angekommen, habe ich heute schon um 9 Uhr den Besuch Seiner Majestät gehabt. Ich habe die Gelegenheit benutzt, ihm das zu wiederholen, was ich ihm geschrieben hatte. Er sagte, ich solle es nur noch weiter probieren und andre für mich arbeiten lassen.

An denselben.

Wildbad, 15. Juli 1899.

... Wildbad ist ein stiller, angenehmer Aufenthalt. Nur meine Popularität macht sich unbequem geltend, da ich auf der Promenade von allen Leuten begrüßt werde. Die Serenade der Kurfürstlichen Kapelle, bei der ein Unbekannter ein Hoch auf mich ausbrachte, dem begeistert zugestimmt wurde, läßt mich auf die freundliche Stimmung der biedern Württemberger schließen.

Anrede an den Stadtschultheißen von Wildbad bei Gelegenheit der Serenade.

Ich danke Ihnen, Herr Stadtschultheiß, von ganzem Herzen für Ihre freundlichen Worte der Begrüßung und bitte Sie, Ihren Mitbürgern, den Bewohnern des klassischen Bodens der Untertanentreue, meinen Dank übermitteln zu wollen für die glänzende Ehrung, die sie mir am heutigen Tage zuteil werden lassen. Ebenso danke ich den verehrten Kurgästen, die sich an dem Zuge beteiligt haben, für die mir erwiesene Aufmerksamkeit. Es ist diese Feier eine zweifache Ehrung: einmal der gemüthliche Gruß, den meine süddeutschen Landsleute dem süddeutschen Reichskanzler darbringen und dann die Anerkennung weiter Kreise aus ganz Deutschland. Das ist für den alten Politiker, der sich der Grenze

seiner Tätigkeit nähert, von besonderem Wert, denn damit wird ihm bezeugt, daß er nicht umsonst gelebt hat.

Wenn der Herr Stadtschultheiß von meiner Leutseligkeit sprach, so möchte ich bemerken, daß es hier selbst dem grämlichsten alten Diplomaten schwer werden würde, nicht freundlich zu sein, wenn ihm auf Schritt und Tritt von schöner Hand duftende Blumen gereicht werden und er überall freundlichen Blicken begegnet. Darum wird mir mein Aufenthalt hier in guter Erinnerung bleiben.

An den Prinzen Alexander.

Alt-Mussee, 1. August 1899.

... Ich bin gestern Abend hier eingetroffen. Ich muß aber erst die Eindrücke, die bei der Ankunft hier über mich kommen, überwinden, ehe ich mich wohl fühle. Die Erinnerung an ein ganzes Leben tritt dann immer so klar vor mich, daß ich ganz krank davon werde. Es ist eine merkwürdige Sache um das menschliche Leben. Man lebt einundfünfzig Jahre glücklich und zufrieden und dann kommt der Riß, der alles zerstört. Und dazu ist der Mensch geschaffen. Da wäre es doch besser, man wäre nie geboren. Das hat schon Sophokles gesagt, und es sind Jahrhunderte vergangen, und jeder weiß es und jeder vergift es jeden Tag und dämmert dahin, erhält Ehrenstellen und Orden und geht dann ab und wird vergessen...

An denselben.

Berlin, 17. August 1899.

Mit der Kanalvorlage sieht es schlecht aus. Wir haben zwar heute wenigstens so viel erreicht, daß die Vorlage in die dritte Lesung kommt, das hilft uns aber nichts, da diese schon Samstag stattfindet. Das gewisse Kompromiß zwischen Zentrum und Nationalliberalen, wodurch das Zentrum bestimmt werden sollte, in dritter Lesung für den Kanal einzutreten, nachdem das Kommunalwahlgesetz zustande gekommen wäre, ist ins Wasser gefallen. Der Kaiser will nun nicht auflösen, weil ihm mehr an dem Zuchthausgesetz als an dem Kanal liegt, und zu dem Zuchthausgesetz braucht er die Konservativen im Reichstag. Ich würde vorziehen, daß man auflöste. Wenn aber der Kaiser kein liberales Ministerium zusammenstellt — und das tut er nicht —, dann ist die Auflösung eher schädlich.

An denselben.

Berlin, 24. September 1899.

... Ich mag nicht mehr nach Mussee gehen. Im Sommer vertreibt die Sonne und der helle Himmel die trüben Gedanken. Im Herbst an



Fürst Clodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Nach einer Aufnahme aus den letzten Jahren.



den langen Abenden sehe ich Mama an ihrem Tisch im Salon schreiben und die Zeitung lesen und denke mein ganzes vergangenes Leben. Dann wird mir traurig zumute, und ich ertrage es nicht. Hier unter all den intriganten Gesichtern, gegen die ich mich verteidigen muß, vergesse ich, was mich niederdrückt.

### Journal.

Berlin, 4. Dezember 1899.

Ich ging heute in den Reichstag, um mit Bassermann, Lieber und Rickert zu reden. Ich sagte Lieber und Rickert, ich würde eine zustimmende Erklärung geben zu dem Antrage auf Beseitigung des Verbindungsverbots, und sie möchten Bassermann sagen, daß er mich nicht angreife, weil mir dann die zustimmende Erklärung unmöglich würde. Dies sahen sie ein und rieten, ich möchte die Begründung Bassermanns nicht abwarten, sondern, sobald der Antrag an der Reihe sei, die Erklärung ohne weitere Motivierung abgeben. Die Schwierigkeit liegt nun darin, daß die Bevollmächtigten zum Bundesrat die Instruktion haben, für die Regelung der Frage durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten zu stimmen, daß sie also neuer Instruktionen bedürfen. Das schadet aber nichts, denn dann erkläre ich, daß Preußen im Bundesrat für den Antrag stimmen wird.

### An den Prinzen Alexander.

Berlin, 6. Dezember 1899.

Nachdem Seine Majestät seine Zustimmung zur Abschaffung des Verbindungsverbots ausgesprochen hatte, konnte ich die nötigen Schritte im Staatsministerium und im Bundesrat tun und war heute in der Lage, im Reichstage zu erklären, daß die verbündeten Regierungen der Aufhebung des Verbindungsverbots zustimmen, wenn der Antrag Bassermann angenommen wird. Bei der zweiten Lesung geschah dies mit großer Mehrheit, und so ist diese leidige Sache endlich aus der Welt geschafft.

### An denselben.

Berlin, 7. Januar 1900.

... Von hier gibt es nichts Neues, außer daß sich mir mehr und mehr die Ueberzeugung aufdrängt, daß ich mich auf meinen Abgang vorbereiten muß. Nur muß ich die Flottendebatte abwarten. Ich möchte das Resultat nicht durch eine Krise stören und kompromittieren. Denn mir liegt daran, daß die Sache zustande kommt, wenn es irgend möglich ist. Wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, England gegenüber das Schicksal Spaniens gegen Nordamerika zu erleben...

## Journal.

Berlin, 7. März 1900.

Als ich gestern Abend mit den Agrariern sprach und das Bedenkliche hervorhob, das einmal in dem Hereintragen des Prohibitionsystems in unsre Zollgesetzgebung<sup>1)</sup> und dann in der Verteuerung des Fleisches im Hinblick auf die Waffe liege, die wir damit den Sozialdemokraten bei den Wahlen geben, wurde mir von W. entgegengehalten, die Landbevölkerung würde ebenso erbittert sein, wenn man ihr die Möglichkeit der Erhöhung der Viehpreise abschneide, wie die Sozialdemokraten, wenn sie kein Fleisch mehr zu essen bekämen. Ich finde, daß dies irrig ist. Die Zahl der Sozialdemokraten und aller kleinen Leute, welche durch die Verteuerung des Fleisches geschädigt werden, ist größer als die durch den Bund der Landwirte aufgeregte Landbevölkerung. Es war, als Seine Majestät die Auflösung des Landtags verwarf, beschlossen worden, den Beamten die Teilnahme an dem Bunde der Landwirte und dessen Begünstigung durch die Behörden zu verbieten. Das ist nicht geschehen . . .

Ansprache bei dem Festmahle zu Ehren der preußischen  
Akademie der Wissenschaften bei deren zweihundert-  
jährigem Jubiläum.

Ich freue mich, Gelegenheit zu haben, der Königlichen Akademie der Wissenschaften öffentlich meinen Dank für die ehrenvolle Auszeichnung<sup>2)</sup> auszusprechen, die sie mir bei ihrer zweihundertjährigen Jubelfeier hat zuteil werden lassen.

Selbstverständlich verdanke ich diese Ehrung nicht wissenschaftlichen Leistungen, sondern dem Interesse, das ich der Wissenschaft im allgemeinen gewidmet habe, und der Fürsorge für dieselbe, zu der ich in meinen verschiedenen amtlichen Stellungen berufen war.

Diese Verührung mit der Wissenschaft gehört zu dem besten Teile meiner amtlichen Tätigkeit. Ihr verdanke ich heute die Ehre und die Freude, hervorragende Gelehrte um mich zu versammeln und die Männer zu begrüßen, die aus der Ferne herbeigeeilt sind, um mit uns dies Jubelfest zu feiern.

Diese ansehnliche Vereinigung hat für mich eine besondere Bedeutung. Meine Herren, ich bin alt geworden in dem Glauben an den Fortschritt der Menschheit, an den aufsteigenden Fortschritt.

Nun gestehe ich, daß mein Glaube in den letzten Jahren etwas erschüttert worden ist. Der naturnotwendige Kampf ums Dasein hat in

<sup>1)</sup> Durch das Fleischbeschaugesetz.

<sup>2)</sup> Die Akademie hatte den Fürsten zu ihrem Ehrenmitglied ernannt.

neuerer Zeit eine Richtung, eine Form angenommen, die an Vorgänge in der Tierwelt erinnert und die einen Fortschritt in absteigender Linie befürchten läßt. Da ist es denn wohlthuend, zahlreiche hervorragende Vertreter der Wissenschaft, die Heroen der Geistesarbeit, hier versammelt zu sehen und daraus die tröstende Ueberzeugung zu schöpfen, daß noch genügend geistige Kraft vorhanden ist, um die drohende Flut der materiellen Interessen auf ihr richtiges Maß zurückzudämmen.

Möge Ihnen die Lösung dieser Aufgabe auch ferner gelingen!

Ich trinke auf das Wohl der Wissenschaft und ihrer Vertreter.

Rede des Fürsten in der Sitzung des Reichstags vom  
12. Juni 1900.

Meine Herren! Der Abgeordnete Liebknecht hat behauptet, bis zum Herbst vorigen Jahres habe keine Begeisterung für eine Flotte im deutschen Volk bestanden. Ich kann diese Behauptung nicht unbeantwortet hinausgehen lassen. Dieselbe ist auch in der Presse hier und da aufgetreten und beruht auf einer irrtümlichen Auffassung der geschichtlichen Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts. Wenn ich zurückdenke an die Zeit vor mehr als fünfzig Jahren und an die Begeisterung für eine deutsche Flotte, die damals das deutsche Volk durchzog, und wenn ich mich der Tatsache erinnere, daß damals die im Deutschen Bunde vereinigten Regierungen sich, mit Ausnahme der preussischen Regierung, der Flotte gegenüber ablehnend verhielten, so darf ich behaupten, daß das Drängen nach einer deutschen Flotte recht eigentlich aus dem Deutschen Volke hervorgegangen ist. Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zeigt, daß der Ruf nach einer Flotte stets dann hervorgetreten ist, wenn sich das Streben nach einheitlicher Gestaltung Deutschlands geltend machte oder wenn diese ihrer Verwirklichung entgegenging oder entgegenzugehen schien.

Es gab ja eine Zeit, wo uns der Gedanke an eine deutsche Flotte fern lag. Es war die Zeit des Bundestags. Damals lebten wir still und harmlos. Wir hatten materiell befriedigende Zustände, wenig Schulden, verhältnismäßig wenig Steuern, wir hatten keine Agrarier, wenn es auch den Grundbesitzern, besonders in den zwanziger Jahren, herzlich schlecht ging. Wir hatten keine Sozialdemokraten; vor allem aber keine Sorgen der auswärtigen Politik, wenigstens in den Mittel- und Kleinstaaten. Diese begnügten sich damit, den Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich am Bundestage aufmerksam zu verfolgen und sich der einen oder der andern dieser Großmächte je nach Bedürfnis und nach dem Gange der Verhältnisse anzuschließen. Im ganzen war es eine Zeit kleinstädtischer Beschränktheit und Behaglichkeit.

Allein dem deutschen Volke genügte das nicht. Die Erinnerung an

die einstige Bedeutung des Deutschen Reichs und die Mißstimmung über die Zerrissenheit und Ohnmacht Deutschlands, die sich mehr und mehr verbreitete, ließen uns nicht zum ungestörten Genuß des materiellen Wohlbefindens kommen. Der Einheitsgedanke, den zunächst die studierende Jugend pflegte, ging in immer weitere Kreise über. Er bildete das Ferment der revolutionären Bewegungen des Jahres 1848. Schon glaubten wir uns am Ziel, als jene Bewegung an der Ungunst der Verhältnisse scheiterte. Da ein mächtiges Reich nicht ohne Flotte gedacht werden kann, so mußte der Gedanke an die Flotte verschwinden, als das Reich verschwand. Erst zwanzig Jahre später ward das Reich dank den Siegen der vereinten deutschen Heere unter der jubelnden Zustimmung des deutschen Volkes gegründet. Auch jetzt trat sofort die Forderung einer deutschen Flotte auf. Man war einig in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit derselben, die denn auch von da an in ihrer Entwicklung stetig fortgeschritten ist. Meinungsverschiedenheiten traten seitdem nur auf in bezug auf die Größe der Flotte und die Höhe der zu verwendenden Mittel. Der Weg, den man einschlug, um die Mittel für Heer und Flotte zu beschaffen, führte zu der Reform unsrer Zollgesetzgebung, und dies hatte einen industriellen Aufschwung, eine Entwicklung unsers Handels zur Folge, die das Verlangen nach dem Schutze unsers Handels durch eine Flotte mit erneuter Kraft hervortreten ließ. Es handelt sich da nicht allein um den Schutz einzelner Schiffe oder um den Nachdruck, mit dem Forderungen in fremden Ländern zu unterstützen sind, sondern es handelt sich darum, unsre Existenz als handeltreibende Weltmacht zu sichern. Das Deutsche Reich darf nicht abhängig sein von dem guten Willen anderer mächtigen Nationen; es muß auf eignen Füßen stehen und auf Achtung zählen können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer starken Flotte. Die neueste Geschichte lehrt, wohin ein Land kommt, das eine ungenügende Flotte hat. Zum Schlusse möchte ich diejenigen, denen die Opfer, die die Flotte verlangt, zu lästig erscheinen, nochmals daran erinnern, daß die idealen Einheitsbestrebungen, das Drängen nach einer Weltmachtstellung, die aus dem deutschen Volke hervorgegangen sind, uns auf die Bahn geführt haben, auf der wir uns befinden und auf der wir nicht umkehren können.

Nach dem Gange, den die zweite Lesung der Gesetzesvorlage genommen hat, wird diese Auffassung ja auch von der großen Majorität dieses hohen Hauses geteilt, und ich zweifle nicht, daß der Reichstag in gewohntem Patriotismus seine Beschlüsse zum Wohl des Vaterlandes fassen wird.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Das Flottengesetz wurde in dieser Sitzung mit 201 gegen 103 Stimmen angenommen.

An den Prinzen Alexander.

Berlin, 13. Juli 1900.

Es war doch ein guter Gedanke, die Rede noch zu halten . . . Seine Majestät hat mir von Homburg telegraphiert:

Ich erwidere von innigster Seele Deinen freundlichen Glückwunsch. Denn Du kannst auch stolz sein auf das Ergebnis. Bürgerliches Gesetzbuch und zwei Flottenvorlagen — zwei so wichtige Maßregeln für die innere und äußere Entwicklung unsers Vaterlandes sind noch von keinem Kanzler je gegengezeichnet worden.

Wilhelm, I. R.

An die Prinzessin Amalie.

Werki, 26. August 1900.

. . . In wenigen Tagen verlassen wir Werki. Für mich wird es die letzte Abreise sein. Meine Kinder wollen im Spätherbst zum Ordnen der Sachen, die wir mitnehmen, wieder herkommen. Wenn ich nicht mit dem Leben abgeschlossen hätte, würde mir der Abschied sehr leid tun. So trage ich es, besonders weil es eigentlich nur der Schluß des ganzen Aufgebens einer glücklichen Vergangenheit ist. Ich muß dankbar zurückblicken auf ein glückliches Leben, wie es wenigen Sterblichen zuteil geworden ist.

Journal.

Homburg, 16. Oktober 1900.

Gestern Mittag 1 Uhr 40 Min. fuhr ich von Berlin ab und kam nach einer unangenehmen Fahrt in dem Salonwagen, der wie eine Yacht hin und her schwankte, um 11½ Uhr Abends in Homburg an. Hier fand ich einen Brief von Tschirschky, der mir mitteilte, daß Seine Majestät mich um 12 Uhr des andern Tags zum Vortrag erwarte.

Ich wollte nun heute Lucanus mein Entlassungsgesuch schicken, bekam es aber mit der Meldung zurück, daß Lucanus nach Berlin gereist sei und erst morgen zurückkomme. Nun gab ich es Tschirschky, der es auch richtig dem Kaiser übergab. Als ich um 12 Uhr zum Kaiser kam, empfing dieser mich sehr freundlich. Wir erledigten erst die Einberufung des Reichstags, und dann sagte Seine Majestät: „Ich habe ja einen sehr betrübenden Brief erhalten.“ Als ich dann die Notwendigkeit des Rücktritts mit meinem Gesundheitszustand und meinem Alter begründete, stimmte der Kaiser ganz befriedigt zu, so daß ich sah, daß er mein Entlassungsgesuch schon erwartet hatte, daß es also die höchste Zeit war, damit loszugehen . . . Wir sprachen dann noch über den Nachfolger, und ich war angenehm überrascht, daß er gleich Bülow nannte, der jedenfalls im Augenblick der beste ist. Seine Majestät sagte dann, er werde Lucanus telegraphieren, daß

er Bülow hierherbringen möchte, damit wir hier über die Details beraten könnten. Ich frühstückte dann mit den Majestäten und fuhr beruhigt nach Hause.

Der kaiserliche Erlaß, der den Abschied des Fürsten bewilligt, und das Handschreiben, in welchem die Verleihung des Schwarzen Adlerordens in Brillanten mitgeteilt wird, sind vom 17. Oktober 1900 datiert.

An die Prinzessin Elise.

Berlin, 3. November 1900.

... Ich habe mich rascher entschlossen, abzugehen, als ich es anfangs beabsichtigt hatte. In den letzten Wochen kam allerhand vor, das mir die Ueberzeugung aufdrängte, daß ein Wechsel in der Person des Reichskanzlers dem Kaiser nicht unangenehm sein würde. Da ich nun fortgesetzt an Asthma und an Schwerhörigkeit leide, so hielt ich mich berechtigt, einen Strich zu machen und mit diesem Lebensberuf abzuschließen. Der Kaiser nahm auch mein Gesuch sehr freundlich auf, und mein Abgang hat sich in der friedlichsten Weise ohne Gefränktheit vollzogen. Als ich am Tage nach der Entlassung noch zur Konfirmation des Prinzen Adalbert in Homburg blieb, wurde mir das von den beiden Majestäten hoch angerechnet.

Ich freue mich immer, wenn ich bei solchen Gelegenheiten mich von dem christlichen Sinn der kaiserlichen Familie überzeugen kann. In unsrer vorwiegend glaubenslosen Zeit erscheint diese Familie wie eine Oase in der Wüste. Ich bin dann auf zwei Tage nach Baden gefahren und dann hierher, wo ich meine Zeit zwischen Packen, Visitenmachen und Empfangen teile. Sowie ich hier fertig bin, fahre ich auf einige Tage nach Schillingsfürst und dann wahrscheinlich nach Meran. In der nächsten Woche sage ich dem Reichskanzlerpalais Lebewohl. Die Erinnerung, daß Marie hier gestorben ist, macht mir den Abschied schmerzlich.

An die Prinzessin Elise.

Schillingsfürst, 1. Dezember 1900.

Die Sendung der Bücher von Luthardt<sup>1)</sup> ist mir sehr willkommen, und ich danke dir herzlich dafür. Jetzt, wo ich die Last des Amtes abgelegt habe, treten die andern, die Menschheit bewegenden Fragen näher an mich heran, und wenn ich das Buch durchblättere, sehe ich, daß ich da Auskunft finden werde.

In den letzten Tagen kam der Gedanke an den Begriff „Ewigkeit“ über mich. Das ist etwas so Erschreckendes, daß man nicht wieder da-

<sup>1)</sup> Die apologetischen Vorträge.

von loskommt. Erschreckend in der Unbegreiflichkeit. Die Ewigkeit der Zeit und des Raums ist nun einmal nicht zu begreifen, ja nicht einmal zu denken. Da hilft nur der Glaube.

An dieselbe.

Meran, 14. Dezember 1900.

Alles, was Du in Deinem Brief über die Auferstehung sagst, ist richtig, erklärt mir aber das Unbegreifliche der Ewigkeit von Zeit und Raum nicht. Ewig ist nur Gott und Christus, der auch Gott ist. Was sie tun, tun sie in Zeit und Raum. Das hat aber nichts mit der Unbegreiflichkeit der Begriffe (Zeit und Raum ewig) zu tun. Und daß Zeit und Raum ewig sein müssen, das ist nicht zu bezweifeln. Diese große, imposante, ja schreckliche Wahrheit ist unvereinbar mit dem Atheismus...

An die Prinzessin Elise.

Meran, 23. Januar 1901.

Also unsere gute Königin Viktoria ist nun auch geschieden. Ich betraure sie von Herzen. Sie war mir immer eine gnädige Gönnerin und, nachdem sie alle ihre alten Freunde verloren hatte, wie das ja im Alter nicht anders sein kann, erinnerte sie sich eines der wenigen Ueberlebenden der Jugendzeit und ließ mich noch im vorigen Jahre durch unsern Kaiser auffordern, sie noch einmal zu besuchen. Das hat sich nun nicht ausführen lassen, und ich hoffte, sie würde noch nach Nizza kommen, wo ich sie aufgesucht haben würde. Ich glaube, daß der südafrikanische Krieg sie mehr bekümmert hat, als die alte Frau ertragen konnte, und daß die barbarisch-egoistische Politik der englischen Staatsmänner, der sie sich unterwerfen mußte, ihr Leben verkürzt hat. Ich werde ihr ein treues Andenken bewahren.

Ueber die letzten Monate in dem Leben des Fürsten schreibt die Prinzessin zu Salm-Horstmar:

„Im Mai 1901 durfte ich noch mit meinem Bruder in Berlin eine wunderschöne Zeit verleben. Der Mai im Tiergarten war entzückend. Fast täglich machten wir Spazierfahrten und hatten dabei ernste Gespräche. ‚Wie wenig denken doch die Menschen an den Tod,‘ äußerte er einmal und erinnerte sich dabei an eine Inschrift, die er einst im Jahre 1848 bei den Fürstengräbern im Hohenlohischen gefunden hatte: ‚Verne zu sterben!‘ Am Sonntag Cantate wachte ich früh mit dem Gedanken auf, daß doch jeder Sonntag eine Erfüllung des Worts ist: ‚Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken.‘ Als

ich dies beim Frühstück meinem Bruder erzählte, sagte er: „Ja freilich, so ist es auch.“ Am 17. Mai mußte ich abreisen. Den Tag vorher war Himmelfahrt, ein unvergleichlich schöner Maitag. Da sagte mein Bruder: „Wir wollen noch einmal zusammen in die Siegesallee und ein wenig gehen.“ Mein Bruder versprach, noch nach Hörter zu kommen und hielt auch sein Versprechen. Mittwoch den 19. Juni traf er Nachmittags bei uns ein und blieb leider nur bis zum Freitag. Das schönste Sommerwetter hatte Gott für diese Tage geschenkt, und eine Fülle von Rosen umgab uns. Wir fuhren nach Corvey. Dort empfing ihn die Tochter eines Beamten mit einem Rosenstrauß und einem Gedicht. Wir betraten die Räume, wo wir in der Jugend zusammen gewesen waren. Mein Bruder schrieb auf einige Familienporträts, über welche Unsicherheit geherrscht hatte, die Namen auf. Dann gingen wir in die Gruft, welche meine Mutter im Jahre 1841 für meinen Vater herrichten ließ und in welche 1897 auch der Sarg meiner Mutter übergeführt war. Die Kapelle über der Gruft ist ein Teil der alten Klosterkirche. Mein Bruder hatte die zwei Särge hier noch nicht zusammen gesehen. Aus dem Schloß führt ein lieblicher Weg im Grünen bis zur Tür der Gruft, man sieht von da auf die waldigen Hügel des Sollings. Es war so feierlich, als mein Bruder auf diesem Wege langsam dahinschritt und sagte: „Nun sind es sechzig Jahre, daß unser Vater gestorben ist.“ In der Gruft legte mein Bruder zwei Kränze von weißen Nelken auf die Särge, und es war ihm recht, daß ich die Bibelworte sprach: „Es wird gesäet verweslich und wird auferstehen unverweslich“ und um eine selige Nachfahrt betete. Auf dem Rückweg wurde mein Bruder wieder mit Rosen begrüßt. Ueberall waren Rosen um ihn her. Der Besuch der Gruft war Donnerstag den 20. Juni Morgens 11 Uhr. Genau drei Wochen danach ward mein Bruder in Schillingsfürst beigesetzt.“

Fürst Hohenlohe wurde in Paris von einem Unwohlsein befallen, welches seine Kräfte sehr mitnahm. Er kam krank nach Colmar, wo er einige Tage im Hause seines Sohnes verweilte. Obwohl seine Kräfte sich nicht hoben, wünschte er die Reise fortzusetzen, weil er von dem Aufenthalte in Ragaz, den er sich vorgenommen hatte, Stärkung hoffte. Am 3. Juli kam er in Ragaz an und starb dort am 6. Juli 1901.

# Personenregister

I. = Band I, II. = Band II

## A

Abd-ul-Aziz, Sultan I. 251. 253. 254.  
II. 191.

Abeken, Geh. Legationsrat I. 375. 376.  
II. 119.

d'Abzac, franz. General II. 312.

Adalbert, Prinz von Bayern I. 168. 252.  
253. 254. 328. 329. 330. 339. 422. II. 88;  
dessen Gemahlin I. 339.

Adlerberg, Graf Alexander I. 97.

Adolf, Herzog von Nassau I. 22. 171.

Adolf, Fürst von Schaumburg-Lippe  
II. 45.

Adolf, Prinz von Schaumburg-Lippe  
II. 470. 507.

Aegidi, Prof. I. 346.

Afsakow, Iwan, russ. Schriftsteller II. 266.

Albedyll, preuß. General II. 87. 298. 358.  
371. 391. 392. 495. 513.

Albert, Prinz von Sachsen-Coburg, Ge-  
mahl der Königin Viktoria von Eng-  
land I. 6. 8. 10. 12. 68. 87. 88. 89. 90.  
91. 139. 193. II. 449.

Albert, König von Sachsen, als Kron-  
prinz II. 28; als König II. 388. 389.

Albrecht, Erzherzog von Oesterreich I. 135.  
II. 178.

Albrecht, Prinz von Preußen II. 63. 97.  
260. 262. 276. 358. 393. 502. 504.

d'Alençon, Herzog I. 328. 329.

— Herzogin Sophie I. 328.

Alexander von Battenberg, Fürst von  
Bulgarien II. 340. 363. 393. 394. 403.  
435.

Alexander, Prinz von Hessen I. 166. 193.

Alexander II., Kaiser von Rußland I. 97.  
98. 327. II. 7. 121. 142. 152. 156.  
162. 172. 198. 204. 210. 240. 266. 267.  
269. 274. 276. 280; dessen Gemahlin  
I. 327. 328. 329.

Alexander III., Kaiser von Rußland  
II. 311. 344. 352. 425. 432. 436. 445.  
446. 447. 448. 482. 483. 491. 515.

Alexander, Abt zu Mülk II. 428.

Alexis, russ. Großfürst II. 436.

Alfons XIII., König von Spanien II.  
141. 142. 163. 164. 165. 166. 174. 341.  
344. 346. 347. 374. 379.

Alice, Prinzessin, Tochter der Königin  
Viktoria von England I. 87. 90. 370.  
371. 373. II. 33.

Altenstein, Minister I. 5.

Alvensleben, Graf v., deutscher Diplomat  
II. 279. 466. 494.

v. Alvensleben, General, I. 161. II. 486.  
487. 505.

Amadeus, Prinz von Italien, Exkönig  
von Spanien II. 229.

Andlaw, Graf, bad. Oberhofmarschall  
II. 497. 505.

Andrassy, Graf, österr. Minister II. 139.  
173. 175. 177. 178. 186. 187. 198. 202.  
203. 213. 219. 230. 232. 239. 241. 243.  
246. 253. 259. 274. 275. 277.

— Gräfin II. 398.

Andrieux, franz. Politiker II. 330.

de Angelis, Kardinal II. 154.

Antonelli, Kardinal I. 55. 56. 57. 80.  
399. 429. II. 3. 140. 281.

Apponyi, Graf, österr. Botschafter in  
Paris I. 89. II. 111. 122. 143.

Arago, Emanuel II. 150.

Arco-Valley, Graf I. 60. 155. 368. 369.  
II. 7. 54. 55. 177. 200. 207. 481.

Arenberg, Major, Prinz, österr. Militär-  
attaché in Petersburg II. 9.

Aretin, Karl Maria, Fhr. v. I. 171. 174.  
307. 370.

Aristarchi Bei I. 373.

Arnim, Graf Harry, deutscher Botschafter  
II. 4. 77. 78. 88. 107. 118. 121. 123. 125.

135. 136. 137. 140. 141. 178. 196. 198.  
199. 336. 374. 495.
- Arnim, Frau v., Bismarcks Schwester  
II. 56.
- v. Arnim, Bettina I. 20. 21. 22.
- v. Arnim-Boitzenburg, preuß. Minister  
I. 82.
- Artom, ital. Gesandter I. 365.
- Aschenborn, deutscher Diplomat II. 503.
- Utholl, Herzogin von I. 87.
- d'Audiffret-Pasquier, Duc II. 161. 181.  
206.
- v. Auerwald, preuß. Minister I. 82.
- August, Herzog von Koburg I. 329. II. 126.
- August, Prinz von Württemberg I. 371.  
II. 204. 260.
- Augusta, Gemahlin des Kaisers Wil-  
helm I. I. 93. 116. 118. 119. 120.  
154. 204. 261. 306. 307. 395. II. 4. 7.  
8. 9. 32. 49. 50. 61. 87. 94. 101. 102.  
110. 133. 135. 136. 152. 169. 171. 198.  
203. 211. 212. 220. 221. 235. 237. 243.  
244. 253. 262. 275. 311. 334. 387. 388.  
389. 390. 395. 397. 398. 412. 417. 422.  
426. 429. 439. 444. 448. 452. 456. 458.  
459. 460. 489.
- St. Aulaire, Graf II. 131.
- Humale, Herzog von II. 60. 150. 180.  
198. 342. 348. 349. 401.
- B**
- Babeuf, franz. Sozialist II. 124.
- Bach, Bürgermeister von Straßburg,  
1887 Unterstaatssekretär für Elsaß-  
Lothringen II. 381. 411. 412. 414. 415.  
416. 417. 421. 425. 441.
- Baden, Prinz Wilhelm von II. 78. 86.
- Bamberger, Abg. II. 5. 6. 60. 73. 176.  
235. 256. 270.
- Bancroft, amerik. Gesandter in Berlin  
I. 371. II. 76. 87.
- Bapst, Eigentümer des „Journal des  
Débats“ II. 213.
- Variatsinsky, Fürst II. 258.
- Barrère, Camille, frz. Diplomat II. 354.
- Barth, Marquard, Politiker I. 130. 158.  
416. II. 5. 7. 18. 21. 22. 23. 25. 26.  
43. 45. 54. 62. 63. 72. 73. 81. 86.
- Bassano, Duc de I. 122.
- Bassermann, Ernst, nationalliberaler Abg.  
II. 537.
- Bauer, Bruno, Theologe I. 21.
- v. Baur, württ. Legationssekretär I. 333.  
335.
- v. Bayer, bayr. Reichsrat I. 105. 107.  
108. 109. II. 4.
- Bazaine, franz. Marschall II. 28. 144.  
197.
- Beaconsfield, Lord II. 230. 232. 233. 234.  
235. 236. 238. 240. 244. 245. 247. 248.  
253.
- Bebel, sozialdem. Abg. II. 74. 256.
- Befr, Pater, Jesuitengeneral I. 394.
- Bendendorff, russ. Staatsmann II. 520.
- v. Benda, Robert, Politiker I. 369. II. 78.  
290.
- Benedetti, Graf v., franz. Gesandter in  
Berlin I. 224. 314. 315. 379. II. 70.  
216.
- Bennigsen, Rudolf v., deutscher Staats-  
mann I. 130. 222. 308. II. 5. 25. 30. 62.  
63. 73. 74. 85. 86. 87. 97. 99. 100. 106.  
212. 235. 239. 255. 257. 258. 260. 290.  
297. 416.
- Berchem, Graf I. 305. II. 14. 466.
- Berchtold, bayr. Parlamentarier I. 158.
- Berg, Graf, Feldmarschall I. 386. 387.  
388. 389. 391.
- Berlepsch, Hans Hermann, Frhr. v.  
II. 418.
- Bernhard Erich Freund, Herzog von  
Meiningen I. 132. 133.
- Bernstorff, Graf II. 460.
- Bernuth, preuß. Minister II. 58. 61. 69.  
79. 86. 102. 103.
- Bert, Paul, franz. Unterrichtsminister  
II. 323.
- v. Bertrab, rudolstädtscher Minister  
II. 7.
- v. Bethmann-Hollweg, preuß. Minister  
I. 82. 132.
- Bethusy-Huc, Graf v., deutscher Poli-  
tiker II. 31. 44. 75.
- Beust, Graf v., I. 120. 123. 131. 135. 136.  
137. 143. 198. 223. 224. 225. 228. 230.  
231. 236. 238. 240. 243. 277. 278. 281.  
295. 296. 312. 343. 360. 363. 364. 365.  
366. 388. 391. 392. 395. 396. 397. II. 41.

93. 157. 186. 258. 259. 264. 289. 313.  
320. 321. 323. 327.
- v. Beyer, bad. Kriegsminister I. 324. 332.  
334. 335.
- Bibesco, Fürst II. 180. 181.
- Bibikow, Generalgouverneur von Wilna  
I. 69.
- Bickell, Kreisdirektor II. 383.
- Biddulph, Oberst, Haushofmeister der  
Königin von England I. 86.
- Biron, Prinzess Fanny von I. 33.
- Bisaccia, Duc de II. 199.
- Bismarck, Herbert, Graf II. 171. 173. 201.  
219. 241. 245. 278. 287. 291. 340. 357.  
371. 426. 432. 433. 437. 440. 441. 446.  
449. 456. 459. 463. 465. 471. 473. 488.  
509. 518.
- Bismarck, Otto, Fürst v. I. 135. 144. 154.  
157. 163. 166. 169. 170. 175. 198. 202.  
203. 204. 210. 215. 221. 222. 223. 224.  
225. 226. 228. 230. 231. 234. 235. 236.  
237. 244. 245. 246. 259. 275. 276. 279.  
301. 303. 304. 305. 306. 309. 310. 311.  
312. 313. 316. 317. 338. 341. 342. 343.  
348. 349. 350. 373. 374. 375. 376. 377.  
378. 379. 380. 385. 386. 435. 439. II. 5.  
6. 9. 19. 21. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 30.  
34. 35. 36. 40. 41. 46. 47. 49. 55. 56.  
57. 60. 61. 62. 63. 69. 70. 71. 72. 77. 78.  
79. 81. 90. 93. 95. 96. 97. 98. 101. 102.  
103. 104. 105. 106. 107. 108. 110. 111.  
112. 113. 114. 116. 117. 118. 119. 120.  
121. 124. 125. 127. 129. 132. 133. 134.  
135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 145.  
146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153.  
155. 156. 157. 158. 159. 163. 164. 167.  
168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 176.  
177. 178. 187. 189. 197. 198. 199. 200.  
201. 202. 203. 206. 208. 209. 210. 211.  
212. 213. 214. 216. 220. 222. 223. 225.  
226. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234.  
235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242.  
243. 244. 245. 246. 247. 248. 250. 252.  
253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260.  
268. 269. 270. 271. 272. 274. 275. 276.  
277. 278. 279. 280. 282. 283. 284. 287.  
288. 290. 291. 292. 293. 295. 296. 297.  
298. 299. 300. 302. 304. 305. 306. 307.  
310. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 328.  
329. 334. 340. 341. 342. 343. 347. 348.  
350. 352. 353. 354. 356. 358. 359. 360.  
362. 363. 365. 374. 388. 393. 395. 398.  
403. 404. 406. 407. 408. 409. 410. 411.  
412. 413. 414. 416. 417. 418. 419. 420.  
422. 423. 424. 425. 426. 428. 429. 430.  
432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 440.  
441. 444. 445. 448. 449. 450. 456. 457.  
458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465.  
466. 468. 470. 473. 474. 476. 482. 483.  
484. 488. 489. 490. 491. 494. 495. 505.  
509. 510. 516. 518. 519. 524. 525. 526.  
532.
- Bismarck, Fürstin II. 110. 113. 114. 116.  
119. 134. 211. 212. 219. 271. 279. 298.  
299. 342. 358. 426. 437. 463.
- Wilhelm, Graf II. 134. 358.
- Bismarcks Bruder II. 119.
- Blacas, Graf II. 294.
- Blanc, Louis, franz. Publizist II. 124.  
288.
- Mademoiselle II. 199.
- Blankenburg, Abg. zum Zollparlament  
I. 308. II. 7.
- v. Bleichröder, Bankier II. 120. 221.  
223. 234. 246. 255. 269. 278. 280.  
287. 291. 346. 367. 403. 416. 417. 437.  
488.
- Blest-Gana, Madame II. 314. 315. 327.
- Blome, österr. Gesandter in München  
I. 157.
- v. Blowitz, Korrespondent der „Times“  
II. 158. 161. 168. 170. 175. 185. 190.  
210. 225. 227. 235. 236. 237. 244. 245.  
247. 251. 252. 262. 263. 284. 285. 321.  
324. 325. 337. 400.
- Bluhme, Oberstleutnant II. 244. 245. 247.  
249. 250.
- Blum, Hans, Schriftsteller II. 30.
- Blumenthal, Graf Leonh. v., preuß.  
General II. 263. 509.
- Bluntzli, Johann Kaspar, Rechtslehrer  
I. 303. 304. 308. 310. 311. 372.  
II. 5.
- v. Bodelschwingh, Oberpräsident der  
Rheinprovinz I. 15.
- v. Bodenstedt, Friedrich I. 134. 155.
- Bodet, Mathieu, franz. Finanzminister  
II. 131.

- v. Bomhard, bayr. Minister I. 177. 178. 187. 193. 212. 213. 218. 219. 225. 405. 406. 417. II. 12.
- v. Bonin, preuß. Minister I. 82.
- Bonnat, franz. Maler II. 281.
- Booth, Miß II. 339.
- Borel, franz. General II. 262.
- Bothmer, Graf v., bayr. Generalmajor I. 231.
- v. Bötticher, Karl Heinrich, preußischer Minister II. 416. 418. 421. 430. 449. 475. 497.
- Boujeau, Senator II. 154.
- Boulanger, franz. General II. 400. 401. 404. 449.
- Bourgoing, franz. Botschafter II. 204.
- v. Boyen, Fanny II. 246.
- v. Boyen, Hermann, Generaladjutant Kaiser Wilhelms I. II. 263.
- Brandenburg, Graf v., preuß. Staatsmann II. 484.
- Brandenburg, Gräfin, Hofdame der Kaiserin Augusta I. 116.
- Bratiano, rumän. Minister II. 244. 340. 341.
- Braun, bayr. Staatsmann I. 416.
- Bray-Steinburg, Graf v., bayr. Minister I. 177. 179. 228. 360. 439. II. 12. 13. 17. 20. 21. 24. 25. 26. 34. 35. 43. 54. 65. 89.
- Brin, ital. Minister II. 488.
- Brissou, franz. Politiker II. 285.
- Brogie, Duc de, franzöf. Staatsmann II. 122. 123. 124. 144. 163. 168. 181. 184. 197. 206. 215. 222. 224. 225. 289.
- Bronsfart v. Schellendorff, Kriegsminister II. 505. 526.
- Bruck, Baron, österr. Gesandter in München II. 40. 41.
- Brun, Lucien, franz. Parlamentarier II. 128.
- Bucher, Lothar II. 119. 152. 230. 233. 234. 236. 242. 270. 278. 287.
- Buffet, franz. Minister II. 124. 150. 159. 160. 162. 180. 184. 193. 206.
- v. Bülow, Adolf, preuß. General (1871 bis 1882 Militärattaché in Paris) II. 126. 151. 314. 348.
- Bülow, Bernh., Fürst v., Reichskanzler (1879 Botschaftssekretär in Paris, 1897 Staatssekretär) II. 318. 319. 471. 507. 514. 541. 542.
- v. Bülow, Bernh. Ernst, Staatssekretär II. 112. 135. 136. 152. 155. 156. 169. 172. 173. 176. 177. 181. 198. 212. 214. 216. 230. 231. 232. 241. 247. 249. 251. 253. 276. 277. 278. 293. 295.
- Otto, Diplomat II. 197. 275. 276. 279. 287. 398.
- Frau, später Gemahlin Richard Wagners I. 319.
- Bunsen, Georg, Frhr. v., Abg., II. 55. 74. 87.
- Buol, Graf I. 91.

## C

- Cabrera, span. Staatsmann II. 164.
- Cadore, Marquis de, franz. Gesandter in München I. 315. 316. II. 33.
- Calabrine, Marchesa I. 75.
- Callimachi, rumän. Gesandter in Paris II. 214. 227.
- Cambridge, Herzog von II. 32.
- Camphausen, Otto, preuß. Staatsmann II. 70. 202. 212. 242. 255.
- Caniz, Frhr. v. I. 387.
- Canofari, Gesandter I. 122.
- Canovas del Castillo, span. Staatsmann II. 164. 379. 380.
- Canrobert, Marschall II. 273.
- Caprivi, Graf v., deutscher Reichskanzler II. 461. 462. 463. 467. 470. 471. 472. 475. 478. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 490. 491. 494. 495. 500. 501. 502. 505. 511. 512. 513. 519. 534.
- Carlos, Don, span. Kronprätendent, Herzog von Madrid II. 161. 164. 167. 174. 215.
- Carrière, Prof. II. 17.
- Casimir-Périer, franz. Staatsmann II. 126. 131. 183. 188.
- Castelar, Emilio, span. Parteiführer II. 380.
- Castell-Castell, Gustav, Graf I. 162. 165. 169. 316. 319. II. 17. 325. 385. 387.
- de Castellane, franz. Parlamentarier II. 126.

Castro, span. Minister II. 164.  
 Catafazy, russ. Staatsmann II. 436.  
 Cavour, ital. Staatsmann II. 145.  
 Cazot, franz. Minister II. 286.  
 Cenni, Privatsekr. v. Papst Pius IX. II. 16.  
 Chabaud-Latour, franz. Minister II. 128.  
 131.  
 Challemel-Lacour, franz. Minister II. 144.  
 284. 285. 337. 338. 340. 346.  
 Chambord, Graf v. I. 329. 331. 337. 342.  
 347. 350. II. 109. 119. 294.  
 Charlotte, Prinzessin von Preußen I. 373.  
 Charpentier, Baron II. 467.  
 Chartres, Duc de I. 329. II. 220. 348.  
 Chaudet, Redakteur II. 154.  
 Chaudordy, Graf, französischer Diplomat  
 II. 185. 195. 204. 205. 209.  
 Chigi, Don Flavio, Nunzius I. 389.  
 Chimay, Prince de II. 199.  
 Chreptowitsch, Graf I. 97.  
 Christine, Königin von Spanien I. 79.  
 Cialdini, Enrico, Herzog von Gaëta  
 II. 204. 264. 272.  
 Ciffey, General, franz. Kriegsminister  
 II. 124. 131. 193. 200.  
 Clémenceau II. 261. 400.  
 Clemm, Kreisdirektor II. 467.  
 Clinchant, Frau v. II. 401.  
 Colloredo, Gräfin I. 76.  
 Crenneville, Graf I. 101. 132.  
 Cochery, franz. Minister II. 286.  
 Cogolniceano, Mich., rumän. Minister  
 II. 244.  
 Cohn, Baron II. 344. 345.  
 v. Colomb, Oberst II. 277.  
 Corti, Graf II. 232.  
 Courcel, Baron de, franz. Diplomat  
 II. 329. 340. 351. 354. 398.  
 Graemer, Reichstagsabg. II. 62.  
 Crailsheim, Freiherr v., bayr. Minister  
 II. 296. 297. 363.  
 Crémieux, franz. Parlamentarier II. 125.  
 Cron, Herzog von II. 200.  
 — Madame de, II. 336.  
 Cumberland, Herzog von II. 358.  
 Cumont, frz. Unterrichtsminister II. 124.  
 Curtius, Ernst, Altertumsforscher II. 55.  
 Czacki, Nunzius II. 254. 281. 282. 313.  
 Czapski, Graf II. 472.

D

Dacheux, Superior II. 382. 399. 400.  
 Dahiret, franz. Parlamentarier II. 126.  
 Dalwigk, Frhr. v., großh. hess. Minister  
 I. 200. 244. 245. 246.  
 Darboy, Erzbischof von Paris II. 153.  
 David, Pascal, Publizist II. 475. 476.  
 Daxenberger, bayr. Staatsrat I. 182.  
 264.  
 Decazes, Duc de, franz. Minister des  
 Auswärtigen II. 122. 123. 124. 131.  
 133. 141. 144. 152. 155. 156. 158. 159.  
 160. 162. 163. 169. 170. 175. 176. 177.  
 178. 180. 181. 182. 185. 187. 188. 189.  
 190. 191. 192. 193. 194. 195. 197. 198.  
 199. 204. 205. 207. 208. 209. 210. 213.  
 214. 215. 216. 217. 224. 225. 227. 228.  
 289. 290. 306. 350.  
 v. Dechend, Reichsbankpräsident II. 204.  
 Degenfeld, Graf v., österr. Kriegsminister  
 I. 101.  
 — württ. Gesandter I. 157. 236. 322.  
 v. Delbrück, Martin Friedrich Rudolf,  
 preuß. Staatsmann I. 245. 276. 305.  
 369. 376. II. 24. 30. 32. 63. 70. 86.  
 99. 100. 101. 235. 238. 258.  
 Derby, Lord II. 197. 201.  
 v. Derenthall, preuß. Diplomat II. 354.  
 Dernburg, Publizist II. 212. 242. 246.  
 287. 290. 305.  
 Deroyn, Graf I. 160. 164.  
 Desprez, franz. Ministerialdirektor II. 126.  
 239. 243. 247. 252.  
 Detaille, franz. Künstler II. 477.  
 Devel, Oberst I. 389. 390.  
 v. Dintel, Bischof I. 174. 354.  
 v. Diringshofen, Major II. 494. 504. 513.  
 Disraeli, Staatsmann II. 184. 189. 190.  
 197.  
 Dolgoruky, russ. Diplomat II. 344.  
 v. Döllinger, Ignaz, Stiftspropst I. 351.  
 353. 354. 355. 359. 365. 392. 393. 394.  
 399. 401. 402. 404. 439. II. 13. 29.  
 52. 77. 88. 89. 90. 131. 155. 341.  
 Dönhoff, Gräfin II. 201. 270.  
 v. Dönniges, bayr. Diplomat I. 178. 183.  
 189. 255. 256. 399.  
 Dorn, Abgeordneter II. 86.  
 Dörnberg I. 296.

Drouot, Madame II. 335.  
 Dubský, Graf II. 376.  
 Ducamp, Maxime, franz. Schriftsteller II. 293. 294. 397. 444. 445. 457. 479.  
 Duchâtel, Graf, franz. Staatsmann I. 122.  
 Duclerc, Eugène, franz. Politiker II. 206. 207. 329. 330. 331.  
 Dufaure, franz. Justizminister II. 126. 180. 181. 183. 184. 186. 187. 188. 193. 194. 206. 207. 225. 261. 262. 263.  
 Dupanloup, Bischof von Orleans I. 393. 394. 395. 404. II. 4. 8.  
 Duprat, Pascal, franz. Publizist I. 296.  
 Durand, Carolus II. 126. 479.  
 Dürkheim, Graf, ehemaliger Präsekt im Elsaß II. 109.  
 Dürig, bayr. Offizier I. 168. 169.  
 Durnowo, russ. Staatsmann II. 522.  
 Dury, Bürgermeister, Urville II. 502.  
 Dutreil, Diplomat II. 203.  
 Duval, Raoul, franz. Deputierter II. 145.  
 Duvernois, Clément, franz. Politiker II. 311.

### E

Edel, Prof. Dr., bayr. Abg. I. 159. 211. 212. 308. 398.  
 Eduard VII., König von England, als Prinz von Wales I. 90. 91. 193. II. 440.  
 Eichthal, Abgeordneter zum Zollparlament I. 307.  
 Eisehart, bayr. Staatsrat I. 413. 414. 416. II. 12. 21. 23. 65. 88. 107.  
 Elisabeth, Kaiserin von Oesterreich I. 101.  
 Elisabeth, Königin von Preußen I. 21.  
 Elisabeth, Prinzessin, spätere Erbgroßherzogin von Oldenburg II. 33.  
 Elvira, Prinzessin, Tochter des Prinzen Adalbert von Bayern I. 339.  
 Erbach-Erbach, Graf I. 7. 9. 129.  
 Erlanger, Baron II. 200. 275. 309.  
 Ernst I., Herzog von Koburg I. 6. 7.  
 Ernst II., Herzog von Koburg I. 83. 127. 128. 129. 130. 131. 163. 169.  
 Esterhazy, Fürst Paul Anton I. 88.  
 — franz. Offizier II. 533.  
 d'Eu, Comte II. 124.  
 Eudes, franz. General II. 293.

Eugenie, Kaiserin der Franzosen I. 258. 259. 396. II. 130. 159. 160. 201. 273. 284.  
 Eulenburg, Friedrich Albrecht, Graf II. 5. 8. 88. 101. 103.  
 — Gustav, Graf II. 488. 491. 502. 508. 509. 516.  
 — Philipp, Fürst II. 485. 497. 505.

### F

v. Fabrice, sächs. Gesandter in Brüssel II. 123.  
 Falconieri, Kardinal I. 78.  
 Falk, Minister II. 95. 106.  
 Farre, franz. Minister II. 286.  
 Fäustle, bayr. Minister II. 87. 89. 99. 108. 145. 148.  
 Favre, Jules II. 55. 56. 57. 125. 143. 144. 145. 160.  
 Faye, franz. Politiker II. 272.  
 v. Feder, Regierungspräsident in Ansbach I. 414. 415. 416.  
 Feichter, Polizeipräsident in Straßburg II. 501.  
 v. Feilichsch, Minister I. 176. 295. 401.  
 Felinsky, Erzbischof von Warschau I. 388.  
 Ferad Pascha I. 251. 253. 254.  
 Ferdinand Max, österr. Erzherzog I. 88.  
 Ferdinand II., König von Neapel I. 74.  
 Ferry, Jules II. 264. 265. 272. 294. 318. 320. 322. 336. 346. 351. 352. 353. 400.  
 Fessler, Bischof I. 359.  
 Fialkowski, Erzbischof von Warschau I. 388.  
 Ficquelmont, Graf v., österr. General I. 387.  
 Fischer, bayr. Abgeordneter II. 46. 54. 69. 73.  
 — Publizist II. 419. 475.  
 Flandern, Graf von II. 110.  
 Flemming, Graf, preuß. Diplomat I. 326. II. 177.  
 de Fleury, franz. General I. 258. II. 142.  
 Floquet, franz. Staatsmann II. 188. 285.  
 v. Flottwell, preuß. Minister I. 82.  
 Flourens, franz. Staatsmann II. 407. 408.  
 Fontenille, Gräfin II. 199. 200.

Jordtenbeck, Max v., deutscher Politiker, II. 73. 74. 103. 115. 116. 117. 138. 173. 242. 255. 269.

Jourtau, franz. Minister II. 123. 131. 144. 197.

Franchi, Kardinal II. 154. 234. 334.

Frandsenstein, Freiherr v., deutscher Parlamentarier I. 110. 307. 368. 370. II. 7. 146. 269. 404.

Frankenberg, Graf v., Abg. II. 8. 31. 32. 44. 62. 107. 117. 270.

Franz, König von Spanien II. 229.

Franz II., König von Neapel I. 101.

Franz Joseph I., Kaiser von Oesterreich I. 88. 91. 100. 101. 102. 113. 127. 128. 129. 130. 132. 133. 150. 167. 240. 296. 340. 361. 364. 382. 387. II. 488. 489. 490.

Freyberg, Fehr. v., bayr. Offizier I. 349.

Freycinet, franz. Minister II. 228. 284 ff. 306. 308. 327. 354. 400. 403. 457.

v. Freyendorf, bad. Minister I. 199. 234. 245. 280. 324. 326.

Friedberg, preuß. Justizminister II. 85. 94. 238. 328. 347. 413. 416. 418. 421. 434. 436. 440.

Friedenthal, Rudolf, preuß. Staatsmann II. 30. 31. 32. 44. 58. 62. 85. 101. 240. 269.

Friederike, Königin von Hannover I. 1.

Friedreich, Dr., Mediziner II. 113.

Friedrich III., Deutscher Kaiser, als Kronprinz Friedrich Wilhelm I. 24. 117. 126. 154. 298. 302. 303. 370. II. 14. 21. 27. 28. 34. 46. 51. 62. 87. 97. 102. 105. 121. 132. 136. 176. 231. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 240. 243. 244. 246. 248. 249. 252. 253. 259. 260. 262. 271. 272. 276. 298. 310. 342. 347. 348. 363. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 403. 417. 420. 422. 428; als Kaiser Friedrich II. 74. 430. 431. 432. 433. 434. 436. 438. 440. 450. 462. 464. 473.

Friedrich, Großherzog von Baden, als Erbprinz I. 21; als Großherzog I. 128. 130. 132. 133. 201. 202. 204. 207. 208. 210. 214. 220. 226. 235. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 283. 287. 317. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 332.

333. 345. 346. II. 35. 112. 118. 140. 153. 231. 248. 387. 388. 389. 390. 391. 393. 395. 398. 417. 418. 419. 434. 435. 444. 449. 450. 456. 458. 459. 464. 465. 467. 472. 478. 497. 503.

Friedrich VII., König von Dänemark I. 135.

Friedrich, Prinz von Hessen I. 97.

Friedrich, Prinz der Niederlande II. 183.

Friedrich VIII., Herzog von Schleswig-Holstein = Sonderburg = Augustenburg I. 128. 135. 136. 147. 158. 163. 164. 169. II. 13. 14.

Friedrich, Joh., Prof., kath. Theologe I. 398. 404. II. 1. 8. 29.

Friedrich Karl, Prinz II. 46. 62. 260. 276.

Friedrich Wilhelm I., Kurfürst von Hessen I. 106. 133.

Friedrich Wilhelm III., König von Preußen I. 25. 39. 124.

Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen I. 14. 15. 21. 24. 25. 31. 39. 57. 110. 119. 277. II. 10. 127. 135. 153. 268. 466.

Fries, Graf Moriz I. 1.

— Oberst II. 94. 95.

Fritzen, Bischof von Straßburg II. 472. 486.

Fröbel, Julius I. 224. 225. 229. 294. 295. 296. 343.

Fürstenberg, Karl Egon, Fürst von II. 188. 233. 395.

G

v. Gagern, Heinrich, Reichsminister I. 50. 54.

Galibert, franz. Admiral II. 346.

Galimberti, Nunzius II. 435. 495. 496.

Galizin, Fürst, Oberhofmeister der Kaiserin von Rußland II. 446. 447.

Galliera, Duchesse de II. 126. 190. 435.

Gallifet, Marquis, franz. General II. 317. 335. 350.

Gambetta II. 125. 163. 177. 178. 180. 183. 187. 192. 195. 205. 209. 217. 218. 227. 228. 229. 245. 261. 263. 264. 265. 272. 273. 274. 277. 283. 285. 286. 289. 290. 291. 294. 306. 308. 309. 312. 313. 317. 318. 320. 321. 322. 323. 324. 332.

v. Gasser, bayr. Diplomat I. 323. II. 88. 89. 90. 94.

Gäßner, Monsignore I. 393.  
 Geffken, Prof. II. 448. 450.  
 Geibel, Emanuel, Dichter I. 338.  
 Geißel, Kardinal I. 76.  
 Gelzer, Dr., bad. Staatsrat I. 210. 220.  
 226. 227. II. 10. 29. 35. 61. 104. 112.  
 116. 117. 140. 253. 254.  
 Georg, König von Griechenland II. 515.  
 Georg V., König von Hannover I. 128.  
 295. 296. 380.  
 Georg, Erbprinz (Herzog) von Meiningen  
 I. 132. 133.  
 Georg, Prinz von Preußen I. 370.  
 Georg, Prinz von Sachsen II. 387.  
 Gerlicz, Pächter I. 389.  
 Giesch, Graf v. I. 110.  
 — Diplomat II. 136.  
 Giers II. 276. 348. 393. 446. 447. 486.  
 Girardin, Emile, Journalist II. 141. 145.  
 167.  
 — Madame de II. 199.  
 Gladstone II. 306. 344. 352. 486.  
 v. Gneist, Rud., Rechtsgelehrter II. 79.  
 85. 86. 102. 103. 173. 242. 246. 255.  
 Goblet, franz. Politiker II. 407. 408.  
 Goltz, Frhr. von der, General II. 246.  
 — Admiral II. 491.  
 — Graf von der, preuß. Botschafter in  
 Paris I. 278. II. 130.  
 Gontaut-Biron, franz. Staatsmann II.  
 155. 157. 158. 159. 169. 170. 171. 175.  
 176. 177. 178. 184. 185. 186. 190. 195.  
 203. 206. 207. 209. 211. 214. 215. 216.  
 220. 221. 227. 230. 289. 306.  
 Göring, Geheimrat II. 484.  
 Gortschakow, Fürst I. 288. 388. 396. II.  
 121. 168. 176. 178. 187. 189. 190. 204.  
 210. 220. 237. 240. 243. 248. 250. 251.  
 258. 271.  
 v. Götler, Gustav, preuß. Minister II.  
 328. 415.  
 Goulard, franz. Politiker II. 122.  
 Govone, ital. Diplomat I. 340.  
 Gramont, Herzog von, franz. Staats-  
 mann I. 379. II. 71. 192.  
 Grant, Präsident der Vereinigten Staaten  
 II. 76.  
 Granville, Lord, engl. Staatsmann II. 352.  
 Grashey, Dr., Psychiater II. 386.

Gratz, franz. Politiker II. 4.  
 Greigh, russ. Minister II. 267.  
 Greil, bayr. Abg. I. 433.  
 Greßer, bayr. Minister I. 187. 190. 213.  
 219. 225. 355. 402. 405. 413. 414. 415.  
 Grévy, Jules II. 125. 262. 263. 264. 267.  
 268. 272. 281. 282. 284. 285. 286. 312.  
 313. 321. 331. 332. 345. 348. 369. 401.  
 Gruben, Baron I. 296.  
 Grüne, Graf I. 101.  
 v. Gudden, Dr., Psychiater II. 385.  
 la Guéronnière, franz. Gesandter in Brüssel  
 II. 145.  
 de Guery, Priester II. 154.  
 Guibert, Erzbischof II. 154.  
 Guidi, Kardinal II. 154.  
 Guttenberg, Frhr. v. I. 161.

### S

Haas, Dr., Publizist I. 295.  
 Hache, Gräfin, Hofdame I. 118. II. 389.  
 Haefeler, Graf v., preuß. General II. 461  
 504.  
 Hahn, Prof. II. 89.  
 v. Hahnke, preuß. General II. 467. 468.  
 Halm, Bürgermeister, Meß II. 502.  
 Hammerstein, Frhr. v., preuß. Staats-  
 minister, früher Bezirkspräsident in  
 Meß II. 372. 393. 502.  
 — Wilhelm, Frhr. v., preuß. Politiker  
 II. 485.  
 Handjery II. 415. 416.  
 Haneberg, Abt von St. Bonifaz in Mün-  
 chen I. 399. II. 13.  
 d'Harcourt, Madame II. 289.  
 — Vicomte, Sekretär von Mac Mahon  
 II. 143. 144. 194. 206. 207. 224.  
 v. Harleß, Präsident des evang. Ober-  
 konsistoriums I. 110. 155. 350. 354. 417.  
 II. 12.  
 Hartig, Graf I. 102.  
 Hassan, Prinz, Sohn des Vizekönigs von  
 Aegypten II. 110.  
 Hassenpflug, kurbess. Minister I. 104.  
 Hasfeld, Graf, preuß. Staatsmann I. 66.  
 II. 291. 292. 299. 306. 307. 342. 347.  
 353. 356. 365. 463. 464. 473.  
 Haulik, Kardinal von Agram I. 76.  
 Häuffer, Ludw., Geschichtsschreiber I. 130.

- d'Haussonville II. 289.
- Haymerle, Freiherr v., österr. Diplomat II. 243. 246.
- Hefele, Bischof von Rottenburg I. 395. II. 29. 32.
- Hegnenberg-Dux, Graf I. 187. 189. 190. 193. 248. 255. 399. 402. 403. 414. 415. 416. II. 65. 71. 87.
- Heinrich, Prinz der Niederlande II. 229.
- Heinrich, Prinz von Preußen II. 249. 358. 395. 435. 507. 510.
- v. Heintz, bayr. Reichsrat I. 110.
- Helmholz, Frau v. II. 430.
- Hendel von Donnersmarck, Fürst II. 196. 358. 367. 509.
- Henikstein, Graf, Feldmarschall I. 101.
- Henry, franz. Oberst II. 533.
- Herbette, franz. Diplomat II. 398. 401. 477.
- Hermann, Nationalökonom I. 339.
- Herold, franz. Staatsmann II. 285.
- Herwarth von Bittenfeld, preuß. Feldmarschall II. 68.
- Herz, Abgeordneter II. 79.
- v. Heubach, General II. 360. 366. 381. 382. 393. 428. 429. 442. 466.
- v. d. Heydt, Minister I. 246.
- Hindenburg, Frau v. II. 508.
- Hinzpeter, Geh. Rat II. 449.
- Hirsch, Baron II. 131. 190. 191. 230. 332.
- Hobrecht, Oberbürgermeister von Berlin II. 162.
- Hocheder, bayr. Parlamentarier II. 54.
- Hofmann, bayr. Parlamentarier I. 159.
- v. Hofmann, Staatssekretär für Elsaß-Lothringen II. 212. 361. 362. 363. 366. 370. 389. 390. 393. 402. 410. 411. 412. 413. 417.
- Hohenadel, bayr. Abg. I. 255.
- Hohenlohe-Ingelfingen, Karl, Prinz zu I. 66. 377. II. 106.
- Kraft, Prinz zu I. 377. II. 372.
- Hohenlohe-Langenburg, Albert, Prinz, Onkel des Fürsten I. 1.
- Elise, Gemahlin des Landgrafen Viktor Amadeus von Hessen-Rotenburg, Tante des Fürsten Chlodwig I. 1.
- Fürst Ernst, Onkel des Fürsten I. 84. 85. 149.
- Hohenlohe-Langenburg, Feodora, Fürstin, Tante des Fürsten I. 84. 85. 86. 90. 139. 140.
- Fürst Hermann, kaiserlicher Statthalter in Elsaß-Lothringen I. 85. 129. 130. II. 44. 45. 78. 95. 97. 98. 101. 111. 176. 256. 310. 358.
- Hohenlohe-Dehringen, Fürst Hugo, Herzog von Ujest I. 117. 308. 369. 370. II. 44.
- Marie, Prinzessin II. 211.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Albert, Prinz († 1866), Sohn des Fürsten I. 147.
- Alexander, Prinz, Sohn des Fürsten, I. 147. II. 356. 422. 441. 467. 479. 480. 510. 519. 529. 533. 535. 536. 537. 541.
- Amalie, Prinzessin, Schwester des Fürsten Chlodwig I. 4. 6. 10. 17. 28. 31. 32. 33. 36. 41. 43. 44. 57. 58. 60. 63. 64. 65. 67. 68. 148.
- Elisabeth, Prinzessin, Tochter des Fürsten I. 71. 147. 211. 324. 388. 389. 390.
- Elise, Prinzessin, Schwester des Fürsten, vermählt mit Karl Prinz zu Salm-Horstmar I. 1. 68. 69. 94. 121. 138. 148. 149. II. 368. 445. 452. 455. 494. 542.
- Franz Joseph, Fürst, Vater des Fürsten Chlodwig I. 1. 2. 5. 12. 13.
- Gustav, Prinz, Bruder des Fürsten, Kardinal I. 4. 21. 23. 26. 29. 33. 73. 74. 75. 77. 78. 79. 80. 342. 393. 398. 404. II. 1. 8. 10. 15. 16. 66. 79. 80. 105. 155. 254. 328. 341. 342. 383. 497.
- Konrad, Prinz II. 436.
- Konstantin, Prinz, Bruder des Fürsten I. 26. 99. 150. 259. II. 15. 68. 489. 490. 496. 497. 522; dessen Gemahlin I. 99. 149. 150. 259.
- Konstanze, geb. Prinzessin Hohenlohe-Langenburg, Mutter des Fürsten Chlodwig I. 1. 2. 3. 9. 13. 14. 22. 24. 26. 31. 33. 150.
- Fürstin Marie, geborene Prinzessin Sayn-Wittgenstein-Berleburg I. 36. 99; Gemahlin von Fürst Chlodwig I. 49. 51. 54. 67. 70. 71. 76. 79. 80. 85. 149. 150. 256. 435. II. 106. 297. 347.

348. 353. 355. 365. 388. 389. 390. 395.  
425. 464. 466. 479. 481. 485. 492. 493.  
516. 529. 532. 542.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Philipp Ernst,  
Prinz, Bruder des Fürsten Chlodwig  
I. 3. 4. 7. 10. 16. 26. 27. 44.  
— Philipp Ernst, Prinz, jetzt regierender  
Fürst, Sohn des Fürsten I. 147. 175.  
II. 66. 203. 301. 317. 347. 348. 429. 447.  
510; dessen Gemahlin Chariclée, geb.  
Prinzessin Ipsilanti II. 347. 348. 496.  
— Stephanie, Prinzessin, Tochter des  
Fürsten I. 147. II. 172. 325. 328.  
— Prinzessin Therese, Schwester des  
Fürsten Chlodwig I. 1. 2. 12. 402.  
— Viktor, Prinz, Herzog von Ratibor,  
Bruder des Fürsten I. 3. 4. 5. 7. 9.  
13. 14. 16. 19. 20. 26. 27. 110. 115.  
116. 118. 150. 203. 303. 305. 306. 369.  
371. 373. II. 8. 9. 29. 30. 33. 45. 49.  
63. 98. 102. 106. 107. 176. 245. 270.  
271. 310. 347. 353. 403. 412. 429. 434.  
440. 448. 464. 470. 487. 496; dessen  
Gemahlin, geb. Prinzessin zu Fürsten-  
berg I. 27. II. 98. 176. 464.
- Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst,  
Fürst Friedrich Karl zu, Onkel des  
Fürsten I. 1. 12. II. 90. 402.  
— Fürst Nikolaus zu II. 402.
- Hohenzollern, Prinz von II. 292. 508. 53.  
v. Holleben, Theodor, deutscher Diplomat  
II. 513.
- Holnstein, Graf v., bayr. Oberstallmeister  
I. 169. 177. 178. 182. 183. 187. 188.  
255. 319. 407. II. 20. 34. 35. 65. 66.  
132. 133. 162.  
— Graf Fritz, bayr. General II. 15.
- v. Holstein, deutscher Diplomat, zuletzt  
Direktor der politischen Abteilung des  
Auswärtigen Amtes II. 33. 128. 131.  
177. 212. 230. 234. 236. 242. 273. 278.  
280. 289. 290. 291. 310. 353. 356. 357.  
416. 429. 434. 449. 466. 473. 497. 507.  
508. 510.
- Hompesch, Graf I. 133. 138. 256. 342.
- Hörmann, bayr. Staatsmann I. 297. 298.  
340. 397. 398. 400. 401. 402. 405. 411.  
412. 413. 414. 415. 439. II. 45. 54. 69.  
73.
- Huber II. 65.
- Hübner, österr. Geschäftsträger in Frank-  
reich II. 130.
- v. Huene, preuß. Militärattaché II. 457.  
— Zentrumsabg. II. 464. 503.
- Hugo, Viktor II. 354. 355.
- Humbert I., König von Italien II. 487;  
als Kronprinz I. 298.

## S

- Sablonowski, Fürst I. 100.
- Jacobini, päpstlicher Staatssekretär II.  
154. 274. 334.
- Jacquemart, franz. Porträtmalerin II. 289.
- v. Jasmund, Diplomat II. 241. 242. 252.  
272.
- Jauréguiberry, franz. Marineminister  
II. 286.
- Jérôme Napoleon, Prinz II. 273.
- Jgnatiow, Graf II. 209. 311. 436.
- Jldephons, Pater, Religionslehrer des  
Fürsten I. 3.
- Jngelheim, Graf, österr. Gesandter in  
München I. 344. 345. 360.
- Johann, König von Sachsen I. 129. 132.  
144. 159. 380. II. 48.
- Johann, Erzherzog von Oesterreich, Reichs-  
verweser I. 21. 54. 55. 56. 58. 92.
- de Joinville, Prinz I. 329. II. 126. 127.  
131.  
— Prinzessin I. 330.
- Jolly, Minister in Baden II. 54. 212.
- Jordan, Geheimrat II. 372. 393. 429. 441.  
442.
- Jörg, Edmund, bayr. Abg. I. 423. 430.  
431. 433. 434. II. 82.
- Josephine, Kaiserin II. 423.
- Jsabella, Königin von Spanien II. 142.  
165. 166. 171. 174. 193. 229. 260. 348.  
378.
- Jsmail Pascha, Vizekönig von Aegypten  
I. 371. 372. 373. II. 179.

## R

- Rablé, elsäss. Abg. II. 407. 410. 423.
- Ralnohy, Graf, österr. Staatsmann  
II. 344. 398.
- v. Raltenborn-Stachau, preuß. Kriegs-  
minister II. 503.

v. Kameke, preuß. General II. 67. 463. 464.  
 Kanitz, Graf II. 376. 511. 513.  
 Karageorgiewitsch, serb. Fürstenfamilie II. 341.  
 Karatheodory, türk. Botschafter II. 78. 234. 236. 243. 245. 251.  
 Karl, Prinz von Bayern I. 151. 153. 154. 155. 159. 162. 165. 167. 170. 182. 329. II. 132. 142.  
 Karl, Prinz von Preußen I. 79. 97. II. 46. 260.  
 Karl, Prinzessin von Preußen I. 371.  
 Karl, Prinz von Schweden II. 389.  
 Karl, König von Württemberg I. 79. 144. 260. 261. 262. 264. 265. 267. 283. 287. 317. 321. 400. 401. II. 5.  
 Karl Alexander, Großherzog von Weimar I. 98. 132. 401. II. 46. 200. 281; dessen Gemahlin II. 281.  
 Karl Anton, Fürst von Hohenzollern I. 82. 83. 118. 267. II. 119.  
 Karl Friedrich, Großherzog von Weimar I. 4. 5.  
 Karl Theodor, Herzog in Bayern II. 88. 89.  
 Karolyi, Graf, österr. Diplomat II. 231. 236.  
 — Gräfin II. 249.  
 Kaulbars, russ. General II. 398.  
 Kern, schweiz. Gesandter in Paris II. 124. 126. 323.  
 v. Kerstorf I. 132.  
 Ketteler, Bischof von Mainz II. 1. 8. 29. 52. 100. 359. 439.  
 v. Keudell, Robert, preuß. Staatsmann II. 140. 177. 276. 279. 291. 399.  
 Khadil Pascha II. 214. 215.  
 v. Kiderlen-Wächter, Alfred, deutscher Diplomat I. 236. II. 353. 374. 497.  
 — Bürgermeister von Nürnberg I. 248.  
 Kiefer II. 62. 80.  
 Kielmannsegge, Gräfin II. 87.  
 Kindermann, Sänger II. 15.  
 v. Kirchbach, General II. 262. 263.  
 Klein, Julius, elsäss. Abg. II. 55. 366.  
 Kleinmichel, Gräfin II. 446.  
 Kleist, Graf, Reichstagsabg. II. 49.  
 v. Kleist-Rekow, Abg. II. 485.  
 Klementine, Prinzessin von Koburg I. 329. II. 127. 180.

Klindworth, politischer Agent II. 128. 168.  
 Knapp, württ. Finanzrat I. 335.  
 Knefbeck, Frau v. II. 459.  
 Koch, bayr. Minister I. 219.  
 Köchlin, elsäss. Abgeordneter II. 487.  
 Kögel, Oberhofprediger II. 262. 429.  
 Kolb, bayr. Abg. I. 169. 274.  
 v. Köller, preuß. Staatsmann II. 481. 482. 486. 495. 501. 517.  
 Kolokotroni, griech. Minister I. 48. 49.  
 v. Könneritz, Staatsmann I. 160. 166. II. 19. 89.  
 Konstantin, Großfürst von Rußland I. 379.  
 Korum, Bischof II. 319. 328. 333. 472.  
 Kotschubey, Fürstin Helene II. 168.  
 Kraus, Prof. II. 334. 428. 472.  
 Kraußhold, Parlamentarier II. 74.  
 Kreith, Graf I. 252.  
 Kropatschek, Politiker II. 485.  
 Ruffstein, österr. Diplomat II. 191.  
 — Graf, Obersthofmarschall I. 101.  
 v. Kufferow, Heinrich, deutscher Diplomat II. 270.

**L**

Lachaud, Advokat II. 144. 145.  
 Ladmiraalt, General, Gouverneur von Paris II. 123. 188.  
 Lagarde, päpstl. Generalvikar II. 154.  
 Lamarmora, ital. Staatsmann I. 340. 341.  
 Lambert de Ste. Croix, franz. Staatsmann II. 203.  
 Lamey, Aug., bad. Staatsmann II. 58. 84. 86.  
 Lamoricière, franz. Diplomat II. 185. 191.  
 Landoronski, Graf I. 101.  
 Landsberg, Journalist II. 120. 123. 141.  
 Lang, Dr., Journalist I. 191.  
 Lanza, ital. Botschafter II. 508.  
 v. Larisch, Minister I. 130.  
 La Rochefoucauld Bisaccia, Duc de, franz. Botschafter in London II. 127.  
 La Roncière, Admiral II. 124. 172.  
 Lascelles, engl. Diplomat II. 521.  
 Lasfer, Dr. Ed., deutscher Parlamentarier I. 208. II. 32. 59. 69. 74. 75. 78. 79. 102. 106. 138. 139. 235. 255. 256. 257. 290.

- Lasmarizmas, Marquis II. 261.  
 Lau, Marquis du II. 311.  
 Lauchert, Richard, Professor I. 188.  
 Launay, franz. Diplomat II. 232. 237.  
 243. 251. 296.  
 Le Clerc, franz. Diplomat II. 56.  
 Ledderhose, Unterstaatssekr. II. 397. 417.  
 Ledochowski, Erzbischof von Gnesen und  
 Posen I. 389. II. 27. 28. 90. 106. 254.  
 334.  
 Ledru-Rollin, franz. Parlamentarier II.  
 126.  
 Lefebure, franz. Diplomat II. 407. 408.  
 Lessö, General II. 159. 162. 195.  
 Lehndorff, Graf II. 275. 387. 391. 392.  
 394. 449. 484. 509; dessen Gemahlin  
 II. 474.  
 Lejeune, Mademoiselle II. 199.  
 Leiningen, Fürst I. 45.  
 v. Lenthe, Reichstagsabg. II. 62.  
 Leo XIII., Papst II. 228. 282. 283. 347.  
 404. 434.  
 Leonhardt, preuß. Justizminister I. 342.  
 Leopold, Prinz von England II. 228.  
 Leopold, Großherzog von Baden I. 10.  
 Leopold, bayr. Prinz I. 339. 433.  
 Leopold, König der Belgier I. 87. 88.  
 II. 184.  
 Lepère, franz. Staatsmann II. 286.  
 Lerchenfeld, Graf Max Joseph, bayr.  
 Reichsrat I. 92. 133. 416. 417. II. 534;  
 dessen Gemahlin I. 165.  
 — Frhr. v., Präsident I. 411. 412.  
 de Lessèps, franz. Ingenieur II. 311.  
 Lesourd, franz. Gesandtschaftssekretär I.  
 251.  
 Leuchtenberg, Herzog von II. 229.  
 Leuffe, Graf II. 420. 500.  
 Lichnowski, Fürst Karl I. 116. II. 204.  
 254.  
 v. Liebenau, Hofmarschall II. 438.  
 Lieber, Reichstagsabg. II. 537.  
 Liebknecht, Reichstagsabg. II. 539.  
 101.  
 Liechtenstein, Fürst, Obersthofmeister I. 101.  
 Lieven, Fürstin I. 66.  
 Li-Hung-Tschang II. 352. 525. 526.  
 Limburg-Styrum, Graf II. 119. 525.  
 Lindau, Paul II. 128. 240. 311.  
 Lindau, Rud., deutscher Diplomat II. 125.  
 131. 132. 133. 162. 191. 196. 278. 449.  
 Linden, Graf v., württ. Staatsmann I. 322.  
 v. Lipowski, Kabinettssekr. König Lud-  
 wig II. 264. 294. 296. 297. 298. 318.  
 319. 320. 380. 398. 413.  
 Lobanow, russ. Diplomat II. 520. 521.  
 522. 527. 528.  
 v. Loë, General I. 373. II. 387. 389. 507.  
 Loftus, Lord II. 204.  
 Louis Philippe, Graf von Paris II. 129.  
 130. 143. 150. 160. 170. 215. 220. 401.  
 420.  
 Löwe, Abg. II. 5. 73. 103.  
 Löwenstein, Prinz Philipp I. 19.  
 Löwenstein-Vertheim-Rosenberg, Fürst,  
 bayr. Reichsrat I. 274. 275.  
 Löwenthal, Baronin II. 197.  
 Lubinski, Erzbischof I. 388.  
 de Luca, Kardinal II. 154.  
 Lucanus, Geheimrat II. 439. 440. 501.  
 503. 505. 512. 541.  
 Lucius, preuß. Minister II. 101. 259. 291.  
 Ludwig I., König von Bayern I. 155. 187.  
 297. 313. II. 27. 147.  
 Ludwig II., König von Bayern I. 65.  
 79. 137. 138. 139. 144. 147. 154. 155.  
 156. 157. 158. 160. 162. 165. 169. 170.  
 171. 174. 176. 177. 178. 179. 182. 183.  
 187. 188. 189. 190. 191. 192. 195. 199.  
 202. 211. 212. 213. 214. 216. 218. 219.  
 220. 221. 222. 223. 225. 226. 228. 229.  
 230. 238. 239. 240. 246. 247. 248. 251.  
 254. 255. 256. 257. 258. 259. 261. 262.  
 263. 264. 265. 266. 267. 268. 279. 280.  
 281. 282. 283. 288. 289. 290. 294. 295.  
 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 305.  
 306. 314. 316. 317. 318. 319. 321. 324.  
 327. 328. 329. 331. 333. 334. 344. 345.  
 346. 350. 354. 368. 370. 371. 380. 381.  
 383. 384. 385. 395. 397. 398. 400. 401.  
 402. 403. 406. 407. 408. 409. 410. 411.  
 412. 413. 414. 415. 417. 422. 423. 424.  
 428. 433. 434. 435. 437. 438. 440. II.  
 5. 13. 19. 20. 23. 24. 26. 28. 31. 33.  
 34. 35. 65. 89. 97. 107. 120. 131. 132.  
 133. 147. 148. 149. 155. 200. 231. 309.  
 368. 385. 395.  
 Ludwig, Prinz von Bayern I. 171. 296.

339. 422. II. 39. 88. 89. 90. 149. 155;  
 dessen Gemahlin II. 296.  
 Ludwig Ferdinand, Prinz von Bayern  
 II. 378. 379; dessen Gemahlin II. 378.  
 Ludwig, Herzog in Bayern I. 330. 422.  
 Ludwig II., Großherzog von Hessen II. 7.  
 Ludwig III., Großherzog von Hessen I. 283.  
 Luise, Großherzogin von Baden II. 211.  
 237. 245. 389. 390. 391. 392. 397. 402.  
 426. 429. 444. 449. 466. 497. 498. 505.  
 Luise, Königin von Dänemark II. 483.  
 Luitpold, Prinz, jetzt Prinzregent von  
 Bayern I. 162. 422. II. 14. 24. 149.  
 395. 398. 517.  
 Lürmann, Konsul II. 99.  
 v. Luz, bayr. Kriegsminister I. 165. 170.  
 — Appellationsgerichtsrat, später bayr.  
 Minister I. 176. 182. 183. 188. 190.  
 191. 192. 213. 218. 247. 248. 255. 257.  
 258. 263. 266. 401. 402. 406. 407. 414.  
 415. 416. 436. II. 12. 25. 26. 30. 32.  
 45. 46. 54. 55. 65. 66. 76. 87. 88. 90.  
 99. 297. 385. 404.  
 Luzburg, Graf, bayr. Verwaltungsbeamter  
 und Politiker I. 155. 304. 305. 307.  
 Lyons, Sir Edward, engl. Diplomat  
 I. 51. II. 126. 157. 192. 214. 224. 272.  
 314. 322. 333. 336. 337.

## M

Mackenzie, englischer Arzt II. 422.  
 Mac Mahon II. 51. 121. 122. 123. 124.  
 126. 127. 130. 131. 141. 142. 144. 150.  
 151. 156. 159. 161. 163. 168. 181. 182.  
 183. 184. 186. 188. 192. 193. 197. 206.  
 207. 215. 216. 217. 219. 221. 222. 223.  
 224. 262. 263.  
 Magne, franz. Finanzminister II. 129.  
 Magnin, französ. Staatsmann II. 286;  
 dessen Gemahlin II. 314. 315. 316.  
 Maille, Herzogin von II. 66.  
 Matower, Rechtsanwalt II. 445. 446.  
 Malakow, Duchesse de II. 261.  
 Maltzahn, Graf v., II. 107. 503.  
 Matkow, Madame II. 446.  
 v. Manteuffel, preuß. Minister I. 343.  
 — Feldmarschall II. 96. 112. 114. 141.  
 193. 213. 328. 348. 358. 359. 361. 362.  
 365. 366. 373.

Manzanedo, Herzog von Santofia II. 165.  
 Marcère, franz. Staatsmann II. 188. 195.  
 264.  
 Marfori, Günstling der Königin Isabella  
 von Spanien II. 174.  
 Margherita, Königin von Italien II. 487.  
 Margherita, Donna, Gemahlin von Don  
 Carlos II. 167.  
 Maria Christine, Königin-Regentin von  
 Spanien I. 376. 377. II. 374. 378. 380.  
 Maria Feodorowna, Kaiserin von Ruß-  
 land II. 447. 448.  
 Marquardsen, Prof. II. 7. 22. 25. 45.  
 67. 84. 86. 87. 103. 246. 256. 416.  
 v. Marschall, Staatsmann II. 466. 473.  
 475. 476. 487. 497. 507. 509. 511.  
 517.  
 Martel, franz. Staatsmann II. 215. 264.  
 Mary, Karl II. 397.  
 v. Massenbach, bayr. Hauptmann I. 164.  
 Mathieu, Kardinal II. 16.  
 Mathilde, Prinzessin von Bückeberg  
 I. 7. 66. II. 260.  
 Mathy, bad. Minister I. 209. 302.  
 v. Maurer, Staatsrat I. 154.  
 May, Herzog in Bayern I. 329. 330.  
 Maximilian I., König von Bayern I. 313.  
 Maximilian II., König von Bayern I. 84.  
 92. 93. 94. 105. 107. 110. 111. 127. 128.  
 129. 134. 135. 162. 314.  
 Mayer, Dekan I. 339.  
 — Karl, württ. Parlamentarier I. 344.  
 v. Mayr, Unterstaatssekretär II. 360. 361.  
 362. 366. 413. 415. 417. 419.  
 Mehemed Ali, Vizekönig von Aegypten  
 II. 234. 236. 237. 238. 251. 253.  
 Meier, H., Bremen II. 99. 100.  
 Meiningen, Bernhard, Erbprinz von  
 I. 132. II. 527; dessen Gemahlin II. 301.  
 Melchers, Erzbischof I. 439. II. 303.  
 Menabrea, Marquis de, ital. Diplomat  
 II. 349; dessen Gemahlin II. 349.  
 Mendes Leal, portugies. Gesandter in  
 Paris II. 161.  
 Menelik, Negus von Abessinien II. 528.  
 Mensdorff, Graf II. 340.  
 Mertel, Kardinal II. 154.  
 Mentschikoff, Fürstin Marie I. 67.  
 Messow, Oberstleutnant II. 383.

Metternich, Fürst, österr. Ministerpräsident.  
I. 132. 133.  
— Botschafter I. 396. II. 13. 124. 163;  
  dessen Gemahlin II. 124.  
Meh, Abg. I. 255. 306. 376. 377.  
Mehler, Madame I. 133.  
Meyer, Arthur II. 336.  
Michael, Großfürst von Rußland II. 191.  
  192.  
Michaud, Prof. II. 153. 254.  
Midhat Pascha II. 223.  
Mieg-Röschlin II. 444.  
v. Mieroslawski, Ludwig I. 388.  
Milan, König von Serbien II. 185.  
Miljutin, russ. Diplomat II. 276. 288.  
v. Minkwitz, russ. Generalstabschef I. 389.  
v. Miquel, Parlamentarier und Staats-  
  mann I. 208. II. 58. 73. 85. 103. 138.  
  297. 412. 449. 459. 473. 475. 485. 495.  
  501. 503. 506. 519.  
Mirepoix, Herzogin v. II. 336.  
v. Mittnacht, württ. Ministerpräsident  
  I. 427. II. 24. 74.  
v. Mohl, Rob., bad. Gesandter in München  
  I. 332. II. 17.  
Mohrenheim, Baron v., russ. Diplomat  
  II. 348. 355. 436.  
Molé, Louis Mathieu, Graf, französ.  
  Minister I. 66.  
Molins, II. 165. 167. 192. 204.  
Mollard, franz. Staatsmann II. 188. 192.  
  264. 330. 332.  
Moltke, Graf v., preuß. Feldmarschall  
  I. 332. 371. 372. 380. II. 27. 46. 51.  
  56. 63. 99. 100. 109. 119. 159. 210.  
  276. 423. 430. 448. 461. 463.  
Mommson, Historiker II. 259.  
Montaignac, Marquis de, franz. Marine-  
  minister II. 123. 180.  
Montalembert, Graf v. I. 122. 124. II. 4.  
Montgelas, Graf, bayr. Gesandter in  
  Berlin I. 203. 222. 244.  
Montpensier, Duc de II. 347.  
Moret, franz. Staatsmann II. 376.  
Mörner, Sir Robert, englischer Diplomat  
  II. 111. 119. 197. 449.  
Moriones, Marquis de, span. Staats-  
  mann II. 164. 165. 166.  
Mosle-Bremen II. 100.

Moufang, Abgeordneter II. 81. 82. 83.  
Moustier, franz. Minister I. 379.  
Mon, Graf v., Oberzeremonienmeister  
  I. 252. 253. 296. 316.  
v. Mühler, Heinrich, preuß. Kultusminister  
  II. 5.  
v. Mülhens I. 127. 128. 138.  
Müller, Kabinettsrat II. 386.  
Münster, Georg Herbert, Fürst zu, deut-  
  scher Botschafter II. 9. 30. 41. 67. 76.  
  78. 85. 101. 106. 156. 157. 197. 275.  
  278. 365. 399. 401. 408. 464. 465. 470.  
  471. 507.  
Munzinger, Präsident II. 383.  
Murray, Granville II. 157.

## N

Napoleon I. I. 98. II. 175.  
Napoleon III. I. 83. 89. 91. 122. 157. 159.  
  161. 166. 167. 169. 170. 181. 203. 223.  
  224. 225. 226. 255. 256. 258. 259. 277.  
  278. 296. 315. 319. 341. 396. II. 13.  
  15. 28. 93. 121. 130. 145. 160. 200.  
  201. 273. 448.  
Napoleon, Prinz Joseph Karl Paul I. 65.  
  122. 316. 318. 319. II. 271. 284. 332.  
  333. 457.  
Napoleon, Prinz Louis II. 121. 273.  
Nasimoff, Generalgouvern. I. 94. 95. 97.  
Nelson, engl. Admiral II. 316.  
Nemours, Duc de I. 23. 329. 330. II. 124.  
  127. 215.  
Nesselrode, Graf v. II. 212. 221.  
v. Neumayr, Ludwig, Appellationsgerichts-  
  präsident I. 183.  
— May, bayrischer Minister des Innern  
  I. 176. 177. 178. 179. 182. 187. 189.  
  190. 255.  
v. Niethammer, bayr. Reichsrat I. 417.  
de Nigra, ital. Diplomat II. 121. 126. 190.  
  204.  
Nikolaus, Fürst von Montenegro II. 185.  
Nikolaus, Prinz von Nassau II. 246. 422.  
Nikolaus I., Kaiser von Rußland I. 97.  
  387.  
Nikolaus II., Kaiser von Rußland II. 513.  
  520. 521. 527. 528; dessen Gemahlin  
  II. 520. 527.  
Nina, Kardinal II. 258. 259.

de Noailles, franz. Staatsmann II. 203.  
v. Nordeck, Legationsrat I. 245.  
v. Nordenflycht, Reg.-Präsident II. 104.  
Normanby, Lord I. 66.  
— Lady I. 66.  
Rubar Pascha II. 223. 224.

**D**

v. Obstfelder, Geheimrat I. 116.  
Odilo, Benediktinerpater II. 428.  
Dettingen-Wallerstein, Fürst v. I. 138.  
174. 333. 387.  
v. Oheimb, detmold. Minister I. 304.  
Olivain, Jesuitenpater II. 154.  
Orff, bayr. Staatsmann I. 225.  
Oriola, Gräfin II. 237. 246.  
Orlow, Fürst II. 126. 167. 171. 178. 187.  
193. 194. 195. 213. 224. 314. 322. 345.  
346. 348.  
Ossuna, Herzogin von II. 200.  
Osten-Sacken, Graf v. d., russ. Diplomat  
II. 527.  
Otto, König von Bayern I. 328. 339. 370.  
422. 435. 436. II. 14. 28. 386.  
Otto, König von Griechenland I. 48. 49.  
50. 253. 254.  
Dubril, russ. Botschafter II. 233. 251.

**P**

Paar, Graf II. 489. 490.  
Palffy, Graf II. 489.  
Palikao, Graf, franz. Minister II. 160.  
v. Pape, General II. 429.  
Pappenheim, Graf zu I. 110. 174.  
Paschewitsch, General I. 387. 388.  
v. Patow, preuß. Minister I. 82. II. 8.  
Paul, Herzog von Württemberg I. 19.  
Paul IV., Papst I. 360.  
Baumgartner, Diplomat I. 256. 428.  
v. Pechmann, bayr. Minister des Innern  
I. 187. 190. 193. 219. 247. 248. 249.  
251. 255. 296. 297.  
Pelzer, Direktor II. 384.  
Penthievre, Duc de I. 329. II. 332.  
Pepoli, Marquis II. 153.  
Perglas, Frhr. v., bayr. Gesandter I. 170.  
255. 275. 298. 299. 303. 304. 305. 311.

314. 315. 337. 369. 370. 371. 383. 397.  
398. II. 7. 32. 43. 72. 98.  
Perponcher, Graf, preuß. Gesandter im  
Haag I. 224. II. 157. 249. 391. 392.  
393. 422.  
Petri, Dr., eljäss. Politiker II. 410. 423.  
424.  
Petrovitsch, Vertreter Montenegros auf  
dem Berliner Kongreß II. 239.  
Pfahler, bayr. Abg. I. 431.  
v. Pfeufer, Polizeidirektor in München  
I. 155. 157. 248. 402. 416. II. 65. 88.  
155.  
v. Pfistermeister, bayr. Staatsrat I. 165.  
176. 177.  
von der Pfordten, Minister I. 105. 127.  
143. 154. 155. 158. 159. 161. 164. 165.  
166. 168. 169. 170. 173. 175. 176. 177.  
179. 182. 188. 189. 191. 192. 198. 295.  
321. 405. 406. II. 12. 21.  
v. Pfreckschner, bayr. Finanzminister I. 187.  
191. 192. 213. 328. 330. 402. 405. 436.  
II. 46. 65. 88. 99. 297.  
v. Philippsborn, Geheimrat I. 245. II. 287.  
Pietri, Polizeipräsident II. 457.  
Pittie, General II. 310. 369. 374.  
Pius IX., Papst I. 50. 51. 54. 55. 56. 57.  
58. 74. 75. 77. 78. 79. 351. 352. 359.  
386. 393. 394. 395. 404. II. 1. 77.  
105. 175. 213. 228. 252.  
Platen, Graf I. 319.  
Pleß, Fürst II. 32. 259. 435; dessen Ge-  
mahlin II. 211.  
Plogino, rumän. Staatsmann II. 214. 380.  
Plumet, Mistreß II. 336.  
v. Podbielski, General II. 46. 68. 259.  
262.  
Polignac, Prince, Militärattaché II. 156.  
157. 172.  
Pontécoulant II. 285.  
Posada-Herrera, spanischer Staatsmann  
II. 163. 164. 166.  
Posadowsky-Wehner, Graf II. 503. 509.  
Potocki, Graf II. 332.  
Pourtales, Graf I. 396. II. 242. 310.  
Pouyer-Quertier II. 172.  
v. Prandh, bayr. Kriegsminister I. 170.  
212. 225. 332. 335. 402. 406. 414. 436.  
II. 12. 26. 35. 65. 88. 386.

- v. Prokesch, österreichischer Gesandter in Athen I. 49. 51.  
 Prosperi, Monsignore II. 254.  
 Proust, franz. Minister II. 323.  
 Rückler, Graf I. 251. II. 197. 509.  
 Putbus, Fürst I. 203.  
 v. Puttkamer, Staatssekretär für Elsaß-Lothringen II. 360. 366. 397. 402. 412. 414. 416. 417. 421. 422. 423. 450. 473.  
 — preuß. Minister II. 328. 440.

## Q

- Quadt, Graf I. 160. 316. II. 13.

## R

- Rabenau II. 86.  
 Radolin, Graf Radolinski, Fürst Radolinski II. 422. 473.  
 v. Radowiz, preuß. Botschafter II. 82. 98. 117. 124. 156. 169. 170. 171. 172. 176. 177. 230. 231. 234. 240. 260. 279. 287. 290. 292. 305. 306. 307. 393. 464.  
 Radziwill, Fürst Anton II. 199. 211. 223. 263. 275. 276. 389. 394. 426. 449.  
 — Fürst Boguslaw I. 371.  
 — Fürst Leon I. 97. 98.  
 — Fürstin Pelagie II. 85.  
 Raef, Bischof, II. 333. 428.  
 Rainer, Erzherzog I. 102.  
 Rantzau, Graf I. 10. 11. II. 344. 364. 518.  
 Raspaill II. 188.  
 Ratibor, Herzog von, siehe Hohenlohe-Schillingsfürst, Viktor, Prinz.  
 Ratibor, Ernst, Prinz II. 301. 429.  
 — Maximilian, Prinz II. 496.  
 — Mary, Prinzessin II. 211.  
 Raucher, Erzbischof II. 16.  
 Rechberg und Rothenlöwen, Graf, österr. Ministerpräsident I. 99. 101. 102. 132. 133.  
 Reichensperger, Parlamentarier II. 62. 80. 86. 138. 256.  
 Reille, franz. General II. 200.  
 Reindl, Domdechant I. 339.  
 Reinkens, altkatholischer Bischof II. 77.  
 Reischach, Kardinal I. 76. 331. 393.  
 Reischach, Graf II. 387. 393. 422. 440. 514. 515.  
 Reitlinger, Advokat, Vertrauter Grévys II. 401.  
 Remusat, A., franz. Akademiker II. 193.  
 Renan, Ernest, II. 175.  
 Renard, Graf II. 44.  
 Renault, Léon II. 216.  
 v. Reumont, Alfred II. 127.  
 Reuß, Prinz, preuß. Botschafter I. 156. 160. 162. 183. 198. 202. II. 106. 136. 171. 172. 173. 177. 210. 292. 348. 358. 399. 471.  
 Rhageb Pascha II. 179.  
 Ricard, franz. Parlamentarier II. 125.  
 Richter, Eugen II. 235.  
 Rickert, Heinrich, Abg. II. 537.  
 Riederer, Frhr. v., bayr. Gesandter in Karlsruhe I. 324. 345.  
 Ristic, serb. Staatsmann II. 239.  
 Ritgen, Oberbaurat in Gießen I. 334.  
 Roberti, Kardinal I. 79.  
 Rochau, Historiker II. 5.  
 Rochefort II. 141. 293. 323.  
 Roger (du Nord) II. 228.  
 Roggenbach, Frhr. v., bad. Minister I. 112. 117. 125. 126. 131. 198. 303. 304. 306. 307. 308. 380. II. 4. 5. 6. 9. 34. 36. 43. 44. 45. 49. 55. 58. 59. 61. 69. 85. 86. 95. 96. 102. 245. 358. 428.  
 Romberg II. 520.  
 Roon, Albrecht Graf v., preuß. Generalfeldmarschall I. 332. II. 35. 47. 75. 103. 119.  
 Rosebery, Graf, engl. Staatsmann II. 486.  
 Rosenberg, Baron I. 237.  
 Rospigliosi, Fürstin I. 395.  
 Rospirt, Mitglied des Zollparlaments I. 304.  
 Rosty, österr. Gesandtschaftssekretär in München I. 166.  
 Rotenhan, Baron II. 353.  
 Roth, schweizer. Diplomat II. 468.  
 Rothan, franz. Diplomat II. 435.  
 Rothschild II. 223.  
 — A. II. 120. 213. 229. 311. 352.  
 — Gustav II. 213.  
 — Lionel II. 235.  
 Rottenburg, Geheimrat II. 412. 418. 425. 426.  
 Rouher, franz. Minister II. 33. 70.

Rudhart, bayr. Gesandter in Paris II.  
126. 296.  
Rudigier, Bischof von Linz I. 364.  
Rudloff, Regierungsrat I. 116.  
Rudolf, Kronprinz von Oesterreich II.  
228. 387.  
Ruland, bayr. Abg. I. 299.  
Rüppell, Eduard, I. 19.  
Russell, Odo II. 119. 140. 157. 190. 231.  
236. 237. 238. 240. 243. 248. 250. 296.  
300.

S

Saburov, russischer Diplomat II. 296.  
311. 342. 344. 348.  
Sadig Pascha II. 189.  
Sadullah Bey II. 296.  
Safrit Pascha II. 272.  
Sagan, Herzog zu II. 98.  
Sagan, Herzogin zu II. 190.  
Sagasta, span. Minister II. 164. 375. 378.  
380.  
St. Hilaire, Minister des Auswärtigen  
II. 310. 320.  
St. Vallier, franz. Botschafter II. 156. 172.  
185. 203. 225. 227. 231. 237. 239. 240.  
242. 244. 246. 248. 252. 286. 287. 288.  
292. 296. 306. 307. 310. 321. 322. 329.  
Salisbury, engl. Ministerpräsident II. 210.  
231. 232. 236. 239. 243. 244. 245. 246.  
247. 249. 252. 498.  
Salm-Horstmar, Prinz Karl II. 102.  
Salm-Horstmar, Prinzessin Elise zu,  
siehe Hohenlohe-Schillingsfürst.  
Santofia, Herzogin von, Marquesa de  
Manzanedo II. 163. 164. 165.  
v. Sauer, Flügeladjutant Ludwigs II.  
I. 255. 256. 381. 397. 398. 402. II. 25.  
Saurma, Graf, deutscher Botschafter  
II. 513.  
Say, Léon, franz. Parlamentarier II. 125.  
180. 184. 187. 206. 254. 264. 285.  
320.  
Sayn-Wittgenstein, Fürst Peter von,  
Schwager des Fürsten Chlodwig I. 85.  
II. 108. 120. 126. 258. 425.  
Sayn-Wittgenstein, Fürstin Karoline  
II. 122. 154. 294.

Sayn-Wittgenstein, Fürstin Léonille  
I. 79. 93. 120. 121. II. 171.  
Sayn-Wittgenstein, Prinz Ludwig I. 160.  
192.  
Sayn-Wittgenstein, Prinzessin Marie,  
Gemahlin des Prinzen Konstantin,  
Bruders des Fürsten Chlodwig, siehe  
Hohenlohe-Schillingsfürst.  
Sayn-Wittgenstein-Sayn, Fürst zu,  
Schwiegervater des Fürsten Chlodwig  
I. 33. 34. 36. 67. 73.  
Sceps, Journalist II. 235.  
Schack, Graf von I. 163.  
Schanzenbach, Dr., Arzt I. 175. 176. 191.  
II. 12. 17.  
Scheidt, Geh. Kommerzienrat I. 374.  
Scherer, Wilh., Literaturhistoriker II. 246.  
v. Scherr, Erzbischof I. 174. 357. II. 10.  
v. Scheurlen, württ. Staatsrat I. 332.  
333. 335.  
v. Schleinitz, preuß. Minister I. 82. II.  
8. 76. 212. 298.  
Schleinitz, Frau v. II. 8. 49. 237. 244.  
249. 253.  
v. Schlichtegroll, Major II. 17.  
Schlieffen, Graf II. 393.  
Schlif, Erwein, Graf II. 492.  
Schlippenbach, Graf II. 376. 377.  
v. Schlör, bayr. Handelsmin. I. 182. 183.  
187. 191. 192. 194. 212. 213. 225. 294.  
295. 321. 322. 340. 380. 381. 401. 402.  
405. 406. 407. 414. 415. 436. II. 7.  
26. 65.  
v. Schlotheim, General II. 382.  
v. Schölzer, preuß. Diplomat II. 55. 279.  
319. 471. 473.  
Schlumberger, elsäss. Politiker II. 365.  
397. 442. 444. 487. 503.  
v. Schmerling, Minister I. 46. 48. 99.  
101. 102. 125. II. 178.  
v. Schmerking, Gesandter in München  
I. 254. 255. 256.  
v. Schmidt, preuß. Hauptmann a. D.  
II. 135.  
Schnäbele, Grenzpolizeikommissar II. 426.  
Schneemann, Frau, geb. Freiin v. Eck-  
dorff, Erzieherin der Fürstin Therese I. 2.  
Scholl, Prediger der freien Gemeinde  
in Nürnberg I. 334.

- Scholz, Finanzminister II. 519.  
 Schomberger, Generaldirektor II. 132.  
 v. Schönau, Frä. II. 390.  
 Schönborn, Gräfin II. 436.  
 Schönborn-Wiesentheid, Graf Arthur v. II. 172.  
 Schrader, Jesuitenpater II. 92.  
 — Frau II. 430.  
 v. Schraut, Unterstaatssekretär II. 425. 426. 441. 444. 503. 513.  
 v. Schrenck, bayr. Minister I. 132. 134. 135. 137. 294. 316. 370. 376. 412. II. 20. 70. 89.  
 v. Schubert, Staatsrat I. 402. 411. 416.  
 v. Schulte, Prof. II. 109. 113.  
 Schulze-Dehlsch, Abg. I. 130. II. 32. 62.  
 Schumalow, Graf Peter II. 152. 168. 190. 232. 235. 236. 237. 238. 240. 241. 244. 245. 247. 248. 251. 252. 258. 379. 474. 484. 486. 494. 510.  
 Schwab, bayr. Konsul in Paris I. 339.  
 v. Schwarzkoppen, Gesandter II. 338.  
 Schwarzenberg, Fürst, Kardinal I. 387. 404. II. 10. 11.  
 v. Schweinitz, General, deutscher Botschafter II. 20. 106. 135. 172. 203. 204. 280. 305. 358. 446. 461. 470. 494.  
 Schweninger, Prof., Leibarzt des Fürsten Bismarck II. 518.  
 Schwerin, Gräfin, Hofdame I. 116.  
 Seckendorff, Graf II. 335. 439. 514.  
 Seinsheim, Graf v. I. 174.  
 Serrano, Marschall II. 133.  
 Sesto, span. Minister II. 164.  
 Seuffert I. 255.  
 v. Seydewitz, Oberpräsident von Schlesien II. 269.  
 Sforza, Riario II. 105.  
 v. Sigmund, bayr. Gesandter in Rom I. 398. 399.  
 Silbernagl, Prof. II. 29.  
 Simon, Ed., Redakteur II. 162. 163.  
 Simon, Jules II. 160. 168. 188. 193. 197. 206. 215. 216.  
 Simons, Lady II. 300.  
 Simson, Präsident I. 307. 369. 374. 376. II. 6. 10. 30. 45. 49. 50. 51. 58. 67. 68. 70. 75. 76. 78. 86. 87. 88. 97. 99. 102. 104. 268.  
 v. Soden, württ. Diplomat I. 322. 323.  
 Solms, Prinz, Gemahl der Königin Friederike von Hannover I. 1.  
 Solms, Prinz I. 128. II. 399.  
 Sommer, Regierungsassessor II. 383. 384. 385.  
 Sophie, Herzogin in Bayern, vermählt mit dem Herzog von Anjou I. 328.  
 Sophie, Königin von Holland II. 171. 206.  
 Sörgel, Prof. II. 67.  
 Soubeyran, Direktor des Crédit foncier in Paris II. 180. 187.  
 Spitzemberg, Baron, Gesandter I. 236. II. 69. 271.  
 Spüller, II. 218. 229. 324.  
 Stadion, Graf II. 21.  
 Stadthagen, Abgeordneter II. 57.  
 Stauffenberg, Frhr. v., Präsident der bayr. Abgeordnetenversammlung I. 155. 160. 274. 309. II. 18. 23. 65. 79. 242. 255. 269. 417.  
 Stenglein, bayr. Abg. I. 255. 297.  
 Stephan, Generalpostmeister II. 307.  
 Steyrer, bayr. Ministerialrat I. 219. 255.  
 v. Stichaner, Bezirkspräsident II. 397.  
 Stillfried, Graf I. 370. II. 71. 204. 263.  
 Stöcker, Hofprediger II. 307.  
 Stockmar, Frau v. II. 430.  
 Stolberg, Graf I. 13. II. 87. 198. 203. 260. 269. 275. 278. 279. 291. 299.  
 v. Stosch, General II. 99. 100. 464.  
 Straub, Domkapitular II. 390. 472. 473.  
 Streit, bayr. Abgeordneter I. 255.  
 Stroschmayer, Bischof II. 168.  
 v. Studt, preuß. Minister II. 415. 416. 417. 421. 422. 423. 426. 437. 441. 508.  
 Stumm, Frhr. v. II. 177. 200. 269.  
 Stumpf, Bischof II. 428. 471.  
 v. Sudow, württ. Kriegsminister I. 325. 332. 335.  
 Sutherland, Herzogin von I. 87.  
 v. Sybel, Historiker II. 10. 85. 95.  
 Szechenyi, Graf II. 258. 296.

## I

- Tacher, Duc de I. 122.  
 von der Tann, bayr. General I. 162. 177. 316.

Tauffkirchen, Graf, bayr. Diplomat I. 164.  
169. 176. 177. 178. 182. 183. 187. 190.  
191. 192. 207. 208. 209. 210. 213. 218.  
225. 227. 229. 230. 235. 236. 238. 247.  
255. 307. 312. 329. 399. 401. 403. 439.  
II. 17. 23. 25. 77; seine Gemahlin  
Ernestine, geb. Pfeffel I. 403.  
Taxis, Prinz, General I. 161.  
Taxis, Prinz Paul, bayr. Ordnonanz-  
offizier I. 160. 176.  
Taxis, Erbprinzessin I. 329.  
Teisserenc de Bort, franz. Handelsminister  
II. 187. 229.  
du Temple, franz. Deputierter II. 162.  
v. Tessenborn, Oberreichsanwalt II. 410.  
v. Thaden II. 371. 383. 384. 385. 388.  
393. 403. 418. 422. 425. 429. 430. 440.  
441. 456. 467.  
Thibaudin, franz. General II. 333. 334.  
335.  
Thielmann, Marz Frhr. v., deutsch. Staats-  
mann II. 292. 314. 318. 511.  
Thiers, franz. Staatsmann I. 122. II. 26.  
27. 51. 57. 60. 107. 126. 127. 128. 129.  
130. 140. 150. 151. 159. 161. 163. 166.  
167. 168. 170. 181. 182. 183. 184. 185.  
186. 187. 188. 189. 192. 193. 196. 197.  
205. 207. 208. 209. 213. 217. 218. 219.  
245; dessen Frau II. 140.  
v. Thile, preuß. Staatsmann I. 251. 332.  
391.  
Thun, Graf II. 70.  
Thüngen, Frhr. v., bayr. Reichsrat I. 171.  
275. 276. 277. 306. 307. 308. 412. 417.  
418. 419. 439. II. 12.  
Thumb, Baron I. 236.  
Tirard, franz. Minister II. 286.  
Tissot, franz. Staatsmann II. 320.  
Tisza, Graf II. 438.  
de Tracy, Präsekt von Bordeaux II. 216.  
Trani, Graf I. 329. 339.  
v. Trauttmansdorff, österr. Gesandter in  
München I. 295. 296. 344. II. 258.  
Trepow, russ. General II. 268.  
v. Treskow, preuß. General II. 27. 60.  
Trochu, franz. General II. 160.  
Trubezkoy, Fürstin II. 141. 142. 144. 145.  
150. 167. 168. 175. 180. 182. 185. 188.  
191. 192. 193. 195. 196. 201. 237.

Tschernajew, russ. General II. 195. 479.  
v. Tschirschky und Bogendorff, Staats-  
sekretär II. 541.  
Turgenjew, Swan II. 182. 185. 265. 266.  
267. 328.  
v. Türkheim, badischer Gesandter in Berlin  
I. 234.  
Twisten, Abg. zum Zollparlament I. 307.

## II

v. Uhden, Minister II. 263.  
Umbtscheiden, Mitglied des Frankfurter  
Parlaments I. 158. 178.  
Ungern-Sternberg, August, Frhr. v. I. 16.  
v. Unruh, Abg. I. 130.  
Urussow, Fürstin II. 182. 185. 188. 209.  
219. 281. 289. 515.  
Usedom, Graf I. 126. 340. 341. 342. 343.  
II. 14. 17.

## B

de Baillant, Marschall II. 319.  
Balengon, Duc de I. 122. II. 190.  
Valerie, Erzherzogin II. 490.  
Barnbüler, Friedrich Gottlob Karl, Frhr.  
v., württ. Ministerpräsident I. 194.  
199. 211. 212. 213. 214. 220. 235. 236.  
237. 238. 239. 244. 245. 246. 263. 278.  
279. 280. 282. 283. 287. 303. 310. 311.  
312. 321. 333. 344. 351. 374. 376. 385.  
427. II. 7. 111. 176. 269.  
Bechioni, Chefredakteur der Münchner  
Neuesten Nachrichten I. 177.  
de Bentavon, franz. Deputierter II. 129.  
Verdy du Vernois, preuß. General II. 416.  
461. 465.  
Biel-Castel, franz. Parlamentarier II. 126.  
Viktor Amadeus, Landgraf von Hessen-  
Rotenburg I. 1. 2. 4.  
Viktor Emanuel I., König von Italien  
I. 379. II. 154. 172.  
Viktoria, Königin von England I. 84.  
86. 87. 88. 89. 91. 139. 140. 141. 142.  
143. 193. II. 198. 253. 394. 435. 465.  
Viktoria, Prinzessin von England, Ge-  
mahlin des nachmaligen Kaisers Fried-  
rich III. I. 370. 371. 373. II. 14. 33.  
94. 119. 310. 311. 328. 335. 336. 347.  
363. 394. 429. 430. 431. 435. 440. 464.  
473. 477. 479. 489. 510. 514. 515.

Viktoria Auguste, Gemahlin Kaiser Wilhelms II. I. 33. 394. 403. 438. 439. 483. 487. 508. 510.  
 Viktoria, Prinzessin von Sachsen-Saalfeld-Roburg I. 84.  
 Villiers, Ch., engl. Militärattaché II. 336.  
 Vincke, Georg, Frhr. v. II. 135. 136.  
 — Gisbert, Frhr. v. I. 132. 204. 438. 439. 483. 487.  
 Visconti-Venosta, ital. Ministerpräsident II. 11.  
 Vlangali, russ. Diplomat II. 393.  
 v. Voigts-Rheß, preuß. General I. 82.  
 Völckerndorff, Frhr. v. I. 137. 191. 264. 283. 295. 310. 320. 333. 335. 398. 399. 401. 402. 416. II. 12. 17. 21. 23. 35. 54. 65. 66. 108. 361. 363. 524. 531. 534.  
 Völk, Dr., bayr. Abg. I. 105. 106. 130. 158. 159. 169. 211. 212. 309. II. 8. 46. 89. 103. 271.

### W

Waddington, französischer Minister II. 187. 194. 207. 227. 229. 232. 237. 239. 240. 241. 242. 244. 247. 251. 253. 261. 262. 263. 264. 265. 272. 274. 277. 285. 286. 290. 313. 327. 354. 408.  
 v. Wagner, württ. Kriegsminister I. 332. II. 44. 45.  
 Wagner, Geheimrat II. 139.  
 — Richard I. 158. 166. 178. 190. 211. 319. 370.  
 Waldeck-Roussseau, französischer Minister I. 322. 323.  
 Waldersee, Graf, General II. 429. 437. 440. 441. 457. 458. 461. 471. 488. 495.  
 — Gräfin II. 474.  
 Waldstein, Graf I. 127.  
 Walewski II. 130.  
 Wallerstein, Fürst I. 45.  
 Walter, Pater in Beuron II. 428.  
 Walujew, russ. Staatsmann II. 288.  
 Washburne, Botschafter II. 126.  
 Weber, bayr. Staatsrat I. 228. 244. 275. 303.  
 — württ. Staatsmann II. 45. 49. 75. 76.  
 — Pfarrer I. 403.  
 Wehrenpfennig II. 68.  
 Weimar, Hermann Prinz von II. 422.

Weiß, Ministerialrat I. 412.  
 — bayr. Abg. I. 398. 399. 400.  
 Weiser, Jesuitenpater II. 92.  
 Welder, Abg. I. 130.  
 Welti, Schweizer Staatsmann II. 104.  
 v. Werder, preuß. General I. 101. II. 51. 204. 484. 494. 511.  
 v. Werner, Anton II. 230. 253. 476. 477.  
 Werther, Karl, Frhr. v. I. 51.  
 Werthern, Frhr. v., preuß. Gesandter I. 203. 221. 222. 223. 224. 226. 230. 235. 237. 238. 251. 313. 348. 350. 392. 439. II. 17. 20. 26. 65. 77. 177. 203. 271.  
 Wesdehlen, Graf v., Diplomat II. 173. 177. 191. 281. 292.  
 Westermayer, bayr. Abg. I. 429.  
 Wied, Fürst Hermann zu I. 18.  
 — Prinz Karl zu I. 19.  
 — Prinz Max zu I. 19.  
 Wielopolski, Minister I. 388.  
 Wilfert II. 89.  
 Wilhelm I., Deutscher Kaiser, König von Preußen I. 9. 14. 24. 27. 82. 93. 101. 105. 111. 113. 116. 117. 118. 129. 158. 163. 167. 169. 215. 226. 230. 240. 254. 260. 261. 262. 264. 265. 266. 267. 268. 276. 277. 295. 298. 305. 306. 307. 325. 326. 332. 341. 370. 373. 374. 378. II. 4. 7. 9. 25. 27. 28. 31. 49. 50. 54. 59. 67. 68. 71. 74. 78. 87. 88. 89. 102. 104. 106. 112. 113. 114. 116. 118. 119. 120. 121. 126. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 139. 141. 148. 152. 156. 159. 164. 172. 173. 195. 197. 201. 202. 204. 211. 215. 221. 222. 230. 233. 242. 260. 262. 263. 268. 274. 275. 277. 287. 292. 299. 307. 334. 344. 347. 351. 352. 353. 354. 356. 357. 358. 362. 363. 364. 365. 369. 373. 374. 382. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 395. 396. 398. 400. 402. 403. 407. 409. 411. 412. 413. 414. 417. 418. 422. 425. 426. 429. 439.  
 Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König von Preußen II. 135. 276. 298. 352. 393. 422. 428. 431. 433. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 445. 446. 448. 452. 454. 456. 457. 458. 459. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 473. 474. 475. 476. 478. 482. 483. 485. 486. 487. 488.

491. 494. 495. 500. 509. 513. 516. 519.  
520. 521. 522. 523. 524. 526. 527. 529.  
531. 533. 536. 541.
- Wilhelm, Prinz von Baden II. 49. 104.
- Wilhelm IV., König von England I. 84.
- Wilhelm I., König von Württemberg I. 62.
- Wilhelm II., Prinz (später König) von  
Württemberg II. 104. 511.
- Wilmowski, Jhr. v. II. 366. 395. 397.  
398. 412. 416. 417. 418. 422. 426. 433.  
437. 439. 441. 534.
- Wimpffen, Graf, österr. Botschafter in  
Berlin I. 230. 312. II. 197. 209. 224. 258.
- Windelband, Prof. II. 512.
- Windischgrätz, Fürst I. 91.
- Windthorst, Parlamentarier I. 320. II. 9.  
32. 52. 58. 74. 78. 85. 110. 113. 114.  
138. 146. 173. 239. 404. 465. 469.
- Wischnegradsky, russ. Finanzminister II.  
446.
- Wohlgemuth II. 456.
- Wrangel, Graf, Feldmarschall I. 116. 204.  
II. 50.
- Wurster, Dr. II. 351.
- 3**
- v. Zedlitz, preussischer Unterrichtsminister  
II. 74. 486. 487.
- Zichy, Edmond, Graf II. 229.
- Ziegler, Kabinettsrat II. 386.
- Oberbürgermeister in Breslau II. 112.
- v. Zoller, General I. 176.
- Zorn von Bulach, Freiherr, Vater, Abg.  
II. 366. 387. 389. 451. 487.
- Freiherr, Sohn II. 366. 381. 411. 513.
- Zu Rhein, Präsident I. 155. 167.









Co. Lamer

DD 205 .H7 A215 1907 v.2 IMS  
Hohenlohe-Schillingsfurst, C  
Denkwurdigkeiten des fursten  
Chlodwig zu Hohenlohe-Schill  
47228304

PERMANENT COLLECTION  
OF MEDIAEVAL STUDIES  
59 QUEEN'S PARK  
TORONTO 57 CANADA

